PROTOKOLL
DER VERHANDLUNGEN
DES PARTEITAGES DER
SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI
DEUTSCHLANDS
VOM 18.-23. MAI
IN STUTTGART
PROTOKOLL
58

PROTOKOLL

DER VERHANDLUNGEN DES PARTEITAGES DER
SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS
VOM 18. BIS 23. MAI 1958 IN STUTTGART

Die sozialdemokratische Werbung verwandte den in seiner architektonischen Form einzigartigen Stuttgarter Fernsehturm als Symbol für den Parteitag. Das gleiche Symbol fand auch bei der graphischen Gestaltung des Umschlages Verwendung.

Herausgeber: Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Bonn. — Redakt. Bearbeitung: W. Peters, Bonn. — Gestaltung des Umschlages: H. Kuhn, Bergneustadt. — Verlag: Neuer Vorwärts-Verlag Nau & Co., Hannover-Bonn. — Druck: BZ-Druck Schwäbische Tagwacht, Stuttgart.

GESCHÄFTSORDNUNG FÜR

DIE VERHANDLUNGEN DES PARTEITAGES

1. Stimmberechtigte Mitglieder sind die von den Bezirken gewählten Delegierten, die Mitglieder des Parteivorstandes, des Parteiausschusses, der Kontrollkommission und die aus 18 Mitgliedern bestehende Vertretung der Bundestagsfraktion.

2. Der Parteitag ist beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten abstimmen.

3. Die Beschlüsse des Parteitages werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefaßt, soweit das Statut der Partei keine andere Handhabung vorschreibt.

4. Die Wahlen zu den Körperschaften der Partei erfolgen durch geheime Abstimmung. Gewählt ist, wer mindestens die Hälfte der abgegebenen Stimmen erhält.

5. Die Redezeit für Referenten beträgt eine Stunde.

6. Die Redezeit für Diskussionsredner beträgt zehn Minuten.

7. Die Diskussionsredner erhalten in der Reihenfolge ihrer Wortmeldung das Wort. Die Wortmeldungen sind schriftlich einzureichen.

8. Anträge, die erst während des Parteitages gestellt werden, können nur behandelt werden, wenn sie von mindestens 30 Delegierten aus mindestens vier verschiedenen Bezirken unterstützt werden.

9. Anträge zur Geschäftsordnung können mündlich gestellt und begründet werden. Die Antragsteller erhalten außer der Reihenfolge der Diskussionsredner das Wort. Die Redezeit in Geschäftsordnungsdebatten beträgt fünf Minuten.

10. Die Abstimmung über Anträge zur Geschäftsordnung erfolgt, nachdem je ein Redner für und gegen den Antrag gesprochen hat.

11. Persönliche Bemerkungen sind nur am Schluß der Debatte zulässig.

TAGESORDNUNG DES PARTEITAGES

1. **Eröffnung und Begrüßungen**

2. **„Frieden und Freiheit durch sozialistische Politik"**
   Referent: Erich Ollenhauer

3. **„Gegenwartsprobleme sozialdemokratischer Politik"**
   a) Außen- und Wehrpolitik im geteilten Deutschland
   Referenten: Fritz Erler, Herbert Wehner
   b) Wirtschaftspolitik
   Referenten: Dr. Heinrich Deist, Dr. Hermann Veit
   c) Kultur und Politik
   Referenten: Waldemar von Knoeringen, Dr. Adolf Arndt

4. **Erste Beratung des Entwurfs eines Grundsatzprogramms der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands**
   Referent: Willi Eichler

5. **Aufbau der Parteiorganisation**
   Referenten: Alfred Nau, Max Kukil

6. **Bericht der Bundestagsfraktion*)**

7. **Arbeitsberichte des Parteivorstandes*)**

8. **Bericht der Kontrollkommission**
   Referent: Adolph Schönfelder

9. **Wahlen**
   a) des Parteivorstandes
   b) der Kontrollkommission

10. **Sonstige Anträge und Abschluß des Parteitages**

---

*) Der Bericht der Bundestagsfraktion und die Arbeitsberichte des Parteivorstandes sind im Jahrbuch enthalten. Sie werden auf dem Parteitag ohne weitere mündliche Erörterung zur Diskussion gestellt.

ARBEITSPLAN DES PARTEITAGES

Sonntag, den 18. Mai, 17.00 Uhr,

Eröffnung und Begrüßungen

Montag, den 19. Mai, 9.30 Uhr

Konstituierung des Parteitages
„Frieden und Freiheit durch sozialistische Politik"
Referent: Erich Ollenhauer;
anschließend Aussprache

Dienstag, den 20. Mai, 9.00 Uhr

„Gegenwartsprobleme sozialdemokratischer Politik"

a) Außen- und Wehrpolitik im geteilten Deutschland
Referenten: Fritz Erler, Herbert Wehner;
anschließend Aussprache

b) Wirtschaftspolitik
Referenten: Dr. Heinrich Deist, Dr. Hermann Veit
anschließend Aussprache

c) Kultur und Politik
Referenten: Waldemar von Knoeringen, Dr. Adolf Arndt
anschließend Aussprache

Mittwoch, den 21. Mai, 9.00 Uhr

1. **Aufbau der Parteiorganisation**
Referenten: Alfred Nau, Max Kukil
anschließend Aussprache
2. **Bericht der Bundestagsfraktion**
(ohne mündliche Berichterstattung); Aussprache
3. **Arbeitsberichte des Parteivorstandes**
(ohne mündliche Berichterstattung); Aussprache
4. **Bericht der Kontrollkommission**
Referent: Adolph Schönfelder; anschließend Aussprache

Donnerstag, den 22. Mai, 9.00 Uhr

Beratung des Entwurfs eines Grundsatzprogramms der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Referent: Willi Eichler; anschließend Aussprache

Wahlen

a) des Parteivorstandes

b) der Kontrollkommission

Freitag, den 23. Mai, 9.00 Uhr

Erledigung der restlichen Anträge und Abschluß des Parteitages

ERÖFFNUNG UND BEGRÜSSUNGEN

SONNTAG, DEN 18. MAI 1958

(Beginn: 17.00 Uhr)

Erich Ollenhauer, Vorsitzender der SPD: Verehrte Anwesende! Liebe Gäste! Genossinnen und Genossen! Im Namen des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands begrüße ich Sie herzlichst. Ich danke vor allem der großen Zahl unserer Gäste, daß sie unserer Einladung gefolgt und heute hier erschienen sind.

Mein erster Gruß gilt den Vertretern der gastgebenden Stadt und des gastgebenden Landes, Herrn Oberbürgermeister Dr. Klett für die Stadt Stuttgart und dem stellvertretenden Ministerpräsidenten der Regierung des Landes Baden-Württemberg, unserem Freund und Genossen Dr. Hermann Veit. (Beifall.)

Wir sind gern nach Stuttgart gekommen, weil ihre Bevölkerung als gastfreundlich und aufgeschlossen bekannt ist und weil sich mit dem Namen der Stadt Stuttgart viele wichtige Ereignisse der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung verbinden. Vor fast hundert Jahren, im September 1865, tagte hier der dritte Vereinstag Deutscher Arbeitervereine. Vor sechzig Jahren — 1898 — hielt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ihren Parteitag in Stuttgart ab.

Hier in Stuttgart, und zwar in der alten Liederhalle, fand aber auch im Jahre 1907 der große Internationale Sozialisten-Kongreß statt, auf dem die großen Namen der internationalen Arbeiterbewegung der damaligen Zeit, wie August Bebel, Jan Jaurès, Hjalmar Branting, Camille Huysmas, Emile Vandervelde, Trolstra Holland, Victor Adler und viele andere vereinigt waren. Der Kongreß war ein ernsthafter Versuch der internationalen Arbeiterbewegung, die geistigen und politischen Grundlagen für gemeinsame internationale Aktionen für Frieden und soziale Sicherheit zu finden. Es gab viel Idealismus, aber wenig praktische Möglichkeiten. Die Arbeiterbewegung war in den einzelnen Ländern noch nicht stark genug, um fühlbaren Einfluß auf den Gang der Dinge zu nehmen.

Stuttgart war auch lange Zeit Zentrum wichtiger gewerkschaftlicher Organisationen. Im kaiserlichen Deutschland fühlten sie sich geborgener in der freiheitlichen Luft der schwäbischen Demokratie als in der Rückständigkeit des wilhelminischen Preußen.

Die Sozialdemokratische Partei kann Stuttgart nicht nennen, ohne sehr lebendige Kapitel sozialdemokratischer Parteigeschichte anzurühren. Ich will mich in diesem Augenblick nicht darin vertiefen; aber ich will doch daran erinnern, daß unser Kurt Schumacher nach dem ersten Weltkrieg hier in Stuttgart und von Stuttgart aus sein bewegtes, reiches und für die Partei unvergeßliches politisches Wirken begann. Ein Wirken für unsere Partei und für unser Volk, das seinen Namen für alle Zeiten in das

Geschichtsbuch des Freiheitskampfes unseres Volkes und des Kampfes für die sozial Schwachen eingetragen hat.

So sind wir Sozialdemokraten hier in Stuttgart zu Hause; und wir danken schon jetzt der Stadt und ihrer Bevölkerung für die Gastfreundschaft, für die Hilfe und Unterstützung, die wir bei der Vorbereitung und Durchführung des Parteitages gefunden haben. In diesem Dank sind selbstverständlich unsere Stuttgarter Parteigenossen eingeschlossen, die hier durch die Vertreter des Unterbezirks und des Bezirks Baden-Württemberg repräsentiert sind und die heute morgen in dieser großartigen Kundgebung ihre Verbundenheit mit unserer Sache so eindrucksvoll zum Ausdruck gebracht haben.

Liebe Freunde! Wir sind glücklich, auch dieses Mal wieder eine so große Zahl von Gästen aus nahestehenden, befreundeten oder an unserer Arbeit interessierten Organisationen und Institutionen begrüßen zu können. Es ist unmöglich, es für jeden einzelnen zu tun, und ich bin sicher, daß unsere Gäste das verstehen werden.

Viele unter ihnen sind alte Bekannte und Freunde. Ich denke hier vor allem an die Vertreter der Deutschen Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung. Unsere Verbundenheit mit ihnen liegt sozusagen in der Natur der Sache, in der Gleichartigkeit unserer Vorstellungen über die Notwendigkeiten einer Politik der Freiheit und der sozialen Sicherheit und über den Aufbau einer neuen Gesellschaft. Ich hoffe, daß in dieser Bemerkung kein Verstoß gegen den Grundsatz der politischen Unabhängigkeit der Gewerkschaften gesehen wird. (Heiterkeit.)

Auf alle Fälle, Willi Richter und seine Freunde werden es hier bei uns leichter haben als bei der kürzlichen Auseinandersetzung mit einigen ihrer Kollegen aus dem Lager der CDU. (Heiterkeit — Beifall.)

Soweit es von uns Sozialdemokraten abhängt, bleibt es bei unserer bewährten Arbeits- und Kampfgemeinschaft in allen Fragen, die das Schicksal der deutschen Arbeitnehmerschaft berühren. (Erneuter starker Beifall.)

Ein Wort des Grußes an die Vertreter der Presse, des Rundfunks und des Fernsehens. Ihre Zahl ist diesmal so groß, daß sie wohl ausreichen würde, um im Falle einer Abstimmung die stimmberechtigten Delegierten des Parteitages zu majorisieren. (Heiterkeit.)

Dabei käme es allerdings auch noch auf die Sache an, über die abgestimmt würde. Wir haben in den letzten Monaten ein großes und positives Interesse an unseren Parteidiskussionen gefunden, und wir haben vor allem in der Auseinandersetzung um die Erhaltung der freiheitlichen Ordnung in der Bundesrepublik Männer und Frauen gefunden, die durch ihre journalistische Tätigkeit und durch ihren Widerstand gegen Gleichschaltungsversuche dem Ideal einer unabhängigen Presse und einer freien Meinungsbildung Ehre gemacht haben. Wir danken ihnen dafür. (Beifall.)

Mein Gruß gilt nun unseren ausländischen Gästen und Freunden. Ich begrüße herzlichst die Vertreter ausländischer Botschaften und Ge-

sandtschaften. Ich danke ihnen für ihr Interesse. Wir sind stolz darauf, wiederum eine so große Zahl ausländischer Sozialisten begrüßen zu können. Allen gilt unser herzliches Willkommen. Wir sind in der Vergangenheit nicht immer in allen Fragen in unserer Internationale einer Meinung gewesen, und wir sind es auch heute noch nicht. Aber die gemeinsame Grundlage unseres Wollens und unseres Handelns ist heute wieder so breit und stark, daß wir mit Hoffnung auf eine gemeinsame Politik der sozialistischen Parteien in der Welt in die Zukunft sehen können. Auf alle Fälle ist die Anwesenheit unserer zahlreichen ausländischen Gäste eine eindrucksvolle Widerlegung der Behauptung unserer Gegner von der „armen isolierten deutschen Sozialdemokratie" innerhalb der Sozialistischen Internationale.

Ich begrüße in unserer Mitte den Vorsitzenden der Sozialistischen Internationale, Alsing Andersen. (Beifall.)

Ich begrüße Hugh Gaitskell, den Führer der britischen Labour-Opposition (Beifall),

und Tom Driberg, den Vorsitzenden des Exekutiv-Komitees der Labour Party. (Beifall.)

Tom Driberg wird heute hier an Stelle von Hugh Gaitskell auch zu diesem Parteitag für die britische Arbeiterpartei sprechen.

Ich begrüße den Vorsitzenden unserer österreichischen Partei, unseren Genossen Vizekanzler Dr. Bruno Pittermann (Beifall),

und den Sekretär unserer österreichischen Partei, unseren Genossen Alois Piperger. (Beifall.)

Ich begrüße als Vertreter der dänischen Partei den Genossen Kolbjørn (Beifall),

als Vertreter der norwegischen Partei den Genossen Hakoon Lie (Beifall), als Vertreter der schwedischen Partei die Genossen Valter Aman und Sven Beckius. (Beifall.)

Ich begrüße den stellvertretenden Vorsitzenden der holländischen Partei der Arbeit, Hendrik Vos (Beifall),

und den Genossen Alfred Mozer. (Beifall).

Ich begrüße den Vorsitzenden der Schweizer Sozialdemokratischen Partei, Walter Bringolf. (Beifall.)

Ich begrüße das Vorstandsmitglied der Kanadischen Sozialistischen Partei, Henry Weisbach (Beifall),

und ich begrüße schließlich den Vertreter der Sozialistischen Union Mittel- und Osteuropas, Zygmunt Zaremba. (Beifall.)

Zum Schluß dieser langen Liste möchte ich mit besonderer Freude den Vertreter unserer Bruderpartei in Israel, der MAPAI, den Genossen Herzl Berger, willkommen heißen. (Beifall.)

Es ist das erste Mal seit den schrecklichen Jahren des Krieges und des Naziregimes, daß wir einen Vertreter der MAPAI auf unserem Parteitag in unserer Mitte haben. Ich möchte deshalb ihm und seinen Freunden ein herzliches Wort der Verbundenheit im Namen der deutschen Sozialdemokratie an dieser Stelle sagen. (Starker Beifall.)

Der Staat Israel feiert in diesem Jahr sein zehnjähriges Bestehen. Es ist ein Rückblick auf eine bewunderungswürdige Leistung, auch im sozialistischen Sinne. Unser Wunsch ist, daß das Volk in Israel in Frieden und Freiheit seinen Aufbau fortsetzen kann.

Liebe Freunde, wir haben auch dieses Mal wieder einige unserer „Alten" als Ehrengäste zu unserem Parteitag eingeladen, soweit sie nicht mehr in Amt und Würden sind innerhalb der Partei und auf diese Weise sowieso zu den ordentlichen Delegierten des Parteitages zählen. Jeder von ihnen verkörpert in seinem Amt und in seinen Leistungen ein Stück Geschichte deutscher Arbeiterbewegung, für das wir ihnen danken, weil wir ohne sie, ohne ihre Opfer und ihre Leistungen nicht das wären, was wir sind: Ein achtunggebietender Faktor der deutschen und der internationalen Politik. Ich begrüße Wilhelm Keil (Beifall), Anna Nemitz (Beifall), Hermann Lüdemann (Beifall), David Stetter (Beifall), Karl Zörgiebel (Beifall) und schließlich Rudolf Wissell (Beifall), der auf unserem Parteitag in München in seiner Ansprache etwas wehmütig die Bemerkung machte, daß es vielleicht sein letzter Parteitag sei. Aber wir alle sind glücklich, daß sich dieser Pessimismus nicht bewahrheitet hat, daß Rudolf Wissell auch an diesem Parteitag wieder teilnehmen kann. (Beifall.)

Zu denen, die ein besonderes Wort des Grußes in diesen Eröffnungsworten haben sollten, gehören die Vertrauensleute und die Betriebsräte aus den Betrieben in den verschiedensten Teilen der Bundesrepublik. (Beifall.)

Wir haben sie eingeladen, um ihnen auf diese Weise zu danken für die harte und mühevolle Arbeit, die sie geleistet haben, und um unsere Auffassung zu unterstreichen, daß wir in der organisierten Arbeiterschaft die Kerntruppe der Sozialdemokratie sehen. (Beifall.)

Die Sozialdemokratie ist ihrem Wesen und ihrem Streben nach eine Volkspartei, die jedem offen steht, der das allgemeine Wohl zum Leitmotiv seines politischen Handelns machen will. Die neue Gesellschaft, die wir bauen wollen, muß getragen werden von den besten Kräften aus allen gesellschaftlichen Schichten unseres Volkes; aber die neue Gesellschaft ist nicht denkbar ohne die tragende Mitarbeit einer verantwortungsbewußten, politisch reifen und sozialistisch denkenden und handelnden Arbeiterschaft. (Beifall.)

Bevor ich mich nun an die Hauptpersonen auf diesem Parteitag, an die Delegierten unserer Partei, wende, möchte ich derer gedenken, deren Tod wir seit dem Münchner Parteitag zu beklagen haben. (Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)

Viele Männer und Frauen sind seitdem von uns gegangen; viele nach einem erfüllten Leben der Arbeit und des Kampfes; viele, allzu viele,

allzu früh, und oft starben sie, weil sie in der Arbeit für uns alle Gesundheit und Leben zum Opfer brachten.

Lassen Sie mich stellvertretend für alle, die von uns gingen, einige unserer Toten namentlich nennen:

Otto Ziegler (Hamburg), Albert Deutel (Bremen), Walter Kolb (Frankfurt), Paul Stech (Kiel), Jakob Steffan (Mainz), Siegfried Marck (Chicago), Bjarne Braatoy (London), Wilhelm Winzer (Berlin), Julius Loßmann (Nürnberg), Alois Ullmann (München), Marie Kuhnert (Schweiz), Louise Schröder (Berlin), Hans Böhm (Düsseldorf), Otto Suhr (Berlin), Heinrich Schroth (Solingen), Friedrich Stampfer (Kronberg), Otto Landsberg (Holland). Und hier in Stuttgart muß ich noch einen Namen hinzufügen, den Namen unserer Genossin Lisa Albrecht (Mittenwald), die vor zwei Tagen nach einem schweren Leiden aus dem Leben geschieden ist. Sie haben sich zu Ehren unserer Toten von den Plätzen erhoben, ich danke Ihnen. (Die Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein.)

Genossinnen und Genossen, ich begrüße nun die Delegierten des Parteitages. Sie sind hier zusammengekommen als die frei gewählten Vertreter der mehr als 620 000 Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Sie repräsentieren durch den Parteitag die höchste Instanz unserer Partei, Ihre Beratungen und Ihre Beschlüsse bestimmen Richtung und Inhalt der Politik der Partei in der nächsten Zukunft.

Wir stehen vor einer schweren Arbeitswoche, denn wir haben uns ein umfangreiches Programm vorgenommen. Wir müssen uns auseinandersetzen mit den aktuellen Fragen der Politik; und wir wollen uns Klarheit verschaffen über eine Reihe von wichtigen politischen und organisatorischen Problemen, die vor allem durch den Ausgang der Bundestagswahl vom 15. September 1957 und durch die ihr folgende Parteidiskussion aufgeworfen worden sind. Wir haben in den vergangenen Monaten diese Parteidiskussion in aller Freiheit und in aller Öffentlichkeit geführt, und wir werden es auch hier tun. Wir handeln so, weil wir eine demokratische Partei sind und weil wir vertrauen können auf die Loyalität unserer Delegierten und Mitglieder gegenüber der Partei.

Es ist im Rahmen dieser Eröffnungsrede nicht meine Aufgabe, der sachlichen Diskussion vorzugreifen. Ich hoffe aber, daß es uns gelingt, im Politischen und Organisatorischen Entscheidungen zu fällen, die die Anziehungskraft und die Schlagkraft der Partei verstärken, und die das Vertrauen unserer Mitglieder und unserer Wähler in unseren Willen vertiefen, alles zu tun, was in unseren Kräften steht, um unserer Sache zum Sieg zu verhelfen.

Wir werden hier auch die erste Beratung des Entwurfes eines Grundsatzprogramms haben. Wir wollen keine überstürzte Entscheidung. Wir wollen aber eine Diskussion in der Partei anregen, die sich mit den Grundsatzfragen des demokratischen Sozialismus beschäftigt und so dazu beitragen kann, das geistige Leben in der Partei zu verstärken und zu vertiefen.

Die Sozialdemokratische Partei muß eine große Anstrengung machen, wenn sie die aktuellen politischen Probleme meistern und zu einem führenden Faktor in der deutschen Politik werden will. Ich bin sicher, daß dieser Parteitag Freund und Gegner davon überzeugen wird, daß wir auf dem Wege sind, diese große Aufgabe zu erfüllen.

Lassen Sie mich zum Schluß noch ein Wort sagen: Wir stehen und wir handeln hier in der Bundesrepublik Deutschland stellvertretend für die Sozialdemokratische Partei von ganz Deutschland (starker Beifall), auch für jene Sozialdemokraten in der Sowjetzone, die wiederum auf unserem Parteitag fehlen, weil das kommunistische Regime von Pankow sie in die Illegalität gedrängt hat und jede sozialdemokratische Betätigung mit Gefängnis- und Zuchthausstrafe verfolgt und bekämpft. Wir grüßen die Sozialdemokraten in der Zone, und wir danken ihnen für ihren Mut, für ihre Standhaftigkeit und für ihre Treue. (Starker Beifall.)

Es bleibt das unveränderte Ziel der deutschen Sozialdemokratie: Die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands in gesicherter Freiheit als vordringlichste Aufgabe immer wieder in den Mittelpunkt unseres politischen Kampfes zu rücken. Für uns wird das Bild der deutschen Wirklichkeit von heute immer wieder verdunkelt durch die Schatten der Not, der menschlichen Bedrängnis, der Last der Unfreiheit und der Rechtlosigkeit, unter denen siebzehn Millionen unserer Landsleute in der Zone leben müssen. Wir fühlen uns mit allen verbunden, die in geistiger und seelischer Bedrängnis leben, und die um ihrer Überzeugung oder um ihres Glaubens willen keinen Frieden schließen können und wollen mit dem Totalitätsanspruch des kommunistischen Regimes in der Zone. (Beifall.) Wir werden auf diesem Parteitag nüchtern und real die denkbaren Wege zur Wiedervereinigung zu erkunden haben. Wir werden uns vor allem um Möglichkeiten bemühen müssen, die verhindern, daß das deutsche Volk zu beiden Seiten der Zonengrenzen sich immer mehr entfremdet und auseinanderlebt.

Wir müssen das Gefühl des Verlassenseins, des Aufgegebenseins bekämpfen und überwinden, denn die Einheit wird nur erreichbar sein, wenn das Bewußtsein der Einheit hüben und drüben nicht untergeht im Opportunismus oder in der Not des Alltags.

Es bleibt dabei: Das ganze Deutschland soll es sein! Das ganze Deutschland in Freiheit und Frieden! (Starker Beifall.)

Der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1958 ist eröffnet. (Beifall.)

Dr. Alex Möller, stellv. Vorsitzender des SPD-Bezirks Südwest: Verehrte Gäste! Genossinnen und Genossen! Anstelle des erkrankten Bezirksvorsitzenden, Erwin Schoettle, habe ich die Willkommensgrüße des Bezirks Südwest, das ist die Parteiorganisation des Landes Baden-Württemberg, zu überbringen.

Erich Ollenhauer hat schon darauf hingewiesen, daß für die sozialistische Bewegung Stuttgart historischer Boden ist. Gestatten Sie mir, zu den besonderen Kongressen der Vergangenheit, die hier in Stuttgart stattgefunden haben, einige gegenwartsbezogene Anmerkungen zu machen.

Im Jahre 1865 fand hier die dritte Tagung des Verbandes deutscher Arbeitervereine statt. Im Mittelpunkt dieser Tagung stand die Forderung nach dem allgemeinen, gleichen und unmittelbaren Wahlrecht. Es begann die Offensive um das staatsbürgerliche Mitbestimmungsrecht. Heute bemüht sich die Bundesregierung in einer entsetzlich gefahrdrohenden Situation, eine Befragung des Volkes bezüglich der atomaren Ausrüstung der Bundeswehr zu verhindern.

Vom 4. bis 7. Juli 1870 fand hier in Stuttgart der zweite Kongreß der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei statt. Es standen parteiorganisatorische Fragen im Mittelpunkt der Erörterung. Auch dieser Parteitag wird organisatorische Fragen der Partei behandeln; und wir wollen daran denken: Das Organisatorische ist nicht Selbstzweck, sondern gerade im parteipolitischen Raum nichts als ein notwendiges Mittel der Fundamentierung unserer Wegstrecke, deren Wegweiser und Ziele politischen Inhalt haben und haben müssen.

Nach diesem Kongreß des Jahres 1870 folgte der Krieg, kam das Sozialistengesetz, wurde der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie gegründet. Wir erleben diesen Reichsverband, wenn auch nicht als Organisation, so doch modernisiert, auch in der Gegenwart. (Beifall.) Wir erleben die Diffamierungen der Sozialdemokraten und die Diffamierung unserer Arbeit. Und damals und heute gilt das Wort für unseren Gegner: Groß Macht und viel List, sein grausam Rüstung ist.

Im Oktober 1898, vor fast 60 Jahren, war Stuttgart Ort eines Sozialdemokratischen Parteitages, des neunten nach dem Fall des Sozialistengesetzes. Es wurden die Ergebnisse der Reichstagswahlen vom Juni 1898 behandelt, das Wahlprogramm, Äußerungen in diesem Wahlkampf, so wie wir in den kommenden Tagen auch zu dem zurückliegenden Wahlkampf Stellung nehmen werden auf diesem achten Parteitag nach dem Interregnum nationalsozialistischer Gewaltherrschaft. Wir werden bei dieser unserer kritischen Betrachtung aber nicht übersehen dürfen die Ereignisse und die neuen Tatbestände im Ablauf vom 15. September 1957 bis 18. Mai 1958.

1907 fand hier, wie Erich Ollenhauer schon sagte, in der Liederhalle der große Internationale Sozialistenkongreß statt. Kolonialpolitik, militärische Aufrüstung und Kriegsgefahr, das waren die Themen, die auch heute noch, wenn auch auf anderem Hintergrund und mit anderen Vorzeichen, ja mit größerer Gefahrenintensität aktuelle Bedeutung haben.

Verehrte Gäste und liebe Parteifreunde! Ich möchte nicht die Visitenkarte unserer Mitgliederzahlen und der Mandatsziffern aus dem Lande Baden-Württemberg abgeben. Sie finden das in den Materialien. Lassen Sie mich unseren Wunsch für den Ablauf des Parteitages ableiten von folgender Überlegung: Trotz Wirtschaftswundergläubigkeit und trotz des Personenkultes von Lieschen Müller ist auch in unserem Volke die Unruhe des Unsicherwerdens spürbar. Das Phänomen bestimmter Wahlresultate ist nicht der Ausdruck staatspolitischer Erkenntniswerte, sondern entspringt der Beliebtheit zum unpolitischen Verhalten großer Teile der Bevölkerung. Eduard Spranger, der weise Philosoph in unserer Nachbarstadt Tübingen, sagte einmal in einer großen Rede vor Studenten:

„Die tödliche Wunde, die der letzte Krieg an unserem Volkskörper hinterlassen hat, macht es eigentlich unmöglich, daß sich jemand bei uns unpolitisch verhält. War es früher unbegreiflicher Leichtsinn, so ist es heute fast Vaterlandsverrat."

Mögen die Beratungen und die Ergebnisse des Stuttgarter Parteitages der Deutschen Sozialdemokratie wesentlich dazu beitragen, daß wir in zunehmendem Maße das unpolitische Verhalten vieler Staatsbürger überwinden. Versuchen wir, unbeirrt und mit Optimismus, der ein Lebenselement unserer politischen Arbeit ist, allen geistigen Schutt fortzuräumen, der das selbständige politische Denken behindert.

In diesem Sinne entbiete ich den Delegierten und der Arbeit dieses Parteitages ein herzliches Glückauf. (Lebhafter Beifall.)

Dr. Hermann Veit, stellv. Ministerpräsident: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich habe den ehrenvollen Auftrag, die Delegierten des Parteitages und alle Gäste im Namen der Landesregierung des Landes Baden-Württemberg und des Herrn Ministerpräsidenten, der zu seinem Bedauern durch eine Auslandsreise verhindert ist, in unserem Land herzlich willkommen zu heißen. (Beifall.)

Es ist lange her, daß die Sozialdemokraten bei uns den letzten Parteitag abgehalten haben. Es war schon wiederholt die Rede von jenem Parteitag des Jahres 1898; aber ich darf das, was über diesen gesagt worden ist, doch auch noch durch eine Bemerkung ergänzen.

Dieser Parteitag hat eine gewisse Ähnlichkeit in der Aufgabe, die ihm gestellt ist, mit jenem Parteitag von 1898. Es ging damals wie heute nicht so sehr um eine politische Demonstration nach außen, sondern um eine grundsätzliche Besinnung und Auseinandersetzung über das Programm und die Ziele der Partei. Der Stuttgarter Parteitag von 1898 bedeutete den Beginn der scharfen Auseinandersetzung der Parteimehrheit mit dem von Bernstein begründeten Revisionismus. Ein Streit, der hernach noch jahrelang die Parteigeschichte füllte. Es kam zu einem auf hohem Niveau ausgetragenen Meinungsstreit und einer Auseinandersetzung der beiden Richtungen, vor allem zu einem glanzvollen Rededuell zwischen Bebel und David. Wie damals, so geht es auch heute wieder um die stets notwendige, zu gewissen Zeiten der Parteientwicklung jedoch besonders in den Vordergrund gerückte grundsätzliche Klärung über Ziel und Weg. Vielleicht wird der Parteitag, der zweite Stuttgarter Parteitag der Sozialdemokratischen Partei des Jahres 1958, ein ebenso markantes Ergebnis der Parteigeschichte werden.

Auch an das Jahr 1908 ist erinnert worden, an dieses Jahr, wo die bekanntesten Persönlichkeiten der damaligen sozialdemokratischen Parteien Europas sich hier in Stuttgart getroffen haben, in einem Treffen, das sich vor allem gegen den Krieg richtete. Von diesem Treffen ging damals eine Welle des Optimismus hinsichtlich des Völkerfriedens, der internationalen Verständigung und der Zukunft des Sozialismus aus, die weit größere Bevölkerungsschichten in den europäischen Ländern als nur die Reihen der organisierten Arbeiterschaft erfaßte. Leider waren

es nur wenige Jahre, bis es aus diesem Optimismus ein böses Erwachen gab.

Aber, meine Damen und Herren, wenn man hier für ein Land und seine Regierung spricht, dann sollte man das Politische einmal kurz verlassen und die lieben Gäste, die sich hier eingefunden haben, doch auch etwas mit dem lokalen und regionalen Kolorit dieses Landes vertraut machen — oder, wenn man es ganz geschwollen sagen will: mit dem genius loci. Deshalb ein Wort zu dem Charakter der Bevölkerung des Südweststaates, der ja die staatliche Heimat von drei deutschen Stämmen, der Schwaben, der Alemannen und der Franken ist. Ich beschäftige mich hier in der Hauptsache mit den Schwaben, weil Sie es ja in Stuttgart hauptsächlich mit ihnen zu tun haben. (Heiterkeit.)

Sie wissen einiges von den Schwaben. Sie wissen, daß die meisten Worte mit „le" enden und daß das st wie sch ausgesprochen wird. Aber nicht immer, und ich möchte Ihnen nicht raten, den Versuch zu machen, den hiesigen Dialekt zu sprechen. Es würde Ihnen nicht gelingen. Ich bin nun schon elf Jahre Minister in diesem Lande — ich bin ein Zugereister, weil ich aus Baden komme (Heiterkeit) —, mir ist es auch noch nicht gelungen.

Man sagt den Schwaben eine gewisse Gemessenheit und Zurückhaltung im persönlichen und geselligen Verkehr nach. Man tut ihnen nicht Unrecht, dies festzustellen, und ihre Gäste werden dankbar sein, wenn man sie warnt, diese äußere Zurückhaltung mit innerer Gleichgültigkeit zu verwechseln. Sollten sie auf Zeichen von Herzlichkeit stoßen, so werden sie die um so höher werten können. (Heiterkeit.)

Sie kennen auch den Schwäbischen Gruß, eine besondere Eigenart dieses Landes. Aber auch hier möchte ich warnen, etwa davon auszugehen, daß das die landesübliche Anrede sei. (Heiterkeit.)

Im politischen Bereich könnte man als negativ einen gewissen Hang aller südwestdeutschen Stämme zur Eigenbrötelei erwähnen. Bereits im Mittelalter waren heftige Fehden. Von Stadt zu Stadt, von Herrschaft zu Herrschaft sind sie zum Ausdruck gekommen. Wohl kein anderer Teil Deutschlands hat damals nach dem Verfall des bis zur Stauferzeit bestehenden Herzogtums Schwaben eine so buntscheckige Landkarte aufgewiesen als der deutsche Südwesten. Napoleon war es zu danken, daß mit Baden und Württemberg zwei größere Länder entstanden, die trotz unnatürlicher Grenzen doch verhältnismäßig rasch zu innerlich geschlossenen staatlichen Einheiten wurden; und es hat sich hier wieder bewährt: Wenn fremde Staatsmänner in Deutschland Grenzen ziehen, werden sie besonders respektiert. (Heiterkeit und Beifall.)

Von der partikularen Vielfältigkeit blieb außer diesen beiden Staaten nur noch das Fürstentum Hohenzollern übrig, das im Jahre 1849 an Preußen verkauft worden ist. Vielleicht hing es mit dem erwähnten Mißtrauen gegenüber den Fremden im schwäbischen Charakter zusammen, vielleicht hatte es aber auch berechtigte politische Gründe gegeben, daß die hohenzollerischen Einwohner darüber nicht alle ganz beglückt waren. Es ist vielleicht bezeichnend — und deshalb darf ich das hier vortragen —, daß

die Pfarrer des Landes angewiesen worden sind, in der Sonntagspredigt dieses Ereignisses, das man der weisen Vorsehung verdankte, zu gedenken. Einer der hochwürdigen Geistlichen tat das in folgender Weise, indem er sagte: Geliebte in Christo, ich werde heute zu euch reden erstens davon, wie sehr wir uns freuen sollen, daß wir preußisch geworden sind (Heiterkeit), und zweitens darüber, daß wir dies um unserer Sünden willen nicht besser verdient haben. (Heiterkeit.)

Nachdem die Ereignisse nach 1945 vorübergehend zu drei Ländern geführt hatten, konnte 1952 endlich die staatliche Einheit Südwestdeutschlands hergestellt werden. Ich darf allen denen, die es nicht wissen, hier sagen, daß die Sozialdemokratische Partei dabei eine hervorragende Rolle gespielt hat. Obwohl dieser Zusammenschluß ein dringendes Gebot der politischen und wirtschaftlichen Vernunft war, hatte sich eine Minderheit der Bevölkerung leidenschaftlich dagegen zur Wehr gesetzt. Inzwischen ist das Land aber zusammengewachsen, und die Tendenzen, entgegen allen vernünftigen Erwägungen das Rad der Geschichte zurückzudrehen und das Land wieder aufzuspalten, haben einen irrealen und schildbürgerlichen Charakter angenommen. Nach der deutlichen Absage auch der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung des ehemaligen Landes Baden, wie sie sich im Ergebnis des letzten Volksbegehrens ausdrückte, sucht man jetzt Hilfe in Bonn. Sie werden sich vielleicht, meine Damen und Herren, die Sie Bundestagsabgeordnete sind, mit einem Gesetzentwurf zu befassen haben. Achten Sie bitte auf den Inhalt. Man will nämlich, um ein Mitstimmen der württembergischen Bevölkerung an diesem Entscheid, ob das Land beisammen bleiben soll oder nicht, auszuschließen, darüber abstimmen, ob der Landesteil Baden aus dem dann noch fortbestehenden Lande Baden-Württemberg ausscheiden soll.

Als eindeutig positiver Charakterzug der südwestdeutschen Bevölkerung ist die immer bewiesene Wertschätzung politischer Freiheit und demokratischer Lebensordnung zu werten. Sie spiegelt sich in einer alten und reichen freiheitlichen Tradition mit vielen beispielhaften Vorgängen. Vor England, entschuldigen Sie, Mr. Gaitskell, hatte Württemberg in seinen Landständen eine Einrichtung, die als Vorläufer unserer heutigen demokratischen Parlamente gelten kann. In dem Tübinger Vertrag von 1514 wurden diese verfassungsmäßigen Rechte von den Untertanen dem damaligen Herzog abgerungen. Bauernkriege spielten sich hierzulande mit besonderer Erbitterung ab. Ihr geschichtlicher Auftakt war der Aufstand des armen Konrad im Remstal. Später stritten die schwäbischen Dichter Schubart, Schiller und Uhland für die politische Freiheit gegen den monarchistischen Absolutismus. 1848 war vor allem Baden das deutsche Land, in dem der Freiheitsfunke am heftigsten zündete. Ich brauche nur an die Städte Mannheim und Rastatt und an die Volksführer Häcker und Struwe zu erinnern. Wie 1848 Stuttgart der letzte Zufluchtsort der Frankfurter Nationalversammlung war, so wurde es im März 1920 während des reaktionären Kapp-Putsches abermals die Zuflucht der deutschen Nationalversammlung und der sozialdemokratisch geführten Reichsregierung Bauer. Bevölkerung, Beamtenapparat und sogar die Reichswehr in den südwestdeutschen Ländern standen damals geschlossen auf seiten der rechtmäßigen demokratischen Regierungsgewalt.

Damit wohl genug von Land und Leuten und seiner Geschichte. Ich spreche den Wunsch namens der Regierung dieses Landes aus, daß diese Tagung einen fruchtbaren Verlauf nehmen möge und zu Ergebnissen führe, zu wertvollen Ergebnissen nicht nur für die Partei, sondern für das ganze deutsche Volk. Ich möchte wünschen, daß sich die Teilnehmer an diesem Parteitag während ihres Aufenthalts in Stuttgart und in Baden-Württemberg wohlfühlen. Und bitte, kommen Sie nicht erst in 60 Jahren wieder! (Lebhafter Beifall.)

Dr. Arnulf Klett, Oberbürgermeister: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Gäste in Stuttgart! Im Namen der Stadt Stuttgart heiße ich alle aus dem Ausland und Inland herbeigeeilten Teilnehmer an dem Bundesparteitag 1958 der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in unserer Stadt und in diesem städtischen Hause herzlich willkommen.

Nicht nur jeder Sozialdemokrat, sondern jeder politisch verständige und gutwillige Bundesbürger wird Ihrem Vorhaben von Herzen gutes Gelingen wünschen, weil der Erfolg Ihrer Beratungen und weil die Richtigkeit Ihrer Entscheidungen für unser ganzes Volk von großer Bedeutung sind. Es handelt sich ja darum, einem großen Teil der Bundesbürgerschaft, den Sie zu vertreten das Recht und die Pflicht haben, die Möglichkeit zu erhalten und zu verschaffen, in realer und wirksamer Weise an den Geschicken und der Zukunft unseres Volkes mitzuarbeiten, wobei für jeden, der denken kann, diese Mitarbeit gleich wichtig ist, ob sie nun gerade in der Opposition oder auf der Regierungsbank geschieht. Die Aufgabe heißt ja: Mitten in der stürmischen technischen und sozialen Entwicklung nach innen möglichst sozialen Frieden, nach außen aber möglichst politischen und militärischen Frieden! Über allem aber steht für uns Deutsche beherrschend das Wort „Wiedervereinigung". (Beifall.)

Ein Wort, das nicht nur unsere schwerste Aufgabe, sondern das Schicksal unseres Volkes beinhaltet. Für die Schwere unserer Situation ist es doch kennzeichnend, daß trotz bestem Willen weder die Regierung noch die Opposition ein Patentrezept empfehlen kann, das, wenn nur strikt befolgt, mit Sicherheit oder auch nur mit hoher Wahrscheinlichkeit in absehbarer Zeit zum Ziele führt. Deshalb sind alle gutwilligen und vernünftigen Menschen auf die sachliche Prüfung der Vorschläge und der tastenden Versuche angewiesen, gleichgültig, von welcher Seite sie kommen.

So ist es meine, ist es unsere Hoffnung, daß Ihr diesjähriger Parteitag zur Klärung der vielen schwerwiegenden Fragen beitragen möge, deren Beantwortung Ihnen obliegt. Wenn diese Beantwortung gelingt oder angebahnt wird, dann wird Ihre diesjährige Zusammenkunft für unser ganzes Volk von größtem Nutzen sein. In diesem Sinne wünsche ich Ihrer Arbeit in Stuttgart von Herzen alles Gute. (Beifall.)

Willi Richter, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes: Meine Damen und Herren! Liebe Genossinnen und Genossen! Es ist mir eine große Freude, Ihnen im Namen des Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes den besten Dank für Ihre Einladung zum SPD-Parteitag sagen zu dürfen.

Ich darf einen Augenblick an die Jahre der Aufbauarbeit nach 1945 erinnern, an das geschichtliche Verdienst des unvergeßlichen Kurt Schu-

macher um das Werden der Bundesrepublik im Interesse Gesamtdeutschlands und an die Arbeit der Sozialdemokratischen Partei im Bundestag und in den Ländern.

Auch wenn wieder einige Personen behaupten sollten, ich würde mich einer Verletzung der in letzter Zeit so oft erwähnten politischen oder parteipolitischen Neutralität des DGB schuldig machen, halte ich es für mein gutes Recht, wenn ich Ihnen für das Verständnis und für die weitgehende Unterstützung insbesondere auf den Gebieten der Sozial-, Wirtschafts- und Steuerpolitik in allen diesen Jahren unseren verbindlichsten Dank sage. (Beifall.)

Es ist daher nicht überflüssig, zu betonen, daß wir mit den vom Bundestag verabschiedeten Gesetzen, die die Arbeitnehmer und ihre Familien besonders betreffen, nicht zufrieden sein können. Wir halten uns für verpflichtet, zu gegebener Zeit eine Reihe von bisher nicht berücksichtigten Forderungen vorzubringen.

Ich nenne hier nur beispielsweise die Zahlung des Kindergeldes vom zweiten Kinde an, eine Regelung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle, die dem Arbeiter gemäß Artikel 3 des Grundgesetzes die gleichen Rechte gewähren muß, wie sie den anderen Arbeitnehmergruppen zustehen, und die ihn nicht nur gleichstellen beim Steuerzahlen und bei der Wehrpflicht.

Auch eine Reform der Krankenversicherung halten wir für vordringlich. Wenn aber neben den verhältnismäßig hohen Beiträgen der Angestellten und Arbeiter noch eine Beteiligung an den Kosten für Medikamente, Arzt und Krankenhaus vorgesehen ist, und wenn man keine bessere Regelung weiß, dann sollte man nicht von einer Reform sprechen, sondern von einer Erhöhung der Lasten für die Versicherten o d e r von einem Abbau der Leistungen der Krankenkassen.

Liebe Parteifreunde, ich bitte um Verständnis dafür, daß mich die Gedanken und das Fühlen des Sozialpolitikers für den arbeitenden Menschen und für seine Familie auch in meiner Begrüßungsansprache beeinflußt haben.

Aber das ist verständlich, denn die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften haben in vielen sozialpolitischen Fragen die gleichen fortschrittlichen Vorstellungen, die auch zu übereinstimmenden Maßnahmen führen. Die Sorgen der Millionen schaffender Menschen bestehen in den bangen Fragen: Wird uns der Arbeitsplatz erhalten bleiben? Wird unser Lebensstandard verbessert werden? Wird uns der Frieden bewahrt bleiben?

Um dies zu sichern, fordern die Gewerkschaften: Eine Politik der Vollbeschäftigung, eine gerechte Verteilung des Sozialproduktes und eine allgemeine Abrüstung.

Unsere Parole lautet: „Hände weg von den Atomwaffen!“ (Starker Beifall.) Wir wissen, daß die Bedeutung der auf dem Parteitag zur Diskussion stehenden Probleme weit über den Rahmen dieser Veranstaltung hinausgeht und daß Ihre Entscheidungen für das weitere politische Geschehen in der Bundesrepublik mitbestimmend sein werden. Daher wünsche ich der Arbeit dieses Parteitages den besten Erfolg. (Beifall.)

Fritz Rettig, Vorsitzender der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft: Liebe Parteifreunde! Ihrer Einladung zur Teilnahme an diesem Parteitag bin ich mit Freuden nachgekommen. Ich grüße in ihm die politische Gemeinschaft, der ich selbst bereits seit vier Jahrzehnten angehöre. Ich überbringe Ihnen darüber hinaus aber auch die Grüße und alle guten Wünsche des Hauptvorstandes der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft. (Beifall.)

Wir verfolgen Ihre Erörterungen nicht nur mit lebhaftem Interesse, sondern auch mit starker innerer Anteilnahme, weil wir — obwohl wir unabhängig voneinander tätig sind — doch viele gemeinsame Aufgaben haben. Ich möchte das deutlich machen an dem Leitwort, unter dem wir in diesem Jahre die Feier des 1. Mai begingen. Es hieß: „Friede, Freiheit, soziale Sicherheit." Wir wissen, daß alle unsere Arbeit sinnlos ist, wenn es nicht gelingt, den Weltfrieden zu sichern. Bei den Auseinandersetzungen um die atomare Rüstung ist das besonders deutlich geworden. Die große Debatte im Bundestag hat leider nicht zu dem von uns gewünschten Ergebnis geführt, aber die Auseinandersetzung in dieser Frage wird und muß weitergehen. (Beifall.) Sicher stimmen wir in der Auffassung überein, daß es nicht darauf ankommt, die Menschen vor den Folgen eines möglichen Atomkrieges zu schützen, sondern daß die Frage lauten muß: Was können und müssen wir tun, um eine solche Katastrophe zu verhindern? (Beifall.)

Die Menschen wollen leben. Wir haben die Pflicht, die verzweifeltsten Anstrengungen zu machen, um das der Menschheit drohende Unheil abzuwenden. Die DAG hat deshalb kürzlich einen Aufruf an ihre Mitglieder erlassen und ihnen nahegelegt, alle Rechte des Staatsbürgers wahrzunehmen und alle legalen Bestrebungen zur Erkundung des Volkswillens zu unterstützen. (Beifall.)

Die Freiheit muß verteidigt und dort, wo sie verloren ging, wiederhergestellt werden. In dieser Erkenntnis sind wir einig. Die Aufspaltung Deutschlands ist ein Gefahrenherd von weltweiter Bedeutung, der nur durch eine friedliche Wiedervereinigung in Freiheit beseitigt werden kann. In den äußeren Rahmen von Frieden und Freiheit gehört im Inneren die soziale Sicherheit.

Auf einem früheren Parteitag habe ich Sie gebeten, mitzuhelfen, daß den mehr als vier Millionen Angestellten in der Bundesrepublik eine in Jahrzehnten bewährte Einrichtung, die Angestelltenversicherung, erhalten bleibt oder wiedergegeben wird. Diesem Wunsch der überwiegenden Mehrheit aller Angestellten ist durch einen einstimmigen Beschluß des Bundestages entsprochen worden. Der SPD möchte ich für das hier erwiesene Verständnis im Namen der Angestellten recht herzlich danken. (Beifall.)

Damit möchte ich zugleich die Bitte verbinden, daß die Partei auch bei den bevorstehenden Beratungen über die Reform der übrigen Zweige der Sozialversicherung — das sind die Krankenversicherungen, die Unfallversicherung — die gleiche verständnisvolle Haltung zeigen möge.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf die steigende Bedeutung der Angestellten als Staatsbürger und Kulturträger hinweisen. Daß es gelin-

gen möge, die Angestellten noch stärker als bisher auch im politischen Leben und insbesondere in unserer Partei zu aktiver Mitarbeit zu bewegen, ist mein aufrichtiger Wunsch. (Beifall.) Ich hoffe, daß diese Frage bei den Beratungen des Parteitages über den Weg, den die Partei künftig gehen wird, um zahlenmäßig größer zu werden und an Einfluß zu gewinnen, gebührende Beachtung finden wird.

Ich glaube, daß es nicht allzu schwer, aber doch sehr lohnend ist, eine engere Verbindung zwischen der SPD und großen Teilen der Angestellten-Gewerkschaft herzustellen. Unsere praktische Tagesarbeit bietet dazu immer wieder neue und geeignete Anlässe. Als Beispiel möchte ich nur die Preis- und Lohnpolitik nennen. Wir haben ein gemeinsames Interesse daran, das immer wieder auftauchende Märchen von der Lohn-Preis-Spirale zu widerlegen. (Beifall.) Vor der letzten Bundestagswahl lautete eine der am meisten verbreiteten Parolen: Keine Experimente! Inzwischen haben wir aber zusehen müssen, wie die Preise dennoch lustig weiterkletterten, ohne daß die Bundesregierung es verhindern konnte. Wird aber irgendwo von der Notwendigkeit der Lohn- und Gehaltsanpassung gesprochen, so malt man bedenkenlos das Inflationsgespenst an die Wand. Diesem unverantwortlichen Treiben kann nicht nachdrücklich genug entgegengetreten werden.

Abschließend möchte ich noch auf ein aktuelles Thema hinweisen, nämlich auf die Beteiligung der Arbeitnehmer an der sogenannten Investitionsrate. Die Leistung der Arbeitnehmer ist durch die Gewährung eines angemessenen Lohnes oder Gehaltes allein nicht abgegolten. Darüber hinaus muß ihnen auch ein angemessener Anteil an dem von ihnen mit erarbeiteten Wertzuwachs der Betriebe eingeräumt werden.

Diesem berechtigten Begehren der Arbeitnehmer, am Wirtschaftswunder beteiligt zu sein, muß in echter Weise entsprochen werden. Die sogenannte „Volksaktie" ist ein untauglicher Versuch. Dadurch will man die Arbeitnehmer auf ein Abstellgleis schieben. Ich würde es außerordentlich begrüßen, wenn unsere Partei dazu beitragen würde, eine Lösung zu finden, die den Vorstellungen und Wünschen der arbeitenden Menschen in Deutschland entspricht. Ich sagte „Deutschland", denn die Lösung dieser Frage ist auch im Hinblick auf die Wiedervereinigung der beiden Teile Deutschlands von überragender Bedeutung.

Ich möchte schließen mit dem Wunsche, daß die Ergebnisse dieses Parteitages eine weitere Strecke des Weges freilegen, den wir gehen wollen, um unserem Volk den Frieden, die Freiheit und die soziale Sicherheit zu geben. (Starker Beifall.)

Carl Schumacher, Vorsitzender des Zentralverbandes deutscher Konsumgenossenschaften: Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Namens der konsumgenossenschaftlichen Bewegung Deutschlands überbringe ich dem Parteitag 1958 der Sozialdemokratischen Partei herzliche und brüderliche Grüße. Die Konsumgenossenschaften vertreten Verbraucherinteressen, d. h. sie treiben Wirtschaftspolitik vom Standpunkt der Verbraucher her, aber darüber hinaus wirtschaften sie unmittelbar für den Verbraucher. In dieser Tatsache ist die entscheidende und unterscheidende

Eigentümlichkeit der Konsumgenossenschaften im Verhältnis zu ihrer ganzen wirtschaftlichen Umwelt zu erblicken. Das, was der Handel in seinen besten Gliedern willens- und haltungsmäßig anstrebt, daß nämlich Händler und Verbraucher sich so einstellen, als ob sie in einem Boot säßen, das ist in den Konsumgenossenschaften organisatorisch und institutionell von ihrem Ursprung her und aus ihrer Zielsetzung ein Faktum. Eigennutz und das an sich legitime Gewinnstreben gehören nicht zu den Grundlagen unserer wirtschaftlichen Tätigkeit. Bewußt fassen wir die wirtschaftlichen Kräfte der konsumgenossenschaftlichen Bewegung als gegengewichtige Marktmacht auf und sind im Anblick einer wirtschaftlichen Entwicklung, die schon immer erstaunliche Machtgebilde hervorgebracht hat, bemüht, unsere Kräfte immer mehr zu stärken und zu entfalten.

Freiheit — Freiheit der Persönlichkeit, der wirtschaftlichen Entwicklung, der Konsumwahl und auch des Wettbewerbs — ist auch das Lebenselement wahrer Konsumgenossenschaften, ebenso wie einer freien Gesellschaft überhaupt. So finden die Versuche, die Freiheit — sei es des Staatsbürgers, sei es des Verbrauchers, sei es des Wettbewerbs — zu beschränken, uns auf der Gegenseite. Aus dieser unserer Haltung und Einstellung heraus fühlen wir uns allen demokratischen Kräften — Parteien wie Gewerkschaften — verbunden, denen die Erneuerung von Gesellschaft und Wirtschaft aus der Verantwortung für den Menschen verpflichtende Aufgabe ist.

Als einem wesentlichen Teil der freien Gemeinwirtschaft ist uns an Obhut und Förderung durch den Staat nicht gelegen. Wir erwarten aber auch umgekehrt, daß die staatliche Wirtschaftspolitik unsere Entwicklung nicht behindert,sondern uns unsere eigenen Angelegenheiten auch frei bestimmen läßt. Es ist verständlich, daß die Konsumgenossenschaften Ausschau halten nach Menschen und Gruppen, die — wie sie selbst — die gemeinwirtschaftliche Arbeit im „Dienst am bedürfenden Menschen", um ein Wort Nell-Breunings zu gebrauchen, bejahen. In unserer auf den Parteien aufgebauten Demokratie müssen die Konsumgenossenschaften ein begreifliches Interesse für die Programme und für die Haltung der Parteien haben, um zu wissen, wo Weggenossenschaft möglich ist, und wo andererseits Gegnerschaft und Ablehnung anzutreffen sind.

Daß der Entwurf zu einem Grundsatzprogramm sich im Rahmen eines umfassenden, auch von den Konsumgenossenschaften bejahten Bekenntnisses zur Erhaltung, ja zielbewußten Steigerung der Vielfalt der Unternehmensformen, auch für die Förderung der freien gemeinwirtschaftlichen Unternehmensformen, ausspricht, kann von uns nur positiv vermerkt und begrüßt werden.

Als ein Stück der freien Gemeinwirtschaft sehen wir Konsumgenossenschaften in der vor uns liegenden Zeit neue und gewichtige Aufgaben, da die Verbraucher, ohnehin nicht in einer eben guten Position, mit ihren wirklichen und mit den ihnen von einer raffinierten, psychologisch ausgeklügelten Werbung suggerierten Bedürfnissen Gefahr laufen, Spielball überlegener Marktmächte zu werden; der manipulierte Verbraucher könnte leicht eines Tages auch der manipulierte Wähler werden. Ich

meine, das sind Aspekte in unserer zeitgenössischen wirtschaftlichen Entwicklung, denen auch eine politische Partei ihre volle Aufmerksamkeit schenken muß.

Ich wünsche nun den Verhandlungen des Parteitags einen guten Verlauf. An einer ihre wichtige Rolle zielsicher und wirkungsvoll ausfüllenden Sozialdemokratischen Partei Deutschlands muß ein jeder interessiert sein, dem als Mensch und als Staatsbürger Demokratie und Freiheit unentbehrliche Elemente eines menschenwürdigen Daseins sind. (Starker Beifall.)

Albert Carthy, Sekretär der Sozialistischen Internationale: Liebe Genossinnen und Genossen! Verehrte Anwesende! Ich verdanke es der Einladung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und dem Beschluß der Sozialistischen Internationale, mich als Delegierten zu entsenden, daß ich die Ehre habe, diesem Parteitag unserer deutschen Bruderpartei heute die Grüße aller Genossen der Internationale überbringen zu dürfen.

Nach der ergreifenden Ansprache meines Vorsitzenden, Alsing Andersen, auf Eurer Demonstration heute morgen bereitet es mir Schwierigkeiten, das Wort zu nehmen.

Die internationale sozialistische Bewegung gibt der Welt etwas, das allzuoft vernachlässigt wird: Sie rückt ins rechte Licht die Vordringlichkeit der sozialen Gerechtigkeit innerhalb der Nation und zwischen den Nationen. Zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit stehen der Welt heute die Mittel zu Verfügung, die die materiellen Nöte der Menschheit überwinden können. Nur der nötige Wille fehlt — der Wille, der sozialen Gerechtigkeit Priorität zuzuerkennen, der Wille, die Kräfte der Natur und Technik zu friedlichen, aufbauenden und schöpferischen Zwekken zu benutzen. Es ist die ehrenvolle Aufgabe unserer sozialistischen Bewegung, diesen Willen zu mobilisieren, den einheitlichen Willen zur Erschließung der menschlichen und materiellen Kräfte und zur Befreiung des menschlichen Geistes. Nur wenn uns dies gelingt, kann das Gespenst der Armut und Not, der Seuche und Krankheit, der Arbeitslosigkeit und des Krieges für immer gebannt werden.

Indem ich die Grüße der Sozialistischen Internationale überbringe, möchte ich zwei charakteristische Züge der deutschen Partei erwähnen: ihre leidenschaftliche Hingabe an die demokratische Diskussion und ihre langjährige Tradition der Treue zur Internationale.

Ich freue mich, der großen Hilfe Lob zu zollen, die die Sozialdemokratische Partei Deutschlands der Internationale auf Grund der erstgenannten Eigenschaft gibt bei den Diskussionen über unsere vielen gemeinsamen Probleme der Gegenwart und Zukunft.

Was die zweite Eigenschaft angeht, möchte ich eine persönliche Erinnerung anführen. Dies ist die erste Gelegenheit, bei der ein früheres Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands auf einem Parteitag in seiner Eigenschaft als Sekretär der Internationale spricht. Vor fünfundzwanzig Jahren war ich nämlich Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (lebhafter Beifall), und zwar in Berlin. (Bravo!)

Die Nicht-Berliner werden es mir nicht verübeln, wenn ich hinzufüge, daß ich noch heute eine besonders warme Zuneigung für diese große,

belagerte Stadt empfinde. (Lebhafter Beifall.) Wie es im Lied heißt: „Ich hab' noch einen Koffer in Berlin." (Heiterkeit.) Ich besitze noch mein SPD-Mitgliedsbuch und hoffe nur, daß mein Freund, Alfred Nau, der Kassierer, nicht meine rückständigen Beiträge reklamieren wird; denn soviel Geld besitze ich leider nicht. (Heiterkeit.) Dieses Mitgliedsbuch enthält eine eingeklebte Marke mit dem Bild von Giacomo Matteotti, einem der ersten und bedeutendsten Opfer des Faschismus. Diese Marke, ein Sonderbeitrag, den alle Mitglieder leisteten, hat mich fortwährend an die praktische Art und Weise der Tradition der Treue der deutschen Sozialisten zur Internationale erinnert. Und das Bild Matteottis mahnt uns, daß es heute noch sozialdemokratische politische Gefangene und politische Opfer gibt.

In dieser schönen Stadt Stuttgart fanden vor über 50 Jahren zwei wichtige internationale Gewerkschaftskongresse statt, und zwar einer der Sozialistischen Internationale, der schon erwähnt worden ist, und einer der Gewerkschafts-Internationale. Die politische und gewerkschaftliche Atmosphäre war anders — viel ungünstiger für uns. Wir können froh sein, sowohl für die deutsche Bewegung als auch für die Internationale über diese Änderung der Stimmung wegen der großen Zunahme an Kraft der deutschen Arbeiterschaft.

Wenn wir die Weltlage betrachten, überkommt uns oft eine düstere Stimmung. Die Unterdrückung, die in den totalitären Staaten und auch in anderen Ländern herrscht, lastet mit einer solchen Schwere auf uns, daß wir mitunter der Verzweiflung nahe sind. Zwei einfache Beispiele: Mein Freund Max Kukil schenkte mir kürzlich ein Buch „Das Gewissen steht auf". Dieses Buch legt Zeugnis ab dafür, wie der freiheitliche Geist sich unter der Hitler-Herrschaft behauptet hat; es zeigt uns das Lebensbild einfacher Frauen und Männer, die alles erduldeten bis zum Tod, und die den Freiheitsfunken in Deutschland am Leben erhielten.

Und dann: viele demokratische Sozialisten haben sogar noch stärkere Zweifel gehabt, ob sich der freiheitliche Geist unter der kommunistischen Zwangsherrschaft behaupten könnte. Wir haben uns eingebildet, daß dieses System mit übermenschlicher Kraft die Gedanken und Gefühle der Menschen völlig kontrolliert. Wir haben gemeint, daß eine unter dem Kommunismus erzogene Generation, eine Generation, die nichts von der Demokratie weiß, die nicht ahnt, was ihr verlorengegangen ist: daß eine solche Generation für die Brutalität in Geist und Tat, das heißt für den Totalitarismus, gewonnen werden würde, und daß die ältere Generation in jenen Ländern darüber den Glauben an die Demokratie verlieren würde. Aber wir waren es, die den Glauben an die Demokratie, an unsere Mitmenschen, verloren hatten. Wir waren es, die unsere Ideen und unser Urteil an die Kommunisten verloren hatten. Polen und Ungarn haben uns die Wahrheit gelehrt über die jungen Menschen, von denen die Kommunisten mit Zuversicht, und die Demokraten mit Furcht, annahmen, daß sie erfolgreich von allen freiheitlichen Gedanken isoliert wären. Aber diese jungen Menschen waren es, die bei der ersten Gelegenheit ihr Recht geltend machten auf gerade die demokratischen Freiheiten und Einrichtungen, von denen wir in unserer Unwissenheit annahmen, daß sie sie unter dem Einfluß der kommunistischen Erziehung verachten und ab-

lehnen würden. In ihrem tiefen Wunsch nach Freiheit fühlten sie sich — sie haben es selber gesagt — als Teil der demokratischen Weltgemeinschaft. Ungarn wurde zum Triumph des freiheitlichen Geistes.

Die jungen Menschen in Polen und Ungarn haben gezeigt, daß die demokratische Idee sich wie ein Phönix aus der Asche erhebt, unbesiegt und unbesiegbar. Wir sind eng mit ihnen verbunden, wenn wir für die positiven Ideale eintreten, von denen Alsing Andersen heute morgen gesprochen hat.

Die Hoffnung und Sehnsucht der Menschheit pulsiert in der Sozialistischen Internationale; ihre Mitgliedsparteien sind das Herz und die Nerven, die sie in Bewegung setzen.

Der Gruß, den ich überbringe, kann nicht mehr sein als ein Symbol, eine Andeutung der Botschaft des demokratischen Sozialismus, deren Träger die Sozialistische Internationale ist: die Botschaft des entschlossenen Willens zum Frieden in Freiheit, Sicherheit und Menschenwürde, des Willens zu einer neuen Gesellschaft, des Ausharrens im Kampf.

Im Namen der in unserer Internationale vereinten Millionen Mitglieder, der Internationale, in der die Sozialdemokratische Partei Deutschlands eine so geschätzte Bruderpartei ist, und in der Eure Vertreter mit soviel Achtung angehört werden — und auch im Namen der heute zum Schweigen verdammten Millionen, die mit uns sind im sozialistischen Geist, und für die wir gleichfalls einstehen in allen Kämpfen, in denen es um die sozialistische Sache geht, begrüße ich diesen Parteitag und wünsche der Arbeit des Parteitags den besten Erfolg. (Lebhafter langanhaltender Beifall.)

Tom Driberg, Vorsitzender der Labour Party: Meine Damen und Herren! Liebe Genossinnen und Genossen!

(Der Redner überbringt sein Grußwort in englischer Sprache; Dr. Adolf Arndt verliest die deutsche Übersetzung.)

Meine Damen und meine Herren! Liebe Genossinnen und Genossen! Für mich als den ersten Vorsitzenden des Vorstandes der Labour Party bedeutet es eine Ehre und zugleich eine große Freude, Ihnen die Grüße meiner Partei zu überbringen.

Es gehört zu den Merkmalen insularer Völker, daß sie sich manchmal wenig um die Angelegenheiten anderer Völker kümmern und daß sie oft über ein geringeres Einfühlungsvermögen verfügen. Das kann Stärke für sie bedeuten; aber ebenso auch Schwäche, wie etwa in meinem Fall, wenn man es verabsäumt, so viele fremde Sprachen zu sprechen wie nur möglich. (Heiterkeit.)

Aber sogar der insulare Engländer beginnt zu begreifen, daß im Zeitalter der Düsenflugzeuge und der nuklearen Raketen solche kleinen Tümpel, so muß man schon sagen, wie der Kanal oder die Nordsee (die einige unserer Landkarten heute noch als „Deutsches Meer" bezeichnen) ebenso unbedeutend und ebenso leicht überquerbar sind wie irgendeine Land-

grenze. Und gerade jetzt schauen die britischen Sozialisten mit Bewunderung und Sympathie auf jenen so energischen Kampf, den Sie, liebe Genossinnen und Genossen, gegen die nukleare Aufrüstung der Bundesrepublik Deutschland führen. (Starker Beifall.)

Am Ausgang dieses Kampfes haben wir in England und Sie in Deutschland ein gleich großes Interesse. (Erneuter starker Beifall.)

Beide Länder sind äußerst verwundbar und im Falle eines nuklearen Krieges zwischen den beiden mächtigsten Nationen der Welt den alles zerstörenden Angriffen ausgesetzt. In einem solchen Kriege könnte Amerika in England und Europa eine Art vorgeschobener Brückenkopf erblicken, der aber auch, so nehme ich an, von den — wie wir in England mit unserer Vorliebe für Untertreibungen sagen — „konventionellen" Streitkräften der Sowjetunion überrannt werden könnte.

Es versteht sich aus geschichtlichen Gründen, daß unsere Lösungsversuche, aus diesem gemeinsamen Dilemma herauszukommen, nicht identisch sein werden. Wir in der Labour Party aber haben gemeinsam mit der britischen Gewerkschaftsbewegung eine in sich geschlossene und praktisch durchführbare Politik ausgearbeitet, um mit dieser furchtbaren Bedrohung der ganzen Menschheit fertig zu werden, beginnend mit der einseitigen Einstellung der Wasserstoffbombenversuche als einer der drei Stufen nuklearer und konventioneller Abrüstung, bei der am ehesten die Möglichkeit eines raschen Übereinkommens besteht. (Beifall.)

Diese Politik stimmt mit der Wiener Entschließung der Sozialistischen Internationale überein, von der Sie wahrscheinlich alle Kenntnis genommen haben.

Wir sagen weiterhin, daß keine Schritte unternommen werden sollten, die die Errichtung von Raketenbasen in England beabsichtigen, ehe nicht wenigstens weitere Versuche unternommen worden sind, Gipfelgespräche zu veranstalten. (Lebhafter Beifall.)

Wir widersetzen uns der gefährlichen Praxis, in England stationierte amerikanische Flugzeuge mit Wasserstoffbomben an Bord auf Kontrollflüge zu schicken; und wir sind der Meinung, daß einer der Hauptpunkte auf der Tagesordnung von Gipfelgesprächen die Diskussion der verschiedenen Vorschläge einer Disengagement-Zone in Mitteleuropa, unter Einschluß natürlich eines wiedervereinigten Deutschlands, abgeben müßte.

Sie werden mir sicherlich vergeben, daß ich den größten Teil dieser kurzen Botschaft diesem einen Thema widmete, das aber nach allem an die Kernfrage nach dem Fortbestand der Menschheit rührt. In einem solchen Konflikt, der die indirekte Gefahr der Radioaktivität ebenso in sich birgt wie die Gefahr sofortiger Auslöschung auf größtem Raum, ist kein Raum mehr für komfortable Neutralität oder Sich-Einnisten im Elfenbeinernen Turm.

Wie schrieb doch einmal unser englischer Dichter John Donne: „Jedermanns Tod reißt ein Stück meiner selbst weg ... Ich bin mitten in der Menschheit drin ... Darum frage niemals, für wen die Stunde schlägt: denn sie schlägt für dich." Zur Stunde seid weder Ihr, Genossen, noch

sind wir an der Macht. Es wird dem Frieden in der Welt wie auch dem sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt unserer Völker dienen, wenn wir dereinst die Regierungsgewalt übernehmen. Wir in England nähern uns den Parlamentswahlen, die wir zu gewinnen hoffen. (Beifall.)

Wir in England hoffen auf den Tag, da der demokratische Sozialismus im gesamten Deutschland siegreich sein wird.

Wenn ich eine persönliche Bemerkung hinzufügen darf, so möchte ich sagen, daß ich seit den Tagen des spanischen Bürgerkrieges eine besondere Zuneigung und Bewunderung für die deutschen Sozialisten empfinde. Damals machte ich meine ersten Erfahrungen mit Bombenangriffen. Unter denen, die sich gleich mir in einem dürftigen Schutzraum in einer zerstörten Kirche in Figures befanden, war eine Gruppe Deutscher, die unsere Lebensgeister dadurch wachhielten, daß sie einige ihrer deutschen Lieder sangen. An eines erinnere ich mich ganz besonders. Es schloß mit dem Wort Freiheit. (Starker Beifall.)

Es ist im Geiste dieses furchtlosen Liedes — jenem unzerstörbaren menschlichen Drang nach Freiheit von jedweder Tyrannei, ob politischer oder wirtschaftlicher Art —, daß ich Ihnen die Grüße und herzlichsten Wünsche der Britischen Labour Party überbringe. (Langanhaltender Beifall.)

(Der folgende Redner erhält Beifall beim Betreten des Rednerpults.)

Herzl Berger, Vorstandsmitglied der Sozialistischen Partei Israels (MAPAI): Genossinnen und Genossen! Ich freue mich, Euch die kameradschaftlichen Grüße und die besten Glückwünsche der Sozialistischen Arbeiterpartei Israels zu überbringen. (Lebhafter Beifall.)

Ich erlaube mir zugleich, meinen tiefen Dank auch im Namen meiner Parteigenossen Eurem Vorsitzenden und unserem Genossen Erich Ollenhauer für seine herzlichen Worte zu sagen.

Die Arbeiterklasse ist in den Besitz materieller Güter und politischer und kultureller Werte gelangt, vor allem in den Besitz einer bedrückenden und zugleich emporhebenden Last — der Last der Verantwortung für das Volk, für den Staat, für die Welt.

Der demokratische Sozialismus muß sich seiner Verantwortung für das Schicksal der Welt bewußt sein. Er muß sich dessen bewußt sein, daß das Schicksal der Welt nicht mehr nur in den hoch- und höherentwickelten Ländern entschieden wird, sondern in immer steigendem Maße in Ländern, die weder demokratische Tradition, noch ein festeingewurzeltes Verlangen weiter Volksschichten nach voller Menschenfreiheit und wahrer Volksherrschaft kennen. Der Kampf um die politische Freiheit und den sozialen Fortschritt tobt auch in den Entwicklungsländern. Auch dort gibt es Diktaturen, die die Freiheit im eigenen Lande unterdrücken und bestrebt sind, ihre Macht nach außen hin zu erweitern und fremde Völker zu unterjochen und zu vernichten.

Genossen! Als Sozialist aus Israel möchte ich Euch sagen, daß wir es voll anerkennen, daß die Deutsche Bundesrepublik ihren Verpflichtungen

aus dem Deutsch-Israelischen Abkommen restlos und genau nachkommt. Wir glauben, daß die wirtschaftliche Hilfe, die jedem Entwicklungsland gewährt wird, grundsätzlich zu begrüßen ist. Selbst wenn eine solche Hilfe das Regime einer Diktatur heute stärken würde, muß sie auf weitere Sicht hinaus die Entstehung und Entwicklung demokratischer Kräfte fördern und die Friedensaussichten stärken. Wir erwarten allerdings, daß dabei nicht außer acht gelassen wird, daß jede politische Benachteiligung eines demokratischen Staates vermieden wird, indem gleichzeitig für die Herstellung des politischen Gleichgewichts gesorgt — und konkret gesorgt — wird.

Genossinnen und Genossen! In Südostasien und in Westafrika — morgen vielleicht auch in Ostafrika — sind jetzt junge demokratische nationale Bewegungen mit sozialistischer Zielsetzung am Werk, ihre nationale Unabhängigkeit in soziale, wirtschaftliche und kulturelle Emanzipation ihrer Völker zu verwandeln. Sie wollen nicht nur wissenschaftliche Erschließung, sondern auch soziale Neugestaltung und menschliche Freiheit, damit nicht nur die Produktivkräfte, sondern vor allem auch der Mensch aus jahrtausendelangem Schlaf erwache. Sie brauchen dazu die Hilfe der Sozialisten und freien Gewerkschafter der höher entwickelten Länder. (Beifall.)

Es ist nicht nur eine Aufgabe für sozialistisch beeinflußte und geführte Regierungen. Es ist eine Aufgabe für junge Männer und Frauen, in schlichter Hingabe in diese Länder zu gehen, um mit diesen Völkern zu leben, um ihnen, ohne die Überheblichkeit des weißen Mannes, aber auch ohne die neuerdings entstandenen Minderwertigkeitsgefühle des weißen Mannes, westliches Können zu bringen.

Die Arbeiterbewegung meines Landes versucht jetzt, diesen Weg zu gehen. Unsere Genossen gehen nach Westafrika und Südostasien, um dort diese Arbeit zu leisten. Wir bringen Jugendliche aus diesen Ländern zu uns, damit sie die Methoden unserer sozialistischen Landwirtschaft und Industrie lernen, indem sie in unseren landwirtschaftlichen Kommunen leben und arbeiten. Es ist schwer, die geeigneten Menschen dafür zu finden. Die Menschen, die in diese Länder gehen, müssen besondere Eigenschaften besitzen. Sie müssen viel können, jeder auf seinem Gebiet. Sie dürfen vor Schwierigkeiten nicht zurückweichen. Sie dürfen nicht auf Befehl gehen, sondern aus eigener freier Entschließung, sonst scheitern sie. Wir versuchen, diesen Weg zu gehen, aber unsere Möglichkeiten sind sehr beschränkt. Manchmal fragen wir uns: Wo bleibt die große sozialistische Bewegung, die freie Gewerkschaftsbewegung der freien Welt, die doch auch Hunderttausende, wenn nicht Millionen junger wissenschaftlich und technisch gut ausgebildeter Menschen zählt? Was wir alle jetzt brauchen, ist eine Art sozialistischer Mission, nicht, um im Busch Sozialismus zu predigen — das können die Genossen dort höchstwahrscheinlich besser als wir —, sondern um zu helfen, die Produktivkräfte zu entwickeln, den Lebensstandard zu erhöhen, Demokratie und Sozialismus aufzubauen. Vielleicht brauchen wir es ebenso wie sie dort draußen. Wenn es nicht nur einzelne sind, wenn eine Bewegung aus ihnen und um sie entsteht, dann stärkt sich vielleicht jene sozialistische und menschliche Religiosität, mit der unsere freie Arbeiterbewegung

wuchs, kämpfte und emporstieg, und an der es jetzt — aus verständlichen Gründen, da wir im täglichen Schaffen begriffen sind — manchmal fehlt. Es ist zwar eine bescheidene Aufgabe, aber doch eine Aufgabe, die, in unser allgemeines Wirken eingegliedert, vielleicht helfen wird, die Idee, die Wirklichkeit, den Sieg des demokratischen Sozialismus weltumspannend und weltumfassend zu machen. (Starker, anhaltender Beifall.)

Dr. Bruno Pittermann, Vorsitzender der Sozialistischen Partei Österreichs: Genossinnen und Genossen! Ich weiß, was Sie vom letzten Redner einer so langen Kette erwarten, und ich will Ihre Erwartungen nicht enttäuschen. (Heiterkeit und Beifall.)

Die österreichischen Sozialisten haben in dieser Woche einen außerordentlichen Parteitag abgehalten, auf dem das neu formulierte Programm der Sozialistischen Partei Österreichs, nach langen eingehenden Beratungen vorher in den Parteiorganisationen, einstimmig beschlossen wurde. Der Parteitag stand im Zeichen der geschichtlichen Erinnerungen. Neunzig Jahre waren es her, seitdem zum ersten Mal das Lied der Arbeit erklungen war, siebzig Jahre, seitdem Victor Adler auf dem Gründungsparteitag der österreichischen Sozialdemokratie in Hainfeld die Radikalen und Gemäßigten zur Sozialdemokratischen Partei geeinigt hatte. Vor siebzig Jahren befeuerte die Delegierten das Dichterwort mit der Forderung:

Von der Zukunft Fernen
Brot und Arbeit gerüstet stehn,
die Kinder in der Schule lernen,
die Greise nicht mehr betteln gehn!

Siebzig Jahre nachher ist dank des Wirkens der organisierten Sozialdemokratie diese Forderung an eine ferne Zukunft für die Menschen schon zur Selbstverständlichkeit geworden, so sehr zur Selbstverständlichkeit, daß vielfach in Vergessenheit geraten ist, daß es nur darum zur Selbstverständlichkeit geworden ist, weil der Idealismus von Hunderttausenden und Millionen Sozialisten sich für die Erfüllung dieser Forderungen eingesetzt hatte. (Starker anhaltender Beifall.)

In dieser Zeit versuchen die Kommunisten durch ein Lügengebilde von Sozialismus, durch einen Pseudosozialismus die Hirne zu verwirren, und ihre konservativen Widerparts suchen den arbeitenden Menschen einzureden, daß all das, was heute das Leben der arbeitenden Menschen schöner und leichter macht, auch von selbst gekommen wäre, ohne Sozialismus, und daß zumindest heute der Sozialismus nicht mehr notwendig sei. Gegen diesen Betrugsversuch von zwei Seiten gilt es die Geister wachzurufen. Es ist die geschichtliche Stunde für die Neuformulierung der Grundsätze des Sozialismus, aber auch für die Neuverkündung dieser Grundsätze des Sozialismus, welche von den Menschen Pflichten verlangen: Wenn sie selbst sich der Ausbeutung und der Entrechtung entziehen konnten, dann mitzuhelfen, bis der letzte arbeitende Mensch auf dieser Welt von Ausbeutung und Entrechtung befreit ist. (Starker Beifall.)

Die Mission des Sozialismus ist längst nicht erfüllt. Die Sehnsucht der Völker nach Frieden, nach Sicherheit, nach Freiheit und Gerechtigkeit ist in der Welt längst noch nicht durchgesetzt. Unsere Aufgabe ist es, so wie

wir in den vergangenen siebzig oder achtzig Jahren unseres organisatorischen Daseins das Recht auf Arbeit, auf Erziehung, auf soziale Sicherheit durchgesetzt haben, durchzusetzen das Recht auf Sicherheit vor Krieg und Vernichtung, das Recht auf Freiheit vor Ausbeutung und Gesinnungszwang, das Recht auf Gerechtigkeit in der menschlichen Gemeinschaft für jedermann in seinem Volk, für alle Völker auf dieser Welt! (Bravo! Starker, anhaltender Beifall.)

*

Nach einer kurzen Pause erlebten die Delegierten des Parteitages sowie die zahlreich erschienenen Gäste und Pressevertreter die eindrucksvolle Uraufführung der „Göttinger Kantate".

*

Dem Tagungsprogramm, das den Delegierten vorlag, sind die folgenden Angaben über die „Göttinger Kantate" entnommen.

GÖTTINGER KANTATE

Den Aufruf der achtzehn Wissenschaftler und die großen Gefahren unseres Jahrhunderts szenisch darstellend, als öffentliche Warnung niedergeschrieben.

Manuskript: **Günther Weisenborn**
Regie: **Erwin Piscator**
Musik: **Aleida Montijn**

Musikalische Leitung: Herbert Baumann · Ernst Kallipke

Dekoration: Siegfried Kiok

Projektionen: Rosemarie Hirche

Produktionsleitung: Konrad Hammer

Berichter: Kurt Bücheler · Instruktor: Horst Niendorf

1. Hersteller: Paul E. Roth · 2. Herstellerin: Ursula Krieg

3. Hersteller: Herbert Steiniger

1. Handhaber: Konr. Wagner · 2. Handhaber: René Magron

3. Handhaber: Gert Haucke

1. Sprecher: Dietrich Frauboes · 2. Sprecher: Joachim Rödel

3. Sprecher: Wolfgang Völz

Sängerin: Kate Kühl · Sänger: Otto Hopf

Der Nordberliner Falken-Chor, Leitung: Heinz Roese

ERSTER VERHANDLUNGSTAG

MONTAG, DEN 19. MAI 1958

(Beginn: 9.38 Uhr)

Erich Ollenhauer: Genossinnen und Genossen! Die Verhandlungen des Parteitages sind eröffnet.

Wir beginnen heute morgen mit der Konstituierung des Parteitages. Ich bitte um Vorschläge für die Wahl des Präsidiums.

Konstituierung des Parteitags

Egon Franke: Genossinnen und Genossen! Für das Präsidium habe ich folgende Vorschläge zu unterbreiten: Für den gastgebenden Bezirk schlage ich vor, den Genossen Alex Möller zu wählen. Außerdem schlage ich vor, den Genossen Max Brauer für das Präsidium zu wählen.

Als Beisitzer für das Präsidium schlage ich nach den Vereinbarungen mit den beteiligten Bezirken vor: Für Berlin die Genossin Ida Wolff, für den Bezirk Niederrhein die Genossin Trude Wolff aus Solingen, für den Bezirk Franken die Genossin Gretl Otta aus Ansbach und für den Bezirk Pfalz die Genossin Luise Herklotz.

Erich Ollenhauer: Werden weitere Vorschläge gemacht?

Ich glaube, wir sollten die beiden Vorschläge für die Präsidenten und Schriftführer akzeptieren, weil wir annehmen dürfen, daß die Rechte der Minderheit des Präsidiums durch die beiden Präsidenten genügend gewahrt sein werden.

Werden andere Vorschläge gemacht? — Das ist nicht der Fall.

Dann bitte ich die Delegierten des Parteitages, die für diese Vorschläge sind, um ein Handzeichen. — Gegenprobe. — Das Präsidium ist in der vorgeschlagenen Zusammensetzung einstimmig gewählt.

Ich bitte die Mitglieder, ihre Funktion zu übernehmen.

Vorsitzender Dr. Alex Möller: Genossinnen und Genossen! Im Namen des Präsidiums darf ich für das ausgesprochene Vertrauen herzlichst danken und die Versicherung abgeben, daß wir uns in den kommenden Tagen bemühen werden, dieses uns entgegengebrachte Vertrauen durch unsere Arbeit zu rechtfertigen. Wir bitten dabei um die Unterstützung der Delegierten.

Bevor wir mit unserer Arbeit beginnen, ist es mir ein besonderes Bedürfnis, unseres schwererkrankten stellv. Vorsitzenden, Wilhelm Mellies, zu gedenken. Ich möchte weiter dem ebenfalls erkrankten Bezirksvorsitzenden des Bezirks Südwest, Erwin Schoettle, unsere besten Grüße und unsere Wünsche auf baldige Genesung übermitteln. Ich hoffe, daß der Parteitag damit einverstanden ist. (Beifall.)

Ich schlage vor, zunächst die Tagesordnung zu genehmigen. Ich bitte, die Vorlage Nr. 1 zur Hand zu nehmen. Ich darf annehmen, daß der Partei-

tag damit einverstanden ist, daß wir versuchen, die Tagesordnung so abzuwickeln, wie sie sich aus der Vorlage Nr. 1 ergibt.

Soweit der Arbeitsplan, Vorlage Nr. 3, in Frage kommt, sind noch einige Vorschläge zu machen, auf die ich zurückkomme, wenn Vorlage Nr. 3 aufgerufen wird.

Ich darf die Delegierten, die mit dem Vorschlag für die Tagesordnung einverstanden sind, bitten, die Delegiertenkarte zu erheben. — Ich danke und bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Wir kommen zur Vorlage Nr. 2; das ist die Geschäftsordnung. Bezüglich der Geschäftsordnung darf ich darauf aufmerksam machen, daß hier zur gleichen Zeit der Antrag Nr. 1 des Unterbezirks München zu behandeln wäre. Dieser Antrag schlägt dem Parteitag vor, zu beschließen:

> „Die Redezeit in der Diskussion zu politischen Referaten wird nicht begrenzt."

Es ist allerdings nicht klar, ob wir über Pfingsten hier tagen können. (Heiterkeit.)

Dann schlagen wir noch vor, den Antrag Nr. 23 mit zu behandeln, weil er sachlich zur Geschäftsordnung gehört.

Im übrigen möchten wir zu Punkt 1 der Tagesordnung, also zur Geschäftsordnung, vorschlagen, auch einen Antrag des Parteivorstandes und des Parteiausschusses mit zu behandeln, der folgenden Wortlaut hat:

> „Der Parteitag möge beschließen, bei der Wahl der ehrenamtlichen Parteivorstandsmitglieder sind Stimmzettel, die mehr oder weniger als 25 Namen enthalten, ungültig."

Dabei ist der Parteivorstand und der Parteiausschuß von der Tatsache ausausgegangen, daß die Delegierten den Auftrag haben, den gesamten Parvorstand zu wählen und nicht Teile des Parteivorstandes. (Beifall.)

Bezüglich der Geschäftsordnung darf ich vorschlagen, den Antrag Nr. 1 des Unterbezirks München, die Redezeit in der Diskussion zu politischen Referaten nicht zu begrenzen, abzulehnen.

Zur Begründung des Antrags hat Genosse Demeter das Wort.

Hans Demeter, München: Genossinnen und Genossen! Wir haben gestern bei der Eröffnung des Parteitages gehört, daß hier in Stuttgart vor 60 Jahren schon einmal ein Parteitag gewesen sei und daß die gleichen Probleme, die man damals behandelte, auch auf diesem Parteitag zur Behandlung stünden. Wenn Sie sich das Protokoll des damaligen Parteitages ansehen, werden Sie feststellen können, daß es damals keine Beschränkung der Redezeit gab, sondern daß man über die Probleme sehr lange diskutierte und sehr lange um den Standort der Partei gerungen hat. Wenn wir nun heute und in den kommenden Tagen hier in Stuttgart beisammen sind, so sind wir der Meinung, daß wir die Gelegenheit benützen sollten, um für alle Probleme, die vor uns stehen, die Zeit

zu finden und die Diskussionen so zu führen, daß sie nicht begrenzt ist. Wenn von einigen Delegierten gesagt wird, dann würde die Zeit zu lange, so kann ich dem nicht zustimmen; denn aus den Äußerungen, die hier gemacht werden, wird wohl zu entnehmen sein, daß dann nicht mehr so viele Diskussionsredner in Erscheinung treten als wenn man nur eine Redezeit von 10 Minuten hat. In diesem Fall würde mancher glauben, er müsse eben auch noch das Wort ergreifen.

Vorsitzender Dr. Alex Möller: Wünscht jemand gegen den Antrag zu sprechen? — Das ist nicht der Fall. Es handelt sich um eine Änderung der Ziff. 6 der Geschäftsordnung.
Wer für den Antrag des Unterbezirks München ist, die Redezeit nicht zu begrenzen, bitte ich um ein Zeichen. — Bitte, die Gegenprobe. — Das letztere war eindeutig die Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt. Ziff. 6 ist also nach Vorlage beschlossen.
Darf ich fragen, ob Sie damit einverstanden sind, daß der Antrag Nr. 23 für erledigt erklärt wird, da in der Praxis so verfahren wird und verfahren werden soll.

Walter Möller, Frankfurt: Genossinnen und Genossen! Ohne den Wert von Programmen für den Ausgang von Wahlen zu überschätzen, sind wir doch bei der Diskussion nach der Wahl vom September im Unterbezirk Frankfurt unter anderem zu der Auffassung gekommen, daß das Bemühen, das sich auch auf unserem Parteitag immer sehr deutlich abzeichnet, verschiedene politische Auffassungen in Sachfragen in Generalresolutionen zusammenzufassen, die möglichst alle Gesichtspunkte berücksichtigen möchten und daher oft in der Sache keine klare Meinung zum Ausdruck bringen, wesentlich daran beteiligt ist, daß weitgehend eine Unklarheit über das Wollen unserer Partei auf manchen Gebieten entstehen mußte. Daher glauben wir, daß es der sachlichen Arbeit des Parteitages sehr dienlich wäre, wenn sich der Vorstand von sich aus bemühen würde, ohne daß es dazu eines Drängens von seiten der Delegierten bedürfte, solche verschiedenen Auffassungen in Alternativresolutionen dem Parteitag zur Abstimmung und zur Diskussion zu unterbreiten. Wir glauben, daß das Arbeitsergebnis damit nicht nur für den Parteitag selbst befriedigender, sondern auch für die Öffentlichkeit klarer zu werden verspricht.
Auf dem vorigen Parteitag hatten wir gewünscht, daß möglichst eine Antragsprüfungskommission gebildet wird, wie es vielfach auf anderen Parteitagen üblich ist. Diesem Antrag wurde von Genossen Ollenhauer widersprochen, und zwar mit dem Hinweis, man könne im Verlauf des Parteitages, je nach dem Gang der sachlichen Diskussion, darüber entscheiden, ob eine solche Kommission notwendig ist oder nicht. Rückschauend müssen wir leider feststellen, daß eine solche spätere Entscheidung auf dem Parteitag in München nicht stattgefunden hat, obwohl es durchaus so war, daß bestimmte Anträge mit sachlichem Inhalt nicht in allgemeine Generalresolutionen des Parteivorstandes aufgenommen worden sind. Da wir nicht glauben, daß dieser Antrag sich dauernd wiederholen sollte, möchten wir jedenfalls durch die Annahme des Antrags 23 sicherstellen, daß dem Parteivorstand die Meinung des Parteitages mit-

gegeben wird, er möge sich von sich aus bemühen, klare Alternativen herauszuarbeiten, über die wir dann auch entscheiden können. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. Alex Möller: In der Sache selbst scheinen mir keine Meinungsverschiedenheiten zu bestehen, Parteivorstand und Parteiausschuß sind der Auffassung, daß entsprechend diesem Antrag verfahren werden soll. Ich meine, wir sollten das hier festhalten und von Fall zu Fall auf diesen Antrag zurückkommen, falls sich Abweichungen ergeben. (Zuruf: Abstimmung!)

Es wird Abstimmung gewünscht. Wer für den Antrag Nr. 23 ist, bitte ich um ein Zeichen. — Gegenprobe. — Das erstere war die Mehrheit. Der Antrag ist angenommen.

Nun kommt zur Geschäftsordnung der bereits erwähnte Antrag:

> „Der Parteitag möge beschließen: Bei der Wahl der ehrenamtlichen Parteivorstandsmitglieder sind Stimmzettel, die mehr oder weniger als 25 Namen enthalten, ungültig."

Kurt Mattick, Berlin: Genossinnen und Genossen! Ich möchte beantragen, über diesen Antrag erst abzustimmen, wenn wir zu dem Tagesordnungspunkt „Wahlen" kommen. Ich möchte das begründen:

Es ist möglich, daß nach den bisherigen Unterlagen nur 25 Vorschläge für diesen Wahlgang vorliegen. Dann kann man einen solchen Beschluß nicht fassen, weil es dann Zwang wäre, diejenigen zu wählen, die vorgeschlagen sind, ohne eine echte Auswahl zu haben. Dann muß es die Möglichkeit für einen zweiten Wahlgang geben.

Ich beantrage daher, über diesen Antrag erst abzustimmen, wenn wir zu dem Punkt „Wahlen" kommen. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. Alex Möller: Ich schlage vor, uns so zu verständigen, daß wir über diesen Antrag wie vorgeschlagen abstimmen, wenn die Wahl zum Parteivorstand vorgenommen wird. Insoweit bleibt also dieser Punkt noch ausgeklammert.

Sind Sie damit einverstanden? — Das ist der Fall.

Dann darf ich bitten, zu bekunden, wer für die Vorlage Nr. 2 — Geschäftsordnung — ist. — Ich danke. Das ist die große Mehrheit. Die Geschäftsordnung ist entsprechend beschlossen.

Wir kommen zur Vorlage Nr. 3. Hier wird von Parteivorstand, Parteiausschuß und Kontrollkommission vorgeschlagen, das Referat über die Beratungen des Entwurfs eines Grundsatzprogrammes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands nicht am Mittwoch, sondern am Donnerstag früh stattfinden zu lassen und dafür den Punkt „Aufbau der Parteiorganisation" am Mittwoch, 21. Mai 1958, als ersten Punkt zu behandeln. Hier würde noch eine Ergänzung durch Max Kukil über die Arbeit der vom Parteivorstand eingesetzten Achter-Kommission zur Bearbeitung der Organisationsfragen vorzunehmen sein.

Wenn der Parteitag damit einverstanden wäre, daß wir so verfahren, würde das weiter bedeuten, daß wir am Mittwoch von den Donnerstagpunkten 2, 3 oder 4 noch so viel behandeln, wie die Zeit zuläßt. Parteivorstand und Parteiausschuß sind der Meinung, daß das Referat über das

Grundsatzprogramm am Donnerstagmorgen als erster Punkt auf die Tagesordnung gesetzt und als erster Punkt behandelt werden sollte. Am Donnerstagnachmittag sollen dann die Wahlen zum Parteivorstand erfolgen.

Sind Sie mit diesen Änderungen des Arbeitsplanes einverstanden? — Das ist der Fall. Ich darf die Zustimmung des Parteitages feststellen. Auf diesem Arbeitsplan sind auch die Anfangszeiten vermerkt. Das Parteipräsidium möchte vorschlagen, die Mittagspause immer zwischen 13 und 15 Uhr stattfinden zu lassen. Ferner sind wir der Meinung, daß wir schon morgens um 9 Uhr, nicht erst um 9.30 Uhr, beginnen sollen. Wie weit wir abends mit der Arbeit kommen, hängt wohl von dem Ablauf der Beratungen ab. Wir möchten meinen, daß es richtig ist, zunächst einmal an 18 Uhr festzuhalten, da abends noch verschiedene Veranstaltungen vorgesehen sind, auch Zusammenkünfte der Delegationen.

Wir können uns darüber von Fall zu Fall schlüssig werden. Ich würde nur bitten, daß der Parteitag damit einverstanden ist, daß die Mittagspause auf die Zeit zwischen 13 und 15 Uhr festgelegt wird und morgens um 9 Uhr, nicht 9.30 Uhr begonnen wird.

Ich stelle das Einverständnis des Parteitages damit fest.

Dann, Genossinnen und Genossen, ist die Mandatsprüfungskommission zu wählen.

Egon Franke hat das Wort zur Unterbreitung von Vorschlägen.

Wahl einer Mandatsprüfungskommission

Egon Franke, Hannover: Genossinnen und Genossen! Für die Mandatsprüfungskommission sind aus den Bezirken, die auf Grund einer Vereinbarung zwischen Parteivorstand und Parteiausschuß dafür vorgeschlagen wurden, folgende Vorschläge gemacht worden:

Bezirk Hannover: Genosse Fritz Arend,
Bezirk Weser-Ems: Genosse Weert Cordes aus Aurich,
Bezirk Südbaden: Genosse Alfred Frenzel, Kloster-Lechfeld,
Bezirk Östliches Westfalen: Genosse Herbert Becker, Minden,
Bezirk Saar: Genosse Willi Schmidt, Hirschweiler,
Bezirk Rheinhessen: Genosse Willi Quetsch, Mainz,
Bezirk Hessen-Nord: Genosse Hans Neusel, Kassel-Land,
Bezirk Niederbayern-Oberpfalz: Genosse Josef Folda, Landshut,
Parteivorstand: Genosse Alfred Nau.

Insgesamt sind es also neun Mitglieder.

Vorsitzender Dr. Alex Möller: Werden andere Vorschläge gemacht? — Das ist nicht der Fall. Dann darf ich ohne förmliche Abstimmung feststellen, daß dem Vorschlag entsprochen worden ist.

Ich darf die Genossen, die in die Mandatsprüfungskommission gewählt wurden, bitten, ihre Arbeit erst nach dem Referat Erich Ollenhauers aufzunehmen.

Ich möchte noch darauf aufmerksam machen, daß die heute früh ausgeteilten Protokollabzüge ausdrücklich den Vermerk tragen, daß es sich um unkorrigierte Protokolle handelt. Es ist wichtig, darauf hinzuweisen.

Es ist eine große Anzahl von Begrüßungstelegrammen eingegangen. Ich darf vorschlagen, daß wir den Inhalt dieser Telegramme, soweit es sich um Organisationen aus der Bundesrepublik handelt, den Parteitagsdelegierten durch Vervielfältigung bekanntgeben, daß ich aber die Telegramme der Organisationen und der sozialistischen Parteien außerhalb Deutschlands hier auf dem Parteitag verlese.

Ich möchte Ihnen zunächst Kenntnis geben von folgendem Grußtelegramm:

„Wir grüßen den Kongreß der deutschen Sozialdemokraten und wünschen Ihnen den besten Erfolg. — Die Sozialdemokratische Partei Finnlands." (Beifall.)

Ferner liegt folgendes Grußtelegramm vor:

„Wir wünschen Euch, liebe Genossen, erfolgreiche Ergebnisse bei Euren Beratungen und begrüßen Euch mit sozialistischem Gruß — Polnische Sozialistische Partei, Hauptkomitee in der Bundesrepublik Deutschland." (Beifall.)

Es folgt dann eine Grußbotschaft des Internationalen Bundes jüdischer Arbeiter:

„Wir wünschen den Delegierten des Parteitages besten Erfolg bei ihren Arbeiten. Die jüdischen Sozialisten, die furchtbare Verluste in der Zeit zu erleiden hatten, da Nazi-Deutschland die jüdische Bevölkerung in den unterdrückten Gebieten vernichtete, fühlen sich Euch im Kampf für ein sozialistisches Deutschland verbunden. In einem Moment der Geschichte, da die Welt sich am Rande der völligen atomaren Vernichtung befindet, ist ein Sieg des demokratischen Sozialismus in Deutschland zum Besten der Menschheit, ein Schritt auf dem Wege, die drohende Katastrophe aufzuhalten und wird die friedliche und demokratische Wiedervereinigung des deutschen Volkes beschleunigen. Wir hoffen, daß Euer Parteitag die besten Mittel findet, die Überreste des Nazismus und Rassenhasses in Deutschland zu beseitigen und so den Weg für den endgültigen Sieg vorbereitet." (Beifall.)

Ich habe dann dem Parteitag Kenntnis zu geben von einer Grußbotschaft des Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Japans:

„Es ist eine große Ehre, die Gelegenheit zu haben, den deutschen Genossen die brüderlichen Grüße der japanischen Sozialisten zu entbieten.

Ich bin sehr froh, und zugleich ermutigt dadurch, daß unsere sozialistische Solidarität in diesen Tagen durch Euren aktiven Kampf gegen den Atomtod noch gestärkt wird.

In der Aprilsitzung des japanischen Parlaments hat die Sozialistische Partei die Initiative für eine Entschließung gegen nukleare Versuche unternommen, welche vom Parlament einstimmig angenommen wurde. Das gesamte japanische Volk lebt in der verzweifelten Hoffnung, daß die Versuche mit diesen Waffen verboten werden. Die So-

zialisten drängen auf ein Übereinkommen, das ein generelles Verbot solcher Massenvernichtungswaffen einschließt.

Zur Zeit befinden wir uns im Wahlkampf für die am 22. Mai stattfindenden japanischen Parlamentswahlen. In diesem Wahlkampf appellieren wir an den Wähler hauptsächlich mit unserer Politik gegen die nuklearen Waffen und mit unserer Entschließung für ein atomwaffenfreies Japan. Die Reaktion des Wählers auf unsere Haltung ist gut. Wir sind der festen Überzeugung, daß gerade das japanische Volk die Verantwortung hat, die Gefahren atomarer Waffen und nuklearer Versuchsexplosionen zu beseitigen. Die Japaner fühlen sich durch den starken Widerstand europäischer Freunde gegen nukleare Waffen und Raketen sehr ermutigt. Wir japanischen Sozialisten sind besonders glücklich, zu wissen, daß die deutschen Genossen die Führung der Anti-Atom-Bewegung in Deutschland übernommen haben. Dieser Widerstand gründet sich auf unsere sozialistische Solidarität und könnte sich als machtvoller Impuls für ein Verbot nuklearer Waffen erweisen.

Genossen, seien wir vereint im Kampf gegen nukleare Waffen, lang lebe der Sozialismus!"

Unsere luxemburgischen Freunde schreiben:

„Eurem Kongreß wünschen wir einen vollen Erfolg im Interesse des deutschen Sozialismus und des Sozialismus im allgemeinen." (Beifall)

Unsere italienischen Freunde schreiben:

„Es tut uns außerordentlich leid, daß wir in Anbetracht der bevorstehenden politischen Wahlen in Italien, die von ganz großer Bedeutung für unser Land sind, keine Delegation entsenden können, da sämtliche Genossen für den Wahlkampf mobilisiert sind. Wir übersenden dem Parteitag auf diesem Wege unsere herzlichen Grüße und unsere besten Wünsche für eine erfolgreiche Arbeit." (Beifall.)

Ich bin davon überzeugt, daß der Parteitag unseren japanischen und italienischen Genossen einen vollen Erfolg bei den bevorstehenden Wahlen wünscht. (Beifall)

Nunmehr hat das Wort zu dem Referat

Frieden und Freiheit durch sozialistische Politik

unser Parteivorsitzender Erich Ollenhauer. (Beifall)

Erich Ollenhauer: Liebe Freunde! Genossinnen und Genossen! Frieden und Freiheit müssen erhalten und gesichert werden, denn sie sind Voraussetzung und Inhalt jeder lebenswerten Ordnung. Seit unserem Parteitag in München im Juli 1956 ist diese Aufgabe noch dringlicher geworden. Die Bundestagswahlen am 15. September 1957 haben die notwendige Wende in der deutschen Politik nicht gebracht. Die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler hat für die Regierung Adenauer gestimmt. Die Sozialdemokratie ist trotz Stimmengewinn und trotz Verbesserung des prozentualen Anteils im Bundesgebiet die zweitstärkste Partei geblie-

ben. Die Auswirkungen dieses Wahlausganges sind weitreichend und beunruhigend. Die herrschende Gruppe in der CDU/CSU sieht in dem Wahlresultat eine Bestätigung und eine Rechtfertigung für die Fortsetzung der Aufrüstungspolitik mit allen Konsequenzen und der Politik der Restauration bis zur autoritären Alleinherrschaft einer Partei. Die Politik der Bundesregierung befindet sich auf dem gefährlichen Weg zu neuen militaristischen und nationalistischen Abenteuern.

Eine solche Entwicklung ist die unvermeidliche Konsequenz der innen- und außenpolitischen Haltung dieser Partei. Die Ursache für die Verschärfung der Lage ist die Ausweglosigkeit, in die die Regierungspolitik geraten ist. Sie könnte sie überwinden durch eine Neuorientierung ihrer Politik, aber dazu ist sie nicht willens und nicht fähig, vor allem nicht in ihrer Spitze.

Man hat in den letzten Monaten die gegenwärtige Lage oft mit der verzweifelten Situation der Weimarer Demokratie in den Jahren 1930 bis 1933 verglichen, als Kommunisten und Nationalsozialisten mit vereinten Kräften die Zerstörung der Demokratie betrieben. Dieser Vergleich stimmt nicht.

Die heutige Situation birgt aus einem ganz anderen Grunde lebensbedrohende Gefahren für die Demokratie in sich. Sie ergeben sich aus der Rüstungspolitik, die, wachsend mit jedem Jahr, die gesunde Entwicklung der Wirtschaft, die Stabilität unserer Währung und die soziale Sicherheit bedroht. Dadurch setzt man die Existenz der Demokratie aufs Spiel. Das deutsche Volk in der Bundesrepublik hat in den vergangenen zwölf Jahren eine beispiellose Aufbauarbeit geleistet. Auf ihr beruht in erster Linie der heutige Lebensstandard der Menschen, der immer wieder zu Unrecht als das alleinige Verdienst der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung in Anspruch genommen wird; z. B. auch mit der törichten Behauptung von Herrn Dr. Adenauer gestern bei Eröffnung des Wahlkampfes für Nordrhein-Westfalen in Dortmund, es sei erst dann in der Bundesrepublik wirtschaftlich wieder aufwärts gegangen, als 1947 die Zwangswirtschaft der Sozialdemokraten durch die CDU gebrochen worden sei. (Heiterkeit und Zurufe, u. a.: Das ist nicht neu!) Das ist nicht neu, aber es ist interessant für das Niveau, das der Bundeskanzler bei der Führung des Wahlkampfes in Nordrhein-Westfalen einzuschlagen gewillt ist. (Beifall) Statt diese friedliche Aufbauarbeit fortzusetzen, den Lebensstandard für alle in gerechter Weise zu erhöhen, gefährdet man jetzt diese Entwicklung durch eine Aufrüstungspolitik, die unvermeidlich zu ernsten wirtschaftlichen Schwierigkeiten, zu verschärften sozialen Spannungen und damit zu innenpolitischen Gefahren führen muß. Wenn wir uns gegen diese Rüstungspolitik wenden, dann auch deshalb, weil wir nicht auf diese Weise die Resultate des friedlichen Aufbaus der vergangenen Jahre gefährden wollen.

Diese Sorge ist es, die die Menschen heute beunruhigt und ihr Gewissen wach werden läßt. Wesentliche Teile der Intelligenz sind auf dem Wege zur politischen Entscheidung für die Sache der Freiheit und des Friedens. Die jungen Menschen stehen in ihrer Mehrheit gegen jedes neue nationalistische und militaristische Abenteuer. (Beifall.) Unsere Kirchen ringen

mit Leidenschaft und Ernst um die rechte Entscheidung in den Lebensfragen der Nation.

Ausgelöst wurde diese Unruhe durch die Außenpolitik. Man mag es bedauern oder nicht, die Außenpolitik wird unser Schicksal bleiben — vor allem, solange Deutschland gespalten ist. Das haben die außenpolitischen Debatten im Bundestag im Januar, im März und im April dieses Jahres und ihre tiefgehenden Wirkungen in der deutschen Öffentlichkeit mit aller Klarheit bewiesen. Im Vordergrund steht die Atomrüstung. Unsere Gegner behaupten, wir hätten die Fragen der Atomrüstung so in den Vordergrund geschoben, um hier auf dem Parteitag anderen schwierigen Auseinandersetzungen über die Politik und die Führung der Partei auszuweichen. Unsere Tagesordnung und der Verlauf dieses Parteitags werden beweisen, daß diese Behauptung falsch ist. Man hat gesagt, wir appellierten an die Furcht der Menschen vor den Schrecken des Atomtodes, um uns eine bessere wahltaktische Situation bei den kommenden Landtagswahlen zu verschaffen. Nun, die positiven Leistungen der Sozialdemokratie in den in Frage kommenden Ländern sind so eindeutig, daß wir unter guten Voraussetzungen in die Wahlkämpfe gehen und daß wir damit rechnen können, daß dem Sieg der Hamburger Sozialdemokratie im Oktober 1957 weitere sozialdemokratische Siege in den kommenden Landtagswahlen folgen werden. (Starker Beifall.)

Im Kampf gegen die Atomrüstung geht es nicht um Taktik. Hier geht es um Leben und Tod. Die Einführung der Atomkraft in die Politik, in die militärische Rüstung, hat den Krieg als Mittel der Politik vollends zur Sinnlosigkeit werden lassen, wenn die Politik noch Anspruch darauf erheben will, das L e b e n der Menschen zu gestalten. Die Anwendung der Massenvernichtungswaffen endet im Nichts, in der totalen Zerstörung von Menschen und Gütern. Jeder denkende Mensch muß daher seine ganze Kraft daran setzen, dem Wahnsinn des Wettrüstens ein Ende zu machen. Die Forderung: „Kampf dem Atomtod, Kampf dem Atomwettrüsten!" ist ein einfaches Gebot der Vernunft. (Beifall.)

Völlig absurd ist die Einbeziehung der Bundesrepublik Deutschland in das atomare Wettrüsten. Atomare Rüstung bietet keine Sicherheit, — atomare Aufrüstung der Bundesrepublik angesichts des geteilten Deutschlands ist ein unverantwortliches Spiel mit dem Leben unseres Volkes. (Beifall.) Diese Aufrüstung schützt uns nicht, sie bringt uns der Katastrophe näher.

Der Beschluß der Mehrheit des Bundestages vom 25. März ist der weittragende und verhängnisvollste Beschluß, der seit der Gründung der Bundesrepublik gefaßt wurde. Er wurde gefaßt unter Mißachtung und Mißbrauch des Willens der Mehrheit unseres Volkes und in Kenntnis dieses Mehrheitswillens. Die Mehrheit der Wähler, die am 15. September 1957 für die CDU/CSU stimmte, hat mit ihrer Abstimmung der Regierung keinen Freibrief für die atomare Aufrüstung gegeben. (Beifall.) Die CDU selbst hat im Wahlkampf immer wieder feierlich erklärt, daß die atomare Ausrüstung der Bundeswehr nicht zur Debatte stehe. Die Regierung und ihre Mehrheit haben außerdem ihre Entscheidung ohne zwingende Not gefällt. Nach den vertraglichen Bestimmungen der NATO ist kein Mitgliedsstaat verpflichtet, die atomare Aufrüstung durchzuführen.

Andere Mitgliedsstaaten der NATO — wie Dänemark und Norwegen — haben die Einbeziehung ihrer Länder in die atomare Aufrüstung abgelehnt; und niemand hat deshalb ihre Loyalität gegenüber der NATO in Zweifel gezogen. Unsere Regierung dagegen hat in den Debatten über die atomare Aufrüstung der NATO-Streitkräfte nicht einmal das Argument der besonderen Lage der Bundesrepublik als Teil eines gespaltenen Landes vorgebracht. Sie war von vornherein entschlossen, den Beschluß anzunehmen und zu verwirklichen, und Herr Strauß hat ihn im Bundestag mit Leidenschaft verteidigt, ganz im Stil alldeutscher militaristischer Großmannssucht, die wir alle zur Genüge kennen. (Lebhafter Beifall.)

Liebe Freunde! Laßt mich auch in diesem Zusammenhang ein Wort offen sagen:

Es gibt einflußreiche Kräfte im Westen, die die Einbeziehung der Bundesrepublik in die atomare Aufrüstung begrüßen oder sie für unerläßlich halten. Wir Sozialdemokraten halten diese Politik aus deutschen und internationalen Gründen für verhängnisvoll. Mögen alle jene, die die Bundesrepublik Deutschland jetzt gar nicht schnell genug als das Kernstück europäischer NATO-Verteidigung sehen können, nicht eines Tages vor der bitteren Erkenntnis stehen, daß sie damit gerade jene Kräfte in Deutschland gefördert haben, die in der Vergangenheit so oft durch ihr militaristisches Denken und Handeln Frieden und Sicherheit in der Welt gefährdet haben. (Lebhafter Beifall. — Bravo-Rufe!)

Die Sozialdemokratie wird nicht müde werden, das atomare Wettrüsten zu bekämpfen und die atomare Ausrüstung der Bundeswehr zu verhindern. Mit unserem ganzen politischen Gewicht werden wir an der Seite derer stehen, die heute in der Bewegung „Kampf dem Atomtod" ihre Stimme erheben, angefangen bei den achtzehn Göttinger Professoren bis zu den zahllosen Wissenschaftlern, Schriftstellern, Künstlern, Geistlichen, Lehrern und Erziehern in allen Teilen der Bundesrepublik. Selten ist in unserem Volk das Bündnis zwischen den arbeitenden Menschen und der Intelligenz so eindrucksvoll und so machtvoll sichtbar geworden wie in diesen Wochen. (Lebhafter Beifall)

Es ist ein Bündnis für ein hohes Ziel: Für die Sicherung von Freiheit und Leben der Menschen und Völker!

Mit besonderer Freude erleben wir, daß der Deutsche Gewerkschaftsbund einen sehr aktiven Anteil an der Bewegung gegen die atomare Aufrüstung nimmt. Es ist sein Recht und sein Auftrag, in einer so umfassenden politischen und für das ganze Volk schicksalhaften Frage seine Meinung zum Ausdruck zu bringen, und seine Kundgebungen und Aktionen werden die volle Unterstützung der gewerkschaftlich organisierten Sozialdemokraten finden. (Lebhafter Beifall)

Im Kampf gegen die Atomrüstung handelt es sich aber nicht nur um eine breite Bewegung aus allen Schichten unseres Volkes. Wir finden sie auch in anderen Ländern, in Großbritannien und in Japan vor allem, und wir haben gerade heute morgen den Gruß der japanischen Sozialdemokratie gehört, in dem ausdrücklich auch die Gemeinsamkeit unserer Vorstellungen im Kampfe gegen die atomare Aufrüstung unterstrichen wird.

Ich glaube, dieser Parteitag hat durch seine Kundgebung bei der Verlesung dieses Grußes zum Ausdruck gebracht, daß wir hoffen, daß gerade unter diesem Zeichen unsere japanische Bruderpartei aus den kommenden Wahlen zum Japanischen Reichstag am 22. Mai mit einem großen Erfolg hervorgeht. (Lebhafter Beifall)

Die Politik des atomaren Wettrüstens ist eine Politik der Sackgasse und der Ausweglosigkeit. Das ist das wirkliche Dilemma der Außenpolitik der Bundesregierung — der Politik der sogenannten Stärke überhaupt.

Es gibt eine andere, eine wirkliche Alternative, um Frieden und Freiheit zu sichern. Die Alternative heißt: Abrüstung, international kontrollierte Abrüstung und Entspannung!

Aus den Erklärungen beider Seiten — vor allem der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion — geht hervor, daß sie keinen kriegerischen Konflikt wollen, und es gibt viele Gründe, die für die Ernsthaftigkeit dieser Erklärungen sprechen. Das allein schon ist ein starkes Argument für die Beendigung des Wettrüstens. Aber die Fortsetzung des Wettrüstens ist auch deshalb sinnlos, weil beide Seiten heute schon über genügend Massenvernichtungswaffen verfügen, um sich gegenseitig und uns alle zu vernichten. Es ist eine völlig uninteressante Sache, ob der eine oder der andere in der Lage ist, diese Vernichtung nicht nur einmal, sondern vier- oder fünfmal zu vollbringen.

Wenn das so ist, dann brauchen wir vor allem eine aktive, konstruktive Abrüstungs- und Entspannungspolitik. Sicher ist das Ziel der Abrüstung und der Entspannung bei dem gegenwärtigen Mißtrauen auf beiden Seiten und bei der Kompliziertheit der Materie nicht auf einmal zu erreichen. Aber der Anfang muß gemacht und herbeigeführt werden. Warum werden die Versuchsexplosionen nicht eingestellt? Warum überläßt der Westen der Sowjetunion den moralischen Erfolg der einseitigen Einstellung dieser Explosionen? (Sehr richtig!-Rufe. — Sehr gut!)

Es gibt keinen politischen Grund für die Fortsetzung dieser Versuche. Es sind die Militärs, die die Durchführung des ersten Schrittes verhindern. Sie haben die paradoxe Situation in der westlichen Welt geschaffen, daß sie mit ihrer Politik der sogenannten militärischen Stärke die Politik als solche beherrschen, während die Sowjetunion inzwischen mit ihrer Stärke Politik betreibt. Solange alle Versuche, zu internationalen Verhandlungen über Abrüstung und Entspannung zu kommen, nur das Abfallprodukt militärisch-strategischer Überlegungen sind, wie das heute weitgehend der Fall ist, solange werden wir den politischen Notwendigkeiten der Zeit nicht gerecht. (Lebhafter Beifall)

Ernsthafte internationale Verhandlungen über Abrüstung und Entspannung sind der einzige Weg, der uns aus der gegenwärtigen Sackgasse herausführen kann. Wenn wir nicht in der radioaktiven Verseuchung des atomaren Wettrüstens umkommen wollen, muß dieser Weg gegangen werden. Niemand kann mit Sicherheit einen Erfolg voraussagen; aber es ist unverantwortlich und unverzeihlich, den Versuch zu solchen Verhandlungen nicht endlich zu machen. (Lebhafter Beifall)

Es gibt das Risiko des Mißerfolges, aber dieses Risiko ist viel leichter zu tragen und weniger folgenschwer als das Risiko des atomaren Wettrüstens, denn niemand verlangt die Preisgabe wichtiger politischer oder militärischer Positionen v o r den Verhandlungen oder die Verschiebung des politischen und militärischen Gleichgewichts durch oder nach Verhandlungen. Die These von den Vorleistungen, die bei uns immer wieder verkündet wird, ist doch eine Erfindung des schlechten Gewissens (Sehr gut!) der deutschen Atom-Militaristen (Lebhafter Beifall) und kein wirkliches Argument. Nach ihrer Meinung ist der Verzicht der Bundesrepublik auf die atomare Aufrüstung eine solche Vorleistung. Man muß schon — ich möchte sagen — NATO-süchtig geworden sein, um die Verhinderung eines lebensgefährlichen Risikos für die Sicherheit des eigenen Volkes als unvertretbare Vorleistung zu bezeichnen.

Uns geht es nicht um Verhandlungen an sich. Sie sind ja nicht Selbstzweck. Sie sollen das Instrument einer bestimmten Politik sein. Nehmen wir das Gebiet der Abrüstung: Selbstverständlich müßten der Einstellung der Versuchsexplosionen weitere Schritte folgen. Ein wichtiges und dringendes Problem ist die Begrenzung der Zahl der Mächte, die Atomwaffen besitzen oder produzieren. Im Interesse des Friedens darf diese Zahl nicht vergrößert werden. (Lebhafter Beifall)

Es gibt Leute, die so stark dem alten nationalistischen Denken verfallen sind, daß sie meinen, man sei heute nur dann eine respektierte Großmacht, wenn man zu den Produzenten der neuen mörderischen Waffen gehöre. Herr Strauß gehört offensichtlich zu diesem Typ; und die französisch-italienisch-deutsche Arbeitsgemeinschaft ist trotz aller Dementis auch ein Klub der Anwärter auf die Atommächte von morgen. (Lebhafter Beifall)

Wir deutschen Sozialdemokraten werden uns jedem solchen Versuch der Erweiterung der Zahl der Atommächte durch die Einbeziehung der Bundesrepublik mit aller Entschiedenheit widersetzen; (Sehr gut!-Rufe — Lebhafter Beifall) und wir wären glücklich, wenn das die gemeinsame Überzeugung und die gemeinsame Politik der Sozialisten in jedem dieser drei Länder wäre. (Lebhafter Beifall)

Selbstverständlich muß das Problem der Kontrolle, der Einstellung der Versuchsexplosionen, der Produktion und der Lagerung der Atomwaffen verhandelt werden, denn eine Vereinbarung ohne Kontrolle ist nicht wirksam und nicht vertretbar. Es ist ein schwieriges Problem, aber es ist heute, angesichts der begrenzten Zahl der Atommächte und des Standes der technischen Entwicklung, noch lösbar, wenn man den guten Willen und ein Mindestmaß von Vertrauen zueinander hat. Schließlich muß ein Abkommen über die kontrollierte Abrüstung der konventionellen Waffen angestrebt werden, denn auch die Fortsetzung des Wettrüstens mit konventionellen Waffen und die Spekulation auf einen neuen Krieg mit diesen Waffen allein sind unverantwortlich.

Wir haben selbst erfahren, wie verheerend auch ein Krieg ohne Atom- und Wasserstoffbomben und ohne Atom-Sprengköpfe sein kann.

Wenn man aber den ersten Schritt der Einstellung der Versuche, der Kontrolle der Atombomben mit dem letzten koppeln will, den ersten

Schritt nicht tun will, ehe der letzte fest vereinbart ist, dann wird auch der erste Schritt niemals getan werden. (Beifall)

Wir Sozialdemokraten bekennen uns zu der Politik der Abrüstung, weil die allgemeine international kontrollierte Abrüstung der einzige Weg zur dauernden Sicherung des Friedens und der Freiheit für die Menschheit ist und weil sie heute die einzige Möglichkeit ist, die Völker aus der quälenden Furcht vor einer neuen Katastrophe zu befreien.

Wir sind für Entspannung, eine Entspannung in Europa durch die Schaffung militärisch verdünnter Zonen, durch den Aufbau einer neuen Sicherheitsordnung, die die heutige Bindung der Staaten in Mitteleuropa an die beiderseitigen Militärallianzen ablöst. Eine solche Entspannung wäre ein Element der Erleichterung und der Entlastung der internationalen Lage. Es gibt heute viele Vorschläge und Pläne in dieser Richtung; sie sind Gegenstand internationaler Diskussionen, und sie werden nicht mehr von der Tagesordnung der internationalen Politik verschwinden. Wir begrüßen diese Entwicklung; denn sie ist eine Bestätigung der Grundvorstellungen, die wir seit Jahren mit den Vorschlägen über die Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems vertreten haben. Und ich sage es auch hier noch einmal, daß es uns mit besonderer Genugtuung erfüllt, daß wir vor einer Übereinstimmung der Auffassung zwischen der Britischen Labour Party und uns auch in der Frage der Abrüstung stehen. (Beifall)

Ich habe es gestern schon gesagt, und ich wiederhole es heute morgen aus einem besonderen Grund: Ich habe aus den Nachrichten von gestern ersehen, daß der Bundeskanzler in seiner Wahlrede als Vorsitzender der CDU in Dortmund wieder einmal den alten Trick versucht hat, ausländische Sozialdemokraten und Sozialisten als Vorbilder für deutsche Sozialdemokraten hinzustellen. Diesmal ist unser Freund Gaitskell das Opfer dieses Versuchs von Herrn Adenauer. Er zitierte eine Äußerung unseres Freundes Gaitskell vom Freitagabend in Düsseldorf, in der Gaitskell die Haltung der Britischen Arbeiterpartei gegenüber der atomaren Rüstung in Großbritannien dargelegt und begründet hat — eine Haltung, die allgemein bekannt ist und die ja auch durch die Beschlüsse der letzten Jahreskonferenz der Labour Party ausdrücklich bestätigt wurde. Natürlich, die Schlußfolgerung von Herrn Adenauer ist: „Seht, wie vernünftig sind die Labour-Leute in England und wie kurzsichtig die Sozialdemokraten in der Bundesrepublik."

Was Herr Adenauer aber nicht gesagt hat, ist, daß Gaitskell in dieser Rede in Düsseldorf auch die Meinung vertreten hat, daß er es für richtig hielte, daß die Bundesrepublik atomar nicht aufgerüstet wird, ehe nicht der Versuch neuer Verhandlungen über eine Abrüstung und Entspannung gemacht wird. (Starker Beifall)

Was er nicht gesagt hat, ist, daß Gaitskell in diesem Zusammenhang aufgefordert hat, auf der Basis seiner Vorstellungen der militärischen Entspannung in Europa, den Versuch einer neuen europäischen Lösung zu finden.

Ich sage das deshalb, weil man hier einmal auch im Angesicht unserer ausländischen Freunde und vor der Weltöffentlichkeit so ein ganz frisches

Beispiel Adenauerscher Demagogie darstellen kann. (Starker lebhafter Beifall)

Wir leugnen nicht, daß unser Interesse an einer Entspannung in Mitteleuropa besonders groß ist. Sie ist heute eine wichtige Voraussetzung — ja die Voraussetzung für erfolgreiche Verhandlungen über die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands. Eine isolierte Lösung des Deutschland-Problems ist unmöglich geworden. Die eingleisige, nur auf die volle Integration der Bundesrepublik in die westliche militärische Allianz bedachte Außenpolitik der Bundesregierung hat entscheidend zu dieser Verschlechterung der Lage in der Frage der Wiedervereinigung beigetragen. Unsere Warnungen haben sich leider als allzu berechtigt erwiesen.

Und die Tragik ist, daß die Bundesregierung auch heute noch, angesichts des offenkundigen Fehlschlags der Politik der Stärke als Mittel der Wiedervereinigungspolitik keine Außenpolitik betreibt, die der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands unmittelbar dienen kann. Das Fehlen jeder Initiative der Bundesregierung für Verhandlungen über die Möglichkeit einer Entspannung in Europa, die Weigerung der Bundesregierung bis zum heutigen Tage, die Vorschläge für eine Entspannung auch nur ernsthaft zu prüfen, sind Beweise des mangelnden guten Willens dieser Regierung und ihrer Mehrheit, für die Wiedervereinigung tätig zu werden. (Starker Beifall)

Gerade die Entwicklung in den letzten Monaten, seit Jahresbeginn, hat die Richtigkeit der Feststellung Gustav Heinemanns in der erregenden Bundestagsdebatte vom 23. Januar bewiesen, daß es zwischen uns und der Mehrheit des Bundestags in der Frage der Wiedervereinigung nicht nur Differenzen in bezug auf die Methode, sondern grundlegende Differenzen in der Sache gibt. (Beifall)

Wir wollen das nicht verdunkelt sehen und das nicht verschleiern lassen. Wir wollen von der Wiedervereinigung nicht nur reden, wir wollen sie durch eine aktive Politik fördern und verwirklichen. Auch der Weg über die Entspannung zur Wiedervereinigung Deutschlands in gesicherter Freiheit ist ein langer und beschwerlicher Weg — wir haben das nie geleugnet —; aber er kann zur Wiedervereinigung führen, während der Weg der Bundesregierung von heute uns von der Wiedervereinigung immer weiter entfernt.

Unsere Politik der Abrüstung und Entspannung ist nicht nur das Gegenstück zur Aufrüstungs- und Blockpolitik von heute. Sie ist geboren aus einer grundsätzlich anderen Betrachtung der Weltlage und der sich daraus ergebenden Notwendigkeiten. Es geht um den Vorrang der Politik vor den Atomkanonen und Atombomben. (Starker Beifall) Es geht um die konstruktive, positive Antwort der Demokraten und Sozialisten auf die geistige und politische Herausforderung des Bolschewismus und Kommunismus, vor die wir in weltweitem Umfang gestellt sind. Die Sowjetunion und die von ihr beherrschten oder mit ihr verbündeten Völker sind eine Weltmacht erster Ordnung — militärisch, wirtschaftlich, politisch. Wir lehnen ihre gesellschaftspolitischen Vorstellungen und Zielsetzungen ab; wir halten sie für unvereinbar mit den Grundsätzen der Freiheit, des Rechts, der Menschenwürde, des Selbstbestimmungsrechts der Völker, und wir würden es für eine Katastrophe halten, wenn ihre Prinzipien

die herrschenden in der Welt würden. Aber das zu verhindern, ist zuerst eine politische Aufgabe. (Beifall)

Sie ist bis jetzt nicht nur nicht gelöst, sie ist noch nicht einmal ernsthaft in Angriff genommen worden, denn die antibolschewistische Propaganda des Kalten Krieges ist doch nur eine mehr oder weniger schlechte Begleitmusik des reinen militärischen Machtdenkens, und ihre Erfolglosigkeit ist evident.

Die politische Aufgabe, vor der wir stehen, ist, den Völkern, allen Völkern, durch unsere Politik, durch unsere Taten zu zeigen, was wir wollen, und sie davon zu überzeugen, daß es vernünftiger und menschlicher ist, so zu leben, wie wir als freie Menschen und als freie Völker leben wollen.

Es gibt heute in der Welt ganze Erdteile — Asien und Afrika —, viele Hunderte von Millionen von Menschen, die im Umbruch leben, am Anfang einer neuen Epoche ihrer nationalen Geschichte oder ihrer Rasse. Ihr Ziel, ihr Streben, ihre Sehnsucht ist im Grunde ganz einfach: Sie wollen in Frieden und Selbstverantwortung leben, geachtet als Menschen und Völker. Sie brauchen die internationale Zusammenarbeit zur Lösung ihrer wirtschaftlichen Probleme, sie brauchen Hilfe beim Aufbau ihrer Verwaltung, bei der Schulung und Erziehung ihrer jungen Menschen für die neuen Aufgaben der Selbstregierung und der Selbstverwaltung.

Hier liegt die große Chance und die große Aufgabe vor allem des demokratischen Sozialismus; denn die Schaffung einer Welt freier Völker ist eines unserer großen Ziele. (Starker Beifall.)

Es bleibt das große geschichtliche Verdienst der britischen Arbeiterregierung nach dem Kriege, daß sie durch die Freigabe von Indien und Burma der Welt ein Beispiel demokratischer und sozialistischer Freiheits- und Friedenspolitik gegeben hat. (Starker Beifall.)

Das Zeitalter des Kolonialismus ist vorüber. Je schneller, je großzügiger und je menschlicher die Regierungen aus dieser Erkenntnis die Konsequenzen ziehen, desto besser ist es für die demokratische Welt. Wir sind noch nicht so weit; wir haben jetzt vor allem das tragische Verhängnis des algerischen Konfliktes. Wir empfinden es besonders schmerzlich, weil es auch offene Gegensätze im sozialistischen Lager durch die Haltung unserer französischen Bruderpartei ausgelöst hat. In unserer Partei besteht über die Frage eine schmerzliche Unruhe; denn wir haben es als einen großen Fortschritt empfunden, daß in den letzten Jahren die französischen und deutschen Sozialisten sich in so vielen Fragen nähergekommen sind, weil wir in einer französisch-deutschen Freundschaft ein Kernstück europäischer Politik sehen. (Beifall.)

Wir fühlen uns nicht berechtigt, zu kritisieren oder zu verurteilen. Dazu haben wir deutschen Sozialdemokraten es zu lange so unendlich schwer empfunden, daß wir derartigen Kritiken und Urteilen immer wieder ausgesetzt gewesen sind. Aber in diesem Punkt handelt es sich um ein ungeheuer kompliziertes Problem, und niemand kann das im Ernst bestreiten, auch wir nicht. Es ist jetzt außerdem zu einer dramatischen Zuspitzung für die Existenz der Demokratie in Frankreich geworden. Wir

können in diesem Augenblick nur hoffen, daß es den demokratischen Kräften im französischen Volk gelingt, die Staatskrise zu meistern und die Demokratie gegenüber den Putschversuchen von Generälen und Nationalisten zu sichern.

An unsere französischen Freunde richten wir darüber hinaus den herzlichen und dringlichen Appell, schnellstens nach einer friedlichen und gerechten Lösung des Algerien-Problems zu suchen im Geiste der Frankfurter Prinzipien-Erklärung unserer Internationale. (Starker anhaltender Beifall.) und im Geiste der Selbstbestimmung und der Selbstverwaltung des algerischen Volkes. (Beifall.)

Liebe Freunde! Ich habe mich hier zum Sprecher der Unruhe in unserer Partei gemacht, weil auch ich zutiefst davon überzeugt bin, daß das Trauerspiel in Algerien schon jetzt eine kaum wiedergutzumachende Erschütterung des Vertrauens der Völker in Asien und Afrika gegenüber dem ganzen Westen herbeigeführt hat. (Sehr richtig! — und lebhafter Beifall.)

Wir haben andere Beispiele der Unterdrückung und der Ausbeutung anderer Völker, vor allem unter kommunistischem Vorzeichen. Wir haben sie oft verurteilt, und wir verurteilen sie heute mit der gleichen Schärfe. (Beifall.)

Aber hier geht es um die Verantwortung der demokratischen Welt, der demokratischen Sozialisten, die eine besondere ist, die für sich das Recht in Anspruch nehmen, die Prinzipien der Freiheit und der Selbstbestimmung für alle Menschen und für alle Völker zu vertreten und zu schützen. (Starker Beifall.)

Nur, wenn wir uns freimachen von den Belastungen einer überholten Kolonialpolitik, schaffen wir die Voraussetzungen für eine positive Partnerschaft zwischen den Völkern der alten Welt und zwischen den Völkern Asiens und Afrikas. Dann ist die Bahn frei für die große politische Aufgabe: Den jungen Völkern oder den Völkern in den Entwicklungsländern zu helfen aus eigener innerer Überzeugung, aus ihrem freien Willen, ihren Platz im demokratischen Teil der Welt einzunehmen.

Und, Genossinnen und Genossen: Es ist nicht nur die Frage, ihnen zu helfen. Es ist auch die Frage, wie wir uns verhalten, damit sie uns morgen in Vertrauen und Freundschaft im Konzert der internationalen Politik neben sich respektieren. (Lebhafter Beifall.)

Natürlich, eine solche Politik erfordert eine große wirtschaftliche und finanzielle Anstrengung. Heute liegt auf allen Völkern die schwere Last militärischer Verpflichtungen. Auf die Dauer ist sie unerträglich. Wir können sie mindern, wenn wir durch finanzielle und wirtschaftliche Leistungen die Unabhängigkeit und die wirtschaftliche Lebensfähigkeit der Völker in den Entwicklungsländern fördern und stärken und d a d u r c h eine größere Sicherheit für Freiheit und Frieden schaffen. Es ist in der internationalen Politik dasselbe wie in der nationalen Politik: Wirtschaftliche und soziale Sicherheit der Menschen und Völker sind bessere Garanten für Freiheit und Frieden als die eingleisige Politik der militärischen Rüstung. (Beifall.)

Schaffen wir einen internationalen Fonds für die Entwicklungsländer. Stellen wir uns der großen Herausforderung unserer Zeit auf den Gebieten, auf denen wir stärker sind: im Geistigen, im Politischen, im Ökonomischen. Dann kann diese Auseinandersetzung zugunsten der Freiheitsideen der Demokratie und des Sozialismus gewonnen werden. (Starker Beifall.)

Es ist eine traurige Tatsache — ich möchte das an einem Beispiel illustrieren —, daß für solche Überlegungen in der Bundesrepublik nicht das geringste Verständnis bei der Mehrheit des Bundestags und ihrer Regierung vorhanden ist. Es fehlt jede Initiative, jede Idee und jede Phantasie, was man hier tun könnte in einer Lage, in der es offensichtlich ist, daß in den beiden Erdteilen die Deutschen heute über ein großes Maß von Vertrauen, von Glauben und an gutem Willen verfügen, das einfach nicht für die Sache der Freiheit und des Friedens genutzt wird. (Beifall.)

Im Gegenteil: Wir haben es erlebt, daß schließlich nach langem Ringen im alten Etat des vergangenen Jahres auf unser Drängen 50 Millionen DM für die Förderung dieser Aufgaben eingesetzt worden sind. Diesmal hat die Regierung sie von vornherein gestrichen, aus Mangel an Mitteln, wie es heißt. Das aber bei einem Rüstungsetat von 10,2 Milliarden DM. (Hört! Hört!)

Ich glaube, es gibt kaum ein drastischeres Beispiel als dieses — wenn man will, kleine Beispiel — aus der Alltagsarbeit in der heutigen Bundesrepublik und ihrem Parlament. Aber dieses Verhalten der Mehrheit gegenüber einer positiven Außenpolitik außerhalb des militärischen Machtdenkens findet ja auch seinen Niederschlag in der Innenpolitik. Die Eingleisigkeit im außenpolitischen Denken, die Ausschaltung jeder ernsthaften Diskussion über Abrüstungs- und Entspannungsmöglichkeiten haben ihre gefährlichen Rückwirkungen auf die Innenpolitik.

Das aufschlußreichste Beispiel der jüngsten Zeit dafür ist die Haltung der Regierung und ihrer Mehrheit gegenüber der Bewegung gegen die Atomrüstung und gegenüber der Volksbefragung. Hier hat die Regierung Adenauer seit März jedes Maß verloren. (Sehr richtig!)

Sie bezeichnet die Anti-Atombewegung als einen demagogischen Appell an die Straße. (Pfui-Rufe!)

Sie nennt die Volksbefragung einen Angriff auf die Verfassung, und Herr Strauß bezeichnet das Ganze als die vom Kreml angestrebte Einheit zwischen Kommunismus und Sozialdemokratie. (Lebhafte Pfui-Rufe.)

Und jetzt hat der Bundeskanzler das Bundesverfassungsgericht bemüht, um die Volksbefragung in den Ländern Hamburg und Bremen sowie in den Städten Frankfurt, Darmstadt und Offenbach zu verhindern.

Ich habe es gestern schon gesagt: Das ist nur e i n Beispiel dafür, daß diese Regierung mit schlechten Mitteln eine schlechte Sache zu retten versucht. (Sehr richtig!)

Wir wissen nicht, was noch kommt. Der Bundespostminister hat bereits eine Anordnung erlassen, daß die Betätigung in der Vorbereitung von

Volksbefragungen und die Beteiligung an Volksbefragungen selbst als ein Verstoß gegen die Dienstpflicht angesehen und disziplinarisch geahndet werden wird. (Lebhafte Pfui-Rufe!)

Ich will hier von vornherein ganz offen sagen: Wir werden in diesem Fall alle sich bietenden Möglichkeiten in Anspruch nehmen, um die Grundrechte aller Bürger gegen eine solche diktatorische, autoritäre Maßnahme zu schützen und zu sichern. (Starker langanhaltender Beifall.)

Was immer den Herren in der nächsten Zeit in ihrer Verzweiflung noch einfallen mag: Die Sozialdemokratie wird den Kampf gegen die atomare Ausrüstung der Bundeswehr mit allen ihr zur Verfügung stehenden verfassungsmäßigen Mitteln fortsetzen und steigern (Beifall), und sie wird dem Arbeitsausschuß „Kampf dem Atomtod" jede mögliche Unterstützung angedeihen lassen. Man will uns beschimpfen, wir gingen auf die Straße. Ich möchte hier ganz einfach sagen: Wir sind seit langem nicht für eine so gute Sache und in so guter Gesellschaft auf die Straße gegangen! (Bravo! und starker langanhaltender Beifall)

In der Sache selbst sind das Verhalten und die Schritte der Bundesregierung die ernsthafteste Gefährdung unserer demokratischen Ordnung seit der Existenz der Bundesrepublik. Die Behauptung der Bundesregierung, die Volksbefragung sei verfassungswidrig, ist eine unsaubere, durch nichts bewiesene Behauptung. (Bravo! Beifall)

Die Erklärung des Innenministers Dr. Schröder, die Regierung werde mit allen verfassungsmäßigen Mitteln gegen die Bewegung und die Volksbefragung vorgehen, weil sie verfassungswidrig sei, zeigt doch nur, in welchem erschreckenden Maße der Minister für den Schutz der Verfassung das Interesse der CDU und das Interesse der gegenwärtigen Regierung mit der Verfassung gleichsetzt. (Sehr gut! und Beifall)

Sein Grundsatz: Verfassungsrecht ist, was wir, die CDU und die Regierung, für Verfassungsrecht halten, ist ein Grundsatz, der nicht aus der Sprache des Grundgesetzes, sondern aus einer kaum vergangenen anderen Periode deutscher Geschichte stammt. (Starker langanhaltender Beifall)

Lassen Sie mich noch ein Wort sagen zum Herrn Verteidigungsminister Strauß, nicht, weil es mir Spaß macht, mit diesem Herrn an dieser Stelle und in diesem Zusammenhang zu polemisieren. Aber es geht um eine andere wesentliche Sache für die Existenz der Demokratie in der Bundesrepublik. Herr Strauß ist sozusagen als antibolschewistischer Matador Nr. 1 (Heiterkeit) in die Arena dieser Auseinandersetzung gegangen, um die Mehrheit der Bevölkerung in unserem Land als Bolschewisten und Kommunisten zu diffamieren. Das ist eine unglaubliche Vergiftung und Diffamierung in unserem politischen Kampf. (Sehr richtig! und Beifall)

Das ist um so schlimmer, liebe Freunde, Genossinnen und Genossen, als Herr Strauß Verteidigungsminister ist. Er ist der zivile Chef der Bundeswehr. Sie ist im Aufbau und steht unter einem starken psychologischen Druck, nachdem die Frage der Aufrüstung der Bundesrepublik

eine so heiß umstrittene Frage der deutschen Politik ist. Das oberste, das wichtigste Ziel des Bundesverteidigungsministers müßte es daher sein, durch sein Beispiel und durch sein Verhalten dazu beizutragen, daß die Bundeswehr zu allen Schichten der Bevölkerung in ein Vertrauensverhältnis kommt (Sehr richtig und Beifall), vor allem auch zu jenen Menschen, die bei aller Ablehnung der Außen- und Militärpolitik der gegenwärtigen Bundesregierung loyale Bürger unseres demokratischen Staates sind und die in dieses loyale Verhältnis zum Staat auch ihre Beziehungen zur Bundeswehr ohne Einschränkungen einschließen möchten. (Beifall.) Herrn Strauß aber interessiert nur die Macht an sich, die Verantwortung gegenüber dem Ganzen ist ihm gleichgültig, wenn es um die Behauptung seiner Position geht.

Wir haben schon in der Weimarer Republik die Schwierigkeit gehabt, für den Posten des Reichswehrministers Männer zu finden, die immer wieder durch ihre Person und ihr Verhalten den Versuch machen sollten, die damalige Reichswehr nicht in die innerpolitischen Auseinandersetzungen hineinzuziehen. Man hat immer, bis zuletzt, diesen Grundsatz zu wahren versucht. Aber der CDU/CSU ist es vorbehalten geblieben, einen Mann zum Wehrminister zu machen, dem es offenbar darauf ankommt, einen ganz erheblichen Teil des Volkes zu „Feinden" zu stempeln. Das ist nicht nur die Frage des politischen Stils, das ist ein unentschuldbares Vergehen gegen die demokratische Grundordnung in diesem Land. (Beifall.) Die Sozialdemokratie wird nicht in den Fehler verfallen, diesen Mann und die Bundeswehr gleichzusetzen. Wir werden uns vielmehr weiter darum bemühen, zu den Männern der Bundeswehr ein positives Verhältnis zu finden. (Beifall.)

Liebe Freunde! Genossinnen und Genossen! So wie es unsere Aufgabe ist, durch eine Politik der Verhandlungen und der Verständigung Frieden und Freiheit in der Welt sichern zu helfen, so kommt es im Innern darauf an, eine Politik zu bekämpfen, die den Versuch macht, die arbeitenden Menschen und ihre Organisationen — Partei und Gewerkschaften — außerhalb der Verfassung und des demokratischen Staates zu stellen.

Wir wissen, daß es auch heute außerhalb der Sozialdemokratie viele Menschen gibt, die Freiheit und Recht der Demokratie erhalten und sichern wollen. Wir begrüßen sie alle als Freunde und Verbündete. Sie dürfen zu der deutschen Sozialdemokratie das Vertrauen haben, daß sie getreu ihrer Tradition und ihrer Zielsetzung den Kampf gegen jede autoritäre und antidemokratische Entwicklung führen wird. Die deutschen Arbeiter und ihre politischen und gewerkschaftlichen Organisationen haben seit jenen Tagen, in denen vor hundert Jahren die ersten Schritte zu einer selbständigen Arbeiterbewegung unternommen wurden, die demokratischen Lebensrechte erkämpft, angefangen mit den Kämpfen im Preußen des Drei-Klassen-Wahlrechts und im Polizeistaat der kaiserlichen Monarchie. Wir haben die demokratischen Grundrechte gegen ihre Feinde von rechts und links in der Weimarer Demokratie verteidigt, von der Durchführung der allgemeinen Wahlen zur Nationalversammlung über die Niederschlagung des Kapp-Putsches bis zur Ablehnung des hitlerschen Ermächtigungsgesetzes.

Wir bleiben diesen Grundsätzen treu. Unsere Aufgabe ist es heute, die Freiheit und Demokratie auch innenpolitisch durch eine sozialdemokratische Politik zu sichern: Wahrung der demokratischen Grundrechte für jedermann, Sicherung des Rechtsstaates, Meinungsfreiheit und Toleranz, soziale Sicherheit für alle und vor allem freie Entwicklungs- und Bildungsmöglichkeiten für unsere junge Generation. (Beifall.)

Wenn wir Freiheit, Sicherheit und Frieden zu den vordringlichsten Punkten unserer Außenpolitik machen, dann müssen wir sie zuerst und vor allem im eigenen Haus sichern. Wir wollen die Einheit unserer politischen Vorstellungen nach innen und außen, und wir wollen unsere Bekentnisse zu Freiheit und Frieden nach außen durch die deutsche Wirklichkeit im Innern glaubhaft und überzeugend machen. (Beifall.)

Wir Sozialdemokraten sind Demokraten aus Überzeugung und nicht aus Opportunismus. Für uns ist die Demokratie ein wesentlicher Bestandteil unserer politischen Grundeinstellung, weil sie auf dem Respekt vor dem Menschen begründet ist. (Beifall.) Das trennt uns von den Kommunisten, aber das trennt uns auch von den opportunistischen Machtpolitikern in der CDU und CSU. (Beifall.)

Es besteht die große Gefahr, daß aus dieser Bundesrepublik ein Adenauer-Staat klerikaler und militaristischer Färbung wird. Die Sozialdemokratie hat die Aufgabe, ihren Kampf als Oppositionspartei so zu führen, daß aus der Mehrheit der CDU/CSU nicht ein Einparteienregime wird. Eine solche Entwicklung wäre das Ende der Demokratie. Die Verhinderung einer solchen Entwicklung fällt aber auch in die Verantwortung der CDU/CSU. Ihr Sieg am 15. September hat ihr das Mandat zu einer solchen Einparteienherrschaft nicht gegeben (Beifall), und sie hat Rechenschaft darüber abzulegen, was sie tut, um eine solche Entwicklung zu verhindern. Wir werden ihr nicht den Gefallen tun, uns außerhalb der Verfassung zu stellen. (Beifall.) Wir werden die Hüterin demokratischer Ordnung in der Bundesrepublik bleiben. Wir stellen auch die CDU/CSU vor ihre Verantwortung gegenüber dieser staatspolitischen Schicksalsfrage.

Das ist der Sinn der Entschließung der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion vom 26. März 1958. Wir sind bereit, auch in diesem Bundestag eine Regierung zu unterstützen, die sich von der atomaren Aufrüstung abwendet und sich ernstlich konzentriert auf eine aktive Politik für den Frieden für ganz Deutschland und für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands. Eine solche Politik ist von der gegenwärtigen Regierung Adenauer nicht zu erwarten, aber die CDU/CSU wird vor die Frage gestellt, ob es bei dieser Regierung bleiben muß, bleiben kann und bleiben soll. Man hat uns gesagt, wir hätten das Wahlresultat vom 15. September 1957 wohl noch nicht zur Kenntnis genommen, denn das hätte ihnen die Mehrheit gegeben. Sie haben die Mehrheit der Sitze, aber sie haben nicht das Recht, eine neue Einparteiendiktatur auch in diesem Land aufzurichten. (Beifall.)

Das konstruktive Mißtrauensvotum ist ja nicht zur Bequemlichkeit der herrschenden Mehrheit geschaffen worden. Es auferlegt der Mehrheit eine erhöhte Verantwortung gegenüber Staat und Volk. Vor diese außergewöhnliche Verantwortung in dieser internationalen und inneren Lage

ist die CDU/CSU gestellt. Man mag das heute bestreiten. Aber ich bin sicher, daß man dieser Frage nicht ausweichen kann. Wir wollen die Verantwortlichkeiten in diesem Zeitpunkt völlig klargestellt haben. Sicher gibt es in diesem Bundestag keine Lösung, die den sozialdemokratischen Wünschen voll entsprechen kann; aber es gibt Lösungsmöglichkeiten, die uns herausführen könnten aus der Auswegslosigkeit der heutigen Politik in ein freieres Feld mit mehr Aussichten für Freiheit, Frieden und Einheit für unser Volk.

Liebe Freunde! Genossinnen und Genossen! Wir werden in den nächsten Tagen über viele sehr praktische und sehr konkrete Fragen zu beraten haben, um unseren Standort zu bestimmen und den politischen Willen der Sozialdemokratie für uns selbst und für die Öffentlichkeit so klar wie möglich zu definieren. Es ist eine schwierige, aber eine notwendige und, wie ich hoffe, lösbare Aufgabe. Wir werden auf manchen Punkt, den ich hier angesprochen habe, noch zurückzukommen haben in bezug auf die praktischen Schlußfolgerungen, die wir auf einzelnen Gebieten zu ziehen haben. Wir werden auch eine erste Beratung über unser Grundsatzprogramm haben. Dazu hat gestern, wenn ich das hier einfügen darf, Herr Adenauer auch einen Diskussionsbeitrag geliefert. (Heiterkeit.)

Er hat sich nämlich ziemlich ausführlich mit dem Entwurf unseres Grundsatzprogrammes beschäftigt. Er ist natürlich bestürzt und besorgt um die Zukunft der deutschen Sozialdemokratie. (Heiterkeit.)

Er hat darauf hingewiesen, daß er bisher nie gewußt habe, was die SPD wolle; jetzt habe er das Programm gelesen und habe die Lösung gefunden, denn da sei auseinandergesetzt, daß der demokratische Sozialismus die Auffassung vertrete, weder die kommunistische noch die kapitalistische Welt könne Frieden, Freiheit und Sicherheit für alle Völker auf die Dauer lösen. Er hat sich zunächst dagegen verwahrt, daß die Bundesrepublik auf eine Stufe mit der kommunistischen Welt gestellt würde, denn die Bundesrepublik sei doch kein kapitalistisches Land. (Heiterkeit.)

Es sei doch töricht, mit solchen Begriffen zu arbeiten; das könnten nur blutleere Theoretiker oder machthungrige Bonzen tun. (Heiterkeit.) Auch eine sehr typische Sprache für den Chef der Regierung. Das Entscheidende aber ist: Es paßt ihm gar nicht, daß die Sozialdemokratie hier erneut ihre Grunderkenntnisse theoretisch unterbaut.

Der demokratische Sozialismus ist die Alternative sowohl gegenüber der kommunistischen Einparteiendiktatur wie gegenüber der Planlosigkeit, gegenüber der Verwirrung, gegenüber der Interessentenpolitik in der kapitalistischen Welt. (Lebhafter Beifall.)

Ich bin der Meinung, daß es sehr gut ist, wenn wir erreichen, daß auch Herr Adenauer begreift, daß der demokratische Sozialismus seine eigene geschichtliche Position und Aufgabe hat und daß wir Sozialdemokraten entschlossen sind, in unserem Gebiet zu unserem Teil diese geschichtliche Aufgabe zu erfüllen. (Lebhafter Beifall.)

In seinen Vorstellungen wäre es sicher das Idealste, die SPD wäre eine — wie soll ich sagen — leicht rosa angehauchte Hilfstruppe der CDU/CSU.

Aber den Gefallen werden wir Herrn Adenauer nicht tun. Wir wollen ihm nur einen Rat geben: Wenn die CDU/CSU sich in den vor uns liegenden Kämpfen mit der Sozialdemokratie behaupten, wenn sie auf die Seite der fortschrittlichen Menschen treten will, die eine Neuordnung aus vernünftigen und sittlichen Gründen wollen, dann soll er nicht nur den Grundsatzprogrammentwurf der SPD lesen, sondern er soll das Ahlener Programm der CDU/CSU wieder einmal in die Wirklichkeit der Politik zurückführen. (Beifall.)

Wir wissen, daß wir schwere Aufgaben vor uns haben, daß wir in schwere Kämpfe gehen: In den Kampf um die Verhinderung der atomaren Bewaffnung der Bundeswehr, in den Kampf um die Neubildung der Landtage, in den Kampf um die Erhaltung der inneren demokratischen Ordnung der Bundesrepublik. Wir gehen in diese Kämpfe im Bewußtsein unserer Verantwortung und unserer Chancen. Die Sozialdemokratie ist heute der entscheidende unabhängige politische Faktor der deutschen Politik dank ihrer politischen und organisatorischen Unabhängigkeit (Beifall), die sie wie keine andere Partei hat.

Unsere Partei ist entschlossen, durch ihre Innen- und Außenpolitik weiter zu bauen auf der Grundlage einer friedlichen Entwicklung, die auf den Trümmern des zweiten Weltkrieges und des Dritten Reiches durch die Leistung aller geschaffen wurde. Wir rufen alle, die diese Grundlagen nicht wieder durch eine wahnwitzige Rüstungspolitik erschüttern lassen wollen. Wir rufen alle, die wie wir für Freiheit und Recht, wirtschaftliche Sicherheit und soziale Gerechtigkeit kämpfen wollen und für die diese Ideen die maßgebenden Grundlagen ihrer politischen Entscheidung sind. Unsere Parole heißt: Vorwärts zum Kampf, vorwärts zum Angriff, vorwärts zum Sieg! (Langanhaltender lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Dr. Alex Möller: Der starke Beifall des Parteitages ist ein Dank an Erich Ollenhauer für das Röntgenbild, das er uns über unsere politische Situation gegeben hat. Es ist ein Röntgenbild, das in seinen schwarzen Schatten alle kranken Stellen des jetzigen Zustandes erkennbar macht. Wie diese zu beseitigen sind, ist Gegenstand der Beratungen unseres Parteitages.

Ich darf darauf aufmerksam machen, daß mit zur Beratung stehen die Entschließung Antrag Nr. 199, die Entschließung Antrag Nr. 200 und die Entschließung Antrag Nr. 201.

Die Entschließung Antrag 199 bezieht sich auch auf die vorliegenden Anträge 2, 3, 5 bis 12 und 14.

Die Entschließung Antrag 200 bezieht sich auf die Anträge 185 bis 189. Diese Entschließungen und Anträge stehen mit zur Debatte. Wortmeldungen liegen nicht vor. (Heiterkeit.)

Es wird vorgeschlagen, eine Pause von fünf Minuten einzulegen. Es erhebt sich kein Widerspruch. Wir vertagen uns um fünf Minuten.

(Pause)

Wir nehmen die Beratungen wieder auf und treten in die Aussprache ein.

Als erster Redner hat das Wort Genosse Reventlow, München. Ihm folgt Carlo Schmid.

Rolf Reventlow, München: Genossinnen und Genossen! Ich glaube, es gibt niemanden, der die Worte des Genossen Ollenhauer bezüglich der Vorgänge in Frankreich und Algerien nicht ohne Vorbehalt unterschreiben würde. Eine andere Frage sind aber die zur Diskussion und zur Beschlußfassung gestellten Anträge.

Genosse Ollenhauer hat gesagt, daß es für uns als Deutsche schwer sei, heute kritisch Stellung gegenüber einer Bruderpartei der Sozialistischen Internationale einzunehmen, nicht nur, weil es sich um eine Partei in einem anderen nationalen Bereich handelt, sondern auch, weil die historische Vergangenheit diese Beziehungen belastet hat. Aber, Genossinnen und Genossen, in der Frage des Algerienkrieges kommen wir, glaube ich, um eine Stellungnahme im Bereich der gesamten sozialistischen Bewegung nicht herum. Ich glaube, wir erweisen unseren französischen Genossen auch einen besseren Gefallen, wenn wir klar aussprechen, wie wir über diese Probleme denken, vor allen Dingen in grundsätzlicher Hinsicht, als wenn wir etwa nur einen Appell an sie richten würden, eine Verständigung in Algerien zu suchen.

Worum geht es? Es geht in Algerien darum, daß man in Frankreich von einer These ausgeht, die seit Jahrzehnten in Frankreich den Menschen eingehämmert wurde und die, gemessen an der historischen Entwicklung, falsch ist. Es handelt sich um die These, Algerien sei ein integrierender Bestandteil Frankreichs. Der Verlauf des Aufstandes in Algerien zeigt seit 1955, daß dem nicht so ist und nicht so sein kann, und daß auch die sogenannte Verständigung oder die administrative Neuordnung oder die Idee und der Versuch von Lacoste abwegig sind, die sogenannten Spezialdelegationen der Gemeinden paritätisch zusammenzusetzen, während das tatsächliche Verhältnis der Bevölkerungsteile 1 zu 10 beträgt. Das Problem ist, daß wir bei unseren französischen Genossen zu wenig Kenntnis — es mag sonderbar klingen, wenn man das hier sagt — zu wenig Kenntnis des Landes und seiner wirklichen Verhältnisse vorfinden. Zu dieser Frage habe ich im „Vorwärts" in dieser Woche bereits grundsätzlich Stellung genommen. Aber zu den Entschließungen möchte ich der Meinung Ausdruck geben, daß die Entschließung des Parteivorstandes, die uns heute vorliegt, den Erfordernissen einer Stellungnahme dieses Parteitages nicht genügt, abgesehen vom ersten Absatz. Ich glaube, daß der Antrag „Mittelrhein/Frankfurt" der Stellungnahme der deutschen Sozialisten oder der Sozialisten überhaupt zu dieser entscheidenden Frage, der Stellung des demokratischen Sozialismus zum kolonialen Problem, das 1928 auf dem Kongreß der Internationale so ausführlich diskutiert wurde, mehr entspricht.

Ich möchte daher anregen, daß man von dem Antrag des Vorstandes den ersten Absatz, aber mit einer kleinen Änderung übernimmt, denn „französischer Militärputsch" — das ist ein Ausdruck, den ich gerade hier auf einem deutschen Parteitag nicht anwenden würde. Ich würde sagen: der Putsch der Generäle und der Kolonialisten gegen die Französische Republik. Es besteht kein Zweifel, daß wir unsere französischen Genos-

sen in dem Kampf um die Demokratie und die Republik unserer uneingeschränkten Solidarität versichern müssen, aber ebenso klar ist, daß wir ihnen sagen müssen, daß wir ihre Algerien-Politik, die Algerien-Politik, wie sie von einem Sozialisten geführt wurde, und die schon in früheren Jahren unter der Führung eines Sozialisten — damals, als die Wahlen zur Algerischen Nationalversammlung verfälscht wurden — leider stand, nicht billigen können.

Es geht darum, unseren französischen Genossen zu sagen, daß das Phänomen der Neuentstehung von Nationsbegriffen und nationalen Abgrenzungen auch von ihnen, und zwar in dieser entscheidenden Frage für Frankreich erkannt werden muß.

In seinem Beitrag zur Begründung einer sozialistischen Theorie über Nationalitätenfragen sprach der österreichische Führer und Theoretiker Otto Bauer in vergangenen Jahrzehnten von dem „Erwachen der geschichtslosen Nationen".

Genossinnen und Genossen! Damals sprach man hierbei mehr von Europa „und anderen Gegenden". Heute sprechen wir in erster Linie — und Ollenhauer hat es ja unterstrichen: Die Vertrauenskrise bei den kolonialen Völkern — von dem Erwachen der geschichtslosen Nationen im Bereich der ehemals von Europa kolonisierten Länder, und dieses Problem müssen auch unsere französischen Genossen begreifen. Wir müssen ihnen sagen, daß wir auf diesem Gebiet eine andere Stellung einnehmen. — Deshalb bitte ich Sie, den Antrag Hamburg-Frankfurt anzunehmen mit der Ergänzung des ersten Absatzes der Vorlage des Parteivorstandes und der Änderung, daß wir im letzten Satz dieses Absatzes nicht von einem französischen Militärputsch, sondern von einem Putsch der Generäle und der Kolonialisten gegen die Französische Republik reden. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Dr. Alex Möller: Ich darf darauf aufmerksam machen, daß wir nach Ablauf von neun Minuten klingeln werden, um dem Diskussionsredner die Möglichkeit zu geben, zum Schluß zu kommen.

Ich darf weiter die Genossen der Mandatsprüfungskommission bitten, mit ihrer Tätigkeit zu beginnen.

Das Wort hat jetzt Carlo Schmid. Ihm folgt Heinz Langerhans, Saarbrücken. (Lebhafter Beifall.)

Prof. Carlo Schmid, Frankfurt: Genossinnen und Genossen! Es ist kein Zweifel, daß der Umstand, daß wir am 15. September letzten Jahres nicht gesiegt haben, bei vielen ein Gefühl der Resignation hinterlassen hat, das Gefühl, wir Sozialdemokraten könnten nun einmal leider nichts anderes tun als abwehren, als zu bösen Dingen nein zu sagen; wir seien aber nicht imstande, zu gestalten — und es ist nun einmal so, daß sich die Wähler ungern hinter Menschen stellen, von denen man zwar weiß, daß sie nötig sind, von denen man aber fürchtet, sie würden sich nicht durchsetzen können.

Nun, Genossinnen und Genossen, das alles stimmt doch nicht, Wir haben doch nicht nur abgewehrt. Wir haben doch nicht nur „nicht mitgemacht", wir haben doch nicht nur uns bemüht, „nicht mitschuldig zu werden". (Lebhafter Beifall.)

Wir haben doch gestaltet, wir haben doch bewegt, nicht nur kritisiert. (Lebhafter Beifall.)

Um nur eines zu nennen: Wir haben doch, auch wenn wir nicht regieren konnten, weithin in der Welt die Menschen zum Umdenken gezwungen, und das Umdenken ist der Anfang des Umgestaltens.

Nehmen wir die Rüstung! Darüber denkt man doch heute in der Welt anders als noch gestern. Ich meine damit nicht Konrad Adenauer; in dem bewegt sich nichts mehr. (Lebhafter Beifall. — Heiterkeit.)

Aber in anderen hat sich etwas bewegt, und das ist im Begriff, die öffentliche Meinung der Welt in einer recht wirksamen Weise umzugestalten.

Unsere Argumente, die Entwicklung unserer Vorstellungen, sind in das Denken vieler wichtiger Menschen übergegangen. Ich wage zu behaupten, daß es ohne unser Verhalten nicht zur Erklärung der Göttinger gekommen wäre. Ich meine das psychologisch — daß ein Mann wie Kennan seine Gedanken nicht so entwickelt hätte, wie er sie entwickelt hat, daß ein Walter Lipmann nicht so denken würde, wie er heute denkt und schreibt.

Ja — unsere britischen Genossen mögen mir vergeben — ich bin der Meinung, daß auch ihr Denken nicht so geworden wäre, wenn wir unsere Vorstellungen nicht so klar und beständig entwickelt hätten (lebhafter Beifall), und das ist etwas, was sich in der Welt auswirken wird. Diese Unruhe, die wir verbreitet haben, hat einiges von der Trägheit des Denkens, der die Menschen so gerne verfallen, überwunden, und das ist etwas. Die Welt denkt heute anders über diese Dinge, als sie gestern gedacht hat. Selbst ein Adenauer muß es mit dem Plagiat versuchen und uns einige unserer Parolen stehlen! (Sehr-richtig!-Rufe.)

Nun, wir sollten auch nicht vergessen, daß das deutsche Volk aufhorchte, wenn wir gesprochen haben. Das hat sich niedergeschlagen in dem Resultat von Meinungsbefragungen, die ergeben haben, daß weit über 80 Prozent des deutschen Volkes nichts von Atombomben wissen wollen. Das ist doch etwas, das ist eine Leistung, die wir vollbracht haben (lebhafter Beifall), und es ist kein Wunder, daß sich die Regierung und die sie tragenden Parteien scheuen, diese Bilanz der deutschen öffentlichen Meinung in einer weithin sichtbaren Weise, nämlich auf dem Wege der Volksbefragung, manifest werden zu lassen.

Nun, all dies noch Ungestaltete gilt es zu erfassen und zu mobilisieren. Das ist heute unsere Aufgabe. Wie löst man sie? Indem man diese Dinge in den Vordergrund rückt und heute auf Parolen verzichtet, die bei den Wählern als negative Überlagerung dessen wirken könnte, was sich posi-

tiv auswirken will. Man muß in der Problematik, die man aufwirft, Schwerpunkte bilden. Man kann nicht zu jeder Zeit jedes Ding zum Problem erheben, das heute zu lösen ist. Heute gibt es ein Problem Nr. 1, und das heißt: Wie bringt man die Atombombe zum Verschwinden? Demgegenüber sind die anderen Dinge zweitrangig, und wenn wir darauf den rechten Akzent legen, werden wir die Massen hinter uns bringen, dann werden auch Leute, die mit diesem oder jenem in unserem Programm vielleicht nicht einverstanden sind, sagen: Entscheidend ist — um der Atomwaffen willen —, daß die Sozialdemokraten die Partei werden, die regiert.

Nehmen Sie die Wiedervereinigung: Was ist denn da von der Politik der Stärke noch übrig geblieben? In den Gesprächen, in der öffentlichen Meinung? Selbst die Regierung traut sich nicht mehr, ihre alte, liebe Formel zu gebrauchen!

Unsere Vorstellungen, daß nur, wenn wir Deutschland aus den strategisch-politischen Gleichungen der Großmächte ausklammern, eine Chance zur Wiedervereinigung besteht, ist heute akzeptabel. Sogar die Leute der Regierung geben heute zu, daß es unmöglich ist, zur Wiedervereinigung zu kommen, wenn nicht vorher zwischen den großen Mächten und den Deutschen eine Einigung über den politischen und militärischen Status eines wiedervereinigten Deutschlands zustande gekommen ist. Das ist nicht alles, aber diese Dinge sind im Gespräch, und damit, daß sie im Gespräch sind unter den Verantwortlichen und in der öffentlichen Weltmeinung, hat man einen wichtigen Schritt auf die Wiedervereinigung hin zurückgelegt, und wir können stolz sein, daß wir diesen Schritt mit veranlaßt haben.

Nehmen wir die Ostpolitik: Was war denn bisher das Denken der sogenannten Maßgeblichen? Es gibt einen Satellitenblock. Den ächtet man, mit dem spricht man nicht. Wir aber haben gesagt: Gerade, weil diese Staaten für uns gelegentlich unangenehm sind, muß man mit ihnen sprechen. Wir haben gesagt: Wie kann man denn die Wiedervereinigung Deutschlands ins Auge fassen, ohne daß unser Verhältnis zu Polen vorher geklärt wird? Wie kann man denn für die Ordnung Europas eine taugliche Formel finden, solange man nicht das Verhältnis Polens und der anderen mitteleuropäischen Staaten zu Europa geklärt hat? Wir haben erkannt — als die einzigen, die ersten zumindest —, daß es aus der besonderen Lage Polens heraus unumgänglich ist, daß dieser Staat in guten Beziehungen zur Sowjetunion steht — denn wenn er in schlechten Beziehungen zu ihr stünde, würde Polen aufgefressen werden! Daher gibt es — es gibt ja für uns, wenn wir an Mitteldeutschland denken, eine ähnliche Situation — für die Polen und uns einen gemeinsamen Zwang, einen Zwang zur Solidarität, zu einer Gefahrensolidarität. Uns ist es aufgegeben, als eine Klammer zwischen Ost und West zu wirken, damit wir in Vorstellungen der Freiheit leben können, die heute in der westlichen Welt Heimatrecht haben, und dem Osten gegenüber in der Sicherheit. Das ist der Sinn des Rapacki-Plans gewesen und der Sinn unserer Bemühungen, diesen Plan wenigstens zum Ausgangspunkt internationaler Verhandlungen zu machen. Man hat das fast überall in der Welt begriffen, mit Ausnahme der Koblenzer Straße in Bonn. (Lebhafter Beifall.)

Nichtsdestoweniger sind auch diese Dinge nunmehr im internationalen Gespräch. Weitgehend durch uns sind sie in dieses Gespräch gekommen, und das, Genossinnen und Genossen, ist eine Leistung, auf die wir stolz sein können. (Lebhafter Beifall.)

Nehmen wir ein anderes: Wer außer uns Sozialdemokraten hat denn in Deutschland erkannt, daß wir schon mitten in einer zweiten industriellen Revolution leben, die uns Probleme stellt, ohne deren Lösung der Mensch vollends zum Roboter werden wird?

Wer hat den Anfang gemacht, sich dagegen zur Wehr zu setzen? Nicht, indem man weinerlich klagt und die gute alte Zeit herbeiwünscht, sondern indem man vorausdenkt, indem man anfängt, sich auf diese Zeit einzurichten und ihre Probleme überlegt, wie die der Automation, wie die der atomaren Energie für industrielle Zwecke, Probleme der Arbeitzeit, der Freizeit und der Bildung. Das sind doch Dinge, die nunmehr in Deutschland zu wirken beginnen. Denken Sie an das Echo des Parteitags in München, das noch nicht verhallt ist, und wir werden dafür zu sorgen haben, daß es weiter hallt. Da ist doch eine ganz neue Vorstellung von dem aufgekommen, was Kulturpolitik ist: nicht aus karitativem Denken dafür zu sorgen, daß auch der arme Arbeiterjunge in die gute Schule darf, sondern das Wissen darum, daß die Nation auf die Begabungen gar nicht verzichten kann, die in der Arbeiterschaft schlummern. (Lebhafter Beifall.)

Ich sprach von Erziehung, Genossinnen und Genossen. Wir vergessen oft selber, welche gewaltige Erziehungsleistung wir vollbracht haben, indem wir in acht Jahrzehnten breite Schichten des Volkes, die dazu bestimmt schienen, nur Objekt des Willens anderer zu sein, zu Individuen erzogen haben, indem wir verhinderten, daß die Arbeiterschaft in der Vermassung versumpfte; indem wir sie zu einem mächtigen Aktionskörper ausgestalteten, der geladen ist mit Selbstbewußtsein.

Und schaut: Die Arbeiterschaft ist doch die Kerntruppe bei der Bewegung der Gegenwart auf die Zukunft hin. Sie baut doch die Brücke vom Heute zum Morgen. (Lebhafter Beifall.)

Und sie weiß, daß die Zukunft schon begonnen hat. Sie weiß, daß wir mit der Befreiung des arbeitenden Menschen aus den Zwängen der Objektsituation seelenlosen Mechanismen gegenüber für die Befreiung des Menschen schlechthin arbeiten, denn niemand kann frei sein, wenn nicht alle frei sind! (Sehr gut! — Beifall.)

Da wird das Wort Lassalles wahr, daß die neue Zeit gestaltet wird aus dem Bündnis zwischen der Arbeiterschaft und der „Intelligenz", wie man zu sagen pflegt. Sie werden schon verstehen, was ich meine; es liegt darin kein Hochmut. Heute ist das kein Problem mehr. Immer mehr sogenannte Intellektuelle erkennen, daß ihr politischer Ort bei uns ist, und daß sie auf den Weg treten müssen, den wir gebahnt haben; so wie immer mehr Arbeiter erkannt haben, daß dieser Weg mit von Leuten angelegt worden ist, die man normalerweise „Intelligenzler" nennt. Dieses Zusammenwirken, dieses Sich-als-Einheit-erkennen — denn darauf kommt es an — wird den Schlüssel zum Öffnen der Tore zu einer besseren Zukunft schmieden. Dabei werden gewisse Tugenden ent-

wickelt werden müssen, hüben und drüben: die Tugend der Geduld, der Bescheidenheit, vor allen Dingen aber muß das Herz dabei wirksam werden, denn wenn uns Sozialdemokraten etwas von anderen Parteien unterscheidet, ist es das, daß wir eine Partei sind, deren bewegende Kraft das Herz ist. (Starker Beifall.)

Darum werden wir nach allen Seiten hin offen sein. Wir werden stolz sein auf uns, aber nicht im Sinne eines Sichbegnügens mit dem, was man getan hat mit uns zufrieden sein. Wir dürfen uns aber auch nicht unterschätzen; Bescheidensein ist etwas anderes als tiefzustapeln. Daß wir die Bundestagswahlen nicht gewonnen haben, ist schlimm, ist aber kein Grund, uns niedriger einzuschätzen, als uns gebührt. Wir haben einiges getan und geleistet; nicht alles, was geschehen muß, aber viel von dem, was geschehen konnte. Nicht das verdünnen, in dessen Zeichen wir einst angetreten sind, sondern es mit den Mitteln der Zeit angesichts der Wirklichkeit unserer Zeit mit aller Kraft zur Wirkung zu bringen — das ist unsere Aufgabe! (Sehr gut! — Beifall.)

Und stellen wir unser Licht doch ruhig auf den Scheffel — nicht prahlerisch, aber mit Selbstgefühl! Wo Selbstgefühl gespürt wird, da fühlen sich die Menschen angezogen. Tun wir das Erforderliche! Öffnen wir die Türen nach allen Seiten! Verlangen wir von niemand, der zu uns will, ein Opfer seines Selbstgefühls oder die Unterwerfung unter das kaudinische Joch eines Dogmas! Erklären wir alle weltanschaulichen Dogmen für eine Sache der persönlichen Entscheidung des einzelnen! (Bravo-Rufe und Beifall.)

Stellen wir die Ziele klar! Erklären wir uns bereit, wo es sein muß, getrennt zu marschieren, um immer vereint schlagen zu können! (Beifall.) Legen wir das Schwergewicht weniger auf die Formen als auf den Impuls, der der ewige Beweger der Dinge ist! Der Sozialismus ist in erster Linie ein humaner Impuls. Er ist es, der uns alle verbindet, über alle unsere Meinungen über die Deutung der Welt hinweg! (Beifall.)

Wenn wir das tun, dann werden wir auch numerisch die Kraft bekommen, die der inneren, der geschichtlichen Kraft unserer Bewegung entspricht. Dann werden wir nicht nur stärker, dann werden wir die Starken! Dann werden wir die Kraft, die nicht nur die Geschichte beeinflussen kann, sondern die sie bestimmen wird, die Kraft, die ein Stück der Welt — Deutschland — so einrichtet, daß dort die Wirklichkeit der menschlichen Existenz sich mit der Idee des Menschen wieder decken kann, das heißt mit der Idee des Schönen und Guten, mit der alten Sache der Menschheit, die nach dem Worte Karl Schurz' heißt: Freiheit! (Starker, langanhaltender Beifall.)

Vorsitzender Dr. Alex Möller: Genossinnen und Genossen! Obwohl der Beifall die verlängerte Redezeit sanktioniert hat, darf ich die Bitte aussprechen, daß sich jeder Diskussionsredner an die Geschäftsordnung hält. Sie gilt für jeden. (Beifall.)

Dann, Genossinnen und Genossen, darf ich die Genossen der Mandatsprüfungskommission bitten, sich links an der Tür bei Alfred Nau einzufinden, damit sie ihre Tätigkeit beginnen kann.

Das Wort hat jetzt Heinz Langerhans.

Prof. Heinz Langerhans, Saarbrücken: Genossinnen und Genossen! Im September wurde unsere Partei vom Wähler enttäuscht, der uns nicht hinreichend wählte. Am 25. März wurden wir im Bundestag direkter als je zuvor mit dem Atom konfrontiert. Damit haben sich die Bezugspunkte aller Fragen, die wir seit dem September in unseren Reihen diskutierten, verändert. Die Frage ist nicht mehr nur und nicht mehr in erster Linie Anpassung an den Wähler, die Frage ist jetzt auch Anpassung unserer ganzen Politik wie unserer Organisation, ihrer Zusammensetzung und ihrer Arbeitsweise an die Bedingungen des Atomzeitalters, und zwar des Atomzeitalters in seiner ersten katastrophenschwangeren Phase des Mißbrauchs der neuen Mittel für Zwecke, für die sie gar nicht geeignet sind.

Diese Änderung der Fragestellung in unserer innerparteilichen Diskussion schließt zugleich ein, daß an Stelle der Wahlarithmetik Aktionsprobleme, sehr viel vielschichtigere und zugleich direktere Aktionsprobleme treten.

Der Genosse Ollenhauer hat gestern von Anziehungskraft und von Schlagkraft gesprochen. Daran anknüpfend möchte ich sagen, daß ja die Anziehungskraft aus der Quelle unserer Schlagkraft kommt; und man muß hinzufügen, daß ja Schlagkraft, genau betrachtet, nicht in die Gruppe der Hauptwörter, sondern in die Gruppe der Tätigkeitswörter gehört. Erst müssen wir einmal schlagen, und das haben ja auch die Reden sowohl des Genossen Ollenhauer wie in anderer Weise auch des Genossen Carlo Schmid heute betont.

Es will mir nun scheinen, daß wir erst langsam wirklich anfangen, die Probleme anzufassen. Wir sagen gern: Eine Volksbewegung muß es sein, muß es werden!, aber noch sind wir weit entfernt, den Widerstand über die auf das Parlamentarische bezogene politische Tätigkeit hinaus in das ganze Leben des Volkes hineinzutragen. Zwar kommt der Widerstand aus den verschiedensten Parteigegenden und auch aus parteilosen Gegenden, aber wenn wir fortfahren im üblichen Stile politischer Propaganda, besteht durchaus die Gefahr, daß man es wieder einmal als Parteipropaganda in großen Teilen unseres Volkes abtut. Statt Propaganda brauchen wir eine breite Massenschulung. Im Wahlkampf stand vor unserem Atomplakat — es war im Saarland — ein Bauer, der sagte: „Atom — was ist denn das?" Unterschätzen wir, Genossinnen und Genossen, bitte nicht die Arbeit, die hier von uns noch zu leisten ist! Wie intensiv haben wir denn die Durchführung der Entschließungen zu den Problemen der zweiten industriellen Revolution vom Münchner Parteitag, auf die mein Vorredner anspielte, betrieben? Sie finden diese Entschließungen in dem Jahrbuch, das an alle verteilt worden ist. Erschöpfte es sich nicht zumeist in neuen Propagandaworten? Etwa ein Jahr lang nach dem Münchner Parteitag gab es Nachfrage in der Partei nach Referaten darüber. Dann flaute es langsam ab; das war zumindest meine Erfahrung. Sind wir uns denn klar darüber, wie eng diese Arbeit mit unserem Kampf gegen die atomare Aufrüstung zusammenhängt? Die unbestimmte Angst müssen wir durch genaue Kenntnisse ersetzen, den gefühlsmäßigen Protest durch die den neuen Bedingungen und Gefahren angemessene Umgestaltung der Gesellschaft.

Natürlich fängt es mit dem Erheben der Stimme an, aber das Erheben der Stimme tut es nicht gegen die Bombe. Hier muß alles zum Zuge kommen, unsere Schulpolitik, unsere Kulturpolitik. Es kommt aber auch darauf an, wirklich in den Einzelheiten, in Details auch diese Seite unserer Politik in einem direkten Zusammenhang mit unserem Widerstand gegen die atomare Aufrüstung zu verknüpfen. Wir sollten z. B. versuchen, die Volkshochschulen zu einem Instrument außerhalb der propagandistischen Manipulation auszugestalten. Hier gibt es auch sehr viele neue Aufgaben für die Gewerkschaften. Die atomare Technik, die Elektronentechnik gehört nicht zu unserer Augwelt, zu unserer Ohrwelt, zu unserer Handwerkswelt. Wir müssen hier das im wörtlichen Sinne Unsichtbare und Unanschauliche überhaupt erst in den Erfahrungskreis eines jeden hineinrücken.

Ein weiterer Punkt ist die vielberedete Umstrukturierung unserer eigenen Organisation, unserer Partei in ihrer Zusammensetzung und in ihrer Form. Ich will mich hier mit einem einzigen illustrativen Satz begnügen: Es genügt ja nicht, die Physiker, Chemiker, Biologen, Ärzte rezitatorisch in unsere Parteiarbeit einzubeziehen. Unsere Partei muß ein akzeptabler Rahmen für alle Qualifizierungsgruppen werden — mit Einschluß der Nobelpreisträger —, und das ist sie noch nicht. Das setzt aber völlig andere Bezugspunkte unserer organisatorischen Arbeit, als es die politischen Himmelsrichtungen rechts und links sind, als es z. B. die berühmte Tür ist, die man nach rechts aufmachen soll.

All dies sind langwierige Aufgaben. Glaubt denn zum Beispiel irgend jemand, daß die jüngsten Ereignisse in Frankreich, die praktisch das Ende der NATO einleiten, die Amerikaner geneigter machen werden, vom Gleichgewicht atomarer Feuerkraft wieder herunterzusteigen in das enorme Mißverhältnis der Mannschaftsstärken, der Bevölkerungszahlen 170 Millionen gegen 90 Millionen? Glaubt denn das irgend jemand seit jenem für Washington schwarzen 13. Mai, an dem die algerische Gesandtschaft mit einer Bombe bedacht und in Libanon eine amerikanische Bibliothek demoliert und der Vizepräsident Nixon in Venezuela bespuckt wurde? — und all das außerhalb des Ostblocks. Bis auf alle absehbare Zukunft müssen wir uns auf den Widerstand gegen die Konsequenzen der Umrüstung in aller Welt einstellen. Auch insofern wird unsere Arbeit langwierig sein, wenn sie nicht plötzlich durch die Katastrophe abgeschnitten wird.

Und hier möchte ich zum Schluß noch einmal ganz kurz auch auf die plötzlichen Überraschungen hinweisen, die uns da beschert werden können, nochmals hinweisen auf den sehr schwarzen Hintergrund, gegen den unser Parteitag hier in Stuttgart tagt, nämlich auf die Krise der Französischen Republik. Es hat ja der gesamte Generalstab, die gesamte Generalität, der Oberbefehlshaber Eli demissioniert. General Salan, auf den man Hoffnungen gesetzt hat, war nach zwei Tagen übergegangen zu Massu. Es ist ja gar nicht abzusehen, wie in einem Lande, in dem, wie jetzt in Frankreich, alle Weichen nach rechts gestellt sind, zum Beispiel, sagen wir, ein Generalstreik in der Lage wäre, die Bildung einer Linksregierung zu erzwingen, die ihrerseits im Stande wäre, die aufrührerischen 500 000 Hochverräter in Algerien niederzuzwingen. (Zustimmung.)

Wir stehen also vor einer Verschärfung des algerischen Krieges, vor seiner Ausweitung, ja wahrscheinlich am Vorabend der Wiederaufnahme des französisch-ägyptischen Krieges. Was werden die beiden Weltmächte dann tun?

Ich habe diese paar Punkte hier angeführt im Hinblick auf den Antrag Nr. 7 des Ortsvereins Saarbrücken, wo Sie in einer Zusammenfassung das etwas vollständiger vorfinden, und ich bitte Sie um Ihre Unterstützung für diesen Antrag Nr. 7.

Vorsitzender Dr. Alex Möller: Darf ich die Delegierten, die den Saal verlassen, darauf aufmerksam machen, daß der Eintritt nur möglich ist, wenn sie die Delegiertenkarten vorzeigen.

Das Wort hat Franz Bögler. Ihm folgt Werner Stein, Berlin.

Franz Bögler, Speyer: Genossinnen und Genossen! Unsere Aktion in der Frage der atomaren Ausrüstung der Bundeswehr die Auffassung der Bevölkerung durch eine Volksbefragung für jeden deutlich zu machen, stößt auf den stärksten Widerstand der Bundesregierung und der CDU.

Diesem Widerstand gegenüber gibt es über eine lange Zeit hinweg auf der Ebene der Länder und der Gemeinden viele Möglichkeiten für eine Fortsetzung und Verstärkung unserer Aktion.

In Hunderten von Gemeinden haben wir sozialdemokratische Mehrheiten, die die Volksbefragung auf gemeindlicher Ebene beschließen können. In weiteren hunderten Gemeinden würden wir Verbündete finden, um solche Mehrheiten zu erzielen. Dabei sollten wir uns von dem Vorwurf, daß wir an die Straße appellieren, nicht beeindrucken lassen. (Sehr richtig!)

Ich darf daran erinnern, daß die CDU gegen das niedersächsische Schulgesetz in Hannover auf die Straße ging und daß an der Spitze des Demonstrationszuges der Präsident des Verfassungsgerichts von Rheinland-Pfalz marschierte. (Hört! Hört!)

Ich sage: Es gibt auch auf Länderebene viele Möglichkeiten. Wir in Rheinland-Pfalz haben den Gesetzentwurf für eine Volksbefragung im Landtag nicht eingebracht. Wir kannten bereits die Erfahrung in München, wo der Gesetzentwurf zwar behandelt, aber von der Regierungsmehrheit abgelehnt worden war. In unserem Lande ließ die CDU erkennen, daß es im Landtag zu einer Debatte über einen solchen Gesetzentwurf gar nicht kommen werden. Daher wäre unsere Aktion im Landtag von Rheinland-Pfalz völlig verpufft.

Nun bietet unsere Landesverfassung die Möglichkeit, durch ein Volksbegehren sowohl einen Gesetzentwurf durchzubringen als auch den Landtag aufzulösen. Die Einbringung des Gesetzentwurfes hinwiederum durch Volksbegehren hätte die verfassungsgerichtlichen Maßnahmen auch gegen uns hervorgerufen, wie sie gegen Hamburg und andere zur Anwendung kommen sollen. Deshalb haben wir uns entschlossen, die Auflösung des Landtages von Rheinland-Pfalz durch Appell an die Bevölkerung in einem Volksbegehren zu betreiben. (Beifall.)

Und wir werden diese Aktion mit aller Vehemenz durchführen. Dabei können weder die Landesregierung noch das Bundesverfassungsgericht irgendwelche Schritte unternehmen. Wir glauben, daß wir durch diese Aktion in Adenauers eigenem Lande zu einer echten Volksbefragung in der Frage der atomaren Ausrüstung der Bundeswehr kommen werden. Wenn wir die einzigen sein sollten, die diese Aktion durchführen können, dann bitte ich von dieser Stelle aus um die Unterstützung der ganzen Partei. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. Alex Möller: Das Wort hat Werner Stein, Berlin; ihm folgt Blachstein, Hamburg.

Dr. Werner Stein, Berlin: Genossinnen und Genossen! Bevor wir die Ergebnisse unseres Parteitages von München zu Ende denken konnten, der sich vorwiegend mit der friedlichen Verwendung der Atomenergie befaßte, sind wir erneut mit dieser Kraft konfrontiert, und zwar diesmal in ihrem anderen, in ihrem zerstörenden Charakter. Wir haben uns auseinanderzusetzen mit der Existenz der Atomwaffen dieser Welt und damit, wie man diese fürchterlichen Waffen bekämpfen kann.

Ich glaube, die Hauptschwierigkeit bei dieser Frage ist es, daß im Grunde genommen unser Vorstellungsvermögen versagt, wenn wir uns klarmachen wollen, was diese Waffen bedeuten. Die neue Sprache, die geeignet ist, die fürchterliche Vernichtungskraft dieser Waffen zu kennzeichnen, ist noch nicht gefunden. Wenn man bedenkt, daß heute ein einziges Flugzeug dieselbe Vernichtungskraft tragen kann wie früher eine Million Flugzeuge, wenn man daran denkt, daß ein einziges Flugzeug die zwanzigfache Vernichtungskraft tragen kann wie sämtliche Flugzeuge, die im zweiten Weltkrieg Deutschland angegriffen haben, wenn man daran denkt, daß am 1. März 1954 bei der ersten Atomexplosion einer Superbombe auf einem Bikini-Atoll die Amerikaner mehr Sprengkraft zur Explosion gebracht haben, als die Menschheit in ihrer gesamten Geschichte zuvor zusammengenommen, dann wissen wir, daß hier eine Kraft in die Welt getreten ist, für die der politische Wille, sie zu bändigen, erst eigentlich noch geschaffen werden muß. Es erhebt sich in unseren Tagen die ganz ernste Frage: Ist das, was man bisher immer so etwas großartig die „Krone der Schöpfung" genannt hat, nicht in Gefahr, eine Fehlkonstruktion der Natur zu sein? Steht nicht der technischen Intelligenz des Menschen eine soziale und politische Unzulänglichkeit entgegen, die in dieser Mischung einfach tödlich sein kann? Genossinnen und Genossen! Es ist ein aufregendes Erlebnis, in einer Zeit zu leben, wo diese Fragen entschieden werden. Die große Aufgabe, die unsere Partei zusammen mit den anderen sozialistischen Parteien hat, ist, die Waagschale der sozialen politischen Intelligenz so zu beschweren, daß diese Entscheidung zugunsten und nicht gegen den Menschen ausfällt. Die Menschheit gleicht immer mehr einem Dinosaurier, der mit gewaltiger Wucht, aber mit einem Spatzenhirn durch die Gegend stampft, alles vernichtend, die Welt vernichtend, in der er leben will.

Genossinnen und Genossen! Ich glaube, daß die langfristige Konsequenz dieser Situation die absolute Ächtung jedes Krieges sein muß — die

langfristige Konsequenz — und daß jeder politische Teilschritt nur einen positiven Sinn hat, wenn er sich auf dieses Ziel zubewegt.

Lange Zeit wurde die Idee des Pazifismus belächelt oder als politisch irreal betrachtet. Wer heute den Krieg noch als Möglichkeit zuläßt, muß als Alternative die völlige Vernichtung der Menschheit zulassen, und diejenigen, die nach diesen Kräften rufen, verbergen im Grunde genommen dahinter nur ihre politische Ideenlosigkeit. Eine Form der politischen Ideenlosigkeit ist nun ein neues Argument, das unsere Gegner ins Feld führen, mit dem wir uns befassen müssen, weil es in der nächsten Zeit sehr oft auf uns zukommen wird. Das ist die Idee — diesen Ehrennahmen vielmehr verdient sie gar nicht —, der absurde Gedanke des „begrenzten Atomkrieges", die Vorstellung, daß man einen Atomkrieg sozusagen in Raten führen könne und daß die Schattengrenze der totalen Zerstörung nie erreicht wird. Wenn man daran denkt, wie bereits zwei Weltkriege mit nichtatomaren Waffen diese Grenze der Begrenztheit bereits in ihren ersten Tagen überschritten haben, kann man gar keinen Zweifel daran hegen, daß dieser Gedanke nur geeignet sein kann, den alles zerstörenden Krieg mit um so höherer Wahrscheinlichkeit herbeizuführen.

Ist es auch Wahnsinn, Genossinnen und Genossen, so hat es doch Methode. Wir werden uns mit diesem Gedanken des begrenzten Atomkrieges überall auseinanderzusetzen haben, wo wir ihn treffen, und wir werden dem das gegenüberzusetzen haben, was in den Referaten und einzelnen Diskussionsanträgen bereits angesprochen worden ist, nämlich das Primat der Politik vor jeder Gewalt.

Genossinnen und Genossen! Eine dieser politischen Ideenlosigkeiten äußert sich darin, daß über der militärischen Aufrüstung die wirklich entscheidenden Fragen, die auch etwas mit der Behauptung unseres Volkes und der freien Völker zu tun haben, vernachlässigt werden.

Pädagogen haben zum Beispiel ausgerechnet — das wird in der Diskussion über die Kulturpolitik noch zum Ausdruck kommen —, daß etwa in der Bundesrepublik 40 000 Schulklassen fehlen. Auf der anderen Seite werden diese hohen Summen für die atomare Ausrüstung ausgegeben. Aber Atomwaffen sind kein Ersatz für fehlende Schulklassen. Im Gegenteil! Sie sind der Grund, weswegen diese Schulklassen auch noch in den nächsten zehn Jahren fehlen werden. (Beifall.)

Und der Kampf der verschiedenen politischen Ideen in dieser Welt, Genossinnen und Genossen — darüber sollen wir uns keinen Täuschungen hingeben —, ist im Moment gar nicht in erster Linie ein militärischer, sondern er wird auf ganz anderen Gebieten ausgetragen, auf den Gebieten der Wirtschaft und auf den Gebieten der Volksbildung. Es gibt nicht wenige Menschen, die fürchten, daß der Kampf um die Schulen und Hochschulen im Westen bereits verloren ist gegenüber den anderen Völkern, die diesen Fragen erhöhtes Interesse zuwenden. Die Sowjetunion bildet heute schon im Jahre mehr Techniker aus als der ganze übrige Westen zusammengenommen.

Wir wissen, das tut sie im Rahmen eines politischen Systems, das wir ablehnen; aber um so mehr wird dieses politische System gestärkt; und

was ist die Folge dieser Situation? — Die Folge wird sein, daß die Schwäche der Staaten, die heute glauben, eine Politik der Stärke führen zu müssen, durch diesen Rückschritt in den wichtigen Fragen der Volksbildung, der wirtschaftlichen Produktivität usw., stärker wird und daß es deshalb in Zukunft immer wieder Leute geben wird, die nach noch mehr Stärke rufen, um diesen Mangel wieder auszugleichen. Das ist ein Zirkel ohne Ende, an dessen Ende dann die totale Katastrophe steht.

Es sollte einmal ein Anfang gemacht werden, und als einer der Anfänge ist hier schon die sofortige Einstellung der Versuchsexplosionen genannt worden. Wir wissen alle, daß die USA bisher noch jedes Mal in der Lage waren, der Welt bekanntzugeben, wann in der Sowjetunion eine atomare Explosion stattgefunden hat. Über alle Atomexplosionen in der Sowjetunion sind wir immer schneller von den Amerikanern als von den Sowjets unterrichtet worden. Das zeigt doch, daß es sich hier um ein Gebiet handelt, auf dem die internationale Kontrolle sehr einfach zu erreichen ist. Ohne großen Aufwand könnte auf beiden Seiten ein Versuch des guten Willens gemacht werden, um den tödlichen Zirkel des Mißtrauens zu durchbrechen, in dem die Menschheit befangen ist.

Aber der Stop der Versuchsexplosionen genügt nicht. Es ist mit Recht gesagt worden, daß wir in unserem Lande gegen den Atomtod zu kämpfen haben. Um es deutlich zu sagen: Der Kampf gegen den Atomtod heißt in unserem Lande „Kampf gegen die Atombewaffnung der Bundeswehr!"

Wir haben als nächsten Schritt die Volksbefragungen — oder eine Volksbefragung, je nach der Ebene — auf unser politisches Programm gesetzt. Wir haben gehört, daß die Bundesregierung diesen Volksbefragungen den stärksten Widerstand entgegensetzt. (Hört! Hört!)

Ich möchte an dieser Stelle sagen: Daraus könnte sich die Konsequenz ergeben — wenn die Bundesregierung diesen sehr gemäßigten Schritt in der Auseinandersetzung verhindert —, daß wir uns überlegen, welches die nächsten Schritte sein werden. (Sehr richtig!)

Es kann ja jetzt nicht einfach nur heißen: Wir machen die Volksbefragung, und wir werden daran gehindert. Wir kommen als Parteitag wahrscheinlich erst wieder in zwei Jahren zusammen. Was geschieht, wenn die Volksbefragungen tatsächlich durch verfassungsmäßige, durch juristische Mittel verhindert werden? Wir haben uns dann die nächsten Schritte zu überlegen, und ich möchte es hier schon sagen: Es wird die Schuld der Bundesregierung sein, wenn die nächsten Schritte dann nicht mehr einen so begrenzten Charakter haben werden und haben können, wie es bei der Volksbefragung der Fall ist.

Es stellt sich hier die Frage, bis zu welchen Mitteln wir gehen sollen. Ich glaube, wie hoch man in den Mitteln greift, das hängt davon ab, wie groß die Gefahr ist, die man bekämpfen will. Hier handelt es sich um eine tödliche Gefahr. Es gibt auch in unseren Reihen Genossinnen und Genossen, die vor sogenannten radikalen Mitteln zurückschrecken, radikalen Mitteln, wie sie etwa Mittel gewerkschaftlicher Art sein können.

Ich möchte aber an dieser Stelle meiner Überzeugung Ausdruck geben, daß manchmal ein radikaler Schritt der humanistischste Schritt ist, der viel Elend verhindern kann. (Beifall.)

Die Weimarer Republik ist einmal durch einen Generalstreik gerettet worden, im Jahre 1920. Als die Regierung nach Stuttgart ging, blieben die Arbeiter an ihren Plätzen und retteten die Republik. Aber wir wissen auch aus der Geschichte, daß es in der Weimarer Republik einen Generalstreik zu wenig gegeben hat. Wieviel Blut und Tränen hätten in der Welt vermieden werden können, wenn damals ein radikaler Schritt getan worden wäre. (Sehr richtig!)

Achten wir nicht immer nur darauf, ob ein Schritt im Moment radikal erscheint, sondern achten wir darauf, was dadurch auf lange Sicht der Menschheit an Elend erspart bleibt. Danach haben wir unsere politischen Schritte zu wählen.

Ich darf abschließend sagen: Der Kampf gegen die Atombewaffnung, der Kampf gegen den Atomtod rechtfertigt die weitestgehenden Mittel, um die Menschheit vor dieser Gefahr zu schützen und zu bewahren. (Starker Beifall.)

Vorsitzender Dr. Alex Möller: Das Wort hat Peter Blachstein, Hamburg. Ihm folgt Radke, Offenbach.

Peter Blachstein, Hamburg: Genossinnen und Genossen! Wir haben auf dem Parteitag in Berlin vor vier Jahren den Beschluß gefaßt, engere Beziehungen zu den asiatischen und afrikanischen Völkern und zu den sozialistischen Bewegungen in diesen Ländern herzustellen. Was ist aus diesem Beschluß geworden? Es sind einige Genossen, Abgeordnete und auch Genossen des Parteivorstandes in Asien gewesen. Es sind Reisen unternommen und Kontakte hergestellt worden. Aber mir scheint, daß in diesem Beschluß mehr gelegen hat und daß man aus ihm hätte mehr machen können, als in dieser Zeit geschehen ist. Wir haben gleichzeitig durch unsere politische Passivität — teilweise durch Schlimmeres — an Ansehen bei diesen Völkern verloren. Ursprünglich war Deutschland, war die deutsche Arbeiterbewegung und die deutsche Sozialdemokratie eine große Hoffnung für die farbigen Völker, die um ihre Freiheit rangen, und für die, die sie bereits erkämpft hatten. Wir haben diese Völker enttäuscht; sie setzen heute auch hinter uns als Sozialdemokraten ein Fragezeichen. Sie fragen sich, wieweit unsere Beschlüsse ernst waren und ob wir wirklich entschlossen sind, für sie und ihren Kampf einzutreten.

Bevor ich zu Algerien einige Worte sage, noch einen Hinweis: Wir sollten nicht nur an hohen Tagen uns mit diesen Fragen beschäftigen. Ich bin sehr dankbar für das, was Erich Ollenhauer hier von dieser Stelle aus gesagt hat, aber es ist etwas spät, möchte ich sagen, daß die deutsche Sozialdemokratie zu Algerien spricht. (Sehr richtig!)

Ich meine, wir sollten bei dem Problem der unterdrückten Völker daran denken, daß hier ein Klassenkampf in moderner Form vor sich geht zwischen einer Minderheit von Menschen, die satt ist, und einer großen Mehrheit, die hungert. (Beifall.)

Genossinnen und Genossen, das dürfte nicht nur Stoff für 1.-Mai-Reden oder Parteitage sein, das sollte in unserer Politik, zum Beispiel auch in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft oder wo sonst immer, die Leitlinie werden. Die Hilfe, die wir geben sollten, darf nicht als eine karitative Angelegenheit betrachtet werden, etwa, vom Überschuß dieser westlichen Welt ein paar Brosamen — wenn alle Atombomben bezahlt sind — abzuzweigen. Die sozialistische Bewegung sollte das wirklich ernst nehmen und diesen Kampf gegen den Hunger und gegen die Unterdrückung zur Sache eines jeden Volkes machen, das frei ist und satt wird.

Genossinnen und Genossen! Ist der Krieg zu einem Kavaliersdelikt geworden? Da gibt es Resolutionen, die sagen, man möchte prüfen, ob die Dinge in Algerien mit den Grundsätzen der Internationale vereinbar seien. Wahrscheinlich wird Guy Mollet prüfen, ob seine Algerien-Politik mit den Grundsätzen der Internationale vereinbar ist. Ich muß sagen, ich schäme mich, daß wir hier — auch wenn es weh tut gegenüber einer Partei wie der französischen und ihrer Führungsspitze — nach drei Jahren Krieg meinen, prüfen zu müssen. (Sehr richtig! Beifall.)

Was soll denn eigentlich geprüft werden? Und, Genossinnen und Genossen: In dem Antrag 201, den uns heute Parteivorstand und Parteiausschuß auf den Tisch gelegt haben, gibt es eine Formulierung, die mich wirklich empört. Wenn man im dritten Absatz von den begangenen Terrorhandlungen spricht — von den auf beiden Seiten begangenen Terrorhandlungen — und sie bedauert, so meine ich, daß das richtig ist. In jedem Krieg, und vor allem in einem Bürgerkrieg — was sich in Algerien abspielt, das ist ein Kolonial- und ein Bürgerkrieg —, gibt es natürlich Grausamkeiten, und wir tun recht, dies zu bedauern. Aber was soll der Nachsatz „ebenso wie die Gewalttaten der algerischen Aufstandsbewegung die Möglichkeiten einer friedlichen Verständigung aufs schwerste gefährdet haben"? Hier werden doch die Opfer verhöhnt, weil sie in der Abwehr des Krieges vielleicht Mittel anwenden, die nicht gut sind. Aber, zu einem Freiheitskampf, zu einem Bürgerkrieg, zu einem Kolonialkrieg von Stuttgart aus, von einem hohen Roß aus zu erklären, daß man auch das verurteilt, scheint mir eine unmögliche Haltung gegenüber einem Volk zu sein, das im vierten Jahre kämpft. (Starker Beifall.) Ich möchte die Antragsteller sehr bitten, doch zu überlegen, ob sie diesen Nachsatz nicht weglassen können, damit nicht der Eindruck entsteht, daß wir die Opfer mit dem gleichen Maß messen wie die Mörder.

Genossinnen und Genossen! Wir haben lange geschwiegen. Wir haben als Partei zu Sakiet geschwiegen. Man hat darauf gewartet, daß wir sprechen würden, und man hat es uns inzwischen schriftlich auf den Tisch des Parteivorsitzenden gelegt, was man von uns vor Jahren erwartet hat. Aber noch einen weiteren Gesichtspunkt, der die deutsche Politik im Verhältnis zu Nordafrika betrifft, müssen wir erwähnen: Es gibt eine Zeitungsmeldung, daß der jetzige französische Ministerpräsident Pflimlin an die atlantische Solidarität appelliert. Für ihn ist Afrika ein Prüfstein der atlantischen Solidarität. „Das Hauptziel unserer Außenpolitik besteht darin" — heißt es bei Pflimlin — „die atlantische Solidarität auf diesen Teil der Welt auszudehnen, wo unser eigenes Schicksal, zugleich aber auch dasjenige aller freien Nationen auf dem Spiel steht." Ich glaube,

es steht ganz anderes auf dem Spiel, als die französische Regierung meint. Aber wenn wir daran denken, daß Herr Strauß vor nicht allzu langer Zeit in Afrika war, oder wenn wir an die Äußerung von Brentanos in Madrid denken — „Afrika muß Europa erhalten bleiben" — und an die Bemühungen der deutschen Wirtschaft, seit Jahren in Afrika Fuß zu fassen, so beginnt mir zu grauen vor den Versuchen, uns jetzt — sei es über die NATO oder sei es auf wirtschaftlichen Wegen — in die französische Kolonialpolitik in Nordafrika hineinzuzerren. (Sehr richtig!) Wir werden sehr aufpassen müssen, was geschieht, auch in dem Dreieck der französisch - italienisch - bundesdeutschen Rüstungszusammenarbeit, wovon Erich Ollenhauer heute morgen sprach. Vielleicht wäre Nordafrika ein ganz gutes Probierfeld. Und auf wirtschaftlichem Gebiet haben die Franzosen langsam etwas ungute Gefühle bekommen, etwa mit der Sahara, weil das Öl nicht ihnen gehört, und mit der Ölleitung, die sie bauen wollen. Wie schön, wenn man ein kleines Wort davorsetzt: eine europäische Ölleitung. Erstens bezahlen wir dann wahrscheinlich den Hauptteil der Kosten, und zweitens handelt es sich dann ja nicht mehr um ein französisches Kolonialunternehmen, sondern um den ruhmvollen Beginn der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in Nordafrika, als Fortsetzung der Politik der Bundesregierung, der DM-Zahlungen an Frankreich unter den verschiedensten Posten unseres Bundeshaushalts im vergangenen Jahr, etwa in der Höhe von einer Milliarde Mark. Das ist mit Recht von jenen, die die Opfer des französischen Kolonialkrieges sind, als eine Kriegsfinanzierung betrachtet worden, wenn auch unter völlig anderen Titeln im Bundeshaushalt und bei völlig anderen Verrechnungskonten im französischen Haushalt. Diese eine Milliarde Mark erscheint als ein Beitrag zu den Kriegskosten, als ein Beitrag zur Verringerung dieser Kosten.

Ich meine, wir sollten in diesen Dingen eine Sprache führen, wie sie Sozialisten geziemt. Wir sollten eine Politik treiben, die diesen Völkern wirklich hilft. Es hat auf mich gestern einen großen Eindruck gemacht, als uns der israelische Genosse in seinen Begrüßungsworten sagte: Wir arbeiten in Südasien — ich glaube, es ist Burma — in einer Reihe von Ländern und helfen denen, die Hilfe auf technischem und auf anderen Gebieten brauchen. Aber wir sind ein kleines Land. Wo bleiben — er war so freundlich und hat nicht gesagt: Wo bleibt die SPD? Aber er hat gesagt: Wo bleiben die großen europäischen Parteien und Gewerkschaften? (Starker Beifall.)

Wir sollten uns, die deutsche Arbeiterbewegung, in Gang setzen, mindestens dem kleinen Israel auf diesem Gebiet nachzufolgen. (Bravo! Starker Beifall.)

Vorsitzender Dr. Alex Möller: Das Wort hat Genosse Radke, Offenbach. Ihm folgt Wischnewski, Köln.

Olaf Radke, Offenbach: Genossinnen und Genossen! Das Thema des Referats des Genossen Ollenhauer lautete: „Frieden und Freiheit durch sozialistische Politik". Genosse Ollenhauer hat richtig gesagt, daß wir in der Bundesrepublik nur noch eine Kommune der Weltpolitik sind und daß daher die Außenpolitik heute — man könnte sagen: Gott sei's geklagt —

auch unser inneres Verhältnis bestimmt. Wir üben uns ständig, daß wir die Begriffe Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit nicht aus der Erinnerung verlieren. Aber wir versuchen heute, alle diese Begriffe mit einem Attribut zu versehen. Wir sprechen von der „parlamentarischen" Demokratie. Die Bundesregierung spricht von „repräsentativer" Demokratie. Andere sprechen von „plebiszitärer" Demokratie. Von Freiheit sprechen wir, von „gesicherter" Freiheit; die Bundesregierung spricht von „wohlverstandener" Freiheit.

Gerechtigkeit. Was ist das? Hier hat man wahrscheinlich noch kein Attribut gefunden. Das ist doch das Schlimme unserer Zeit, die Verwirrung der Begriffe, daß man das, was einmal einfach und unmißverständlich war, heute nur noch attributiv verständlich macht, damit man seine wirklichen Gedanken verschleiern kann. Diese großen Begriffe sind doch heute weiter nichts als eine Ideologie geworden, eine Handelsware, die jeder verwendet, der glaubt, auf dem politischen Parkett eine Rolle spielen zu müssen.

Nun, wir haben, wenn wir von Frieden und Freiheit durch sozialistische Politik sprechen, auch in dieser Kommune der Weltpolitik, nämlich der Bundesrepublik Deutschland, eine letztlich vorgegebene innenpolitische Ordnung, die nach der grundgesetzlichen Regelung ebenfalls als Freiheit und Demokratie bezeichnet wird. Wie sieht sie aber aus, und was können wir tun, daß der Inhalt dieser Begriffe wirklich gesichert wird im Innern, denn dann, wenn sie abgebaut sind, dann hört es auf, daß wir für die bessere Welt noch konkrete politische Schritte in unserem Sinne unternehmen können.

Wie sieht diese Freiheit aus, die Meinungsfreiheit z. B.? Nun will ich mich leider in ganz engen kleinen Kategorien bewegen im Verhältnis zum großen Flug der Außenpolitik. Wenn heute ein Betriebsratsvorsitzender nur ein Flugblatt der Gewerkschaften über wirtschaftspolitische Fragen in seinem Betrieb zur Verteilung bringt, hört die Meinungsfreiheit auf. Er wird kraft höchstrichterlicher Rechtsprechung aus seinem Amt entfernt wegen grober Pflichtverletzung und parteipolitischer Betätigung. So sieht doch die Freiheit aus, und die Rechtsprechung manifestiert hier, was sie unter Freiheit versteht. Und diese Freiheit sieht in der Praxis nun einmal anders aus, wie manche Übungen zeigen. (Lebhafter Beifall.)

Wenn wir die Rechtsprechung weiter verfolgen, wage ich zu behaupten, daß wir heute mehr faschistisches und nationalsozialistisches Gedankengut in den Urteilen bürgerlicher, zivilrechtlicher und öffentlich-rechtlicher Art finden. (Lebhafter Beifall.)

Es geht so weit, daß ein namhafter Rechtslehrer und Präsident eines obersten Bundesgerichts, der Referent der Akademie für deutsches Recht unter dem berüchtigten Hans Frank gewesen ist, die Ergebnisse dieser Akademie für deutsches Recht, dieses nationalsozialistischen Instituts, das verboten war mit dem Tag des Inkrafttretens der ersten Kontrollratsgesetze, und dessen Präsident zum Hauptkriegsverbrecher erklärt war, die Ergebnisse dieser Akademie in seinem neuen Lehrbuch als vorbildlich hinstellt und seinen Schülern lehrt. So sieht doch die Praxis aus.

Und was tun wir dagegen? Die Frage ist zu stellen. Das ist natürlich ein Problem der Kulturpolitik. Die Reform unserer Universitäten, in denen auch heute noch Lehrer lehren, die seit 1945 nichts hinzugelernt haben und das Vorherige nur weiter ausbauen, steht noch aus.

Genossinnen und Genossen! Wenn man von der Demontage der Verfassung spricht, wie es Bundesinnenminister Schröder tut — ich scheue mich nicht, in diesem Raum zu sagen, der SA-Mann Schröder, denn sein heutiges Auftreten legitimiert dazu, ihm diesen Titel zu verleihen —, warum haben wir dann bisher noch keine Kommission zur Untersuchung eingesetzt, inwieweit diese Verfassung nicht durch die Bundesregierung in den letzten fünf Jahren schon demontiert worden ist? Das ist doch unsere Aufgabe. (Lebhafter Beifall.)

Ich glaube, wenn auch wir beginnen, Gerechtigkeit nur noch als positive Rechtsordnung zu verstehen, die wir vorgegeben hinnehmen, ohne weiter dagegen anzugehen und sie zu kritisieren, dann haben wir die Gerechtigkeit und unsere Aufgabe mißverstanden. Man soll nicht immer vom Rechtsstaat sprechen, wenn wir noch keine Verständigung über den Begriff Rechtsstaat gefunden haben. (Beifall.)

In der Entschließung 200 ist richtigerweise von den Verhältnissen in der sowjetisch besetzten Zone gesprochen und auch auf das hingewiesen, was dort vorgeht an Ausbeutung der Arbeitnehmer durch das dortige System. Ich vermisse aber, Genossinnen und Genossen, die gleichlautende Entschließung über den Akkorddruck und die Normenerhöhung, die den Arbeitnehmern in der Bundesrepublik auferlegt werden. Warum vergessen w i r das, was sich in der Bundesrepublik vollzieht? Vergessen wir doch nicht die harten Zahlen, daß 50 Prozent aller Rentner der deutschen Sozialversicherungsanstalt vor Erreichung der Altersgrenze invalidiert werden müssen, weil sie nämlich durch diesen Akkord- und Normendruck in der Bundesrepublik ausgebeutet wurden. Warum protestieren hier nur die Gewerkschaften und nicht mehr die Parteien? (Lebhafter Beifall.)

Wenn wir glaubhaft sein wollen, müssen wir auch wieder einmal die Verhältnisse im Innern der Betriebe durchleuchten und feststellen, was da geschieht. Wir dürfen durch unser Schweigen nicht immer so tun, als sei hier alles in Ordnung. Wenn man manche Äußerungen hört, selbst von populärer sozialdemokratischer Seite, so glaubt man, daß in den heutigen Betrieben der Bundesrepublik alles in Ordnung sei.

Ich habe den Genossen Carlo Schmid sehr ernsthaft angehört. Eines verstehe ich nicht: Seit wann wurde ein Mensch, der sich zur Sozialdemokratischen Partei bekennen wollte, schon seit Gründung, unter das kaudinische Joch einer Weltanschauung gezwungen? Wenn man die Parteigeschichte verfolgt, dann ist sie doch voll von Diskussionen um den richtigen Standort. Warum wiederholen wir das heute und geben damit den Gegnern Recht, wenn sie sagen, wir seien eine dogmatisch überholte Partei. Das stimmt doch nicht! (Lebhafter Beifall.)

Genossinen und Genossen! Türen nach allen Seiten offen. Waren sie jemals geschlossen? Einmal weg von der Persönlichkeit des Genossen

Carlo Schmid: Was soll dieses inhaltslose Bla-Bla, wenn die Geschichte der Partei bisher das Gegenteil beweist? (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Dr. Alex Möller: Das Wort hat Genosse Wischnewski.

Hans-Jürgen Wischnewski, Köln: Liebe Genossinnen und Genossen! Als ein Vertreter eines antragstellenden Bezirks in der Algerienfrage einige ganz wenige Worte.

Wir freuen uns darüber, daß Genosse Ollenhauer diese Frage hier angesprochen hat. Wir freuen uns darüber, daß er von der Freundschaft zu der französischen sozialistischen Partei gesprochen hat. Freundschaft bringt aber zwangsläufig eine Reihe von Konsequenzen mit sich. Zu Leuten, die einem gleichgültig sind, spricht man elegant; zu Leuten, mit denen eine echte Freundschaft verbindet, spricht man in aller Deutlichkeit. Genossinnen und Genossen! Ich halte den Antrag des Parteivorstandes zur Algerienfrage für elegant und für nicht deutlich genug. Ich möchte deshalb bitten, daß der Parteitag sich dazu entschließt, den Vorschlag, den der Genosse Reventlow hier gemacht hat, anzunehmen.

Dazu noch einige wenige Fakten. Die algerische Freiheitsbewegung unterhält in der westlichen Welt eine Reihe von Büros. Die algerische Freiheitsbewegung ist über die Haltung des Westens enttäuscht. Mir ist bekannt, daß vor wenigen Wochen eine Tagung des algerischen Freiheitsrates stattgefunden hat, in der man sich überlegte, ob man die Büros im Westen schließen und dafür nicht ein Büro in Moskau errichten soll. Das, Genossinnen und Genossen, ist auf die unkonsequente Politik im Westen zurückzuführen.

Es ist mir weiter bekannt, daß das Rote Kreuz der sowjetischen Besatzungszone seit zwei Jahren, glaube ich, sich regelmäßig darum bemüht, den Algeriern Medikamente und ähnliche Dinge zukommen zu lassen. Das geschieht sicher nicht aus Nächstenliebe, sondern aus rein politischen Erwägungen heraus. Daraus ergeben sich für uns eine Reihe von Konsequenzen. Nach meiner Auffassung müssen wir in dieser Frage eine ganz klare und deutliche Sprache sprechen. Wir müssen daran interessiert sein, daß die Bevölkerung in Algerien für den Sozialismus gewonnen wird. Der algerische Minister Lacoste, der Mitglied der französischen Sozialistischen Partei ist, wird sicher nicht in der Lage sein, das algerische Volk zu diesem Schritt zu bewegen.

Daß die Freiheit für Algerien kommt, darüber gibt es keinen Streit mehr. Ich glaube, diese Frage ist entschieden. Es ist aber noch nicht entschieden, ob Algerien dann ein feudalistischer Staat oder ein sozialistischer Staat wird. Ich meine, hier haben wir alles zu unternehmen, um die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß Algerien ein sozialistischer Staat werden kann. Mir ist bekannt, daß einige Freunde der algerischen Freiheitsbewegung hier anwesend sind. (Beifall.)

Ich bedauere es außerordentlich, daß man ihnen nicht die Möglichkeit gegeben hat, ihrem Wunsche entsprechend ein Grußwort an den Parteitag zu richten. (Hört! Hört!)

Man hat mir eine Schrift der algerischen Freiheitsbewegung überreicht, und ich darf diese Schrift im Namen dieser Freunde an das Präsidium weitergeben.

Genossinnen und Genossen! Wir haben für die Freiheit Ungarns demonstriert. Demonstrieren wir auch für die Freiheit Algeriens! (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Dr. Alex Möller: Das Wort hat Genosse Franz Marx, München.

Franz Marx, München: Genossinnen und Genossen! Der Genosse Ollenhauer hat den Ausgang der Bundestagswahlen als beunruhigend für die deutsche und europäische Politik bezeichnet. Wir können wohl allgemein feststellen, daß wieder einmal unsere Analysen über die politische Entwicklung und die möglichen Konsequenzen der heutigen Politik richtig sind.

Wir werden bei diesen Analysen an das Jahr 1933 erinnert. Auch damals waren unsere Analysen richtig, und die Möglichkeiten der Konsequenz der damaligen Politik haben sich entsprechend unseren Voraussagen voll bestätigt.

Wiederum müssen wir feststellen, daß trotz der Richtigkeit unserer Analysen, trotz der Richtigkeit der möglichen Konsequenzen dieser Politik, die Resonanz auf unsere eigenen Vorstellungen im deutschen Volk nicht so groß ist, daß sie zu einer überzeugenden Initiative für die Korrektur dieser Politik eingesetzt werden könnte.

Genosse Carlo Schmid hat gesagt, es sei eine gewisse Resignation da. Diese Resignation ist allerdings nicht nur im deutschen Volk zu verspüren, sondern — wir wollen uns keine Illusionen machen —: Diese Resignation greift bis weit in die Kreise unserer eigenen Partei hinein. Es ist einfach die Resignation darüber, welches Maß an Vertrauen in die Rechtlichkeit politischer Überzeugungen überhaupt noch vorhanden ist. Hierfür kann man einige Vorkommnisse als Ursachen anführen. Wir wissen um die bedauerliche Entwicklung auch der Demokratie in der Deutschen Bundesrepublik. Ein besonderes Gebiet, das uns immer wieder beschäftigen wird und das uns auch in den vergangenen Monaten beschäftigt hat, sind unter anderem die Vorgänge in der deutschen Justiz. Wir erleben, daß Mörder freigesprochen oder zu geringen Strafen verurteilt werden, und zwar nur deshalb, weil ihre Opfer nicht mehr unter den Lebenden weilen.

Genossinnen und Genossen! Nicht nur die Resignation ist es, die uns Sorgen macht. Sorge macht uns auch die Frage, ob es nicht vielfach an der Klarheit dessen liegt, was wir auf den verschiedensten Gebieten wollen. (Beifall.)

Ich möchte nicht sagen, daß allein die Sprache daran schuld ist, denn wenn es irgendwo an der Sprache fehlt, dann fehlt es vielfach auch an der Klarheit dessen, was die Sprache ausdrücken soll.

Hinzu kommt das, was auch Genosse Erich Ollenhauer hier angedeutet hat, nämlich die mangelnde Bereitschaft unserer Gegner, sich mit uns auf

einer wirklichen und echten demokratischen Basis auseinanderzusetzen. Unsachlichkeit und Verleumdung bestimmen den Charakter der Propaganda unserer Gegner.

Es besteht nicht einmal das Bedenken, im Kampf gegen das, was wir in echt demokratischer Weise vertreten, die Verfassung zu mißbrauchen. Und wenn Genosse Carlo Schmid sinngemäß hier sagte, Adenauer habe nichts mehr zu vergeben, dann warne ich vor einer solch beschränkenden Tätigkeit dieses Kanzlers. Adenauer ist das Symbol des Mißbrauchs der Demokratie in Deutschland. (Beifall:)

Wir sollten uns nicht darüber täuschen, daß dieser Mann auf Grund seiner besonderen Veranlagung und seiner geschichtlich erwiesenen Fähigkeiten uns noch manchen Kummer bereiten wird, und zwar durch seine Unsachlichkeit, durch seine Hemmungslosigkeit, den Gegner auch mit der politischen Verleumdung kleinzukriegen.

Genossinnen und Genossen! Daraus resultiert für uns nicht nur, daß wir kämpfen, sondern daß wir auch erhöhte Anstrengungen machen müssen, um mit diesem Gegner fertig zu werden.

Wie wird beispielsweise unsere Bereitschaft zum Kampf gegen den Atomtod beurteilt? Vor ungefähr zwei Wochen tagte in München der Landesausschuß der CSU. In dieser Landesausschußsitzung sprach Minister Strauß über die Tätigkeit der Sozialdemokratischen Partei gegen die atomare Aufrüstung. Strauß sagte wörtlich, daß die CDU/CSU noch keine erheblichen Anstrengungen machen werde gegen diesen Kampf der Sozialdemokratischen Partei, weil sie erwarte, daß einmal die Resonanz dieses Kampfes in der deutschen Bevölkerung nicht allzu groß sein würde, zum anderen die Sozialdemokratische Partei auf Grund anderer Erfahrungen den Kampf doch bald einstellen werde. Leider ist diese Meinung, was eine Reihe von geschichtlichen Beispielen angeht, nicht ganz unbegründet. Genossinnen und Genossen! Fehlt es nicht vielfach bei der Vertretung unserer politischen Ziele und dessen, was wir wollen, an Beharrlichkeit, Entschlossenheit und Härte? (Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Genosse Ollenhauer hat im Zusammenhang mit der Rede von Adenauer in Dortmund eine Bemerkung gebraucht, die diesen Kanzler in der internationalen Politik als wenig glaubwürdig bezeichnet, mindestens in einem bestimmten Punkt. Warum, frage ich immer wieder, wenden wir diese Bezeichnung nicht überall an? Ist dieser Kanzler nicht ein politischer Verleumder, und warum sagen wir es nicht überall? (Sehr richtig!)

Das ist doch das Entscheidende. Hier scheint mir eine der wesentlichsten Ursachen dafür zu liegen, warum, auch bis weit in die Kreise der Partei hinein, eine gewisse Resignation sich breit macht. Es fehlt an der Härte, das, was wir zu vertreten haben, auch gegenüber dem politischen Gegner auszudrücken. Diese Härte muß von der politischen Führung ausgehen.

Wir müssen von der politischen Führung das Beispiel dieser Entschlossenheit und Härte haben. Genossinnen und Genossen! Mit Reden allein ist es nicht getan. Der Genosse Blachstein hat hier ein gutes Beispiel gebracht, das ich mir auch vorgemerkt habe. Mit welchen einfachen und tief ergreifenden Worten hat hier gestern der jüdische Genosse ge-

sprochen. Ohne Pathetik sagte er, worin er die Aufgabe der jüdischen Sozialisten in Israel sehe. Genossinnen und Genossen! Was dieser Genosse hier gesagt hat, ist nicht so einfach; dazu gehört ein ungeheures Maß an Opferbereitschaft und an Einsatzfreudigkeit. Und wenn wir in Deutschland durch unsere Partei dieses Beispiel bringen, dann bin ich davon überzeugt, daß wir wieder zur überzeugenden politischen Kraft in Deutschland werden und auch in der deutschen Arbeiterbewegung die führende Rolle auf derselben Vertrauensgrundlage übernehmen können, die die Partei vor 1914 gehabt hat. Dann werden wir auch siegen! (Beifall.)

Vorsitzender Dr. Alex Möller: Als letzter Redner vor der Mittagspause hat Genosse Otto Schmidt, Hachenburg, das Wort.

Otto Schmidt, Hachenburg: Genossinnen und Genossen! Genosse Erich Ollenhauer hat im Rahmen seines Referats die Frage der Haltung der Länder und das Vorgehen unserer Partei auf der Länderebene gegenüber der Atompolitik der Bundesrepublik und der Mehrheit des Bundestages angesprochen. Dazu einige Bemerkungen.

In Artikel 73 GG ist zwar vorgesehen, daß die außenpolitische Gesetzgebung und die Verteidigungsgesetzgebung allein der Bundesregierung und dem Bundestag vorbehalten sind. Im ganzen Grundgesetz ist aber nirgendwo eine Vorschrift enthalten, die den Länderministerpräsidenten und den Länderministern das Recht oder gar die Pflicht verweigern würde, bei ihrer Mitarbeit gemäß Artikel 50 GG an der Bundesgesetzgebung die Meinung ihrer Ländereinwohner zu ermitteln, wie sie sich in lebenswichtigen Fragen verhalten sollen. Mag die Bundesregierung von sich behaupten, daß sie für ihr Vorgehen durch die Wahl am 15. September ein Mandat bekommen habe, so kann doch kein Länderminister und kein Länderministerpräsident von sich aus die gleiche Behauptung aufstellen. Wenn dieses Mandat aber fehlt, dann kann niemand den Länderministern und Länderministerpräsidenten das Recht verweigern, nunmehr das Fehlende nachzuholen.

Wir wollen in Rheinland-Pfalz unserer Landesregierung, die von den getreuesten Schildknappen des Bundeskanzlers geführt wird, auf der Länderebene Gelegenheit geben, das, was sie bisher nicht ermitteln konnte, zu ermitteln. Wir wissen zur Stunde schon, daß unsere Landesregierung alle Überlegungen anstellt, um an dieser verfassungsrechtlichen Verpflichtung vorbeizukommen. Wir wagen nicht zu hoffen, daß der Bundeskanzler bei diesen Bemühungen unserer Landesregierung die Landesregierung von Rheinland-Pfalz genau so schnell anhalten wird, sich verfassungstreu zu verhalten, wie er das gegenüber den Ländern Hamburg und Bremen getan hat. Wir befürchten vielmehr, daß der Herr Bundeskanzler dort, wo es verfassungsrechtlich gegen ihn gehen könnte, die Länder nicht allzu eifrig darauf hinweisen wird, auch hier das Verfassungsrecht zu beachten. Wir werden aber mit unserem Antrag allen Kräften unseres Landes, die verantwortlich tätig sind, die Möglichkeit geben, sich zu entscheiden. Wir haben die dankbare Situation, daß die in Rheinland-Pfalz vertretenen Präsidenten der Evangelischen Kirche sich dem Atombombenbekämpfungsausschuß angeschlossen haben. (Beifall.)

Aber bis zur Stunde herrscht völliges Schweigen im Lager der Katholischen Kirche. Wir sind gespannt, wie gerade in diesem Land, das seit Jahren unter dem Druck hoher Aufrüstungslasten steht, die katholische Geistlichkeit nach ernster Gewissenserforschung sich verhält. Wir hoffen bis zur Stunde noch, daß die Lehre des Christentums stärker sein wird als die Lehre, die man in Bonn entgegen christlicher Ethik heute vertritt. (Beifall.)

Noch eine Bemerkung: Wir in Rheinland-Pfalz sind der Auffassung, die wohl von allen geteilt wird: Wenn die Bundesregierung aus der Verpflichtung heraus, das Leben der deutschen Bevölkerung zu sichern, bei der Entwicklung von Schutzgedanken für die Zivilbevölkerung in diesem atomaren Zeitalter so eifrig gewesen wäre wie bei der Entwicklung des atomaren Rüstungsgedankens, dann hätten wir vielleicht einige Sorgen weniger. Unsere Genossinnen und Genossen sollten in Anbetracht des Fehlens eines umfassenden Schutzplanes für die Zivilbevölkerung im Bundestag auch die Mittel verweigern, die für Schutzmaßnahmen zugunsten der Bundesregierung gegen Atomangriffe geplant sein könnten. (Beifall.) Wir sind der Meinung: Wer das Atomrisiko will, der muß in dem Risikoraum als Letzter stehen. Es kann nicht angehen, daß man Atomschutzbunker für die Bundesregierung plant, solange für unsere Frauen und Kinder ähnliche Schutzmöglichkeiten nicht vorhanden sind. Wer die Gefahr des Atomtodes will, soll sich dieser Gefahr bis zuletzt aussetzen. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. Alex Möller: Es ist jetzt 13.00 Uhr. Ich darf darauf aufmerksam machen, daß um 15.00 Uhr die Mandatsprüfungskommission die Mandatsprüfkarte und das Mitgliedsbuch einsieht. Ich darf bitten, beide Unterlagen zur Verfügung zu halten.

Als erster Redner nach der Mittagspause spricht der Genosse Boljahn, Bremen. Ich bitte ihn, sich so einzurichten, daß er um 15 Uhr das Wort nehmen kann.

Wir vertagen uns bis 15.00 Uhr.

(Die Sitzung wird um 13.00 Uhr unterbrochen.)

NACHMITTAGSSITZUNG

(Beginn: 15.00 Uhr.)

Vorsitzender Max Brauer: Die Sitzung ist eröffnet. — Wir setzen unsere Beratungen zum 2. Tagesordnungspunkt fort. Der erste Redner ist der Genosse Boljahn. Ihm folgt als zweiter Redner der Genosse Grunner.

Richard Boljahn, Bremen: Genossinnen und Genossen! Die Analyse des Genossen Ollenhauer hat uns aufgezeigt, welche politische Aufgabe wir im Kampf gegen den Atomtod durchzuführen haben.

Aber, ich glaube, wir müssen uns auch darüber klar sein, daß durch die Entscheidung vom 25. März 1958 die Politiker der Mehrheit des Deutschen

Bundestages nicht mehr die Entscheidungsfreiheit haben, sondern daß diese Entscheidungsfreiheit über die Atomrüstung auf die NATO-Generäle übergegangen ist, und dieser Übergang hat auch eine Parallele zu den Ereignissen in Algier schlechthin.

Kampf gegen Atomtod! Wir sagen, das soll durch eine Volksbefragung durchgeführt werden. Ich meine, wir sollten uns auch darüber klar werden, daß das nicht mit dem Mittel der Volksbefragung, sondern daß das durch eine Volksbewegung durchgeführt werden muß (Lebhafter Beifall), und wenn wir eine Volksbewegung durchführen wollen, dann müssen wir auch politische Konsequenzen ziehen. Wir müssen uns auch darüber klar werden, was geschieht, wenn die Länder Hamburg und Bremen mit einer Reihe von Großstädten vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe die Segel streichen müssen.

Heißt das, Genossen und Genossinnen, daß dann der Kampf zu Ende ist, à la EVG, oder heißt das, politische, wirtschaftliche Schlußfolgerungen zu ziehen. (Unruhe. — Zuruf: Ruhe!)

Wir hören, daß dieser Kampf gegen die Atomrüstung von seiten unserer Partei mit den Mitteln der Mobilisierung der Straße durchgeführt worden sei. Ich meine, die Bundesregierung wäre gar nicht imstande gewesen, eine Politik in dieser westdeutschen Bundesrepublik durchzuführen, wenn nicht die hingebungsvolle Arbeit von Millionen Arbeitnehmern erst diesen demokratischen Staatsaufbau der westdeutschen Bundesrepublik möglich gemacht hätte.

Auf der anderen Seite appelliert man immer an diese Straße dann, wenn es zu den Wahlen geht. (Heiterkeit.)

Dann ist diese Straße, dann ist dieser Bürger für die politischen Parteien der Regierungsmehrheit interessant.

Ich glaube, wenn wir diesen Kampf gegen die Atomrüstung mit einer Leidenschaft durchführen, dann müssen wir immer wieder dieser westdeutschen Bevölkerung, diesen Satten und diesen Behäbigen, sagen: Wenn Sie jetzt nicht aufwachen, dann ist auch eines guten Tages der Zeitpunkt verspielt, wo Sie diese Früchte der gemeinsamen Arbeit für sich in Anspruch nehmen können! (Lebhafter Beifall.)

„Keine Experimente!" Man hat den Kühlschrank gewählt; man hat den Fernsehapparat gewählt, und als man am Tage nach der Wahl diesen Kühlschrank aufgemacht hat, hat man die Atombombe darin gefunden. Diese Alternative müssen wir mit einer Leidenschaft der Bevölkerung immer wieder vor Augen halten. Dieser Kampf kann hier auf diesem Parteitag nicht nur damit durchgeführt sein, daß wir sagen: Hannemann, geh Du voran, Du hast die längsten Stiefel an! und ihr, in den beiden Stadtstaaten Hamburg und Bremen, ihr sollt nun einmal die Vorreiter für diesen politischen Kampf sein.

Wir sind der Auffassung, ganz gleich, Genossinnen und Genossen, wie Karlsruhe seine Entscheidung treffen wird, wir werden im Stadtstaat Bremen die politischen und gesetzestechnischen Möglichkeiten schaffen,

daß unsere Bevölkerung ihr Nein zu der atomaren Aufrüstnug sagen kann. (Lebhafter Beifall.)

Aber das hat auch eine politische Konsequenz, liebe Freunde. Wir haben nicht nur zwei Länder in der westdeutschen Bundesrepublik, und ich sage es hier ganz offen und ganz ehrlich: Ich habe mitunter so den Eindruck, daß einige Koalitionsregierungen zu sehr unter dem Blickwinkel ihrer Koalition stehen und nicht so sehr unter dem Blickwinkel politischer Notwendigkeiten unserer politischen Arbeit schlechthin. (Lebhafter Beifall.)

Ich glaube, daß wir uns darüber klar sein müssen, wenn wir diesen Kampf gegen die Atomaufrüstung auch mit aller Schlagkraft durchführen wollen, dann müssen wir uns letzten Endes wieder einiger unvergänglicher Werte unserer Partei erinnern. Wir sind in diesem Kampf groß geworden, nicht, weil wir auf dem Sofa gesessen haben, sondern weil wir uns den politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Auseinandersetzungen unserer Zeit gestellt haben.

Wer gegen die atomare Aufrüstung ist, der muß für eine geistige und eine soziale Aufrüstung unseres Volkes durch Beispiele innerhalb der Bezirke, innerhalb der Städte, der Länder und der Dörfer der westdeutschen Bundesrepublik eintreten, und ich glaube, Genossinnen und Genossen, wir sollten es uns nicht so leicht machen. Die politische Haltung der westdeutschen Bundesrepublik ist nicht so, wie wir sie vielleicht gern sehen möchten; aber eines hat dieser Kampf gegen die atomare Aufrüstung auch gezeigt: Weit über den Rahmen unserer politischen Partei hinaus sind Kräfte der Wissenschaftler, der Ärzte, der Theologen zu uns gestoßen. Wir haben jetzt eine politische Verantwortung, diese zu uns strömenden Kräfte aufzufangen und sie in eine politische Aktion umzumünzen. Meine Fragen hier auf diesem Parteitag sind folgende: Sind wir uns darüber klar, welchen Weg wir als Partei gehen wollen, wenn eine Entscheidung in Karlsruhe gegen uns erfolgt?

Wir können uns vor dieser Entscheidung nicht drücken, und ich glaube, dazu gehört eines: eine Aktivierung unseres politischen Apparates mit der Zielsetzung, endlich einmal in allen Großstädten, Mittelstädten und Dörfern zu einer machtvollen Organisation dieses Kampfes selbst zu kommen. — Das ist die eine Seite.

Die zweite Seite ist, daß im Rahmen der demokratischen Bewußtseinsbildung unseres Volkes auch die große demokratische Massenorganisation der im Deutschen Gewerkschaftsbund zusammengeschlossenen 16 Gewerkschaften eine politische, wirtschaftliche und kulturelle Verpflichtung in diesem Kampf spürt. Dieser Kampf muß eben von Land zu Land, von Stadt zu Stadt, von Dorf zu Dorf getragen werden, und wir werden in unserer Haltung von dieser westdeutschen Bevölkerung danach beurteilt, ob wir nicht wieder eine zweite Aktion schaffen à la Frankfurt: EVG oder ob es sich um eine echte Schicksalsfrage unserer Nation schlechthin handelt, ob es um Leben oder Tod der westdeutschen Bevölkerung geht.

Genossinnen und Genossen! Ich glaube, hier sollten wir die Stunde der Zeit erkennen, und hier sollten wir uns daran zurückerinnern, daß Leben Kampf bedeutet und Kampf immer erst das Leben ist.

Wir wollen leben in Frieden, wir wollen leben in Freiheit, und wir wollen leben in sozialer Gerechtigkeit. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Max Brauer: Das Wort hat nun der Genosse Grunner. Ihm folgt die Genossin Ella Kay.

Dr. Josef Grunner, Berlin: Genossinnen und Genossen! Ich möchte nur zu dem Antrag 22 des Ortsvereins Tübingen sprechen, weil der Antrag 22 offenbar nicht in den Sammelanträgen des Parteivorstandes enthalten ist und über ihn wohl gesondert abgestimmt wird. Es steht da am Schluß, daß kein Zweifel am Eintreten der SPD für den Sozialismus auf parlamentarisch-demokratischer Grundlage bestehe.

Diese Beschränkung des Bekenntnisses zur Demokratie auf die parlamentarische Demokratie scheint mir vielleicht nur ein stilistischer Lapsus zu sein, aber er hat mich dennoch „auf die Palme gebracht".

Unser Bekenntnis zur Demokratie ist keine Beschränkung auf die parlamentarische Demokratie. Wenn ich es noch nötig habe, dieses näher auszuführen, dann verweise ich auf das Beispiel der tragenden Partei der Bundespolitik und der Bundesregierung. Die CDU/CSU hat neben der kompakten parlamentarischen Mehrheit im Bundestag und Bundesrat noch eine Menge außerparlamentarischer Kräfte, mit denen und durch die sie in der Gesellschaft Politik macht. Sie hat neben dem Parlament ihre Soldatenverbände, ihre Kirchenverbände, die Jahresversammlungen der Aktienvereine, und wir beschränken uns in unserem Bekenntnis zur Demokratie oft höchst überflüssigerweise und falsch ausschließlich auf die parlamentarische Demokratie. Wo bleibt die Ralliierung der außerparlamentarischen Kräfte auf demokratischem Boden durch die SPD? Wo bleibt die Ralliierung der gewerkschaftlichen, der genossenschaftlichen Bewegung für unsere politischen Ziele?

Wir tun auf diesem Felde nichts, nichts. Wir müssen immer zur Kenntnis nehmen, daß Funktionäre unserer Partei immer wieder erklären, daß in unserem Vogelbauer, aus dem es von und nach allen Seiten zieht, die Türen offen gelassen werden sollen. Wir lassen Chance um Chance ungenutzt, außerparlamentarische Kräfte für unsere Bewegung einzuschalten. Wenn wir uns in unserem Kampf gegen die Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen ebenfalls nur auf die parlamentarische Ebene stützen, dann ist es doch am besten, wir blasen den Kampf ab.

Bei dieser Gelegenheit gestattet mir zurückzugreifen auf das, was Wahlen für uns früher waren. Wahlen waren nicht nur dazu da — in früheren Zeiten war die Aussicht dazu gering —, mit möglichst allen Mitteln eine parlamentarische Mehrheit zu erringen, sondern Wahlen waren für uns die Zeiten, in denen wir unter staatlichem Schutz, unter Gebrauch der demokratischen Möglichkeiten uns mit dem Volke auseinandersetzen konnten, unser Programm dem Volk vortragen und um unsere Meinungen und Thesen im Volke mit dem Volke ringen konnten. Wir haben früher bei Wahlen den Wähler nicht gefragt: Wie wollen Sie mich haben? Soll ich ein bisserl so sein oder ein bisserl so? Wie wünscht ihr mich? Wir

haben unser Programm gehabt, haben es vorgetragen und haben darum gerungen. Das bleibt uns nicht erspart, trotz aller Meinungsforschungsinstitute.
Ich wäre auf diesen stilistischen Lapsus der Tübinger in der Formulierung des Antrags 22 nicht eingegangen, wenn ich nicht bei verschiedenen Reden von Spitzenfunktionären unserer Partei, in denen sie die Enttäuschung über das letzte Wahlergebnis ausgedrückt haben, manchmal den Eindruck gehabt hätte, daß der Zweck des notwendigen Wahlsiegs die Mittel heiligen sollte, auch das des konformistischen Opportunismus. Ich bitte daher die Tübinger Genossen, dieses Bekenntnis auf demokratische Grundlage abzuändern, sonst müßte ich alternativ den Parteitag bitten, diese politisch notwendige Korrektur vorzunehmen.

Vorsitzender Max Brauer: Das Wort hat Genossin Ella Kay, Berlin.

Ella Kay, Berlin: Liebe Genossen und Genossinnen! Im heutigen Referat des Genossen Ollenhauer hat die Außenpolitik einen weiten Raum eingenommen. Ich verstehe durchaus, daß uns unsere Außenpolitik sehr stark beschäftigen muß. Ich möchte aber doch, daß wir zu gleicher Zeit, in der gleichen Form und in der gleichen Bewertung unser Augenmerk auch auf die Innenpolitik lenken, denn gerade auf diesem Sektor haben wir, glaube ich, in den nächsten Wochen und Monaten unsere ganze Kraft einzusetzen.
Es gibt für die Innenpolitik eine ungeheure Arbeit auf den verschiedensten Gebieten, die das rein Persönliche im Menschen ansprechen. Ich möchte heute, obgleich schon sehr viel davon gesprochen worden ist, als Frau noch ein paar Worte zu dem Kampf gegen den Atomtod sagen. Ich hoffe, daß in der Bevölkerung nicht der Eindruck entsteht, als würden wir je beim Kampf gegen die militärische Anwendung des Atoms erlahmen können, und ich freue mich über die Kraft, die bis in den kleinsten Ortsverein und die kleinsten Kreise eingesetzt wird, sich gegen die Maßnahmen der Regierung zu wenden. Ich sage das, weil wir als Frauen draußen im Lande gerade mit diesem Kampf gegen die Gefährdung unserer Generation und der Generationen der Zukunft — nicht nur der nächsten Generation, sondern der Generationen der Zukunft — auch eine Aufgabe zu erfüllen haben: die Menschen aufzuklären und die Jugend und die Mütter anzusprechen, sich im Kampf zu uns zu stellen und nicht zu erlahmen im Kampf gegen die militärische Anwendung des Atoms.
Ich glaube, ich muß auch nicht noch einmal betonen, daß Algerien ein letztes Signal für militärischen Wahnsinn in der Welt ist. Ich weiß nicht, ob alle in der Welt unter dem gleichen Eindruck stehen, welche Gefahren von Algerien her der allgemeinen Bevölkerung und der Menschheit drohen. Darum ist es wichtig, daß gerade wir auf unserem Parteitag hier noch einmal sehr deutlich zu der Frage und zu den Menschen in Algerien stehen.
Wir hoffen, daß es gelingt, mit Hilfe der Sozialdemokratie eine Kraft des Friedens in der Welt zu entwickeln, und ich hoffe, daß es uns gelingt, alle Menschen zu begeistern, die bereit sind, den Frieden für die Welt zu erhalten: Jugend, Mütter, Frauen und Männer, alle gemeinsam

den Sozialisten im Kampf für eine friedliche Entwicklung der Welt folgend. Wir Sozialisten haben alles, was wir in der Welt erreicht haben, nur durch Kampf erreichen können. Hoffen wir, daß wir bei dem schwersten Kampf, der uns bevorsteht, nicht erlahmen und unserem Namen Ehre machen, daß wir die alten Kämpfer sind! (Bravo-Rufe und starker Beifall.)

Vorsitzender Max Brauer: Das Wort hat Genosse Bosse, Hamm.

Harry Bosse, Hamm: Genossinnen und Genossen! Wir haben sehr viel über die Atomfrage gehört. Eindringlich ist uns gestern in der „Göttinger Kantate" vor Augen gestellt worden, welche Gefahren drohen. Es ist so ziemlich alles an Grausamkeit und an Tatsachen in dieser Kantate geschildert, was der Welt bzw. auch dem deutschen Volke beschieden sein wird. Es stehen, wie gesagt wurde, 5000 Atombomben bereit. Es sind so viele, daß praktisch jeder Fleck der Erde vernichtet werden kann. Ich frage mich nun: Welcher Sinn kann darin liegen, zehnmal soviel Atombomben zu besitzen, daß man diese Erde zehnmal vernichten kann? Die Technik ist immer den Politikern voran. Der nächste Weg wird wohl der sein, daß jede der feindlichen Parteien ihre Rohre, ihre Kanonen auf jeden Punkt des feindlichen Lagers konzentrieren wird. Das Moment der Überraschung, welches einzig und allein einem Angreifer hier noch zu einem Erfolg verhelfen könnte, scheidet aus, denn fünf Minuten nach dem Moment, wo die Raketen auf der einen Seite starten, ist automatisch der andere Kontinent auch vernichtet. Es müssen also — das ist meine Meinung — kurz über lang — es kann sich vielleicht um ein Jahr, um zwei Jahre oder bis drei Jahre handeln — die Vernunft und der Verstand dieser Politiker auf beiden Seiten doch irgendwie zum Zug kommen, denn ich kann mir nicht vorstellen, daß Politiker auch mit den stärksten Nerven einer derartigen Belastung ewig widerstehen können, nämlich zu wissen, daß sie sich und ihr Volk todsicher vernichten. Was bleibt für uns in dieser Zeit des Interregnums, wenn ich es so nennen darf? In dieser Zeit des Interregnums sind wir Deutschen jetzt drauf und dran, auf Grund der Politik Adenauers in diesem Atomrüsten mitzumachen. Es ist sinn- und nutzlos, denn dadurch wird die Gefahr nur vergrößert, und zwar so: Wenn kleine und mittlere Mächte diese Waffen in die Hand bekommen, kann es noch leichter passieren, daß ein Irrer auf den Knopf drückt, als wenn es nur zwei oder drei große Mächte sind. Darüber hinaus — das ist bisher nicht angeklungen — ist es bei einer derartigen Sachlage ein Irrsinn und ein Wahnsinn, Milliardenbeträge praktisch hinauszupulvern für nichts und wieder nichts. Es sind die Steuergroschen unserer Steuerzahler, es ist das Volksvermögen, welches hier unsinnig eingesetzt wird, denn wenn eine Einigung kommt, die bei dieser ungeheuren Gefahr so oder so einmal kommen muß, dann werden wir unsere Atombomben nicht verwenden können, und wir wollen es ja auch gar nicht. Es ist ein Wegwerfen des Geldes, welches wir für andere Zwecke viel nutzbringender verwenden könnten. Hemmen wir den Verkehrstod; bauen wir Straßen dafür! Sorgen wir dafür, daß diese Gelder für soziale Sicherheit und für unterentwickelte Völker verwendet werden! Das ist nützlicher. (Bravo-Rufe.)

Ich möchte mit einer zweiten Frage schließen. Ich bitte doch, das algerische Telegramm, welches von einem Genossen überreicht wurde, zu verlesen. Wir haben die Begrüßungsrede bekommen, aber nicht das Telegramm. (Zuruf.)

Ach, es war nur ein Prospekt? Danke sehr. (Beifall.)

Vorsitzender Max Brauer: Das Wort hat Genosse Bovensiepen.

Eduard Bovensiepen, Velbert: Werte Genossinnen und Genossen! Ich möchte mich einer anderen Frage zuwenden, die heute im Rahmen des Referats des Genossen Ollenhauer indirekt eine Rolle gespielt hat und auf die dann die Genossen Carlo Schmid und Radke eingegangen sind. Hier ist in zwei Tagen sehr viel von der Freiheit nach außen gesprochen worden, von unserem freiheitlichen Wollen durch sozialistische Politik. Ich möchte meinen, daß durch die beiden Diskussionsbeiträge der Genossen Carlo Schmid und Olaf Radke ein Problem aufgetaucht ist, das wir möglicherweise wohl vollständig nur in der uns bevorstehenden Debatte über den Entwurf eines Grundsatzprogrammes klären können. Ich glaube aber, daß es schlecht wäre, wenn der hier jedenfalls für mich aufgetauchte Gegensatz am ersten Tage in der Welt stehen bliebe, und ich möchte doch sagen — und das ist mein Anliegen, das ich hier habe —, daß wir uns dieser Problemstellung zuwenden sollten. Der Genosse Carlo Schmid forderte — und ich darf ihm recht geben; darauf warten einige Zigtausende und Hunderttausende von Menschen in Deutschland —, daß, wenn wir im Rahmen einer sozialistischen Politik von Freiheit sprechen, diese Freiheit vor einem falschen Dogmatismus auch in unseren Reihen bewahrt werden muß und daß wir eine Heimat für alle finden müssen, die uns ansonsten nahestehen. (Beifall.)

Der Genosse Olaf Radke hat dann mit viel Pathos gesagt, das Problem hätte für uns nie bestanden, wir wären noch nie gegenüber den geistig Schaffenden und den Intellektuellen feindlich eingestellt gewesen. Er hat formal vollkommen recht; aber im gleichen Atemzug, wie er sehr richtig den Unterschied zwischen Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit aufgezeigt hat, mußte ihm doch auch klar sein — und alles andere wäre Geschichtsklitterung in unserer Parteigeschichte —, daß wir uns von daher sehr schwer getan haben. Ich möchte sagen, Genossinnen und Genossen, daß das Vokabular in diesen zwei Tagen draußen wohl nicht so ganz verstanden wird, wenn wir uns wirklich nach vorne entwickeln und ins gesamte Volk eindringen wollen. (Sehr richtig!)

Wem sagt man denn, daß die Arbeiterschaft unsere Stoßmannschaft darstellt? Das ist vollkommen richtig, aber ich glaube, aus den Worten klingt hier so oft hervor, daß man die sogenannten Intelligenzler und Intellektuellen — wobei dieser Begriff hier noch gar nicht näher definiert wurde — immer nur als Mittel zum Zweck von Fall zu Fall gebrauchen kann, so etwa nach dem Motto: Mitnehmen, um sie im geeigneten Augenblick aus der Verantwortung wieder auszuschalten! Was versteht man unter einem Intellektuellen? Der Begriff ist für unsere Diskussion nicht klar. Wir dürfen nicht übersehen, daß sich in der Bundesrepublik viele Menschen schon bei der geringsten Veranlassung — ja,

ich darf mich einmal an einem Beispiel verdeutlichen: Schon von der Stellung eines kleinen Abteilungsleiters oder gar eines Werkmeisters an — als Intellektuelle betrachten. Ob das immer berechtigt ist, ist eine ganz andere Frage.

Darauf kommt es nicht an. Ich möchte meinen, daß wir von hier aus viele Ressentiments abbauen müssen, Ressentiments, die möglicherweise und sicher unberechtigt sein mögen. Sicher haben wir in der Richtung sehr viel zur Aufklärung getan; aber diese Ressentiments sind vorhanden, und sie vergiften das Verhältnis zwischen uns und weiten Kreisen der deutschen Bevölkerung.

Genossinnen und Genossen! Ich habe den Wunsch, daß dieser Frage, ob und in welchem Umfang unsere Partei all denen, die zu uns stoßen wollen, eine Freiheit im Rahmen eines von ihnen gewünschten individuellen Sozialismus geben will und kann, Beachtung geschenkt wird. Diese Frage steht im Raum; sie kann möglicherweise unter diesem Tagesordnungspunkt hier und jetzt nicht diskutiert werden.

Ich möchte mich aber meines Auftrags entledigen, und zwar auf Grund eines von unserem Unterbezirk einstimmig bei der Diskussion dieser Frage gefaßten Beschlusses, der sich mit der Auffassung deckt, die hier vom Genossen Carlo Schmid sehr eindeutig und klar näher ausgesprochen wurde. (Beifall.)

Vorsitzender Max Brauer: Damit ist die Rednerliste erschöpft. Das Schlußwort nimmt der Genosse Ollenhauer.

Erich Ollenhauer: Genossinnen und Genossen! Ich möchte im wesentlichen zu vier Punkten kurz Stellung nehmen, die in dieser Debatte über mein Referat eine große Rolle gespielt haben. Es war — glaube ich — natürlich und selbstverständlich, daß die Frage des Kampfes gegen die Atomrüstung auch einen breiten Raum in dieser Aussprache einnehmen würde. Ich möchte alles unterstreichen, was über die Notwendigkeit, diese Bewegung gegen die atomare Aufrüstung zu verbreitern, vor allen Dingen auch alle die Aktionen zu unterstützen, die durch die Ausschüsse „Kampf dem Atomtod" durchgeführt oder noch eingeleitet werden, gesagt worden ist.

Wir haben das als Parteivorstand in wiederholten Stellungnahmen und Beschlüssen der Parteiorganisation als eine der dringenden Aufgaben zur Kenntnis gebracht, und wir haben auch zentral einen erheblichen Teil unserer Aktivität in den letzten Wochen auf diesen Punkt gerichtet. Ich kann nur sagen: Ich hoffe, daß diese Aussprache, die heute hier stattgefunden hat, dazu beiträgt, daß den kräftigen Worten nach verstärkter Aktivität auch diese Aktivität in allen Teilen der Partei im Lande folgt. (Starker Beifall.)

Ich habe weiter darauf hingewiesen, daß wir das Vorgehen der Bundesregierung gegen die Volksbefragungen als verfassungswidrig ablehnen. Ich habe erklärt, daß sich die Bundesregierung darüber nicht im Zweifel sein soll, daß ihre Schritte uns nicht veranlassen können, auf die Fortsetzung dieser Aktion zu verzichten mit dem Ziel, die Realisierung des Beschlusses vom 25. März im Bundestag zu verhindern.

Ich halte es aber nicht für richtig, daß wir in diesem Augenblick und in dieser Körperschaft eine Diskussion im einzelnen darüber führen, mit welchen Mitteln und mit welchen Möglichkeiten wir diesen Kampf in jeder einzelnen Etappe fortführen, denn schließlich hängt das von den Umständen ab. (Sehr richtig!)

Es kommt darauf an, daß die verantwortlichen Körperschaften der Partei dann im gegebenen Falle die notwendigen und zweckmäßigen Schritte beschließen. Um was wir Euch heute bitten, ist, daß Ihr durch die Annahme der Entschließung zu diesem Punkt dem neuzuwählenden Parteivorstand diesen Auftrag gebt und daß wir dann gemeinsam über die Schritte beraten, die notwendig sind. Ich möchte aber darauf aufmerksam machen, damit darüber nicht irgendein Zweifel besteht: Es ist sehr leicht, von sogenannten außerparlamentarischen Aktionen zu reden, es ist aber viel schwerer, sie zu realisieren. Ich finde, auf einem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei sollte zum Beispiel in diesem Zeitpunkt und in diesem Zusammenhang das Argument des erfolgreichen Generalstreiks gegen den Kapp-Putsch nicht angebracht werden, nicht weil wir uns dessen zu schämen haben, sondern weil die Situation damals eine völlig andere war, als sie gegenwärtig ist. (Beifall.)

Zum nächsten Punkt: Es sind hier von einigen unserer Redner Bemerkungen über die politische Lage gemacht worden. Sie haben mit Recht darauf hingewiesen, daß wir die innenpolitische Entwicklung in bezug auf die Stärkung reaktionärer und gewisser nationalsozialistischer Tendenzen nicht übersehen sollten. Einer — ich glaube, der Genosse Radke — hat in dem Zusammenhang gesagt, wir sollten doch nicht so tun, als ob in der Bundesrepublik innenpolitisch alles in Ordnung sei. Ich weiß nicht, in welcher Diskussion der Genosse Radke eine solche Argumentation gehört hat. Aber wenn er heute morgen den innenpolitischen Teil meines Vortrags wirklich angehört hat, dann mußte er doch feststellen, daß darin der schärfste Angriff auf die Innenpolitik der Regierung nach dem 15. September enthalten ist, der überhaupt denkbar ist.

Sehen wir uns unsere Tätigkeit im Bundestag oder in den Länderparlamenten an. Hier ist gesagt worden: Warum sagt ihr nichts gegen die Ungerechtigkeiten in der Sozialpolitik, zum Beispiel in der Rentenversorgung? Ich verstehe dieses Argument überhaupt nicht! Unsere Fraktion hat im letzten Bundestag bei der Verabschiedung der Rentenreform einen so leidenschaftlichen und energischen Kampf geführt, der kaum noch zu steigern war. (Beifall.) Wenn wir etwas zu bedauern haben, dann, daß trotz der Anstrengungen der Sozialdemokratie die Rentner am 15. September 1957 der Sozialdemokratie diesen Einsatz nicht gedankt haben. (Sehr richtig!)

Wir werden natürlich die Rechte und die Lebensnotwendigkeiten dieser sozial schwachen Schicht auch in Zukunft mit besonderem Nachdruck einfach deshalb vertreten, weil das die Pflicht der Sozialdemokratischen Partei ist. Wir tun es nicht aus taktischen oder wahlagitatorischen Gründen. (Beifall. — Sehr richtig!)

Aber lassen Sie mich noch ein Wort hinzufügen. Es ist gesagt worden: Kümmert Euch um die Universitäten, kümmert Euch um die Justiz. Was

ist da alles schlecht! — Bestimmt, da gibt es gefährliche Tendenzen; aber ich bedaure, daß in dieser Debatte nicht einer aufgestanden ist und in Ergänzung meines Referates gesagt hat: Alles richtig, aber wenn wir hier über die deutschen Universitäten im Jahre 1957/58 sprechen, dann denken wir vor allem an jene Männer der Göttinger Universität, die das erste öffentliche Wort als Wissenschaftler gegen die Atomrüstung gesagt haben. (Starker Beifall.)

Dann denken wir weiter an die Hunderte von Professoren, die gefolgt sind in der weiteren Bewegung gegen die Atomrüstung, und wir denken an manchen Richter, der unter persönlichem Mut unter Beweis gestellt hat, daß er ein Richter der Demokratie und nicht des alten absoluten Staates ist. (Beifall.)

Und wenn wir schon, Genossinnen und Genossen, darüber reden: Ich bin darüber glücklich, daß bei der Mehrzahl der Studenten in der Bundesrepublik der Geist der Demokratie und nicht der Geist des alten Militarismus und Nationalismus lebendig ist.

Hier ist gesagt worden, wir müßten an neue Schichten heran. Auch in der Parteidiskussion sind zu diesem Problem gute und vernünftige Gedanken gesagt worden. Aber, wenn das ernst sein soll, dann können wir es nicht so darstellen, als ob auf der anderen Seite nur ein Block von Böswilligen und Reaktionären steht. Dann ist es unsere Aufgabe, die aufgeschlossenen Jungen, die aufgeschlossenen Wissenschaftler und die aufgeschlossenen Gruppen in der Intelligenz durch unser Vertrauen an die Sache der Demokratie und des demokratischen Sozialismus zu binden. (Starker Beifall.)

Eine klare und harte Sprache der Führung. Nun, da gibt es immer Meinungsverschiedenheiten. Mancher spricht vielleicht saftiger und volksnäher als ich es zu tun in der Lage bin; aber sind wir in der Sache nicht völlig eindeutig gewesen in der Ablehnung des innen- und außenpolitischen Kurses unserer jetzigen Bundesregierung? Ich muß sagen: ich bin einigermaßen erstaunt, wenn ein Mitglied der Bundestagsfraktion eine solche Forderung erhebt und dabei vergißt, in welch eindeutiger Sprache die sozialdemokratische Bundestagsfraktion allein in den letzten drei Monaten im Plenum des Bundestages vor der breitesten deutschen Öffentlichkeit die Sprache des Angriffs und des Kampfes geführt hat. (Beifall.)

Ich wünschte, daß auch da, wo die einzelnen Genossen wirken, in der Aktivität der Partei, dieser harte Wille zur gesteigerten Aktivität so nachdrücklich wie hier zum Ausdruck kommen würde. (Bravo!-Rufe. Beifall.)

Genossen! Das dritte Problem: Es hat verständlicherweise eine Debatte über die Algerienfrage gegeben. Ich habe sie selbst angesprochen, weil ich weiß, wie viele unserer Freunde diese Frage wirklich innerlich bewegt. Wir haben es für richtig gehalten, von vornherein dem Parteitag einen Antrag zu unterbreiten, in dem die Sozialdemokratische Partei Deutschlands das sagt, was sie unter den gegebenen Umständen zu diesem außerordentlich schwierigen Problem sagen sollte. Ich bin nach wie vor der Meinung, der Parteitag würde klug daran tun, den Antrag des Parteivorstandes so anzunehmen, wie er ist. Nicht, weil wir Klarheiten

verwischen wollen, sondern deshalb, weil wir glauben, daß es politisch richtig ist, was wir in diesem Augenblick tun können, auch im Interesse des algerischen Freiheitskampfes. (Sehr richtig!)

Es ist gesagt worden: Warum hat die Partei, warum hat die Internationale in dieser Frage geschwiegen? Warum haben wir zugelassen, daß wir durch unser Schweigen in den Verdacht kommen, als ob wir liiert sind mit bestimmten Strömungen alter kolonialer Politik? Nun, das stimmt nicht. Das stimmt einfach nicht. Wir haben uns auf dem Wiener Kongreß der Sozialistischen Internationale mit dieser Frage eingehend beschäftigt, mit dem Resultat, daß der Kongreß einstimmig beschlossen hat, die Lage in Algerien durch eine eigene Kommission der Internationale zu untersuchen und dem Büro der Internationale einen Bericht zu erstatten. Wir haben diesen Bericht bekommen. Wir haben ihn in einer Bürositzung der Internationale im Februar d. J. behandelt. Wir haben in dieser Bürositzung mit unseren französischen Freunden eine lebhafte Kontroverse über die Schlußfolgerungen gehabt, und wir haben schließlich im Büro beschlossen, daß wir den Tatsachenbericht veröffentlichen, damit die Ergebnisse dieser eigenen Untersuchungskommission der Internationale in der breiten Öffentlichkeit der Welt bekannt werden und auch zur Diskussion stehen. Wir haben jetzt in der letzten Bürositzung beschlossen, der Generalratssitzung der Internationale im Juni eine eigene Stellungnahme der Sozialistischen Internationale zu dieser Frage vorzulegen, selbstverständlich auf der Basis der Prinzipien-Erklärung der Internationale vom Jahre 1951, in der das Selbstbestimmungsrecht der Völker ohne Einschränkung festgelegt worden ist. Daran werden wir festhalten. Ich glaube, es kann niemand im Zweifel sein, welche Stellung die Vertreter unserer Partei bei den bisherigen Beratungen eingenommen haben und auch in der nächsten Sitzung einnehmen werden.

Aber ist es richtig, wenn wir uns hier einfach auf den Standpunkt stellen, daß wir nichts anderes zu tun haben als einen Gruß an die Freiheitskämpfer zu schicken und unsere unverbrüchliche Solidarität versichern? Damit sind wir doch in der Sache noch keinen Schritt weiter. Und wie leicht man aus verständlicher Emotion die Dinge vereinfacht! Man sagt: Die Freiheitsbewegung in Algerien! Die Freiheitsbewegung in Algerien gibt es leider nicht. Es gibt zwei Strömungen, die in bezug auf ihre Vorstellungen über ein selbständiges Algerien grundverschiedener Meinung sind, in einem Ausmaß, daß die eine der anderen die physische Vernichtung androht, falls sie zur Macht kommt. Das ist eine Tragik.

Aber wer von Euch in diesem Saal ist bereit, jetzt zu entscheiden, für welche der Auffassungen wir uns entscheiden? Ist das nicht die eigene Angelegenheit des algerischen Volkes, wie es seine inneren Verhältnisse zu ordnen gedenkt? Würden wir in einem anderen Fall, in einer bestimmten deutschen Frage, in der es Meinungsverschiedenheiten gibt, etwa einverstanden sein, daß man davon einfach nicht Kenntnis nimmt? (Sehr gut!)

Und die andere Frage: Appell an die französischen Genossen. Ich sage Euch ganz offen, daß mir die Bemerkungen an die französische Partei

nicht aus leichtem Herzen gekommen sind, weil ich eine ziemlich deutliche Vorstellung davon habe, in welcher tragischen Situation sich der demokratische Sozialismus gerade in diesen Stunden in Frankreich befindet. (Sehr gut!)

Es ist sehr leicht, jemanden zu verurteilen. Es ist sehr leicht, sich frei zu machen oder selbst freizusprechen mit einer solchen allgemeinen Verurteilung. Aber ich bin nicht dazu bereit, dem Parteitag eine solche Entscheidung zu empfehlen (Sehr gut!), weil in der französischen Partei ernsthafte, tiefgehende Meinungsverschiedenheiten über die Richtigkeit des Kurses der französischen Partei bestehen. Wenn wir hier schon ein Wort der Ermutigung, ein Wort der Anregung in der Richtung unserer Vorstellung geben wollen — dafür bin ich, das steht auch in der Entschließung —, dann sollen wir es doch so tun und es so formulieren, daß wir jene Freunde in der französischen Partei stärken, die in der Grundlinie mit uns und mit der Internationale übereinstimmen. (Bravo! und lebhafter Beifall.)

Ich halte jedenfalls auch in diesem Fall nichts von einer Kollektivverurteilung. Was wir immer abgelehnt haben in der Vergangenheit bei anderen historischen Gelegenheiten gegenüber dem deutschen Volk, das will ich heute auch nicht gegenüber einem anderen Volk und einer anderen Partei tun. (Beifall.)

Leider ist das algerische Problem, ob wir es wahrhaben wollen oder nicht, in sich selbst ein so schwieriges Problem, das man nur sagen kann, daß es für alle Beteiligten glücklicher gewesen wäre, wenn man von vornherein den Versuch gemacht hätte, auf eine friedliche Weise eine tragbare Lösung für alle zu finden. Wir müssen auch heute noch um eine baldige befriedigende Lösung dieses Problems kämpfen. Was wir tun können, ist unser selbstverständliches uneingeschränktes Bekenntnis zu dem Streben des algerischen Volkes nach seiner Selbstbestimmung und nach der eigenen Gestaltung der inneren Ordnung nach ihren Vorstellungen zum Ausdruck zu bringen. Unsere französische Partei sollten wir bitten, in dieser Richtung zu helfen, damit aus dieser Lage ein vernünftiger Ausweg gefunden wird. Alles in allem: Aus diesen Überlegungen heraus bitte ich Euch, dem Antrag des Parteivorstandes zur Algerienfrage in der Form zuzustimmen, wie er hier vorliegt.

Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen, ein weiteres Wort: Peter Blachstein hat an einen sehr wichtigen Punkt gerührt, nämlich an die Möglichkeit oder an die Gefahr, daß die Bundesrepublik durch vertragliche Verpflichtungen in diesen algerischen Konflikt hineingezogen wird, sei es auf dem Wege über NATO-Verpflichtungen, sei es auf dem Wege über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft. Ich will hier erklären — und ich bin sicher, im Namen des Parteivorstandes —, daß wir die Bundesregierung und ihre Mehrheit auf das entschiedenste und leidenschaftlichste warnen, sich auf diese Weise in irgendeiner Form in die Auseinandersetzung hineinziehen zu lassen. (Beifall.)

Ich darf in diesem Zusammenhang noch darauf aufmerksam machen, daß es die sozialdemokratische Bundestagsfraktion gewesen ist, die bei der

Beratung des Vertrages und bei der Verabschiedung des Gesetzes über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft in einer besonderen Entschließung auf diese Gefahren hingewiesen und die Stellung der Sozialdemokratie gegen eine solche Politik mit aller Eindeutigkeit formuliert hat. Und dabei bleibt es. (Beifall.) Das wird auch die Grundlage parlamentarischer Aktionen sein, wenn sie notwendig werden sollten.

Schließlich ein Wort über unser Verhältnis zu den Entwicklungsländern. Es ist hier kritisch gesagt worden, es genüge nicht, daß man eine Reise nach dem Fernen Osten mache und dann nichts tue. Das klingt sehr schön, aber es trifft ja nicht die Wirklichkeit. Ich habe in meinem Referat diese Reise nicht ausdrücklich angesprochen, weil sie in unserem gedruckt vorliegenden Bericht behandelt wird. Aber ich will hier eines sagen: Es war außerordentlich gut, daß der Sozialdemokratische Parteitag 1956 den Parteivorstand beauftragt hat, eine solche offizielle Delegation in die Länder des Fernen Ostens zu schicken. Nach meinen Erfahrungen und Eindrücken bin ich davon überzeugt, daß diese Reise dazu beigetragen hat, das Vertrauen in die politischen Vorstellungen der deutschen Sozialdemokratie zu stärken. Natürlich kann das nicht alles sein. Aber ich habe ja hier darüber berichtet, daß wir gerade nach dieser Reise bei den verschiedensten Gelegenheiten im Bundestag aktiv geworden sind, um diese Bundesregierung zu veranlassen, mehr in der Richtung der praktischen Hilfe für die Entwicklungsländer zu tun, ganz gewiß nicht nur in der Vorstellung, daß wir als reicher Onkel mal hier und mal da eine Geldgabe zur Verfügung stellen, sondern mit dem politischen Sinn, so zu helfen, daß es den Völkern in diesem Teil der Welt ermöglicht wird, wirtschaftlich sich zu entwickeln, daß sie als Partner in der freien Welt existieren und mit uns zusammenarbeiten können. (Beifall.)

Daran halten wir fest. Aber, Genossinnen und Genossen: Mit der schönsten Rede auf dem Parteitag über diese Frage schafft Ihr doch die Tatsache nicht aus der Welt, daß nicht wir, sondern die CDU in diesem Bundestag die Mehrheit hat. Was wir tun müssen ist, daß wir durch unsere politische Arbeit und durch unsere sonstige Aktivität immer von neuem das Interesse auf die Bedeutung dieser Aufgabe lenken und daß wir auch als Partei alles tun, was möglich ist, um den unmittelbaren Kontakt vor allem mit den sozialistischen Bewegungen dieser Länder zu fördern. Wir haben einiges getan. Ich wünschte, wir hätten mehr tun können in bezug auf die Förderung von jungen Menschen aus diesen Ländern. Aber da sind unsere Möglichkeiten leider begrenzt. Wir werden jedoch weiter zu helfen versuchen, und, es ist immerhin eine bemerkenswerte Tatsache, die man wenigstens zur Kenntnis nehmen sollte, daß in dem Referat über die internationale Lage auf diesem Parteitag die Politik der Förderung der Entwicklungsländer als eine konstruktive Aufgabe des demokratischen Sozialismus einen hervorragenden Platz eingenommen hat. (Beifall.) Das ist nicht nur eine Redensart, sondern das soll die Grundlage unserer Politik in den nächsten Jahren bleiben.

Genossinnen und Genossen, zum Schluß möchte ich noch zum Ausdruck bringen, daß ich hoffe, daß auf den Gebieten, auf denen eine verstärkte

Aktivität verlangt wurde, die Parteigenossen sich darüber klar sind, daß eine solche Steigerung der Aktivität nicht nur möglich ist mit Appellen an die Führung der Partei, wie immer sie sein mag, sondern durch die gemeinsame Anstrengung der gesamten Partei in der täglichen Arbeit für die uns gestellten Gegenwartsziele nach innen und nach außen. (Bravo! und lang anhaltender starker Beifall.)

Vorsitzender Max Brauer: Genossinnen und Genossen! Ich bitte, nunmehr die Anträge und die Entschließungen, die zu diesem Tagesordnungspunkt dem Parteitag unterbreitet worden sind, zur Hand zu nehmen.

Ich rufe zunächst auf die Entschließung Nr. 199, die zugleich die Anträge 2, 3, 5 bis 12 und 14 deckt.

Wir kommen damit zur Abstimmung über die vom Parteivorstand unterbreitete Entschließung „Für eine Welt der Freiheit und des Friedens", Antrag 199. Ich bitte die Genossinnen und Genossen, die dieser Entschließung zustimmen wollen, die Stimmkarte zu erheben und damit die Zustimmung zum Ausdruck zu bringen. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Ich frage, ob Stimmenthaltungen sind. — Ich stelle fest, daß diese Entschließung die einstimmige Zustimmung des Parteitages gefunden hat. (Starker Beifall.)

Der Antrag 200, unterbreitet vom Parteivorstand und vom Parteiausschuß, ist eine „Entschließung zur Lage in der Sowjetzone". Bei dieser Entschließung sind keine Anträge zu berücksichtigen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag 200. Ich bitte auch hier durch Erheben der Stimmkarten zu zeigen, ob man der Entschließung zustimmen will. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Enthaltungen? — Eine Enthaltung! — Der Antrag 200 ist angenommen.

Nun kommt die vieldiskutierte „Entschließung zur Algerienfrage". Dazu liegt ein Antrag vor, der die genügenden Unterschriften aufweist und auch nach der Geschäftsordnung rechtmäßig unterbreitet worden ist, da vier Bezirke ihn unterstützen. Ich darf bitten, die Entschließung zur Hand zu nehmen. Im dritten Absatz soll es nach diesem Antrag heißen — ich lese vor —:

> „Die deutsche Sozialdemokratie wendet sich in aller Schärfe gegen die von beiden Seiten begangenen Terrorhandlungen. Die im Algerienkrieg verübten Gewalttaten französischer militärischer Stellen und die Unterdrückung von Bürgermächten haben bei den afrikanischen und asiatischen Völkern die Bereitschaft erschüttert, mit den westlichen Demokratien zusammenzuarbeiten",

so weit soll es bestehen bleiben. Und nun kommt die Abänderung, die hier beantragt wird. Es soll gestrichen werden:

> „ebenso wie die Gewalttaten der algerischen Aufstandsbewegung die Möglichkeiten einer friedlichen Verständigung aufs schwerste gefährdet haben".

Der übrige Teil findet keinen Widerspruch, und wenn diese Änderung beschlossen ist, dann werden wir über die Resolution abzustimmen haben. Vorweg geht dieser Abänderungsantrag.

Ich bitte die Delegierten, die der Abänderung nach dem Antrag Blachstein und Genossen zustimmen wollen, die Stimmkarte zu erheben. Ich bitte um die Gegenprobe. — Nach Auffassung des Büros war letzteres die Mehrheit. (Widerspruch.)

Vielleicht kommen wir über die Zweifel hinweg, wenn wir die Abstimmung wiederholen. Wer dem Abänderungsantrag Blachstein und Genossen zustimmen will, möchte noch einmal die Stimmkarte erheben. — Ich danke und bitte um die Gegenprobe. — Das letztere ist nach der Auffassung des Büros trotzdem die Mehrheit. (Widerspruch.)

Wir müssen auszählen. Ich bitte die Genossen Vittinghoff, Franz Marx, Erwin Lange und Erwin Welke, auszuzählen.

Ich bitte nunmehr diejenigen, die der Abänderung zustimmen wollen, die Stimmkarte zu erheben. Ich bitte, zu zählen. — Das sind 191 Ja-Stimmen.

Bitte, die Gegenprobe. — Das sind 160 Stimmen. Damit ist der Änderungsantrag Blachstein und Genossen mit 191 zu 160 Stimmen angenommen. (Lebhafter Beifall.)

Wir kommen zur Abstimmung über die so geänderte Entschließung. Ich bitte diejenigen, die für die Entschließung sind, die Stimmkarte zu heben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Die Entschließung ist gegen wenige Stimmen angenommen.

Ich frage noch, ob Enthaltungen da sind. — Es sind mehr Enthaltungen als Gegenstimmen, ungefähr ein halbes Dutzend. Damit ist die Entschließung Nr. 201 erledigt, gleichfalls die Anträge 185 bis 189.

Wir haben nun bei Punkt 1 noch mehrere Anträge, die noch nicht erledigt sind, zunächst den Antrag Nr. 20 von Heidelberg. Hier wird von Parteivorstand und von Parteiausschuß die Ablehnung empfohlen.

Wer dem Antrag des Stadtkreises Heidelberg zustimmen will, bitte ich, die Stimmkarte zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Der Antrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ich komme zurück zum Antrag Nr. 4, Unterbezirk Düsseldorf. Hier empfehlen Parteivorstand und Parteiausschuß Überweisung an den Parteivorstand. Wer der Überweisung an den Parteivorstand zustimmen will, bitte ich, die Stimmkarte zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Die Überweisung ist beschlossen.

Unerledigt ist noch der Antrag Nr. 18, Kreisverband Starnberg. Auch hier wird von Parteivorstand und Parteiausschuß Überweisung an den Parteivorstand beantragt. Wer der Überweisung dieses Antrages an den Parteivorstand zustimmen will, bitte ich, die Stimmkarte zu zeigen. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Die Überweisung ist beschlossen.

Auch der Antrag Nr. 22, Ortsverein Tübingen, ist noch unerledigt. Auch hier wird Überweisung an den Parteivorstand beantragt. Wer für diese Überweisung ist, bitte ich die Stimmkarte zu zeigen. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Die Überweisung ist mit Mehrheit beschlossen.

Der Antrag Nr. 21 ist durch den abgelehnten Antrag Nr. 20 erledigt. (Widerspruch.)

Gut, wir kommen zur Abstimmung: Wer für den Antrag Nr. 21 ist, zu dem Parteivorstand und Parteiausschuß Ablehnung empfehlen, möge die Stimmkarte zeigen. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Das Letztere war die Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Damit sind die zu Punkt 2 unserer Tagesordnung vorgelegten Entschließungen und Anträge erledigt.

Wir kommen nunmehr zu Punkt 3 unserer Tagesordnung. Ich möchte empfehlen, die Referate der Genossen Erler und Wehner nacheinander zu hören und anschließend die Aussprache vorzunehmen.

Vorher habe ich noch eine angenehme Aufgabe zu erfüllen: Unser Gast, der Genosse Albert Carthy, feiert heute seinen 51. Geburtstag. Er hat sich schon auf verschiedenen Veranstaltungen als altes Parteimitglied der deutschen Sozialdemokratie in der Berliner Zeit vorgestellt. Wir bringen ihm unsere Glückwünsche dar und hoffen, daß er noch oft an deutschen Parteitagen in Gesundheit und in Freude teilnehmen kann. (Lebhafter Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Wir haben eine Flut von Telegrammen und Begrüßungen empfangen. Wir lassen diese Telegramme vervielfältigen und geben sie nachher den Delegierten zur Kenntnis. Unter den vielen Telegrammen darf ich aber eines dem Parteitag doch sofort mitteilen. Es lautet:

> „Da ich leider verhindert bin, nach Stuttgart zu kommen, was ich außerordentlich bedaure, wünsche ich auf diesem Weg dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei, der Partei, die immer und zu aller Zeit die Interessen der Gewerkschaftsbewegung hervorragend vertreten hat, einen vollen Erfolg und guten Abschluß. Mit Glück-Auf!
>
> Heinrich Gutermuth"

(Beifall.)

Bevor wir nun in der Tagesordnung fortfahren, habe ich die Freude, dem Genossen Vos das Wort zu geben, der als Gastdelegierter unter uns ist.

Hendrik Vos, Amsterdam: Liebe Genossinnen und Genossen! Man hat mich ersucht — beauftragt wäre ein besseres Wort —, Euren Kongreß im Namen der ausländischen Parteien zu begrüßen, deren hier anwesende Vertreter noch nicht zu Euch gesprochen haben. Ich habe also zu sprechen im Namen der skandinavischen Parteien, der Schweizer Partei, der niederländischen Partei, der Sozialistischen Partei Kanadas und auch — ich betone das — im Namen der Mitteleuropäischen Sozialistischen Union. Das ist die Union der sozialistischen Parteien im Exil aus zehn Ländern, die unter kommunistischer Gewaltherrschaft stehen.

Als ich nach Stuttgart reiste und zum Fenster des Zuges hinausschaute, kam mir das alte deutsche Frühlingslied in den Sinn:

„Die Welt wird schöner mit jedem Tag,
Man weiß nicht, was noch werden mag,
Das Blühen will nicht enden."

So überaus schön war die Frühlingswelt. Aber als ich dann die Zeitungen las und mir die Pariser Entwicklungen durch den Kopf gingen, und als ich auch an Euren Kongreß und an die Fragen dachte, die hier zur Diskussion stehen, da änderte sich das Lied. Es klang:

Die Welt wird kleiner mit jedem Tag,
Man weiß nicht, was noch werden mag.

Diesmal kam nicht, wie in dem alten Frühlingslied, eine glückversprechende Antwort auf die rhetorische Frage. Es kam die Sorge.

Die Welt wird kleiner mit jedem Tag. Fast jede Frage, die wir jetzt erörtern, ist eine Weltfrage. Ich weiß, daß Kongresse das Heiligtum der Sozialdemokratie sind von alters her, und daß nur die nationalen Kongresse Beschlüsse fassen können. Aber gerade deshalb, weil Eure Fragen auch unsere Fragen sind und Eure Lösungen unsere Zukunft mitbestimmen, möchte man manchmal mitreden.

Wir stehen in erster Linie alle gegen den Kommunismus. Ich möchte hier im Namen Eurer Gäste sagen, wie dankbar wir sind, welch großen Dank wir der SPD schuldig sind — ich sage das auch über Eure Köpfe hinweg zu Euren Gegnern in diesem Land —, daß es der SPD gelungen ist, den Kommunismus in Westdeutschland in der gefährlichen Nachkriegslage nicht nur zu bekämpfen, sondern fast völlig zu vernichten. (Beifall.)

Wir alle wissen: Wenn es morgen in Ostdeutschland freie Wahlen geben würde, dann würde der Kommunismus auch dort von der SPD, von Eurer Partei, endgültig geschlagen. (Beifall.)

Wir wissen auch, daß gerade diese Voraussicht und die Auswirkung, welche eine solche Niederlage in Polen und Ungarn und in den anderen versklavten Ländern haben würde, den Kommunisten auch in Moskau Angst einflößt. Sie scheuen sich vor dieser Volksbefragung, die ihre Herrschaft brechen würde. Der Kommunismus ist heute wie jede Diktatur von jeher die Ursache und der Urgrund der Kriegsdrohung. Warum? Ein System, das sein eigenes Volk verachtet, verkettet und versklavt, achtet auch andere Völker nicht und schreitet immer zur Versklavung anderer Völker, um die eigene Machtstellung zu behaupten. So war es mit Hitler; so ist es heute mit Moskau.

Ich dachte gestern abend, als hier die Göttinger Kantate gesprochen wurde, daran, wie es sein würde, wenn man eine solche Kantate in Moskau aufführen dürfte. (Beifall.)

Liebe Genossinnen und Genossen! An demselben Tage würden die Probleme, die da gestellt wurden, gelöst sein.

Ich will Euren Debatten nicht vorgreifen, aber eine Erläuterung zur Stellungnahme der niederländischen Partei zu Militärfragen schulde ich Euch. Wir sind alle ausnahmslos davon überzeugt, daß ein kontrolliertes Abrüstungsabkommen notwendig ist. Wir haben der Resolution der Inter-

nationale in Wien zugestimmt. Wir wissen aber auch, daß wir nur im Weltrahmen und nicht im nationalen niederländischen Rahmen Politik treiben können. Die Welt ist dazu sicherlich für Holland zu klein geworden. Wir werden in den internationalen Organisationen mitreden und uns hören lassen. Aber wir glauben, wenn einmal Beschlüsse gefaßt sind, daß wir nicht national eine andere Politik treiben können und dürfen. Wir sind auf Gedeih und Verderb miteinander verbunden. Wir werden uns vielleicht fürchten, aber nicht sträuben, die Konsequenzen aus dieser Solidarität zu ziehen. Unsere Politik ist eine Politik des Wissens um die Unzulänglichkeit der nationalen Souveränität. Sie sollen sie als solche betrachten. Das ist das einzige niederländische Wort, das ich sprechen will.

Liebe Genossinnen und Genossen! Gar keine Unterschiede gibt es zwischen uns in der Frage der Mitarbeit an einer allgemeinen Entspannungspolitik, welche für Ostdeutschland und für die anderen Länder hinter dem Eisernen Vorhang die Lage etwas verbessern und vielleicht unter dem starken Druck der dortigen Völker selbst auch eine Lockerung, vielleicht eine Evolution, am Ende die Niederlage des Kommunismus dort einleiten könnte. Denn die Freiheit dieser Völker, auch des russischen Volkes, bleibt unser Endziel. Jede Maßnahme, jede Politik hat darauf zu zielen.

Die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit mit freien Wahlen ist Sache aller Sozialisten.

Die Welt wird kleiner mit jedem Tag. Wir freuen uns der Worte des Genossen Ollenhauer bezüglich der afrikanischen und der asiatischen Völker, und ich unterstreiche gerne die Formel „positive Partnerschaft".

Ich möchte einen Satz wiederholen: Nur wenn wir uns freimachen von den Belastungen einer überholten Kolonialpolitik, schaffen wir die Voraussetzungen für eine positive Partnerschaft zwischen den Völkern der Alten Welt und zwischen den Völkern Asiens und Afrikas. Dann ist die Bahn frei für die große politische Aufgabe, den jungen Völkern, den Völkern in den Entwicklungsländern zu helfen, aus eigener innerer Überzeugung, aus ihrem freien Willen ihren Platz im demokratischen Teil der Welt einzunehmen.

Wir haben in der Sozialistischen Internationale nicht nur diese Politik begründet. Wir haben darüber hinaus auch die Fragen des Internationalen Fonds für die unterentwickelten Länder eingehend diskutiert und konkrete Vorschläge unterbreitet. Die britische Labour Party hat den Entschluß gefaßt, daß dann, wenn sie zur Macht kommt — und das wird bald sein —, ein Prozent des Nationaleinkommens Großbritanniens jedes Jahr einem internationalen Programm zur Verfügung gestellt wird. (Lebhafter Beifall.)

Wir haben alle Parteien der Internationale aufgefordert, dasselbe zu tun. Wir ersuchen auch die SPD, diese Forderung in Deutschland zu stellen. Sie können es leichter machen als viele andere, denn Sie haben das Glück gehabt, schon nach dem ersten Weltkrieg alle Ihre Kolonien loszuwerden. (Heiterkeit.)

Wir betrachten den Internationalen Fonds als einen wichtigen Teil der Idee einer positiven Partnerschaft im Sinne Ollenhauers. Laßt uns zusammen kämpfen für die Freiheit der asiatischen und afrikanischen Völker, wo sie noch nicht erreicht ist, und für ihre wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu dem gleichen Lebensniveau, dessen wir uns erfreuen.

Die Welt wird kleiner mit jedem Tag, auch in Europa. Wir haben uns außerordentlich gefreut über die positive Stellungnahme der SPD zu den neuesten europäischen Verträgen. Unsere Wirtschaft wird eine Gesamtwirtschaft Europas werden, noch mehr, wenn auch die schwierigen Probleme einer Freihandelszone praktisch und politisch gelöst werden können. In dieser Hinsicht ist auch überaus wichtig, was heute und morgen in Frankreich vorgeht. Nicht nur die französische Demokratie ist in Gefahr, auch das europäische Wirtschaftsgebilde. Innerhalb eines wirtschaftlich vereinten Europas wird die nationale, soziale und Wirtschaftspolitik an Bedeutung verlieren. Heute aber ist sie noch wichtig. Ich möchte — es sei mir vergönnt — zur deutschen Lage aus der Kenntnis Eurer wirtschaftlichen Verhältnisse eines sagen, nur eine einzige Bemerkung: Vielleicht mag die heutige Bundesregierung ziemlich krisenfest erscheinen. Die liberale Marktwirtschaft der Bundesregierung ist es nicht. (Beifall.)
Auch dies ist ein Problem, das die Wirtschaft Eurer Nachbarländer nicht gleichgültig lassen kann.
Die Welt wird kleiner mit jedem Tag. Wir haben die Lösung der Weltprobleme herbeizuführen auf demokratischem Wege. Wir haben den Kommunismus und jede andere Diktatur zu bekämpfen und eine freiheitliche Lösung zu finden. Wir Sozialdemokraten haben mit den afrikanischen und asiatischen Völkern aus der Idee der Gleichberechtigung heraus eine neue Welt zu schaffen. Wir haben die sozialen und wirtschaftlichen Grundformen unserer Gesellschaft zu revolutionieren. Wir haben die politische Einheit Europas herbeizuführen. Wir haben die junge Generation zu verpflichten, diese Welt zu gestalten. Wenn wir zusammen, alle zusammen, diese weltweiten Aufgaben lösen oder wenigstens ihrer Lösung näherbringen, dann wird die Menschheit einmal, und dann mit ruhigerem Gewissen als heute, das alte Frühlingslied singen können:

„Die Welt wird schöner mit jedem Tag,
Man weiß nicht, was noch werden mag,
Das Blühen will nicht enden."

Im Namen der Delegationen, für die ich spreche, wünsche ich Eurem Kongreß Debatten und Beschlüsse, welche der weltpolitischen Bedeutung der erörterten Fragen in jeder Hinsicht gerecht werden. Ich grüße die SPD! (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Max Brauer: Genossinnen und Genossen! Wir alle sind dem Genossen Vos für die Worte brüderlicher Verbundenheit mit den sozialdemokratischen Parteien der von ihm genannten Länder dankbar. Wir in der Sozialdemokratischen Partei sind uns bewußt, daß die Verbundenheit der Welt, die Enge der Welt, die Situation gestaltet und daß, wo irgendwo der demokratische Gedanke in Gefahr ist und

Unterdrückung Platz greift, unsere eigenen Interessen mit auf dem Spiel stehen. Das trifft uns dann, als ob es in unserem eigenen Lande wäre. Aber die Erfolge und Siege der sozialistischen Parteien in den anderen Ländern sind auch unsere Siege. Wir Sozialdemokraten in Deutschland freuen uns der Tatsache, daß die kommunistische Gefahr nach jahrzehntelangen Schwierigkeiten durch die deutsche Sozialdemokratie und durch die deutsche Gewerkschaftsbewegung in der westdeutschen Republik nicht mehr existiert. Diese Gefahr ist überwunden. Neue Probleme und neue Gefahren sind hier heute aufgezeigt worden. Aber unerschütterlich steht der Wille der deutschen Sozialdemokratie, den Weg des demokratischen Sozialismus zu gehen. Mit dieser Versicherung mögen die Genossen, die aus dem Ausland als Gäste zu uns gekommen sind, in ihr Land zurückkehren und dort über den deutschen Parteitag berichten. Ich danke dem Genossen Vos nochmals herzlich. (Beifall.)

Ich möchte vorschlagen, daß wir heute noch die beiden Referate entgegennehmen und jetzt eine kleine Pause von fünf Minuten einlegen. Mit der Diskussion über die beiden Referate der Genossen Erler und Wehner würden wir dann morgen vormittag um 9 Uhr beginnen.

Wir machen jetzt eine kleine Pause von fünf Minuten.

*

Genossinnen und Genossen! Ich möchte Sie bitten, Platz zu nehmen, damit wir in den Beratungen fortfahren können. —

Wir kommen zu den Referaten über Außen- und Wehrpolitik im geteilten Deutschland; die Referenten sind die Genossen Fritz Erler und Herbert Wehner.
Bei den Referaten werden mitbehandelt werden die Entschließungen 202 und 203. Bei 202 sind mit einbezogen die Anträge 13, 15, 16, 17, 19, 24 und 203. Bei 202 sind mit einbezogen die Anträge 13, 15, 16, 17, 19, 24 bis 30, 32 bis 39 und 42.

Ich erteile nunmehr dem Genossen Erler das Wort zu seinem Referat

Außen- und Wehrpolitik im geteilten Deutschland

Fritz Erler: Liebe Genossinnen und Genossen! Herbert Wehner und ich werden das Thema „Außen- und Wehrpolitik im geteilten Deutschland" unter den verschiedenen Aspekten behandeln, die es nun einmal hat, und wir haben ausdrücklich darum gebeten, daß die Diskussion über beide Referate gemeinsam geführt wird, weil die Probleme so miteinander verflochten sind, daß man sie auch beim besten Willen kaum voneinander scheiden kann.
Die normale Hauptaufgabe der Außenpolitik ist doch wohl die Wahrung des Friedens und die Sicherung der Unabhängigkeit und der Freiheit des eigenen Volkes gegen fremde Gewalt. In welcher Lage ist unser Volk? Unser Land ist gespalten, unser Land hat noch gar keinen Frieden, den es zu bewahren gilt. Wir müssen den Frieden erst erringen.

Unser Volk entbehrt in einem Teile unseres eigenen Landes der Freiheit und erlebt im anderen Teil dieses Landes die Verkümmerung der Freiheit. Das ist die Tragik der Außen- und der Wehrpolitik im gespaltenen

Deutschland, und als ich vorhin den Genossen Vos darüber sprechen hörte, wie klein die Welt geworden sei und wie wenig man die Probleme im rein nationalen Maßstab lösen könne, da wollte ich ihm aus ganzem Herzen recht geben, und dennoch kam Beklemmung in mir hoch, weil diese kleine Welt immerhin noch groß genug ist, daß ausgerechnet Deutschland zu den zwei verschiedenen Hälften in dieser Welt gehört. (Sehr-richtig!-Rufe.) Das ist das Besondere unserer Lage. —

Das Thema „Außen und Wehrpolitik im geteilten Deutschland" haben wir uns nicht aus Mutwillen ausgesucht. Das hat uns die Geschichte der letzten Jahre hart gestellt. Persönlich möchte ich noch sagen, daß ich mir für diesen Parteitag das Thema ganz gewiß nicht ausgesucht habe, sondern in Abwesenheit durch einen Beschluß des Parteivorstandes dazu „verdonnert" worden bin.

Nun dennoch: Wenn wir uns an dieses Thema heranwagen, dann wollen wir gleich von Anfang sagen, daß wir das nicht etwa heute erst tun, weil die Sozialdemokratie kein Verhältnis zur Verteidigungs- und Wehrpolitik habe.

Bei der Vorbereitung dieses Themas habe ich die lange und stolze Geschichte unserer Partei sorgfältig studiert und bin zu dem Schluß gekommen, daß die Sozialdemokraten immer dort gestanden haben, wo es um die Verteidigung von Recht und Freiheit gegen alle Gefahren ging, die ihnen drohten. Aber gleichzeitig waren es auch die Sozialdemokraten, die immer dagegen auftraten, daß unter dem Vorwand der Verteidigung Angriffskriege nach außen ausgelöst oder Unterdrückung der Freiheit nach innen verübt wurden. Die Sozialdemokraten haben sich immer gewehrt gegen das Wettrüsten — das alte wie das neue —, weil es die internationalen Spannungen verschärft und die Kriegsgefahr erhöht.

In diesem Rahmen aber sind die Sozialisten — und nicht nur die deutschen — immer für den Schutz des eigenen Volkes und seiner Freiheit gegen innere und auch äußere Gefahren eingetreten.

Dabei kommt es aber darauf an, die Angemessenheit der Mittel zu wahren, nicht die Gesundheit der eigenen gesellschaftlichen Verfassung dem Moloch des Atomwettrüstens heute oder dem Moloch des Militarismus alter Prägung in den Rachen werfen. Wir sind in einer besonderen Lage. Wir leben in einem gespaltenen Land. Nach meiner Auffassung wäre es besser gewesen, wenn die Deutschen diesseits wie jenseits der Demarkationslinie den Besatzungsmächten hart und deutlich versichert hätten: Die Verantwortung für die Sicherheit unseres Landes nach außen übernehmen wir dann, wenn fremde Truppen im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung unseres Landes dieses Land verlassen, und nicht eher. (Beifall.)

Aber, Genossinnen und Genossen, alles Beklagen hilft in diesem Falle nichts. Diese Chance ist von Ulbricht wie von Adenauer gleichermaßen vertan worden, und jeder von den beiden liefert dem anderen die Argumente, die er für seinen Hausgebrauch zu Hause braucht. (Beifall.) So ist

es wohl so, daß Deutschland nur vereinigt werden kann, wenn beide überwunden werden, Adenauer wie Ulbricht. (Beifall.)

Beide haben jener Politik der Großmächte Vorschub geleistet, welche die ihrem Einfluß unterworfenen Teile Deutschlands in ihrem Kampf um die Vorherrschaft in der Welt einbezogen und gegeneinander aufrüsteten. Es gibt gewisse deutsche Kräfte, die ein Interesse daran haben, daß diese militärische und machtpolitische Verschmelzung der Teile Deutschlands in die einander gegenüberstehenden Mächteblöcke fortgesetzt wird. Diese Kräfte suchen nach Garantien für die Bewahrung jener politischen, wirtschaftlichen und zum Teil auch konfessionellen Machtpositionen, die nur durch die Spaltung Deutschlands entstanden sind und nur durch sie aufrechterhalten werden können. (Beifall.)

Praktisch sind es also diese Kräfte, die ihre Wehrpolitik hüben wie drüben unter dem Gesichtspunkt betreiben, wie sie gleichzeitig Garantien gegen die Wiedervereinigung Deutschlands schaffen. Ein besonders leuchtendes Beispiel dafür ist der Herr Wenger, der die Teile Deutschlands möglichst so in verschiedene Föderationen einschmelzen will, daß sie dort unauflöslich verankert werden, um niemals wieder zueinanderfinden zu können. Das läuft unter anderem darauf hinaus — das sei mir hier als eine persönliche Bemerkung gestattet —, daß man den deutschen Protestantismus, der doch auch einmal eine geschichtsmächtige Kraft in diesem Lande gewesen ist, aufzulösen versucht (Hört! Hört!), um seine Teile in getrennte Föderationen mit jeweils katholischer Mehrheit einzubringen. (Beifall.)

Liebe Genossinnen und Genossen! Als Partei nehmen wir zu diesen Fragen unter politischen und nicht unter konfessionellen Gesichtspunkten Stellung. Dennoch fühlte ich mich verpflichtet, hier in dieser Frage einmal mein Herz sprechen zu lassen. — Diese Politik ist ein Spiel mit dem Feuer. Der Wille zur Einheit der Nation ist nicht zu unterdrücken, genauso wenig wie der Wille zur politischen Freiheit bei den Deutschen jenseits der Demarkationslinie. (Beifall.)

In dieser Lage sind jederzeit Konflikte möglich, und sie wird noch gefährlicher durch einen atomaren Aufmarsch hüben wie drüben.

Was ist der einzige Weg zur Überwindung dieser Gefahren im Herzen Europas? Sicher nicht das Atomwettrüsten, sondern nur der Weg: die friedliche Wiedervereinigung unseres Landes in gesicherter Freiheit. Ohne deutsche Einheit gibt es für unser Volk überhaupt keine Sicherheit. (Beifall.)

Das Wettrüsten auf deutschem Boden erhöht den Zündstoff, vermehrt die Gefahren, zerstört jeden Versuch der Sicherheit. Es erweckt aber auch in unserem Lande gefährliche Tendenzen zu neuem Leben, und zwar auf beiden Seiten. Es ersetzt wieder einmal die Politik durch das Waffengeklirr. Das militärische Gewicht des deutschen Partners hüben wie drüben wächst — und damit die Versuchungen, die an ihn herantreten. Aus dem deutschen Teilnehmer wird schließlich der stärkste rein europäische Faktor hüben wie drüben — mit den bösen Konsequenzen der Überheblichkeit, die man anderen, sogar den eigenen Partnern gegenüber schon wieder zur Schau trägt, mit dem Versuch, die Politik

unter das Gesetz der militärischen Macht zu stellen, und mit jener schrecklichen Ideologisierung der Gegensätze, die sie dann unheilbar und unüberbrückbar macht.

In dieser Ideologisierung haben wir Deutschen ja schon einiges geleistet. Wenn ich manchmal lese, was große liberale oder sich liberal nennende Zeitungen des Auslandes jetzt in ihrer Beurteilung der Weltlage zum besten geben, wenn ich sehe, mit welcher Einseitigkeit und mit welcher doktrinären Verbissenheit dort zum Beispiel das Problem der Weltmacht Sowjetunion behandelt wird, dann erinnert mich das an den seligen Goebbels, und dann könnte ich fast bei der Lektüre dieser Blätter zu Adolf Hitlers Mannen sagen: Und Ihr habt doch gesiegt!

Liebe Genossinnen und Genossen! Diese Art Politik verhindert die Entspannung. Sie bringt die Explosionsgefahr näher, eine Gefahr für unser Volk, für Europa und für die Welt. Früher galt als ein Nationalist, wer anderen Völkern den eigenen Willen mit Gewalt aufzwingen wollte. Heute beschimpft man draußen in der Welt ausgerechnet die deutschen Sozialdemokraten als Nationalisten, weil sie das eigene Volk von diesem verhängnisvollen Weg zurückreißen wollen.

Unser Kampf gegen diese Politik war und ist nach meiner festen Überzeugung richtig. Wir müssen aber zur Kenntnis nehmen, daß mit den Wahlen der Jahre 1953 und 1957 die Bundesrepublik Deutschland nun einmal Mitglied des Atlantikpakts geworden und in dieser Mitgliedschaft gewissermaßen bestätigt worden ist. Wir haben zu wiederholten Malen ausgeführt, daß eine in die Verantwortung tretende Sozialdemokratische Partei international abgeschlossene, ratifizierte Abkommen nicht einfach als nicht vorhanden betrachten kann. Aber, Genossinnen und Genossen, die deutsche Politik muß, wenn sie einen Beitrag zur Lösung der Probleme auch nur des eigenen Volkes und erst recht der Weltprobleme leisten will, mit den Partnern dieser Verträge jene Änderungen aushandeln, die für die Wiedervereinigung Deutschlands unentbehrlich sind.

Das ist einmal die Beschreibung der Zielvorstellungen in jenen Verträgen. Sie enthalten den Gedanken, daß das ganze Deutschland Mitglied des Atlantikpaktes sein solle. Heute ist doch wohl die Erkenntnis Allgemeingut, daß man mit dieser Vorstellung die Wiedervereinigung Deutschlands bestimmt nicht erlangen kann.

Deutschland wird nur zusammenkommen, wenn es weder sowjetischer Truppenübungsplatz noch amerikanisches Atomwaffenarsenal wird. Das eine wie das andere scheidet als Rezept für die Wiedervereinigung aus. Leider richtet sich die praktische Politik der Regierungen noch nicht nach dieser ganz simplen Erkenntnis.

Der zweite Punkt, den es bei den Vertragspartnern klarzustellen gilt, ist die militärische Integration, die Einschmelzung der Bundeswehr in das Gewebe der atlantischen Kommandobehörden und technischen Einrichtungen. Diese Integration gilt sowieso nur für den deutschen Abschnitt; wo anders gibt es sie nicht. Deswegen müssen wir hier all unsere Kraft in die Waagschale werfen, damit diese Integration nicht so weit

getrieben wird, bis sie schließlich unlösbar wird und von dorther ein unübersteigbares Hindernis gegen die Wiedervereinigung schafft.

Und schließlich muß und kann man dafür sorgen, daß der Vertrag vernünftig ausgeführt wird, ohne Größenwahn, ohne Zuspitzung der Gegensätze und so, daß er keine zusätzliche Erschwerung der Wiedervereinigung unseres Landes wird. Die Ausführung der Verträge sollte auch für die Deutschen demselben Grundsatz unterworfen sein, der für die anderen Teilnehmerstaaten gilt, nämlich daß jeder Staat die Berücksichtigung seiner Lage dabei fordert. Die andern tun das auch. Die Briten — ohne daß wir uns mit ihrer Lage vergleichen wollen — haben die Wehrpflicht abgeschafft, gegen erheblichen Widerstand der anderen Teilnehmerstaaten. Die französische Armee ist überhaupt nicht dort, wo sie nach dem Vertrag eigentlich sein sollte, sondern in Algerien. (Sehr richtig.)

Norwegen und Dänemark — kein Wort der Kritik gegen sie, ganz im Gegenteil, ich begrüße ihre Haltung — haben eindeutig ihre besondere Lage hervorgehoben. Erst jüngst erschien in der deutschen Zeitschrift „Außenpolitik" ein interessanter Aufsatz des dänischen Genossen Ministerpräsident Hansen. Er schreibt dort, daß unter den jetzigen Voraussetzungen Dänemark nicht wünsche, „diese Munition und diese Waffen" — das sind die Atomwaffen und die Fernraketen — „zu bekommen". Er schreibt weiter: „Hierin sind wir uns mit Norwegen einig. Unser Nein muß auf Dänemarks geographische Lage zurückgeführt werden. Es ist bei der Reichweite der modernen Waffen schwer zu sagen, welche Länder künftig im Fall eines Krieges am meisten gefährdet sein werden. Es ist jedoch ein historisches Faktum, daß Pläne über Verteidigungsmaßnahmen in dem Gebiet, zu dem Dänemark gehört, in den Jahren, seitdem die NATO besteht, die besondere Aufmerksamkeit der östlichen Länder auf sich gelenkt und starke Reaktionen hervorgerufen haben. Es ist deshalb wichtig, in unserem Gebiet Maßnahmen zu unterlassen, die — wenn auch zu Unrecht — als Provokation aufgefaßt werden und dadurch die Entspannung erschweren könnten."

Liebe Genossinnen und Genossen! So der Ministerpräsident des dem Atlantikpakt angehörenden Dänemark. Da müssen wir doch die verantwortlichen Lenker der deutschen Politik fragen, ob sie etwa der Meinung sind, daß die Bundesrepublik Deutschland von sowjetischen Militärbasen ferner ist als Dänemark! Ich glaube — wenn auch zu Unrecht —, daß auch wir ein Interesse daran haben, Maßnahmen zu unterlassen, die die Entspannung erschweren und vielleicht als Provokation aufgefaßt werden können.

Die Bundesregierung ändert laufend ihre militärischen Pläne, obwohl sie sie vorher bei der Aufstellung dem Volke als das unbedingt zu Leistende und unter allen Umständen Durchzusetzende darstellt. Wenn irgend jemand an den Plänen Kritik übt, beschwor er angeblich den Untergang des Abendlandes herauf, und dann wäre es überhaupt mit uns aus und vorbei. Später aber, nachdem man erst für eine Armee von einer halben Million Mann gefochten hatte, tun es auch 350 000, und wahrscheinlich wird die Zahl noch weiter herabgesetzt. Zuerst hat man den Wehrdienst von eineinhalb Jahren für unbedingt erforderlich erklärt

und gesagt, ein Jahr sei Mord; aber die Bundestagswahlen standen vor der Tür, und dann genügten zwölf Monate. Zuerst hat man den anderen eine Aufstellungszeit für die deutschen Verbände von drei Jahren versprochen; dann hat man gesehen, daß man sich maßlos übernommen hatte und mußte das Programm auf sechs Jahre strecken. Ich sage das hier, weil man sieht, daß die Regierung aus ihren eigenen finanziellen, militärischen und innerpolitischen Gründen durchaus die Programme ändert. Dann muß die Regierung auch gezwungen werden, die Programme so zu ändern, wie es den politischen Notwendigkeiten unserer Lage und einer Politik der Entspannung und der Wiedervereinigung entspricht. (Beifall.)

Die Verträge schreiben weder eine Armee von 500 000 Mann noch ihre Aushebung auf Grund der allgemeinen Wehrpflicht noch gar ihre Ausstattung mit Atomwaffen vor. Zur Wehrpflicht haben wir in München Stellung genommen. Ich halte unsere Stellungnahme von damals nach wie vor für richtig. In einem gespaltenen Lande mit den Auswirkungen auf den Personenverkehr über die Demarkationslinie ist die Wehrpflicht besonders gefährlich, weil sie vom Westen her das tut, was Herr Ulbricht vom Osten her mit seiner Gewaltpolitik neuerdings versucht: den Kontakt der Menschen zwischen den beiden Teilen Deutschlands zu unterbinden (Beifall). Zum anderen ist die Wehrpflicht auch militärisch sinnlos.

In der Lage, in der wir sind, würde es in einem ernsteren Konflikt keine Möglichkeit der Mobilmachung geben. Außerdem scheint es mir nicht mehr sehr sinnvoll zu sein, daß man eine Armee unterhält, bei der jeweils die eine Hälfte die andere ausbildet, so daß sie im Notfall überhaupt nicht verwendungsfähig ist.

Ich weiß, daß ein Argument der Regierungsparteien auch in unseren Reihen diskutiert worden ist, das Argument vom Geist der Truppe. Der Geist der Truppe hängt von den Vorgesetzten ab, nicht von den Rekruten. (Sehr richtig!) Das ist in jedem Falle ein innenpolitisches Problem erster Ordnung, ob wir die Wehrpflicht haben oder nicht. (Erneutes Sehr richtig!)

Zu diesem Problem nimmt sowohl die Euch vorgeschlagene Resolution Stellung als auch später noch der Genosse Wehner.

Wir haben uns, und die Verträge sagen nichts anderes, gegen die Ausstattung der Bundeswehr mit Atomwaffen ausgesprochen. Das Referat des Genossen Ollenhauer hat die Gründe hierfür sorgfältig dargelegt. Wird der Atomklub größer, dann schwindet die Hoffnung auf ein Abkommen unter den Weltmächten dahin. Außerdem wissen wir, daß diese Regierung nach allem, was sie bisher unternommen hat, sich sogar mit dem Gedanken beschäftigt, auch den Weg der Produktion der Atomwaffen in unserem Lande zu gehen (Hört! Hört!), sonst hätte doch Herr Strauß nicht im Bundestag ausdrücklich heute schon die Mitwirkung der Bundesrepublik daran durch Geld und sachkundige technische Hilfe außerhalb des Bundesgebiets für erlaubt erklärt, sonst würde der mit Herrn Strauß gut bekannte frühere französische Verteidigungsminister Chaban-Delmas, der der Gaullistischen Partei angehört, nicht gerade in diesen Tagen erklärt haben, er hätte keine Bedenken gegen die Aufnahme einer

solchen Atomwaffenproduktion in der Bundesrepublik Deutschland in den nächsten zwei bis drei Jahren.

Wir sagen das mit allem Nachdruck, weil wir den Fortgang des Atomwettrüstens für eine tödliche Gefahr nicht nur für unser Volk, sondern für die ganze Menschheit halten. Wenn das so ist, dann müssen wir alle den Großmächten zuraten, Schritte zur Beendigung des Atomwettrüstens zu unternehmen. Das kann aber derjenige nicht, der selbst nach Atomwaffen drängelt, weil er dann mit seinem Rate unglaubwürdig würde. (Beifall.)

Wir sagen das alles auch, weil es einen inneren Zusammenhang gibt zwischen einer Politik der Entspannung und den Aussichten für die Wiedervereinigung unseres Landes. Solange das Wettrüsten weitergeht, krallen sich die beiden Militärblöcke auf dem deutschen Boden fest, bleibt unser Land schon dadurch gespalten. Deshalb sagen wir: Es sollen keine Atomwaffen an weitere Staaten verteilt werden. Deshalb fordern wir, daß man keine für das eigene Land in Anspruch nimmt im Interesse aller und im Interesse der deutschen Einheit. Nicht etwa weil wir sagen, die anderen mögen das Risiko eines Atomkrieges tragen, wenn sie uns nur in Ruhe lassen. Nein, sondern weil wir sagen, daß die Gefahr für die anderen Völker auch geringer wird, wenn es hier an der Nahtlinie des kalten Krieges weniger Sprengstoff gibt. Das ist auch ein Element der Sicherheit für die anderen.

Wir standen gestern alle unter dem Eindruck der Göttinger Kantate. Sie hat klargemacht, daß es sich bei dem, was man Atomwaffen nennt, um Massenvernichtungsmittel handelt, und zwar auch bei den sogenannten taktischen Atomwaffen, deren kleinste immer noch die Wirkung eines konzentrierten Angriffs von 1000 Flugzeugen des zweiten Weltkrieges hat. Ein Schuß mit einer solchen sogenannten taktischen Waffe — und eine Stadt von der Größe Tübingens ist nicht mehr. Auf der anderen Seite der Skala stehen die Wasserstoffbomben, von denen jede mehr an Zerstörungskraft enthält, als alle Bomben zusammen, die im zweiten Weltkrieg auf Deutschland gefallen sind. Insgesamt verfügen West und Ost über einen solchen Vorrat an atomarem Sprengstoff, daß auf den Kopf der Erdbevölkerung eine Menge von mehr als einer Tonne TNT entfiele. Damit kann man die Menschheit vielfach ausrotten, nicht nur ein einziges Mal. In dieser Lage gilt es, Klarheit darüber zu schaffen, daß man mit solchen Mitteln ein dichtbesiedeltes Land wie das unsere nicht verteidigen, sondern nur auslöschen kann. (Beifall.)

Das Schrecklichste in unserer Lage ist, daß die Ausstattung der Bundeswehr mit Atomwaffen die Deutschen jenseits der Demarkationslinie zum auszurottenden feindlichen Volke stempelt; denn die Waffen dieser Arten treffen nicht das Militär der anderen Seite, sondern das Volk, in dem jenes Militär sich bewegt. Da soll doch niemand mit der läppischen Bemerkung von der Vorleistung kommen. Unterlassung des Selbstmordes ist keine Vorleistung. (Beifall.)

Man versucht neuerdings, uns zu sagen, wir in diesem Lande bedürften der sogenannten Atomwaffen, um die indirekte Verteidigung ausüben zu können, eine Verteidigung, bei der es nach der Meinung des Ver-

teidigungsministers so zuginge, daß die Waffe gar nicht gebraucht würde. Indirekte Verteidigung ist ein neues Wort für Abschreckung und nichts anderes. Die Abschreckung, deren Vorhandensein ich gar nicht bestreiten will, findet sich in dem weltpolitischen Gleichgewicht zwischen den Großmächten. Wer sich einbildet, daß die Bundesrepublik Deutschland selber ein eigener Abschreckungsfaktor im Verhältnis zur Weltmacht Sowjetunion werden könne, der führt unser Volk wieder einmal auf den Weg des militärischen Größenwahns. (Starker Beifall.)

Wir sollten gar nicht in den Vereinigten Staaten die Illusion wecken, daß wir uns, wenn man uns nur Atomwaffen in die Hand drückt, allein mit der Sowjetunion auseinandersetzen können. Das würde die Vereinigten Staaten aus den Verpflichtungen gegenüber Europa entlassen und ist deshalb besonders gefährlich für uns und die anderen europäischen Staaten.

Wenn schon, wie die weltpolitische Diskussion zeigt, eine schrittweise Herausnahme der Angelsachsen einsetzt, die von den Briten schon mit erheblichen Truppenabzügen angefangen wurde, dann muß man doch mindestens versuchen, einen entsprechenden politischen und militärischen Rückzug auch der Sowjetmacht aus dem Herzen Europas auszuhandeln. Am gefährlichsten wäre es nämlich, wenn bei wachsender Entwertung der Stützpunkte durch Fernraketen die Angelsachsen abzögen, aber die Sowjettruppen dort blieben, wo sie heute stehen. Wir beklagen bitter, daß bisher alle Chancen, einen solchen Rückzug der Sowjettruppen zum Gegenstand ernsthafter Verhandlungen zu machen, vom Westen her ausgeschlagen worden sind.

Der Rapacki-Plan bot keine Gewißheit — aber einen Ansatzpunkt, diese Frage wieder in das internationale Gespräch zu bringen. Man hätte über die atomwaffenfreie Zone, die Frage des Truppenabzugs aus dem gesamten Gebiet, die Frage der Kontrolle, die Frage der Stärke der heimischen Streitkräfte dieses Gebietes und deren Kontrolle durchaus erörtern können und dabei sich auch bemühen müssen um eine Garantie der Weltmächte für die neugeschaffene europäische Sicherheitsordnung, weil es im eigenen Interesse der Weltmächte liegt, daß sie nicht in einen Konflikt gegeneinander hineingezogen werden. Dabei sollte auch der interessante Gedanke nicht untergehen, daß die Atommächte sich verpflichten, keine Atomwaffen gegen diejenigen Staaten anzuwenden, die freiwillig auf ihren Besitz verzichtet hätten.

All das ist leider bei den jüngsten Tagungen des Atlantikrates wieder beiseitegeschoben worden. Aus dem internationalen Gespräch kann und darf es aber nicht mehr verschwinden. Das ist unsere Aufgabe. Wir Sozialdemokraten haben derartige Lösungen seit langem gefordert. Wir freuen uns, daß unsere skandinavischen Genossen und die von ihnen geführten Regierungen, daß die britische Arbeiterpartei, ja, daß die Sozialistische Internationale jetzt weitgehend bereit sind, mit uns in dieser Frage zusammenzuarbeiten, nachdem Männer wie George Kennan oder der frühere belgische Ministerpräsident van Zeeland oder auch der ehemalige Ministerpräsident Eden sehr verwandte Gedankengänge seit langem geäußert haben.

Angeblich gibt es doch ein gemeinsames Ziel westlicher Politik. Es sei die friedliche Wiedererlangung der deutschen Einheit und die Erlösung der mittel- und osteuropäischen Völker vom physischen Druck der Anwesenheit sowjetischer Truppen. Wenn das wahr ist, daß dies das Ziel der westlichen Politik ist, dann ist es doch geradezu unverständlich, daß man dann die Frage des Truppenabzugs nicht auf die Tagesordnung der internationalen Politik setzt. (Beifall.)

Herr Ulbricht stützt sich auf sowjetische Truppen. Also muß man alles tun, um ihm diese Stütze zu entwinden, weil das der sicherste Weg zur deutschen Einheit ist. Der Abzug dieser Truppen ist die Schlüsselfrage für die deutsche Einheit und für die anderen politischen Probleme in Mitteleuropa.

Aber selbstverständlich ist dieser Abzug nicht umsonst zu haben. Selbstverständlich wird ihm eine Herausnahme auch fremder westlicher Truppen aus dem Gebiet der zu vereinbarenden atomwaffenfreien Zone entsprechen müssen, das heißt, die Zurücknahme der anderen westlichen Truppen an die deutsche Westgrenze.

Dagegen nun habe ich in zahllosen internationalen Diskussionen ein erstaunliches Argument gehört: Man hat nicht nur von militärischer Seite gesagt, daß die bisherigen Bauten und Anlagen für jene Truppen in der Bundesrepublik so teuer seien, daß man nicht imstande sei, das Geld für ihre Wiedererrichtung etwa in Frankreich oder anderswo nocheinmal aufzubringen. Ich glaube, ich kann hier für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sagen: Wenn das ein Teil des Preises für die deutsche Einheit sein sollte, dann bringen wir diese Kosten in unserem Haushaltsplan auch noch unter. (Starker Beifall.)

In Wahrheit ist es doch wohl so, daß man den Status quo vorzieht und dies nur mit anderen Argumenten bemäntelt. Man behält lieber die sowjetischen Truppen und damit die Spaltung Deutschlands, als daß man auch nur eine bescheidene Zurücknahme etwa der amerikanischen Truppen in Erwägung zu ziehen bereit ist. (Beifall.)

Wir wissen, daß der Truppenabzug zahllose politische Probleme aufwerfen würde. Deswegen kann das nicht über Nacht geschehen. Das Verhandeln darüber wird lange dauern und die Durchführung noch länger, sonst gäbe es revolutionäre Erschütterungen mit Konfliktmöglichkeiten, die niemand von uns wünschen kann. Daher muß man eine Lösung in Etappen vorsehen, die es gestattet, die Verhältnisse in den betroffenen Gebieten allmählich an den Zustand des Schwindens fremder militärischer Macht anzupassen und in Etappen die Teile Deutschlands wieder zusammenwachsen zu lassen. Dann müssen natürlich auch Deutschland und seine Nachbarn die Hausordnung selbst übernehmen. Wir sprechen klar aus: Wer in einem solchen Fall dazu nicht bereit wäre, der verewigt allerdings die Besetzung Deutschlands durch fremde Truppen.

Aber natürlich gäbe es für diese Hausordnung Grenzen, vereinbarte Grenzen für die Zahl und Bewaffnung der Streitkräfte der unmittelbar betroffenen Staaten, und zwar in einem vernünftigen Verhältnis zueinander und unter angemessener gegenseitiger oder internationaler

Kontrolle. Das kann als Modell für Abrüstungsvereinbarungen unter den Großen dienen, zumal wenn man sich bemüht, Stärkezahlen festzusetzen, die ein vernünftiges Verhältnis herstellen zu jenen Zahlen, auf die sich in vergangenen Jahren die Großmächte bei den Abrüstungsdiskussionen schon weitgehend geeinigt hatten. Ich rufe in die Erinnerung zurück: 1,5 Millionen Mann für die drei Großen — die Vereinigten Staaten, die Sowjetunion und China —, 650 000 Mann für die mittleren Mächte mit immer noch erheblichen überseeischen Interessen — Großbritannien und Frankreich —, und etwa 200 000 bis 300 000 Mann für andere bedeutende Staaten, zu denen auch wir zählen würden. Es war seinerzeit die militärische Planung der Bundesrepublik, die eine Einigung darüber mit verhindern half, weil man dann nicht auf eine Größenordnung von 500 000 Mann hätte planen dürfen. Welch eine merkwürdige Sicherheitspolitik, die die Armeen auf der anderen Seite lieber um je eine Million Mann größer macht, nur damit man selber 100 000 Mann mehr bekommen kann. Die Stärken, wie ich sie eben genannt habe, würden ein vernünftiges Stärkeverhältnis herkömmlicher Art sogar zwischen den europäischen Völkern außerhalb der Sowjetunion und der Sowjetunion herstellen und damit den Druck, den die große Militärmacht drüben auf das politische Leben in ganz Europa ausübt, zwangsläufig mindern. Eine solche Lösung ist nicht erreichbar durch Wettrüsten, sondern nur durch politische Vereinbarungen und auf keinem anderen Weg.

Damit bin ich bei der Tragödie der Abrüstungsverhandlungen; das eben war ein Kapitel daraus. Jeder wollte den anderen abrüsten, nur sich selber nicht. Da wurde gestritten, die einen sagten: Wir verlangen erst eine lückenlose Kontrolle, und wenn wir die haben, dann reden wir über die Abrüstung. Die anderen sagten: Nein, ihr wollt bei uns nur spionieren! Wir verlangen erst massive Schritte der Abrüstung, und später einigen wir uns über die Kontrolle! — Was natürlich auch nicht ging; denn ohne Kontrolle weiß keiner, ob der andere auch die Vereinbarungen einhält. Es war unser französischer Genosse Jules Moch, der die erlösende Formel fand, die man wohl immer wieder in das internationale Gespräch bringen muß: Kontrollierte Begrenzung der Rüstungen in solchen Etappen, daß jeder vereinbarten Etappe effektiver Rüstungsbegrenzung und -herabsetzung die entsprechende Etappe der Kontrollmaßnahmen gegenübergestellt wird. Also nicht: Alles oder nichts! Aber West und Ost gefielen sich darin, Vorschläge zu machen, die man prompt dann fallen ließ, wenn die andere Seite bereit war, auf einen solchen Vorschlag einzugehen. Dann wurde plötzlich in schiefer Schlachtordnung gekämpft. Später gingen die Diplomaten und die Militärs daran und verpackten ihre eigenen Abrüstungsideen in verschnürte Pakete. Sie sagten: Hier, nur das ganze Paket mußt du kaufen, mit allem, was drin ist! 90 Prozent des Inhalts der Pakete stimmten überein. Aber da 10 Prozent verschieden waren, wollte keiner das Paket des anderen haben. Die Aufgabe wird nun darin bestehen, die Pakete endlich einmal aufzuschnüren, damit man die Dinge, die in Übereinstimmung gebracht werden können, als erste Etappe vorweg regelt. Mit diesen Paketen aber trat der Kampf um die Abrüstung erneut in die Phase des internationalen Propagandakrieges der Weltmächte gegeneinander ein. Wir wollen hier festhalten: Angesichts der

Gefahren, die durch das Atomwettrüsten heraufbeschworen worden sind, sind die Völker dieser Methoden müde. Sie erwarten Taten auf dem Gebiet der Abrüstung, und keine Worte. (Starker Beifall.)

In dieser Sache appellieren wir an die Weltmächte. Nicht nur wir, sondern alle Völker, die nicht zu dem Klub der Weltmächte gehören, haben die Verpflichtung, ihre Stimmen zur Geltung zu bringen und den Weltmächten zu sagen, daß ihre weltpolitische Führungsrolle auch ein Stück weltpolitischer Verantwortung für die anderen mit sich gebracht hat, und daß sie die Sympathien der Geführten verlieren werden, wenn sie sich jetzt nicht endlich in vernünftigen Diskussionen und Verhandlungen diesem Problem nähern. Die Schritte sind schon aufgezählt worden. Die Einstellung der atomaren Versuchsexplosionen, und zwar umfassend auf auf allen Seiten, wäre ein wichtiger erster Schritt, und anschließend eine Vereinbarung über die Kontrolle — so schwer kontrolliert sich das nicht! —, dann eine Einigung darüber, daß man kein spaltbares Material mehr in die Waffenproduktion hineingibt, mit der entsprechenden Kontrolle. So kann man schließlich zu einer allmählichen Herabsetzung der Zahl der Atomwaffen kommen und zu einer allmählichen Abschaffung dieser Massenvernichtungsmittel im Zusammenhang mit der Begrenzung anderer Waffen. Auf dem Wege zu diesen Schritten wären regionale Vereinbarungen, wie ich sie vorhin hier skizziert habe, ein wichtiger Fortschritt.

Wir wollen aber ganz ehrlich auf einen weiteren Gesichtspunkt aufmerksam machen: Ein Atomwaffenverbot, und sei es noch so radikal, reicht in unserer Zeit für die Bewältigung der Probleme nicht aus. Jeder längere Krieg zwischen Industriestaaten kann nämlich doch wieder zu einem Atomkrieg entarten, selbst wenn die Staaten am Anfang keine einzige Atomwaffe haben. Nachdem man weiß, wie sie gemacht werden, würde im Krieg zu diesen Waffen gegriffen werden. (Sehr richtig!) Deshalb steht — das mag ein großer Gedankenflug sein — auf der weltpolitischen Traktandenliste in Wahrheit die Abschaffung des Krieges. Das klingt wie ein schöner Traum. Es darf aber keiner bleiben, wenn die Menschen überleben wollen. Wir haben viele technische Träume verwirklicht: Fliegen, Fernsehen, Raumschiffahrt. Unsere politische Ordnung hält mit der technischen Entwicklung, die wir selbst geschaffen haben, nicht mehr Schritt. Diese politische Ordnung gilt es dem Stand der modernen Technik oder, wie ich vorhin sagte, dem Schrumpfen des Erdballs anzupassen. Daher sagen wir in unserer Entschließung, daß „die Sozialdemokratische Partei darum ringt, daß auch in den Beziehungen der Völker zueinander das Faustrecht abgelöst wird durch die Herrschaft des Rechts, durch Gesetz und Vertrag und ihre Durchsetzung durch Gericht und Polizei. Deshalb müssen die Bemühungen der internationalen Politik auf die Herstellung einer Friedensordnung gerichtet sein, in welcher die Vereinten Nationen über ausreichende Machtmittel verfügen, um den Frieden zu bewahren." Dieser Satz entspricht inhaltlich völlig dem, was am Anfang der modernen Arbeiterbewegung vor fast hundert Jahren niedergelegt wurde in der berühmten Inaugural-Adresse zur Gründung der ersten Internationale im Jahre 1864.

Damals hieß es: „Daß die einfachen Gesetze der Moral und des Rechts, welche die Beziehungen einzelner regeln, auch die obersten Gesetze im Verkehr der Nationen sein sollten." Machen wir uns keine Illusionen: Das ist ein fernes Ziel! Aber man muß darauf zusteuern, man muß sich Schritt für Schritt an dieses Ziel heranarbeiten und nicht von ihm wegreißen lassen. Dazu gehört, daß man heute eine Politik der Entspannung betreibt, bis das Etappenziel Wiedervereinigung durch eine Politik der Entspannung erreicht ist. Da darf man auch innerhalb der geltenden politischen Verhältnisse und der geltenden Verträge das Gesamtziel nicht gefährden. Und das ist möglich, schon dadurch, daß man den Großmächten von Deutschland her zur Entspannung rät und sie nicht etwa aufeinanderhetzt. Dann allerdings darf man nicht nur bei Besuchen freundlich sein und die Gäste im übrigen als Todfeinde beschimpfen. (Sehr gut!)

Dann muß man auch wehrpolitisch aus einer solchen Haltung gewisse Konsequenzen ziehen und muß sich vornehmen, nicht durch das eigene Dazutun das weltpolitische Gleichgewicht unnötig zu zerstören. Die Teile Deutschlands gehören nun heute einmal zu den Gefolgsstaaten der Großmächte. Ihr Gewicht sollte nicht gemessen werden im Verhältnis zu den Weltmächten, sondern in den Verhältnissen, in denen hüben wie drüben die Gefolgsstaaten zueinander stehen. Jeder andere Maßstab zerstört das Gleichgewicht, auf dem auch der prekäre Frieden von heute beruht. Ich halte einen überraschenden Vernichtungsangriff, von dem die Zeitungen voll sind, für immer weniger wahrscheinlich, weil niemand gern Selbstmord begeht und jeder mit der Aussicht des Selbstmordes bedroht wäre. Insofern ist also auch die vorhandene Abschreckung der Großen ein gewisses Mittel, aber ein gefährliches, das es allmählich hüben wie drüben gleichwertig abzubauen gilt.

Wie ist es aber nun bei uns? Ich meine, wir in unserer Lage, in der Lage des gespaltenen Landes, müssen begreifen, daß wir auch anderen Problemen ins Auge zu schauen haben als dem eines höchst unwahrscheinlichen plötzlichen Vernichtungsangriffes mit Atom- und Wasserstoffwaffen.

Ich meine, daß man hier wie in Berlin, in London wie in Paris eigentlich ruhiger schlafen könnte, wenn die sowjetischen Truppen nicht mehr im Thüringer Wald stünden, sondern an der Ostgrenze Polens, und daß es sich daher lohnen würde, um unserer Sicherheit willen die Frage des Truppenabzugs aufzugreifen. Und für den Fall einer beabsichtigten Besetzung, nicht Vernichtung unseres Landes, muß die Möglichkeit bestehen, durch den Widerstand unseres Volkes die Aggression sichtbar zu machen. Mehr ist nach unseren Kräften überhaupt nicht möglich. Alles andere übersteigt das, was Deutschland im Verhältnis zur Weltmacht Sowjetunion zu leisten vermag. Selbst die NATO sagt, daß sie nicht mehr zu leisten vermag, wie wir von Marschall Mills am 6. Mai gelesen haben.

Auch ohne atomaren Vernichtungsschlag kann es Versuche anderer Kräfte zu Handstreichen und Grenzverletzungen geben. Dagegen würde ein vernünftiges Gegengewicht gegenüber den nichtrussischen Kräften an den Grenzen der Bundesrepublik Deutschland genügen. Dafür braucht man kein Massenheer, keine Wehrpflicht und keine Atomwaffen. Dazu

hat unsere Resolution sich klar und unmißverständlich geäußert. Durch die beschränkte Aufgabe ist die Größenordnung umschrieben.

Mancher Kritiker sieht nicht, daß wir bei der Erörterung dieser Probleme immer daran denken müssen, daß die Bundesrepublik nur das halbe Deutschland ist. Es wäre einfach, wenn Deutschland ein ganzer Staat wäre. Ähnlich wie wir — ich will hier nur zwei Namen nennen — in dieser für die Bundesrepublik Deutschland zugeschnittenen Sicherheitsfrage denken, denkt auch der ehemalige britische Luftmarschall Slessor oder ein Mann, der nie in seinem Leben Sozialdemokrat war, wie Weinstein, der früher für die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" schrieb und Major im Generalstab war. Wenn diese Männer solche Gedanken äußern, dann — das sei manchen deutschen Zeitungen ins Stammbuch geschrieben — sicher nicht aus Angst vor sozialdemokratischen Funktionären. Für uns sind Gedanken auch dann noch richtig, wenn sie von anderen vertreten werden, nicht nur, wenn wir ein Monopol darauf haben. Für manche deutsche Blätter gilt das nicht. Ihre außenpolitischen Sprecher vertreten Auffassungen, die den unseren bestechend ähnlich sind; aber wenn sie sich mit der SPD beschäftigen, dann sind plötzlich dieselben Auffassungen nur deshalb falsch, weil sie bei der SPD auftauchen. (Beifall.)

Ich hoffe, daß sich das mancher hinter den Spiegel steckt.

Um Irrtümer auszuschließen, die ich gar nicht erst aufkommen lassen möchte: Die Wehrpolitik dieser Regierung ist ein untrennbarer Bestandteil ihrer Gesamtpolitik, die wir ablehnen. Diese Gesamtpolitik ruht auf einer solchen Grundlage, daß wir sie auch nicht stückweise billigen können. Vom falschen Gesamtbau der Außen- und Wehrpolitik der Regierung Adenauer ist kein Teil annehmbar. Wir dürfen uns nicht in die Verantwortung für einen falschen Gesamtplan hineinziehen lassen, denn auf den Gesamtplan kommt es an. Die Pläne und Absichten der Regierung führten Schritt für Schritt ins volle Atomwettrüsten hinein. Angefangen hat es beim Angebot deutscher Truppen im Jahre 1950, dann ging es über die EVG und den Eintritt in die NATO und das Wehrpflichtheer zur atomaren Ausrüstung der Bundeswehr und schließlich sogar zur drohenden Aufnahme der Atomwaffenproduktion in unserem Lande. Die Sozialdemokratische Partei stellt eindeutig fest, daß sie hierfür nicht zu haben ist und daß es für eine solche Politik keine Mittel mit ihrer Zustimmung gibt. (Beifall.)

Wir haben hier eine andere Vorstellung entwickelt. Die Verantwortung für eine solchen Vorstellungen angepaßte Politik, die auch für die Bundesrepublik Deutschland gelten würde, solange es noch nicht zur Wiedervereinigung gekommen ist, könnte nur getragen werden, wenn das Steuer der allgemeinen Politik herumgerissen würde: vom atomaren Wettrüsten zu einer ehrlich versuchten Entspannung und schöpferischen Initiative auf die friedliche Wiedervereinigung unseres Landes in gesicherter Freiheit hin. Das aber muß geschehen, weil Deutschland sonst überhaupt nicht vereinigt werden kann.

Es gibt manche unserer Freunde, die sagen, laßt uns doch dieses Problem nur für das wiedervereinigte Deutschland diskutieren, erörtern wir

doch gar nicht, wie wir es mit diesen Dingen in der Bundesrepublik, in dem halben Deutschland, halten würden. Genossinnen und Genossen! Wir können bei der Erörterung dieser Fragen nicht auf die Wiedervereinigung warten, und zwar aus einem ganz einfachen Grunde: Die Sozialdemokratische Partei wird nämlich schon in der Bundesrepublik Deutschland zu entscheidendem Einfluß und politischer Macht kommen müssen, weil es sonst die Wiedervereinigung unseres Landes überhaupt nicht geben wird. (Lebhafter Beifall.)

Es gibt manche Außenstehenden, die von einer Wehrkonzeption für die Bundesrepublik verlangen, daß sie dann doch wenigstens in den herkömmlichen Waffen annähernd dem sowjetischen Potential angeglichen werden muß. Nur so sei es möglich, die Gefahr eines Atomkrieges auszuschalten. Nun, einmal würde das gar nichts nützen, weil, wenn sich sonst nichts ändert, die Sowjetunion immer atomar bewaffnet wäre und auch von dieser ihrer Überlegenheit, wenn es je zu einem Konflikt käme, Gebrauch machen würde. Nein, an einem Abkommen der Weltmächte für unsere Sicherheit führt kein Weg vorbei. Außerdem ist ein solches Gleichziehen auch gar nicht möglich. Es würde das Wettrüsten zwischen den europäischen Staaten außerhalb der Sowjetunion verschärfen. Ich beklage, daß es eine Reihe von Menschen gibt, für die es offenbar nur entweder die absolute Wehrlosigkeit oder das wilde Wettrüsten gibt und nicht die maßvolle Begrenzung der eigenen Anstrengungen nach den Bedürfnissen und Erfordernissen der eigenen Lage. Jede Überschreitung dieser Begrenzungen überstiege unsere Kräfte und würde unser wirtschaftliches und soziales Fundament zerstören.

Wir haben kürzlich im Bundestag die Verteidigungskostendebatte gehabt. Die bisherige Rüstungsplanung sieht schon ohne Atomwaffen und Raketen bis 31. März 1961 einen Gesamtaufwand von 52 Milliarden DM vor. Dieser Betrag sprengt den Haushalt; das ist fast eine Garantie für die Heraufbeschwörung inflationistischer Gefahren. Das kann nur erkauft werden mit einer Senkung der Lebenshaltung, mit einer Minderung sozialer Leistungen und mit einer Erhöhung der Steuern. Wir haben gefragt: Wessen Steuern? Bei der Politik dieser Regierung wissen wir ganz genau, daß die Last der Verteidigung nicht von denen getragen würde, die am meisten Sachwerte zu verteidigen haben, sondern von dem kleinen Mann in diesem Land. Und mit Atomwaffen und Raketen würden die Kosten ins Ungemessene wachsen.

Auch wir bestreiten nicht, daß man Verteidigung nicht umsonst haben kann. Aber es gilt, die Schranken zu setzen, wie ich sie eben definiert habe, durch das Nötige und das Mögliche.

Ich habe das Gefühl, daß der Westen in der weltpolitischen Auseinandersetzung mit der Sowjetunion die falsche Tür bewacht. Da starrt man immer wieder auf die Divisionen, die angeblich das Herz Europas bedrohen, und inzwischen treibt der Krieg in Nordafrika die Sympathien der asiatischen und afrikanischen Völker auf die Seite der Sowjetunion, und inzwischen führt wachsende Arbeitslosigkeit in der westlichen Führungsmacht, den Vereinigten Staaten, zu einer solchen Schwächung des Ansehens der westlichen Welt, daß auch das noch Argumente für die

sowjetische Politik abgibt. Auch daran müssen wir bei diesen Problemen denken.

Die Vorstellungen, die wir in unserer Entschließung entwickelt haben, sind mit einem Betrag zu erfüllen, der erheblich — ich spreche mich ganz bewußt sehr deutlich aus — unter den bisherigen Haushaltansätzen liegt. Aber die Regierung muß auch ohne Atomwaffen und Raketen nach der bisherigen Planung schon in den beiden nächsten Jahren die Ansätze auf 15 bzw. 18 Milliarden DM erhöhen, um überhaupt nur die bisherigen Pläne durchzuführen. Und selbst dann noch hat sie ihre Partner angelogen und die Zeitpläne, die sie früher versprochen hatte, nie erfüllt.

Da wollen wir mit Stolz, auch nach außen, sagen, gerade weil es auch um das Vertrauen zu diesem unseren deutschen Volke geht: Wir Sozialdemokraten sind sicher unbequem, aber wir pflegen unser Wort auch zu halten.

Liebe Genossinnen und Genossen! Das war ein Überblick über einige sehr nüchterne und sehr dornige und uns trotzdem alle sehr bewegende Probleme. Wir haben es uns nicht leicht gemacht; die Entschließung, die Euch vorliegt, ist sorgfältig erarbeitet worden unter Mitarbeit zahlreicher Genossen und wird nun vom Parteivorstand zur Annahme empfohlen. Wir sind mit dieser Entschließung nicht den Weg der Bequemlichkeit gegangen, sondern versuchen, den Weg einer Partei aufzuzeigen, die sich der Verantwortung für das ganze deutsche Volk bewußt ist. Gerade an diesen Problemen muß bewiesen werden, wie ernst es uns ist mit der Beendigung des Wettrüstens, mit der Schaffung des Friedens, mit der Sicherung der Freiheit, damit unser Volk gerade durch die sozialdemokratische Zähigkeit und Entschlossenheit den Weg zur friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands in gesicherter Freiheit findet. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Max Brauer: Genossinnen und Genossen! Wir alle sind dem Genossen Erler für sein umfassendes Referat dankbar, aber die Länge seines Referats hat unsere Zeitdisposition über den Haufen geworfen. Da heute abend noch eine Reihe anderer Veranstaltungen bevorsteht, schlagen wir Ihnen vor, das Referat des Genossen Wehner heute nicht mehr zu hören, sondern morgen früh um 9 Uhr damit zu beginnen. Wir werden also morgen früh um 9 Uhr pünktlich beginnen. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung 17.45 Uhr.)

ZWEITER VERHANDLUNGSTAG

DIENSTAG, DEN 20. MAI 1958

(Beginn: 9.04 Uhr.)

Vorsitzender Dr. Alex Möller: Genossinnen und Genossen! Ich eröffne den Parteitag und bitte alle Anwesenden, sich von den Plätzen zu erheben. — Das Wort hat Max Brauer.

Max Brauer: Genossinnen und Genossen! Liebe Freunde! Kurz nach der Sitzung des gestrigen Tages ereilte uns die Nachricht von dem Ableben unseres stellvertretenden Vorsitzenden, des Genossen Wilhelm Mellies. Wilhelm Mellies ist von uns gegangen. — Was viele seiner Freunde seit Tagen befürchteten, ist nun eingetreten. Für ihn selbst kam der Tod als ein Erlöser von hoffnungslosem Leid. Wir alle sind ärmer geworden durch den Tod unseres Freundes und Genossen.

Am Donnerstag wird hier eine Trauerfeier stattfinden, in der Erich Ollenhauer die Persönlichkeit und das Lebensbild von Wilhelm Mellies zeichnen wird. Meine Aufgabe ist es, hier in diesem Augenblick nur wenige Worte zu sagen:

Wilhelm Mellies hat sein Leben dem Dienst der Freiheit gewidmet und stand im Kampf gegen soziale und kulturelle Not. Begeistert von diesen hohen Idealen war ihm die politische Tätigkeit eine sittliche Pflicht. Vom Volksschullehrer bis zum stellvertretenden Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei ging sein Weg. In diesem Leben, erfüllt von politischem Kampf, hat er, der eine feinfühlige Natur war, gewiß oft mit sich gerungen wie Jakob: „Ich lasse Dich nicht, Du segnest mich denn!"

Am heutigen Tag ist eine große Anzahl Delegierter nach Mittenwald gefahren, um unserer Freundin und Genossin Lisa Albrecht das Geleit auf dem letzten Weg zu geben.

Wilhelm Mellies und Lisa Albrecht sind zu früh gestorben. Erschreckend greift der Tod nach unseren im besten Lebensalter stehenden Freunden und Mitstreitern, für die kein Ersatz bereitsteht.

In dieser Stunde gedenken wir voller Dankbarkeit der beiden Verstorbenen. Den älteren Freunden von uns ist die Genossin und feinsinnige Dichterin Klara Müller-Jahnke noch in lebendiger Erinnerung. Eines ihrer schönsten Gedichte ruft den Leidtragenden in schwerer Stunde zu: Weiterleben! Und sie sagt darin: „Und wie Du wirkst und schaffst in seinem Geist — das ist, womit Du ihn dem Tod entreißt."

Wilhelm Mellies hat in seinen letzten Stunden dem Parteitag einen guten Verlauf gewünscht. Seine Gedanken waren mit uns und mit der Zukunft unserer Bewegung.

Wir ehren und danken Lisa Albrecht und Wilhelm Mellies dann am besten, wenn wir ihr Wollen und ihre Hoffnungen übernehmen als eine Verpflichtung zu verstärkter Tätigkeit für die Ideale, denen sie ihr Leben geweiht hatten.

Nun bitte ich, daß wir unsere Verhandlungen um eine Viertelstunde aussetzen und dann unsere Beratungen wieder aufnehmen.

Vorsitzender Dr. Alex Möller: Wir sind noch beim Thema „Außen- und Wehrpolitik im geteilten Deutschland". Es ist gestern festgelegt worden, daß wir zunächst die beiden Referate von Fritz Erler und Herbert Wehner entgegennehmen und dann über beide Referate diskutieren. —

Das Wort hat also jetzt Herbert Wehner. (Lebhafter Beifall.)

Herbert Wehner: Liebe Genossinnen und Genossen! Verehrte Gäste! Als wir uns im Parteivorstand dafür entschieden, das Thema „Wehrpolitik im geteilten Deutschland" auf die Tagesordnung zu setzen und zu behandeln, wollten wir damit einmal die Besonderheit jeder Art von Wehrpolitik in unserem geteilten Land zum Gegenstand der Beratung machen, und wir wollten zum anderen die Aufmerksamkeit — sowohl unsere eigene als auch die der anderen — darauf konzentrieren, daß eine Politik der Wiedervereinigung Deutschlands unter den erschwerenden Verhältnissen, die infolge der Wehrpolitik der herrschenden Gewalten im geteilten Deutschland entstanden sind, nun besondere Anstrengungen erfordert.

Es ist Mode geworden, unserer Sozialdemokratischen Partei öffentlich vorzuwerfen, sie stelle sich nicht eindeutig den Problemen der Landesverteidigung. Was wir auch sagen, wir können so gut wie sicher sein, daß uns dieses Echo entgegenschallt. Wir sind auf einem Parteitag und — entschuldigt diese persönliche altmodische Bemerkung — auch wenn der Parteitag unter den heutigen Umständen sehr viel weniger wirkliche Diskussion als leider auch offenbar sehr viel Schau sein muß, möchte ich doch auf diesem Parteitag sagen: Sogar bis in unsere Reihen hinein ist dieses Echo, das uns auf jede Erklärung, auf jede Äußerung entgegenschallt, gedrungen.

Diejenigen, die unserer Partei vorwerfen, sie stelle sich nicht eindeutig den Problemen der Landesverteidigung, tun so, als gäbe es eine Landesverteidigung an und für sich.

Sie suchen — das ist mein klarer Vorwurf — abzulenken von der Tatsache, daß es sich in unserem geteilten Lande nur darum handeln kann, militärische Sicherheitsmaßnahmen in Einklang mit den Bemühungen um die Wiedervereinigung Deutschlands zu bringen. Dies muß eine Einheit sein, oder die Aufgabe ist verfehlt.

Wer andererseits glaubt, strikte Enthaltsamkeit gegenüber den Problemen militärischer Art diene schon an und für sich der Wiedervereinigung, der übersieht — so, wie die Dinge sich entwickelt haben — sehr wichtige Realitäten.

Der Versuch, den wir mit der Entschließung zur Wehrpolitik gemacht haben, sollte ernsthaft gewürdigt und vor allem diskutiert werden. Wir setzen uns in diesem Entwurf mit den durch die herrschenden Gewalten beiderseits des geteilten Deutschlands geschaffenen Tatsachen auseinander und wir konzentrieren uns erstens auf alles Erdenkliche, was zur militärischen Entspannung dienen kann — das ist unsere Aufgabe; wenn

wir es nicht tun, dann tut es in diesem Land offenbar niemand als Partei und als Ganzes —, und wir suchen zum anderen militärischen Sicherheitsbedürfnissen gerecht zu werden. Verteidigung kann doch nur die Summe sein aus 1. innerer Sicherheit, d. h. sozialer Stabilität, 2. militärischen Sicherheitsmaßnahmen und 3. der Ausschöpfung aller internationalen Verständigungsmöglichkeiten. Keiner dieser Faktoren darf zu kurz kommen, wenn wir nicht zu einer völlig ungeeigneten Summe kommen sollen.

Es ist nicht so, daß die Politik der Sozialdemokratischen Partei etwa auf frommen Wünschen zur Wiedervereinigung beruhte. Das billigt man uns häufig gerne zu: wir seien eben in dieser Beziehung Idealisten, während andererseits die Politik der Regierung den harten Tatsachen gerecht werde.

Wahr ist — das muß man auch ins Gedächtnis derjenigen unserer eigenen Freunde zurückrufen, die in mir völlig begreiflicher Trauer und Sorge um das Verpassen, um das Vertun, um das Zerschlagen aller Wiedervereinigungsmöglichkeiten in den letzten Jahren sich fragen: Haben wir denn selbst genügend dazu getan? —, daß wir den herrschenden Gewalten — d. h. sowohl den Besatzungsmächten als auch denen in den beiden Teilen Deutschlands, die ihre Politik vollzogen — stets den Druck entgegengesetzt haben, daß wir versucht haben, sie zu drängen, damit den Bemühungen um die Wiedervereinigung der Vorrang gegeben werde, auch — ich betone das — aus gewichtigen Sicherheitsgründen. Wer von Sicherheit redet und aufrechnet, erst müsse mal die Sicherheit für die 50 oder jetzt 52 Millionen hier geschaffen werden und dann kämen die anderen dran, der betrügt doch dieses Volk, das sich leider immer wieder betrügen läßt.

Die Bundesregierung hat sich andererseits — und hier war die Kluft in diesen ganzen Jahren der Auseinandersetzungen — auf den absoluten Vorrang der militärischen Integration festgelegt. Das Resultat in der ersten Runde: ein Trümmerhaufen der Wiedervereinigungspolitik. Wenn immer nach Konzeptionen für die Wiedervereinigung gefragt wird, so muß man zunächst aussprechen: Was ist die Politik der herrschenden Gewalten, der Besatzungsmächte und der Kräfte, die in beiden Teilen ihre Politik vollzogen haben? Diese hat in bezug auf die Wiedervereinigung einen Trümmerhaufen hinterlassen. Und in der zweiten Runde? Nachdem jetzt fundamentale Hoffnungen, die auf die NATO-Politik in bezug auf Wiedervereinigung und überhaupt gesetzt worden sind, im Zerbrechen sind — denn das, was westlich unserer Grenzen jetzt vorgeht, gehört dazu —, wird auch in dieser Hinsicht wohl ein Trümmerhaufen von jener gepriesenen realistischen Politik zurückbleiben.

Wir haben uns in den Jahren — keine Angst, ich will hier gar nicht aufrechnen — vergeblich darum bemüht, daß man klar sehe, was eigentlich gespielt wird. In der großen Debatte des Bundestags im März — lang war sie, eine Marathondebatte war sie — habe ich vergeblich versucht, eine Antwort der Regierung und ihrer sonst so redefreudigen CDU/CSU zu bekommen, wie es denn mit den internen Festlegungen vor jeder Außenministerkonferenz eigentlich stehe. Es ging nie um Verhandlungen für die Wiedervereinigung, es ging immer nur darum, das

Gesicht zu wahren, eine Propagandaschlacht zu schlagen und dabei militärisch die vorher getroffenen Festlegungen nicht erschüttern zu lassen. Immer! Das gibt es schriftlich. (Sehr wahr!)

Das liegt in den Akten des Auswärtigen Amts. Wir haben aber Zustände in unserem Land, nach denen zwar die Opposition mit Fragen bedrängt werden darf — ich beklage das nicht —, aber gegenüber der Regierung und ihrem Chef sozusagen stillschweigend die Vereinbarung besteht, bestimmte Fragen dann doch nicht mehr zu stellen oder sie abzubiegen. Bitte, das wurde im Bundestag gesagt: daß man sich festgelegt hatte vor jener Berliner Viermächtekonferenz. Wörtlich: „Finden die freien Wahlen n a c h dem Inkrafttreten der EVG statt, so ist es wichtig, daß keine Unterbrechung der Kontinuität der zwischenstaatlichen Verpflichtungen Deutschlands eintritt. Finden die freien Wahlen v o r dem Inkrafttreten der EVG statt, so ist es wichtig, daß eine Lösung gefunden wird, die dieses Inkrafttreten bezüglich Deutschlands erleichtert." In jedem Fall und auch — auch, liebe Freunde vom Ausland — für das große Wort von den freien Wahlen, das von der herrschenden Partei immer nur als Kulisse in diesem Ringen verwendet worden ist, immer galt die interne Festlegung auf die Bindung Deutschlands an die vorher getroffenen militärischen Vereinbarungen. Denen durfte nichts geschehen, die Wiedervereinigung durfte an ihnen nichts ändern. Das ist unsere Lage! In diesen Schraubstock hat man das deutsche Volk hineingezwängt. (Beifall)

Man hat gewußt, was das für die Wiedervereinigung bedeutet. Auch das wurde im Bundestag gesagt, und ich wiederhole es wörtlich — es ist wohl auch so in den Akten des Auswärtigen Amts zu finden —: „Das Festhalten an der deutschen Beteiligung an der EVG und jeder anderen gleichgearteten Organisation kann während des in Betracht gezogenen Zeitabschnitts schwierige Probleme aufwerfen." Niemals gibt es auf solche Feststellungen eine wahrheitsgemäße Antwort von der Regierungsseite, sondern Ausflüchte.

Wer die Sozialdemokratische Partei auf ein Bekenntnis zur Landesverteidigung festlegen möchte, das in der wehrpolitischen Gefolgschaft für eine Bundesregierung gipfeln soll, die offenbar sowohl ihre eigentlichen Beweggründe als auch viele ihrer tatsächlichen Maßnahmen verschleiert, der verkennt die Rolle und die Pflicht der Opposition.

Die Kritik der Sozialdemokratischen Partei als der Trägerin der parlamentarischen Opposition an der Wehrpolitik der Bundesregierung ist ein Beitrag zur wirklichen Landesverteidigung. Und wer aus der konstruktiven Kritik der Sozialdemokratischen Partei an der Militär- und Rüstungspolitik der Regierung das Recht ableitet, die Bundeswehr gegen die SPD abzuriegeln, ideologisch zu immunisieren und Schlimmeres, der beweist eigentlich damit schon, daß es ihm gar nicht um die Landesverteidigung, sondern um die militärische Abschirmung der eigenen Parteiherrschaft geht.

Die Aktivität einer Organisation, wie jener Tarnorganisation mit dem Namen „Arbeitsgemeinschaft demokratischer Kreise" in der Bundeswehr, ist geeignet, im geteilten Deutschland das Volk zusätzlich zu spalten. (Beifall.)

Wir wehren uns leidenschaftlich dagegen. Sozialdemokraten und Gewerkschafter müssen verhindern, daß die Soldaten gegen das arbeitende Volk gestellt und ausgespielt werden können. (Erneuter starker Beifall.)

Wenn wir verhindern wollen, daß die Truppe als ein Instrument der herrschenden Partei mißbraucht wird, dann dürfen wir uns nicht von den Soldaten abdrängen lassen. (Beifall.)

Und im übrigen: keine Armee, wie man die Dinge auch immer drehen und wenden mag, kann anders zusammengesetzt werden als so, daß man ihre Mehrzahl aus den arbeitenden Schichten rekrutiert, und niemand kann der Partei, die die Partei der arbeitenden Menschen in der Demokratie ist und es sein soll, verwehren, darum zu ringen, daß die Söhne der arbeitenden Schichten nie vergessen: woher sie kommen, wohin sie gehören und mit wem sie zusammengehören. (Starker Beifall.)

Auch unsere Kritik am Verteidigungshaushaltsplan steht nicht im Widerspruch zur Landesverteidigung, sondern dient ihr, weil diese Kritik getragen ist von dem Bestreben, das Fundament der inneren Sicherheit nicht gefährden zu lassen. Denn was bliebe eigentlich von der Landesverteidigung, wenn sie auf Kosten der breiten schaffenden Schichten ginge und wenn die militärische Sicherheit schließlich nur noch eine Sicherheit derjenigen wäre, die sich eben sozial sicher fühlen können? Dann ist wohl der Begriff Landesverteidigung ein völlig irreführender geworden; aber genau das steckt im Zuge dieser heute hier in Deutschland praktizierten Politik.

Wir sind in der Behandlung der Probleme, die sich aus dem Wehrhaushalt ergeben, — nach meiner persönlichen Ansicht — eher zu zaghaft als zu gründlich und zu eifrig gewesen, und wir müssen dieser Seite der Auseinandersetzung mit der herrschenden Wehrpolitik wohl noch größere Aufmerksamkeit zuwenden. Ein wenig hat auf uns wohl auch abgefärbt, daß man heute nicht mehr so recht daran glaubt, daß in diesem Wirtschaftswunderlande ernstliche Schwierigkeiten auf der finanziellen, auf der wirtschaftlichen und auf der sozialen Seite entstehen könnten. Man hat es sich beinahe abgewöhnt, darüber zu sprechen. Ich will auch nicht unken. Aber die Atomrüstung kompliziert, vervielfacht und verschlimmert alles das, was zur Wehrpolitik im geteilten Deutschland auch sonst zu sagen ist, auch hinsichtlich der wirtschaftlichen, der finanziellen und der sozialen Auswirkungen: Man kann nicht gleichzeitig Teilnehmer am Atomwettrüsten und Inhaber stabiler Lebensverhältnisse für die breiten Volksschichten sein. Beides paßt nicht zusammen. Entweder das eine, oder das andere! Das werden auch die allmählich sehen und begreifen müssen, denen heute unser leidenschaftliches Mahnen gegen die Atombewaffnung auf die Nerven geht — wenn schon nicht ans Gewissen.

Man möchte die Sozialdemokratische Partei dazu bringen, die Atomrüstung zwar allgemein zu beklagen, aber nicht äußerste Anstrengungen zu machen, damit sie verhindert wird — es fehlt an solchen Anstrengungen nicht; heute tut jeder so, als sei er ja auch wohlverstanden gegen den Atomtod; aber damit muß man zu Hause anfangen, dann darf man nicht anfangen mit dem Atomrüsten. (Beifall.)

Wer sich so verhält — und auch jene Fachleute, die uns einreden wollen, das sei nun eben die Entwicklung der Militärtechnik und der Militärwissenschaft und das sei nicht mehr rückgängig zu machen —, die, die uns so bearbeiten, die versündigen sich vor allem an der gesamtdeutschen Verpflichtung der Bundesrepublik Deutschland; denn was man auch sonst immer zur Atomrüstung sagen mag, wie man sich über sie erhaben fühlen mag, wie man glauben mag in Abwandlung jenes Wortes des Fachmanns, der an der Spitze unserer Bundesregierung steht, daß es ja doch nur die Fortentwicklung der modernen Artillerie sei, diese Dinge auf eine andere Ebene drängen zu können: Mit der Atomrüstung jedenfalls ist die Erfüllung der gesamtdeutschen Verpflichtung der Bundesrepublik nicht zu vereinbaren; denn die Atomrüstung errichtet neue — um es vorsichtig zu sagen — wahrscheinlich unüberwindliche Hindernisse gegen die Wiedervereinigung. Wenn das nichts bedeutet und wem das nichts bedeutet, der möge es offen sagen: In der letzten Zeit mehren sich auch publizistische Stimmen, die andeuten, daß es eigentlich so sei, daß die Wiedervereinigung und das Drängen auf sie einer hinter uns liegenden Periode angehört, und jetzt müßten wir eine andere Strecke durcheilen.

Die Wiedervereinigung droht der Wehrpolitik der herrschenden Gewalten im geteilten Deutschland zum Opfer zu fallen. Wenn das im Interesse unseres eigenen Volkes und im Interesse des Zusammenlebens der Völker in Europa verhindert werden soll, dann ist es notwendig, zu einer grundlegenden Änderung der Wehrpolitik in der Richtung auf Entspannung nicht nur in der Phrase, sondern in der kontrollierten Praxis zu kommen, und dann ist es zweitens notwendig, im deutschen Volke das Drängen auf die Wiedervereinigung und ihre Behandlung anders als in Weihe- und Gedenkstunden und bei Frackfesten stärker zu machen, als es der Fall ist. (Beifall.)

Unser Entwurf einer Resolution — die Wiedervereinigung Deutschlands bleibt lebensnotwendig für Deutschland und Europa — ist ein Versuch, aus der gegebenen politischen Lage mit den aus der amtlichen Wehrpolitik im geteilten Deutschland entstammenden Hypotheken dennoch zu neuen Ansätzen für die Wiedervereinigung zu kommen. Das wird immer schwerer, dessen wollen wir uns bewußt sein. Wir können keine für alle Zeiten geltenden Wiedervereinigungspläne aufstellen. Die Wiedervereinigung ist nichts Isoliertes; sie ist entweder der Inhalt der Politik schlechthin, die betrieben wird, oder man geht an ihr vorbei. Das Ringen um die Wiedervereinigung und die Wiedervereinigung selbst muß das Ergebnis und muß die Summe der Politik sein; die Wiedervereinigung ist abhängig von den fortgesetzten Veränderungen der politischen Situation.

Wir haben — und das gehört zu diesem Punkt — eine ganze Reihe von Anträgen aus unserer Mitgliedschaft. Sie zeigen, wie brennend das Interesse an der Lösung dieser Fragen ist, obwohl man, wenn man sozialdemokratische Anträge außerhalb unserer Partei, in den Sprachorganen gegnerischer Parteien oder auch in der unabhängigen Presse behandelt, meist den Eindruck hat, man suche, wenn man die sozialdemokratischen Anträge ansieht, nur nach dem, was sich als Gegensätze herausdestillieren ließe. Hier geht's um ein brennendes, um ein bohrendes Suchen und

Drängen, um die Lösung von Fragen, die in soundsoviel Jahren amtlicher Politik zu lösen immer schwieriger geworden sind, was ja wohl auch ein Urteil über diese Politik ist. (Starker Beifall.)

Und wenn Göttingen und andere nach präzisen Formeln mit ihren Anträgen suchen, so verstehe ich das völlig. Und so bin ich der Meinung: Was dazu beitragen kann, in der jeweils gegebenen Situation, solche präzisen Formeln und Ansatzpunkte zu finden, das muß zusammengefaßt werden, alles was wir dazu an Sachverstand aufbringen können, muß angeregt und muß zusammengefaßt werden. Aber wir sollten uns klar sein: Einen für alle Phasen und für alle Zeiten gültigen Wiedervereinigungsplan, den kann, ja den darf niemand präsentieren wollen. Es gibt aber bestimmte Punkte, die unabdingbar sind.

Zum Beispiel bleibt es notwendig, daß die vier Mächte, die besondere Verantwortung für die Überwindung der Spaltung Deutschlands tragen, die Übereinkunft zustandebringen, die notwendig ist, weil die Wiedervereinigung Deutschlands nur im Einklang mit einer europäischen Sicherheitsordnung denkbar ist.

2. bleibt es wohl richtig, daß eine solche Übereinkunft der Vier um so wahrscheinlicher sein wird, je stärker wir Deutschen auf eine solche Übereinkunft drängen.

Und 3: Für die Wiedervereinigung ist unvermeidbar eine in Deutschland selbst geführte Politik, die nicht das Auseinanderleben der Teile Deutschlands fördert, sondern ihm entgegenwirkt. Das aber ist das Gegenteil der heutigen amtlichen Politik beider Seiten.

Wir haben auf unserem Münchner Parteitag in einer ziemlich umfassenden Resolution Wiedervereinigungsforderungen gestellt und Probleme der Wiedervereinigung behandelt. Es wäre falsch, diese Punkte heute im einzelnen wiederholen zu wollen. Vieles von dem gilt nach wie vor: Das, was wir dort gesagt und was wir dort gefordert haben in bezug auf die Intensivierung, Normalisierung und Ausgestaltung der diplomatischen Beziehungen nicht nur in einer Himmelsrichtung, was wir gesagt haben über die Notwendigkeit, Vertrauen zu sammeln auch durch unsere Anwesenheit — diplomatische Anwesenheit, Anwesenheit durch kulturelle, wirtschaftliche und andere Beziehungen — in Staaten, die nicht unmittelbar an der Wiedervereinigung mitwirken werden, aber wo wir Vertrauen für die Wiedervereinigung sammeln müssen, Staaten, in denen wir unter Umständen mit den Vertretungen der DDR zu konkurrieren haben werden. Aber das ist nun auch einmal eine Sache, der man nicht einfach nur mit zusammengekniffenen Augen gegenüber stehen bleiben kann. Das, was wir in der Münchner Resolution über die innere Gestaltung des wiedervereinigten Deutschlands gesagt haben, ist heute noch nicht nur lesenswert, sondern sollte auch von den Kritikern in unserer Partei ab und zu einmal vor Augen genommen und überlegt werden.

Infolge der amtlichen Wehrpolitik im geteilten Deutschland sind einige Folgen eingetreten, auf die scharf aufmerksam gemacht werden muß. Zu diesen Folgen gehören:

1. Die Teile Deutschlands werden zu gewissermaßen unentbehrlichen Bestandteilen der militärischen Organisationen der Großmächte. Was das

bedeutet? Es ist von meinen Vorrednern schon angedeutet worden. Je weniger diese militärische Integration noch zu entflechten sein wird, um so schwerer wird es sein, die Teile Deutschlands wieder zusammenzuschließen. (Beifall.) Diejenigen, die diese Integration betreiben, müssen wissen, was sie damit tun. Sie wissen es, aber sie verschweigen es dem Volk.

2. Eine der Folgen des Überwiegens dieser militärischen Machtpolitik ist die zunehmende Bedeutung der DDR als eines politischen Druckmittels in der Frage der Wiedervereinigung. Auch das ist ein Urteil über die amtliche Politik. Sie hat es nicht nur mitverschuldet, sondern wir alle stehen heute einer Tatsache gegenüber: Daß infolge dieser Politik mit dem Vorrang des Rüstens d e r Teil Deutschlands, der DDR genannt wird, als ein politisches Druckmittel in immer größerem Maße verwendet werden kann, während umgekehrt die von Bonn aus praktizierte Ignorierung des anderen Teils Deutschlands, die als außenpolitisches Druckmittel gedacht war, immer weniger wirkt.

3. Zu den Folgen dieser Entwicklung gehört, daß immer häufiger Stimmen zu vernehmen sind, besorgte Stimmen, die ernsthaft fragen, was denn eintreten würde, wenn etwa im anderen Teil Deutschlands Volkserhebungen stattfänden, und ob dann noch ein militärisches Eingreifen seitens der Bundesrepublik zu verhindern sei. Das ist etwas, das man in Deutschland nach Möglichkeit nicht berührt. Im Ausland wird das in zunehmendem Maße gefragt.

Der britische Labourabgeordnete Robens, der sicher zu den besonnenen Männern gehört, wenn es um die Betrachtung solcher Probleme wie dieser europäischen Probleme geht, hat — man kann es in der letzten Nummer der Zeitschrift „Außenpolitik" nachlesen — erklärt, daß die anhaltende Teilung Deutschlands vielleicht die gefährlichste Bedrohung des Friedens in der Welt sei. Denn, so sagt er: Wenn nun die Jahre hingehen und die deutsche Wiederbewaffnung vollständig ist, und es ergibt sich in Mitteldeutschland eine ähnliche Situation wie seinerzeit in Ungarn, dann kann ich nicht umhin, die Vorstellung zu haben, daß die Westdeutschen nicht notwendig beiseite stehen und gar nichts tun würden. Wäre es möglich — so fragt und bohrt er weiter —, daß es in Mitteldeutschland zu einer solchen Erhebung käme und die Westdeutschen, bewaffnet und geographisch so leicht in der Lage, ihm zu Hilfe zu eilen, würden es nicht tun? — Die Antwort darauf: Es scheine ihm, daß das unvermeidlich wäre und daß selbstverständlich, wenn die Regierung keine offizielle Aktion starten würde, sich zumindest in hellen Scharen bewaffnete Freiwillige einfinden würden. Und aus diesem kleinen Anlaß ergäben sich wohl die Gefahren eines großen Krieges.

Wer stellt sich denn heute schon einem solchen Ausblick in unserem Deutschland? Wer bemüht sich, darauf wahrheitsgemäße Antworten zu geben? Wir haben die amtlichen Erklärungen unseres Außenministers, des Herrn von Brentano, vor dem NATO-Rat in Paris. Sie sind, wie man erwarten konnte, so, daß eben „alles getan werde", um eine solche Entwicklung zu vermeiden. Wir haben die Erklärungen des „Bundes-Berserkers" Strauß (Heiterkeit und lebhafter Beifall), der eine Etage

höher, in Washington, gesagt hat: Natürlich werde die Bundeswehr in einem solchen Falle nicht eingreifen. Meine Frage ist nur — und es sollte die Frage jedes Deutschen sein — wie dann aber eine Politik zu verantworten ist, die auf nichts anderes abzielt, hinaus will und hofft als auf solche Erhebungen. Wie kann man das eine mit dem anderen in Einklang bringen, wenn nicht der Verdacht aufkommen soll, daß hier ganz einfach an der Wahrheit vorbeigeredet wird und man alle und vielleicht sich selbst zu betrügen sucht. Dies ist genau genommen eine Sackgasse. Wenn wir sagen, die amtliche Politik sei in einer Sackgasse, dann tönt uns das Echo entgegen: Ja, aber was ist eure Alternative? Ich fand in einer beachtenswerten Arbeit, die Walter Lippman kürzlich gemacht hat und mit der er in die Diskussion um die Vorträge Kennans eingriff, die Feststellung, seine eigene Ansicht sei, daß die westlichen Alliierten auf dem Weg, den sie in den Nachkriegsjahren beschritten hatten, in eine Sackgasse geraten sind. Und, so sagt Lippman weiter: Der Weg, den Kennan aufwies, ist die einzige Alternative, die eine gewisse Aussicht hat, zur Wiedervereinigung Deutschlands und zur nationalen Unabhängigkeit der osteuropäischen Staaten zu führen.

Wenn also Lippman von einer Sackgasse spricht, so wird man es wohl eher ernst nehmen, als wenn wir es tun. Lippman hat — und da komme ich noch einmal zu dem zurück, was der Labourabgeordnete Robens stellvertretend für viele über die in Deutschland heranwachsende Situation und Gefahr gesagt hat — in seiner nüchternen Art erklärt, es sei doppelsinnig, einerseits die Wiedervereinigung zu fordern und gleichzeitig sich der Evakuierung des deutschen Gebiets zu widersetzen. Außerdem sei es — wie er sagt — ein „grausamer Betrug", wie Ungarn es so lebendig und so schmerzlich bewies, von der Befreiung der gefangenen Völker zu reden, wenn es keine ernstliche Aussicht auf den Abzug der Roten Armee von ihren Territorien gibt. Aber die Argumentation ist immer nur die, daß es diesen Abzug eben nicht geben könne, weil man ja den Russen nicht zumuten könne, daß sie ihn vorschlügen. Bieten sie ihn aber an, um den Preis gewisser Gegenleistungen, so sagt man, das könne doch gar nicht ihr Ernst sein. Wenn es aber ihr Ernst ist, dann müsse dahinter etwas Teuflisches stecken, dann sei es eine Gefahr für den Westen. Also: Paßt das eine Argument nicht, dann paßt zumindest das andere. Und in jedem Fall: Wir wollen, daß es so bleibt, weil — weil wir lieber in dieser Sackgasse bleiben wollen (Starker Beifall), als daß wir den Mut haben und den Weg suchen, der aus ihr herausführt. Denn dieser Weg kann nach allem, was sich entwickelt hat, nur ein Weg sein, der zu einer Zone oder zu einem Gebiet in Europa führt, in das Deutschland einzubeziehen sein würde, einer Zone, in der Vereinbarungen über die militärischen Stärkeverhältnisse und über ihre Kontrolle wirksam werden. Sofort kommt die Antwort: Solcher Kontrolle unterwerfen wir uns nicht, das wäre ein Verstoß gegen die Souveränität. Aber es gibt heute auch schon im Regierungslager Stimmen, die von einer solchen Antwort abrücken und immerhin Bereitschaft erklären, wenn bestimmte Bestimmungen erfüllt würden.

Zu dieser Zone, die heute schon viel mehr als in Deutschland im Ausland das Denken befaßt, möchte ich sagen: Wenn diese Zone von Anfang an

mit einem geeinten Deutschland gebildet werden kann, um so besser. Dann müßten wir aber etwas dazu tun, daß diese Vereinigung Deutschlands vorher möglich wäre. Wir können uns nicht darauf beschränken zu sagen, diese müßte hergestellt werden, und dann könnten wir bereit sein, einer solchen Kontrolle oder verdünnten Zone zuzustimmen. Man muß bereit sein zu dem Weg, auf dem die Verhandlungen für einen Friedensvertrag geführt werden können. Der Weg ist noch nicht versperrt. Er ist noch nicht einmal durch die an und für sich sehr starre Stellungnahme der östlichen Seite hinsichtlich der Wiedervereinigungsprozedur versperrt. Denn im letzten russischen Aide-memoire, das ja bezeichnenderweise im Bundestag und in der Öffentlichkeit zum Gegenstand eines sehr unappetitlichen Verschleierungsmanövers gemacht worden ist, steht sogar, daß nach russischer Ansicht zwar die Konföderation der beiden Teile Deutschlands das Gegebene wäre; aber wenn andere Vorschläge gemacht werden könnten und sollten, dann wäre dem nichts entgegenzusetzen, man wäre auch dazu bereit. Also dieser Weg ist noch nicht versperrt.

Die Frage ist nur — und diese Frage ist bisher nicht positiv beantwortet worden —, ob man bundesregierungsseits überhaupt bereit ist, jetzt den Weg zu Verhandlungen über einen deutschen Friedensvertrag zu gehen. Wenn aber — das möchte ich auch ausdrücklich sagen — die Wiedervereinigung Deutschlands vorher nicht erreichbar sein sollte — unter anderem auch aus dem Grund, der in der bundesrepublikanischen amtlichen Politik liegt —, dann sollte auch daran die Bildung einer solchen Zone, einer atomwaffenfreien Zone, wie sie der polnische Außenminister vorgeschlagen hat, oder ergänzt und sinnvoll weiterentwickelt, wie sie Gaitskell und andere inzwischen vorgeschlagen haben, nicht scheitern. Denn ich finde, es würde kein Nachteil sein, wenn neben der Bundesrepublik Deutschland die DDR unter eine übergeordnete militärische Kontrolle käme. Das könnte der Ausgangspunkt dafür werden, die Teile Deutschlands in ein Verhältnis zueinander zu bringen, bei dem kein Teil den anderen verschluckt, aber die Notwendigkeit und auch die Möglichkeit der Annäherung der Teile Deutschlands durch einen entsprechenden Rahmen gegeben wäre. Das also könnte der Wiedervereinigung behilflich sein.

Wir sagen, daß die Wiedervereinigung Deutschlands in gesicherter Freiheit im gemeinsamen Interesse des deutschen Volkes und der Nationen Europas liegt. Wir sagen das auch in unserem Resolutionsentwurf. Ich möchte darauf hinweisen, daß wir dort erklären, daß die Verwirklichung der Wiedervereinigung ein entscheidender Schritt zur friedlichen Zusammenarbeit aller Völker Europas sein wird. Auf zwei Sätze möchte ich die Aufmerksamkeit aller richten: Die Forderung nach der Wiedervereinigung darf nicht zum Vorwand für die Fortsetzung des Wettrüstens genommen werden. Die Forderung nach der Wiedervereinigung darf nicht mißbraucht werden, um militärische, machtpolitische, ideologische oder wirtschaftliche Interessen zu vernebeln. Wir meinen, daß es so richtig ausgedrückt ist, und diese Worte sollten um so nachdrücklicher zur Kenntnis genommen werden, als es noch nicht lange her ist, daß wir aus dem Bundeskanzlerpalais erfuhren, daß nach einem Zusammentreffen des Bundeskanzlers mit dem französischen Außenminister der vorigen

Regierung festgestellt wurde, Frankreich werde auf einer Gipfelkonferenz, wenn sie zustande komme, die Forderung, die Wiedervereinigung Deutschlands als einen Tagesordnungspunkt zu behandeln, vertreten. Es ist uns damals amtlicherseits mit der Genugtuung, die in Bonn üblich ist, versichert worden, was das doch für ein Beweis für die Festigkeit dieser Wiedervereinigungspolitik und ihres Fundamentes sei. Wir haben schon damals gesagt, daß das leider kein Beweis dafür ist, sondern eher ein Beweis dafür, wie sehr sich hier zwei Dinge miteinander verbunden haben, eine Interessenverbindung miteinander eingegangen sind: Jene französische Regierung, der diese Advokatur gerade recht kam, weil ihr vordringliches Bestreben war, daß Frankreich so schnell wie möglich zur Atommacht Nr. 4 wird. Da kann man gut sagen, man werde für eine Wiedervereinigung als Tagesordnungspunkt auf einer Gipfelkonferenz einstehen (selbst wenn daran die Gipfelkonferenz noch lange scheitern sollte).

Vielleicht lesen wir heute manches mit anderen Augen, was Paul Sethe in jenem schmalen Bändchen „Die großen Entscheidungen" dieser Tage der Öffentlichkeit vorgelegt hat. Das ist kein Sozialdemokrat. Ich weise darauf hin, nicht, weil mir daran liegt, daß etwa die Gegner der Adenauerschen Politik zu beweisen hätten, sie hätten immer recht gehabt, sondern weil mir daran liegt, darzutun, daß die Gegner der Adenauerschen Politik — und da stehen manche wie Paul Sethe und andere neben uns, und zwar gerade in der Sorge um diese Wiedervereinigung, obwohl sie nicht der Sozialdemokratischen Partei angehören — turmhoch über jenen Verfechtern der amtlichen Politik stehen, weil sie immer noch aus den Trümmern der amtlichen Politik heraus wieder etwas auszugraben versuchen, was doch noch den immer schwieriger werdenden Weg zur Wiedervereinigung gangbar werden lassen könnte. So auch bei Paul Sethe. (Beifall.)

Es wird immer wichtiger, was von den Deutschen selbst zugunsten der Wiedervereinigung getan wird. Ich sage „immer wichtiger". Es hat eine Zeit gegeben, in der man daran denken konnte, daß die Wiedervereinigung einfach durch die vier Mächte beschlossen würde und daß die Deutschen sozusagen den Vollzug zu übernehmen hätten. Die Zeit ist vorbei; sie ist vertan worden, sie ist verpaßt worden. Die Zeit zwischen den Noten vom März 1952 bis zu jenem Abschluß im Januar 1955 ist nicht wieder zurückzurufen.

Deswegen wird immer wichtiger, was die Deutschen selbst zugunsten der Wiedervereinigung tun. Nicht etwa, weil wir es allein schaffen könnten, aber weil ohne unsere Mithilfe, ohne die Mithilfe der Deutschen, gewiß nichts zustande kommt. Das Problem der Überwindung der innerdeutschen Spannungen und Spaltung erfordert deshalb immer größere Aufmerksamkeit von uns selbst. Ich glaube, daß auch die Befürworter der internationalen Entspannung an der Verminderung der Spannungen in Deutschland interessiert sein müssen, denn es wäre doch seltsam, wenn man an der Aufrechterhaltung der Spannungen in Deutschland interessiert sein sollte und zugleich einer internationalen Entspannung das Wort reden möchte. Wie wollte man das unter einen Hut bringen?

Wir können das, was zur innerdeutschen Entspannung zu tun ist, auch nicht allein tun; aber von der Bundesrepublik aus ist mehr zu tun mög-

lich, als was unter Adenauers Führung bisher für möglich gehalten wurde. Ich möchte Ollenhauers Wort von der Kundgebung auf dem Marktplatz am Sonntag, als er sagte, solange es eine SPD in der Bundesrepublik gebe, werde ihre Politik eine gesamtdeutsche Politik und ein ständiges Bemühen um die Wiedervereinigung sein, so deuten: Die SPD hat das Ihre zu tun, damit der Kalte Krieg in Deutschland überwunden wird. Sie hat das Ihre zu tun zur Verminderung der Spannung.

Als die Außenminister der vier Mächte im Jahre 1949 nach der Beendigung der Berliner Blockade ihre Pariser Konferenz schlossen, ohne daß es auf dieser Konferenz zu einer Vereinbarung über die deutsche Einheit gekommen war, erklärten sie in ihrem Schlußkommuniqué:

> Die Besatzungsbehörden werden sich auf einer Viermächtegrundlage gegenseitig in Berlin konsultieren. Diese Konsultationen bezwecken u. a. die Milderung der Auswirkungen der gegenwärtigen administrativen Teilung Deutschlands und Berlins namentlich in folgenden Angelegenheiten:
>
> a) Förderung des Handels und Entwicklung der Finanz- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Westzonen und der Ostzone sowie zwischen Berlin und den verschiedenen Zonen.
>
> b) Erleichterung des Personen- und Güterverkehrs und des Nachrichtenaustausches.
>
> c) Erwägung von Fragen gemeinsamen Interesses hinsichtlich der Verwaltung der vier Sektoren in Berlin im Hinblick auf eine möglichst weitgehende Normalisierung des Lebens in der Stadt.

In der Schlußverlautbarung hieß es weiter:

> Zur Unterstützung der Konsultationen können die Besatzungsbehörden deutsche Sachverständige und geeignete deutsche Organisationen ihrer Jurisdiktion beiziehen. Diese Deutschen würden sachdienliche Angaben austauschen, Berichte vorbereiten und bei allseitiger Zustimmung den Besatzungsbehörden Vorschläge unterbreiten. Die Besatzungsbehörden werden den führenden deutschen wirtschaftlichen Körperschaften der Ostzone und den Westzonen empfehlen, die Schaffung enger wirtschaftlicher Bande zwischen den Zonen und die wirksamere Durchführung von Handel und anderen wirtschaftlichen Abkommen zu erleichtern.

Soweit diese Schlußverlautbarung.

Damals sprach man von der Notwendigkeit, wenn schon die Spaltung nicht unmittelbar zu überwinden möglich gewesen sei, einen modus vivendi zu finden. Manchem, der das damals gelesen oder gehört hat, sind dabei gemischte Gefühle hochgekommen, weil man nicht zuletzt in Deutschland fürchtete, ein solcher modus vivendi könnte zu einer Dauereinrichtung werden. Hätte man sich aber damals um diesen modus vivendi bemüht und ihn zustandegebracht, wenn auch nur in dieser bescheidenen Form, wie es in der Schlußverlautbarung zum Ausdruck kommt, so wäre vieles anders und vieles möglich geworden. Das hätte jedenfalls der inneren Verbindung Deutschlands und der Deutschen helfen und dienen können.

Sieben Jahre später — man könnte auch sagen: zu spät —, nämlich am 30. Mai 1956, hat der Minister für Gesamtdeutsche Fragen im Bundestag zum erstenmal namens der Bundesregierung überhaupt zu dieser Verlautbarung Stellung genommen. Er hat damals, sieben Jahre danach, wenn ich ihn nicht falsch verstanden habe, zum Ausdruck gebracht, ein solcher Weg könne, ja er solle beschritten werden. Aber inzwischen waren in Berlin und in Genf Außenministerkonferenzen. Weder in Berlin noch in Genf ist der Versuch gemacht worden, an Paris anzuknüpfen. In Berlin hat man gesagt, das sei für die Außenminister eine zu kleine Sache, das würden die Hohen Kommissare — so nannte man sie damals noch — unmittelbar nach der Konferenz tun. Das sei schon abgesprochen. Wenn das abgesprochen gewesen ist, so möchte ich heute noch wissen, warum man es dann nicht getan hat. Ich nehme an, es war nicht abgesprochen, sondern man hat nur zur Beruhigung so gesagt.

In Genf hat man sich erst gar nicht die Mühe gegeben, diese Verkleidung zu wählen. Man hat den Weg überhaupt nicht weiterverfolgt. Man hat sich dann in die Polemik geflüchtet, weil inzwischen von der Ostseite der Gesamtdeutsche Rat vorgeschlagen worden war, u. a. auch zur Erledigung solcher Fragen. Man sagte, das könne nicht zur Debatte stehen.

Müssen wir nun annehmen, es lasse sich in dieser Hinsicht, in der Hinsicht eines modus vivendi und der inneren Verzahnung oder Verklammerung und Verbindung der Teile Deutschlands und ihrer Menschen nichts mehr tun? Bleibt uns tatsächlich nur der Trost — wenn das ein Trost sein soll —, daß die große Mehrheit unserer Landsleute auf beiden Seiten der Zonengrenzen sowieso einig sei in ihrem Willen zur Einheit, wie wir es immer wieder hören und wie wir es demnächst, fünf Jahre nach jener erschütternden Bewegung in der Zone am 17. Juni 1953 wieder hören werden? Ist es so, daß der Zusammenhalt der Deutschen sozusagen selbstverständlich die Prüfung der Spaltung überdauern wird? In diesen Tagen, und wir werden es wohl immer wieder erleben, solange man nicht den Mut hat zu Regelungen, erlebten wir wieder, wie leicht Störungen auf wirtschaftlichem, Verkehrs- und anderen Gebieten eintreten können, weil damit gewisse politische Zwecke verfolgt werden. Darauf würde wahrscheinlich noch weniger reagiert werden, wenn nicht, wie im Falle der Binnenwasserstraßen-Benutzungsgebühr Interessen des geteilten Berlins unmittelbar betroffen würden. Man hat dann doch noch das Gefühl, daß man sich hier zum Wort melden muß. Ich gebe mich jedenfalls nicht damit zufrieden, daß man sagt, das alles sei eben die Folge des Verhaltens der Behörden und des Regimes in der sowjetisch besetzten Zone. Natürlich ist es das, wenn man so will, das auch. Aber das zu sagen ist viel zu wenig, und es wird sogar falsch, wenn man es ablehnt, sich in unser eigenes Verhalten, in das Verhalten der bundesrepublikanischen Seite, hineinzuvertiefen und zu versuchen, ob wir nicht etwas zur Änderung beitragen könnten.

Wir hatten am 30. Mai des Jahres 1956 einen Antrag eingebracht, der im Bundestag Nr. 2 nicht einmal hat zu Ende behandelt werden können. Es kam einfach, weil die Mehrheitsverhältnisse es so möglich machten, niemals zu einem Bericht über diesen Antrag. Wir reden von parlamentarischer Demokratie. Wir haben in der Behandlung parlamentarischer

Angelegenheiten noch nicht einmal die Demokratie, die in einem Parlament sein sollte. (Lebhafter Beifall.) Damals haben wir eine ganze Reihe, darunter sehr konkrete Forderungen und Vorschläge für diese inneren Beziehungen zu Papier gebracht. Am Schluß haben wir gesagt, daß es der Sinn unserer Forderungen sei, den Zusammenhalt der Teile Deutschlands zu festigen und damit der Wiedervereinigung unter einer freigewählten deutschen Regierung zu dienen und der Welt zum Bewußtsein zu bringen, daß die Teilung Deutschlands vom deutschen Volk nicht anerkannt wird; und unbeschadet der vorbehaltenen Rechte und Verpflichtungen der vier Mächte gegenüber Deutschland als einem Ganzen müssen mit den in der sowjetisch besetzten Zone bestehenden Behörden alle nötigen Besprechungen geführt werden, um diesen Forderungen die Möglichkeit der Gestaltung zu geben. Die Bundesregierung muß das tun, was der inneren Entspannung und der Erleichterung der Lage der Bevölkerung jenseits der Zonengrenze dienen kann. Das heißt: Sie muß auch mit den in der sowjetischen Besatzungszone amtierenden Behörden ins Benehmen treten, wenn das für die Erreichung dieses Zweckes unvermeidlich ist. (Beifall.)

Natürlich ist das keine populäre Sache; das weiß ich ganz genau. Wer aber darauf verzichtet, der sage offen, daß ihm der Konflikt lieber sei! (Lebhafter Beifall.) Der lege sich dann aber auch Rechenschaft darüber ab, daß die Hauptleidtragenden des Konflikts diejenigen unter unseren Landsleuten sind, die jenseits der Zonengrenzen leben müssen. (Beifall.) Das muß er dann auch sagen, und er kann nicht sagen, daß wir stellvertretend für diese Menschen die Last trügen. Die tragen sie für die Deutschen insgesamt, obwohl wir den Krieg gemeinsam verloren haben. Nicht wir tragen sie; wir führen das große Wort. (Lebhafter Beifall)

Es ist besser, finde ich jedenfalls, in nüchterner Einschätzung der durch die bisherigen Versäumnisse geschaffenen Tatbestände noch — ich sage „noch" — Schritte zur Verminderung der Auswirkungen der Spaltung Deutschlands zu tun, als in die Ausweglosigkeit der sonst unvermeidlich werdenden völkerrechtlichen Anerkennung der endgültigen Teilung Deutschlands zu geraten. Ich stehe nicht an zu sagen, daß ich bereit bin — und dazu wird die ganze Sozialdemokratische Partei bereit sein —, alles zu unterstützen, was z. B. die Bundesregierung und ihr Minister für gesamtdeutsche Fragen mit diesem Begriff der offenen Tür, das heißt der Freizügigkeit und des Sichfreibewegens über die Zonengrenzen hinweg, meinen. Man muß aber auch wissen, daß das nicht genügen kann und daß das zur Farce zu werden droht angesichts der Verhärtung der Spannung, der Vergröberung der Spannungen, wie sie mit dem Wettrüsten einhergeht. Jedenfalls müssen wir uns bewußt sein, daß die andere Seite des geteilten Deutschlands nicht zu umgehen ist, wenn es um solche Regelungen geht. Deswegen müssen wir auch solche Schritte gehen, die geeignet sein können, die andere Seite in solche Regelungen, die der inneren Entspannung dienen, die der Verklammerung der Teile Deutschlands dienen können, einzubeziehen.

Wir haben es mit den Einwendungen der Bundesregierung zu tun. Sie hat die Mehrheit und die Macht. Angesichts der Einwendungen der Bun-

desregierung, die es schon als eine Anerkennung bezeichnet, wenn etwa ein Abteilungsleiter eines sowjetzonalen Ministeriums mit einem entsprechenden Mann hier über bestimmte Fragen, die beide Teile Deutschlands angehen, verhandeln soll, angesichts der Einwände der Bundesregierung muß nach Umwegen gesucht werden. Etwa in der Richtung, Treuhandstellen nach dem Modell der Treuhandstelle für den innerdeutschen Handel zu suchen. Dabei wäre der schlechteste Weg der, alles auf diese eine schon bestehende Stelle abzuwälzen. Man kann sich auch etwas neues, was die Beziehungen betrifft, einfallen lassen. Es wird einem kein Zacken aus der Krone fallen, denn wir werden immer ungefähr übereinstimmen mit jenen Sachgebieten. Man möge vor der Erinnerung an die Worte nicht erschrecken, die damals im Potsdamer Abkommen für die Staatssekretariate und für die inneren Beziehungen auf gewissen Sachgebieten festgelegt worden sind. Um die kommt man einfach nicht herum.

Der Minister für Gesamtdeutsche Fragen hat solche Treuhandstellen, als er sein Amt angetreten hatte und in dieser Beziehung jedenfalls noch ziemlich jungfräulich war, für wünschenswert gehalten. Er hat sich sehr schnell korrigiert. Das bringen Ämter mit sich. Es waren noch keine acht Tage vergangen, da hat er sich dementiert und erklärt, er sei von denen, die schon länger in diesem Amt sind, überzeugt worden, daß es so nicht gehe und daß es so genüge, wie es jetzt gehe. Das genügt eben nicht.

Die Bundesregierung lehnt aus politischen Gründen das ab, was von der Ostseite mit dem Gesamtdeutschen Rat vorgeschlagen worden ist. Sie sieht sich auch nicht imstande, eine Konföderation ins Auge zu fassen. Darüber ist gesprochen und das Für und Wider erörtert worden. Aber muß die Bundesregierung nicht wenigstens bereit sein, Vorschläge zu erörtern, durch die ein Instrument geschaffen wird, das der inneren Verklammerung der Teile Deutschlands dienen kann? Gewiß, die Bundesregierung ist die Bundesregierung; sie bestimmt, was sie an Verpflichtungen eingehen will und was sie mit den bisher eingegangenen Verpflichtungen vereinbaren kann. Sie muß wissen, wie weit sie gehen kann, wie weit sie gehen will. Aber die Öffentlichkeit in Deutschland muß um der Sache willen, um der Sache der inneren Verklammerung der Teile Deutschlands und der menschlichen Beziehungen über die Zonengrenze hinweg willen, die Regierung bis an die äußerste Grenze des Möglichen drängen. Dies hat die Regierung festzustellen, so lange sie die Regierung ist; aber die Öffentlichkeit muß verlangen, daß das, was möglich ist, um der inneren Entspannung zu dienen, auch geschieht. (Beifall.)

Warum werden aber Gedanken in dieser Richtung auch bei uns, überall, nur so zögernd oder sogar mit Unbehagen aufgenommen? Auch ich flüchte mich hinter einen, der nicht verdächtigt werden kann, auch wenn man ihn bis jetzt totschweigt, hinter Arnold Brecht. Ich erinnere an sein schmales Heft „Wiedervereinigung", an die drei Vorlesungen, die vor der Heidelberger Universität gehalten wurden. Es wurde davon fast nichts erwähnt in den Organen unserer öffentlichen Meinung — man verzeihe diesen Ausdruck. Das Heftchen ist erschienen in der Nymphenburger Verlagsanstalt. Immer wenn in diesen Jahren der Spannung und der Spal-

tung etwas von diesem früheren preußischen Staatssekretär Arnold Brecht auftauchte, ein Vortrag oder ein Aufsatz — er hat sich selten vorgedrängt —, war etwas darin enthalten, was zum Nachdenken gebieterisch anregte. Auch hier in diesen drei Vorträgen. Ich will sie nicht wiedergeben, möchte aber sagen, was er dort, nachdem er nachgewiesen hat, daß die amtlichen Wiedervereinigungshypothesen und Thesen von West und Ost untauglich seien, zur Findung von Vernachlässigtem sucht, das ist nachdenkenswert. Besonders nachdenkenswert für uns ist, was die Gestaltung eines vereinigten Deutschlands betrifft, aber auch, was die jetzigen Bemühungen um eine innerdeutsche Entspannung betrifft. Das, was Arnold Brecht als das große Problem der Koexistenz von freier Wirtschaft und Sozialismus innenpolitisch bezeichnet.

Ich möchte nicht, daß eine Diskussion darüber entbrennt, daß wir das, was auf der anderen Seite der Zonengrenze praktiziert wird, nicht als Sozialismus anerkennen. Darüber haben wir oft gesprochen Ich lasse es bei Brechts Worten, der sich dem allgemeinen Sprachgebrauch anschließt, wenn er sagt:

> Außenpolitisch sei doch diese Koexistenz von Ländern der freien Wirtschaft und von sozialistischen Ländern oft besprochen worden, teils negativ, teils positiv. Aber bei der Wiedervereinigung hätten wir es mit einer noch viel zugespitzteren Frage zu tun: Koexistenz von freier Wirtschaft und Sozialismus innerhalb eines Landes, innerhalb des wiedervereinigten Deutschlands. Der Ostblock verlange, daß mindestens die Zone nach der Wiedervereinigung weiter sozialistisch bleiben müsse; der Westblock verlange, daß die Mehrheit des gesamtdeutschen Parlaments das Recht haben müsse, den Sozialismus auch in der bisherigen Sowjetzone abzuschaffen.

Brecht fragt: Gibt es denn gar keine andere Alternative? Man hört oft, daß ein Land nur entweder freie Wirtschaft oder Sozialismus haben könne, aber nicht beides. Das sei aber offenbar unrichtig. Viele Betriebe werden auch innerhalb des Westblocks als Staats- oder Gemeindebetriebe verwaltet, wie Post, Eisenbahn, Wasser, Gas, Elektrizität, Flugwesen, Kohle in England, Volkswagen in der Bundesrepublik und anderes mehr. Umgekehrt gibt es selbst in der Sowjetunion freies Eigentum an Wohnungen, Gebrauchs- und Luxusgegenständen, Sondereigentum der Kolchosenbauern und vor allem Eigentum an Geld, Erspartem und Ererbtem. Kein wissenschaftlich zwingender Grund würde es verbieten, daß ein geographischer Teil eines großen Landes in stärkerem Umfang sozialistisch verwaltet wird als der Hauptteil, in dem die freie Wirtschaft überwiegt. Das ist vielleicht ein wenig kompliziert, vielleicht unerwünscht, aber nicht schlechterdings unmöglich.

Das heißt also: Ein Mann wie dieser Arnold Brecht wirbt um Kompromisse, vor allen Dingen aber ums Nachdenken, wirbt darum, daß wir Deutsche in unserem eigenen Interesse davon abgingen, einfach in Kampfstellung und Versteifung zu gehen, wenn von der jeweils anderen Seite die Rede ist. Er sucht auch hier nach Wegen der Entspannung. Wir haben das sogar von einem katholischen Soziallehrer, von Nell-Breuning, hören und lesen können. Er hat — darüber freue ich mich — in der

Gesamtausgabe seiner Schriften und Reden auf diese Kampfrede und das Nachspiel, weil ihm vorgeworfen worden ist, er fördere die SED, hingewiesen. Wie könnte es auch anders sein, als daß ihm vorgeworfen wird, er fördere die SED, wenn jemand sagt, nicht alles, was auf der anderen Seite entstanden ist, muß beseitigt werden; dann muß er ja, auch wenn er Jesuitenpater ist, doch etwas mit der SED zu tun haben. Aber er hat festgehalten an seinem Wort, daß die Wiedervereinigung das Aufeinanderzukommen der Teile Deutschlands bedinge und voraussetze und daß man in dieser Richtung arbeiten muß. (Lebhafter Beifall.)

Nichts anderes, wenn auch viel bescheidener, weil von einem Nichtfachmann — und heute gilt ja nur, was Fachmänner sagen auf ihrem Gebiet; wenn sie aber mal etwas sagen wie die Atomforscher und es paßt in die offizielle Richtung nicht, dürfen die Männer nichts sagen — (Lebhafter Beifall.) nichts anderes war es ja mit meinem Diskussionsvorschlag einer deutschen Wirtschaftsgemeinschaft, eines Aufeinanderzukommens in Etappen, indem man sich von Anfang nicht zuviel gegenseitig abverlangt, in dem man aber der Verzahnung, der inneren Verklammerung den Weg bahnt.

Solange wir es mit Verhältnissen zu tun haben, wie den jetzigen, solange nicht ein Kontrollrahmen für eine militärische Entspannung besteht, in dem beide Teile Deutschlands in ein Verhältnis zueinander kommen können, wird alles, was man an „Politik der offenen Tür" und menschlichen Beziehungen wünschen und sagen mag, ein schöner Gedanke sein, und die Hauptlast wird auf der privaten Initiative liegen, aber jede private Initiative, innere Beziehungen zum anderen Teil Deutschlands zu halten, zu den Menschen dort, wird — wie sie sich auch drehen und wenden mag — auf der anderen Seite es mit politischen Faktoren zu tun haben, und dann setzt hier wieder ein, daß man sogar die private Initiative zu gängeln und einzuschüchtern versucht, da man nicht mit Kommunisten diskutieren kann. Man darf zwar Leute einladen, die erklärte Antikommunisten sind — wie sollten sie das übrigens unter den Verhältnissen drüben sein — aber, bitte, das darf man. Aber wenn darunter einer sein sollte, der z. B. mitgeschickt wird, damit er hört, was die anderen hier so sagen, dann ist die Sache schon wieder schlecht, meint man. Ich finde, wir machen uns die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus und mit den ihm zugrundeliegenden Problemen alle zu leicht, wenn man sich weiter so verhält. (Lebhafter Beifall.)

Wir können uns aber nicht so verhalten, wie es heute Protokoll-Mode geworden ist. Wenn irgend jemand mit Tomaten beworfen wird, sagt man z. B.: Das sind keine Peruaner, sondern Kommunisten. (Heiterkeit. Lebhafter Beifall.)

Würde die Stärke einer Nation nicht darin bestehen, daß sie auch darum kämpft, diejenigen, die sich in ihren eigenen Reihen als Kommunisten bezeichnen, an einem bestimmten Punkt der Nation zu verpflichten, sich als Deutsche, als Zugehörige der Nation, zu bewegen, oder haben wir das alles zusammen schon aufgegeben?

Wenn wir das aufgegeben haben, gibt es nur noch den Weltbürgerkrieg, wenn man so will. Aber, sogar die Ereignisse in Ungarn zeigen, daß man

das nicht aufzugeben hat, und man soll das nicht nur im Sinne des Kalten Krieges und der heißen Aufstände bedenken.

Keiner Nation, keinem Staat in der Welt ist es möglich, sich der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus zu entziehen. Die einen machen es auf die faschistische Weise, die anderen auf polizeistaatliche Weise, und andere haben es getan auf demokratische Weise. Ich habe den Eindruck, daß Länder, die es auf demokratische Weise versucht und die es dabei verstanden haben, daß dazu ein hohes Maß von innerer sozialer Strukturveränderung gehört, daß die Länder in der Auseinandersetzung bisher am besten gefahren sind. (Lebhafter langanhaltender Beifall.)

Warum sollte denn ausgerechnet im geteilten Deutschland, warum sollte ausgerechnet uns Deutschen sozusagen die Möglichkeit gegeben werden, uns mit dem Problem Kommunismus innenpolitisch und als demokratischer Staat, als demokratische Gemeinschaft eigentlich nicht auseinanderzusetzen? Denn von den Traktätchen, die verteilt werden, sehe ich mal ab. (Heiterkeit.)

Sollen wir denn das Problem Kommunismus als ein außenpolitisches Problem vor unserer Tür stehen lassen? Ich warne davor. Dann wird die Lösung um so schwieriger sein. (Lebhafter Beifall.)

Sie wird nicht billiger, sie wird viel kostspieliger sein, als wenn man das Problem auf die Hörner genommen hätte und es zu einem innenpolitischen Problem hätte werden lassen. Aber wir haben Machtverhältnisse: Die, die davon gekommen sind nach der Katastrophe, sehen lieber ein Stück Deutschlands unter kommunistischer Führung oder wenn auch unter kommunistischer Führung zu einem separaten Staat werden, als innenpolitisch sich der Problematik Kommunismus und was ihr zugrunde liegt so zu stellen, daß dabei eine Lösung herauskommt, die demokratisch vertretbar und nützlich ist. (Lebhafter Beifall.)

Ganz schlecht ist bei dieser Arbeitsteilung, wie sie heute amtlich besteht, daß man die privaten Menschen animiert, die Beziehungen im gespaltenen Deutschland zu den Mitmenschen und Landsleuten zu halten und daß für das Amtliche und auch für die Parteien das Problem Kommunismus und inner-deutsche Beziehungen eigentlich teils ein außenpolitisches, teils ein polizeiliches Problem oder ein Problem des Verfassungsschutzes ist. (Lebhafter Beifall.)

Die deutsche Politik, wenn sie eine solche werden soll, wird Wege finden müssen, die zur Annäherung der Teile Deutschlands führen könnten, und sie muß auch denken lernen an die Möglichkeit der Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands in Etappen. Es gibt nur eines, was dabei unverzichtbar ist: Das ist die persönliche und die staatsbürgerliche Freiheit, uneingeschränkt für alle Deutschen; über alles andere läßt sich diskutieren. (Lebhafter Beifall.)

Wenn es dahin kommen soll, werden alle, die etwas für die Einheit Deutschlands tun wollen, das Menschenmögliche tun müssen, um so viel wie möglich vom Zusammenhalt der Deutschen zu retten. Das sollte man amtlicherseits weder gängeln noch beargwöhnen oder erschweren, und man sollte die Diskussion, auch die Diskussion mit den dafür Ausgebildeten

auf der anderen Seite, nicht scheuen, sondern suchen, in der Erwartung, daß es viele Mithörer geben kann, die dabei lernen und vielleicht lernen manche von denen sogar als Spätzünder, die heute geschickt werden, um mit uns zu diskutieren. (Lebhafter Beifall.)

Wir müssen uns um die Menschen kümmern und müssen ihnen helfen und auch denen helfen, die sich um sie kümmern, d. h.: Wenn wir überhaupt zur Wiedervereinigung kommen wollen, muß dieses Volk als Nation zusammengehalten werden, und man darf nicht schon vorher wieder teilen, wie es heute in gewissen ideologischen Kursen — man lehrt ja hier auf unserer Seite der Zonengrenze, wie man so schön abgekürzt sagt, „diamat", um gerüstet zu sein für die Diskussion — gesagt wird, daß das eigentlich schon gar nicht mehr Menschen oder Deutsche seien, mit denen wir es dort zu tun hätten. Nein, laßt uns uns um die Menschen kümmern, auch mit Sicht darauf, daß wenn die Wiedervereinigung politisch gelingt und verwirklicht werden kann, wir uns dann ja auch sehr um die Menschen werden kümmern müssen. Man wird es dann ja nicht in einer Art Gesetzeswerk — ich wollte gerade sagen 131er-Gesetz, aber das geht ja in einer ganz anderen Richtung, nach der umgekehrten Richtung — machen wollen. Die Deutschen, oder sagen wir die Mehrheit der Deutschen, diesseits und jenseits der Zonengrenze — das scheint mir wesentlich und das wollten wir in unserer Resolution besonders anleuchten —, müssen wohl stärker, als es bisher der Fall war, für die Zukunft unseres Landes und damit für ihre eigene persönliche Zukunft in der Gemeinschaft unseres Volkes interessiert werden, für die Gestaltung eines Deutschlands, das nur als ein geeinigtes Deutschland gestaltet werden kann. Wenn man im „Kuratorium Unteilbares Deutschland" und in anderen — heute sagt man — Gremien so zusammenkommt und mit Leuten diskutiert und dort die Enttäuschung darüber zum Ausdruck gebracht wird, warum sich manche gar nicht für die Probleme der Wiedervereinigung interessieren, dann hört man meist als letzte Erklärung, das liege am Geschichtsunterricht, der bei uns praktiziert wird. Ich weiß davon nicht viel; ich gebe zu, es mag wahrscheinlich viel daran liegen, aber ich glaube, selbst beim besten Geschichtsunterricht wäre damit das Problem nicht zu lösen, wie man die jungen heranwachsenden Menschen für die Wiedervereinigung Deutschlands interessieren könnte, wenn man dafür nicht Gründe und Argumente hat, die mehr sind als der bloße Hinweis darauf, daß es einmal ein geeinigtes Deutschland gab (lebhafter Beifall), und die Ruinen aus der alten deutschen Zeit, die in unsere Zeit hineinragen — die allein können nicht zur Wiedervereinigung begeistern, auch wenn sie künstlerisch gestaltet oder aufgemacht werden. — Ich spreche von den Ruinen. (Heiterkeit.)

Mich hat immer ein Wort besonders erregt, das Kurt Schumacher, ehe er starb, schrieb, daß die Sozialdemokratische Partei von der Idee ausgegangen sei, nach dem Kriege ein Deutschland zu schaffen, das die Wiederholung der Schrecken der Vergangenheit ausschließt. Das eigentlich ist der Satz für ein wiedervereinigtes Deutschland, das Programm für das Verhalten nach außen und nach innen: auszuschließen die Wiederholung der Schrecken der Vergangenheit. Ich sage das auch, obwohl ich kein Hausherr bin, und mit Respekt sage ich es unseren ausländischen Gästen:

Wir — Ihr mögt manchmal über uns denken, was Ihr wollt — mühen uns, daß die Wiederholung der Schrecken der Vergangenheit unmöglich wird, und wir haben unsere Sorgen, weil wir — nehmt alles in allem — uns selbst und unser eigenes Volk doch wohl besser kennen, als Ihr selbst, unter der Voraussetzung, daß Euch Schreckliches in Besatzungszeiten zugefügt worden ist, es habt kennenlernen können. Wir möchten nicht die Wiederholung der Schrecken der Vergangenheit (lebhafter Beifall), und dazu muß man die Wiedervereinigung haben.

Es gibt keine innere Ordnung für dieses Volk, die man in freier Selbstbesinnung bauen könnte, ohne daß das in einem vereinigten Deutschland geschehen kann. Die Teile Deutschlands werden — je länger um so mehr — zu einer inneren Entartung auch dessen, was demokratisch ist, führen. Das ist ein schrecklicher Aspekt. Man verschließe sich ihm nicht, und man schöpfe daraus Ansporn für Wiedervereinigungsbemühungen aus Gründen der gesellschaftspolitischen, menschlichen, ja der Entwicklung schlechthin in diesem Teil Europas. Darauf will unsere Resolution hinaus, mit dem, was sie im zweiten Punkt sagt.

Und ein letztes Wort: Wir haben unseren Entwurf beschlossen mit dem Ausdruck der Empörung, mit dem wir uns als Sozialdemokratische Partei gegen die mißbräuchlich im Namen des Sozialismus im sowjetisch besetzten Gebiet betriebene Knebelung der Freizügigkeit, der persönlichen und staatsbürgerlichen Freiheit wenden. Wir sagen das, gerade weil die SPD entschieden gegen die Politik des Wettrüstens und des Kalten Krieges kämpft. Gerade deshalb verurteilt sie es schärfstens, daß im sowjetisch besetzten Gebiet unter dem Vorwand des Kampfes gegen die Kriegstreiber erneut willkürlich die Bewegungsfreiheit der Bevölkerung eingeengt und tatsächlich die Spaltung Deutschlands vertieft wird.

Wir sagen, daß die Führung der kommunistischen SED durch ihr Verhalten gerade den reaktionären Kräften Vorschub leistet, deren Politik sie zu bekämpfen vorgibt, und damit entwertet sie selbst ihre fortgesetzten Anerbieten zur sogenannten „Aktionseinheit", denn ihre eigenen Aktionen leiten Wasser auf die Mühlen der Scharfmacher diesseits der Zonengrenze. (Lebhafter Beifall.)

Vielleicht verwundert es den einen oder andern, daß wir uns mit dem letzten Satz auch an eine kommunistische Partei, die die Macht in einem riesigen Land ausübt, wenden. Im allgemeinen sagt man ja, wir redeten nicht miteinander. Wir wenden uns an die Kommunistische Partei der Sowjetunion, von der wir fordern, daß sie der Bevölkerung Deutschlands jenseits der Zonengrenze das Recht der demokratischen Selbstbestimmung nicht länger verweigere, wie es jetzt tatsächlich geschieht (Beifall), indem nämlich die von der Kommunistischen Partei der Sowjetunion gestützte Führung der SED dieses Recht der Selbstbestimmung mit Füßen tritt.

Mit diesem Appell möchte ich meine Bemerkungen schließen in der Hoffnung, daß es unserem Parteitag gelingt, einige Steine, die dazu beitragen können, den Weg zur Wiedervereinigung zu pflastern, zustande zu bringen und so zu behauen, daß sie diesem Zwecke dienen könnten. Ich danke. (Starker, langanhaltender Beifall.)

Vorsitzender Dr. Alex Möller: Genossinnen und Genossen! Herbert Wehner hat eine so eindrucksvolle Analyse der politischen Situation im geteilten Deutschland gegeben, einen so mahnenden Rückblick auf die letzten Jahre geworfen, einen so starken Appell an Gewissen und Vernunft gerichtet, daß sich das Büro darüber einig war, Herbert Wehner nach Ablauf der Redezeit nicht zu unterbrechen, um die Gesamtwirkung dieser Darstellung nicht nur vor dem Parteitag, sondern auch vor der Öffentlichkeit klarzumachen. (Beifall.)

Wir danken dem Parteitag, daß er dieses Verhalten des Präsidiums nachträglich gebilligt hat.

Genossinnen und Genossen! Ich habe die angenehme Aufgabe, heute zwei Geburtstagskindern die Glückwünsche des Präsidiums, des Parteivorstandes und des Parteitags auszusprechen. Es sind dies Else Walter aus dem Bezirk Westliches Westfalen und John van Nes-Ziegler, Bezirk Mittelrhein. (Beifall.) Wir haben das Bedürfnis, den beiden Geburtstagskindern einige Blumen zu überreichen, und ich bitte die beiden, zu uns zu kommen. (Geschieht.)
Genossinnen und Genossen! Um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen, möchte ich vor Eintritt in die Diskussion noch einmal darauf hinweisen, daß in der Diskussion mitzubehandeln sind die Entschließungsanträge 202 und 203. Der Entschließungsantrag 203 bezieht sich auch auf die Anträge 15, 16 und 17, auf die Anträge 24 bis 30, auf die Anträge 32 bis 39 und auf den Antrag 42. Der Entschließungsantrag 202 bezieht sich auch auf die Anträge 13, 15 bis 17, 19, 24 bis 27, 34, 39 und 41. Es bleiben dann noch übrig die Anträge 31 und 40. Beim Antrag 31 ist Überweisung an den Parteivorstand beantragt. Der Antrag 40 soll abgelehnt werden. Der Antrag 13 ist inzwischen zurückgezogen worden.

Wir kommen nunmehr zur Aussprache. Als erster hat das Wort Heinrich Ritzel, Bezirk Hessen-Süd. Ihm folgt Ludwig Metzger, Darmstadt.

Heinrich G. Ritzel, Michelstadt: Liebe Genossinnen und Genossen! Sowohl Fritz Erler als auch Herbert Wehner haben über das Problem der Aufrüstung in Deutschland gesprochen. Ich komme aus den Beratungen des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestags, der noch nicht den Wehrhaushalt nach dem Einzelplan 14 behandelt hat. Die Mahnung, die Herbert Wehner vorhin aussprach, als er meinte, unsere bisherige Kritik an der Aufrüstung und ihren Kosten sei eher zu zaghaft gewesen, darf bei der bevorstehenden Beratung sicher berücksichtigt werden, um so mehr, als die Auskunft der Bundesregierung auf die sozialdemokratische Anfrage nach den Gesamtkosten der Aufrüstung bis zum März 1961 offensichtlich nicht der Wahrheit entspricht. In diesen Aufstellungen der Bundesregierung fehlen entscheidende Posten, die das deutsche Volk zur Kenntnis nehmen sollte, um auch nach der materiellen Seite hin Klarheit über die Frage der drohenden Belastung zu gewinnen. In den 52 Milliarden Mark, die die Bundesregierung zugibt, fehlen im besonderen die Ausgaben, die auf dem Gebiete der Beschaffung moderner Flugzeuge, auf dem Gebiete der Aufkiellegung und des Ankaufs von Kriegsschiffen und mehr noch auf dem Gebiete der atomaren Ausstattung der Bundeswehr auf uns zuzukommen drohen.

Genossinnen und Genossen! Das deutsche Volk ist sich in seiner erschütternden Mehrheit offensichtlich noch nicht über die wirtschaftlichen und währungspolitischen Folgen der drohenden Entwicklung klar geworden. Man greift nicht fehl, wenn man annimmt, daß aus den 52 Milliarden, die die Bundesregierung zugegeben hat, bis zum März 1961 eine Summe von schätzungsweise 80 Milliarden DM werden wird, wenn die Pläne der Bundesregierung zur Durchführung gelangen können.

Vorsitzender Dr. Alex Möller (unterbrechend): Ich möchte doch dringend darum bitten, hier im Saale Ruhe zu bewahren. Ich glaube, daß auch die Diskussionsredner wertvolle Beiträge zu diesem Thema leisten. Das beweisen auch die letzten Angaben des Genossen Ritzel. Es wäre dringend erwünscht, daß irgendwelche Unterhaltungen außerhalb dieses Saales geführt werden. (Beifall.)

Heinrich G. Ritzel (fortfahrend): Herbert Wehner hat von dem Widerspruch zwischen einer stabilen Wirtschaft und den Ausgaben für Atomrüstung gesprochen. Wie berechtigt die Warnung, die in diesen Worten lag, ist, wird dem klar, der heute den Bundeshaushalt im Entwurf 1958 nach seinen verschiedensten Teilen durchforscht, um dort die Wirkung für die zukünftige Entwicklung bereits für dieses begonnene Rechnungsjahr festzustellen mit einer Einschnürung notwendigster und selbstverständlichster Ausgaben auf allen Gebieten des sozialen und kulturellen Lebens. Wir sind schon in diesem Haushalt ein erbarmungswürdiges Opfer der Aufrüstungskosten geworden, und die deutsche Wirtschaft wird es in der nächsten Zukunft in einem heute ungeahnten Ausmaß noch viel mehr sein, denn auf uns warten schließlich Geldentwertung, Verschiebung der Lasten vom Bund auf die Länder und die Gemeinden, Zwang gegenüber den Gemeinden auf Erhebung der sogenannten Bürgersteuer, Verzögerung des inneren Lastenausgleichs zwischen Bund, Ländern und Gemeinden, wartet schließlich auch als einziger steuerpolitischer Ausweg direkter Natur für die Bundesregierung die Erhebung des verfassungsmäßig zulässigen Zuschlags zur Einkommen- und Körperschaftsteuer und wartet schließlich eine Wehranleihe. Es kann der Phantasie des einzelnen vorbehalten bleiben, sich die materielle Auswirkung und die soziale Auswirkung einer solchen Finanzentwicklung, einer solchen Finanzpolitik vorzustellen. Man soll die Warnung vor einer ruinösen Beeinflussung der deutschen Wirtschaft nicht allzu leicht nehmen. (Beifall.)

Nun, Genossinnen und Genossen, ist bei all dem doch kaum eine Mark für den Schutz der Bevölkerung vor den Folgen eines dritten Weltkrieges, geschweige denn für den Schutz der Bevölkerung im atomaren Krieg geplant. Auch hier geht man nicht fehl, wenn man annimmt, daß ein Teil des Schutzes darin bestehen soll, das Leben der Menschen unter die Erde zu bannen. Es ist anzunehmen, daß auch hier ein Mindestkostenaufwand von 80 000 Millionen DM auf die deutsche Volkswirtschaft zukommen würde; eine Tatsache, die den Ruin der DM, die die Inflation bedeuten würde.

Liebe Freunde! Der Ausweg aus dem Dilemma ist gezeigt in dem Entschließungsantrag Nr. 203 des Parteivorstandes. Hier heißt es:

> „Die Sozialdemokratische Partei ringt darum, daß auch in den Beziehungen der Völker zueinander das Faustrecht abgelöst wird durch

die Herrschaft des Rechts, durch Gesetz und Vertrag und ihre Durchsetzung durch Gericht und Polizei. Deshalb müssen die Bemühungen der internationalen Politik auf die Herstellung einer Friedensordnung gerichtet sein, in welcher die Vereinten Nationen über ausreichende Machtmittel verfügen, um den Frieden zu bewahren."

Ich habe hier einen Ausschnitt aus der Kölner oder Bonner Rundschau „Strauß gegen eine Polizeitruppe". Strauß sagt in einem Presseinterview, die Vorschläge der SPD zum Parteitag seien ein sachlich brauchbarer Kompromiß. Nun, unser Bundesverteidigungsminister Franz Joseph Strauß schließt sich hier einem anderen negativen Propheten an, Herrn Arnold aus Düsseldorf, der vor anderthalb Jahren eine ähnliche Weisheit gegenüber sozialdemokratischen Vorschlägen auf diesem Gebiete zum besten gegeben hat.

Was in dem Antrag des Parteivorstandes erfreulicher- und dankenswerterweise angesprochen worden ist, betrifft die Verwirklichung eines Problems, einer Aufgabe, die in Teilen bereits begonnen hat, verwirklicht zu werden. Ich erinnere an die Bemühungen der UN auf dem Gebiete der Sicherung des Friedens am Ghaza-Streifen, um dort den Krieg zu eliminieren. Ich erinnere an die gleichen Bemühungen der UN am Suez-Kanal, wo 16 Völker sich freiwillig bereit erklärten, ihre Mannschaften zur Verfügung zu stellen, um eine internationale Polizei zustande zu bringen.

Diese internationale Polizei: Der Weg in die Zukunft und der Weg zum Frieden als ein Instrument kollektiver Sicherheit und als ein wahrhafter Garant zum Frieden. Ich darf hier zitieren aus dem SPD-Pressedienst vom 16. Januar 1957 die Worte, die der Generalsekretär der UN, Hammerskjöld, damals ausgesprochen hat, als er sagte:

„Als Mitglieder der Vereinten Nationen nehmen sie — die internationale Polizei — an einem Unternehmen teil, das neu in der Geschichte ist. Sie sind Soldaten des Friedens in der ersten internationalen Streitkraft dieser Art. Sie sind von fernen Heimatländern gekommen, nicht um einen Krieg zu führen, sondern um dem Frieden, der Gerechtigkeit und einer Ordnung unter einer Autorität der Vereinten Nationen zu dienen. Sie sind die Frontlinie einer moralischen Kraft, die die ganze Welt umspannt, und sie haben die Unterstützung von Millionen von Menschen aus allen Kontinenten hinter sich."

Gegenüber der törichten Witzelei von Politikern aus der Adenauer-Front darf darauf hingewiesen werden, daß Persönlichkeiten, die nicht in unserem Lager stehen, Eisenhower, McMillan und andere schließlich die Schaffung einer internationalen Polizei als den einzigen, fast als den letzten Ausweg aus dem Dilemma und der drohenden Katastrophe bezeichnet haben.

Liebe Genossinnen und Genossen! Unsere Menschheit bangt vor dem Krieg; sie hungert nach dem Frieden. Ich könnte mir vorstellen, daß mitausgehend von diesem Parteitag der deutschen Sozialdemokratie die inter-

nationale Sozialdemokratie zum Bannerträger einer Entwicklung werden würde, die die stehenden Heere, die Machtstaatsideen überwindet durch die Schaffung einer internationalen Organisation, die der UN ein Machtinstrument in die Hand gibt bei gleichzeitigem Ausbau des Völkerrechts, bei gleichzeitiger Schaffung eines wirklich funktionsfähigen internationalen Gerichtshofs, dem die internationale Polizei als ein Exekutivorgan bester und erster Ordnung zur Verfügung stehen würde.

Ich bin mir klar darüber, daß das Aufgaben sind, die nicht von heute auf morgen zu bewältigen sind. (Glocke.)

Und ich bin mir ebenso, liebe Freunde, darüber klar, daß es ein Weg ist, der die Mühen lohnt, und daß die Menschheit denen dankbar sein wird, die diesen Weg aufzeigen und beschreiten. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Dr. Alex Möller: Das Wort hat Ludwig Metzger, Darmstadt; ihm folgt Wilhelm Bäurle, Biberach.

Ludwig Metzger, Darmstadt: Liebe Genossinnen und Genossen! Carlo Schmid hat gestern mit Recht gesagt, daß es in der Politik Schwerpunkte gibt, die, je nach den Zeitumständen, beachtet werden müssen, und daß heute das Problem Nummer eins die Frage der atomaren Aufrüstung ist. Ich will auf all das, was von Fritz Erler und von vielen anderen gesagt worden ist, nicht weiter eingehen. Ich will nur wiederholen, daß es eine Verteidigung mit Atomwaffen nicht gibt, weil alles das, was verteidigt werden soll, bei einem atomaren Kampf restlos zugrunde gerichtet würde.

Ich will noch auf einen Gesichtspunkt hinweisen, der — glaube ich — immer wieder hervorgehoben werden müßte und den auch Kennan in einer seiner berühmten Radioreden geltend gemacht hat. Er hat nämlich darauf hingewiesen, wenn die Bundesrepublik atomar bewaffnet wird, werden natürlich auch die Ostblockstaaten atomar bewaffnet; das bedeutet aber, daß Rußland nicht diesen Staaten unmittelbar die atomaren Waffen in die Hand geben wird, sondern daß Rußland selbst die Hand auf diese Waffen hält. Wenn erst einmal die atomaren Waffen bis an die Zonengrenze herangerückt sein werden, wird damit der Aufenthalt der russischen Truppen in diesen Gebieten jenseits der Zonengrenze zementiert sein; denn Rußland wird diesen kleinen Staaten die Waffen nicht überlassen. Es wird sie selbst im Besitz behalten wollen und deswegen in den jetzt besetzten Gebieten bleiben. Das wird auch eine der Folgen der atomaren Bewaffnung der Bundesrepublik sein und zwar eine der schwerwiegendsten Folgen, weil sie überhaupt keine Möglichkeit der Entwicklung zur Wiedervereinigung mehr bietet.

Nun ist interessant, wie die CDU auf unseren Parteitag reagiert hat: Wir können heute in der Presse lesen, daß die CDU erklärt hat, die Erzeugung der Atomangst sei für Ollenhauer ein Mittel, um die eigenen Schwierigkeiten zu überdecken, und weiter, wenn Carlo Schmid die Atomfrage als Problem Nummer eins bezeichnet habe — nun kommt ein interessanter Zwischensatz —, „um die Bevölkerung hinter sich zu bringen", so sei das eine kennzeichnende Feststellung.

Zunächst einmal: Es gibt keine größere Demagogie, als daß man die Gründe des Gegners verdächtigt. Unsere Gründe gegen die atomare Bewaffnung werden auf die mannigfachste Weise verdächtigt. Das Hauptargument ist, daß man sagt, die SPD sei gegen die atomare Bewaffnung und führe diesen Feldzug aus Verärgerung über ihre verlorene Wahl.

Auf diese Weise braucht man sich auf eine Sachdebatte überhaupt nicht einzulassen. Man verdächtigt bei der Bevölkerung die Motive und glaubt, daß man damit einer wirklich auf den Grund gehenden Debatte enthoben sei. Auf dieser Basis wird die ganze Debatte geführt. Was wir jetzt von der CDU hören, liegt genau auf der Linie der Verdächtigung, daß ein Mann wie Erich Ollenhauer, um Schwierigkeiten zu überdecken, etwas vertritt, was er — das ist der Inhalt — im Ernste nicht glaubt, und daß Carlo Schmid ein Problem aufwirft, um damit Menschen hinter sich zu bringen.

Hier darf mit aller Deutlichkeit gesagt werden: Die Stellungnahmen gegen die atomare Bewaffnung sind keine privaten Stellungnahmen von Erich Ollenhauer, von Carlo Schmid oder von Fritz Erler — das ist die Stellungnahme der Sozialdemokratischen Partei. (Starker Beifall.)

Es muß doch der CDU einmal eine Frage gestellt werden. Carlo Schmid hat erklärt, daß das Problem Nummer eins sei: Wie bringt man die Atombombe zum Verschwinden? Das ist also sehr allgemein und so formuliert worden, daß es eigentlich von jedem akzeptiert werden müßte und vor allen Dingen auch von dem, der behauptet, daß er die allgemeine weltweite Abrüstung wolle. Wenn aber das Problem, ob die Atombombe zum Verschwinden gebracht werden kann, von der CDU als eine „kennzeichnende Feststellung" bezeichnet wird, das heißt doch abwertend als eine höchst merkwürdige Feststellung, so muß man ihr einmal die Frage stellen: Ist sie n i c h t der Meinung, daß die Atombombe zum Verschwinden gebracht werden soll? Wie steht es denn mit ihrer Behauptung, daß sie die allgemeine weltweite Abrüstung wolle? Hier wird es doch deutlich, wie wenig die CDU im Grunde genommen wirklich das will, was sie uns erklärt. Und wenn sie unterstellt, daß Carlo Schmid und andere zum Beispiel diesen Kampf führten, um dabei etwas Parteitaktisches zu erreichen, so wird dabei doch deutlich, daß die CDU sich längst daran gewöhnt hat, alle politischen Fragen unter dem Gesichtspunkt zu betrachten, wie sie ankommen und wie sie parteitaktisch ausgenützt werden können. Sie kann sich überhaupt nicht mehr vorstellen, daß eine politische Partei um der Sachfrage willen Stellung nimmt und daß sie dabei nicht darnach fragt, welche Konsequenzen bezüglich ihrer Popularität bestehen können.

Ich glaube, hier ist auch einer der Gründe für unsere Wahlniederlage, aber ein ehrenvoller Grund: daß wir nie darauf Rücksicht genommen haben, wenn wir eine Sache für richtig erkannt haben, ob sie populär ist oder nicht. Ich glaube, wir haben uns wahrhaft als eine politische Partei erwiesen, das heißt: wir haben politisch argumentiert und haben da, wo wir eine Frage für notwendig zu behandeln angesehen haben, diese auch im Wahlkampf selbst auf die Gefahr hin behandelt, daß sie im Augenblick noch nicht ankommt.

Ich glaube, manches, was vor einiger Zeit gesagt worden ist, wird heute mit ganz anderen Augen angesehen und manches Samenkorn, das wir gelegt haben, das zunächst nicht zu Buch geschlagen ist, ist inzwischen aufgegangen. Wenn ich an das Problem der atomaren Rüstung denke: Welch armselige Unterstellung, daß wir gegen die atomare Rüstung seien, weil wir dabei ein Parteisüppchen kochen wollten. Die CDU brauchte nur einmal — sie verschließt die Augen davor — sich umzusehen und brauchte nur einmal zu sehen, was außerhalb unserer Partei zu dieser Frage gesagt wird und gesagt worden ist.

Ich bin einer der Teilnehmer der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland. Ich wollte, diese CDU-Politiker hätten einmal miterleben können, was im Atomausschuß der Synode, der selbstverständlich vertraulich getagt hat, alles gesagt worden ist. Sie hätten einmal sehen sollen, wie da vom Gewissen her gerungen worden ist und wie wenig da die atomare Frage eine taktische Frage war, sondern eine Frage, bei der es um Leben und Tod unseres Volkes, ja der ganzen Menschheit, geht. (Starker Beifall.)

Ein Mann wie Gerstenmaier ist bei diesen Beratungen auch dabei gewesen. Er könnte seinen CDU-Freunden einmal erzählen (Glocke), was da fällig gewesen ist. Er war von diesen Beratungen, das konnte er gar nicht leugnen, außerordentlich beeindruckt. Es zeigt sich, daß in allen Kreisen, in den kirchlichen Kreisen, in den intellektuellen Kreisen, überall die gleiche Frage und die gleiche Gewissensfrage aufgetaucht ist. Ich möchte sagen, daß gerade dieses Problem für uns kein parteitaktisches ist, sondern daß wir in dieser Frage um des Gewissens willen gemeinam mit vielen anderen aus den kirchlichen Kreisen und aus den intellektuellen Kreisen usw. kämpfen.

Das ist nun für unsere Partei ein hoffnungsvolles Zeichen. Ich glaube, gerade die Tatsache, daß wir in einer so wichtigen Frage eine gemeinsame Basis haben, sollte für uns eine Veranlassung dazu sein, daß wir so offen wie möglich sind; denn es zeigt sich, daß in unserem deutschen Volk und daß in weitesten Kreisen unserer Bevölkerung Ansatzpunkte für Überlegungen sind, die unsere gemeinsamen Überlegungen sein können und sein werden, wenn wir uns entsprechend verhalten und wenn wir Politik treiben, nicht aus taktischen Gründen, sondern wenn wir Politik treiben aus der Sachfrage heraus, um unseres Volkes willen. (Starker Beifall.)

Vorsitzender Dr. Alex Möller: Das Wort hat Wilhelm Bäurle, Biberach; ihm folgt Hans Merten, Gießen.

Wilhelm Bäurle, Biberach: Genossinnen und Genossen! Ich halte es für die Aufgabe dieses Parteitages, daß er über die uns offiziell vorgetragenen Gedanken unserer Parteiarbeit hinaus, die auch im Antrag 203 festliegen, noch einige Punkte diskutiert, die vielleicht uns selbst unbequem und nach außen hin unpopulär sind.

Fritz Erler hat formuliert: „Wir brauchen eine maßvolle Begrenzung der Rüstung; wir müssen Schranken setzen durch die Notwendigkeit und das

Mögliche." Der Antrag 203 Abschnitt E spricht von einer sinnvollen Landesverteidigung.

Genossinnen und Genossen! Zum Thema Landesverteidigung: Nicht nur durch Atombomben, sondern schon allein durch die Bomber, durch die herkömmlichen Waffen und durch die Raketen, die wir schon vorher hatten — V 2 zum Beispiel —, ist leider Gottes, der Begriff Landesverteidigung längst entwertet.

Es ist vorbei mit der Zeit, wo die „schimmernde Wehr" an der Grenze steht und das Land schützt. Wir müssen außerdem überlegen, wohin die bewaffneten Mächte zur Zeit drängen und was für Gefahren in den Heeren der Großmächte ruhen. Ich denke allein an die französische Macht jetzt in Algerien, und ich bin überzeugt, daß auch bei uns mit der Bundeswehr mindestens von oben her, von den Generälen aus, Gefahren drohen, sogar für unsere innere Sicherheit. Das heißt, man will gewisse Systeme damit schützen und nicht nur nach außen hin verteidigen.

Aus diesem Grunde, Parteifreunde, müssen wir doch immerhin die paar Anträge, die gestellt worden sind — ich meine den Antrag 38 vom Unterbezirk Düsseldorf und den Antrag 40 von Ulm — respektieren, auch wenn sie keine Möglichkeit haben, jetzt von dem Parteitag angenommen zu werden. In diesen Anträgen wird ernstlich vor dem Begriff „Landesverteidigung" gewarnt, den uns die Gegenseite immer wieder aufdrängt. Die Koalitionsparteien arbeiten uns gegenüber dauernd mit diesem Schlagwort. Es ist aber auch in ihrem Munde, leider Gottes, Phrase geworden. Aus diesem Grunde möchte ich bitten: Respektieren wir diese Anträge, auch wenn sie innerhalb der Parteidiskussion abgelehnt werden. Vor allem empfehle ich den Antrag 35, den der Kreis Biberach gestellt hat, zur Annahme. Darin wird empfohlen, unsere Wehrpolitik nur auf das Ziel der kollektiven Sicherheit hin zu begrenzen und unsere eigene Wehrpolitik immer wieder nach der Waffenentwicklung hin zu revidieren. Das ist leider nötig. Es gibt keine Frage für irgendeinen von uns, daß wir bereit sind, die Freiheit und die Gerechtigkeit jederzeit zu verteidigen mit dem Letzten. Aber mit Waffengewalt läßt sie sich nicht verteidigen. Es gibt andere Möglichkeiten. Gandhi hat sie zum Beispiel gezeigt. Und ich erinnere hier an das Wort von Schiller, der die Aufgabe der Deutschen so formuliert hat:

> Das ist nicht der Deutschen Größe
> obzusiegen mit dem Schwert;
> aber in das Reich des Geistes dringen
> Vorurteile zu bezwingen,
> das ist unseres Eifers wert!

Das ist immerhin etwas, was zu überlegen ist.

Und nun zum Thema Atomkrieg. Ich bin überzeugt, keine Partei will den Atomkrieg. Aber wir müssen an folgendes denken, wenn wir nur für konventionelle Waffen eintreten: Es gibt auch keinen konventionellen Krieg mit alten Waffen, ohne daß die Atomkräfte, die radioaktiven Gefahren freigelegt werden. Überall gibt es doch Reaktoren. Wir bauen jetzt in

Karlsruhe einen, wir bauen jetzt in München einen. Und die Bomben fallen auf diese Reaktoren, die radioaktiven Kräfte werden frei. Es gibt also die Begrenzung zwischen konventionellen Waffen und Atomwaffen allein schon dadurch leider nicht mehr. Unsere Partei tritt aber um so entschiedener ein für die friedliche Nutzung der neuen Kraft. Auch da möchte ich bitten, daß die Partei dafür eintritt, auch diese Kraft zu nutzen mit größerer Vorsicht, nicht übereilt vorzugehen. Wenn jetzt in dieser Richtung übereilte Bemühungen gemacht werden, dann sind es genau dieselben Gründe, die auch beim Auftakt unseres Parteitags in Weisenborns „Göttinger Kantate" angeschnitten waren. Es sind nackte Interessen, die darauf hindrängen, die Rendite. Unsere Kohlenvorräte und unsere Wasservorräte reichen noch Jahrhunderte. Wir könnten uns Zeit lassen.

Denken Sie bitte daran, daß mit jedem Reaktor jährlich Atommüll entsteht, der den Wert von 16 Tonnen Radium hat. Wir haben seit dem Jahre 1900 insgesamt erst 1000 Gramm reines Radium erzeugt. Atommüll aber wirft pro Reaktor 16 Tonnen dieser gefährlichen Kraft ab. Wohin damit? Und nun kommt mein Appell an unseren baden-württembergischen Wirtschaftsminister, den Genossen Dr. Veit: Wir versuchen offenbar, im Hardtwald bei Karlsruhe diesen Atommüll in Stahlbetontruhen in den Wald zu versenken. In der nächsten Nähe sind aber die Wasserleitungen der umliegenden Gemeinden. Das Grundwasser wird deshalb vergiftet, weil sich die Stahlbetontruhen, diese großen Tonnen, gar nicht als dicht gegen diese Strahlen erwiesen haben. Außerdem sagt man, das Kühlwasser, das ebenfalls radioaktiv ist, solle in München in die Isar und in Karlsruhe in den Altrhein abgeleitet werden. Das dürfte jedenfalls unsere Partei nicht wünschen und nicht zulassen. Aus diesem Grund ein Appell von diesem Parteitag aus: Gehen wir vorsichtig vor und machen wir in diesem Fall nicht die Politik der Interessenten. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. Alex Möller: Das Wort hat Hans Merten, Gießen. Ihm folgt Raul Nevermann, Hamburg.

Hans Merten, Gießen: Genossinnen und Genossen! Wenn das Ringen um die Sicherung unseres Landes vor der atomaren Verwüstung wie ein Generalthema über diesem Parteitag steht, dann sollte man das, glaube ich, nicht verwechseln mit einer Verhinderung der Ausnützung der Atomenergie zu friedlichen Zwecken. Der Parteitag ist schlechthin überfordert, wenn er zu den Spezialfragen, die mein Vorredner hier angesprochen hat — was die Atomenergie und ihre Ausnutzung zu friedlichen Zwecken betrifft —, in irgendeiner Form Stellung nehmen sollte. Dagegen steht der Kampf gegen die atomare Ausrüstung der Bundeswehr über diesem Parteitag, weil das in der Situation, in der wir uns befinden, gar nicht anders sein kann. Nicht, um vermutete Gegensätze in der Partei damit überkleistern zu wollen, sprechen wir über diese Dinge, sondern weil wir glauben, daß es allerhöchste Zeit ist, wenn man verhindern will, daß unser Land zum atomaren Aufmarschgebiet der Großmächte wird und damit eine tödliche Bedrohung der Bevölkerung Deutschlands in beiden Teilen unseres Landes eintreten würde.

Wir haben sowohl von unseren ausländischen Freunden als auch durch unsere eigenen Redner, insbesondere durch die Ausführungen der Genossen Erler und Wehner, gehört, daß die politischen Voraussetzungen zur Verhinderung einer derartigen Entwicklung durchaus geschaffen werden können. Es wird von der atomwaffenfreien Zone gesprochen, vom Disengagement und vielem anderen. Alles das sind Möglichkeiten, die ergriffen werden könnten. Aber die Regierung sagt nein. Sie sagt nein und malt das Gespenst des Zusammenbruchs der NATO an die Wand. Sie sagt nein, weil sie sich sagt: Nur dann können wir an eine militärisch und atomar verdünnte Zone in Mitteleuropa denken, wenn wir die Garantie haben, daß am Ende dieser Entwicklung die weltweite totale Abrüstung steht. Und so wird der alte Trick wieder in die politische Arbeit eingeführt, daß man durch Forderungen, die im Augenblick nicht durchsetzbar sind, Barrieren errichtet, damit überhaupt der erste Schritt zur Erfüllung dieser Forderungen getan werden kann.

Das liegt auf derselben Linie wie die Aktion der Regierung gegen die allgemeine Volksbewegung, gegen den Atomtod, die sie mit unseren Steuern und auf unsere Kosten unternommen hat. Welch ein Widersinn, welch ein Hohn auf den gesunden Menschenverstand ist es, daß man sagt: Weil wir gegen die Atomrüstung in der ganzen Welt sind, deswegen müssen wir uns selbst am atomaren Wettrüsten beteiligen! Weil wir etwas gegen Messerstechereien tun wollen, laßt uns viele Messer verteilen! Die Planung der Verteidigung, mit der wir es im Bundestag und im Verteidigungsausschuß zu tun haben, die Wehrpolitik, der wir dort begegnen, ist nicht diktiert vom Gedanken der Verteidigung und der Sicherheit der Grenzen und der Bevölkerung, sondern sie ist diktiert vom Größenwahn nackten Machtstrebens. (Sehr wahr!)

Wir wissen aus den verdienstvollen Untersuchungen, die der Arbeitsausschuß gegen den Atomtod hat machen lassen, daß in den letzten 2600 Jahren 1656mal Völker und Staaten sich an der technischen Waffenentwicklung in der Form beteiligt haben, die wir Wettrüsten nennen. Wir wissen, daß von diesen 1656 Fällen 1640 Fälle mit einem Krieg geendet haben, und daß es in den restlichen 16 Fällen nur deshalb nicht zum Kriege kam, weil ein Partner des Wettrüstens vorher wirtschaftlich zusammengebrochen ist. Obwohl wir das wissen, glaubt man nun, den 1657. Versuch dieser Art unternehmen zu sollen, ohne etwas aus den Erfahrungen gelernt zu haben.

Für uns Sozialdemokraten ist der Gedanke der Verteidigung der Grenzen und des Schutzes der Bevölkerung der Leitgedanke unserer Wehrpolitik. Wir haben dabei peinlichst genau zu beachten, daß die Beseitigung der Spaltung unseres Landes nicht erschwert und unsere sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse nicht hoffnungslos zerrüttet werden.

Zu einem Satz, den der Genosse Erler gestern gesagt hat, noch ein Wort. Er sagte, die Bundesrepublik ist Mitglied des Militärbündnisses der NATO. Wir Sozialdemokraten bedauern das. Wir haben mit allen Mitteln versucht, diese Entwicklung zu verhindern. Aber nun legt uns dieses Bündnis gewisse Verpflichtungen völkerrechtlicher Art auf, denen sich auch eine sozialdemokratische Bundesregierung nicht entziehen könnte.

Aber eine sozialdemokratische Bundesregierung würde sich innerhalb der NATO wesentlich anders verhalten, als das die Bundesregierung tut; denn was sie in der NATO tut, das geht weit über die Verpflichtungen hinaus, die wir vertraglich einhalten müssen. (Beifall.)

Ja, man betreibt mit geradezu hysterischer Eile eine Integration, eine Einschmelzung der deutschen Kräfte in die NATO, die eine Ausgliederung im Falle der Wiedervereinigung so gut wie unmöglich macht. Auch hier ist man päpstlicher als der Papst, ohne jene Rücksicht auf die besondere Lage unseres Landes. Diesen Fehler würde eine sozialdemokratische Bundesregierung auf jeden Fall zu vermeiden haben, und sie wird ihn vermeiden. Wir haben sehr reale Vorstellungen davon, wie man sie vermeiden kann. Dabei wird durch die immer weitergehende Integration, die von deutscher Seite in vorderster Linie betrieben wird, ganz entscheidend die Gefahr erhöht, daß Deutschland in Auseinandersetzungen verwickelt wird, die in anderen Teilen der Welt stattfinden, die die eigene Existenz aufs Spiel setzen, ohne daß deutsche Interessen dabei irgendwie berücksichtigt werden müssen.

Etwas, was völlig fragwürdig ist, ist dabei der Schutz der Zivilbevölkerung. Wer sich auf den Atomkrieg vorbereitet, der kann der Zivilbevölkerung nur die Hoffnungslosigkeit des Massengrabes bieten. (Beifall.) Bei der SPD haben wir uns jahrelang um den Schutz der Zivilbevölkerung bemüht und die entsprechenden Anträge im Bundestag gestellt, weil die Militärpolitik der Regierung einfach die Notwendigkeit des Schutzes der Zivilbevölkerung erforderlich macht. Aber angesichts der Gefahren des Atomkrieges werden alle solchen Bemühungen mit einem großen Fragezeichen zu versehen sein. Das heißt für unsere Partei: Wir müssen angesichts der atomaren Ausrüstung der Bundeswehr zu völlig neuen Überlegungen in bezug auf den Schutz der Zivilbevölkerung kommen. Deswegen war es auch nicht möglich, diesem Parteitag darüber schon eine Entschließung vorzulegen.

Zum Schluß möchte ich noch eines unterstreichen, und zwar möchte ich dabei auf den Antrag eingehen, den der Ortsverein Tübingen gestellt hat. Wir konstatieren mit steigender Sorge eine Unterwanderung der inneren Führungskräfte der Bundeswehr mit den falschen Propheten aus den Reihen der „Arbeitsgemeinschaft demokratischer Kreise", der Abendländischen Akademie und anderer Zentralen der Hetze gegen die Sozialdemokratische Partei. Man redet von psychologischer Verteidigung gegen den Kommunismus, aber man treibt eine raffinierte Propaganda gegen die Sozialdemokraten, um den Soldaten weiszumachen, die Sozialdemokraten wollten sie mit schlechten Waffen ausrüsten, die Sozialdemokraten wollten sie den Sowjets zum Fraß vorwerfen, die Sozialdemokraten wollten sie brotlos machen; die Sozialdemokratie sei daher ihr Feind Nr. 1, vor dem sie sich hüten müßten. Alles das, Genossinnen und Genossen, ist ganz einwandfrei wider besseres Wissen gesagt. Aber es ist gesagt, weil man zur Durchsetzung der Machtpolitik der Bundesregierung willenlose Werkzeuge braucht, denen man das Nachdenken und die staats-

bürgerliche Mitverantwortung abgewöhnt hat unter dem Motto „Der Kanzler hat immer Recht". (Beifall.)

Wir wollen niemals deutsche Generale als Führer von Wohlfahrtsausschüssen algerischen Musters sehen. (Lebhafter Beifall.)

Uns Sozialdemokraten ist es nämlich ernst mit dem Staatsbürger, und zwar mit dem mitdenkenden und mitverantwortlichen Staatsbürger in Uniform, der sich dem ganzen Volk, und zwar in beiden Teilen Deutschlands, veranwortlich weiß. Es ist die alleinige Schuld der jetzigen Regierung und ihrer internen Militärpolitik, wenn die Bundeswehr ein Staat im Staate werden sollte. Dies zu verhindern muß die gemeinsame Aufgabe von Sozialdemokratischer Partei und Bundeswehr sein. Dazu ist gegenseitiges Vertrauen und ehrliche Zusammenarbeit notwendig unter dem Gedanken, daß wir gemeinsam berufen sind, die demokratische Freiheit zu sichern, und daß wir gemeinsam bereit sind, dafür, aber nur dafür, Opfer zu bringen. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Dr. Alex Möller: Das Wort hat Paul Nevermann, Hamburg.

Dr. Paul Nevermann, Hamburg: Genossinnen und Genossen! Der Genosse Wehner hat in seinem Vortrag gesagt, daß es eine Aufgabe der öffentlichen Meinung sei, in gewissen Zeiten die Regierung zu drängen und über die Regierungspolitik hinauszustoßen. Ich glaube, auch die sozialdemokratischen Delegierten auf diesem Parteitag sind ein Stück öffentlicher Meinung, vor allen Dingen dann, wenn Landesverbände oder Bezirke diese öffentliche Meinung entwickelt haben. So ist es wohl auch unsere Aufgabe, hier einmal über die offizielle Politik des Parteivorstandes hinauszustoßen. Ich möchte daher ein heißes Eisen behandeln, das der Parteivorstand, insbesondere Genosse Ollenhauer, immer dann, wenn es auftauchte, mit starker Hand und mit ungewöhnlicher Energie von der Tagesordnung weggewischt hat.

Mein kleines Thema heißt „Die Sozialdemokratie und die Neutralität". Genossinnen und Genossen! Wir haben uns in Hamburg mit dieser Frage wiederholt befaßt und haben auf dem Landesparteitag zweimal Entschließungen gefaßt, in denen es heißt, daß auch die bewaffnete Neutralität ein Weg sein könnte zur Wiedervereinigung und zur Befriedigung der Welt. Ich habe mir überlegt, ob ein ähnlicher Passus von uns noch beantragt werden sollte, um ihn in die Entschließung Nr. 203 einzufügen. Ich habe aber davon Abstand genommen. Aber ich meine doch, daß das Thema hier einmal angesprochen werden muß. Die Sozialdemokratische Partei sollte wenigstens dafür sorgen, daß „Neutralität" noch diskussionswürdig und ein anständiges Thema ist. (Beifall.)

Wie liegen die Dinge? Wir haben offiziell als Alternative zur Wehrpolitik der Bundesregierung immer noch das europäische Sicherheitssystem. Genossinnen und Genossen! Ich habe es in kleinen und großen Kursen und Versammlungen oft behandelt. Es ist ein guter Plan; es ist ein durchdachter Plan. Es ist selbstverständlich ein riesiger Unterschied zur Re-

gierungspolitik, wenn man nicht zwei Militärvereine hat, die sich als Blöcke gegenüberstehen, sondern wenn man einen europäischen Wehrverein hat, der die Voraussetzungen für eine Entspannung und ein Zusammenwachsen Deutschlands und Europas bietet. Der Plan ist ein sachlich guter Plan, aber man muß lange darüber reden, um ihn verständlich zu machen. Er ist schwer als deutliche Alternative zu erkennen. Er hat keine große attraktive Kraft.

Ich habe schon vor der Wahl 1957 auf einer Länderkonferenz gesagt: Wir kommen bei den Massen mit dem Plan — ich möchte beinahe sagen: mit dem akademischen Plan — der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft nicht an. Ich möchte ein Wort von Carlo Schmid variieren: Die Politik ist nicht nur Plan, sondern menschlicher Impuls! Das steckt nicht drin. Und da meine ich, wir sollten einmal überlegen — ich beziehe mich auf meinen Vorredner —, selbst wenn es vorübergehend einmal nicht populär sein sollte, ob die Sozialdemokratie noch einen anderen Weg daneben-stellen sollte, der leuchtender sein könnte als der erste Weg.

Genosse Erler hat gesagt: Es ist traurig, daß immer die Meinungen vertreten werden, es gebe entweder einen militärischen Status Null, also gar kein Heer, oder alles an Waffen, was auf der Welt überhaupt denkbar ist. Ich stimme ihm völlig zu. Er hat nach einem Deutschland gemäßen Ausmaß der Bewaffnung gefragt. Genossinnen und Genossen! Nach meiner Auffassung ist die bewaffnete Neutralität, Neutralität mit Grenzschutz, das Maximum einer Bewaffnung, das wir in Deutschland, im Herzen Europas, vertragen können und nötig haben.

Ich glaube, wir sollten die Diskussion hierüber in Breite eröffnen und die Neutralität als realen Weg zur Entspannung und als realen Weg zur Wiedervereinigung herausstellen. Und wenn — vielleicht vorsichtigerweise — nicht als Weg, dann als Ziel. Ich habe volles Verständnis dafür, daß die offizielle sozialdemokratische Politik bisher diesen Weg nicht verkündet hat. Wir würden allzuleicht bezichtigt, wir wollten dasselbe wie die Leute im Osten. Aber, Genossinnen und Genossen: Hier war früher einmal die Rede von sozialdemokratischem Selbstbewußtsein. Ich bin der Auffassung, daß die Zeiten vorbei sind, wo wir immer bei einer guten Sache schielen müssen, ob sie nicht zufällig auch im Osten gesagt wird. (Beifall.) Wir können eine gute Sache propagieren, und wir sind aus der Gefahr heraus, deswegen östlich verdächtigt zu werden.

Ein letztes Wort: Genosse Wehner hat sehr wichtige Ausführungen über das Thema „Volk und Verteidigung" gemacht, über unser aller Wunsch, daß die Soldaten von uns als Menschen anerkannt werden und wir von den Soldaten. Genossinnen und Genossen! Auf der anderen Seite steht in der Arbeiterschaft und bei anderen Anhängern die ablehnende, antimilitaristische Einstellung und Stimmung, historisch verständlich, sehr weitgehend fest. Die beste Lösung zu einer psychologisch einwandfreien Haltung, zu einer Einheit von Volk und Soldaten wäre, wenn unsere Soldaten auch dem Namen nach dazu berufen sind, die deutsche Neutralität an den Grenzen zu verteidigen. Solche Soldaten, ein solches Heer wird auch von den Bevölkerungsteilen akzeptiert, die dem Militär feindselig

gegenüberstehen. Wir haben in den Diskussionen der vergangenen Zeit gehört, daß man einen Cordon sanitaire vorschlägt, eine entwaffnete Zone.

Selbst der Bundestagspräsident hat sich darüber einmal verbreitet. Wir kennen den Rapacki-Plan. Das sind doch alles schon Teile einer Neutralität! Wenn jetzt Genosse Erler von den Trümmern der Außenpolitik der Bundesregierung gesprochen hat, dann sollten doch wir, Genossinnen und Genossen, den Mut haben, auf diesen Trümmern der Bundespolitik die Parole der bewaffneten Neutralität auf die sozialdemokratischen Fahnen zu schreiben! Ich glaube, daß wir über diese Frage einmal die Diskussion in der Partei eröffnen sollten. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Dr. Alex Möller: Das Wort hat Genosse Helmut Mattis, Berlin.

Helmut Mattis, Berlin: Genossinnen und Genossen! Wir stehen sicherlich noch alle unter dem Eindruck der Göttinger Kantate. Als dieses Stück hier aufgeführt wurde, habe ich an unsere Demonstrationen der sozialistischen Jugend in der Weimarer Zeit denken müssen, wo wir auch hinausgezogen sind mit dem Ruf: Nie wieder wollen wir Waffen tragen!

Ich habe an die Schilderungen denken müssen, die uns ältere Genossen über machtvolle Demonstrationen vor Ausbruch des 1. Weltkrieges gegeben haben. Der Erfolg dieser großartigen Veranstaltungen war dann der 1. Weltkrieg, der Weg zu Hitler. Ich glaube, wir sollten uns bei der Notwendigkeit, solche Dinge in besonders aufrüttelnder Weise an die Bevölkerung heranzutragen, hüten, zu verkennen, daß die entscheidende Situation, Kriege zu verhindern, nur dadurch geschaffen werden kann, daß an den Kommandostellen des Staates die entscheidenden Lenker stehen. Wenn ich mir einmal die Reden unseres Bundesverteidigungsministers im Radio oder im Fernsehen angehört habe — dieses stiernackigen Posaunenbläsers, der jedenfalls, das ist mein Eindruck, nicht die Voraussetzungen erfüllt, die ein Mann an dieser Stelle haben sollte —, dann hatte ich immer den Eindruck: Das muß einmal beim Heer ein sehr schneidiger und forscher Kompanieführer gewesen sein. Vielleicht war er für diese Funktion auch geeignet. Aber an eine so wichtige Stelle gehört doch ein Mann hin, der mit etwas größerer Überlegung und Verantwortung die Dinge gestaltet. Genossinnen und Genossen! Der Weg, den wir beschreiten, um diesen Einfluß zu erreichen, der scheint mir manchmal nicht der richtige zu sein. Ich habe den Eindruck, daß die Argumente, die zum Teil in demagogischer Weise gegen uns verwandt werden, unseren politischen Gegnern von uns manchmal auch etwas zu leicht geliefert werden. Ein solcher Parteitag wie heute ist ja nicht dazu da, daß man zu allen Vorträgen, die wir von hier vorne hören, von vornherein ja sagt.

Ich glaube, wir sind verpflichtet, auch gewisse kritische Bemerkungen zu machen.

Gestatten Sie mir, zu sagen, daß gerade ich, der ich aus Berlin komme, manches in den Vorträgen hier von unserem Parteivorstand vermisse. In den Ausführungen der Genossen Erler und Wehner ist zwar sehr viel

und mit Recht gesagt worden, wie wir uns mit unseren östlichen Nachbarn, mit der Sowjetunion, auseinanderzusetzen haben, aber ich habe den Appell an unsere westlichen Freunde vermißt, insbesondere einen Appell, der ja davon ausgehen muß, daß unsere Sicherheit letzten Endes nur in einer Zusammenarbeit mit den Westmächten gestaltet werden kann. Das darf und soll nicht bedeuten, daß wir jede Regelung, die wir jetzt haben, akzeptieren wollen. Im Gegenteil, wir müssen uns bemühen, mit den Kräften im Westen, in England mit der Labour Party, darüber hinaus auch noch mit den konservativen Kreisen, und sicherlich auch mit amerikanischen Kreisen, die von Bedeutung sind, ins Gespräch zu kommen. Dabei müssen wir ihnen natürlich auch einen Vorschlag machen. Es ist mir, was ich hierzu sagen wollte, durch den Genossen Nevermann aus Hamburg eigentlich vorweggenommen worden. Ich will mich deshalb auf diesem Gebiet nicht weiter verbreitern. Es ist ein Vorschlag.

Genossinnen und Genossen! Wenn wir daran denken, was Kurt Schumacher uns einmal von einer militärischen Konzeption gesagt hat, die damals von der großen Auseinandersetzung an der Weichsel sprach — sicher zu einem Zeitpunkt, in dem die Frage der atomaren Aufrüstung keine Rolle spielte —, so würde wahrscheinlich Kurt Schumacher der Letzte sein, der aus der heutigen Lage nicht eine andere Schlußfolgerung ziehen würde. Aber wir müssen doch einmal zu dieser Entscheidung kommen. Wir können vor der Bevölkerung nicht nur so dastehen, daß wir zu allen militärischen Konzeptionen nein sagen. Wir müssen selbst eine entwickeln. Die etwas langatmige Entschließung, die zu diesen Fragen hier vorliegt, scheint mir nicht konkret genug zu sein. Man kann natürlich in zehn Minuten kein anderes Programm entwickeln. Aber das, was Genosse Nevermann gesagt hat, wäre der Diskussion wert.

Ich darf den Genossen Erler um eine Beantwortung eines Satzes bitten, der mich als Berliner außerordentlich erschreckt hat. Er sagte nämlich folgendes, wie ich es heute im Protokoll vorgefunden habe:

> „Da starrt man immer wieder auf die Divisionen, die angeblich das Herz Europas bedrohen."

Genosse Erler, ich frage mich eigentlich, wie dieser Satz Dir über die Lippen kommen konnte. Die sowjetischen Divisionen bedrohen ernstlich das Herz Europas. Das haben wir in Ungarn erlebt, das haben wir am 17. Juni 1953 in der Zone und in Ostberlin erlebt. Ich gebe Dir recht: die sowjetischen Panzer sind nur bis zum Potsdamer Platz gefahren und haben dort haltgemacht. Sie haben haltgemacht vor der militärischen Macht der Westmächte. Aber zu behaupten, sie bedrohten lediglich angeblich das Herz Europas, das halte ich für eine verhängnisvolle Fehleinschätzung und für einen Satz, der politisch gefährlich ist, weil er, wenn er von Dir nicht in einem Schlußwort erklärt wird, außerordentlich ungünstig ausgenützt werden kann. Ich muß offen sagen, auch ich kann ihn in dieser Form nicht unterstreichen. Das soll nicht bedeuten, daß wir verhandeln müssen, aber wir müssen doch von der richtigen Situation ausgehen.

Genossinnen und Genossen! Nun zu der Frage, die uns von den Wählern immer wieder vorgelegt wird, ob wir uns völlig von den Westmächten lösen wollten. Man könne alles, was hier vorgetragen wird, nur in Zusammenarbeit mit den westlichen Besatzungsmächten machen. Nun, das ist sicherlich auch die Meinung der Genossen Erler und Wehner. Aber es muß auch in unserer Resolution stärker zum Ausdruck kommen.

Mit Recht wird darauf hingewiesen, daß wir in jedem Fall in allen unseren Parteiprogrammen ja zur Landesverteidigung sagen. Genosse Wehner hat sich dagegen gewehrt, daß unsere Gegner uns das immer vorhalten. Hier stehen wir wieder vor dieser Situation. Es trifft zu, was im Parteiprogramm gesagt wird, aber in der Praxis ist es doch so, daß wir uns in unseren Zeitschriften und in unserer Partei damit auseinandersetzen müssen, ob es für die Sozialdemokraten richtig ist, in die Bundeswehr, wie sie einmal ist, hineinzugehen. Wir machen es doch jedem von uns schwer, zu dieser Entscheidung zu kommen. Unsere Jugendorganisationen fassen Beschlüsse, daß derjenige, der freiwillig zur Bundeswehr geht, aus ihren Reihen ausgeschlossen wird. Hier liegt ein Widerspruch, den wir irgendwie beseitigen müssen. Und wenn wir das nicht machen, dann werden wir von unseren Wählern auf diesem Gebiet immer als unglaubwürdig angesehen werden.

Ich möchte zum Schluß besonders denjenigen, die aus menschlich verständlichen Gründen gegen die Wehrmacht sind, etwas sagen. Der Genosse Wehner hat hier sehr eindrucksvoll vor unseren ausländischen Genossen gesagt, wir wollten die Schrecken der deutschen Vergangenheit nicht wiederkommen lassen, wir wollten das verhindern. Genossinnen und Genossen! Wie wollen wir solche Schrecken verhindern, wenn wir nicht klar und positiv dafür sorgen, daß die bewaffneten Kräfte von unseren Leuten mitgestaltet werden, wenn wir sie nicht hineinschicken! Genosse Wehner sagte, wir müßten das Recht haben, den Arbeitern im Heer zu sagen, wo sie herkommen, und wir müßten sie an ihre Herkunft erinnern. Es hat noch der Satz gefehlt, daß wir auch den Mut haben müssen, den Arbeitern zu sagen: Hinein in dieses Heer, damit es nicht gegen die Arbeiterschaft verwendet werden kann. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. Alex Möller: Das Wort hat Walter Möller, Hessen-Süd.

Walter Möller, Frankfurt: Genossinnen und Genossen! Ich möchte mich zunächst nur in einer Frage vergewissern, die mir und einigen meiner Freunde nicht ganz klar ist.

Wir haben den Antrag 203 zur Außen- und Wehrpolitik vorliegen. Nach dem Wortlaut dieses Antrags, der sich mit der Wehrpolitik im geteilten Deutschland befaßt, wäre es durchaus möglich, daß unsere Partei im Bundestag auch zu einem Freiwilligen-Heer ohne Atomwaffen in begrenzter Stärke ja sagt, daß sie zu einer Art von Freiwilligen-Miliz, Katastrophenschutz, oder wie man es sonst nennen möchte, gleichfalls ja sagen könnte. Es sind entgegen den früheren Beschlüssen, etwa des Berliner Parteitages, nunmehr keine bestimmten Vorbedingungen mehr für

ein derartiges Ja in dieser Entschließung enthalten. Ich möchte daher fragen, ob wir heute unter dieser Voraussetzung bereits ja zu einer Armee sagen können, deren politische Funktion im Grunde nicht durch uns, sondern durch die CDU/CSU und durch die Regierung Adenauer bestimmt wird. Die Frage ist sehr weitgehend, und man muß sich überlegen, warum ein solches Ja notwendig wäre. Genosse Erler erklärte, er selbst halte einen großen Krieg in Mitteleuropa für sehr unwahrscheinlich, weil ein solcher Krieg eben die Drohung des gegenseitigen Selbstmordes beinhalte. Aber es wird erklärt, auch als Sozialdemokraten müßten wir die Notwendigkeit sehen, ein Gleichgewicht der konventionellen Streitkräfte nicht nur in Mitteleuropa, sondern insbesondere auch zwischen den beiden deutschen Teilstaaten herzustellen. Dieses Gleichgewicht ist auf zweierlei Art möglich.

Man kann ein Gleichgewicht herstellen durch Wettrüsten, und ich glaube, die Antwort ist eindeutig: das wollen wir nicht. Man kann ein Gleichgewicht auch auf der Basis der Abrüstung ins Auge fassen, die nur nach entsprechenden Verhandlungen möglich ist. Wenn man aber das will, dann kann eine SPD-Wehrpolitik doch praktisch erst nach diesen Verhandlungen festgelegt werden, nach Verhandlungen, die gerade die jetzige Bundesregierung nicht zu führen bereit ist. Daraus ergibt sich jedenfalls für mich der Schluß, daß wir uns in dieser Situation in keiner Weise derart festlegen können, daß wir bereit sind, eine begrenzte Freiwilligen-Armee zu unterstützen, wenn nicht, wie ursprünglich auch in Berlin erklärt, bestimmte politische Voraussetzungen erfüllt sind.

Es heißt nun klar in dem Antrag:

> „Nur wenn die jetzige Außen- und Wehrpolitik durch eine andere, auf Entspannung und Wiedervereinigung in gesicherter Freiheit gerichtete Politik abgelöst wird, läßt sich überhaupt eine sinnvolle Landesverteidigung der Bundesrepublik Deutschland gestalten."

Meine Frage ist, ob dieser Satz beinhaltet, daß wir auch weiterhin erklären, eine Zustimmung der SPD zu einer Freiwilligen-Armee ohne Atomwaffen und in begrenzter Stärke sei erst möglich, wenn diese Voraussetzungen geschaffen sind. Damit meine ich also eine Politik, die auf eine Entspannung und Wiedervereinigung abzielt. Wenn dies der Fall ist, dann sollten wir das in den Resolutionen auch klar ausdrücken und damit wieder zu bestimmten politischen Voraussetzungen kommen, wie sie ursprünglich die Berliner Resolution zu dieser Frage auch beinhaltet hat. Genossinnen und Genossen! So, wie die Dinge in der Bundesrepublik liegen, wissen wir genau, daß das erst der Fall sein wird, wenn die Politik entscheidend von uns bestimmt wird. Darum möchte ich an das Wort des Genossen Erler erinnern, daß wir uns durch derartige Entschließungen, deren Folgen nicht klar vor dem Parteitag aufgezeigt sind, nicht zu einem Ja, zu Teillösungen bewegen lassen sollten, die uns unter Umständen in die Gesamtverantwortung für die Politik dieser Regierung mit hineinziehen würden. Das ist eine Gefahr, die der Genosse Erler richtig aufgezeigt hat.

Nun zu den mich sehr bewegenden Ausführungen des Genossen Wehner. Er hat hier sehr mutig über die richtige Methode einer offensiven Aus-

einandersetzung mit dem Kommunismus gesprochen. Es gilt aber, daraus bestimmte praktische Schlüsse zu ziehen. Denn trotz aller Beschlüsse ist es bis heute so, daß sich das Mißtrauen in der Partei noch immer gegen viele richtet, die dieser ideologischen Auseinandersetzung mit dem Kommunismus, die wir führen müssen, nicht ausweichen, sondern sie sogar ganz bewußt suchen. Dieses Mißtrauen gilt auch den vielen Bemühungen, die unternommen werden, um z. B. den zunehmenden Widerstand der Kommunisten gegen den gegenseitigen menschlichen Austausch auch jüngerer Menschen aus beiden Teilen Deutschlands zu überwinden. Die Folge dieses Mißtrauens ist, daß die Besten unserer Partei gerade bei dieser Aufgabe, bei der sie so dringend benötigt würden, oft abseits stehen und einfach zu Hause bleiben. Das bedrückt mich sehr. Wer vertritt drüben die SPD? Auf der einen Seite sind es die Sozialdemokraten, die drüben noch illegal wirken und die die Hauptlast für die demokratisch-sozialistische Mission im Bereich des Kommunismus zu übernehmen haben. Ich selbst war vor einigen Tagen in Thüringen, um einen solchen Austausch junger Menschen vorzubereiten. In einem Wartesaal traf ich einen früheren Sozialdemokraten, als ich dort morgens frühstückte. Es hat mich sehr bewegt, als er erklärte, daß ihre Möglichkeiten, für unsere Idee zu wirken, natürlich sehr begrenzt seien, daß sie natürlich auch die Gefahren sehen, die damit verbunden sind, wenn wir bewußt versuchen, die Besten unserer Partei drüben unsere Anschauungen vertreten zu lassen, daß sie aber andererseits erwarten, daß wir dieses Risiko und dieses Opfer auf uns nehmen. Was heute passiert, ist doch praktisch, daß unter uns die Zweifler, die Kleingläubigen, die praktisch keinerlei Vorstellungen von ihrer Aufgabe als Ideenträger des demokratischen Sozialismus haben und natürlich auch keinerlei Überzeugungskraft drüben ausstrahlen können, oft leise und heimlich hinüberschleichen und drüben einen Eindruck von unserer Partei vermitteln, natürlich bewußt unterstützt durch die SED, den Rundfunk und die Presse, der unserer Partei sehr schädlich ist. Diese Kapitulanten richten drüben bis heute noch großes Unheil an, weil die Kämpfer, die wir brauchen, zu Hause bleiben.

Und warum bleiben sie zu Hause? Weil sie bis heute noch vielfach befürchten müssen, unter Umständen von hinten abgeschossen zu werden. Je länger dieser Zustand andauert, um so mehr sind das Ansehen und das Vertrauen unserer Partei drüben wirklich gefährdet. Ich habe den Eindruck, daß wir auch hier in dieser Sache heraus müssen aus dem Elfenbeinturm. Ich meine nicht den der 30 %, sondern den Elfenbeinturm der bundesrepublikanischen Sattheit und Bequemlichkeit, der uns vielleicht diese Aufgabe bis heute noch allzu sehr übersehen läßt. Es mag sehr wahrscheinlich sein, daß jeder, der mit dieser Zielsetzung versucht, drüben tätig zu werden, nur einmal die Grenze überschreiten darf. Aber, Genossinnen und Genossen, wenn es auch nur einmal ist, wenn er auch nur ein Gewissen erreicht, so hat er seine Aufgabe weiß Gott gut erfüllt, und wir sollten ihm dafür dankbar sein. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. Alex Möller: Das Wort hat Wolfgang Haseloff, Hessen-Nord:

Dr. Wolfgang Haseloff, Arolsen: Liebe Genossinnen und Genossen! Gewiß ist es richtig, daß über diesem Parteitag die beabsichtigte, beschlossene atomare Aufrüstung der Bundeswehr steht.

Doch sind wir wohl auch deshalb zusammengekommen, um uns einmal über die Gründe der Niederlage vom September vorigen Jahres zu unterhalten und um vielleicht schon hier so etwas zu tun wie die Weichen zu stellen für ein erfolgreicheres Abschneiden im Jahre 1961, daß wir uns also hier mit gewissen Dingen auseinandersetzen müssen, von denen es heißt, daß darüber in unseren Reihen Unklarheit herrscht und daß bei uns darüber eben keine genaue Vorstellung besteht.

Wir sind uns wohl alle darüber klar: es gibt solche wunde Punkte; wir haben sie in Wahlkampfsituationen, in Diskussionen genügend erlebt, und Sie wissen auch, daß heute in der Presse sehr oft die Meinung auftaucht, eine sozialdemokratisch geführte Regierung würde in der Tat keine andere Außen- und damit Wiedervereinigungspolitik betreiben als die Regierung Adenauer. Nun, das steht im Raum, es wäre zu beweisen, aber wir können es ja nicht beweisen, daß es anders ist. Trotzdem aber bleibt die Tatsache bestehen, daß derartige Sätze unserer Wirksamkeit und unserem politischen Erfolg propagandistisch entgegenstehen. Wir haben damit zu ringen.

Ich möchte mich hier nur mit dem Problem der Außenpolitik und damit der Wiedervereinigungspolitik befassen. Wir haben immer wieder gesagt, daß die Verantwortlichkeit der vier Westmächte für die Herbeiführung der deutschen Einheit und die Aufhebung der deutschen Spaltung von uns nicht nur anerkannt wird, sondern daß wir alle vier Mächte aus ihrer Verantwortlichkeit hierfür nicht entlassen.

Nun, man mag diese Politik zum Grundsatz machen. Ist es jedoch nicht die Frage zu prüfen: Wie steht es denn nun wirklich damit? Auf der einen Seite sehen Sie die Politik der Westmächte, die es gar nicht so eilig damit haben, irgendwelche Vorteile einer möglichen Situation, die günstig für die Wiedervereinigung ist, auszunutzen. Auf der anderen Seite hören wir nun seit dreieinhalb Jahren ständig — nämlich von russischer Seite —, wir denken nicht daran, uns mit diesem Problem zu befassen; das ist eine Sache, die die Deutschen untereinander angeht.

Nun hat der Genosse Herbert Wehner als positiven Vorschlag zur Herbeiführung der deutschen Einheit erwähnt, daß man alles versuchen solle, die technischen Kontakte auf der unteren Ebene zwischen Bonn und Pankow, zwischen der Bundesrepublik und der DDR zu stärken, zu verbessern zum Nutzen unserer Landsleute in der sowjetisch besetzten Zone. Da ergibt sich jedoch die Frage: Wenn wirklich die Westmächte daran interessiert sind — und man könnte den Eindruck haben, daß sie es sind —, auf Grund der Zementierung des Status quo der Spaltung Deutschlands ihre Politik zu treiben und sie hierin eine gewisse Sicherheit für ihre Interessen erblicken und wir eines Tages wirklich vor die

Frage gestellt werden, was geschehen soll, um die Aufhebung der Spaltung Deutschlands zu erreichen — über die Verhandlung der Westmächte ist vielleicht im Moment nichts mehr zu erreichen —, so bleibt vielleicht — das möchte ich lediglich andeuten als ein Problem, mit dem wir uns einmal mehr befassen müssen — die Frage, wie es mit dem Ausbau, der Möglichkeit des Ausbaus jener von Herbert Wehner geforderten technischen Kontakte auf unterer Ebene auf jener höheren, offizielleren und ausschlaggebenderen Ebene steht.

Ich stelle das hier als eine Möglichkeit dar. Werden wir nicht eines Tages vor diese Frage gestellt werden als letzten und einzigen Ausweg? Gewiß, wird man sagen, auf alle Fälle könnte das nur dazu dienen, dieses Regime Ulbricht zu verewigen.

Nun, auf der anderen Seite steht das eine fest: daß die Politik der Sowjets mit der Ablehnung, über die Wiedervereinigung zu sprechen, auf alle Fälle das Regime Ulbricht von Ewigkeit zu Ewigkeit beibehält. Wir werden also vielleicht einmal dieser Frage nahetreten müssen, und ich bedauere es, daß wir auch hier wieder — um von einer anderen Seite aus an den Genossen Nevermann anzuknüpfen — aus propagandistischen Gründen diese Frage sehr weit von uns weisen und nicht einmal die Möglichkeit der Politik einbeziehen, sondern nach dem Motto: Pfui, das bringt uns Wählerstimmen weg, das können wir nicht machen, verfahren. Wir haben drei Jahre Zeit. Es könnte möglich sein, daß wir vor eine solche Situation gestellt werden. Heute aber wollen wir an diesem Problem nicht vorbeigehen, indem wir das als Unmöglichkeit ansehen und eines Tages völlig unvorbereitet sind.

Gewiß bedeutet das, daß man über dieses Problem eine Diskussion führen muß, die sehr vorsichtig ist. Auf der anderen Seite bedeutet das natürlich auch, daß man diese Situation propagandistisch sehr gut bringen muß, „verkaufen" muß. Nun, an anderer Stelle werden wir uns ja über die Misere unserer Propaganda an einem anderen Tage noch zu unterhalten haben. Diese Dinge sind schwierig anzufassen, aber können wir uns ganz davor drücken, wenn wir eines Tages vor dieses Problem direkt gestellt werden? (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Dr. Alex Möller: Das Wort hat nunmehr Heinrich Zimmermann, Hannover; ihm folgt Arno Behrisch, Hof.

Heinrich Zimmermann, Hannover: Meine Damen! Meine Herren! Liebe Genossinnen und Genossen! Eingangs eine kleine Zeitungsnotiz, die ich heute früh in einer süddeutschen Zeitung las. Unser Bundeskanzler hat in Dortmund am Sonntag erklärt, daß es in Deutschland keine Abschußrampen für Matadore und für Mittelstrecken-Raketen geben solle.

Nun, bei der Wahrhaftigkeit, die man an diesem Kanzler ja nun lange genug kennengelernt hat, scheint unsere Aktion „Kampf gegen die atomare Aufrüstung" überflüssig zu sein. Oder sollte jene klassisch jesuitische Kasuistik und Rhetorik etwa genauso zu werten sein wie die Erklärung der CDU/CSU in der vorletzten Bundestagsdebatte, daß

der Gedanke an die atomare Aufrüstung überhaupt noch nicht gefaßt sei, der dann vier Wochen später durch die Abstimmung Tatsache wurde?

Mir scheint es zum Beweise der Richtigkeit unserer wehrpolitischen Konzeption nützlich und notwendig zu sein, daß man sich mit dem Hintergrund der atomaren Aufrüstung und der wehrpolitischen Konzeption der NATO befaßt.

Rein militärisch wäre festzustellen, daß die bisherige Verteidigungsdisposition des Westens in der Bundesrepublik — und darum geht es ja in erster Linie — ohnehin auf der Annahme des massiven atomaren Vergeltungsschlages aufgebaut ist. Dieser Schlag, der von den strategischen Bombern und Fernlenkwaffen der USA geführt werden müßte, könnte meines Erachtens auch vorbereitet werden, ohne daß dafür bundesrepublikanisches Gebiet irgendwie in Anspruch genommen würde. Und schon heute befinden sich ja keine s t r a t e g i s c h e n Waffen auf deutschem Boden, und der Wert der Errichtung von Abschußbasen für Mittelstreckenraketen ist selbst für die Militärtechniker noch nicht ganz klar.

Tatsächlich neigte man bisher im atlantischen Hauptquartier überwiegend dazu, den nichtdeutschen Divisionen auf dem deutschen Vorfeld in der Hauptsache nur taktischen Wert beizumessen. Hier möchte ich an die Ausführungen Schumachers erinnern, der sich mit aller Vehemenz dagegen wehrte, die Bundesrepublik zum Glacis für den militärischen Aufmarsch anderer Nationen werden zu lassen und diesem nur taktischen Wert beizumessen. Strategisch kommt ihr nach dieser Doktrin im wesentlichen nur die Funktion des trip wire — wie der Amerikaner es ausdrückt — zu. Sie wird als Stolperdraht betrachtet, der die Maschine des Vergeltungsschlages in Bewegung setzen soll, wenn der Gegner auf diesen Stolperdraht tritt. Würde diese Maschine, frage ich, nicht auch funktionieren können, wenn diese Divisionen nicht mit taktischen Atomwaffen, sondern nur konventionell ausgerüstet würden?

Mehr noch: Ist ein solcher Stolperdraht überhaupt notwendig, und würden nicht die USA auch dann auf jeden Fall — und das in bezug auf das törichte Geschwätz der dauernden Vorleistungen der Bundesregierung gegen einen sowjetisch-europäischen Angriff — mit allen verfügbaren Mitteln intervenieren müssen, auch wenn nicht nur das Schicksal von amerikanischen Soldaten auf dem Spiele stünde? Einfach deshalb, weil eine sowjetische Beherrschung Europas eine ungleich größere Gefahr darstellte, als es seinerzeit ein Sieg des nationalsozialistischen Deutschlands gewesen wäre.

Diese Argumente mögen schlüssig sein, aber sie gelten nur für den Fall, der ja nach der Meinung fast aller Politiker unwahrscheinlich ist, eines direkten militärischen Großangriffs auf Deutschland. Jedoch — und das führte gestern Genosse Erler aus — die Russen verstehen es, mit ihrer Macht anders zu operieren, sie nicht nur militärisch zu betrachten, sondern sie auch als militärisch-politischen Faktor zu sehen, d. h. mit der ihr zur Verfügung stehenden militärischen Macht P o l i t i k zu machen.

Moskau hält nicht nur als Vorsichtsmaßnahme seine bewaffnete Macht aufrecht, sondern auch als psychologische Handhabe, d. h. als ein Druck-

mittel zum Zwecke der Erpressung. Wir haben vor gar nicht langer Zeit eine Erklärung des Herrn John Foster Dulles gehört, in der er, und zwar mit einem gewissen Stolz, auf die Tatsachen hingewiesen hat, er habe fast dreimal die Welt bis an den Rand eines Weltkrieges gebracht mit seiner Politik des Bluffs und des Abschreckens, die ja der Hauptgrund für die atomare Aufrüstung nach der Ansicht dieser Handhaber der atomaren Aufrüstung ist.

Ich frage mich, wenn man diese Aufrüstung nur zum Bluff oder zur Abschreckung hat, welche Wirkung sollte wohl dieser dauernde Gebrauch des Bluffs auf den Gegner haben?

Der Gegner würde mit Recht sagen: „Die bluffen ja nur und machen nie ernst!" Und dann könnte sehr bald die Tatsache eintreten, daß sie einmal aus Prestigegründen nicht nur nicht bluffen, sondern die atomaren Waffen sprechen lassen müßten.

Aber ein anderer Gedanke: Vor einiger Zeit stand in der Presse eine Erklärung des amerikanischen Headquarters in Heidelberg, die folgendes besagte: Die amerikanischen Truppen in Deutschland, die zahlenmäßig nur einen Bruchteil der amerikanischen Truppen des letzten Weltkrieges ausmachten, hätten jetzt eine mehr als tausendfache Feuerkraft durch die atomare Ausrüstung. Wenn wir dazu die Erklärung der Regierung der USA und auch Bonns von der sogenannten dauernden Bedrohung durch die sowjetischen Divisionen nehmen und gleichzeitig die Erklärung, daß die Russen zahlenmäßig und auch technisch in der Produktion von Panzern und Flugzeugen stärker sind, dann kann man verstehen, was es bedeutet, daß England und Frankreich dieser zahlenmäßigen und technischen Differenz zwischen Amerika und den Oststaaten mit atomarer Ausrüstung zu begegnen versuchen, d. h. versuchen, durch atomare Ausrüstung eine verstärkte Feuerkraft hervorzubringen, um dann der technischen und zahlenmäßigen Überlegenheit der Sowjetunion zu begegnen.

Das heißt auf deutsch, daß die Staaten, die dies wollen und tun, viel eher dem Versuch geneigt sind, diese Sachen anzuwenden. Und hierin liegt die Gefahr.

Zum Abschluß lassen Sie mich Ihnen noch einen Hinweis auf eine Mitteilung der Presse aus letzter Zeit geben. Ich möchte sie die Stuttgarter Vision nennen, weil der Ausgangspunkt hier in Stuttgart war. Es stand in der Zeitung nämlich ein Plan eines Majors — ich glaube, namens Kohler — vom hiesigen Wehrmachtsbereich, der für die Zeit und für den Fall eines Angriffs der Sowjets die Evakuierung der Deutschen in einer Tiefe von 50 Kilometer von der Zonengrenze nach dem Westen vorsah. Das wäre der Anfang und die Vision der Apokalypse, die auf uns wartete. In Anbetracht dessen, daß wir das alte Flüchtlingsproblem noch nicht erledigt haben, mögen die Leute wieder Millionen — ich glaube, 20 Millionen Menschen sollten davon betroffen werden — auf die Straße schicken, die für die Adenauer-Aufrüstung sind. Weil wir Sozialdemokraten anderer Meinung sind, gilt unser Aufruf: Kampf dem Atomtod! (Beifall.)

Vorsitzender Dr. Alex Möller: Das Wort hat Arno Behrisch, Hof. Ihm folgt Ulrich Lohmar, Bielefeld.

Arno Behrisch, Hof: Genossinnen und Genossen! Ich möchte mich mit der Frage befassen, die in Herbert Wehners Referat den Hauptteil eingenommen hat, mit der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands. Was steht ihr im Wege? Ich glaube, es sind zwei Dinge, die man als Haupthindernis bezeichnen kann. Erstens haben wir keine gemeinsame Außenpolitik zwischen Regierung und Opposition. Nun kann man eine gemeinsame Außenpolitik auf zwei Fundamenten aufbauen. Eines wäre — wie die Österreicher es tun — eine Koalitionsregierung. Die scheidet bei uns aus. Nun, man muß sie nicht haben. Man könnte eine gemeinsame Außenpolitik auch mit einem unabhängigen, freien, kraftvollen Parlament führen. Ein solches Parlament haben wir leider auch nicht. Da der Herr Bundeskanzler immer auf amerikanische Stimmen hört, ist es vielleicht interessant, aus Amerika einmal zu erfahren, wie eine Zweiparteien-Außenpolitik beschaffen sein müßte. Ich las in den letzten Tagen einmal bei James Byrnes folgendes:

> „Die politische Partei, die gerade an der Macht ist, kann nicht gut von der Oppositonspartei eine Mitverantwortlichkeit an der Außenpolitik verlangen, wenn nicht die Führer der Opposition vollen Einblick in unsere — der Regierung — politischen Maßnahmen erhalten.
>
> Das ausführende Organ der Regierung kann nicht eine wichtige politische Maßnahme, die die Zustimmung des Kongresses erfordert, ankündigen, und erst danach den Führern der Opposition Einblick gewähren. Eine Politik, die den Kongreß umgeht, macht eine Zweiparteienpolitik unmöglich, und ich hoffe, daß unsere verantwortlichen Führer beider Parteien über unsere Politik vom anfänglichen Entwurf bis zur endgültigen Regelung auf dem laufenden gehalten werden."

Das ist genau das, was in der Bundesrepublik nicht geschieht. Adenauer fühlt sich nicht — um ein Wort Churchills zu gebrauchen — als ein Diener des Parlaments, er fühlt sich als der Feldwebel über das Parlament, und entsprechend ist die Tat. Wir haben also diese gemeinsame Außenpolitik nicht.

Ein zweiter Hauptwiderstand, der der Wiedervereinigung im Weg steht, wurde von Herbert Wehner mit der Bemerkung angedeutet, es komme auf die innere Gestaltung des wiedervereinigten Deutschlands an. Wenn man von der inneren Gestaltung des wiedervereinigten Deutschland spricht, ist es gut, ein Wort des Bundestagspräsidenten Gerstenmaier ins Gedächtnis zu rufen. Gerstenmaier hat einmal, obwohl er sich leider selbst wenig daran hält, das Wort vom Ursachenzusammenhang geprägt, und just von diesem Ursachenzusammenhang entfernt man sich in der deutschen Politik von Tag zu Tag mehr. Ich kann mich erinnern, daß im Nürnberger Prozeß der amerikanische Hauptankläger, der ja im Namen aller Siegermächte sprach, das Wort von den unheilvollen Gewalten in Deutschland prägte, und er sagte: „Wir wissen, daß die Nazipartei bei der Wahl nicht mit Stimmenmehrheit an die Macht gekommen ist; wir wissen, daß ein unseliges Bündnis sie an die Macht gebracht hat." Nun, wir haben dieses unselige Bündnis in der Bundesrepublik wieder. Man könnte das auch mit der „Times" vom 6. Dezember 1949 ausdrücken, wo

es heißt: „Die Arbeiter haben in Deutschland bereits wieder das Gefühl, daß die amerikanische Politik darauf hinzielt, den deutschen Industriellen ihre frühere privilegierte Stellung zurückzugeben. Niemand, der die deutsche Geschichte kennt, würde behaupten, daß diese Befürchtungen der deutschen Arbeiter absurd oder unvernünftig sind. Es ist die Aufgabe der Westmächte, dafür zu sorgen, daß sie sich nicht noch einmal bewahrheiten." Hier haben wir also das, was Gerstenmaier den Ursachenzusammenhang genannt hat.

Man könnte Dutzende Zitate aus der entscheidenden Zeit von 1945/46 aus Deutschland und aus dem alliierten Lager bringen, wo immer wieder dargetan wurde, daß man in Deutschland — um es mit Sternberg zu sagen — eine soziale Transformation nötig hätte. Diese soziale Umgestaltung unseres Landes ist ausgeblieben. Wenn Kurt Schumacher uns einmal sagte:

> „Wir liegen im Herzen Europas, und man kann Europa nicht neu gestalten, wenn man in seinem Herzen politisch einen weißen Fleck behält. Dieser Fleck muß so oder so koloriert werden, und ich meine, man soll ihn nicht nach Vorbildern färben",

dann haben wir das Haupthindernis der deutschen Einheit wie in einer Schachtel. Genau was Schumacher befürchtete, ist eingetreten. Wir haben eine amerikanische Hälfte Deutschlands, und wir haben eine russische Hälfte Deutschlands. Wir haben kein Deutschland, das die notwendigen — und „notwendig" ist, was die Not wendet — wirtschaftlichen, politischen und sozialen Konsequenzen aus der Niederlage und aus der Politik, die der Niederlage vorausgegangen ist, gezogen hätte. Wir haben keine Verarbeitung dieser deutschen Geschichte.

Und ich meine, Genossinnen und Genossen — es ist vielleicht nicht ganz populär, das zu sagen, aber ich meine es —, wir müssen den Mut haben, als Deutsche uns und die Welt daran zu erinnern, daß es einmal von Roosevelt über Churchill bis zu Stalin, und daß es einmal von Adenauer über Kurt Schumacher bis zu Pieck eine Vorstellung darüber gegeben hat, wie das neue Deutschland aussehen müßte, eine Vorstellung, die so war, daß die Kommunisten der Diktatur für Deutschland entsagten und daß Adenauer der Entmachtung der Mächtigen das Wort geredet hat.

Wenn wir nicht begreifen, daß es das ist, was wir brauchen, dann werden wir zur deutschen Wiedervereinigung nicht kommen, dann werden wir dazu verdammt sein, das zu wiederholen, was wir in zwei Katastrophen leidvoll erfahren haben. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. Alex Möller: Das Wort hat Ulrich Lohmar, Bielefeld. Ihm folgt Max Seidel, Fürth.

Ulrich Lohmar, Bielefeld: Genossinnen und Genossen! Ich möchte anknüpfen an zwei Bemerkungen von Herbert Wehner — an die eine Bemerkung, die auf die Frage hinauslief, ob es eine Selbstverständlichkeit sei, den Zusammenhalt der Deutschen auf die Dauer bei Aufrechterhal-

tung der Teilung zu sichern, und an die zweite Bemerkung, daß wir uns mit dem Gedanken vertraut machen müssen, die Wiedervereinigung unter Umständen in Etappen zu erreichen. Was das wirtschaftlich und politisch bedeutet, haben wir heute morgen in dem Referat Wehners gehört.

Ich möchte die Aufmerksamkeit des Parteitags aber auf ein Problem lenken, von dem ich meine, daß es im Sinne dieser beiden Bemerkungen von außerordentlichem Gewicht ist und in nächster Zeit ein noch größeres Gewicht erhalten wird. Ich meine die Entwicklung der Streitkräfte in Westdeutschland u n d in Mitteldeutschland. Wenn man sich einmal anschaut, liebe Genossinnen und Genossen, welche gemeinsamen Merkmale die Erziehung der Soldaten in der sogenannten DDR und bei uns erkennen läßt, dann stößt man auf überraschende Parallelen. Man stellt zunächst fest, daß der Soldat hüben wie drüben zu einem unkritischen und blinden Haß erzogen wird. Man stellt zweitens fest, daß sich die Psychologen und die Ideologen auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs darum bemühen, die vorhandenen politischen Probleme möglichst weitgehend zu vereinfachen, da man offenbar annimmt, daß der Soldat über noch weniger Intelligenz verfügt als der durchschnittliche Staatsbürger.

Drittens ist der Erziehung der ostdeutschen Streitkräfte und der Bundeswehr gemeinsam, die Begriffe „national", „deutsch" und „volksverbunden" jeweils für die eigenen Streitkräfte mit Beschlag zu belegen, wobei sich interessanterweise sowohl die SED als auch Herr Strauß der gleichen Ereignisse deutscher Geschichte bedienen, um daraus jeweils ihre aktuellen politischen Forderungen für die Gegenwart abzuleiten.

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich erwähne diese Gemeinsamkeit in der Erziehung der Streitkräfte diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs deshalb, weil eine Lektüre des Schrifttums einen zu der Befürchtung kommen lassen muß, daß eines Tages in der Ostzone der Kommunismus aus der Gedankenwelt der Soldaten sozusagen herausfallen könnte und ein mißverstandenes deutsches Erbe übrigbleibt, und daß auf der anderen Seite die Einflüsse, die heute zum Teil von innen, mehr aber von außen, die geistige Entwicklung der Bundeswehr formen, in der gleichen Weise zu einer nationalistischen Restauration des Denkens in den Streitkräften kommen können.

Liebe Freunde, stellen wir uns diese Entwicklung einmal in einer etappenweisen Wiedervereinigung vor. Wir fordern, daß in einem wiedervereinigten Deutschland eine begrenzte Streitmacht bestehen soll. Woher wollen wir die Soldaten für eine solche Streitmacht nehmen, wenn heute die Streitkräfte in der Zone und bei uns jeweils so erzogen werden, daß sie nachher wechselseitig nur noch unter Ideologieverdacht gestellt werden können und damit für eine Einstellung in solchen Streitkräften ausfielen? Nun, liebe Freunde, wir können heute diese Dinge in der Zone nur insoweit beeinflussen, als das über die allgemeine Politik zu machen ist. Was wir aber können, ist, bei uns den ernsthaften Versuch zu unternehmen, diese Entwicklung zu stoppen. Wie diese Entwicklung in der Bundesrepublik aussieht, darauf hat Hans Merten mit einigen Bemerkungen bereits hingewiesen. Ich möchte das nur durch einige Beispiele ergänzen. In einer von der Bundesregierung finanzierten Zeitung, „Die

Bundeswehr", konnte man vor einiger Zeit in einem Artikel über den Kapp-Putsch lesen, die Rolle der Arbeiterschaft im Kapp-Putsch habe sich gegen die Weimarer Demokratie gerichtet und es sei eigentlich ein Verdienst der Freikorps gewesen, die Demokratie damals gerettet zu haben.

In einer anderen Ausgabe einer anderen Zeitschrift, die ebenfalls von Herrn Strauß bezahlt wird, liest man eine Besprechung über die Lebenserinnerungen von Erich Raeder, einem der hauptverantwortlichen Militärs unter Hitler, den man nun wirklich auch von einer politischen Mitverantwortung nicht freisprechen kann. In dieser Besprechung heißt es, man müsse dem ehemaligen Chef der Marine dankbar sein, daß er der Marine und dem ganzen Volke seine Lebenserinnerungen gegeben habe — mit einem besonderen Hinweis darauf, welch grausame Zeit der arme Mann im Gefängnis habe erleben müssen.

Und ein letztes Beispiel, liebe Freunde, das gerade jetzt in der Zeitschrift „Wehr und Heimat" erschienen ist. Da kann man lesen, ich darf das kurz vorlesen:

> „Die unter dem Zeichen der Furcht vor den Atomwaffen ins Leben gerufene Kampagne, die sich in Großkundgebungen, einer Versammlungswelle, Streikdrohungen und tatsächlichen Streiks manifestiert, zielt nicht nur auf die aus der Volksvertretung hervorgegangene Bundesregierung. Ihr Zweck ist es vielmehr, die Stellung der Bundesrepublik im Verteidigungsbündnis der freien Welt zu erschüttern, um damit das Gefüge dieses Verteidigungsbündnisses ins Wanken zu bringen und die Voraussetzung zu schaffen, daß der moskowitische Bolschewismus dem von ihm verfolgten Ziel der Weltrevolution einen Schritt näherkommt."

Liebe Freunde! Eine solche Sprache, die die „bewußten" und „unbewußten" Helfer der sowjetischen Außenpolitik in einen Topf wirft, kommt nicht von ungefähr, sondern sie geht auf einen Erlaß zurück, den Herr Strauß persönlich seinen Offizieren gegeben hat und in dem zu lesen steht, daß die „bewußten und unbewußten Helfer des Kommunismus" gleichermaßen sozusagen als Staatsfeinde zu werten seien.

Liebe Freunde, ich meine (Glocke) — ich komme zum Schluß —, wir sollten hier nicht nur als Partei, sondern mit allen diese Gefahren sehenden anderen Kräften in unserem Volke zusammen uns dagegen wehren, daß die Bundeswehr hier in einer Weise ideologisch verhärtet wird, die eine außerordentlich ernste zusätzliche Belastung schafft für ein Stadium konkreter Wiedervereinigungsverhandlungen. Wir sollten den Jugendverbänden im Deutschen Bundesjugendring dankbar sein für eine Entschließung, die sie jetzt der Zeitung „Die Bundeswehr", einer von Herrn Strauß finanzierten Publikation, geschickt haben und in der sie sagen, daß sie als Jugendverbände nicht bereit sind, diese Zeitung in den Jugendorganisationen zu verteilen, weil sie mit dem Geist dieser Publikation nicht einverstanden sind. (Starker Beifall.)

Vorsitzender Dr. Alex Möller: Das Wort hat Max Seidel, Fürth (Bayern); dann kommt Karl Wittrock, Wiesbaden.

Max Seidel, Fürth: Genossinnen und Genossen! Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf die „Entschließung zur Wehrpolitik" — Antrag 203 — vorletzter Absatz, hinlenken.

Wir haben uns auf Grund des Berliner Parteitags und des Parteitags in München grundsätzlich für die Landesverteidigung ausgesprochen. Wir sind gegen die atomare Aufrüstung der Bundeswehr und gegen die Anwendung der Atomwaffen. Da wir aber im Grundsatz die Landesverteidigung bejahen, steht also auf diesem Parteitag die Frage, in welcher Größenordnung das von uns aus akzeptiert wird.

Nun wird in der Resolution zum Ausdruck gebracht, der Maßstab sollten unsere unmittelbaren Nachbarn sein. Ich finde, daß diese Aussage schon sehr weitgehend ist, und ich meine, daß vom Genossen Erler hier noch etwas prägnantere Aussagen gemacht werden sollten. Aber eines, das weiß ich gewiß: Die Bundeswehr, die ja eingezwängt ist in den Rahmen der NATO — nun gut, wir sollten aber trotz alledem dafür eintreten, daß, weil die Teilung Deutschlands besteht, auch die Bundeswehr im Rahmen der NATO nur die Funktion eines Stolperdrahtes haben kann. Nun frage ich mich: Warum wird jetzt, entgegen unseren Vorstellungen von Berlin und München, noch ein Schritt weitergegangen, und zwar wird in dieser Resolution angedeutet, daß auch die Sozialdemokratische Partei für eine Territorialarmee, für eine sogenannte Heimatarmee oder Katastrophenschutz oder, wie man das immer auch bezeichnen möchte, sei. Ich glaube, diese Angaben „Schutz der Wohnplätze, Verkehrswege und Industrieanlagen" stellen ein bißchen mysteriös die Aufgabenstellung dar. Herr Strauß hat eine gleiche Vorstellung, ich habe so den Eindruck, wir versuchen sie nur ein klein wenig abzuschwächen; denn Herr Strauß hat die Vorstellung, im Rahmen der Bundesdienstpflicht hier eine Territorialarmee in einer Größenordnung von 64 000 Mann zu schaffen. Da sollen so reihenweise die sogenannten weißen Jahrgänge mit in diese Bundesdienstpflicht einbezogen werden. Ich muß sagen, das, was Herr Strauß hier plant, ist nach meiner Auffassung eine sehr gefährliche Konzeption. Ich sehe nicht ein, daß wir von uns aus auch nur im entferntesten bei der Teilung Deutschlands und der politischen Verhältnisse Gesamtdeutschlands eine Konzession machen sollten gegenüber dem, was Herr Strauß hier propagiert. Ich glaube, wir sollten uns streng davon halten, und wir sollten uns vor allen Dingen die Frage stellen: Was können wir bei einer solchen Konzession wirklich gewinnen? Ich habe vielmehr den Eindruck, daß hier eine sehr gefährliche Privatarmee von Herrn Strauß geschaffen werden kann, eine sehr gefährliche militärische innenpolitische Hausmacht für Herrn Adenauer und für Herrn Strauß. Und darum ist es mein Bemühen, daß hier in dieser Resolution des Parteivorstandes die drei letzten Sätze aus dem vorletzten Absatz gestrichen werden. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. Alex Möller: Das Wort hat Karl Wittrock, Wiesbaden; ihm folgt der Genosse Dröscher, Kirn.

Karl Wittrock, Wiesbaden: Genossinnen und Genossen! Ich habe den Wunsch, die Aufmerksamkeit des Parteitags noch auf ein anderes Problem zu lenken, dem meines Erachtens um seiner Bedeutung willen auch hier in der Diskussion des Parteitags Raum gewährt werden muß. Es ist das Problem der diplomatischen Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten.

Genossinnen und Genossen! Es verdient meines Erachtens nachdrücklich die Zustimmung, daß auch dieser Parteitag erneut die Forderung auf Herstellung normaler Beziehungen zu diesen Staaten, die von dem amtlichen bundesrepublikanischen Deutschland immer so etwas hämisch als Satellitenstaaten bezeichnet werden, erhebt. Ich halte es für eine gute Sache, daß diese Forderung auf Herstellung normaler Beziehungen zu diesen osteuropäischen Staaten erhoben wird. Wir wissen, daß die Bundesregierung dies ablehnt. Das ist die gleiche Eiseskälte, die aus dieser Haltung der Regierung spricht, wie es bei der Behandlung des innerdeutschen Problems durch diese Bundesregierung der Fall ist. Man geht nämlich auch bei der Behandlung der Frage der Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten mit einer Eiseskälte über die Tatsache hinweg, daß dort Hunderttausende und aber Hunderttausende von Menschen leben, die sich zu dem deutschen Volke zählen.

Ich meine, daß gerade im Hinblick auf diesen Tatbestand — daß nämlich auch dort Menschen leben, die sich zum deutschen Volke zählen — die Bundesrepublik verpflichtet ist, sich auch um diese Menschen zu kümmern. Wie kann man das tun, wenn man nicht normale diplomatische und konsularische Beziehungen zu diesen Staaten aufnimmt? Die Menschen dort müssen wissen: Auch in der Bundesrepublik gibt es amtliche Stellen, an die man sich wenden kann.

Ich meine, daß allein dieser menschliche Gesichtspunkt uns immer wieder die Pflicht auferlegt, im Rahmen unserer politischen Möglichkeiten die Forderung nach einer Normalisierung der Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten zu erheben.

Noch ein zweiter Punkt in diesem Zusammenhang. Herbert Wehner hat in seinem Referat mit Recht gesagt, daß eine erfolgreiche Wiedervereinigungspolitik nicht zuletzt davon abhängt, ob auch dort, im osteuropäischen Raum eine Atmosphäre des Vertrauens zum ganzen deutschen Volke geschaffen werden kann. Das ist ein Tatbestand, der von dem amtlichen bundesrepublikanischen Bonn ignoriert wird. Ich meine, es sollte auch auf diesem Parteitag gewürdigt werden, daß mit zu den ersten, welche das Tor zu einem Gespräch mit Menschen der osteuropäischen Staaten aufgestoßen hat, einer der unseren gehört hat, nämlich Carlo Schmid. Das ist eine gute politische Tat von Carlo Schmid gewesen, als einer der ersten Politiker der Bundesrepublik ein Gespräch anzubahnen mit Menschen aus der Geisteswelt, aus dem politischen Raum, Polens. Die Partei sollte diesen Weg — da wir ja als Partei keine diplomatischen Beziehungen aufnehmen können — eines Gesprächs mit den geistigen und politischen Kräften der osteuropäischen Staaten fortsetzen. Ich bin der Überzeugung: Wenn die Partei diesen Weg fortsetzt — und ich bin sicher, daß sie es tun wird und tun muß —, dann ist auch dies ein Bei-

trag zu einer Politik der Entspannung und damit ein Beitrag zu einer Politik der Förderung der Wiedervereinigung Deutschlands. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. Alex Möller: Als letzter Redner vor der Mittagspause hat Wilhelm Dröscher, Rheinland/Hessen-Nassau, das Wort.

Wilhelm Dröscher, Kirn: Liebe Genossinnen und Genossen! Gestattet mir, an den Anfang meines Diskussionbeitrags eine sicher ketzerische und überspitzte Frage zu stellen: Was würden wir alle, jeder einzelne von uns, tun, wenn heute nacht von Ost oder von West Panzer rollten und unsere junge Freiheit unter militärischem Ausnahmerecht und politischem Zwang zu ersticken drohte? Würden die tausend Männer und Frauen, die hier sind, kollaborieren, würden sie Widerstand leisten, in den Widerstand gehen, oder flüchten? Das sind doch Fragen, die uns allen immer wieder in den Versammlungen draußen gestellt werden. Das sind Fragen, die an eine führende Kraft eines demokratischen Staates gestellt werden müssen und die zeigen, wie sehr die Zukunft unseres Volkes von einem wachsenden politischen Einfluß der Sozialdemokratie und ihrem wachsenden politischen Gewicht abhängig ist, damit gerade eine solche Entwicklung vermieden wird. Dieses politische Gewicht aber ist letztlich ein Gewicht der Stimmzettel, die das deutsche Volk unserer Partei zu geben bereit war und noch ist.

Wir kommen deshalb nicht an der Erörterung vorbei, wie die Vorstellungen unseres Volkes auch außerhalb der Mitgliederversammlungen unserer Partei aussehen und welche Wechselwirkungen zwischen unseren Konzeptionen und der Meinung der Massen bestehen. Meine eigenen Erfahrungen in einem ländlichen Raum — und immerhin wohnen fast 50 % unseres Volkes in Gemeinden unter 10 000 Einwohnern — beweisen mir, daß eine klare Verteidigungskonzeption für die SPD unerläßlich ist.

Sicher ist es klar, daß die Aufrüstungspolitik à la Adenauer die Wiedervereinigung praktisch unmöglich macht. Sicher ist es klar, daß wissenschaftlicher und technischer Fortschritt den Krieg theoretisch unmöglich machen, und sicher ist es klar, daß das Zusammenwachsen der Nationen unter einem übergeordneten nationalen Recht und mit den Möglichkeiten, diesem Recht zum Zuge zu verhelfen, unausweichlich auf uns zukommt.

Aber ebenso sicher ist es klar, daß die CDU-Behauptung, die Sozialdemokraten hätten keine klare Alternative zu ihren Verteidigungsvorstellungen, einen wesentlichen Anteil an den Wahlniederlagen von 1953 und 1957 erbracht hat. Das primitive Sicherheitsbedürfnis des einzelnen Mannes und der Frau draußen denkt eben nicht abstrakt, folgt unserem abstrakten Denken nicht, sondern will vor Augen sehen, was geboten wird. Und da hilft uns eben nicht nur die Negation der Atombewaffnung, sondern wir müssen eigene, klare Vorstellungen entwickeln. Das ist vielleicht mehr ein psychologischer Akt, eine psychologische Notwendigkeit als ein Unternehmen, das jemals reale Bedeutung erhalten wird.

Ich glaube deshalb, daß die in der Entschließung 203 vorgetragenen Vorstellungen von diesem Parteitag stärkstens gestützt werden sollten. Wegen

der Wiedervereinigung ist es notwendig, daß unsere Verteidigungskonzeption demonstrativ defensiv ist. Es gibt, glaube ich, keine andere Möglichkeit für unsere Verteidigungskonzeption. Dazu gehört dann auf der militärischen Ebene, daß wir a) ja sagen müssen zu einer mobilen, möglichst kleinen, auf Freiwilligkeit beruhenden und gut ausgerüsteten Armee, die ein Risiko schafft für einen eventuellen Angreifer und Zeit zum Eingreifen der internationalen Organisationen läßt, und aber auch b) eine zweite Ebene im militärischen Raum erschließt, eine Ebene, die vorhin ganz klar und folgerichtig von Fürth aus angesprochen worden ist, nämlich das heiße Eisen, ob die Frage der Einsatzbereitschaft des freien Staatsbürgers notfalls mit der Waffe in der Hand und notfalls als Einzelkämpfer gegen einen Angriff auf sein Staatswesen — gleich, von welcher Seite er kommt, beantwortet wird. Dazu ist die erste Voraussetzung — ich glaube, darüber sind wir uns hier klar —, daß dieses Staatswesen durch Sozialordnung und allgemeinen Wertgehalt für den Bürger tatsächlich verteidigungswürdig sein muß.

Eine Bejahung dieser Voraussetzung bedeutet dann aber ein Ja zum Gedanken einer ortsgebundenen, territorialen Verteidigungsorganisation. Ich glaube, daß eine sozialdemokratische Bundesregierung die unabsehbare Durststrecke zur weltweiten Sicherheitsordnung mit einer solchen Organisation überwinden müßte. Diese Vorstellungen scheinen mir auch durchaus in Übereinstimmung mit unserem allgemeinen politischen Leitbild stehen zu können. Sie erfordern nämlich den Staatsbürger, der als Einzelpersönlichkeit individuelle Entscheidungen treffen kann. Erziehung und Bildung und ihre staatliche Förderung in höchstem Maße werden damit zum zentralen Problem der Verteidigung. Wer wirklich verteidigen will, der muß bereit sein, hierfür besondere Opfer zu bringen. Und diese Konzeption vermeidet finanzielle Belastungen in Größenordnungen, die ihrerseits unsere gesunde Sozialordnung — die wiederum eine der Voraussetzungen des Verteidigungswillens ist — zerstören können. Sie verhindert aber auch von Beginn an eine gefährliche Trennung von Volk und Soldaten die ihrerseits wiederum die Voraussetzung zu einer faschistischen Entartung des Staatswesens darstellt. Eine Armee, in der die Masse der Staatsbürger sich nur aufs Sterben vorbereitet und kraft freien und eigenen Entschlusses von der Führung ausgeschlossen ist, ist von Beginn an ein Freikorps für eine Innenpolitik gegen uns.

Dieser Parteitag sollte deshalb ein deutliches Ja zu dem Antrag 203 sagen als zu einer echten Alternative gegenüber der Atomausrüstung. Das Schicksal Deutschlands und Europas wird in weitem Maße davon abhängig sein, ob die deutsche Sozialdemokratie ihre politischen Vorstellungen wird verwirklichen können. Dafür brauchen wir die Mehrheit unseres Volkes. Diese Mehrheit ist aber nur zu gewinnen mit einer klaren und einprägsamen Zielsetzung und leidenschaftlichen und kämpferischen Herzen, die sie durchsetzen. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. Alex Möller: Genossinnen und Genossen! Einige Mitteilungen zur Geschäftslage:

Von den 20 Wortmeldungen, die zu diesem Thema eingegangen sind, haben wir heute vormittag einige erledigt. Die Fortsetzung der Diskussion erfolgt nach der Mittagspause, und zwar dann, wenn die Mandatsprüfungskommission ihren Bericht erstattet hat.

Ich darf Sie bitten, davon Kenntnis zu nehmen, daß das Büro den Wunsch hat, am heutigen Tage noch das Thema 3 b — Wirtschaftspolitik — nicht nur durch die Referenten behandeln zu lassen, sondern auch die Diskussion hierzu heute zu Ende zu führen. Es ist sonst nicht möglich, das andere Programm so abzuwickeln, daß eine Chance besteht, daß wir am Freitag spätnachmittags fertig sind.

Dann darf ich darauf aufmerksam machen, daß wir — wie am Montag früh beschlossen — Mittwoch morgen mit dem Referat von Alfred Nau — Aufbau der Parteiorganisation — beginnen. Das ist deswegen notwendig, weil die Delegationen wissen müssen, wie sich der Parteivorstand und wie sich evtl. das Parteipräsidium zahlenmäßig zusammensetzen sollen. Es müssen ja entsprechende Vorschläge vorbereitet werden.

Nach diesem Punkt der Tagesordnung würden wir dann in der Behandlung des Punktes 3 fortfahren, und zwar wären wir dann bei 3 c — Kultur und Politik.

Außerdem gehen wir davon aus, daß die Möglichkeit besteht, am Donnerstag morgen mit der ersten Beratung des Entwurfs eines Grundsatzprogramms, so wie Montag beschlossen, zu beginnen..

Wir werden also heute länger tagen müssen. Ich mache darauf aufmerksam, daß der Bezirk Südwest seine Einladung für heute abend, zur Ländlichen Gaststätte auf dem Killesberg zu kommen, und zwar gegen 20 Uhr, aufrecht erhält, soweit das Abendessen in Frage kommt. Auf das Bunte Programm werden wir heute abend verzichten. Wir bitten aber die Delegierten, der Einladung zu diesem Zusammensein Folge zu leisten.

Wir vertagen uns bis 15 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 12.58 Uhr.)

NACHMITTAGSSITZUNG

(Beginn: 15.00 Uhr)

Vorsitzender Dr. Alex Möller: Genossinnen und Genossen! Wir setzen unsere Verhandlungen fort.

Für die Mandatsprüfungskommission hat Genosse Frenzel das Wort.

Alfred Frenzel: Genossinnen und Genossen! Im Auftrag der Mandatsprüfungskommission gebe ich folgenden Bericht:

Insgesamt sind zum Parteitag geladen 391 Delegierte. Zehn davon sind entweder in der Zwischenzeit verstorben oder durch Krankheit verhin-

dert, an diesem Parteitag teilzunehmen. Die Zahl der Delegierten beträgt demnach 381. Sie setzt sich folgendermaßen zusammen:

Vom Parteivorstand, der aus 30 Mitgliedern besteht, sind die beiden Mitglieder Lisa Albrecht und Wilhelm Mellies verstorben. Durch Krankheit verhindert sind Erwin Schoettle und Dr. Fritz Wenzel, so daß 26 Mitglieder anwesend sind.

Von der Kontrollkommission, die aus neun Mitgliedern bestand, verstarb in der Berichtsperiode der Genosse Jakob Steffan, so daß acht Mitglieder anwesend sind.

Vom Parteiausschuß, der 34 Delegierte zählt, fehlt ein Mitglied. 33 Mitglieder sind anwesend.

Die Bezirke und, zu den Bezirken hinzugerechnet, die Vertreter der Bundestagsfraktion zählen insgesamt 318. Vier Mitglieder aus den Bezirken fehlen; 314 sind anwesend.

Diese einzelnen Zahlen ergeben die von mir vorhin genannte Summe von 381 Delegierten.

Von diesen 381 Delegierten sind 333 Männer und 48 Frauen.

Ich darf auch vielleicht kurz die Altersgliederung, die folgendes Bild ergibt, bekanntgeben:

bis 30 Jahre	18 Delegierte,
30 bis 40 Jahre	80 Delegierte,
40 bis 50 Jahre	106 Delegierte,
50 bis 60 Jahre	125 Delegierte,
über 60 Jahre	52 Delegierte.

Die Mandatsprüfungskommission hat alle Mitgliedsbücher überprüft und festgestellt, daß alle Delegierten ihren Verpflichtungen nachgekommen sind, soweit es die monatlichen Beiträge, die sie leisten, anbelangt. Ob allerdings die Höhe der geleisteten Beiträge dem Statut entspricht, konnte die Mandatsprüfungskommission nicht zur Gänze feststellen. Sie bittet deshalb die Bezirke, eine Überprüfung ihrer Mitgliedsbücher durchzuführen, um festzustellen, ob auch wirklich jene Beiträge gezahlt werden, die die einzelnen Mitglieder dem Statut nach verpflichtet sind, zu zahlen.

Ich darf noch auf eines hinweisen: Ich möchte die Genossen, die es angeht — ich will sie nicht namentlich nennen —, doch bitten, ihren Verpflichtungen der Partei gegenüber nachzukommen. Es handelt sich, wie wir festgestellt haben, um drei Bundestagsabgeordnete. Der erste bezahlt anstatt 36 DM nur 30, der zweite nur 24 und der dritte nur 12 DM monatlichen Beitrag. Ich habe veranlaßt, daß der Parteivorstand informiert wurde, damit er sich mit den Bezirken in Verbindung setzt und die Beiträge gezahlt werden, die der einzelne Mandatsträger verpflichtet ist, zu zahlen. (Beifall.)

Auf der anderen Seite haben wir erfreulicherweise feststellen können, daß es eine ganze Reihe von Genossen gibt, die nicht nur ihre Beitrags-

marken, so wie sie gezahlt werden sollen, im Parteibuch haben, sondern z. T. noch weit höhere Beiträge geleistet haben, und darüber hinaus auch noch eine Unmenge Sonderleistungen. Ich glaube, das muß hier ebenfalls gesagt werden.

Wir haben alle Mitgliedsbücher überprüft. Auch die Genossen, die — wie es immer wieder vorkommt — durch irgendwelche Umstände ihre Bücher vergessen hatten, ließen sich diese nachschicken, so daß die Mitgliedsbücher sämtlicher 381 Delegierter bis heute mittag der Mandatsprüfungskommission vorlagen.

Ich bitte deshalb den Parteitag, die Empfehlung der Mandatsprüfungskommission anzunehmen, daß sämtliche Mandate anerkannt werden.

Vorsitzender Dr. Alex Möller: Ich danke dem Genossen Alfred Frenzel. Sie haben den Antrag der Mandatsprüfungskommission gehört. Ist der Parteitag mit dem Antrag der Mandatsprüfungskommission einverstanden, alle Mandate für gültig zu erklären? Wer dafür ist, bitte ich um ein Zeichen. — Ich danke und bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen? — Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich möchte dann dem Parteitag den Vorschlag machen, die Mandatsprüfungskommission — Genosse Frenzel, darf ich einen Moment um Aufmerksamkeit bitten — als Auszählungskommission zu bestimmen. Wenn wir im Verlaufe der weiteren Verhandlungen, wie das gestern einmal vorgekommen ist, auszählen müssen, um genau festzustellen, wie die Mehrheitsverhältnisse sind, würde das die Situation wesentlich vereinfachen. Genosse Frenzel wird wahrscheinlich so freundlich sein, genau einzuteilen, welche Mitglieder der Mandatsprüfungskommission welche Tischreihen zu betreuen haben. Wenn wir dann eine solche Abstimmung vorzunehmen haben, geht sie sehr viel schneller und reibungsloser vonstatten.

Ist der Parteitag mit diesem Vorschlag einverstanden? — Das ist der Fall. Genosse Frenzel erklärt für die Genossen der Mandatsprüfungskommission das Einverständnis, diese neue Aufgabe zu übernehmen. Ich danke ihm.

Wir fahren nun mit den Beratungen und der Diskussion zu Punkt 3 a der Tagesordnung fort.

Das Wort hat Genosse Hermannstorfer; ihm folgt Genosse Beck.

Willi Hermannstorfer, Dortmund: Genossinnen und Genossen! Ich möchte nur etwas zu dem Thema der Rede unseres Genossen Wehner und der gefaßten Entschließung zur Wiedervereinigung sagen.

Wir haben die zu Herzen gehenden Worte und die leidenschaftlich gesprochenen Ausführungen des Genossen Wehner gehört. Wir können sie aufrichtig und ehrlichen Herzens unterstützen, denn wir befürworten und ersehnen die Wiedervereinigung. Wir müssen alles tun, um sie zu realisieren. Jedoch vermisse ich in der Rede des Genossen Wehner sowie auch in der Entschließung eine Stellungnahme der Partei zur Frage der

Oder-Neiße-Linie. Es wurde gestern so schön gesagt: Das ganze Deutschland soll es sein. Jawohl, das ganze Deutschland, aber unter Einbezug der Oder-Neiße-Linie oder der Staaten und Länder, die heute unter polnischer Verwaltung stehen.

Millionen von Heimatvertriebenen, zum großen Teil aus den Reihen der Partei oder uns nahestehend, erwarten von uns eine Klärung dieser Frage. Wir rufen bei jeder Wahl die Vertriebenen und Flüchtlinge an die Wahlurne. Aber bei diesen Wahlaufrufen allein darf es nicht bleiben.

Wenn diese Frage nicht geklärt wird, dann treiben wir die Vertriebenen in die Arme des BHE, der neuerdings eine Koalition mit der DP, also einer rechtsradikalen Partei, eingegangen ist. Dabei werden unter dem Deckmantel der Heimatliebe eventuell nationalistische und chauvinistische Tendenzen entwickelt, die sehr gefährlich werden können und die der Regierung Adenauer nur nützlich sein könnten. Es müssen also Mittel und Wege gesucht und gefunden werden, um mit Polen auch in dieser Frage zu einer Verständigung zu kommen, denn Polen ist nicht in der Lage, diese riesigen Gebiete zu bewirtschaften, wie uns Filme und Reiseberichte am besten beweisen. Ich bitte daher, daß von seiten des Parteivorstandes oder des Parteitages eine entsprechende Erklärung abgegeben wird, denn für die Vertriebenen ist Heimatrecht Lebensrecht. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. Alex Möller: Ich möchte erneut darum bitten, Einzelkonferenzen draußen abzuhalten.

Das Wort hat Genosse Beck, Berlin.

Erwin Beck, Berlin: Genossinnen und Genossen! Ich möchte an sich einleitend zu meinen Ausführungen dem Genossen Wehner danken, daß er ganz klar hervorgehoben hat, daß unser Parteitag keine Schau darstellen soll, sondern ein Arbeitsparteitag sein muß. All das, was wir hier sagen — auch wir, die wir aus den Bezirken kommen — sind an sich als Beiträge anzusehen, die sich auf die weitere Entwicklung in bewußtseinsmäßiger Hinsicht auswirken sollen. Ebenso habe ich die Feststellung begrüßt, daß man nicht nur auf Gedenkfeiern und öffentlichen Veranstaltungen an die Wiedervereinigungsfrage und sonstige Probleme besonders denken soll, sondern daß wir die tiefgreifenden Fragen zum Anliegen in unserer täglichen Arbeit machen müssen.

So möchte ich auch meine Ausführungen als einen kleinen Arbeitsbeitrag gewertet wissen.

Ich knüpfe an an die Ausführungen des Genossen Wehner, als er sagte, die Politik der herrschenden Gewalten habe einen Trümmerhaufen hinterlassen. Damit meinte er natürlich die außenpolitische Seite, denn sonst haben wir ja in der Bundesrepublik das sog. Wirtschaftswunder, auf das sich die Ausführungen nicht bezogen. Aber diese außenpolitischen Dinge beruhen auf der anderen Seite auf etwas, das wir ganz kritisch betrachten müssen. Es handelt sich um die Frage, welche Gewalten das gesamte Leben der Bundesrepublik beherrschen. Mir ist jetzt ein Band, der vor zehn Jahren in Amerika erschienen ist „How to stop the Russians with-

out war?“ von unserem Genossen Sternberg noch einmal in die Hand gefallen. Er hat darauf aufmerksam gemacht: Wenn die fortschrittlichen Kräfte in Europa siegen wollen, dann müssen sie fortschrittlicher sein auf der einen Seite als die Russen und müssen so fortschrittlich sein, daß sie den Belangen der breiten Bevölkerungsmassen in Europa entsprechen.

Was ist geschehen? Sternberg hat schon damals darauf aufmerksam gemacht, welche Kräfte 1947 und 1948 in Deutschland auf eine Unterstützung rechnen konnten. Damals, als es galt, die Ruhr zu sozialisieren, als es galt, auch auf dem Agrarsektor und auf dem Feudalsektor einiges zu unternehmen, haben die fortschrittlichen Kreise von der amerikanischen Besatzungsmacht keine Unterstützung erfahren. Das werfe ich hier ein, weil wir ja immer auf solchen Parteitagen besondere Realpolitiker haben, die oben angefangen bei der Ideologie und dann sagen, hier denkt ihr unreal, z. B. bei der Aufstellung einer Wehrmacht und bei den Tatsachen, bei denen es gilt, sie im Moment in den Augen der Bevölkerung klarzumachen und eindeutige Antworten zu finden.

Genossinnen und Genossen! Wenn wir heute hinüberblicken nach Frankreich, so kann man dort feststellen — auch das ist gestreift worden in jener Schrift, die ich vorhin nannte —, daß de Gaulle heute nach 13 Jahren Nachkriegspolitik praktisch ein Erbe antritt, das sehr fatal ist. Und wenn wir Schlüsse ziehen von unserer Bundesrepublik nach Frankreich hinüber, dann müssen wir uns fragen: Wo können Armeen hingehen und in welcher Weise können sie sich entwickeln? Ich sage das gerade auch in bezug auf das, was hier ein Berliner Vertreter dem Genossen Erler vorgeworfen hat, da dieser sagte, wir bewachten die falsche Tür. Wir müssen sehr kritisch sein bei dem, was sich in unserem eigenen Lande entwickelt, gerade dann, wenn wir schon heute Schlüsse ziehen können aus dem, was sich in Frankreich abspielt. Dort entwickelt sich etwas zur Katastrophe, und wir wissen nicht, ob nicht morgen ein faschistisches Frankreich sich in einer abendländischen NATO befindet, und wir wissen nicht, in welcher Weise die Dinge weitergehen. Daher ist es sehr richtig, was in dem Antrag Nr. 35 des Kreises Biberach/Riß steht, und ist es auch richtig — worauf Genosse Wehner schon hingewiesen hat —, daß wir laufend überprüfen müssen, und zwar nicht nur in bezug auf das, was sich bezüglich der Wehrtechnik entwickelt, sondern gerade auch in bezug auf das, was sich im politischen und gesellschaftlichen Raum überall in der Welt, insbesondere in Europa, entwickelt. Das müssen wir beobachten und überprüfen und den Kräfteveränderungen Rechnung tragen, damit uns hier in Deutschland nicht ein ähnliches Schicksal, wie es sich jetzt in Frankreich entwickelt, passieren kann.

Genossinnen und Genossen! Noch eine Frage, die mir sehr wesentlich erscheint und die der Genosse Wehner aufgeworfen hat: daß es immer wichtig ist, was wir Deutschen selbst tun können. Was können wir denn selbst in bezug auf Außenpolitik tun? Die Beziehungen zu den anderen Mächten im östlichen Raum, sagt Wehner, werden privaten Leuten überlassen. Wir haben in Berlin an sich seit Jahrzehnten eine Auseinandersetzung mit dem Bolschewismus und lehnen das System ab. Aber ich stelle nun einmal die Frage an den Parteivorstand: Was geschieht, wenn morgen irgendwie demokratische Sozialisten unter dem Gesichtspunkt wirk-

lich zur Entspannung kommen zu wollen, wirklich auflockern zu wollen, ganz offiziell Verbindung zur DDR aufnehmen? Ich knüpfe an keinen schlechten Menschen innerhalb unserer Bewegung an, wenn ich darauf aufmerksam mache, daß 1956 im „Vorwärts" der Genosse Friedrich Stampfer, der leider verstorben ist, schon damals auf diese Frage der Anerkennung hingewiesen hat, und zwar als eine Realität, um zu einer Wiedervereinigung zu kommen. Ich werfe hier nur die Frage auf, was der Parteivorstand zu tun gedenkt, wenn, wie Wehner sagte, es richtig ist, daß Deutsche selbst den ersten Schritt tun müssen.

Genossinnen und Genossen! So, wie wir es jetzt in Frankreich sehen, wo man nicht weiß, wo die Politik eines ganzen Landes hingeht, so kann eines Tages auch bei uns eine Konstellation auftreten, die uns noch viel schärfer dazu bringt, beide Teile Deutschlands zu einigen, um einer Katastrophe zu entgehen.

Abschließend möchte ich es noch sehr begrüßen, daß in dem Antrag Nr. 202 der Appell an die Kommunistische Partei der Sowjetunion gerichtet wird, daß wir nicht wünschen, mit ihrer Politik die SED zu stützen, weil alle reaktionären Kräfte in der Bundesrepublik, alle Scharfmacher usw. dies ausnutzen, um eine ganz reaktionäre Politik in der Bundesrepublik zu betreiben. Diesen Schritt, der nach meinem Dafürhalten erstmalig ist, daß sich die Sozialdemokratische Partei direkt an die Kommunistische Partei der Sowjetunion wendet, halte ich für sehr wesentlich, weil ich glaube, auf diese Art und Weise zeigen wir das ehrliche Bemühen des demokratischen Sozialismus, einen Beitrag zur Entspannung zu leisten. Ich glaube, diese Wege, Appelle an die verschiedensten internationalen Stellen zu richten, sollte man weiter beschreiten, denn die reaktionären Kräfte auf dem gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gebiet in Westeuropa, die leider durch gewisse Besatzungsmächte gestützt werden, haben es bisher nicht ermöglicht, uns aus dem Trümmerhaufen der Außenpolitik herauszubringen. Wir müssen dort heraus, und daher begrüße ich besonders diesen Appell an die Kommunistische Partei der Sowjetunion. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. Alex Möller: Das Wort hat Genosse Wienand, Mittelrhein.

Karl Wienand, Schladern: Liebe Parteifreunde! Es ist seit langen Jahren eine sehr ernst in die Diskussion genommene Frage in unserer Partei gewesen, wie wir uns die Landesverteidigung und die Verteidigung der Güter vorstellen, die wir hier in der Bundesrepublik haben, erstreben und die wir für das gesamte deutsche Volk in Zusammenarbeit mit den anderen Völkern wieder erstreben. Es liegt nunmehr vom Parteivorstand eine Entschließung vor, die nach meinem Dafürhalten sich mit dem auseinandersetzt, was heute ist, die das beinhaltet, was nach unserem Dafürhalten getan werden muß, um mit der Politik in den Lebensinteressen des deutschen Volkes einen Schritt weiterzukommen. Ich finde, daß hier in sehr klaren Worten ausgesprochen wird, was hier und da in der Partei bisher zu Mißverständnissen führen konnte. Ich möchte deshalb, weil zwei der bisherigen Diskussionssprecher, Genosse Möller aus

Frankfurt und Genosse Max Seidel, zu dieser Entschließung einige Fragen aufgeworfen haben, kurz auf diese Gesichtspunkte eingehen.

Ich glaube, um zu der Frage des Genossen Möller zu kommen, daß in dieser Entschließung unmißverständlich enthalten ist, daß unsere Konzeption nur von uns getragen werden kann, wenn wir die Möglichkeiten der politischen Gestaltung haben oder wenn die anderen bereit sind, sich auf den Boden zu stellen, auf dem diese wehrpolitische Entschließung aufgebaut ist. Keiner von uns kann annehmen, daß wir bereit sind, die vom Grundsatz her von uns für falsch gehaltene Außen- und Wehrpolitik der Bundesregierung oder der Herren Strauß und Adenauer zu unterstützen, auch nicht durch eine Zustimmung zu haushaltsrechtlichen Mitteln, wie das hier und da in der Presse als Spekulation aufgetaucht ist. Das soll klar gesagt werden, so daß keinerlei Mißverständnisse zurückbleiben können. Wir haben nicht die Möglichkeit, einer Politik, die wir als den Gesamtinteressen unseres Volkes entgegengesetzt betrachten, nunmehr durch irgendwelche Zustimmungen auch noch unser Votum zu geben. Wir haben, parlamentarisch gesehen, nur die Möglichkeit, die Mittel abzulehnen, die ihnen Möglichkeit geben, eine solche Politik weiterzuführen. Damit ist also gesagt, daß nach meinem Dafürhalten, weil wir kein Vertrauen zu dieser Regierung Adenauer, weil wir kein Vertrauen zu dieser Wehrpolitik haben, die bei ihnen ja nicht ein Mittel der Außen- und der Gesamtpolitik ist, sondern weitestgehend mißbraucht werden soll als Überbegriff, als Primat ihrer Gesamtpolitik, getragen von Größenwahnsinn, daß wir hier stets, solange eine solche Politik verfolgt wird, in den Haushaltsberatungen unser Nein sagen müssen.

Weiter wurde die Frage einer sinnvollen Landesverteidigung aufgezeigt. Wir sollten nach meinem Dafürhalten als selbstverständlich ansehen, daß eine sinnvolle Landesverteidigung von jedem der anwesenden Delegierten unterstützt und gefordert wird. Wir wollen diese Wehrpolitik und diese Verteidigungspolitik nicht als die alles überschattende Politik betrachten, sie kann nur ein Instrument, mit ein Instrument der gesamten sozialdemokratischen Politik sein, um die Ziele zu erreichen, von denen in den Referaten Erler und Wehner die Rede war. Um aber, wie wir es in der Analyse gesagt haben, zu einer sinnvollen Landesverteidigung zu kommen, und um bei denjenigen, mit denen wir zusammenarbeiten müssen, nicht den Verdacht aufkommen zu lassen, daß wir mit diesem Instrument der Wehrpolitik wieder in den Fehler verfallen, der dem deutschen Volk in einer Generation zweimal zum Unheil gereicht hat, muß man bereit sein, auch die Verteidigung nur unter verteidigungspolitischen Gesichtspunkten aufzubauen. Im Keime muß jeder Ansatz erstickt werden, der aus einem Verteidigungsinstrument einmal durch Mißbrauch politischer Machtverhältnisse ein Angriffsinstrument machen kann oder zum mindesten bei anderen diesen Anschein erweckt.

Weil wir aber der Meinung sind, daß alle unsere Verteidigungsanstrengungen sich nach dem zu orientieren haben, was im Augenblick sozialpolitisch und wirtschaftspolitisch vertretbar und möglich ist, sind wir daran interessiert, daß diese mobilen Streitkräfte so klein wie möglich gehalten werden, aber den Erfordernissen, wie in der Entschließung zum Ausdruck

gebracht, Rechnung tragen können. Da aber eine Verteidigung, wie wir sie uns vorstellen und wie sie nach unserem Dafürhalten in der von uns vertretenen Gesamtpolitik sehr wohl möglich ist, um dem Volke Sicherheit zu geben, nicht nur allein von einer mobilen Truppe gewährleistet werden kann, müssen wir auch, wie es Max Seidel aufwarf, ortsgebundene, kurz ausgebildete, oder, wie in der letzten Zeit es als Fachausdruck gebraucht wurde, territoriale Streitkräfte haben. Diese können auf Grund ihrer Ortsgebundenheit und ihrer kurzen Ausbildung sehr wohl auch rein psychologisch gesehen, bei den anderen, bei unseren Nachbarn, nicht den Eindruck erwecken, als Angriffsinstrument in irgendeinem Fall mißbrauch zu werden.

Wenn man der Meinung ist, daß diese kurz ausgebildeten, ortsgebundenen Kräfte als Instrument der Restauration oder rechtsgerichteter Kreise mißbraucht werden könnten, dann, meine ich, müssen wir als Sozialdemokraten das Selbstvertrauen, den Mut und den Optimismus stets und immer zum Ausdruck bringen, daß dann, wenn diese Voraussetzungen, die in dieser Entschließung enthalten sind, erfüllt werden, wir uns auch zutrauen, den Geist und die Menschen in diesen Streitkräften, auch in diesen ortsgebundenen Streitkräften, so zu beeinflussen, daß sie nicht zu innenpolitischen Zwecken von irgendwelchen antidemokratischen Kräften mißbraucht werden können. Haben wir diesen Optimismus und dieses Zutrauen zu den Möglichkeiten unserer Partei und zu uns selbst nicht, dann verzichten wir darauf, wirkliche Politik zu betreiben. Wir sollten diese Dinge dann von anderen Gesichtspunkten aus betrachten, aber nicht von dem legitimen Streben unserer Partei her, die Macht und die Regierungsgewalt in dieser Bundesrepublik und auch einmal im gesamten Deutschland um der Menschen und um der Freiheit willen zu übernehmen (Beifall.)

Vorsitzender Dr. Alex Möller: Als letzter Redner in dieser Debatte erhält der Genosse Reventlow, München, das Wort.

Rolf Reventlow, München: Genossinnen und Genossen! Der Genosse Wehner hat in seinem heutigen Referat gemeint, diese Tagung sei teilweise doch mehr Schau als Diskussion. Aber ich glaube, wir müssen auch diskutieren, und zwar über die Fragen, die die Partei bewegen und in der Partei diskutiert werden und wurden unmittelbar nach der Wahl vom 15. September 1957.

Ich möchte ein paar Worte zu der Resolution Nr. 202 sagen, die sich auch mit der DDR, mit den letzten Vorkommnissen dort und mit der Forderung an die Kommunistische Partei der Sowjetunion beschäftigt.

Es wird da in dieser Entschließung gesagt, daß wir unserer Empörung über die Einschränkung der Freizügigkeit in Deutschland durch die Paßgesetze der DDR Ausdruck geben. Es ist auch gesagt worden, daß die Politik der SED die Politik Adenauers diesseits des Eisernen Vorhanges praktisch unterstütze. Das ist beides richtig, Genossinnen und Genossen. Aber ist das alles, was wir zu dem Problem des Herrschaftssystems in der Sowjetzone zu sagen haben? Wenn ich diese Frage stelle, so möchte ich selbst meinen und glauben, wir müßten etwas mehr sagen und es vor allem

etwas deutlicher aussprechen, was wir über dieses Herrschaftssystem — und der Akzent liegt auf System — zu sagen haben. Es genügt nicht, nur einmal bei einer bestimmten Handlung zu protestieren, sondern es muß auch festgestellt werden, nicht nur als eine selbstverständlich apodiktische Feststellung: Wir sind immer gegen den Kommunismus gewesen, sondern es muß vor allem den jüngeren Menschen, die zu uns kommen, gegenüber festgestellt werden, warum das so ist, warum wir die Gegner der totalitären Diktatur bolschewistischer Prägung sind, Dies kommt in der Entschließung des Parteivorstandes nach meiner Ansicht wesentlich zu kurz.

Es ist auch die Rede von der Annäherung der beiden Teile Deutschlands. Nun, Genossinnen und Genossen, da ist ein großes Wort gelassen ausgesprochen. Wie nähert man an? Wie nähert man sich einem System an, das aufgebaut ist auf der totalitären Diktatur des Einparteienstaates, auf dem System der Partei neuen Typs, wie sich die SED nennt? Es gibt vielleicht Möglichkeiten. Diese Möglichkeiten aber setzen voraus, daß jenseits des Eisernen Vorhanges sich etwas tut im System, daß eine Art „neues Tauwetter" eintritt, wie man vor einiger Zeit von den polnischen Vorgängen zu sagen pflegte. Zur Zeit aber, Genossinnen und Genossen, herrscht kein Tauwetter jenseits des Eisernen Vorhanges; zur Zeit herrscht ziemlich scharfes Frostwetter. Ich glaube, wenn man die Rede Chruschtschows in Ungarn nachliest oder wenn man an die Zeitungsverbote in Polen denkt oder an den Prozeß Harich, der uns ja noch näher liegt, oder an das spektakuläre Ausbrechen eines alten Kommunisten wie Alfred Kantorowicz aus dem Bereich des sowjetzonalen Schulungs- und Universitätssystems, dann müssen wir uns doch sagen, daß wir unsere These von der Annäherung Deutschlands abhängig machen müssen von der Entwicklung des politischen Systems jenseits des Eisernen Vorhanges, daß es nicht nur an uns in der Bundesrepublik liegen kann, diese Annäherung zu fördern.

Kantorowicz hat nach seiner Flucht aus der Ostzone in einem Vorwort des immerhin sehr lesenswerten Buches von Milovan Djilas von einem „Teufelskreis der Verflechtung der geistigen und der polizeilich-politischen Macht im totalitären Staat" gesprochen, und ich glaube, wir sollten, wenn wir in dieser Stunde von den beiden Teilen Deutschlands reden, an diesen Dingen nicht vorbeihören und vorbeisehen. Ich habe gesagt: Zur Zeit herrscht Frostwetter jenseits des Eisernen Vorhanges. Das kann sich wieder einmal ändern; das wird sich sogar ändern. Wir haben seit dem 17. Juni 1953 festgestellt, daß in den Ländern der kommunistischen Herrschaft sich zwei Grundelemente bemerkbar machen, die vielleicht für die Entwicklung dieser politischen Probleme zukunftstragend sind: die Arbeiterklasse in ihrer Revolte gegen das Normensystem auf der einen Seite und die geistigen Elemente, die junge Intelligenz, auf der anderen Seite; ein geschichtliches Phänomen, das wir nicht nur im Osten feststellen können (lebhafter Beifall), ein geschichtliches Phänomen, das von Madrid bis Warschau, bis Budapest und vielleicht eines Tages wieder bis Pankow geht.

Aber, Genossinnen und Genossen, davon werden wir schon die Annäherung der beiden Teile Deutschlands abhängig machen müssen, denn mit

den Herren der deutschen Konföderationspolitik werden wir diese Annäherung nur durch Unterwerfung bekommen können, und dazu sind die Sozialdemokraten nicht bereit, glaube ich. (Lebhafter Beifall.)

Wer die Entwicklung in der Sowjetzone verfolgt, stellt doch fest, daß immer wieder als das große Problem oder der Feind in der Sowjetzone der „Sozialdemokratismus" bezeichnet wird. Nun, Genossinnen und Genossen, wir brauchen deswegen nicht böse zu sein, aber wir müssen uns darüber klar sein, daß die Hoffnung der unterdrückten Menschen in der Sowjetzone die Sozialdemokratie sein muß und nicht etwa Adenauer und die CDU/CSU, und dementsprechend müssen wir uns aber auch gelegentlich bekennen zur politischen Freiheit gegenüber jeder totalitären Diktatur, auch der kommunistischen oder in erster Linie der kommunistischen, da wir ihr näher stehen als den faschistischen Überresten auf der iberischen Halbinsel, wo sie sowieso schon halb in der Auflösung begriffen sind.

Wir brauchen, glaube ich, eine deutliche und klare — das wird eine Aufgabe der Programmgestaltung sein — Auseinandersetzung zwischen dem demokratischen Sozialismus und der kommunistischen Diktatur, damit die Verwirrung der Begriffe, mit denen man auf der einen Seite von der CDU/CSU her und auf der anderen Seite auch drüben jenseits des Eisernen Vorhanges spekuliert, indem man das Regime der Unterdrückung als Sozialismus bezeichnet.

Wir werden diese Auseinandersetzung führen müssen, aber im Zuge dieser Auseinandersetzung, Genossinnen und Genossen, halte ich es — im Gegensatz zu einem meiner Vorredner — für total abwegig, daß wir hier auf diesem Parteitag eine Forderung an die kommunistische Parteihierarchie der Sowjetunion stellen.

Genossinnen und Genossen! Man hat schon öfter an Diktaturen Forderungen gestellt, vom Ausland her an Mussolini, an Hitler, an die ungarischen Machthaber über die Freilassung Anna Kethly's. Aber Anna Kethly ist erst frei geworden, als die Ungarn unter dem Denkmal von Petöfi demonstrierten und die Waffen in die Hand nahmen gegen das Regime. Täuschen wir uns daher nicht darüber, mit wem wir reden, aber überlassen wir es lieber anderen, Petitionen an die Machthaber in Moskau zu richten. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. Alex Möller: Zu einer persönlichen Bemerkung hat der Genosse Bäurle, Biberach, das Wort.

Wilhelm Bäurle, Biberach: Genossinnen und Genossen! Nach meiner Bemerkung von heute vormittag über den Atommeiler von Karlsruhe hatte ich eine eingehende Besprechung mit unserem Parteifreund Minister Dr. Veit und einigen Vertretern des Landtags. Daraufhin gebe ich gern, aus freien Stücken und unbeeinflußt, folgende Erklärung ab:

1. Mehrere Pressenotizen, die mir in dieser Sache bekanntgeworden sind, entsprachen nicht der Wirklichkeit.

2. Es wird kein Kühlwasser in den Rhein abgeleitet, sondern es zirkuliert nur innerhalb des Reaktors.

3. Bei dem Reaktor Karlsruhe fallen nicht wie bei den englischen Reaktoren, von denen ich ausging, jährlich 16 t Atommüll an, sondern nur 2 kg.

4. Professor Gerlach von München prüfte den Reaktor und hielt ihn für absolut harmlos. — Damit sind die Besorgnisse in dieser Hinsicht tatsächlich widerlegt. (Bravo-Rufe.)

Vorsitzender Dr. Alex Möller: Möge das bei allen Besorgnissen, die wir haben, so sein!

Wir kommen jetzt zu den Schlußworten. Als erster hat das Wort Fritz Erler.

Fritz Erler: Liebe Genossinnen und Genossen! Diese Diskussion hat — wie das bei uns üblich ist — in allem Freimut und in aller Sorgfalt zu den Problemen Stellung genommen, die in den vom Vorstand vorgelegten Entschließungen ihren Niederschlag gefunden haben.

Ich glaube, es ist unsere Pflicht, daß wir allen Genossen danken, die durch ihre Beiträge in der Diskussion und auch durch ihre Kritik zur Aufhellung der Probleme und zum zusätzlichen Zusammentragen von Material und Argumenten beigetragen haben.

Jetzt kommt es nun darauf an, daß wir, ohne uns zu sehr — das verbietet die Zeit — in die Fülle der angeschnittenen Einzelfragen zu verlieren, uns auf diejenigen Punkte konzentrieren, in denen vielleicht das eine oder andere noch vor der Abstimmung klargestellt werden sollte.

Da möchte ich beginnen mit dem Genossen Bäuerle aus Biberach: Zu der zweiten von ihm hier vorgetragenen Sorge hat er eben selbst schon einiges korrigiert. Wir haben auf dem Parteitag in München, und zwar mit Fug und Recht, gerade die Beschleunigung der Arbeiten in der Bundesrepublik Deutschland auf dem Gebiet der friedlichen Verwertung der Atomenergie gefordert. Das können wir doch jetzt nicht plötzlich als ungeschehen betrachten. Warum haben wir das getan? Nicht etwa, weil wir nicht auch wüßten, daß es Kohlen- und Wasserkraft noch für einige Zeit in unserem Lande gibt, sondern aus einem ganz anderen Grunde:

Hier handelt es sich um ein Gebiet, bei dem ungeachtet der Gefahr des militärischen Mißbrauchs — darüber haben wir jetzt Stunden um Stunden geredet — uns die großen Industriestaaten weit davongelaufen sind. Wir leben nun einmal in einem Lande, das von dem Ertrag seiner Landwirtschaft nicht existieren kann, das mithalten muß mit der industriellen Entwicklung draußen in der Welt. Ich will nur ein Beispiel bringen, und dann sei dieses Kapitel für mich abgeschlossen.

Meint Ihr, daß die Bundesrepublik Deutschland den dritten und manchmal sogar den zweiten Rang in der Weltschiffsbauliste innehaben würde, meint Ihr, daß viele Zehntausende von Familien vom Ertrage dieser In-

dustrie in unserem Lande leben könnten, wenn wir heute nichts anderes anzubieten hätten als Segelschiffe? Nein! Wir müssen moderne Motorschiffe verkaufen. Die anderen würden wir nicht loswerden. In fünfzehn Jahren werden wir atomgetriebene Schiffe verkaufen müssen, weil sonst die anderen damit den Weltmarkt beliefern. (Lebhafter Beifall.)

Das sind Dinge, die man gerade, wenn man Verantwortung spürt für die Entwicklung der kommenden Jahre und Jahrzehnte, für das Leben dieses Volkes, dem wir Verantwortung schulden, offen aussprechen muß. Wir müssen daher hier mit der Zeit gehen.

Nun zu seiner anderen Sorge: Natürlich ist es unsere Pflicht, die Argumente auch der Genossen, die die Anträge 38 und 40 hier gestellt haben, sehr ernst zu nehmen. Was aber ein Parteitag nicht tun kann, ist, daß er gleichzeitig seine Zustimmung zu zwei einander entgegenstehenden Standpunkten geben kann. Wir müssen uns dazu durchringen: notfalls Klarheit durch Mehrheitsentscheidung, weil das besser ist als Verwaschenheit mit Einstimmigkeit. (Lebhafter Beifall.)

Das will ich ganz offen aussprechen: Wer wirklich in voller Abwägung aller Argumente der Überzeugung ist, daß die Landesverteidigung eine für die Sozialdemokratische Partei unzumutbare Sache ist, der soll nicht versuchen, diesen seinen Gedanken noch in eine Entschließung „hineinzugeheimnissen", die von der Landesverteidigung handelt, sondern der muß diese Entschließung dann eben ablehnen. (Sehr richtig!-Rufe.)

Dann haben wir eine klare Position, und es ist keine Schande, wenn man dann bei einer solchen Sache in der Minderheit ist, weil für uns Sozialdemokraten der alte Grundsatz gilt: Freiheit der Diskussion, und wenn der Parteitag als das Parlament der Partei gesprochen hat, dann Einheit der Aktion in der Durchsetzung der formulierten Ziele nach draußen. (Lebhafter Beifall.)

Einen zweiten Komplex möchte ich noch behandeln, den hat der Genosse Mattis aus Berlin hier angesprochen. Er hat zu Recht gesagt, daß es für eine Friedenspolitik doch darauf ankomme, daß die richtigen Männer an dem Kommandohebel sitzen. Jawohl, das ist a u c h eine Frage der politischen Macht, und wir haben uns mit den vorgeschlagenen Texten darum bemüht, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß auch jene Gruppen unseres Volkes, die bisher noch nicht bereit gewesen sind, sozialdemokratisch zu wählen, die Hemmungen und Widerstände dagegen in sich verspürten, die Bereitschaft aufbringen, der selbstbewußten, in den Problemen ihren Weg sich erarbeitenden Sozialdemokratischen Partei die Verantwortung für dieses Volk in die Hand zu geben. Darauf kommt es an!

Das sei hier festgehalten. Aber, Genossinnen und Genossen, wo haben wir irgendwo in unseren Entschließungen zum Ausdruck gebracht, daß wir diesen Weg, den wir hier vorschlagen, gehen wollten ohne — um den Ausdruck des Genossen Mattis ausdrücklich aufzugreifen — die westlichen Freunde? Es steht in der Entschließung — ich bitte das nachzulesen —

ausdrücklich drin, daß über all die Punkte, die wir darin angeführt haben, mit den westlichen Vertragspartnern — das ist doch wohl auch eine korrekte Bezeichnung — verhandelt werden muß, und wir haben es oft und oft gesagt: damit auf diese Weise eine den Bedürfnissen unserer Lage entsprechende gemeinsame Verhandlungsposition geschaffen wird. Wir wissen, daß man Deutschland nicht vereinigen kann im Alleingang mit Moskau. Genauso wenig aber kann man es auch wiedervereinigen nur mit den drei Westmächten, sondern was wir brauchen, ist eine vernünftige gemeinsame Politik auch in den Verteidigungsfragen, die wir mit den Westmächten absprechen, um von daher Voraussetzungen zu schaffen für eine Lösung der Deutschlandfrage, der auch die vierte Macht, nämlich die Sowjetunion, zustimmt.

Ich bin nun gefragt worden, was es denn mit jenem denkwürdigen Satz auf sich habe: „Da starrt man immer auf die Divisionen, die angeblich das Herz Europas bedrohen." Nun, ich will das erklären. Ein anderer Berliner Genosse hat schon darauf hingewiesen: Das war ein Hinweis — der nächste Satz zeigt es doch —, daß man völlig schief liegt, wenn man die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus im wesentlichen als ein militärisches Problem betrachtet. (Beifall.)

Das ist allenfalls a u c h ein militärisches Problem, aber vorrangig ist es ein Problem der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Auseinandersetzung, nicht nur hier, sondern überall auf dem Erdenrund. (Beifall.)

Das war mit der „falschen Tür" gemeint, und daher habe ich eben gesagt, durch wie viele andere Türen inzwischen der kommunistische Einfluß vergrößert worden ist, nicht ganz ohne Schuld oder Fehler auch unserer, der westlichen Seite. Um das mit der Bedrohung des Herzens Europas noch etwas auszuräumen: Das Schreckliche ist doch — und darüber haben wir gerade im Referat ausführlich gesprochen —, daß die sowjetischen Truppen, wenn man das Herz Europas wörtlich nimmt, es nicht bedrohen, sondern sie sind da. Die wirkliche Aufgabe, um die all unser Sinnen und Trachten kreist — darüber haben wir wirklich lange geredet —, ist die: Wie können wir Mittel und Wege finden, um die sowjetischen Truppen dort wegzubringen, wo sie heute stehen? Das ist auch die Lösung der Berliner Frage! (Beifall.)

Dann, liebe Genossinnen und Genossen, ein Wort zu den Komplexen, die die Genossen Möller, Frankfurt, und Seidel, Fürth, behandelt haben. Hier darf ich es sehr kurz machen, weil Karl Wienand schon einige Aufklärung dazu gegeben hat. Ich möchte dem Genossen Möller sagen, daß wir selbstverständlich — und er hat es ja zum Teil selber zitiert — in diese Entschließung die Vorbedingungen hineingeschrieben haben, ohne die es weder ein parlamentarisches Ja noch eine Bewilligung von Mitteln zu irgendeiner Verteidigungsmaßnahme der Bundesrepublik Deutschland geben kann. Und um das hart auf einen Satz zu bringen: Es steht dort ziemlich klar für jeden, der zu lesen vermag: Die Vorbedingung ist, daß das Adenauer-Regime geändert wird. Das ist die Vorbedingung! (Beifall.)

Es steht ausdrücklich drin: Nur wenn der gegenwärtige außenpolitische und wehrpolitische Kurs dieser Regierung ersetzt wird durch eine andere Politik, die ernsthaft auf Entspannung und Wiedervereinigung Deutschlands zusteuert, dann ist überhaupt diese Konzeption erst durchsetzbar. Mit anderen Worten heißt das: Diese Regierung und dieses Regime können das gar nicht — dann geben sie sich nämlich selber auf —, sondern das ist nur möglich durch eine Veränderung der politischen Konstellation. Wie die zustande zu bringen sei, darüber möchte ich jetzt hier keine großen Philosophien anstellen; ihr wißt alle, daß das auch politische Machtfragen sind.

Dem Genossen Seidel möchte ich noch sagen: Ich warne vor der Idee, daß man in diese sorgsam abgewogene Entschließung noch genauer den Maßstab hineinschreiben sollte, von dem eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung bei der Angemessenheit der Verteidigungsbemühungen für diesen von ihr repräsentierten Staat auszugehen hätte. Wir haben hier lediglich gesagt: Der Maßstab, das ist nicht die Weltmacht Sowjetunion oder gar die Weltmacht der Vereinigten Staaten, sondern der Maßstab, der sich ohne Größenwahn für jeden Staat ergibt, ist das Verhältnis zu seinen unmittelbaren Nachbarn. So sollten wir es stehen lassen, weil das eine vernünftige Selbstbegrenzung ist, die aber auch einer Politik keine Fesseln für jede Einzelheit der Ausarbeitung anlegt, wenn es dazu käme, sie in die Praxis umzusetzen.

Der Genosse Wienand hat sich zu den „ortsgebundenen Kräften" schon geäußert. Würde dieser Satz gestrichen, so hätte das zwangsläufig zur Konsequenz, daß man dann die von uns bewußt in der Größe doch bescheiden gehaltenen mobilen Verbände wesentlich größer machen müßte, und das kann doch nicht der Sinn des Unternehmens sein. Es handelt sich nicht darum, daß man Konzessionen an Herrn Strauß macht. Nein, es handelt sich darum, der Gesamtkonzeption des Herrn Strauß eine sozialdemokratische Gesamtkonzeption entgegenzustellen. Und so wie wir von Strauß keine Stücke akzeptieren, so dürfen wir auch bei uns keine Stücke herausbrechen, damit das Ganze ein vernünftiges Gesicht hat. (Beifall.)

Wer ein bestimmtes Stück darin als Konzession an Strauß empfindet, der muß dann auch die anderen Stücke als Konzession an Strauß empfinden. Das gilt dann für alles, und das ist es doch wahrhaftig nicht.

Das sind die wesentlichen Punkte, Genossen, auf die ich hier noch aufmerksam machen wollte. Ich glaube, daß die vorgeschlagenen Texte die Entwicklung einer vernünftigen Grundlage unserer Politik auf diesem Feld bedeuten. Der Vorstand der Partei bittet um ihre Annahme. Das ist ein wesentlicher Schritt zur Klärung der Probleme und damit eine Voraussetzung — jawohl, auch eine Voraussetzung — dafür, daß die Sozialdemokratische Partei mit größerem Gewicht und mit größerer Klarheit weiterschreitet auf dem Weg, der ihr zur Erreichung ihrer Ziele vorgeschrieben ist. Das kann nur sein der Weg zur politischen Macht. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. Alex Möller: Nunmehr hat Herbert Wehner das Schlußwort.

Herbert Wehner: Liebe Genossinnen und Genossen! Werte Gäste! Auch ich möchte mich für jeden Beitrag in dieser Diskussion bedanken. Ich möchte nur noch die Bemerkungen machen, die auf Grund direkt gestellter Fragen unerläßlich sind, und möchte alle, die an der Diskussion teilgenommen und Fragen berührt haben, die sich aus meinen Darlegungen ergaben, bitten, es nicht als eine Geringschätzung zu betrachten, wenn ich nicht auf jede Bemerkung oder jeden Antrag eingehen kann.

Zunächst: Ich habe nicht beklagt, daß etwa dieser Parteitag eine Schau sei. Dann habe ich mich mißverständlich ausgedrückt, wenn das, wie ich einer Diskussionsbemerkung entnehmen mußte, so aufgefaßt worden ist. Ich beklage — das gestehe ich offen —, daß wir im Zuge dieser Entwicklung, die sich eben so darstellt, wie wir das alle erleben, sogar die Diskussionen, in denen es um unser Inneres geht, in einer solchen Form durchführen müssen und daß wir manchmal noch nicht, — ich selbst gestehe das offen von mir — die Art und die Haltung gefunden haben, auch unter solchen Umständen das Notwendige so unverblümt zu sagen, wie es für die Urteilsfindung und die Meinungsbildung wichtig ist. Ich glaube, mancher unserer Gäste hat bei diesem Parteitag — ich verlange kein Bekenntnis von irgendeinem, auch nicht schriftlich — doch das Erlebnis, was das eigentlich ist, mit einer Mitgliederpartei von der Tradition, von dem Umfang und von dem Verantwortungsgefühl der Sozialdemokratischen Partei zu tun zu bekommen. (Beifall.) Ob das nicht dazu beitragen kann — ich weiß, das geht nicht über Nacht —, daß das törichte Gerede von den Funktionären allmählich verschwindet (Sehr wahr!) daß man die Menschen, die lebendigen Menschen, die an irgendeiner Stelle unseres öffentlichen Wirkens tätig sind, so sieht, so sich zu sehen bemüht, wie sie wirklich sind? Mir fiel, als ich die Anmerkungen durchlas, ein, daß man, wie man auch zum einzelnen Antrag stehen mag, in der Flut der Anträge — es sind wohl über 200 — keinen einzigen finden kann, dem man nachsagen könnte, er sei ein leichtfertiger oder sei einer, der nicht qualifiziert wäre für ein solches Forum wie diesen Parteitag, und das ist doch immerhin auch etwas.

Nun zu den Fragen: Wenn der Berliner Genosse Mattis meint, es müsse stärker betont werden, daß all das, was hier gesagt worden ist, nur in Verbindung mit dem Westen ginge, so möchte ich sagen: Alles, was ich zum Beispiel gesagt habe, sagte ich aus der Lage heraus, in der wir uns befinden, und unter Berücksichtigung — man nehme das genau so, wie ich es meine —, der hier im Spiele befindlichen Interessen. Wir stehen geographisch und aus vielen Gründen unserer geistigen Entwicklung und unseres politischen Standorts im Westen, und unsere Aufgabe ist es, wenn es geht dazu beizutragen, daß dieser Teil der Welt die Aufgabe nicht verfehlt, die ihm gestellt ist, wenn dieser tödliche Blockgegensatz, diese Blockverkrampfung endlich überwunden werden soll. Darum, reden wir doch! Wir ringen um eine Meinungsbildung in dem Teil der Welt, in den wir gestellt sind. Wir lassen uns nicht gleichschalten, weder von der einen noch von der anderen Seite. Adenauer hatte Unrecht, als er die simple Formel geprägt hat, wir hätten ja schon drei von den vier Mächten für unsere Wiedervereinigungsforderung gewonnen, und nun ginge es nur noch

um die vierte. Wenn man die vierte gewinnen will, ohne die es — das zeigt die Erfahrung — die Wiedervereinigung nicht gibt, dann muß man das Verhältnis zu den drei und muß man das Verhältnis der drei und unser eigenes mit den dreien zum Problem der Wiedervereinigung von Grund auf richtigstellen. Mit der einfachen Zahlenrechnerei — drei hätten wir schon, der vierte m ü s s e schließlich — sind wir in die Sackgasse gekommen, in der sich diese Politik heute befindet.

Genosse Paul Nevermann hat hier sein Steckenpferd von der Neutralität geritten. Ich bin ihm dafür dankbar. Wir haben es auch schon, wenn man so will, gemeinsam geritten. Ich verstehe auch, daß er Anstoß nimmt — wenn es auch bei ihm besonders lange dauert, muß ich sagen —, an gewissen Möglichkeiten, die in einer Diskussion im Jahre 1955 gelegen haben. Damals hatte der amerikanische Präsident Eisenhower — ich glaube, es war im Mai 1955 — vor der Gipfelkonferenz in Genf gesagt, es hätte sich doch gezeigt, und es sei bemerkenswert, daß auch neutrale Länder nicht ein Vakuum sein müßten, sondern daß es sehr wohl denkbar wäre, daß, wenn eine Reihe oder Kette — wie man damals sagte — neutraler Länder an bestimmten Stellen in der Welt entstehen könnte, damit dem Frieden der Welt gedient werden könnte. Das war beachtlich, vor allem weil es vor jener Konferenz war, vor jener Konferenz, die zehn Jahre, nachdem sich die Regierungschefs, die Staatsoberhäupter, nicht mehr gesehen hatten am Verhandlungstisch, stattfand. Vergessen wir doch viel zu häufig, daß zehn Jahre dazwischenlagen. Nur: ich habe mich im vorigen Jahre sehr scharf dagegen gewandt, daß der Bundeskanzler in Wien, ohne daß ihn jemand dazu ermächtigt hätte — da bestimmt er auch die Richtlinien der Politik selbständig —, erklärt hat: Wenn die Wiedervereinigung um den Preis eines Status gegeben werden sollte, wie ihn Österreich übernommen hat in seinem Staatsvertrag, dann nein. Damals habe ich gesagt: Wer hat denn den Bundeskanzler ermächtigt dazu, so zu reden? Leider hat bisher niemand — das sagte ich damals auch — die Frage eines neutralen Deutschlands, das nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen und einzugehenden Verpflichtungen aller beteiligten und benachbarten Länder denkbar wäre, wirklich in die Debatte gestellt! Paul Nevermann irrt, wenn er sagt: der Osten täte das. Das hat er — bisher — in einer so erklärten Form auch nicht getan. Hätte er es tun wollen, dann hätte es in den Jahren zwischen 1952 bis 1955 für ihn eine Möglichkeit gegeben, diese Entwicklung in die völlige Blockverkrampfung zu verhindern. Das hat er aus Gründen, die ich nicht kenne, die aber nicht bestritten werden können — sie müssen ja da sein — damals nicht getan. Das im einzelnen auszuführen, würde hier zu weit gehen. Wir können uns, wenn sich jemand dafür interessiert, darüber gut und gerne unterhalten.

Nur eines: Natürlich kann eine Neutralität nur eine bewaffnete Neutralität sein; hier fällt man schon in den Fehler, den meines Wissen mit Recht gestern, wenn auch an anderen Punkten, einer der Diskussionsredner kritisiert hat, daß man zu einem Hauptwort immer noch ein bestimmtes Beiwort setzen müsse, damit überhaupt etwas herauskomme.

Die deutsche Neutralität stand bisher nicht in Verhandlungen, von keiner Seite; sollte sie aufkommen, könnte ich mir vorstellen, dann könnte sie

nur aufkommen im Zuge einer zumindest mitteleuropäischen Gesamtregelung, an der die großen Mächte beteiligt sein müßten, damit sie zustande käme. Man kommt also nicht mit dem Patentwort Neutralität aus der Notwendigkeit heraus, das Abkommen zustande zu bringen, das dies erst zustande bringen und garantieren könnte. Und im übrigen: Es ist auch etwas Nützliches in dem Versuch zum Beispiel, in einer zunächst atomwaffenfreien Zone und dann durch Abzug der fremden Truppen aus diesem Gebiet und gleichzeitig durch Festsetzung der militärischen Höchststärkezahlen aller im Gebiet befindlichen Staaten und Teile weiterzukommen. Denn wie wollt Ihr nur mit dem Stichwort Neutralität ein Problem lösen, das ja ein europäisches und darüber hinausreichendes Problem ist, bei dem es darauf ankommt, die Stärken der einzelnen der unmittelbar und der mittelbar Beteiligten in ein Verhältnis zu bringen, das der Sicherheit aller dient! Um diese Frage kommt man auch, wenn man sich auf das Wort Neutralität versteifen sollte, nicht herum. Ich möchte die Neutralität nicht ausschalten aus den Möglichkeiten, die im Zuge der Bemühungen um die Wiedervereinigung geboten werden könnten. Ich wende mich mit Nevermann und mit anderen leidenschaftlich gegen die Verfemung des Begriffs. Es sind ja in Deutschland und anderswo viele an und für sich völlig wertfreie Begriffe so verfemt worden. Nur mit dem Wort selbst und mit dem Bekenntnis zu ihm kommen wir aus den politischen und machtpolitischen Notwendigkeiten im Moment nicht heraus.

Im übrigen: Zu der Meinung, wir wären so zaghaft, weil man uns sonst der Hörigkeit gegenüber dem Osten zeihen könnte, mein ich, wir sollten durchsetzen — wir werden das in diesem Volke durchsetzen, auch wenn es noch so schwer ist nach zwölf Jahren Tausendjährigem Reich und vielem anderen, was danach kam —, die Wahrheit ist immer Wahrheit, gleichgültig in welcher Himmelsrichtung sie ausgesprochen wird und wo sie ausgesprochen wird. (Lebhafter Beifall.)

Zu der Frage der Oder-Neiße: Wir haben in unserem Aktionsprogramm eine Festlegung, wonach die Regelung der Gebiets- und Grenzfragen Deutschlands dem Friedensvertrag vorbehalten bleibt; worin gesagt wird, daß keine Regierung von Teilen Deutschlands durch Abmachungen mit den Besatzungsmächten Entscheidungen über diese Fragen vorwegnehmen darf, und daß die Abtrennung von Gebieten, die 1937 zu Deutschland gehörten, nicht neues Recht, sondern neues Unrecht geschaffen hat.

Wir haben erklärt, daß wir sie weder im Westen noch im Osten anerkennen. Es gilt — und ich habe im Zusammenhang mit dem, was ich über den Friedensvertrag und über den Weg zum Friedensvertrag sagte, ja gesagt —: Man muß auch vorher wissen, ob man über den Friedensvertrag verhandeln will. Ich gehe nicht fehl, wenn ich annehme, auch auf Grund von Ausschußsitzungen im Bundestag, daß gerade hier einer der Gründe dafür liegt, daß man über den Friedensvertrag nicht verhandeln will. Wir sind also in der seltsamen, aber in der machtpolitisch sehr klaren und verständlichen Lage, daß man lieber verzichtet auf den sicherlich schwierigen Weg, über einen Friedensvertrag zu verhandeln, als daß man die dann zur Debatte stehenden sachlichen Probleme zur Lösung bringen möchte. Dann verzichtet man lieber — lassen Sie mich diese

Schlußfolgerung ziehen — auf die Wiedervereinigung und auf Bemühungen um die Wiedervereinigung. Was sich aber jetzt in Deutschland tut, ist noch etwas Weitergehendes und Schlimmeres. Das geht so weit, daß nicht das gilt, was zum Beispiel Carlo Schmid anläßlich seines Besuches wirklich gesagt und wirklich getan hat, sondern das, was der Herr Oberländer daraus macht. Das ist dann das, was in bestimmten Landsmannschaften, von bestimmten leitenden Leuten der Landsmannschaften und bestimmten Verbänden zum Popanz gemacht wird, auf den man schlägt, wenn man uns meint und wenn man die Verständigung meint. (Starker Beifall.)

Gerade mit dem teuflischen Wort — und in Deutschland liebt man solche Worte — von der „Verzichtpolitik" und den „Verzichtpolitikern", das man bestimmten Männern und Menschen anhängen und aufbrennen möchte, will man etwas am Kochen halten, was, wenn man's genau besieht, im Volke immer weniger am Kochen zu halten ist.

Gerade wer eine anständige, wer eine gerechte Lösung dieser Probleme will, muß das Gespräch auch mit unseren östlichen Nachbarn suchen; denn wie wollen wir es sonst machen? (Erneuter Beifall.)

Soll die Lösung dieser Fragen lediglich auf den mit Augenzwinkern angedeuteten Bemerkungen beruhen, daß sie eines Tages Wasser saufen gehen werden, und dann seien wir da, unbefleckt und stark, wie wir nun einmal immer sind, wenn es darauf ankommt? Das steckt doch dahinter! Hier wird der Versuch gemacht, etwas am Kochen zu halten, was wir nicht wollen, weil wir eine Wiederholung der Schrecken der Vergangenheit auch in dieser Beziehung nicht wollen. (Starker Beifall.)

Zu der Frage: Wie weit sollten dann, wenn man über innere Verklammerung verhandelt und über die Ausräumung innerer Spannungen, die Ebenen, wie wir uns heute fachmännisch ausdrücken, gesteckt sein? — Ich habe in meinen Ausführungen keine Grenzen für die Ebene gezogen und möchte auch, daß wir uns nicht falsch verstehen. Ich bin der Überzeugung: Man sollte das große Ziel und die wichtige Teilaufgabe, die die innere Verklammerung der Teile Deutschlands darstellt, nicht dadurch erschweren oder gar unmöglich machen, daß man sagt, bis zum Oberregierungsrat oder bis zum Ministerialrat oder noch bis dort oder dorthin.

Es geht hier um die Sache und um die Überlegungen, die vorher und während solcher Verhandlungen darüber anzustellen sind, wie das, ohne Schaden anzurichten, durchgeführt werden kann.

Nehmen wir die Binnenwasserstraßenbenutzungsgebühr: Es war eine Irreführung der deutschen Öffentlichkeit, zu behaupten, die andere Seite hätte unbedingt auf der Verhandlung von Minister zu Minister bestanden. Ich will hier nicht Stellung nehmen, ob das unzumutbar gewesen wäre, wenn es sich um einen Strom handelt wie die Elbe, der zu ganz Deutschland gehört. Aber in Wirklichkeit wurde dort vorgeschlagen in einem bestimmten Stadium der Auseinandersetzung ein Abteilungsleiter eines Ministeriums und einer Wasser- und Schiffahrtsdirektion Magdeburg. Und auf diese Ebene, um sich so auszudrücken, sollte man nicht gehen dürfen? Es werden in dem Zusammenhang noch viele Fragen auf-

tauchen, und um so mehr, je weniger wir uns freimachen und je weniger die bundesrepublikanische Bürokratie sich freimacht von einem Dogma, das nicht dauert und das nichts taugt. Natürlich sind die innerdeutschen Beziehungen schwierig. Sie sind schwieriger, wenn man so will, als Beziehungen zu anderen Staaten, und da hapert's ja bei unserer Bundesregierung auch schon. Die innerdeutschen Beziehungen lassen sich nicht vergleichen mit Beziehungen zu Polen und zur Tschechoslowakei. Wir haben uns dabei immer vor Augen zu halten, daß, solange es noch geht — Ihr seht, ich spreche völlig illusionslos —, die völkerrechtliche Anerkennung der Teilung, der Endgültigkeit der Teilung, gerade vermieden werden muß. Noch geht es. Wie lange, das weiß keiner, das weiß auch Herr Adenauer nicht!

Ich habe den Eindruck, manchmal dämmert es bei einigen Herren seiner Umgebung, daß das ein Prozeß ist, bei dem man nicht einfach zuwarten kann. Aber das muß man bedenken und wissen. Und wenn hier die Rede davon war — ich teile die Meinung, auch wenn ich nicht die Schlußfolgerung in dem Zusammenhang zu teilen bereit bin —, daß man reden, diskutieren und sich auseinandersetzen muß — dann gilt immer: Man muß wissen, wohin man damit will, man muß wissen, mit welchem Ziel also das Gespräch geführt werden soll und mit welchem Selbstbewußtsein man darangeht. Nicht Überheblichkeit, wie sie heute uns oft zu eigen ist, wie wir das Wort „stellvertretend für andere zu sprechen" häufig mißbrauchen, sondern mit einem Selbstbewußtsein, das wirklich dem Gehalt entspricht, und ich teile die Auffassung, man sollte eine Lage schaffen, in der nicht die Kapitulanten oder nicht bloß die Kapitulanten mit der anderen Seite Gespräche suchen. Das wäre für alle Teile besser. Im übrigen — wir haben das in München gesagt, das gilt heute noch, wenn auch vieles andere noch hinzugekommen ist —: Das Verhältnis der Teile Deutschlands zueinander wird in den ganzen Ausmaßen genau erst umrissen und abgesteckt werden können, wenn wir uns sagen dürfen, die Beziehungen zu der Großmacht im Osten, zur Sowjetunion, sind nach bestem Wissen und Gewissen von uns als normale Beziehungen bis in die letzten Tiefen ausgelotet werden. Das können wir heute — bei Gott — noch lange nicht sagen, und infolgedessen ist das, was uns da nun alles wieder dazwischengefunkt wird, mit der Notwendigkeit, auf einer Zwischenstation andere Gespräche zu führen, viel zu wenig klar. Das ist die eigene Schuld der Bundesrepublik, daß das so wenig klar ist. Ich teile nicht die Auffassung, daß die innere Verklammerung der Teile Deutschlands und daß die Annäherung der Teile Deutschlands von bestimmten Voraussetzungen abhängig gemacht werden soll, nämlich nur dann, wenn dort Tauwetter herrscht. Das mag eine Auffassungsverschiedenheit ersten Grades sein. Ich bin der Überzeugung, genau umgekehrt wird ein Schuh draus. Wir müssen uns redlich bemühen, der Auseinanderentwicklung der Teile Deutschlands auf den Gebieten, die ich umriß und die nicht irgendwelche illusionäre sind, entgegenzuwirken. Dann wird es leichter sein, das Verhältnis von Mensch zu Mensch und auch von Gruppen zu Gruppen über die Zonengrenzen hinweg in einen demokratischen Rahmen hineinzubringen.

Ich halte es für absurd, zu erwarten, daß die Krisenerscheinung auf der anderen Seite erst abgewartet oder herbeigeführt werden muß. In der

Lage sind wir ja nun heute, daß die offizielle Politik in Bonn auf die Krise und die Eruption drüben wartet. Wer das mir nicht glaubt, der lese es bei Walter Lippman nach. Dort findet er es, dort wird er es vielleicht glauben, und Lippman beruft sich wieder auf Leute, die es auch wissen müssen. Er beruft sich auf Gespräche mit deutschen und anderen Staatsmännern, die ihm vor Jahren haargenau vorausgesagt haben, wann, kalendertag-genau, die Krise dort eintreten wird. Und umgekehrt: Ulbricht lebt auch von der Erwartung, daß wir in Westdeutschland in die, wie er sagt, zyklische Krise hineingezogen werden müssen. Aus diesem Teufelskreis muß die deutsche Politik heraus, mindestens muß die Anstrengung der SPD in dieser Richtung gehen. Und sie wird eines Tages recht behalten, und alle werden stolz sein dürfen, die sich in dieser Haltung nicht haben beirren lassen. (Starker Beifall.)

Ich gebe dem Genossen Reventlow recht, wenn er sagt oder bemängelt, daß in unserer Resolution nicht alles stehe, was man sagen müsse über unser Verhältnis zum totalitären Regime. Nein, das tut's nicht. Ich möchte es auch nicht da drin haben. Ich möchte nicht, daß wir fortgesetzt und immer wieder aus irgendwelchen Gründen, die sehr ehrenwert sein können, alles sagen, was überhaupt zu irgendeiner Sache und über sie hinaus zu sagen ist. Wir diskutieren auf diesem Parteitag noch ein Grundsatzprogramm, und dann werden wir sehen, ob das drinsteht, was dazu drinstehen soll. Ich nehme an, es steht drin. Es können darüber verschiedene Meinungen herrschen; dann können wir Änderungsanträge stellen. Aber das alles muß doch nicht jeden Tag jeden Schritt beschweren. Ich meine jetzt in der Form und in der Art, in der wir unsere Schritte einleiten.

Genossen! Eine andere Meinungsverschiedenheit: Wir dürften nicht oder sollten nicht an die Kommunistische Partei der Sowjetunion appellieren. Ein anderer begrüßt es gerade. Ich bin der Überzeugung, zu der ich auch stehe: Wenn es um die Freiheit geht, dann appelliert man an jeden, und dann wendet man sich an jeden, und zwar nicht in dem Entlarvungston: Wir wissen ja, daß sie es nicht geben werden, sondern solange es geht und solange die Kraft reicht, in dem Bemühen, den anderen dazu zu bringen, daß er ein Stück von dieser Freiheit gewährt. (Starker Beifall.)

Ich bin gefragt worden, warum ich nichts darüber gesagt hätte, daß die Sozialdemokraten in die Bundeswehr gehen müßten. Nehmt mir das nicht übel, wenn ich darauf zunächst einmal mit einer etwas ironisch klingenden Gegenfrage antworte, nämlich was wohl geschrieben oder gesagt würde, wenn ich etwa gesagt hätte oder sagen würde: Alle hinein in die Bundeswehr! (Sehr wahr!) Ich weiß schon. Dann hätte das Echo gelautet: Er will sie unterwandern! (Große Heiterkeit.)

Bitte, entschuldigt einmal, oder nicht? Was wären daran für Geheimnisse geknüpft worden! Aber morgen früh kann man das nachlesen. Ich habe nichts an dieser Stelle geändert, und ich hoffe, manchem — gleichgültig, ob ich dieselbe Meinung habe oder nicht — gibt das einiges zu denken.

Ich möchte jedenfalls eines ganz ernst dazu sagen: Meine Auffassung in dieser Frage ist, wir sollten nicht durch eine Abstinenz dazu beitragen,

daß es eine Armee gibt, in der es nur Gegner und gegen Sozialdemokraten eingeimpfte Leute gibt, aus vielen Gründen, aus sehr vielen Gründen. (Sehr starker Beifall.)

Ich gehöre, das sage ich offen, zu den altmodischen Leuten, für die der sogenannte Klassenbegriff noch nicht überwunden ist. (Beifall.) Auch aus dem Grund möchte ich nicht, daß das ein Instrument für solche Zwecke wird, wie ich sie in meinen Ausführungen darzulegen versucht habe.

Zum Schluß, liebe Genossinnen und Genossen: Ich bitte darum, daß auch jene Genossen, die in dieser oder jener Frage nicht nur eine andere Nuance, sondern eine schärfere oder auch etwas anders gerichtete Willenskundgebung haben möchten, ich bitte darum, daß die kritischen, daß die bohrenden, daß die innerlich beunruhigten Mitglieder und Funktionäre in unserer Partei nicht müde werden und nicht etwa den Weg einschlagen, den manche aus solcher Auffassung heraus einschlagen, nämlich zu sagen: Es hat ja alles keinen Zweck! Sie können nur mit dieser Partei und in dieser Partei das erreichen, was im Herzen bei ihnen brennt, und auch, wenn Sie in taktischer oder verwandter Beziehung mit diesem oder jenem, was heute zu beschließen möglich ist, nicht einverstanden sein mögen, und auch, wenn der eine und andere in dieser oder jener Frage einmal in der Minderheit bleiben sollte, dann sollte er sich sagen: Ich muß, gerade ich muß als ein Stück Sauerteig dabei sein, dabei bleiben und mitwirken. Ich danke Ihnen. (Starker, langanhaltender Beifall.)

Vorsitzender Dr. Alex Möller: Genossinnen und Genossen! Ich rufe zunächst auf den Antrag 203 — Entschließung zur Wehrpolitik — und darf erneut darauf aufmerksam machen, daß bei Annahme dieser Entschließung die Anträge 15 bis 17, 24 bis 30, 32 bis 39 und 42 erledigt sind.

Ich frage den Parteitag: Wer für die Annahme dieser Entschließung — Antrag 203 — ist, den bitte ich, die Stimmkarte zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Gegen acht Stimmen. (Widerspruch.)

Ich bitte um Mitteilung der Enthaltungen. — Ich zähle sechs Enthaltungen. Ich stelle fest, daß die Entschließung bei sechs Enthaltungen gegen acht Stimmen angenommen ist. (Zurufe.)

Also, wir wollen uns nicht darüber streiten, ob es sechs oder acht oder zehn Stimmen sind. Es waren nur einige Stimmen, das kann nicht angezweifelt werden.

Noch nicht erledigt ist der Antrag 31. Hier wird vorgeschlagen, ihn dem Parteivorstand zu überweisen. Es erhebt sich kein Widerspuch. Es ist so beschlossen.

Wir kommen dann zum Antrag 202. Ich wiederhole, daß bei Annahme des Antrags 202 erledigt sind die Anträge 13, 15 bis 17, 19, 24 bis 27, 34, 39 und 41.

Wer für den Antrag 202 ist, den bitte ich die Stimmkarte zu erheben. — Danke schön. Ich bitte um die Gegenprobe. — Eine Gegenstimme. Ich bitte um Enthaltungen. — Eine Enthaltung! Ich stelle also fest, daß die Annahme gegen eine Stimme bei einer Enthaltung erfolgt ist.

Noch nicht erledigt ist der Antrag 40. Hier wird Ablehnung vorgeschlagen. Widerspruch erhebt sich nicht. (Lebhafter Widerspruch.)

Ich darf darauf aufmerksam machen, daß ich auf diesen Abstimmungsvorgang bei Eröffnung der Diskussion ausdrücklich hingewiesen habe. (Zurufe: Abstimmen lassen!)

Das wäre also der Fall, obgleich man mit Annahme des Antrags 202 an sich auch diesen Antrag erledigt hätte. Aber bitte, es wird noch einmal Abstimmung gewünscht. Wer für die Annahme des Antrags 40 ist, den bitte ich um ein Zeichen. — Danke. Ich bitte um die Gegenprobe. — Das letztere war zweifellos die Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt worden. Damit haben wir den Punkt 3a erledigt. Wir kommen jetzt zum Punkt 3b. Bevor der erste Referent das Wort erhält, schlage ich vor, eine Pause von fünf Minuten zu machen. Der Parteitag ist einverstanden.

(Unterbrechung der Sitzung von 16.24 bis 16.30 Uhr.)

Vorsitzender Max Brauer: Genossinnen und Genossen! Wir setzen unsere Beratungen fort.

Bevor ich dem Referenten das Wort erteile, möchte ich dem Parteitag Kenntnis geben von folgendem Telegramm:

> „Die Gruppenleitung Werften der IG Metall Hamburg wünscht Eurem Parteitag erfolgreiche Arbeit und einen guten Verlauf. Die Gruppenleitung Werften hat sich eingehend mit der Verschleuderung der Howaldtswerke Hamburg AG befassen müssen und bittet den Parteitag, alles Mögliche zu veranlassen, um die Verschleuderung zu verhindern. Mit besten gewerkschaftlichen Grüßen Rappeport."

Genossinnen und Genossen! Am heutigen Tag sind die Arbeiter der Howaldtswerke in Hamburg in einen Warnstreik eingetreten, und nahezu einmütig ist die Arbeitsniederlegung für diesen einen Tag erfolgt, um damit dem Protest Ausdruck zu geben, daß die Howaldtswerke an eine private Interessentengruppe verkauft werden. (Beifall.)

Ich schlage dem Parteitag vor, an die Betriebsratsvorsitzenden der Hamburger Howaldtswerke folgendes Telegramm zu richten:

> „Der SPD-Parteitag begrüßt mit Sympathie den Widerstand der Belegschaft der Hamburger Howaldtswerke AG gegen die Verschleuderung der Werft und für die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze." (Beifall.)

Ich glaube, daß ich ohne Abstimmung feststellen kann, daß Sie mit diesem Telegramm an die Belegschaft einverstanden sind. Ich stelle das fest. (Beifall.)

Nunmehr erteile ich unserem Referenten, Herrn Dr. Heinrich Deist, das Wort zu seinem Vortrag zu Punkt 3 b der Tagesordnung

Wirtschaftspolitik

Dr. Heinrich Deist: Genossinnen und Genossen: Sehr verehrte Gäste! Ich habe heute ein Gebiet zu behandeln, das verhältnismäßig trocken und nüchtern ist, und das leider, muß ich sagen, in den letzten Jahren in der Sozialdemokratie stark vernachlässigt worden ist. Das wiegt besonders schwer in einer Partei, an deren Beginn die Erkenntnis stand, wie wichtig ökonomische Fragen für das gesellschaftliche Leben sind. Ich habe mich dazu noch mit einem Spezialproblem aus dem großen Gebiet der Wirtschaftspolitik zu befassen, nämlich mit den Ordnungsgrundlagen der Wirtschaft. Ein ganz spezieller Bereich! Aber ich brauche nur drei Stichworte zu sagen, um klarzumachen, welche Bedeutung diese Fragen doch für uns als sozialistische Bewegung haben: persönliches Eigentum, öffentliche Kontrolle und Gemeineigentum.

Wer die Geschichte der Sozialdemokratie kennt, weiß, wie auf allen großen Parteitagen um diese Fragen gerungen worden ist. Letztlich geht es auch bei diesen Diskussionen um den Kern sozialistischer Vorstellungen. Es geht um die Frage, ob es einen wesentlichen Unterschied gibt zwischen der sozialistischen Bewegung und allen jenen anderen politischen Bewegungen, die — ob nach Katastrophen oder ohne Katastrophen — ohne Schwierigkeiten in der Lage sind, mit neuem Firmenschild und neuem Programm vor die nicht einmal sehr erstaunte Öffentlichkeit zu treten. Es geht um die Frage: Gibt es für den Sozialismus letzte Ziele, letzte Grundwerte, die ihn von anderen politischen Bewegungen unterscheiden, und werden sie in unserer täglichen politischen Praxis beachtet? Und weil es um das Grundproblem geht, und weil wir diese Frage als sozialistische Bewegung ernst nehmen müssen, darum sollten wir uns kurz einmal Klarheit darüber verschaffen: Was ist das letzte Ziel sozialistischer Bewegung, das unabdingbar sein müßte? Gibt es einen besonderen Weg der sozialdemokratischen Bewegung zu diesem Ziel, der vielleicht diskutierbar sein könnte? Und was sind Mittel auf diesem Weg, Mittel, die sich immer nach der jeweiligen Situation richten müssen und einzig an dem Kriterium gemessen werden können, ob sie geeignet sind, uns auf dem Wege zum Ziele vorwärts zu bringen.

Genossinnen und Genossen! Letzte Ziele pflegen irgendwie Leitbilder zu sein. Das heißt: sie entziehen sich der Erfassung in festen Begriffen und in starren Formeln. Aber all das, was wir unter Sozialismus verstehen, kreist im Grunde genommen um zwei Dinge. Einmal um die Achtung vor der Würde des Menschen, die einschließt, daß alle Menschen letzten Endes ein Anrecht auf gleiche Achtung haben, und zweitens um die Freiheit des Menschen; das heißt: die Freiheit eines jeden einzelnen, in dieser Welt sein Leben eigenverantwortlich gestalten zu können. Wenn wir die programmatischen Kundgebungen der Sozialdemokratie verfolgen, dann finden wir vom Kommunistischen Manifest bis zum Entwurf des Grundsatzprogramms diese letzten Grundwerte sozialistischer Überzeugung bestätigt. Das Kommunistische Manifest spricht von einer Gesellschaftsord-

nung, „worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist." Und in unserem Grundsatzprogramm heißt es in dem ersten Satz zu den Grundwerten: „Der Sozialismus will eine Welt gestalten, in der die Würde des Menschen unantastbar ist, und in der es dem Menschen möglich und erlaubt ist, sein Leben in Freiheit verantwortlich zu führen." Diese Freiheit in der Wirklichkeit von heute zu gestalten, das ist die große und letzte politische Aufgabe der sozialistischen Bewegung. Darum haben wir stets gegen politische Unterdrückung und gegen wirtschaftliche Ausbeutung gekämpft. Darum kämpfen wir heute insbesondere gegen den gesellschaftlichen Zwang, der uns mit tausend Fasern fast unbemerkbar und überall erfaßt. Und darum kämpfen wir für mehr Freizeit! Nicht, weil wir meinen, es müsse weniger gearbeitet werden, sondern weil wir mehr freie Zeit für die Menschen haben möchten, in der sie ihr Leben in Freiheit und eigener Verantwortung gestalten können. Diese Freiheit ist letztes und unabdingbares Ziel des Sozialismus. Niemand hat ein Recht, dieses große Ziel der politischen Gestaltung eines freiheitlichen Lebens dadurch abzuwerten, daß er zeitbedingte Mittel zum Selbstzweck aufwertet.

Und der Weg des Sozialismus? Die Geburtsstunde der modernen Arbeiterbewegung fällt zusammen mit dem Kommunistischen Manifest und der großen Zeit von Marx und Engels. Seit dieser Zeit wissen wir, daß der Mensch ein gesellschaftliches Wesen ist; das heißt, daß er wesentlich durch seine wirtschaftliche und gesellschaftliche Umwelt beeinflußt und geprägt wird; oder, wie Karl Marx es formulierte: „Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt, das gesellschaftliche Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt." Das scheint mir einer der wesentlichen Punkte sozialdemokratischer Politik zu sein: der Weg zur Befreiung der Menschen, insbesondere der Weg zur Befreiung der aufstrebenden arbeitenden Schichten kann nur über eine Umgestaltung dieser Umwelt, über eine Neugestaltung der Wirtschaft und der Gesellschaft gehen. Diese Erkenntnis ist heute so wahr wie vor hundert Jahren. Sie ist ein wesentliches Element der sozialistischen Vorstellungswelt. Wir wissen heute, daß es sich hierbei um einen langfristigen Prozeß handelt. Und jede Zeit stellt neue Probleme. Darum heißt es in unserem Aktionsprogramm so treffend: „Der Sozialismus wird stets Aufgabe bleiben".

Wir sollten uns aber an einer solchen Formulierung nicht nur berauschen; sie enthält eine Verpflichtung. Die Verpflichtung, daran zu denken, daß die Grundlagen von Wirtschaft und Gesellschaft täglich, ja stündlich, durch die wirtschaftliche und die wirtschaftspolitische Praxis gestaltet werden.

Durch dieses Bekenntnis zu bewußter politischer Umgestaltung der Grundlagen von Wirtschaft und Gesellschaft unterscheiden wir uns auf der einen Seite von jenen Utopisten, die da glauben, der Appell an das Gute reiche aus zum Wandel der Welt. Wir unterscheiden uns aber auch von allen Liberalisten, die da meinen, es genüge, gewisse Randbedingungen der Wirtschaft zu korrigieren; dann werde schon der autonome Ablauf der Wirtschaft zu allseitiger Harmonie, zu Freiheit und Gerechtigkeit führen.

Dieses Bewußtsein, daß unsere Vorstellung von der konkreten Freiheit des Menschen nur verwirklicht werden kann über die Umgestaltung der sozialen und wirtschaftlichen Grundlagen des Lebens, gehört zu den wesentlichen Elementen sozialistischer Politik. Alles andere dürfte jedoch unter den Begriff der Mittel der Politik fallen, die nur daran zu messen sind, ob sie geeignet sind, uns vorwärts zu bringen.

Zu dieser Frage der Mittel sozialistischer Politik: Die Sozialdemokratie befindet sich seit etwa vierzig Jahren in der Phase der Verwirklichung ihrer Vorstellungen. Seit die Sozialdemokratie in Deutschland einen festen Stamm treuer Anhänger von mehr als einem Drittel der Wahlberechtigten hat, da sie sich anheischig macht, um die politische Macht, das heißt um die Mehrheit zu kämpfen, kann sie sich nicht damit begnügen, Zukunftsvisionen aufzustellen oder auch nur grundlegende Ordnungsprinzipien zu entwickeln, sondern sie muß Klarheit über ihr praktisches politisches Handeln schaffen.

Der Gang der politischen Entwicklung in den letzten vierzig Jahren legt uns hier besondere Verpflichtungen auf. In diesen vierzig Jahren haben politische Bewegungen, die letzten Endes den gleichen Ursprung haben wie unsere freie sozialistische Bewegung, die Herrschaft über große Teile der Welt erlangt, in denen sie die menschliche Freiheit mißachten und damit das letzte Ziel und die letzte Aufgabe des Sozialismus verleugnen.

Daraus ergibt sich für uns die eindeutige Verpflichtung, klarzumachen, daß wir alle politischen Mittel ablehnen, die die Freiheit letzten Endes in Frage stellen. Es war niemand anders als Rudolf Hilferding, der das in einer ausgezeichneten Arbeit über „Das historische Problem" sehr deutlich dargelegt hat. In dieser Arbeit, die er kurz vor seinem Tode in der Emigration schrieb, befaßte sich Hilferding mit dem Phänomen, daß es dem Staat gelungen war, die freie Wirtschaft — er spricht von der autonomen, sich selbst regulierenden Wirtschaft — unter sein Kommando zu bringen und damit der wirtschaftlichen Entwicklung durch die Politik neue Ausgangspunkte zu geben — und mit den Konsequenzen aus dieser Erkenntnis. Rudolf Hilferding kommt in dieser lesenswerten Arbeit zu folgendem Ergebnis:

> „Mit dieser sich selbst regulierenden Wirtschaftsform und ihrer Autonomie unlösbar verbunden, weil auf ihr beruhend, sind die Rechte der Persönlichkeit, die freie Verfügung über die Produktionsmittel, über die Arbeitskraft, die freie Entfaltung der Persönlichkeit, die freie Ausübung der Wissenschaft, die Meinungsfreiheit. Indem der Staat die Autonomie der wirtschaftlichen Gesellschaftssphäre aufhebt, hebt er zugleich die persönlichen Rechte auf."

Genossinnen und Genossen! Das ist ein ernstes Wort. Es besagt nämlich kurz: Es gibt kein demokratisches Gemeinwesen, und es gibt keine freie Gesellschaftsordnung, wenn nicht auch in der Wirtschaft als dem wichtigsten gesellschaftlichen Lebensbereich ein großes Maß von Freiheit gesichert wird. Je größer der Zwang, um so geringer die Möglichkeit zur Entstehung demokratischen Bewußtseins, um so geringer die Möglichkeit zu demokratischer Meinungsbildung. (Beifall.)

Durch dieses Bekenntnis zu freiheitlicher Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft unterscheiden wir uns eindeutig von allen kommunistischen Vorstellungen.

Lassen Sie mich aber zur Vermeidung von Mißverständnissen noch ein Wort sagen. Das mir gestellte Thema heißt „Freiheitliche Ordnung der Wirtschaft!" Es trägt ein Ausrufezeichen: Es ist nicht das Bekenntnis zu einem Zustand, wie wir ihn heute vor uns haben. Es ist die Forderung an die Gegenwart, die Wirtschaft so zu gestalten, daß sie wirklich den Ehrennamen einer freiheitlichen Wirtschaft verdient. (Beifall.)

Dazu gehört eine wirksame Umgestaltung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens. Dabei kann man nicht an der Oberfläche bleiben, sondern muß tief in die wirtschaftliche und soziale Wirklichkeit eingreifen. Erst so schaffen wir die Voraussetzungen für eine erfolgversprechende Auseinandersetzung mit unfreien, insbesondere mit kommunistischen Lebensvorstellungen. Diese Auseinandersetzung wird letzten Endes nicht durch Schwert und Schild entschieden. Entscheidend wird sein, ob die freie Welt in der Lage ist, eine gesündere wirtschaftliche, soziale und damit auch kulturelle Ordnung zu schaffen. Damit schaffen wir erst die Voraussetzung, unter der wir diese weltweite Auseinandersetzung bestehen können.

Genossinnen und Genossen! Aus diesen drei Feststellungen über Ziel, Weg und Mittel sozialistischer Politik ergeben sich ganz bestimmte Konsequenzen für die Wirtschaftspolitik der Sozialdemokratie; Konsequenzen, die — wie ich einschalten möchte — nicht neu sind, die in der geistigen Auseinandersetzung mit den Nachkriegsproblemen in unserer Partei bereits vor Jahren gezogen wurden und die im Aktionsprogramm, im Dortmunder Aktionsprogramm und in der Berliner Neufassung, ihren Niederschlag gefunden haben. Darum ist auch das, was ich hier zu sagen habe, nichts Neues. Aber wer den letzten Wahlkampf verfolgt hat, dem ist sehr deutlich geworden, daß diese Konsequenzen weder uns noch der Öffentlichkeit wirklich klargeworden sind. Mir scheint, die Zeit, in der wir über tatsächliche oder vielleicht sogar nur vermeintliche Auffassungsunterschiede mit unverbindlichen Kompromißformeln hinweggehen konnten, ist vorbei. Es kommt entscheidend darauf an, daß wir uns zu diesen Konsequenzen auf wirtschaftspolitischem Gebiet klar und unmißverständlich bekennen. Von dieser Klarheit hängt ein groß Stück Glaubwürdigkeit der Partei ab. (Beifall.)

Wer Wirtschaft und Gesellschaft gestalten will, der muß sich zunächst mit der Struktur unserer heutigen Wirtschaft befassen. Ich möchte hier — in aller Kürze — zwei zunächst einmal gegensätzliche Feststellungen treffen. Das Gesicht unserer Wirtschaft wird im wesentlichen durch den starken Konzentrationsprozeß innerhalb der modernen Wirtschaft und damit durch die ständig wachsende Zahl von Großunternehmungen bestimmt. Es gibt zahlreiche wichtige Wirtschaftsbereiche, deren Entwicklung im wesentlichen durch einige wenige große Unternehmungen bestimmt ist. Das gilt heute nicht nur für Industrien wie Kohle, Stahl, Maschinenbau, Fahrzeugbau, Chemie und Elektrotechnik. Der Zug zum Großunternehmen hat inzwischen auch das ganze große Gebiet der Ge-

brauchsgüter-, der Nahrungsmittel- und der Genußmittelindustrie erfaßt. Wenn Margarine zu 70 Prozent von einem internationalen Konzern produziert wird, wenn die Waschpulverproduktion zu 90 Prozent bei zwei Firmen, nämlich bei Sunlicht und Henkel, liegt, wenn 60 Prozent der Zigarettenerzeugung auf einen großen Konzern, nämlich Reemtsma, entfallen, so sind dies alles Zeichen dafür, wie stark die Struktur der ganzen Wirtschaft durch diese riesigen Großunternehmungen bestimmt wird.

Heute schätzt man, daß etwa 60 bis 70 Prozent der gesamten industriellen Produktion aus Großunternehmen stammen. Diese großen Unternehmungen haben die stärksten Möglichkeiten zur Produktivitätssteigerung.

Von ihnen hängt die ständige Ausweitung der Wirtschaft ab. Auf ihrer Leistungsfähigkeit beruht letzten Endes die Fähigkeit der Wirtschaft zu einer stetig zunehmenden Steigerung des Lebensstandards. Infolgedessen sind diese Großunternehmungen unverzichtbare Bestandteile der modernen Wirtschaft. Damit soll nicht jede Konzentration gerechtfertigt werden, denn häufig sind nicht nur wirtschaftliche Überlegungen, sondern auch der Machtwille der leitenden Männer von Bedeutung.

Diese Großunternehmungen sind nämlich nicht nur für den Wirtschaftsprozeß unentbehrlich, sondern sie sind Kommandostellen, deren Inhaber — insbesondere mit Hilfe eines weitmaschigen Netzes von Fach- und Interessenverbänden, das die ganze Wirtschaft überzieht — über Macht verfügen:
über wirtschaftliche Macht; denn wer in diesen Industriezweigen nicht gleich groß und gleich leistungsfähig ist, hat nicht mehr gleiche Chancen im Wettbewerb, ist nicht gleich frei in seiner Entwicklung;

über wirtschaftspolitische Macht; denn in diesen Industriebereichen bestimmen die marktbeherrschenden Unternehmungen durch die Regulierung von Angebot und Nachfrage und durch die Festsetzung der Preise ein gut Teil des Konjunkturverlaufs; das berührt die Wirtschaftspolitik, die unter die Verantwortung der wirtschaftspolitischen Führung fällt;

schließlich verleihen diese Kommandostellen gesellschaftliche und politische Macht; die Geschichte der deutschen Innenpolitik seit dem Jahre 1948 liefert eine einzige Kette von Beweisen für diese Behauptung.

Aber, Genossinnen und Genossen, unabhängig von der Feststellung, daß die Entwicklung der Großunternehmungen die Machtstruktur der modernen Wirtschaft und Gesellschaft bestimmt, ist eine Tatsache nicht aus der Welt zu schaffen: In dieser modernen Wirtschaft arbeiten auch heute noch Millionen kleiner und mittlerer Betriebe, in denen etwa 50 Prozent aller Erwerbstätigen arbeiten. Das sind Betriebe, bei denen das private Eigentum die Grundlage ihrer Unabhängigkeit ist — wir wissen, daß diese Unabhängigkeit begrenzt ist; bei denen das private Eigentum die Grundlage ihrer Bewegungsfreiheit ist — wir wissen, daß auch diese Bewegungsfreiheit sehr eingeschränkt ist. Aber immerhin wird diese Freiheit im Wirtschaftsleben als ein Wert empfunden, der durch die Entwicklung zur Großwirtschaft bedroht ist. Aus diesem Tatbestand haben

wir in unserem Aktionsprogramm die Konsequenz gezogen, diese mittleren und kleineren Unternehmen, diese Schicht von selbständig Schaffenden zu fördern und zu unterstützen und ihr Privateigentum anzuerkennen. Diese mittleren und kleineren Unternehmungen sterben auch nicht aus. Sie sind offenbar als Schicht auch nicht zum Aussterben bestimmt. Immer wieder fallen kleinere und mittlere Unternehmen dem Konkurrenzkampf mit den großen zum Opfer. Aber immer wieder ergeben sich neue Arbeitsgebiete und Betätigungsfelder für kleine und mittlere Unternehmungen. Es scheint beinahe so, als wenn die weitere Rationalisierung und Automatisierung der Wirtschaft neue Möglichkeiten für mittlere und kleine Unternehmen erschließt. Tendenziell setzt die Automation Arbeitskräfte frei. Außerdem ergeben sich aus der steigenden Produktivität Möglichkeiten zu einer Steigerung des Lebensstandards, die neue Bedürfnisse und damit Nachfrage nach neuen Gütern und neuen Dienstleistungen hervorbringen können. Damit werden mittlere und kleinere Unternehmungen neue Betätigungsfelder finden. Sie werden auch in Zukunft nicht wesentlich zur Steigerung der Massenerzeugung und damit zur Erhöhung des Sozialprodukts beitragen. Aber sie werden sehr viele Güter und Leistungen erstellen, mit denen die Menschen ihr Leben bei erhöhtem Lebensstandard schöner und lebenswerter gestalten können.

Und mit der großen Zahl von Beschäftigten, die in ihnen tätig sind und sein werden, behalten sie — jedenfalls, soweit wir die Entwicklung absehen und beeinflussen können — eine große gesellschaftspolitische Bedeutung, die wir nicht verkennen sollten.

Eine dritte Feststellung: In dieser Wirtschaft gibt es außerdem noch andere Unternehmungsformen: die gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen und die öffentlichen Unternehmungen. Wir hoffen sehr, daß der Kreis der gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen, der ein neues Wirtschaftsprinzip in die Wirtschaft einführt, immer größer wird. Die öffentlichen Unternehmungen haben gerade dort, wo natürliche Monopol- oder Oligopol-Situationen drohen, die wichtige Aufgabe, den Wettbewerb zu stärken und der einseitigen Marktbeherrschung durch Großunternehmungen entgegenzuwirken.

Das Ergebnis dieser Überlegungen ist: Wir haben vor uns nicht eine einheitliche Wirtschaft mit einheitlicher Struktur, sondern eine gemischte Wirtschaft mit zahlreichen kleinen und mittleren Unternehmungen, gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen und Unternehmungen der öffentlichen Hand, die Ausgangspunkte für etwas mehr freie Bewegung in der Wirtschaft und Werkzeuge zur Eingrenzung der Macht der Großunternehmungen sein können.

Genossinnen und Genossen! Aus diesem Tatbestand, meine ich, sollten wir die erste Konsequenz klar und unmißverständlich ziehen. Sie muß meines Erachtens dahin lauten:

> Für eine Partei, die bei Millionen kleinerer und mittlerer Unternehmungen das Privateigentum als Grundlage ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit anerkennt, für eine Partei, in der wichtige Teile — ich er-

innere an das Programm der DAG — privates wirtschaftliches Eigentum der Arbeitnehmer erstreben, für eine solche Partei kann die Beseitigung des Privateigentums an Produktionsmitteln nicht mehr zentrale Forderung und Angelpunkt ihres wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Programms sein.

Diese Konsequenz wurde bereits in unserem Aktionsprogramm gezogen. Aber ich meine, wir sollten Wert darauf legen, daß wir in unserer Haltung und in dem Vokabularium, das wir draußen verwenden, diesen Tatbestand nicht verwischen. (Beifall.)

Das zentrale Problem sozialistischer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik ist heute die wirtschaftliche Großmacht.

Ich möchte hier gleich eine zweite Konsequenz anschließen:

Wenn es richtig ist, daß die Wirtschaft keine einheitliche Struktur hat, sondern vielschichtig ist, dann gibt es für die Lösung wirtschaftspolitischer Probleme keine Allheilmittel.

Heilslehren sind hervorragend geeignet, den Gläubigen Trost zu spenden. Sie sind aber in der Regel ungeeignet, die Probleme des Diesseits wirklich zu lösen. Darum sollten wir uns freimachen von der Monomanie, immer nur auf die institutionellen Fragen der Wirtschaft zu starren, als wenn sozialistische Wirtschaftspolitik sich darin erschöpfte, die Frage zu lösen, welche Bedeutung das Eigentum hat. Der Vielschichtigkeit der modernen Wirtschaft drängen sich so große und so viele Probleme auf, daß wir das ganze umfangreiche und vielfältige Instrumentarium der modernen Wirtschaftspolitik benötigen, um dieser Wirtschaft wirklich Herr zu werden. Ich möchte das besonders betonen. Es scheint mir wichtig, daß wir uns absolut klarmachen, welchen Platz und welche Bedeutung die Probleme Privateigentum, öffentliche Kontrolle und Gemeineigentum im Rahmen unserer wirtschaftspolitischen Vorstellungen haben.

Im Vordergrunde des sozialistischen Wirtschaftsprogramms steht die Forderung nach einer aktiven Wirtschaftspolitik, die eine stetige Ausweitung der Wirtschaft, Vollbeschäftigung und Steigerung des Lebensstandards sichert. Die großen Aufgaben, die wir uns auf wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet gestellt haben, wären einfach nicht zu lösen, wenn wir nicht eine solche, auf steigender Produktivität aufgebaute Wirtschaftsentwicklung sichern könnten. Darum sind wir Sozialdemokraten — und auch das scheint mir zur Klarlegung in der Öffentlichkeit wichtig — aus innerer Notwendigkeit eine Partei des wirtschaftlichen Aufschwungs. Wir sollten diese Aufgabe nicht gering achten, denn durch die tägliche Wirtschaftspolitik, insbesondere durch die Konjunkturpolitik, werden die wirtschaftlichen Grundlagen in einem Ausmaß verändert, von dem wir uns manchmal wohl keine genügende Vorstellung machen.

Die zweite Aufgabe, die vor uns steht, heißt: gerechtere Einkommens- und Vermögensverteilung!

Wir haben in den letzten Jahren die Erfahrung machen müssen, daß die traditionellen Methoden der Finanz-, der Steuer-, der Sozial- und der sonstigen Wirtschaftspolitik nicht ausreichen, um wirklich eine ernsthafte Veränderung der Einkommens- und Vermögensverteilung herbeizuführen. Das Problem ist sehr vielschichtig. Niemand hat bereits eine Endlösung, ein Rezept zur Hand. Aber wir werden diesem Problem gesteigerte Aufmerksamkeit widmen müssen. Wir müssen es kurzfristig lösen — es liegt auf dem Tisch. Auch diesem Problem kommt zentrale Bedeutung zu; denn durch die Eigentums- und Vermögensverteilung wird das materielle Fundament gelegt, von dem Bedeutung und Rang des einzelnen Menschen und der freien gesellschaftlichen Gruppen abhängen.

Für die Führung einer solchen Wirtschaftspolitik brauchen wir eine Ordnungsgrundlage. Für eine freiheitliche sozialistische Bewegung kommt nur eine freiheitliche Ordnung der Wirtschaft in Frage. In diesem Teilstück sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik ist auch die Frage nach der Bedeutung des Eigentums zu beantworten. Dabei möchte ich von einer fundamentalen Feststellung ausgehen, die ich am Anfang meiner Ausführungen getroffen habe. Sie lautete: Wer die Freiheit als einen absoluten Wert und eine unabdingbare Voraussetzung aller Menschenwürde anerkennt, der muß darauf achten, daß er nicht durch die Anwendung ungeeigneter politischer Mittel entscheidende Grundlagen einer freien Gesellschafts- und Staatsordnung in Frage stellt.

Heute wird man sagen können, daß die Freiheit der Individuen und die Freiheit der gesellschaftlichen Gruppen durch allzu große staatliche Machtkonzentration in gleicher oder ähnlicher Weise bedroht wird wie durch übermäßige Konzentration wirtschaftlicher Macht. (Lebhafter Beifall.)

Je größer die staatliche Macht und je größer der staatliche Einfluß in der Wirtschaft ist, um so geringer sind die Möglichkeiten freier Entfaltung. Wo der Einfluß des Staates auf die Wirtschaft — wie in den Diktaturen — bis zum Exzeß getrieben wird, da ist er gleichbedeutend mit dem Verlust aller politischen und wirtschaftlichen Freiheit. Die wirtschaftliche Machtkonzentration aber hat heute schon ein Ausmaß erlangt, das nicht nur die freie Entwicklung der Wirtschaft, sondern die Grundlage unserer demokratischen Staatsordnung bedroht. Aus diesen Feststellungen möchte ich mit zwei Sätzen eine dritte Konsequenz ziehen.

Sie lautet:

> So groß die Verantwortung des Staates für eine gesunde wirtschaftliche Ordnung im Interesse einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung ist — nicht mehr Staat als nötig! Und in der Wirtschaft: soviel Freiheit als nur irgend möglich! (Lebhafter Beifall.)

Darum muß das Ordnungsprogramm der Sozialdemokratie zumindest folgende fünf wichtige Punkte enthalten:

> Eine konstruktive Mittelschichtenpolitik, die weit entfernt sein muß von der Konservierung all dessen, was an mittelständischen Betrieben heute vorhanden ist; eine konstruktive Mittelschichtenpolitik,

die auf der grundsätzlichen Anerkennung des Privateigentums der mittleren und kleineren Unternehmungen beruht;

Förderung gemeinwirtschaftlicher Unternehmungen, die an die Stelle des Prinzips der Gewinnerzielung das fruchtbare Prinzip gemeinwirtschaftlicher Bedarfsdeckung stellen und damit Träger einer neuen Wirtschaftsgesinnung sind;

wirtschaftliche Tätigkeit der öffentlichen Hand überall dort, wo öffentliche Unternehmungen das einzige Gegengewicht gegen die Vermachtung ganzer Industriezweige bilden;

weitgehende Publizität zur Mobilisierung der öffentlichen Meinung, damit in der breiten Öffentlichkeit ein waches Gefühl für die Bedeutung und Gefahr wirtschaftlicher Macht entwickelt und Verständnis für die Notwendigkeit politischer Gegenmaßnahmen geweckt wird;

als letztes, fünftes und nicht unwichtiges Element: Öffentliche Kontrolle der Kommandostellen der Wirtschaft.

Diese fünf Punkte sind gleichwertige Bestandteile einer einheitlichen sozialistischen Wirtschaftspolitik, deren Ziel es ist, in der Wirtschaft größtmögliche Freiheit für alle zu erreichen.

Die mittleren und kleineren Unternehmungen haben ihren Platz behauptet und werden ihn als Schicht auch in Zukunft bewahren.
Die Bedeutung der freien Gemeinwirtschaft wird — und das möchte ich hier ganz deutlich aussprechen — in Deutschland noch nicht genügend erkannt. Es ist kein Ruhmesblatt für uns, daß die Organisationen der freien Gemeinwirtschaft in Großbritannien und in den nordischen Staaten eine viel größere Rolle spielen als bei uns in Deutschland. Auf der einen Seite müßten unsere gemeinwirtschaftlichen Unternehmen, wenn es ihnen mit einer konkreten Gestaltung der Wirtschaft ernst ist, viel intensiver und viel konstruktiver arbeiten. Auf der anderen Seite sollten alle die, die sich mit Worten als Anhänger einer freien Wirtschaftsordnung bekennen, erkennen, wie wichtig eine große Zahl freier gemeinwirtschaftlicher Unternehmungen für eine freiere Gestaltung der modernen Wirtschaft ist. (Lebhafter Beifall.)

Im Mittelpunkt der Erörterung stehen heute die öffentlichen Unternehmungen. Wir sind soeben durch das Telegramm aus Hamburg an das Schicksal eines großen und wichtigen Unternehmens des Bundes, nämlich der Howaldtswerke, erinnert worden. Die Bundesregierung ist offenbar bereit, wesentliche Teile der öffentlichen Wirtschaft um jeden Preis — ich sage das sehr deutlich: um jeden Preis — an private Kräfte auszuliefern. Dabei muß sie wissen — sie, die immer von Freiheit und von Wettbewerb in der Wirtschaft spricht — welche Bedeutung gerade die öffentlichen Unternehmungen in einer Wirtschaft haben, in der nicht mehr sehr viel Freiheit vorhanden ist. Der Versuch der Bundesregierung, große Teile der öffentlichen Wirtschaft privater Hand auszuliefern, bringt die Gefahr mit sich, daß wichtige Elemente des Wettbewerbs ausgeschaltet und damit bedeutsame Wirtschaftsbereiche der einseitigen Be-

herrschung durch einige wenige private Großfirmen ausgesetzt werden. (Lebhafter Beifall.)

Darum erheben wir mit aller Deutlichkeit Einspruch gegen ein solches Vorhaben, das wichtige Interessen der Allgemeinheit außer acht läßt. Darum begrüßen wir den Widerstand, der in diesen öffentlichen Unternehmungen insbesondere von der Arbeitnehmerschaft gegen die unverantwortlichen Pläne der Bundesregierung geleistet wird. (Lebhafter Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Damit komme ich zum nächsten Kapitel, der öffentlichen Kontrolle wirtschaftlicher Großmacht. Ich möchte auch hier aus meinen einleitenden Bemerkungen eine weitere Konsequenz ziehen:

> Wenn es richtig ist, daß die Wirtschaft so vielfältig ist, wie ich es darstellte, wenn es richtig ist, daß die großen Unternehmungen im Hinblick auf ihre Größe, ihre Macht und ihre wirtschaftliche Bedeutung sehr verschieden zu bewerten sind, dann kann es kein allgemein gültiges Kontrollschema geben, sondern nur ein Bündel von Kontrollmöglichkeiten.

Aus dieser Erkenntnis müssen wir folgern: Wo normale Fachaufsicht in der Wirtschaft genügt, sollten nur Fachaufsichtsorgane tätig werden. Wo Wettbewerbsbeschränkung und Marktbeherrschung eine Rolle spielen, muß eine wirksame Kartell- und Monopolaufsicht geschaffen werden.

Wo darüber hinaus die Investitionen, das Absatzwesen und die Preisgestaltung im öffentlichen Interesse eine überbetriebliche Regelung verlangen, müssen besondere Kontrollorgane geschaffen werden. Wo alle diese Mittel nicht ausreichen, um eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung, eine gerechte Sozialordnung und die Grundlagen einer demokratischen Staatsordnung zu sichern, da muß Privateigentum in Gemeineigentum — als der stärksten Möglichkeit öffentlicher Kontrolle — überführt werden. In diesen begrenzten, aber für die Machtstruktur entscheidenden Bereichen der Wirtschaft hat das Gemeineigentum seinen legitimen Platz. Damit ergibt sich eine weitere Konsequenz:

> Privateigentum und Gemeineigentum sind für den freiheitlichen Sozialisten keine sich ausschließenden Gegensätze; sie ergänzen und bedingen sich gegenseitig.

Genossinnen und Genossen! Wir leben in einer schnellebigen Zeit. Wer hätte im Jahre 1952, als wir das Dortmunder Programm beschlossen, gedacht, daß die Entwicklung der Atomenergie, die Frage: öffentliches oder privates Eigentum in einigen Jahren erneut auf die Tagesordnung stellen würde? Ob und welche Zweige der Wirtschaft in Gemeineigentum überführt werden müssen, ist jeweils von dem Stand der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Entwicklung abhängig. Wir sollten eine Methode finden, die uns und der Öffentlichkeit die Entscheidungsfreiheit für den Augenblick, in dem wirklich eine Entscheidung getroffen werden muß, in jeder Hinsicht wahrt. Die Konsequenz, die sich daraus ergibt, möchte ich sehr deutlich aussprechen:

Umfangreiche Sozialisierungskataloge sind für eine Partei, von der der Nachweis erwartet wird, daß sie praktische Wirtschaftspolitik zu betreiben in der Lage ist, keine brauchbaren Mittel der Politik.

Kataloge beruhigen sehr leicht die Gewissen, und — was viel schlimmer ist — : je umfangreicher sie sind, um so unverbindlicher sind sie letzten Endes.

Genossinnen und Genossen! Auch hier darf kein Raum für Zweideutigkeiten bleiben. Es darf keinen Bruch geben zwischen unserer politischen Doktrin und unserer konkreten Politik. (Lebhafter Beifall.)

Zwischen unserer politischen Doktrin und dem konkreten Handeln darf es keinen Zwischenhandel mit Antiquitäten geben. Unser praktisches Handeln muß sich ohne Bruch aus unserer politischen Grundkonzeption ableiten lassen.

Dann ein weiteres, Genossinnen und Genossen: Politik ist eine konkrete Angelegenheit: Wenn wir der Öffentlichkeit deutlich machen wollen, daß dieser oder jener Industriezweig in Gemeineigentum überführt werden muß, dann genügt es nicht, das zu deklamieren und zu proklamieren, sondern dann müssen wir sehr deutlich und sehr konkret sagen, welcher Industriezweig und mit welchen Methoden er in Gemeineigentum überführt werden soll und wie er dann als Gemeineigentum wirtschaftlich geführt werden kann.

Schließlich ist die Überführung in Gemeineigentum ein wichtiger Akt gesellschaftlicher Neugestaltung. Deshalb haben wir immer gesagt, daß wir für einen so wichtigen Vorgang eine breite Mehrheit des Volkes wünschen. Wenn wir unser Wort und unseren Kampf um die politische Macht ernst nehmen, dann ist der Zeitpunkt für Entscheidungen in dem Augenblick gekommen, in dem wir an die Wähler appellieren. In einem solchen Augenblick genügen allerdings allgemeine Deklamationen nicht; dann müssen wir ein konkretes, gründlich vorbereitetes Programm vorlegen. Ein solches Verfahren zwingt aber auch zu ernsthaften Konsequenzen: wenn wir die Zustimmung der Mehrheit der Bevölkerung erringen, sind wir auch wirklich zum Handeln verpflichtet. (Sehr richtig!-Rufe.)

Genossinnen und Genossen! In der augenblicklichen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Situation gibt es ein großes Gebiet der Wirtschaft, auf dem die Frage Gemeineigentum konkret gestellt ist. Hier muß sie gelöst werden, und zwar in verhältnismäßig kurzer Zeit. Das ist das Gebiet der Energiewirtschaft! Hier hat sich deutlich gezeigt, daß private Unternehmungen auf der Grundlage des Privateigentums einfach nicht mehr in der Lage sind, die energiewirtschaftlichen Probleme, die vor uns stehen, zu lösen. (Lebhafter Beifall.)

Das gilt in erster Linie für den Kohlenbergbau. Hier machen wir seit Jahren die merkwürdigsten Feststellungen. Seit Jahren kann der Kohlenbergbau in seiner privaten Form die ordnungsgemäße Versorgung der Verbraucher nicht mehr sicherstellen. Es ist ihm in privater Form ein-

fach nicht möglich, Einfuhr und eigene Förderung sinnvoll aufeinander abzustimmen. Infolgedessen leiden bei hoher Konjunktur wichtige Verbraucher, wie die Versorgungswirtschaft und der Hausbrand, Not. Und wenn eine kleine Rezession, ein kleiner Konjunkturrückgang auftritt, werden plötzlich sinnlose und unsoziale Feierschichten eingelegt. Jede Lohnverhandlung, und sei es die kleinste, macht bei dieser privaten Struktur des Kohlenbergbaues unendliche Schwierigkeiten. Und die Preispolitik der privaten Kartelle führt immer wieder zur Unzeit zu Preiserhöhungen, die das gesamte Preisniveau erschüttern.

Warum diese Unzulänglichkeiten auf dem Gebiet des Kohlenbergbaues? Sie sind in der Struktur der privaten Kohlenwirtschaft begründet.

Der deutsche Kohlenbergbau ist in zahlreiche zum Teil große und leistungsfähige, zum Teil kleine und leistungsschwache Unternehmungen zersplittert. Die kleineren Unternehmungen sind nicht einmal in der Lage, aus ihren Gewinnen die notwendigen Investitionen zu schaffen. Sie geraten immer stärker in technischen Rückstand und üben einen Druck auf die Preise nach oben und auf die Löhne nach unten aus. Was aber noch wichtiger ist: Der Kohlenbergbau ist in seiner Preisgestaltung allmählich an eine Grenze gekommen, die er nicht mehr wesentlich überschreiten kann. Einfuhrkohle und Heizöl werden zum Beispiel heute in vielen Teilen Deutschlands zu geringeren Preisen als deutsche Kohle angeboten. Das heißt: der Kohlenbergbau ist auf dem privatwirtschaftlichen Wege der Preiserhöhung einfach nicht mehr in der Lage, sich die notwendigen Investitionsmittel zu sichern und einen angemessenen Lohnstandard der Bergarbeiter aufrechtzuerhalten. Der beste Beweis dafür ist die aus öffentlichen Mitteln gezahlte Bergarbeiterprämie.

Und ein dritter Grund: Kohlenbergbau — mancher mag das ungern hören — ist nur in langfristiger Planung zu betreiben.

Das Abteufen eines neuen Schachtes dauert zehn bis fünfzehn Jahre. Je Schachtanlage ist ein Kapitalaufwand von einer halben bis zu einer Dreiviertelmilliarde notwendig. Unter diesen Umständen stellt der private Kapitalmarkt dem Kohlenbergbau das erforderliche Kapital nicht zur Verfügung, weil er gar nicht weiß, wie die Energiewirtschaft — insbesondere im Hinblick auf die Entwicklung der Mineralölwirtschaft und der Atomwirtschaft — in zehn bis fünfzehn Jahren aussehen wird, wenn der neue Schacht anfängt, voll zu fördern.

Und schließlich eine sehr ernste vierte Feststellung: Es kommen neue Energien auf den Markt. Die Produktivität der übrigen Wirtschaft steigt durch die Möglichkeiten der Rationalisierung und der Automatisierung sehr schnell. Der Kohlenbergbau wird — da bei ihm die Möglichkeiten zur Produktivitätssteigerung begrenzt sind — relativ immer mehr hinter der übrigen Wirtschaft zurückstehen. Er ist daher gezwungen, sich dieser Entwicklung im Rahmen eines langfristigen Energiewirtschaftsplanes anzupassen. Er muß möglicherweise auch seine Förderung anpassen, vielleicht ungünstige Zechenanlagen aufgeben, vielleicht an neuem Platz auf günstigerer Kohle neue Anlagen errichten. Ein solcher Umstellungsprozeß

muß langfristig und systematisch geplant werden, wenn er ohne große wirtschaftliche Verluste und untragbare soziale Schäden erfolgen soll; denn wir möchten nicht, daß der Bergmann derjenige ist, auf dessen Rücken eine solche Entwicklung ausgetragen wird. (Beifall.)

Der Bergmann steht in diesem Fall für uns als Repräsentant der gesamten Arbeitnehmerbewegung.

Genossinnen und Genossen! Diese kurze Übersicht zeigt deutlich: Alle diese Probleme können durch private Bergbauunternehmungen einfach nicht gelöst werden. Die Bundesregierung hat zwar, wie der Bundeswirtschaftsminister festgestellt hat, in der Vergangenheit Milliardenbeträge in den Bergbau hineingepumpt; aber sie hat nicht ein einziges Problem auch nur der Lösung näher gebracht.

Trotzdem verfügt dieser Bergbau über eine starke wirtschaftliche und politische Macht. Wir sollten das nicht verkennen. Er ist mit den anderen Grundstoffindustrien ein wesentlicher Bestandteil der Machtstruktur unserer modernen Wirtschaft; denn es steht nicht jede Gruppe allein in der Wirtschaft, ihre Macht beruht auf ihrem Zusammenwirken. Außerdem besteht im Bergbau seit über 65 Jahren ein Absatzmonopol; es gibt keinen freien Wettbewerb, sondern es gibt nur die geschlossene Verbandsmacht des gesamten Bergbaus. Darum wurde der Kohlenbergbau in den Jahren 1919 bis 1956 öffentlicher Kontrolle unterworfen. Zahlreiche Unternehmungsmaßnahmen — insbesondere die Preispolitik — waren von öffentlicher Genehmigung abhängig. Es war der Bundesregierung vorbehalten, im Jahre 1956 durchzusetzen, daß die öffentliche Kontrolle im Kohlenbergbau zum erstenmal seit etwa vierzig Jahren beseitigt und wichtige, die gesamte Wirtschaft berührende Entscheidungen einem privaten Kohlenkartell überlassen wurden. Aber nicht nur wirtschaftliche Macht hat dieser Kohlenbergbau, sondern auch politische Macht. Das beste Beispiel dafür bietet die letzte Kohlenpreiserhöhung. Damals machte sich der Bundeswirtschaftsminister auf den Weg nach Essen und wagte in der Nacht vom 1. auf den 2. Oktober 1957 eine Machtprobe mit dem Kohlenbergbau — die er ganz eindeutig verlor. Bei dieser Auseinandersetzung hat der Kohlenbergbau gezeigt, wer in der Kohlenpolitik die Macht in Händen hat, ob die Regierung oder die Verbände des Kohlenbergbaus. (Beifall.)

Genossinnen und Genossen, ich möchte auch das deutlich sagen: Auch die Feierschichtenpolitik mit ihren willkürlichen und unsozialen Feierschichten, die letzten Endes wirkungslos und wirtschaftlich sinnlos sind, hat ganz offenbar viel mehr politische als wirtschaftliche Hintergründe.

Aus allen diesen Gründen können die entscheidenden Kohlenwirtschaftsprobleme und das Problem der unangemessenen Machtstellung des Kohlenbergbaus nur gelöst werden, wenn endlich die jedenfalls im Kohlenbergbau überholte und rückständige Form privater Wirtschaftsführung aufgegeben und der deutsche Kohlenbergbau — wie der Kohlenbergbau in den großen, freien Kohlenländern Europas, nämlich Großbritannien und Frankreich — in Gemeineigentum überführt wird. (Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Der Kohlenbergbau ist nur ein Teil der Energiewirtschaft. Die neu aufkommende Atomwirtschaft sprengt den Rahmen der privaten Wirtschaft völlig. Die Ausbildung der Physiker, Chemiker und Ingenieure sowie Forschung und Entwicklung verlangen riesige finanzielle Mittel, die nur von der öffentlichen Hand aufgebracht werden können. Die Errichtung eines leistungsfähigen Atomkraftwerks erfordert einen Kapitalaufwand, der ebenfalls zu einem erheblichen Teil von der Öffentlichkeit getragen werden muß. Und im übrigen führt der Bau großer leistungsfähiger Atomkraftwerke zu der bisher größten Kapitalkonzentration; das heißt, wir werden auch in der Atomwirtschaft nur wenige große Kraftwerke mit einer riesigen Leistungsfähigkeit haben. Wer über sie verfügt, hat eine starke wirtschaftliche Machtstellung. Ich darf schließlich auf die bei der Atomenergieerzeugung entstehenden Strahlungsgefahren hinweisen. Niemand kann — ebensowenig wie Flugzeugunglücke und Eisenbahnkatastrophen — Katastrophen bei den Atomkraftwerken verhindern. Das Verhalten der privaten Wirtschaft — besonders in den mit hohen Gefahren verbundenen Industriezweigen — hat sehr deutlich gezeigt, daß private Unternehmungen nicht immer bereit sind, die im Interesse der Gesundheit und öffentlichen Sicherheit notwendigen Maßnahmen zu treffen. (Beifall.)

Darum gehören Atomkraftwerke ebenso wie Kernbrennstoffe in öffentliche Hand. (Beifall.)

Es gibt aber noch ein wichtiges drittes Kapitel der Energiewirtschaft! Die Mineralölwirtschaft der Welt wird von fünf großen internationalen Konzernen beherrscht, von denen drei durch Tochtergesellschaften den Mineralölmarkt in Deutschland bestimmen. Sie verfügen über riesige Rohölvorkommen, sie verfügen über große Welttankerflotten, sie verfügen über leistungsfähige Tankstellensysteme und sonstige Vertriebsmittel und haben damit erhebliche Macht. Wer auf sie angewiesen ist, befindet sich, wie wir es während der Suezkrise erlebt haben, in schwerer Abhängigkeit. Sie machen von dieser Macht auch Gebrauch! Ich erinnere an die Angriffe der Mineralölwirtschaft auf die Europäische Wirtschaftskommission, als diese sich erdreistete, die Ergebnisse einer Enquête zu veröffentlichen, aus der sich deutlich die Monopolstellung und der Einfluß der großen internationalen Ölkonzerne ergab. Ich erinnere an die Preispolitik der deutschen Mineralölkonzerne vor und nach der Suezkrise. Wir erleben heute, wie die Mineralölwirtschaft gegen das Frisia-Projekt des Herrn Duttweiler ankämpft. Und wir wissen schließlich, daß sich die Mineralölwirtschaft mit ihren Investitionsvorhaben rücksichtslos über alle langfristigen Energiewirtschaftsplanungen der europäischen und deutschen öffentlichen Stellen hinwegsetzt. Wenn irgend jemand die Mineralölwirtschaft zwingen kann, sich in eine konstruktiv geplante langfristige Energiewirtschaftspolitik einzugliedern, dann nur der Staat; denn nur er verfügt über die Mittel der Handelspolitik, der Zollpolitik, der Steuerpolitik, der Investitionspolitik und der Kartellpolitik. Außerdem ist er maßgeblich an großen Unternehmungen der Erdölförderung und Erdölverarbeitung beteiligt, die ein gewisses Gegengewicht schaffen können. Gerade unter diesem Gesichtspunkt ist es unverantwortlich, daß die Bundesregierung heute sogar bereit ist, das ein-

zige öffentliche Unternehmen, das über deutsche Rohölvorkommen verfügt, nämlich die PREUSSAG, an private Hände auszuliefern.

Das Ergebnis dieser kurzen Überlegungen ist eindeutig: Die Energiepolitik steht vor großen Aufgaben, deren Lösung für die künftige Entwicklung der gesamten Wirtschaft schlechthin entscheidend ist.

Sie hat eine ausreichende Energieversorgung in der Zukunft zu sichern; die konjunkturbedingte Kohlenschwemme von heute ist kein Maßstab für die langfristige Entwicklung, die von einer Energielücke in der Zukunft bedroht ist.

Sie hat dafür Sorge zu tragen, daß die verschiedenen Zweige der Energiewirtschaft aufeinander abgestimmt werden und sich insbesondere ihre Investitionspolitik im Gleichklang entwickelt.

Sie muß gewährleisten, daß das öffentliche Interesse — insbesondere auch das Verbraucherinteresse an einer rationellen Versorgung mit billiger Energie — ausreichend beachtet wird.

Wer den Umfang dieser energiepolitischen Aufgaben zutreffend ermißt, der weiß, daß diese Aufgabenstellung gebieterisch eine Neuordnung der Energiewirtschaft verlangt, deren Bestandteile sein müssen:

Überführung des Kohlenbergbaus in Gemeineigentum;

Atomkraftwerke nur in öffentlicher Hand;

Errichtung einer zentralen Stelle, die für eine planmäßige Entwicklung der gesamten Energiewirtschaft verantwortlich ist.

Nur durch eine solche gemeinwirtschaftliche Ordnung lassen sich die energiewirtschaftlichen Probleme der Zukunft lösen.

Genossinnen und Genossen! Uns wird häufig vorgeworfen: Wie ihr Privateigentum zerstört, das wißt ihr sehr gut; aber wie ihr einen Unternehmenszweig, den ihr in Gemeineigentum überführt habt, wirtschaftlich führen wollt, das Rezept habt ihr uns bis heute nicht verraten. — Nun, ein Wort zuvor: Wir überführen einen Industriezweig nicht aus Freude an der Beseitigung des Privateigentums in Gemeineigentum. Wenn wir die Kohle in Gemeineigentum überführen wollen, dann deshalb, weil zwingende praktische Überlegungen dafür sprechen, weil das Privateigentum in der Energiewirtschaft bei der Lösung der anstehenden Probleme versagt. Erst die Überführung in Gemeineigentum schafft zulängliche Voraussetzungen für eine größere Wirtschaftlichkeit des Kohlenbergbaus.

Wir wissen, daß die Aufgabe gemeinwirtschaftlicher Unternehmungen nicht leicht ist. Private Unternehmungen unterstehen dem Prinzip der Gewinnerzielung, dem Prinzip der Rentabilität; sie mögen sich für berechtigt halten, insbesondere in kritischen Lagen gesamtwirtschaftliche und soziale Gesichtspunkte hintanzustellen.

Die Aufgabe eines gemeinwirtschaftlich geführten Industriezweiges ist es, einen optimalen Ausgleich zwischen diesen verschiedenen Interessen herbeizuführen. Ihre Aufgabe ist es, die Interessen der Gesamtwirtschaft

mit dem Interesse an einer wirtschaftlichen Unternehmensführung und dem Interesse an einer ständigen Besserung der sozialen Lage der Belegschaften so abzustimmen, daß die bestmögliche Gesamtleistung erzielt wird. Das verlangt einen hohen Grad von Verantwortung von der Führung solcher gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen. Die Organisation eines in Gemeineigentum überführten Kohlenbergbaues muß daher so gestaltet werden, daß sie eine solche verantwortungsbewußte Führung ermöglicht und, soweit das mit organisatorischen Mitteln zu erreichen ist, sicherstellt.

Lassen Sie mich für die Organisation einer solchen gemeinwirtschaftlichen Ordnung im Kohlenbergbau einige wichtige Grundsätze angeben.

Der erste Grundsatz lautet:

> Die Organisation muß ein Höchstmaß wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit sichern.

Sie muß Raum geben für unternehmerische Initiative, sie muß Raum geben für selbständige Entscheidungsfreiheit, sie muß Raum geben für eigene Verantwortung. Darum lehnen wir eine Verstaatlichung ab. Wir verstehen unter Verstaatlichung die Errichtung von Regiebetrieben und die vielfach übliche kapitalmäßige Beherrschung von Unternehmungen; also Formen, die dem Staat einen unmittelbaren Einfluß auf die Unternehmensführung geben. Wir wissen sehr gut, daß ein großer Einfluß des Staates — und das bedeutet nach der heutigen Struktur von Gesellschaft und Staat: Einfluß der staatlichen Bürokratie — für die Bereitschaft der Unternehmensleitungen zu freier Entscheidung und zur Übernahme von Verantwortung tödlich sein könnte.

Demokratie bedeutet für uns alle: Freiheit zu selbständiger Entscheidung und Freiheit zu eigener Verantwortung. Darum achtet der demokratische Großstaat die Autonomie der Einzelperson, die Autonomie der Familie, die Autonomie frei gebildeter gesellschaftlicher Gruppen und die Autonomie sonstiger Gemeinschaften. Es gehört zum Wesen der Demokratie, daß es im öffentlichen Leben möglichst viel kommunale Selbstverwaltung gibt. In der Demokratie kennen wir im geistigen und kulturellen Leben den Begriff der kulturellen Autonomie. In der Wirtschaft sollten wir dort, wo wir größere Bereiche einer öffentlichen Ordnung unterwerfen, Formen der wirtschaftlichen Selbstverwaltung entwickeln. Deshalb sollte der in Gemeineigentum überführte Kohlenbergbau in Form einer Körperschaft der wirtschaftlichen Selbstverwaltung geführt werden.

Nun wissen wir, daß Großunternehmungen zu zentralistischer Wirtschaftsführung und zu bürokratischer Erstarrung neigen. Ja, wir wissen sogar, daß diese bürokratische Erstarrung auch in den privaten Unternehmungen des Kohlenbergbaus heute nicht nur eine Gefahr, sondern in großem Umfange bereits eine Tatsache ist. Die Organisation gemeinwirtschaftlicher Unternehmungen muß Raum schaffen für genügend Gegenkräfte, für viel Selbständigkeit und viel wirtschaftlichen Wettbewerb. Darum muß ein Kohlenbergbau in Gemeineigentum als modernes Großunternehmen dezentral organisiert sein. Unter der Dachorganisation sollten selbständige Tochterunternehmungen mit verantwortlicher

Leitung stehen. Die Dachorganisation sollte gesetzlich auf bestimmte Entscheidungen von übergeordneter grundlegender Bedeutung begrenzt sein. Im übrigen müßte die Verantwortung für die Unternehmensführung bei den eingegliederten Einzelunternehmungen liegen.

Ein zweiter Grundsatz müßte sein:

Schaffung einer demokratischen Unternehmensverfassung.

In den Großunternehmungen der Wirtschaft haben sich die Aufsichtsräte und die Vorstände, das sogenannte Management, als wirksame Institutionen der Unternehmensführung erwiesen. Sie haben große Verantwortung und große Macht; aber sie können sich in der heutigen Wirtschaft weder auf eine echte Legitimation berufen, noch unterliegen sie einer effektiven Kontrolle. Die gesetzliche Annahme, daß die Hauptversammlung durch die Wahl des Aufsichtsrates und die Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat eine Kontrolle über das Management ausübe, ist eine reine Fiktion. Heute sind die Leitungsorgane privater Großunternehmungen, soweit sie nicht von Großaktionären beherrscht werden, in sich selbst ruhende, sich selbst tragende autoritäre Führungsorgane. Der erste Versuch, sie unter Kontrolle zu stellen, wurde mit dem Mitbestimmungsrecht gemacht.

Es wird die Aufgabe einer modernen Organisation des Kohlenbergbaus sein, diese schwerwiegenden Nachteile zu beseitigen und eine echte Legitimation und eine wirksame Kontrolle des Managements sicherzustellen.

Deshalb müßte an Stelle der Hauptversammlung der Aktiengesellschaft ein Vertretungsorgan geschaffen werden, das aus Repräsentanten des unternehmerischen Elements der Wirtschaft, der organisierten Arbeitnehmerschaft und des öffentlichen Interesses einschließlich des allgemeinen Verbraucherinteresses bestehen sollte. Dabei muß sichergestellt werden, daß zu Mitgliedern der Organe von gemeinwirtschaftlichen Körperschaften nur Menschen bestellt werden, die sich der gemeinwirtschaftlichen Aufgabe dieser Einrichtungen verpflichtet fühlen. Wer diese Verpflichtung nicht zu übernehmen gewillt ist, hat keinen Platz in den Organen gemeinwirtschaftlicher Unternehmungen.

Und schließlich ein dritter Grundsatz! Wir werden oft vor die Fangfrage gestellt: Wer kontrolliert hier eigentlich wen? Nun, wir überführen Privateigentum nur dann in Gemeineigentum, wenn öffentliche Interessen eine solche Maßnahme verlangen. In einem demokratischen Staatswesen aber gibt es nur ganz bestimmte Organe, die legitimiert sind, das öffentliche Interesse verantwortlich zu vertreten. Das ist das Parlament, das ist die Regierung, und das sind allenfalls von der Regierung bestimmte Organe, die dieser Regierung verantwortlich sind. Und darum lautet die Antwort auf die Frage: „Wer kontrolliert eigentlich wen?"

Gemeineigentum unterliegt der Kontrolle der hierzu im demokratischen Staatswesen legitimierten Organe.

Es muß daher Vorsorge getroffen werden, daß ein in Gemeineigentum überführter Kohlenbergbau sich im Rahmen der von der Regierung

zu verantwortenden Wirtschaftspolitik hält und sich letzten Endes der parlamentarischen Kontrolle nicht entzieht. Wenn wir als Grundregel anerkennen, daß die selbstverantwortliche Leitung eines in Gemeineigentum überführten Unternehmens unter allen Umständen gesichert werden muß, ergeben sich für die Einflußmöglichkeiten von Regierung und Parlament zwangsläufig ganz bestimmte Konsequenzen. Die Zuständigkeit der Bundesregierung bzw. des Bundeswirtschaftsministers als Aufsichtsorgane sollte auf einige wenige, gesetzlich eng begrenzte Einspruchs- oder Genehmigungsrechte im Rahmen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und des Nationalbudgets, die ja zu unseren wirtschaftspolitischen Vorstellungen gehören, und gegebenenfalls im Rahmen des Energiewirtschaftsplanes beschränkt bleiben. Von diesen Eingriffsrechten dürfte nur in Fällen von grundsätzlicher wirtschaftlicher Bedeutung Gebrauch gemacht werden.

Die parlamentarische Kontrolle kann in einem geordneten Staatswesen nur gegenüber der Regierung ausgeübt werden. Wir wünschen auch im Interesse der politischen Sauberkeit keine organisatorischen oder funktionellen Verbindungen zwischen Parlament und Wirtschaft. Aber wir müssen verlangen, daß die parlamentarische Kontrolle gegenüber der verantwortlichen Regierung in einer so wichtigen Frage wie der Kohlenwirtschaftspolitik effektiv gestaltet und nicht zu einer solchen Farce wird, wie dies heute in Fragen der Bundesunternehmungen der Fall ist.

Darum muß der Bundeswirtschaftsminister verpflichtet werden, dem Parlament jährlich einen Rechenschaftsbericht über die von ihm verfolgte Kohlenwirtschaftspolitik vorzulegen unter Beifügung von Geschäftsbericht und Bilanz der Kohlenunternehmungen. Über den Rechenschaftsbericht sollte das Parlament Entlastung erteilen.

Zur Abrundung der Vorstellungen, die wir über die Ordnung eines in Gemeineigentum überführten Industriezweiges haben, noch drei Bemerkungen: Wenn Privateigentum und Gemeineigentum, jedes an seinem Platze, anerkannt werden, dann ist es selbstverständlich — es braucht eigentlich nicht besonders betont zu werden — daß für die Entziehung von Privateigentum eine angemessene Entschädigung gezahlt wird. Zweitens: öffentliche Unternehmungen müssen eine erhöhte Publizität pflegen, der Öffentlichkeit ohne Vorbehalte Rechenschaft ablegen und so der privaten Wirtschaft als Vorbild dienen. Schließlich: ein in Gemeineigentum überführter Kohlenbergbau sollte grundsätzlich der gleichen Steuerpflicht unterliegen wie private Unternehmungen.

In diesem Zusammenhang möchte ich einen kurzen Hinweis zu dem Antrag 213 geben, der von der Sorge ausgeht, durch den vorliegenden Antrag würde das Problem der Besteuerung kommunaler wirtschaftlicher Unternehmungen präjudiziert. Wir befassen uns in unserem Antrag nur mit dem Kohlenbergbau, und auf diesen in Gemeineigentum überführten Kohlenbergbau bezieht sich diese Stelle des Antrages. Wir wollten mit diesem Antrag das sehr diffizile Problem der Besteuerung kommunaler Unternehmungen weder berühren noch präjudizieren.

Genossinnen und Genossen! Ich bin damit am Schluß meiner Darlegungen. Ich hoffe, daß es mir gelungen ist, zu einigen Problemen, die in der Partei und in der Öffentlichkeit umstritten sind, eindeutig, klar und rückhaltlos Stellung zu nehmen.

Gestatten Sie mir zum Schluß noch eine Bemerkung, mit der ich den Faden aufnehmen möchte, den ich zu Beginn gesponnen habe: Ich hatte einen Teilabschnitt der Wirtschaftspolitik zu besprechen, einen kleinen Teilabschnitt aus dem großen Gebiet sozialistischer Wirtschaftspolitik, das sich nicht in der Lösung institutioneller Fragen erschöpfen kann.

Ich möchte deshalb, um Rang und Bedeutung der Fragen des Eigentums richtig klarzulegen, noch einmal wiederholen: Im Vordergrund unserer gesamten Wirtschaftspolitik muß immer die Aufgabe stehen: für die arbeitenden Menschen draußen eine wirtschaftliche Entwicklung zu *sichern, die ihnen das, was sie im Laufe der Zeit errungen haben, nicht* unter der Hand wieder fortnimmt (Beifall); das heißt, wir haben dafür zu sorgen, daß eine wirksame Wirtschafts- und Konjunkturpolitik betrieben wird, die einen stetigen Wirtschaftsaufschwung sichert. Ohne eine solche wirksame Konjunkturpolitik ist alles andere, was wir fordern könnten, eitle Seifenblase.

Unsere zweite Aufgabe ist nicht minder wichtig und wir müssen uns ihr sehr ernsthaft widmen. Das ist die Aufgabe, eine gerechtere Einkommens- und Vermögensverteilung herbeizuführen.

Erst zu einem dritten Aufgabenkreis, der sich mit den institutionellen Grundlagen der Wirtschaft befaßt, gehören die Fragen, die ich heute zu behandeln hatte. Im Rahmen dieser Ordnungsvorstellungen hat das Gemeineigentum auch und insbesondere für freiheitliche Sozialisten einen wichtigen Platz — einen wichtigen, aber einen bewußt begrenzten Platz.

Darum sind

> Privateigentum mittlerer und kleinerer Unternehmungen,
> gebundenes Eigentum freier gemeinwirtschaftlicher Organisationen,
> gebundenes Eigentum öffentlicher Unternehmungen,
> die öffentliche Kontrolle wirtschaftlicher Großmacht
> und Gemeineigentum,

einander bedingende, nur in ihrer gegenseitigen Ergänzung fruchtbare, unverzichtbare Bestandteile einer einheitlichen freiheitlichen sozialistischen Wirtschaftspolitik. (Starker Beifall.)

Vorsitzender Dr. Alex Möller: Ich erteile nunmehr dem Genossen Dr. Hermann Veit das Wort.

Dr. Hermann Veit: Genossinnen und Genossen! Werte Gäste! Gegenwartsprobleme sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik sind nicht nur die Tagesfragen, die die Wirtschaftspolitik uns stellt. Der Sozialismus selbst ist nach vielfach geäußerter Erkenntnis eine Gegenwartsaufgabe unserer Zeit.

Der Rahmen für die beiden wirtschaftspolitischen Referate dieses Parteitags ist somit sehr weit gesteckt und umschließt die Grundprobleme sozialistischer Wirtschaftspolitik.

Genossinnen und Genossen! Am Sonntag, als ich die Ehre hatte, im Namen der Landesregierung diesen Parteitag zu begrüßen, habe ich mir erlaubt, Sie mit einigen Eigenschaften des Landes und der Leute bekannt zu machen — nicht mit allen. Gestatten Sie, daß ich Sie nun mit einer weiteren Eigenschaft bekannt mache, nämlich mit der Eigenschaft, daß wir das, was von zentralen Stellen angeordnet wird, auch ausführen. (Heiterkeit.)

Gesetze, die in Bonn gemacht werden, werden in Baden-Württemberg gehalten, und Anordnungen des Parteivorstandes werden von uns beachtet. (Heiterkeit. — Beifall.)

Als ich von Heinrich Deist die Mitteilung bekam, daß der Punkt in der Geschäftsordnung, daß für die Referate eine Stunde zur Verfügung stehe, so zu verstehen sei, daß dann, wenn zwei Referenten dasselbe Referat zu behandeln haben, jedem nur eine halbe Stunde zur Verfügung stehe, habe ich mich entsetzt an den Parteivorstand gewandt und erklärt: Mit dieser halben Stunde kann ich nicht auskommen! Es wurde mir aber gesagt, ich müsse damit auskommen, das müsse von allen verlangt werden und ich müsse mich eben auch damit abfinden. Ich war bis jetzt der einzige, der sich damit abgefunden hat und von seinem Referat leider sehr schmerzliche Abstriche hat machen müssen. Infolgedessen wird das, was ich ausführe, leider nur ein Ansprechen der Probleme sein, und nicht einmal aller Probleme, die anzusprechen sind, und nicht mehr als eine Einleitung der Diskussion. Aber ich verspreche Ihnen, liebe Parteigenossen: Wenn ich noch einmal die Ehre haben sollte, vor einem Parteitag ein Referat zu halten, dann werde ich mich nicht mehr an die Anordnung über die Zeit halten. (Heiterkeit und Beifall.)

Daß die Wirtschaftspolitik seit dem Hamburger Parteitag zum ersten Mal wieder als komplexes Thema und nicht nur eingeengt in gesamtprogrammatische Erörterungen oder in Teilprobleme der Wirtschaftsentwicklung auf der Tagesordnung eines Parteitages steht, ist nicht zuletzt mit dem regen Interesse zu erklären, das die Parteidiskussion nach dem 15. September 1957 auch der Wirtschaftspolitik entgegengebracht hat. Sie stand mit im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen.

Bei den Überlegungen über die Ursachen des Ausganges der Bundestagswahl vom 15. September 1957 ist man in der Parteimitgliedschaft mit Recht zu der Überzeugung gekommen, daß nicht nur der Nimbus des Bundeskanzlers bei dem nun einmal weithin auf Führerverehrung eingestellten deutschen Volk und die angeblich die Sicherheit durch angeberhafte, stärkeverbürgende Außen- und Wehrpolitik der Bundesregierung die Mehrheit des Volkes zu seinem Votum bestimmt haben, sondern vor allem auch die sichtbaren, großen Fortschritte in der Lebenshaltung aller Schichten seit dem Zusammenbruch im Jahre 1945, die eine bedenkenlose und aufwendige Propaganda mit einem Minimalgehalt an Wahrheit der sogenannten Wirtschaftspolitik der Bundesregierung zuschrieb. Was Wun-

der, daß die aktiven Parteimitglieder, die sich schon im Wahlkampf schwer taten, mit diesem Teil der gegnerischen Argumentation fertig zu werden, nach einer klaren Alternative gegenüber der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung und vor allem nach einer so volkstümlichen Darstellung der Alternative riefen, daß sie auch bei auf wirtschaftlichem Gebiet völlig unerfahrenen Wählern ankommen würde. Das Anliegen ist vollauf begründet. Die Schwierigkeiten, die sich seiner Erfüllung in den Weg stellen, sind nicht zu verkennen, aber auch nicht unüberwindlich.

Ein zweiter Grund hat die Diskussion über die Wirtschaftspolitik besonders aufgewühlt und war sicher auch ursächlich für viele Anträge an den Parteitag. Von namhafter Seite soll im Wahlkampf die Sozialisierung als veraltete Vorstellung über Bord geworfen worden sein. Ich weiß nicht authentisch, was gesagt worden ist. Wenn eine solche Äußerung gefallen ist, dann wäre der Unwille weitester Kreise der Parteimitgliedschaft durchaus berechtigt. Denn programmatische Forderungen, die in Parteitagsbeschlüssen niedergelegt sind, sind für alle Parteigenossen ohne jeden Unterschied verbindlich. (Beifall.)

Wer einen solchen Beschluß nicht billigt, der mag sich um seine Aufhebung bemühen. Dazu sind aber Wahlversammlungen nicht der rechte Ort. (Beifall.) Der Beifall, der dort der Kritik am Parteiprogramm gezollt wird, ist zu teuer. Er geht auf Kosten der Partei. (Sehr gut!) Die Verwirrungen und die Reaktionen, die ein solches Abrücken vom Parteiprogramm auslösen kann, sind nicht zu unterschätzen. (Sehr richtig!)

Liebe Genossen! Die Wirtschaftsordnung, in der wir leben, wird die soziale Marktwirtschaft genannt. Der Name ist eine falsche Etikettierung, hinter der sich der späte Kapitalismus verbirgt. Daß man zu einer falschen Bezeichnung greift, beweist, daß man sie nötig hat. Dieser sozialen Marktwirtschaft wird der Wirtschaftsaufschwung Westdeutschlands nach der Währungsreform zugeschrieben. Sie allein habe die dauernde Ausweitung des volkswirtschaftlichen Ergebnisses und damit die Steigerung des Sozialprodukts und des Lebensstandards bewirkt. Sie sichere den Wohlstand für alle, die Vollbeschäftigung und die soziale Gerechtigkeit. Das wichtigste aber, Freiheit, gebe es nur in ihrem Bereich. Und das Rezept? Der Staat soll die Hand von der Wirtschaft lassen, er soll seine Aufgaben möglichst einschränken und die Steuern senken. Der Automatismus des Marktes löse alle Probleme bestens, wenn man ihn in Ruhe lasse.

Alle diese Behauptungen über die segensreichen Wirkungen des als soziale Marktwirtschaft firmierenden Spätkapitalismus sind bestenfalls Teilwahrheiten, zum größten Teil aber glatte Unwahrheiten. Sie wurden verbreitet und geglaubt, weil der Schleier einer über ein Jahrzehnt andauernden ungewöhnlichen Hochkonjunktur den Blick auf die wirklichen Zusammenhänge und Kausalitäten trübt, ja weil viele gar nicht das Bedürfnis haben, hinter diesen Schleier zu schauen. Wir müssen den Schleier wegziehen und den Menschen zeigen, was der Spätkapitalismus in Wirklichkeit geleistet hat und was er in Zukunft zu leisten vermag. Wir müssen aufdecken, was er nie leisten kann und welche Gefahren mit seinem unkontrollierten und ungezügelten Wirken verbunden sind. Und dem müssen wir die Wirtschaftskonzeption des freiheitlichen Sozialismus

gegenüberstellen, seine sittliche Zielsetzung und Zielwirkung und seine ökonomisch keinesfalls geringeren Leistungen. Wir müssen der Bevölkerung in der Vielfalt ihrer Zusammensetzung, nicht nur der Arbeiterschaft, zeigen, daß alle bis auf eine kleine Gruppe von den Auswirkungen des Spätkapitalismus bedroht sind, und daß andererseits niemand, bis auf eine kleine Gruppe, den Sozialismus zu fürchten braucht. (Beifall.)

Zu der gefährlichen falschen prima-facie-Beweisführung, die Überlegenheit der sozialen Marktwirtschaft sei durch das berühmte deutsche Wirtschaftswunder erwiesen, ist schon unendlich viel geschrieben und gesagt worden, so daß man gehemmt ist, das Thema noch einmal aufzugreifen. Aber nachdem der Herr Bundeskanzler auf diesem alten Gaul nunmehr beginnt, gen Düsseldorf zu reiten, und da dieser Irrglaube in weiten Kreisen festsitzt, kann auch an dieser Stelle nicht dazu geschwiegen werden. (Sehr gut!)

Zunächst muß nachdrücklich gegen die Unterstellung protestiert werden, die soziale Marktwirtschaft habe eine sozialistische Wirtschaftskonzeption abgelöst. Die Zwangswirtschaft, an die wir uns alle nur mit Abscheu erinnern, sei ein Kind des Sozialismus und werde wiederkehren, wenn der Sozialismus zur Herrschaft komme. Die Zwangswirtschaft, meine verehrten Anwesenden, steht nicht in unserem Konzept. Sie ist auch nicht von uns eingeführt worden, sondern vom Nationalsozialismus. (Starker Beifall.)

Und dabei haben Männer Hilfestellung geleistet, die in den Bonner Ministerien und in der deutschen Wirtschaft es wieder zu ansehnlichen Positionen gebracht haben, (Lebhafte Zustimmung — starker Beifall.) ebenso wie diejenigen, die bei den Nürnberger Rassegesetzen, der größten Kulturschande des deutschen Volkes, mitgewirkt haben. (Beifall.)

Die Sozialdemokraten, denen man die Zwangswirtschaft so gern in die Schuhe schieben möchte, saßen damals in den Konzentrationslagern und Zuchthäusern des Dritten Reiches. (Starker Beifall.)

Daß nach der Geldreform das Wirtschaftsleben sich rasch normalisierte, hat seine Gründe in der Aufbauarbeit, die von 1945 bis 1948 geleistet worden war, in einer oft erfolgreichen Abwehr von Demontageplänen, im Fleiß und in der Opferbereitschaft des ganzen Volkes und auch ein wenig in der Hilfestellung, die die Wirtschaft in den Jahren 1945 bis 1948 und 1949 bei den Gemeinden und Ländern erfuhr, die damals weitgehend unter sozialdemokratischer Führung oder Mitverantwortung standen. (Sehr gut! und Beifall.)

Die Bundesregierung, die erst im Herbst 1949 gebildet wurde, konnte auf einer gewaltigen Vorarbeit aufbauen. (Sehr richtig!)

Sie hat dafür nie gedankt, im Gegenteil den ganzen Erfolg des Aufbaues als eigenes Verdienst vereinnahmt.

Die Einführung eines funktionsfähigen Geldes, der zurückgestaute, schier nicht zu stillende Bedarf des Volkes an allen Gütern, die Auslandshilfen, insbesondere die Milliarden des Marshallplans, all das zusammen hat den Aufstieg des deutschen Volkes vom Nullpunkt einer totalen Zerstörung gefördert. Dieser Aufstieg wäre auch unter jedem anderen Wirtschaftssystem erfolgt. (Beifall.)

Aber, liebe Freunde, wir wollen Verdienste nicht unterschlagen, auch wenn sie politischen Gegnern gebühren. In der Bundesregierung ging der Aufstieg rascher vor sich. Das mag seinen Grund haben in dem fast unvermittelten Übergang von der Bewirtschaftung und der Preisbindung zur freien Marktwirtschaft. Aber dieser Zeitvorsprung hat der großen Masse des deutschen Volkes Milliarden gekostet. (Beifall.)

Das war kein Markt, wie ihn die Väter des Liberalismus erträumten, ein Markt, auf dem das Spiel gleicher Kräfte auf der Angebots- und Nachfrageseite eine gerechte Gleichgewichtslage schafft, sondern das war ein Markt, wo die Sachwertbesitzer mit einem unzureichenden Warenangebot dem Ansturm einer unelastischen, übergroßen Nachfrage gegenüberstanden. Was Wunder, daß dieser Markt ein Raubzug war auf die gerade erst fast vollständig entleerten Taschen der Geldbesitzer und Lohnempfänger mit der Wirkung, daß eine gewaltige Einkommens-Umschichtung und einseitige Vermögensbildung die Sachwertbesitzer in den Stand setzte, große Investitionen durch überhöhte Preise zu finanzieren. (Beifall.)

Das, meine lieben Freunde, war die erste, leider so wenig erkannte oder wieder vergessene Leistung der Marktwirtschaft. Sie ist uns ein Beweis, daß der Markt nicht so sozial ist und es auch nicht sein kann, weil er nicht auf ethischen Prinzipien beruht, daß er vielmehr, wenn keine vollkommene Konkurrenz besteht, zum Ungleichgewicht, ja zu ausbeuterischen Situationen führt und das Sozialprodukt in einer Weise verteilt, die der Gerechtigkeit Hohn spricht.

Nachdem Heinrich Deist den Nachweis erbracht hat, daß die Marktwirtschaft oder besser gesagt der Spätkapitalismus zur Kapitalakkumulation in Riesenbetrieben führt und damit die Marktsituation durch Ungleichgewichtsbildungen entscheidend verändert und funktionsunfähig macht, möchte ich an diesem extremen Beispiel nachweisen, daß der Markt keine gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung gewährleisten kann. Er kann es nicht einmal bei vollkommenem Wettbewerb, weil die Marktwirtschaft keineswegs in der Lage ist, automatisch die Vollbeschäftigung herzustellen. Auch bei vollkommenem Wettbewerb kann sich der Markt auf eine Gleichgewichtssituation bei Unterbeschäftigung einspielen und auf diese Weise einen Teil der Staatsbürger vom Markt einfach ausschließen. Bei unvollkommenem Wettbewerb, der meines Erachtens die Regel bildet, führt eine oligopolistische Situation auf der Angebotsseite zu überhöhten Preisen, die wiederum auf dem Wege der Selbstfinanzierung die Kapitalakkumulation fördern und damit den Ausgangspunkt für weitere Einkommenserhöhungen schaffen.

In diesem Zusammenhang taucht das Preisproblem ganz allgemein auf. Es ist bis jetzt das einzige Wirtschaftsfaktum, das auch den Uninteressierten und Wirtschaftswundergläubigen persönlich heftig berührt, falls er nicht zu der bevorzugten Zunft hoher Einkommensbezieher gehört, die Preiserhöhungen der Güter des täglichen Bedarfs überhaupt nicht bekümmern. Aber auch hier ist die Bundesregierung nicht verlegen. Ob es wahr ist oder nicht: Wenn die Preise steigen, sind Lohnerhöhungen die Ursache. Wir wollen uns an dieser Stelle des Wortes des Bundeswirtschaftsministers erinnern, daß ein Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen,

kurz ein Kartellgesetz, das Grundgesetz seiner sozialen Marktwirtschaft sei. Nun, die soziale Marktwirtschaft mußte fast zehn Jahre, bis zum 1. Januar 1958, auf ihr Grundgesetz warten und konnte logischerweise bis dahin ohne ihr Grundgesetz gar nicht die richtige soziale Marktwirtschaft sein. Jetzt, da dieses Gesetz in Kraft getreten ist, ist das Bundeskartellamt nicht ausreichend mit genügend dotierten Beamten besetzt. Während wir für die Rüstung und die gar nicht geschuldeten Stationierungskosten fremder Truppen viele Milliarden offenbar spielend flüssig machen können, ganz zu schweigen von der kostspieligen atomaren Aufrüstung, glaubt man, an dem Amt sparen zu müssen, das das Grundgesetz der sozialen Marktwirtschaft zu vollziehen, nämlich die Wettbewerbsbeschränkungen zu beseitigen und die Monopole zu überwachen hat. Nachdem man das Gesetz zwar verschlechtern, aber nicht ganz verhindern konnte, will man jetzt seinen Vollzug durch angebliche Sparmaßnahmen lähmen.

Sie wissen, daß ich im Bundesrat dagegen angekämpft habe, und ich freue mich, gestern in der Zeitung gelesen zu haben, daß der Haushaltsausschuß des Bundestages nunmehr einer ausreichenden Dotierung des Bundeskartellamtes zugestimmt hat.

Professor Erhard hat monatelang gegen den Bundesverband der deutschen Industrie kämpfen müssen, bis er die Ernennung des von ihm bestimmten Mitarbeiters zum Präsidenten des Kartellamtes durchsetzen konnte. Ein Alarmzeichen über die Verteilung der Macht in der demokratischen Bundesrepublik!

Diese zum Teil oligopolistische, zum größeren Teil kartelldurchsetzte Wirtschaft diktiert auf dem sogenannten freien Markt die Preise auch gegen den ausgesprochenen Willen und das Interesse der Bundesregierung, wie die Kohlenpreiserhöhung unmittelbar nach der Wahl, in der gleichbleibende Preise versprochen wurden, gezeigt hat. Diese Preiserhöhungen sind Attacken auf den Geldbeutel des Bundesbürgers und bedeuten eine Umverteilung des Einkommens zum Nachteil der breiten Massen, zum Vorteil der Produzenten. Im letzten Jahre sind die Preise für die Lebenshaltung, gerechnet am Warenkorb einer mittleren Verbraucherfamilie, um 5 Prozent gestiegen. Das sind bedenkliche Zeichen, weil sie auf das Verhalten einer großen Zahl von Menschen Einfluß haben. Wenn Sparen mit der Gefahr einer Entwertung des gesparten Geldes verbunden ist, drängt das Geld in den Konsum. Das bedeutet eine Verringerung der Investitionsrate und damit des volkswirtschaftlich notwendigen Wachstums. Das bedeutet aber auch weiteres Anziehen der Preise mit allen Konsequenzen.

Sind an diesen Preissteigerungen die Löhne schuld? Die Gewerkschaften wissen so gut wie wir, daß es für Lohnforderungen dort eine Grenze gibt, wo der Betrieb die Löhne nicht mehr verkraften kann. Wenn diese Grenze überschritten wird, laufen die Arbeiter Gefahr, sich ihres Arbeitsplatzes zu berauben. Unsere Gewerkschaften haben in der Zeit des Aufbaues und danach so viel Verständnis für die Bedürfnisse eines Betriebes und die Notwendigkeit der Modernisierung bewiesen, daß man ihnen schlecht unterstellen kann, sie dächten nur an das eigene Interesse ohne Rücksicht auf die Betriebe und die Allgemeinheit. Es ist ein beliebtes, nahezu volks-

tümliches Argument geworden, daß Lohnerhöhungen zulässig seien, daß sie aber keinesfalls die Grenze des Produktivitätszuwachses überschreiten dürften. Diese Regel gibt einen Anhaltspunkt, sie ist aber nicht ausnahmslos gültig. Wenn ein Unternehmer es verstanden hat, jahrelang seine Arbeiter nicht am Produktivitätsfortschritt teilnehmen zu lassen, und die Arbeiter verlangen nun eine Lohnerhöhung, die den Produktivitätsfortschritt des letzten Jahres überschreitet, so ist das kein unbilliges Verlangen. Und bei der Lohnberechnung nach dem Produktivitätsfortschritt wird häufig davon ausgegangen, daß der Lohn irgendeines Ausgangsjahres der Berechnung zugrunde gelegt werde. Wenn aber in diesem Ausgangsjahr die Verteilung des Ertrags eines Unternehmens keineswegs in annähernd gerechtem Verhältnis zwischen Kapital, Unternehmergewinn und Arbeitskraft erfolgt ist, so würde die nach einem solchen Berechnungsmaßstab geforderte Beschränkung der Lohnerhöhung auf höchstens den Produktivitätszuwachs eine Zementierung des Lohnverhältnisses des Ausgangsjahres auf alle Zeiten bedeuten.

In diesem Zusammenhang muß man sich daran erinnern, daß im Jahre 1931 die tariflichen Stundenlöhne in der deutschen Industrie um 30 bis 40 Prozent absanken, daß diese abgesunkenen Löhne 1933 stabilisiert und 1936 gestoppt worden sind. Neuerdings ist man auf einen neuen Einfall gekommen, um den Gewerkschaften und den etwa dazu bereiten Unternehmern Lohnerhöhungen auszureden. Man spricht von der Interdependenz des Lohnniveaus und von der Gefahr, daß eine Lohnerhöhung in einer Branche, die die Erhöhung verkraften kann, gleichartige Wünsche in Branchen wecke, die dazu nicht in der Lage seien. Man redet also dem gut verdienenden Unternehmer zu, den großen Mehrertrag, wenn auch schweren Herzens, für sich allein zu behalten und seinen Arbeitern nichts davon abzugeben, weil sonst sein Kollege in der anderen Branche, der sich schwerer tut, durch gleiche Lohnforderungen ins Gedränge käme. Fürwahr, ein genialer Plan, den Grenzlohn zum Normallohn zu machen und den Differentialgewinn zum Wohle des deutschen Volkes einzukassieren!

Gewiß, es wird niemand bestreiten, daß das Realeinkommen der Lohnempfänger gestiegen ist, aber im wesentlichen nur im Verhältnis der Steigerung des Nettosozialprodukts. Die Steigerung bedeutet also nicht mehr als das Halten einer Position in der Verteilung des Wirtschaftsergebnisses und nicht die Verbesserung. Man sollte durch Gesetz vorschreiben, daß jeder, der wegen einer Lohnerhöhung seine Preise erhöhen will, den Erhöhungsbetrag zu analysieren hat. (Beifall.)

Man würde dann häufig darauf kommen, daß die Lohnerhöhung nur einen Bruchteil der Preiserhöhung ausmacht, daß sie aber ein willkommener Anlaß ist, eine Menge von Wünschen auf Ertragssteigerung unter dem politisch so ansprechenden Sammelgrund „Lohnerhöhungen" unterzubringen. (Beifall.)

Lassen Sie mich noch einen Blick auf die Zahlen werfen, die der Automatismus der ach so sozialen Marktwirtschaft ausweist. Im Zeitraum von 1950 bis 1957 sind gestiegen: Das Bruttosozialprodukt um 113 Prozent, der

private Verbrauch um 97 Prozent, der Staatsverbrauch um 92 Prozent, dagegen die Anlageninvestitionen um 147 Prozent.

In der Zeit von 1950 bis 1956 sind gestiegen: Das Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit um 103 Prozent, das Nettoeinkommen von Selbständigen und Unternehmern zusammen um nur 79 Prozent, aber, da in der gleichen Zeit die Zahl der Arbeitnehmer um 30 Prozent gestiegen ist, die der Selbständigen aber konstant geblieben ist, ergibt sich eine Zunahme des Nettoeinkommens pro Kopf bei den Arbeitnehmern um 55 Prozent und bei den Selbständigen und Unternehmern um 78 Prozent.

Für die Vermögensbildung ist interessant, zu wissen, daß in den Jahren 1950 bis 1956 von dem Nettovermögenszugang der Wirtschaft, ohne Wohnungsbau, mit 91 Milliarden DM aus gruppeneigenen Mitteln, also praktisch über die Selbstfinanzierung, 70 Milliarden DM finanziert worden sind. Das Ergebnis dieser Betrachtung ist die Feststellung, daß in sieben Jahren die Wirtschaft einen Vermögenszuwachs von 90 Milliarden DM aus dem Sozialprodukt für sich abgezweigt hat und davon 70 Milliarden DM selbst entweder über Preise oder über Löhne oder über beides finanziert hat. Wenn man dazu die Erkenntnis fügt, daß der größte Teil des Vermögenszuwachses auf eine verhältnismäßig kleine Schicht ganz großer Unternehmungen fällt, dann sieht man, wie ungleichmäßig der Markt auf Grund der Verschiedenheit der Ausgangsposition der Teilnehmer und der Machtverhältnisse die Ergebnisse der Arbeit eines Volkes verteilt. Es ist nicht erstaunlich, daß in diesem Zusammenhang der Gedanke der Beteiligung von Arbeitern und Angestellten am Investitionszuwachs aufgetaucht ist. Denn niemand verkennt die Notwendigkeit der Investitionen, und jeder weiß, daß sie die unerläßliche Voraussetzung einer expandierenden Wirtschaft sind. Aber niemand ist in gleicher Weise überzeugt, daß die mit den Investitionen verbundenen großen Vermögensvermehrungen aus dem Sozialprodukt in die Taschen einer verhältnismäßig kleinen Schicht des Volkes fließen müssen, einer Schicht, die auf diese Weise ihre ohnehin vorhandene große wirtschaftliche Macht noch verstärkt. Wirtschaftliche Macht setzt aber nicht nur den Markt, wenigstens teilweise, außer Funktion, sie ist auch politische Macht. Denn Macht ist Macht, und wirtschaftliche und politische Macht sind nur zwei Seiten der gleichen Medaille. Doch ist die Problematik des Investitionslohnes hiermit nur aufgezeigt. Sie ist noch nicht ausdiskutiert und noch nicht gelöst, ich habe heute dazu nicht Stellung zu nehmen.

Wir sehen das Mittel gegen das auch von anderen Gruppen und Parteien erkannte Unrecht der Einkommens- und Vermögensverteilung nicht in der Ausgabe sogenannter Volksaktien von Unternehmungen, die zu diesem Zweck aus der öffentlichen Hand in die private überführt werden. Es geht doch nicht darum, neue Anlagewerte zu schaffen, damit die unglücklichen Arbeiter und Angestellten, die ihr Geld partout nicht anlegen können, endlich eine Möglichkeit dazu finden. Wer sein Geld in Wertpapieren anlegen will, kann es jeden Tag auf Grund eines reichhaltigen Angebotes tun. Dazu hätten wir kein neues kostspieliges Bundesministerium gebraucht. (Beifall.)

Nein, es geht um das Geld, das anzulegen wäre, und hieran fehlt es in weiten Kreisen des deutschen Volkes. Dem Volk wird durch diese Aktion Sand in die Augen gestreut. Es wird ihm vorgegaukelt, durch Aktienbesitz würde es mitbeteiligt und damit mitberechtigt an Produktionsstätten. Wer die erbärmliche Rolle kennt, die der Kleinaktionär nach dem deutschen Aktienrecht und den Praktiken der Manager spielt, der wird die Heiligsprechung des Eigentums durch die die deutsche Wirtschaft beherrschenden Kreise nicht mehr als bare Münze nehmen. (Lebhafter Beifall.)

Was haben wir zu tun? Wir haben gesehen, daß eine sich selbst überlassene Wirtschaft das Problem einer gerechten Einkommens- und Vermögensverteilung nicht löst, daß es aber aus ethischen, demokratischen und ökonomischen Gründen gelöst werden muß, beileibe nicht im Sinne einer Gleichmacherei, sondern nach den Leistungen für die Gemeinschaft.

Die Lösung beginnt bei der Erziehung und Ausbildung, damit den Begabten wenigstens diese Startgleichheit gewährt wird. Die Besteuerung ist ein Mittel der Redistribution im Sinne größerer Gerechtigkeit und kann angewandt werden, um die Vermögensakkumulation durch Selbstfinanzierung zu dämpfen. Die Ordnungsformen der Wirtschaft, die Heinrich Deist vorhin geschildert hat, sind ein weiteres Mittel, große Ungleichheiten zu mildern. Der Wettbewerb, wo er noch funktioniert, und zwar fair auf der Basis der Startgleichheit, und die Begünstigung kleiner und mittlerer Betriebe, vor allem freier gemeinwirtschaftlicher Einrichtungen, das sind alles Mittel, um die Bäume des Kapitalismus nicht in den Himmel wachsen zu lassen.

Hierzu ware noch zu rechnen die Beschränkung des Erbrechtes an großen Vermögen, nicht an den kleinen und mittleren Hinterlassenschaften des deutschen Volkes. (Beifall.)

Die gerechte Verteilung des Einkommens belebt die Volkswirtschaft und fördert das Sparen breitester Schichten. Es erhöht den Leistungswillen durch das Gefühl, in einer gerechten Ordnung zu leben. Es ist des Schweißes der Edlen wert, eine Ordnung zu schaffen, in die der Mensch vom Ethischen und nicht nur vom Ökonomischen her eingeordnet wird. Ja, ja, meine Herren Kritiker, so sind wir nun einmal, wir „Materialisten".

Lassen Sie mich ein zweites Problem aufzeigen, das der späte Kapitalismus nicht zu lösen vermag. Es ist das Problem der Konjunktur. Die Konjunktur macht sich für jedermann bemerkbar. Sie ist wie der Preis ein Faktum, auf das die breite Masse anspricht und das Reaktionen auslösen kann bis zum Regierungssturz und zur Revolution. Der späte Kapitalismus kümmert sich nicht um die Konjunktur. Es ist Sache des Marktes und der Einsicht des freien Unternehmers, ob er investieren will oder nicht. Niemand übt eine Kontrolle aus, ob zu wenig oder zu viel investiert wird, obgleich beide Verhaltensweisen das Ende einer Konjunktur herbeiführen und die Krise einleiten können.

Was aber bedeutet die Krise? Nun, wer die 30er Jahre erlebt hat, wird sich erinnern: Zusammenbrüche am laufenden Band, Riesenverluste,

Massenarbeitslosigkeit, geringes Steueraufkommen, schwere politische Spannungen und im Spezialfall der 30er Jahre Adolf Hitler. Die Menschen in Deutschland haben sich schon so sehr an den nun schon zehn Jahre wolkenlos blauen Himmel der Hochkonjunktur gewöhnt, daß sie glauben, das muß so sein, daran werde sich nichts ändern, solange man nur Adenauer wählt. Der Konjunkturrückgang in den Vereinigten Staaten hat einige Unruhe gebracht, aber sie ist nicht groß. Die Leichtigkeit, mit der man das für die Existenz von Millionen entscheidende Problem in unserer Regierung behandelt, ist verblüffend. Kürzlich hat der Bundeswirtschaftsminister in diesem Saal vor dem Deutschen Industrie- und Handelstag gesagt, die Konjunktur liege in unserer Hand, wir machten die Konjunktur, und wenn einmal ein Anzeichen eines Rückschlages auftreten würde, dann sollte kein Unternehmer seine Produktion einschränken, sondern das Wagnis in Kauf nehmen, eventuell sogar investieren. Dann sei die trübe Wolke rasch vorüber.

Es muß ein beglückendes Gefühl sein, die Dinge so einfach zu sehen; aber wir möchten uns nicht darauf verlassen, daß jeder Unternehmer dieses unter Umständen halsbrecherische Rezept befolgt. In einer Wirtschaft, die nur durch das Gewinnstreben angetrieben wird, kann man nicht erwarten, daß die Unternehmer reihenweise zum Opfergang für die Volkswirtschaft anzutreten bereit sind. (Beifall.)

Für die Sozialdemokratie ist die hierzulande bös vernachlässigte Konjunkturpolitik eine entscheidende Aufgabe der Wirtschaftspolitik. Ich möchte mich hier nicht mit der gewiß interessanten Frage beschäftigen, was wir zu tun beabsichtigen, wenn eine Krise über uns hereinbricht. Hierüber sind schon ganze Bibliotheken geschrieben worden, und auch die Wissenschaft hat einen Instrumentenkasten bereitgestellt, der viele geeignete Hilfsmittel enthält. Es geht allerdings nicht ohne den Staat, darüber ist man sich auch im liberalen Lager einig. Wichtig für uns ist, daß eine beginnende Krise rechtzeitig erkannt und daß ihr sofort begegnet wird. Dann kann man mit verhältnismäßig geringen Mitteln Erfolg haben, und je länger man wartet, desto tiefer müssen die Eingriffe sein und desto länger dauert die Heilung.

Wichtiger, als eine Krise zu heilen, scheint uns aber für die sozialdemokratische Wirtschaftspolitik, sie zu verhindern.

Wir werden sie nicht ganz aus der Welt schaffen können. Politische Verwicklungen, Kriege, auch wenn sie sich nicht in unserem Lande abspielen, ja sogar eine umwälzende Erfindung, werden auch in Zukunft noch Krisen auslösen können. Aber wir können sie sehr selten machen. Es wäre ein großes Glück für die Menschheit, wenn sie sich nicht nur frei von Kriegen, sondern auch frei von Krisen in einer sich ständig expandierenden Wirtschaft bei Vollbeschäftigung sicher fühlen könnte. Zur Vermeidung von Krisen und zur Sicherung einer sich stetig aufwärts entwickelnden Wirtschaft ist es notwendig, daß die Regierung sich nicht nur darauf beschränkt, Wanderprediger auszusenden, die an das Wohlverhalten aller Kreise des Volkes appellieren, sondern daß sie sich unablässig um den Ablauf der Wirtschaft kümmert, die Waren- und Geldströme verfolgt und kontrolliert, feststellt, ob Engpässe vorhanden sind und wie sie er-

weitert werden können, das Verhältnis zwischen Investitions- und Konsumraten überprüft und, ich kann das wegen der Zeit nur mit ein paar Strichen skizzieren, eine volkswirtschaftliche Gesamtrechnung aufstellt, aus der sie für das kommende Jahr in Gestalt eines National-Budgets die Richtlinien erarbeitet, innerhalb deren die Wirtschaft sich bewegen soll, wenn das Optimum einer Volkswirtschaft für das ganze Volk erreicht werden soll.

Dieser Rahmenplan soll keine Zwangswirkung auf die Wirtschaft haben. Man wird bei seiner Aufstellung die Wirtschaft weitgehend beteiligen. Um so eher wird sie bereit sein, sich nach ihm zu richten. Es dürfte nicht schwer sein, Außenseiter durch Lenkungsmittel der leichten Hand in die richtige Bahn zu leiten. Mit einer solchen Wirtschaftspolitik sichern wir im Gegensatz zum späten Kapitalismus die Stabilität der Wirtschaft, die für alle Berufszweige so wichtige Vollbeschäftigung, die Währungsstabilität und eine andauernde ruhige Expansion.

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich habe an einigen Schwerpunkten mich bemüht, aufzuzeigen, daß das System des späten Kapitalismus wichtige Funktionen nicht zu erfüllen vermag, daß es die Wirtschaft in eine immer bedrohlichere Ungleichgewichtslage drängt, daß es frei ist von allen ethischen Motiven und Wirkungen und daß es in hohem Maße unstabil ist. Was wir dagegen vorschlagen, ist geeignet, diese Fehler und Mängel zu beseitigen.

Nun kommen die Gegner und rufen, wir brächten die Freiheit in Gefahr. Herrscht denn unter dem späten Kapitalismus die Freiheit? (Beifall.)

Ist es nicht nur die formale Freiheit des gleichen Stimmrechts und die Freiheit der Gleichheit vor dem Gesetz oder, wie es Anatole France sarkastisch gesagt hat: „Das Gesetz in seiner erhabenen Gleichheit verbietet Reichen wie Armen, unter Brücken zu schlafen, an Straßen zu betteln und Brot zu stehlen". Ich zitiere den Tübinger Professor Peter, der in seinem Buch „Freiheit der Wirtschaft" auf die Frage, ob im gegenwärtigen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem die Freiheit herrsche, treffende Antworten gegeben hat. Er sagte: „Damit, daß man die staatliche nicht reglementierte Wirtschaft frei nennt, ist die Freiheit einer Marktwirtschaft des wirklichen Lebens noch keineswegs gewährleistet." Und an einer anderen Stelle sagt er: „Die großen und lauten Worte, die den Anschein erwecken, als wolle man die Freiheit, die ganze Freiheit und nichts als die Freiheit, übertönen allzu leicht den Anspruch der Schwachen, auch an der Freiheit teilzunehmen." Man soll endlich aufhören mit dem Geschwätz, der Sozialismus bedrohe die Freiheit. Er ist die einzige Bewegung, die den Menschen, allen Menschen, die Freiheit bringen wird. (Lebhafter Beifall.)

Die Liberalisten haben offenbar noch gar nicht gemerkt, daß sie nur noch die Schale einer großen Idee in den Händen halten und den Kern längst verloren haben, seitdem sie auch im späten Kapitalismus der Meinung huldigen, man habe schon dann die Freiheit, wenn man nur die Wirtschaft sich selbst überlasse.

Unser Kampf dient allen Menschen, nicht nur den Arbeitern, nicht einmal nur den Arbeitnehmern. Er dient auch den Selbständigen, den Mittel-

schichten, schlechthin allen denen, die die Freiheit nicht zu Lasten anderer Menschen mißbrauchen. Eine versteinerte Tradition hindert viele, sich zu uns zu bekennen. Aber die wirtschaftliche Entwicklung wird den Menschen die Augen öffnen. Die harte Kritik auf der vor wenigen Tagen in Wiesbaden abgehaltenen Jahreshauptversammlung der Arbeitsgemeinschaft selbständiger Unternehmer an der Regierung und dem Bundesverband der deutschen Industrie wirkt wie eine Fanfare aus diesen Kreisen. Der dort gegebene Hinweis, daß vom Aktienkapital von insgesamt 18 Milliarden DM fast 80 % in den Händen anderer Aktiengesellschaften oder von Großaktionären liegen, zeigt, wie gesagt wurde und was unsere Auffassung bestätigt, in erschreckendem Maße „die Vermachtung der deutschen Wirtschaft". Wir müssen allerdings daran denken, daß wenn die Kreise der Mittelschichten zu uns kommen, Arbeitgeber Sozialisten werden. Wir werden bei unseren gesetzgeberischen Maßnahmen darauf bedacht sein müssen, daß die sozialen Verpflichtungen, die wir der Großwirtschaft mit Recht auferlegen, von den Kleineren und Schwächeren nicht immer getragen werden können. Durch Ausgleichskassen ist dafür Sorge zu tragen, daß auch diese Schichten in den Stand gesetzt werden, ihren Arbeitern gegenüber in gleicher Weise die sozialen Verpflichtungen zu erfüllen wie die Großunternehmen. (Beifall.) Das wäre ein weiterer Beitrag zu dem Kapitel gerechterer Einkommensverteilung.

Genossinnen und Genossen! Lassen Sie mich zum Schluß einen Blick in die Zukunft werfen. Denken wir nicht nur an den Aufbau einer in Freiheit und größerer Gerechtigkeit lebenden Gesellschaft, in der der Mensch wieder zu sich selbst kommen kann und sein eigener Herr ist, denken wir auch an die gewaltigen weltpolitischen Auseinandersetzungen zwischen den großen Machtblöcken. Ich glaube nicht, daß diese Auseinandersetzung kriegerisch geführt wird; der Kampf wird auf dem Gebiet der Wirtschaft ausgetragen werden. Lassen Sie noch einige Jahre oder Jahrzehnte vergehen, lassen Sie Rußland den Wirtschaftsvorsprung der westlichen Welt aufholen — davon ist es nicht mehr weit entfernt —, lassen Sie China langsam nachziehen, lassen Sie die kommunistische Welt, weil sie sich für den späten Kapitalismus nicht rentiert, weitere Völker Afrikas und Asiens aus der Unterentwicklung herausführen, dann wird der westlichen Welt ein Wirtschaftsblock von Milliarden Menschen gegenüberstehen. Wenn dieser Block, ausgestattet mit diktatorischen Staatsformen und Zentralverwaltungswirtschaften, zum Kampf gegen den westlichen Kapitalismus antritt, glauben Sie im Ernst, daß dann der Kapitalismus Sieger sein wird? Dann gibt es nur eine Idee, die standhalten kann, und das ist die große, menschheitsbeglückende Idee des freiheitlichen Sozialismus. Aber er muß seine Waffen jetzt schon schmieden für diese Auseinandersetzung. Er hat keine Chance, wenn er erst nach dem Zusammenbruch des Kapitalismus antritt. Drum, Sozialisten, vollendet den Sozialismus in allen Euren Ländern! Es ist keine nationale, es ist eine Menschheitsaufgabe, und wenn es dann zur Auseiandersetzung mit der kommunistischen Welt auf wirtschaftlichem Gebiet kommt, werden die Sozialisten standhalten, weil sie wissen, sie haben eine Welt der Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit zu verlieren, und sie haben nichts zu gewinnen als die Ketten des Kommunismus. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Max Brauer: Genossinnen und Genossen! Die Entschließung Nr. 204 bezieht sich auch auf die Anträge 43, 44, 46 bis 53, 55, 57 bis 60, 62 und als letztes auf den Antrag 213.

Als erstem Redner erteile ich nunmehr dem Genossen Radke, Offenbach, das Wort. (Beifall.)

Olaf Radke, Offenbach: Werte Genossinnen und Genossen! Im Hinblick auf die fortgeschrittene Zeit und die Möglichkeit, in der Diskussion zu diesen komplexen Gebieten nur zehn Minuten sprechen zu können, muß ich mich auf wenige Thesen beschränken.

Der Genosse Carlo Schmid hat einmal gesagt, Sozialismus ist zu Ende gedachter Liberalismus. Dieses Wort, scheint mir, sollten wir uns zu eigen machen. Man soll das vielleicht noch einfacher sagen: Sozialismus ist Freiheit. Wenn aber Sozialismus Freiheit ist, haben wir die Frage zu stellen: Freiheit für wen? Bei dieser Fragestellung und dem Suchen nach einer Antwort darauf, komme ich notgedrungen in Widerspruch zu dem, was der Genosse Deist hier vorgetragen hat, und zwar komme ich deshalb in Widerspruch dazu, weil in seinem ganzen Vortrag kein einziges Mal stand, warum wir in der Wirtschaftspolitik überhaupt tätig werden.

Der Arbeitnehmer ist in seiner zentralen Bedeutung in der Wirtschaft von ihm nicht angesprochen worden, und dazu sind wir doch einmal aufgestanden. Haben wir das vergessen? Diese Frage muß ich stellen. Ich muß sie insbesondere stellen, weil auch in dem Entschließungsentwurf zur Wirtschaftspolitik nichts darüber steht, wie wir die Abhängigkeit des Arbeitnehmers im Innenverhältnis seines Betriebes aufzuheben gedenken. Wir haben nichts darüber gesagt, wie wir uns die Mitbestimmung vorstellen in Erweiterung der heutigen rudimentären Mitbestimmung, gesehen am Betriebsverfassungsgesetz. Es ist nichts darüber gesagt, wie wir uns die innerbetriebliche Mitbestimmung vorstellen, sondern es ist nur von öffentlicher Wirtschaft geredet worden, von Gemeinwirtschaft und von Privateigentum, das zu erhalten sei. Privateigentum: Was ist das? Wo ist eigentlich der präzise Unterschied gemacht worden zwischen konsumptivem Privateigentum und produktivem Privateigentum? Thomas von Aquin sprach einmal davon: Was der Mensch zu seiner Notdurft bedarf, soll ihm zu eigen sein. Was Macht verleiht, ist vom Übel. Zur Notdurft braucht er das konsumptive Eigentum. Macht verleiht das produktive Eigentum.

Was heißt also dann in dieser Entschließung: „Das Privateigentum ist nützlich"? Das konsumptive — das ist nützlich aus der Sache heraus.

Das produktive Privateigentum — ist auch das unbedingt nützlich? Die Frage haben wir doch zu stellen und nicht nur pragmatische Antworten zu suchen, um den Mittelstand für uns zu gewinnen. (Lebhafter Beifall.)

In dieser Entschließung steht eingangs: „Die demokratische Ordnung ist nicht auf Macht, sondern auf Freiheit gegründet." Ein schönes Wort, aber Freiheit ohne den Schutz der Macht ist gegenstandslos. Man verwechselt den Begriff Macht mit Gewalt. Auch sollten wir uns überlegen, daß

wir in unseren Begriffen klarer und sauberer werden und nicht den Begriff „Macht", der wertfrei ist, mit dem Begriff „Gewalt", der ein Wertbegriff ist, durcheinanderwerfen.

Weiter: Es heißt, daß durch die Machtzusammenballung die freie Konsumwahl der Verbraucher gefährdet ist. Durch die Machtzusammenballung großer Produktivstätten wird die freie Konsumwahl doch nicht ohne weiteres gefährdet. Es wird höchstens der Konsument manipuliert, aber gefährdet wird natürlich durch die Machtzusammenballung der kleinere und mittlere Unternehmer. Das ist richtig. Den will niemand sozialisieren. Das will ich gleich vorwegnehmen, aber wir sollen ihn auch nicht privilegieren, nur weil wir den sogenannten Mittelstand gewinnen wollen und gar nicht begreifen, daß das, was heute Mittelstand ist, ökonomisch gar kein Mittelstand mehr ist, sondern höchstens zur soziologischen Kategorie der Mittelschicht gehört. Mittelstand bedeutet der Besitz an kleinem produktivem Eigentum und Sicherheit in diesem produktivem Eigentum. Was aber heute als kleinerer oder mittlerer Unternehmer existiert, lebt doch in Dienstleistungsverträgen zur Großindustrie. Die Abhängigkeit, die früher im Arbeitsvertrag allein gegeben war, tritt in der Wandlung der Wirtschaft heute in einer anderen Rechtsfigur auf, ist aber damit nicht aufgehoben. Wenn das der Fall ist, warum wollen wir dieser Entwicklung, die zur Großwirtschaft zwangsläufig führt, entgegentreten, indem wir sie privilegieren wollen? Wie wollen wir denn diese kleinen Unternehmer schützen? Frage: Durch Steuererlasse, also auf Kosten der Steuerzahler? Durch Subventionen aus Steuermitteln, also auf Kosten des Steuerzahlers? Ich sehe nicht ein, daß das logisch sein soll, weil das gleiche die Bundesregierung gegenüber der Landwirtschaft entgegen unserer Kritik dauernd vollzieht.

Nun, Genossinnen und Genossen, die Wirtschaft ist doch etwas komplexer und verlangt konkretere Antworten als nur die Feststellung: Die Wirtschaft ist vielschichtig und hat vielschichtige Probleme. Natürlich hat sie das. Wenn ich aber nun sage: Ich will dieser Machtkonzentration mit öffentlicher Kontrolle gegenübertreten, dann frage ich Sie: Was ist das denn, „öffentliche Kontrolle"? Wo sind die Konsequenzen der öffentlichen Kontrolle? Welche konkreten Kontrollen?

Wenn ich durch eine Kontrolle festgestellt habe, daß in der Wirtschaft irgendwo für bestimmte Machtzusammenballung manipuliert wird, was will ich dann dagegen unternehmen? Strafen? Wie strafen? Durch Geldstrafen?

Genossinnen und Genossen! Machen wir uns nichts vor! Wenn wir in den großen, kapitalkräftigen Unternehmen mit Geldstrafen operieren wollen, dürfen wir nicht verkennen, daß sie mit der linken Hand als „Kavaliersdelikte" bezahlt werden und keine Wirkung haben würden.

Will ich aber evtl. mit Freiheitsstrafen operieren, dann müssen wir uns zum Standpunkt bekennen, daß dann nur die Generalprevention die Grundlage des Wirtschaftsstrafrechts sein kann, d. h. die Abschreckung vor einem gesellschaftswidrigen Handeln, und dann sind wir bei dem, was wir bekämpfen, dann sind wir bei Praktiken des Stalin. Das wollen wir

auch nicht. Wo sind hier die Konsequenzen? Das ist noch immer nicht durchdacht, wie man hier nur mit Kontrollen arbeiten kann. (Lebhafter Beifall.)

Wenn man nun antwortet: Fachaufsicht — Gewerbeaufsicht, und das als Beispiel in die Entschließung nimmt —, ja, Genossinnen und Genossen, ich habe vor acht Tagen den Fall eines deutschen Großunternehmens der Elektroindustrie gehabt, in dem 160 Frauen in einem Raum zusammengepfercht waren, der eine lichte Höhe von 2,30 Metern hatte. Das verstieß gegen baupolizeiliche und Arbeitsschutzvorschriften. Das Gewerbeaufsichtsamt hat sich ein Dreivierteljahr lang geweigert, überhaupt dahinzugehen, und als es dort war, hat das Unternehmen 150 DM Strafe als Auflage bezahlt. Das ist ein Trinkgeld, das der Generaldirektor bei der letzten Konferenz in seinem Unternehmerverband dem Kellner gegeben hat. (Unruhe — Heiterkeit.)

Genossinnen und Genossen! Bleiben wir doch in der Wirklichkeit, und machen wir uns keine Ideologie vor, vor allem lassen wir uns keine Ideologie von denen vormachen, die — wie die Wirklichkeit hier aufzeigt — uns dauernd als Ideologen verschreien. (Zuruf: Wo blieb der Betriebsrat?)

Genossinnen und Genossen! Es wird gerade vom Betriebsrat gesprochen. Es wird hier der Zwischenruf gemacht, wo er geblieben sei. Ich arbeite seit zehn Jahren in der Beratung der Betriebsräte. Die Tragödie der Betriebsräte und ihrer Abhängigkeit als Arbeitnehmer, die ja nicht aufgehoben wird, wenn sie Betriebsratsmitglieder sind, will ich Euch hier nicht im einzelnen erklären. (Lebhafter Beifall.)

Nach der Gewerbeordnung kann trotz Kündigungsschutz der Betriebsratsmitglieder durch das Kündigungsschutzgesetz ein Betriebsratsmitglied aus jedem Grund, jedem wichtigen Grund, nach § 124 der Gewerbeordnung entlassen werden. Das ist bestätigt durch das Bundesarbeitsgericht. D a s ist doch die Wirklichkeit, und was als „wichtige Gründe" hier alles gilt, kann an einem Beispiel deutlich gemacht werden:

Ein Betriebsratsmitglied — das ist ein konkreter Fall, die Aktenzeichen kann ich, falls es angezweifelt würde, nachweisen, ich habe sie nicht hier, ich habe kein sehr registratives Gehirn, aber ein ziemlich gutes Gehirn für Vorgänge — nannte aus einer Provokation heraus seinen Arbeitgeber einen Idioten.

Darauf wurde er wegen grober Beleidigung fristlos entlassen. — Zugleich hatte ich einen anderen Fall. Dort hat ein Unternehmer einen minderjährigen weiblichen Lehrling unter Ausnutzung der sozialen Abhängigkeit genotzüchtigt. Er wurde mit Zuchthaus bestraft. Als er aus dem Zuchthaus entlassen wurde, hat er seinen Betrieb wieder übernommen. Er wurde aus der Betriebsgemeinschaft nicht ausgeschlossen. Das ist doch die Wirklichkeit. Wenn wir von Gemeinwirtschaft sprechen und über die Führung der Gemeinwirtschaft, dann doch nicht allein nur von dem Standpunkt, daß Konzentration in der Wirtschaft zu politischer Machtzusammenballung führt — das ist doch ein wichtiger, ein entscheidend wichtiger Punkt —, aber auch die Gründe gelten noch, daß die Vergesellschaftung notwendig ist, um die Abhängigkeit des Arbeitnehmers vor einem „gewillkürten Privateigentümer" aufzuheben und ihn selbstverständlich als Produzenten in das gemeinwirtschaftlich organisierte Unternehmen hineinzustellen.

Das ist der zweite Grund. Warum wird er hier, innerhalb der Sozialdemokratischen Partei, eigentlich nicht mehr erwähnt? Ist es schon so, daß vielleicht zu viele Arbeitgeber aus Funktion in unseren Reihen sind? Aus Eigentum kann ich wohl nicht annehmen. (Unruhe — Zuruf: Pfui!)

Genossinnen und Genossen! Die Frage steht doch auch: ein in Gemeinwirtschaft überführtes Unternehmen hebt zweifelsfrei die Abhängigkeit des Arbeitnehmers gegenüber seinem Arbeitgeber nicht ohne weiteres auf, denn der Arbeitgeber hat z. B. das Direktionsrecht oder die Kommandogewalt.

Aber, Genossinnen und Genossen, dabei ist doch zu beachten, daß diesem öffentlichen, gemeinwirtschaftlichen Arbeitgeber (Glocke des Vorsitzenden.), — ich bin gleich zu Ende — dann mit den gleichen Rechten die Arbeitnehmer entgegentreten können, nämlich mit ihren Koalitionen. Auch hier haben wir etwas zu sagen, denn die Überführung in die Gemeinwirtschaft — das sage ich noch einmal — hebt die Abhängigkeit innerhalb des Betriebes nicht auf.

Ich glaube, wir sollten diesen Antrag, die Entschließung Nr. 204, die sehr widerspruchsvoll in sich ist, hier nicht beschließen, sondern wir sollten sie als Material zur Diskussion über das Grundsatzprogramm überweisen für diese Zeit, in der das Grundsatzprogramm diskutiert wird. Die Diskussion wird klarere, exaktere und die Wirklichkeit besser treffende Vorstellungen erarbeiten können. Ich stelle hiermit den Antrag, über die Entschließung nicht Beschluß zu fassen, sondern sie nur als Material für die Diskussion über das Grundsatzprogramm zu überweisen.

Genossinen und Genossen! Als Letztes und Entscheidendes: Ich bin durchaus der Meinung, daß die Bürokratie eine Gefahr ist. Nicht nur in der Gemeinwirtschaft. Die zentrale Bürokratie des Staates wird gerade in der Entschließung in die Wirtschaft entscheidend eingeschaltet, denn die Aufsichtsorgane sollen durch die Bundesregierung bestimmt werden. Das steht so in der Entschließung drin. Wenn man aber auf dem Standpunkt der parlamentarischen Demokratie steht, dann müßte man meines Erachtens dazu das Parlament einsetzen, oder das Wort der Bundesregierung von der nur repräsentativen Demokratie stimmt. Das wollte ich zum Schluß anfügen, als Beispiel, wie inkonsequent und nicht durchdacht diese Entschließung ist. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Max Brauer: Das Wort hat nun Genosse Hesselbach, Frankfurt. Ihm folgt der Genosse Heinrich G. Ritzel, Michelstadt.

Walter Hesselbach, Frankfurt: Genossinnen und Genossen! Sie haben gehört, daß das sozialistische Ziel — das Leitbild, wie Genosse Deist sagte — unverändert steht, nur daß der Weg eben einmal veränderlich sei. Zugegeben und richtig, nur glaube ich, ist es notwendig und festzustellen, daß ein Weg die Aufgabe hat, zum Ziel hinzuführen, und zwar konsequent und möglichst effektiv. Nun ist aber immer wieder ein starker Widerspruch festzustellen zwischen dem, was wir in Präambeln mit mehr oder weniger Pathos deklarieren, und dem, was wir als Konsequenz, als Folgerung für die Wirklichkeit, für unser Verhalten und unser Tun daraus ziehen.

Ich darf beispielsweise darauf hinweisen, daß wir immer noch sagen: Wir fordern die Überwindung der Ausbeutung in jeder Form, wir wollen Befreiung von materieller und geistiger Hörigkeit. Wir stellen damit fest, daß sich in dieser gesellschaftlichen Ordnung zwar die Produktionsverhältnisse geändert haben, aber die Ausbeutung, die geistige und materielle Hörigkeit immer noch da ist. Wir fordern Herstellung der Gleichheit und gleiche Entwicklungsmöglichkeiten für jeden und stellen damit fest, daß die Ungleichheit unverändert, vielleicht sogar verstärkt immer noch da ist. Wir fordern die gerechte Verteilung des Sozialprodukts und stellen damit fest, daß nach wie vor eine ungerechte Verteilung des Sozialprodukts besteht. Wir haben zu forschen, nach den Wurzeln, aus denen Ungleichheit, Unfreiheit, Ausbeutung und Hörigkeit kommen, und haben sie zu beseitigen. Wir haben nicht die Aufgabe — die ist uns nicht gestellt —, mit kleinen Korrekturmaßnahmen irgendwelche Dinge geringfügig zu verändern, denn das käme aus der Haltung, als befänden wir uns bereits in der besten aller Welten, und es käme nur darauf an, kleine Schönheitsfehler zu beseitigen und hinwegzuoperieren.

Wir haben — ich darf es vorwegnehmen — im Entwurf unseres Grundsatzprogramms beispielsweise die sehr richtigen und guten Worte stehen: „Die wirtschaftliche Macht der Großwirtschaft ist heute der zentrale Angriffspunkt der Wirtschaftspolitik des freiheitlichen Sozialismus. Blinder Zufall, politische Gewalt, Bevormundung, täuschende Reklame, gesellschaftliche Vorrechte und ökonomische Ausbeutung bestimmen die Einkommens- und Vermögensbildung. Wer ohne Vermögen am wirtschaftlichen Geschehen teilnimmt, ist grundsätzlich benachteiligt." Das stellen wir fest und ich frage: Was tun und fordern wir nun? Ein bißchen Kontrolle, ein bißchen Fachaufsicht und, wenn's halt gar nicht anders geht, mit wehem Herzens und tränenden Augen auch etwas Überführung in Gemeineigentum! Genossinnen und Genossen, ich glaube, so geht es nicht.

Wir werden uns darüber in den nächsten zwei Jahren an vielen Stellen und Plätzen auseinandersetzen. Es kann nicht meine Aufgabe sein —, ich kann das auch nicht in zehn Minuten —, hier in einer exakten Analyse darzustellen, wie die gesellschaftlichen Verhältnisse sind, und daraus die Konsequenzen zu ziehen, was zu tun wäre. Ich kann nur auf einige Fehler hinweisen, die mir im Antrag 204 zu liegen scheinen und deretwegen dieser Antrag heute nicht beschlossen werden sollte.

Ich darf folgendes feststellen: Eine wirklich wirksame Kontrolle mächtiger Industriegruppen ohne Änderung der Eigentumsverhältnisse ist doch — das sagte Genosse Radke schon — ohne eine terroristische Strafjustiz gar nicht durchführbar, es sei denn, man beseitigte die Funktion des Eigentums an sich, was letztlich einer Verstaatlichung gleichzusetzen wäre! Das will man aber expressis verbis nicht. Hier fehlt mir das Verständnis dafür, was man will.

Eine zweite Feststellung möchte ich treffen: Wenn wir nach wie vor unverändert die wirtschaftliche Macht des Großbesitzes erhalten, so geben wir ihm die Möglichkeit, in langen Rechtsstreitigkeiten und in der Publizistik alles zu tun, die staatlichen Kontrollorgane zu diffamieren. Es wird

damit in der öffentlichen Meinung jedes Versagen der Wirtschaft auf den Staat hinprojiziert. Wir würden damit zu einer Schädigung des Ansehens der öffentlichen Hand schlechthin kommen. Das ist ein Prozeß, der gesehen werden muß. Das, was man will, wird mit diesen unzulänglichen Methoden nicht erreicht. Man sagt: Schön, wo die gesellschaftliche Funktion nicht erfüllt wird — das muß man abtasten —, werden wir in Gemeineigentum überführen. Ich frage: Wie lange glaubt man Zeit zu haben in der parlamentarischen Demokratie, abtasten zu können? Hat man nicht bereits heute genügend Erfahrungen gesammelt? Ist denn hier wirklich noch so vieles unklar und mißverständlich?

Es scheint mir auch ein logischer Fehler zu sein, zu behaupten, die Überführung in Gemeineigentum sei nur ein Bestandteil der Kontrolle. Das ist nicht wahr. Die Kontrolle steht über dem Gemeineigentum; dies erleichtert die Durchführung der Kontrolle in bestimmten Bereichen. Da dies die Kontrolle erleichtert, ja oft erst möglich macht, ist in klar und konkret zu umreißenden Gebieten die Überführung in Gemeineigentum zwingend geboten.

Wir stellen fest, daß wir eine schwindende Bedeutung der Funktion der Unternehmereigenschaft der Poduktionsmittelbesitzer — nicht der Unternehmerfunktion schlechthin — haben. Wir stellen fest, daß wir einen schwindenden Einfluß des Ordnungsmittels Wettbewerb in unserer wirtschaftlichen Ordnung haben. Wir stellen eine schwindende Funktion des Preismechanismus fest. Wir stellen fest, daß wir eine zunehmende Unelastizität der Kostenelemente haben, daß hierdurch und durch die Erhöhung der fixen Kosten jede Selbstteilungstendenz, die ursprünglich vielleicht wirksam war, beseitigt worden ist. Wir stellen die schwindende Bedeutung der Kapitalbeschaffung durch die Produktionsmittelbesitzer fest, und wir stellen zudem eine permanente, verstärkte Konzentraton fest.

Nun hat der Kapitalismus einmal für seine Berechtigung festgestellt — der Kapitalismus selbst für seine Berechtigung —:

1. Die Kapitalbeschaffung durch die Produktionsmittelbesitzer;
2. Die Initiative der Produktionsmittelbesitzer;
3. Die Übernahme des Risikos durch den Produktionsmittelbesitzer;
4. Das Vorhandensein eines Wettbewerbs und damit eines Preismechanismus.

Alle diese Dinge sind doch heute in weiten wirtschaftlichen Bereichen nicht mehr da. Wenn wir sehen, daß der Kapitalismus seine eigenen Gesetze und Forderungen nicht mehr erfüllt, dann frage ich mich: Was in aller Welt hindert uns als Sozialisten dann, zu fordern, daß diese Bereiche in Gemeineigentum überführt werden? Wir wollen keinen Etatismus, wir wollen keinen Staatismus, wir wollen keine Zwangswirtschaft, und niemand soll uns unterstellen, wir wollten eine zentral geleitete Verwaltungswirtschaft. Aber wir wollen konkret augesprochen haben, was in Gemeineigentum zu überführen ist. Wir befinden uns dabei in bester Gesellschaft.

Die letzten Veröffentlichungen, die über die Diskussion der Labour Party zu unseren Ohren gekommen sind, die nach wie vor gültigen Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses von 1949, stellen die gleiche Forderung.

Ich verstehe nicht, warum wir uns immer bemühen, die Dinge zu redressieren, warum wir nicht hin wollen auf das, was nun einmal wegen der Freiheit zur Erhaltung der Freiheit notwendig ist, warum wir die notwendigen Konsequenzen nicht ziehen.

Genossinnen und Genossen, noch eine Minute! Drei Dinge sind notwendig: Überführung in Gemeineigentum der großwirtschaftlichen Bereiche, die außerhalb des Wettbewerbs stehen, bei denen die unternehmerische Initiative der Produktionsmittelbesitzer keine Rolle mehr spielt, bei denen die Kapitalbeschaffung aus den Betrieben selbst, und nicht durch die Produktionsmittelbesitzer, erfolgt. Zweitens demokratische Kontrolle durch Parlament, durch Belegschaften und durch Gewerkschaften. Drittens Lenkung über ein aus der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung entwickeltes Nationalbudget, das auch verpflichtend und nicht nur eine vage Richtschnur ist, wie es in unserem Grundsatzprogramm gesagt worden ist.

Ich muß sehr schnell zum Schluß kommen, es hat schon zweimal geklingelt. Es tut mir sehr leid.

Ich will nur noch sagen: Ich halte es nicht für angängig, den Antrag 204 anzunehmen, der eine selektive Vorwegnahme des Grundsatzprogramms darstellt und uns in einer Sache festlegt, die noch lange diskutiert werden muß und die wir in so schwacher und so weicher Form nicht an die Öffentlichkeit geben sollten. Warum in aller Welt haben wir denn Angst, in der Sozialdemokratischen Partei noch für Sozialisten gehalten zu werden? Wir sind ja nicht unglaubwürdig geworden, weil man uns zu viel Sozialismus vorwarf. Große Teile der Arbeiterschaft glauben uns unser sozialistisches Wollen nicht mehr. Daher, Genossinnen und Genossen: Der Antrag 204 kann die Anträge 43, 44, 46, 54, 57, 58 und 60 nicht ersetzen. Es wäre ein Widerspruch gegen den Antrag 23, den Ihr hier angenommen habt. Entweder muß über alle Anträge abgestimmt werden, oder alle diese Anträge müssen als Material an den Parteivorstand als Grundlage für die Diskussion, die wir in den nächsten zwei Jahren darüber zu führen haben. (Beifall.)

Vorsitzender Max Brauer: Das Wort hat Genosse Heinrich G. Ritzel, Michelstadt. Ihm folgt Genosse Ludwig Wedel.

Heinrich G. Ritzel, Michelstadt: Genossen! Zunächst zum Antrag 213, der zum Entschließungsantrag 204 gestellt wurde: Dieser Antrag 213 wurde gestellt aus der ehrlichen Sorge darum, daß die Bemerkung, die im Entschließungsantrag 204 wie folgt lautet:

> „In Gemeineigentum überführte Unternehmungen unterliegen grundsätzlich der gleichen Steuerpflicht wie private Unternehmungen",

auch auf die allgemein-öffentlichen Versorgungsbetriebe Anwendung finden sollten, die ja an sich eine öffentliche Versorgungspflicht zu erfüllen haben, die einer schärferen Preiskontrolle unterstehen, die der Kontrolle der Kommunalparlamente unterstehen und die nicht gleichgesetzt werden können mit der privaten Wirtschaft.

Nun hat Genosse Dr. Deist in Erläuterung dieses eben zitierten Satzes die Erklärung abgegeben, daß damit allein und einzig gemeint sei, im Fall der Überführung des Kohlebergbaus in Gemeineigentum eine entsprechende Besteuerung vorzusehen beziehungsweise einzuräumen.

In Übereinstimmung mit dem Genossen Dr. Urschlechter und anderen Antragstellern bin ich nunmehr in der Lage zu erklären, daß dieser Antrag 213 als gegenstandslos betrachtet und hiermit zurückgezogen werden kann.

Eine andere Bemerkung richtet sich an den Parteivorstand: In diesem Entschließungsantrag 204 heißt es unter II im letzten Absatz: „Der Parteitag erhebt Einspruch gegen die Versuche der Bundesregierung, aus dogmatischen Gründen wichtige und unverzichtbare Teile des Bundesvermögens zu privatisieren." Ich halte sehr viel von Konzilianz, aber ich frage mich, ob hier der Parteivorstand die Konzilianz nicht ein bißchen zu weit getrieben hat, wenn er konzediert, daß die CDU und die Regierung Adenauer und der zuständige Fachminister Dr. Lindrath nun aus dogmatischen Gründen den Bundesbesitz — und zwar denjenigen, der sich rentiert — ausgerechnet an die private Hand verschachert. Ich habe mehr den Eindruck, daß es sich hier um die Honorierung seinerzeit ausgestellter Wechsel handelt (Beifall), daß es sich um die Honorierung von Gefälligkeitsdiensten handelt, denn wenn man den riesigen und unkontrollierten, bis jetzt unkontrollierbaren Geldaufwand der CDU für alle möglichen Dinge — so jetzt wieder, um die Atombefragungsversuche zu verhindern — in bezug auf die Herkunft untersucht, dann fällt es nicht allzuschwer — und einige Beweise gibt es ja immerhin — festzustellen, woher dieses Geld fließt. Wenn ich gerade ein praktisches Beispiel, das heute und gestern hier auch schon eine Rolle gespielt hat, heranholen darf: Bitte, die Howaldtswerke wurden vorbehaltlich der Zustimmung des Parlaments, an der bei den gegebenen Mehrheitsverhältnissen mit absoluter Sicherheit nicht zu zweifeln sein wird, verkauft. Wir Sozialdemokraten haben im Haushaltsausschuß des Bundestags den Herrn Dr. Lindrath, Bundesminister für den Verkauf des Bundeseigentums, vor die Klinge gefordert und haben dabei die bemerkenswerte Feststellung erfahren, daß die Howaldtswerke an die gleichen Interessenten verkauft werden, die seinerzeit 27 Millionen Mark als Kaufpreis geboten hatten.

Und nun ist dieser Kaufpreis erhöht worden auf 34 Millionen. Auf meine Frage, ob das eine echte Erhöhung des Kaufpreises sei, sagte der Herr Bundesminister, das sei ein Kaufpreis, der unter Berücksichtigung der vermehrten Investitionen festgesetzt worden sei. Hier wird ein gut arbeitendes, auf lange Zeit hinaus vollbeschäftigtes Bundesunternehmen zu einem erstaunlich geringen Preis abgestoßen. Die Hintergründe werden wir vermutlich nie oder sehr spät — jedenfalls zu spät — erfahren.

In diesem Zusammenhang aber eine letzte Frage, die die Partei, die die Bundestagsfraktion nach meiner Überzeugung bei jeder Gelegenheit stellen muß: Was geschieht, wenn von uns nicht verhindert werden kann, daß Bundesvermögen in dieser Weise verschachert wird, dann mit dem Verkaufserlös? Grundsätzlich sagt ja sogar schon die Reichshaus-

haltsordnung, daß ein solcher Verkaufserlös eben wieder vermögenswirksam anzulegen ist. Es besteht nicht ohne Grund Besorgnis in der Richtung, daß Verkaufserlöse dieser Art in einer etwas merkwürdigen Weise vermögenswirksam angelegt werden sollen, nämlich etwa, um das Vermögen der Raketenausstattung des Herrn Verteidigungsministers zu vermehren.

Ich glaube, der Parteitag und die Bundestagsfraktion werden zwingenden Anlaß haben, sich mit den nunmehr einsetzenden Praktiken der Bundesregierung auf diesem Gebiet mit aller Wachsamkeit auseinanderzusetzen. (Beifall.)

Vorsitzender Max Brauer: Das Wort hat der Genosse Ludwig Wedel, Groß-Umstadt. Ihm folgt Helmut Schmidt, Hamburg.

Ludwig Wedel, Groß-Umstadt: Genossinnen und Genossen! Vorhin hat mein Parteifreund aus Hessen-Süd, der Genosse Olaf Radke, einige Bemerkungen zum gewerblichen Mittelstand gemacht, die keinesfalls unwidersprochen bleiben dürfen. (Bravo! und Beifall.)

Ich darf mit aller Deutlichkeit und Klarheit feststellen, daß der Parteivorstand in seinem Antrag 204 sagt, daß zu den wichtigsten Aufgaben einer freiheitlichen Wirtschaftspolitik die Stärkung der kleineren und mittleren Unternehmungen gehört. Genosse Olaf Radke, Deine Ausführungen standen im Widerspruch zu dieser Auffassung der Sozialdemokratie, mit der wir schon seit Jahren hinaus in die Lande gingen. (Bravo! und Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Wir beschäftigen uns mit der Frage der öffentlichen Kontrolle, und wir beschäftigen uns mit der Frage der Gleichberechtigung und der Gleicheinstellung des Mittelstandes, der kleinen Unternehmer, der Handwerker und der Großindustrie in Deutschland. Wir fragen uns, wie sieht die öffentliche Kontrolle aus? Ich will mich mit dieser Frage nicht auseinandersetzen. Wir haben aber eines zu dieser Frage zu sagen: Wie sieht heute die Steuerpolitik in Deutschland aus, für den kleinen Handwerker, für den Gewerbetreibenden und für den kleinen Betrieb, und wie sieht die Steuerpolitik für die Großunternehmungen in Deutschland aus? Wo bleibt da die Gerechtigkeit? (Bravo! und starker Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Sagen wir doch ganz offen und deutlich, was wir überhaupt wollen. Wenn wir schon von einer öffentlichen Kontrolle sprechen, dann sagen wir doch, wir wünschen eine Änderung des Aktienrechts, dann sagen wir doch ganz offen, wir verlangen, daß die Großunternehmungen in Deutschland genau so bilanzieren wie der kleine Unternehmer in Deutschland. (Sehr richtig! und Beifall.)

Es ist doch Tatsache, daß auf der einen Seite die steuerliche Gesetzgebung unseres Bundesstaates für den kleinen Mann sehr genau und gewissenhaft ausgerichtet ist und daß die Kontroll- und Prüfungsorgane der Steuerpolitik im wahren Sinne des Wortes doch bei dem kleinen Unternehmer jeden Dorn zählen können. Wir wissen doch, daß das Großunternehmen seine Bilanzen grundsätzlich nach handelsrecht-

lichen Gesichtspunkten aufstellt, nach dem Niedrigstwertprinzip. Sie können also ihr Warenlager, das vielleicht 60 Millionen DM in einem Betrieb beträgt, auf 6 Millionen in ihrer Bilanz einstellen, ohne deshalb strafbar geworden zu sein. Und welche Finanzbehörde kann ein Großunternehmen nach zwei Jahren noch prüfen, ob es in der Bilanz wirklich nach steuerlichen Gesichtspunkten auch eine Steuerbilanz aufgestellt hat? Wir müssen eines fordern, Genossinnen und Genossen: Daß bilanziert wird nach den tatsächlichen Zeit- und Verkehrswerten und nicht nach der Möglichkeit, wie ein Großunternehmen seinen Betrieb nun in seiner Bilanz ausrichten möchte. (Sehr richtig!)

Ich kenne ein Großunternehmen, dort wurde die Bilanz im vergangenen Jahr achtmal zurechtfrisiert (Hört! Hört!), bis sie überhaupt dem Aufsichtsrat vorgelegt wurde. Welcher kleine Unternehmer kann denn dies? Und wir wissen alle, daß sich die Betriebsprüfer ja in erster Linie im Bundesgebiet auf den kleinen Unternehmer, auf den Handwerker und auf den Gewerbetreibenden stürzen, weil sie eben die großen nicht ausreichend und gründlich prüfen können. Das ist die Frage. Hier könnte vielleicht der Zwischenruf gemacht werden: Ja, wir haben in Deutschland Wirtschaftsprüfer, die diese Bilanzen bestätigen. Wie sieht es denn in der Praris überhaupt mit der Bestätigung durch die Wirtschaftsprüfer aus? Die Bestände an Rohmaterialien, an Fertigfabrikaten und anderen Dingen werden doch von den Unternehmern selbst aufgenommen. Sie werden von den Wirtschaftsprüfern ja gar nicht geprüft. Die Unternehmer erteilen doch durch ihre entsprechenden Verwaltungsorgane eine sogenannte Vollständigkeitserklärung und versichern, daß sie nach handels- und aktienrechtlichen Gesichtspunkten bewertet haben. Und sie dürfen nach unten bewerten, wie sie wollen; sie dürfen nur ihre Werte von ihren Inventuren nicht höher einstellen als sie tatsächlich sind. Dort liegt doch der Hase im Pfeffer. Und deshalb müssen wir, die Sozialdemokraten, eine Änderung des Aktienrechts fordern, eine Angleichung der Bilanzierung an die tatsächlichen Tages- und Zeitwerte. Dann haben wir wirklich eine öffentliche Kontrolle, dann wissen wir überhaupt, was in den Großunternehmen echt da ist, dann wissen wir, wo die Reserven stecken. Und das muß ein Stück sozialdemokratische Kontrolle sein. Das war meine Auffassung. (Bravo! und starker Beifall.)

Vorsitzender Max Brauer: Der nächste Redner ist der Genosse Helmut Schmidt. Ihm folgt der Genosse Birkelbach, Frankfurt.

Helmut Schmidt, Hamburg: Genossinnen und Genossen! Es könnte reizvoll sein, sich an Hand des Referats von Deist auch schon in eine Auseinandersetzung mit dem wirtschaftspolitischen Teil des Entwurfs zum Grundsatzprogramm einzulassen, so zum Beispiel vor allem mit dem, was in diesem Entwurf fehlt oder auch mit dem, was dort zwar gemeinverständlich ausgedrückt ist, in der Sache aber doch nach wie vor in manchen Punkten leider allzu auslegungsfähig geblieben ist. Trotz dieser Versuchung möchte ich mich auf einen einzigen Gedanken zu dem Antrag 204 des Parteivorstandes beschränken, der ja hier mit zur Debatte steht.

Ehe dieser Antrag ausgearbeitet wurde, lagen schon aus der Organisation 24 Anträge zur Sozialisierungsfrage vor, die wir ja alle in unserem gedruckten Material vorliegen haben. Wenn Ihr die Anträge anschaut, dann werdet Ihr finden, daß fast alle diese 24 Anträge einem und demselben Motiv entspringen, nämlich dem Wunsch nach größerer Klarheit und Eindeutigkeit in der Sozialisierungsfrage. (Beifall.)

Das ist auch ganz verständlich, denn unsere bisherigen programmatischen Äußerungen zu diesem Thema waren eben allzu auslegungsfähig, ja, sie waren geradezu auslegungsbedürftig. Es ist deshalb gar kein Wunder, wenn große Unklarheiten zum Beispiel durch Äußerungen führender Genossen im Wahlkampf gerade zu diesem Thema entstanden sind; denn fast alle diese Äußerungen führender Genossen standen nicht im Widerspruch mit dem in diesem Punkt allzu knapp und allzu sparsam und allzu auslegungsbedürftig formulierten Aktionsprogramm.

Der Wunsch nach eindeutiger Programmatik scheint mir allerdings auch im Grundsatzprogrammentwurf nicht befriedigt zu werden. Das gilt übrigens nicht nur für das Thema Sozialisierung. Aber wahrscheinlich kann ein Grundsatzprogramm auf gewissen Feldern der Politik den Wunsch nach absoluter Eindeutigkeit tatsächlich nicht erfüllen. Jedes Grundsatzprogramm wird leider auf schwierigen Gebieten aktueller Politik immer wieder der authentischen Interpretation durch die Partei bedürfen, und es kann niemals Lösungen für die Probleme einer unmittelbaren Gegenwart anbieten.

Unter diesem Aspekt erscheint mir der Antrag 204 des Parteivorstandes zum Thema Sozialisierung nun schon wesentlich dichter und greifbarer, dichter wohl als alles, was die Partei nach dem Kriege der Öffentlichkeit bisher zu dem Sozialisierungsthema angeboten hat. Ich meine, der Parteitag sollte das ausdrücklich anerkennen; denn auf der anderen Seite haben wir es verdammt nötig, gerade zum Sozialisierungsthema greifbare und eindeutige Vorstellungen zu entwickeln, nötig deshalb, weil unsere Sozialisierungsforderung bei großen Teilen der Wählerschaft, so vor allem auch bei großen Schichten der Angestelltenschaft, ohnehin immer noch unpopulär ist. Wenn und soweit es uns nicht gelingt, bis zum letzten Redner und Sprecher unserer Partei eine einheitliche Vorstellung über die Voraussetzungen, über den Inhalt, über die Form und über die Begrenzung unserer Sozialisierungsforderung zu schaffen, so wird es sich auch in Zukunft immer um eine offene Flanke für uns handeln, in die der Gegner geschickt hineinstoßen und bei den eben erwähnten Schichten Eindruck machen kann.

Nun glaube ich, daß uns der Antrag 204 hier tatsächlich ein wenig weiterhilft. Er enthält schon eine ganze Menge an Gedanken über Voraussetzungen, über Form, über Inhalt der Sozialisierung, und man möchte wünschen, daß er zu ausführlicher Diskussion überall in unserer Partei führen möge. Wir haben ja leider bisher in der innerparteilichen Diskussion eine erstaunliche Zurückhaltung bewiesen, wenn es um die wirtschaftspolitische Programmatik oder auch um unsere aktuelle Wirtschaftspolitik ging. Ich kann nur bedauern, daß wir, die zigtausende von Funktionären draußen überall im Lande wie auch die Schicht der sogenannten führenden Ge-

nossen allzumal, daß wir die Fragen der Wirtschaftspolitik den von Herbert Wehner gestern — oder war es heute morgen — so humorvoll apostrophierten Fachleuten allein überlassen. Ich meine, wer gesellschaftliche Machtverhältnisse ändern will, der muß — und das hat doch wohl Marx auch die Nichtmarxisten gelehrt — mindestens gleichzeitig, wenn nicht vorher, die Produktionsverhältnisse ändern, oder, wie man heute sagt, der muß eine durchgreifende Wirtschaftspolitik treiben. Dazu aber muß man eben die heutigen Produktionsverhältnisse, die sehr komplizierte heutige Wirtschaftsstruktur, die verschleiert ist durch Pseudoprobleme, durch Mißverständnisse, durch geschickte Gegenpropaganda, kennen und genau durchschauen. Wissen ist auch hier die Macht, die erst dazu verhelfen kann, sich darüber schlüssig zu werden, was man und wie man es eigentlich machen will. (Beifall.)

Ich glaube, daß dazu für das Sozialisierungsthema der Antrag 204 durchaus eine recht gute Ausgangsbasis ergibt. Übrigens scheinen mir die Antragsteller, die diesen Antrag ausgearbeitet haben, von einer wohltuenden Bescheidenheit zu sein insofern, als sie ihre Resolution noch keineswegs für etwas Endgültiges oder Erschöpfendes ansehen. Denn es heißt ja im letzten Absatz, im Absatz 5 dieses Antrags, daß der Parteivorstand beauftragt wird, rechtzeitig zu den nächsten Bundestagswahlen auf der Basis dieser Resolution einen Vorschlag auszuarbeiten, damit er dann rechtzeitig bekanntgegeben werden möge. Gerade dieser Absatz gefällt mir übrigens auch besonders deshalb, weil er eben aus dem klaren Bewußtsein kommt, daß wir dem Wähler zur nächsten Wahl ganz besonders auf dem Sozialisierungsgebiet eine klare Antwort geben müssen, was wir in der nächsten Regierungsperiode tun wollen, wenn wir die Macht bekommen, und wie wir das tun wollen.

Damit komme ich am Schluß zu dem eigentlichen Anliegen, das mich hierher geführt hat. Ich persönlich meine nämlich, einstweilen im Gegensatz zu Heinrich Deist und auch im Gegensatz zu dem Antrag 204, daß wir in der ersten sozialdemokratischen Regierungsperiode nicht mit der Kohle anfangen sollten, obgleich ich anerkenne, daß die Gründe stichhaltig sind, die Deist gerade für die Kohlesozialisierung hier ins Feld geführt hat. Ich selbst glaube aber, daß man statt dessen mit Eisen und Stahl anfangen muß. Ich meine, daß in das Wahlprogramm oder in das Regierungsprogramm für die nächste Regierungsperiode die Sozialisierung der eisenschaffenden Industrie hineingehört, diese ganz konkret und nichts anderes daneben. Daß zum Beispiel unsere englischen Genossen mit der Kohle angefangen haben, lag doch begründet in den besonders armseligen Verhältnissen gerade des englischen Kohlenbergbaus. Das war dort einfach notwendig, schon auf Grund der inneren Verhältnisse der Kohlenbergbauunternehmungen in England.

Für uns in der Bundesrepublik sollte, so meine ich, das Ausmaß der Machtkonzentration die Frage des Vorrangs entscheiden.

Da gibt es nun einmal in der Wirtschaft der Bundesrepublik tatsächlich nichts Mächtigeres als die großen Eisen- und Stahlkonzerne. Und nirgendwo ist der private Mißbrauch wirtschaftlicher Macht zu politischen Zwecken deutlicher und weitreichender als gerade in den großen Konzernen von Eisen und Stahl. Es gibt gar keinen Zweifel, daß diese Entwicklung in

den letzten Jahren deutlich von Jahr zu Jahr schlimmer geworden ist, auch in Zukunft ihre Fortsetzung zum Böseren und zum Schlimmeren hin finden wird. Demgegenüber scheint mir, daß die Kohlegesellschaften, die doch sowieso in der Bundesrepublik sehr weitgehend nur Töchter der Eisen- und Stahlkonzerne sind, ohnehin einen erheblichen Teil ihrer heutigen Monopolmacht einbüßen werden, nämlich infolge der Konkurrenz von Heizöl und Atomenergie, die sich in den nächsten Jahren noch viel stärker entwickeln wird, als das bisher der Fall war.

Genossinnen und Genossen! Diesen Gedanken, daß unter dem überragenden Gesichtspunkte des Machtmißbrauchs Eisen- und Stahlerzeugung das Vorrecht haben sollten, als erster Wirtschaftszweig der Grundstoffindustrien sozialisiert und deshalb in bestimmter Form in unser nächstes Wahl- und Regierungsprogramm aufgenommen zu werden, möchte ich als Anregung verstanden wissen. Ich möchte keinen Antrag stellen, sondern eine Anregung geben für die innerparteiliche Diskussion zu Sozialisierungsfragen, von der ich hoffe, sie käme nun endlich in Gang.

Übrigens wußte Heinrich Deist, daß ich diese Anregung hier vorbringen würde. Er wird deshalb — so hoffe ich — auf Gegenargumente wohl vorbereitet sein. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit. (Starker Beifall.)

Vorsitzender Max Brauer: Genossen! Ich habe hier noch vier Wortmeldungen, und wir haben darüber hinaus dann natürlich die Schlußworte der beiden Referenten. Die ursprüngliche Absicht war, mit diesem Tagesordnungspunkt heute abend fertig zu werden. Inzwischen ist die Zeit vorgeschritten. Wenn wir die vier Redner und die beiden Schlußworte noch anhören wollten, würden wir zeitlich zu spät zu der Veranstaltung kommen, zu der wir eingeladen sind. Wir sind hier im Präsidium hart bedrängt worden, jetzt nach der Diskussionsrede des Genossen Helmut Schmidt abzubrechen, morgen früh um 9 Uhr zu beginnen (Beifall), um dann noch die Diskussion zu Ende zu bringen und die Schlußworte der Referenten zu hören.

Ich möchte aber die Meinung des Parteitages hören, ob er mit der Regelung einverstanden ist, daß wir heute abend abbrechen. (Lebhafte Zustimmung. — Beifall.)

Darf ich feststellen, daß das die überwiegende Mehrheit des Parteitages ist. (Bravo! — Beifall.)

Nun noch etwas Wichtiges. In den Einladungsmappen befindet sich die Einladung des Bezirks Südwest für heute abend.

Es ist schon vom Genossen Möller erwähnt worden, daß die Veranstaltungen, die hier angezeigt sind, nicht stattfinden, daß aber die Genossen wünschen, daß wir dennoch heute abend zum Abendessen kommen. Anschließend kann jeder mit seiner Zeit tun, was er will.

Im übrigen sollten Sie aber nicht die Karte vergessen mit den Abschnitten für die Kalte Platte und den Wein, den wir den Genossen hier in Stuttgart nicht schenken, sondern den wir austrinken wollen. (Heiterkeit.) Also nehmen Sie diese Karte mit!

Damit ist die Sitzung geschlossen.

(Schluß der Sitzung: 19.20 Uhr.)

DRITTER VERHANDLUNGSTAG

MITTWOCH, DEN 21. MAI 1958

(Beginn: 9.00 Uhr)

Vorsitzender Max Brauer: Die Sitzung ist eröffnet. Wir setzen die Beratungen bei Punkt 3 b „Wirtschaftspolitik" fort.

Bevor ich das Wort erteile, habe ich die Freude, den Genossen Georg Muth, Hessen-Süd, und Xaver Fischer, Franken, die Glückwünsche des Parteitages zu ihrem heutigen Geburtstag auszusprechen. (Beifall.)

Die Genossen werden gebeten, sich hier oben einmal zu zeigen, damit wir die ihnen zugedachten Blumen überreichen können.

In der weiteren Aussprache hat zunächst Genosse Birkelbach, Frankfurt, das Wort.

Willi Birkelbach, Frankfurt: Genossinnen und Genossen! Aufgabe des demokratischen Sozialismus ist die Befreiung des Menschen. Eine wichtige Vorbedingung für die Befreiung des Menschen, für die Freiheit des Menschen ist die Überwindung der Härte des Existenzkampfes durch die optimale Entwicklung der Produktivkräfte. Das heißt: die Entmaterialisierung unseres Lebens durch Überfluß. Die ungeheure Steigerung der Produktivität der menschlichen Arbeit in den letzten 150 Jahren macht die Erreichung dieses Zieles heute ohne Einschränkung möglich. Ich will eine Andeutung dessen geben, was ich unter „Steigerung der Produktivität der menschlichen Arbeit" verstehe.

Jean Forrestier hat in seinem Buch „Die große Hoffnung des 20. Jahrhunderts" dargestellt, daß bis zum Jahre 1800 seit Jahrtausenden z. B. für die Erzeugung eines Zentners Getreide die gleiche Zeit menschlicher Arbeit nötig war, nämlich rund drei Stunden. Heute liegt diese Zeit bei weit unter zehn Minuten.

Aus dieser Entwicklung gilt es Schlußfolgerungen zu ziehen. Aber die Machtverhältnisse in unserer kapitalistischen Gesellschaft und ihr oberstes Wirtschaftsprinzip, der absolute Vorrang der Gewinnerzielung, erweisen sich als die stärksten Hindernisse für die planmäßige und stetige Auswertung der Leistungskraft unserer Wirtschaft. Soziale Ungerechtigkeit, stetige Existenzbedrohung durch Krisen und Kriegsabenteuer sind die Folgen. Wir, die Sozialdemokraten, versuchen auf demokratische Weise, zum Beispiel über die Mehrheit im Parlament, die Gesellschaftsordnung zu verändern. Das ist nur etappenweise möglich, aber man kann nicht einen Tag X konzipieren, von dem ab der Sozialismus ausgebrochen ist und an dem man nun mit allen Maßahmen und auf allen Gebieten gleichzeitig loslegen kann. Das etappenweise Vorgehen

ist nur möglich, wenn man entscheidet, welche Schritte zuerst zu machen sind und wie groß diese Schritte sein sollen. Gewiß ist es denkbar, daß dann, wenn die jetzige Oberschicht ihre Klassenposition endgültig bedroht sieht, sie auch versucht, mit undemokratischen Mitteln ihre Herrschaft zu behaupten. Auch auf eine solche Situation muß sich die Sozialdemokratische Partei einstellen, aber es kann nicht ihr Programm sein, sozusagen eine derartige Situation herbeizuführen.

Wenn man nun daran denkt, daß man etappenweise vorgehen muß, daß man entscheiden muß, welche Schritte zuerst getan werden sollen und wie groß sie sein sollen, dann müssen wir die uns vorliegende Resolution 204 als einen begrüßenswerten Auftakt betrachten. Sie ist entworfen auf dem Hintergrund, alle freiheitsbedrohenden Elemente in unserer Wirtschaft auszuschalten, neue Bedrohungen zu vermeiden. Sie betont dabei die notwendige Vielfalt der Formen, stellt aber gleichzeitig auch die Kriterien heraus, an denen die Aktivität nicht nur nachträglich zu messen ist, sondern die von einer sozialdemokratisch geführten Regierung zu beachten wären. Es ist in dieser Resolution z. B. klargemacht, daß Gemeineigentum an die Stelle des Privateigentums tritt, wo dieses seine gesellschaftlichen Funktionen nicht erfüllt. Das wird interpretiert: Wo die Kontrollmittel nicht ausreichen, um eine stetige wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung usw. sicherzustellen, muß Überführung in Gemeineigentum erfolgen. Ich glaube, hier gibt es doch handfeste Orientierungsmöglichkeiten. Noch dazu, wenn auch die negative Abgrenzung in dieser Resolution zu finden ist, nämlich die, daß das private Eigentum jener Millionen kleiner und mittlerer Unternehmungen, bei denen das Eigentum nicht die Grundlage wirtschaftlicher Macht, sondern die Voraussetzung für ihre Selbstbehauptung ist nicht angetastet wird. Ich glaube, es ist wesentlich, daß es hier eine negative Abgrenzung gibt. Man sollte das nicht ohne weiteres als nebensächlich abtun. Den Freiheitsspielraum zu bewahren und zu schaffen, ist unser erstes Anliegen. Die Freiheit äußert sich auch in eigener selbständiger wirtschaftlicher Betätigung und in der Zusammenarbeit kleiner Menschengruppen in kleinen und überschaubaren Bereichen.

Ich glaube, Genossinnen und Genossen, es ist nicht unmittelbar wichtig, ob als erste Etappe nicht besser Stahl und Eisen in Betracht gezogen werden sollten. Das ist durchaus erwägenswert, aber vor uns liegt ein Modellvorschlag für eine gemeinwirtschaftliche Ordnung in einem bestimmten Wirtschaftszweig. Das ist durchaus nützlich für die Auseinandersetzung mit dem Gegner.

Ich möchte aber kurz noch auf einige Äußerungen des Genossen Heinrich Deist eingehen, bei denen ich Mißverständnisse befürchte. Zum Beispiel dort, wo er sich mit dem Zitat von Hilferding befaßt. Hilferding will die Autonomie des Wirtschaftsbereichs gesichert wissen, eine sich selbst regulierende Wirtschaftsform. Nun gut! Mechanismen und Automatismen werden auch von uns bejaht, weil nur so die freie Arbeitsplatzwahl, die freie Konsumwahl, die Entscheidungsfreiheit der Unternehmerleitungen gesichert werden kann. Das ist klar.

Aber für den Genossen Deist und für alle anderen ist auch klar, daß nur eine systematische Wirtschaftspolitik die stetige Ausweitung

sichern kann und in vielen Bereichen private Machtentscheidungen bereits jetzt an die Stelle der Automatismen getreten sind. Er bestreitet das nicht. Aber man muß das herausstellen, um zu sehen, was die Äußerung von Hilferding allein bedeuten kann. Sie kann nicht bedeuten eine absolute Forderung auf Heraushaltung des Staates und damit der Gesamtheit aus der sogenannten autonomen Wirtschaftsform.

Ich glaube weiter, daß bei all dem, was hier zu betrachten ist, die Frage des Privateigentums an Produktionsmitteln nicht so sehr in den Hintergrund geschoben werden darf. Ich stimme zu, wenn es heißt, es könne nicht das einzige Ziel einer Sozialdemokratischen Partei sein, eine allgemeine Beseitigung des Privateigentums herbeizuführen. Diese allgemeine Beseitigung wird von uns sicher nicht gewollt. Aber da die Frage in gewissem Sinne als zweitranging behandelt wird, ist ein Problem ein wenig zur Seite geschoben, das ich beleuchten möchte. Welche Rolle spielt das Privateigentum an Produktionsmitteln nicht nur unter dem Gesichtspunkt des Machtmißbrauchs, sondern z. B. auch dann, wenn man erkennt, daß derjenige, der Rechte aus dem Eigentum an bestimmten Produktionsmitteln geltend macht, auch darüber bestimmt, ob Menschen Arbeit haben oder keine Arbeit haben. Es ist die entscheidende Frage z. B., ob im Rahmen einer aktiven Beschäftigungspolitik, einer aktiven Konjunkturpolitik, bei einer Ankurbelung, bei einer Impulsgebung im Rahmen eines öffentlichen Investitionsprogrammes nicht sichergestellt werden muß, daß die entscheidenden Bereiche der Wirtschaft sich parallel verhalten. Wenn Sie das wollen, müssen Sie in diesen Bereichen auch entsprechende Investitionsprogramme durchziehen. Da werden dann die privaten Eigentümer fragen, wer ihnen das Risiko abnehme, wer sichere, daß sich die Investitionen nicht als Fehlinvestitionen herausstellen. Aus diesem Eigentumsrecht ergibt sich ein Hemmnis für eine durchschlagende aktive Wirtschaftspolitik dann, wenn sich entscheidende Bereiche nicht unmittelbar und ohne Umwege parallel verhalten und wenn das gegebenenfalls durch das Gemeineigentum nicht erzwungen werden kann. Ich glaube, etwas ähnliches ergibt sich bei der Abschirmung von Arbeitskräften dann, wenn in der Wirtschaft Veränderungen vor sich gehen und Anpassungen und Umstellungen erforderlich sind. Hier muß in den entscheidenden Bereichen unserer Wirtschaft erzwungen werden, daß auch in den großen Privatunternehmungen letzte Reserven ausgeschöpft werden, bevor die Menschen auf die Straße gesetzt werden. Deswegen ist es erforderlich, daß man hier nicht unter privaten Gewinnerzielungs- und Reservebildungsgesichtspunkten allein die Entscheidung Organen überläßt, die praktisch unter der Kontrolle oder wenigstens im Auftrag der privaten Eigentümer handeln. Ich glaube, dieser Punkt ist wesentlich.

Zusammenfassend möchte ich sagen: Es ist ehrlicher, wenn man die Forderung auf Überführung in Gemeineigentum auch mit zusätzlichen wirtschaftlichen Argumenten begründet, die in der Öffentlichkeit eine Stimmung herbeiführen können, die es zu sagen gestattet: Eure eigene Existenzgrundlage, eure eigenen Arbeitsmöglichkeiten können auf die Dauer nur gesichert werden, wenn es rechtzeitig möglich ist, die gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkte zum Tragen zu bringen. Versetzen wir uns

also, wenn wir über Wirtschaftspolitik reden, wirklich auch ein wenig in die Lage der arbeitenden Bevölkerung selbst und bedenken wir, welche Lebenserfahrungen sie gemacht hat und welche Nöte sie täglich bedrohen. Wir wissen, wenn Sie z. B einen Omnibusfahrer in der Großstadt betrachten, daß er einen gefährlichen Beruf ausübt, einen anstrengenden Beruf. Er kann sich seine Arbeitszeit nicht aussuchen. Und nun stellen Sie die Frage, warum denn bei einem solch geringen Verdienst diese Arbeitsfreude usw. da ist. Das ist dann nicht mehr nur ethisch begründet, sondern auch damit, daß der Mann sich sagt, hier habe ich einen Arbeitsplatz, der mir sicher erscheint, deswegen nehme ich sehr viele Beeinträchtigungen meiner eigenen Freiheit in Kauf, die ich nicht so ohne weiteres in Kauf nehmen würde, wenn es die echte Freizügigkeit geben würde, wenn also auf die Dauer Vollbeschäftigung gesichert wäre. Ich glaube, es ist wesentlich, daß wir die Frage der Sicherheit des Arbeitsplatzes mit unseren wirtschaftspolitischen Begründungen verbinden, weil wir nur über die Sicherung der Existenzgrundlage der arbeitenden Bevölkerung ihr tatsächlich den Eindruck geben können, daß auch ihre Freiheit in der Demokratie untermauert ist. (Beifall.)

Vorsitzender Max Brauer: Genossinnen und Genossen! Auf Ihren Tischen befindet sich jetzt der erste Entwurf der Anwesenheitsliste. Wir bitten, soweit Korrekturen sich als notwendig erweisen, uns diese Korrekturen bekanntzugeben. Die Liste soll endgültig in Druck gehen.

Bezüglich der Vorschläge für die Wahlen: Das Präsidium schlägt vor, daß Schlußzeit zur Einreichung von Vorschlägen für die Vorstandswahlen morgen vormittag 10 Uhr sein soll. Wir müssen für die Drucklegung Zeit haben und auf der anderen Seite den Delegationen, den Landsmannschaften, die heute abend tagen, die Möglichkeit offenlassen, morgen vormittag noch Vorschläge einzureichen.

Ich hoffe, daß der Parteitag mit dieser Regelung einverstanden ist. Darf ich das feststellen? — Das ist der Fall. Bis morgen vormittag 10 Uhr ist also Zeit für Vorschläge zur Vorstandswahl.

Das gleiche gilt natürlich für die Kontrollkommission.

Als nächster Redner hat Genosse Werner Best aus Wetzlar das Wort.

Dr. Werner Best, Wetzlar: Genossinnen und Genossen! Nachdem hier teilweise gegen die Entschließung 204 heftig gekämpft worden ist, glaube ich, daß wir gerade in dieser Entschließung sehr positive Ansatzpunkte für eine Weiterentwicklung unseres wirtschaftspolitischen Programms haben. Ich wende mich insbesondere gegen die hier gestarteten Angriffe gegen die Formulierung der Entschließung, daß zu den Aufgaben einer freiheitlichen Wirtschaftspolitik die Stärkung der kleinen und mittleren Unternehmungen gehöre. Die Stärkung der mittleren und kleinen Unternehmungen müssen wir uns ebenso zur Aufgabe machen, wie den Schutz des Arbeiters. Wir haben uns den Schutz des wirtschaftlich Schwachen zum Ziel gesetzt. Dazu gehört, daß wir gerade auch die in ihrer Existenz bedrohten Handwerker und kleingewerblichen Betriebe gegen die Großmacht des Kapitals schützen.

Genosse Radke hat in einer nach meinem Dafürhalten wenig durchdachten Erklärung sich gegen eine Privilegierung gewandt. Auf eine Privilegierung kann aus der Entschließung 204 nicht geschlossen werden. Eine Privilegierung ist damit nicht gewollt, sondern damit ist nur gewollt, daß diese Betriebe geschützt werden, geschützt werden gegen die allmählich erdrückend werdende Macht des Kapitals, die sich in den Händen weniger zusammenballt.

Dem Genossen Radke gilt daher insoweit die hier zitierte Äußerung des Genossen Erler, daß wir zwar die Freiheit der Diskussion haben, aber die Einheit der Aktion. Und ob in der Einheit der Aktion die Forderung des Genossen Radke erscheint, wage ich sehr zu bezweifeln. Mit pathetischen Erklärungen machen wir keine praktische Politik und haben wir keine Aussicht, an die Macht zu kommen. (Beifall.)

Draußen in den Ländern und Gemeinden haben wir in vielen Fällen die Macht. Der Wähler hat uns aber in dieser Breite sein Vertrauen nur geschenkt, weil die Arbeit unserer Funktionäre dort von einem Verständnis für alle arbeitenden Schichten getragen war. Wer unsere Bauern, Handwerksmeister, kleinen und mittleren Unternehmer kennt, der weiß, daß gerade diese Schichten unserer Bevölkerung hart arbeiten müssen. (Beifall.)

Hier scheiden sich die Geister. Wollen wir eine Partei der Arbeiter sein oder aller schaffenden Menschen? (Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Ich möchte draußen im Lande sagen können, wenn ich von diesem Parteitag nach Hause komme: Stärken Sie die Position der Sozialdemokratischen Partei; nur wir schützen Sie wirksam vor kapitalistischer Großmacht, aber auch vor Verstaatlichung. (Beifall.)

Nur in einem von der SPD getragenen Staat bleibt auf die Dauer die freie Wirtschaft bestehen. Gerade in dieser Hinsicht erwachsen uns als Sozialdemokratischer Partei besondere Aufgaben, wenn wir uns den Schutz des wirtschaftlich Schwachen wirklich zur Aufgabe gemacht haben. Wir sehen durch die kommende Europäische Wirtschaftsgemeinschaft einige Gefahren gerade auch auf unsere kleinen und mittleren Unternehmungen zukommen, insbesondere auf die Landwirtschaft. Insoweit müssen wir uns insbesondere darauf einstellen, daß es hier gilt, einen wirksamen Schutz aufzubauen und auch für das Verständnis dieser Schichten innerhalb unserer Partei zu werben. Es zeigt sich bei einer Untersuchung unserer Bevölkerungsstruktur, daß gerade der Handarbeiter immer mehr zu schwinden beginnt und den Positionen eines Technikers, Ingenieurs oder Kontrolleurs Platz macht. Die moderne Gesellschaft wird den Arbeiter im herkömmlichen Sinne kaum noch kennen. Der Weg unserer Partei ist daher vorgezeichnet. Wir wollen die Fesseln unserer Partei sprengen. Mit derartigen Äußerungen werden wir jedoch immer mehr verstrickt.

Eine Kritik an der Entschließung 204 führt dazu, daß hier auch einige andere Dinge kritisiert werden müssen, und zwar deshalb, weil sie sich in absehbarer Zeit nicht realisieren lassen und im Widerspruch zu nüch-

ternen und realistischen Überlegungen stehen. Die Entschließung enthält die Forderung der öffentlichen Kontrolle wirtschaftlicher Großmacht. Trotz der kurzen Erläuterung erscheint mir diese Forderung in der Entschließung viel zu ungenau. Gerade diese Kontrolle muß so genau definiert sein, daß auch der uns Übelwollende nichts in diesen Begriff hineingeheimnissen kann und daß man nicht behaupten kann, dahinter verberge sich der Beelzebub der Verstaatlichung des Friseurladens. Ich glaube, daß zu einer wirtschaftlichen Kontrolle die Fortentwicklung der bisherigen Aufsichtsbehörden — Gewerbeaufsicht, Versicherungsaufsicht usw. — eine entsprechende Steuergesetzgebung und vor allem ein wirksames Kartellgesetz genügen. Setzen wir uns doch gerade für die Neuordnung eines Kartellgesetzes ein, und setzen wir hier den Hebel unserer Bemühungen an. Gerade hier hat die Bundesregierung gegen massiven Widerstand in den eigenen Reihen ein reines Interessentengesetz verabschiedet. Dieses Interessentengesetz muß sofort geändert werden.

In Abs. 3 der Entschließung wird die Überführung des Kohlenbergbaues in Gemeineigentum gefordert. Ich stelle mich vollinhaltlich hinter diese Forderung. Insbesondere muß ich die Ausführungen des Genossen Deist unterstützen und mich insofern gegen die Forderung des Genossen Helmut Schmidt wenden, der eine vorrangige Behandlung der Eisen- und Stahlindustrie fordert. Kohle wird noch auf Jahrzehnte hinaus der Hauptträger unserer Energie sein.

In der Entschließung ist auch gefordert, daß die Entwicklung der Atomenergie in öffentlichen Unternehmungen zu erfolgen habe. Damit bleibt die Energie in ihren Hauptzweigen ein unmittelbares Anliegen der öffentlichen Hand. Die Kohle kann erst dann in ihrer Funktion abgelöst werden, wenn die Kernenergie tatsächlich entsprechend weit entwickelt ist. Ich halte es daher für eine logische Zusammenfassung, daß beide Industriezweige in gleicher Form von der Entschließung betroffen werden.

Die Forderung des Genossen Schmidt nach einer vorrangigen Behandlung der Eisen- und Stahlwirtschaft ist auch deswegen nicht begründet, weil andere Energieträger, wie etwa Heizöl, geeignet wären, eine wirksame Bresche in die Energieversorgung zu schlagen.

Auf dem Energiegebiet müssen wir unser Hauptaugenmerk der Kernenergie zuwenden. Gerade sie gilt es zu entwickeln, sonst brauchen wir, wie Genosse Erler mit Recht gesagt hat, in 15 Jahren keine Schiffe mehr zu verkaufen. Diese Entwicklung ist eine echte Aufgabe der öffentlichen Hand.

Für alle Überführungen in Gemeineigentum ist aber eines not: diese Forderung muß durch sehr viel Aufklärungsarbeit in die Bevölkerung getragen werden. Wir haben dafür auch einige sehr gute und überzeugende Argumente in der Hand. Die Elektrizitätsversorgung ist seit eh und je überwiegend im Besitz der öffentlichen Hand. Ihre Betriebe werden gut verwaltet und gut geleitet. Das muß draußen gesagt werden, um Verständnis für unsere Forderung zu wecken.

Eine weitere, sehr zu beanstandende Fassung der Formulierung der Entschließung wäre hier noch anzuschneiden. Dabei handelt es sich um die

Rechtsform. Gefordert wird eine Körperschaft der öffentlichen Selbstverwaltung. Hier sollten wir uns mindestens zunächst mit den herkömmlichen Formen der Aktiengesellschaft begnügen. Die Forderung des Genossen Wedel auf eine Reform des Aktienrechts würde es uns auch leichter gestatten, unsere in Gemeineigentum übergeführten Betriebe in die Form der Aktiengesellschaft zu kleiden. Dann bräuchten wir uns bei einer Debatte über die Überführung in Gemeineigentum nicht damit herumzuschlagen, welche Rechtsformen diese neuen Betriebe bekommen sollen, sondern wir könnten uns darauf beschränken, die Arbeit zu leisten, die darin besteht, daß wir die Betriebe tatsächlich in Gemeineigentum überführen, womit wir die Voraussetzung schaffen würden für eine staatliche Kontrolle und für eine Sicherung unserer Wirtschaft. Wir wollen keine utopischen Sozialisten sein, sondern immer auf dem Boden der Wirklichkeit bleiben. Und zu diesem Boden der Wirklichkeit gehört es, daß wir uns nahen und verwirklichbaren Aufgaben zuwenden. Wir sollten uns nicht damit begnügen, Forderungen aufzustellen, sondern wir müssen immer danach trachten, daß diese Forderungen in irgendeiner Form auch einmal Wirklichkeit werden. (Beifall.)

Vorsitzender Max Brauer: Genossinnen und Genossen! Die Hoffnung des Präsidiums, daß wir die Rednerliste von gestern heute zu Ende führen und dann die Schlußworte hören könnten, erweist sich als falsch. Wir werden überschwemmt mit weiteren Wortmeldungen.

Zur Lage möchte ich folgendes sagen: Wir glauben, daß es tunlich ist, bei dem engen Zusammenhang der Entschließung 204 mit Teilen des Grundsatzprogrammes die Abstimmungen, die zu diesem Tagesordnungspunkt durchgeführt werden müssen, nicht heute, sondern im Anschluß an die Besprechung und Aussprache über das Grundsatzprogramm vorzunehmen (Beifall). Dadurch werden auch die Delegationen heute abend noch Gelegenheit haben, sich darüber den Kopf zerbrechen zu können, welche Stellungnahme sie bei der Abstimmung für empfehlenswert halten.

Ich darf hier noch sagen, daß wir den dringenden Wunsch haben, daß der Parteitag nicht auseinandergeht, ohne in dieser Frage eine Entscheidung zu treffen und diese Angelegenheit, die so dringend und wichtig ist, nicht auf einen späteren Termin, den nächsten Parteitag, vertagt. (Beifall.)

Darf ich noch dem Wunsche Ausdruck geben, daß von den uns hier vorliegenden Wortmeldungen vielleicht einige zurückgezogen werden könnten.

Der nächste Redner ist Genosse Erwin Lange, Essen.

Erwin Lange, Essen: Verehrte Gäste! Genossinnen und Genossen! Es wurde hier gestern in den Referaten zur Wirtschaftspolitik von der verstärkten Konzentration wirtschaftlicher Macht gesprochen. Ich glaube, diese Feststellung der verstärkten Konzentration in unserer bundesrepublikanischen Wirtschaftswunderwelt ist richtig, aber Genossinnen und Genossen, diese verstärkte Konzentration, die sich in einem ge-

wissen Umfang auch auf dem Sektor der kleinen und mittleren Unternehmungen, im Handwerk, Handel und im übrigen Gewerbe äußert, sieht nicht so aus, daß die verstärkte Konzentration ausschließlich zum Großbetrieb hin tendiert. Es ist sicherlich richtig, wenn festgestellt wird, daß z. B. von 1949 bis heute mehr als 100 000 Handwerksbetriebe verschwunden sind. Aber Genossinnen und Genossen, das ist nicht nur auf die Unzulänglichkeit der finanziellen Grundlage dieser Betriebe — oder ich müßte eigentlich anders sagen —: auf die angebliche Unfähigkeit der Betriebsinhaber zurückzuführen, sondern auch auf die die Großformen unserer Wirtschaft fördernde Politik der Bundesregierung.

Genossinnen und Genossen! Wenn wir uns die Situation wiederum am Beispiel des Handwerks klarzumachen versuchen, dann stellen wir fest, daß im wesentlichen die Betriebe unter einer bestimmten Grenze verschwunden sind, nämlich die Betriebe, die neben dem Inhaber und seinen Familienangehörigen bis zu vier oder fünf familienfremde Arbeitskräfte beschäftigt haben. Das Gewicht hat sich in die übrigen Kleinbetriebe verlagert, und zwar in die Betriebe, die fünf bis zehn Beschäftigte haben. Wenn man von dieser Betrachtung ausgeht — und das sollten wir uns einmal zu Gemüt führen, glaube ich —, dann ist es unmöglich, in diesem Zusammenhang von einem „eindeutigen Zug zum Großbetrieb" zu reden. Ich sage das, Genossinnen und Genossen, und demonstriere das an diesem Beispiel, weil ich der Auffassung bin, daß wir es uns nicht gestatten können, wirtschaftspolitische, aber auch in diesem Sinne gesellschaftspolitische Tatbestände durch noch so große Lautstärke verfälschen zu wollen. (Sehr richtig!-Rufe.)

Uns muß es darauf ankommen — und insoweit ist dieser ganze Themenkreis mehr als nur eine wirtschaftspolitische Betrachtung —, das im Zusammenhang — und das gehört in einem gewissen Sinne zu der Betrachtung unseres Grundsatzprogramms —, im gesellschaftspolitischen Zusammenhang, zu erörtern.

Seht mal, Genossinnen und Genossen, wir haben rund 5 Millionen Großbetriebe (Zurufe) — entschuldigt, ich will einige Nullen wegnehmen — wir haben rund 5000 Großbetriebe, und in diesen 5000 Großbetrieben haben wir gut und gern 5 Millionen beschäftigte Arbeiter und Angestellte. Wir haben aber eine wesentlich größere Beschäftigtenzahl. Wir können immerhin im Schnitt eine Beschäftigtenzahl, abhängig Beschäftigter also, zwischen 18 und 19 Millionen feststellen, und es ist gestern schon hier von dieser Stelle aus, auch in den Referaten, mit Recht darauf hingewiesen worden, daß gerade dieser Teil der Beschäftigten im wesentlichen in den kleinen und mittleren Betrieben des Handwerks, des Handels und dem übrigen Gewerbe beschäftigt ist. Von den freiberuflich Tätigen und den bei ihnen Beschäftigten will ich in diesem Zusammenhang einmal absehen.

Genossinnen und Genossen! Wenn wir uns das als gesellschaftspolitischen wie als wirtschaftspolitischen Tatbestand einmal zu Gemüt führen, wenn wir also in diesem Zusammenhang einmal den Versuch machen, das zu tun, was wir früher „revolutionäre Bewußtseinsklärung" genannt haben und heute schlicht und einfach „Bewußtseinsklärung" nennen, uns Klar-

heit zu verschaffen über gesellschaftspolitische Tatbestände, dann möchte ich alle diejenigen, die diesen Tatbestand leugnen wollen, herzlich bitten, sich trotzdem einmal mit ihm auseinanderzusetzen. (Lebhafter Beifall)

Denn, Genossinnen und Genossen, auch die politische Wirksamkeit der Sozialdemokratie hängt weitgehend davon ab, wie wir zuerst einmal auch an einen von uns nicht ohne weiteres erfaßbaren Teil der Arbeiter und Angestellten in den Großbetrieben herankommen, aber zum zweiten auch davon, daß wir gerade an diejenigen in den eben genannten Sektoren beschäftigten Arbeiter und Angestellten herankommen. (Beifall)

Denn, Genossinnen und Genossen, es nützt uns gar nichts, durch Vernachlässigung dieser Wirtschaftszweige so zu tun, als ob wir damit Arbeiter oder gar Angestellte gewinnen könnten, die von ihrer gesellschaftlichen Bewußtseinslage — man könnte es auch anders nennen —, von ihrer Mentalität aus anders an die gesamtgesellschaftlichen und wirtschaftspolitischen Probleme herangehen als weite Teile der übrigen Arbeiterschaft.

Insoweit obliegt uns also in diesem Zusammenhang eine entscheidende Aufgabe, und deshalb, Genossinnen und Genossen, bitte ich herzlich darum, in der Tat — wie gesagt, das gehört dann in die Gesamtbetrachtung zum Grundsatzprogramm — sich mit dieser gesellschaftlichen Wirklichkeit auseinanderzusetzen.

Sicher ist es richtig, Genossinnen und Genossen, daß die Großformen unserer Wirtschaft auch ihr Gesicht bestimmen. Sicher ist auch richtig, daß in weitestem Umfang heute — und, Genossinnen und Genossen, das wird ja hier auf diesem Parteitag nicht zum ersten Male durch einen Sozialdemokraten oder durch die Sozialdemokratische Partei ausgesprochen — die kleinen und mittleren Betriebe der Produktion wie auch der Absatzwirtschaft, aber auch der Werterhaltung — also Reparatur und Reinigung — abhängig sind von den Großformen der Wirtschaft.

Genossinnen und Genossen! Daraus ergibt sich ein weiteres: daß nicht nur die unmittelbar in den Großformen der Wirtschaft Beschäftigten von diesen Formen abhängig sind, sondern daß auch der weite Kreis, der Millionen umfassende Kreis kleiner und mittlerer Selbständiger und der in ihren Betrieben Beschäftigten abhängig von diesen Großformen der Wirtschaft ist.

Wenn man sich das vergegenwärtigt, dann, meine ich, ergibt sich für eine Partei, die nach dem Wort Kurt Schumachers immer auf der Seite der sozial Schwächeren stehen will, die eindeutige Verpflichtung, aus dieser Erkenntnis das Bewußtsein solidarischen gesellschaftlichen Handelns dieser kleinen und mittleren Selbständigen und der Angestellten und Arbeiter zu wecken.

Es kommt noch ein anderes hinzu: Auch im Verlauf der weiteren technischen Entwicklung, der Automation — um einmal dieses Stichwort zu geben — werden wir uns ja in einem bestimmten Umfang darüber Gedanken machen müssen, wie die dort beschäftigten Arbeitskräfte, die dann freigesetzt werden, in anderen Sektoren der Wirtschaft untergebracht werden. Da werden eben die Sektoren, die im wesentlichen ge-

kennzeichnet sind durch kleine und mittlere Betriebe — Absatzwirtschaft, individuelle Produktion sowie Reparatur und Reinigung — auch künftig diejenigen sein, die in verstärktem Umfang diese Arbeitskräfte aufnehmen müssen. Es bietet sich uns also aus zweierlei Gründen an, uns mit diesem Problem in einer etwas — na, sagen wir, das ist hier zum Teil durch Diskussionssprecher schon sehr deutlich gesagt worden — vernünftigeren Weise, als das zum Teil gestern von dieser Stelle aus geschehen ist, auseinanderzusetzen.

Nun ein letztes Wort, Genossinnen und Genossen. Ich darf mir gestatten, zu diesem ganzen Problem noch einmal im Zusammenhang mit dem Grundsatzprogramm einiges zu sagen, weil ich hier nicht alles sagen kann und auch nicht alles sagen will. Aber ein letztes Wort, Genossinnen und Genossen: Wer hier davon spricht, daß man privilegieren will, daß man in einem gewissen Sinne also „Naturschutzparks" schaffen will, der hat sich entweder nicht mit den Dingen auseinandergesetzt oder aber er hat auch nicht all das gelesen, was die Sozialdemokratische Partei bisher darüber veröffentlicht hat.

Als erstes empfehle ich einmal das Studium des Aktionsprogramms. Als zweites, Genossinnen und Genossen, bitte ich einmal all das nachzulesen, was auf dem sozialdemokratischen Kongreß über die Mittelschichten in der modernen Gesellschaft am 10. Juni 1956 in Köln gesagt worden ist.

Zum dritten, Genossinnen und Genossen, bitte ich einmal nachzulesen, was der Wirtschaftspolitische Ausschuß beim Parteivorstand in der Broschüre „Material zur Wirtschaftspolitik" auch in diesem Zusammenhang gesagt hat. An Privilegierung denkt keiner. Naturschutzparks für Mittelschichten, für kleinere und mittlere Selbständige zu schaffen, daran denkt keiner. Aber, Genossinnen und Genossen, wenn wir alle miteinander gleichartige Startvoraussetzungen wollen, wenn wir alle miteinander auch im gesamtgesellschaftlichen Bereich wünschen, daß jedem von vornherein, entsprechend seinen Anlagen, seinen Neigungen und seinen Fähigkeiten, „die Entwicklung zur" — so steht es im Aktionsprogramm — „freien Persönlichkeit" ermöglicht wird, Genossinnen und Genossen, wenn wir darüber hinaus aber auch jetzt aus wirtschaftspolitischen Erwägungen freie Konsumwahl sichern wollen, brauchen wir einige Dinge, die auch mit dem Begriff der Absatzwirtschaft und der Vielfalt der Absatzwege der Vertriebs- und Verteilungsformen gekennzeichnet sind.

Deshalb also, Genossinnen und Genossen, meine Bitte, nicht so zu tun, als ob wir hier in diesem engen Bereich, zu dem ich mich hier nur zu äußern versucht habe, einen Naturschutzpark schaffen wollten, nicht so zu tun, als ob wir Privilegien schaffen wollten, nicht so zu tun, als ob diese Sozialdemokratische Partei eine Zusammensetzung von Interessentengruppen wäre, sondern in der Tat davon auszugehen, daß wir entsprechend der Gesamtsituation gesellschaftlicher Art für alle Menschen, die von den Großformen dieser Wirtschaft abhängig sind, die also praktisch insoweit völlige Unabhängigkeit — wie der Arbeiter, wie der Angestellte sowie auch diese kleinen und mittleren Selbständigen — für sich nicht erreichen können, diesen sozial Schwachen seitens dieser Partei die ihnen

im gesellschaftlichen Raum auf Grund ihrer Stellung zukommende Hilfe auch tatsächlich angedeihen zu lassen. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Max Brauer: Der nächste Redner ist der Genosse von Oertzen, Göttingen. Ihm folgt der Genosse Boljahn, Bremen.

Dr. Peter von Oertzen, Göttingen: Genossinnen und Genossen! Der Antrag Nr. 204, die Entschließung zur Wirtschaftspolitik, will nach seinen eigenen Worten unsere Vorstellungen von einer freiheitlichen Ordnung der Wirtschaft näher umreißen, Ziel und Weg einer sozialistischen Wirtschaftspolitik bestimmen, und er stellt in den Mittelpunkt dieses Bestrebens in den ersten Sätzen drei Punkte: Stetige Steigerung des Sozialprodukts, Sicherung der Vollbeschäftigung und Erhöhung des Lebensstandards.

Ich glaube, es besteht kein Zweifel darüber, daß diese Forderungen vollauf berechtigt und sachlich begründet sind, aber wir müssen uns doch fragen: Ist das tatsächlich alles, was im Mittelpunkte der Formulierung einer sozialistischen Wirtschaftspolitik zu stehen hätte?

Ich möchte etwas vorgreifen auf die kulturpolitische Entschließung, die wir vielleicht heute nachmittag oder morgen behandeln werden. Da steht ein sehr beherzigenswerter Satz, der doch auch von demselben Parteivorstand beschlossen und gutgeheißen worden ist, der uns diese wirtschaftspolitische Entschließung vorgelegt hat.

Da steht:

> „Den Menschen vom Objekt zum Subjekt zu erheben, ihn vom willenlosen Glied im Produktions- und Verbrauchsmechanismus zum verantwortlichen Beherrscher der materiellen Welt zu machen, das ist die überwältigende Aufgabe, die vor uns steht",

und er fährt fort:

> „Das Schicksal der Demokratie wie auch der menschlichen Freiheit hängt davon ab, daß eine wachsende Zahl von Menschen ihr gesellschaftliches Bewußtsein entwickelt und zur Mitverantwortung bereit ist."

Ich glaube, Genossinnen und Genossen, genau das ist tatsächlich das Ziel der sozialistischen Politik. Es ist das alte Ziel, das wir vielleicht neu fassen und neu formulieren müssen: Die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Da besteht doch wohl kein Zweifel darüber, und ich darf mich auf die Worte von Helmut Schmidt von gestern berufen, der mit Recht betont, daß die Schlüsselposition dieser gesellschaftlichen Verhältnisse die wirtschaftlichen Verhältnisse darstellen. Ich muß leider sagen, daß über diesen Zusammenhang zwischen der Wirtschaftspolitik und der allgemeinen, die Gesellschaft verändernden, auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens verändernden Tätigkeit der sozialistischen Bewegung zu wenig die Rede ist. Da ist gewiß die Rede von Machtzusammenballung in der Wirtschaft, von Zusammenballung, welche wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Macht verleiht, aber diese

Feststellung wird beschränkt auf die Großbetriebe, und da möchte ich verweisen auf das Aktionsprogramm, das eben von dem Genossen Lange mit Recht herangezogen worden ist, als — immer noch — die Grundlage unserer praktischen Politik, wo es in dem Abschnitt „Demokratische Wirtschaftsordnung" heißt:

> „In der gegenwärtigen Wirtschaft üben die Eigentümer der Produktionsmittel oder ihre Beauftragten eine kaum kontrollierte Alleinherrschaft aus."

Genossinnen und Genossen! Genau so ist es, und dieser Satz gilt nicht nur für die Eigentümer oder die beherrschenden Schichten der Großbetriebe, sondern er gilt für den größten Teil der Produktionsmitteleigentümer überhaupt, und es ist doch einfach nicht wahr, daß nur die Großbetriebe allein wirtschaftliche Macht und besitzbürgerliche Herrschaft darstellen. Gerade wer aus ländlichen oder kleinstädtischen Bezirken kommt, der weiß sehr wohl, welch außerordentliches Maß an wirtschaftlicher, sozialer und politischer Macht etwa ein mittlerer Unternehmer in einer kleinen Gemeinde ausüben kann.

Wer die sozialen Verhältnisse, die Arbeitsverhältnisse der Arbeitnehmerschaft kennt, der weiß, daß es nicht so sehr die Großbetriebe sind, in denen die schlechten sozialen Verhältnisse herrschen, sondern zu einem sehr großen Teil die mittleren und kleinen Betriebe. (Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Es ist hier sehr viel von der Freiheit der Schaffenden die Rede gewesen, und das ganze Wirtschaftsprogramm, das uns hier vorgelegt wird, stellt den Begriff der Freiheit mit Recht in den Mittelpunkt. Aber diese Freiheit ist für meinen Geschmack ein wenig sehr einseitig zugeschnitten worden auf die Freiheit der kleinen und mittleren Unternehmer und Gewerbetreibenden; von der Freiheit der Millionen von Arbeitnehmern in diesen Betrieben ist mir jedoch zu wenig die Rede gewesen. (Beifall.)

Diese Millionen Menschen sind immer noch abhängig und unfrei. Jeder von uns, der etwas mit der gewerkschaftlichen Praxis oder auch mit der politischen Betriebsarbeit zu tun hat, weiß genug davon zu sagen. Was auch immer man einwenden kann gegen Teile des Diskussionsbeitrages, den uns Olaf Radke gestern hier gegeben hat, keiner von uns wird im Ernst bestreiten können, daß die praktischen Beispiele, die er aus seiner Tätigkeit in der Gewerkschaft, aus den Betrieben hier gebracht hat, tatsächlich die wirklichen Verhältnisse wiedergeben. Um diese Millionenmasse von Arbeitnehmern geht es uns doch nach wie vor in erster Linie.

Genossinnen und Genossen! Es ist gerade in der Diskussion der vergangenen Monate, wie schon in den Jahren 1953/54, Sitte geworden, alle Bedenken gerade aus den Reihen der einfachen Genossen und Funktionäre abzufangen mit der Feststellung, daß die Arbeiterschaft selbstverständlich immer noch der Kern der Partei sei. Das ist richtig, und ich begrüße diese Feststellung, aber dann möchte ich doch darum bitten, daß auch in unserem Wirtschaftsprogramm ganz genau und konkret und unmißver-

ständlich gesagt wird, was wir diesen Arbeitern bei einer gemeinwirtschaftlichen Ordnung der Wirtschaft tatsächlich konkret zu bieten haben. (Beifall)

Wir berufen uns so oft auf unsere Solidarität mit der Gewerkschaftsbewegung, und wir empfinden es als wohltuend und klatschen, wenn die Kollegen aus den Gewerkschaften uns ihr Zusammengehörigkeitsgefühl ausdrücken. Und dann liegt hier eine wirtschaftspolitische Entschließung vor, in der nicht einmal das Wort, geschweige denn die Sache der Mitbestimmung überhaupt auch nur vorkommen. Ich frage ganz offen: Wie sollen wir mit einer solchen Entschließung vor unseren Genossen in den Gewerkschaften und in den Betrieben bestehen, wenn wir das als die Grundlage unserer Wirtschaftspolitik betrachten wollen? Genossinnen und Genossen, ich glaube, in dieser Form können wir uns mit dieser Entschließung nicht einverstanden erklären. Ich will nicht leugnen, daß in ihr eine ganze Reihe wesentlicher, wertvoller, wichtiger Gedankengänge ausgebreitet sind, und ich betrachte sie als einen sehr wertvollen Beitrag zu unserem Wirtschaftsprogramm, aber in der vorliegenden Form ist diese Entschließung eine Festlegung unserer grundsätzlichen Haltung, die wir doch genau so gründlich in allen Richtungen durchdiskutieren sollten wie unser Grundsatzprogramm überhaupt. Aus diesem Grund möchte ich mich mit allem Nachdruck dafür einsetzen, daß diese Entschließung trotz der Intervention des Präsidiums nicht angenommen, sondern als Material zu den Beratungen des Grundsatzprogramms behandelt wird. Wir haben, Genossinnen und Genossen, in den letzten Jahren sehr viel von der notwendigen nüchternen Prüfung und der Fortentwicklung unserer Gedanken gehört und gelesen und wir bejahen alle selbstverständlich eine solche nüchterne Prüfung, aber hüten wir uns dann, daß wir über dieser Prüfung unserer Gedanken das letzte Ziel unseres Strebens aus den Augen verlieren: die Befreiung aller Menschen aus jeder Form der Ausbeutung und Unfreiheit, den Sozialismus! (Beifall.)

Vorsitzender Max Brauer: Das Wort hat Richard Boljahn, ihm folgt Genosse Seuffert, München.

Richard Boljahn, Bremen: Genossinnen und Genossen! Gestatten Sie eine kritische Randbemerkung zu den gestern hier gehaltenen Vorträgen über freiheitliche Ordnung der Wirtschaft. Als ich zu diesem Parteitag fuhr, hatte ich in meiner Mappe über 22 Anträge der Bezirke und Ortsvereine, die sich mit dieser freiheitlichen Ordnung der Wirtschaft beschäftigen. Über 20 dieser Anträge sprachen sich für eine Sozialisierung der Grundstoffindustrien aus. Als Arbeitsmaterial bekamen wir hier auf diesem Parteitag den Antrag 204 des Parteivorstands, der nach meiner Auffassung in der jetzigen Form eine Vorwegnahme des Grundsatzprogramms unserer Partei in bezug auf diese wirtschaftliche Ordnung ist. Das heißt doch mit anderen Worten: Wenn wir diese Entschließung 204 annehmen, haben wir uns einseitig in Richtung dieser Entschließung für unser Grundsatzprogramm festgelegt. Dann brauchen wir nicht ein Jahr lang in den Ortsvereinen und in den Bezirken über die Grundsatzfragen der Sozialisierung zu diskutieren, dann ist diese Dis-

kussion ja durchgeführt. Ich bin auch, als ich die Rednerliste sah, der Meinung gewesen, daß hier ein Referat und ein Korreferat gehalten würden, d. h. daß man versuchen wollte, die Stimmung in den unteren und mittleren Parteieinheiten hinsichtlich dieser entscheidenden Frage der Sozialisierung uns hier vorzutragen. (Beifall.)

Nichts ist in dieser Angelegenheit hier erfolgt. Ich glaube, wir sollten uns auch darüber nicht im unklaren sein, daß wir einmal das Blatt der Wirtschaftsgeschichte etwas zurückblättern müssen, um unseren Standort zu erkennen. Wo sind die freiwillig gemachten Versprechungen geblieben, die uns von diesen deutschen Unternehmern nach dem Zusammenbruch des „Tausendjährigen Reiches" gemacht worden sind? Wo ist die Mitbestimmung in der Wirtschaft, wo sind die entscheidenden Faktoren der Mitgestaltung der Arbeitnehmer in dieser nationalen Volkswirtschaft verwirklicht worden? Wir sind einen Schritt nach dem andern zurückgewichen. Gerade die Freiheit der Arbeitnehmer ist doch ein entscheidender Bestandteil des politischen und wirtschaftlichen Wollens unserer Partei schlechthin. Man kann sich nicht immer nur dann auf die Gewerkschaften berufen, wenn sie Feuerwehr zu spielen haben, sondern man muß auch die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse schaffen, um diese entscheidende Formung unseres wirtschaftlichen Geschehens durchzuführen.

Unser in Dortmund verabschiedetes Aktionsprogramm, Genossinnen und Genossen, soll doch, wenn ich die Antragsteller der Entschließung 204 richtig verstanden habe, jetzt klar und langsam aber sicher in eine gewisse Versenkung gebracht werden. Wir haben uns hier doch wieder auf einige Grundsätze zuzubewegen. Ich unterschreibe es völlig, wenn in dieser Entschließung 204 steht:

> „Die Struktur der modernen Wirtschaft wird immer stärker durch jene Industriezweige bestimmt, in denen eine kleine Zahl von Großunternehmen eine beherrschende Stellung einnimmt. Ohne diese Großunternehmungen mit ihrer gewaltigen Produktionskraft sind ein starker Wirtschaftsaufschwung und eine schnelle Steigerung des Lebensstandards nicht möglich. Zugleich aber sind diese Großunternehmungen Kommandostellen der Wirtschaft. Wer über sie verfügt, hat — insbesondere auch über die großen Interessenverbände — wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Macht."

Genossinnen und Genossen! Haben wir in diesen vergangenen Jahren nicht gespürt, wie sich diese wirtschaftliche Macht in politische Macht umgesetzt hat? (Beifall.) Haben wir nicht gespürt, daß wir immer wieder auf dieser Ebene zurückgedrängt worden sind? Und jetzt versuchen wir, diese Diskussion in eine Form zu bringen, die nach meiner Auffassung wie eben schon gesagt, eine Vorwegnahme des Grundsatzprogramms unserer Partei schlechthin darstellt.

Wir haben auf der großen internationalen Kundgebung doch mit einer sehr stark betonten Herzlichkeit von der Übereinstimmung der Anschauungen zwischen der englischen Labour Party und der Sozialdemokratischen Partei gesprochen. Ich möchte hier eindeutig feststellen, daß

die englische Auffassung über Wirtschaftspolitik sich turmhoch von dem unterscheidet, was uns in dieser Entschließung 204 dargestellt worden ist. (Sehr gut! — Beifall.)

Die Engländer haben den Wahlkampf und auch wir deutschen Sozialdemokraten haben nach meiner Auffassung den Wahlkampf nicht deshalb verloren, weil wir Sozialisierung gefordert haben, sondern weil wir in der ganzen Gestaltung unseres Wirtschaftsprogramms unklar waren. (Beifall.)

Der eine sagt „Sozialisierung", der andere prominente Referent sagt „keine Sozialisierung", und der dritte sagt „ja, etwas". Diese Form muß doch, glaube ich, abgelöst werden durch eine Diskussion nicht nur auf diesem Parteitag, sondern auch die unteren Parteieinheiten haben ein Recht darauf, ihre Meinung zu diesen entscheidenden Lebensfragen der Gestaltung der Wirtschaft zu sagen. (Starker Beifall.) Ich vermisse hier auch — das sage ich genau so offen und ehrlich —: Wir haben ja schon eine Form der Wirtschaftsentwicklung in den Gemeinwirtschaftsbetrieben, die durchaus Anspruch darauf erheben können, auch politisch mehr gefördert zu werden als in der Vergangenheit. Ich glaube, wir brauchen uns dieser gemeinwirtschaftlichen Unternehmungsformen nicht zu schämen, die in der Fisch-, der Wohnungs-, der Konsum- und Versicherungswirtschaft, dem Bankgewerbe entscheidende Impulse gegeben haben.

Ich glaube, Genossinnen und Genossen, wir sollten auch das Wort von Herbert Wehner „Der Klassenkampf ist noch nicht beseitigt" nicht untergehen lassen. Wir haben die wirtschaftspolitischen Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß auf der einen Seite die Millionen Arbeitnehmer, daß auf der anderen Seite aber auch die freiheitlichen Kräfte der mittelständischen Wirtschaft im Rahmen der politischen Gestaltung — nicht zuletzt auch durch eine soziale Steuerpolitik — etwas mehr Luft bekommen. Man soll sich aber auch darüber nicht im unklaren sein: Die Ausbeutung des Menschen wird nicht nur in den Großbetrieben, sondern sie wird vielfach und in verstärktem Umfang auch in den Mittel- und Kleinbetrieben durchgeführt. (Beifall.)

Das Ziel einer jeden sozialistischen Wirtschaftspolitik kann doch nur sein, die Ausbeutung des Menschen zu beseitigen, und dafür haben wir die Grundlage innerhalb unseres Grundsatzprogramms der Wirtschaft zu geben.

Vorsitzender Max Brauer: Das Wort hat der Genosse Seuffert, München; ihm folgt der Genosse Kluncker, Stuttgart.

Walter Seuffert, München: Genossinnen und Genossen! Ich fürchte, diejenigen, die für die Resolution des Parteivorstandes eintreten möchten, könnten in ein falsches Licht kommen, wenn man nicht einige Mißverständnisse ausräumt, denen die Resolution in einem Teil der bisherigen Diskussion — wie mir scheint — ausgesetzt war. Was ist denn der Unterschied, Genossinnen und Genossen, zwischen dem runden Dutzend Anträgen, die uns aus den Ortsvereinen und den Bezirksverbänden

vorliegen und die auch ich als den klaren Ausdruck einer durchgehenden Parteimeinung unterstellen möchte, und der hier vorliegenden Resolution? Der Unterschied ist der, daß die Anträge, die gestellt worden sind, sich im wesentlichen darauf beschränken, den Grundsatz des Aktionsprogramms, daß die Grundstoffindustrie in Gemeineigentum übergeführt werden soll, wiederholen. Der eine oder andere Antrag spezifiziert das etwas, indem er sagt, welche Grundstoffindustrie oder die eine oder andere Industrie hinzugesetzt ist; sie wiederholen aber eigentlich lediglich diesen Satz. Aber das, Genossinnen und Genossen, diesen Satz in Frage zu stellen, das steht doch hier nicht zur Debatte! Daran denkt, wenn ich es richtig verstehe und wie ich es hoffe, niemand; ich jedenfalls würde mich sehr widersetzen, wenn jemand daran denken würde, die Sozialdemokratische Partei sei nicht mehr der Ansicht, daß die Einrichtung von Gemeineigentum, da wo es zweckmäßig und notwendig ist zur Sicherung der Freiheit von Wirtschaft und Gesellschaft, ein legitimes und notwendiges Mittel wäre. Der Unterschied ist, daß die Resolution des Parteivorstandes einen konkreten Vorschlag in der Richtung zur Verwirklichung dieser Grundsatzforderung macht und damit den Unterschied zwischen der englischen Politik und unserer bisherigen Politik in dieser Frage — Genosse Boljahn! — allerdings etwas einengt.

Denn der Unterschied bestand darin, daß wir uns sehr lange mit theoretischen Erörterungen abgegeben haben, während in England konkrete und praktische Vorschläge, bezogen auf diesen und jenen Fall und diese und jene Industrie, gemacht und durchgeführt worden sind.

Genossinnen und Genossen! Wir können es nicht (Zuruf: Warum nicht?) wie die Anträge bei der allgemeinen Forderung „Überführung in Gemeineigentum" belassen; denn das ist gerade ein Fall derjenigen Unklarheit, die innerhalb und außerhalb der Partei so oft beklagt wird in unseren Zielsetzungen: der Fall, daß man bei den allgemeinen Forderungen verbleibt, die dann wie eine große dunkle Wolke über der Wirtschaft und über der Öffentlichkeit schweben bleibt, eine Wolke, von der man nicht weiß, wann aus ihr, und von der man nicht weiß, wohin und wieso dann überallhin Blitze fallen können nach der Art etwa des Genossen Radke.

Und zweitens können wir es nicht dabei belassen, weil wir so nicht weiterkommen. Das ist ja das Mißverständnis in einem Teil der Diskussion, daß man den Fortschritt nicht sieht, der darin liegt, daß endlich einmal ein konkreter Vorschlag gemacht worden ist. Da kommt immer wieder dieser merkwürdige Perfektionismus, der auftritt, sobald man von dem allgemeinen Grundsatz abgeht und einmal im einzelnen sagt, was denn geschehen soll; denn darum handelt es sich, das ist die Natur der Sache — wenn einmal etwas geschehen soll: daß man dann Punkte setzt und sagt: Dies ist zu tun, das und das nicht, so und nicht so; und daß man dann endlich einmal darüber spricht: Was tun wir? Und was könnten wir alles tun! (Beifall.)

Wir sollten endlich einmal von der Sterilität dieses Perfektionismus und der allgemeinen ideologischen und theoretischen Erörterungen zu der Tat übergehen; (Beifall.) denn zweierlei scheint mir notwendig: Erstens ein-

mal klarzumachen, daß unsere Grundsatzforderung, das Gemeineigentum zur Sicherstellung der Freiheit, nichts mit dem Prinzip des Eigentums als solchem zu tun hat; daß es mit der Anerkennung des Privateigentums nichts zu tun hat, ob neben unseren öffentlichen Versorgungsbetrieben, neben der Bundesbahn und neben anderen solchen Betrieben, auch noch andere Wirtschaftstätigkeiten und Wirtschaftszweige im Interesse der Sicherung der Freiheit und im Interesse des Gemeinwohls gemeinwirtschaftlich betrieben werden können. Klarzumachen, daß der berühmte Friseurladen nicht in Gefahr ist, sondern daß es sich im Gegenteil darum handelt, ihn davor zu schützen, ein ziemlich willenloses funktionelles Anhängsel ohne jede Substanz der Eigenheit und des Eigentums zu sein, Anhängsel von wirtschaftlichen Großkräften, denen er ausgeliefert ist, daß dieser Friseurladen nicht in Gefahr ist, von den Blitzen des Genossen Radke getroffen zu werden. (Beifall.)

Ich finde es nicht nützlich, in diesem Zusammenhang die Frage aufzuwerfen, ob ein produktives Eigentum, das irgendwo einmal bei Thomas von Aquin in einem philosophischen Sinne definiert worden ist und dort moralischen Betrachtungen unterzogen worden ist, so oder so zu bewerten sei. Was kann man nicht alles fragen, was kann man nicht alles fragwürdig machen? Und zuletzt uns selbst.

Es gilt klarzumachen, daß wir wissen, was wir tun und was wir tun wollen. Ob man nun eines nach dem andern nach dem Prinzip wo sitzt die größte Macht oder nach dem Prinzip, wo ist es wirtschaftlich jetzt am notwendigsten, zweckmäßigsten und am besten durchführbar, angreift, Kohle, Stahl usw., — auf diese Einzelheiten will ich mich nicht einlassen; denn in einem Punkt ist die Resolution auch gänzlich mißverstanden worden, wenn gesagt worden ist, das sei eine Vorentscheidung, die jede weitere Diskussion abschneide und ausschließe. Im Gegenteil! Die Resolution hat einen Absatz 5, der heißt, daß der Parteivorstand mit der weiteren Untersuchung dieser Frage und mit der Ausarbeitung von Vorschlägen beauftragt wird und sie dem nächsten Parteitag zur Beschlußfassung vorzulegen hat. Das heißt doch Durchführung der Diskussion, aber Schaffung von Grundlagen und Grundsatzentscheidungen in bestimmter Weise für diese Diskussion, damit sie endlich einmal konkret und nicht immer abstrakt durchgeführt werden kann. (Beifall.) Hier liegt doch der Schwerpunkt der Resolution des Parteivorstands.

Ich bin an dieser Resolution nicht beteiligt; ich habe keinen Anlaß, mich in Einzelheiten derselben jetzt einzulassen. Ich bitte Sie aber, Genossinnen und Genossen, diese Resolution anzunehmen, als einen Beweis dafür, daß die Sozialdemokratische Partei gewillt ist, in voller Kenntnis der wirtschaftlichen Gegebenheiten und in voller Verantwortung für die Auswirkungen konkrete und durchführbare Maßnahmen zur Verwirklichung ihrer Grundsatzforderungen in Angriff zu nehmen und sie der demokratischen Entscheidung zu unterstellen. (Beifall.)

Vorsitzender Max Brauer: Das Wort hat der Genosse Kluncker, Stuttgart; ihm folgt der Genosse Groß aus Niederbayern.

Heinz Kluncker, Stuttgart: Liebe Genossinnen und Genossen! Nach der Bundestagswahl hat man oft die Aussage vernommen, der Arbeitnehmer habe den Kühlschrank und den Fernsehapparat und nicht die sozialdemokratische Vernunft gewählt. Leider ist eine solche Aussage auch am ersten Verhandlungstage von diesem Platz aus gemacht worden. Ich möchte diese Aussage als sehr gefährlich kritisieren; denn sie bedeutet im Umkehrschluß: Wer SPD wählt, gefährdet den Kühlschrank und den Fernsehapparat. Das ist genau die Position, in die uns die Gegner bringen wollen. (Beifall)

Ich möchte dann auf die Aussage von Erich Ollenhauer, die er am Eröffnungstag gemacht hat, eingehen, wo er sagte, die organisierte Arbeitnehmerschaft sei die Kerntruppe der Sozialdemokratischen Partei.

Liebe Genossinnen und Genossen! Wenn man die Entschließung und wenn man die Ausführungen des Genossen Deist kritisch überliest, dann muß man zu der Feststellung kommen, daß diese Aussage in den konkreten Formulierungen nicht ihren Niederschlag gefunden hat. Es entsteht der Eindruck, auch im Verlauf der Diskussion, als sei unsere Partei eine Sammlungsorganisation von Teppich- und Gewürzhändlern, womit ich nichts gegen diesen ehrenwerten Berufsstand sagen möchte. (Teilweiser Widerspruch.)

Ich bin mir auch klar darüber, daß nicht nur Arbeitnehmer, sondern auch andere wirtschaftliche Gruppen ihren legitimen Platz in der Partei haben. Wir sind aber verpflichtet, eindeutig die Erkenntnisse der organisierten Arbeitnehmerschaft in unsere Forderungen einzubauen. Leider vermisse ich bei den Äußerungen des Genossen Deist eine absolute Klarheit darüber. Es werden im Laufe der Rede Konsequenzen gezogen, die in fünf Ordnungsprogrammpunkten ihren Niederschlag finden.

Es ist die Rede von einer konstruktiven Mittelschichtenpolitik. Es ist in diesen fünf herausgestellten Punkten nicht ein einziger Satz gesagt worden über den Status der Arbeitnehmer. Ich möchte auch sagen: über den Status der Arbeitnehmer in den gemeinwirtschaftlichen und öffentlichen Unternehmungen. Diese Frage ist weder in der Resolution noch in den Referaten gebührend berücksichtigt worden.

Ich glaube, wir müssen hier noch einmal herausstellen, daß die Gemeinwirtschaft nicht nur eines der Ordnungsmittel ist, sondern auch eine sittliche Idee, die gegenüber den betroffenen Arbeitnehmern eine Verpflichtung auferlegt.

Ich möchte sagen, daß ich in meiner Berufsarbeit manchmal die Feststellung gemacht habe, daß man diesen Umstand vergessen hat. Es ist so, daß zum Beispiel gemeinwirtschaftliche und andere öffentliche Einrichtungen sich im Interesse einer mittelständischen Politik Reinigungsinstituten — zum Beispiel, das ist ein Symptom — bedienen, und nur sagen: Hier mit diesen Mitteln kann Geld gespart werden. Ich halte das nicht in Übereinstimmung mit den Prinzipien eines gemeinwirtschaftlichen Ordnungsbildes; denn hier wird eine unternehmerische Initiative gefördert, die auf Kosten der betroffenen Arbeitnehmer geht. Das ist unvereinbar mit unseren Grundsätzen. Ich glaube, auch die Lohn-

auseinandersetzungen in öffentlichen Verwaltungen und Betrieben waren etwas überschattet von der allgemeinen Polemik.

Darum sollte man immer wieder darauf hinweisen, daß es trotz gemeinwirtschaftlicher Eigentumsverfassung noch Probleme zu lösen gibt. Wenn man dann feststellt, daß die gemeinwirtschaftlichen Unternehmen, wie das in der Entschließung beabsichtigt ist, der gleichen Steuerpolitik unterworfen werden sollten, dann hat man sich zu fragen, wo denn eigentlich die Zielrichtung einer gemeinwirtschaftlichen Politik liegt. Wir sollten der Entschließung, die zum Antrag 213 gehört, unser Jawort geben, denn sie schafft erst die Voraussetzungen dafür, daß man die gemeinwirtschaftliche Politik sinnvoll ansetzen kann.

Das Unbehagen heute morgen über die Vielzahl der Diskussionsredner zu diesem Thema sollte uns für den weiteren Ablauf dieses Parteitages und auch für die Gestaltung weiterer Parteitage Anlaß sein, darüber nachzudenken, ob die jetzige Form der Abwicklung die geeignete ist, um solche schwerwiegenden Fragen zu behandeln. Wir haben uns in den ersten beiden Tagen eingehend mit den notwendigen außenpolitischen Auseinandersetzungen zu beschäftigen gehabt, und wir glauben alle, daß es sich um eine Lebensfrage handelt. Es geht aber nicht an, daß andere wichtige Fragen eingeengt werden in der Möglichkeit, zu echten Ergebnissen zu kommen. Gerade aber die echten Ergebnisse werden von der Parteiorganisation und von der Öffentlichkeit erwartet. Darum sollten wir vielleicht versuchen, wenn es um konkrete Dinge geht, wie die Entschließung zur wirtschaftspolitischen Frage — dasselbe gilt auch für Parteitagsentscheidungen über die Sozialisierung —, künftig in Arbeitsgemeinschaften und in Plenarzusammenkünften Arbeitsergebnisse zu gestalten, die in der Öffentlichkeit und auch in der Parteiorganisation ihren Bestand haben. (Beifall.)

Vorsitzender Max Brauer: Das Wort hat Genosse Paul Groß, Regen. Als letzter Redner folgt dann der Genosse Franz Sichler, Regensburg.

Paul Groß, Regen: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte meine Redezeit nicht voll in Anspruch nehmen. Ich glaube aber, die Genossinnen und Genossen auf ein ganz besonderes Problem hinweisen zu müssen. Auf diesem Parteitag ist sehr oft davon gesprochen worden, daß es in der Welt wirtschaftlich unterentwickelte Gebiete gibt, und es sind Vorschläge gemacht worden, wie man diesen Gebieten am besten wirtschaftlich helfen könnte. Ich erlaube mir nun, einen Diskussionsbeitrag zu dieser Frage zu leisten und möchte feststellen: Auch in der Wirtschaftswunder-Republik Deutschland gibt es noch Notstandsgebiete und unterentwickelte Gebiete, und es wäre wichtig, wenn wir in erster Linie dafür sorgen würden, daß den unterentwickelten wirtschaftlichen Gebieten in der Bundesrepublik eine entsprechende Hilfe zuteil wird. (Bravo! und Beifall.)

Ich meine hier vor allen Dingen die Gebiete längs der Zonengrenze und entlang der tschechischen Grenze. Ich glaube, daß hier unbedingt eine Hilfe notwendig wäre. Die Menschen in diesen Gebieten warten in wirtschaftlicher Not darauf, daß ihnen geholfen wird.

Es gibt hier noch eine hohe strukturelle Arbeitslosigkeit. In letzter Zeit gehen die größeren Betriebe in diesen Gebieten zudem noch dazu über, daß sie ihre Produktionsstätten aus dem Grenzland in die großen Industriegebiete verlegen, und die Bundesregierung beschränkt sich in der sogenannten Hilfe für diese Gebiete darauf, daß sie — in erster Linie immer vor Bundestagswahlen — den Herrn Bundeskanzler in Großkundgebungen sprechen läßt. Das war 1953 in Regensburg der Fall und 1957 in Passau. Und dann sagt der alte Herr: Also diesmal wird Euch ganz bestimmt geholfen. Die Wirklichkeit aber sieht doch ganz anders aus.

Die Zahl der Arbeitsplätze, die Zahl der Arbeitsmöglichkeiten sinkt von Monat zu Monat ab. Ich möchte hier vor allen Dingen auch auf eine Praxis der repräsentativen Demokratie des Herrn Bundeskanzlers hinweisen. In den Notstandsgebieten — ich sagte es ja bereits — gibt es eine große Zahl von Arbeitslosen, und in jedem Frühjahr gehen die Arbeitsämter dazu über, diese Menschen von ihrer Familie zu trennen und in die Industriegebiete zu verschicken. Man droht diesen Menschen an, daß man eine Sperrfrist auf ihre Arbeitslosenunterstützung legt, wenn sie dieser Aufforderung nicht Folge leisten. Das ist die Praxis, wie sie in der Demokratie des Bundeskanzlers im Notstandsgebiet gehandhabt wird.

Es ist auch auf diesem Parteitag oft gesagt worden, daß die Auseinandersetzung zwischen dem Westen und dem Osten in erster Linie auf dem wissenschaftlichen Gebiet und dem wirtschaftlichen Gebiet stattfinden wird. Dabei ist zu bedenken, daß die Grenzgebiete das Schaufenster der Demokratie nach dem Osten sind. Wenn die Leute von drüben, unsere Brüder aus der Ostzone und die Menschen in der Tschechoslowakei sehen, daß es in der Bundesrepublik in den Grenzgebieten auch nicht besonders gut aussieht, dann eröffnet das bestimmt nicht die Möglichkeit, sie für die westliche Demokratie zu gewinnen. Ich habe es daher bedauert, daß unsere beiden Wirtschaftsexperten, die Genossen Deist und Veit, in ihren Reden auf diese sehr brennenden Probleme nicht eingegangen sind. Ich würde mich daher freuen, wenn in den Schlußworten der beiden genannten Genossen zum Ausdruck käme, was die SPD in dieser Frage zu tun gedenkt. Ich glaube, wenn wir den Menschen in diesen wirtschaftlich schwachen Gebieten der Bundesrepublik die Hoffnung geben können, daß im Falle einer Übernahme der Regierung durch die Sozialdemokratie entsprechende umfangreiche Hilfsmaßnahmen eingeleitet werden, dann wird das die Sozialdemokratie ein gutes Stück weiterbringen. (Beifall.)

Vorsitzender Max Brauer: Das Wort hat der Genosse Sichler, Regensburg.

Franz Sichler, Regensburg: Liebe Genossinnen und Genossen! Mein Vorredner hat bereits das Problem der Grenz- und unterentwickelten Gebiete angesprochen; ich werde mich bemühen, einiges dazu beizutragen. Sowohl der Genosse Deist als auch der Genosse Veit sind in ihren Grundsatzreferaten auf das Problem der Zerreißung Deutschlands durch den unglückseligen Krieg nicht eingegangen; ebenso finden wir es nicht in der Entschließung des Parteivorstandes, Antrag 204.

Genossinnen und Genossen! Die Bundesregierung und die Bundesarbeitsverwaltung glauben, daß sie der Arbeitslosigkeit im Grenzgebiet mit der sogenannten „passiven Sanierung" entgegentreten können. Entgegen den Bestimmungen des Grundgesetzes verschickt man mit Zwangsmethoden die Arbeiter in die westlichen Gebiete. Wenn wir die Ergebnisse der Bundestagswahl 1957 betrachten, dann können wir feststellen, daß in fünf Bundeswahlkreisen in den Bezirken Niederbayern/Oberpfalz fast in jedem Bundeswahlkreis nahezu 5000 Wahlberechtigte weniger gewesen sind als bei der Bundestagswahl 1953. Das kommt von der Abwanderung oder der sogenannten passiven Sanierung.

Liebe Genossinnen und Genossen! Das Wort von der „Sicherung der Vollbeschäftigung" veranlaßt mich, hier etwas zu sagen, und soweit Gewerkschaftskollegen aus diesem Gebiet anwesend sind, müssen sie es mir bestätigen: In diesem Grenzgebiet erlaubt sich eine Anzahl von Arbeitern nicht, sich gewerkschaftlich zu organisieren, weil sie am nächsten Tag von ihrem Unternehmer auf die Straße gesetzt würde. Einige Tage später kommt dann die Vermittlung durch das Arbeitsamt. Ich möchte deshalb bitten, daß in der Entschließung 204 neben den Satz „Sicherung der Vollbeschäftigung" vielleicht noch eingebaut wird: „Schaffung von Dauerarbeitsplätzen im Zonengrenzgebiet und in den wirtschaftlich unterentwickelten Gebieten."

Liebe Genossinnen und Genossen, erlaubt mir, daß ich noch ein Problem anspreche, weil es mir gerade in den letzten Wochen begegnet ist. Die Bundesregierung ist ja zur Zeit damit beschäftigt, die Betriebe, die der öffentlichen Hand gehören, zu verkaufen. Soweit es noch solche Betriebe gibt, die auf Länderbasis oder auf kommunaler Basis von der öffentlichen Hand verwaltet werden und sich dort vielleicht Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsräten befinden, möchte ich bitten, daß sich diese Arbeitnehmervertreter ab und zu einmal mit den Betriebsräten an einen Tisch setzen. Soweit die Kapitalvertreter von der öffentlichen Hand in diesen Staatsbetrieben sitzen, lieber Genosse Deist, möchte ich Dir empfehlen, dafür zu sorgen — ich erinnere mich da an einen Artikel in der „Süddeutschen Zeitung" —, daß nicht die Ministerialbürokratie in diesen Aufsichtsräten so stark vertreten ist; denn dort hat dann die Mitbestimmung der Arbeitnehmer aufgehört, und es bestimmt in diesen Aufsichtsräten die Ministerialbürokratie, weil sie eben so stark vertreten ist. (Beifall.)

Vorsitzender Max Brauer: Damit ist die Rednerliste erschöpft. Zum Schlußwort erteile ich dem Genossen Heinrich Deist das Wort.

Dr. Heinrich Deist: Genossinnen und Genossen! Ich teile das Unbehagen, über das so viele Redner gesprochen haben, nicht. Ich bin schon der Auffassung: Dieses Problem, das wir hier heute behandeln, ist ein Problem, das für Sozialisten an die Nieren geht. Es handelt sich um ein grundsätzliches Problem, und darum ist es gut, daß diskutiert wird. Ich bin auch der Auffassung, daß es gut ist, wenn schon einmal differierende Meinungen vorhanden sind, diese klar auszusprechen, und ich hoffe — das konzediert Ihr mir — ich habe mein Referat so aufgebaut, daß die dahinter-

stehenden Auffassungen so eindeutig und klar waren, daß sie eine Diskussion ermöglichten. (Beifall)

Und diese Diskussion wollten wir haben. Darum haben wir diesmal ein beschränktes Thema auf die Tagesordnung gesetzt. Wir alle haben darunter gelitten, daß über unsere Vorstellung von Gemeineigentum so vielerlei gesagt und auch so vielerlei veröffentlicht worden ist. Ich habe hier Klaus-Peter Schulz „Opposition als politisches Schicksal" vor mir, der dazu sagt: „Bei den Großunternehmungen dachte man freilich bis vor kurzem an Sozialisierung, doch läßt sich aus manchen Äußerungen des letzten Wahlkampfes von prominenter Seite entnehmen, daß diese Absicht aufgegeben wurde. Vorübergehend oder für alle Zukunft?" Ich meine, darüber möchten wir gerade Klarheit haben, und sie sollte in dieser Diskussion geschaffen werden. Genossinnen und Genossen! Wer sich einmal die Entschließung ansieht, der wird in den Abschnitten 3 und 4 über die Energiewirtschaft soviel Positives und soviel Konkretes und soviel Deutliches über Sozialisierung und Gemeineigentum sehen, wie wir es für mein Empfinden bisher in unseren Verlautbarungen nicht gehört haben. (Beifall.) Und darauf kommt es an, daß man über diese Dinge Klarheit schafft.

Genossinnen und Genossen! Ich nehme das Wort auf: Ist das die richtige Methode, solche wichtigen Dinge zu besprechen? Ist es eine richtige Methode, wenn wir in einem Augenblick, wo wir wieder vor Wahlkämpfen, d. h. vor dem Problem stehen, die politische Macht mit demokratischen Mitteln zu erringen? Wäre es da richtig, wenn wir wieder ein Referat über Wirtschaftspolitik gehalten hätten, das die ganze Breite von den Zonengrenzgebieten über die Zerreißung Deutschlands und die Mitbestimmung und alles an Wirtschaftspolitik bis zur Steuer- und Zollpolitik erörtert hätten, und niemand hätte über irgendeines von den Einzelproblemen etwas Konkretes gesagt? Darum, Genossinnen und Genossen, habe ich meine Einleitung damit begonnen, daß ich sagte: Ich erörtere ein begrenztes Gebiet, weil wir endlich dazu kommen müssen, auf begrenzten Gebieten wirklich konkrete Vorstellungen zu entwickeln. Wir meinten, daß es heute unsere Aufgabe sei, das umstrittene Problem Privateigentum und Gemeineigentum, weil es so umstritten ist, in der Realität, in der konkreten politischen Behandlung einige Schritte weiterzuführen. (Beifall.)

Genossinnen und Genossen, dann bitte ich nicht zu sagen: Jetzt fehlt also alles, was den arbeitenden Menschen angeht. Ich dachte, ich hätte das wenigstens am Anfang deutlich zum Ausdruck gebracht, daß alle Teilgebiete unseres politischen Kampfes und alle Institutionen, die geschaffen werden sollen, letzten Endes diesem arbeitenden Menschen und seiner Freiheit zu gelten haben.

Aber, Genossinnen und Genossen, wir sollten nicht nur immer davon reden, daß der Mensch ein gesellschaftliches Wesen ist und daß die ökonomischen Verhältnisse eine große Rolle spielen. Was ist das für eine ökonomistische Auffassung, die da sagte, das Großunternehmen bedrohe doch nicht den Konsumenten, das werde nur über die Meinungsmanipulierung gemacht? Seit wann sind denn die Produktionsverhältnisse reine ökonomische Beziehungen? Das waren schon bei Karl Marx

gesellschaftliche Beziehungen, einschließlich alles dessen, was an psychologischen und soziologischen Faktoren dazugehört.

Diese Dinge sollten wir sehr deutlich sehen. Darum die Frage, wie der arbeitende Mensch im Betriebe stehe, wie wir dafür sorgen können, daß er im Unternehmen ein Stück mehr Freiheit und Bewegungsfreiheit bekommt. Das ist wirklich ein Problem, das man einmal untersuchen müßte. Wir sollten uns doch nicht der Illusion hingeben, daß durch die Überführung in Gemeineigentum formal das Problem der Abhängigkeit und der Hörigkeit der Arbeiter in den Betrieben bereits gelöst sei. (Beifall.)

Ein Genosse hat hier seine Bedenken bezüglich der Behandlung der Arbeitnehmer in gemeinwirtschaftlichen Betrieben zum Ausdruck gebracht. Es wird Euch mancher ähnliches für die öffentlichen Betriebe sagen. Und wenn wir unsere englischen Genossen einmal fragen, wie das Arbeiterproblem und die Mitwirkung der Arbeitnehmer in den nationalisierten Industrien sich entwickelt habe, dann werden wir von ihnen hören, daß dieses Problem durch die Nationalisierung allein nicht gelöst sei. Die Nationalisierung ist natürlich eine bessere Grundlage hierfür.

Aber das Problem selber ist auch in England noch offen, obwohl gute Ansatzpunkte vorhanden sind. Das ist also ein ganz anderes Problem. Natürlich schafft Gemeineigentum uns bessere Grundlagen für die Lösung dieses Problems; aber wer meinte, damit wäre das Problem der Abhängigkeit und Hörigkeit erledigt, der sieht die Dinge viel zu einfach und zu primitiv.

Mir ist dieses Problem der größeren Mitwirkung in den Betrieben — das ist ein konkretes Problem, das kann ich nicht mit ein paar Schlagworten erledigen — viel zu wichtig, als daß ich hätte meinen können, es in diesem Spezialreferat dadurch erledigen zu können, daß ich mit ein paar Sätzen einige Verbeugungen vor ihm mache. Damit kommen wir nicht mehr zurecht. (Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Wenn es uns um den Menschen geht — und zwar nicht um ein Phantom, sondern um den realen Menschen, der an der Werkbank, im Betrieb oder im Büro steht —, dann müssen wir uns darüber klar sein, wie vielfältig heute dieser Mensch in Wirtschaft und Gesellschaft gebunden ist. Das ist nicht nur die ökonomische Abhängigkeit. Da kommen heute in unserem durchorganisierten gesellschaftlichen Leben tausend andere Dinge hinzu, und jede mechanistische Lösung des Problems ist keine Lösung. In einer Gesellschaft, die so vielschichtig ist, wo der einzelne mit tausend Fasern in den verschiedensten gesellschaftlichen Gruppen erfaßt ist, da gibt es keine Generallösung über das Gemeineigentum, sondern da sind viele Maßnahmen zur Lösung nötig.

Da müssen wir sehen, daß so viel Bewegungsfreiheit in diese Wirtschaft und Gesellschaft kommt, daß der einzelne sich wirklich bewegen kann und nicht etwa nur in einen großen Block oder in ein Kombinat eingeschlossen ist.

Dann kann man auch nicht so tun, als wenn jedes private Großeigentum eine Herrschaftsmacht verleihe, die nur durch die Beseitigung des Privateigentums gebändigt werden könne. Dabei werden als Großeigentum

gleich alle die Unternehmungen verstanden, die nicht miteinander im Wettbewerb stehen. Wir wollen das deutlich aussprechen, damit wir uns über die Konsequenzen klar werden. Wenn wir alle die Unternehmungen, die nicht im Wettbewerb untereinander stehen, in Gemeineigentum überführen wollten, dann wären das 60, 70, vielleicht 80 Prozent der deutschen Industrie. Das müssen wir sehen. Und ich möchte wissen, ob wir wirklich ganz konkret, in dieser Welt von heute, wesentlich mehr Freiheit bekommen würden, wenn wir rund 70 Prozent der industriellen Unternehmungen in Gemeineigentum überführen würden. (Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Man ist dann in der Debatte noch weiter gegangen. Ich spreche das so hart aus, nicht, weil ich diese Debatte für gefährlich halte, sondern weil ich meine, auf eine klare Aussage sollte auch eine klare Gegenaussage erfolgen; nur so kann man sich ja über die Probleme klar werden. Es hieß, es seien nicht nur die Großbetriebe, sondern viel schlimmer für die Machtstruktur seien eigentlich die Kleinbetriebe; in dem kleinen Örtchen Sowieso sei der Gemischtwarenhändler eine gesellschaftliche und politische Potenz. Natürlich ist er das; kein Mensch wird das bestreiten. Nur, meint Ihr wirklich, daß man dieses Problem lösen kann, indem man auch hier Gemeineigentum einführt? Da sind doch ganz andere Dinge notwendig. Man sollte doch nicht so mechanistisch denken, als wenn dieses Problem so einfach durch das Generalrezept Gemeineigentum gelöst werden könnte. (Beifall.)

Wir sollten uns hüten, Genossinnen und Genossen! Wir kämpfen doch um die Macht! Wir wollen doch einmal in die Lage kommen, das, was wir vorschlagen, auch durchzuführen! Wir dürfen keine Lösungen suchen, die so simpel sind, daß die Probleme damit nicht einmal ernsthaft angepackt, geschweige denn gelöst werden.

Es wurde dann gefragt, was Kontrolle eigentlich heiße, es bestehe keine Klarheit über das, was Kontrolle ist. Ich habe versucht, klarzumachen, daß man unter öffentlicher Kontrolle nicht primitiv nur ein Modell verstehen darf, sondern daß man dieser Wirtschaft eben nur beikommt, wenn man sie von den verschiedensten Stellen her packt. Ich sage das gerade deswegen, weil ich von der Macht und der Bedeutung derer, die in der Wirtschaft tätig sind, nicht nur in den großen, sondern auch in den mittleren und kleineren Unternehmungen, zutiefst überzeugt bin.

Wir sollten auch wissen — und das müssen wir zur Kenntnis nehmen —, daß der moderne Staat über ein großes Instrumentarium verschiedenster Art verfügt, um die Wirtschaft in seinen Griff zu bekommen.

Ich habe versucht, darzulegen, daß es die verschiedensten Kontrollmethoden gibt. Ich habe mit der leichtesten angefangen, die nicht so sehr wichtig ist — ich gebe das zu —, mit der Fachaufsicht, mit der Gewerbeaufsicht. Ich habe gesagt, das steigere sich nach der Bedeutung der Unternehmungen über die normale Kartellkontrolle und die Investitionskontrolle und die Lenkungsstellen bis zum Gemeineigentum. Ist es dann wirklich richtig, wenn versucht wird, diesen Gedankengang damit ad absurdum zu führen, daß man zeigt, daß die Gewerbeaufsicht hier und da nicht funktioniert hat. Natürlich hat sie hier und da nicht funktioniert.

Ich bin nicht sicher, ob das Gemeineigentum ohne jeden Fehler funktioniert, oder ob es da nicht auch Pannen gibt. Da werden wir schwer aufpassen müssen. Aber man kann doch nicht leugnen, daß es im modernen Staat, durch dessen Hände 30 bis 40 Prozent des Sozialproduktes gehen und damit von ihm gesteuert werden, der die Möglichkeit hat, durch seine Ausgabenpolitik, durch seine Finanzpolitik und Steuerpolitik usw. sehr wirksam das wirtschaftliche Leben zu steuern, daß es in diesem modernen Staat durchaus möglich ist, unter Aufrechterhaltung weitgehender Freiheit die Wirtschaft in den Griff zu bekommen und zu lenken. Wir können aber nicht so einfach argumentieren: Heute funktioniert die Kontrolle nicht, infolgedessen taugt sie nichts; aber wenn wir Gemeineigentum schaffen am Tage X, wobei vielleicht vorausgesetzt wird, daß wir dann auf einmal die gesamte Macht in der Hand haben, dann lösen sich die Probleme von selbst. Nun, wenn wir noch soviel Gemeineigentum haben, aber eine Bundestagsmehrheit wie heute und eine Regierung Adenauer wie heute, dann funktioniert das Gemeineigentum genau so schlecht wie die öffentliche Kontrolle. (Beifall.)

Und wenn wir einmal die Macht erringen, dann hoffe ich, daß wir aus der Zeit zwischen 1918 und 1933 und aus dem, was uns die Gegenseite in den letzten Jahren vorexerziert hat, gelernt und ein ausreichendes Stück Machtbewußtsein und Machtwillen entwickelt haben. (Beifall.)

Dann möchte ich einmal sehen, ob wir mit diesem Instrument nicht mindestens genau so gut arbeiten können wie die heutigen Machthaber. Sie nutzen ihre Mittel, wenn auch in ganz anderer Richtung, als wir es tun würden.

Genossinnen und Genossen! Ich meine, wir sollten die Wirtschaft so sehen, wie sie ist. Natürlich ist der kleine und mittlere Betrieb nicht dasselbe wie ein Handwerksbetrieb vor hundert Jahren. Wer sich dieser Illusion hingibt, sieht eben nicht, was inzwischen geschehen ist. Natürlich ist ein kleiner oder mittlerer Zulieferer für ein großes Automobilunternehmen wesentlich abhängiger als der frühere kleine Handwerker. Das sind wichtige Strukturveränderungen, die sich in der Wirtschaft vollzogen haben. Auch die großen Unternehmer untereinander sind abhängiger voneinander — sie wirken darum zusammen —, als das früher der Fall gewesen ist. Natürlich hat sich hier Zahlreiches in der Struktur der Wirtschaft verändert. Aber, Genossinnen und Genossen, Hand aufs Herz! Nehmen wir einen Steiger, einen Meister, einen leitenden Mechaniker oder Physiker, der ökonomisch ein abhängiger Arbeitnehmer ist, was niemand bestreiten wird. Ich möchte nicht wissen, ob die ganze soziologische und gesellschaftliche Lage dieser Leute nicht in vielen Punkten wesentlich näher ist einem modernen mittleren oder kleinen Unternehmer als manchen Schichten in der Arbeitnehmerbewegung, bei denen es uns bis heute noch nicht gelungen ist, sie auf das Lebensniveau zu bringen, das wir für erforderlich halten. (Beifall.)

Das müssen wir doch sehen, nicht weil wir Freude darüber haben, oder weil wir es mit tränenden Augen sehen, sondern weil wir die Gesellschaft von heute realistisch zu gestalten haben. Die können wir nur gestalten, wenn wir zur Kenntnis nehmen, was in unserer Wirtschaft heute los ist.

Darum ist es nicht so unwichtig, zu sehen, daß mittlere und kleine Unternehmen in der Wirtschaft jedenfalls soziologisch etwas anderes darstellen als große Unternehmungen. (Beifall.)

Wir müssen auch sehen, daß sich diese mittleren und kleinen Unternehmer in großem Umfang bedrängt und bedrückt fühlen von diesen großen Unternehmungen. Wir sollten diesen Leuten ihr Bewußtsein stärken. Aber sollen wir so tun, als gehörten sie eigentlich auf die andere Seite, oder sollen wir ihnen beibringen, daß sie zu uns gehören?

Genossinnen und Genossen! Sehen wir einmal in die anderen Staaten hinein! In England und in den nordischen Staaten gibt man sich große Mühe um Instrumente wie Kartellkontrolle, weil das nämlich bei einer fortschrittlichen Regierung, insbesondere bei einer sozialistischen Regierung, mit all dem, was diese Regierung sonst noch an Mitteln in der Hand hat, ein wirksames Mittel der Beeinflussung der Wirtschaft sein kann. Ist es aber richtig, Genossinnen und Genossen, daß wir ausländische Beispiele nur immer in den Punkten heranziehen, die uns passen, und die Punkte, die uns nicht passen, einfach beiseite lassen? Jede sozialistische Partei ist in ihrem Lande von bestimmten nationalen Bedingtheiten abhängig. Ist es nicht so, daß die Aktivität der Labour Party auf dem Gebiet der Überführung in Gemeineigentum in den ersten Jahren nach dem Kriege so stark vorangetrieben werden konnte, weil eben nach dem Kriege so etwas wie eine revolutionäre Situation vorhanden war? Diese Situation ist doch eine andere als die, die wir heute im restaurativen Deutschland haben. Das sollten wir sehen und die Geschichte auch nicht wie im Zeitraffer zusammenfassen. Zwischen der Sozialisierung Kohle und der Sozialisierung Stahl lagen, wenn ich nicht irre, sechs ganze Jahre. Das hat man auch in England, obwohl man die besondere Situation nach dem Kriege hatte, nicht sofort auf einmal machen können, mit der Gefahr, daß nichts gründlich und ordentlich gemacht würde. Das sollten wir alles sehen. Und wer sich mit englischer Parteigeschichte befaßt, der sollte auch die Diskussionen auf dem vorletzten englischen Parteitag über das hervorragende Dokument „Gesellschaft und Industrie" nachlesen.

Da hat es ähnliche Diskussionen gegeben wie heute, und ich bin der Meinung, solche Diskussionen sind gut. Es gehört nämlich zur guten Tradition der Sozialdemokratie, daß man sich über Grundsatzfragen auseinandersetzt. Wir wissen, daß die Labour Party die Absicht hat, wenn sie an die Regierung kommt, gewisse Probleme der Einkommens- und Vermögensverteilung dadurch zu lösen, daß der Staat sich mit 25 oder mehr Prozent an großen Unternehmungen beteiligt. Da ist auch die Frage aufgetaucht: Verlassen wir damit unseren sozialistischen Weg? Dabei ist — das möchte ich sagen, weil das in unsere spezielle Situation paßt, obwohl der Boden für die Aufnahme sozialistischer Auffassungen in England viel breiter bereitet ist als bei uns — vom Vorsitzenden der Labour-Party, Hugh Gaitskell, erklärt worden: Wenn wir neue Unternehmungen sozialisieren wollen, dann müssen wir uns über zwei Dinge klar sein. Einmal müssen wir ein konkretes Programm haben. Es gibt heute in der Wirtschaft so viele ungeklärte Dinge, die wir durch Enquêten und Untersuchungen klären müssen, bevor wir vor den Wähler hin-

treten und ihn um sein Votum bitten. Er sagte weiter: Da wir als Demokraten verpflichtet sind, um das Mehrheitsvotum der Bevölkerung zu bitten, sind wir auch verpflichtet, unsere Vorschläge so konkret und deutlich darzulegen, daß der Wähler nicht sagen kann: Aha, das steht in deren Programm, also wird es wohl richtig sein, sondern der Wähler muß aus der Sache heraus davon überzeugt sein, daß die Überführung in Gemeineigentum eine dringende, praktische Notwendigkeit ist. Das ist haargenau die Situation, in der wir im Augenblick in Deutschland stehen.

Der Genosse Hesselbach hat, nachdem er dargelegt hatte, daß alle Großbetriebe, die nicht miteinander im Wettbewerb stehen, in Gemeineigentum überführt werden sollten — ein anderer Genosse hat die kleinen und mittleren Betriebe noch dazugenommen —, gemeint, der Staat sei nicht in der Lage, zu kontrollieren, sondern die Kontrolle solle — ich hoffe, ich habe ihn richtig verstanden — beim Parlament, bei den Belegschaften und bei den Gewerkschaften liegen.

Genossinnen und Genossen! Einige haben gemeint, meine Gedanken wären nicht ganz zu Ende gedacht. Vielleicht stimmt das, ich wollte auch nur einen Beitrag zum Weiterdenken liefern. Aber vielleicht denken wir den Gedanken von Hesselbach auch einmal etwas weiter. Wie soll denn diese Gesellschaft aussehen, in der ein so großer Teil der Wirtschaft in Gemeineigentum übergeführt wird und die Kontrolle beim Parlament, bei den Belegschaften und Gewerkschaften liegt? Wir wissen, daß effektive Kontrolle, überhaupt jede öffentliche Tätigkeit gegenüber Wirtschaft und Gesellschaft, irgendeiner Exekutive und Apparatur bedarf. Darum kommen wir nicht herum. Wenn wir Regierung und Staat außer Betracht lassen, dann müßte man sich eine Parlamentsbürokratie schaffen, um das zu ersetzen, was man auch beim Staate nicht haben will. Ob das etwas wesentlich anderes ist, weiß ich nicht, wahrscheinlich aber etwas Schlechteres.

Dann ein zweites, Genossinnen und Genossen! Wie stellt ihr euch denn eine unmittelbare parlamentarische Kontrolle ohne eine Einfügung der Regierung und der Staatsapparatur eigentlich vor? Oder ist doch gemeint, mit der Kontrolle des Parlaments, daß es letzten Endes die öffentliche Hand, die Regierung, sein muß, die die Kontrolle ausübt und ihrerseits vom Parlament kontrolliert wird? Dann brauchen wir aber nicht soviel darüber zu reden; denn das wollen wir auch.

Was heißt „Kontrolle durch Belegschaften, Kontrolle durch Gewerkschaften"? Nehmen wir zunächst die Belegschaften. Hand aufs Herz! Ist es in der modernen Wirtschaft wirklich eine mögliche Vorstellung, daß die Belegschaften der einzelnen Unternehmungen eine Kontrolle über den Betrieb ausüben? Ich bitte, das einmal zu Ende zu denken. Wir haben vor uns nicht irgendeine visionäre Zukunft, wo sich alles in Harmonie auflöst, sondern wir haben eine konkrete Aufgabe vor uns. (Lebhafter Beifall.)

Dann die nächste Frage, Genossinnen und Genossen: Kontrolle durch die Gewerkschaften. Ich möchte auch hier ein ganz offenes Wort sprechen; denn ich glaube, auf diesem Parteitag sollten wir ganz offen miteinander reden; alles andere hat keinen Sinn. Wer von uns ist der Auffassung,

daß die Mitbestimmung im Kohlenbergbau und in der Eisen- und Stahlindustrie alle Probleme gelöst habe? Liegen hier nicht noch große Probleme vor uns? (Lebhafter Beifall.)

Ich möchte nicht mißverstanden werden. Jeder, der die Geschichte kennt, weiß, daß ich bei der Erarbeitung des Mitbestimmungsrechts in Kohle und Stahl beteiligt war, und daß ich ein leidenschaftlicher Vertreter dieses Mitbestimmungsrechts bin und auch bleibe.

Aber, Genossinnen und Genossen, der Sinn der Mitbestimmung ist doch nicht die Kontrolle der Gewerkschaften über die Betriebe. Ihre Aufgabe ist doch, eine demokratische Unternehmensverfassung und damit Grundlagen für eine bessere Mitwirkung der Menschen im Betrieb zu schaffen. Jedenfalls meine ich, die zentrale Aufgabe der Gewerkschaften ist, die Interessen ihrer Arbeitnehmer zu vertreten. (Lebhafter Beifall.)

Wenn sie die Kontrolle der Wirtschaft übernehmen wollten, dann würden sie an den Punkt kommen, wo sie sich überlegen müßten, ob sie nicht ihre eigene Aufgabe verleugnen und aufgeben. (Lebhafter Beifall.)

Wer den Gewerkschaften, den Arbeitnehmerorganisationen die Kontrolle der Wirtschaft geben will, der macht sie zu einem öffentlichen Organ. Das führt zu einem Gewerkschaftsstaat, der mit echter, freier Demokratie, zu der wir uns bekennen, nichts mehr zu tun hat. (Lebhafter Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Ich glaube, ich bin nicht auf jeden einzelnen Punkt eingegangen, aber das, worum es im Kern ging, habe ich vielleicht doch angedeutet.

Ich möchte noch einmal sagen: Uns geht es wirklich um die Freiheit des Einzelmenschen in der Wirtschaft. Aber viel mehr als dieses monomanische Hinstarren auf institutionelle Probleme — Privateigentum, Kontrolle oder Gemeineigentum — viel mehr dazutun kann die gewerkschaftliche Arbeit, die Arbeit von freien Gewerkschaften, die nicht öffentlich gebunden sind und die die Aufgabe haben, für ihre Arbeitnehmer in den Betrieben um mehr Freiheit zu ringen.

Genossinnen und Genossen! Nun möchte ich noch auf ein Problem eingehen, das Genosse Helmut Schmidt aufgeworfen hat. Er hat gefragt: Ist es nicht richtiger, mit Eisen und Stahl zu beginnen? Denn das ist eine größere Machtposition als die Kohle.

Genossinnen und Genossen! Das ist ein Argument, das zu überlegen ist. Darüber ist kein Zweifel. Ich möchte sagen, warum ich nicht gleicher Auffassung bin: Zunächst einmal darf man nicht so einseitig auf die Macht eines bestimmten Industriezweiges hinschauen. Die Machtstruktur der Wirtschaft beruht darauf, daß wichtige Machtgruppen sich gegenseitig tragen. Die Machtposition der Kohle beruht auch darauf, daß sie in den Händen des Stahles ist. Und die Machtposition des Stahles beruht auch darauf, daß er über eine solche Energiegrundlage verfügt. Unter dem Machtgesichtspunkt halte ich es für nicht so entscheidend, welchen Teil, sondern daß wir einen wichtigen Teil, eine Zitadelle herausbrechen.

Ein zweites, Genossinnen und Genossen, das hiermit zusammenhängt: Wir sollten nicht so sehr allein nur auf das Machtproblem starren. Sicherlich — ich glaube, ich habe es deutlich gemacht durch meine Einleitung, und was ich sonst zu schreiben und zu sagen pflege, daß ich dieses Machtproblem in der Wirtschaft für ernst halte.

Aber, Genossinnen und Genossen, nicht das allein ist entscheidend. Willi Birkelbach hat dazu einige, glaube ich, gute Ausführungen gemacht. Alles, was wir erstreben und wünschen, hängt davon ab, daß wir eine stetige Produktivitätssteigerung, einen gesicherten Aufschwung der Wirtschaft und eine Steigerung des Lebensstandards erreichen. Sonst ist alles eitles Gerede. Und darum ist es wichtig, daß wir auch den Gesichtspunkt, daß ein Industriezweig für diese Entwicklung von entscheidender Bedeutung ist, berücksichtigen.

Genossinnen und Genossen! Die Energiewirtschaft ist die Grundlage für die Entwicklung der modernen Wirtschaft. Sie wird eine immer größere Bedeutung haben, und für die Sicherung eines gesunden Wirtschaftsablaufes ist die Energiewirtschaft wichtiger als der Stahl, der — rein wirtschaftlich gesehen — sowieso funktioniert; denn er wirft alle die Probleme für eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung nicht auf, die uns beim Kohlenbergbau beunruhigen.

Ein letztes, Genossinnen und Genossen, und dabei komme ich nun wieder auf den Menschen im Betrieb: So, wie sich die Dinge in der Energiewirtschaft entwickeln, muß man damit rechnen, daß sie in den nächsten Jahren und Jahrzehnten einem starken Strukturwandel unterliegt. Das hängt mit dem Aufkommen der Mineralölwirtschaft, mit dem Aufkommen der Atomenergie usw., zusammen. Diesem Prozeß muß sich der Bergbau anpassen. Und nach seiner ganzen wirtschaftlichen Struktur, die ich geschildert habe, ist er darin der schwächere Teil. Er kann in diesem harten Konkurrenzkampf, der bis zur Vernichtung gehen kann — und die Mineralölwirtschaft ist zu einem harten Konkurrenz- und Vernichtungskampf durchaus in der Lage —, sehr leicht unter die Räder kommen und damit jene Hunderttausende von Bergarbeitern an der Ruhr. Hier muß die Entwicklung der Kohlenwirtschaft auf lange Sicht in Einklang gebracht werden mit der Entwicklung der Atomenergie- und der Mineralölwirtschaft, damit nicht untragbare soziale Schäden entstehen, Darum müssen wir im Interesse dieser arbeitenden Menschen den Kohlenbergbau in Gemeineigentum überführen.

Genossinnen und Genossen! Als ich die heutige und auch die gestrige Diskussion verfolgte (Zuruf: Bitte, ins Mikrofon sprechen!) — danke! —, ist mir eine merkwürdige Erinnerung gekommen. Ich hatte mich, weil ich dieses Thema auf zahlreichen Bezirks- und sonstigen Funktionärskonferenzen zu behandeln hatte, auch wieder einmal in der Geschichte der Sozialdemokratie und ihrer Parteitage umgesehen, um auch auf diesem Gebiet gegenüber etwaigen Einwänden gewappnet zu sein. Das muß man ja wohl tun, wenn man eine gesunde und fruchtbare Debatte haben will. Da bin ich auf den Parteitag der Mehrheitssozialdemokratie in Görlitz im Jahre 1921 gestoßen, und ich bitte, aus diesem Protokoll einige wenige Zeilen verlesen zu dürfen, die uns zeigen — nein,

ich will nicht sagen „zeigen" —, die es so scheinen lassen, als wenn wir in der Debatte über dieses Problem in diesen mehr als 35 Jahren eigentlich nicht viel weitergekommen wären.

Auf dem Görlitzer Parteitag fand ein großes Rededuell zwischen Ströbel und Friedrich Stampfer statt. Ströbel schloß seine Ausführungen, „daß auch das weltanschauliche Moment der Sozialisierung eine ungeheure Rolle für die politische Entwicklung spielen wird. Der Arbeiter hungert nach einem Weltanschauungsinhalt, nach großen Zielweisungen. Wenn der Proletarier nicht mehr an die Religion der Sozialisierung zu glauben vermag, dann wird er an der sozialistischen Bewegung irre."

Heute werden nicht mehr so große Worte gesagt. Aber aus vielem klang doch so ein Wunderglaube an das heraus, was hervorkommt, wenn wir möglichst alles in einem Prozeß in Gemeineigentum überführen. Friedrich Stampfer hat damals geantwortet: „Darüber müssen wir uns klar sein, daß wir nicht in die Gefahr kommen dürfen, uns in einem neuen Utopismus zu verlieren. Wir dürfen uns nicht in die durchaus unmarxistische Wahnvorstellung verstricken, als ob es möglich wäre, durch einen rein mechanischen Umorganisierungsprozeß, der durch Gesetzgebung und Verwaltung der Wirtschaft aufgezwungen ist, eine plötzlich grundstürzende Wandlung der ganzen Gesellschaft zum Besseren herbeizuführen. Vor dieser durchaus unmarxistischen Vorstellung müssen wir uns unter allen Umständen hüten."

Genossinnen und Genossen! Als mir der Parteivorstand den Auftrag gab, dieses Referat zu halten, und als ich an das Referat heranging, dachte ich an die Geschichte der Sozialdemokratie von 1918 bis 1933. Ich habe sie bewußt miterlebt. Ich will hinzufügen, ich war Mitglied der Mehrheitssozialdemokratie; ich bin also gewissermaßen mitverantwortlich! Aber es handelt sich gar nicht darum, über die Vergangenheit zu rechten und zu sagen, was war recht und was war schlecht, sondern es geht darum, gewisse Folgerungen zu ziehen.

Genossinnen und Genossen! Wenn ich diese Zeit überblicke, diese doch nach ihrem Ergebnis recht traurige Zeit von 1918 bis 1933, wird mir wieder bewußt, daß wir damals den Zwiespalt hatten, ungeachtet der Programme, die damals genau so wenig nach unten durchkamen wie heute unser Aktionsprogramm, daß ungeachtet dieser Programme die ganze Terminologie und die ganze Diskussion von bestimmten dogmatischen Vorstellungen beherrscht wurde und daß demgegenüber eine völlig opportunistische Politik geführt wurde, die mit der vertretenen Doktrin nicht mehr das geringste zu tun hatte. (Lebhafter Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Deshalb habe ich in meinem Referat mit Bewußtsein und mit Absicht gesagt, wir müssen diese Einheit von Doktrin und politischer Praxis herstellen. Da darf nicht soviel dazwischen liegen an Möglichkeiten und Unmöglichkeiten! Wir müssen aus der Doktrin unsere konkreten Forderungen, die die Menschen draußen kennen wollen, ableiten, so ableiten, daß sie nicht nur die anderen überzeugen, sondern auch für uns wirklich verbindlich und verpflichtend sind.

Genossinnen und Genossen! Das Problem, vor dem wir stehen und um das wir nicht herumkommen, nach zwei Wahlgängen: 1953 und 1957, ist

das: Wir müssen Methoden finden, eine Haltung und eine Sprache finden, mit der es uns gelingt, mindestens 50 Prozent der Bevölkerung für uns zu gewinnen. (Lebhafter Beifall.)

Daran müssen wir in jedem Augenblick denken. Wenn wir nicht daran denken, haben alle übrigen noch so schönen Überlegungen ihren Sinn verloren. (Lebhafter Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Ich möchte jetzt eine Frage aufnehmen, die von einem Diskussionsredner gestellt wurde: Wer hindert uns denn, heute an einem so wichtigen Zweig wie der Energiewirtschaft zu zeigen, was wir unter Gemeineigentum verstehen? Wer zwingt uns, zu sagen: Wir müssen das noch einmal theoretisch erörtern und noch einmal zwei Jahre zurückstellen und es darum dem Parteivorstand als Material überweisen. Nein, der Parteivorstand — wir wollen ja gar nichts vorab entscheiden — soll den Auftrag erhalten, ein konkretes, ausführliches Programm auszuarbeiten. Es muß ein realistisches Programm sein, das die Menschen draußen verstehen. Es darf nicht im Theoretischen steckenbleiben, wie sich zum Beispiel unsere heutige Diskussion noch etwas im Theoretischen halten muß. Das Programm soll in der Partei und in der Öffentlichkeit zur Diskussion gestellt werden. Und dann soll auf dem nächsten Parteitag — so lautet doch der Abschnitt V dieses Antrags — über dieses Programm entschieden werden, damit es als Grundlage für das Wahlprogramm dienen kann.

Genossinnen und Genossen! Darum bitte den Antrag 204 nicht als Material überweisen ohne Verpflichtung; denn sonst stehen wir 1960 wieder da und überlegen, wie wir das machen wollen. Hier ist ein erster Ansatzpunkt zur praktischen Politik. Dazu sollen wir uns bekennen.

Wenn mich hier etwas traurig berührt hat, dann ist es das, daß hier überwiegend ganz allgemein über Gemeineigentum gesprochen worden ist. Aber über das, was in dieser Vorlage konkret enthalten ist, wurde kaum gesprochen. Warum eigentlich ist nicht über die Energiewirtschaft gesprochen worden? Nur zwei Genossen haben dieses Thema berührt, Helmut Schmidt und Willy Birkelbach. Die anderen interessiert das anscheinend nicht so sehr. Warum wird nicht gesprochen über das Kapitel IV: „Wie soll Gemeineigentum aussehen?" Wenn Überführung in Gemeineigentum eine Verpflichtung ist, eine konkrete Aufgabe, dann müssen wir uns doch mit diesen Problemen zumindest befassen. Ich meine deshalb, Genossinnen und Genossen, daß dieser Antrag eine gute Grundlage für eine ernsthafte Diskussion dieser Probleme ist.

Ganz klar müssen wir uns überlegen, Genossinnen und Genossen: Worum geht es bei dieser Auseinandersetzung um die Annahme des Antrags 204? Da gibt es zwei verschiedene Argumentationen, und ich will es ganz rücksichtslos und deutlich sagen: Es gibt Genossinnen und Genossen, denen die Teile unseres Aktionsprogramms über Freiheit und Wettbewerb, über die Mittelschichten, über Privateigentum und Gemeineigentum nicht gefallen. Sie meinen, das sei keine Grundlage für eine sozialistische Politik. Das ist aus einer Anzahl von Diskussionsreden, aus der darin gegebenen Analyse und den gezogenen Konsequenzen deutlich zu ersehen. Ich bin der Auffassung, wer dieser Auffassung ist, soll das sagen, und wir haben darüber zu entscheiden. Es ist kein Unglück für

eine Partei, wenn sich herausstellt, daß in ihr über bestimmte Punkte verschiedene Meinungen vorhanden sind. (Beifall.)

Es ist viel besser, wir haben den Mut, zu entscheiden und zu sagen: „Das ist die offizielle Meinung!" Dann kann man das Problem intern ruhig weiter diskutieren, denn eine Entscheidung besagt doch niemals, daß damit unter allen Umständen und für alle Ewigkeit das Richtige beschlossen sei. Es wäre aber für die Partei ein Unglück, in unserer heutigen politischen Situation — und an die sollten wir immer denken —, wenn wir etwa eine verwaschene Formulierung annehmen oder sagen würden, wir vertagen das Problem noch einmal. Mit Vertagen lösen wir kein Problem. (Beifall.) Dieses Problem steht 60 Jahre auf der Tagesordnung. Da schadet es gar nichts, wenn wir es in Angriff nehmen.

Was steht in diesem Antrag? Jeder muß seine Verantwortung übernehmen, wenn er zu diesem Antrag Stellung nimmt. Im Abschnitt I steht im Grunde genommen ein Extrakt des Dortmunder Aktionsprogramms über die Bedeutung der mittleren und kleineren Unternehmungen — Privateigentum —, und dieser Abschnitt I fügt mit aller Deutlichkeit hinzu, daß ein wesentliches, unabdingbares Element der sozialdemokratischen Politik das Gemeineigentum ist. Ich meine, beide Dinge sind wichtig, und vor der Entscheidung über beide Dinge sollten wir uns nicht drücken. Was war denn der Mangel in der Vergangenheit, Genossinnen und Genossen? Jeder, der vor Mittelständlern sprach, konnte ein Mittelschichtenprogramm entwickeln und so tun, als ob die Forderung nach Gemeineigentum für die Sozialdemokratie gar nicht existiere. Und viele, die über Gemeineigentum vor Schichten sprachen, die dieses Problem ansprach, konnten so tun, als ob Mittelschichtenpolitik nur eine Verzierung am Rande sei. Was wir hier deutlich sagen, ist, daß das unabdingbare Bestandteile einer einheitlichen Politik sind, die sich gegenseitig ergänzen.

Dazu gehört das Privateigentum in den mittleren und kleineren Unternehmungen, ebenso wie das freie gemeinwirtschaftliche Eigentum und wie das Gemeineigentum in öffentlicher Hand. Das sollte hier — es liegt im Aktionsprogramm drin, ist also gar nichts Neues — im Hinblick auf die Diskussionen, die wir in der Vergangenheit gehabt haben, deutlich werden. In unserem Programm ist keine Gruppe herausgestellt, wir haben nicht einzelne Bestandteile für jede einzelne Interessengruppe, sondern ein geschlossenes, freiheitliches, sozialistisches Programm. Das kommt im Abschnitt I des Antrages zum Ausdruck. Wer den Abschnitt I ablehnt, gibt einen wesentlichen Teil des Dortmunder Aktionsprogramms auf. Nachdem dieser Antrag vorliegt, könnte das nicht ohne Konsequenzen draußen bleiben. Wenn die Sozialdemokratie sich weigern würde, diese Bestandteile ihres Programms durch Annahme dieser Resolution zu unterstreichen, so wäre damit, Genossinnen und Genossen, das Grundsatzprogramm in keiner Weise präjudiziert, aber unser Aktionsprogramm desavouiert. Vielleicht überlegen sich auch diejenigen, denen es wirklich um eine sachliche Lösung dieses Problems geht, folgendes: Wir verwenden nicht mehr den Ausdruck „Grundstoffindustrien", weil das eine vielleicht überholte Vorstellung ist. Wer weiß, ob, wenn wir in einigen Jahren einmal vor der gleichen Frage für andere Industriezweige stehen sollten, andere Gebiete nicht viel wichtiger sind als dieser alte, geschlos-

sene Komplex „Grundstoffindustrien". Wir nehmen uns doch die Freiheit der Entscheidung für den Augenblick, wo es darauf ankommt, wenn wir unseren Aufgabenbereich vorher so eingrenzen. Das sollten die Genossen, die diese Entschließung lesen, auch bedenken. Wir machen uns den Weg für unsere Entscheidung freier, wenn wir es ablehnen, in Perfektionismus einen bestimmten Bereich in Katalogform abzugrenzen. Darum ist Abschnitt I also wichtig. Er legt die Geschlossenheit des Programms dar.

Was steht in Abschnitt II? Wir brauchen nicht lange zu streiten: Bekenntnis zur Gemeinwirtschaft und Ablehnung der Angriffe auf öffentliches Eigentum. Nichts ist wohl aktueller als dieser Abschnitt II.

Und die Abschnitte III und IV, Genossen? Da ist einmal versucht worden — und es ist da keinerlei Bindung drin —, gewisse Prinzipien aufzustellen, wie das, was wir in Gemeineigentum überführen, aussehen soll. Das soll deutlich machen, daß es sich um ein ernstes, konkretes Problem handelt. Und was steht im Abschnitt V? Im Abschnitt V steht, der Parteivorstand soll auf der Grundlage dieser Richtlinien in den Abschnitten IV und V ein Programm für die gemeinwirtschaftliche Ordnung der Energiewirtschaft vorlegen, damit wir es 1960 haben und in der ganzen Zwischenzeit darüber diskutieren können.

Genossinnen und Genossen, lassen Sie mich zusammenfassen: Es wird nicht das Grundsatzprogramm vorweggenommen, aber es werden einige Dinge, die ins Rutschen gekommen waren, für die Öffentlichkeit klargestellt. Es wird außerdem unseren Genossen und der Öffentlichkeit draußen Material gegeben, damit sie sich selber und anderen Klarheit darüber schaffen können, daß Gemeineigentum nicht nur ein Phantom ist, sondern daß wir ganz konkrete Vorstellungen mit der Überführung in Gemeineigentum verbinden.

Genossinnen und Genossen, ich möchte ganz nüchtern schließen. Ich glaube, es ist eine Frage der politischen Verantwortung, die an jeden einzelnen hier gestellt ist, denn die Diskussion hat gezeigt, daß diese Frage nicht nur uns an den Nerv geht. Hier erwartet die Öffentlichkeit eine Antwort. Jeder einzelne muß sich entscheiden, ob er ein solches Problem vertagen will oder meint, daß wenigstens dieses begrenzte Problem heute durch Annahme des Antrags entschieden werden soll. Ich möchte dringend bitten, eine politische Entscheidung zu treffen und ihr nicht auszuweichen. (Bravo-Rufe und stärkster, langanhaltender Beifall.)

Vorsitzender Max Brauer: Genossinnen und Genossen! Der Genosse Hermann Veit hat mich ermächtigt, zu erklären, daß er mit den Darlegungen seines Mitreferenten, des Genossen Deist, vollständig einverstanden ist. (Bravo-Rufe und Beifall.)

Er hält es damit nicht für notwendig, von seinem Recht auf ein Schlußwort noch Gebrauch zu machen. (Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Ich schlage nun namens des Präsidiums folgende weitere Behandlung der noch nicht behandelten Tagesordnungspunkte vor: Vornahme der Abstimmungen zu Punkt 3 b im Anschluß an die Behandlung des Grundsatzprogramms. (Lebhafter Widerspruch. — Zurufe: Nein! Jetzt!)

Darf ich also fragen, ob die Abstimmung jetzt gewünscht wird? (Zurufe: Jawohl!)

Wer ist für die Abstimmung jetzt? — Die Mehrheit. Dann bin ich aber der Meinung, wir sollten die Abstimmung über alle vorliegenden Anträge durchführen.

Der erste Antrag, der zur Entscheidung steht, ist die Entschließung 204. Zu dieser Entschließung ist ein Abänderungsantrag eingereicht, der wünscht, daß in Abschnitt 4 Ziffer 6 der letzte Satz gestrichen wird, der lautet: „In Gemeineigentum überführte Unternehmungen unterliegen grundsätzlich der gleichen Steuerpflicht wie private Unternehmungen." Das ist ein Abänderungsantrag.

(Zuruf: Zurückgezogen!)

Er ist zurückgezogen.

Damit bleibt nur noch die Resolution, die Entschließung. (Widerspruch.) Für die Entschließung liegt ein Überweisungsantrag vor, der lautet: Die Entschließung „Freiheitliche Ordnung der Wirtschaft" wird der Partei als Material zur Diskussion über das Grundsatzprogramm zugeleitet. Ein Überweisungsantrag ist zunächst zur Abstimmung zu bringen. (Sehr richtig!) Ich bitte die Genossen, die für diese Überweisung stimmen wollen, die Stimmkarte zu zeigen. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Das letztere war die überwiegende Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Entschließung 204, und ich bitte, die Stimmkarte zu zeigen bzw. das Handzeichen zu geben, wer für diese Entschließung stimmen will. — Ich darf die Mitglieder der Mandatsprüfungskommission bitten. — Gegenprobe! — Ich glaube, wir brauchen nicht auszuzählen; das ist die Minorität. Die überwältigende Mehrheit ist für die Annahme der Entschließung. (Bravo!-Rufe und Beifall.)

Um aber auch letzte Klarheit zu schaffen — wir sind bisher so vorgegangen —, bitte ich doch noch diejenigen, die sich enthalten haben, ihre Stimmkarte zu zeigen. Es sind zwei Enthaltungen. (Zuruf: Drei!) Das ist eine Unterstreichung der Abstimmung.

Ich stelle jetzt fest, daß damit erledigt sind die Anträge 43, 44, 46 bis 53, 55, 57 bis 60 und 62.

Es bleibt dann noch offen der Antrag 45. Überweisung an den Parteivorstand ist von Parteiausschuß und Parteivorstand empfohlen worden. Wer so beschließen will, den bitte ich das Stimmzeichen zu geben. — Gegenprobe. — Es ist mit überwältigender Mehrheit Überweisung an den Parteivorstand beschlossen.

Zu Antrag 53 sind Abschnitt 1 und Abschnitt 2 durch die Entschließung gedeckt. Offen bleibt Abschnitt 3, über den wir abstimmen müssen, weil hier auch Überweisung an den Parteivorstand empfohlen wird. Wer dieser Empfehlung zustimmen will, den bitte ich, das Handzeichen zu geben. — Gegenprobe. — Es ist so beschlossen.

Dann Antrag 54: Hier ist Überweisung an die Programmkommission empfohlen. — Wer für die Überweisung an die Programmkommission ist, den bitte ich, das Stimmzeichen zu geben. — Bitte die Gegenprobe. — Es ist so beschlossen.

Dann Antrag 56 (Bezirk Südbayern): Hier wird die Überweisung an den Parteivorstand empfohlen. Wer dieser Empfehlung folgen will, den bitte ich, das Stimmzeichen zu geben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Es ist so beschlossen.

Der Antrag 64 steht nun zur Entscheidung. Hier wird auch — vom Parteivorstand und vom Parteiausschuß — empfohlen: Überweisung an den Parteivorstand. Wer so beschließen will, den bitte ich, das Stimmzeichen zu geben. — Ich bitte um die Gegenprobe; es ist so beschlossen.

Jetzt sind noch die Anträge 61 und 63 offen, wie mir mitgeteilt wird. Bei Antrag 61 wird Überweisung an die Fraktion empfohlen. Wer so stimmen will, den bitte ich, das Stimmzeichen zu geben. — Die Gegenprobe. — Der Antrag ist an die Fraktion überwiesen.

Antrag 63 ist noch offen. Da wird ebenfalls Überweisung an die Fraktion empfohlen. Wer Antrag Nr. 63 an die Fraktion überweisen will, den bitte ich, das Stimmzeichen zu geben. — Ich bitte um die Gegenprobe; das ist so beschlossen. (Zurufe.)

— Den Antrag 64 hatten wir schon vorweggenommen — welchen noch? (Zuruf: 58!)

— In Antrag 58 soll der erste Teil gedeckt sein durch die Entschließung. Dann sollen der letzte und vorletzte Absatz hier noch zur Entscheidung kommen. (Zurufe.)

— Zum vorletzten Absatz stellt das Büro fest, daß er seine Erledigung durch Antrag 181 gefunden hat. Nun bleibt aber noch der letzte Absatz. Hier wird empfohlen, ihn abzulehnen. Wer dieser Empfehlung der Ablehnung zustimmen will, den bitte ich, das Stimmzeichen zu geben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Das erste war die einwandfreie Mehrheit.

Damit haben wir die zu diesem Tagesordnungspunkt vorliegenden Anträge alle erledigt.

Und nun zu dem weiteren Fortgang unserer Verhandlungen: Wir hatten ursprünglich beabsichtigt, den Tagesordnungspunkt 5 folgen zu lassen und vorzuziehen. Wir möchten aber gerne, daß die Referate der Genossen Knoeringen und Arndt noch vor der Mittagspause entgegengenommen werden und daß die Diskussion über „Kultur und Politik" mit der Diskussion über das Grundsatzprogramm verbunden wird. Dann könnten wir heute nachmittag um 15 Uhr mit der Beratung des Tagesordnungspunktes „Aufbau der Parteiorganisation" beginnen.

Wir möchten, wie ich schon ausgeführt habe, die Diskussion in den Landsmannschaften heute abend dadurch befruchten, daß die organisatorischen Änderungen dann schon im Parteitag ihre Erledigung gefunden haben. Die Landsmannschaften werden dann für die Wahlen eine bessere Grundlage zur Stellungnahme haben.

Damit würden wir jetzt übergehen zur Beratung des Tagesordnungspunktes 3 c „Kultur und Politik".

Der erste Referent ist der Genosse Waldemar von Knoeringen, dem ich das Wort erteile. (Lebhafte Zurufe: Pause!)

Es werden fünf Minuten Pause gewünscht. Wir haben immerhin noch anderthalb Stunden. Ich weiß nicht, wie die Referenten disponiert haben;

aber wir sollten daran festhalten, daß wir die beiden Referate noch vor der Mittagspause erledigen. (Zustimmung.)

(Unterbrechung der Sitzung von 11.25 bis 11.32 Uhr.)

Vorsitzender Dr. Alex Möller: Die Verhandlungen sind wieder eröffnet. Genossinnen und Genossen! Ich habe zunächst auf der Tribüne des Hauses 14 Freunde aus Finnland, die vom Buchdruckerverband hier sind, zu begrüßen. (Lebhafter Beifall.)

Nun kommen wir zur Behandlung des Punktes 3 c der Tagesordnung:

Kultur und Politik

Mit diesem Punkt 3 c ist der Entschließungsantrag 205 verbunden, der sich auch auf die Anträge der Vorlage 66 und 67 bezieht.

Ich mache darauf aufmerksam, daß die Diskussion morgen mit der Diskussion zum Grundsatzprogramm verbunden wird, und daß damit über die Entschließung und über die Anträge erst morgen abzustimmen ist.

Wir würden also versuchen, noch vor der Mittagspause die beiden Referate entgegenzunehmen. Als erster spricht Waldemar von Knoeringen zu uns.

Waldemar von Knoeringen hat das Wort. (Beifall.)

Waldemar von Knoeringen: Genossinnen und Genossen! Auf dem Parteitag, den wir vor zwei Jahren in München durchgeführt haben, war eines der Hauptthemen die „zweite industrielle Revolution". Als wir den Parteitag verlassen hatten, konnten wir erwarten, daß die Partei die neuen Probleme mit Schwung aufgreifen werde und daß sich eine bewegte innere Diskussion in der Partei entwickeln würde. Es ist anzuerkennen: Es kam Düsseldorf, die „Mobilisierung des Geistes", es kamen Länderkonferenzen, es kamen verschiedene Anträge der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion und der Landtagsfraktionen, die dieses Thema in den Parlamenten in den Kreis der Betrachtungen gerückt haben. Aber — das sage ich gleich als kritisches Wort zu Beginn dieser Diskussion: Es kam nicht jene innere Leidenschaft und Aktivität in die Partei, ohne die nun einmal eine entscheidende Initiative auch in einer solchen Frage nicht zu entwickeln ist.

Wer die Diskussion seit dem 15. September in den Organen unserer Partei verfolgt hat, der weiß, daß eine Fülle von Problemen — Sozialisierung, sind wir eine Volks- oder sind wir eine Massenpartei — stark im Vordergrund standen, daß aber die Erörterung gesellschaftspolitischer und geistiger Fragen mehr eine Hintergrundrolle gespielt hat.

Das, meine lieben Genossinnen und Genossen, drückt sich auch aus in der Antragstellung auf diesem Parteitag. Zu dem Punkt, zu dem ich hier spreche, liegen nur zwei Anträge vor. Daraus zeigt sich — für mich jedenfalls —, daß die Problematik, die der Genosse Arndt und ich hier zu behandeln haben, im Bewußtsein der Partei offenbar noch nicht jene Tiefenwirkung erreicht hat, die die Voraussetzung dafür ist, daß die Sozialdemokratische Partei überhaupt ihren Weg in die Zukunft finden kann. (Beifall.) Ich bin daher dankbar, daß ich die Gelegenheit habe, hier vor diesem Parteitag offen meine Auffassung darzutun. Ich kann mir den-

ken, daß ich da und dort auf einen gewissen Widerstand stoßen werde. Darf ich die verehrten Delegierten noch einmal hinweisen auf den Text der Entschließung 100, die auf dem Parteitag in München beschlossen worden ist.

Dort heißt es:

> „Weder die Diktatur noch die Methoden kapitalistischer Wirtschaft können die Menschen auf eine höhere Stufe führen. Der Umbau unserer gesellschaftlichen Ordnung ist das Gebot der Stunde. Die Zusammenballung technischer, wirtschaftlicher und politischer Macht verlangt erhöhte und wirksamere Kontrolle der Macht. Diese Kontrolle muß in der politischen Urteilsfähigkeit und in der Entscheidungsbereitschaft des ganzen Volkes wurzeln. Politische Bildung wird damit zur Schicksalsfrage der Demokratie.
>
> Der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands erwächst die Aufgabe, auf den Verhältnissen unserer Zeit die Mittel zu ihrer Beherrschung zu entwickeln. Auch die Sozialdemokratie geht in einen neuen Abschnitt ihrer politischen Wirksamkeit. In enger Verbindung von Politik und wissenschaftlicher Erkenntnis führt sie ihren Kampf um die Höherentwicklung freiheitlicher Kultur und die Vertiefung des Menschentums."

So weit, Genossinnen und Genossen, aus der Entschließung, die ich allen, die draußen zu sprechen haben, nachträglich zur Lektüre sehr empfehle. In den zwei Jahren, die vergangen sind, ist der Ruf der Zeit noch in stärkerer Weise an uns gerichtet worden. Auch der demokratische Sozialismus muß sich durch die dynamische Entwicklung in unserer Gesellschaft herausgefordert fühlen. Daher müssen wir versuchen, über München hinauszugehen und neue Einsichten zu entwickeln.

Genossinnen und Genossen, meine Schlußfolgerung möchte ich vorwegnehmen, und ich hätte sie dann zu begründen. Es geht mir darum, dem Parteitag die Einsicht nahezubringen, daß in der gegenwärtigen Phase unserer Entwicklung dem Begriff „Kultur" im weitesten Sinne eine neue und entscheidende Bedeutung sowohl in der sozialistischen Programmatik als auch in der praktischen Tagespolitik zukommen muß. (Beifall.)

Kulturpolitik darf nicht etwas sein, was a u c h zu unseren Interessen gehört (sehr gut!), sondern sie ist — und ich weiß, was ich hier aus meiner Einsicht sage — für die kommenden Jahre und Jahrzehnte, zumindest im westlichen Teil der Welt, das eigentliche Feld der Bewährung. (Beifall.)

Auf ihm fallen die Entscheidungen, ob die Freiheit in der technischen Zivilisation bestehen kann und welche Richtung die menschliche Geschichte nehmen wird. Kulturpolitik wird zur Kernfrage des demokratischen Sozialismus. Und darüber gilt es zu sprechen.

Genossinnen und Genossen! Als unsere Gründer vor hundert Jahren zu dem Kampf um Menschenwürde und Gerechtigkeit angetreten sind, da war für sie kennzeichnend das Sozialethische in den Forderungen, die sie erhoben haben. Lassen wir kurz die Fackelträger dieses Aufbruchs einmal zu uns sprechen.

Friedrich Engels, dessen Bedeutung im Licht unserer Zeit zu wachsen scheint, hat am Schluß seines Buches „Von der Utopie zur Wissenschaft"

seinen zentralen Gedanken über das Ziel des Sozialismus in folgenden Sätzen ausgedrückt. Wenn Sie jetzt diesem Zitat folgen, dann spüren Sie den modernen Zug in diesen Feststellungen, die große Programmatik, den großen Bogen, der in dieser Politik gelegen hat. Er spricht von der Anarchie, in der die Menschen ihre Geschichte vollziehen, daß sie Kräften unterworfen sind und daß es darauf ankomme, daß die Anarchie innerhalb der gesellschaftlichen Produktion ersetzt werde durch planmäßige, bewußte Organisation. Er sagt dann weiter:

> „Der Kampf ums Einzeldasein hört auf. Damit erst scheidet der Mensch in gewissem Sinne endgültig aus dem Tierreich, tritt aus tierischen Daseinsbedingungen in wirklich menschliche. Der Umkreis der die Menschen umgebenden Lebensbedingungen, der die Menschen bis jetzt beherrschte, tritt jetzt unter die Herrschaft und Kontrolle der Menschen, die zum ersten Male bewußte wirkliche Herren der Natur werden, weil und indem sie Herren ihrer eigenen Vergesellschaftung werden. Die Gesetze ihres eigenen gesellschaftlichen Tuns, die ihnen bisher als fremde, sie beherrschende Naturgesetze gegenüberstanden, werden dann von den Menschen mit voller Sachkenntnis angewandt und damit beherrscht. Die eigene Vergesellschaftung der Menschen, die ihnen bisher als von Natur und Geschichte aufgenötigt gegenüberstand, wird jetzt ihre freie Tat. Es ist der Sprung der Menschheit aus dem Reich der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit."

Ferdinand Lassalle, auch ein Moderner, möchte ich sagen, sieht den letzten Sinn des politischen Kampfes darin, „das menschliche Wesen" — wie er sagt — „zur positiven Entfaltung und fortschreitenden Entwicklung zu bringen, die Kultur, deren das Menschengeschlecht fähig ist, zum wirklichen Dasein zu gestalten, d. h. die Erziehung und Entwicklung des Menschengeschlechts zur Freiheit".

Auch der junge Marx steigt in die Arena der theoretischen und politischen Auseinandersetzung mit einer sozialethischen Sinngebung. In seinen ersten Schriften spricht er von jener heute berühmt gewordenen und so modern klingenden Selbstentfremdung des Menschen, die durch die Selbstverwirklichung des Menschen überwunden werden muß. Das ist über hundert Jahre alt.

Diese Gedanken der drei Wegbereiter des sozialistischen Aufbruchs begegnen sich in ihrem Kern. Immer geht es ihnen um den Menschen, um seine kulturelle Freiheit und um die kulturelle Entfaltung des Menschengeschlechts. Gesellschaftliche Ordnung, System der Wirtschaft, Funktion des Staates, alles das sind Mittel, Mittel zu dem einen Zweck: Höherentwicklung der menschlichen Persönlichkeit, Ausweitung seiner Freiheit, Verwirklichung des Menschentums.

Betrachten wir zur Verdeutlichung noch einmal das Zitat von Friedrich Engels. Der Kern seiner Ausführungen drückt sich in der Einsicht aus, daß der Humanisierungsprozeß des Menschen erst dann vollzogen ist, wenn er begreift, daß zu einer sittlichen Lebensordnung nicht nur die Beherrschung der eigenen Natur gehört, sondern daß er seine Freiheit nur erreichen kann, wenn er auch zur bewußten Beherrschung und Kontrolle der gesellschaftlichen, ökonomischen und sozialen Kräfte fähig ist. So-

lange sich der Mensch dem freien Spiel dieser Kräfte überlassen muß, weil er nicht fähig ist, als Mensch sie zu beherrschen, entwickeln diese ihre eigene Gesetzlichkeit, die den Menschen immer wieder, wie gut auch die Programme einzelner Parteien sein mögen, zum Objekt unmenschlicher Einflüsse und Mächte machen. Mit anderen Worten: So wie der Mensch als Einzelwesen nur dann sittlich genannt werden kann, wenn er seine Triebe zu beherrschen imstande ist, so ist der Mensch als Gemeinwesen nur dann sittlich, wenn er die wirtschaftlichen und sozialen Prozesse bewußt unter Kontrolle hält und sie einer humanen Zielsetzung unterwirft. Diese Auffassung, Genossinnen und Genossen, unterscheidet den demokratischen Sozialismus vom Liberalismus, unterscheidet uns von der FDP. Das ist auch der Gedanke Ferdinand Lassalles, der in seinem großen Programmheft „Das Arbeiterprogramm" (1862) zur Frage der sittlichen Idee des Arbeiterstandes ausgesprochen ist.

Aber, und jetzt komme ich auf eine gewisse kritische Wegstrecke der Betrachtung, Genossinnen und Genossen: Es ist nicht ohne Bedeutung, auch Marx vom Standort dieser humanistischen Zielsetzung aus zu betrachten. Wir müssen feststellen, daß die oben definierte sozialethische Grundüberzeugung aus den Geburtsjahren der sozialistischen Bewegung bei Marx nur in seinen Frühschriften im Vordergrund steht. Seine weitere Arbeit konzentriert sich dann darauf, die politische Nutzanwendung für die geschichtliche Situation seiner Zeit zu ziehen. Das war die Analyse des Frühkapitalismus. Dabei kommt er zwingend zu dem Schluß, daß das eigentliche Ziel des Sozialismus die Befreiung des Menschen aus den ökonomischen Abhängigkeiten und Zwangsläufigkeiten seiner Zeit ist. Die Überwindung der materiellen Not und der sozialen Unterdrückung stand auch für ihn im Mittelpunkt aller Bemühungen um die Befreiung des Menschen in seiner Zeit. So verstand man den Sozialismus schließlich als eine Bewegung, der es um Wohlstand und soziale Sicherheit für alle als ihrem Endziel ging. Daß aber diese berechtigte Forderung nur ein Mittel — wenn auch ein entscheidendes — auf dem Wege zur Selbstverwirklichung des Menschen ist, diese frühe Erkenntnis wurde unter dem Druck der aktuellen Not der Arbeiterklasse zurückgedrängt. Ethische Fernziele wurden vom Kampf ums nackte Lebensrecht überdeckt. Der Acht-Stunden-Tag wurde der Inbegriff einer Erlösungssehnsucht.

Die großen Erfolge der Arbeiterbewegung, vor allem der Gewerkschaften, im Ringen um die materielle Besserstellung, haben mit dazu beigetragen, daß sich die Zielsetzung des Sozialismus auch im Bewußtsein seiner Träger unmerklich in dieser Richtung verschob. Diese Vorstellung, daß Sozialismus nur die Überwindung der materiellen Not und die soziale Besserstellung der Arbeiter zum Ziele habe, beherrscht bis zu einem gewissen Grade auch heute noch weite Kreise unserer eigenen Anhängerschaft. Diese Vorstellung trägt auch zur Verwirrung über die Rolle des Sozialismus bei und gibt ihm das Odium des Materiellen. Wäre sie richtig, so wäre es unvermeidlich, daß die Kraft der sozialistischen Bewegung abnimmt in dem Maße, in dem die Überwindung der reinen materiellen Not auch unter den Bedingungen nichtsozialistischer Ordnungen möglich erscheint. Unsere Gegner kommen ja auch schon mit dem Argument und sagen: Der Sozialismus ist tot, weil er diesem materiellen Ziel näherrückt. Wir haben in Bayern einen Mann, der heißt Hundhammer. Der

geht durch die Lande und sagt: Was wollen die Sozialisten? Ich konzediere ihnen ja einen großen Erfolg in einer hundertjährigen Geschichte. Aber Kinder, nun seid ihr so weit gekommen, habt den Achtstundentag, nein, den Sechsstundentag usw., schaut, ihr habt einen Sieg errungen, ihr habt erreicht, was ihr wollt, nun tretet ab! Die paar materiellen Dinge, die noch zu tun sind, machen wir durch unsere Sozialpolitik.

Wenn wir diese Dinge tiefer und ernster betrachten, käme es darauf an, Marx zu Ende zu denken oder, besser gesagt, von seinen Quellen her über ihn hinauszudenken und zu erkennen, daß auch für ihn trotz aller historischen und ökonomischen Beweisführungen — wie er im Kommunistischen Manifest schreibt — die Freiheit aller auf der freien Entwicklung des einzelnen Menschen ruht. Für den wahren Sozialisten kann die materielle Befriedigung, auch die Herstellung des sozialen Rechts, niemals Selbstzweck sozialistischer Politik sein. (Beifall.)

Wir wollen Wohlstand und Sicherheit für alle, weil wir glauben — das vergessen wir vielfach —, daß nur der von materieller Not befreite und über alle Möglichkeiten der Zivilisation frei verfügende Mensch auch ein freier Mensch werden kann, ja wenn er seine kulturellen Fähigkeiten ungehindert zur Entfaltung bringt und seine Persönlichkeit nach seinem eigenen Wesen formt. Auch der demokratische Sozialismus kann nicht das Glück des einzelnen Menschen garantieren. Auch er kann ihm die Voraussetzungen nur schaffen und die Mittel in die Hand geben, sich selbst zur Würde des Menschen zu erheben.

Der demokratische Sozialismus muß heute ernstlich darum bemüht sein, die scheinbare Identifikation von ökonomischem Mittel und kulturellem Zweck aufzuheben und zu erkennen, warum wir eigentlich vor hundert Jahren aufgebrochen sind. (Beifall.)

Jede politische Bewegung, die nicht immer wieder zu ihrem sittlichen und weltanschaulichen Ursprung zurückdenkt, geht in die Irre und hebt sich selbst auf. (Beifall.)

Werfen wir nach dieser Betrachtung einen Blick auf die Lage unserer Zeit. Niemand bezweifelt — und das geht weiter, als es sich die kühnste Phantasie von Marx, Engels und Lasalle träumen ließ —, daß die gewaltigen Fortschritte der Naturwissenschaften und der Technik eine sprunghafte Steigerung der Produktivität und damit der menschlichen Arbeit bewirkt haben und daß das eigentlich die Wurzel für die Umwälzungen auf dieser Erde ist. Eine Quelle wachsenden Reichtums ist der ganzen Menschheit erschlossen. Die Überwindung der materiellen Not ist nicht mehr eine Frage, ob das überhaupt möglich ist, sondern es ist eine Frage der Organisation und des politischen Wollens geworden. Wenn heute der Arbeiter einen erhöhten Anteil am gemeinsam geschaffenen Reichtum hat, so ist das nicht zuletzt der Erfolg der sozialistischen Bewegung. Aber, Genossinnen und Genossen — ich bitte jetzt, sehr acht zu geben —, täuschen wir uns nicht: Auch der Kommunismus strebt eine materielle Sättigung an und kann sie erreichen. Auch er beherrscht die Technik der Produktion und der Verteilung. Dazu braucht man kein freiheitlicher Sozialist zu sein. Die Maschinen produzieren Massenwaren, und diese Massenwaren können nur verbraucht werden, wenn die Menschen in die Lage versetzt werden, sie zu verbrauchen. Ohne einen sittlichen Hintergrund hebt das sozusagen den Anteil der Massen an der gesamten Pro-

duktion. Daher ist auch im liberalen Kapitalismus die Zurückdämmung der Not eine Frage der Zweckmäßigkeit und der Erhaltung und der Steigerung der Rendite und nicht der ethischen Grundlagen. (Beifall.)

Daher ist es auch den Vertretern großkapitalistischer Interessen wie zum Beispiel der CDU/CSU möglich, den sozialpolitischen Fragen größeren Raum zu geben. Es ist heute nicht mehr eine Problematik der Barrikaden, sondern es ist eine Problematik der Zweckmäßigkeit auch für den Kapitalismus, die Menschen mit etwas höherem Anteil zu versorgen, denn: Wer kauft denn die Automobile? Die oberen Zehntausend allein reichen nicht mehr aus. Die Massenproduktion ist so entwickelt, daß sie den Massenverbrauch voraussetzt.

In dieser Situation kommen zwei Bedrohungen auf uns zu, Bedrohungen der Grundlagen der menschlichen Existenz. Die eine haben wir sehr oft besprochen, die Möglichkeit der physischen Zerstörung durch die kriegerisch entfesselten Kräfte des Atoms, die andere, die nicht so viel besprochene, ist die moralische Entmenschung des Menschen durch die Kräfte des Materiellen. (Beifall.)

Sowohl im Kommunismus als auch im liberalen Kapitalismus tritt uns die Bedrohung des Menschen durch die wachsende Macht des Materiellen gegenüber.

Im kommunistischen System ist die ökonomisch-technische Planung zum Dogma erhoben, zum Instrument der Machtpolitik. Es erschöpft sich in einer Vergottung des technischen Fortschritts und der politischen Macht. Es versucht — und das ist viel mehr als die Rüstung Sowjetrußlands, heute die Zielsetzung der Machthaber des Kremls —, den Westen an materieller Produktion zu übertreffen und damit weltpolitische Entscheidungen zu erzwingen. (Beifall.)

Die ganze Erziehung des Kommunismus — man muß sich einmal die Mühe machen, die Schulsysteme des Ostens etwas genauer zu studieren — dient heute der Ausweitung ökonomischer und technischer Macht, mit dem Ziel der Steigerung der politischen Macht der herrschenden Klasse in diesem Land. Ob die Rechnung so aufgeht, ist eine andere Frage. Mir scheint das sehr stark ohne den Menschen gemacht zu sein. Hier glaube ich, muß man auch mit in Rechnung setzen, daß man nicht das menschliche Gehirn einfach auf Mathematik und Technik umdrehen kann, ohne daß nicht auch in diesem Gehirn sich andere Bedürfnisse zu regen beginnen.

Die kapitalistische Entwicklung auf der anderen Seite birgt ähnliche Elemente in sich. Der ökonomisch-technische Prozeß der modernen Zivilisation macht den Menschen nicht nur zum Sklaven des Lebensstandards, sondern auch zum Knecht der Maschinenwelt und eines anonymen sozialen Funktionalismus. Auch die kapitalistische Gesellschaft unterliegt dem Prozeß der materiellen und geistigen Versklavung. Der demokratische Rechtsstaat kann diesen Vorgang zwar verdecken, aber er kann ihn nicht aufhalten. Massenproduktion und Massenverbrauch haben heute bestimmt ihren Sinn nicht in der kulturellen Höherentwicklung, sondern in der Steigerung von Gewinn und politischer Macht. Der Mensch bleibt, auch bei uns, trotz aller Wissenschaft und Technik Objekt der über ihm wirkenden Kräfte. Seine Selbstentfremdung wird durch die Mittel des technischen Fortschritts nur noch verstärkt. Die damit fortschreitende Entwürdigung des Menschen wäre die zwangsläufige Folge.

Nun bitte ich, folgenden Satz zu diskutieren: Im Bolschewismus ist der Mensch bewußt zum bloßen Objekt gemacht worden; im Kapitalismus ist er auf dem Wege, es unbewußt zu werden. (Beifall.)

Nun, wenn die Welt derartig aussieht, wo kommen wir da ins Spiel? Was können wir in dieser Lage tun? Welche Schlüsse haben wir als demokratische Sozialisten für unsere praktische Politik daraus zu ziehen? Der Mensch wird die technische Welt und die in ihr wirkende materielle Bedrohung nur bewältigen, wenn er sich souverän über diese Welt zu erheben vermag, wenn er die in seine Hand gegebenen Mittel materieller Macht in den Dienst seiner Freiheitsentwicklung stellt, wenn er sich vom Objekt zum Subjekt der gesellschaftlichen Kräfte erheben kann, d. h. wenn er vom manipulierten zum bewußt handelnden Menschen, vom Erdulder zum Gestalter wird. Wenn ich jetzt „Menschen" sage, meine ich nicht die paar, die im Bundestag sitzen, sondern ich meine den Menschen schlechthin, den Menschen auf der Straße. Das ist eine Ungeheuerlichkeit, wenn wir diese Voraussetzung für die Entwicklung zur Freiheit betrachten. Mitverantwortlichkeit und gesellschaftliche Bewußtseinsbildung des Menschen sind die unabdingbaren Voraussetzungen zu einer freiheitlichen Entwicklung. (Beifall.)

Hier treffen wir wieder auf die Wurzeln des Sozialismus, auf Engels, Lassalle und den jungen Marx.

Wie aber erreicht der Mensch diese höhere Stufe seines Bewußtseins? Hierzu nur eine Feststellung: Wachsender materieller Reichtum und technische Zivilisation erzeugen nicht zwangsläufig auch gesellschaftliches Bewußtsein und Mitverantwortlichkeit. (Lebhafter Beifall.)

Für uns muß folgende Einsicht entscheidend sein: Die Hebung des Menschen vom Objekt zum Subjekt vollzieht sich nicht automatisch im geschichtlichen Prozeß, sie muß gewollt sein, sie muß bewußt durch einen politischen Willensakt herbeigeführt werden. (Lebhafter Beifall.)

Der einzige Weg dazu ist eine gigantische Anstrengung der Gesellschaft im Bereich der Erziehung, der Menschenbildung und der Ausweitung unseres Wissens vom Menschen und von den Bewegungsgesetzen der Gesellschaft.

Das bedeutet sehr viel Praktisches. Das bedeutet die Reform und Ausweitung unserer Erziehung besonders in ihrem Inhalt; nicht nur Schulreform in der Staffelung von Jahrgängen übereinander, sondern im Kern der Menschenbildung muß die Reform beginnen. (Beifall.)

Es muß erreicht werden, daß die höchstmögliche Zahl von Menschen mit ausreichenden Kenntnissen in Geschichte, Naturwissenschaft, Soziologie und Politik ausgestattet wird. Jeder normal Begabte muß in die Lage versetzt werden, die Zusammenhänge unserer gesellschaftlichen Entwicklung in ihren einfachen Zügen zu überblicken und sich ein verantwortungsbewußtes Urteil über seine Stellung in der Zeit seines Lebens auf dieser Erde zu bilden. (Beifall.)

Das setzt die Stärkung seiner moralischen Kräfte voraus. Es mag sehr schöngeistig klingen für manchen, aber es ist doch zutiefst meine Überzeugung: Auch die Demokratie als ein System der politischen Mitbestimmung wird nur wirksam sein, wenn sie getragen wird von einem hohen Prozentsatz wissender und verantwortungsbereiter Menschen. Können

wir diesen Prozentsatz nicht erhöhen, hilft uns keine Verfassung und keine Regierung! (Beifall.)

Die Erziehung des einzelnen Menschen zu dieser seiner gesellschaftlichen Aufgabe ist damit eine Existenzfrage der Demokratie. Kant sagte einmal:

„Der Mensch kann Mensch werden nur durch Erziehung."

Gelingt es nicht — und das ist nicht so hingesprochen, damit es eine schöne Formulierung gibt, das ist meine tiefste Überzeugung —, in den nächsten Jahrzehnten eine Bildungsleistung zu vollbringen, die die Bewußtseinshebung des Menschen möglich macht, so werden weder demokratische Spielregeln und Verfassungen noch Mahnrufe und Klagen uns vor der Degradierung des Menschen zum bloßen Element des perfektionierten und seelenlosen Überstaates bewahren. Dann aber wird auch der demokratische Sozialismus sein Ziel verfehlt haben.

Die gesellschaftlichen Umwälzungen unserer Zeit haben die Umwelt und das Verhalten des Menschen tiefgehend verändert. Durch diesen Prozeß sind viele neue Fragen über das Wesen vom Menschen und seine Stellung in der Gesellschaft hervorgetreten. Ihre Beantwortung muß neu erarbeitet werden, denn ohne ein Verständnis seiner selbst ist der Mensch nicht fähig, die Welt der Technik zu bewältigen und seine Freiheit in ihr zu behaupten. Erst eine solche Einsicht wird auch Entscheidungen in Bildung, Wirtschaft und Politik ermöglichen, die die weitere Entwicklung menschlicher Freiheit sichern können. Wir sind heute zu diesen Entscheidungen gar nicht befähigt, weil wir das Ausmaß des Wissens nicht haben, das wir haben könnten, wenn die Bedeutung dieser wissenschaftlichen Arbeit im Bereiche von Mensch und Gesellschaft von den Verantwortlichen der Zeit erkannt worden wäre. Das heißt nicht, daß wir in unserem Bemühen nachlassen sollen, die Naturwissenschaften, die Technik und den technischen Nachwuchs zu fördern. Wir können nur darauf hinweisen, daß wir Sozialdemokraten die ersten in der Bundesrepublik waren, die diese Frage zur Diskussion gestellt haben, als wir die technischen Massenproduktionszahlen von Sowjetrußland gelesen haben. Technischer Nachwuchs — eine bedeutende Sache. Es muß anerkennend vermerkt werden, daß die Bundestagsfraktion der SPD im Bundestag immer wieder diese Frage vorangestellt hat, daß sie erklärt hat, daß unsere gesamte ökonomische und gesellschaftliche Stellung davon abhängt. Bleiben wir aber dabei nicht stehen. Es wäre ein Verhängnis, sich hier von dem Tempo des Bolschewismus beherrschen zu lassen, einfach der Ausweitung von Naturwissenschaft und Technik nachzulaufen und zu glauben, wer den größeren Sputnik in den Raum schicke, habe die Probleme der Gesellschaft bewältigt. (Beifall.)

Die Bewältigung der großen Bildungs- und Erziehungsaufgaben verlangt aber darüber hinaus den Ausbau und die Vertiefung der Wissenschaft vom Menschen und der Gesellschaft, also die Sozialwissenschaften, die Wirtschaftswissenschaft, die politischen Wissenschaften, schlechterdings alles, was mit der Gesellschaft und dem Menschen in dieser Gesellschaft zusammenhängt. Die diesen Wissenschaftszweigen gewidmeten Anstrengungen müssen nach unserer Auffassung dem gleichkommen, was man

heute für Naturwissenschaft und Technik tut. So sehr die Förderung der technischen Entwicklung heute eine Frage unserer Existenz ist, haben wir bei unserem Bemühen darum starke Bundesgenossen, denn auch die Technik wird nur weiterentwickelt, wenn die Grundlagenforschung weiterentwickelt wird. Wir haben die ganze Industrie als einen Partner, Ingenieure usw. Kommen wir aber zur Frage der Wissenschaft vom Menschen, dann steht der motorische Antrieb der Steigerung des Profits nicht mehr dahinter. Daher sind die Wissenschaften vom Menschen sehr dürftig bei uns behandelt, und daher ist es meiner Meinung nach Aufgabe einer sozialistischen Bewegung, das in den Vordergrund ihrer Förderung und ihrer Forderungen zu stellen.

So, Genossinnen und Genossen, spannt sich ein großer Bogen von der Erziehung über die Wissenschaft zur Politik, denn im politischen Raum wird die Entscheidung darüber gefällt werden, ob Erziehung und Wissenschaft in der weiteren Phase unserer Entwicklung eine Vorrangstellung einnehmen werden oder nicht. In der Politik muß vorausdenkend darüber entschieden werden, was heute im allgemeinen Bewußtsein noch nicht als Schicksalsfrage erkannt ist. Hier ist es, wo dem demokratischen Sozialismus eine geschichtliche Aufgabe erwächst.

Dem Zeitalter der Naturwissenschaften muß das Zeitalter der Menschenbildung folgen. Gelingt uns das, Genossen, welche Chancen eröffnen sich der freien Welt, welche Überlegenheit gewinnt sie moralisch und politisch gegenüber der Ideologie der Diktatur und der Manipulierung des Menschen!

Auch ich erkenne voll die Notwendigkeit der Fortführung des Kampfes um die Ausweitung der materiellen und sozialen Sicherung des arbeitenden Menschen. Niemand kann mich verdächtigen, ich möchte jetzt die Sozialrenten abbauen und sehe nicht ein, daß wir noch soundsoviel Prozent Menschen in unserem Volke haben, die unter dem Existenzminimum leben müssen! Das weiß ich, aber wir werden auch diese Menschen nicht hochkriegen, nicht zu Menschen machen, wenn wir nicht imstande sind, die Ausweitung des politischen Bewußtseins zu vollziehen. (Beifall.)

Unsere Bemühungen um die Schulreform, unser Kampf gegen das Bildungsprivileg, Schulgeldfreiheit, Schulhausbau, Lehrerbildung, Jugendfürsorge — die Sozialdemokratie ist bewährt in diesem Kampf! Nichts davon sollen wir geringer achten. Wir sollen unsere Anstrengungen auf diesen Gebieten so stark entwickeln, wie es nur möglich ist. Unsere Erfolge sind heute ja selbstverständlicher Bestandteil unserer Kultur.

In der jetzigen Phase unserer Entwicklung aber kommt es darauf an, die Fragen der Erziehung, der Menschenbildung, der wissenschaftlichen Forschung in den Mittelpunkt unseres politischen Bemühens zu rücken. (Beifall.)

Kulturpolitik wird zum Angelpunkt unserer Politik schlechthin. Sie ist einfach die nächste Sprosse auf der Leiter. Wenn wir über diese Sprosse nicht hochkommen, nützt uns der glänzendste Perfektionismus nichts.

Nun bin ich überzeugt, wenn ich über dieses Deutschland hinwegblicke: Der demokratische Sozialismus, ausgedrückt im Kampf der Sozialdemokratischen Partei, ist die einzige Kraft, die im politischen Raum frei ist von der Bindung an die Interessen bloßer Macht und materiellen

Gewinns. Er kann sein Handeln allein nach dem Bedürfnis des Menschen und seiner Zukunft richten. Er kann den Willen zur Gestaltung einer neuen Welt in der politischen ung geistigen Auseinandersetzung des Tages mit seiner ganzen Kraft und Leidenschaft zum Ausdruck bringen. Der demokratische Sozialismus wird alle Kräfte zusammennehmen müssen, wenn er dem verhängnisvollen Lauf der Dinge die Wendung nach oben geben will.

Zunächst ist jedoch eine Bedingung zu erfüllen: Wir müssen uns selber — bei uns geht es nämlich an, in unserem Bewußtsein, in unserem Hirn geht es an — über die neue Phase unseres Kampfes und aller sich daranknüpfenden Konsequenzen klar werden, wenn wir hoffen wollen, daß wir andere mitreißen können. Es gibt heute viele Menschen, die am Rande unserer Bewegung stehen und die gewonnen werden können, wenn ihnen der demokratische Sozialismus nicht nur als Kampfmittel für materielles und soziales Recht erscheint, sondern auch als Wegbereiter einer Kulturentwicklung, die aufwärts führt. (Beifall.)

Die berühmte 30%-Grenze, Genossinnen und Genossen, werden wir überwinden, nicht indem wir der Politik der Adenauerschen materiellen Zielsetzung Konkurrenz machen, sondern indem wir überzeugend zum Ausdruck bringen, daß der demokratische Sozialismus durch sein politisches Handeln neue Bedrohungen zu überwinden vermag und daß er begriffen hat, worum es in dieser Stunde und in dieser Gesellschaft geht. (Beifall.) Dann werden wir auch diejenigen aus ihrer Lethargie aufrütteln, die heute noch nicht wissen, warum sie trotz Wirtschaftswunder das unheimliche Gefühl nicht loswerden, in den Maschen eines Netzes zu sitzen, das sich unaufhaltsam zusammenzieht.

Vorhin ist in der Diskussion gesagt worden, man müsse die Formel „Die anderen haben nur mit dem Kühlschrank ihre Wahl gewonnen" zurückweisen. Das würde ich auch sagen. Der Genosse hat recht: Jeder seinen Kühlschrank, jeder das Höchstmaß an Zivilisation, aber das, Genossen, macht noch nicht den Menschen, und das müssen wir wissen. (Beifall.)

Darum sage ich: Richten wir unsere Politik nicht nach jenem berühmten Lieschen Müller aus und nicht danach, was es gerne haben möchte, sondern überzeugen wir auch das Lieschen Müller, daß sein Menschentum in Höherem liegt als nur in der Perfektion der Technik. (Starker Beifall.) Der demokratische Sozialismus, dessen stärkster Träger die freiheitlich gesinnte Industriearbeiterschaft ist und bleibt, muß zu einer breiten Bewegung werden — nicht nur einer breiten Bewegung der materiellen Interessen, sondern der geistigen Verbundenheit der Menschen (Beifall); und er muß eine Bewegung werden, die über die Klasse der Industriearbeiterschaft hinausgeht. Warum? Weil die Bedrohungen unserer Zeit nicht nur die Bedrohungen in der Richtung auf eine bestimmte Klasse sind, sondern weil alle Menschen in ihrer geistigen und materiellen Existenz von dieser Bedrohung berührt sind. (Beifall.)

War früher die Befreiung von materieller Not und sozialer Unsicherheit gleichbedeutend mit dem Aufstieg der Arbeiterklasse, so wird nunmehr die humanistische Zielsetzung des Sozialismus den Menschen von jenen Abhängigkeiten befreien, die der Fortschritt einer sich selbst überlassenen Massenzivilisation hervorbringt. Das ist identisch mit der Mo-

bilisierung aller einsichtigen und fortschrittlichen Menschen, in welcher Klassensituation sie sich auch befinden mögen. Entwickeln sie diese Einsicht, gehören sie zu uns. Warum sollen wir einen Unternehmer heute nicht für diese Idee gewinnen, wenn er weiß, daß er über die Grenze seiner Unternehmung hinaus in seiner menschlichen Existenz bedroht ist? Nicht in Adenauer, in der Sozialdemokratie muß er den politischen Hebel sehen, der eine Zukunft aufzusprengen imstande ist. (Beifall.)

Der demokratische Sozialismus wird so die Hoffnung nicht nur der materiell Bedrückten, sondern auch aller geistig Beunruhigten, die nach einem Ausweg suchen.

Wenn ich das sage und mir nun die daraus sich entwickelnden Konsequenzen für unsere Antragstellung bei den Haushalten in den Landtagen vorstelle, so sehe ich schon: wir werden ziemlich allein stehen. Wir können nicht erwarten, hierbei auf großes Verständnis bei den Interessenvertretern des Geldsacks zu stoßen. Die deutsche Situation ist gekennzeichnet durch die Vorherrschaft der CDU/CSU und ihrer Politik. Hier steigt eine vielleicht entscheidende Alternative auf. Die CDU/CSU ist eine Interessenpartei, die ihr politisches Wollen mit allen möglichen weltanschaulichen und religiösen Motiven kaschiert, die aber im Praktischen eine dem Materiellen verhaftete, kurzsichtige Machtpolitik nach alten Vorstellungen betreibt. (Beifall.)

Sie ist nicht in der Lage, unsere Situation richtig zu erkennen, und sie bemüht sich auch gar nicht darum. Wenn der Bundesinnenminister kürzlich bei der Beratung der Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion im Bundestag auch über die Frage der Geisteswissenschaften gesprochen hat, so habe ich das mit großem Interesse gelesen, aber in seiner eigenen Rede hat er sich selber wieder aufgehoben. Selbst wenn die CDU/CSU das wollte, könnte sie es nicht, weil die Anstrengungen, die hierzu notwendig sind, das überschreiten, was sie zu leisten bereit ist. Das Schwergewicht ihrer Politik liegt im Materiellen, das heißt in der Problematik der militärischen Macht, und damit engt sich ganz von selbst die Mobilisierung der moralischen und geistigen Kräfte ein. In dieser Lage also versagen Bundesregierung und ihre Mehrheit. Sie versagen auch in der heute gestellten Aufgabe, die Auseinandersetzung mit der auf das Materielle ausgerichteten Ideologie des Kommunismus geistig und politisch vorzubereiten und zu entwickeln.

Wir bekämpfen an Adenauer die verhängnisvollen Kurzschlüsse seiner Politik, die der Meinung ist, daß wahre staatsmännische Weisheit darin bestehe, mit den gegebenen Machtverhältnissen so zu manipulieren, daß daraus der größtmögliche eigene Vorteil erwächst.

Mit Geschick und Intelligenz kann man reich und mächtig werden. Wenn aber diese Tüchtigkeit sich selbst überlassen wird, ist sie der direkte Weg in die Katastrophe. Wer Prosperität und Macht um ihrer selbst willen betreibt, der verrät den Menschen. (Beifall.)

Auch wir bejahen den wirtschaftlichen Aufstieg und die Leistung unseres Volkes. Was uns aber Beklemmung verursacht, ist nicht das Wirtschaftswunder, sondern das Fehlen einer Blüte des geistigen, kulturellen und sozialen Lebens. (Beifall.)

Um einer Nation Macht zu verleihen, mag es genügen, Unternehmer zu fördern und eine Armee zu schaffen. Um einen formalen Rechtsstaat zu einem Kulturstaat zu wandeln, eine Gemeinschaft freier, gleichberechtigter und mündiger Menschen zu entwickeln, dazu muß man auch den Menschen um seiner selbst willen wollen. (Beifall.)

Wir sind nicht bereit, einen Staat einen Kulturstaat zu nennen, der das seelische, geistige und moralische Wachstum seiner Bürger dem Zufall materiell gesicherter Lebensverhältnisse überläßt. Was ist das für ein Staat, der sich des Wirtschaftswunders rühmt, der tausend neue Millionäre geschaffen hat und in dem der Rektor der größten Universität der Bundesrepublik anklagend darauf hinweist, daß es noch 44 Jahre dauern würde, bis die Zerstörungen des letzten Krieges überwunden sind, wenn die Förderung so wie zur Zeit weitergeht? In wenigen Jahren bereits wird sich erweisen, wie verhängnisvoll sich diese Politik für unsere Zukunft und für unsere Sicherheit auswirken wird.

Dann werden wir veraltete und unbrauchbare Atomraketen haben. Die Menschen aber, die im nichtmilitärischen Raum Träger unserer Kraft sein könnten, werden fehlen. (Beifall.)

Wir dürfen daher nicht müde werden, diese Politik des Versagens anzuklagen und unser Volk zur Einsicht aufzurufen.

Die deutsche Sozialdemokratie trägt ein volles Maß der Verantwortung. Sie trägt sie auch dafür, daß die Kraft des europäischen Sozialismus neu geweckt und auf seine oft verkannten Ziele hingelenkt wird.

Die Auseinandersetzung der deutschen Politik wird auf die Haltung der Sozialisten in anderen Ländern nicht ohne Wirkung bleiben. So nur wird auch die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus „eine neue Note" bekommen.

Genosse Wehner hat gestern sehr stark den offensiven Geist in der Auseinandersetzung um das Problem der Wiedervereinigung angesprochen. Ich danke ihm, daß er das in einer solchen Klarheit getan hat. Die Offensive in der Politik wird nur durchschlagen, wenn wir es fertig bringen, unser Volk mit dem Geist der Demokratie zu erfüllen und wenn wir die guten Argumente des demokratischen Sozialismus so beherrschen, daß wir sie der starren und angelernten demokratischen Dialektik des Kommunismus überlegen gegenüberstellen können. (Lebhafter Beifall.)

Manchmal habe ich den Eindruck, als zögen wir uns vor solchen Auseinandersetzungen zurück, als unterhielten wir uns am liebsten unter uns selbst. (Sehr richtig!-Rufe.) Wir sollten keine Hemmungen haben, mit den Kommunisten auch einmal eine Nacht zu diskutieren. Ich habe das öfter getan. (Lebhafter Beifall.) Am Schluß, Genossen, sind wir bei dem Vorstellungsbereich dessen angelangt, wo der Mensch im Mittelpunkt steht. Der Kommunismus ist ad absurdum zu führen. Er kann sich am Schluß nur auf die Entschließung seines letzten Parteitags hinausreden. (Lebhafter Beifall.) Wo es um die letzten Fragen des Sozialismus geht, ist er von einem Sozialdemokraten zu schlagen. (Lebhafter Beifall.)

Wir müssen das sehr gut unterscheiden von dem Versuch, dem ständigen Versuch des Kommunismus, uns sozusagen zu unterwandern, Genossen! Aber ich habe kürzlich einem Kommunisten gesagt: Gebt mir die Chance,

nach Leipzig zu gehen und über den demokratischen Sozialismus zu sprechen, und ich werde hinfahren! (Lebhafter Beifall.)

Wir müssen sie zur Auseinandersetzung herausfordern, denn den Sozialismus, der in die Zukunft weist, vertreten nicht sie, sondern den vertreten wir. Aber, Genossen, eines ist eine Einschränkung: wir müssen wissen, was demokratischer Sozialismus ist. (Sehr richtig!)

Wir müssen ihn selbst zu Ende gedacht haben; wir müssen uns die Fragen alle vorgelegt haben in einer geistigen Unruhe um die Antwort. Wir müssen aus Überzeugung zu argumentieren verstehen; dann werden wir überlegen sein.

So komme ich zu gewissen praktischen Konsequenzen unserer Politik:

1. stelle ich nochmals, um Mißverständnisse auszuschließen, in den Vordergrund: Kein Nachlassen im Kampf um materielle und soziale Rechte für alle Arbeitenden, nicht aus Selbstzweck, sondern mit der höheren Begründung, daß die Überwindung der materiellen Not eine Voraussetzung der natürlichen Aufwärtsentwicklung des Menschen ist.

2. das unablässige Bemühen, aus dem formalen Rechtsstaat einen Kulturstaat zu machen. Die auf allgemein verbindlichen und sittlichen Wertsetzungen beruhende Gesellschaft müssen wir wollen, indem jeder Bürger die Möglichkeit erhält, unabhängig von seiner finanziellen und sozialen Situation jenes Maß an Bildung zu erwerben, das seinen Fähigkeiten entspricht und das ihn in den Stand versetzt, selbst und mitverantwortlich in einer Gemeinschaft zu handeln.

3. Die Entwicklung eines deutschen Programms im Hinblick auf eine Erziehungs- und Bildungsleistung der ganzen Nation, einer Leistung, die den Erfordernissen unserer Zeit entspricht, d. h. Förderung der Wissenschaft, Forschung und Nachwuchs auf allen Gebieten, besonders aber verstärktes Bemühen um die Ausweitung des Wissens vom Menschen und der Gesellschaft.

Die SPD muß größtes Interesse an den Arbeiten des Deutschen Wissenschaftsrates nehmen, der ja schließlich auf ihr Betreiben zustande kam. Die jährliche Erstellung eines Bedarfsplanes für alle wissenschaftlichen und erzieherischen Anstrengungen in Bund und Ländern muß erreicht werden. Wir müssen in allen Ländern und im Bund der Haushaltspolitik der Gegenseite eine klare Haushaltslinie unserer Zielvorstellungen gegenüberstellen.

4. Engere persönliche Kontakte zwischen Wissenschaft und Politik zum Zwecke der Erörterung gesellschaftspolitischer Fragen. Nicht jeder, der hier nun Wissenschaftler ist, sollte vorher in die SPD eintreten müssen, bis er uns seine Wissenschaft vortragen kann. (Beifall.)

Es interessiert mich nicht in erster Linie, ob das ein sozialdemokratischer Gelehrter ist. Ich muß imstande sein, mir den Wissenschaftler anzuhören; denn, Genossen, es gibt in diesem Sinne ja keine sozialdemokratische Wissenschaft; es gibt nur e i n e freie Wissenschaft! (Lebhafter Beifall.)

Wir aber müssen aus der wissenschaftlichen Erkenntnis lernen. Damit gehen wir zu den Quellen unserer Kraft zurück: „Die Verbindung von Wissenschaft und Arbeitern" — wie Lassalle sagte —, „in deren ehernen Armen sie alle Kulturhindernisse erdrücken werden." Ist das nicht modern? Ist das nicht Zielsetzung? Liegt darüber der Staub von hundert

Jahren? Das ist der Glanz eines Programms, der Mittelpunkt einer Politik. (Lebhafter Beifall.)

Daher brauchen wir geistige Unruhe, und wir sollen sie wirken lassen in uns, Genossen. Wenn wir aufhören, innerlich den Zweifel mit uns herumzutragen, dann sind wir satt und fertig, und dann haben wir nichts mehr zu tun. Das ist es doch. Wenn wir heute, Genossinnen und Genossen, die Bewegung um den Atomtod betrachten — ich habe mir die Mühe genommen, mit einer Reihe dieser Männer zu sprechen —: Sie haben nicht Angst, weil sie vielleicht persönlich dabei ums Leben kommen. Ein Schriftsteller, der heute arbeitet, ein Künstler, der schafft, der spürt, daß in dieser Zeit mit diesem Atom etwas in die Welt getreten ist, was er nicht zu erklären, nicht zu bewältigen vermag. Er sucht nach einer neuen Form der gesellschaftlichen Ordnung des Lebens, gerade als Künstler, und da fängt er an, die Politik zu entdecken!

Hier ist der Raum der Ausweitung. Es müßte also erreicht werden, daß aus der Bewegung gegen den Atomtod die große Geistesbewegung für das Leben wird und das heißt die Bewegung für die Schaffung einer neuen gesellschaftlichen Ordnung.

In diesen Tagen demonstrieren an den großen Universitäten Tausende von Studenten. Heute früh gingen die Nachrichten darüber durch die Presse. Das sind nicht alles Sozialdemokraten, beileibe nicht, aber es sind in Bewegung geratene junge Menschen aus dem Bereich der Intelligenz. Wenn diese Bewegung irgendeine Zielsetzung haben kann, dann doch nur die, daß sie in den politischen Raum hinwirkt, und, Genossen, diese Wirksamkeit aufzunehmen — darauf muß die Sozialdemokratische Partei vorbereitet sein (Beifall.), d. h.: sie muß verstehen, sie muß die Herzen und Hirne weit aufmachen, und sie muß langsam und erzieherisch auch in der Richtung der politischen Bildung in diesen Kreisen wirken. Versuchen wir nicht gleich, mit der Aufnahmekarte hintennachzugehen! Machen wir sie erst zu Menschen, die das Bewußtsein in sich aufnehmen, daß Politik ihr Schicksal ist! Dann werden sie den Weg von selbst weitergehen, und sie werden den richtigen finden. Darum, Genossen, kommt es darauf an, daß die Träger der Partei die geistige Auseinandersetzung wollen, daß wir uns nicht mit einigen Entschließungen begnügen, sondern daß wir von hier aus diese Unruhe in uns und über uns hinaus weitertragen.

Ein Sozialist, der heute nicht beunruhigt des nachts gelegentlich aufwacht und sich fragt: Wohin geht die Partei? Genossen, der ist nicht berufen zur Führung in dieser Partei! (Lebhafter Beifall.)

5. Daher muß auch die Entwicklung einer möglichst zusammenhängenden Politik, einer Kulturpolitik in allen Parlamenten erreicht werden. Wir haben diese Chancen bisher nicht ausgenützt. Wir haben nicht in allen Landtagen dieselben Probleme zur Diskussion gestellt — denn dort wird die Kulturpolitik mitberaten und entschieden —, wir haben noch nicht die volle Offensive entwickeln können, die meiner Ansicht nach der Bundesregierung erheblich zusetzen würde.

Bleiben wir daher nicht im Negativen, in der Ablehnung der Atomrüstung hängen, sondern entwickeln wir das Programm einer Kulturpolitik in den Parlamenten und schauen wir, daß wir die geeigneten Vertreter an die

Podien der Parlamente bringen, Menschen, die mit Überzeugung und Leidenschaft diese Auffassungen zu vertreten imstande sind! Wir brauchen daher eine bessere Koordinierung unserer Politik in den Landtagen mit der Bundestagsfraktion und dem Parteivorstand. (Lebhafter Beifall.)

6. Wir brauchen ein wissenschaftliches Institut beim Parteivorstand, nicht, um dort selbst Wissenschaft im einzelnen zu betreiben, aber wir brauchen Männer, die als „Wünschelrutengänger" — möchte ich sagen — durch die Lande gehen, und die das wissenschaftliche Erkennen an die Partei heranbringen, damit es mitbestimmend sei bei den Entscheidungen, die wir zu treffen haben. (Sehr gut!-Rufe.)

7. Dann brauchen wir eine verstärkte geistige Aktivität in der Partei. Die zweite industrielle Revolution war als Thema unseres Parteitages in München eine gute Sache. Es hat gut gewirkt und ist bei der Presse gut angekommen. Aber, wo war die Auseinandersetzung draußen in der Partei? Wo ist die Auseinandersetzung mit der Problematik dieser Zeit? Ich bin ein viel zu schwergeprüfter Sozialdemokrat, um nicht zu wissen, daß auch wir uns in einem Prozeß befinden, und daß man diese Diskussionen nicht hervorzaubern kann. Aber ich glaube, wo sie sichtbar sind, müssen wir sie fördern. Damit ein Wort an uns selbst: Genossen, lesen, viel lesen, lernen und dann nachdenken, nachdenken, nachdenken, arbeiten an uns selbst. Das ist der entscheidende Punkt für unsere Kulturpolitik. (Lebhafter, langanhaltender Beifall.)

Jeder trägt die Verantwortung in sich selbst. Als ich an dieses Pult ging, habe ich mir gedacht, ob ich beginnen soll, etwa — sagen wir einmal — Konzessionen an die Stunde zu machen, die Stunde, die überschattet ist von den Ereignissen in Frankreich und Nordafrika, im Nahen Osten oder sonstwo. Jetzt komme ich mit meiner armseligen Kulturpolitik. Dahinter sieht man die Lehrer, die Besoldungsordnung usw. (Heiterkeit.)

Werden die Genossinnen und Genossen also diesen Übergang in diese etwas abgelegenen Gebiete des politischen Wirkens machen wollen? Ich habe das bewußt nicht an den Anfang gestellt. Jetzt muß ich es doch sagen: Gut, die Ereignisse mögen dramatisch sein, es werden andere kommen, gewaltigere vielleicht noch. Sie werden an dem, was ich sagte, für mich jedenfalls nichts ändern. (Sehr richtig! — Zustimmung.)

Denn wenn wir morgen zur Entscheidung gerufen sind, müssen wir die Menschen haben, dann nützt uns kein Parteitagsbeschluß allein. Menschen bilden sich langsam. Daher heißt es: den Willen besitzen, dieses Ziel, dieses sittliche Ziel des Sozialismus nie aus den Augen zu verlieren, auch wenn wir uns in einem Wellental befinden. Wir müssen vorausdenken können. Das kann man nicht von jedem Menschen verlangen; aber der demokratische Sozialist muß in seinem Denken die Zukunft umfassen. Und wir werden auch die Stunde und die aktuelle Situation der Politik, so primitiv sie sein mag, nicht bewältigen, wenn wir nicht auch die Zukunft zugleich einschließen, wenn wir nicht auch die Zukunft meistern wollen.

Der Sozialismus ist eine Bewegung über Jahrhunderte. Das macht ihn groß. Ich lehne es ab, zu sagen: Seid fanatisch! — Fanatismus ist ein schlechter Berater; aber ich würde sagen: Seid leidenschaftlich, hängt euch leidenschaftlich an die Zielsetzungen des Sozialismus!

Die Grundgedanken, die ich hier vorgetragen habe, decken sich auch mit dem Antrag 205. Er ist eine Fortsetzung dessen, was in München mit der Entschließung 100 von der Partei akzeptiert worden ist.

Ich komme zum Schluß: Es würde mir durchaus verständlich sein, wenn der eine oder andere Genosse meine Ausführungen als idealistisch ansähe, als einen Strauß schöner, idealer Gedanken, und sagte: Das sind wir von ihm so gewöhnt; wir müßten ihn eigentlich zum Prediger machen. (Heiterkeit.)

Aber, wenn es hier etwas zu diskutieren gibt — und ich wäre sehr dankbar dafür —, wenn Mißverständnisse zu klären sind, so muß man sie klären. Wir brauchen die Diskussion. Nur durch sie kommen wir zu einem gemeinsamen und sicheren Handeln. Die Partei, in der wir dienen, darf nicht nur ein Kampfapparat sein; sie kann nicht nur bloßes Instrument der Politik sein. Sie muß ein lebendiger Organismus bleiben. Für viele von uns ist sie faktisch der Inhalt unseres Lebens und ein Stück unserer geistigen Heimat.

Was ich in meinem Leben an Einsichten aufgenommen habe, habe ich durch die motorische Antriebskraft aufgenommen, die mir die sozialistische Bewegung in ihren Zielvorstellungen gegeben hat. Insofern unterscheiden wir uns von jeder anderen Interessenpartei. Wir sind keine Ersatzreligions-Partei. Wir sind im Sinne der letzten Auslegungen aller Dinge des Menschen keine Weltanschauungspartei. Aber wir sind eine Gesinnungspartei, die auf unveräußerlichen Wertsetzungen ruht. (Lebhafter Beifall.)

In dieser Partei werden wir die Tradition einer kämpfenden Gemeinschaft bewahren, wenn wir immer wieder zum Ursprung unserer Bewegung zurückkehren und in einer verwirrenden Zeit jenen Zielen folgen, die in der Menschwerdung des Menschen ihren ewigen Ausdruck finden. (Starker, nicht endenwollender Beifall.)

Vorsitzender Dr. Alex Möller: Das Wort hat jetzt Adolf Arndt. (Beifall.)

Dr. Adolf Arndt: Genossinnen und Genossen! Liebe Freunde! In keiner Stunde seiner Geschichte sah sich der Mensch so unmittelbar vor die Frage gestellt, ob er eine Zukunft noch zu erwarten hat. Angesichts dieser Gewißheit des Ungewissen könnte es sinnlos und weltfremd erscheinen, sich jetzt um Kultur zu sorgen, da es doch um das bare Überleben gehe. In der Tat sehen wir ein Bestreben unheimlich wachsen, das letzte Hoffen daran zu knüpfen, das Äußerste an Entfesselung von Vernichtungskräften zu erreichen, um sich durch den Schrecken zu erhalten oder, wenn auch der Schrecken versagt, den Verzicht auf Zukunft und die einzige Gemeinschaft zu wählen, die als Rest bliebe, die Gemeinsamkeit im Untergang.

Ich stimme Otto Stammer darin zu, daß — wie er in seiner Rede vom 13. April dieses Jahres vor dem 15. Landesparteitag Berlin sagte — in der Tiefe hinter den Auseinandersetzungen um die atomare Ausrüstung die Entscheidung steht, zu welchen Gedanken vom Menschen man sich bekennt, so daß die Suche nach dem Selbstverständnis des Menschen, die nach Klarheit um seine Möglichkeit zur Kultur ringt, eine Frage nicht

des Wunschträumens oder der Müßigkeit, sondern eine Frage von unmittelbarer Gegenwärtigkeit ist.

In dieser Sicht ist von Kultur in ihrem Zusammenhange mit Politik nicht allein in dem engeren Sinne zu sprechen, der unter Kulturpolitik den Einfluß auf das Erziehungswesen namentlich in den Schulen und die Förderung oder Pflege von Wissenschaft und Kunst begreift, vielmehr in einer umfassenden Weise von Kultur — wie es eben Waldemar von Knoeringen in seiner so begeisternden Art getan hat — als einer Art und Auszeichnung menschlichen Wirkens schlechthin, insbesondere in der Gesamtheit des politischen und gesellschaftlichen Verhaltens.

In dieser Ausweitung des Gesichtskreises soll keine Abwertung dessen liegen, was man herkömmlich Kulturpolitik nennt, die keineswegs mehr — um nochmals ein Wort von Otto Stammer aufzunehmen — als Blumenstock nur zur Zierde im Hinterhof der Organisationen blühen darf. Die Sozialdemokratie ist sich der Kulturpolitik als Kernstück inmitten aller Politik bewußt, hat diese Erkenntnis auf dem Münchner Parteitag 1956 bewährt und wird ihre Bemühungen um die Kulturpolitik noch verstärken. Allem, was Waldemar soeben an Forderungen und Folgerungen und Darlegungen vor uns in seiner so unnachahmlichen Art ausgebreitet hat, kann ich mich da nur von ganzem Herzen anschließen.

Ich meine jedoch, heute meinen Auftrag noch in etwas anderer Weise und weiter auffassen zu sollen — wenn auch nicht ohne Befangenheit vor diesem Wagnis und nicht ohne die Einsicht, daß ich nichts als den Versuch bieten kann, Ansätze zur Erörterung zu stellen. Aber der Entschluß des Münchner Parteitages, den Kampf aufzunehmen, um freiheitliche Kultur höher zu entwickeln und Menschentum zu vertiefen, gebietet uns die Frage nach dem Menschen und nach seiner Kultur, eine Frage, die in jedem Satz des Entwurfs für ein neues Grundsatzprogramm enthalten ist, eine Frage, die als der Anfang am Beginn der sozialistischen Bewegung steht; ist doch diese Bewegung nach einem weltgeschichtlich gewordenen Wort von Karl Marx aufgebrochen, um den Menschen von seiner Selbstentfremdung zu befreien.

Unter freiheitlicher Kultur als einem auch politischen Ziel ist also weit mehr zu verstehen als das Erziehungs- und Ausbildungswesen — eine so mitentscheidende Voraussetzung und Leistung für die Kultur es auch ist —, freiheitliche Kultur ist eine Gestaltungsart des ganzen Lebens, insbesondere des gesellschaftlichen und staatlichen, somit des politischen Daseins, und hebt dieses so gewonnene Dasein werthaft ab gegen das Kulturlose oder Barbarische oder Bestialische, das kein bloß ausgedachtes Gespenst ist, sondern das die Mörder unter uns gestern in den Marterstätten der Konzentrationslager, heute im versklavenden Zwang der Gewaltherrschaften verwirklichten und morgen im atomaren Krieg bewahrheiten können.

Das Leitwort, aus dem der demokratische Sozialismus erwuchs: daß es gelte, die Selbstentfremdung des Menschen zu überwinden, ging von der Entdeckung aus, daß in der damals gegebenen — und ich füge hinzu —, in der heute noch gegebenen Welt der Mensch sich nicht mehr selber gehöre, sondern enteignet sei, und erhob den Anspruch, jene Umwelt verändern zu wollen, um den Menschen aus einer Barbarei zu lösen und

gegen den Absturz in Barbarei zu sichern — den wirklichen, leiblichen, auf der festen, wohlgegründeten Erde stehenden, alle Naturkräfte aus- und einatmenden Menschen, wie der junge Marx einmal gesagt hat. Aber jenes Leitwort war und ist in die Formel einer Verneinung gefaßt, indem es gegen die Selbstentfremdung des Menschen aufrief — während die bejahende Antwort, auf welchen sich selber eigenen Menschen man zugehen solle, offen blieb oder vorausgesetzt wurde.

Damals, im Zeichen einer Wissenschaftsgläubigkeit unter dem Einfluß des Aufstiegs der Naturwissenschaften meinte man noch, das, was das Eigentliche des Menschen wäre, sei wissenschaftlich feststellbar. Man dachte, den wirklichen Menschen als das Ergebnis seiner eigenen Arbeit begreifen, sich eine Selbsterzeugung des Menschen oder ein Durchsichselbstsein des Menschen vorstellen zu können, eine Selbstmächtigkeit, aus der heraus schließlich der Mensch für das eigentlich Wirkliche, das allein Wirkliche gehalten wurde. Diese Deutung war beileibe nicht bloß eine Spielerei des Verstandes, sondern eine im Guten und im Bösen geschichtswirkende Kraft, weil nichts weltbewegender sein kann als ein Gedanke; denn es gibt von diesem Gedanken des als selbstmächtig feststellbaren Menschen nicht nur Entwicklungslinien zum Nihilismus und zu der — beides übrigens Marx durchaus fernliegenden — umwälzenden Behauptung von der reinen Geschichtlichkeit des Menschen, der reinen Geschichtlichkeit seiner Einrichtungen, Ordnungen und Wertsetzungen, sondern dieser im vergangenen Jahrhundert gefaßte Gedanke der Selbstmächtigkeit des Menschen zeugte das explosive Politikum eines Menschen unserer Tage, der unermeßliche Naturkräfte entfesselt und der für sich in Anspruch nimmt, im atomaren Kriege auch seine eigene Sintflut veranstalten zu können und zu dürfen. Nichts wäre allerdings mehr ein Mißverständnis und eine Geschichtsklitterung, als hieran Marx die Schuld zuzuschieben; — ist er doch der Warner vor der Gefahr der Barbarei als einer möglichen Wirklichkeit; ist es doch die Humanität, die als ein Grundwert sein ganzes Gedankengebäude durchdringt. (Beifall.)

Ich sage nichts Neues, wenn ich bemerke, daß die Vorstellung vom Menschen, wie sie im vergangenen Jahrhundert zur Herrschaft kam, nicht mehr die unsere sein kann und nicht mehr die unsere ist. Ich würde nicht sagen, daß der Mensch ein anderer geworden sei. Die Frage, ob eine politische Partei Aussagen darüber, wer und wie der Mensch ist, zu machen berufen sein kann oder inwieweit der Inbegriff dieser Fragen über ihre Zuständigkeit zur Antwort hinausgreift, wird noch sorgfältiger Erwägung bedürfen.

Aber soviel wird in aller Vorsicht zunächst angemerkt werden dürfen, daß sich neue und veränderte Bewußtseinsinhalte der Menschen herausbildeten, daß sich die Menschen unserer Tage bewußt oder unbewußt einer ungeheuren und unheimlichen Unsicherheit und ihrer eigenen Unberechenbarkeit als Menschen gegenübersehen und daß die von ihnen hervorgebrachte industrialisierte und bald automatisierte Gesellschaft eigentümliche und so bisher nicht bekannte Gefährdungen des Menschen mit sich brachte. Die industriellen Revolutionen haben das Gesellschaftsgefüge nicht einfacher, sondern schwieriger und vielfältiger gemacht.

Unserer Gesellschaft ist, wie Gerhard Weißer dargetan hat, eine von ihm als Gesetz bezeichnete Neigung, ein Gefälle zur wachsenden Organisationsbedürftigkeit struktureigen geworden. Der zunehmende Organisationsgrad der Gesellschaft schafft neue Abhängigkeiten, die von der noch überhängenden Gliederung in Klassen, die durchaus noch da sind, unabhängig sind und deren Überwindung andauern wird.

Diese Andeutungen mögen zur Erläuterung dafür genügen, daß — bei Ausklammerung der Frage, ob der Mensch ein anderer wurde und je ein anderer werden kann — jedenfalls andere Aufgaben und neue Gefahren ihm begegnen und verändernd auf sein Bewußtsein einwirken. Eine solche Zeitanalyse macht, worin wir Otto Stammer folgen müssen, Prinzipien der Gesellschaftsordnung so existenznotwendig wie nur je. Prinzipien finden heißt jedoch, Werte setzen oder Werte anerkennen. Das, was Kurt Schumacher die Wertaxiomatik nannte, wird damit ein Herzschlagen des Programms, weil dieser Ursprung das Maß der Glaubwürdigkeit bildet, weil die Verständigung über das gesellschaftlich-politische Selbstbewußtsein die Zukunft der industriellen Gesellschaft bestimmt und weil das Programm allein so die Kraft einer allgemein verständlichen Idee gewinnen kann. Hier entscheidet es sich, daß es auf die Gestaltung der Gesellschaft als einer Kultur-Gesellschaft und auf ihre Kultur-Staatlichkeit ankommt.

Niemals ist es dem demokratischen Sozialismus allein um das leibliche Wohlergehen oder darum zu tun gewesen, den Menschen parteidoktrinär auf seine Diesseitigkeit zu beschränken, wenngleich man nicht hochmütig geringschätzen sollte, welche Last und welches Leid die Armut aufbürdet und nach einem von Kurt Schumacher aufgenommenen Wort Gandhis dem Armen auch im Brot Gott erscheint.

Die Verschmelzung von Politik und Kultur vollendet sich also aus der Einsicht, daß die Struktur der menschlichen Gesellschaft und ihres Staatswesens weder eine beliebige sein kann noch als unabwendbares Schicksal oder ein uns verfremdendes Gesetz hingenommen werden darf, sondern daß es uns verantwortlich aufgegeben ist, Gesellschaft und Staat als Gebilde menschlicher Kultur zu formen. Durch seine Möglichkeit zur Kultur begegnet der Mensch werktätig und ordnend der ihm vorgegebenen Natur und schafft sich eine die Natur überformende Welt, eine Welt seiner Kunst, die ihm allerdings nicht von selbst zu gelingen braucht, sondern die er zu verfehlen und dadurch die Natur und sich selber mit zu zerstören unaufhörlich in Gefahr ist.

Zu dieser Möglichkeit des Kulturwerkes ist der Mensch befähigt durch die ihm allein eigene Gabe, von der Natur kraft seines Geistes Abstand zu nehmen. Unsere Dokumentationen in der Ziegenhainer Entschließung 1947 oder in der von Kurt Schumacher mitgeprägten Kundgebung der Internationale 1951 gründen sich darauf, die Wirklichkeit des Geistes anzuerkennen. Sie stehen in der Tradition der Reichstagsrede von Otto Wels am 23. März 1933, in der es heißt: „Wir deutschen Sozialdemokraten bekennen uns in dieser geschichtlichen Stunde feierlich zu den Grundsätzen der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Sozialismus. Kein Ermächtigungsgesetz gibt ihnen“ — den Nationalsozia-

listen — „die Macht, Ideen, die ewig und unzerstörbar sind, zu vernichten." (Beifall.)

Das volle Gewicht dieser Erklärung wird erst ermessen, wenn man darin die Absage an eine bloße oder beliebige Geschichtlichkeit des Menschen-Daseins sieht. Denn ein Bekenntnis zu unabdingbaren Werten ist mit einer bedingungslosen und losgelösten Geschichtlichkeit des Menschen nicht zu vereinbaren. Diese Aussage von Otto Wels war nicht nur durch ihren sittlichen Mut ein geschichtsbildendes Zeugnis, sondern sie bezeichnet tief und weit darüber hinaus eine Wende, weil darin der Glaube an die Geschichte überwunden ist.

Die so bewegende Entdeckung der Geschichtlichkeit des Menschen braucht ihre Bedeutung nicht dadurch einzubüßen, daß sie ihre Übertreibung als eine „letzte Religion" verlor; es kann künftig die Geschichtlichkeit als eine Daseins-Weise des Menschen damit zusammengedacht werden, daß der Mensch nicht nur im Horizont der Geschichte lebt.

Vielleicht erscheint es als eine Abirrung, vielleicht auch setze ich mich dem Mißverständnis aus, als wollte ich — was mir fernliegen muß — den Menschen naturwissenschaftlich erklären. Aber es mag doch nicht unfruchtbar sein, sondern zur Erläuterung beitragen, auf merkwürdige Parallelen in anderen Denkbereichen hinzuweisen. Für die Entfaltung der Wissenschaften, die seit der Jahrhundertwende so umwälzend für unsere Umwelt waren, sind kennzeichnend die Entdeckung von Konstanten — das Wirkungsquantum, die Lichtgeschwindigkeit und die kleinste Länge — und die Kopenhagener Deutung der Quanten-Theorie, daß ein und dieselbe Wirklichkeit in mehrfacher Form erscheinen kann, ohne gleichzeitig erkennbar zu sein, sondern im Wege der Ergänzung als Einheit zusammengedacht werden muß. Es wird so sein, daß künftig auch die Geschichtlichkeit der Daseinsweise des Menschen und konstante, unbedingte Werte, die darin ihre Wirklichkeit erweisen, so im Wege der Ergänzung in eins gedacht werden können und müssen.

Ja, wenn mir einen Augenblick noch ein das Politische übergreifender Ausblick erlaubt und nicht als Verstiegenheit zur Last gelegt wird, so mag zu erwägen sein, ob wir vor einer Zeit stehen, die nicht mehr sich im dualistischen oder alternativen Denken des Entweder — Oder verfängt, der entweder idealistischen oder — in einem ontologischen Sinn — materialistischen Welterklärung, des entweder Physischen oder Metaphysischen.

Zu meiner Entschuldigung darf ich anführen, daß doch jedenfalls durch die Wandlungen im wissenschaftlichen Weltbild — die sich ja nicht nur in der Bedrohung durch die atomare Sprengkraft bis in das Leben eines jeden einzelnen auswirken — merklich oder unmerklich neue Bewußtseins-Inhalte für alle entstehen, unter denen die Erkenntnis auch von politischer Tragweite ist, daß erstmals seit dem kopernikanischen Schock zwar keineswegs die Wissenschaft den Glauben beweisen könnte oder sollte, aber Wissenschaft und Glaube sich nicht mehr auszuschließen brauchen.

Eine Partei, die einmal stolz war und mit Recht stolz war auf die Wissenschaftlichkeit ihrer politischen Denkweise, wird heute weniger denn je

die Verbindung mit dem Ganzen der Wissenschaft preisgeben dürfen und es nicht mehr als unwissenschaftlich, utopisch oder im negativen Sinne bloß ideologieverdächtig ansehen dürfen, daß sie sich zur Ewigkeit bestimmter Ideen bekennt, wie es Otto Wels nannte, und wie es eben Waldemar von Knoeringen bezeugt hat, oder daß sie die Einigung auf unbedingte Werte zu Prinzipien für die von ihr als notwendig erstrebte Gesellschaftsgestaltung erhebt. Wie immer man die Gesellschaft formen will — und das ist doch die Aufgabe einer politischen Partei und insbesondere der auf eine grundlegende Veränderung der Gesellschaftsstruktur abzielenden Sozialdemokratie —, kommt man nicht daran vorbei, daß die Gestaltung der Gesellschaft eine Kulturleistung oder mit der Gefahr des Absturzes in Barbarei das Versäumen dieser Leistung und im Ergebnis dann Mangel an Kultur ist. (Beifall.)

Die Frage nach der Kultur mündet jedoch in die Frage nach dem Menschen, und die Frage nach dem Menschen vertieft sich zu der Frage, wie das menschliche Dasein lebenswert ist, also ob es Werte gibt und welche hier das Maß bilden. Man hat deshalb gefordert, die Sozialdemokratie müsse Auskunft über ihr Menschenbild geben. Ich halte die Frage in dieser Fassung für falsch gestellt und das Schlagwort vom Menschenbild nicht für gut. Das Gleichnis vom Bild ist irreführend. Es geht nicht um ein Bild als einen uns gegenüberstehenden und in sich geschlossenen Gegenstand. Es kann sich für eine politische Partei, die sich nicht ins Totalitäre verlieren und nach ihrem Maß den in seinem Selbstwert nicht meßbaren, den wirklichen und leibhaftigen Menschen nicht normen will, nicht um das Ganze des Menschen handeln. Worauf es ankommt, das sind einige bestimmte Gedanken, die eine Partei vom Menschen hegt, sein Verständnis aus politischer Sicht und allein aus dieser. Wenn vom Menschen gesprochen wird, darf es nicht im begrifflichen Verstande eines vereinheitlichten Menschen schlechthin geschehen, den es gar nicht gibt. Die Erkenntnis von der Geschichtlichkeit menschlichen Lebens — das im Abstand von der Natur und im Einstehen für seine Aufgaben sich vollzieht —, die eine durchaus wertvoll bleibende Erkenntnis ist, bedeutet zugleich die Unvertauschbarkeit und Unwiederholbarkeit im Dasein von Menschen.

Daher ist sinnvoll vom Menschen die Rede allein im Blick auf die Dasein wirklicher Menschen in ihrer Zeit, und von einer politischen Partei aus in der besonderen Sicht auf ihre gesellschaftliche Ordnungs-Aufgabe hin — mit Achtung vor der Persönlichkeit eines jeden Menschen, durch die Anderes, Tieferes und Höheres hindurchklingt, als das politische Ohr es vernehmen kann.

Darin liegt sowohl die Warnung vor der Illusion, man könnte den Menschen aus der Retorte, den Menschen aus einer Reißbrettkonstruktion seiner Umwelt linearisieren, als auch ebenso vor der Illusion, einen einseitig und verkürzt nur als gut oder nur als böse gedachten Menschen vorauszusetzen und gerade dadurch seine Gabe zur Freiheit, die auch seine Möglichkeit zum Irren ist, zu verfehlen.

Darum kann eine freiheitliche Partei nicht in dem Sinne Weltanschauungspartei sein, daß sie sich übernimmt, die Fülle menschlicher Lebens-

regungen gleichzuschalten und nach dem Einheitsmaß einer all sein Tun und Lassen bestimmenden Regel ihn zu beherrschen, wie es der Kommunismus versucht, von dem wir wie Tag und Nacht voneinander getrennt sind.

Aber — auch ich möchte das noch einmal betonen — diese elementare Absage an den Kommunismus als Ideologie, wenn ich das im Anschluß an die Rede Herbert Wehners einfügen darf, bedeutet nicht, daß Kommunisten für uns aufhören könnten, in unseren Augen Menschen zu sein. (Beifall.) Für uns ist das Ringen mit dem Kommunismus keine Polizeiaktion, sondern ein Ringen um den Menschen (lebhafter Beifall) als eine Aufgabe unserer Kultur und ihrer Kraft. (Beifall.)

Die Sozialdemokratie kann auch keine Partei bloßer Zweckmäßigkeit oder leeren Machtstrebens sein, sondern muß ihren Sinn in der Gemeinsamkeit politischer Überzeugung als eine Gesinnungsgemeinschaft finden, die sich in ihren Zielen auf die Wahrheit und die Wirklichkeit bestimmter Werte gründet, weil eine Verleugnung dieser Werte das Gelingen einer Gesellschaftskultur und einer Kulturstaatlichkeit unmöglich machen würde. Es genügt nicht mehr, als solche Werte namentlich Freiheit und Gerechtigkeit zu nennen, seit diese Worte auch als leere Formeln und Tarnbegriffe mißbraucht wurden. Erforderlich wird sein, den für den demokratischen Sozialismus kennzeichnenden Freiheitsbegriff zu entwickeln und genauer zu sagen, wie die Freiheitlichkeit ist, die eine Gesellschaft und ihren Staat sozialistisch prägt.

Dieser Freiheitsbegriff steht in unlösbarem Zusammenhang mit einem bestimmten Verständnis des Menschen: seiner Mündigkeit in Fragen dieser Welt. Dieser Freiheitsbegriff beschränkt sich nicht auf bloße Abwesenheit von Zwang; er isoliert und atomisiert den Menschen nicht, wodurch die Menschen zu Menschenpulver würden und sich in den neuen Abhängigkeiten verlieren müßten, denen die industrielle Gesellschaft über die noch fortbestehende Klassenschichtung hinaus zuneigt.

Der Freiheitsbegriff des demokratischen Sozialismus wurzelt in dem Verständnis des Menschen, daß es zu den sich ergänzenden Konstanten, den Dauerwerten im Dasein eines Menschen gehört, gesellschaftlich zu sein, also daß der Mensch sich nur verwirklichen kann, indem er Gemeinschaft bildet, und Gemeinschaft sich nur bewährt, indem sie den Menschen zu sich selber kommen läßt. Dieser Freiheitsbegriff rechtfertigt sich aus dem Grundwert der Mitmenschlichkeit und ist somit anders und mehr als eine bloße Möglichkeit im herkömmlichen Sinne des Liberalismus, für den es nicht wesentlich ist und war, welche Aussicht besteht, diese Möglichkeit zu ergreifen, sondern frei ist erst der Mensch, der gesellschaftlich in Wahrheit befähigt wird, seine Möglichkeit in eigener Verantwortung auch Wirklichkeit werden zu lassen. (Beifall.)

Hierin zeigt sich, daß Gerechtigkeit nicht nur eine Bedingung der Freiheit ist, sondern im sozialistischen Denken über den Menschen Freiheit und Gerechtigkeit mehrfache Formen ein und derselben Wirklichkeit sind. Diese Betrachtungen mögen anfangs sehr abstrakt erscheinen, sie können jedoch als Kraft bis ganz in das Konkrete hineinstrahlen.

Der Gedanke des in dieser Welt mündigen und sich durch die gemeinschaftsbildende Fähigkeit seines gesellschaftlichen Wesens verwirklichenden Menschen ist nicht allein für den Kommunismus unvollziehbar, der deshalb immer wieder in Unmenschlichkeit verfällt, sondern was wir an Verzerrungen, Willkür und blinder Zufälligkeit mit der Gefahr wiederkehrender Katastrophen in der nichtsozialistischen Gesellschaft beobachten, findet eine seiner entscheidenden Ursachen in der fortgesetzten Entmündigung des Menschen.

Was ist denn der Mißbrauch, den man mit dem Begriff — um ein ganz aktuelles Beispiel zu nennen — der repräsentativen Demokratie treibt, anderes, als daß man einen guten Gedanken dazu verfälscht, den Menschen zu entmündigen, indem man ihm ansinnt, sich jeweils auf einige Jahre des eigenen Einflusses auf die politische Willensbildung zu begeben und dafür autoritär handelnde Kommissare zu bestellen? (Lebhafter Beifall.)

Worauf gründet sich denn die Klassenbildung sonst, wenn nicht auf die Unterstellung, daß die Werktätigen, die man als Masse diskriminiert, unmündig seien, an der unverzehrbaren — weil für die Fortentwicklung und Ausweitung der Erzeugungsanlagen unentbehrlichen — Rate der Gütergewinnung teilzuhaben, so daß sich das Anlagevermögen in wenigen Händen sammeln müsse?

Der Gedanke, den Menschen als in dieser Welt mündig zu verstehen und es deshalb als eine Aufgabe der Gesellschaft zu betrachten, die Wirklichkeit so zu verändern, daß sich diese Mündigkeit bewähren kann, dieser Gedanke erkennt den Menschen, je mehr die gesellschaftlichen Grundlagen für die Entfaltung seiner Mündigkeit geschaffen werden, auch als selbst- und mitverantwortlich an, aber dieser Gedanke sagt nichts darüber, ob der Mensch gut oder böse ist, weil dieses Verständnis des Menschen von einem optimistischen Fortschrittsglauben wie von einem Pessimismus gleich weit entfernt ist, es zum Freiheitsbegriff dieser Gestaltung vielmehr gehört, daß er das Erfordernis einer guten, einer dem Menschen gerecht werdenden Ordnung mitumfaßt. Dieser Gedanke der Mündigkeit des Menschen begrenzt nicht zuletzt die Zuständigkeit auch einer Partei, auch unserer Partei, die sich zum freiheitlichen Sozialismus bekennt; denn auch die Partei ist nicht berufen, den Menschen zu bevormunden.

Eine Partei, die dem demokratischen Sozialismus verpflichtet ist, gründet sich auf die Einigkeit über unbedingte Grundwerte, und das heißt über bestimmte Gedanken zum Verständnis des Menschen, die in der Gestaltung der Gesellschaft und ihres Staates anerkannt werden und zu verwirklichen sind; aber die Partei kann um ihrer eigenen Freiheitlichkeit willen nicht berufen sein, jenseits der gemeinsamen Überzeugung von der Notwendigkeit dieser Werte für eine freiheitlich-gerechte Ordnung und für eine Kulturstaatlichkeit nun eine verbindliche Lehre darüber zu entwickeln, aus welcher Philosophie oder aus welchem Glauben das Bekenntnis zu diesen Werten letztlich stammt. (Lebhafter Beifall.) Gehört zum Wesen der freiheitlichen und menschenwürdigen Gesellschaft die Glaubensfreiheit, so kann eine Partei ihr nicht entsprechen und

ihren Staat nicht mittragen, wenn sie sich der Unfreiheit im Glauben und im Denken verschrieben hätte, indem sie eine über die politische Überzeugung hinausreichende Einförmigkeit der Unterwerfung unter dieselbe Weltanschauung oder die gleichen religiösen Dogmen gebieten würde.

Es stört die politische Gesinnungsgemeinschaft aus der Verpflichtung auf im Ergebnis übereinstimmende Werte nicht; nein, es schafft, es bildet, es rechtfertigt sie erst, daß ein jeder für sich aus dem Eigenen seines innersten Lebens in freier Verantwortung sich zu diesen für das Ordnen der Gesellschaft und das politische Urteil richtungweisenden Werten bekennt; ja, der Reichtum eines mitmenschlichen Verbundenseins erblüht aus der Vielheit der Quellen, die uns die Freiheit des Geistes erschließt. (Beifall.)

Soll das Wort von der Würde des Menschen nicht eitel Ideologie sein, hinter der sich nichts als redseliges und zu allermeist recht unbegründetes Selbstlob verbirgt oder gar eine Tarnung der groben Unordnung, an der unsere von Zufall, Willkür und unberechtigter Macht verstörte Gesellschaft krankt, soll also das Wort von der Würde des Menschen nicht bloß eine Ideologie sein, so wird es den Sinn haben, die Einmaligkeit eines jeden Menschen, seine nicht abwertbare Gleichberechtigung als Mensch, seine Personalität zum ersten Ausgangspunkt der Gesellschaftsgestaltung anzunehmen.

Aus welchem Ursprung sich diese Sicht des Menschen herleitet, ist eine letzte Gewissensentscheidung, die keiner für einen anderen stellvertretend vollziehen kann — aber jeder, der den Menschen so sieht, anerkennt die Fähigkeit zur gemeinschaftsbildenden mitmenschlichen Verständigung und muß es zum Prinzip seines politischen Handelns erheben, daß der Mensch sich nicht selber entfremdet werden, daß er nicht in unserer Zeit der neuen Abhängigkeit funktionalisiert werden, daß er nicht als Gegenstand der Verfügbarkeit verdinglicht werden darf.

In welchem Grade einer bestehenden Gesellschaft Wertgehalt an Gesellschaftskultur zuzusprechen ist, entscheidet sich darin, ob und wie sie dieser mitmenschlichen Gleichberechtigung gerecht wird, und unsere klassengeschichtete, von Eliten-Ideologien durchsetzte, zu einem ausbeuterischen Übermaß an Abhängigkeiten neigende und das Gewissen als lästige Störung verfemende Gesellschaftsordnung ist von dieser Kultur leider noch weit entfernt und bedarf deshalb ihrer Veränderung im Grundsätzlichen. (Beifall.)

Unter allen Entfremdungen des Menschen ist keine, die ihn so entmenschlicht wie die, deren Mittel darin besteht, Gewissenszwang zu üben, eine Stellvertretung im Gewissen zu beanspruchen oder das Gewissen sogar gegen den Menschen zu kehren. Der Kern aller Kämpfe unserer Gegenwart findet sich darin, daß Gewissensinhalte verketzert und verteufelt werden sollen. (Beifall.)

Das geschieht durch die ideologische Verkehrung der Demokratie mit der Behauptung, die Repräsentation sei eine Stellvertretung im Gewissen, weil unpassende Gewissen einer obrigkeitsstaatlichen und absoluten Staatsräson oder Staatsautorität weichen müßten. Das geschieht durch

die falsche Konfessionalisierung der Politik, die dem Wähler durch ideologische Bindung die von ihm mündig zu entscheidenden Sachfragen verbirgt und die dem redlichen Zweifler trotz seines unverbrüchlichen Bekenntnisses zu den gemeinsamen Grundwerten die Gleichachtung als Mensch versagt.

Wohl kann und soll das Gewissen geweckt und gebildet werden.

Der demokratische Sozialismus ist eine Bewegung, die keinesfalls im totalitären Sinne Weltanschauungspartei sein kann, sondern in ihrem Ethos aus der Freiheit des Geistes als politische Gesinnungsgemeinschaft in der Verpflichtung auf übereinstimmende Grundwerte lebt. Dieser demokratische Sozialismus hat in seinen Dokumentationen und in seiner Haltung die Aufgabe der Glaubensgemeinden, insbesondere der christlichen Kirchen, bejaht und bejaht sie, von der Verkündung der ihnen offenbarten Glaubenswahrheiten her den Menschen ins Gewissen zu reden und die Gewissen der Gläubigen mitzuformen. Daraus folgt ein mittelbarer Einfluß auch auf das politische Leben, auf die politische Gesittung und die politische Kultur; wirken sich darin doch die Gewissenhaftigkeit der Sachentscheidungen und, wo es darauf ankommt, die Gewissensentscheidungen des Menschen in der Welt aus.

Im gesellschaftlichen und politischen Bereich, der zwar ein von den Grundwerten her auffindbarer und zu gestaltender Bereich ist, doch ein Bereich der gewissenhaft verschiedenen Entscheidungsmöglichkeiten, kann ein Mensch ohne Verletzung seines Gewissens und ohne Selbstentfremdung durch Entmündigung nicht in seinem Gewissen und nicht in seiner Überzeugung vertreten werden. Ich persönlich meine, daß es — schon gar nicht in einem konfessionell und weltanschaulich vielfältigen Volke und einer ebensolchen Welt — keine Politik und keine Partei geben kann, die als solche christlich ist, sondern nur politische Überzeugungen und Parteien, die einem Christen dieser oder jener Konfession möglich sind; allerdings gibt es — seien sie totalitär oder nihilistisch — auch Parteien, die für einen Christen unmöglich sind, sowie, schlimmer noch, politische Entscheidungen, die es an Christlichkeit fehlen lassen, aber — falls sie christlich etikettiert werden — die Glaubwürdigkeit des Glaubens schmerzlich gefährden. (Lebhafter Beifall.)

Die Ideologie einer Einheitspartei der Christen, die zwar abgestritten wird, aber mächtig die Wirklichkeit beherrscht, ist mit der Mündigkeit des Menschen im Bereich des Weltlichen unvereinbar und ein schwerstes Hemmnis dafür, den politischen Gedanken der Demokratie sich bewahrheiten zu lassen. (Lebhafter Beifall.)

Diese Ideologie nährt sich von der falschen Alternative, daß der Mensch entweder gläubig sein müsse oder nur gleichgültig sein könne. Sie ist rückwärts gewandt und richtet sich gegen eine Ideologie des bürgerlichen Liberalismus, die in den Gedanken des demokratischen Sozialismus überwunden ist. Für uns ist Freiheit nicht das Problem einer Ausklammerung vom Staat, der als Obrigkeit und Verwaltung mißverstanden wird; für uns ist Freiheitlichkeit eine gerechte, der Mündigkeit des Menschen angemessene und in der Mitmenschlichkeit bewährte Struktur des Sozialen, der auf Gleichberechtigung und Solidarität begründeten Gesellschaft.

Was den Weg in die Zukunft einer ihrem innersten Wesen nach freiheitlichen Gesellschaftsordnung noch verlegt, ist, daß die vom Liberalismus aufgerissene Lücke der Beliebigkeit von Vorgängen seelischer und geistiger Überwältigung durch Ideologien ausgestopft ist, mittels derer unverantwortliche Machtgruppen Wunschbilder hervorrufen, um die Menschen zu funktionalisieren und zu manipulieren. So entstehen Spannungen zwischen den als Zivilisationserzeugnissen selbsterzeugten Begierden nach Wirtschaftswundern und den dadurch verdeckten Notwendigkeiten des Menschen, der nicht davon leben kann, daß er bloß Verbraucher einer freizeitfüllenden und ihn betäubenden oder von sich selber ablösenden Industrie des Kultur-Ersatzes ist, sondern der, um zu sich selber zu kommen und das Lebenswerte seines Daseins zu gewinnen, an der geistigen Welt und ihren wahren Werten mitschöpferisch teilhaben muß. (Beifall.)

Jene für die Produzenten einträglichen Ersatz-Erzeugnisse einer Scheinkultur, die man kaufen und genießen kann, treiben geradezu in die Flucht vor der Freiheit und in die unfruchtbare und verantwortungslose Zuschauerhaltung, die schließlich noch beim eigenen Untergang meint zuschauen zu können.

Wir werden solange keine Demokratie werden, wie die Illusion andauert und gefördert wird, daß auch Politik bloß die Veranstaltung eines mehr oder minder erfreulichen, schließlich immerhin unter die Autorität eines Erzvater-Idols gestellten Schauspiels ist (Beifall), eines Schauspiels, das es ermöglicht, ohne Experimente und ohne Risiken Geschichte zu haben und zu konsumieren, statt geschichtlich zu sein und verantwortlich Geschichte zu machen.

Noch nie ist die Mehrheit eines Volkes auf eine Weise überredet worden, die — durch die Formel „Keine Experimente!“ — nihilistischer wegzauberte, daß Freiheit Wagnis ist. Dieses Wagnis ist allerdings nicht der Übermut, die Menschen in einer ungeordneten Gesellschaft sich selber zu überlassen und an deren eigengesetzlichen — angeblich eigengesetzlichen — und seelenlosen Automatismus zu glauben. Automatismus ist immer Unfreiheit und Unverantwortlichkeit. Denn in der Gesellschaft und somit auch in ihrem wirtschaftlichen Bereich bewegt sich nichts selbsttätig, was nicht entweder wir selber verantwortlich bewegen oder was nicht unverantwortlich durch unsere Verdinglichung gegen uns bewegt wird. Dieses Wagnis zur Freiheit wird sinnvoll erst für den — durch die Verantwortlichkeit für seine gesellschaftliche Ordnung — wirklich befähigt gemachten Menschen, einen Menschen, der Geborgenheit und soziales Ansehen braucht, die man ihm durch das böse Mittel vorenthält, ihn mit Illusionen zu füttern, beispielsweise mit der Illusion falscher Sicherheit nach innen und außen, die sich nicht auf die Kraft des Geistes, auf die Kraft der Kultur zu gründen brauche, sondern die man sich durch Stillhalten und die Technik der Vernichtungsmaschinen erkaufen und zulegen könne.

Dieser Betrug mit Illusionen steht hinter einer Politik, die dem Volke einreden will, der Mensch könne — und notfalls müsse er — seine Seele nicht nur durch die Drohung mit atomarer Sprengkraft retten, denn — so

sagt man — die Vernichtung sei besser, als daß ein Volk zu toten Seelen würde. Dahinter verbirgt sich — wie bei allen leeren und entmündigenden Ideologien — die Vorspiegelung eines falschen Entweder-Oder: entweder tot oder entmenscht und entseelt; entweder wehrhaft allein durch Maschinen oder willenlos in der Selbstpreisgabe. Lauter falsche Alternativen! (Beifall.)

Dahinter verbirgt sich die Ideologie — ich will das mit aller Kraßheit aussprechen — einer Euthanasie ganzer Völker, ein Ungeist, der Teil von jenem Ungeist ist, der die mitmenschliche Beziehung auch in unserem Verhältnis zu den Deutschen jenseits des Eisernen Vorhangs leugnet. Deshalb propagiert man doch, jenen Deutschen dürfe auch wirtschaftlich nicht von uns geholfen werden, weil angeblich ihre Fesseln haltbarer, aber ihr Freiheitsbegehren schwächer würden, falls der äußere Mangel sie nicht mehr plage. Welch eine Menschenverachtung enthüllt sich in der Behauptung, Menschen könnten ohne Sehnsucht nach Freiheitlichkeit, ohne Gerechtigkeit, ohne das unbändige Verlangen nach Kultur sich damit abfinden, satt zu sein!

Gewiß haben auch wir als Sozialisten und als Überlebende einer totalitären Gewaltherrschaft keinerlei Anlaß, den Menschen zu idealisieren, statt uns in wacher Nüchternheit über seine Schwächen, seine Gefährdungen klar zu sein, die wir selber so unermeßliche Bestialität erfuhren; aber ein Ausgangspunkt unserer Gesinnungsgemeinschaft ist die Einigkeit in der Überzeugung, daß keine Gewalt auf Erden stärker ist als der Geist und seine schöpferische Kraft (Beifall) und daß Kultur uns nicht ohne die Hingabe unserer Herzen geschenkt wird, doch der Durst nach Kultur als ein unstillbares Verlangen geweckt und gewollt werden kann, Kultur als Wertgehalt schöpferischen Menschenwerks, als sein Wertgehalt an Fruchtbarkeit und Güte für das Menschsein, insbesondere das mitmenschliche Zusammensein in der geordneten und gegliederten Gesellschaft, als Wertgehalt durch Werkgerechtigkeit, durch geistige Redlichkeit und durch Gewissenhaftigkeit. Deshalb hat es seinen gerechtfertigten Sinn, in einer nicht nur übertragenen Bedeutung auch vom politischen Gewissen, vom sozialen Gewissen, vom wissenschaftlichen Gewissen und vom künstlerischen Gewissen zu reden, und vielleicht erscheint Kultur in der Verwirklichung solcher Freiheit, die den Menschen um seiner selbst willen wahrhaft befähigt, seinem erwachten und ihn zur Antwort rufenden Gewissen zu folgen.

Ob Politik Kulturwerk ist und ob einer Gesellschaftsstruktur Ordnungscharakter und Gesellschaftskultur zuzusprechen ist, wird dadurch mitentschieden, daß die bestimmenden Parteien sich nicht allein die Förderung und Pflege des Schulwesens, der Wissenschaften und Künste im Rahmen der Kulturpolitik im engeren Sinne angelegen sein lassen — eine so entscheidend wichtige politische Frage das ist —, sondern daß eine Partei — der demokratische Sozialismus weiß dies als seine Lebensfrage — in ständiger Auseinandersetzung mit dem Geist bestehen und auf ihre Weise geistiger Ausdruck ihrer Zeit werden muß. (Beifall.)

Ob Politik Kulturwerk oder ob Politik Verfall in Barbarei ist und ob eine Gesellschaftsgestaltung sich auf Gesellschaftskultur hinbewegt, erweist sich an dem realen Beitrag, den sie im Dienst am Menschen um

seiner selbst willen zu seiner Verwirklichung leistet, die aus sozialistischer Sicht allein als Freiheitlichkeit aus gleichberechtigter und mitmenschlicher Gemeinschaft denkbar ist.

Es ist an uns, daß die mitmenschliche Freiheitlichkeit in diesem Verständnis als die Vision einer zukünftigen Gesellschaftsgestaltung aus gemeinsamer Verantwortung sich das Vertrauen einer allgemein verständlichen Idee erwirbt. (Starker, langanhaltender Beifall.)

Vorsitzender Dr. Alex Möller: Genossinnen und Genossen! Nach einer verantwortlichen Entscheidung in Fragen der Wirtschaftspolitik haben wir nun Waldemar von Knoeringen und Adolf Arndt zu dem Thema Kulturpolitik — Kultur und Politik — gehört. Ich glaube, ich gebe die Empfindung des Parteitags richtig wieder, wenn ich zum Ausdruck bringe, daß wir unseren beiden Freunden herzlichst danken für die Feierstunde, die sie uns bereitet haben. (Starker Beifall.)

Lassen Sie mich noch zwei Bemerkungen machen; zunächst die eine: Ich glaube, wir haben in diesen beiden Stunden das beglückende Gefühl gehabt, Mitglied dieser Partei und Kämpfer in dieser Bewegung zu sein. (Beifall.)

Und eine zweite Bemerkung: Es wäre gut gewesen, wenn an diesem Vormittag das Führerkorps unserer Gegner im Saale anwesend gewesen wäre. (Beifall.) Vielleicht hätte es eine Empfindung mitbekommen von der großen Verpflichtung, die wir alle in uns tragen, wenn wir in der SPD stehen und wenn wir im Volk um Vertrauen für diese politische Bewegung werben. Genossinnen und Genossen, wenn man dann aus dem Saal hinausgegangen wäre und sich nicht gescheut hätte, die Diffamierungen der Sozialdemokratie fortzusetzen, dann hätten wir uns mit dem Bibelwort trösten müssen: Herr, vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun! (Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Ich schlage vor, daß wir nun nicht um 15 Uhr, sondern um 15.30 Uhr wieder beginnen, oder wünscht der Parteitag um 15.15 Uhr zu beginnen? (Zurufe: 15.30 Uhr!)

Also 15.30 Uhr. Ich möchte dann mitteilen, daß ich um 15.30 Uhr eine Botschaft bekanntzugeben habe, die führende Persönlichkeiten des deutschen Geisteslebens dem Parteitag übermittelt haben.

Wir vertagen uns bis 15.30 Uhr.

(Ende der Vormittagssitzung: 13.42 Uhr.)

NACHMITTAGSSITZUNG

(Wiederbeginn: 15.29 Uhr)

Vorsitzender Dr. Alex Möller: Genossinnen und Genossen! Wir beginnen mit unseren Nachmittagsberatungen. — Ich bitte, Platz zu nehmen. Ich habe zunächst mitzuteilen, daß die Delegierten, die Namenskorrek-

turen in dem vorgelegten Verzeichnis vorzunehmen wünschen, gebeten werden, das dem Büro hier mitzuteilen. Diese Mitteilungen müssen bis 16.30 Uhr eingehen, weil dann die Korrekturen bearbeitet werden und eine Neuauflage erfolgt.

Genossinnen und Genossen! Ich habe nunmehr Kenntnis zu geben von einer Botschaft, die uns zugeleitet worden ist. Ich bitte Sie, von dem Inhalt Kenntnis zu nehmen.

Darf ich die Genossen bitten, Ihre Besprechungen aufzugeben oder sie draußen fortzusetzen? (Beifall.)

„An den Parteitag der SPD:

Die 33 Unterzeichneten, die nicht der SPD angehören, erwarten von Ihrem diesjährigen Parteitag, daß die Verantwortlichen dieser stärksten Oppositionspartei unerschrocken der atomaren Aufrüstung der Bundeswehr, die wir für moralisch verwerflich und illegal halten, entgegentreten: Unerschrocken, unnachgiebig und unerbittlich.

Unsere Ansicht in dieser entscheidenden Frage bleibt ohne Einschränkung diese:

Eine atomare Aufrüstung der Bundesrepublik kann ihren ungeheuerlichen ‚Sinn' nur darin erblicken, den Angriff auf einen Gegner zu planen. Atomwaffen in den Händen deutscher Militärs sind eine unverantwortliche und unzumutbare Bedrohung der Weltgegenwart. Ihre Anwendung bedeutet in jedem Falle die Zerstörung der abendländischen Kultur, die Vernichtung unseres Erdteils.

Allein der Gedanke an eine solche Anwendung ist satanisch; er steht in unbestreitbarem Widerspruch zu den religiösen Grundgesetzen jeder, nicht nur der christlichen Glaubensgemeinschaft."
(Beifall.)

„Den Namen eines Weltschöpfers mit dem Abwurf einer einzigen Atombombe in Verbindung zu bringen, ist ein geistiges Verbrechen. Wir erwarten von Ihnen, daß Sie jeden erdenklichen Widerstand leisten gegen eine atomare Aufrüstung. Hierzu gehört auch die bedingungslose Ächtung der Atomwaffen. Ebenso gilt es, die Voraussetzungen einer solchen Aufrüstung zu beseitigen, nämlich die gefährlichste aller politischen Lügen, die Lüge von der bevorstehenden Aggression der Sowjetunion. Die Sowjetunion kennt die Folgen eines Angriffs mit thermonuklearen Waffen genau so gut wie ihre ideologischen Gegner. Bei einem Angriff dürfte es keine Rolle mehr spielen, wer den befristeten Zeitvorsprung der ersten Atomzündung besitzt. Die Folgen sind allen Wissenschaftlern, aber offenbar den wenigsten Politikern klar: die totale Vernichtung des Angegriffenen wie des Angreifers.

Eine Atomaufrüstung ist daher für uns indiskutabel. Wir sind die Davongekommenen des Hitlerschen Krieges und protestieren gegen jede Art von Kriegsvorbereitung, besonders auch der geistigen. Wir beschwören Sie, keine Ihrer nicht zu unterschätzenden Machtmöglichkeiten unversucht zu lassen, die atomare Aufrüstung zu verhindern,

d. h. alles zu tun, das Verhängnis der auf uns zutreibenden totalen Katastrophe abzuwenden!

Unterzeichner: Hans Henny Jahn, Ernst Kreuder, Stefan Andres, Oberkirchenrat Kloppenburg, Prof. Wilhelm Maler, Erwin Piscator, Paul Schallück, Wolfgang Weyrauch, Dr. Jürgen Eggebrecht, Hans-Dieter Hüsch, Dr. Walter Mannzen, Dr. Harry Pross, Dr. Erich Kästner, Albrecht Goes, Dr. Kurt Kusenberg, Ilse Aichinger, Dr. Max Stefl, Arno Schmidt, Dr. Karlheinz Deschner, Dr. Wilhelm Lehmann, Prof. Will-Erich Peuckert, Hans-Werner Richter, Prof. Dr. Vogel, Axel Eggebrecht, Wolfgang Hildesheimer, Walter Kolbenhoff, Wilhelm Pferdekamp, Dr. Martin Kessel, Günther Eich, Wolfgang Koeppen, Alexander von Bernus, Prof. Dr. Bruno Snell, Rolf Schroers."

(Lebhafter langanhaltender Beifall.)

Wir danken diesen 33 Männern für ihr Bekenntnis und ihre Mahnung. Wir hoffen, daß die deutsche Öffentlichkeit von dieser Botschaft gebührend Kenntnis nimmt.

Wir behandeln nun den Punkt 5 der Tagesordnung: Aufbau der Parteiorganisation. Hier hat als Referent Alfred Nau zu berichten.

Ich habe schon am Montag früh darauf aufmerksam gemacht, daß dann anschließend Max Kukil noch einen Bericht über die Arbeit der Organisationskommission gibt. Sie ist zwar noch nicht abgeschlossen, aber im Hinblick auf einige vorliegende Anträge ist es notwendig, diesen Zwischenbericht zu erstatten.

Aufbau der Parteiorganisation

Alfred N a u : Verehrte Gäste! Genossinnen und Genossen! Das Bild der modernen Massengesellschaft unterliegt einem ständigen Wandel, einem Wandel, dem auch selbstverständlich die Formen der Organisation der modernen Gesellschaft angepaßt sein müssen, wenn die Gesellschaft oder ihre Organisationen bestehen und Erfolg haben wollen. Dieser Anpassungsprozeß — dem auch die deutsche Sozialdemokratie seit ihrem Beginn unterworfen ist — muß natürlich in Tempo und Ausmaß der Kontrolle, der Einsicht der Mitglieder ausgesetzt sein, wenn er nicht den Charakter und das Ziel der Organisation gefährden soll. Die Diskussion über die Gestaltung der Organisation der Sozialdemokratischen Partei in ihrem Gesamtzusammenhang ist auf allen Ebenen seit langem im Gange. Die Diskussion ist durch den Ausgang der Bundeswahl intensiviert worden. So war es logisch, daß der Parteivorstand Ende November vergangenen Jahres zwei Kommissionen berief, die sich diesen speziellen Aufgaben gewidmet haben.

Einer der beiden, der Achter-Kommission, wurde die Prüfung der allgemeinen Probleme der Organisation übertragen, und zwar übertragen auf Grund der eingegangenen Vorschläge und kraft eigener Sachkenntnis. Der Vorsitzende dieser Kommission, Max Kukil, wird im Anschluß an meine Darlegungen über diese Arbeit berichten. Daraus ergibt sich zwangsläufig, daß das mir gestellte Thema — Aufbau der Organisation — sich im wesentlichen auf die Organisation der Parteispitze konzentrieren muß.

Aufbau und Organisation der Parteispitze war das Thema der Siebener-Kommission, der nachfolgend genannte Genossen angehören bzw. angehört haben:

Erich Ollenhauer,
Wilhelm Mellies,
Fritz Erler,
Waldemar von Knoeringen,
Carlo Schmid,
Herbert Wehner und
Alfred Nau.

Die Siebener-Kommission hat die Ergebnisse ihrer Arbeit Parteivorstand, Parteiausschuß und Kontrollkommission vorgelegt.

Bevor ich die Vorschläge der Siebener-Kommission im einzelnen entwickle und auch meine eigene, persönliche Meinung hierzu sage, gestattet mir bitte einige allgemeine Bemerkungen zu dem Problem, das man besonders nach der Bundestagswahl vom 15. September des vergangenen Jahres als „Reform der Parteispitze" zu bezeichnen pflegte.

Die Enttäuschung darüber, daß wir am 15. September nicht das uns gesteckte Ziel, die stärkste Partei der Bundesrepublik zu werden, erreichten, war und ist sehr groß. Diese Enttäuschung fand aber nicht nur in unseren eigenen Reihen, in zahlreichen Diskussionen in den Ortsvereinen, Unterbezirken und Bezirken ihren Ausdruck, sie spiegelte sich auch wider in den Zeitungen der Bundesrepublik, ja sogar in den Zeitungen des Auslandes.

Nun, man hat uns in den Wochen und Monaten nach der Wahl viele Ratschläge gegeben, und wenn wir ehrlich sind, dann müssen wir zugeben, daß sehr zahlreiche Ratschläge, die an uns gekommen sind, auch von solchen kamen, die nicht Sozialdemokraten sind, Ratschläge von Frauen und Männern, die diese aus tiefer Sorge um die Entwicklung der Demokratie vorgetragen haben. Ich möchte nicht versäumen, allen denen, die aus d i e s e n Motiven heraus an uns Kritik geübt haben und — vielleicht ganz offen ausgesprochen — sogar scharfe Kritik an uns übten, unser aller Dank dafür zu übermitteln.

Unsere Probleme sind nicht nur Angelegenheiten der Partei. Sie sind bei der Bedeutung der Sozialdemokratie im Leben unseres Volkes Probleme der Gesamtheit. Deshalb hat die Öffentlichkeit ein legitimes Recht zur Diskussion ü b e r die SPD. Diese Kritik in der Öffentlichkeit — und ich betone ausdrücklich, diese Kritik, die aus der Sorge um den Bestand der Demokratie kam —, war und ist uns Ansporn zugleich darauf, daß die Sozialdemokratische Partei in der öffentlichen Meinung der Welt heute einen Platz erobert hat, den ihr niemand mehr streitig machen kann, und das ist für uns ein größer Vertrauensbeweis, dessen wir uns auf alle Fälle würdig erweisen werden.

Aber es gab auch Ratschläge jener, von denen man weiß, daß sie nichts lieber gesehen hätten, als eine SPD, die sich innerlich in fruchtlosen Debatten und oberflächlichen Diskussionen bekämpft. Ich glaube, Ge-

nossinnen und Genossen, daß diejenigen, die sich einer solchen Illusion hingegeben haben, enttäuscht sind. Der Parteitag, den wir in diesen Tagen erleben, ist ein Beweis für die Geschlossenheit und auch für die Stärke der Partei.

Dann gab es jene, die mit Argusaugen beobachteten, wie wir in unserer Partei Diskussionen führten. Manche Briefe, die uns erreichten, zeugen davon, wie sehr man einerseits hoffte und andererseits befürchtete, daß die SPD in dieser Diskussion einen Weg gehen würde, der ihr ihre ursprüngliche Kraft nehmen könnte. Es waren jene, die uns einreden wollten, wir müßten aufhören, eine Massenorganisation zu sein. Wir sollten eine Kaderpartei werden, eine Kaderpartei, eine politische Gruppe, die sich damit begnügt, eine Art Führungsgremium zu haben, das im kleinen Kreis eine bestimmte Politik festzulegen hat und diese Politik nach außen hin vertritt. Wahlen, so sagten sie, seien ja der Gradmesser dafür, ob dieses Führungsgremium richtig gehandelt habe.

Nun, Genossinnen und Genossen, die Periode der Diskussion über den Komplex „Massenorganisation" war schnell abgeschlossen. Sehr bald bestand Übereinstimmung — von einigen Ausnahmen abgesehen — darüber, daß die Sozialdemokratische Partei eine breite Mitgliederpartei ist, und ich möchte hier sagen, mit aller Deutlichkeit sagen, auf alle Fälle eine breite Mitgliederpartei bleiben muß und bleiben wird. (Lebhafter langanhaltender Beifall.) Und das nicht in erster Linie dieser Partei wegen, sondern der deutschen Demokratie wegen. Es gibt nämlich außer der Sozialdemokratischen Partei keine politische Gruppe, in der jedes einzelne Mitglied, jeder Ortsverein, jeder Kreisverein, jeder Unterbezirk und jede Bezirksorganisation die eigene Meinungsbildung herbeiführt und in der die demokratische Willensbildung von unten nach oben in einer ständigen Gegenüberstellung verschiedener Meinungen erfolgt.

Es gibt außerdem keine Partei, die, so wie unsere, ihre selbständige Politik auf der Grundlage selbständiger Finanzierung aufbaut und die ihre völlige finanzielle Unabhängigkeit von allen Gruppen — wie immer sie sich nennen — bewahrt hat und auch weiter bewahren wird. (Beifall.)

Diese Unabhängigkeit unserer Partei ist gleichzeitig eines der entscheidendsten Fundamente unserer deutschen Demokratie. Wenn die politischen Parteien ihre Unabhängigkeit verlieren, wenn sie nur zu Wählerorganisationen werden und sich damit begnügen, in sogenannten Führungsgremien ihre Politik festzulegen, dann bekommen wir, schlicht und einfach gesagt, eine sogenannte Führerdemokratie, ähnlich wie wir sie in anderen Staaten kennengelernt haben, in denen sich gezeigt hat, daß das Volk, repräsentiert durch die politischen Parteien, die Entscheidungsmöglichkeit über die politische Willensbildung im Staat verliert.

Wenn ich hier auf das demokratische Fundament unserer Organisation hinweise, dann deshalb, weil ich bei dieser Gelegenheit besonders denen danken möchte, die in jahrelanger, mühevoller Kleinarbeit Steinchen für Steinchen zusammentragen, um dieses große Gebäude der Organisation, das wir heute vor uns sehen, aufzubauen. Diese Männer und Frauen sind

es, die keine Mühe scheuten, die im Betrieb, in ihren Wohnbezirken, in den Mitgliederversammlungen, ja eigentlich immer zur Stelle sind, wenn es gilt, das Fundament der Partei und die Organisation zu festigen. Ich sage das hier und an dieser Stelle, weil in den Wochen nach dem 15. September von draußen her, von versteckten, getarnten und offenen Gegnern oft genug in herabsetzender Geringschätzigkeit von diesen Funktionären und über diese Funktionäre geredet und geschrieben wurde. (Sehr wahr!) Funktionäre der SPD sind Vertrauensleute. Was wissen denn jene, die sich in einem verächtlichen Ton über die Funktionäre äußerten, über die fast 100 000 Frauen und Männer, die tagaus und tagein politische Arbeit verrichten? Was wissen denn jene über die Zehntausende von Hauskassierern, die Groschen für Groschen und Mark für Mark zusammentragen? (Starker Beifall.)

Wenn man in einer bestimmten Gesellschaft sich erlaubt, den Beitragskassierer der SPD als den engstirnigen Funktionär und den Einsammler von Spenden bei Industrie und Wirtschaft, als den honorigen Syndikus zu bezeichnen, dann spricht daraus die ganze Borniertheit dieser Gesellschaft. (Sehr gut! — Beifall.) Das idealistische Element der freiwilligen Arbeit hat für die deutsche Demokratie einen weitaus größeren Wert als jene Kräfte, die sich darauf spezialisiert haben, bei Wahlkämpfen mit einem Aufwand von mehr als hundert Millionen Materialschlachten zur Verwirrung der Wähler und Beschimpfung und Verleumdung politischer Gegner zu organisieren.

Noch ein kurzes Wort zur Organisation: Der bisherige Verlauf des Parteitages hat gezeigt, vor welch großen Aufgaben wir stehen, und wir wollen heute Überlegungen darüber anstellen, wie wir das Instrument, mit dem wir arbeiten wollen und arbeiten müssen, noch wirkungsvoller und noch schlagkräftiger gestalten können.

Die Organisation — auch das ist eine alte Weisheit — darf nicht Selbstzweck sein. Sie ist das Mittel, mit dessen Hilfe wir unsere Politik, unsere politischen Vorstellungen in die Tat umsetzen wollen. Je schlagkräftiger dieses Instrument sein wird, je geschlossener und stärker die Organisation ist, die wir schaffen und die wir weiter schaffen müssen, um so besser wird es uns gelingen, all die Erwartungen zu erfüllen, die Freund und Feind an uns gerichtet haben.

In der Parteidiskussion ist auch gesagt worden, die SPD solle aufhören, eine Arbeiterpartei zu sein, um eine Volkspartei zu werden. Ich halte persönlich schon die Ausgangsstellung dieser Frage für nicht richtig, ganz einfach deshalb, weil schließlich auch die Arbeiter zum Volk gehören. Aber eine solche Diskussion ist nicht neu. Sie spielte in der Geschichte der Partei eine gewisse Rolle. Ich erinnere u. a. an den Gründungskongreß der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Eisenach, als August Bebel und Wilhelm Liebknecht sich heftig gegen den Zusatznamen „Arbeiterpartei" im Titel der Partei erfolglos gewehrt haben. Aber das ist Geschichte.

Jetzt kommt es auf die Gegenwart an. Unsere Gegenwartsaufgabe besteht darin, Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß unter Beachtung der Veränderungen in der gesellschaftspolitischen Situation und unter Be-

rücksichtigung der Wandlungen der soziologischen Struktur der Bevölkerung die politische und organisatorische Tätigkeit der Partei eine solche Wirksamkeit in der Öffentlichkeit erhält, daß auch andere Bevölkerungskreise angezogen werden, die wir brauchen, um die Mehrheit der Wähler für uns zu gewinnen. Aber hier möchte ich einfügen: Wie immer weit die Tore der Partei sich öffnen durch eine aufgeschlossene Politik, durch eine bewegliche Organisation — eines müßte dabei für allemal sichergestellt sein, und da berufe ich mich auf ein Wort von Kurt Schumacher: Die Arbeiter müssen immer die Hausmacht in dieser Partei darstellen.

Damit komme ich zur Arbeit der Siebener-Kommission mit ihren Vorschlägen für die Organisierung der Parteispitze. Die Kommission hat sich ihre Aufgabe nicht leicht gemacht. Nach langen Beratungen, darunter einer ganztägigen Klausur, legt sie dem Parteitag die Ergebnisse ihrer Arbeit vor. Diese Resultate, die wir hier vorlegen, waren aber nur möglich, weil sich die Kommission in ihrer Tätigkeit auf die Diskussion der Partei im ganzen Land stützen konnte. In vielen Ortsvereinen und Unterbezirken sind in eingehenden Untersuchungen wichtige und schätzenswerte Unterlagen erarbeitet worden, die eben für die Kommission außerordentlich wichtig und bedeutsam waren. Ich möchte allen diesen Genossen, die an dieser Arbeit draußen im Lande beteiligt waren, herzlichen Dank sagen, gleichzeitig im Namen der Genossen der Siebener-Kommission.

Die von mir zu unterbreitenden Vorschläge der Kommission setzen sich nicht zusammen aus Mehrheits- oder Minderheitsgutachten, sondern alle Beschlüsse, die gefaßt wurden, und alle Vorschläge sind einmütig und einstimmig erfolgt. Wichtiger aber noch als diese Feststellung scheint mir die Tatsache zu sein, daß die Atmosphäre der Arbeit in dieser Kommission sowohl vom Menschlichen als auch vom Politischen her eine außerordentlich gute war.

Zunächst mußten in dieser Kommission zwei Grundsatzfragen geklärt werden. Die erste: Wer ist oberstes Organ für die Leitung der Partei zwischen zwei Parteitagen? Die Kommission fand für diese Frage sehr schnell und übereinstimmend die klare Antwort: der Parteivorstand. Die zweite: Soll ein Delegationsrecht in den Parteivorstand akzeptiert werden, das heißt soll ein Teil der Vorstandsmitglieder indirekt gewählt werden? Hier lag eine Anregung aus Bayern vor, die vorsah, daß aus jedem Land der Bundesrepublik eine bekannte Persönlichkeit, ausgewählt durch Landeskonferenzen, in den Parteivorstand delegiert wird, so daß für elf Mitglieder der Parteitag nur ein Bestätigungsrecht haben sollte. Die Kommission kam nach Prüfung aller Argumente zur Ablehnung jedes Delegationsrechts. Die Wahl aller Vorstandsmitglieder muß auf dem Parteitag erfolgen. Dabei verkennt die Kommission keineswegs die Notwendigkeit der Heranziehung von prominenten sozialdemokratischen Persönlichkeiten der Länderpolitik. Modifiziert ist dieser Gedanke beim Vorschlag für den Parteirat wieder aufgenommen worden.

Und nun zum Parteivorstand: Zunächst zu dem Vorsitzenden und den stellvertretenden Vorsitzenden: Nach unserem Vorschlag sollen neben

dem Vorsitzenden zwei stellvertretende Vorsitzende gewählt werden. Beide Stellvertreter sind untereinander gleichberechtigt. Sie müssen direkt auf dem Parteitag gewählt werden. Wir sind der Meinung, daß die Absprache über Aufteilung und Begrenzung der Arbeitsgebiete intern mit dem Vorsitzenden zu erfolgen hat. Die Frage, welche Stellung und welche Position die beiden Stellvertreter in zentralen Parlamenten haben sollen, wurde eingehend erörtert. Die Kommission ist der Auffassung, daß gegen die Wahrnehmung eines parlamentarischen Mandats bei beiden Stellvertretern keine Bedenken bestehen. Es wird sogar zweckmäßig und vielleicht notwendig sein, daß einer der beiden Stellvertreter, der ein Mandat hat, Mitglied des Fraktionsvorstandes ist. Jedoch eine Personalunion zwischen den stellvertretenden Partei- und den stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden lehnt die Kommission ab. Eine solche Verbindung sollte sich auf den Parteivorsitzenden beschränken. Wir glauben, daß wir mit diesem Vorschlag in der Lage sind, eine breitere Spitzengruppe führender Sozialdemokraten der Öffentlichkeit sichtbar machen können, und ich meine, daß eine solche Lösung für die Partei erfolgreicher sein könnte.

Die Tätigkeit von besoldeten Vorstandsmitgliedern ist ebenfalls eingehend beraten worden. Die Kommission hat sie als nützlich und notwendig festgestellt. Maßgebend dafür war die Erkenntnis, daß im PV — wie immer er personell zusammengesetzt ist — eine Gruppe von Vorstandsmitgliedern sein muß, die sich ganz auf die ihr übertragene politische und organisatorische Arbeit konzentrieren kann. Warum? Damit diese Mitglieder nicht noch daneben andere Tätigkeiten übernehmen, die ihre Kraft und Leistung zum Schaden der zentralen Arbeit absorbieren. Deshalb schlicht und kurz: Freistellung durch Besoldung. Und, liebe Freunde, wenn man das nicht tut, wenn wir diese Genossen mit ihren Aufgaben nicht durch ein Vertrauensvotum durch den Parteitag legitimieren, wird die sachliche Arbeit darunter leiden. Ich bin sogar davon überzeugt, daß gerade die Erfüllung bestimmter politischer und organisatorischer Aufgaben durch freigestellte Vorstandsmitglieder uns vor der Gefahr der Schematisierung und der Bürokratisierung, ja auch vor einer verflachenden Routinierung weitaus stärker schützt als das für die Betroffenen bequemere und sicherere sogenannte Anstellungsverhältnis. Denn diese Frauen und Männer müssen sich durch ihre persönliche Leistung bewähren und unterstehen regelmäßig auch bei Parteitagen der prüfenden und, wie ich persönlich hoffe, auch der läuternden Kritik durch die Delegierten.

Nach unserem Vorschlag soll der Gesamtvorstand aus 33 Mitgliedern bestehen, und zwar aus dem Vorsitzenden, den zwei stellvertretenden Vorsitzenden, dem Kassierer, 25 unbesoldeten und 4 besoldeten Mitgliedern. Wir sind der Meinung, der Vorstand sollte nicht verkleinert werden, einfach deshalb nicht, weil wir sonst auf einen Teil von Persönlichkeiten verzichten müßten, auf den wir großen Wert legen. Um aber trotzdem den Parteivorstand beweglicher zu gestalten, soll zur Durchführung von Parteivorstandsbeschlüssen und zur laufenden politischen und organisatorischen Geschäftsführung aus der Mitte des PV ein geschäftsführender Vorstand, das Präsidium, gewählt werden. Dieses Gremium soll wöchent-

lich mindestens einmal zusammentreten. Wir sind davon überzeugt, daß die Führung der Partei dadurch handlungsfähiger und auch aktiver gemacht werden kann. Diesem geschäftsführenden Vorstand sollten Genossen angehören, die auch im Blickpunkt der Öffentlichkeit, im Vordergrund der politisch-parlamentarischen Auseinandersetzungen stehen, und Genossen, die mehr organisationspolitisch tätig sind. Die Kommission schlägt vor, daß im Präsidium die Zahl der unbesoldeten Mitglieder größer sein soll als die Zahl der besoldeten.

Warum nun Wahl des geschäftsführenden Vorstandes durch den PV und nicht durch den Parteitag? Wir sind der Meinung, daß eine Wahl auf dem Parteitag die Gefahr in sich trägt, daß dieses Gremium — der geschäftsführende Vorstand — sich zu einer Art Übervorstand entwickelt und damit eine innere Aufspaltung des Gesamtvorstandes auf uns zukommen könnte. Theoretisch könnte eintreten, daß nach der Wahl der Mitglieder des Präsidiums durch den Parteitag bei Differenzen mit dem übrigen Vorstand die Mitglieder des engeren Vorstands sich auf ihr direktes Mandat durch den Parteitag berufen und daraus besonderes Recht herleiten. Das wäre falsch, und das wollten wir nicht. Das Präsidium erhält als ein Teil des Gesamtvorstandes seine Aufgaben durch diesen zugewiesen. Bei der Wahl aus der Mitte des Vorstandes heraus darf nicht nur die entsprechende Qualifikation maßgebend sein, sondern darüber hinaus muß die Sicherheit vorhanden sein, daß diese in den geschäftsführenden Vorstand gewählten Vorstandsmitglieder auch die notwendige Zeit für die praktische Tätigkeit zur Verfügung haben. Wenn der Parteitag unseren Anregungen folgt, dann hat der Vorstand die Möglichkeit, während einer Wahlperiode auch Auswechslungen vorzunehmen. Auswechslungen, die erforderlich werden könnten, wenn sich herausstellt, daß Mitglieder des Präsidiums durch neue Umstände — z. B. durch Berufung eines Mitglieds in ein Staatsamt — nicht mehr die erforderliche Zeit für diese Arbeit haben.

Die Kommission hat sich in diesem Zusammenhang mit einem Vorschlag befaßt, der verlangt, daß die Zahl der Mitglieder des Parteivorstandes, die ein Bundestagsmandat innehaben, ein Drittel der Gesamtzahl seiner Mitglieder nicht überschreitet. Wir halten eine solche Einschränkung für falsch. Die Delegierten sind in ihrer Entscheidung völlig frei. Sie sind frei in der Wahl. Aber eine Auflage, wie sie hier dem Wahlverfahren gegeben werden soll, scheint uns nicht gerechtfertigt zu sein und ist deshalb von der Kommission auch nicht akzeptiert worden.

Noch ein Wort über den „Generalsekretär". Anregungen für die Schaffung eines Generalsekretärs sind nur vereinzelt gekommen. Die Kommission ist der Meinung, daß die Akzeptierung eines solchen Vorschlags weder zweckmäßig noch nützlich ist. Wir meinen im Gegenteil, damit würde die Gefahr der Bürokratisierung, die wir alle nicht wollen und die wir alle, jeder an seinem Platze, zu bekämpfen haben, noch verstärkt. Ich glaube, daß außerdem die Erfahrungen, die wir mit der Institution „Generalsekretär" in der internationalen Arbeiterbewegung gemacht haben, nicht gerade dazu ermutigen, dieses Beispiel in der Sozialdemokratischen Partei Deutslands zu wiederholen.

Nun, liebe Freunde, ein Wort zum Wahlverfahren des Gesamtvorstandes hier durch den Parteitag. Auch dazu liegt ein konkreter Vorschlag der Siebener-Kommission vor. Unser Vorschlag sieht vor, daß die Wahl in fünf Wahlgängen durchgeführt wird. Hintereinander sollen gewählt werden:

Im 1. Wahlgang der Vorsitzende,

im 2. Wahlgang die stellvertretenden Vorsitzenden,

im 3. Wahlgang der Kassierer,

im 4. Wahlgang die besoldeten Mitglieder des Parteivorstands und

im 5. Wahlgang die unbesoldeten Mitglieder des Parteivorstandes.

Hier eine Neuerung: Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der Stimmen der stimmberechtigten Delegierten erhalten hat. Bisher hatten wir die Regelung im Statut „mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen". Ich mache ausdrücklich darauf aufmerksam.

Wir halten dieses von uns vorgeschlagene Verfahren im Gegensatz zu anderen Vorschlägen, welche das Verfahren z. B. auf vier Wahlgänge beschränken wollen, für zweckmäßig und notwendig. Für die Akzeptierung unseres Vorschlags auf fünf Wahlgänge möchte ich folgende Gründe anführen:

1. Die Delegierten des Parteitags haben das Recht, vor ihrer Entscheidung zu wissen, wer von den zur Vorstandswahl kandidierenden Genossinnen und Genossen überhaupt bereit ist, das nicht ganz einfache Amt einer hauptamtlichen Tätigkeit im Vorstand aufsichzunehmen.

2. Die Delegierten müssen vor Abgabe ihres Stimmzettels die Möglichkeit haben, die spezielle Qualifikation der für diese hauptamtliche Tätigkeit zu Wählenden zu beurteilen. (Beifall. — Zuruf: Bewerbung abgeben!)

Ich möchte noch einen dritten Grund anführen, und zwar folgenden: Es kommt noch hinzu, liebe Freunde, daß der Parteivorstand und die Partei nach der Wahl nicht Gefahr laufen dürfen, daß für eine von unserem Standpunkt aus nach wie vor notwendige hauptamtliche Tätigkeit keine Vorstandsmitglieder zur Verfügung stehen.

Aus allen diesen Erwägungen heraus und aus einer Reihe von Gründen, die ich in dem ganzen Katalog hier nicht aufführen möchte, sind Siebener-Kommission, Parteivorstand, Parteiausschuß und Kontroll-Kommission in ihrem Beschluß zu der Auffassung gekommen, daß die Wahl in fünf Wahlgängen nicht nur zweckmäßig, sondern auch notwendig ist. Es könnte uns passieren, daß bei einer Zusammenfassung des vierten und fünften Wahlgangs, wie es von einigen Bezirken gewünscht oder verlangt wurde, die Gefahr besteht, daß keiner der Gewählten bereit ist, das nicht ganz einfache Amt eines sogenannten Besoldeten aufsichzunehmen. Dann hätten wir eine Panne, die wir aus unserer Sicht heraus, aus allen politischen und organisatorischen Gründen, vermeiden wollen und nach meiner persönlichen Meinung auch vermeiden müssen.

Für die notwendige Änderung des Statuts haben wir bei den Anträgen eine neue Formulierung für den § 17 vorgelegt.

Ein Wort zum Parteiausschuß. Die Beratungen um einen neuen Vorschlag für den Parteiausschuß haben die Kommission stark in Anspruch genommen. Dabei sind wir davon ausgegangen, daß das seit Jahr und Tag bestehende Unbehagen der Parteiausschußmitglieder darüber, daß der PA sich oft vor vollendete Tatsachen gestellt sah, berechtigt ist. Es ist vorgekommen, daß Mitglieder des PA auf dem Wege zu Sitzungen entweder durch Radio- oder durch Zeitungsmeldungen erfuhren, was am Tage darauf noch zu beschließen oder zu bestätigen war. Und wenn einmal Alex Möller im Parteiausschuß diesem Unbehagen dadurch Ausdruck verlieh, daß er sagte, der PA habe oft das Gefühl haben müssen, er sei nicht zu Beratungen, sondern zum Nachessen der politischen Erörterungen gekommen, dann ist das wohl in der Sache nicht ganz unberechtigt gewesen.

Deshalb und auch aus anderen Gründen kamen wir zu der Übereinstimmung, daß im Gegensatz zu der bisherigen Gepflogenheit bei gemeinsamen Beratungen der Parteiausschuß nicht nach, sondern vor den Sitzungen des Parteivorstandes tagt. (Beifall.) Praktisch bedeutet das, daß nach dem Parteitag die Sitzungen in genau umgekehrter Reihenfolge durchgeführt werden.

Und nun zu den Einzelheiten:

Als neue Bezeichnung wird „Parteirat" vorgeschlagen. Die Siebener-Kommission war der Meinung, daß die Zugehörigkeit zum Parteirat an bestimmte Funktionen auf der Bezirks- und Landesebene gebunden sein sollte. Dieser Grundsatz ist von einer Reihe von Bezirken abgelehnt worden, und so haben wir, um eine Verständigung herbeizuführen, auf der gemeinsamen Sitzung der Beschlußgremien in Berlin am 3. und 4. Mai d. J. eine Lösung gefunden, die auch nach unserer Meinung einen vertretbaren Kompromiß darstellt.

Danach setzt sich der Parteirat zusammen aus:

1. den Vorsitzenden der Bezirke und weiteren von den Bezirksvorständen zu wählenden Vertretern. Bezirke bis 20 000 Mitglieder wählen zusätzlich 1 Vertreter, bis 50 000 Mitglieder 2 Vertreter und darüber hinaus 3 Vertreter:
2. den Vorsitzenden der Landesausschüsse bzw. Landesvorstände, wenn in einem Land mehrere selbständige Bezirke tätig sind;
3. den Vorsitzenden der Landtagsfraktionen und
4. den Ministerpräsidenten bzw. den stellv. Ministerpräsidenten der Länder.

Ich gestehe dabei, daß die Mitgliedschaft der Vorsitzenden der Landtagsfraktionen und der sozialdemokratischen Ministerpräsidenten bzw. der Stellvertreter von einem Teil unserer Bezirke nicht gewünscht wurde. Aber angesichts der Aufgaben, die der Parteirat zu übernehmen hat, nämlich neben der Beratung des Parteivorstands bei wichtigen politischen und organisatorischen Entscheidungen die Politik der Partei in Bund und Ländern aufeinander abzustimmen, ist die Zugehörigkeit der

Fraktionsvorsitzenden und der sozialdemokratischen Minister zum Parteirat unerläßlich. Darauf haben wir uns auch geeinigt. Wir sind der Meinung, daß die Abstimmung in allen wichtigen Fragen zwischen der Parteiorganisation und den sozialdemokratischen Ministern auf der Ebene des Parteirats noch wesentlich verbessert und verstärkt werden kann. Es ist allerdings richtig, daß daneben die Notwendigkeit besteht, in Bund und Ländern die Koordinierung der politischen Tätigkeit zusätzlich durch Länderkonferenzen durchzuführen, die sich dann mit speziellen Einzelproblemen zu beschäftigen haben. Hier liegt ein Antrag von Hannover — Nr. 191 — vor, den wir noch später zur Annahme empfehlen werden.

Eine andere Anregung, die vorsieht, daß neben dem Parteirat ein Länderbeirat gebildet werden sollte, ist nach Auffassung der Kommission durch unseren neuen Vorschlag für den Parteirat und durch die Akzeptierung von Länderkonferenzen in gewisser Weise überholt. Allerdings sollten Länderkonferenzen, wie sie zweifellos notwendig werden, nicht besonders im Statut verankert werden.

Wir sind während unserer Beratungen wiederholt von unseren Genossinnen darauf aufmerksam gemacht worden, daß bei den neuen Vorschlägen für Parteivorstand und Parteirat der Minderheitenschutz doch erhalten bleiben sollte. Wr haben dazu auch einen besonderen Antrag vorliegen. Dieser Antrag scheint mir überholt zu sein weil in unseren Vorschlägen die berechtigten Wünsche unserer weiblichen Mitglieder voll und ganz berücksichtigt wurden. Danach werden dem Parteirat mindestens 12 Frauen angehören, während wir im Parteiauschuß bisher 11 Frauen hatten. Die Gesamtzahl des Parteirats wird nach unserem Vorschlag 55 betragen.

Unser Vorschlag für die neue Fassung des § 22 liegt ebenfalls dem Parteitag als Antrag vor. Weitere Einzelheiten über den Katalog der Aufgaben und über die Formen der Einberufung sind niedergelegt in unseren Anträgen zu den §§ 22 und 23, so daß ich mir hier nähere Einzelheiten ersparen kann.

Die neue Zusammensetzung und zahlenmäßige Vergrößerung des Parteirats hat die Siebener-Kommission veranlaßt, vorzuschlagen, daß der Parteirat mit beratender Stimme am Parteitag teilnimmt, das heißt, daß alle Mitglieder des Parteirats, die zum Parteitag gehören, die Möglichkeit und Fähigkeit haben, bei allen Fragen und Problemen in der Diskussion mitzuwirken. In dieser Sache ist in den Beratungen des Parteivorstandes und des Parteiausschusses noch eine Weiterung erfolgt. Wir sind insofern noch einen Schritt weitergegangen, als in Ergänzung unserer eigenen Anregung beschlossen wurde, dem Parteitag vorzuschlagen, daß auch der Teil der Bundestagsfraktion, der am Parteitag teilnimmt, ebenfalls nur beratende Funktion erhält. Wir halten diese Regelung für eine bessere Lösung, weil sonst das Verhältnis zwischen den gewählten Delegierten der Organisation und den übrigen Teilnehmern sich ungünstig verschoben hätte. Wir sind deshalb der Auffassung, daß auf dem Parteitag neben den gewählten Delegierten der Ortsvereine und Unterbezirke nur die Mit-

glieder der Körperschaften, die direkt auf dem Parteitag gewählt werden, ein Stimmrecht ausüben sollten.

Noch weitgehender als die von uns vorgeschlagene Regelung zur Zusammensetzung des Parteitages sind Vorschläge, die der Kontrollkommission und auch dem Parteivorstand das Stimmrecht nehmen wollen. Weder Siebener-Kommission noch Parteivorstand noch Parteiausschuß konnten sich dieser Auffassung anschließen.

Bezüglich des Wunsches, die Zahl der Parteitagsdelegierten aus der Organisation auf 400 zu erhöhen, vertreten wir die Meinung, es sollte über die Zahl von 300 nicht hinausgegangen werden. Dementsprechend liegt eine Neufassung für den § 10 — Zusammensetzung des Parteitages — vor.

Abschließend zum Bericht der Arbeit der Siebener-Kommission darf ich noch darauf hinweisen, daß ein weiterer Antrag von uns vorliegt, der eine Neufassung des Abs. 2 des § 4 darstellt. Hier geht es nun um landespolitische Aufgaben. Angesprochen werden die Länder, in denen mehrere Bezirke tätig sind. Uns geht es dabei darum, daß die vorhandenen landespolitischen Aufgaben tatsächlich durch die Zusammenarbeit der Bezirke erfüllt und auch gelöst werden. Mit der vorliegenden Formulierung glauben wir, den Tatsachen stärker gerecht zu werden, als das kraft der alten Fassung möglich war. Ich möchte dabei ausdrücklich betonen, daß unser neuer Vorschlag durchaus die Möglichkeit zuläßt, daß die Richtlinien, die der Parteivorstand für die Arbeit der Landesausschüsse und -vorstände aufstellt, nicht die gegenwärtig in Kraft befindlchen sein müssen, im Gegenteil, es ist fast zwangsläufig, daß auf Grund der vorliegenden Anträge der neue Parteivorstand nach Vorschlägen der hierzu berufenen Kommission eine Neufassung der Richtlinien beschließt.

Die weitergehenden Anträge, die zum Teil Landesverbände mit organisatorischen und allgemeinen politischen Aufgaben vorsehen, konnten nicht die Zustimmung der Parteigremien finden. Wir glauben, daß die von uns vorgeschlagene Formulierung für die Tätigkeit auf der Landesebene für diese Arbeit völlig ausreichend ist.

Der Parteivorstand, die Kontrollkommission und der Parteiausschuß haben sich in zwei Beratungen — Anfang März in Bonn und Anfang Mai in Berlin — mit den Vorschlägen der Siebener-Kommission zur Neuorganisation der Parteispitze beschäftigt. Nach ausführlichen Debatten sind diese Vorschläge von PV, KK und PA mit großer Mehrheit gebilligt worden. In Ausführung dieser Beschlüsse liegt ein gemeinsamer Antrag dieser Beschlußgremien für die Neufassung der §§ 4, 10, 17, 22, 23 und 24 des Statuts vor. Der gemeinsame Antrag trägt die Nr. 198. Ich bin beauftragt, den Delegierten des Parteitages die Annahme dieses Antrags zu empfehlen.

Wenn ich im Rahmen meines Berichtes über die Tätigkeit der Siebener-Kommission einige Worte über unsere Vorstellungen bezüglich der Schaffung einer wissenschaftlichen Abteilung an den Schluß stelle, dann will ich damit die besondere Bedeutung unterstreichen, die wir diesem Problem beimessen. Wir sind der Meinung, daß die Errichtung einer

Forschungsstelle mit der Aufgabe, die wissenschaftlichen Grundlagen für die politischen und soziologischen Analysen zu erarbeiten, heute mehr denn je notwendig ist. Wir haben uns in verschiedenen Gremien mit der Planung und der Vorbereitung einer solchen Forschungsstelle beschäftigt. Wir haben dabei Untersuchungen angestellt, es sind Denkschriften verfaßt worden, und wir haben uns über die Aufgaben, über die Position, über die Möglichkeiten, aber auch über die Kosten unterhalten. Es liegen eine Reihe von praktischen Erfahrungen vor. Ich denke dabei nicht nur an die Forschungsstelle, die vor 1933 unter Naphtali am Schiffbauerdamm in Berlin arbeitete, sondern in erster Linie an die wissenschaftlichen Institute der Labour Party in England und der Partij van der Arbeid in Amsterdam. Beide Forschungsstellen sind seit einer Reihe von Jahren tätig. So haben wir zum Beispiel auf Grund unserer Einladung am 9. Mai dieses Jahres Gelegenheit gehabt, den Leiter des Instituts der britischen Labour Party, den Genossen Ginsburg, und den Leiter der Forschungsstelle der Partij van der Arbeid, den Genossen Den Uyl, vor Mitgliedern des Parteivorstandes zu hören über Struktur und Arbeitsweise dieser Forschungsstellen sowie über die praktischen Erfahrungen. Ich muß sagen, es war für uns alle, die wir daran teilgenommen haben, so, daß wir den Eindruck gewinnen mußten, daß es eine nützliche und sehr aufschlußreiche Besprechung war. Wir sind auch sicher, daß daraus für uns selbst nützliche Konsequenzen gezogen werden können. Angesichts der Bedeutung und des Umfanges des Problems sind unsere Beratungen darüber erklärlicherweise noch nicht zum Abschluß gekommen. Ich bin aber überzeugt, daß der neue Parteivorstand sich sehr bald mit weiteren Einzelheiten beschäftigen wird und hoffentlich eine Entscheidung treffen kann, die unserer Arbeit neue Impulse gibt.

Und zum Schluß: Genossinnen und Genossen! Ich habe zu Beginn meiner Darstellung über die Tätigkeit der Siebener-Kommission davon gesprochen, daß diese Kommissionsarbeit nur möglich war, nachdem vorher wochen- und monatelang draußen in der Partei diskutiert wurde. So entstand das Ergebnis unserer Arbeit. Das Ergebnis dieser Arbeit ist aber nicht nur als Vorlage, sondern als geschlossenes Ganzes anzusehen, um die notwendigen Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die Parteispitze beweglicher und aktiver gestaltet wird. Dazu sind auch die von uns gewünschten Statutenänderungen notwendig. Es ist von unserem Standpunkt aus ein großangelegter Versuch, hier mit der Arbeit der Parteispitze wesentlich mehr als bisher politisch aktiv zu sein. Dazu sind — das ist nun einmal zwangsläufig — auch gewisse Änderungen in den Statuten notwendig. Es ist eine Änderung, wenn ich das sagen darf, des Grundgesetzes der Partei. Offen gesprochen, diese Änderung kann nur mit Zustimmung von zwei Dritteln aller Delegierten erreicht werden. Ich hoffe, ich bin nicht unbescheiden, wenn ich dem Wunsch Ausdruck verleihe, daß unser Antrag nicht nur die erforderliche Zweidrittelmehrheit, sondern darüber hinaus eine so große Mehrheit erhält, daß auch daraus die Einheit, die Geschlossenheit des Willens des Parteitags, etwas konstruktiv Neues zu formen, eindeutig zum Ausdruck kommt.

Und das Allerletzte: Man hat draußen genug davon gesprochen, daß es in der SPD Gegensätze gibt — Gegensätze und Meinungsverschiedenheiten.

Wer wollte das leugnen? Wir sind eine große und demokratische Organisation, von der es geradezu absurd wäre, anzunehmen, daß in ihr keine Meinungsverschiedenheiten Platz hätten. Das Entscheidende aber ist und bleibt, daß wir alle Fragen, die unterschiedlich beurteilt werden können, miteinander und nicht gegeneinander diskutieren. Und wir sollen und wollen nicht nur zusammen diskutieren; wir wollen und müssen auch die Zeit und Muße finden, daß die Menschen in der Organisation, die Männer und Frauen, die auf den verschiedensten Ebenen der Partei Verantwortung zu tragen haben, miteinander ins Gespräch kommen, einfach deshalb, weil ich an die Kraft des Gesprächs der Menschen untereinander, die ein gemeinsames Ziel haben, glaube. Und unsere Aufgabe ist und bleibt es, wo immer die Auffassungen voneinander abweichen, in freier und freundschaftlicher Aussprache eine Lösung zu finden, die nicht nur unserem politischen Wollen gerecht wird, sondern die Wirksamkeit der Partei in der Öffentlichkeit effektiver und erfolgreicher gestaltet. Und darauf kommt es an.

Für die hinter uns liegende Zeit und für den Parteitag galt und gilt die Freiheit der Diskussion. Diese Diskussion über diesen Punkt wird am Schluß des Stuttgarter Kongresses zu einem gewissen Abschluß gelangt sein. Dann aber, liebe Genossinnen und Genossen, gilt wieder das große Wort von der Einheit der Aktion.

Wenn am Freitag oder Sonnabend unsere Freunde von Nordrhein-Westfalen nach Hause fahren, stehen sie unmittelbar im Landtagswahlkampf. In den Bezirksorganisationen von Schleswig-Holstein, von Hessen, von Bayern und in Berlin werden die Vorbereitungen für die Neuwahlen der Landtage dieser Länder auf Hochtouren kommen. Aber die erste Auseinandersetzung ist in Nordrhein-Westfalen. Es ist eine wichtige Runde in der Abwehr des Versuchs der CDU, die Gleichschaltung der Landespolitik an den verhängnisvollen Adenauer-Kurs auf sogenanntem legalem Wege zu erreichen. Mögen die Ergebnisse des Parteitages wesentlich dazu beitragen, unseren Genossinnen und Genossen dort zu helfen.

Je stärker und geschlossener die Partei aus diesem Parteitag hervorgeht, um so besser werden unsere Freunde in der Lage sein, den Kampf um den Erfolg, den wir alle wünschen, zu führen.

Im Kampf um die deutschen Landtage, im Kampf gegen die Gleichschaltung gilt für uns: „Einheit der Aktion!" (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Dr. Alex Möller: Das Wort hat Genosse Max Kukil.

Max Kukil: Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ist eingehend erforscht in der Richtung ihrer Entwicklung des geistigen und politischen Fortschritts. Ein Stiefkind der historischen Forschung ist die Organisationsform und das Organisationsleben, obwohl auf den Parteitagen der Sozialdemokratie schon vor 1914 sehr ernsthaft um eine Reihe von Formen der Organisation gerungen wurde.

Selbstverständlich kann die Organisation nicht isoliert betrachtet werden. Sie ist eng verbunden nicht nur mit der Art und der Stufe der

Produktionsweise, sondern auch mit dem Gedankengehalt der Politik, der Bewegung.

Sehr oft muß die veränderte Struktur, müssen auch veränderte politische Verhältnisse, auch solche, die uns aufgezwungen werden (siehe Sozialistengesetz, siehe Vereinsgesetz im kaiserlichen Deutschland, siehe die Zeiten des Nationalsozialismus), eine neue Form der Organisation, der politischen Verbindung untereinander schaffen. Da Organisationsformen meistens starrer sind als Ideologien, muß man aber auch hier den Mut haben, Änderungen vorzunehmen, freilich nicht um der Organisation willen. Man muß immer wieder Betrachtungen anstellen, ob der Entwicklung der gesellschaftlichen Struktur entsprechend sich auch die Organisation fortschrittlich entwickelt hat, damit sie immer ein Instrument bleibt, um das Wollen der Parei an die Menschen heranzubringen. Dazu diente auch die Arbeit, über die ich in der Form eines Zwischenberichts zu berichten habe. Ich bitte ausdrücklich, das Wort „Zwischenbericht" zu unterstreichen.

Die auf Beschluß des Parteivorstandes am 20. November 1957 gebildete Kommission zur Überprüfung der allgemeinen Organisationsprobleme hat die ihr gestellten Aufgaben ab Mitte Dezember 1957 in Angriff genommen. Wenn das Thema dieses Tagesordnungspunktes heißt „Aufbau der Parteiorganisation", dann, glaube ich, wäre es falsch gewesen, wenn nicht auch über die Arbeit der Achter-Kommission, zumindest in der Form eines Zwischenberichts, hier berichtet worden wäre. Die Kommission, der angehörten:

Luise Albertz, Willi Birkelbach, Franz Bögler, Egon Franke, Fritz Heine, Fritz Ohlig, Karl Vittinghoff, Max Kukil,

hat bis zum April 1958 eine Reihe von Sitzungen abgehalten. Als erstes wurde die Aufgabenstellung präzisiert.

Aufgaben der Kommission waren und sind, zu prüfen:

a) ob sich bei den Arbeiten dieser Kommission Informationen und Feststellungen in bezug auf die Spitze der Partei ergeben, die in den Zuständigkeitsbereich dieser Kommission fallen oder an die Siebener-Kommission abzugeben sind;

b) ob die gegenwärtige Organisationsform,

c) ob der gegenwärtige Organisationsaufbau,

d) ob die gegenwärtige geographische Gliederung zweckmäßig ist;

e) ob die geeignetste Form des Einsatzes hauptamtlicher Kräfte gefunden ist;

f) ob alle geeigneten Rationalisierungsmaßnahmen, auch die der modernen Bürotechnik, angewendet werden;

g) ob Mängel und Unzulänglichkeiten in der Organisation und Propaganda vorhanden sind und ob und wie sie abgestellt werden können.

Sodann hat die Kommission die Probleme einzeln und in ihrem Gesamtzusammenhang behandelt. Dabei sind neben den seit dem 15. September

1957 bekannt gewordenen Meinungsäußerungen in der Partei eine Reihe von Unterlagen und Untersuchungen teils neu erarbeitet, teils wieder herangezogen worden.

Darüber hinaus hat die Kommission versucht, durch Besprechungen mit Vertretern verschiedener Organisationsgliederungen, durch Auswertung der Erfahrungsberichte anderer Ausschüsse beim Parteivorstand, durch Beschaffung und Übersetzung von Unterlagen befreundeter ausländischer Organisationen und durch sonstige Rückfragen und Aussprachen ein möglichst umfassendes Bild der Probleme und Lösungsmöglichkeiten zu erhalten.

Zu den Problemen, mit denen sich die Kommission in erster Linie beschäftigt hat, gehören:

Bezirke,
Unterbezirke,
Ortsvereine,
Stützpunkte,
Landesvorstände und -ausschüsse,
Arbeitsgemeinschaften,
Einzelmitgliedschaft,
Organisationsprinzipien,
allgemeine Fragen.

Zu der Mehrzahl dieser Probleme hat die Kommission ein Reihe von Empfehlungen einstimmig verabschiedet. Eine Anzahl weiterer Empfehlungen wurde durch Mehrheitsentscheidungen ebenfalls verabschiedet. Alle vorgeschlagenen Empfehlungen wurden dem Parteivorstand zusammen mit den jeweiligen Minderheitsstellungnahmen zugeleitet.

In der Kommission einstimmig verabschiedete Empfehlungen sind folgende:

A) Bezirke

1. Die Unterschiedlichkeit der Größe der Bezirke ist aus traditionellen, organisatorischen und anderen Gründen bedingt. Eine absolut gleiche Größenordnung ist nicht zu erzielen. Die gegenwärtig außerordentlich krassen Größenunterschiede (in Fläche, Einwohnerzahl, Mitgliederzahl, Wählerzahl, Zahl der Ortsvereine und Stützpunkte) werden jedoch von der Kommission als eine Fehlerquelle im organisatorischen Bereich angesehen.

Die Kommission hält es für erforderlich, daß der Parteivorstand die Bezirksabgrenzungen überprüft. Bei dieser Überprüfung sollten die Landesgrenzen, die gebietliche Größe, die wirtschaftlichen Gesichtspunkte und die finanzielle Leistungsfähigkeit berücksichtigt werden, um ein Höchstmaß an Arbeitsmöglichkeiten und die ideelle Unterstützung aller Einsatzmöglichkeiten durch die Vertrauensmänner zu erreichen.

Die Kommission ist der Ansicht, daß bei der Durchführung dieser Maßnahmen die Bezirke, auf längere Sicht gesehen, in der Lage sind, auch ohne Zuschüsse arbeitsfähig ihre Tätigkeit auszuüben.

2. Die Verteilung der Beitragseinnahmen zwischen Bezirk (Unterbezirk) und Ortsverein ist in den einzelnen Gebieten höchst unterschiedlich.

Die unterschiedliche Beitragsverteilung bei den einzelnen Bezirken macht eine einheitliche Regelung zwar schwierig, sie ist jedoch nach Ansicht der Kommission wenigstens annähernd möglich und anzustreben.

Die Kommission empfiehlt, diesem Problem die erforderliche Aufmerksamkeit zu widmen.

3. Der nur zum Teil vorhandene Finanzausgleich zwischen den Bezirken, den Unterbezirken und den Ortsvereinen ist nach Ansicht der Kommission eine der Quellen für mangelnde Wirksamkeit der Partei in verschiedenen geographischen Bereichen und auch auf vielen Arbeitsgebieten. Die Kommission empfiehlt, den Gedanken eines verbesserten Finanzausgleichs zu prüfen, geeignete Methoden auszuarbeiten und zu erproben. Dabei sollten die allgemeinen politischen Interessen und Schwerpunktfragen in den Bezirken besonders berücksichtigt werden. Dies alles und diese vorgeschlagenen Maßnahmen dürfen kein Freibrief für mangelnde eigene Anstrengungen sein.

4. Einige Bezirke sind zur Zeit aus Mangel an Mitteln nicht in der Lage, eine Erweiterung organisatorischer Maßnahmen und Aufgaben, wie zum Beispiel die Neueinrichtung von Unterbezirkssekretariaten, vorzunehmen. Einzelerfahrungen in verschiedenen Gebieten beweisen, daß es möglich ist, durch die Gewährung von Starthilfen neue organisatorische Ortsvereine und Stützpunkte zu schaffen. Sie haben zur wesentlichen Verstärkung der Mitglieder- und Wählerzahl in diesen Gebieten geführt und sich nach gewisser Zeit als lebensfähig — auch in finanzieller Hinsicht — erwiesen.

Die Kommission schlägt vor, für die Jahre 1959 und 1960 einen Sonderfonds „Starthilfen" zu schaffen. Mit Hilfe dieses Fonds sollen die Neueinrichtungen von hauptamtlich besetzten Unterbezirkssekretariaten und ähnliche Aufgaben in Bezirken gefördert werden, die zur Zeit dazu aus eigener Finanzkraft nicht in der Lage sind.

5. Die unterschiedliche Größe und Leistungsfähigkeit der einzelnen Bezirke bringt es mit sich, daß nicht überall die Bezirksstufe organisatorisch und personell voll ausgebaut ist.

Zur Erzielung der höchsten Leistungsfähigkeit auf der mittleren Ebene ist von der Aufgaben- und Personalseite her ein voll ausgebautes, jedoch nicht überbesetztes Bezirkssekretariat lebenswichtig und daher anzustreben.

Je nach Finanzlage müssen eventuell zwei Aufgabengebiete zusammengefaßt werden. Wünschenswert ist, jedes Bezirkssekretariat mit vier bis fünf hauptamtlichen Sekretären je nach Struktur und Größe der Bezirke zu besetzen.

6. Die unterschiedliche Aufgabenstellung in den verschiedenen Bezirkssekretariaten ist nach Ansicht der Kommission eine der Ursachen für Mängel in der politischen, organisatorischen und propagandistischen Wirksamkeit der Partei. Einige Bezirkssekretariate führen Aufgaben durch, die in anderen dagegen als nicht zum Arbeitsbereich eines Bezirkssekretariats gehörend betrachtet werden. Zur Verbesserung der organisatorischen Wirksamkeit empfiehlt die Kommission, ein einheitliches Aufgabenschema für die Bezirke zu entwerfen und festzulegen.

Der Parteivorstand soll den Bezirksvorständen aufgeben, einen Geschäftsverteilungsplan zu erstellen, damit die Überwachung und die Erledigung bestimmter Aufgaben durch Bezirksvorstandsmitglieder in der Hilfestellung für die hauptamtlichen Kräfte gesichert ist.

B) Unterbezirke

Diese Frage wurde diskutiert, aber noch nicht abschließend behandelt.

C) Ortsvereine

1. Die Ortsvereine sind in bezug auf Mitglieder-, Einwohner- und Wählerzahl sehr unterschiedlich. Eine völlig einheitliche Aufgabenstellung ist daher unmöglich. Es gibt aber Mindesterfordernisse für die erfolgreiche Bewältigung der Ortsvereinsarbeit, die zur Zeit nicht überall gegeben sind. Die Kommission schlägt dem Parteivorstand vor, einen Plan für Arbeitsaufgaben der Ortsvereine und Ortsvereinsvorstände aufzustellen, der umreißt, was in diesem Organisationsrahmen an Aufgaben anfällt.

2. Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, daß es in einer begrenzten Zahl von Orten Mitgliedersperren gegeben hat, für die keine sachliche Motivierung vorhanden war. Die Kommission lenkt die Aufmerksamkeit des Parteivorstandes auf diese Tatsache, die es in einer Reihe von Fällen unmöglich gemacht hat, neue Kräfte für eine aktive Arbeit in der Partei zu gewinnen.

D) Stützpunkte

1. Eine Überprüfung der vorhandenen Unterlagen ergab, daß gegenüber den mehr als 7000 Ortsvereinen nur rund 370 Stützpunkte in der Bundesrepublik gemeldet sind. Die Intensivierung der Stützpunktarbeit ist notwendige Voraussetzung für die Verbesserung unserer Organisationsarbeit. Dabei sollten vier Punkte besonders beachtet werden:

a) Stützpunkte sind keine Organisationsgliederungen im Sinne des Organisationsstatuts, sondern Anlaufstellen für die Partei.

b) Die größte Wirksamkeit können Stützpunkte entfalten, die vom Nachbarortsverein betreut werden.

c) Es gibt aber auch Stützpunkte, die nur durch Postversand vom Bezirk oder Unterbezirk betreut werden.

d) In Orten, in denen weder Ortsvereine noch Stützpunkte bestehen oder zu schaffen sind, sollten bei uns nahestehenden Organisationen Anschriften von Sympathisierenden beschafft werden.

Die Kommission empfiehlt, Maßnahmen zur Förderung der Stützpunktarbeit in Angriff zu nehmen.

E) Länder

Landesvorstände bzw. Landesausschüsse sind keine Gliederungen der Organisation. Die praktischen politischen Erfordernisse haben aber ihre Schaffung und ihren Ausbau unabdingbar gemacht. Die Kommission empfiehlt dem Parteivorstand, zur besseren Koordinierung der landespolitischen Aufgaben in einigen Ländern neue Richtlinien für die Gesamtpartei zu verabschieden.

F) Auf der Ebene der Arbeitsgemeinschaften

1. Die Arbeitsgemeinschaften in der SPD haben Funktionen von wachsender Bedeutung.

Sie sollen auf ihren speziellen Gebieten die Interessen der Partei in der Öffentlichkeit fördern und den Grundauffassungen der Partei stärkeren Einfluß in den einzelnen Gesellschaftsgruppen verschaffen.

Die bisherigen Erfahrungen zeigen, daß längst nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft sind. Manche Arbeitsgemeinschaften sind in gewissen Gebieten der Bundesrepublik nicht oder nur spärlich vertreten.

Die Kommission empfiehlt, Arbeitsgemeinschaften stärker zu fördern und für einheitliche, umfassende Ausbreitung Sorge zu tragen.

2. Eine Bestandserhebung über die jetzt tatsächlich bestehenden und aktiv wirkenden Arbeitsgemeinschaften ist erforderlich. Dabei ist zu unterscheiden, ob es sich um örtlich oder bezirklich eingesetzte Ausschüsse handelt oder um „Arbeitsgemeinschaften", deren Tätigkeit und Aufgabenstellung denen wirklicher Arbeitsgemeinschaften entspricht.

Die Kommission legt dem Parteivorstand eine Liste derjenigen Gruppen vor, die nach ihrer Ansicht zur Zeit Anspruch auf die Bezeichnung „Arbeitsgemeinschaft" erheben können und gefördert werden sollen.

3. Für die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaften in der SPD sind vom Organisationsausschuß vor einiger Zeit Richtlinien festgelegt worden. Diese wurden von der Kommission überprüft und durch Abänderungsvorschläge erneut dem Parteivorstand unterbreitet.

G) Einzelmitgliedschaft

1. Es ist eine der wichtigsten Aufgaben unserer Partei, ständig die Zahl der Mitglieder und Vertrauenspersonen zu vergrößern. Dazu gehört eine ständige, systematisch vorbereitete Mitgliederwerbung, die erfreulicherweise — was auch im Jahresbericht angesprochen ist — in den meisten Bezirken erfolgreich durchgeführt wurde.

2. Die Kommission empfiehlt dem Parteivorstand, Maßnahmen einzuleiten, um auf allen Ebenen SPD-Mitglieder, die in anderen Organisationen Funktionen bekleiden, regelmäßig zum Meinungsaustausch zusammenzufassen. Die Mitarbeit in anderen Organisationen kann von besonderer Bedeutung für die Arbeit der Partei sein.

H) Organisationsprinzipien

1. Die Kommission hat zur Organisationsform der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands folgende Feststellungen getroffen:

a) Die gegenwärtige Organisationsform der SPD soll nicht verändert werden.

b) Die SPD ist eine Partei aus Einzelmitgliedern. Diese bestimmen durch Beschlüsse ihrer Organe die Politik der Partei.

c) Jedes Mitglied muß der für seinen Wohnort zuständigen Organisation angehören. Ausnahmen können nur durch Entscheidungen von Bezirken oder Unterbezirken gemacht werden.

d) Zur Einführung von Kollektivmitgliedschaften besteht zur Zeit keine reale Möglichkeit.

Und nun noch einiges zu den allgemeinen Fragen:

1. Zur Förderung der kontinuierlichen Aufbauarbeit der Organisation und um bessere Voraussetzungen für langfristige Planungen zu schaffen, erscheint es zweckmäßig, daß die Neuwahl der Vorstände auf allen Ebenen der Partei in Zukunft in Abständen von je zwei Jahren durchgeführt wird. In den dazwischenliegenden Jahren sollen die Vorstände — ohne Neuwahl — auf Konferenzen Bericht erstatten.

2. Um die Schlagkraft der Partei zu erhöhen, sollten die Arbeitsmethoden, die Arbeitstechnik und die Einrichtungen der Sekretariate rationalisiert werden. Die Kommission ist der Ansicht, daß es sich als sehr nützlich erweisen würde, wenn in der Partei diesem Problem besondere Bedeutung beigemessen würde.

Sie empfiehlt dem Parteivorstand, Überprüfungen durchzuführen, Experten moderner Arbeitstechnik zu Rate zu ziehen und geeignete Maßnahmen durchzuführen beziehungsweise anzuregen und/oder Hilfe für die Durchführung zu gewähren.

3. Die Tätigkeit der Partei erfordert in wachsendem Maße höhere finanzielle Aufwendungen. Diese Aufwendungen können nur durch größte Beitragsehrlichkeit und dadurch eintretende Steigerung der Mitgliedsbeiträge sowie durch die Erschließung weiterer Einnahmequellen gedeckt werden. Entsprechende Vorschläge sind unterbreitet.

4. Ein umfassendes Organisationshandbuch würde sich, wie früher, als ein wertvolles Hilfsmittel erweisen. Die Kommission empfiehlt die Herausgabe eines derartigen Handbuches, gestützt auf die neuzeitlichen Erfahrungen, baldmöglichst zu veranlassen.

Und nun, nachdem das, Genossen, die einmütig gefaßten Empfehlungen waren, habe ich noch die mit Mehrheit verabschiedeten Empfehlungen vorzutragen.

Auf der Bezirksebene: 1. Die Mehrheit der Kommission hält es im Interesse eines möglichen Finanzausgleichs für angebracht, zwei Bezirkssekretäre in jedem Bezirk durch den Parteivorstand zu besolden. (Sehr gut!)

Zur Aufbringung der Mittel wären Verhandlungen aller beteiligten Stellen erforderlich. Eine Minderheit der Kommission hatte gegen diese Regelung grundsätzliche Bedenken.

2. In den einzelnen Bezirken und in der Parteizentrale gibt es eine Reihe von Organisationserfahrungen, die noch nicht Allgemeingut der Gesamtpartei sind.

Auch außerhalb des Bereichs unserer eigenen Organisation gibt es eine Fülle von organisatorischen Erfahrungen und Kenntnissen, die es gilt, für uns nutzbar zu machen.

Zur Durchführung der umfangreichen Arbeiten sollte eine Verstärkung des Organisationsreferats beim Parteivorstand erwogen werden.

Nun zu der Frage der Arbeitsgemeinschaften ein Mehrheitsgutachten: Die Mehrheit der Kommission ist der Ansicht, daß es für die Partei von Nutzen wäre, wenn die Arbeitsgemeinschaften auch interessierten Sympathisierenden, die nicht Mitglied der SPD sind, offenstehen würden.

Die Minderheit der Kommission ist gegenteiliger Ansicht. Sie sieht darin vor allem eine Gefahr für die Willensbildung der Partei.

Die Kommissionsmehrheit empfiehlt dem Parteivorstand, folgendes zu beschließen:

> „An den Arbeiten, Veranstaltungen, Sitzungen usw. der Arbeitsgemeinschaften können auch mit der Partei Sympathisierende als Gäste teilnehmen.
>
> Die Leitung der Arbeitsgemeinschaften muß in den Händen von Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands liegen."

Das, Genossen, sind die Ergebnisse der bisherigen Arbeit der Achter-Kommission, die allerdings hier nur in der Form eines Zwischenberichts mitgeteilt werden können. Der Parteivorstand hatte bisher keine Gelegenheit, zu diesem Bericht und den darin enthaltenen Vorschlägen und Empfehlungen Stellung zu nehmen. Aus diesem Grunde und auch deshalb, weil die Arbeiten noch nicht abgeschlossen sind, empfiehlt es sich, heute auf diesem Parteitag k e i n e Diskussion über diesen Bericht zu führen. Wenn Genossinnen oder Genossen das Bedürfnis haben, organisatorische Dinge anzusprechen, so besteht durchaus die Möglichkeit, das noch bei dem Tagesordnungspunkt „Berichte" zu tun. Die Kommission ist der Ansicht, daß die Kürze der für ihre Arbeit zur Verfügung stehenden Zeit, der Umfang der zu behandelnden Probleme und die Bedeutung dieser Fragen für die künftige Wirksamkeit der Partei eine Fortsetzung der Reorganisations- und Prüfungsarbeiten über den Parteitag hinaus erforderlich machen.

Nicht nur die Überprüfung des politischen Überbaues, sondern auch die Überprüfung der politischen und organisatorischen Arbeiten auf allen Ebenen der Partei scheint notwendig zu sein.

Selbstverständlich werden zu gegebener Zeit Parteivorstand und Parteirat zu den gemachten Vorschlägen Stellung nehmen. Eventuell müssen erforderliche und weitgehende Beschlüsse über die gesamten Reorganisationsmaßnahmen auf dem nächsten Parteitag zur Debatte gestellt werden. Inzwischen gelten für die Arbeitsaufgaben der Partei nach wie vor die Herner Beschlüsse, die im November 1949 von Parteivorstand, Parteiausschuß und Kontrollkommission beschlossen wurden. Eine Überarbeitung der Herner Beschlüsse soll nach dem Parteitag erfolgen.

Wir haben bisher zum erheblichen Teil erfolgreiche Arbeit mit dem leisten können, was seinerzeit in Herne erarbeitet und niedergelegt wurde, und ich möchte an dieser Stelle allen Genossinnen und Genossen für die Arbeit in der Organisation danken.

Genossinnen und Genossen! Es ist vorhin der Satz gesprochen worden: Die Organisation ist und darf nicht Selbstzweck sein. Sie ist das Mittel

und das Instrument, unsere politischen Vorstellungen in die Tat umzusetzen.

Ich möchte diesen Bericht abschließen mit den Aufzeichnungen, die unser leider allzu früh verstorbener Freund Julius Leber in seinem Buch gemacht hat. Er sagt:

> „Auch die beste Organisation ist nur ein Weg, ein Mittel zur Macht. Die Macht selbst entspringt aus der politischen Tat."

Möge in Zukunft auch unsere Organisation durch ihre Arbeit und ihre Tatkraft dazu beitragen, die politische Macht im demokratischen Staat zu erkämpfen. (Langanhaltender lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Dr. Alex Möller: Ich danke den beiden Berichterstattern. Bevor wir zur Diskussion kommen, mache ich darauf aufmerksam, daß folgende Anträge bei diesem Tagesordnungspunkt mitbehandelt werden: Die Anträge 97 bis 131, dann wird behandelt der Antrag 208. Er ist in der Vorlage zu Punkt 7 aufgeführt. Da es sich aber um Änderungen des Organisationsstatuts handelt, empfehle ich, diesen Antrag 208 hier mitzubehandeln, dann den Antrag 210 und neu die Anträge 215 — 215 ist zum § 17 eingereicht worden —, und Antrag 216, der zur Zeit verteilt wird — hier handelt es sich um die Zahl der Wahlgänge —, ferner Antrag 217, der ebenfalls verteilt wird. Hier handelt es sich um die Zahl der Mitglieder des PV.

Um hier kein Mißverständnis aufkommen zu lassen, möchte ich dem Parteitag, bevor wir in die Diskussion und später in die Abstimmung eintreten, doch sagen: Die Anträge, die zum Organisationsstatut zur Abstimmung kommen, benötigen eine Zweidrittelmehrheit. Ich persönlich bin der Meinung — und ich hoffe, daß sich der Parteitag dieser Meinung anschließt —, daß Abänderungsanträge, die sich auf Vorlagen beziehen, also beispielsweise die Anträge, die zum 1. Nachtrag zu Vorlage 4 (Antrag 198) eingereicht worden sind, nur einer einfachen Mehrheit für ihre Annahme bedürfen, denn die Vorlage selbst würde dann ja erneut zur Abstimmung kommen, und für die Vorlage ist dann die Zweidrittelmehrheit erforderlich.

Ist der Parteitag der Meinung, daß wir so verfahren? Damit es nachher keine Mißverständnisse gibt, sollte man das vorher klären. Besteht also Einmütigkeit darüber? (Zustimmung.)

Damit ist wohl auch klar, daß eine Änderung des § 10 den Parteitag, der jetzt hier, in Stuttgart, tagt, nicht betrifft, daß aber die Änderung des § 17 des Organisationsstatuts entsprechende Auswirkungen für die Wahl des Parteivorstandes hat. Die Änderung des § 17 würde also bedeuten, daß die Wahl des Parteivorstandes morgen nachmittag — nach dem so geänderten § 17 — erfolgen müßte. Ich hoffe, daß also auch darüber Klarheit besteht. Es erhebt sich kein Widerspruch. Der Parteitag tritt also diesem Standpunkt bei.

Dann halte ich es für richtig, dem Parteitag schon jetzt zu sagen, welche Vorschläge für die Erledigung der Anträge gemacht werden, damit die Diskussionsredner — es sind bisher zwölf — Gelegenheit haben, auf die Vorschläge einzugehen.

Es wird also vorgeschlagen werden, den Antrag 97 abzulehnen, den Antrag 98 dem PV zu überweisen... (Zurufe: Langsamer!)

Also Antrag 97 soll abgelehnt werden, Antrag 98 soll dem PV überwiesen werden, Antrag 101 soll an den PV gehen. Bei Antrag 110 wird empfohlen, den Antrag, der sich auf § 14 Abs. 1 Ziff. 2 bezieht, abzulehnen, beim Antrag 111, den Antrag, der sich auf den § 7 bezieht, abzulehnen. Beim Antrag 112 wird empfohlen, den Antrag, der sich auf § 5 Abs. 1 und auf § 8 Abs. 2 bezieht, anzunehmen, den Antrag, der sich auf Abs. 8 des § 5 bezieht, abzulehnen, den Antrag, der sich auf § 25 Abs. 2 bezieht, in einer neuen Formulierung anzunehmen. Antrag 116 soll abgelehnt werden. Beim Antrag 118 wird empfohlen, den letzten Absatz des Antrags an den Parteivorstand zu überweisen. Antrag 122 und Antrag 123 sollen abgelehnt werden. Alle anderen Anträge von 97 bis 131, die hier nicht aufgerufen worden sind, oder Anträge, die aufgerufen worden sind und wo nur bestimmte Absätze vorhin bekanntgegeben worden sind zur Ablehnung, Annahme oder Überweisung, sollen durch die Erledigung des Antrages 198 als erledigt angesehen werden. Ich kann nicht sagen durch Annahme des Antrags 198, weil zu diesem Antrag 198 eine Anzahl Abänderungsanträge vorliegen.

Ich hoffe also, daß nun die notwendige Klarheit besteht und daß wir mit der Diskussion beginnen können. (Zurufe.)

Es wird mir eben mitgeteilt, daß der § 13 Abs. 2 folgenden Wortlaut hat:

> „Anträge von Parteiorganisationen für den Parteitag sind fünf Wochen vorher dem Parteivorstand einzureichen, der sie spätestens drei Wochen vor dem Parteitag im Zentralorgan zu veröffentlichen hat."

Das bezieht sich auch auf welche Anträge? (Zurufe.)

Es müsse der § 13 beachtet werden:

> „Anträge auf Abänderung des Statuts können nur beraten werden, wenn sie innerhalb der Fristen, die der § 13 vorschreibt, veröffentlicht worden sind. Abweichungen müssen auf dem Parteitag mit Dreiviertelmehrheit beschlossen werden."

Ich bin der Meinung, Genossinnen und Genossen, daß selbstverständlich Abänderungsanträge zu vorliegenden Anträgen hier auf dem Parteitag eingereicht und beschlossen werden können. (Beifall.)

Das wäre ja eine Übertreibung des Formalismus; aber ich bin überzeugt davon, daß der Parteitag das sehr einfach bekunden kann, indem man mit Dreiviertelmehrheit beschließt, daß alle hier zum Organisationsstatut eingereichten Anträge behandelt und zur Abstimmung gestellt werden. Wir wollen doch keine Splitterrichterei betreiben. Wer also der Meinung ist, daß alle hier zum Organisationsstatut eingereichten Anträge behandelt und zur Abstimmung gestellt werden können, bitte ich, die Stimmkarte zu erheben. — Ich danke. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Zwei Gegenstimmen. — Stimmenthaltungen? — Gegen zwei Gegenstimmen angenommen.

Es ist also dieser Vorschrift des § 32 Abs. 3 Rechnung getragen.

Wir kommen dann zur Aussprache. Als erster hat das Wort Heinz Kühn, Köln; ihm folgt der Genosse Kalbitzer aus Hamburg.

Heinz Kühn, Köln: Genossinnen und Genossen! Ich vertrete den Antrag 216, der eben als Umdruck verteilt worden ist, und es hätte gar nicht des Votums bedurft, das eben der Parteitag ausgesprochen hat. Der Inhalt dieses hier in einen Abänderungsantrag gekleideten Antrags liegt mit fristgerechter Anmeldung in Gestalt des Antrags 121 dem Parteitag vor. Wir haben ihm nur die Form eines Abänderungsantrages zur Parteivorstandsvorlage gegeben, weil uns damit automatisch sichergestellt schien, daß er mit einfacher Mehrheit dieses Parteitages in die Parteivorstandsvorlage hineingestimmt werden kann.

Dieser Antrag sieht vor, daß der Parteivorstand in vier Wahlgängen gewählt werden soll, daß alle Vorstandsmitglieder, außer dem Vorsitzenden, seinen beiden Stellvertretern und dem Kassierer in einem gemeinsamen einheitlichen Wahlgang gewählt werden sollen (Beifall), daß man also keinen Unterschied machen soll zwischen Besoldeten und Unbesoldeten.

Genossen, laßt mich diese Problematik in einen größeren Zusammenhang einordnen: In der Diskussion in der Partei, die nach dem 15. September eingesetzt hat, hat eine Frage eine Rolle gespielt, mehr in den internen Diskussionen als in der Öffentlichkeit, die Frage nämlich, ob künftig das Schwergewicht der politischen Aktivität und der Entscheidung nicht mehr auf die parlamentarischen Fraktionen als auf die Organisation verlagert werden soll. Wir kennen alle den Trend, nicht nur in den oberen Parlamenten, sondern bis hinunter in die Gemeinden, jene Tendenz, daß die Fraktionen der ständigen Versuchung unterliegen, sich von den Weisungen der Parteiorganisationen zu emanzipieren. Das ist natürlich; aber, Genossen, es kann sehr gefährlich werden! Es ist natürlich, weil die Parlamentsfraktionen ständig beieinander sind und ständig Entscheidungen zu treffen haben, während die Partei zu ihrem großen Parlament nur alle paar Jahre einmal zusammentritt.

Es ist eine Erscheinung in der ganzen Welt, in allen demokratischen Ländern, daß eine gewisse Gewichtsverlagerung von den politischen Parteiorganisationen zu den parlamentarischen Fraktionen stattfindet, daß man auf den Parteitagen Resolutionen annimmt, die auf alle möglichen Eventualitäten abgestellt sind und einen möglichst weiten Spielraum für die politische Ermessensfreiheit der Fraktion vorsehen. Das ist an sich nicht falsch. Es ist vielleicht sogar unvermeidbar. Aber es kann eine große Gefahr darin liegen, Genossen, die Gefahr, daß die Partei entwertet wird zu einer puren Stimmenzubringungsmaschine, daß die Entscheidungen nicht mehr bei ihr liegen, und das wäre insbesondere für uns, für eine Partei, wie wir es sind, eine tödliche Gefahr.

Wir haben es alle in diesen Diskussionen nach dem 15. September betont, daß die Sozialdemokratische Partei eine Massenpartei, ja eine Funktionärspartei sein und bleiben muß.

Die SPD kann dieses Organisationsprinzip nicht einmal zum Gegenstand der Diskussion machen. Wenn die Sozialdemokratische Partei nicht mehr eine Massenpartei und eine Funktionärspartei sein würde, wenn sie auf-

hören würde, das zu sein, würde sie aufhören, überhaupt zu sein. Das ist so selbstverständlich, daß wir an dieses Bekenntnis gar keine besondere Betonung zu legen brauchen.

Aber, Genossen: Bei uns ist das selbstverständlich. An die Adresse der anderen, die uns kritisieren, sei gesagt: Warum redet man eigentlich immer bei uns als Partei und bei den Gewerkschaften im Tone herabsetzender Wertminderung von den Funktionären? Sind die Syndici der Unternehmerorganisationen nicht auch Funktionäre? Ja, ich wage, einen Schritt weiterzugehen: Funktionär ist der, der eine Organisation am Funktionieren erhält, und in dem Sinne sind nicht nur die Syndici der Unternehmerorganisationen, in dem Sinne — ich wage den Vergleich — sind auch die Geistlichen der Kirchen Funktionäre, und niemand wird ihre Tätigkeit doch als wertmindernd bezeichnen.

Wir sprachen von dem Verhältnis Fraktion und Partei. Der Partei gebührt der Vorrang. Das bedeutet, daß sie sich eine effektivere Organisations- und Parteiführung geben muß. Ich glaube, die Bundestagsfraktion hat dies nach dem 15. September getan. Die Partei braucht sie in einem noch höheren Maße als die Bundestagsfraktion. Sie hat das Erstgeburtsrecht — möchte ich einmal sagen — bei der Auswahl der Persönlichkeiten. Ich will damit kein Mißverständnis wachrufen. Das bedeutet nicht, daß ein Parteiamt gleichzeitig auch mit dem Anspruch auf ein Staatsamt verbunden sein muß. Das sind Dinge, die voneinander getrennt gesehen werden müssen. Die Partei braucht eine effektive Führung auch noch aus einem anderen Grund: Ich glaube, die Geschichte wird nicht das Wasser automatisch auf unseren Mühlen treiben. Wir werden auch im Jahre 1961 wieder erleben, daß die große Übermacht an Geld und an Meinungsbildungsinstrumenten in den Händen der anderen liegen werden. Die Reptilienfonds aus Steuergeldern und aus Industriegeldern werden auch dann gegen uns stehen, und Genossen, dann kommt es nicht nur darauf an, daß wir recht haben, sondern gegen all diesen Widerstand auch das Bewußtsein in die Massen hineintragen, daß wir recht haben.

Deshalb müssen wir personell die besten Lösungen und organisatorisch bessere Lösungen finden, und hier gilt es, noch sehr viel zu tun. Ich glaube, es ist notwendig, im Parteivorstand zu einer Neuverteilung der Arbeitsgebiete zu kommen. Deshalb sind wir der Meinung, daß man nicht die besoldeten Mitglieder des Parteivorstandes, die ein bestimmtes Sachgebiet zu verwalten haben, hier schon fest wählen soll, daß man nicht hier schon Namen, die an Ressorts gebunden sind, festlegt und damit die bisherige Arbeitsverteilung zementiert und geradezu unabänderlich macht. (Beifall.)

Ich glaube, es ist die Aufgabe des kommenden Parteivorstands, sorgfältig und in aller Ruhe zu überlegen, ob man nicht eine bessere und wirkungsvollere Verteilung der Arbeitsgebiete finden kann.

Wenn der Genosse Nau hier erklärt hat, daß dies die Dinge erschwere und daß darin die Tendenz der Bürokratisierung liegen würde und daß die Gefahr bestünde, daß man unter den 29 Vorstandsmitgliedern nicht genügend finden würde, die das hauptberuflich zu übernehmen bereit sind, Genossen, dann laßt mich sagen: Ich meine, das wiegt alles nicht so

schwer wie die notwendige Neuverteilung der Aufgaben. — Es hat einmal ein Schriftsteller gesagt, was man zur Person sagt, rührt ganz andere Wespenschwärme wach, als was man zur Sache sagt. Und ich will hier nicht zu Personen diskutieren. Ich meine aber, es gibt eine ganze Reihe von Sachgebieten, die man im Vorstand neu verteilen soll. Meine persönliche Auffassung ist beispielsweise, daß Presse und Propaganda nicht notwendigerweise in einer Hand liegen müssen. (Beifall.)

Ich bin persönlich der Auffassung, daß die Erfüllung der einen Aufgabe auch in der Qualifikation der Persönlichkeit andere Voraussetzungen erfordert als die andere. Ich bin der Meinung, daß der Mann, der die Propaganda leitet, auch in einer sehr qualifizierten Position leitet, nicht unbedingt Mitglied des Vorstands sein muß. (Beifall.)

Und hier gibt es — das sei nur beispielhaft an dieser einen Stelle gesagt — eine Fülle von anderen Gebieten, bei denen man sich sehr wohl vorstellen kann, daß eine Neuverteilung in Erwägung gezogen werden kann, und daß nicht jedes Gebiet von einem Vorstandsmitglied besetzt werden muß.
Ich glaube, daß es auch kein Kompliment ist für diejenigen, die ein Ressort innehaben, daß man — ich möchte fast sagen — den Naturschutzzaun eines besonderen Wahlgangs um sie zieht. (Beifall. — Sehr richtig!)

Ich bin davon überzeugt, daß diese Genossen aus ihrer Arbeit heraus vor den Parteitag treten können, und daß sie mit dem gleichen Risiko wie jeder andere Kandidat und mit der gleichen Chance ausgestattet sind, in den Vorstand gewählt zu werden.
Wer für den Vorstand kandidiert, der sollte dies unter einem einheitlich, gemeinsam für alle Kandidaten geltenden politischen Gesichtspunkt tun, ob er politisch in diese Parteispitze gehört. Wir sollten es dann dem neuen Vorstand zur Aufgabe machen, die Neuverteilung der Arbeitsgebiete vorzunehmen. Unser Antrag nimmt davon nur den Kassierer aus. Ich glaube, daß das schwierige Gebiet der Finanzierung der Partei jemanden erfordert, der in der Tat aus diesem Wahlmodus durch eine besondere Vertrauensbekundung herausgenommen werden soll.

Geben wir also dem neuen Vorstand diese Aufgabe, wählen wir die Genossen unseres Vertrauens in den Vorstand nach dem alleinigen Gesichtspunkt, ob sie geeignet befunden werden, in der politischen Führungsspitze der Partei zu sein, und scheuen wir uns nicht, neue Wege zu gehen, neue Versuche zu machen. Mir schwebt das Wort vor — und damit möchte ich schließen — das Otto Bauer in seinem politischen Testament, als er im Pariser Exil verstarb, in seinem letzten Buch niedergeschrieben hat, da, wo er sagt: Die Partei — und er sieht es historisch von der Frühzeit der Partei, über August Bebel bis heute — ist ein lebendiger Prozeß im Wandel der historischen Bedingungen. Dieser lebendige Prozeß und dieser Wandel gilt nicht nur für die Denkinhalte, sondern auch für die Organisationsformen. Sie sollten wir der Zweckmäßigkeit anpassen. Unwandelbar allein bleiben unsere Ideale und die sittlichen Impulse unseres Handelns. (Starker Beifall.)

Vorsitzender Dr. Alex Möller: Das Wort hat Genosse Hellmut Kalbitzer, Hamburg. Ihm folgt Genosse Willi Birkelbach, Frankfurt.

Hellmut Kalbitzer, Hamburg: Genossinnen und Genossen! Die Sonderkommission des Parteivorstandes, die im Antrag 198 ein Organisationsreformprogramm erarbeitet hat, brachte einige gute Vorschläge, und insofern sollte der Antrag der Kommission zum Schluß möglichst einmütig verabschiedet werden. Aber neben diesen Verbesserungen ist ein Kernpunkt dieses Antrags nach meinem Eindruck ausgesprochen erfolglos und geht an die politischen Notwendigkeiten, die wir für die nächsten zwei Jahre an den Parteivorstand zu stellen haben, vorbei.

Nach dem Willen dieser Kommission sollen die Vorstandsmitglieder in verschiedenen Wahlgängen gewählt werden. Insbesondere sollen die besoldeten Mitglieder in einem besonderen Wahlgang gewählt werden. In der Praxis der Parteitage nach dem Kriege ist es de facto so gewesen, daß die besoldeten Mitglieder nicht gewählt, sondern ausschließlich bestätigt wurden. Damit waren sie politisch gegenüber den anderen Vorstandsmitgliedern abgewertet. Ich möchte wieder dahin kommen, daß die Genossen, die als besoldete Vorstandsmitglieder tätig sind, politisch aufgewertet und in gleicher Konkurrenz, also im gleichen Wahlgang wie die übrigen Mitglieder gewählt werden. (Beifall.)

Die besoldeten Vorstandsmitglieder, wenn sie nur bestätigt werden und damit automatisch Mal für Mal ihr Amt weiter ausüben, kommen in eine zweifache Gefahr: Entweder sie gleiten ab in eine beamtenmäßige Tätigkeit in ihrer Position, das heißt sie sind fleißig und zuverlässig, aber sie sind oft politisch nicht in der Lage, die Probleme des Tages mit den neuesten Methoden zu erarbeiten; oder sie bekommen auf der anderen Seite die Position eines Managers, der die faktischen Machtbefugnisse und seinen Aufgabenkreis, der ihm nur vom Parteitag zugebilligt werden kann, überschreitet.

Ich meine, keine Wahl darf alle möglichen Folgeerscheinungen einschließen, die nicht vom Parteitag selbst gewollt sind. Deshalb möchte ich, daß wir davon wegkommen, nur zu bestätigen, sondern dahin kommen, daß die besoldeten Vorstandsmitglieder wie die übrigen echt gewählt werden. Es ist zum Beispiel im vorigen Jahr vor der Bundestagswahl keine gute Sache gewesen, daß der Genosse, der die Presse und Propaganda als Vorstandsmitglied zu bearbeiten hatte, aus eigener Machtvollkommenheit und ohne, daß sonst irgendwelche Parteientscheidungen gefällt worden sind, von sich aus den Aspiranten der SPD für das Bundeskanzleramt nominierte. (Bravo!-Rufe und lebhafter Beifall.)

Ich meine, eine solche Eigenmächtigkeit hat nicht etwa die Bundestagswahl 1958 entschieden, das wäre eine Übertreibung dieser Probleme; aber es ist doch ein Steinchen gewesen auf dem Weg des Mißerfolgs, und deshalb, meine ich, sollten wir auch diesen Stein aus unserem Wege räumen.

Der Genosse Nau hat für die Kommission mehrere Argumente gebracht dafür, daß doch die besoldeten Parteivorstandsmitglieder in einem besonderen 4. Wahlgang gewählt werden sollten. Ich bin durchaus bereit, diese Argumente zu erwägen, aber ich meine, sie wiegen leichter als die Bedenken gegen diese Sonderposition der besoldeten Mitglieder. Und deshalb möchte ich die Argumente von Alfred Nau als nicht ausreichend,

nicht durchschlagend und also für unseren Parteitag nicht für entscheidend halten.
Ich möchte zum Schluß zum Präsidium eine Bemerkung machen, daß man dann, falls der Antrag 198 mit der Änderung, wie sie schon von Heinz Kühn hier vorgelegt worden ist, nicht durchgehen sollte, nicht die ganze Organisationsreform zu den Akten legt und es bei dem alten weiß Gott unbefriedigenden Zustand beläßt. Man sollte in dem Fall versuchen, einen Kompromiß zu finden, die Abstimmung über den Antrag auszusetzen und versuchen, in einer hier zu bildenden Kommission zu einer Einigung zu kommen. Ich persönlich bin zwar fest davon überzeugt, daß sich für den Abänderungsvorschlag von Kühn eine Zweidrittelmehrheit finden wird. Aber da die Sache, wie wir alle wissen, kontrovers ist, möchte ich auf jeden Fall verhindern, daß die Sache völlig den Bach hinuntergeht und wir zum Schluß feststellen müssen, daß diese Siebener-Kommission mit all ihrem Mühen und mit ihren teilweise sehr guten Vorschlägen vergeblich war. Und zum Schluß sind wir dann nicht weiter als im vergangenen Jahr. Diese Möglichkeit möchte ich dem Präsidium als Erwägung mit auf den Weg geben. Ich hoffe, daß sich der Parteitag mit überwältigender Mehrheit einer Änderung, wie von mir vorgeschlagen, anschließen wird. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. Alex Möller: Das Wort hat Willi Birkelbach, Frankfurt. Ihm folgt Werner Best, Wetzlar.

Willi Birkelbach, Frankfurt: Genossinnen und Genossen! Ich möchte den Antrag 115 des Bezirks Hessen-Süd begründen. In einer gewissen Weise wird es wohl erforderlich sein, darauf zu achten, daß damit gleichzeitig von uns erklärt werden kann, daß wir dem Antrag 216, dem Abänderungsantrag zur Vorlage 198 hilfsweise zustimmen könnten. (Beifall.)

Das Ziel, daß wir in unserem Antrag verfolgen, ist, der Partei ein echtes Führungsorgan zu geben und klarzulegen, wo die zentrale Autorität sein soll und wie sie zum Ausdruck gebracht werden soll. Der erste Schritt, der auch von der Siebener-Kommission aufgegriffen worden ist, ist wohl der, ein Präsidium zu bilden, das in einem gewissen Sinne Kopf und Gesicht der Partei darstellen soll. Ich verspreche mir sehr viel davon, wenn dieser erste Schritt realisiert werden wird. Da er aber in der Vorlage des Parteivorstandes zusammen mit vielen Statutenänderungen in eine Einheit gebracht worden ist, darunter auch in die Einheit mit der Frage der verschiedenen Wahlgänge, besteht die Gefahr, daß die Zweidrittelmehrheit nicht erreicht wird. Wir müssen deswegen versuchen, uns darauf zu konzentrieren, welche Möglichkeiten der Verständigung es gibt. Ich glaube, es ist wichtig, daß wir alle dabei auch die Begründung zur Kenntnis nehmen, die gerade von unserem Bezirk gegeben wird, um dem Verlangen nach einer Gesamtwahl des Vorstandes nachzukommen.

Die Öffentlichkeit soll wissen, wer in erster Linie die SPD führt. So, wie sich das Präsidium jetzt abzeichnet, können wir darauf hoffen, daß nunmehr der Öffentlichkeit klar wird, daß eine ganze Mannschaft auf seiten der SPD bereit steht, eine Mannschaft von Genossen, die sich sehen lassen kann. (Beifall.)

Wir wissen, daß dann, wenn dieser Schritt getan werden kann die andere Frage, nämlich die Frage der ungeteilten Verantwortung des gesamten Vorstandes, eine Rolle spielt. Wenn wir in getrennten Wahlgängen den übrigen Vorstand wählen, dann haben wir die Tatsache, daß ein Teil der Mitglieder, nämlich die sogenannten Besoldeten, von sich aus glaubt, er habe ein gesondertes, direktes Mandat des Parteitages und sei nicht in echter Weise unmittelbar dem Gesamtvorstand zunächst verantwortlich. Diese Frage ist deswegen wichtig, weil wir bei einer Verteilung der Funktionen im Vorstand und durch den Vorstand selbst auch in den Perioden, in denen wir nicht in Parteitagen zusammen sind, die Gewißheit haben müssen, daß sich nicht manche Genossen auch im Vorstand von der Verantwortung für das freisprechen, was diejenigen tun, die anscheinend ein besonderes Mandat haben. (Beifall.)

Ich muß diesen Satz der besonderen Aufmerksamkeit empfehlen, weil ich das Gefühl habe, daß das in der Vergangenheit manchmal doch der Fall war. Ich muß deswegen auch den Genossen Nau fragen, warum er in dem Augenblick, als er hier begründete, weshalb das Präsidium nicht vom Parteitag gewählt werden sollte, Ausführungen machte, die genauso gut auf die besoldeten Mitglieder des Vorstandes Anwendung finden könnten. (Sehr richtig! und Beifall.)

Ich will diese Ausführungen wiederholen, damit wir sehen, was gemeint ist. Er sagte:

> „Warum Wahl des geschäftsführenden Vorstandes durch den PV selbst? Wir sind der Meinung, daß eine Wahl auf dem Parteitag die Gefahr in sich trägt, daß dieses Gremium sich zu einer Art Übervorstand entwickelt und damit eine innere Aufspaltung des Vorstandes an sich auf uns zukommen könnte. Theoretisch könnte eintreten, daß bei einer Wahl durch den Parteitag die Mitglieder des engeren Vorstandes sich bei Differenzen mit dem übrigen Vorstand auf ihr direktes Mandat durch den Parteitag berufen und davon besonderes Recht herleiten. Das wäre gefährlich und falsch."

Wenn der Genosse Nau das in bezug auf die Mitglieder des Präsidiums meint, dann ist das genau die Argumentation, die nach meiner Auffassung anzuwenden ist, wenn wir die Frage stellen: Gesamtverantwortung des Vorstandes und damit auch Gesamtwahl des Vorstandes in einem Wahlgang! (Beifall.)

Ich glaube, wir dienen auch denjenigen Genossen, die sich bisher in anerkennenswertem Fleiß darum bemüht haben, diese Partei in jeder Situation vor Rückschlägen zu bewahren, dieser Partei Impulse zu verleihen und darüber hinaus dafür zu sorgen, daß auch die Tagesarbeit von jemand gemacht wird. Wenn wir also diesen Genossen für ihre Arbeit danken, dann möchten wir sie gleichzeitig vor einem schützen, nämlich davor, daß dann, wenn wir glauben, es seien Veränderungen notwendig, wir unter Umständen dazu gezwungen werden, dramatisierende Personendebatten vor einen solchen Parteitag zu bringen. Wir wissen nämlich, wie außerordentlich schwierig es sonst würde, überhaupt Veränderungen herbeizuführen. Wenn wir glauben, daß es falsch wäre, solche dramatisierenden Debatten vor ein solch großes Gremium zu bringen, dann muß es im Interesse selbst der Genossen, die hier

tätig sind, möglich sein, auch dadurch Veränderungen herbeizuführen, daß Genossen, die gewisse hauptamtliche Funktionen ausüben, zwar von diesen Funktionen entbunden werden und andere Aufgaben übernehmen können, aber dennoch Mitglieder des Vorstandes in der Partei bleiben.

Wir glauben, daß es möglich sein muß, auf diese Weise Veränderungen herbeizuführen. Weil wir erreichen wollen, daß der Partei ständig die besten Kräfte zur Verfügung stehen, und daß man nicht aus dieser und jener falsch verstandenen Loyalität heraus unter Umständen dazu kommt, lieber fünf gerade sein zu lassen, weil man vor der menschlichen Entscheidung zurückschreckt. Und dann bekommt man unter Umständen die Rechnung präsentiert im Zusammenhang mit Wahlabläufen und mit anderen in der Öffentlichkeit so stark in Erscheinung tretenden Dingen. (Beifall.)
Ich glaube, daß es erforderlich ist, sich der Gewissenbelastung als Delegierter klar zu werden, was auf diesem Gebiet nun einmal getan werden muß: ohne Personenfragen anzuschneiden gleichwohl den Weg dahin zu eröffnen, daß durch Veränderungen dem Wohl der Partei auf lange Sicht gedient werden kann. Und ich glaube, Veränderungen sind erforderlich. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. Alex Möller: Das Wort hat Genosse Dr. Werner Best, Wetzlar.

Dr. Werner Best, Wetzlar: Genossinnen und Genossen! Auch auf diesem Parteitag haben wir wieder ein Bekenntnis zur Mitgliederpartei abgelegt. Wenn wir uns aber zur Mitgliederpartei bekennen, dann müssen wir uns auch alle dazu bekennen, daß nur der von den Mitgliedern unmittelbar und frei gewählte Delegierte hier auf diesem Parteitag Stimmrecht haben darf.
Genosse Erich Ollenhauer hat am Sonntag die freigewählten Delegierten hier besonders begrüßt, und ich freue mich, daß auch die verschiedensten Diskussionsbeiträge zur Änderung unseres Organisationsstatuts sich mit dem § 10 des Organisationsstatuts befassen. Der § 10 des Organisationsstatuts sieht nach dem bisherigen Stimmrecht vor, daß neben den frei gewählten Delegierten auch die Mitglieder des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und des Parteiausschusses stimmberechtigt sind. Dazu kommt noch das Stimmrecht von einem Zehntel der Bundestagsfraktion. Das ergibt zusammen 85 Stimmrechte, die den 300 Stimmen der frei gewählten Delegierten gegenüberstehen.
Die Anträge des Bezirkes Hessen-Süd, des Landesverbandes Berlin und des Bezirks Rheinhessen befassen sich alle mit der Frage, wie diese Bestimmung des Organisationsstatuts geändert werden könnte. Sie liegen im großen und ganzen mit ihren Vorschlägen auf einer Ebene. Sie zielen darauf ab, daß im wesentlichen nur der frei gewählte Delegierte hier sein Stimmrecht ausüben kann. Ich kann es daher nicht verstehen, daß der Parteivorstand mit seinem Antrag 198 neben den Mitgliedern des Parteivorstandes auch noch die Mitglieder der Kontrollkommission in das Stimmrecht einbeziehen will. Ich glaube, man sollte sich im wesentlichen den Anträgen unserer Bezirke anschließen, damit auch tatsächlich

das Bekenntnis zur Mitgliederpartei erfüllt wird und das einzelne Mitglied das Gefühl hat, daß es über seinen gewählten Delegierten in der Lage ist, seine Forderungen auf dem Parteitag zum Ausdruck zu bringen. Ich verbinde mit den Anträgen, die hier in dieser Richtung gestellt wurden die herzliche Bitte an alle diejenigen, die hier gewissermaßen institutionell an den Abstimmungen des Parteitages teilnehmen können, daß sie sich bei der Abstimmung über die Veränderung des § 10 unseres Organisationsstatuts der Stimme enthalten.

Hinsichtlich der Änderungswünsche zu § 17 unseres Organisationsstatuts muß ich eines richtigstellen, was hier verschiedentlich zum Ausdruck gekommen ist. Nach dem bisherigen Wahlrecht des Parteivorstandes wurde der Parteivorstand in einem Wahlgang gewählt. Es ist also nicht so gewesen, daß bisher die besoldeten Mitglieder des Parteivorstandes in einem besonderen Wahlgang gewählt worden wären und dadurch ihre Position gewissermaßen verankert erhalten hätten. Es berührt eigenartig, wenn nun der Antrag des Parteivorstandes einen gesonderten Wahlgang vorschreibt. Für diesen gesonderten Wahlgang haben wir wenig Verständnis. Das ist in all den Forderungen meiner Vorredner auch bereits des öfteren zum Ausdruck gekommen.

Ich glaube deshalb, daß wir uns den verschiedenen Anträgen anschließen können, die für die Wahl des Parteivorstandes einen einzigen Wahlgang fordern. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. Alex Möller: Das Wort hat Erich Ollenhauer.

Erich Ollenhauer: Genossinnen und Genossen! Wenn ich jetzt das Wort ergreife, dann aus zwei Gründen. Einmal möchte ich einiges über die Überlegungen sagen, die Siebener-Kommission, Parteivorstand und Parteiausschuß bei ihrem Vorschlag angestellt haben, um einige Hinweise zu geben, die ich bitte bei der weiteren Diskussion berücksichtigen zu wollen.

Zum anderen glaube ich, daß die Reden von Heinz Kühn, Hellmut Kalbitzer und Willi Birkelbach schon zum Ausdruck gebracht haben, was hauptsächlich Gegenstand der Kontroverse in dieser Frage ist.

Der Vorschlag des Antrags 198 ist nach eingehenden Beratungen der Siebener-Kommission, des Parteivorstandes und des Parteiausschusses zustande gekommen. Nach sehr langen Beratungen haben wir uns im Parteivorstand und im Parteiausschuß auf diese Lösung geeinigt. Sie ist das Resultat einer Arbeit, bei der alle Vorstellungen, die in dieser Frage aufgekommen waren, diskutiert worden sind, und wir haben sie unter den gegebenen Umständen für das Beste gehalten. Ich hoffe, daß der Parteitag auch das zur Kenntnis nehmen wird.

Es wurde gesagt, das zentrale Problem sei, eine stärkere politische Führung durch den Parteivorstand zustande zu bringen und das auch in der Zusammensetzung des Parteivorstandes zur Geltung zu bringen. Ich bitte, daraufhin den Vorschlag des Parteivorstandes und des Parteiausschusses in bezug auf das Präsidium anzusehen. Nach diesem Vorschlag

ist von vornherein in Aussicht genommen — ich halte das für selbstverständlich —, daß der Vorsitzende und die zwei stellvertretenden Vorsitzenden und der Schatzmeister dem Parteipräsidium angehören. Ich will hinzufügen, daß wir uns in den Vorberatungen in Stuttgart darüber einig waren, dem neuen Parteivorstand vorzuschlagen, daß in diesem Präsidium des Parteivorstandes, dem geschäftsführenden Vorstand, die jetzigen drei stellvertretenden Vorsitzenden der Bundestagsfraktion Mitglied sein sollten. Wem es also darum geht, an die Spitze der Sozialdemokratie eine möglichst breite Gruppe repräsentativer Persönlichkeiten zu stellen, dem wird durch diesen Antrag die Erfüllung seines Wunsches von vornherein garantiert. (Beifall.)

Das ist der Sinn der Sache, denn wir haben nicht die Absicht — weder die Kommission noch der Parteivorstand —, mit irgendwelchen taktischen oder sonstigen statutarischen Mitteln einem solchen Wunsche und einer solchen Notwendigkeit auszuweichen. Es ist nicht die Idee dieses Vorschlages, hier etwa dem Apparat eine besondere, möglichst starke Position zu geben. Und wenn es darauf ankommt, hier eine sachliche Entscheidung zu fällen, dann bitte ich darum, in jeder Betrachtung diese von uns in Aussicht genommene Zusammensetzung des zukünftigen Parteipräsidiums von neun Vorstandsmitgliedern zur Kenntnis zu nehmen.

Das zweite, was hier umstritten ist, ist die Frage der Stellung der bisherigen vier besoldeten Mitglieder des Vorstandes. Es wurde gesagt, das hätten wir früher nie gehabt. Das ist einfach nicht wahr. Wir haben bis zum Münchner Parteitag auf jedem Stimmzettel die verschiedenen Mitglieder des Vorstandes in besonderen Abschnitten in ihre verschiedenen Funktionen aufgeteilt, und jeder Parteitagsdelegierte hat gewußt, daß unter der Gruppe der vier diejenigen zu verstehen waren, die dem Vorstand als besoldete Mitglieder angehören sollen. Alles andere ist eine Entstellung der Tatsachen.

Warum wollen wir jetzt getrennte Wahlgänge? Zunächst deshalb, um auch durch diese verschiedenen Wahlgänge das besondere Gewicht besonders hervorragender Funktionäre der Partei zu unterstreichen. Ich denke, darin sind wir einig. Dabei geht es überhaupt nicht um die Person.

Wir haben uns dann nach einer langen Diskussion in der Siebener-Kommission, an der außer Alfred Nau, mir und Wilhelm Mellies keines der anderen hier zur Debatte stehenden besoldeten Vorstandsmitglieder beteiligt war, entschieden, diesen vierten Wahlgang vorzuschlagen, und zwar nicht — um es einmal offen zu sagen —, wie es der Genosse Heinz Kühn, glaube ich, gesagt hat, einen Naturschutzzaun um diese vier zu ziehen. Ich finde, eine solche Sprache sollten wir unter uns nicht führen. (Lebhafter Beifall.)

Jeder dieser vier Genossen, was immer Ihr denkt, hat den Anspruch darauf, die volle persönliche Achtung des Parteitages zu haben. (Lebhafter Beifall.)

Wer mit solchen Begriffen arbeitet, der tut — ungewollt oder gewollt, ich weiß es nicht, ich hoffe ungewollt — denen einen Gefallen, die diese Genossen, die diese vollamtliche Arbeit leisten, in den Augen der Partei

und der Öffentlichkeit diskriminieren. (Beifall.) Ich bin nicht bereit, das hier durchgehen zu lassen. (Widerspruch.) Entschuldigung, wir reden hier ganz offen.

Des weiteren hat Willi Birkelbach gesagt, daß dann, wenn die vier in einem besonderen Wahlgang gewählt werden, sie ein besonderes Mandat erhielten. Genau das Gegenteil ist der Fall. Ich darf zunächst einmal mitteilen, daß in der ersten Besprechung nach den Septemberwahlen über die Vorbereitungen unseres Parteitages, im Zusammenhang mit der Parteireform, jedes Vorstandsmitglied, das besoldet ist, erklärt hat, daß selbstverständlich jeder hier zur Debatte steht und daß jeder, ohne Einschränkung, ein Votum des Parteitages gegen sich entgegenzunehmen bereit ist. Es gibt überhaupt keinen anderen Grundsatz in der Partei. Das fängt beim Vorsitzenden und bei den anderen Besoldeten an und hört bei den Nichtbesoldeten auf.

Was ist der wirkliche sachliche Grund, der hinter unserem Vorschlag steht? Wir sind uns darin einig, und das wißt Ihr alle aus Eurer organisatorischen Arbeit: Eine Partei wie die unsrige kommt ohne hauptamtlich tätige Mitglieder im Vorstand nicht aus. (Beifall.)

Niemand kann das bestreiten. Wenn wir diesen Standpunkt anerkennen, dann muß der Parteitag von vornherein überlegen, für mindestens welche Hauptgebiete besoldete Vorstandsmitglieder notwendig sind. Dann muß auch sichergestellt sein — nicht im Interesse der jetzigen Vorstandsmitglieder, sondern im Interesse der Arbeit —, daß Genossen in den Vorstand gewählt werden, die bereit und in der Lage sind, im Vorstand die nicht leichte hauptamtliche Tätigkeit auszuüben. Die Frage ist ja nicht, daß nach diesen Ämtern ein Rennen da wäre, sondern die Frage ist, wo wir die Menschen finden, die bereit sind, diese schwierige und manchmal eine sehr undankbare Aufgabe zu übernehmen. (Beifall.) Das Angebot ist viel geringer als die Nachfrage.

Ich habe die für den Parteivorstand gemachten Vorschläge inzwischen gesehen. Es ist eine lange Liste. Aber ich hätte gewünscht, daß die Genossen, die hier kritische Bemerkungen über das eine oder andere hauptamtliche Vorstandsmitglied gemacht haben, gesagt hätten, für welches Vorstandsmitglied sie einen anderen Kandidaten haben wollen. (Beifall.) Was hindert daran? Warum kommt man nicht mit Vorschlägen? Keiner meiner Kollegen würde das auch nur einen Augenblick als eine ungerechtfertigte Brüskierung seiner Arbeit ansehen. Es ist unsere Verpflichtung, uns dem Parteitag zu stellen. Aber Ihr habt die Verpflichtung, wenn Ihr meint, es müsse ein anderer oder eine andere sein, zu sagen, wen Ihr meint, damit der Parteitag entscheiden kann, welchen oder welche von beiden er haben will. (Lebhafter Beifall.)

Es ist gesagt worden, wir müßten über die Einteilung der verschiedenen Arbeitsgebiete reden. Einverstanden. Aber gibt es unter uns eine Meinungsverschiedenheit, daß die Sozialdemokratische Partei angesichts der Aufgaben, die ihr gestellt sind, mindestens auf dem Gebiet der Organisation, auf dem Gebiet der Presse, auf dem Gebiet der Kulturarbeit und auf dem Gebiet der Frauenarbeit, ein hauptamtliches Mitglied mit voller

Verantwortung haben muß? Wie wollt Ihr damit in der Öffentlichkeit bestehen, wenn Ihr nach den Referaten, die wir gehört haben über die Notwendigkeit des Ausbaues der Organisation, der Kulturarbeit und der Frauenarbeit, diesen Grundsatz nicht akzeptieren wollt?

So haben wir uns in der Siebener-Kommission, im Parteivorstand und im Parteiausschuß mit großer Mehrheit entschieden, den Parteitag von vornherein von der Sache her zu bitten, Garantien dafür zu geben, daß mindestens auf diesen vier Gebieten hauptamtliche Vorstandsmitglieder zur Verfügung stehen. Die Namen sind frei. Bis morgen früh um 10 Uhr kann jeder, der bereit ist, hier als Kandidat für das eine oder andere Sachgebiet vorgeschlagen zu werden, benannt werden. Es ist der Freiwilligkeit des Angebots keine Grenze gesetzt.

Warum hauptamtliche Vorstandsmitglieder? Einfach deshalb, weil für die Durchführung der Aufgaben auch die Autorität des vollberechtigten Vorstandsmitgliedes nötig ist. Wer das bestreitet, sollte einmal zehn Minuten darüber nachdenken, welche politische und organisatorische Verantwortung mit der Erfüllung der Arbeit auf den genannten Gebieten verbunden ist. Dann würde er diesen Grundsatz akzeptieren. Die Sache ist mit Referenten und Angestellten, und wenn sie noch so qualifiziert sind, in der Öffentlichkeit nicht zu erledigen. Ich möchte deshalb dringend darum bitten, daß die Vorschläge, auf diesen vierten Wahlgang zu verzichten, aus diesen sachlichen und nicht aus persönlichen oder aus Apparatgründen abgelehnt werden. Eine solche Klarstellung ist notwendig, damit der neue Parteivorstand weiß, wen er für diese Aufgaben aus seiner Mitte zur Verfügung hat, wobei ich noch hinzufügen will, um jene zu beruhigen, die immer noch meinen, hier werde irgendein Dreh versucht: Wir haben im Parteivorstand mit unseren besoldeten Kollegen uns ohne Diskussion dahin verständigt, daß keines der besoldeten Mitglieder, wer immer es auch ist, außer dem Kassierer und den drei Vorsitzenden, dem geschäftsführenden Präsidium angehört. Ist das nicht eine loyale, eine offene und klare Position gegenüber der Idee, an der Spitze die politisch am meisten herausstehenden Persönlichkeiten zusammenzubringen? Wer will das bestreiten?

Ich habe hier eingegriffen, um das darzulegen, aber auch noch aus einem anderen Grund, ich sage es ganz offen. Sicher gibt es Kritik an den bisherigen besoldeten Vorstandsmitgliedern, angefangen vom Vorsitzenden bis zu den vier Besoldeten. Vielleicht ist sogar der eine oder andere der Meinung, es müsse ein Wechsel eintreten. Aber dann bitte ich darum, daß das hier offen gesagt und mit Gegenkandidaten beantwortet wird. (Lebhafter Beifall.)

Ich weiß, was alles in den letzten Tagen hier nach meiner Meinung mit zuviel Aufwand an Kraft und Zeit über diese Dinge diskutiert worden ist. Da gibt es auch Stimmen, die sagen, wenn wir es offen sagen, kommen wir nicht durch; nehmen wir die vier mit zu den 25 oder 29, dann können wir uns auf diese indirekte Weise Luft schaffen. Bitte, man kann das tun. Aber dem Geist der Loyalität und der Aufrichtigkeit und der Sauberkeit entspricht ein solches Vorgehen nicht. (Beifall.) Das möchte ich hier ganz offen und ganz klar gesagt haben.

Wer also hier Gründe sachlicher Art hat, soll sie vorbringen und soll Namen nennen. Aber ich bitte Euch im Interesse der sachlichen Arbeit des neuen Vorstandes, der Intensivierung seiner Arbeit, daß Ihr ihm durch die besondere Wahl der vier Genossen für die Aufgaben, die ich genannt habe, die Möglichkeit schafft, seine Aufgaben zu erfüllen. Es ist nichts anderes dahinter als unser ehrliches Bemühen, eine Lösung zu finden, die die Parteispitze in ihrer personellen Zusammensetzung, in ihrer sachlichen Arbeitsfähigkeit auch im Alltag so effektiv und so anziehend macht, wie es nur möglich ist. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. Alex Möller: Das Wort hat Genosse Hans Demeter, München, dann folgt Genosse Frenzel.

Hans Demeter, München: Genossinnen und Genossen! Organisationsfragen in der Partei haben auch in der Vergangenheit immer einen großen Raum eingenommen. Wenn sie heute einen breiten Raum bekommen haben — es sind ja immerhin 35 Anträge von Ortsvereinen, Kreisverbänden, Unterbezirken und Bezirken eingereicht worden, nämlich Nr. 97 bis 131 —, dann zeigt dies, daß in den Gliederungen der Partei eine gewisse Sorge vorhanden ist, hier den gegebenen Tatsachen, wie wir sie heute vorfinden, endlich Rechnung zu tragen.

Der Parteivorstand und der Parteiausschuß legen uns eine Entschließung Nr. 198 vor. Es soll eine Zusammenfassung dieser vorliegenden Anträge sein, und es ist uns ja gesagt worden, daß sich die Siebener-Kommission in vielen Beratungen mit diesen Anträgen befaßt habe. Nun, warum sind diesmal so viele Anträge zur Änderung des Organisationsstatuts eingegangen? Die Ursache ist doch in erster Linie darin zu suchen, daß überall in den Gliederungen der Partei ein aktionsfähigerer Vorstand gewünscht wird und daß in dieser Frage die versteckte Kritik, die man auch heute hier wieder anklingen hörte, gegen die „Baracke", wenn ich so sagen darf, nicht so zum Ausdruck kommt — Genosse Ollenhauer hat es hier gestreift —, wie es eigentlich in diesem Kreis doch getan werden müßte.

Unser Anliegen war, daß die Landesverbände als echte Organisationsgliederungen einen Einbau in das Statut bekommen. Wenn ich die Entschließung Nr. 198 betrachte, dann ist von den vielen Wünschen der gestellten Anträge nicht sehr viel mehr übrig geblieben. Es ist zu einem Teil etwas ganz anderes daraus geworden, und es fällt schwer, wenn man in die Organisation zurückkehrt, sagen zu müssen, daß eigentlich unsere Arbeit praktisch umsonst war, weil in diesen grundlegenden Fragen doch keine Organisationsänderung erzielt werden konnte, weil man ja auch in Parteivorstand und Parteiausschuß der Meinung ist, daß die Landesverbände kein organisatorischer Teil sein sollen. Nun, ich sehe ein, daß die Schwierigkeiten sehr groß sind, wenn man die einzelnen Anträge hier behandeln soll. Man hätte aber doch — und das bitte ich für die Zukunft zu überlegen — eine Antragskommission berufen sollen. Dann wäre doch die Möglichkeit gewesen, in diesem Kreis und hier auf dem Parteitag eine Lösung zu finden, ohne daß noch so viele weitere Abänderungsanträge gestellt werden müßten.

Ich sagte, die Entschließung sehe keine Landesverbände vor. Es wird hier bei § 4 erst angefangen, und wenn ich den Absatz 2 lese und mit dem bisherigen Organisationsstatut vergleiche, ist praktisch nichts verändert. Es liegt ein Antrag 97 des Bezirks Mittelrhein, ein Antrag 99 des Ortsvereins Osnabrück, ein Antrag 100 des Ortsvereins Kettwig, ein Antrag 109 des Unterbezirks Duisburg und ein Antrag 111 des Unterbezirks München vor, die alle praktisch schon in den § 3 eingebaut zu sehen wünschen, daß die Grundlage der Organisation die Ortsvereine und Bezirke sind und daß diese, zusammengefaßt in einen Landesverband, gegliedert werden müssen.

Wir haben doch heute den Tatbestand, daß es Bezirke gibt, die über einige Länder hinausgehen. Ich glaube, daß man doch endlich den landespolitischen Gesichtspunkten mehr Rechnung tragen müßte, weil seit 1945 ja in der Bundesrepublik hier doch allerhand geschehen ist und man nicht mehr auf das Jahr 1933, wo wir aufhören mußten, zurückgreifen sollte und kann. Es ist ja während dieser Tagung auch schon gesagt worden, daß die Organisation Mittel zum Zweck sei und nicht Selbstzweck bedeuten dürfe. Wenn ich mir das aber heute bei der Änderung der Staatsstruktur so anschaue, dann stellen wir doch fest, daß die Sozialdemokratische Partei in den Gemeinden, in den Großstädten und auch in den Ländern eine bestimmte Bedeutung bekommen hat, und es müßte im Interesse der Partei liegen, daß hier ein echtes Gremium geschaffen wird, ein Landesverband, der die Richtlinien der Politik in den einzelnen Ländern, die sich nach den Richtlinien der im Bund geführten Politik ergeben, zu koordinieren hätte. Hier hätte, praktisch gesehen, die Mitgliedschaft die Kontrolle über diese Arbeit auszuüben, nicht daß die Fraktionen selbstherrlich zum Teil — das hat man in den Stadtratsfraktionen, hat man auch in den Landtagsfraktionen — einfach die Politik machen und dann nur so gelegentlich einmal ein Bericht erstattet wird und dann seitens der Mitgliedschaft praktisch nicht mehr sehr viel zu ändern ist. Die SPD in den Ländern hat ein bestimmtes Gewicht bekommen. Wenn wir Landeskonferenzen haben, stellen wir auch fest, daß ein großes Interesse der Öffentlichkeit, der Presse, des Rundfunks vorhanden ist, diesen Tagungen zu folgen. Warum verschließen wir uns davor, diesen Notwendigkeiten endlich gerecht zu werden? Hat man etwa Bedenken, daß damit der nunmehr vollzogene föderative Aufbau, der in der Bundesrepublik praktisch vorhanden ist, auch die Bundespartei, wie wir sie heute sehen, zu föderativ machen würde?

Genossinnen und Genossen! Der § 10, wie ihn der Parteivorstand und der Parteiausschuß in Antrag 198 vorschlagen, könnte wohl die Billigung des Parteitages finden, denn 400 Delegierte halte ich für zu viel. Es ist ja schon schwierig, bei 300 Delegierten einen so großen Parteitag abzuwickeln, und wenn die Zahl der Delegierten noch vergrößert wird, wird das Gremium bestimmt nicht arbeitsfähiger werden. Das sollten wir doch erkennen.

Zu den Vorschlägen des Parteivorstands haben wir im Antrag 111 ganz klar zum Ausdruck gebracht, daß der Parteivorstand aus dem Vorsitzenden, zwei stellvertretenden Vorsitzenden, je einem besoldeten Beisitzer für die Sachgebiete Finanzen, Presse und Propaganda sowie Organisation

bestehen soll. Wir haben dann weiter 14 unbesoldete Beisitzer und je einen Vertreter der Landesverbände hier einzubauen, vorgeschlagen. Wir haben aber auch weiter in § 18 ausgeführt, daß wir wünschen — und darauf kommt es uns wesentlich an —, daß der nunmehr gewählte Parteivorstand sich eine Geschäftsordnung und eine Geschäftsverteilung gibt, so daß diese Fragen klar geregelt werden.

Der Parteirat sieht in der Vorlage von Parteivorstand und Parteiausschuß auch ganz anders aus, als wir ihn uns vorgestellt hatten. Wir waren nämlich der Meinung, daß der Parteirat ein eigenes Gremium sein solle, das aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter zu wählen habe, und daß dieser Parteirat von sich aus mindestens halbjährlich eine Sitzung einzuberufen habe. In der Vorlage des Parteivorstands heißt es aber: „Der Parteirat wird durch den Parteivorstand einberufen." Dem ist hier also meiner Ansicht nach nicht Rechnung getragen. Außerdem fehlt die von uns gewünschte Frauenvertretung, die wir ganz klar im Katalog aufgeführt haben, und zwar daß die Vorsitzenden der Bezirksfrauenausschüsse in dem Parteirat vertreten sein müssen.

Nun zu anderen Anträgen kurz einige Bemerkungen: Der Bezirk Franken schlägt vor, daß man statt des Wortes „Funktionäre" das Wort „Vertrauensmänner" setzen solle. Ich glaube, wenn jemand in der Partei ehrenamtlich arbeitend Funktionen ausübt, können wir stolz darauf sein und sagen, er ist Funktionär. Das ist eine Auslegungssache. Wenn nämlich beispielsweise das Wort „Vertrauensmänner" Platz greift, wird man von der anderen Seite sagen, das seien die V-Männer der SPD. Ich glaube, man kann da immer etwas bemängeln.

Im § 25 Abs. 2 wird bei Franken neu eingefügt, daß die hauptamtlichen Mitglieder der Partei der Kontrollkommission nicht angehören können. Ich glaube, Genossen, das sollten wir nicht annehmen, und wir sollten dem auch nicht irgendwie das Wort reden.

Ich komme jetzt zum Schluß. Genossinnen und Genossen, ich möchte es nicht erleben, daß wieder, wenn ich nach Hause komme, in einer der führenden süddeutschen Zeitungen geschrieben steht, auf dem Parteitag sei alles planmäßig abgelaufen, es sei praktisch ja doch nichts passiert. Wir wünschen, daß die Landesverbände ein Gewicht innerhalb der Parteiorganisation bekommen, und ich stelle den Antrag, daß der Antrag 111 des Unterbezirks München in dieser Frage mit zur Abstimmung gestellt wird.

Vorsitzender Dr. Alex Möller: Genossinnen und Genossen! Die geringe Überschreitung der Redezeit sollte als Ausgleich für die beachtliche Unruhe in diesem Saal dienen. Im übrigen darf ich den Diskussionsrednern empfehlen, bei der Diskussionsrede auf einen genauen Abstand zum Mikrofon zu achten, damit auch der hintere Teil des Saales die Argumente hört und so überzeugt wird.

Das Wort hat Genosse Alfred Frenzel. Ihm folgt Willy Brandt.

Alfred Frenzel, Klosterlechfeld: Genossinnen und Genossen! Die Diskussionsgrundlage zu dem jetzt hier abrollenden Diskussionspunkt war

der Ausgang der Bundestagswahlen am 15. September 1957. Ich glaube, nach diesem Tag gab es in jeder Parteiorganisation des Bundesgebiets Diskussionen darüber, warum diese Wahl so ausgegangen ist. Wir haben gesehen, daß nicht nur in unseren politischen Kreisen, bei unserer Anhängerschaft diese Diskussion geführt wurde, sondern haben bemerkt, daß uns auch unsere politischen Gegner Ratschläge erteilen wollten und zum Teil sogar erteilt haben, warum und wieso diese Bundestagswahl so ausgegangen ist. Ich habe damals erklärt, daß die Sozialdemokratische Partei zu diesem Ausgang der Bundestagswahlen Stellung nehmen wird und die notwendigen Schlüsse daraus zieht.

Aber wir werden uns niemals — und wir dürfen das auch heute nicht tun — unser politisches Geschehen vom politischen Gegner aufzwingen lassen. (Beifall.)

Ich bin sehr befriedigt, daß im Laufe dieser Diskussion aus diesen vielen Vorschlägen und Anträgen von den hier eingesetzten Gremien praktische Vorschläge erarbeitet wurden, die nun zur Abstimmung kommen werden.

Wenn auch die Parteispitze — auf die es ja in den damaligen Diskussionen abgesehen war — vielleicht nicht in der Form reformiert worden ist, wie es sich mancher vorgestellt hätte, so bin ich doch der Meinung, daß das, was nun heute vorgeschlagen ist, eine Parteispitze der Sozialdemokratischen Partei ist — ich mache kein Hehl daraus —, mit der wir uns nicht nur im Lande sehen lassen können, sondern mit der tatsächlich neue politische Arbeit draußen von unseren Mitgliedern und Organisationen geleistet werden kann.

Wenn wir heute sehen, daß gerade der Parteivorstand, der hier verkleinert werden sollte, aber wegen der vielen Arbeit, die auf ihm lastet, nicht verkleinert werden kann, doch ein Parteipräsidium aus neun Mitgliedern erhält, so glaube ich, ist darin das enthalten, was wir von der Reform der Spitze erwarteten und was nun praktisch durchgeführt werden soll.

Ich bin aber auch über etwas anderes sehr glücklich. Ich gehöre nun schon seit mehr als einem Jahrzehnt dem Parteiausschuß an und gehöre also zu jenem Gremium, das „nachäffen" mußte und das also keine Möglichkeit hatte, politisch gestaltend zu wirken.

Wenn wir uns nun die Vorschläge zu den §§ 22, 23 und 24 ansehen, dann glaube ich, ist hier aus diesem Parteiausschuß mit dem neuen Namen „Parteirat" ein Gremium geworden, das nun die Möglichkeit hat, zu beschließen, und dieses Gremium wird nicht nur — wie vorhin gesagt wurde — zweimal im Jahr, sondern zumindest viermal und vielleicht fünf- und sechsmal, je nachdem, wie es die politischen Aufgaben, die die Partei zu erfüllen hat, verlangen, zusammentreten, den Vorsitzenden wählen und dadurch ein vollkommen unabhängiges Gremium sein, von dem ich mir — wie ich bereits gesagt habe — sehr viel verspreche. Auch daß die Frage der Landesvorstände und der Landesarbeit hier koordiniert werden muß und daß vor allem die Landtagsfraktionen ihre Mitglieder in diesem Parteirat haben sollen — das habe ich auch bereits im Parteiausschuß gesagt —, wird dazu führen, daß die bisher mangelnde Koordinierung, die

mangelnde Zusammenarbeit zwischen Bundes- und Landespolitik nun so eine bessere werden wird, und es liegt nun an uns selbst, es liegt an denen, die im Bund und im Land tätig sind, diese Koordinierung so durchzuführen, wie sie unbedingt notwendig ist.

Aber eine Hauptfrage, die ja bereits während der ganzen Diskussion eine Rolle spielte, war die Frage der besoldeten Mitglieder. Ich muß sagen, mir hat es etwas weh getan, wie diese Dinge heute von einigen Diskussionsrednern hier vorgetragen wurden. Ich muß Ihnen sagen, wenn ich zu diesen besoldeten Mitgliedern gehörte, wüßte ich nicht, ob ich mich überhaupt noch — wenn ich vielleicht noch die Möglichkeit hätte — einer Kandidatur stellen würde. Wir müssen doch auch hier „die Kirche im Dorf lassen", Genossinnen und Genossen.

Wenn man irgend jemanden braucht, wenn man einen Schuldigen suchen muß — auf Grund von Verärgerungen oder weil die Wahlen nicht so ausgegangen sind, wie sie hätten ausgehen sollen, oder auch aus anderen Gründen —, so müssen wir das natürlich tun, aber wir müssen dann sagen, wer nun dieser Schuldige ist. Mit diesem anonymen Antrag, den Sie auf Drucksache Nummer 216 stellen, tun Sie etwas, was, glaube ich, der Sozialdemokratischen Partei und ihrer Delegation, die aus den verschiedenen Gebieten hier beisammensitzt, unwürdig ist. Man soll doch ganz einfach sagen, der Heine paßt uns nicht, der Heine ist nicht der Mann dafür. Wir wollen einen anderen haben. Dann muß man aber natürlich auch die Konsequenz daraus ziehen und sagen: Wir wollen den oder jenen Mann an diese Stelle setzen. Das ist doch eine Selbstverständlichkeit, daß man eben, wenn man irgend etwas nicht haben will oder wenn man Kritik an einer Sache übt, auf der anderen Seite einen Vorschlag macht, von dem man glaubt, daß er besser sein sollte als der alte.

Aber ich glaube, daß auch andere Dinge hier mit eine Rolle spielen. Wenn heute von besoldeten Mitgliedern gesprochen wird, dann möchte ich nicht mehr wiederholen, was Erich Ollenhauer hier gesagt hat, daß es eben in einer Partei wie der unsrigen, die eine Mitglieder- und Funktionärspartei ist, notwendig ist, daß ein Zusammenspiel erfolgt, und daß eben eine „Exekutive" und eine „Legislative", wie man sie sehr gern sehen möchte, im Parteiapparat nicht vertretbar ist. Der Parteiapparat ist etwas anderes als beispielsweise der Regierungsapparat. Dort ist die Trennung der Gewalten unerläßlich. Aber hier im Parteiapparat sind doch die Dinge ganz anders, und nun fragen Sie sich selbst, die Sie vielleicht Jahre oder Jahrzehnte als Funktionär draußen tätig sind, die Sie die Verantwortung tragen müssen, die Sie in Ihren Bezirken vielleicht die große Verantwortung an der Spitze zu tragen haben, fragen Sie sich doch, was es bedeutete, wenn Sie dort, wo es darum geht, Beschlüsse zu fassen, nicht stimmberechtigt wären. Hier ist es doch nicht anders, gerade bei den besoldeten Mitgliedern! Man sagt, das könnte durch Referenten geschehen. Das ist unmöglich in einem solchen Parteiapparat. Ich habe ja auch die Erfahrung von einigen Jahrzehnten in der politischen Arbeit, und ich war ursprünglich auch der Meinung, daß es vielleicht nicht so viele sein müssen, daß man sich aussuchen könnte, welche Referate unbedingt notwendig sind. Wenn ich mir aber die ge-

samte Arbeit, die auf der Partei lastet, vor Augen führe, dann komme ich zu der Überzeugung, daß es l e i d e r nicht weniger sein können, sondern daß es das Mindestmaß von dem ist. Wenn wir nun diese vier mit in den Parteivorstand hereinbringen, die in der Gesamtheit des Parteivorstandes eine so große Minderheit darstellen, die aber auch im Parteipräsidium — falls die Anträge so angenommen werden — ebenfalls eine Minderheit darstellen, dann glaube ich nicht, daß da irgendeine Gefahr bestünde. Es tut mir leid, daß wir gerade auf diesem Gebiete hier als Delegierte verschiedener Meinung sind, aber es wäre schlecht, wenn es nicht so wäre. Wir als Sozialdemokraten sind ja immer stolz darauf, die freie Meinungsäußerung zu respektieren. Ich glaube, daß, wenn es so wichtige Entscheidungen sind, man sie von beiden Seiten sehen muß.

Ich bin zu der Überzeugung gekommen, daß wir dem, was Parteivorstand, Parteiausschuß und Kontrollkommission gemeinsam erarbeitet haben, was Ihnen heute hier vorliegt in der Drucksache Nr. 198, Ihre Zustimmung geben sollten. Sie haben die Möglichkeit, wenn Ihnen Personen nicht zusagen, diese durch andere zu ersetzen. Aber ich glaube, das sind wir allen schuldig, daß wir das ganz klar und deutlich zum Ausdruck bringen. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Dr. Alex M ö l l e r: Genossinnen und Genossen! Ich muß nun wirklich bitten, die Konferenzen hier im Saal aufzugeben. Es ist mir jetzt erneut von den Delegierten, die im hinteren Teil des Saales sitzen, mitgeteilt worden, daß sie infolge der Unruhe im Saal die Ausführungen nicht verstehen können. (Beifall.)

Ich muß also jetzt die Betreffenden, die die Konferenzen hier im Saal fortführen, einzeln aufrufen und bitten, darauf zu verzichten. (Sehr gut!-Rufe.)
Das Wort hat jetzt Willy Brandt, Berlin; ihm folgt Ludwig Metzger, Darmstadt.

Willy B r a n d t, Berlin: Genossinnen und Genossen! Mir will scheinen, daß bei aller Bedeutung der diesem Parteitag unterbreiteten Referate und bei aller Bedeutung der hier erörterten Fragen und vielleicht gerade wegen der Überschattung anderer Dinge durch die Auseinandersetzungen um die Atomgefahren die Erörterung über die Ursachen unseres Mißerfolges des Jahres 1957, gemessen an den ursprünglichen Debatten, zu kurz gekommen ist. Ich meine damit die Ursachen, die nicht bei anderen liegen, sondern ich meine den Teil der Ursachen, der unbeschadet der großen Anstrengungen der gesamten Partei einschließlich der besoldeten Vorstandsmitglieder — ich wiederhole — einschließlich der besoldeten Vorstandsmitglieder —, bei uns selbst liegt oder liegen könnte, als mitbestimmende Gründe dafür, daß wir zum drittenmal seit der Gründung dieser Bundesrepublik unser politisches Ziel nicht erreicht haben. Wir werden auch auf den Grenzgebieten zwischen Organisation und Politik, um die es sich jetzt handelt, zu prüfen haben — nicht im Sinne der Selbstreinigung oder Selbstzerfleischung —, wie wir dieses Ziel erreichen können, und wir werden es nicht zulassen, wir dürfen es nicht zulassen, daß jemand über die Sozialdemokratische Partei sagen könnte, was

eigentlich passieren müßte, bevor in der Sozialdemokratischen Partei in der den Delegierten angemessen erscheinenden Form über die Grundfragen — sowohl der Organisation als auch der Politik — gesprochen wird. (Lang anhaltender lebhafter Beifall.)

Ich will meine Redezeit nicht dadurch belasten, daß ich aus der Schrift mit dem Entwurf des Grundsatzprogramms einen sehr beachtlichen Abschnitt auf Seite 7 verlese. Ich will nur den Satz verlesen, den wir sicher alle unterschreiben:

> „... eine Organisation wird nicht nur getragen von dem ihr zugrunde liegenden Ordnungsgedanken, sondern vor allem von Menschen, die sie führen."

Das ist ein Satz, den wir sicher alle unterstreichen. Das Übrige überlasse ich den Delegierten zum Selbststudium. Wir werden auf diesen Punkt ja erst morgen im einzelnen zu sprechen kommen. (Zuruf: Warum nicht heute?)

Nun möchte ich sagen, Genossinnen und Genossen, ich glaube, wir sind es dem Genossen Ollenhauer schuldig, daß wir das, was er vorgetragen hat, und das, was vorher vorgetragen wurde, mit all dem gebührenden Ernst und schuldigen Respekt zur Kenntnis nehmen. Darum hat er gebeten, und das kann ihm niemand verweigern.

Ich glaube, wir stimmen ihm auch alle darin zu, daß wir jedem, der jetzt eine bestimmte Funktion in der Partei hat und sie vielleicht auch in Zukunft haben wird, daß wir jedem von Ihnen, die — wie es hier hieß — volle persönliche Achtung entgegenzubringen haben.

Aber was meiner Ansicht nach nicht geht, Genossen — lassen Sie mich das eben offen sagen —, das ist, denjenigen, die Bedenken zu einem bestimmten Verfahren bei der Auswahl der führenden Funktionäre anmelden, zu unterstellen, daß sie sich von weniger Loyalität (Sehr richtig!-Rufe) und von weniger Willen zur innerparteilichen Sauberkeit leiten ließen als diejenigen, die diese Vorschläge unterbreiten. (Lang anhaltender, lebhafter Beifall.)

Ich bedaure dabei noch etwas anderes, nämlich daß es nach dem Diskussionsbeitrag des Parteivorsitzenden einem so unendlich schwer gemacht wird, das aus der Sache heraus erneut zu vertreten, was man aus der Sache heraus und nicht unter Bezug auf Personen empfehlen möchte, weil nämlich nach dem, was gesagt ist, nun daraus so etwas wie eine personelle Entscheidung herausgelesen werden könnte.

Nebenbei gesagt: Ich wäre dankbar, wenn uns mitgeteilt würde, ob auch dieser Teil der Empfehlungen eine einstimmge Empfehlung der Gremien war oder ob es nicht auch bei den Vorberatungen dieser Dinge darüber unterschiedliche Meinungen gegeben hat, nämlich auch die Meinung, die ein Teil des Parteitages für richtig zu halten scheint.

Darf ich in Kürze noch einmal folgendes sagen: Es ist schon darauf hingewiesen worden, der Gleichheitsgrundsatz müßte für die besoldeten Mitglieder gelten wie für das Präsidium. Wenn man auf der einen Seite nicht die direkte Wahl durch den Parteitag mag, finde ich, sollte man hier

gleichziehen. Wenn man aber sagt, wir brauchen für bestimmte Arbeitsgebiete vom Parteitag dafür ausgewählte Genossen, dann hätte man den Weg konsequent gehen sollen, den man beim Kassierer gegangen ist, und sagen sollen, so wie wir einen Genossen als Kassierer wählen, wählen wir einen als Leiter unserer Wirtschaftspolitik, einen als Leiter dieses Gebiets und einen als Leiter jenes Gebiets. (Sehr richtig!)

Das würde die Diskussion dann erleichtert haben,

Aber, Genossen! Das Argument, das Alfred Nau als drittes vortrug, wenn man nicht so verführe, wie vorgeschlagen wird, dann würde unter Umständen nicht die genügende Zahl von Genossen zur Verfügung stehen für hauptamtliche Tätigkeiten im Parteivorstand — das vermag mich nicht ganz zu überzeugen, und zwar aus dem Grund, weil ich meine, daß es sehr wohl möglich ist, daß in dem einen oder anderen Fall wichtige Sachgebiete, Abteilungen, wenn ihr so wollt, beim Parteivorstand nicht stimmberechtigt, sondern beratend, angehören. (Sehr richtig! — Beifall.)

Das ist eine Art des Verfahrens, das es in der Organisation auch sonst gibt.

Darf ich noch zwei Bemerkungen zu den Organisationsfragen machen. Erstens: Die Berliner Landesorganisation bleibt, obgleich sie nicht sehr viel Hoffnung hat, damit durchzudringen, bei ihrer seit Jahren immer wieder vorgetragenen Meinung, daß auf einem Parteitag nur die von den Organisationen gewählten Delegierten Stimmrecht haben sollten, das, was also im Antrag 105 drinsteht, die anderen haben sowieso durch ihr Wort mehr Gewicht. Ich bin persönlich der Meinung, daß im Grunde das Mandat eines Vorstandes erlischt, wenn ein neuer Parteitag zusammentritt, der dann erst einen neuen Vorstand wählt. Immerhin: Der Kreis derer, die außer den gewählten Delegierten mitstimmen, reduziert sich von etwa 90 auf 41. Das begrüßen wir lebhaft. Wir würden es noch mehr begrüßen, wenn man sich darauf einigen könnte, daß die 41 Genossen das Stimmrecht, wenn man das absolut für erforderlich hält, neben den gewählten Delegierten ausüben, nicht aber das Wahlrecht zu dem Gremium, für das sie überwiegend selbst kandidieren. (Beifall.)

Ich würde als dritten Punkt sagen wollen, daß ich in einer gewissen Abweichung von Max Kukil meine, daß ganz egal, was man über die Landesausschüsse in das Statut hineinschreibt, die Stellung der Landesausschüsse so stark wie möglich sein sollte (Beifall), aus dem Grunde: weil diese Bundesrepublik, solange wir sie haben, nun einmal so gegliedert ist. Und selbst wenn die Länder in der Entwicklung etwas aufgeben von ihrer ursprünglichen Funktion, bleiben sie wichtige Gliederungen, und die Sozialdemokratische Partei (Glocke) muß auf dem Wege über die Länder und über die großen Städte und durch die Koordinierung unserer Tätigkeit in den Ländern und in den Städten manches von dem zu kompensieren suchen, was ihr an Gestaltungsmöglichkeiten auf der eigentlichen Bundesebene in dieser Runde noch immer genommen ist. (Beifall.)

Gestattet mir, Genossinnen und Genossen, eine oder zwei abschließende Bemerkungen: Es geht schließlich nicht um kleinlichen organisatorischen Klatsch. Es geht darum, daß eine große Partei wie diese Vertrauen ausstrahlen muß, und dieses Vertrauen muß sich ausdrücken in der Gesamt-

tätigkeit, in der Gesamtaussage, nicht zuletzt aber auch in dem, was man auch in dieser Debatte „das Gesicht der Partei" genannt hat.

Und zweitens: Eine große Partei wie diese — und davon zeugt doch wohl auch dieser Parteitag — muß selbstbewußt sein, über einen gesunden Willen zur Macht verfügen und sich durch Klarheit ihrer Aussage auszeichnen, muß offen sein für alle Strömungen in dieser Zeit. Kein bloßer Weltverbessererklub, sondern eine politische Partei, die die Geschicke eines Volkes, eines Staates gestalten will, die sich das zutraut, die das ausstrahlen läßt auf die Menschen in diesem Volk, und meine Hoffnung geht dahin — trotz allem, daß wir auf diesem Parteitag und über diesen Parteitag hinaus einige Schritte auf dem Wege vorankommen — nicht dieser Partei wegen, sondern der Menschen und der Sache wegen, für die diese Partei steht. (Starker Beifall.)

Vorsitzender Dr. Alex Möller: Das Wort hat Ludwig Metzger, Darmstadt; ihm folgt Hans Mangold, Kassel.

Ludwig Metzger, Darmstadt: Liebe Genossinnen und Genossen! Erich Ollenhauer hat den Wunsch, daß hier offen gesprochen wird. Diesen Wunsch haben wir — glaube ich — alle. Ich will mit einer Offenheit beginnen: Ich bedaure es, daß Erich Ollenhauer hier einigen Genossen Illoyalität vorgeworfen und daß er gesagt hat, sie hätten nicht mit der nötigen Offenheit gesprochen. Ich bin der Meinung, daß das der Fall ist. Ich will in dem gleichen Sinne sprechen wie die Genossen, denen dieser Vorwurf gemacht worden ist. Ich möchte mich bemühen, wie ich das immer schon in der Partei getan habe, mit Offenheit und auch mit Loyalität zu sprechen und der Offenheit Rechnung zu tragen. Ich bin in der Tat der Meinung, daß es notwendig ist, daß auf den Arbeitsgebieten, die im Augenblick von den besoldeten Mitgliedern des Vorstandes versehen werden, Änderungen vorgenommen werden. (Zuruf: Welche?)

Um auch das mit aller Offenheit zu sagen: Ich glaube nicht, daß ich das Gebot der Offenheit verletze, wenn ich der Auffassung bin, daß man trotzdem hier nicht die Aufgabe hat, über personelle Fragen zu sprechen. Es ist — glaube ich — keineswegs so, wie Erich Ollenhauer es dargestellt hat, daß hier dann, wenn einer von den Besoldeten ausscheiden soll, eine Alternative gegeben werden müsse. Ich glaube sogar, daß der Parteitag dazu nicht einmal die Möglichkeit hat. (Sehr richtig!)

Wir haben ja eine Exekutive, die von uns neu gewählt wird: das ist der Parteivorstand. Der Parteivorstand hat die Aufgabe — die Angestellten der Partei und die Mitglieder des Parteivorstands, die im Augenblick besoldete Mitglieder sind, sind ja zu gleicher Zeit auch Angestellte der Partei — auszuwählen. Das ist ein kleines Gremium. Es hat die Möglichkeit und die Sachkenntnis, um ganz anders zu prüfen, als das beinahe 400 Menschen können. Das ist die Aufgabe der Exekutive, und auch das kommt hinzu, Offenheit in allen Ehren: Es gibt aber Dinge, die bespricht man in kleinen Gremien besser als in großen Gremien. Deswegen hat es einen guten Sinn, daß solche Aufgaben von der Exekutive wahrgenommen werden, das heißt also vom Parteivorstand. Ich sehe gar nicht ein, warum der Parteitag nicht die Möglichkeit haben soll, in den Vor-

stand die Männer und Frauen zu wählen, die ihm politisch als die geeigneten erscheinen, und daß dann diese gewählten Personen prüfen: gibt es in ihrem Kreis Personen, die hauptamtlich als berufsmäßige Mitglieder ein Amt versehen können, oder erweist es sich als notwendig, daß ein Angestellter engagiert wird, der durchaus in einer wichtigen Position sein kann mit all der Achtung, die ihm gebührt, der aber nicht Mitglied des Vorstandes ist.

Es ist eben schon darauf hingewiesen worden: Was steht denn dem entgegen, daß ein Angestellter, der eine wichtige Position versieht, in den Sitzungen des Parteivorstands als Beratender zugezogen wird? Kein Mensch kann das dem Parteivorstand verwehren, und es wäre durchaus möglich, daß solche Aufgaben von Angestellten versehen werden, die nicht Mitglied des Vorstandes sind. Das ist durchaus nicht notwendig. Ich könnte mir aber sogar vorstellen, daß ein solcher Angestellter, wenn er sich in einer besonderen Weise als qualifiziert erweist, bei der nächsten Wahl schon auf der Liste der Kandidaten steht und daß er in den Vorstand gewählt wird, einfach auf Grund seiner besonderen Qualifikation. Diese Möglichkeit muß dann nach einer gewissen Zeit von dem Parteitag geprüft werden können: ob die politische Voraussetzung dafür gegeben ist, daß der Betreffende oder die Betreffende in den Parteivorstand gewählt werden. Es ist ja keineswegs so, daß wir, wenn wir die besoldeten und unbesoldeten Mitglieder getrennt wählen, damit in Wirklichkeit die Möglichkeit als Parteitag haben, eine Entscheidung zu treffen. Es wird vielmehr notwendigerweise so sein, daß, weil der Parteitag keine Alternativvorschläge machen kann, die besoldeten Mitglieder praktisch Beamte auf Lebenszeit sein werden. Damit ist im Grunde genommen dem Parteitag die Freiheit seiner Entscheidung, nämlich die zu wählen, die er für geeignet hält, in den Vorstand zu kommen, genommen. Also das Argument, das uns von Alfred Nau vorgetragen worden ist, ist ein Scheinargument, aber kein wirkliches Argument. Ebensowenig hat der Parteitag die Möglichkeit, wie das hier von Alfred Nau vorgetragen worden ist, und was er als notwendig bezeichnet hat, die Qualifikation dieser Leute so zu prüfen, daß wir sagen können, der ist besser geeignet als jener, sondern er hat vor allem die politische Qualifikation zu prüfen, aber nicht die Qualifikation, die einer mitbringen muß, wenn er als Angestellter innerhalb eines Apparates, innerhalb eines Büros, gewisse Eigenschaften haben muß, die noch neben denen vorhanden sein müssen, die wir als politische Qualifikation ansehen.

Ich darf rein rechtlich noch auf etwas verweisen: Ich glaube, es ist wichtig, daß wir das beachten. Es besteht kein Zweifel, wenn der Antrag des Vorstandes zur Annahme kommen soll — er bedeutet eine Satzungsänderung —, muß er mit Zweidrittelmehrheit angenommen werden. Die Anträge, die vorsehen, daß Besoldete und Unbesoldete in einem Wahlgang gewählt werden, müssen auch mit Zweidrittelmehrheit angenommen werden, denn auch sie sind eine Satzungsänderung. Wir haben aber eines die ganzen Jahre hindurch übersehen: daß unsere Satzung in diesem Punkt eine Vorschrift hat, die wir seither nicht beachtet haben. In unserer Satzung steht nämlich:

„Die Wahl des Parteivorstands erfolgt durch den Parteitag mittels Stimmzettel in einem Wahlgang."

Es ist also sogar ausdrücklich ausgeschlossen, daß die Besoldeten und Unbesoldeten in zwei Wahlgängen gewählt werden. Wenn also kein Antrag zur Annahme käme, müßten wir nach der Satzung verfahren. Seither sind wir anders verfahren. Wo kein Kläger ist, ist kein Richter! Aber inzwischen ist die Frage aufgetaucht. Nun werden wir Veranlassung haben, wenn die Satzung nicht geändert wird, nach der jetzigen Satzung zu verfahren, das heißt also, nach dem, was ich soeben vorgelegt habe. Ich würde es für vernünftig halten, daß die Vorsitzenden in getrennten Wahlgängen gewählt werden. Ob der Schatzmeister in einem getrennten Wahlgang gewählt werden soll, darüber kann man diskutieren, da kann man ja und nein sagen; das würde ich nicht für eine entscheidende Frage halten. Aber daß die übrigen Mitglieder des Vorstandes in einem Wahlgang gewählt werden, scheint mir — wie ich dargelegt habe — richtig zu sein, und das entspricht am meisten der derzeitigen Satzung. Wenn wir aber zu einer solchen Regelung kommen wollen, wenn wir nicht gezwungen sein wollen, auf Grund der jetzt gültigen Satzung überhaupt nur in einem Wahlgang zu wählen, dann müssen wir uns zusammenfinden und sehen, daß wir zu einer Lösung kommen. Ich glaube, dann kann man nicht die äußerste Lösung, die vom Parteivorstand vorgeschlagen worden ist — nebenbei bemerkt, nicht einstimmig, wenn ich das sagen darf —, wollen, sondern wir müssen dann schon zu einer mittleren Lösung kommen. Der Antrag von Hessen-Süd ist der weitestgehende, denn er sieht nur drei Wahlgänge vor. Es gibt sechs Bezirke, die die vier Wahlgänge vorgeschlagen und dabei vorgesehen haben, daß Besoldete und Unbesoldete in einem Wahlgang gewählt werden. Vielleicht werden wir uns — das scheint mir vernünftig zu sein — zu einem Kompromiß bereit finden, das heißt, wir werden uns auf vier Wahlgänge einigen und werden die Besoldeten und die Unbesoldeten in einem Wahlgang wählen. (Rufe: Jawohl! Sehr gut! — Beifall.)

Vorsitzender Dr. Alex Möller: Genossinnen und Genossen! Auf der Rednerliste steht auch noch Helmut Schmidt, Hamburg; er ist noch nicht an der Reihe, muß aber um 19 Uhr zu einer Kundgebung, die sich gegen die atomare Ausrüstung der Bundeswehr richtet, nach Tübingen. Er hätte das Bedürfnis, noch zu Wort zu kommen. Ich muß den Parteitag fragen. Ich meine, hier liegt ein plausibler Entschuldigungsgrund vor, wir sollten den Genossen, der sich für eine Kundgebung zur Verfügung stellt, nicht dafür bestrafen. — Ist der Parteitag einverstanden, daß wir Helmut Schmidt in der Reihenfolge der Redner vorziehen? (Allgemeine Zustimmung.) — Das ist der Fall.

Helmut Schmidt, Hamburg: Liebe Genossinnen und Genossen! Hinter der Auseinandersetzung über die ganzen Statutenänderungen steht ja offensichtlich der Wunsch nach einer Verstärkung der Führungsspitze unserer Partei, einer Verstärkung der Führungsspitze nach innen wie nach außen. Ohne daß ich zu den Anträgen und auch zu den Abänderungsanträgen im einzelnen Stellung nehmen kann — bei dem Mangel an

Zeit für meine Diskussionsrede — möchte ich doch die Aufmerksamkeit auf den einen Aspekt der Wirkung unserer Führungsspitze nach außen richten, auf einen Aspekt, der bei den anscheinend vordergründigen Statutenänderungen doch gewichtig mitbedacht werden sollte.

Es gab sicherlich sehr viele Faktoren für unsere Niederlage bei der Bundestagswahl im letzten Herbst, darunter sehr viele Faktoren, die zu ändern einstweilen außerhalb unseres Einflusses und außerhalb unseres Machtbereichs liegt. Es gab auch einige Faktoren, die, wie ich glaube, wir selbst zu vertreten haben. Zu diesen letzteren Faktoren gehört wohl die Tatsache, daß unsere Führungsspitze im Wahlkampf nicht überall einen im Angriff voll überzeugenden Eindruck gemacht hat. Viele von uns haben sich darüber, wie ich glaube, inzwischen Rechenschaft abgelegt, daß unser Wahlkampf teilweise zu defensiv und nicht offensiv genug gewesen ist.

Ich meine, daß der politische Führungsanspruch, auf die Übernahme der Regierung gerichtet, bei einer bisherigen Oppositionspartei zwar etwas Selbstverständliches ist; er wirkt aber auf den Wähler desto einleuchtender, je selbstverständlicher, je selbstbewußter, je machtbewußter er von uns ausgesprochen und dargestellt wird.

Ich glaube, wir haben es mit zwei kennzeichnenden Tatsachen bei der Psychologie eines Bundestagswahlkampfes zu tun: 1. Mit der zunehmenden Polarisierung der Wählerschaft auf zwei große Parteien, und 2. bei einem großen Teil der Wählerschaft mit der simplifizierenden, vereinfachenden Identifizierung der Parteien mit ihren Führungspersonen. (Beifall.)

Man glaubt, Kraft und Richtung der CDU an Adenauer oder z. B. an Strauß und Erhard erkennen zu können und wendet ebenso natürlicherweise den Blick auf die führenden Persönlichkeiten unserer Partei. Zweifellos hat die CDU aus diesem simplifizierenden Hang des Wählers zur Personifizierung in geschickter Weise sehr viel Kapital schlagen können. Das war schon im Wahlkampf 1953 zu erkennen, und der 53er Fehlschlag mit jenem Plakat „Ollenhauer statt Adenauer" hätte 1957 zu denken gehen müssen. Es haben tatsächlich auch viele Genossen darüber nachgedacht, und von mancher Seite ist dem Parteivorstand geraten worden, zum Beispiel in folgender Weise, daß die Genossen erklärt haben: Warum sagt ihr dem Wählervolk nicht, daß die CDU nur von dem einen Machthaber aus Rhöndorf beherrscht wird, während wir, die Sozialdemokratie, statt dessen eine ganze Führungsmannschaft zur Verfügung haben würden; dann könntet ihr doch in der Propaganda diese ganze Führungs- oder Regierungsmannschaft aufmarschieren lassen, sie plakativ und auch in jeder anderen Form dem Wähler bewußt machen. (Sehr gut!)

Ich möchte meinen, es braucht ja nicht so weit zu gehen wie am letzten Sonntag, als Schalke 04 gegen den Hamburger SV gespielt hat, wo selbstverständlich jeder Zuschauer und auch die vielen, die nur am Fernseher zugeschaut haben, sich orientiert haben für die Mannschaftsaufstellung, und wo jeder gewußt hat, wer Mittelläufer, wer Torwart spielt usw.

Ich bin auch durchaus im Zweifel, ob der Begriff des „Schattenkabinetts" hier in glücklicher Form in die Debatte gebracht worden ist. Eines aber scheint mir unerläßlich: Wir brauchen in Wahlkämpfen und überhaupt in

der Einwirkung auf die Wählerschaft nicht nur die Alternative in der politischen Sache, sondern ebensosehr in der politischen Person.

Das aus dem Parteivorstand gegen den Wunsch nach einer Mannschaftsaufstellung, wenn ich mich so ausdrücken darf, gehörte Argument, man könne sich doch zum Beispiel deswegen nicht vorher festlegen, weil es im Falle der Koalition sonst mit dem Koalitionspartner Schwierigkeiten gäbe, halte ich nur für scheinbar bedeutsam. Ich habe jetzt nicht die Zeit, mich ausführlich damit auseinanderzusetzen. Bedeutsamer war vielleicht das unausgesprochene Bedenken wegen der Schwierigkeiten bei der Auswahl derjenigen, die zur Mannschaft gehören müßten. Erst in der letzten Phase des Wahlkampfes hat die zentrale Propaganda dann einen kleinen, wenn auch im Ergebnis unzureichenden Versuch einer solchen Mannschaftspropaganda gemacht. Ich meine, beim nächsten Bundestagswahlkampf brauchen wir von vornherein eine klar bezeichnete potentielle Regierungsmannschaft und ebenso einen eindeutig bezeichneten potentiellen Regierungsführer.

Gerade dieser letzte Punkt, das klang vorhin schon auf, war in der Anfangsphase des letzten Wahlkampfes für die Öffentlichkeit nicht ganz klar. Es gab da einige Vorgänge, die das undeutlich machten. Und als der Punkt des Mannschaftsführer schließlich eindeutig geklärt wurde, da hatte es auch wieder — ich mache niemandem einen Vorwurf — in der Öffentlichkeit zum Teil den Anschein, als ob diese eindeutige Klärung nicht von den berufenen Gremien im ordnungsgemäßen Verfahren hergestellt worden sei. Ein solcher Anschein darf sich, glaube ich, keinesfalls wiederholen.

Ich möchte deshalb in aller Behutsamkeit, aber auch mit allem Freimut das Tabu wegräumen helfen, das vielleicht von manchen Genossen als über der Führungsfrage schwebend empfunden wird. Ich meine, die Partei muß sich vor der nächsten Bundestagswahl zu zwei eindeutigen Entschließungen durchringen: Einmal im sachlichen Bereich zu einem Punkt für Punkt bestimmt gefaßten Regierungsprogramm an Stelle von Thesen oder allgemeinen Grundsatzprogrammen (Sehr richtig! und Beifall), und zweitens — ebenso bedeutsam und ebenso wichtig, wenn ich die Psychologie des Wählers vor Augen habe — zu einer klaren Entscheidung über die Personen der potentiellen Regierungsmannschaft der Sozialdemokratie und des potentiellen Regierungschefs. (Beifall.)

Genossen, ich wäre dankbar, wenn der Beifall hier unterbliebe. Es ist ein schwieriges Thema, und ich möchte es wirklich in aller Behutsamkeit erörtern dürfen.

Für eine dahin zielende Entwicklung können die heute zur Debatte stehenden Statutenänderungen und können auch die morgigen Vorstandswahlen Voraussetzungen schaffen .Ihr Ergebnis, wie auch immer es sich nachher darstellt, sollte aber in keinem Fall etwa als ein gewohnheitsrechtliches Präjudiz für die künftige potentielle Regierungsmannschaft aufgefaßt werden. Ich will damit sicherlich nicht dem überaus interessanten Prinzip etwa der Primaries der innerparteilichen Demokratie in Amerika das Wort geredet haben, bei der es auch sehr große Schattenseiten gibt. Ich bin mir auch der Verantwortung voll bewußt, die ich mit diesem Diskussionsbeitrag auf mich nahm. Ich wünsche nur, daß man

im Laufe der kommenden Jahre diese Anregungen, die manche Genossen hier im Saal sicher viel besser hätten vortragen und begründen können, daß die Partei im Laufe der kommenden zwei Jahre solche Anregungen in aller Offenheit prüft und sich dann hernach auch zu einer klaren Lösung entschließt.

Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. Alex Möller: Das Wort hat Hans Mangold, Kassel. Ihm folgt Erwin Lange, Essen.

Hans Mangold, Kassel: Genossinnen und Genossen! Ehe wir die beantragten Satzungsänderungen auf ihre Zweckmäßigkeit prüfen, sollten wir uns einer alten Wahrheit erinnern, der Wahrheit nämlich, daß es wichtiger ist, in Verfassung zu sein als eine Verfassung zu haben. Schon die Tatsache, daß wir auf diesem Parteitag recht gravierende Änderungen unserer Satzung erörtern müssen, beweist, daß wir uns nicht so in Verfassung fühlen, wie wir es möchten. Wir sollten die Ursache hierfür gewiß nicht nur in der Satzung und auch nicht nur in der Zusammensetzung der Parteispitzen, im institutionellen Übergewicht der besoldeten Vorstandsmitglieder oder der Baracke, wie man sagt, suchen, sondern gewiß auch — und nicht zuletzt — in uns selbst, in unserer Aktivität oder bisher noch nicht genügenden Aktivität. Denn der Zustand, der seit Jahren das große Unbehagen und die Unruhe in unseren Reihen genährt hat, nämlich der Zustand der allzu häufigen Abwehrstellung, der Verteidigung, des unterlassenen Angriffs und nicht zuletzt der ideologischen Unklarheit, geht auch auf uns zurück. Soweit aber die Organisation für diese Dinge verantwortlich gemacht werden kann, sollten wir versuchen, die sichtbar gewordenen Mängel wirksam zu beseitigen.

Das heißt meines Erachtens praktisch dreierlei: Wir müssen dem Umstand Rechnung tragen, daß wir die alles beherrschende, überragende Persönlichkeit, die den meines Erachtens noch immer ungeheueren Fundus, den wir in der Partei an Idealismus, Freiheitswillen, sozialistischer Überzeugungskraft und Willen zur Verantwortung haben, aus sich allein mobilisieren könnte, nur in Ausnahmefällen haben werden. Wir sollten weiter das institutionelle Übergewicht der besoldeten Vorstandsmitglieder zugunsten der Parteidemokratie beseitigen. Ich glaube an den Ideenreichtum und an die Möglichkeit, die Ideen und die Gestaltung der Partei zu fördern aus der Mitgliedschaft und aus der breiten Masse der verantwortlichen Funktionäre auch heute, und meine deshalb, daß es mehr als nötig wäre, diesen Fundus durch eine Verstärkung der Parteidemokratie zu mobilisieren. Wir sollten schließlich, schon mit dem Blick nach außen, die Parteispitze zu einer echten Repräsentanz auch für die geistige Gestalt der Sozialdemokratie machen.

Ich glaube, daß der Antrag 198 von Parteivorstand und Parteiausschuß insoweit ein Fortschritt ist. Das entscheidende Kriterium dabei scheint zu sein, daß der so bedeutsame Teil der Arbeit, den die Satzung schlicht die laufende und organisatorische Geschäftsführung nennt, und die bisher, wenn ich recht sehe, dem Vorsitzenden und den besoldeten Vor-

standsmitgliedern oblag, künftig entscheidend vom Präsidium übernommen werden soll. Was Erich Ollenhauer vorhin über die Notwendigkeit besoldeter Vorstandsmitglieder sagte, das dürfte allein durch diese Tatsache einigermaßen entkräftet werden.

Ich glaube, daß es selbstverständlich ist und nur begrüßt werden kann, wenn Alfred Nau vorhin gesagt hat, daß die Mehrheit des Präsidiums künftig aus unbesoldeten Vorstandsmitgliedern besteht. Wir begrüßen es ferner, daß der Parteirat künftig nicht nur um die Fraktionsvertreter der Landtage und die Ministerpräsidenten erweitert wird, was eine Bereicherung auch an konstruktiven Ideen bringen kann, sondern daß der Parteirat künftig vorher gehört werden muß, wenn wichtige Fragen zu entscheiden sind. Das alles bedeutet einen Fortschritt. Aber bedeutet es nicht zugleich, daß der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, wenn das Präsidium wirklich funktioniert, in Zukunft mehr Sprecher dieses Präsidiums sein wird als eigentlicher erster Vorsitzender, und ist dann dieses Präsidium jene geistige Repräsentanz der Sozialdemokratischen Partei, die wir benötigen, um unsere Gestalt nach außen in wenigen Personen vorstellungskräftig machen zu können? Das Präsidium soll aus neun Köpfen bestehen, und ich glaube, schon diese Zahl entzieht sich für den Wähler und für unser Volk der eigentlich noch möglichen Vorstellungskraft durchaus. Man sollte deshalb vielleicht doch den auf den ersten Blick juristisch oder irgendwie nicht sofort einleuchtenden Gedanken erwägen, auch im Hinblick auf die Personenfrage, die ja für uns alle irgendwo hinter diesen Satzungsänderungen steht; man sollte den Gedanken erwägen, ob man es bei der bisherigen Institution des Parteivorsitzenden beläßt, obwohl er in Zukunft ja nicht mehr diese Machtfülle haben wird wie bisher, oder ob man den Schritt konsequent weiter geht und die beiden stellvertretenden Vorsitzenden neben, sagen wir, dem bisherigen Vorsitzenden zu gleichberechtigten Vorsitzenden erhebt.

Ich will andeuten, warum das im konkreten Fall durchaus von großer Bedeutung sein kann. Nehmen wir einen stellvertretenden Vorsitzenden, der nicht das Forum des Bundestages hat, um seine Person wirklich als Symbol unserer Partei in den Vordergrund zu spielen. Besteht dann nicht die Gefahr, daß er neben dem aktiven Mann mit großem Elan und den anderen Stellvertretern mehr in den Hintergrund tritt, als uns nach seiner Persönlichkeit und Gestalt lieb sein könnte? Ist nicht diese Repräsentanz in einem Triumvirat von drei gleichberechtigten Vorstandsmitgliedern eine echte Möglichkeit, die verschiedenen echten Gestaltformen freiheitlichen sozialistischen Denkens auch für die Öffentlichkeit herauszustellen? Ich glaube, man sollte dem Gedanken nachgehen.

Ich möchte auf weitere Vorteile, die sich aus einer solchen Lösung ergeben würden, doch noch hinweisen. Für den deutschen Wähler ist unser Parteivorsitzender, wenn nicht eine ganz klare Gegenerklärung gegeben wird, von vornherein der potentielle sozialdemokratische Bundeskanzler. Das ist gut; das ist akzeptabel, solange wir eine wirklich alle beherrschende Persönlichkeit als Vorsitzenden haben. Es wird bedenklich, wenn das nicht der Fall ist. Diese Gleichsetzung von Parteivorsitzendem und künftigem Kanzler ist überhaupt gefährlich und könnte im geeigneten

Augenblick auch innerhalb der Partei eine unsichtbare Bindung schaffen, die meines Erachtens vermieden werden sollte. Ich brauche, um anzudeuten, was ich meine, wohl nur daran zu erinnern, daß es so etwas wie eine Vermutung für die lebenslängliche Besetzung leitender Parteiämter durch eine bestimmte Person gibt, daß jedenfalls eine Mär darüber existiert. Ich glaube, daß wir dieser Auffassung nicht nur durch den Antrag 198 und die Schaffung des Präsidiums wirksam begegnen können, sondern daß wir sie sehr viel unwirksamer machen und diesen einmal getanen Schritt konsequent weiterführen könnten durch die Schaffung eines Triumvirats dreier gleichberechtigter Vorsitzender.

Hinter allem steht die Menschenfrage. Die Bedenken, die ich angedeutet habe, können, aber sie müssen nicht, durch eine personelle Besetzung ausgeräumt werden. Ich glaube, daß der Antrag, drei gleichberechtigte Vorsitzende in der Partei zu schaffen, ein Antrag, der die nötige Unterschriftszahl hat, nur bisher noch nicht eingereicht wurde, sehr sorgsamer Überlegungen bedarf im Hinblick auf unsere heutige Situation, im Hinblick auf die morgige Situation und im Hinblick darauf, daß uns nichts nötiger erscheint, als nach außen hin das Gesicht unserer Partei in drei Männern zu verkörpern, die auch dann gleichberechtigt erscheinen, wenn sie kein Forum haben, wie es der Bundestag und sonstige öffentliche Gremien sein würden.

Vorsitzender Dr. Alex Möller: Das Wort hat Erwin Lange, Essen.

Erwin Lange, Essen: Genossinnen und Genossen! Ich will hier nicht alle Anstände, die ich im Parteiausschuß gegenüber dem jetzt als Antrag 198 vorliegenden Vorschlage der Siebener-Kommission gehabt habe, wieder vorbringen, aber einige Bedenken glaube ich auch wegen der Diskussion, die dort gewesen ist, hier aussprechen zu müssen.

Aber vorweg ein Wort: Es sitzen hier oben auf dieser Bühne und auch unten im Saale Zeugen dafür, daß beispielsweise der von dem Bezirk Niederrhein gestellte Antrag 110 eindeutig aus der Sache heraus und nicht um der Regelung irgendwelcher personellen Fragen willen gestellt worden ist. Insoweit, Genossinnen und Genossen, möchte auch ich mich gegen das, was Erich Ollenhauer hier unglücklicherweise ausgeführt hat, wenden. Es geht einfach nicht, in jedem Falle zu unterstellen, daß personelle Erwägungen angestellt würden, wenn man normalerweise davon ausgeht: zuerst Klärung der sachlichen Fragen, der gesellschaftspolitischen und allgemeinpolitischen Frage, dann Klärung der Frage, ob die gegenwärtige Organisationsform den aus neu gewonnenen Erkenntnissen oder sonst zu stellenden Aufgaben gewachsen ist, wobei die personelle Frage an sich an den Schluß der ganzen Erörterung gestellt werden muß. Insoweit möchte ich klar feststellen, und das an die Adresse von Erich Ollenhauer, daß diesem Antrag solche personellen, hintergründigen Überlegungen nicht zugrundegelegen haben.

Sicherlich ist in dem Antrag, den Parteivorstand und Parteiausschuß mit Mehrheit beschlossen und auch vorgelegt haben, einiges drin, das man kritisch beleuchten muß. Die zwei Punkte, auf die es mir ankommt, sind einmal der Paragraph, der sich mit dem Parteivorstand beschäftigt, und

zum anderen der Paragraph, der sich mit dem Parteiausschuß, sprich Parteirat, beschäftigt.

Hier ist heute das Präsidium, der geschäftsführende Vorstand, so sehr gelobt worden. Er ist als ein Fortschritt gekennzeichnet worden. Nun, liegt in dieser Konstruktion „Geschäftsführender Parteivorstand", der die Parteivorstandsbeschlüsse durchführen soll und der gleichzeitig mit der laufenden politischen und organisatorischen Geschäftsführung beauftragt wird, nicht die Gefahr, daß der große Parteivorstand — aus 33 soll er ja nach den Vorstellungen, die hier entwickelt worden sind, bestehen —, soweit er über die Zahl von neun, die dem Präsidium angehören, hinausgeht, entwertet wird? Wenn man eine Sache institutionalisiert, und Alfred Nau hat zu einer anderen Institution, nämlich zu dem Generalsekretär, einige nach meiner Überzeugung durchaus richtige Bemerkungen gemacht, dann meine ich, hätten diese gleichen Bemerkungen, nämlich von der Wirksamkeit und der gefährlichen Wirksamkeit einer solchen Institution, auch aus der geschichtlichen Erfahrung heraus, die die deutsche Sozialdemokratie glücklicherweise bis zur Stunde nicht gemacht hat, hier auch gemacht werden müssen. Denn das, was für die Institution „Generalsekretär" gilt, gilt auch für das Präsidium. Wenn man wirklich diesen Schritt nach vorne tun will, dann müßte man einen Vorstand schaffen, der auch personell ausschließlich aus politischen Erwägungen zusammengesetzt wird, bei dem regionale Zugeständnisse, wie ja bis jetzt weitgehend die Vorstandswahlen sich abgespielt haben, nicht mehr gemacht zu werden brauchten, wobei wir als Parteitag insgesamt dem Zwange unterworfen sein würden, auf eine Reihe regionaler Überlegungen zu verzichten, darüber hinaus aber stärkere politische Repräsentanz aus der ganzen Breite der Partei und ihrer politischen Wirksamkeit hier hineinzubringen. Insofern melde ich gegenüber diesem Präsidium und den sich möglicherweise daraus entwickelnden Gefahren diese Bedenken an. Ich kann das auch deshalb tun, weil der Antrag unseres Bezirks dieses Präsidium auch nicht vorsieht.

Noch ein anderes Wort. Zu den Wahlgängen ist schon das Entsprechende gesagt worden. Wir sind der Meinung, daß wir, von dem Vorsitzenden und seinen Stellvertretern abgesehen, möglicherweise auch dem Kassierer, für dessen Funktion es bestimmte Beauftragungen vermutlich geben sollte, im übrigen den Vorstand aus gleichberechtigten Mitgliedern zusammensetzen sollten, die in einem Wahlgang zu wählen wären, wobei dann dem Vorstand, der zwischen den Parteitagen das Führungsorgan der Partei ist, die Vollmacht gegeben werden sollte, aus seiner Mitte die für die Wahrnehmung sachlicher Aufgaben notwendigen hauptamtlichen, oder wie immer man es nennen will, jedenfalls für das betreffende Sachgebiet verantwortlich tätigen Genossen zu bestimmen.

Wir haben in unserem Antrag noch die Beschränkung der Mitglieder der Bundestagsfraktion auf ein Drittel der Zahl der in den Parteivorstand zu wählenden Mitglieder. Der Parteivorstand ist nach der bisherigen Bestimmung der Satzung wie auch nach der künftigen gedachten Bestimmung der Satzung das Organ, das die Haltung aller übrigen Glieder der Partei, wenn ich das einmal so sagen darf, nach der sachlichen und nach der organisatorischen Seite zu überwachen hat. Wenn jetzt ein Übergewicht

von Mitgliedern eines ganz bestimmten Organes, das aus ganz anderen Überlegungen zusammengesetzt ist, das ganz andere Aufgaben zu erfüllen hat, nämlich als Mitglieder des Bundestages und gerade der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, entsteht, dann kann es passieren, daß einige Gesichtspunkte zu kurz kommen und daß dann auch die — entschuldigt jetzt, wenn es vielleicht auch manchem häßlich in den Ohren klingt — Kontrollfunktion des Parteivorstandes gegenüber auch diesem Gliede der Partei, der Bundestagsfraktion, nicht mehr eindeutig wahrgenommen werden kann. Ich bin deshalb der Meinung, wenn wir uns für vier Frauen im Vorstand, so lautet ja auch der Vorschlag, entscheiden und damit eine gewisse Begrenzung herbeiführen, so kann man sich ja auch auf einen solchen Grundsatz der Begrenzung in bezug auf die Mitglieder der Bundestagsfraktion im Parteivorstand einigen, ohne damit, wie es uns vorgehalten worden ist, demokratische Grundsätze zu verletzen.

Ein letztes Wort zum Parteiausschuß. Der Parteiausschuß oder Parteirat sollte doch im Grunde genommen all die regionalen Gesichtspunkte, die im Vorstand nicht zum Zuge kommen sollen, auffangen und nach regionalen Gesichtpunkten zusammengesetzt sein. Da sollten auch die Dinge politisch sachlich erörtert werden, die von der Bezirksebene, von der Länderebene her zu klären sind. Aber, es ist ein Organ der Partei, das von Organen der Partei beschickt werden soll. Es ist eine fragwürdige Angelegenheit, Genossinnen und Genossen in ihrer Eigenschaft als öffentliche — der Ausdruck ist vielleicht nicht ganz passend, ich muß ihn aber doch gebrauchen — Amtsträger in den Parteiausschuß zu wählen, denn die Genossinnen und Genossen, die aus parlamentarischen und exekutiven Funktionen hier hineinkommen sollen, sind ja nicht unmittelbar, sondern dann nur mittelbar aus der Parteiorganisation delegiert. Ich glaube, von der Sache her verbietet es sich oder sollte es sich wenigstens verbieten, hier die stärkere Wirkung der Parteiorganisation durch solche Überlegungen zu verfälschen.

Genossinnen und Genossen! Auf diese beiden Punkte wollte ich hinweisen. Ich könnte mir — noch ein kurzes Wort zum Parteivorstand — vorstellen, daß man in der Tat besser daran täte, einen kleinen Parteivorstand, der Zahl nach unter der Zahl der Bezirke liegend, von vielleicht 18 Genossen zu wählen und damit die Repräsentation zu schaffen, die wir dem Grundsatz nach ja alle miteinander wollen.

Vorsitzender Dr. Alex Möller: Das Wort hat Karl Mommer, Ludwigsburg.

Dr. Karl Mommer, Ludwigsburg: Genossinnen und Genossen! Ich möchte zu zwei Punkten etwas sagen. Zunächst zu § 10 in der Vorlage des Parteiausschusses und des Parteivorstandes Nr. 198. In diesem § 10 wird den Vertretern der Bundestagsfraktion auf dem Parteitag das Stimmrecht genommen. Als Geschäftsführer dieser Fraktion und sozusagen als ihr Syndikus, könnte man vielleicht erwarten, daß ich mich gegen diese Entrechtung der Bundestagsfraktion wenden würde. Das tue ich nicht. Ich glaube, daß es richtig ist, in Zukunft die Bundestagsfraktion nur noch mit beratender Stimme auf dem Parteitag vertreten zu haben. Dieser Parteitag sollte

das jedesmal frisch gewählte Parlament dieser 600 000 Frauen und Männer draußen im Lande sein, die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei sind. Da ist es konsequent, wenn man den Vertretern der Bundestagsfraktion, welches immer ihre Verantwortung für die Partei in ihrem Amt sein möge, das Stimmrecht auf dem Parteitag nimmt. Aber beim Reformieren kommt man auf den Geschmack. Und man sollte, wenn man von diesem Grundsatz ausgeht, daß der Parteitag das Parlament der Partei, der Mitgliedschaft ist, den Gedanken auch zu Ende denken. Ich glaube, unsere Berliner Freunde haben ihn zu Ende gedacht, und der Antrag 105 ist nur die Konsequenz des Gedankens. Man muß dann auch dem Parteivorstand auf dem Parteitag nur beratende Stimme zuerkennen. (Beifall.)

Ich werde mir erlauben, zusammen mit anderen noch einen Abänderungsantrag zu dem Antrag morgen einzubringen.

Ich wollte zu einem zweiten Punkt noch etwas sagen, und zwar zur Begründung des Antrags 215, der dem Parteitag vorliegt. § 17 in der Vorlage 198 spricht von der Wahl des Parteivorstandes. Er sagt etwas über die Stimmzettel. Er sagt aber nicht, wie diese Stimmzettel zustande kommen, wann sie vorgelegt werden und wie mit ihnen verfahren wird. Ich glaube, das ist ein Mangel. Wir wissen alle von draußen, von öffentlichen Wahlen, daß Wahlverfahren sehr wichtig sind. Zum Beispiel ist es sehr wichtig, daß die Wahlberechtigten zeitig wissen, wer ihnen präsentiert wird als Kandidat, und daß sie zeitig wissen, wie der Stimmzettel aussieht, mit dem sie ihr so wichtiges Stimmrecht auszuüben haben. Was da gilt, gilt auch auf dem Parteitag. Was ich am besten sagen kann zur Begründung dieses Ergänzungsantrags 215 ist eine Beschreibung der Situation, in der sich dieser Parteitag befindet. In weniger als 36 Stunden sollen wir eine neue Parteispitze wählen und keiner der Delegierten weiß bis zur Stunde, wer denn da vorgeschlagen wird. Der amtierende Parteivorstand hat uns noch keinen Vorschlag unterbreitet. Die wahlberechtigten Delegierten des Parteitages haben aus den Zeitungen erfahren müssen, daß eine Vorstandssitzung stattgefunden hat, in der bestimmte Abmachungen über die Besetzung der beiden stellvertretenden Vorsitzenden getroffen wurden. (Beifall.)

Wenn man wissen will, wen denn nun der Parteivorstand vorschlägt, oder wenn man wissen will, wer aus dem Hause inzwischen vorgeschlagen worden ist, muß man sich wieder hinten herum Informationen holen oder am besten vielleicht zur Presse gehen. (Beifall.)

Das ist ein ungesunder Zustand. Vor allem ist es nicht tragbar, wie hier verfahren wird. Wenn stimmberechtigte Delegierte einen Antrag einbringen, und ein Vorschlag zur Wahl ist auch ein Antrag, wenn also ein Antrag formgerecht eingebracht ist, hat das Präsidium nur eines zu tun: den Antrag zur Schreibstube zu bringen, vervielfältigen zu lassen und den Delegierten vorzulegen. (Beifall.)

Schon gestern sind hier die ersten, wie ich glaube, zusätzlichen Anträge für die Wahl des Parteivorstandes eingebracht worden. Niemand von uns, der nicht zufällig einen Antrag mit unterschrieben hat, hat bisher diese Vorschläge zu Gesicht bekommen. So geht es nicht.

Deswegen, weil es für ein völlig korrektes demokratisches Wahlverfahren wichtig ist, auch Fristen zu beachten, auch Formen zu beachten, deshalb ist dieser Antrag 215 eingebracht worden. Er will in diesem § 17 des künftigen Statuts festlegen, daß der amtierende Parteivorstand dem Parteitag wenigstens zwei Tage vor der Wahl seinen Vorschlag schriftlich unterbreitet. Er will festlegen, daß dann, nachdem der Parteivorstand einen Vorschlag gemacht hat, von dem wir wissen, daß er gar nicht anders aussehen kann als so, daß die, die willens sind, wieder zu kandidieren —, erst der Ernst der Wahl mit den Vorschlägen aus dem Kreis der Wahlberechtigten einsetzt. Da muß nun auch feststehen, wann und wie diese Vorschläge eingereicht werden können. Der hier gemachte Vorschlag bedeutet nicht eine Erleichterung dieses Verfahrens. Ich meine nämlich, daß Delegierte ihre Rechte voll ausschöpfen sollten, daß sie aber auch Pflichten haben und z. B. nicht leichtfertig Vorschläge machen sollten, also auch für Wahlvorschläge so ernst verfahren sollten wie für Anträge und sich die Mühe machen sollten, die 30 Unterschriften bei den Vertretern von vier Bezirken der Partei zu suchen. Dann muß weiter sichergestellt sein, daß — wieder nicht im letzten Moment, sondern etwas vor der Wahlhandlung selbst — der endgültige Wahlvorschlag in alphabetischer Ordnung die Namen aufführt und der Delegierte Zeit hat, zu überlegen, wie nach seiner Vorstellung diese Spitze der Partei aussehen soll. (Beifall.)

Meine verehrten Genossinnen und Genossen! Zwei abschließende Bemerkungen: Die Fristen, von denen in diesem Vorschlag die Rede ist, können offensichtlich diesmal nicht eingehalten werden, weil sie zum Teil schon verstrichen sind. Immerhin, der endgültige Wahlvorschlag könnte uns noch ein wenig vor der Minute vorliegen, da wir die Streichungen vornehmen müssen, und wir würden es dem Parteivorstand danken, wenn er uns zeitig diesen endgültigen Wahlvorschlag vorlegen würde.

Und dann: Man soll nicht glauben, daß solche Vorschläge aus einem falschen Geist des Perfektionismus geboren sind. Die Spitze der Partei zu wählen, ist die wichtigste Aufgabe, die die Delegierten überhaupt auf dem Parteitag haben, und da sollte man dann auch die Garantien schaffen, daß die Vorschläge für diese Wahl zeitig eingereicht werden, daß gründliche Vorbereitung der Gegenvorschläge möglich ist und daß dann in einem Verfahren gewählt wird, von dem aber auch nicht einmal der Böswillige behaupten könnte, daß irgend etwas daran auszusetzen wäre. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. Alex Möller: Zunächst zur Klarstellung: Der Genosse Max Brauer hat bei seiner Amtsführung unter Zustimmung des Parteitags mitgeteilt, daß Vorschläge für die Wahl des Parteivorstands bis morgen 10 Uhr hier beim Präsidium abgegeben werden sollen. Es ist also nicht möglich, vor morgen 10 Uhr die Namen und die Vorschläge bekanntzugeben.

Zur Geschäftslage darf ich sagen, daß noch drei Redner auf der Rednerliste stehen, und zwar der Genosse Kluncker, der Genosse Vittinghoff und der Genosse Wehner. Dann erfolgen zwei persönliche Erklärungen. Ich mache die Mitteilung deswegen, weil dann nach dem Schlußwort des Genossen Nau die Abstimmungen erfolgen und ja bekannt ist, daß wir für

diese Abstimmungen zum Teil qualifizierte Mehrheiten benötigen. Ich wollte den Parteitag auf diese Geschäftslage hinweisen.

Das Wort hat nun Genosse Heinz Kluncker, Stuttgart, ihm folgt Karl Vittinghoff, Hamburg.

Heinz Kluncker, Stuttgart: Die Diskussion über den Aufbau der Parteiorganisation wurde teilweise überspielt durch personale Überlegungen. Ich glaube, die Intensität, mit der die Diskussion geführt worden ist, hat den Beweis dafür erbracht. Ich habe aber noch einen weiteren Beweis für meine Aussage. Es gibt nämlich einen ganz aktuellen Anlaß. Vor etwa einer Stunde ist an unsere Delegation oder an Teile derselben das Ansinnen gestellt worden, man möge doch dafür eintreten, daß in der Satzungsänderung noch ein weiterer Antrag zur Sprache komme, nämlich daß die Zahl der stellvertretenden Vorsitzenden auf drei erweitert werden soll. Diese Überlegung — drei gleichberechtigte Stellvertreter namhaft zu machen — ist vielleicht den Überlegungen entsprungen — ist vielleicht auch Ergebnis des Studiums der Presse —, daß die Kandidatur von Herbert Wehner es sinnvoll erscheinen lasse, noch einen weiteren Genossen zu nominieren, nämlich den Genossen Carlo Schmid, damit ein politisches Gleichgewicht hergestellt wird. (Unruhe. Zurufe.)

Ich darf vielleicht sagen, daß auch andere Anträge und Erwägungen in diese Richtung gehen. Ich glaube, man sollte sich bemühen, derartige Erwägungen überhaupt nicht erst anzustellen. (Bravo-Rufe und Beifall.)

Wir haben die Frage zu prüfen, ob wir auf Grund der organisatorischen Notwendigkeiten zwei oder drei Stellvertreter brauchen, und wir haben uns dann morgen zu entscheiden, welche der Persönlichkeiten wir für diejenigen halten, die die Partei unseren politischen Vorstellungen entsprechend nach außen repräsentieren können.

Nun zu einem weiteren Diskussionspunkt in der Praxis: Es hat sich soeben ein Diskussionsredner mit der Frage beschäftigt, ob es sinnvoll sei, den Parteivorsitzenden gleichzeitig als den möglichen Kanzlerkandidaten von morgen zu nominieren. Ich halte diese Bindung — diese organisatorische Verflechtung und Bindung — für falsch. Ich halte sie deshalb für falsch, weil sie die Parteiorganisation in der Vergangenheit ohnehin schon schwer genug belastet hat, und ich halte sie auch unabhängig davon für falsch, weil ich glaube, daß auch innerhalb des Parteilebens eine Trennung der Gewalten sehr sinnvoll ist.

Aus dieser Überlegung heraus sind die Augen der Öffentlichkeit und die Augen der Parteiorganisation auf uns gerichtet. Wir sollten uns nichts vormachen, verehrte Genossinnen und Genossen: Man erwartet von uns im Rahmen der Diskussion mehr als eine Entscheidung lediglich über gewisse Nuancen in den Spielregeln unseres innerorganisatorischen Verhaltens. Ich glaube, wir können eine gute Vorbereitung für die künftige Wahlarbeit leisten, wenn wir gewisse Spekulationen dadurch zerstreuen, daß wir uns hier auch für eine Trennung der Funktionen aussprechen, denn es gibt eine ganze Anzahl von Ansatzpunkten — auch in den Bezirken draußen —, die eine solche saubere und klare Trennung auch im Interesse der Kontrollfunktion sinnvoll erscheinen lassen.

Gestatten Sie mir jetzt einen Hinweis, von dem ich nicht weiß, ob es sinnvoll ist, ihn jetzt zu machen; ich möchte aber nicht morgen noch einmal mit einem Beitrag langweilen: Wir sollten uns dazu bekennen, schon jetzt den Genossen Schmid als den möglichen Kanzlerkandidaten herauszustellen.

Vorsitzender Dr. Alex Möller: Das Wort hat Genosse Karl Vittinghoff, Ihm folgt Genosse Herbert Wehner, Hamburg.

Karl Vittinghoff, Hamburg: Genossinnen und Genossen! Ich habe die Absicht, meine zehn Minuten nur mit einem Punkt der Diskussion zu füllen oder zu ergänzen, nämlich dem Wahlmodus, der uns heute nachmittag hier so sehr temperamentvolle Reden gebracht hat. Ich glaube, die Argumente, um gerade den Wahlmodus unter Kritik zu stellen, sind nicht richtig. Hier scheint mir irgendwo ein Trugschluß zu sein. Mindestens hat man die Seite 9 der Ausführungen des Genossen Nau über diese Dinge nicht vorher gelesen. Ich kann deswegen nicht verstehen, weshalb wir die Dinge hier so sehr gefühlsmäßig behandelten, gerade den Wahlmodus. Da hier aber im Laufe der Debatte ja auch das Wahlergebnis usw. angesprochen wurde, glaube ich auch dazu etwas sagen zu dürfen.

Ich habe die Auffassung, daß die Bezirke, die geographischen Gliederungen unserer Partei im Bundesgebiet, zunächst einmal speziell für ihren eigenen Wahlkampf in erheblichem Maße verantwortlich sind, egal ob negativ oder positiv. Es berührt mich eigentlich seltsam, daß gerade die Bezirke mit für uns so schmerzlichen Ergebnissen bei der Bundestagswahl heute die sind, die hier so sehr eine Neuordnung machen wollen. Ich würde sagen, etwas mehr kurztreten, denn wenn es schon um die Bewertung des Büros oder der Angestellten der Partei geht — ich bin ja nun auch einer von diesen sogenannten Besoldeten —, dann habe ich die Auffassung und möchte diese aussprechen: Ich habe Ursache, dem gesamten Büro für die Leistungen im Bundestagswahlkampf in Bonn meinen Dank auszusprechen. (Beifall.)

Das wollte ich einmal gesagt haben. Es ist allerhand geleistet worden, und das wird nicht geschmälert durch die teilweise tragischen Wahlergebnisse in einigen Bezirken.

Das soll aber nicht das Gegenständliche sein. Wir haben auf Seite 9 zu lesen, im vierten Wahlgang sollen die besoldeten Mitglieder und im fünften Wahlgang die unbesoldeten Mitglieder gewählt werden. Ich muß schon sagen! Allein wenn ich das lese, besoldet und unbesoldet: Sagt mal, wer ist denn eigentlich unbesoldet, der in diesen Parteivorstand kommt? Wollen wir etwa einmal abwägen, wie die Gehaltsstufen liegen von der Besoldung hier im Parteibüro und einigen, die da in Frage kommen? Ich mache wirklich dem Büro den Vorwurf, diese Gegenüberstellung zu decken. Die ist nach meinem Dafürhalten überhaupt nicht haltbar. So sollte man es überhaupt nicht gemacht haben. Nun seht Euch Seite 9 an! Wir haben gestritten, und es scheint, wenn wir einen einzigen Wahlgang nähmen, sei das etwas wie eine Offenbarung, sei das der Stein der Weisen, der gefunden sei, um in Zukunft bessere Parteipolitik machen zu können. Lest mal den zweiten Satz! Da heißt es weiter: „Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der Stimmen der stimmberechtigten

Delegierten erhalten hat." Es ist also vollkommen egal, ob sie ihren Stimmenanteil von 50 Prozent in einem Wahlgang oder in zwei Wahlgängen erhalten. Wenn im ersten Wahlgang der Gruppe 4 ein Kandidat — es sind die sogenannten Besoldeten — seine 50 Prozent nicht erreicht, dann ist er erledigt als Parteivorstandsmitglied, aber davon wird ja seine Anstellung und seine Besoldung nicht im geringsten berührt; er wird automatisch zu einem sogenannten beratenden Mitglied. Man muß doch ganz klar sehen. Wenn Sie die beiden Wahlgänge zusammenwerfen, dann sind auch 50 Prozent erforderlich. Dann können Sie den Mann, den Sie meinen, genauso erledigen. Deshalb verstehe ich einfach nicht, weshalb heute abend hier um dieses Problem so heiß gekämpft wird. Die Siebener-Kommission, die ja doch immer aus sehr tüchtigen Genossen zusammengesetzt war — Carlo Schmid, Waldemar von Knoeringen, Fritz Erler und Herbert Wehner, dann Mellies und Erich Ollenhauer —, hatte ja mehr als eine Sitzung benötigt, um schließlich ein Resultat zu finden. Ihren langen Beratungen sollte man, finde ich, doch einigen Wert zumessen.

Sie empfehlen dem Parteitag: Wählt in diesen beiden Wahlgängen! Ich persönlich würde sagen, es ist etwas umständlich, denn wenn in einem Wahlgang gewählt wird, ändert sich am Ergebnis effektiv nichts, weil 50 % für jeden erforderlich sind. Deswegen sage ich, man sollte bei dem Vorschlag der Siebener-Kommission bleiben, denn wenn wir jetzt hier nach diesem bis jetzt gelungenen Parteitag gerade wegen einer solchen Debatte eine Kampfabstimmung heraufbeschwören würden, eigentlich „um des Kaisers Bart", so hätte ich dafür kein Verständnis. Ich möchte eher wünschen, daß wir unsere geistigen Kräfte für bessere Themen freimachen, die wir auf diesem Parteitag noch zu bewältigen haben. Wenn es schon darum geht, hier die Unfähigkeit einzelner Genossen herauszustellen — es ist ja angeklungen, daß das etwas geändert werden müsse —, wäre ich in diesem Falle auch dafür. Das wäre schließlich ein Diskussionsgegenstand. Man kann nicht so im ganzen großen Rahmen einfach sagen, da stimmt was nicht, und jetzt müssen wir die Wahl ändern, bitte, ist es so schwerwiegend für unsere Partei, und werden dort so entscheidende Fehler gemacht, dann muß das hier auch besprochen werden, denn das interessiert uns alle. Wenn es etwas ist, das zu übergehen ist, dann ist das auch für die Partei erträglich. Ich habe überhaupt die Auffassung: Da, wo nicht gearbeitet wird, werden auch keine Fehler gemacht (Beifall), und wo gearbeitet wird — verlaßt euch darauf, wo ihr auch sitzen mögt —, dort werden automatisch Fehler unterlaufen. Wenn sie aber so grundsätzlich und schwer sind, dann bin ich gerne bereit, einzusteigen, wer es auch sei im Vorstand, der hat auszuscheiden. Aber wir haben hier über das Wahlreglement die Möglichkeit, wenn wir es bei dem Vorschlag der Siebener-Kommission belassen, Genossinnen und Genossen, alles so laufen zu lassen, wie ihr es wollt. Es sind 50 % erforderlich. Deswegen nochmals mein Vorschlag: Laßt es bei der Anregung der Siebener-Kommission! Wir kommen viel leichter und viel schneller zu Ende mit unserer Tagesordnung gerade in diesem Punkt. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Dr. Alex Möller: Das Wort hat Herbert Wehner, Hamburg, dann Heinz Kühn, Köln, zu einer persönlichen Erklärung.

Herbert Wehner, Hamburg: Liebe Genossinnen und Genossen! Was ich sagen möchte, möchte ich nicht als ein Schlußwort aufgefaßt wissen, sondern ich glaube, daß ich als eines der Mitglieder dieser Siebener-Kommission, deren Arbeitsresultat der Antrag 198 ist, einiges sagen soll zu den Streitfragen, die wir am Schluß dieser Debatte durch Abstimmung werden entscheiden müssen.

Ich will und kann nicht über alle wünschbaren Verbesserungen sprechen. Es liegt in der Natur der Sache des Ganges unseres Parteitages und der Abhandlung unserer Tagesordnung, daß unter solchen Punkten dann eben diese Dinge aufgegriffen werden, die zunächst mit dem Gegenstand selbst nichts direkt zu tun haben, obwohl sie zu behandeln notwendig wäre. Ich will auch nicht den Versuch machen, über die Bedeutung der mit diesem Antrag 198 vorgeschlagenen Änderung für die Politik unserer Partei, und zwar im Sinne ihrer größten Wirksamkeit in der breiten Öffentlichkeit, zu sprechen. Ich will mich auf einen Punkt beschränken:

Erstens möchte ich sagen, es bestand in der Kommission und es bestand dann auch bei der Behandlung dessen, was die Kommission erarbeitet hatte, im Parteivorstand kein Gegensatz darüber, daß es — um bei diesem Begriff zu bleiben — „besoldete Parteivorstandsmitglieder" geben müsse und geben solle. Aber es gab Meinungsverschiedenheiten darüber — und wir sehen auf diesem Parteitag hier, es gibt noch Meinungsverschiedenheiten darüber —, wie diese besoldeten Mitglieder des Parteivorstandes gewählt werden sollen. Erich Ollenhauer hat ja seine Meinung dargelegt, und er hat besonders darauf hingewiesen, er befürchte, bei einer Wahl dieser besoldeten Mitglieder durch den Parteivorstand könne keine Gewähr dafür übernommen werden, daß man die für die in Frage kommenden Ressorts erforderlichen Genossen auch tatsächlich bekommt.

Ich habe im Laufe der Diskussion im Parteivorstand eine Anregung gegeben zur Änderung der Arbeitsgrundlage in unserem zentralen Büro. Die Anregung hat auch einen Teil der Beratungen der Siebener-Kommission mit ausgefüllt. Meine Grundvorstellung war, daß man die notwendigen Stellen durch den Parteivorstand mittels Vertragsabschluß besetzt, daß bei der Wahl zum Parteivorstand alle diese Genossen — genau wie die anderen — kandidieren können sollten; denn ich sage offen: Ich würde es für falsch halten, wenn man Parteimitglieder von der Kandidatur als Mitglieder des Parteivorstandes ausschalten wollte.

Aber, Genossinnen und Genossen, der Vorschlag erforderte sicher — das sage ich aus eigener Einsicht — gründlichere Prüfungen dessen, was für die neue Arbeitsgrundlage des zentralen Büros erforderlich ist, als die Zeit gestattete, die der Kommission zur Verfügung stand. Das ist auch meine eigene Ansicht zu der Sache.

Mit Recht ist mir zum Beispiel gesagt worden, daß, wenn es gelingen sollte — und wir haben ja heute im Bericht hier gehört, daß das gelingen wird — in einer gewissen Form eine wissenschaftliche Abteilung zu bilden, ein ganzer Teil bisheriger Schwierigkeiten nicht abgewälzt, sondern durch sinnvolle Neuregelungen überwunden werden könnte.

Der Vorschlag der Siebener-Kommission ist ein einheitlich eingebrachter Vorschlag. Ich sage das, weil hier gesagt worden ist, ob man denn gar nicht darüber reden wollte und sollte, daß es da zunächst einmal Unterschiede gegeben hat. Diesen Unterschied hat es gegeben. Es hat Unterschiede in anderen Fragen gegeben, die auch abgeklärt worden sind.

Mir scheint — darauf wollte ich hinaus — und für mich ist entscheidend, daß der Versuch gemacht werden sollte, den in der Siebener-Kommission gefundenen Weg wirklich zu begehen, der hier mit dem Antrag 198 vorgeschlagen wird, das heißt: die Präsidiumslösung als Teil einer Gesamtlösung, zu der nicht zuletzt die besonderen Aufgaben des Parteirates gehören, über die ich nicht noch einmal sprechen will. Ich habe selbst mein Teil dazu beigetragen, daß es zu diesen Fassungen kam. Das Präsidium soll — das ist meine Ansicht, und ich glaube, das ist auch die Ansicht aller derer, die mitgearbeitet haben, und die Ansicht des Parteivorstandes. Wir haben uns hier noch einmal darüber unterhalten, bevor der Parteitag zusammentrat, um alle Seiten zu prüfen — ich wiederhole: Das Präsidium soll weder ein Neben- noch ein Überparteivorstand sein, sondern ein Organ des Parteivorstandes, der allein in seiner Gesamtheit dem Parteitag verantwortlich sein muß. Mehr muß ich dazu jetzt nicht sagen.

Mir scheint also wichtiger als die Austragung dieser Streitfrage, die in den Anträgen, die heute hier begründet worden sind, liegt, das Zustandekommen und die Bewährung dieser mit dem Antrag 198 vorgeschlagenen Lösung, von der die Präsidiumlösung ein Stück ist.

Ich muß sagen, Genossinnen und Genossen, es hat ja im Laufe dieser Diskussion vor dem Parteitag im Parteiausschuß auch Genossen gegeben, die diese Präsidiumslösung ursprünglich nicht für eine ihnen zusagende Lösung hielten. Und diese Genossen haben sich im Laufe der Diskussion schließlich dazu bereitgefunden, diesen Weg mit zu versuchen, und ich habe den Eindruck gehabt: aus Überzeugung heraus. Dort sind keine faulen Kompromisse gemacht worden, bei denen die einen etwas gegeben haben, damit sie von anderen etwas bekommen. Wer aber — hier möchte ich etwas aufgreifen, was Erich Ollenhauer gesagt hat — der anderen Frage, dieser Streitfrage, die in den Anträgen begründet ist und die ich nicht einfach wegwischen will, j e t z t zu Leibe will, jetzt auf diesem Parteitag, in anderer Auffassung, als ich sie eben versucht habe, darzulegen, der soll tatsächlich Vorschläge für die Kandidaturen der vier Besoldeten zustande bringen und sie dem Parteitag zur Entscheidung vorlegen. Das wäre eine saubere Sache, wahrscheinlich keine leichte Sache, denn es liegt in der Natur dieser Stufe — deswegen ja auch meine von Anfang an, wie ich hier sagte, andere Auffassung —, daß es gar nicht einfach ist, einem Parteitag diese Aufgabe zu übertragen, im einzelnen zu entscheiden. Aber, bitte, wenn es für so wichtig und so ernst angesehen wird, dann muß man auch diese Mühe aufbringen können, um solche Kandidaturen zustande zu bringen. Dann haben wir eine saubere Atmosphäre.

Ich plädiere also, liebe Genossen, für den Vorrang dieser Gesamtlösung, die mit dem Antrag 198 dem Parteitag zur Entscheidung vorgelegt wird,

von der das Präsidium ein Stück ist, und ich möchte darum bitten, das Präsidium, von dem ich sagte, es sei ein Organ des Parteivorstandes, weder ein Über- noch ein Nebenparteivorstand — nicht dadurch von vornherein einzuengen, daß man etwa — wie es hier von einem Genossen vorgeschlagen wurde — drei gleichberechtigte Vorsitzende wählt. Niemandem ist es verwehrt, einen solchen Antrag zu stellen. Ich würde mich gegen einen solchen Antrag aussprechen. Ich würde auch gegen das Manipulieren der Stellung des Vorsitzenden im Lichte der Präsidiumslösung eintreten und sprechen. Der Vorsitzende ist der Vorsitzende. Der Parteitag hat ihn zu wählen. (Lebhafter Beifall.)
Im übrigen — Ihr werdet es verstehen —, außenstehende Kreise gehen natürlich nun — nicht nur wegen solcher Diskussionen, sondern weil sie ja mit der SPD in irgendeiner Weise fertig zu werden versuchen müssen — zu den Spekulationen über, mit denen wir es noch lange zu tun haben werden. Ich appelliere an gar niemanden. Ich möchte nur sagen: So wach wir sein sollten gegenüber allem, was auch von gegnerischer Seite auf uns eingeredet und eingeschrieben wird, so wenig sollte es uns in unseren Entscheidungen in letzter Hinsicht beeinflussen können. (Langanhaltender, lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Dr. Alex Möller: Das Wort zu einer persönlichen Bemerkung hat Heinz Kühn, Köln.

Heinz Kühn, Köln: Genossinnen und Genossen! Ich habe das Wort zu einer persönlichen Erklärung erbeten, die ich zugleich im Auftrag der Genossen Hellmut Kalbitzer und Willy Birkelbach abgebe. Erich Ollenhauer hat an unsere Adresse zu unserem Diskussionsbeitrag, den Antrag 216 betreffend, unter anderem wörtlich erklärt: „Dem Geist der Loyalität und der Sauberkeit entspricht diese Methode nicht." Wir wollen uns streng an die Grenzen einer persönlichen Erklärung binden, obwohl dies schwer fällt und uns hier vor dem Forum der Öffentlichkeit darauf beschränken, diesen Vorwurf entschieden zurückzuweisen. (Sehr gut! — Beifall.)

Vorsitzender Dr. Alex Möller: Genossinnen und Genossen! Alfred Nau hat nun das Schlußwort.

Alfred Nau: Genossinnen und Genossen! Ich werde mich erstens bemühen, die Sache kurz zu machen, und zweitens werde ich mich bemühen, auf die mir sichtbaren wesentlichen Punkte in der Diskussion einzugehen. Aber ich bitte Euch um die Genehmigung, vorher ein Wort sagen zu dürfen, das hier in der Diskussion pro und contra eine Rolle gespielt hat, ein Wort über die sogenannten besoldeten Vorstandsmitglieder. Ich tue das, liebe Freunde, ohne irgendeine Hemmung oder seelische Belastung, weil ich mich einfach auch hier nicht in die Verteidigung drängen lassen will aus dem besten Gewissen der Welt heraus. Seht einmal: Ihr wißt besser noch als ich, daß die Frage von Besoldungen in der Arbeiterbewegung immer eine Rolle gespielt hat, und Ihr werdet mir wahrscheinlich auch zustimmen, wenn ich aus meiner geringen Kenntnis der Geschichte der Arbeiterbewegung sage: Oft sind die Diskussionen so

mit dem Ton geführt worden, als habe man etwas gegen diese besoldeten Mitglieder in der Arbeiterbewegung, ohne Rücksicht auf die Ebene und ohne Rücksicht auf die Position in den einzelnen Stufen der Organisation.

Ich meine, das ist nicht ganz gerecht. Warum nicht? Karl Vittinghoff hat hier ein Wort in die Debatte geworfen, das ich aufgreifen möchte. Wenn man so diskutiert, liebe Freunde, dann sollte man, das wäre notwendig, erst einmal den Begriff „Besoldete" definieren. Es war für mich sehr interessant, als kürzlich — es liegen einige Monate dazwischen — in einer Vorstandssitzung der Partei die Frage sehr sachlich, sehr gründlich diskutiert wurde, und da hat eines der Vorstandsmitglieder, das unter dem normalen Begriff „unbesoldet" zu gelten hat, dem Sinne nach folgendes zum Ausdruck gebracht: Genossen, soll man nicht die unterschiedliche Beurteilung, wer ist besoldet oder wer ist nicht besoldet, sein lassen? (Zurufe.)

Ich danke für das heftige Kopfnicken. Ich bitte um Verzeihung, wenn ich das zugunsten meiner Argumente auslege.

Darf ich aber hier fortfahren: Von diesem Genossen wurde folgendes gesagt: Wenn ich mich hier einmal im Kreis der Vorstandsmitglieder umsehe und mich frage, ja wer ist denn eigentlich hier unter „besoldet" zu rechnen und wer nicht, dann komme ich zu der Auffassung: eigentlich alle. Und warum, Genossinnen und Genossen? (Zurufe.)

Ich bitte in aller Freundlichkeit, mir das wenigstens zur Kenntnis abzunehmen. Es ist doch gar nicht so entscheidend, ob die einen ihr Gehalt direkt aus der Parteikasse bekommen oder die anderen von Institutionen, in die sie hineingewachsen sind, erstens auf Grund ihrer Tüchtigkeit, aber dann auch auf der anderen Seite durch die politische Kraft der Arbeiterbewegung. (Beifall.)

Genossen! Ich habe nur eine Bitte, ohne Rücksicht, wie wir uns hier entscheiden. Denkt einmal daran und berücksichtigt das bei euren endgültigen Abstimmungen und Entscheidungen.

Und zur Frage der Besoldung: Auch das laßt mich bitte hier noch kurz sagen: Wenn ich hier meine Begründung nicht mit der notwendigen Ausführlichkeit gegeben habe so liegt das an mir und nicht an den Genossen, die als Besoldete gelten. Warum haben wir die Begründung gegeben? Ich will es sagen: Ich kann mir nicht vorstellen, liebe Freunde, daß ein Mann, der zentral für die Organisation in der Partei verantwortlich ist, ohne die Autorität eines Vorstandsmandats sich genügend durchsetzen kann. (Zurufe.)

Es sind doch sehr oft darüber Beschwerden geführt worden, daß dieses und jenes nicht mit dem notwendigen Elan und nicht mit der notwendigen Festigkeit erledigt worden ist. Genossen! Man muß sich einmal vorstellen, welche Autorität der Genosse haben soll, der ohne das Mandat des PV in die Bezirke, in die Landesorganisationen fahren soll, um zentral auf dem Parteitag erarbeitete Vorstellungen auch für die Partei durchzusetzen. Mir geht es darum, daß die Genossen, die bestimmte Aufgaben haben, auch die notwendige Autorität durch das Parlament ver-

liehen bekommen. Nur darum geht es mir, und darum habe ich es gesagt.

Ich möchte mir jetzt erlauben, einige Bemerkungen zu machen, zu den Problemen, die hier im einzelnen in der Diskussion angesprochen worden sind. Und da zunächst zu Heinz Kühn und auch zu einem Genossen, der das Wort von der „Baracke" gesagt hat. Ich bin persönlich stolz darauf, daß das Gebäude des Parteivorstands in Bonn eine Baracke ist. (Beifall.) Wir haben die Baracke aus der politischen Überlegung heraus gebaut, um aller Welt zu zeigen, daß wir Bonn nur als eine Zwischenstation auf dem Wege nach Berlin ansehen. (Bravo-Rufe. — Starker Beifall.) Und dabei müssen wir bleiben, wenn wir die Glaubwürdigkeit in den Augen der Öffentlichkeit behalten wollen. (Erneuter starker Beifall.) Und Genossen! Der Ausdruck „Baracke" ist später von den politischen Gegnern, die uns gegenüber böse eingestellt sind und die uns schaden wollen, in einer verächtlichen Tonart aufgegriffen worden. Wenn wir von der Baracke sprechen, sollen wir es immer in dem Ton tun, der unsere positive Einstellung zu dieser Baracke zum Ausdruck bringt. Darum wollte ich Euch bitten! (Zuruf: Das ist eine schlechte Begründung!)

Liebe Genossinnen und Genossen! Dasselbe möchte ich zu dem Ausdruck „Naturschutzgebiet" sagen, den Heinz Kühn gebraucht hat im Zusammenhang mit der Frage der besoldeten Vorstandsmitglieder. Ich glaube, es ist viel vernünftiger, wenn jeder von uns den Versuch macht, Bemerkungen und Formulierungen zu unterlassen, die nicht wir, aber der andere, der zuhört oder der draußen darüber liest, so ausdeutet und so deuten könnte, als wenn damit eine Herabsetzung dieser Genossen gemeint oder gedacht ist.

Weiter zu Heinz Kühn: Heinz Kühn hat gemeint, unser Vorschlag würde die Zementierung der Arbeitsteilung im Parteivorstand bedeuten. Nie und nimmer! Im Gegenteil! Die Genossen in der Siebener-Kommission sind der Meinung, und auch der Parteivorstand, daß selbstverständlich der neue Parteivorstand souverän ist und neue Aufgabengebiete erstens erschließt und zweitens die Aufgaben neu verteilt, so wie er es für richtig hält.

Und als Zweites: Hier hat der Genosse Kalbitzer gemeint, Fritz Heine habe in eigener Machtvollkommenheit einen Kanzlerkandidaten genannt, meinetwegen sogar ernannt. Ich darf hier auf einen Irrtum aufmerksam machen: Die Benennung dieser Kanzlerkandidatur erfolgte auf Grund einer Übereinstimmung im Parteivorstand.

Und das Dritte: Willi Birkelbach hat mich gefragt, wieso mein Schluß, daß die Wahl des Präsidiums auf dem Parteitag deshalb nicht zweckmäßig sei, weil die Gefahr eines Übervorstandes bestehe, nicht auch logischerweise für die Wahl von besoldeten Vorstandsmitgliedern auf dem Parteitag gelte.

Nun, Genossen! Nach meiner unbescheidenen Meinung ist hier ein wesentlicher Unterschied zu sehen. Warum? — Wir schaffen mit dem

Präsidium zum erstenmal in der Organisation der Partei nach 1945 einen — darf ich sagen — echten geschäftsführenden Vorstand. — Wir hatten bisher ein Büro, völlig ungenügend. Ich bin einer Meinung mit Euch. — Und in diesem geschäftsführenden Vorstand sollten die hier umstrittenen vier besoldeten Vorstandsmitglieder beratend mitwirken. Ich glaube, die Aufzeigung dieses Unterschiedes macht klar, warum ich Willi Birkelbach nicht folgen konnte. Ich will auf Bemerkungen des Genossen Best und weiterer, die das Stimmrecht dem Parteivorstand und der Kontrollkommission nehmen wollen nicht weiter eingehen, Genossen. Da steht Argument gegen Argument. Ich meine auch Willi Brandt und die Berliner Freunde. Ich kenne und schätze ihren Standpunkt; ich bedaure aber, mich diesem Standpunkt nicht annähern zu können, Genossen; das müssen wir dann in der Abstimmung klarstellen.

Ein viertes Wort zu dem Genossen Demeter, der hier sehr beredt sich noch einmal für die Schaffung von Landesverbänden eingesetzt hat mit organisatorischen und allgemeinpolitischen Aufgaben. Genosse Demeter! Auch die Argumente haben wir sehr eingehend untersucht. Wir halten es nicht für richtig, wenn Landesverbände organisatorische Aufgaben bekommen. Wir halten es allerdings für notwendig, daß Zusammenfassungen erfolgen in Form von Landesausschüssen, Landesvorständen, die landespolitische Aufgaben erfüllen und lösen müssen, und wir meinen, daß in einigen Gebieten der Bundesrepublik hier ein Reststand von Aufgaben bleibt, die einmal gelöst werden müssen. Darum haben wir eine neue Formulierung für den § 4 vorgeschlagen. Genossen, ich wende mich gar nicht gegen Bedenken, die gegen die Lösung oder gegen den Lösungsvorschlag der Siebener-Kommission gemacht worden sind. Natürlich wollen wir Argument gegen Argument stellen. Aber, Genossen, ich darf in Erinnerung rufen, was ich schon vorhin bei der Begründung meines Berichts gesagt habe. Glaubt uns wirklich: Wir haben uns die Arbeit nicht leicht gemacht. Wir haben Argument für Argument untersucht und sind zu der Auffassung gekommen, daß die Lösung die von uns vorgeschlagen ist, wirklich dazu beiträgt eine effektivere Führung der Partei zu erhalten. Uns kommt es darauf an, auf allen Gebieten, die angesprochen worden sind, Fortschritte zu erzielen, die auch hier zu erreichen sind. Sie können nur erreicht werden, wenn wir uns hier einigen und wir glauben dieser Vorschlag von uns ist eine Basis für die Einigung, die wir auch akzeptieren können.

Ich wende mich dagegen, daß der Ausdruck fiel: „besoldete Vorstandsmitglieder werden auf Lebenszeit angestellt." Die Wahrheit ist, daß alle zwei Jahre jedes Mitglied des Parteivorstands zur Kritik und zur Wiederwahl oder zur Abwahl ansteht. Der Parteitag ist souverän. Keiner von uns wird dieses Recht des Parteitages auch nur irgendwie beschneiden.

Und noch ein Wort zu Helmut Schmidt: Ich bedaure, daß er nicht mehr hier ist. Genossinnen und Genossen! Wir haben uns schon während einer anderen Debatte auf diesem Parteitag darauf geeinigt, daß wir hier in Stuttgart einen Parteivorstand zu wählen haben und daß der nächste Parteitag 1960 all die Voraussetzungen zu prüfen hat, die notwendig sind,

um den Bundestagswahlkampf für 1961 zu führen, Voraussetzungen sowohl in sachlicher als auch in personeller Hinsicht. Dabei sollten wir es auch belassen.

Ich darf Herbert Wehner für seine Bemerkungen zu dem Vorschlag des Genossen Mangold aus Kassel, der sich für drei Vorsitzende einsetzt, danken. Wir sollten unter allen Umständen bei unserem Vorschlag, ein Vorsitzender, verbleiben. Hier und da ist gesagt worden, der Vorsitzende soll führen, und dann wird gesagt, der Vorsitzende soll nur Sprecher sein. Wir wählen einen Vorsitzenden, der die Autorität haben muß, für die Partei zu sprechen. (Beifall.)

Noch ein Wort zu Erwin Lange. Erwin Lange, meinen Respekt vor Deiner Hartnäckigkeit, gegen das Präsidium zu kämpfen. Ich verstehe Deine Argumente. Ich darf daran erinnern, daß wir Deine Sorge, die Du gegen die Schaffung eines solchen Instruments hast, schon weitgehend dadurch berücksichtigt haben, daß die Aufgaben des Präsidiums durch den Vorstand zugewiesen werden, und daß der geschäftsführende Vorstand nur ein Teil des Gesamtvorstands ist. Insbesondere kann ich die Bedenken, die Erwin Lange gegen unseren Vorschlag bezüglich der Zusammensetzung des Parteirates hat, nicht teilen. Ich bin hier der Meinung — in Anlehnung an all die Argumente, die für Landesorganisationen verwandt wurden —, daß die Länderpolitik nach 1945 oder 1947 eine viel größere Bedeutung hat als jemals in der Weimarer Zeit. Wir haben uns gesagt, wir wollten bei der Organisation überprüfen, inwieweit Veränderungen in der gesellschaftspolitischen Situation eingetreten sind und sollten danach unsere Entscheidungen treffen. Dazu gehört, daß möglichst viele sozialdemokratische Ministerpräsidenten Mitglieder des Parteirats sind. Da muß die Politik in Bund und Ländern auf oberster Ebene abgestimmt werden, damit wir, wenn auch unterschiedlich im Verfahren, in der Sache aber einheitlich unsere Politik vertreten und zum Erfolg führen.

Ein letztes Wort zu Karl Mommer. Karl Mommer hat Bedenken vorgebracht bezüglich der Technik im Wahlverfahren. Ich darf auf die Ausführungen des Präsidenten verweisen. Wir haben das Verfahren beschlossen. Das bedeutet selbstverständlich nicht, daß das nun das beste Verfahren ist. Ich persönlich bin der Meinung, daß der Vorschlag, der hier im Antrag 215 niedergelegt ist, ein durchaus brauchbarer, akzeptabler Vorschlag ist, und wenn ich persönlich eine Empfehlung geben darf, dann würde ich diesen Antrag zusätzlich zur Annahme durch den Parteitag empfehlen.

Bezüglich der Vorschläge von Heinz Kluncker habe ich schon gesagt, daß wir die Schaffung von drei gleichberechtigten Vorsitzenden aus der Überlegung ablehnen, daß wir aus diesem geschäftsführenden Vorstand ein brauchbares Instrument machen wollen. Ich will es hier noch einmal unterstreichen. Dazu gehört auch, liebe Freunde, daß die Vorbereitungen für den nächsten Parteitag bzw. die Vorbereitung für die Bundestagswahl mit allen Einzelheiten auch was hier von Heinz Kluncker vorgetragen worden ist, erst auf dem nächsten Parteitag eingehend erörtern und dann entscheiden werden.

Und als allerletztes, liebe Freunde, möchte ich folgendes sagen: Wir haben hier Vorschläge unterbreitet, von denen wir alle in der Siebener-Kommission überzeugt sind, daß sie brauchbar und nützlich sind. Ich darf unterstreichen, daß alle Vorschläge in jedem einzelnen Punkt die einheitliche Zustimmung aller Mitglieder gefunden haben. Ich danke Herbert Wehner, daß er das ausdrücklich herausgestellt hat.

Und nun, Genossen, laßt uns in aller Sachlichkeit und in aller Ruhe entscheiden. Das, was wir hier diskutiert haben, eignet sich für die Partei, um das zu erreichen, was wir alle wollen. Wir wollen eine Politik, wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, daß das Instrument, die Organisation — und hier ist die Spitze der Organisation gemeint — die Voraussetzungen erfüllt, daß die Politik der Partei effektiver und wirkungsvoller wird. Wir sind überzeugt, daß unser Vorschlag, wenn er die Billigung des Parteitages findet, dazu beiträgt, uns nach vorn zu bringen, einen großen Schritt nach vorn zu bringen. Und darauf kommt es an! Ich danke Euch. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. Alex Möller: Genossinnen und Genossen! Bevor wir jetzt zur Abstimmung kommen, noch zwei Klarstellungen. In § 82 des Organisationsstatuts heißt der 1. Absatz:

> „Das Statut der Partei kann nur von einem Parteitag mit Zweidrittelmehrheit geändert werden."

Es ist wohl klar, daß damit gemeint ist, eine Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen. Ich möchte das ausdrücklich vor Beginn der Abstimmung festgestellt wissen.

Dann ist ebenfalls klar, daß wir als Vorlage ausgehen von den Anträgen des Parteivorstandes und des Parteiausschusses. Das ist bisher auch bei allen anderen Tagesordnungspunkten so geschehen. Das bedeutet also, daß über Abänderungsanträge zu diesen Vorlagen zuerst abgestimmt werden muß. (Zuruf.)

— Und einfache Mehrheit; das hatte ich bereits bei Beginn der Behandlung des Tagesordnungspunktes erklärt.

Wir kommen jetzt also zum ersten Nachtrag zu Vorlage Nr. 4. Das ist der Antrag 198.

Zur Abstimmung steht der § 4. Wer für den § 4 nach der in der Vorlage Antrag 198 enthaltenen Fassung ist, den bitte ich um ein Zeichen. — Ich bitte um die Gegenprobe. 8 Gegenstimmen. — Enthaltung? — 4 Enthaltungen. — Also: Gegen 8 Stimmen bei 4 Enthaltungen. Das ist zweifellos eine Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen für die Annahme des § 4. Damit ist der § 4 entsprechend der Vorlage Antrag 198 angenommen.

Wir kommen jetzt zum § 10. Wer für die Annahme des § 10 ... (Zurufe!) — Die Vorlage Antrag 198 gilt als Ersatz für die Anträge, die zum

Punkt 5 der Tagesordnung in der gedruckten Vorlage angegeben worden sind. (Widerspruch — Wiedemann, Frankfurt: Zur Abstimmung!) Zur Abstimmung, Genosse Wiedemann, Frankfurt.

Willi Wiedemann, Frankfurt — zur Abstimmung: Genossinnen und Genossen! Ich glaube, daß der gesamte Parteitag ein Interesse daran hat, daß die erforderlichen Satzungsänderungen mit der notwendigen Mehrheit beschlossen werden. Wenn wir nicht über die weitergehenden Anträge 105 und 115 vor der Vorlage des Parteivorstandes abstimmen, dann besteht die Gefahr, daß dann auch die Vorlage abgelehnt wird und wir zu keiner Änderung kommen. Aus diesem Grund möchte ich darum bitten, daß über die weitergehenden Anträge vorher abgestimmt wird, damit die Delegierten die Möglichkeit haben, sich auch noch für die Anträge zu entscheiden.

Vorsitzender Dr. Alex Möller: Genossinnen und Genossen! Das wäre ein völlig neues Verfahren. Ich habe bei Beginn der Diskussion ausdrücklich erklärt, wie die Vorschläge lauten und wie wir im einzelnen die Vorlage behandeln wollen. Wenn in diesem besonderen Fall nun eine Abstimmung über den Antrag 105 verlangt wird, der den § 10 des Organisationsstatuts betrifft, dann würde ich vorschlagen, so zu verfahren und zunächst über den Antrag 105 abzustimmen. (Zurufe — Hermsdorf, Cuxhaven: Zur Abstimmung!) Zur Abstimmung Genosse Hermsdorf, Cuxhaven.

Hans Hermsdorf, Cuxhaven — zur Abstimmung —: Genossinnen und Genossen! Im Prinzip ist das ganze nur eine Formsache. (Widerspruch.) Ich möchte hier feststellen — und dem kann nicht widersprochen werden —, daß alle gemeinsamen Entschließungen, über die bisher abgestimmt worden ist, ob zur Außenpolitik, zur Wehrpolitik oder zur Wirtschaftspolitik, stets eine Reihe von Anträgen beinhaltet haben, die entweder dazu im Widerspruch standen, weitergingen oder sie befürworteten. Wir haben hier beschlossen, daß jeweils mit der Abstimmung über die entsprechende Entschließung die Anträge erledigt sein sollten. Genau dasselbe Verfahren hat das Präsidium hier vorgeschlagen, und ich sehe nicht ein, warum bei der Organisation andere Maßstäbe als in der allgemeinen Politik angelegt werden sollen.

Ich würde deshalb dafür plädieren, daß das bisherige Verfahren eingehalten wird. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. Alex Möller: Genossinnen und Genossen! Es ist ein Abänderungsantrag zum Antrag 198 eingegangen, der die notwendigen Unterschriften trägt, wie sie nach der Geschäftsordnung vorgesehen sind. Der Antrag betrifft den § 10 in der Vorlage 198. Ich bitte zu vergleichen: Im ersten Absatz wird Punkt 2 gestrichen. — Es soll also gestrichen werden „2. aus den Mitgliedern des Parteivorstandes und der Kontrollkommission".

Dann wird in dem Antrag gewünscht: „Der zweite Absatz erhält einen neuen Punkt 1. die Mitglieder des Parteivorstandes".

Dann 3.: Der alte Punkt 1 des zweiten Absatzes wird Punkt 2, 2 wird 3, 3 wird 4. Ich glaube, der Antrag ist klar.

Damit wären wir wieder zu den bisherigen Gepflogenheiten der Geschäftsordnung zurückgekehrt, denn die Anträge des Parteivorstandes und des Parteiausschusses waren ja Abänderungsanträge zu den eingereichten Anträgen der Parteiorganisation. Ich glaube, wir brauchen also jetzt zur Geschäftsordnung nicht abzustimmen, denn auch die Berliner Genossen werden ja zugeben, daß es sachlich dasselbe ist. Wir brauchen also hier keinen Streit um eine Auslegung.

Mir wird soeben mitgeteilt, daß der zweite Absatz in § 10 in dem Abänderungsantrag zu Antrag 198 wie folgt beginnt:

„Mit beratender Stimme nehmen am Parteitag teil:
1. die Mitglieder des Parteivorstandes und der Kontrollkommission."

Ich glaube, wir sind einverstanden, wenn wir diese Einschaltung noch vornehmen.

Nun ist auch wiederum die Sache geschäftsordnungsmäßig klar. Dieser Abänderungsantrag, den ich jetzt bekanntgegeben habe, kommt zuerst zur Abstimmung, weil er sich von dieser Vorlage, von der wir ausgehen, entfernt.

Wer also für diesen Abänderungsantrag ist — ich wiederhole noch einmal: Er bedeutet also, daß die Mitglieder des Parteivorstandes und der Kontrollkommission nur mit beratender Stimme am Parteitag teilnehmen sollen —, wer für diese Abänderung der Vorlage ist, den bitte ich um ein Zeichen.

Ich bitte um Auszählung der Stimmen.

Für diese Abänderung waren 129 Delegierte.

Wer ist gegen diese Abänderung? — Das sind 204. — Enthaltungen? — Das sind 9.

Die Abänderung ist abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über § 10 in der Fassung des Antrags 198. Hier ist Zweidrittelmehrheit erforderlich. Wer für § 10 in der Fassung des Antrags 198 ist, bitte ich, die Stimmkarte zu erheben. — Ich glaube, wir brauchen nicht auszuzählen. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Enthaltungen? — Einige Enthaltungen.

Der Antrag ist mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit angenommen. Wir kommen zur Abstimmung über § 17 gemäß Antrag 198. Hier habe ich zunächst den Vorschlag zu machen, über den ersten Absatz abzustimmen. Zu diesem ersten Absatz gehören die Anträge 210 und 217. Es ist wohl klar, wenn § 17 in dieser Fassung angenommen wird, daß damit eine Festlegung der Zahl der besoldeten oder unbesoldeten Vorstandsmitglieder nicht erfolgt, daß also der Parteitag jeweils in Auswirkung des Abs. 1 des § 17 beschließen müßte, welche Zahl von besoldeten und unbesoldeten Vorstandsmitgliedern zu wählen ist.

Aus diesem Grunde ist es erforderlich, zuerst über den Abänderungsantrag zu Antrag 210 abstimmen zu lassen, obwohl er nicht ganz

richtig eingereicht ist, denn diese Abänderung zum Antrag 210 würde eine solche Festlegung auch außerhalb der Satzung und nur für diesen Fall betreffen. Ist das klar? Anders kann ich den Antrag nicht auffassen. Der Antrag 217 ist ein Abänderungsantrag zu Antrag 210 und lautet:

„Der Parteivorstand besteht aus dem Vorsitzenden, zwei stellvertretenden Vorsitzenden, dem Kassier und 29 Mitgliedern."

Über diesen Antrag müssen wir deshalb zuerst abstimmen, weil dann, wenn er angenommen wird, § 17 Abs. 1 anders lauten muß.

Das Wort hat Walter Seuffert.

Walter Seuffert, München: Genossinnen und Genossen! Es darf kein Irrtum entstehen. In § 17 wird zunächst festgelegt, daß jeweilig der Parteitag die Zahl der zu wählenden besoldeten und unbesoldeten Mitglieder feststellt. Wenn die Satzung so angenommen ist, so wird der Parteitag über diese Zahlen Beschlüsse zu fassen haben. Zu diesen Beschlüssen liegt Ihnen ein Antrag des Parteivorstandes Nr. 210 vor, sowie ein Abänderungsantrag zu diesem Beschluß, der nachher vom Parteitag zu fassen ist.

Zuerst muß die Satzung beschlossen werden. Zuerst muß über § 17 und über die Abänderungsanträge zu § 17 abgestimmt werden. Nachher kommen die anderen Beschlüsse, die dann ihre Grundlage in der Satzung haben.

Vorsitzender Dr. Alex Möller: Ich bedauere sehr, Walter Seuffert nicht beipflichten zu können, denn wenn der Antrag 217, also der Abänderungsantrag zu dem Antrag 210, angenommen wird, müßte nach meiner Meinung § 17 lauten:

„Er besteht aus dem Vorsitzenden, zwei stellvertretenden Vorsitzenden, Kassierer (Schatzmeister) und einer vom Parteitag festzusetzenden Zahl weiterer Mitglieder."

Dann müßte also „der besoldeten und unbesoldeten" dort heraus, und das war doch ein Streitpunkt. Deswegen müßten wir nach meiner Meinung zunächst über den Abänderungsantrag abstimmen. Und wenn der Parteitag mit Mehrheit diesem Abänderungsantrag zu Antrag 210, also dem Antrag 217, zustimmt, dann hätte das eine Konsequenz für die Formulierung der Satzung. (Beifall.)

Würde der Parteitag die Freundlichkeit haben, sich dieser meiner Auffassung anzuschließen? (Beifall.)

Wir stimmen also zunächst über den Antrag 217 ab. Ich wiederhole, daß seine Annahme bedeutet, daß der Parteivorstand aus dem Vorsitzenden, zwei stellvertretenden Vorsitzenden, dem Kassierer und 29 Mitgliedern bestehen soll. Wer diesem Antrag zustimmen will, bitte ich, die Stimmkarte zu erheben. — Das sind 176 Delegierte. Wer ist gegen den Abänderungsantrag 217? — Das sind 153 Delegierte. — Enthaltun-

gen? — Einige Enthaltungen. Der Antrag 217 ist angenommen. Das bedeutet, daß wir bei der Abstimmung über § 17 Abs. 1 jetzt über die folgende Fassung abstimmen müssen:

„Die Leitung der Partei obliegt dem Parteivorstand. Er besteht aus dem Vorsitzenden, zwei stellvertretenden Vorsitzenden, dem Kassierer (Schatzmeister) und einer vom Parteitag festzusetzenden Zahl weiterer Mitglieder."

(Zurufe: Nein! — Zuruf: 29 Mitglieder!)

— Nein? Nein ist sehr bequem. Ich hätte dann empfohlen, daß ein solcher Änderungsantrag eingereicht wird.

Der Antrag 217 bezieht sich auf den Antrag 210, und der Antrag 210 ist ein Antrag zu Punkt 9 a der Tagesordnung und nicht zur Satzung, den wir deswegen heute behandelt haben, weil sonst das Verfahren morgen unmöglich wäre, ebenso die Besprechungen in den Delegationen. Die Annahme dieses Antrages bedeutet, daß dieser Parteitag beschlossen hat, daß die Wahl des Parteivorstandes morgen so erfolgen muß, wie das der Antrag 217 festgelegt hat. (Beifall.)

Der nächste Parteitag wird wieder beschließen müssen, wie vorzugehen ist. Das wäre ja dasselbe gewesen, wenn wir den Antrag 210 angenommen hätten. Ich hoffe, daß das nunmehr klar ist.

Wir kommen zur Abstimmung über § 17 Abs. 1, und zwar in dem von mir bekanntgegebenen Wortlaut. Wer für § 17 Abs. 1 in dem bekanntgegebenen Wortlaut ist, bitte ich um ein Zeichen. — Wir brauchen nicht zu zählen. — Gegenprobe. — Das sind 25. — Stimmenthaltungen? — Einige Enthaltungen.

Damit ist § 17 Abs. 1 mit der notwendigen Zweidrittelmehrheit in dem von mir vorher vorgetragenen Wortlaut angenommen.

Wir kommen jetzt zu § 17 Abs. 2 in der Vorlage des Antrags 198. Es handelt sich um das Parteipräsidium.

Wer für diesen Absatz 2 ist, bitte ich um ein Zeichen. — Bitte, die Gegenprobe. — Einige wenige Gegenstimmen. — Enthaltungen? — Auch einige Enthaltungen. Absatz 2 ist so angenommen.

Wir kommen zu § 17 Abs. 3:

„Die Zahl der Mitglieder des geschäftsführenden Vorstands bestimmt der Parteitag."

Wer für die Annahme dieses Absatzes ist, bitte ich um ein Zeichen. — Das ist die erforderliche Mehrheit. Absatz 3 ist so beschlossen.

Wir kommen jetzt zu Absatz 4, der die Wahlgänge bestimmt. Hierzu liegt ein Abänderungsantrag 216 vor. Dieser Abänderungsantrag beabsichtigt vier statt fünf Wahlgänge.

Wer für den Abänderungsantrag 216 ist, der vier statt fünf Wahlgänge vorschreibt, bitte ich um ein Zeichen. — 196. — Wer ist dagegen? — 140. — Enthaltungen? Wir müssen das genau feststellen, weil Zweidrittelmehrheit vorgeschrieben ist (Widerspruch.) — Ja, wir kommen nachher zur Zweidrittelmehrheit.

Der Abänderungsantrag 216 ist angenommen.

Wir kommen zum nächsten Absatz:

„Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der Stimmen der stimmberechtigten Delegierten erhalten hat."

Wer für diesen Wortlaut ist, bitte ich um ein Zeichen. — Dieser Absatz ist mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit so angenommen.

Wir kommen nun zum nächsten Absatz. Wer für diesen Absatz ist, bitte ich um ein Zeichen. — Auch dieser Absatz ist so beschlossen.

Wir kommen jetzt zum Antrag 215. Dieser Antrag 215 als Nachtrag zur Vorlage Nr. 4 würde den bisherigen Absätzen anzuhängen sein. Es ist also eine Ergänzung des § 17.

Das Wort zur Geschäftsordnung hat Genosse Rudolf-Ernst Heiland, Marl.

Rudolf-Ernst Heiland, Marl: Ich möchte nur ganz kurz darauf aufmerksam machen, daß der Vorsitzende bis jetzt noch nicht über den geänderten Abänderungsantrag für die Satzungsänderung hat abstimmen lassen. Das muß noch geschehen.

Vorsitzender Dr. Alex Möller: Genossinnen und Genossen, das ist doch wohl ganz klar: Jetzt muß ich erst einmal über den Antrag 215 abstimmen lassen, um zu wissen, ob der Parteitag mit Zweidrittelmehrheit beschließt, diese Absätze dem § 17 anzuhängen. Das könnte für die Schlußabstimmung über § 17 mit entscheidend sein. Ich könnte mir durchaus vorstellen, daß einige Delegierte ihre Stellungnahme zu der Abstimmung über den ganzen § 17 auch von Annahme oder Ablehnung dieses Antrags 215 abhängig machen. (Beifall.) Also müssen wir erst über den Antrag 215 abstimmen. Das darf doch gar keinem Zweifel unterliegen. Hier ist eine Zweidrittelmehrheit erforderlich.

Wer für den Antrag 215 ist, den bitte ich um ein Zeichen. — Danke. Das ist die erforderliche Zweidrittelmehrheit.

Nun haben wir abzustimmen über den § 17, und zwar in der abgeänderten Form. Abgeändert ist also der Teil, der statt fünf Wahlgängen vier Wahlgänge vorsieht, und hinzugekommen ist der Inhalt des Antrags 215. Ich nehme an, daß das klar ist. Wir stimmen also jetzt über den ganzen § 17 in dieser neuen Fassung ab. Wer für diesen § 17 ist, den bitte ich um ein Zeichen. — Ich bitte diejenigen, die mit Nein stimmen, die Stimmkarte zu erheben. — Bitte, Stimmenthaltungen! Wie viel Ent-

haltungen bitte? (Zuruf: Eine!) Es kann doch nicht schwer sein, festzustellen, daß das eine Stimme ist! (Heiterkeit.)

§ 17 ist also angenommen worden mit 240 Ja-Stimmen, 88 Neinstimmen und 7 Enthaltungen. (Bravo-Rufe und Beifall.)

Die erforderliche Zweidrittelmehrheit ist da. Ich habe es für notwendig gehalten, hier genau auszählen zu lassen, damit nachher keine Kommentierungen erfolgen können. (Zuruf.)

Wenn ich richtig rechnen kann, ist das die Zweidrittelmehrheit: 240 Ja-Stimmen, 88 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen — wenn wir das zusammenzählen, werden wir feststellen, daß 240 die Zweidrittelmehrheit ist. Wir haben ausdrücklich festgestellt, daß die Zweidrittelmehrheit von den abgegebenen Stimmen ermittelt wird. (Franzel: Die Zweidrittelmehrheit von sämtlichen Delegierten wäre 256, aber Sie haben vorhin beschlossen, die Zweidrittelmehrheit von den abgegebenen Stimmen zu nehmen.) Wir haben das nicht beschlossen, sondern ich habe festgestellt, daß § 32 Abs. 1 nur so ausgelegt werden kann, und es hat sich kein Widerspruch erhoben. (Beifall.)

Vielleicht darf ich zur Beruhigung des Parteitags noch sagen: Ich konnte so schnell den Herrn Syndikus der Bundestagsfraktion nicht erreichen, habe mich dann an den Juristen der Bundestagsfraktion, den Genossen Arndt, gewandt und mir von ihm vor Beginn der Abstimmung diese meine Auffassung als richtig bestätigen lassen. (Bravo-Rufe und Beifall.) Wir kommen nun zum § 22. Das ist der Parteirat. Wer für Annahme des § 22 ist, den bitte ich um Erheben der Stimmkarte. Ich stelle fest, daß das die Zweidrittelmehrheit ist.

Wir kommen zum § 23. Wer für Annahme des § 23 ist, den bitte ich um Erheben der Stimmkarte. — Das ist auch Zweidrittelmehrheit.

Wer für Annahme des § 24 ist, den bitte ich um Erheben der Stimmkarte. — Das ist auch Zweidrittelmehrheit.

Damit wäre der Antrag 198 in der Fassung angenommen, die sich aus der Beschlußfassung ergibt.

Nun kommen wir zu den Anträgen in der Antragsmappe. Das ist die Vorlage Nr. 4.

Ich bitte Sie, die Seite 53 aufzuschlagen. Beim Antrag 97 wird Ablehnung empfohlen. Antrag 97 Punkt 5 der Tagesordnung, Seite 53, Vorlage Nr. 4. Wer für die Ablehnung des Antrags 97 ist, den bitte ich um ein Zeichen. Ich bitte um die Gegenprobe. — Das erste war die Mehrheit.

Bei Antrag 98 ist Überweisung an den Parteivorstand beantragt worden. — Wer für diese Überweisung an den Parteivorstand ist, den bitte ich um ein Zeichen. Das ist die Mehrheit. — Es ist so beschlossen.

Die Anträge 99 und 100 sind erledigt durch Annahme des Antrags 198.

Zum Antrag 101 ist Überweisung an den Parteivorstand vorgeschlagen. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen. — Das ist die Mehrheit. Es ist so beschlossen.

Die Anträge 102 bis 109 sind durch den Antrag 198 erledigt.
Bei Antrag 110 ist die Situation so, daß alle Teile dieses Antrags 110 erledigt sind durch den Antrag 198, bis auf den Vorschlag zu § 14 Abs. 1 Ziff. 2. Hier wird die Ablehnung empfohlen.

Wer für die Ablehnung ist, den bitte ich um ein Zeichen. Ich bitte um die Gegenprobe. Das erstere war die Mehrheit, das letztere war die Minderheit; es ist so beschlossen.

Antrag 111: Da ist die Situation so, daß dieser Antrag 111 durch den Antrag 198 als erledigt anzusehen ist, bis auf den § 7. Hier wird — (Zuruf: § 3!) — Bitte? (Zuruf: § 3!) — Das ist durch die bisherige Beschlußfassung zweifellos erledigt. (Zurufe.)

Es wird also für den § 7 Ablehnung empfohlen. Im übrigen wird empfohlen, den Antrag 111 als durch die Annahme des Antrags 198 erledigt anzusehen.

Wer für diese Auffassung ist, den bitte ich um ein Zeichen. — Ich danke. Das ist die Mehrheit. — Es ist so beschlossen.

Antrag 112: Hier ist die Situation so, daß empfohlen wird, den § 5 Abs. 1 anzunehmen. Hier heißt es:

> „Vertrauensmann der Partei ist, wer von der zuständigen Parteikörperschaft für ein bestimmtes Vertrauensamt gewählt wird."

Die Fassung des § 5 im Organisationsstatut ist ja bekannt. Hier handelt es sich also um den Absatz 1, der an Stelle von „Funktionär" den „Vertrauensmann" setzt.

Wer für Annahme des Antrags ist, den bitte ich um ein Zeichen. — Ich bitte um die Gegenprobe. Da müssen wir auszählen. Ich bitte also nochmals. — Es handelt sich hier um eine Satzungsänderung, die nur durchgeführt werden kann, wenn eine Zweidrittelmehrheit vorliegt. Wer also im § 5 Abs. 1 an Stelle der Bezeichnung „Funktionär" setzen will „Vertrauensmann", also diesen Antrag annehmen möchte, den bitte ich um ein Zeichen: 199 Ja.

Ich bitte um die Gegenprobe. Wer ist dagegen? Ich bitte, auszuzählen. — Ich bitte um Stimmenthaltungen. — Stimmenthaltungen? — Bitte, wieviel Enthaltungen?

Also: 199 Ja, 131 Nein, 9 Enthaltungen.
Der Antrag ist abgelehnt.

Er hat nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit bekommen. Es bleibt beim Funktionär. (Lebhafter, langanhaltender Beifall.)

Wenn ich richtig beobachtet habe, haben aber jetzt auch Genossen mitgeklatscht, die dafür gestimmt haben. (Lebhafte Heiterkeit.)

Wir kommen jetzt zum Absatz 8 im § 5. Hier wird Ablehnung empfohlen. (Zurufe.)
Es wird Ablehnung empfohlen bei Absatz 8:

> „Die Abberufung als Vertreter der Partei erfolgt durch das Parteiordnungsverfahren."

Es wird vorgeschlagen, es bei dieser Fassung zu belassen:

> „Für die Abberufung als Vertreter der Partei gelten dieselben Zuständigkeiten wie für die Aufstellung."

Wer also für Ablehnung des Abs. 8 ist und für die Fassung, die jetzt im Organisationsstatut ist, den bitte ich um ein Zeichen. — Die Ablehnung ist beschlossen.

Beim § 8 Abs. 2 wird Annahme empfohlen. — Wer für die Annahme ist, den bitte ich um ein Zeichen. — Das ist auch so mit Zweidrittelmehrheit beschlossen.

Im übrigen wird festgestellt, daß hier dann noch besonders abzustimmen ist über den § 25 im Antrag 112. Hier wird die Annahme, aber mit einer Änderung, empfohlen, und zwar soll der Abs. 2 neu lauten:

> „Hauptamtlich in der Partei tätige Mitglieder der Partei können der Kontrollkommission nicht angehören."

Es wird Annahme mit dieser Änderung empfohlen. Das gilt für die Kontrollkommission.

Wer für die Annahme ist, den bitte ich um ein Zeichen. Das ist so beschlossen.

Im übrigen sind dann die anderen Teile des Antrags 112 durch Annahme des Antrags 198 erledigt.

Erledigt ist auch durch Antrag 198 der Antrag 113. Dasselbe gilt für 114 und 115.

Bei Antrag 116 wird die Ablehnung empfohlen. Wer für die Ablehnung ist, den bitte ich um ein Zeichen. — Das ist so beschlossen.

Antrag 117 ist durch Antrag 198 erledigt.

Bei Antrag 118 wird empfohlen, den letzten Absatz an den Parteivorstand zur Erledigung zu überweisen. Im übrigen ist dann der Antrag durch Antrag 198 erledigt. — Stimmt der Parteitag diesem Vorschlag zu? Dann bitte ich um ein Zeichen. — Das ist der Fall. Es ist so beschlossen.

Antrag 119 ist durch Antrag 198 erledigt.

Antrag 120 ist durch Antrag 198 erledigt.

Antrag 121 ist durch Antrag 198 erledigt.

Bei Antrag 122 — Mannheim-Stadt — wird Ablehnung empfohlen. Wer für Ablehnung ist, den bitte ich um ein Zeichen. — Ich danke. — Das ist so beschlossen.

Bei Antrag 123 wird Ablehnung empfohlen. Wer für Ablehnung ist, den bitte ich um ein Zeichen. — Es ist so beschlossen.

Der Antrag 124 ist durch Antrag 198 erledigt. — Dasselbe gilt für den Antrag 125.

Antrag 126 ist durch den Antrag 198 erledigt.

Der Antrag 127 ist durch den Antrag 198 erledigt.

Dasselbe gilt für die Anträge 128, 129, 130 und 131.

Nun bitte ich, die Vorlage zur Hand zu nehmen, die bezeichnet ist: „2. Nachtrag zur Vorlage Nr. 4" und aufzuschlagen Seite 15.

Hier ist unter der Überschrift zu Punkt 7 der Tagesordnung enthalten der Antrag 208. Wir haben beschlossen, diesen heute hier mitzuerledigen, weil er zum Organisationsstatut gehört und wir dann das Organisationsstatut in neuer Fassung beschlossen hätten.

Zunächst darf ich abstimmen über die neue Fassung des § 19, das heißt über den Satz 3, der neu eingefügt werden soll. — Wer für diese Fassung ist, den bitte ich um ein Zeichen. Ich bitte um Erheben der Stimmkarte. — Danke. Das ist so beschlossen.

§ 28 soll eine Ziffer 13 neu erhalten. Näheres ist der Begründung zu entnehmen. — Wer für diese neue Ziffer 13 ist, den bitte ich um ein Zeichen. Das ist auch so beschlossen.

Dann ist weiter beantragt worden, in § 32 Abs. 2 die Bestimmung zu streichen, weil sie gegenstandslos geworden ist. Das ist leicht anhand des Statuts festzustellen. Wer für diese Streichung ist, den bitte ich um ein Zeichen. Auch das ist so beschlossen.

Damit hätten wir diesen Punkt der Tagesordnung erledigt. Ich hoffe und wünsche, daß ... (Zurufe: Antrag 211!) — Bitte? (Zurufe: Antrag 211!) — Antrag 211 können wir auch gleich miterledigen. — Wer dafür ist, daß der geschäftsführende Vorstand (Parteipräsidium) aus neun Mitgliedern besteht, den bitte ich um ein Zeichen. — Das ist auch beschlossen.

Damit hätten wir den Punkt 5 und auch einige Anträge zu Punkt 7 und hier in dem letzten Fall wieder Punkt 9 a erledigt.

Es besteht also Klarheit darüber, wie nun morgen die Wahl zum Parteivorstand erfolgen muß. Wir haben ja festgestellt, daß, insoweit die neuen Bestimmungen gelten, nicht bezüglich der Fristen und der anderen Dinge; auch das haben wir vorher festgestellt.

Nachdem also der Parteitag in hervorragender Disziplin solange ausgehalten hat und in den letzten Minuten noch immerhin beachtliche gymnastische Leistungen zeigte (Heiterkeit), darf ich annehmen, daß ich berechtigt bin, den Parteitag auf morgen früh 9 Uhr zu vertagen. — Das ist der Fall. (Lebhafter Beifall.)

(Schluß der Sitzung: 21.02 Uhr.)

VIERTER VERHANDLUNGSTAG

DONNERSTAG, DEN 22. MAI 1958

(Beginn: 9.00 Uhr)

Vorsitzender Max Brauer: Die Sitzung ist eröffnet. Wir beginnen unsere Beratungen mit dem Punkt 4 der Tagesordnung:

Erste Beratung des Entwurfs eines Grundsatzprogramms der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Bevor ich dem Referenten Willi Eichler dazu das Wort erteile, habe ich die angenehme Aufgabe, der Genossin Gertrud Wetzel (Pfalz) zu ihrem heutigen Geburtstag die Glückwünsche des Parteitags zu überbringen. (Beifall)

Genossinnen und Genossen! Am heutigen Tag, dem 22. Mai, feiert der Genosse Wilhelm Kaisen seinen 71. Geburtstag. Wilhelm Kaisen hat aus mancherlei Gründen an der Tagung des Parteitags nicht teilnehmen können. Ich bitte aber um das Einverständnis, daß ihm der Parteitag seine Glückwünsche darbringt.

Wilhelm Kaisen steht über ein halbes Jahrhundert in der Arbeiterbewegung; er hat ihr unermüdlich gedient und steht auch heute noch an einem entscheidenden und wichtigen Platz. Ich darf dem Wunsch Ausdruck geben, daß er in Gesundheit noch viele Male seinen Geburtstag begehen kann. (Bravo-Rufe. — Beifall)

Ich entnehme dem Beifall, daß der Parteitag einverstanden ist, daß wir ihm diese Glückwünsche überbringen.

Nunmehr bitte ich den Genossen Willi Eichler, das Wort zu nehmen.

Willi Eichler: Liebe Genossinnen und Genossen! Nach den Bundestagswahlen sagte ein nicht übertrieben wohlwollender Kritiker der SPD, ihr Vorstand habe sich jetzt bei einer Kommission ein Programm bestellt. Nun, abgesehen davon, daß dieses Programm zu erstellen schon 1954 vom Berliner Parteitag der SPD beschlossen worden ist, so hatte die Kommission von ihrer Aufgabe eine andere Vorstellung. Unsere Partei braucht eine dauernde Selbstverständigung in ihren eigenen Reihen und auch eine Grundlage für die Auseinandersetzung mit Außenstehenden. (Glocke)

Vorsitzender Max Brauer: Genossinnen und Genossen! Wir haben mehrfach am gestrigen Tage darauf hingewiesen, daß wir die Vorschläge für die Wahlen bis 10 Uhr hier oben haben müssen. Später eingehende Vorschläge können nicht mehr berücksichtigt werden. Ich bitte, auf diese Zeit zu achten und uns die Vorschläge herzubringen, soweit noch Vorschläge gemacht werden.

Willi Eichler (fortfahrend): Wir sind der Auffassung, daß unser Entwurf eine Grundlage für eine Diskussion sein sollte, und zwar für eine Diskussion, an der möglichst jede oder jeder unserer Genossinnen und Genossen teilnehmen sollte und jeder, der sich außerhalb ihrer daran zu beteiligen wünscht. Denn nur wenn ein lebendiger Widerhall geweckt wird, wenn Tatsachen und Gründe und Gegengründe in Sachlichkeit zusammengetragen werden, dann wird nicht nur für alle, sondern durch alle ein Programm entstehen, das die freie Überzeugung jedes Sozialdemokraten ausdrückt, das jeder Sozialdemokrat kennt und vertreten kann und das dann dazu beitragen wird, bei uns jene Geschlossenheit und Entschlossenheit aufzubringen und zu schaffen, die eine Vorbedingung unseres Erfolges ist.

Wir haben jetzt den Programmentwurf vorgelegt, und ich habe dazu einige Erläuterungen, Zusammenstellungen und Beurteilungen zu geben. Da ist zunächst, liebe Genossinnen und Genossen, in unserer Zeit, die sich häufig schneller wandelt, als wir alle diesem Wandel zu folgen vermögen, der Entschluß, sich ein Grundsatzprogramm zu geben, nur einer Partei möglich, die den Wahlspruch „Keine Experimente" nicht akzeptiert. Aber auch in unserer Partei ist es noch nicht völlig ausgemacht, daß alle ihre Mitglieder von der Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit, ja auch nur von der Möglichkeit eines solchen Programms überzeugt sind. Solche Hemmungen liegen in der Natur der Sache. Jede Partei, die in einer Demokratie an die Macht kommen will, und die SPD gehört dazu, ist darauf angewiesen, eine Mehrheit der Menschen von der Richtigkeit und der Ernsthaftigkeit ihrer Auffassung und ihrer Haltung zu überzeugen. Sie muß also Menschen und Gruppen der verschiedenen sozialen Schichten ansprechen und sich auch an bestimmte und feste Formeln in ihrem Programm binden, das heißt, sich auch manchem Personenkreis verschließen. Es gibt noch einen tiefergehenden Einwand, und dieser tiefergehende Einwand entstammt nicht dem Opportunitätsdenken, sondern dem Wahrheitsgefühl des Menschen. Wer traut sich eigentlich in unserer immer komplizierter werdenden Umwelt, in diesem „geordneten Chaos", wie es treffend genannt wurde, zu, es der Erkenntnis so zugänglich zu machen, es so zu deuten, daß es uns das Geheimnis seiner ineinander verflochtenen Zuammenhänge, seiner Ursachen und Wirkungen rückhaltlos preisgibt? Und wer will sich herausnehmen, vorauszusagen und vorauszuplanen, was die ganze Menschheit erarbeiten sollte, um einen Zustand zu erreichen, der ihrer würdig ist? Überfordern wir damit nicht grundsätzlich unsere Fähigkeit, zu erkennen, zu wollen, zu gestalten und zu erziehen?

Wir waren uns dieser Schwierigkeit bewußt. Wenn sie nicht bestanden hätte, wäre der Entwurf viel schneller fertig geworden. Wir können nicht alles wissen und auch nicht alles verstehen. Aber das gilt nicht nur für uns und für heute, sondern für alle Menschen und für alle Zeiten. Wir haben daraus nicht den Schluß gezogen, daß „nicht völliges Verstehen" dasselbe ist wie „völliges Nichtverstehen". Lessing hat uns das schöne Wort hinterlassen: „Nicht die Wahrheit, die jemand gefunden hat oder gefunden zu haben glaubt, sondern die aufrichtige Mühe, die jemand aufgewendet hat, um hinter die Wahrheit zu kommen, machen den Wert des Menschen." Er wollte uns trotz der Schwierigkeiten der Wahrheitsfindung

also nicht etwa davor warnen, die Wahrheit zu suchen, wohl aber davor, sich im Besitz von Teilwahrheiten als Hüter d e r Wahrheit zu fühlen, die man dann nur noch zu dogmatisieren brauchte, nach der Regel: „Am besten ist's, wenn Ihr nur einen hört, und auf des Meisters Worte schwört!" Denn, liebe Genossinnen und Genossen, eine solche Haltung und eine solche doktrinäre Voreiligkeit wäre in der Tat die größte Gefahr für die sozialistische Bewegung, weil damit der notwendige Prozeß des ständigen Denkens und Überdenkens unserer Situation und der Anwendung unserer sozialistischen Grundwerte auf die dauernd sich verändernde Umwelt geradezu selbstmörderisch unterbrochen würde. Wenn dieser Prozeß der ständigen Orientierung gestoppt wird, wird damit auch jede durchdachte, nichtopportunistische Politik gestoppt. Wenn wir aber die Notwendigkeit, unsere geistige Entwicklung zu bewältigen, einsehen, und wenn ein planvolles Eingreifen in diese Entwicklung nicht ohne dauernde Erkenntnis der Zusammenhänge möglich ist, dann ergibt sich hieraus die Antwort auf den Einwand, man solle sich nicht programmatisch die Hände binden, weil man sonst keine erfolgreiche Politik betreiben könne. Hier fragt sich doch ganz einfach: Was heißt erfolgreiche Politik? Eine Partei, die als bloße Interessenpartei nicht vorhat, der Gesellschaft einen bestimmten Sinn und eine bestimmte Gestalt zu geben, braucht kein Programm. Sie braucht nur findig und gerissen nach der Macht zu streben. Eine sozialistische Partei, die um des Menschen willen politisch und pädagogisch wirken will, weil sie den Menschen innerlich und äußerlich befreien will, muß vorher wissen und durchdenken, was diesem Ziel am meisten frommt. (Beifall.)

Und die Überzeugungskraft ihrer Vorstellungen wird um so größer sein, je mehr sie selber und jedes ihrer Mitglieder von solchen klaren Überzeugungen getragen sind. Solche Überzeugungen zu erarbeiten und klarzustellen, haben wir uns in diesem Programm bemüht. Es ersetzt weder ein Aktionsprogramm noch gar Regierungserklärungen oder Wahlflugblätter. Aber es soll für diese unerläßlichen Mittel im politischen Kampf die Grundlage abgeben, von der aus erst eine sinnvolle und zielstrebige Propaganda gemacht werden kann. Propaganda für den Sozialismus darf nicht von der Hand in den Mund, sondern muß vom Kopf in die Hand leben. (Beifall.)

Die Form der Propaganda wird durch dieses Programm überhaupt nicht berührt. Ein an Grundsätze gebundenes Programm und eine darauf aufbauende Politik verpflichtet nicht zu unwirksamer und unmoderner Propaganda, wie viele der Menschen zu meinen scheinen, die uns mit dem modernen Slogan kommen, man müsse Politik „verkaufen".

Genossinnen und Genossen! Es scheint uns also vernünftig begründet zu sein, daß in der Partei seit einigen Jahren schon ein Grundsatzprogramm verlangt worden ist. Die Programm-Kommission hat in 40 Sitzungen, vor allem in den Unterausschüssen, angestrengt gearbeitet, unterstützt von Beratern und Gutachtern. Sie bestand aus 34 Personen und war in ihren Unterausschüssen so vielseitig wie möglich zusammengesetzt. Nicht jedes Mitglied der Kommisison hat sich mit gleicher Intensität der Arbeit widmen können. Für alle Mitarbeiter waren die

Beratungen und die Vor- und Nacharbeiten eine außerordentliche Belastung, die sie zusätzlich zu anderen Verpflichtungen auf sich zu nehmen hatten. Aus den Schwierigkeiten erklärt sich, daß der Programmentwurf nicht früher fertig geworden ist.

Mancher wird fragen: War ein so großer Aufwand überhaupt nötig? In früheren Zeiten wurde eine solche Arbeit ein oder zwei Menschen übertragen, die sie in verhältnismäßig kurzer Zeit bewältigten. Die Antwort ist einfach: Die Welt des Erfahrbaren und die Erfahrungen selber sind ungeheuer ausgeweitet worden, und damit ist der Bereich dessen, was man für solche Arbeiten wissen muß, für einen einzelnen überhaupt nicht mehr überschaubar. Heute ist jeder Versuch einer Deutung unserer Gesellschaft und ihrer planmäßigen Gestaltung nur noch in einem Teamwork, als Gemeinschaftsarbeit möglich.

Ich komme nun zu dem Entwurf selber: Im Zentrum aller sozialistischen Bestrebungen stehen der Mensch und seine Anliegen. Davon gehen wir aus. Da zeigt sich sofort die Einheit aller politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bereiche. Man kann zwar begrifflich und arbeitstechnisch etwa Außenpolitik, Innenpolitik, Wirtschaftspolitik und Kulturpolitik trennen; aber unser letzter Maßstab der Beurteilung für alle diese Bereiche ist immer die Frage: Wie lebt der Mensch in ihnen, welche Möglichkeiten schaffen und lassen sie der Entfaltung seines Menschentums? Denn die Würde des Menschen ist für jeden unantastbar, sie ist ein Wert, der sein Eigenwert ist, der es verbietet, daß er durch irgendeinen anderen Menschen zu irgendeinem Zweck das bloße Mittel abzugeben hat. Und das heißt: Der Mensch muß die Freiheit haben, sein Leben nach eigener Verantwortung zu führen und in freigewählter Gemeinschaft mit anderen das politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben zu formen. In unserem Entwurf heißt es darüber:

„Die für alle Menschen gleiche Würde verlangt Freiheit der Selbstbestimmung. Diese Freiheit muß für alle gelten. Denn aus der Freiheit wird bloße Willkür, wenn sie das Recht des andern auf seine Freiheit verletzt. Freiheit und Gerechtigkeit bedingen einander.

Ohne Gerechtigkeit wird aus Freiheit Willkür, ohne Freiheit für alle ist Gerechtigkeit nicht möglich. Die personale Würde der Menschen liegt im Anspruch auf ihre Freiheit und in der Anerkennung des Rechts ihrer Mitmenschen auf deren Freiheit, ihre Persönlichkeit zu entwickeln und an der gemeinsamen Gestaltung der Gesellschaft gleichberechtigt mitzuwirken. Der Menschenwürde Raum für ihre Entfaltung zu geben ist das oberste Ziel aller sozialistischen Politik."

Manche werden hier vielleicht sagen, dieses Ziel sei so abstrakt, daß es für die politische Praxis nicht viel sage. In der Tat gibt es wenige, die dieser allgemeinen Form der Zielsetzung in Worten widersprechen. Aber die Sozialisten haben keinen Grund, sich durch diese scheinbare Übereinstimmung der politischen Überzeugungen irritieren zu lassen, denn diese Übereinstimmung besteht oft tatsächlich nicht. Das zeigt sich sofort, wenn man daran geht, Freiheit und Gerechtigkeit zu verwirklichen und damit der Menschenwürde politisch und kulturell zu entsprechen.

Diese Aufgabe ist fast immer, selbst von jenen, die sie ernst nahmen, in ihren Schwierigkeiten und Konsequenzen unterschätzt worden. Ja man kann sogar sagen, daß gerade die Versuche, diese Werte in der Gesellschaft zu verwirklichen, dazu beigetragen haben, daß viele Menschen an diesen Werten irre geworden sind und sie für ungeeignet halten, einer sozialistischen Politik und Wirtschaft, einer Menschheitskultur als Grundlage zu dienen. In Wirklichkeit haben diese Versuche aber nicht unsere Werte selber, sondern die Wege zu ihrer Verwirklichung als unzureichend enthüllt, was uns zu besonderer Behutsamkeit in bezug auf unsere eigenen Wege und Methoden veranlassen sollte.

Drei solcher Methoden scheinen mir das deutlich zu machen. Die Französische Revolution und die neben und mit ihr einsetzende industrielle Revolution hatten unter dem großen Dreiklang der Ideale der Freiheit, der Gleichheit und der Brüderlichkeit begonnen. Die Freiheit von den autoritären Gewalten sollte im Aufbau eines demokratischen Staates erreicht werden, in dem jeder Staatsbürger grundsätzlich das gleiche Gewicht haben sollte durch die Gleichheit bei der Stimmabgabe. Die Freiheit in der Wirtschaft sollte erreicht werden durch die Gewerbefreiheit und die Vertragsfreiheit, die jedem Arbeitenden das Recht auf die freie Wahl des Arbeitsplatzes und die Aushandlung der Arbeitsbedingungen sichern sollte — alles schien also auf dem besten Wege zur Freiheit und Gleichheit zu sein. Die Ergebnisse aber entsprachen den Erwartungen keineswegs. Was war geschehen? Der Arbeiter war in dieser Entwicklung, wie Karl Marx bitter feststellte, doppelt frei geworden: frei von Produktionsmitteln und frei, seine Arbeitskraft zu verkaufen. Es war ihm nicht v e r b o t e n, Produktionsmittel zu kaufen. Daß er dafür kein Geld hatte, interessierte die Wirtschaftsgestalter nicht, die ihn ja nicht hinderten, etwas zu verdienen, die sich aber nicht den Kopf darüber zerbrachen, daß das Recht, beliebig viel zu kaufen, dem nichts nützt, den seine soziale Stellung immer am Rande des Existenzminimums hält. Der Arbeiter hatte das R e c h t, seine Arbeitskraft beliebig zu verkaufen — aber es war niemand verpflichtet, sie ihm abzunehmen. In dieser Lage einfach das „Spiel der freien Kräfte" für die Verwirklichung der Freiheit auszugeben, hieß die Freiheit des Arbeiters, über sich selbst zu bestimmen, gerade ausschließen. Es hieß, den Besitzern der Produktionsmittel zwar nicht gesetzlich, aber tatsächlich die Entscheidung über das Schicksal der Arbeitnehmer zu überlassen. Die Resultate sind bekannt: Unter dem Druck des sozialen Zwanges mußten Kinder unter Tage im Bergbau arbeiten und Männer und Frauen für einen Lohn ihre Arbeitskraft verkaufen, der nicht einmal das Existenzminimum erreichte. Die moralische und physische Zerrüttung der einzelnen und der Familien war die Folge; jene Selbstentfremdung des Menschen war erreicht, in der der Mensch von einem sein Leben bestimmenden Subjekt zum Objekt der Herren der Wirtschaft geworden war.

Drei gesellschaftliche Mächte waren aufgerufen, hier einen Ausweg zugunsten der Freiheit und der Menschlichkeit zu finden: Der Staat, die Wissenschaft und die Kirchen. Der Staat erklärte sich für unzuständig, er hatte die Freiheit zu schützen und für die Einhaltung des Arbeitsvertrages zu sorgen. Und das tat er. Aber es interessierte ihn mehr die Freiheit

der Unternehmer als die Gerechtigkeit in der Beurteilung des Loses der Arbeiter. Die Wissenschaft erwartete, auf die Dauer gesehen, auch für den Arbeiter eine Verbesserung seiner Position, da ja die Steigerung der Produktivkraft und die größere Versorgungsmöglichkeit mit Konsumgütern schließlich auch dem Arbeiter nützen mußten. Das dabei eintretende Elend mußte eben vorübergehend durch soziale Maßnahmen gelindert werden. Die Kirchen waren zunächst nicht in der Lage, das grundsätzliche Problem der Selbstentfremdung zu erkennen. Sie halfen, so weit sie konnten, durch Armenfürsorge, Familienbetreuung und Seelsorge. Aber auch sie waren — bei einzelnen Ausnahmen wie etwa Charles Kingsley oder Bischof Ketteler — weit entfernt davon, dem Arbeiter gegen die Wirtschaftswillkür als solcher beizustehen. War es ein Wunder, daß die Arbeiter diese Art der Verwirklichung von Freiheit als einen Hohn auf ihre Freiheit und Menschenwürde empfanden? War es ein Wunder, daß schließlich zusammen mit diesem Mißbrauch des Ideals der Freiheit auch das Ideal der Freiheit selber bei vielen in Mißkredit geriet? In dieser Zeit beginnt die sozialistische Bewegung als Protest gegen die gesellschaftliche Verwahrlosung und gegen die schamlose Ausbeutung des Menschen. (Glockenzeichen)

Vorsitzender Max Brauer (unterbrechend): Genossinnen und Genossen! Es wird uns mitgeteilt, daß die Genossen hinten im Saal dem Referat nicht folgen können, einmal wegen des Lärms im Saal; aber ich glaube, man muß auch den Genossen Eichler bitten, etwas näher zum Mikrofon zu treten, damit seine Ausführungen besser übertragen werden können. (Beifall.)

Willi Eichler (fortfahrend): Ich bitte, jetzt zu prüfen, ob es so besser geht. (Zurufe: Ja!) — Danke schön! Das hätten wir früher haben können. Ich sagte also, die sozialistische Bewegung beginnt als Protest gegen die gesellschaftliche Verwahrlosung und gegen die schamlose Ausbeutung des Menschen. Das Marxsche Werk beginnt, und das muß immer wieder gesagt und festgehalten werden, als ein Kampf um die Freiheit, um die ungeteilte Freiheit (Beifall), um die Freiheit für alle. Das aber heißt, auch um die soziale Gerechtigkeit. Die Ausbeutung sollte dadurch beseitigt werden, daß die private Verfügungsmacht über Produktionsmittel überhaupt nicht mehr geduldet wurde. Die Einsicht in diese Zusammenhänge mußte den Arbeitern nahegebracht werden; sie sollten begreifen, daß sie als Angehörige der Klasse der von den Produktionsmittelbesitzern einseitig Abhängigen ein gemeinsames Interesse daran hatten, sich selber als Opfer der Klassengesellschaft zu befreien und durch die Vergesellschaftung der Produktionsmittel die Klassenherrschaft überhaupt zu überwinden. Die Arbeiter mußten sich organisieren, um als organisierte Macht den Kampf gegen die Klassenherrschaft aufnehmen zu können. Das eigentliche Ziel dieses Kampfes aber wird schon im „Kommunistischen Manifest" bezeichnet als „die freie Association, in der die Freiheit des einzelnen die Bedingung für die Freiheit aller ist". Unter diesem Zeichen hat die sich organisierende Arbeiterbewegung in ständigen, schweren und opferreichen Kämpfen gegen die herrschenden Klassen Schritt um Schritt ihre Position verbessert und damit der Idee der Menschlichkeit gedient. (Beifall)

Über das Verbot der Kinderarbeit, den Schutz der Frauenarbeit, die Begrenzung der Arbeitszeit ist ein weitreichendes Arbeitsrecht erreicht und schließlich die Entwicklung zum Wohlfahrtsstaat angebahnt worden.

Genossinnen und Genossen! Nur diesen unter ungeheuren Anstrengungen und Opfern erreichten Erfolgen ist es zu verdanken, daß die Arbeiterbewegung heute maßgeblich die Entwicklung unserer Gesellschaft mitbestimmt. Das sollten wir alle bedenken, wenn heute vieles für selbstverständlich gehalten und gedankenlos hingenommen wird, was nur das Ergebnis harter Kämpfe sozialistischer Generationen ist. Deren Anstrengungen verdanken wir es, daß wir heute weiterbauen, daß wir die Erfahrungen nutzen können, um Freiheit und soziale Gerechtigkeit zu sichern und auszubauen — denn sie sind bei weitem noch nicht gesichert, auch nicht etwa durch den Wohlfahrtsstaat. (Beifall)

Wenn heutzutage gegen den Wohlfahrtsstaat angegangen wird, so wird sein Ursprung vergessen. Ihm und der Vollbeschäftigungspolitik wird auch die Geldentwertung angekreidet, die aus der maßlosen Verschwendung resultiert, mit der Aufrüstung und Kriegsvorbereitung in einer Zeit betrieben werden, in der die Produktionstechnik Rüstung und Krieg kostspieliger machen als jemals. Dabei ist der Wohlfahrtsstaat lediglich ein Ausdruck der Tatsache, daß die große Mehrzahl der Menschen außerstande geblieben ist, sich selber gegen die Wechselfälle des Lebens, gegen Krankheit und Unglücksfälle, gegen die Erwerbsunfähigkeit im Alter zu sichern. Wo bleibt denn das Gewissen derjenigen, die als verderblichen Versorgungsstaat bezeichnen, was nichts anderes ist als die Hilfe gegen die Folgen von Krieg, Inflation, Zerstörung und Vertreibung? Wenn wir für den Wohlfahrtsstaat eintreten, so sehen wir in ihm nicht den Sozialismus. Im Wohlfahrtsstaat findet nicht mehr statt als eine gewisse und begrenzte Umverteilung der im Produktionsprozeß gewonnenen Einkommen über den Staat; er ändert nichts an der grundsätzlichen Art der Verteilung von Eigentum und Vermögen.

Die Sozialisten standen im Kampf um eine bessere Gesellschaftsordnung immer vor zwei Gefahren: die eine lag in dem Verlangen, den Leidensweg der Ausgebeuteten möglichst abzukürzen und deshalb schnell und mit allen Mitteln an die politische Macht zu kommen, weil unter einer sozialistischen Regierung die industrielle Entwicklung und die mit ihr verbundene geistige Umformung des Menschen schneller und besser erfolgen könne. Dieser verlockende Gedanke hat aber immer übersehen lassen, daß die Industrialisierung in einer unterentwickelten Gesellschaft und Wirtschaft riesige Opfer fordert, die von großen Teilen der Bevölkerung zunächst nicht begriffen und gebilligt werden, der Bevölkerung also durch politischen Druck aufgenötigt werden müssen. Dieser harte Druck erfordert nicht nur eine besondere Ideologie, er verhindert auch die Entwicklung eines demokatischen Bewußtseins, das nur durch die freiwillige Teilnahme aller an einer solchen Entwicklung wachsen und ausgebildet werden kann. Eine nachträgliche Demokratisierung aber wird um so schwerer, als die Zwangsindustrialisierung eine politische und wirtschaftliche Bürokratie benötigt, die schließlich alle Machtmittel des Staates, der Wirtschaft und der Erziehung in ihrer Hand vereinigt hat und sich erfolgreich dagegen wehrt, sich diese ihre Macht durch eine demokratische

Kontrolle entwinden zu lassen. Freiheit und soziale Gerechtigkeit, die Grundanforderungen an eine sozialistische Gesellschaft, sind bei diesem Versuch auf der Strecke geblieben.

Die andere Gefahr für die Arbeiterbewegung bestand darin, daß diejenigen, die die Abkehr vom Wege der Demokratie mit Recht für verhängnisvoll hielten, sich an die bestehenden Verhältnisse anpaßten und schließlich den einzigen Sinn des sozialistischen Befreiungskampfes darin sahen, die Lebenslage der Arbeiter in der bestehenden Ordnung zu verbessern. Viele Sozialisten meinten, auch ohne eine grundlegende Veränderung der wirtschaftlichen und sozialen Machtverhältnisse alle Menschen zu gleichberechtigten Mitgliedern der Gesellschaft machen zu können. Damit verloren sie nicht nur das sozialistische Ziel aus den Augen, sie engten auch ihren eigenen Wirkungsbereich ein, weil viele den Sozialismus als eine Bewegung ansahen, der es nur um sozialrechtliche Probleme der Arbeiter zu gehen schien.

Der demokratische Sozialismus muß alle diese Erfahrungen vorurteilslos prüfen. Sie zeigen, daß keine organisatorisch-technische Maßnahme für sich gesehen ausreicht, Freiheit und Gerechtigkeit zu sichern. Mir scheint dies eine der bedeutsamsten Lehren der Geschichte zu sein, die wir zu verarbeiten haben. Vor allem die Französische Revolution hat den Weg zur politischen Freiheit in die Wege geleitet. Im kapitalistischen Industrialisierungsprozeß wurde der Arbeiter durch seine wirtschaftliche Ausbeutung auch am Gebrauch seiner politischen Rechte gehindert, soweit er sie schon erworben hatte. Sein elendes Leben hinderte ihn, an der Bildung und am kulturellen Leben seiner Zeit teilzuhaben. Die völlige Verstaatlichung der Produktionsmittel in der Sowjetunion, die das Eigentum an den Produktionsmitteln formell auf „die Arbeiter und Bauern" übertragen hat, zeigt, wie bei einer solchen allgemeinen Verstaatlichung die Menschen wirtschaftlich und politisch sogar noch ärger ausgebeutet werden können als in einer kapitalistischen Gesellschaft. (Beifall.)

Hier scheint mir aus Gründen der Gerechtigkeit nötig, zu sagen, daß die Revolutionäre der Russischen Oktoberrevolution natürlich nicht den späteren Stalinschen Terrorstaat etwa geplant hätten. Ihnen lag an der Befreiung der russischen Arbeiter und Bauern vom kapitalistischen Joch und aus dem sozialen und menschlichen Elend. Um so tragischer mutet der Verlauf der Russischen Oktoberrevolution an. Aber die Erfahrungen in der Weimarer Republik zeigen, daß auch eine demokratische Republik, deren Verfassung die Rechte der Arbeiterschaft schützt, die sich besonderer sozialpolitischer Pflichten durchaus bewußt ist, die den Gewerkschaften und politischen Parteien die Freiheit läßt und das Volk als mündig behandelt, nicht automatisch davor geschützt ist, Opfer einer totalitären Diktatur zu werden.

Was zeigen also die französische Revolution, die russische Oktober-Revolution und die Weimarer Republik?. Die Freiheit des klassischen Liberalismus liefert den wirtschaftlich Schwachen auch politisch und kulturell an die Machthaber aus. Ein kommunistischer Staat ist niemals ein freiheitlicher Staat, weil er nicht demokratisch kontrolliert werden kann. Und selbst ein demokratisch organisierter Staat muß ständig auf der Hut sein vor jenen Kräften, die die demokratischen Spielregeln ausnut-

zen, um ihre eigene Macht zu festigen, und die bereit sind, den Staat als Beute zu betrachten und die demokratischen Formen zu zerbrechen, wenn anders ihre Macht nicht aufrechterhalten werden kann. (Beifall.)

Von diesen Erfahrungen ausgehend, haben wir den Entwurf unseres Programms aufgebaut. Wir gehen aus von einer Analyse unserer Zeit, denn wir müssen unsere konkreten Ziele aufstellen im Hinblick darauf, daß sie den Erfordernissen und Möglichkeiten der uns vorgegebenen historischen Situation gerecht werden. Der durchgängige Zug unserer Zeit ist ihre Krisenhaftigkeit. Aus der Medizin ist uns der Begriff der Krise bekannt als die Entscheidung zwischen Tod und Gesundungsprozeß. Die wirtschaftlichen Fähigkeiten reichen aus, Armut und Hunger auf der ganzen Welt zu bannen — aber mehr als die Hälfte der Erdbevölkerung stirbt noch immer an einem durch ständige Unterernährung bewirkten Hungertod. Die Wissenschaft hat uns segensreiche Mittel und Wege gezeigt, die Säuglingssterblichkeit zu vermindern, Krankheiten zu heilen und die Lebenserwartung zu erhöhen — sie hat uns gleichzeitig furchtbare Mittel in die Hand gegeben, so viel Menschen auf einmal umzubringen, wie das bisher nie möglich gewesen ist. Die moderne Entwicklung erfordert und ermöglicht immer größere Wirtschaftsräume und eine Kooperation der Völker — die Wirklichkeit zeigt uns Machtzusammenballungen verschiedener Blöcke und Lager, die, bis an die Zähne bewaffnet, einander feindlich gegenüberstehen. Die Entwicklungsländer bedürfen zu ihrem wirtschaftlichen und sozialen Aufbau großzügiger Hilfe — die beiden Machtblöcke verschwenden in einem sinnlosen Wettrüsten ungezählte Milliarden. Sie wollen damit den Frieden sichern — und bereiten in Wirklichkeit einem allgemeinen Selbstmord der Völker den Weg. Sie wollen Sicherheit schaffen — und schaffen mit ihren Rüstungen nur ein Gleichgewicht des Schreckens! Die Technik hat die Entfernungen auf ein Minimum an Zeit reduziert — trotzdem ist heute der Weg von Braunschweig nach Magdeburg komplizierter als im tiefsten Mittelalter. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist anerkannter Rechtssatz des Völkerrechts — vielen Völkern, darunter dem deutschen, wird dieses Recht versagt. In der Demokratie finden wir die gleichen Gegensätze: sie soll ihrer Idee nach dem Staatsbürger die Mit-Gestaltung des Staates in Freiheit und Gerechtigkeit ermöglichen und gibt ihm dazu auch die verschiedenen Mittel an die Hand — dennoch fühlt sich eine große Zahl der Staatsbürger, nicht ohne Grund, ohnmächtig gegenüber den politischen Entscheidungen. Viele Organisationen sind geschaffen worden, die dem Staatsbürger das Leben in der immer komplizierter werdenden Welt erleichtern sollen — sie haben dazu geführt, daß der einzelne sich mehr und mehr als Objekt der verschiedenen Bürokratien fühlt. Während das ganze Volk teils durch überhöhte Preise, teils durch relativ zu niedrige Einkommen und teils durch steuerbegünstigte Gewinne und Abschreibungen gezwungen wird, ein riesiges Investitionskapital zu bilden, das der kleinen Schicht zufällt, die Eigentümer des Produktivvermögens ist, leben wir angeblich in einer „nivellierten Mittelstandsgesellschaft". Kleine Niveauunterschiede zeigen sich darin, daß gelegentlich ein Generaldirektor, der eine gutbezahlte Stelle mit einer anderen gut bezahlten vertauscht, eine Abfindung von 2 Millionen DM erhält, während auf der anderen Seite die Erhöhung der Fürsorge-

richtsätze um einige Mark bereits als sozialpolitische Tat gilt. (Beifall.) Unter diesen Bedingungen ist bei vielen Menschen der Glaube an die Verwirklichung von Freiheit und Gerechtigkeit überschattet worden durch ein elementares Bedürfnis nach Sicherheit, Ordnung, Ruhe und einem erträglichen Lebensstandard. Aber das alles läßt sich in Wirklichkeit gar nicht voneinander trennen. Denn auch eine gute Konjunktur ist keine Lebensversicherung. Und wo keine Gerechtigkeit herrscht, ist auch immer die Versuchung gegeben, die Freiheit einzuschränken, sich für die Gerechtigkeit einzusetzen. Aber in Wirklichkeit ist der Freiheitswille unzerstörbar, selbst die grausamsten Diktaturen sind auf die Dauer nicht mit ihm fertig geworden. Für die gewaltige Kraft dieses Freiheitswillens zeugt der Befreiungskampf der Arbeiterbewegung. Sein Erfolg geht über die Verbesserung des materiellen Lebensstandards weit hinaus.

Wir lehnen den weitverbreiteten Pessimismus unserer Tage, der der Freiheit und der Kultur keine Chance vor der Technokratie mehr geben will, als unbegründet ab. Er dient in Wahrheit nur der moralischen und sittlichen Schwächung der Menschen, denn wer sich den Gefahren unserer Zeit gegenüber ohnmächtig fühlt, wird sich nicht entschließen können, sie zu bekämpfen. (Beifall.)

Diese unsere Haltung hat nichts zu tun mit einem billigen Optimismus, der uns mit dem Trost versehen möchte, es werde sich schon alles zum guten Ende kehren. Pessimismus und Optimismus dieser Art sind in Wahrheit die stärksten Gefahren für eine realistische Grundhaltung gegenüber dem Geschichtsverlauf. (Beifall.)

Die Geschichte verläuft nicht nach unumstößlichen Gesetzen, deren Ablauf man nur pessimistisch oder auch optimistisch, je nach Geschmack, ansehen könnte. Der demokratische Sozialist betrachtet die Geschichte als das Werk verantwortlicher Menschen — zum Guten und zum Bösen. (Beifall.)

Diese Verantwortung allen Menschen bewußt zu machen, ist eine der schwersten Aufgaben unserer Zeit und für uns. Das passive Hinnehmen des undurchsichtigen Geschichtsverlaufs heißt, den wirtschaftlichen und politischen Vormündern der Menschheit Wasser auf ihre Mühle treiben, die auch in der Demokratie von heute klappern. (Beifall.) Die Bedingungen dieses Geschichtsverlaufs müssen allerdings aufgezeigt werden. Hier erweist sich das Bündnis zwischen Wissenschaft und Politik als eine Menschheitsfrage. Die kompliziert gewordene Welt der Politik und Wirtschaft läßt sich entwirren, die Menschen können über ihre Umweltsbedingungen und sich selber besser informiert werden, die Gefahren für die Freiheit lassen sich zeigen, und die Menschen können durch Aufklärung, Organisation und Erziehung ermutigt werden, sich selbstbewußt für die Überwindung dieser Gefahren einzusetzen. Aber es genügt nicht, zu erkennen, daß es Möglichkeiten gibt, mit den ungeheuren Aufgaben unserer Zeit fertig zu werden. Wir müssen sie entschlossen, zielbewußt und mit den geeigneten Mitteln in Angriff nehmen. Die Herausforderung der kapitalistischen und kommunistischen Welt an alle freiheitlich denkenden und fühlenden Menschen wird angenommen und beantwortet durch den kämpferisch demokratischen Sozialismus. Für

diesen haben wir unseren Entwurf gemacht. Daß Herr Adenauer an ihm keine Freude hat, wie er in Dortmund versicherte, ist uns eine Beruhigung. Er stößt sich daran, daß wir nicht jeden Nichtkommunisten für einen guten Demokraten halten. (Heiterkeit und Beifall.)

Wenn wir Freiheit, Gerechtigkeit und den Weltfrieden sichern wollen, so bedürfen wir dazu der Anstrengungen aller, die diese Werte anerkennen. Für diese Anstrengungen haben wir klarzumachen, was der Kampf um diese Werte heute an politischen Grundentscheidungen fordert. Erst wenn wir diese Entscheidungen treffen, wenn wir die Freiheit und Gerechtigkeit konkreter interpretieren, wird sich zeigen, bei wem das Bekenntnis zu diesen Grundwerten glaubwürdig ist. Denn diese Grundentscheidungen erst erfüllen Freiheits- und Gerechtigkeitswillen mit politischem Gehalt und kulturellen Farben.

Die Grundentscheidungen betreffen zunächst das Leben selbst. Eine Vorbedingung jeder menschenwürdigen Gestaltung unserer Gesellschaft ist ein gesicherter Friedenszustand. Jeder Krieg ist eine Kapitulation des Rechts vor der Macht, eine Kapitulation der Menschlichkeit vor der rohen Gewalt. Der Friede kann nur durch eine internationale Rechtsordnung mit Exekutivgewalt zum Schutz dieser Rechte gesichert werden.

Der demokratische Sozialismus begnügt sich nicht damit, daß in der Demokratie grundsätzlich die Menschenwürde, Freiheit und Gerechtigkeit als verbindliche Werte anerkannt werden. Denn solange eigenständige Machtgebilde politischen und wirtschaftlichen Gepräges den Staat ihren Sonderinteressen dienstbar machen können, sind Freiheit und Gerechtigkeit in tödlicher Gefahr und damit auch Bestand und Glaubwürdigkeit einer demokratischen Ordnung erschüttert. Wer Macht ausübt — nicht nur die Regierung —, muß sich eine wirksame Kontrolle durch Organe gefallen lassen, die dem ganzen Volk verantwortlich sind.

Die Gerechtigkeit verlangt, daß es kein Monopol auf die Bildung von Eigentum geben darf. Jeder hat ein Recht auf Eigentum. Diesem Recht widerspricht heute die sogenannte Selbstfinanzierung, soweit deren Ergebnisse von allen gespart und von einer kleinen Schicht angeeignet werden. Demokratische Kontrolle kann nur wirksam sein, wenn die Menschen von der Familie über die Schule bis in die Erwachsenenbildung hinein politisch gebildet und zur Verantwortung erzogen werden. Unabhängig davon hat jeder Mensch ein Recht auf eine Bildung, die seinen Fähigkeiten und seinen Neigungen entspricht. Das Bildungsmonopol muß endgültig und völlig beseitigt werden. (Beifall.)

Das gesellschaftliche Leben wird zunehmend organisiert und technisiert — die Bürokratisierung unseres Lebens nimmt zu. Die demokratische Kontrolle muß durch eine Erziehung gestützt werden, die darauf ausgeht, daß Würde und Freiheit des Mitmenschen freiwillig respektiert werden. Kontrolle und Erziehung müssen einander ergänzen.

Für die positive Gestaltung des Freiheitswillens in einem kulturellen Leben bedarf es einer Vielfalt der Möglichkeiten seines Ausdrucks und seiner Entfaltung. Diese Vielfalt soll verhindern, daß von mächtigen zen-

tralen Stellen aus die Menschen manipuliert und in den Konformismus getrieben werden.

Verantwortlichkeit kann der Mensch um so leichter entfalten, je überschaubarer der Raum seines Wirkens ist. Die Selbstverwaltung der Gemeinden und in den Genossenschaften und den Sozialorganisationen ist eine gute Schule für den Staatsbürger. Auch das Überwuchern zentralistischer Machtbefugnisse erhält dadurch ein Gegengewicht.

Sozialistische Politik ist also wirklich, das zeigen diese Grundentscheidungen, eine Einheit von Verfassungs- und Rechtspolitik, Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik und Kulturpolitik. Die sozialistische Sozialordnung ist mehr als ein bloßer Ausgleich der Machtverhältnisse, sie ist auch eine sozialpädagogische Aufgabe. Sie bevormundet den einzelnen nicht, sondern schafft ihm die Freiheit, sich zu einer Persönlichkeit zu entwickeln. Diese Freiheit ist niemals endgültig gesichert. Der Sozialismus bleibt dauernd eine Aufgabe, nämlich Freiheit und Gerechtigkeit zu erkämpfen, sie zu wahren und sich in ihnen zu bewähren.

Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden sind für uns notwendige Bedingungen für eine Selbstbestimmung des Menschen in seiner Würde. Unsere Grundentscheidungen für das gesellschaftliche Leben machen das Bekenntnis zu diesen Werten glaubwürdig, weil sie alle Vorrechte ausschließen und diese Werte als einen Anspruch für jeden einzelnen sicherstellen, dessen Anerkennung ihn zu einem mündigen Menschen erhebt.

Eine sehr schwierige Frage ist die Begründung dieser Werte. Zu dieser Begründung, das heißt zu ihrer Rückführung auf tieferliegende Quellen weltanschaulichen oder philosophischen Ursprungs haben wir uns im einzelnen nicht ausgesprochen. Wir haben uns auf die Feststellung beschränkt, daß „christliche Ethik, Humanismus und klassische Philosophie geistige und sittliche Wurzeln des Sozialismus in Europa" sind. Wenn wir auf eine weltanschauliche Begründung unserer Werte verzichtet haben, so liegt das nicht daran, daß die einzelnen für sich selber keine solchen Begründungen hätten. Aber wir können in einer Welt, in der es die verschiedensten im Ergebnis ihrer Wertentscheidungen verwandten freiheitlich sittlichen Weltanschauungen gibt, keine davon politisch auszeichnen. Und wir brauchen es auch nicht.

Denn so seltsam es erscheinen mag, liebe Genossinnen und Genossen: Hier, in den verschiedenen, weltanschaulich oder philosophisch fundierten Begründungen liegen die tiefsten Quellen verhängnisvoller menschlicher Trennungen. Die verschiedenen Begründungen gleicher Werte und Ideale, denen politische, weltanschauliche und religiöse Gemeinschaften sich verpflichtet fühlen, werden meist wichtiger genommen als die Verständigung über diese Werte selber. (Beifall)

So hat es sich zum Beispiel bei dem Gespräch zwischen katholischen Geistlichen und Laien und sozialdemokratischen Politikern in München im Januar dieses Jahres gezeigt, wie evangelische Theologen und katholische Naturrechtslehrer über Begründungen stritten, obwohl sie über die zu begründenden Werte einig waren. Und im ganzen weiteren Gespräch erwies sich, eine wie weitgehende Übereinstimmung über viele unserer

Werte sich erzielen läßt, wenn man sie unmittelbar anspricht und — was noch wichtiger ist — über ihre abstrakte Formulierung hinaus zu ihrer Anwendung auf die gesellschaftliche Gestaltung vorstößt.

Auf das große Beispiel solcher Einigkeit bei der Verwirklichung dieser Werte trotz völlig verschiedener Begründungen für ihre Gültigkeit wurde auch in München hingewiesen: auf den Widerstand gegen den Hitler-Terror, in dem Männer und Frauen gemeinsam ihr Leben für die Freiheit einsetzten, ohne einander zu fragen, wo die tiefste Quelle ihrer Überzeugung entsprang. Dieser Widerstand, das Ringen um Freiheit selber war für die Gemeinsamkeit das Entscheidende, das Wie und Wofür, und nicht das Warum!

Wir haben also offenbar in unserer Zeit nicht einmal das Recht, um der verschiedenen Begründungen willen die Verwirklichung der Werte selber aufs Spiel zu setzen. Oder sollen wir wieder warten, bis eine Gefahr ähnlich der des Hitler-Terrors uns zwingt, die Wahrung der Freiheit wirklich ernst zu nehmen?

Die Ideen und Werte des Sozialismus beziehen sich auf das Leben des Menschen in den Ordnungen von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Der demokratische Sozialismus stellt keine eigene Weltanschauung dar. Er macht keine Aussagen über letzte Wahrheiten. Mit dieser Haltung zeigt er nicht Verständnislosigkeit oder Gleichgültigkeit den Weltanschauungen oder religiösen oder philosophischen Wahrheiten gegenüber. In dieser Haltung zeigt sich seine Achtung vor menschlichen Gewissensentscheidungen, die nicht Gegenstand verbindlicher Beschlüsse der Parteien oder des Staates sein können. Jeder Bürger hat grundsätzlich die weltanschauliche Überzeugung seines Mitmenschen zu achten; diese wertgebundene Toleranz ist eine Grundregel menschlichen Zusammenlebens. Der Staat hat jedem Bürger die Freiheit des Glaubens und des Gewissens zu sichern.

An die Werte, zu denen der demokratische Sozialist sich bekennt, hat er, wie immer er sie begründen mag, sein Gewissen gebunden. Die Sozialdemokratische Partei ist in diesem Sinne keine Weltanschauungspartei, wohl aber eine Gesinnungspartei.

Aus der Anwendung der Grundwerte und der Grundentscheidungen auf unsere geschichtliche Situation ergeben sich eine Reihe konkreter Anforderungen an eine sozialistische Politik. Unser Entwurf stellt keinen Katalog auf für die notwendigen und vielfältigen Einzelmaßnahmen — sie müssen im Aktionsprogramm ihren Platz finden. Wir behandeln in unserem Entwurf nur die grundlegenden Maßnahmen und Einrichtungen, auf denen die Einzelforderungen des Aktionsprogramms aufbauen.

Was die Staatspolitik angeht, so sehen wir die Demokratie nicht als einen bloßen Weg zu einem Ziel hin, der ja verlassen werden könnte, wenn dieses Ziel erreicht ist. Der sozialistische Staat ist immer auch ein demokratischer Staat, dieser selber ein Ziel mit seinem Eigenwert.

Unsere Verfassungswirklichkeit von heute entspricht längst nicht der Idee eines demokratischen Staates, da vielerlei Mächte, legitimierte und nicht legitimierte, die Gerechtigkeit verhindern und die Freiheit beschränken. Die von vielen mitbeklagte sogenannte Herrschaft der Verbände wird allerdings von manchen nur als Schutzschild gebraucht, hinter

dem sie Gewerkschaften und politische Parteien als bloße Interessengruppen zu verketzern suchen und damit faktisch antidemokratisch wirken.

Die Gesellschaft ist berufen, durch ihre Staatsentwicklung sich selber in menschenwürdiger Weise zu verändern, indem sie den Staat zum Verbündeten aller sozial Schwächeren, aller Leidenden, aller Benachteiligten macht und ihn zum Staat der Freiheit und Gerechtigkeit fortbildet.

Den Staat trifft die Verantwortung dafür, daß die Eigentumsordnung nicht durch Ausnutzung von Macht zur Klassenbildung mißbraucht wird und als freiheitszerstörende Enteignung wirkt statt als freiheitsfördernde Beteiligung aller am Produktivvermögen. Für gewisse wirtschaftliche Großformen hat der Staat die Einrichtung eines von Regierung und Verwaltung unabhängigen, freiheitlichen Gemeineigentums zu schaffen, wenn ihre Bewältigung nicht mehr einer privaten Hand überantwortet werden kann.

Das Ringen um einen solchen Staat erfordert die leidenschaftliche Abwehr des Klassenkampfes, durch den wirtschaftlich Übermächtige sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortlichkeit entziehen und den Staat ihrer Selbstsucht und ihrem Herrschaftsanspruch dienstbar zu machen suchen. Der sozialistische Staat ist freiheitlich-demokratisch, sozial und rechtlich. In dieser Verbindung wird er zum Kulturstaat und damit eine Gesellschaft freier, gleichberechtigter, gleichwertiger und sich selber gehörender Menschen, die sich in ihrer unterschiedlichen Vielheit und Mannigfaltigkeit zu einer sittlichen Ordnung finden.

Auch für das Kapitel „Wirtschaft und Gesellschaft" möchte ich nur den Hintergrund unserer Forderungen ansprechen, schon weil ich keineswegs ein Sachverständiger für den Wirtschaftsablauf bin und weil wir gestern auch bereits ausführlich darüber gesprochen haben, jedenfalls über wesentliche Teile.

„Die wirtschaftliche Macht der Großwirtschaft ist der zentrale Angriffspunkt der Wirtschaftspolitik des freiheitlichen Sozialismus", so sagen wir zunächst.

Es wäre kindisch zu glauben, diese von Großformen beherrschte Wirtschaft im Zeitalter der zweiten industriellen Revolution sich selber überlassen zu können. Nicht nur wegen des Wohlfahrtsstaates gehen dreißig bis vierzig Prozent des Volkseinkommens durch die öffentliche Hand. Nicht nur Herr Etzel weiß, daß Franz Josef Strauß die größten Brocken des Bundeshaushalts schlucken wird. Wie könnte ein solcher Staat ohne Beeinflussung des Wirtschaftsablaufs auskommen? Auf Art und Richtung der Beeinflussung kommt es an — hier scheiden sich die Geister. (Beifall.)

Es ist wichtig, welche Rolle der Sozialetat und der Rüstungsetat im Staatsbudget spielen — wichtig für den Ablauf der Wirtschaft, für die Wertbeständigkeit des Geldes, für die Volksgesundheit und den Lebensstandard und für das kulturelle Leben eines Volkes.

Je mehr der Arbeits- und Wirtschaftsprozeß technisiert, mechanisiert, organisiert und konzentriert wurde, um so größer war der Kapitalbedarf, um so mehr mußte investiert werden, um so wichtiger wurde die Frage

der Akkumulation des Kapitals. Es ist wohl sicher, daß die Zweite Industrielle Revolution auf der Grundlage nuklearer Energie und elektronischer Technik den Kapitalbedarf ungeheuerlich steigern wird. Zwingender als je erhebt sich dann die Frage, wer über die ungeheuren Kapitalmassen, über das volkswirtschaftlich notwendige Produktivvermögen verfügen soll. Mit der Antwort auf diese Frage steht und fällt die Demokratie, steht und fällt auch die Kultur. Weil wir nach einer menschlich verantwortbaren Lösung suchen, sind wir angeblich „eigentumsfeindlich". Wir haben uns jetzt, wie schon im Dortmunder und Berliner Aktionsprogramm, für eine freiheitliche Wirtschaft mit freier Konsumwahl, freier Arbeitsplatzwahl, freier Unternehmerinitiative, freiem Wettbewerb, Autonomie der Tarifpartner und anderen Freiheiten ausgesprochen, genauso wie für das persönliche Eigentum am Produktivvermögen. Aber Freiheit und Gerechtigkeit verlangen, daß dieses Eigentum nicht nur wenigen vorbehalten bleibt, sondern daß möglichst jeder solches Eigentum hat.

Die Einwände gegen die Beteiligung aller am Produktivvermögen sind, soweit sie auf technische Schwierigkeiten bei der Durchführung dieser Forderung der Gerechtigkeit hinweisen, gewiß zu überwinden. Selbst wenn diese Schwierigkeiten da sind — und sie sind es —, wer will uns denn glauben machen, sie seien nicht zu lösen, da wir doch eine Fahrt zum Monde als zeitnahes Projekt für durchführbar halten? (Beifall.)

Worauf es ankommt, das ist, dem Volk das Recht auf das von ihm erarbeitete Produktivvermögen zuzubilligen, und dann werden wir sehr bald die richtigen Wirtschaftstechniker mit den vernünftigen Lösungen gefunden haben. Dem Volk aber das Recht an diesem Produktivvermögen zu bestreiten — das im wesentlichen aus seinem „Konsumverzicht" stammt, wie man heute vornehm sagt —, das heißt, auf eigenen Vorrechten zu beharren, die längst, wie auch nicht-sozialistische Theoretiker festgestellt haben, ein Skandal, ein Hohn auf die Gerechtigkeit sind. (Beifall.) Die Arbeitnehmerschaft — und das heißt doch wir — hat diesen Hohn bisher leider viel zu geduldig ertragen.

Man sagt uns nach, unser Bekenntnis zum persönlichen Eigentum auch und gerade an Produktionsmitteln werde entwertet durch unsere Forderung, daß bestimmte Wirtschaftszweige in Gemeineigentum überführt werden können oder müssen. Die Verfechter des Klassenmonopols am Produktiveigentum schweigen darüber, daß, wo jemals Gemeineigentum an Produktionsgrundlagen und Produktivvermögen bestand, es kein Klassenmonopol darauf geben konnte. So war das freie bäuerliche Eigentum an Haus, Hof, Vieh und Geräten erst dann nicht mehr möglich, als die feudalen Mächte die Allmende, also den freien Wald, die freie Weide und die freie Wassernutzung, den Bauern genommen hatten. Auf diese „ursprüngliche Akkumulation des Kapitals" im feudalen Vorfeld des Kapitalismus haben nicht nur sozialistische Historiker und Soziologen hingewiesen. Auch in der industriellen Produktion gibt es so etwas wie eine „Allmende", gibt es allgemeine Voraussetzungen jeder Produktion, jeder Wirtschaftstätigkeit, jeder Eigentums- und Vermögensbildung! Wer

diese Voraussetzungen für eine Schicht monopolisieren will, ist Gegner des persönlichen Eigentums am Produktivvermögen für jedermann.

Wenn wir die wirtschaftliche Macht der Großwirtschaft als den zentralen Angriffspunkt bezeichnen, so nicht deshalb, weil wir den Satz des „Erfurter Programms" als bestätigt empfanden, daß „die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft mit Naturnotwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebs führt, dessen Grundlage das Privateigentum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet". Dieser Satz war zwar nicht eigentumsfeindlich. Im Gegenteil! Er war eine Anklage gegen diejenigen, die den Kleineigentümer enteigneten. Sechs Jahrzehnte der Entwicklung aber haben jenem Satz nicht recht gegeben. Klein- und Mittelbetriebe sind nicht untergegangen, aber ihre Funktionen sind andere geworden, sie sind vor allem nicht mehr das Rückgrat der Volkswirtschaft. Und es besteht kein Zweifel, daß der Klein- und Mittelbetrieb volkswirtschaftlich und gesellschaftlich notwendig ist, daß er sich bewährt. In vielen Fällen aber ist er nur scheinbar selbständig, in allen Fällen von der Großwirtschaft abhängig. Die kleinen und mittleren Unternehmer sind jedenfalls schlecht beraten, wenn sie sich der Führung der Großwirtschaft anvertrauen. (Beifall.)

Diese gewährt ihnen ein Einkommen, aber sie ist nicht daran interessiert, daß sie Eigentum bilden. Es ist eine gefährliche Selbsttäuschung, wenn kleinere und mittlere Unternehmer im freiheitlichen Sozialismus einen Feind sehen. Wenn wir uns zu einer vielgestaltigen Wirtschaft mit vielen Formen und Typen und Größen bekennen, so auch zum kleineren und mittleren Unternehmer, so auch zur öffentlichen Gemeinwirtschaft, zur öffentlichen Unternehmung und zur Unternehmung in Gemeineigentum. (Beifall.)

Das Bekenntnis zur Vielgestaltigkeit von Wirtschaft und Gesellschaft nimmt der freiheitliche Sozialismus aus der Erfahrung ebenso wie aus seinem Grundsatz der Freiheit.

Wir haben uns, wie gesagt, zum Eigentum für alle bekannt. Der ganze Ernst dieser Forderung liegt in der Feststellung, daß, wer ohne Vermögen am wirtschaftlichen Geschehen teilzunehmen gezwungen ist, dazu verurteilt ist, Arbeitnehmer und nur Arbeitnehmer zu sein. Der Generaldirektor mit der Millionenabfindung ist zwar auch Arbeitnehmer mit Gehalt — aber da er Vermögen bilden konnte, muß er nicht Arbeitnehmer sein. Man stelle sich vor, wie es wäre, wenn alle Arbeitnehmer, gestützt auf ein Vermögen, auch einmal am Arbeitsmarkt nein sagen Wer solche Wünsche, Hoffnungen und Forderungen erfüllen will, der muß wie wir auf die „stetige Steigerung des Sozialprodukts, Sicherung der Vollbeschäftigung, Erhöhung des Lebensstandards" bedacht sein, die dann gesellschaftspolitisch umwälzend wirken können.

Die Frage „wer lenkt, zu welchem Ziel und mit welchen Methoden wird gelenkt?", ist nun zu beantworten. Wo wir in der Bundesrepublik damit stehen, zeigt sich bei Leuten, die die modernen Instrumente einer planmäßig auf Vollbeschäftigung und stetige Steigerung des Sozialprodukts gerichtete Wirtschaftspolitik, auf volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

und Nationalbudget unter parlamentarischer Kontrolle als Vorboten der zentralen Verwaltungswirtschaft denunzieren. Man hat in der Bundesrepublik seit 1948 weniger planmäßig als zielstrebig lenkend in die Wirtschaft eingegriffen. Dabei haben sich, wie Goethe so etwas nennt, Verdienst und Glück verkettet. Man hat mit der Steuergesetzgebung, dem Investitionshilfegesetz und auf andere Weise gelenkt, die Unternehmungen selber mit überhöhten Preisen und darauf gestützten Selbstfinanzierungen. Hohe Preise sind ein erprobtes Lenkungsmittel, auch in zentralverwaltungswirtschaftlichen Diktaturen. Sie schränken den Konsum ein, indem sie die Kaufkraft abschöpfen. Sie bedeuten Verbrauchslenkung, Kaufkraftlenkung, Lenkung der zu Kapital werdenden abgeschöpften Kaufkraft. Doch die Fehllenkung ist weder in unserem marktwirtschaftlichen noch im zentralverwaltungswirtschaftlichen System ausgeschlossen. In beiden fehlt die demokratische Kontrolle, in beiden walten und schalten selbstherrliche Bürokratien.

„Wer lenkt und zu welchem Zweck?" Wir glauben nicht, daß es den unfehlbaren Königsweg gibt. Wir müssen erreichen, daß Lenkung nicht die Freiheit ausschließt, Freiheitsansprüche aber nicht die Lenkung unmöglich machen. Wir haben bewußt die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung und das Nationalbudget „Voraussetzungen freiheitlicher Wirtschaftsführung" genannt. Die Vielzahl frei entscheidender Wirtschaftssubjekte soll Orientierungspunkte haben, soll das Fahrwasser gelotet erhalten. Weil der Staat so wenig wie möglich unmittelbar in die Wirtschaft eingreifen soll, muß er den Wirtschaftsablauf mittelbar beeinflussen. Wie sollten die ungezählten Wirtschaftssubjekte, bei denen die freie Entscheidung über ihre Aktivität liegt, auch wenn es sich um nichtprivate Unternehmer handelt, von sich aus Produktion, Volkseinkommen, Konsumrate, Sparrate, Ein- und Ausfuhr und die anderen Wirtschaftsdaten dauernd beobachten und zu einem Ergebnis kommen?

Dazu bedarf es besonderer Institutionen. Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung ist ein solches Instrument. Das Nationalbudget ist ein weiteres Instrument, das ersichtlich macht, was mit den vorhandenen Mitteln und Kräften erreicht werden könnte und sollte. Die im Nationalbudget niedergelegten Richtlinien sind verpflichtend für die Regierungspolitik, eine wichtige Grundlage für die Notenbankpolitik und Richtpunkte für das Wirtschaftssubjekt, welches das Recht zur freien Entscheidung behält, aber deren Konsequenzen übersehen kann und im Bewußtsein seiner eigenen Verantwortung handeln muß und handeln kann.

Ohne solche Instrumente ist weder eine harmonische Entwicklung der vielfältigen Kräfte der Wirtschaft noch eine aktive Wirtschaftspolitik oder eine Wirtschaftsordnung möglich, die ein Höchstmaß an Freiheit und Gerechtigkeit verwirklicht.

Auf die Weltpolitik angewandt gehen unsere Grundentscheidungen zunächst auf die Sicherung des Weltfriedens. Das bedeutet mehr, als daß nicht geschossen wird. Schon Kant hat über diese Art von Frieden gesagt, die kämpfenden Völker seien für eine Zeitlang des Streites müde geworden und hätten einen Waffenstillstand geschlossen. Wenn für Clausewitz noch der Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln war, so

ist heute die Politik eine Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. Das Wort vom Kalten Krieg trifft diesen Tatbestand genau.

Si vis pacem, para bellum: Wenn Du den Frieden willst, bereite Dich auf den Krieg vor. Dieses Römerwort beten noch viele Heutige gedankenlos nach. Man könnte ebenso gut sagen: Wenn Du Gesundheit willst, bereite die Krankheit vor. Wer Frieden will, muß den Frieden vorbereiten. (Lebhafter Beifall.)

Der drohende Atomkrieg macht unerläßlich, was die Vernunft sowieso schon immer nahegelegt hat: auch zwischen den Völkern zu organisieren, was zwischen den Staatsbürgern zivilisierter Völker längst eine Selbstverständlichkeit geworden ist, eine Rechtsordnung mit Exekutivgewalt zum Schutz der Rechte. Die von den Vereinten Nationen beschlossenen Menschenrechte müssen durchgesetzt, die Vereinten Nationen selbst so gestärkt werden, daß sie eine internationale Polizeitruppe aufbauen können, die jeden Angreifer in Schach hält. Die Voraussetzung dazu ist eine kontrollierte Abrüstung, und zwar nicht nur der Atomwaffen, sondern auch der sogenannten konventionellen Mordwerkzeuge. (Beifall.)

Jede Weltpolitik muß dieses Ziel im Auge haben. Jede andersgerichtete ist menschen- und friedensfeindlich.

Wenn man uns einwendet, liebe Genossinnen und Genossen, dies sei doch wohl eine fernliegende Utopie, so antworten wir darauf, daß es ungleich viel utopischer ist, den Weltfrieden durch die Vorbereitung auf einen Atomkrieg sichern zu wollen oder gar darauf zu vertrauen, daß das wahnsinnige Wettrüsten schon den Krieg nicht ausbrechen lassen würde. Wie unsicher die Atomrüster in ihren eigenen Behauptungen sind, geht ja auch daraus hervor, daß sie das Volk in dieser Lebensfrage lieber gar nicht erst fragen.

Insbesondere der Sozialistischen Internationale fällt hier eine Aufgabe zu, die vielleicht keine andere Gruppe der Menschheit aus ihren Prinzipien heraus so ernst nehmen muß: nämlich die Vereinten Nationen zu einem Instrument des Weltfriedens ausbauen zu helfen. (Lebhafter Beifall.)

Freiheit und Gerechtigkeit verlangen für jedes Volk — j e d e s Volk — Recht auf Unabhängigkeit und freie Gestaltung seiner Lebensordnung. Zwischenstaatliche Beziehungen und die Außenpolitik sind aber noch weitgehend in ideologische Kampffronten eingereiht, die in der Regel nur den machtpolitischen Bedürfnissen der Großmächte dienen.

Großzügige und uneigennützige Hilfe für die Entwicklungsländer, die im wesentlichen durch die Kolonialpolitik in der Entwicklung gehemmt worden sind, ist nicht nur eine Forderung der Gerechtigkeit, sie ist eigentlich nur ein Akt der Wiedergutmachung. Diese Hilfe ist aber auch eine Forderung politischer Klugheit. Vor allem die Arbeiterbewegung muß einsehen, daß ihre Ziele nicht zu trennen sind von der Forderung, Unfreiheit und Unterdrückung, Armut und Elend in der ganzen Welt zu überwinden. Auch wir sollten dafür sorgen, daß — wie es die englischen Genossen beschlossen haben, 1 % des Volkseinkommens in eine gemein-

same Kasse der Vereinten Nationen zur Förderung der Entwicklungsländer gegeben wird. (Lebhafter Beifall.)

Auch die Spaltung Deutschlands gefährdet den Frieden. Die größenwahnsinnigen Machthaber des Hitlerreiches haben die Zerschlagung Deutschlands verschuldet. Die gesammelte Kraft der demokratischen Sozialisten in Deutschland für die Wiedervereinigung einzusetzen, wurde dadurch verhindert, daß die Spaltung in einem Teil Deutschlands dem kapitalistischen Großbesitz neue Chancen gab, und daß im anderen die kommunistische Partei alle politischen Freiheiten unterdrückte. Herrn Kiesinger ist dieser Satz neulich — wie er im Bundestag versichert hat „zu einfach" erschienen. Er konnte die Begünstigung der kapitalistischen Entwicklung in der Bundesrepublik nicht sehen. Vielleicht erinnert er sich daran, daß im Jahre 1948 auf Geheiß der Besatzungsmächte das Gesetz über die Vergesellschaftung von Kohle in Nordrhein-Westfalen, das schon beschlossen war, und zwar zusammen mit den Stimmen der CDU, nicht durchgeführt werden konnte. Deutschlands Wiedervereinigung ist ein national wie international gleich bedeutsames Ziel. Es ist nicht zu erreichen — wir haben hier unsere alte Forderung aufgenommen —, wenn nicht ein wiedervereinigtes Deutschland in ein europäisches Sicherheitssystem so eingebaut werden kann, daß das wiedervereinigte Deutschland weder der NATO noch dem Warschauer Pakt angehört.

Wissenschaft und Technik haben die Einheit der Welt ermöglicht. Ihre Völker wirtschaftlich und politisch zu einer Völkerfamilie zu machen, ist heute die große weltpolitische Aufgabe der demokratischen Sozialisten. Unsere kulturpolitischen Grundanforderungen zeigen, wie mehr und mehr der Sozialismus als eine große Kulturaufgabe begriffen wird, die über ein Sondergebiet des politischen und gesellschaftlichen Lebens weit hinausreicht. Eine wirkliche Erfüllung des Lebens, wenn Freiheit und Gerechtigkeit in den politischen und wirtschaftlichen Bereichen und in den Beziehungen zwischen den Völkern gesichert sind, zeigt sich erst in der Entwicklung unseres kulturellen Lebens, in der Entwicklung des Menschen zum wahren Menschentum.

Kulturpolitik heißt Weckung der geistigen Kräfte des gesamten Volkes. Kultur läßt sich nicht staatlich regeln. Kulturpolitik stellt dem Staat im wesentlichen zwei Aufgaben: er soll alle Kräfte ermutigen, die in freier, schöpferischer Tätigkeit das kulturelle Leben befruchten, und ihnen materielle und finanzielle Erleichterungen schaffen. Er soll alle kulturwilligen Kräfte vor Macht- und Interessengruppen schützen, die das geistige und kulturelle Leben ihren eigenen Zwecken dienstbar machen wollen.

Wir haben gesehen, daß die Institutionen und Organisationen unserer Gesellschaft in ihrer Wirksamkeit entscheidend davon abhängen, daß den Menschen, die sie tragen und diejenigen, die sie kontrollieren, die Wahrung der Freiheit und Gerechtigkeit lebendige Lebensinhalte sind. Die Dringlichkeit freiheitlich-pädagogischer und sozialpädagogischer Maßnahmen kann nicht übertrieben werden. Hinzu kommt, daß auch die Technik des Arbeitsprozesses zunehmend nicht nur besser ausgebildete, sondern auch verantwortungsbewußte und bewegliche Menschen erfor-

dert, denen diese Eigenschaften nicht fix und fertig in die Wiege gelegt werden. Der demokratische Staat kann ohne verantwortliche Staatsbürger in der Regierung und in den Kontrollorganen der Demokratie nicht bestehen. Aber auch die Kontrolleure selber bedürfen in der Schule und durch sich selber der Praxis einer demokratischen Erziehung.

Alle Lebensbereiche sind so kompliziert geworden, daß die Bedeutung der Wissenschaft und wissenschaftlich gebildeter Kräfte für die Bewältigung lebenswichtiger Fragen heute unerhört gestiegen ist. Nur wenn Wissenschaft und Forschung völlig frei sind und wenn sie die Ergebnisse ihrer Forschung frei mitteilen können, wird es möglich sein, daß das ganze Volk nicht nur begreift, was Freiheit und Gerechtigkeit eigentlich bedeuten, sondern auch, wie sie sich verwirklichen lassen. Unsere Chance, gegenüber dem Kommunismus zu bestehen, liegt auf die Dauer nur in der Freiheit und Gerechtigkeit unseres staatlichen und gesellschaftlichen Lebens. Die Schlacht gegen den Kommunismus wird also wirklich auch in den Schulen und Hörsälen entschieden und durch die Verwirklichung einer sozial gerechten und kulturell freiheitlichen Ordnung bei uns.

Liebe Genossinnen und Genossen! Nicht nur der Kommunismus bedroht die Freiheit der Welt. Was geschieht denn in der westlichen Demokratie? Wie der Kommunismus, so hat auch die kapitalistische Welt politische Bildung und unabhängige Forschung zu fürchten.

Man hat gelegentlich gehört, die SPD wolle mit ihrem machtvollen Eintreten für die Gestaltung eines wahrhaft kulturellen Staates und der Gesellschaft vom Feld der Politik ablenken. Nichts kann törichter sein. Was heute z. B. in Frankreich geschieht, die Versuche, durch Unterdrückung und Krieg zu halten, was nicht zu halten ist und dessen gewaltsame Unterdrückung weder rechtlich noch sittlich verantwortet werden kann — wäre das möglich in einem politisch gebildeten Volk, dem die Grundsätze der Freiheit, Gerechtigkeit und des Friedens wirklich „unter die Haut gegangen" sind? Ist eine Demokratie möglich ohne die Anerkennung dieser Werte? Natürlich nicht!

Nachdem es keine demokratische Lösung für Algier gab, ist man drauf und dran, sie in Frankreich ebenfalls zu verlieren, und — was das Bedrückendste ist — nicht einmal Sozialisten konnten sich aus diesem Verfall heraushalten.

Wir kämpfen also mit der Mobilisierung des Geistes unmittelbar für die Demokratie. Aber seien wir, liebe Genossen, nicht pharisäisch selbstgenügsam!

Seit 1918 haben wir, nicht aus freiem Willen, keine Kolonien mehr und keine überseeischen Gebiete. Hätten wir sie, — wäre es dann sicher, daß es uns anders ginge als den Franzosen? Ich glaube nicht. Das sind die Grundgedanken, die uns bei unseren Forderungen in der Kulturpolitik bewegt haben. Besondere Aufmerksamkeit verdienen Presse, Rundfunk, Fernsehen und Film; denn sie wirken unvermeidlich auf die Bildung des moralischen, politischen und ästhetischen Urteils ein. Sie gestalten auch die modernen Leitbilder und Lebensformen mit. Sie werden heute weit-

gehend mißbraucht zur Verführung und Einlullung in einen bequemen Konformismus. Wir haben uns darüber Gedanken gemacht, wie diesen Gefahren begegnet werden kann. Hier nur so viel, daß freiheitliche Sozialisten, die in der Presse und im Rundfunk tätig sind, sicher mehr tun könnten als bisher, um dort als Sauerteig zu wirken. (Beifall.)

Die Kunst und die Künstler werden in unserem Volk, gemessen an ihrer Bedeutung, miserabel behandelt. Wir haben den Grundsatz aufgestellt, daß man den Kulturstand eines Volkes danach bemessen kann, wie es seine Künstler behandelt und wie es selber am künstlerischen Leben teilnimmt. Auch der Künstler bedarf, wie jeder Mensch, wirtschaftlicher Grundlagen, um in Freiheit schaffen zu können. Durch einen Ausbau der musischen Erziehung im Bildungswesen und durch die stärkere Pflege künstlerischer Leistungen und des künstlerischen Nachwuchses durch Presse, Rundfunk, Fernsehen und Film kann und sollte das künstlerische Schaffen gestützt werden.

Das Bildungsprivileg zu beseitigen, heißt, jedem seiner Begabung entsprechend die gleiche Chance der Bildung und damit auch des Fortkommens im Beruf und im Leben zu geben. Deshalb sollen die Studierenden durch eine großzügige Förderung von der belastenden Werkarbeit befreit, die Hochschulen erweitert und der wissenschaftliche Nachwuchs mit allen Mitteln gefördert werden. Neben dem heute bestehenden Bildungsweg muß ein zweiter geöffnet werden, der über die Berufsarbeit, über berufsbildende Schulen und über besondere Bildungseinrichtungen den Weg zur Hochschule eröffnet.

Dieser zweite Bildungsweg, liebe Genossinnen und Genossen, ist keine bloß, wie man gelegentlich hört, schulpolitische Frage. Es handelt sich bei ihm um einen der zukunftsträchtigsten Einbrüche in das Bildungsprivileg. (Starker Beifall.)

Das Ziel der Erziehung ist, die Jugend zur Bewältigung des Lebens tauglich zu machen, dessen Umweltbedingungen sich dauernd ändern. Sie muß also zum selbständigen Denken, zur Beweglichkeit und zur Verantwortungsbereitschaft erzogen werden. Die Jugend wächst in unserem Staat in eine vielgestaltige Gesellschaft mit ihren verschiedenen Glaubens- und Wertordnungen hinein. Sie soll deshalb ohne Unterschied der Konfession gemeinsam im Geiste gegenseitiger Achtung zur Freiheit, zum sozialen Verantwortungsbewußtsein und für die Ideale der Demokratie und der Völkerverständigung erzogen werden.

Pädagogische Erkenntnisse und Praxis stehen ständig vor neuen Erfahrungen. Deshalb müssen pädagogische Experimente und Versuchsschulen aller Art großzügig gefördert werden.

Die vorberufliche Schulpflicht muß auf zehn Jahre ausgedehnt werden. Die Schule darf nicht bloß Unterrichtsanstalt für einzelne Fächer sein. Die musische Erziehung muß den ganzen Unterricht durchdringen, die körperliche Erziehung ist zur harmonischen Durchbildung des Körpers und aus gesundheitlichen Gründen unerläßlich, und die politische Bildung soll in die Elemente politischen Denkens einführen, das Wesen der Macht verdeutlichen, das Widerspiel der Mächtegruppen klarmachen und die Einsicht in Sinn und Wert der Demokratie vermitteln.

Bei dieser Bedeutung der Schule und der Bildung wird die Ausbildung der Lehrer zu einer der Kardinalfragen der Kulturpolitik. (Beifall.)

Nur die Ausbildung an den besten Instituten und an Hand der modernsten Methoden kann für die Erzieher der Jugend gut genug sein. Neben dieser Ausbildung aber müssen alle Anstrengungen gemacht werden, die soziale Position des Lehrers in den Rang seiner geistigen Bedeutung zu heben.

Alle diese Riesenaufgaben der Kulturpolitik, vor die sich hier der Staat, die Wissenschaft, die Schule, die Universität, die Erwachsenenbildung, die politischen Jugendverbände, die Lehrer und Erzieher und die Männer und Frauen des Volkes gestellt haben, laufen zusammen in einem einheitlichen Ziel: die schöpferischen Kräfte des Menschen zu wecken und zu stärken und ihn zu befähigen und zu ermutigen, die Probleme unserer Zeit geistig zu bewältigen und sein Leben würdig zu gestalten.

Liebe Genossinnen und Genossen! Eine Partei wie die unsere, die auf eine nahezu hundertjährige Tradition zurückblickt — denn heute fast auf den Tag genau sind 95 Jahre vergangen, seit der „Allgemeine Deutsche Arbeiterverein" gegründet worden ist — fragt sich natürlich, wie weit ein neues Programm den Spuren der früheren folgt. Wir kennen alle die etwas vorwitzige und verdächtig zweideutig funkelnde Mahnung, endlich den Marxismus über Bord zu werfen. Darunter verstehen viele etwas ganz Verschiedenes und manche, die das Lebenswerk von Karl Marx nur vom Hörensagen kennen, meist gar nichts. Wie ist unsere Stellung dazu? Karl Marx hat uns den Klassencharakter der kapitalistischen Wirtschaft in ihren Grundzügen enthüllt, indem er nachwies, warum eine Baumwollspinnmaschine unter bestimmten Umständen zu Kapital wurde. Dann nämlich wurde sie es, wenn freie Arbeiter sich den Besitzern der Produktionsmittel anbieten mußten, weil sie selber frei auch von Produktionsmitteln waren. Die faktischen Möglichkeiten der Produktionsmittelbesitzer, die Arbeitsbedingungen und damit die Lebensbedingungen der Arbeiter zu diktieren, machten die Arbeiter zunächst zu jener hilflosen Masse, deren Verelendung in der Selbstentfremdung wir alle kennen. Dieser damalige Tatbestand wird von keinem ernsthaften Soziologen oder Vertreter der politischen Ökonomie bestritten. Der Jesuitenpater Professor von Nell-Breuning bedauert im „Politischen Wörterbuch", das bei Herder erschienen ist, nur, daß diese Enthüllung der Klassengesellschaft nicht von einem christlichen Wissenschaftler, sondern von Karl Marx geleistet worden ist. Diese Marx'sche Leistung ist ein bleibendes Verdienst, denn von ihr mit ging ein gewaltiger Impuls zur Organisierung der Arbeiterbewegung aus, die mit dieser ihrer organisierten Selbsthilfe den Kampf gegen ihre Selbstentfremdung und für die Vermenschlichung von Staat und Gesellschaft aufnahm. Wenn heute mit Recht gesagt werden kann, daß diese Klassengesellschaft ihr Gesicht erheblich verändert habe, wenn eine Vollbeschäftigungspolitik die industrielle Reservearmee demobilisiert und die Position des arbeitenden Menschen sehr verbessert hat, wenn die Einrichtungen des sogenannten Wohlfahrtsstaates unverschuldete Not vielfältiger Art von den Menschen nehmen, deren sie sich aus eigener Vorsorge gar nicht hätten erwehren können, wenn es heute eine, wenn auch unvollkommene Mitbestimmung der Arbeiterschaft in den Betrieben und über sie hinaus gibt, — wem

anders ist dies alles und vieles mehr zu verdanken, als dem grandiosen und opferreichen Aufstand der Arbeiterbewegung, die sich sogar das Recht zur Organisierung erst hat erkämpfen müssen. (Starker Beifall.)

Aber die Klassengesellschaft besteht auch heute noch, (Erneuter Beifall.) und noch immer ist weder die grundsätzliche Bevorrechtung der Produktionsmittelbesitzer aufgehoben noch die Unsicherheit gebannt, noch sind Einkommen und Vermögen gerecht verteilt, noch ist das Bildungsprivileg beseitigt.

Und da, Genossen, müssen wir doch fragen: Was ist hier über Bord zu werfen? Hier ist doch nur zu beklagen, daß das, was wir an Bord haben, nicht besser in die Köpfe und Herzen eingedrungen ist. (Beifall.)

Freilich ist uns der Berge versetzende Glaube an eine dem Geschichtsprozeß innewohnende unvermeidliche Entwicklung zur Freiheit verloren gegangen. Nicht Kleinmut, sondern Erfahrung hat uns gezeigt, daß die Geschichte der Menschheit nicht nur in der Barbarei, sondern beim Völkerselbstmord enden kann. — Die allgemeine Vergesellschaftung der Produktionsmittel sehen wir nicht als ein Heilmittel für unsere Nöte an, weil Machtzusammenballungen immer gefährlich sind, selbst wenn sie im Namen des öffentlichen Interesses erfolgen. — „Der naturnotwendige Untergang des Kleinbetriebes" ist nicht erfolgt, und wir wünschen ihn auch gar nicht! — Und wir sehen heute, daß längst nicht all unsere Nöte behoben sein werden, wenn die Klassen verschwunden sein werden — die neuen Abhängigkeiten, die sich aus der Organisierung und Technisierung unseres Lebens in der Industriegesellschaft ergeben, werden auch dann noch unsere dauernden Abwehrmaßnahmen erfordern.

Nur wer die Marx'schen Aussagen als eine geschlossene Dogmatik ansieht, und wer deshalb auf alle Marx'schen Worte und Einsichten schwören muß, der muß mit der Wirklichkeit in hoffnungslosen Konflikt geraten. Für uns ist Marx der Erwecker der Freiheitsbewegung der Arbeiterschaft und des Gefühls für die Notwendigkeit und Möglichkeit der Freiheit und Gerechtigkeit auch im Wirtschaftsleben. Und diese Grundforderungen, die sich durch alle Programme des Sozialismus hindurchziehen, sind auch heute noch keineswegs „überholt". (Beifall.)

Sie sind nicht nur falsch verstanden, sondern völlig auf den Kopf gestellt worden in der Entwicklung der kommunistischen Welt, die sich tönend auf Marx beruft und dabei beharrlich über die fundamentale Tatsache hinweggeht, daß „die freie Assoziation", die Karl Marx vorschwebte, das genaue Gegenteil von dem ist, was in den kommunistischen Staaten durch die Unterwerfung des Menschen unter ihren totalen Staats- und Wirtschaftsapparat geschieht. Greulicher konnte das Lebenswerk von Karl Marx und seinen Freunden gar nicht verunstaltet, schlimmer der Sozialismus nicht pervertiert werden.

Und hier zeigt sich der Wert selbst unserer unvollkommenen Demokratie: Wir haben gesehen, daß auch demokratische Formen keine automatische Sicherheit für die Freiheit und die Gerechtigkeit zu bieten haben. Aber aufschlußreich ist eine Diskussion, die vor einiger Zeit zwischen westdeutschen Journalisten und dem damaligen Kultusminister der SBZ, Jo-

hannes R. Becher, stattfand, der die Journalisten zu diesem Gespräch eingeladen hatte. Becher fragte sie, um auf Mißstände in der Bundesrepublik hinzuweisen: „Warum streiken denn bei Euch die Arbeiter in Hamburg?" Die Antwort war verblüffend und traf ins Schwarze. Sie lautete: „Weil sie dürfen!"

Weil sie dürfen! Aber auf dem „Dürfen" in der Demokratie, liebe Genossen, dürfen wir nicht ausruhen. Es bedeutet Möglichkeit, und es bedeutet Verpflichtung. Verpflichtung wozu? Zur dauernden Wachsamkeit und Kampfbereitschaft, weil Freiheit, Gerechtigkeit und der Weltfriede nur zu erhalten und zu sichern sind, wenn alle, die sich zu ihnen bekennen, bereit sind, sie zu schaffen und zu verteidigen — täglich und stündlich. (Lebhafter Beifall.)

Schon das offene Bekenntnis zu den sittlichen, moralischen und kulturellen Werten, die immer die Gesinnung der Sozialisten bewegten, ist heute mehr als je nötig. Lange Zeit ist dieses Bekenntnis oft nur in Liedern, bei Feiern und in Zeiten der äußersten Gefahren ausgesprochen worden, so daß ein bitteres Wort einmal umging, die Deutschen hätten immer nur dann die Bekanntschaft der Freiheit gemacht, wenn man sie wieder einmal zu Grabe zu tragen hatte. (Richtig!)

Mit dem offenen Bekenntnis zu unseren Idealen stehen wir mit allen im Bunde, die sich für sie einsetzen, auch wenn sie in ihrer Begründung nicht einig sind.

Weltanschauliche Verschiedenheit darf nicht länger ein Hindernis sein im Kampf um die Freiheit in unserem Staat und in unserer Gesellschaft — so verlangt es die Würde des Menschen. Damit kann mehr und mehr auch der Graben eingeebnet werden, der sich zum Schaden der Menschheit zwischen den Kirchen und dem demokratischen Sozialismus aufgetan hat. (Beifall.)

Wir stehen mit unseren Zielen und Aufgaben zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Welt. Unser politisches Ziel ist eine Gesellschaft ohne Klassenvorrechte, in der die vielfältigen gesellschaftlichen Kräfte nach demokratischen Spielregeln zusammenwirken können. Die durch die Industrialisierung und Technisierung geweckten Kräfte müssen so unter einer demokratischen Kontrolle stehen, daß sie nicht zu Instrumenten von Klassen- und Willkürherrschaft, sondern zu Werkzeugen der Freiheit für alle werden. Die kapitalistische Welt kann solche Freiheit nicht gewähren, ohne sich selbst und ihr Wesen aufzugeben. Gegen den Machtapparat der kommunistischen Welt, der heute um seine politische Selbstbehauptung kämpft, richten sich nicht nur viele freiheitliche Kräfte der nichtkommunistischen Welt, auch innerhalb der kommunistischen Welt selbst wächst das Freiheitsstreben der Menschen. Die kommunistischen Machthaber sind gezwungen, gewisse Konzessionen an das wachsende Freiheitsbedürfnis zu machen. Aber sie können demokratische Freiheiten nicht gewähren, ohne sich selbst und ihr Wesen aufzugeben.

Nur der demokratische Sozialismus hat von der Verwirklichung der vollen Freiheit nichts zu fürchten. Denn sie ist s e i n Wesen. Der Kampf

der Sozialisten um Freiheit und Menschenwürde ist heute weit über die Reihen der Industriearbeiterschaft hinausgewachsen. Die klassenlose Gesellschaft ist weniger denn je eine bloß utopische Hoffnung.

Auch diese klassenlose Gesellschaft wird kein Paradies sein. Denn menschliche Unzulänglichkeiten werden wir niemals aus der Welt schaffen. Aber der Mensch wird in ihr einen gleichberechtigten Zugang zum Wohlstand und zur Bildung haben, er wird nicht mehr wehrlos der Willkür anderer ausgesetzt sein, sondern sein Schicksal in Freiheit und sittlicher Selbstbestimmung in die eigene Hand nehmen, seine schöpferischen Kräfte entwickeln und auf dem Boden des Rechts eine Kulturgesellschaft schaffen können, die die Selbstverwirklichung des Menschen bringt, weil sie die Würde des Menschen über seine Selbstentfremdung siegen läßt. (Starker langanhaltender Beifall.)

Vorsitzender Max Brauer: Genossinnen und Genossen: Bevor wir in die Aussprache über die Referate „Kultur und Politik" und „Erste Beratung des Entwurfs eines Grundsatzprogramms" eintreten, einige Mitteilungen.

Unter unseren Gastdelegierten ist der Genosse Peter Dammann. Wir haben erst jetzt erfahren, daß er am heutigen Tag seinen 65. Geburtstag feiert. (Beifall.)

In diesen 65 Jahren seines Lebens gehörte der Genosse Dammann 40 Jahre der Partei an. (Beifall.) Wir danken dem Genossen Dammann für die Treue zur Partei, und wir wünschen ihm an seinem Geburtstage alles Gute für die Zukunft. (Beifall.)

Wir haben heute die Ehre und die Freude, eine Delegation indischer Genossen hier zu begrüßen. (Starker anhaltender Beifall.)

Es sind die Genossen Dhadda, Pardiwala und J. Narayan. Genosse J. Narayan gehört zu den Gründern der Sozialistischen Partei Indiens. (Beifall.)

Er ist aktiv in der sogenannten Land-Schenkungs-Bewegung, einer Bewegung mit dem Ziel, die Reform des Grundbesitzes in Gang zu bringen, tätig. Ich glaube, wir dürfen unseren Freunden aus Indien sagen, mit welch innerer Anteilnahme die deutsche Sozialdemokratie die Entwicklung in Indien verfolgt, wo ein Volk nach jahrhundertelanger Abhängigkeit den Weg zur nationalen Freiheit und Selbstverwaltung gefunden hat und wo das Volk dabei ist, die elenden Zustände, in denen Millionen Menschen leben, zu überwinden und diesem Land und diesem Volk nicht nur die Freiheit, sondern auch einen höheren Lebensstandard zu geben. Alle unsere guten Wünsche sind mit dem indischen Volk, und wir bitten unsere Freunde, diese Botschaft nach Indien mit zurückzunehmen. (Starker Beifall.)

Während der Rede sind die Vorschläge für die Wahlen eingegangen. Die Zeit ist abgelaufen. Es sind die Vorschläge für den Parteivorstand und die Kontrollkommission. Zu diesen Vorschlägen wünscht der Genosse Carlo Schmid eine Erklärung abzugeben. Ich bitte ihn, das Wort zu nehmen.

Prof. Carlo Schmid, Frankfurt: Genossinnen und Genossen, ich habe erfahren, daß eine Reihe von Genossen mich als Kandidaten zur Wahl des Vorsitzenden aufgestellt hat. (Beifall.)

Ich danke ihnen für das Vertrauen. Ich danke für die Ehre, die mir dadurch erwiesen wird. Aber ich bitte die Antragsteller, den Vorschlag zurückzuziehen. Ich werde diese Kandidatur nicht annehmen. (Starker Beifall.)
Nicht, weil ich mich scheute, Last und Verantwortung auf mich zu nehmen. Wer mich kennt, der weiß, daß dies nicht meine Gewohnheit wäre —, sondern weil ich der Meinung bin, daß das Wohl unserer Partei es erfordert, daß Sie heute Erich Ollenhauer zu Ihrem Vorsitzenden wählen. (Bravo! und starker langanhaltender Beifall.)

Vorsitzender Max Brauer: Genossinnen und Genossen! Ich möchte in diesem Augenblick darauf aufmerksam machen, daß nun zur Behandlung stehen:
Die Resolution 205 und zugleich damit die Anträge 66 und 67, ferner die Anträge 206, 90 bis 94.
Wir haben dann noch zwei weitere Anträge, die zu diesen Tagesordnungspunkten gehören: 95 und 96.
Nun nimmt für die Mandatsprüfungskommission der Genosse Frenzel das Wort.

Alfred Frenzel: Genossinnen und Genossen! Ich habe für die Mandatsprüfungskommission mitzuteilen, daß sich die Zahl der ordentlichen Delegierten von 381 auf 384 erhöht hat. Ich bitte den Parteitag, auch diese restlichen drei Mandate anzuerkennen. Das ist wichtig, weil wir uns am Nachmittag, wenn die Wahlen stattfinden, danach richten müssen.

Die Mandatsprüfungskommission hat an den Parteitag eine Bitte. Sie bittet das Präsidium, wenn irgend möglich, die Zustimmung dazu einzuholen. Die Mandatsprüfungskommission schlägt vor, daß die heute stattfindenden Wahlen bereits als 1. Punkt in der Nachmittagssitzung behandelt werden, weil es bekanntlich sehr lange dauert, bis die endgültigen Resultate feststehen. Die Mandatsprüfungskommission wäre dankbar, wenn Sie diesem Wunsch nachkommen könnten.

Vorsitzender Max Brauer: Genossinnen und Genossen, Ihr habt den Vorschlag des Genossen Frenzel gehört. Ich bitte die Delegierten, die diese zusätzlichen Mandate anerkennen wollen, das Handzeichen zu geben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Es ist so beschlossen.

Der erste Redner in der Aussprache ist der Genosse Siegfried Aufhäuser. Ihm folgt der Genosse Gerhard Weisser, Köln.

Siegfried Aufhäuser, Berlin: Genossinnen und Genossen! Es ist eine der guten Traditionen der deutschen Sozialdemokratie und ihrer Parteitage, daß sie allezeit bei allen Aktionen und bei allen Neugestaltungen

von Programmen eine ökonomische Analyse der kapitalistischen Entwicklung unterbreitet hat. Wir können es gut finden, daß auch dem Entwurf des Grundsatzprogramms eine solche Analyse des Spätkapitalismus beigefügt ist.

Im Mittelpunkt dieser Analyse haben wir den Bericht, den auch Genosse Deist noch ergänzt hat, daß wir uns heute in einem Entwicklungsstadium des Spätkapitalismus befinden, der eine ungeahnte und teilweise erschreckende Konzentration der Produktivvermögen in den Händen einiger weniger Kapitalistengruppen in Deutschland bedeutet. Es ist in dieser Analyse auch nicht vergessen worden, daß die Entwicklung des Kapitalismus in Deutschland eine wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Macht von ungeahntem Ausmaß bedeutet. So dankbar wir für diese Analyse sein können, so liegt es jetzt doch an uns, bei der Gestaltung des Grundsatzprogramms und bei den Empfehlungen, die dieser Parteitag der Kommission mit auf den Weg geben kann, aus dieser Analyse auch die Konsequenzen zu ziehen, die wir angesichts dieser Über- und Vormacht einiger weniger großindustrieller Unternehmer in Deutschland feststellen, und aufzuzeigen, wie wir diesen Mißbrauch wirtschaftlicher Macht zu überwinden beabsichtigen.

Die machtmäßigen Voraussetzungen, um die Wirtschaftsprogramme, über die vor zwei Tagen gesprochen wurde, zu ändern, sind bisher in dem Entwurf des Grundsatzprogramms, soweit es sich um die Arbeiter und Angestellten handelt, noch offengeblieben. Ob es sich um eine gerechtere Verteilung des Einkommens, des Vermögens handelt, ob wir einzelne Wirtschaftszweige in Gemeineigentum zu überführen beabsichtigen, ob wir eine bessere Kontrolle der Wirtschaft einführen wollen: Es genügt für alle diese guten Absichten nicht, ein Punkteprogramm aufzustellen, ohne daß wir die Kommandostellen, die hier schon geschildert worden sind, irgendwie antasten. Das ist das Problem, zu dem ich einige Worte sagen möchte.

Wir müssen in dem Grundsatzprogramm, so schwer es auch sein mag, die brennende Frage beantworten: Was gedenkt die Sozialdemokratie, — nicht in Zukunft, nicht als Endziel, sondern heute, in diesem gegenwärtigen Stadium der kapitalistischen Entwicklung zu tun, um diesen bestehenden Mißbrauch an Macht abzubauen? Und wenn wir dazu die Macht nicht haben, was gedenken wir zu tun, um wenigstens einen weiteren Zuwachs an Macht dieser Art zu bremsen?

Die Gefahrenquelle, aus der die heutige Situation der Arbeiter und der Angestellten erwächst, die Gefahrenquelle, die es bisher verbietet, daß die Arbeitnehmer in Deutschland einen gerechten Anteil an dem Sozialprodukt erreichen können — diese Gefahrenquelle ist dieselbe, die sie seit Jahrzehnten gewesen ist und die eindeutig im Erfurter Programm von 1891 gekennzeichnet war in der einfachen Feststellung: „Die kapitalistische Entwicklung hat den Arbeiter von seinen Handwerkszeugen getrennt, die kapitalistische Entwicklung hat alle Arbeitnehmer von ihren Produktionsmitteln getrennt und damit die Kluft vertieft, die heute zwischen den Besitzern der Produktionsmittel und den arbeitenden Menschen besteht." Wer das ändern will — und diese Absicht hat der Parteitag wiederholt bekundet —, wer die Trennung der Arbeiter von den

Produktionsmitteln verhindern oder mindestens abbauen will, wer diese Trennung beseitigen will, der muß bereit sein, heute, im gegenwärtigen Stadium unserer Entwicklung, eine Änderung der Eigentumsbegriffe in Angriff zu nehmen. (Beifall)

Das Grundsatzprogramm wäre die geeignete Basis, den Weg aufzuzeigen, wie die heutigen Eigentumsbegriffe vernünftig geändert werden können.

Die Eigentumsbegriffe, unter denen wir heute in den Industriestaaten arbeiten, sind weder von Gott gewollt, noch sind sie naturgegeben, sondern rein machtmäßig gewachsen, so daß sogar prominente Stellen der katholischen Kirche eine Reform dieser Eigentumsbegriffe sehr nachdrücklich verlangt haben. Auch wir sollten nicht zögern, dazu positiv Stellung zu nehmen. Das ist kein neues Dogma; das ist keine Utopie; das ist keine Zukunftsschwärmerei, sondern wenn wir Gegenwartswirtschaftspolitik betreiben wollen, dann ist der Anfang ein Eingriff in diese unhaltbaren Eigentumsbegriffe. (Beifall.)

Ich gebe allerdings zu, daß man dem Rat, der hier von verschiedenen Seiten gegeben wurde, eine andere Sprache als bisher zu führen, auch hier folgen könnte. Es ist nun einmal so, daß heute bei der Diskussion über den Sozialismus immer noch Menschen nur deshalb Reformvorschläge ablehnen, weil sie vor hundert Jahren auch schon vor Karl Marx vorausgesehen wurden. Wenn also der Begriff „Trennung von den Produktionsmitteln" nicht mehr so zeitgemäß erscheint, bitte, nehmen wir die Technologie, wie sie heute in allen Handelszeitungen, im Wirtschaftsteil unserer Tageszeitungen täglich zu lesen ist, und reden wir dann nicht nur von Produktionsmitteln, sondern übersetzen wir es auf die heutige Lage. Das, was wir meinen, ist ein Übermaß von Zuwachs an Betriebssubstanz, an Betriebsvermögen. Wir haben es in der Entwicklung der westdeutschen Industrie erlebt — wenn ich das nur andeuten darf —, daß es nach der Währungsreform über die sogenannte Selbstfinanzierung, über Steuerermäßigung, über Preisausbeutung der Konsumenten, über Lohnausbeutung der Arbeiter möglich war, dieses Betriebsvermögen, diesen Besitz von Produktionsmitteln ungeheuer zu steigern. Diese Produktionsmittel sind ja schließlich nichts anderes, als was wir täglich in den Bilanzen lesen: Bestand an Rohstoffen, Bestand an Maschinen, an Geräten und sonstigen Arbeitsmitteln. Das konnte nach der Währungsreform in drei Jahren nicht nur aufgeholt, sondern maßlos übersteigert werden. Es war die Sparkasse der Großbetriebe, die in diesen wenigen Jahren so aufgefüllt werden konnte aus dem Ertrag der Arbeit, aber unter völliger Ausschaltung der Arbeitenden selbst. Das ist das Problem, wenn wir Gegenwartswirtschaftspolitik betreiben und sie von uns aus im Grundsatzprogramm und damit auch in unserer Tätigkeit in Angriff nehmen wollen. Ich bin nicht so illusionär, zu meinen, wir könnten in der Frage des Besitzes der Produktionsmittel von heute auf morgen etwas erreichen. Was aber aktuell, was eine ausgesprochene Gegenwartsaufgabe ist, das ist, daß sich die Arbeiter- und die Angestelltenschaft, das ganze arbeitende Volk, einschalten in diesen ständig zunehmenden Zuwachs an Produktionsmitteln, an Betriebsvermögen, an dem sie bisher keinen Anteil hatten.

Ich darf darauf aufmerksam machen, daß nicht wir, sondern die anderen Parteien es bisher gewesen sind, die diese Reform der Eigentumsbegriffe bereits diskutieren. Aber es besteht die Gefahr, daß hier eine Reform vorgenommen wird, die nichts zu tun hat mit einem Anteil der Arbeitnehmer an ihren Produktionsmitteln. Wir haben in der letzten Zeit erlebt, daß man den Arbeitern Gewinnbeteiligung gibt; wir haben erlebt, daß man Kleinaktien, Volksaktien und alles mögliche ausgibt, um auf diese Weise den Schein einer Änderung der Eigentumsordnung hervorzurufen. Aber es kommt nicht darauf an, ob ein Arbeiter heute eine Kleinaktie bekommt — die konnte er sich früher aus seinen Ersparnissen auch kaufen —, sondern es kommt darauf an, daß die Arbeiter und die Angestellten aus dem Ertrag ihrer Arbeit einen Anteil am Betriebsvermögen erwerben. Ich kann auf die verschiedenen Methoden, die bereits vorgeschlagen worden sind, nicht mehr eingehen. Es gibt einen Teil innerhalb der Partei und in den Gewerkschaften, der der Meinung ist, daß diese Art von Miteigentum innerhalb des Betriebes der Belegschaft gegeben werden soll. Es gibt andere, die schlagen vor, man sollte nicht den einzelnen Belegschaften, sondern der gesamten Arbeiterschaft Deutschlands aus diesem Zuwachs an Betriebssubstanz einen Ausgleich, einen Anteil verabreichen, das heißt, die alleinige Verfügungsgewalt der Unternehmer, die bisher so viel Unheil angerichtet hat, soll ergänzt werden durch den Anteil des arbeitenden Volkes an diesen ungeheuren Steigerungen der Betriebsvermögen. Das gehört nach meiner Meinung mit in das Grundsatzprogramm. Das bedeutet, daß wir anfangen, sozialistische Elemente in die bestehenden Eigentumsbedingungen einzubauen. Das bedeutet, daß wir allen Schichten der Bevölkerung einen Anschauungsunterricht bieten, daß wir nicht nur Sozialismus verlangen, sondern auch zeigen, wie man sozialistische Ziele allmählich auch in Deutschland entwickeln kann.

Die industrielle Revolution, die wir durchleben, hat — ob wir es wollen oder nicht — die Eigentumsfrage auf die Tagesordnung gesetzt. Wir haben nur den einen Weg: über eine Änderung der Eigentumsbegriffe auch mehr Macht zu gewinnen, denn im Anteil der Arbeiter und der Arbeitnehmer an ihren Produktionsmitteln allein liegen die Wurzeln unserer Kraft. (Beifall.)

Vorsitzender Max Brauer: Genossinnen und Genossen! Eine wichtige Mitteilung, die ich bitte, auch den Genossen zur Kenntnis zu geben, die sich im Augenblick nicht im Saale befinden: Wir denken uns den heutigen Ablauf der Verhandlungen so, daß wir um 15 Uhr heute nachmittag die Aussprache unterbrechen und zu diesem Zeitpunkt die Wahlen vornehmen. Wir würden also versuchen, um 15 Uhr mit den Wahlen durchzukommen. Nach den Wahlen würde dann die Diskussion zu Ende geführt werden. Nachdem wir jetzt mehr als 20 Wortmeldungen auf dem Tisch haben, glaube ich nicht daran, daß wir bis zur Mittagspause mit der Diskussion fertigwerden.

Um 15 Uhr also Unterbrechung der Diskussion und zu diesem Zeitpunkt Beginn der Wahlen. Anschließend führen wir dann die Diskussion über die vorliegenden Tagesordnungspunkte zu Ende. (Zuruf: Wann kommt

der Stimmzettel?) — Die Stimmzettel sind bereits im Druck. Sie werden jedem Delegierten rechtzeitig zugehen: Stimmzettel für die Vorstandswahl und für die Kontrollkommission.

Dazwischen liegt noch die Mittagspause. Aber um 15 Uhr muß jeder bereit sein, an den Wahlen teilzunehmen. Es ist mein Wunsch, daß die Delegationsführer ihre Mitglieder, soweit sie nicht im Saale sind, von dieser Regelung unterrichten.

Ich erteile nunmehr das Wort dem Genossen Gerhard Weisser, Köln.

Prof. Gerhard Weisser, Köln: Genossinnen und Genossen! Ich möchte zunächst einmal meinem Vorredner etwas zur Beruhigung sagen. Das Parteiprogramm von 1954 hat in betonter Weise gesagt, daß die Sozialdemokratie Eigentumsbildung in der Hand der bisher Vermögenslosen fordert. Seither hat eine große Zahl von Genossen in Publikationen sich über die Einzelheiten dieser Frage geäußert. In der Programmkommission haben wir eine lange Serie von Sitzungen dieser Frage gewidmet. Die SPD wird nicht aufhören, sich in führender und pionierhafter Weise mit der Eigentumspolitik zu befassen.

Nun zum Programmentwurf: Manche Genossen sagen, die heutige SPD habe kein geistiges Fundament mehr, und eine solche Partei könne sich nicht ein eigentliches Grundsatzprogramm, ein Grundgesetz ihres Handelns, geben. Ich glaube, diese Genossen kennen ihre eigene Partei zu wenig. Jeder wissenschaftliche Beobachter der Geistesarbeit der SPD seit ihrer Wiedergründung weiß, daß das Gegenteil dessen zutrifft, was diese Genossen meinen. Die Artikel der großen sozialwissenschaftlichen Lexika berichten, wenngleich oft unzulänglich, über die geistige Neuorientierung der SPD. Die Kirchen nehmen aufmerksam von ihr Kenntnis. Das Ausland läßt sich über sie berichten. Die Gegner im sowjetischen Raum schreiben ganze Bücher über sie, da dort drüben die Gefährlichkeit der heutigen geistigen Linie der SPD für die Überzeugungskraft der eigenen Ziele gespürt wird.

Warum nur, frage ich mich, reden bei all dem manche Genossen in unseren eigenen Reihen noch immer davon, daß die heutige Partei kein geistiges Fundament habe? Täten sie nicht besser daran, sich wissenschaftlich mit dem Vorhandenen auseinanderzusetzen? Man darf sich das freilich nicht zu leicht machen, wenn die geistige Welt um uns herum bereits gebannt auf diesen Entwicklungsprozeß der Partei schaut. Diese Angelegenheit ist zu schwierig, um mit Redensarten abgetan zu werden.

Eine klare geistige Linie führt von den ersten Erklärungen des Neugründers der Partei, Kurt Schumacher, über unsere Kundgebung auf dem 1. Parteitag, daß Sozialismus die Gesellschaft nicht zu einer Kaserne mache und mannigfaltig in seinen Äußerungsformen sei, über den in Nürnberg vorgelegten Entwurf der ersten Programmkommission, über Ziegenhain, über die Wannsee-Gespräche, über Dortmund, über die Mehlemer Klausur zum Berliner Programm, das heute gilt. Seine Präambel stellt in der Geschichte unserer Parteiprogramme seit hundert Jahren durch die Neuartigkeit ihrer Zeitanalyse und durch ihre philosophischen Grundlagen etwas durchaus Neues dar. Die jetzige Programmkommission brauchte an sie nur anzuknüpfen.

Es sind also nicht so sehr die persönlichen Äußerungen einer langen Reihe sozialistischer Forscher mit oder ohne Professorentitel aus allen Bereichen der Wissenschaft, die hier angeführt werden müssen — die Partei selbst in ihren Dokumenten ist diesen Weg gegangen. Eigentlich schon seit 1900; anfänglich zögernd und tastend, dann immer bewußter. Marx hat, wie schon Wilhelm Liebknecht geschrieben hat und Schumacher erneut hervorhob, kein vollständiges System der Sozialwissenschaften hinterlassen. Eine Lücke seines historizistischen Systems empfindet der heutige sozialistische Politiker besonders schmerzlich. Er hat den Werkzeugkasten des sozialistischen Politikers nicht mit den für das Geschäft des Regierens ausreichenden Instrumenten ausgestattet. Mühsam mußten wir uns das ordnungspolitische Denken erst wieder erwerben, über das die von Engels geschmähten sogenannten Utopisten bereits in bedeutsamen Ansätzen verfügt hatten. Auch hat Marx, mindestens der ältere Marx, keinen Beitrag zur Lösung der schwierigen Aufgabe geleistet, die darin besteht, daß wir die sittlich-kulturellen Grundentscheidungen des sozialistischen Politikers und des sozialistischen Pädagogen mit der für Programmarbeiten nötigen Präzision interpretieren müssen. Die Wirkung dessen, daß hier Lücken geblieben waren, besteht darin, daß wir in den gesinnungsmäßigen Grundentscheidungen zwar gefühlsmäßig übereinstimmen, aber darüber noch bis zu unseren Tagen in tausend verschiedenen Zungen reden, sobald wir von Bildern zu Begriffen übergehen. Diese begriffliche Sprache ist aber nun einmal bei der Programmarbeit nötig.

Unser Entwurf zum Grundsatzprogramm bemüht sich um dreierlei: Er will die Zeitanalyse der Berliner Präambel verdeutlichen. Er ist bemüht, endlich die sittlich-kulturellen Grundentscheidungen des Sozialisten begrifflich klar zu interpretieren. Und er will in den Grenzen eines Grundsatzprogramms den Werkzeugkasten der sozialistischen Politik und Pädagogik sichtbar vor Augen stellen.

Wir mußten natürlich die Aussagen des Entwurfs an den wirklich neuesten Stand aller hier in Frage kommenden Wissenschaften anschließen. Hierin vor allem liegt der Grund für meine Wortmeldung.

Blickfixiert auf die ungeheuren Fortschritte der Naturwissenschaften und der Technologie in unserem Jahrhundert wissen die Öffentlichkeit und auch die breiten Kreise der Partei viel zu wenig von den nicht minder beachtlichen Fortschritten der für den Politiker und für den Pädagogen wichtigen Wissenschaften.

Eben diese Ergebnisse aber müssen heutigen Programmen für die Gestaltung des sozialen Lebens zugrunde gelegt werden. Unterlassen wir das, kann unsere Sprache heute nicht mehr überzeugen. Tun wir es aber, so haben wir nicht nur volle Hörsäle und nicht nur vollbesetzte Versammlungslokale, sondern sind auch dort, wo die Entscheidungen fallen, die geistig Überlegenen.

Wir Heutigen gehören einer Generation guter Spezialisten und schlechter Philosophen an. Die Praxis spürt aber immer deutlicher, daß sie auf den Rat der Forscher nicht nur bei Spezialfragen angewiesen ist; geistig ins Schwimmen geraten ist die Praxis bei den Grundfragen, und immer mehr dorthin zielen die Fragen an die Gelehrten.

Genosse Seuffert hat vor zu viel Ideologie gewarnt, aber regelmäßig vertreten diejenigen, die das tun, im gleichen Atem selbst unbewußt eine eigene Philosophie. Es geht eben rein logisch nicht ohne Philosophie ab, wenn man sich programmatisch äußern will.

Es ist eine lange Reihe von Wissenschaften, die uns dienen müssen, wenn wir auf dem Stand heutiger Wissenschaften Programmarbeit leisten wollen. Die Logik, die Soziologie, die heutige Sozialhistorik, Psychologie, Wirtschaftstheorie und die Ethik in ihrer Eigenschaft als begriffliche Interpretation der sittlichen und der kulturellen Grundentscheidungen sind nötig.

Die moderne Logik hat erkannt, daß die Grundentscheidungen des Menschen nicht auf Erkenntnisse zurückgeführt werden können und auch nicht Emanationen von Begriffen sind. Begriffe spenden nicht Erkenntnisse, sie sind nur Erkenntnisinstrumente. Das bedeutet — insoweit — nicht nur Abschied von Hegel und allen (auch sozialistischen) Lehren, die in unbewußter Geschichtsmetaphysik ihm folgen; es vollzieht sich auch eine Götterdämmerung des klassischen Positivismus, der auf die Sozialisten des 19. Jahrhunderts starken Einfluß gehabt hat. Der heutige Positivismus beginnt zu erkennen, daß seine Lehre gegenüber den Alternativen, vor die das Leben den Menschen stellt, schweigt. Erkenntnisse und Entscheidung gehören verschiedenen geistigen Provinzen an. Man kann nicht einfach von dem, was ist, unmittelbar auf das schließen, was sein soll. Ein Programm aber sagt, was sein soll. Die moderne Logik enthüllt ferner, in dem sie die Inhaltsleere vieler politischer Formeln aufzeigt, einen politischen Trugschluß nach dem anderen. Die Chefideologen der Sowjets winden sich unter dem Zugriff dieser Logik mit ihren im Ausland mehr als bei uns beachteten neuen Lehren. Zahlreiche international anerkannte moderne Logiker sind Sozialisten.

Die Soziologie von heute leistet uns eine Fülle von Diensten. Sie stützt uns in der Verfassungsfrage wesentlich. Wir sehen, daß es eine Mehrzahl von Regenten unserer Gesellschaft gibt und nicht nur den Staat, auf den der Liberalismus blickfixiert als den Freiheitsräuber schaut. Wir wissen, daß es andere Regenten — außerstaatliche Mächte — gibt, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen. Hier vor allem ist unsere Sozialisierungsforderung verankert; sie ist weit mehr eine verfassungspolitische als eine wirtschaftspolitische Forderung. Wir wollen kein Privateigentum an Machtmitteln.

Mit der heutigen Psychologie befaßt sich einstweilen in unseren Reihen gründlich eigentlich nur die Arbeiterwohlfahrt. Daneben beginnen wir in der Wirtschaftslehre, sie heranzuziehen, um die unternehmerischen Leistungen des Wirtschaftsgestalters deutlicher als die primitive Psychologie des klassischen Wirtschaftsliberalismus zu erfassen. Darauf beruhen unsere Aussagen über die Vielfalt der Unternehmenstypen und die Forderung, sie zu pflegen.

Genossen! Ich könnte von jeder Wissenschaft, die ich aufgezählt habe, im einzelnen angeben, wie ihre neuesten Ergebnisse für unsere Programmarbeit nötig sind, aber auch tatsächlich unser Programm befruchtet haben. Ich habe mich darüber in zwei Beiträgen zur Parteitagsnummer des „Vorwärts“ geäußert.

In der Eile einer 10-Minuten-Äußerung jetzt nur noch eine Schlußbemerkung: Wir haben immer gesagt, Wissen ist Macht. Auch mein Beitrag scheint auf diesen Ton gestimmt. Ich meine aber, wir sollten diese Rede nicht mehr verwenden. Der freiheitliche und kulturell schöpferische Sozialismus schätzt Wissenschaft nicht nur, weil sie nützlich ist, sondern auch um ihrer selbst willen. (Beifall.)

Vorsitzender Max Brauer: Das Wort hat Genosse Reitzner, München. Ihm folgt Genosse Reventlow, München.

Richard Reitzner, München: Genossinnen, Genossen! Beim Lesen des Entwurfs zu unserem Grundsatzprogramm ist mir eine Stelle aufgefallen, die ich sehr bemerkenswert finde und die ich — es ist Seite 43 Absatz 2 — kurz zitieren möchte. Dort heißt es: „Gefährlicher Zündstoff wird aufgehäuft durch die Teilung von Staaten und Völkern, die Verweigerung des Selbstbestimmungsrechtes für Völker und Volksgruppen, die Aufteilung der Welt in Blöcke und Lager und durch das Festhalten am Kolonialsystem." Ich nehme an, daß die Verfasser des Grundsatzprogramms nicht nur an das Kolonialsystem in Asien und Afrika, sondern auch an den europäischen Kolonialismus gedacht haben.

Dieser bemerkenswerte Absatz in unserem Grundsatzprogramm wird uns aber in der Zukunft auf unserem Wege in der praktischen Politik immer wieder begegnen, und es wird ja einmal die Zeit kommen, wo das bemerkenswerte und richtige Bekenntnis zum Selbstbestimmungsrecht verwirklicht werden soll. Daher, Genossinnen und Genossen, möchte ich Ihre Gedanken für einige Zeit in die deutschen Gebiete lenken, die nach dem Potsdamer Vertrag unter die provisorische Verwaltung Polens gegeben wurden.

Ich weiß schon, uns beunruhigt in der gleichen Zeit nicht immer das Gleiche. Mich hat in der letzten Zeit die Affäre des Vergasungspädagogen Zind sehr erregt, auch die Reaktion der zuständigen Behörden in dieser Sache. Einen anderen erregt etwas anderes tiefer; manchem geht nichts unter die Haut, aber allgemein ist es doch so, daß vieles, das durch das Bewußtsein des deutschen Menschen geht, rasch vergeht und verschwindet.

Das heißt, die Rangordnungen der Probleme sind unterschiedlich und ändern sich mit der Zeit. Gewiß, heute gilt es, der schrecklichen Gefahr des atomaren Krieges auszuweichen, diesen Krieg zu verhindern, und es gilt, jede Falte unseres Verstandes zu benützen, um zu ergründen, wie wir die unselige Spaltung unseres Vaterlandes überwinden können. Das sind die ohne Zweifel entscheidenden Schwerpunkte, die gelöst werden müssen, ehe wir an die Lösung anderer außenpolitischer Probleme gehen können, denn ich glaube, daß die Entwicklung in Europa und in der Welt ja nur Zug um Zug, in Epochen erfolgen wird; man kann nicht alles auf einmal haben. Ich wende mich nur gegen die Sünde der Einseitigkeit und ich glaube, die richtige Politik ist eine resultierende, die sich aus einigen Komponenten zusammensetzen muß, wenn sie richtig sein soll.

Die Frage des Selbstbestimmungsrechts und des Volkstumsrechts — wir bejahen das Selbstbestimmungsrecht der Völker — gehört — das ist eine Realität, Genossinnen und Genossen — zu den Grundelementen der Politik in den Landsmannschaften und in den Vertriebenenverbänden. Die Landsmannschaften und die Verbände sind große Organisationen. Ihre Mitgliederzahl ist beträchtlich und ihr Wirken alles in allem gesehen, ist bis heute positiv und staatspolitisch nützlich zu werten. Das Glaubensbekenntnis ist hier in Bad Cannstatt erfolgt, nämlich die Charta der Vertriebenen. Am Sonntag werden wieder 250 000 oder 300 000 Heimatvertriebene hier in Stuttgart sein. Es ist nicht nur ein Aufmarsch von Interessenten, die heute das und morgen das vom Lastenausgleich fordern — das tun sie natürlich auch —, und es sind nicht nur Menschen, die einander wiedersehen wollen, weil sie aus dem gleichen Dorf, der gleichen Heimat sind, sondern es ist eine Manifestation für ein formelles und ein inneres Recht, für ihr Heimatrecht und für ihr Lebensrecht, und ich hoffe, daß dies eine Forderung ist, eingebettet in eine europäische Konzeption.

Natürlich, Genossinnen und Genossen, spiegeln sich auch in diesen Verbänden wie in jedem großen Verband soziale und wirtschaftliche Probleme und persönliche Ambitionen und Erlebnisse eines Schicksals wider, und ich weiß, daß es wie überall Kräfte und Versuche gibt, die moralischen Werte in taktische und persönliche Vorurteile umzumünzen. Wenn wir aber wollen, Genossinnen und Genossen, daß die Heimatliebe der Millionen nicht mißbraucht und nicht vor Panzer gespannt wird, und wenn wir dem manchmal kraftmeierischen Phrasentum entgegentreten wollen, wenn wir vor allem nicht wollen, daß man die Vertreibung außerhalb des nationalsozialistischen Zusammenhanges sieht, wenn wir in den Reihen der Millionen Sowjetzonenflüchtlinge und Vertriebenen die Erkenntnis und das Verständnis für die Wichtigkeit der sozialen und wirtschaftlichen Probleme wecken und schärfen wollen und ihnen zum Bewußtsein bringen wollen, daß dort die Schwerpunkte ihres gegenwärtigen Schicksals sind, dann, Genossinnen und Genossen, müssen wir dort wirken, wo diese Menschen sind, in den Verbänden, in den Landsmannschaften. Ich möchte bitten, Genossen, daß jene unserer Parteigenossen, die bereit und berufen sind, in diesen Verbänden zu wirken, von der Partei unterstützt werden, denn der Einfluß unserer Genossen in den Landsmannschaften und Verbänden wird so stark sein, wie stark das Gewicht dieser Genossen in den eigenen Reihen ist.

Genossen! Genossinnen! Es gab Zeiten, wo wir fürchteten, daß die durch die Vertreibung angestaute Not, Enttäuschung und Verzweiflung die schwachen Dämme, die wir bauen mußten, durchbrechen würden. Wir haben das Schicksal gemeistert und uns ihm nicht unterworfen, und das mit Hilfe vieler Genossen aus den Reihen der Partei und Gewerkschaften in den Gemeinden und Ländern. Mir scheint dieses Kapitel der Geschichte der SPD in den Jahren 1945, 1946 und 1947 das ruhmreichste oder mit eines der ruhmreichsten Kapitel in der Geschichte der Partei zu sein. Wir wollen diese klassische Tradition, uns um die sozialen und wirtschaftlichen Nöte der Flüchtlinge und Vertriebenen zu sorgen, weiter fortsetzen, aber wir wollen auch den heimatpolitischen Interessen dieser Men-

schen nachgehen und sie wahrnehmen. Wir deutschen Sozialdemokraten sollten mit allen Mitteln, so, wie Kurt Schumacher sagte, eine friedliche Politik unter dem dauernden Appell an die Vernunft der Welt betreiben, damit wir jeden Quadratkilometer östlich der Oder-Neiße-Linie wieder als unsere Heimat betrachten können. So ist es dann auch im Dortmunder Programm niedergelegt worden.

Ich fasse zusammen, Genossinnen und Genossen: Unsere Ostpolitik soll natürlich so sein, daß sie die Einheit Deutschlands nicht stört, und sie soll dem Selbsterhaltungswillen Deutschlands dienen, aber — und das möchte ich auch hier aussprechen — unsere Ostpolitik soll nicht nur dem Selbstbestimmungsrecht der Deutschen, sondern auch dem Lebensrecht, der Freiheit und dem Frieden unserer slawischen Nachbarn dienen. (Beifall.)

Vorsitzender Max Brauer: Das Wort nimmt nun Genosse Reventlow. Ihm folgt der Genosse Neuberger, Düsseldorf.

Rolf Reventlow, München: Es ist natürlich schwierig, in der Zeit von zehn Minuten zu dem Entwurf eines Parteiprogramms von beinahe 50 Seiten und der Rede des Genossen Eichler ernsthaft Stellung zu nehmen. Man wird sich daher heute hier auf Randbemerkungen beschränken müssen. Die wirkliche Diskussion über den Entwurf des Parteiprogrammes wird in der Zukunft in der Partei und in ihren Organen zu führen sein. Einiges kann aber heute schon, „auf den ersten Blick" sozusagen, gesagt werden:
Carlo Schmid hat dieser Tage gesagt, Sozialismus sei nicht in erster Linie ein gedankliches Gebäude, sondern eine Angelegenheit des Herzens und der Impulse.
Nun, ich glaube, daß wir für ein Parteiprogramm, für ein Grundsatzprogramm schon ein klar übersichtliches gedankliches Gebäude benötigen. Man kann (Zuruf von Carlo Schmid.) — ich komme gleich darauf — aber dieses gedankliche Gebäude sicher auch aufbauen, indem man Herz und menschliche Impulse nicht übersieht. Wenn wir ein Beispiel hierfür haben wollen, so liegt es uns sehr nahe, nämlich im endgültig verabschiedeten Entwurf des Grundsatzprogramms unserer österreichischen Bruderpartei, von dem man wohl sagen kann, daß es ein gedankliches Gebäude des demokratischen Sozialismus, bezogen auf die politischen Verhältnisse der österreichischen Republik, darstellt, bei dem aber Herz und menschliche Impulse — auch in der Sprache — keineswegs zu kurz gekommen sind.

Die Frage der Sprache, Genossinnen und Genossen, ist nicht unwesentlich. Mir scheint, daß die sprachliche Regelung des Entwurfs noch einer sehr eingehenden Überarbeitung bedarf. (Zustimmung.)

Sie ist allzu verschieden; sie ist auch manchmal einfach zu schwierig. Vergessen wir nicht, daß das, was wir sagen und was wir schreiben, für den Kreis von Menschen bestimmt ist, der in seiner großen Mehrheit nur aus der Volksschule kommt! Ich glaube daher, daß die Sprache — und das ist ja die große Kunst, schwierige Dinge einfach zu sagen — noch einer Überholung bedarf, nicht zuletzt, um jene Rudimente — wie

soll ich sagen? — „parteichinesischer Ausdrücke" auszumerzen, die da und dort zu finden sind. (Lebhafter Beifall.)

Wir müssen uns aber auch mit dem Inhalt beschäftigen, und da seien mir einige kurze Bemerkungen im Zusammenhang oder besser im Vergleich mit den entsprechenden Absätzen des bereits verabschiedeten österreichischen Programmentwurfs gestattet. Wir haben da auf Seite 14 unseres Programmentwurfs einen Abschnitt „Kapitalismus und Kommunismus — und die Freiheit".

Genossinnen und Genossen! Wenn wir da den letzten Absatz einmal ansehen, der mit den Worten beginnt: „Freilich muß Demokratie mehr sein als eine Apparatur", — ich glaube, daß dies keine glückliche Formulierung für ein Programm ist — „mit der man Menschen leichter beherrschen kann als durch Terror, indem man die Fiktion einer Freiheit offen hält", und das mit dem ganz kurzen lapidaren Absatz unserer österreichischen Genossen vergleichen, die zu dieser Frage gesagt haben: „Zwischen Sozialismus und Diktatur gibt es keine Gemeinschaft. Daher sind die Sozialisten unbeugsame und kompromißlose Gegner des Faschismus wie des Kommunismus. Sie lehnen jede Diktatur einer Minderheit ebenso ab wie eine die Menschenrechte verletzende Vergewaltigung von Minderheiten durch die Mehrheit."

Ich glaube, in diesen wenigen Sätzen, die nicht nur an den Verstand gerichtet sind, ist mehr gesagt, als in dem Absatz, den ich soeben zitiert habe.

Eine andere Frage, zu der ich vielleicht in der kurzen Zeit etwas sagen darf, ist die Frage der Erklärung des Kolonialismus.

Genossinnen und Genossen! Richard Reitzner sagte soeben, man solle nicht nur von kolonialen Problemen und von den Rechten der Völker in Afrika und Asien reden, aber wir müssen auch von ihnen reden. Wenn wir davon sprechen, so, glaube ich, muß in einem Grundsatzprogramm — eben aus der Erwägung heraus, daß es doch bis zu einem gewissen Grade ein gedankliches Gebäude sein soll — etwas über das Wesen des Kolonialismus gesagt werden. Es genügt nicht, uns ohne Vorbehalt nun etwa hinter alle Bewegungen nationaler Emanzipation im kolonialen Bereich zu stellen — wir haben da ja Vorbehalte zu machen, z. B. in Ägypten —, sondern es gilt, in einem Grundsatzprogramm aufzuzeigen, worum es eigentlich geht, was das Problem des Kolonialismus darstellt, woraus er entstanden ist.

Da ist es vielleicht gut, uns daran zu erinnern, wie Rosa Luxemburg ihn geschildert hat — das ist zwar schon eine Zeit her, es ist aber immer noch aktuell —, wie der moderne Kolonialismus und Imperialismus gewachsen ist aus dem Vorstoß der kapitalistischen Wirtschaft in den vorkapitalistischen, in dem noch nicht entwickelten Raum. Daran anknüpfend müßte etwas gesagt werden über das Recht der zu Nationen erwachsenden Völker, die bisher oder die noch unter kolonialer Herrschaft leben.

Dann aber eine wichtige Frage, Genossinnen und Genossen, scheint mir die zu sein, die wohl doch vor zwei Tagen hier bis zu einem gewissen

Grade vorweggenommen wurde, nämlich die Frage der sogenannten Eigentumspolitik, über die wir ja — für manche unserer Parteifreunde zu ihrer Überraschung — während des Wahlkampfes in den Materialien zu unserer Wirtschaftspolitik, die uns der Parteivorstand zugeschickt hat, einiges gelesen haben, was wir nun in veränderter Form im Programmentwurf finden. Diese Frage benötigt eigentlich mehr Zeit, als zur Verfügung steht, um sich wirklich damit auseinanderzusetzen. Andeutungsweise möchte ich aber sagen, daß man Formulierungen, wie wir sie auf Seite 23 finden, in denen gesagt wird: „Die Eigentumseinrichtung ist eine vom Staat geschaffene Einrichtung", vielleicht doch noch zweimal wird überdenken müssen. Man wird zu überlegen haben, ob das wirklich so zu Papier gebracht werden kann, oder ob nicht die Wirklichkeit vielmehr so liegt, daß die Eigentumsordnung aus der gesellschaftlichen Entwicklung erwachsen ist und vom Staate kodifiziert wurde. Ich glaube, das dürfte einer sozialistischen Wertung der gesellschaftlichen Entwicklung besser entsprechen.

Nun wird im Programmentwurf erklärt, daß wir einen gleichen Start für alle anstreben und eine Vermögensbildung für die Vermögenslosen. Nun, Genossinnen und Genossen, das ist ein Kapitel, das noch eingehend diskutiert werden muß. Es scheint mir, daß hier doch einige reale Tatsachen der gesellschaftlichen Entwicklung und der Vermögensbildung — ich meine, des Vermögens an gesellschaftlich bestimmenden Produktionsmitteln — übersehen wurde.

Ich glaube, daß das Grundsatzprogramm der deutschen Sozialdemokratie nicht auf dem Wege versanden darf, etwa den modernen Sozialismus von wissenschaftlichen Erwägungen und Erkenntnissen zurück zu utopischen Vorstellungen der Anfangszeit des Sozialismus zu führen. Denn ich glaube, daß die Vermögensbildung, die man durch politische Mittel erzeugen will, für die Gesamtheit der Bevölkerung, die an den gesellschaftlich bestimmenden Produktionsmitteln nicht beteiligt ist, tatsächlich eine Utopie darstellt. Unser Programmentwurf sollte sich nicht in utopischen Gedankengängen bewegen, sondern er sollte die Wirklichkeit darstellen und unsere Zielsetzung aufzeigen.

Vorsitzender Max Brauer: Eine Mahnung an unsere Redner ist, doch auf das Klingelzeichen zu achten. Bei den zahlreichen Wortmeldungen, die vorliegen, und dem Wunsch, alle Genossen, die sich melden, auch zu Wort kommen zu lassen, kommen wir nur dann durch, wenn jeder sich an die gegebene Redezeit hält. (Allgemeine Zustimmung.)

Als nächster spricht der Genosse Neuberger, Düsseldorf. Ihm folgt der Genosse Müller, München.

Dr. Dr. Josef Neuberger, Düsseldorf: Genossinnen und Genossen! Wenn wir heute in der Beratung eines Grundsatzprogrammes stehen, dann verstehe ich „Grundsatzprogramm" so, daß wir unter Berücksichtigung der geschichtlichen Erfahrungen der Vergangenheit und der Analyse der gegenwärtigen soziologischen, wirtschaftlichen und politischen Situation uns ein Leitprogramm für die Zukunft schaffen. Dieses Grundsatzprogramm

macht ein Regierungsprogramm nicht überflüssig. Es gibt wohlmeinende oder wenig wohlmeinende Äußerungen der Presse, die anläßlich der Wahlniederlage der Meinung waren, wir hätten ein Zuviel an Programm. Ich glaube nicht, daß das Bekenntnis zu einem Grundsatzprogramm mit Dogmatik und Orthodoxie etwas zu tun hat. Wir können den Kreis der Menschen, die zu uns stoßen aus einmaligen Tatsachen wie die Gegnerschaft zur atomaren Bewaffnung, wie die Gegnerschaft zu bestimmten politischen Fragen an uns heranbringen; wir können aber damit als politische Bewegung nicht auf die grundsätzliche Linie eines Grundsatzprogramms verzichten. Was aber wesentlich zu sein scheint, ist, daß das Grundsatzprogramm verpflichtenden Charakter haben soll. Verbindlichkeit und Dogma hängen nicht zusammen, und es m u ß so sein, daß — wenn einmal dieses Grundsatzprogramm beschlossen ist — die Grundlinie dieses Grundsatzprogramms verbindlich nach oben und nach unten für unsere Arbeit ist. (Lebhafter Beifall.)

Wenn wir einmal zu einer Analyse unserer Niederlage kämen, dann glaube ich nicht, daß die Analyse so aussähe, daß die Wahlniederlage dadurch herbeigeführt worden ist, weil wir ein Plus an programmatischen Äußerungen hatten, sondern deswegen, weil es an Eindeutigkeit, an Klarheit gefehlt hat und die Menschen, die wir ansprachen, schließlich nicht mehr wußten, welchen Weg wir zu gehen haben.

Nun noch ein Wort zu Seite 24 des Grundsatzprogramms: Rechtsleben. Hier finden wir ungefähr 12 Zeilen, die in einer vollkommen unverständlichen Sprache zu dem Problem unseres Rechtslebens Stellung nehmen. Ich glaube, wir sollten in diesen 12 Zeilen mit einigen Pinselstrichen andeuten, wie wir uns eine Reform des Zivilrechts, des Strafrechts und der Rechtsprechung denken.

Genossinnen und Genossen! Vergessen wir nicht, daß wir zwei Tragödien des Rechtswesens hatten: die Tragödie der Weimarer Republik, nachzulesen bei Stampfer und Otto Braun, nachzulesen in den Reichsgerichtsentscheidungen, in denen die schwarz-rot-goldene Fahne keinen Schutz fand. Wir haben dann eine zweite historische Tragödie im Dritten Reich erlebt, und wir befinden uns mitten — und das ist anerkannt von weiten Kreisen der CDU — in einer neuen Krise des Rechtslebens. So bilden diese 12 Zeilen in einer unverständlichen Sprache keine Antwort auf das, was wir zum Rechtsleben zu sagen haben.

Und noch ein Wort: Meines Erachtens hat dieses Programm in den Vordergrund folgende Gedankengänge zu stellen, und nur mit diesen Gedankengängen werden wir die Studentenschaft, die Intellektuellen und die Jugend erobern. Erstens, daß diese Wirtschaftsordnung nicht in Ordnung ist und zweitens, daß sie durch Korrekturen nicht ausgeglichen werden kann und drittens, daß wir nicht aufgeben die Vision einer neuen Wirtschaftsordnung in Freiheit und Demokratie, wobei im Mittelpunkt der Mensch steht. Vergessen wir nicht bei allen Diskussionen über die Eroberung der Intellektuellen, daß wir weite Kreise der Arbeiterschaft verloren haben, daß wir in diesen Wahlen, wie sich aus einer Analyse ergibt, traditionelle Bezirke der Arbeiterschaft verloren haben und daß wir

auch diesen Schichten die Vision einer neuen Lebensordnung zu geben haben.
Und dann noch etwas: Es kommt darauf an, wie man mit Intellektuellen diskutiert, ich glaube, wir haben gestern ein klassisches Beispiel erlebt, ich muß sagen, ein glückliches Beispiel: wie man aus den humanistischen Werten der Vergangenheit so mit Intellektuellen diskutieren kann, wie Knoeringen es getan hat, daß jeder mit Bestimmtheit weiß: hier spricht kein Liberaler, sondern hier spricht ein Sozialist. (Beifall.)

Und noch ein letztes Wort: Trotz dieser Gegenwartsbezogenheit, trotz der Tatsache, daß wir keine Dogmatik bejahen, dürften wir im Programm nicht vergessen, daß im Grunde genommen Marx die konsequente Fortsetzung von Fichte, Schelling und Hegel war in dem Versuch, eine Antwort auf das Problem des menschlichen Daseins zu geben. Ich habe es aufs Tiefste bedauert, daß der 75. Todestag von Marx im „Vorwärts" nicht die gebührende Beachtung gefunden hat. (Beifall.)

Ich glaube, wenn wir an unsere große ruhmreiche Tradition anknüpfen, dann sollte das in irgendeiner Weise auch wortbezogen im Grundsatzprogramm seinen Ausdruck finden. Für uns ist Demokratie ohne Sozialismus und Sozialismus ohne Demokratie nicht denkbar. Aber wir sollten uns nicht schämen, an die großen Traditionen der Bewegung anzuknüpfen, zu verbinden Tradition und Weltoffenheit, dann kommen wir über die 30 Prozent hinaus, und dann haben wir die Chance, den Menschen in seiner Ganzheit zu erobern. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Max Brauer: Das Wort nimmt der Genosse Müller, München; ihm folgt der Genosse Merten, Gießen.

Günther Müller, München: Genossinnen und Genossen! Als einer der Jüngsten hier im Saale möchte ich zu dem Problem der Kulturpolitik Stellung nehmen, weil ich noch zu denen gehöre, die am eigenen Leib in den Schulen und Hochschulen die Versäumnisse christlich-demokratischer Kulturpolitik erlebt haben.

Ich habe den Eindruck, daß bei aller enthusiastischer Aufnahme der Referate der Genossen Arndt und Knoeringen und auch bei der Rolle, die die Kulturpolitik auf dem Münchner Parteitag gespielt hat, noch nicht in allen Kreisen unserer Partei die Bedeutung der Kulturpolitik im gegenwärtigen Zeitpunkt erkannt wurde.

Die Auseinandersetzung mit der Kulturpolitik ist nicht ein Problem, das man als wirklichkeitsfremde Philosophendiskussion auffassen soll, sondern die Kulturpolitik ist meiner Ansicht nach heute die entscheidende Frage in der Auseinandersetzung in der Welt geworden. Genossen! Der Kultusminister stellt heute meiner Ansicht nach die Weichen unseres Schicksals. Es ist in der Außenpolitik so, es ist in der Wirtschaftspolitik so, daß wir überall von der Kulturpolitik mit abhängig sind; denn wie wollten wir zum Beispiel eine Produktivitätssteigerung erreichen, wenn es nicht gelingt, die nötigen wissenschaftlichen und technischen Voraussetzungen dafür zu schaffen?

Nun, Genossen, auch zur Außenpolitik: Eisenhower hat erklärt, daß es keine Alternative zum Frieden geben könne und daß der Kampf um die Macht in der Welt heute mit anderen Mitteln als kriegerischen geführt werde. Und wenn der Satz des Philosophen Heraklit richtig ist, daß der Streit der Vater aller Dinge ist, dann hat er in Amerika seine Auswirkung gehabt; denn der amerikanische Erziehungsminister Folson erklärte, die einzige Antwort der Vereinigten Staaten auf den russischen Sputnik könne nur in einer grundlegenden Reform des amerikanischen Erziehungswesens liegen.

Genossinnen und Genossen! In der Bundesrepublik wurde diese Alternative zur russischen Politik noch nicht erkannt. Hier lebt man auf dem Gebiet der kulturellen Anstrengungen noch im Zeitalter der Postkutsche. (Beifall.)

Wenn wir feststellen, daß es in der Sowjetunion 767 Universitäten und Hochschulen gibt, wenn auf unserer Seite nicht einmal zehn Prozent dieser Zahl erreicht wird, wenn wir feststellen, daß heute in der Sowjetunion durch die zehnjährige Schulzeit praktisch den Schülern die mittlere Reife vermittelt wird — in Deutschland ist es nur ein Prozentsatz von 14 Prozent der Schüler —, wenn wir diese Zahlen sehen, dann muß uns das doch zu denken geben. Nicht nur die technischen Anstrengungen in Rußland. Aus einer Untersuchung der Vereinten Nationen geht hervor, daß zum Beispiel auf dem Gebiete der schöngeistigen Literatur in der Sowjetunion heute jährlich dreimal mehr Bücher auf den Markt gebracht werden als in den Vereinigten Staaten. Das christliche Abendland, das von unseren Regierungspolitikern immer wieder zitiert wird, wird nicht durch Atomraketen verteidigt, sondern es wird verteidigt in den Hochschulen, in den Laboratorien und in den wissenschaftlichen Instituten. Wenn wir zum Beispiel wissen, daß Nehru bei seinem Besuch bei Adenauer ihn darum bat, 5000 junge Inder in Deutschland studieren zu lassen und Adenauer ihm daraufhin erklärte, daß die deutschen Universitäten dazu nicht in der Lage seien, weil die Kriegsfolgen noch nicht behoben seien, und wenn wir weiter wissen, daß diese 5000 jungen indischen Studenten heute in der Sowjetunion studieren — dann, Genossen, müssen wir uns doch überlegen, wo diese Entscheidung in diesem Kampf zwischen West und Ost fällt.

Genossen, ich habe mir die Mühe gemacht, einige Zahlen nachzurechnen. Dabei habe ich festgestellt, daß zum Beispiel das unterentwickelte Ägypten heute pro Kopf der Bevölkerung mehr für Kultur und Bildung ausgibt als das Volk der Dichter und Denker: die Bundesrepublik. Ich habe weiter berechnet, daß für einen Maulesel der Bundeswehr täglich ein höherer Verpflegungssatz gezahlt wird, als wir in der Bundesrepublik pro Einwohner für Kultur und Bildung ausgeben.

Wir haben aber auch hier eine Frage des Bildungsmonopols und ein Rudiment der Klassengesellschaft. Wenn wir feststellen, daß nur 5 Prozent der deutschen Studenten Arbeiterkinder sind, dann muß uns das doch zu denken geben. Es ist doch eine entscheidende Frage für unseren politischen Fortschritt in der Demokratie, wie wir die allgemeine Volksbildung heben

können. Ein bedeutender Publizist hat in einem Buch, das etwa vor einem Jahr erschienen ist, erklärt:

> Wenn man die Bemühungen der Bundesregierung um die Verbesserung unseres Bildungswesens sieht, dann kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß ein großer Teil unseres Volkes möglichst dumm bleiben soll. (Beifall.)

Genossen, das schreibt ein deutscher Publizist zu den Anstrengungen der Bundesregierung.

Und noch etwas: Hier auf diesem Sektor der Kulturpolitik liegt eine echte Alternative zu Adenauer und der CDU. Uns wird von der Regierungspartei immer vorgeworfen, die SPD sei eine Partei der Nein-Sager, der Negation, die unsere Sicherheit usw. durch ihr „Nein" im Bundestag bei den Abstimmungen gefährdet. Die Haltung der Bundesregierung auf dem Gebiet der Kulturpolitik zeigt, daß nicht die SPD die Partei der Nein-Sager ist, sondern daß die Partei der Nein-Sager die CDU ist, weil sie nicht erkennt, wo die Anstrengungen in der Gegenwart überhaupt liegen müssen. (Beifall.)

Genossen! Das Problem Ost und West und die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus kann nicht dadurch gelöst werden, daß man Propagandavorträge der „Arbeitsgemeinschaft demokratischer Kreise" veranstaltet, sondern sie kann nur in einer geistigen Auseinandersetzung mit dem Kommunismus gelöst werden. Und wie es hier bei uns in der Bundesrepublik steht, brauche ich nicht näher zu erläutern. Es gibt hier kaum Anstrengungen, sich geistig und wissenschaftlich mit dem Kommunismus auseinanderzusetzen. Entsprechende Lehrstühle bestehen an unseren Universitäten nicht, oder sie sind verwaist und nicht besetzt.

Wenn es uns hier nicht gelingt, auf diesem Gebiet eine Wende in der deutschen Politik herbeizuführen, dann werden wir vielleicht nicht heute und in diesem Jahr, aber sicher in einigen Jahren, zu einem unterentwickelten Volk werden, und wir werden geistig-wissenschaftlich und damit auch politisch vielleicht zu einem — im großen gesehen — Untergang unseres Volkes kommen. Aber nicht etwa, weil die SPD an die Regierung gekommen ist, wie Konrad Adenauer im Wahlkampf unterstellte, sondern weil die CDU/CSU die Politik des 20. Jahrhunderts nicht erkannt hat und immer noch die Politik der Metternichschen Zeit betreibt. (Beifall.)

Wir sollten doch sehen, daß auch wir in der eigenen Partei von diesen Bildungsproblemen herkommen. Die Arbeiterbildungsvereine waren die Grundlage unserer Parteigründung, und wir sollten uns auch daran erinnern, Genossen, daß 1848 bei der Revolution das fortschrittliche Deutschland auf die Barrikaden gestiegen ist mit den Forderungen: Freiheit, Wohlstand und Bildung. Diese Forderungen bestehen auch heute noch. Wir sollten uns da immer wieder an unsere Traditionen erinnern. Genossen, man kann mir als jungem Mitglied der Partei nicht unterstellen, daß ich alten sozialistischen Vorstellungen nachhinke. Aber ein bißchen Besinnung auf unsere Tradition wäre gut und sicher nicht zurückzuweisen. Und hier nur ein Einschiebsel: Ich habe zum Beispiel auf diesem Parteitag bemerkt — es ist sicher nicht bedeutungsvoll, aber es zeigt doch, wie wir bereits in unserer Partei denken —, daß die Fahne von Lassalle, die auf

jedem Parteitag gezeigt wurde und die den Sarg von Lassalle und den Sarg von Schumacher bedeckt hat, auf diesem Parteitag zum erstenmal nicht zu finden ist! Das sind doch Tatsachen, die man nicht übersehen soll. Und noch etwas zum Abschluß, Genossen: Es wurde schon angesprochen, daß die deutsche Jugend in ihrer Mehrheit im Gegensatz zur Weimarer Republik heute auf unserer Seite steht. Wir haben es doch vor zwei Tagen bei den Demonstrationen der Studenten erlebt, daß die deutsche Jugend heute mit der SPD fühlt und daß sie heute auf der richtigen Seite der Barrikaden steht.

Genossen, das ist wichtig für unsere Grundsatzdiskussion über das Grundsatzprogramm. An uns liegt es, dieser deutschen Jugend die Waffen in die Hand zu geben. Sie wird sie zu gebrauchen wissen; aber wir müssen rasch handeln, um ihnen das Instrument für ihre Auseinandersetzungen um den Fortschritt und um die Freiheit in die Hand zu geben. (Beifall.)

Vorsitzender Max Brauer: Das Wort hat der Genosse Merten, Gießen; ihm folgt der Genosse Radke, Offenbach.

Hans Merten, Gießen: Genossinnen und Genossen! Ich möchte einige Bemerkungen und Hinweise, die sich auf die Entschließung 205 und auf den kulturpolitischen Teil des Grundsatzprogramms beziehen, geben. Dabei möchte ich zunächst einmal die Wichtigkeit der Ausführungen unterstreichen, die der Genosse Adolf Arndt hier dem Parteitag gegeben hat. Er hat nämlich das getan, was am Anfang aller Kulturpolitik zu stehen hat: Er hat ein Menschenbild gezeichnet, das modern ist, und ein Menschenbild, das heute gültig ist. Und das war notwendig, weil ich mir nicht ganz klar bin, ob das Menschenbild, das die Entschließung 205 zeichnet, und auch das Menschenbild, das im Entwurf des Grundsatzprogramms zu finden ist, nicht doch das alte Menschenbild der Aufklärung ist oder auch zu materialistisch gesehen wird. Damit kämen wir nämlich in die Gefahr, unsere Kulturpolitik auf einem Menschenbild aufzubauen, das heute niemand mehr anerkennt. Es ist viel, auch in den Ausführungen des Genossen von Knoeringen, von der Förderung der Wissenschaft vom Menschen gesprochen worden. Aber wenn man das tut, muß man sich bei seiner programmatischen Forderung ja doch wohl eben auf die Ergebnisse dieser Wissenschaft vom Menschen berufen, um sich seine kulturpolitischen Ziele zu stecken. Es wäre nicht gut, wenn wir in der SPD in die Gefahr gerieten, kulturpolitische oder wissenschaftliche Ladenhüter zu verkaufen.

In der Entschließung im Anhang wird Bezug genommen auf die Entschließung zur Frage der Förderung von Wissenschaft und Forschung. Inzwischen ist auf diesem Gebiet einiges geschehen. Ich erinnere nur an die Bemühungen der Bundestagsfraktion, im Bundeshaushalt trotz aller Widerstände der Bundesregierung Mittel für diesen Zweck flüssig zu machen. Aber eine ironische Zwischenbemerkung: Die Bundesregierung handelt in ihrer kulturpolitischen Arbeit — und dasselbe gilt wohl auch für die CDU — nach dem guten alten Prinzip, daß sich ein dummes Volk wesentlich leichter regieren läßt als ein intelligentes Volk. (Beifall.)

Wie sieht es nun aus mit der in dieser Entschließung angesprochenen Koordinierung der Arbeit in Bund und Ländern? Wenn man koordiniert, dann muß man ja letzten Ende wissen, wohin man koordinieren will. Wir sind hier als Delegierte des Parteitages zum größten Teil nicht Professoren der Philosophie. Wir sind hier in der Masse doch Ackergäule der täglichen politischen Arbeit, und wir brauchen den ganz einfachen Hafer als Futter, den wir dann in die tägliche Arbeit als politische Kraft übertragen können. Und da scheint es mir bei der vorgelegten Entschließung doch an manchem zu fehlen. Ich will nur einige Punkte stichwortartig erwähnen, die mir zu fehlen scheinen.

Ich vermisse in der Entschließung 1. ein klares Bekenntnis zur Gemeinschaftsschule.

Ich vermisse 2. die Forderung der Schulgeldfreiheit und der Lernmittelfreiheit in Schulen und Hochschulen, weil das nun einmal die praktische Voraussetzung für die Aufstiegsmöglichkeit jedes Begabten ohne Rücksicht auf den Geldbeutel des Vaters ist. (Beifall.)

Ich vermisse 3. eine klare Forderung zur Beseitigung der Zerrissenheit des Schulwesens an Volks-, Mittel- und Höheren Schulen und im organisatorischen Ausbau der Lehr- und Bildungspläne.

Ich vermisse 4. das Ansprechen der Modernisierung der Lehrerbildung mit dem klaren Ziel einer Berufsausbildung aller pädagogischen Kräfte an der Universität. (Beifall.)

5. sei mir als dem Gründer des Amtes für Hochschulreform der deutschen Studentenschaft im Jahre 1929 und als dem ersten Leiter dieses Amtes vergönnt, zu sagen, daß ich Hinweise auf eine Reform des Hochschulwesens vermisse, insbesondere, was die Studienordnung, das Prüfungswesen und die soziale Besserstellung des wissenschaftlichen Nachwuchses betrifft. Die wahren Hungerkünstler heute in Deutschland, das ist der wissenschaftliche Nachwuchs an den Universitäten, der oft weit weniger verdient als die Putzfrauen, die ihre Arbeitszimmer in Ordnung bringen (Beifall.)

Ich vermisse 6. bei der Förderung des zweiten Bildungswegs die Anerkennung der Ergebnisse dieses Bildungswesens im Rahmen des Berechtigungswesens. Was nützt der zweite Bildungsweg, wenn an seinem Ende nicht die Anerkennung der Hochschulreife oder der Voraussetzungen, die für viele Berufe erforderlich sind, steht? In einem solchen Fall wird der zweite Bildungsweg zu keinem Ergebnis führen können.

Und ich vermisse 7. eine klare Forderung, die zur Abschaffung des Werkstudententums führt durch eine materielle Hilfe in einem Ausmaß, wie andere Länder das längst für ihre Studenten tun. (Beifall.)

Ich kann hier kein Korreferat halten. Ich will mich auf diese Punkte beschränken. Aber man möge es mir als Theologen nicht übel nehmen, wenn ich zum Schluß noch einige wenige Bemerkungen zum Thema „Sozialismus und Kirche" mache, das auf Seite 40 des Entwurfs zu einem Grundsatzprogramm angesprochen ist.

Genossinnen und Genossen! Diese Seite 40 des Entwurfs zu einem Grundsatzprogramm kann auf keinen Fall so bleiben wie sie ist. Zunächst stehen dort geschichtliche Irrtümer; denn die sozialistische Bewegung und die christlichen Kirchen waren nicht immer und nicht überall unversöhnliche Gegner, wie das hier in Deutschland gewesen ist. Wir müssen die Entwicklung unterscheiden, wie sie in Skandinavien gewesen ist und die Entwicklung, wie sie in Großbritannien gewesen ist, die völlig verschieden gelaufen ist von der Entwicklung hier. Es ist auch falsch, glaube ich, von „Kirchen" schlechthin zu sprechen, als ob das ein einheitlicher Begriff sei. Man muß auch die Rolle nicht übersehen, die die atheistische Unterwanderung der SPD vor 50 Jahren gespielt hat und die letzten Endes auch einen Beitrag zur Gegnerschaft zwischen Kirche und sozialdemokratischer Bewegung in Deutschland geliefert hat.

Dann zieht sich durch das ganze Kapitel die unzulässige Verwechslung von Religion und Weltanschauung. Das ist nun einmal nicht dasselbe, und damit im Zusammenhang steht der Irrtum, man könne eine politische Partei und eine christliche Glaubensgemeinschaft auf derselben Ebene gegenüberstellen. Das führt immer zu schiefen Ergebnissen und niemals zu fruchtbaren Gesprächen. Dadurch wiederum entsteht die Begriffsverwirrung, die daraus resultiert, daß man in diesem Programm offenbar der Meinung ist, Begriffe wie Menschenwürde, Freiheit und Gerechtigkeit hätten im kirchlichen Raum denselben Inhalt wie im politischen Raum. Das ist nicht wahr. Sie haben dort ganz andere, und zwar von der Dogmatik her bestimmte Inhalte, die mit dem politischen Inhalt dieser Begriffe aber auch rein gar nichts zu tun haben. Ich glaube, daß die Entschließung über das, was in unserem Entwurf zu einem Grundsatzprogramm steht, hinausgegangen ist, und daß das bei der zukünftigen Bearbeitung dieses Programms berücksichtigt werden muß. Die Zustimmung aber, die ich ganz am Anfang den Ausführungen des Genossen Adolf Arndt gegeben habe, bedeutet gleichzeitig, daß ich damit sage: Wenn diese Ausführungen die Zustimmung des Parteitages finden, dann kann jeder evangelische und jeder katholische Christ heute auch nach schärfster Prüfung seines Gewissens im Gehorsam gegen Gottes Wort und Gebot bleiben, wenn er die SPD wählt oder wenn er in der Sozialdemokratischen Partei mitarbeitet. (Beifall.)

Das aber nicht nur in einem Referat, sondern auch in einem Grundsatzprogramm klar und sicher und wissenschaftlich fundiert zu begründen, das ist meine Forderung, die ich an ein derartiges Programm stelle. (Starker Beifall.)

Vorsitzender Max Brauer: Das Wort nimmt der Genosse Radke, Offenbach. Ihm folgt der Genosse Stammer, Berlin.

Olaf Radke, Offenbach: Verehrte Genossinnen und Genossen! Im Grundsatzprogramm ist auch ein Teil über die Wirtschaftspolitik enthalten. Wir haben ja bei der Diskussion um die Entschließung 204 schon darauf hingewiesen, daß diese Entschließung in enger Verbindung zum Grundsatzprogramm steht. Die Problematik der Wirtschaftspolitik, so wie sie in dem Entwurf zu einem Grundsatzprogramm angesprochen ist,

erscheint mir viel klarer und auch viel logischer in sich zu sein, als die Entschließung 204. Aus diesen Gründen sprach ich auch gegen die Entschließung 204. Hätte man also diesen Teil des Entwurfs des Grundsatzprogramms über die Wirtschaftspolitik an Stelle der Entschließung 204 genommen, ich glaube, dann wäre überhaupt keine große gegensätzliche Diskussion entstanden.

Gemessen an dem, was mir in der Diskussion erwidert wurde, und was mir auch einige Genossen privat gesagt haben, die mir in der Sache zustimmten, aber die Form kritisierten, in der ich es vortrug, möchte ich erklären, daß selbstverständlich die Form leidet und vielleicht zur Säure wird oder stark sarkastisch wird, da es eben nicht möglich ist, innerhalb von zehn Minuten eine Antithese gegen ein Grundsatzreferat begründen zu können, das von zwei sich ablösenden Referenten in zwei Stunden gehalten wurde. Dann muß man sich konzentrieren, und dann kommt leider oft eine Schärfe hinein, die weder beabsichtigt noch gewollt ist.

Mir wurde unterstellt, ich wolle den Mittelstand oder den kleinen und mittleren Unternehmer sozialisieren; Genosse Seuffert insbesondere hat mir das vorgeworfen. Er hat leider nicht ganz genau zugehört, denn ich habe wörtlich gesagt, daß wir die nicht sozialisieren wollen. Ich habe nur gesagt, wir wollen sie nicht privilegieren, und ich habe darum gebeten — weiter nichts —, den Begriff „Förderung und Stärkung des mittleren oder kleinen Unternehmens" zu präzisieren, damit wir bestimmte Vorstellungen davon bekommen und hier nicht die allgemeine Vorstellung der direkten oder indirekten Subvention aus Steuermitteln verbreiten. Mehr habe ich nicht gewollt. Mir etwas anderes zu unterstellen, in der Form, wie es getan worden ist, halte ich nicht für sehr fair.

Nun habe ich insbesondere auch zu der Frage der Abhängigkeit des Arbeitnehmers im Betrieb gesprochen. Gerade diese Frage ist aber in dem Grundsatzprogramm sehr gut und sehr geschickt und sehr sauber gelöst und angesprochen worden, und darum bin ich dankbar, daß das in dieser Klarheit geschehen ist, leider eben in dieser Form nicht in der Entschließung 204. Wer wie ich täglich Antwort geben muß an Arbeitnehmer im Betrieb zu ihren Problemen, wer sie dann auch noch durch alle drei Rechtszüge vertreten muß, ich glaube, der wird einmal dazu neigen, diese Probleme doch auch als konkrete tägliche Probleme zu sehen, weil er ja Antworten geben muß. Und er muß doch irgendwo sehen, wie er Antworten geben kann auf die im Betrieb sich vollziehende Machtauseinandersetzung. Man soll mir doch nicht unterstellen, daß ich hier aus theoretischer Dogmatisiersucht bestimmte Dinge angesprochen hätte.

Genosse Deist hat in seinem Schlußwort in eleganter Rhetorik davon gesprochen, daß es nicht unsere Aufgabe ist, die Gewerkschaften zum Kontrollorgan über die Wirtschaft zu machen. Dieses Problem hängt eben mit der Frage der Abhängigkeit der Arbeitnehmer zusammen. Ich muß dem Genossen Deist erwidern, daß es im höchsten Grade unfair war, was er sagte. Denn es hat kein Mensch verlangt, daß die Gewerkschaft das Kontrollorgan über die Wirtschaft wird. Es wurde nur gesagt, daß bei der öffentlichen Kontrolle die Gewerkschaften mitbetei-

ligt werden sollen, so wie sie heute doch schon weitgehend beteiligt sind. Die Gewerkschaften haben es nicht verdient, hier in dieser Form vom Genossen Deist abgehandelt zu werden. (Beifall.)

Er hat recht, daß die Aufgabe der Gewerkschaften nicht ist, die Wirtschaft alleinig zu kontrollieren. Aber wenn er das in dieser Form sagt, dann erweckt er in der Öffentlichkeit den Eindruck, als sei das von der Gewerkschaft oder von Teilen der Partei gefordert worden. Und das ist doch nicht wahr.

Ich möchte nur zu bedenken geben, daß nach den Zahlen des Statistischen Bundesamtes 53 Prozent aller Wählerstimmen aus Arbeiter- und gewesenen Arbeiter-, also Rentnerhaushalten kommen, 16 Prozent aus Angestellten- und gewesenen Angestelltenhaushalten und 8 Prozent aus Beamten- und gewesenen Beamten-, also Pensionärhaushalten, kommen. Diese Zahlen allein, wenn wir sie gewinnen könnten, würden uns eine Mehrheit geben, rein formal, die sogar eine verfassungsmäßige Mehrheit für die Änderung der Verfassung ist. Das ist natürlich nicht ohne weiteres zu erreichen. Aber es geht doch nicht an, daß man diesen wesentlichen Teil unseres Volkes, wie es in der Entschließung 204 geschehen ist, überhaupt nicht mehr erwähnt, weil man glaubt, die restlichen 23 Prozent seien unser alleiniges Reservoir, aus dem wir noch Stimmen holen können. Das ist doch auch nicht richtig.

Das Grundsatzprogramm ist ja letztlich nur ein Entwurf, der in der Partei weiterdiskutiert werden soll. Diese Diskussion sollte auch wirklich in jeder Gruppierung der Partei geführt werden. Bei der dann notwendigen Auseinandersetzung mit den Problemen unserer Gesellschaft im letzten Ortsverein wird — ich möchte den Begriff der Engländer gebrauchen: learning by doing — vielleicht doch dem letzten Genossen klar, was wir wollen, und vielleicht gewinnt dann das Programm noch eine etwas populärere Klarheit, als es sie jetzt hat. (Beifall.)

Vorsitzender Max Brauer: Das Wort nimmt der Genosse Otto Stammer, Berlin. Ihm folgt der Genosse Carlo Schmid.

Prof. Otto Stammer, Berlin: Genossinnen und Genossen! Von Willi Eichler ist heute morgen die Frage aufgeworfen worden, ob die Sozialdemokratische Partei gut beraten ist, sich in dieser geschichtlichen Stunde ein Grundsatzprogramm zu schaffen. Damit ist zugleich die Frage aufgeworfen, ob es nicht ausreichend erscheint, angesichts der schwierigen praktischen politischen Situation, in der wir uns heute befinden, uns mit einer Art Wahlprogramm zu begnügen. Dafür spricht einiges. Es ist nicht zu bezweifeln, daß die Sozialdemokratische Partei gehalten ist, in der Situation, in der wir uns heute befinden, eine Majorität der Wähler zu erreichen. Nichts wäre naheliegender als programmatische Formulierungen, die für den Tag bestimmt sind, zusammenzustellen, um auf diese Weise eine Wahlplattform für die nächsten Bundestagswahlen zu erreichen. Ich bin aber der Auffassung, daß die Sozialdemokratische Partei ganz im Unterschied zu anderen Parteien sich nicht an der Oberfläche nur gegenwärtiger Entscheidungen bewegen kann, sie vielmehr, wie die Reden von Waldemar von Knoeringen und Adolf Arndt es gestern ja deut-

lich bewiesen haben, aufgefordert ist, sich mit den Grundlagen der gesellschaftlichen Existenz des Menschen heute auseinanderzusetzen. Wenn die Referate von Knoeringen und von Arndt überhaupt einen Sinn gehabt haben, so haben sie uns doch auf die grundlegenden Fragen hingewiesen, die uns Sozialisten heute mehr als den anderen gestellt sind: Auf die Stellung des Menschen in der Zeit, auf die grundlegenden Wandlungen, die Gesellschaft, Staat und Kultur erfahren haben, auf die Herausforderungen des Menschen, die in der heutigen Zeit enthalten sind. Ich glaube daher, wir sind gut beraten, wenn wir die Dinge gründlich überlegen, d. h. wir haben als eine sozialistische Partei die Verpflichtung, an die Wurzeln der Dinge heranzugehen. Wir fragen heute nicht in erster Linie nach der Gesetzmäßigkeit der geschichtlichen Entwicklung, wenn wir die Stellung des Menschen in der heutigen Zeit ausfindig machen wollen, sondern wir fragen — das hat das heutige Referat bewiesen, und auch die gestrigen Referate haben es gezeigt — nach den Gründen für die radikale Veränderung der Stellung des Menschen in Gesellschaft und Kultur. Ich möchte sagen, daß die Aufmerksamkeit der wachen Sozialisten heute nicht nur auf die gesellschaftlichen Verhältnisse gerichtet ist und ihre Bedeutung für das politische und geistige Leben, sondern daß die Stellung des Menschen in den gesellschaftlichen Verhältnissen gemeint ist, und daß sich mit der Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse auch die Stellung des Menschen gewandelt hat.

Eine der schwierigsten Fragen dieses Grundsatzprogramms, vor der die Programmkommission stand, war die eine gründliche und wissenschaftlich einwandfrei gesellschaftlich-politische Zeitanalyse vorzulegen. Das heißt aber, das ausfindig zu machen, was ich in diesen kurzen Worten zu umreißen versuchte: das Fortschreiten der Industrialisierung, die Zunahme der Rationalisierungsprozesse in unserer Gesellschaft, die Analyse der ökonomischen Gegebenheiten, die Differenzierung der Binnenstruktur der Gesellschaft, die Entstehung eines Pluralismus gesellschaftspolitischer Kräfte usw.

Die Schwierigkeit scheint mir darin zu liegen, daß wir uns nicht damit begnügen können, die Forschungsresultate, die die einzelnen an dieser Zeitanalyse beteiligten Wissenschaften uns vorgelegt haben und vorlegen, nur zu summieren, sondern daß wir die Gesamtheit des gesellschaftlichen Lebens als — wie es Marx einmal ausgedrückt hat — eine „konkrete Totalität" erfassen müssen. Hierin scheint mit ein Vorzug der sozialistischen Sichtweise dieser Dinge zu liegen, daß der Sozialist im Unterschied zu Bekennern anderer Anschauungen immer die Gesamtheit des gesellschaftlich-politischen Lebens zu erfassen bemüht sein muß und daß er infolgedessen auch in einem Grundsatzprogramm den sehr schwierigen Versuch machen muß, eine Analyse der Zeit zu geben im Hinblick auf diesen Gesamtzusammenhang, da er nicht nur einzelne Teile dieser Gesellschaft oder des politischen Lebens zu verändern beabsichtigt, sondern die Gesellschaft in ihrer gesamten Struktur verändern will.

Genossinnen und Genossen! Ich glaube, daß die Programmkommission gut beraten war, über die Grundwerte des Sozialismus und über die gesellschaftspolitischen Zielsetzungen unserer Bewegung erneut nachzudenken. Ich glaube aber nicht, daß es dabei sein Bewenden haben kann,

etwas über die Grundwerthaltung des Sozialismus auszusagen und die gesellschaftspolitische Zielsetzung klar erkennen zu lassen. Hier liegt wieder die Schwierigkeit in der Konfrontation dieser Grundwerthaltungen und Zielsetzungen mit den Ergebnissen der wissenschaftlichen Analyse. Das ist kein leichtes Unterfangen. Ich möchte sagen, daß die Formulierungen, die uns in dem bisherigen Programmentwurf vorgelegt worden sind, sicher noch nicht der Weisheit letzter Schluß sind, sowohl in der gedanklichen Durchführung als auch in der sprachlichen Formulierung. Ich sage das, ohne den Genossen, die zur Redaktionskommission gehört haben, damit irgendeinen Vorwurf machen zu wollen. Solche Dinge kann man einfach in einigen Monaten nicht in zureichender Weise aufstellen. Zu solcher Formulierung gehört eine mehrmonatige Klausur mehrerer Genossen, die in Team-Arbeit einen Entwurf vorlegen und zur Diskussion stellen.

Lassen Sie mich in der kurzen mir zur Verfügung stehenden Zeit in diesem Zusammenhang lediglich die Frage aufwerfen, ob für den demokratischen Sozialismus, wenn er sich ein solches Grundsatzprogramm schafft, eine gesellschaftlich-politische Theorie erforderlich ist. Das ist eine Frage, die bei uns sehr oft diskutiert worden ist. Gerade in einer Bewegung, die sich vor jeder Orthodoxie hütet, in einer Bewegung, die die Bewältigung der politischen Probleme des Lebens nicht bewußt in das Bett eines reinen Dogmatismus einzwängen will, ist diese Frage berechtigt.

Ich glaube, eines ist klar, und darüber hat auch der Programmentwurf Auskunft gegeben: daß ein Programm nicht die Summe von Einzelforderungen und Zielsetzungen einer großen Partei sein kann. In einer solchen Partei werden in soziologischer Hinsicht mehrere Gruppen vorhanden sein, werden sicher mehrere Teilinteressen vertreten. In einer solchen Partei vollzieht sich ständig der Vorgang der Bündelung dieser Interessen, der Kompromißbildung im Sinne des gemeinsamen Zieles. Aber, Genossinnen und Genossen, es gilt nicht, diese Zielsetzungen in einem Programm nun zu summieren, sondern wir müssen sie in ein Verhältnis setzen zum Gesamtzusammenhang der gesellschaftlich-politischen Entwicklung.

Die Sozialisten brauchen darüber hinaus meiner Ansicht nach klare Vorstellungen von dem, was Gesellschaft heute darstellt — eine Gesellschaft, die sich ja in einem umstürzenden Strukturwandel befindet — von der möglichen Weiterentwicklung der Gesellschaft, vom Grundzusammenhang zwischen Gesellschaft und Staat und von den kulturellen Phänomenen. Sie brauchen klare Vorstellungen von der Stellung des Menschen in diesem gesellschaftlich-politischen Zusammenhang.

Wenn wir also im Begriffe sind, eine solche Theorie zu entwickeln, so muß diese Theorie nach meinem Dafürhalten sich immer wieder an den veränderten Voraussetzungen des praktischen Lebens zu orientieren versuchen. Es muß sich also um theoretische Versuche handeln, deren Ergebnisse in Konfrontation mit der sich verändernden Wirklichkeit ständig auf die Probe gestellt werden. Schon daraus ist ersichtlich, daß eine

sozialistische politische Theorie kein Dogma sein darf und daß eine sozialistische Theorie niemals einer Orthodoxie Vorschub leisten kann.

Lassen Sie mich das ganz kurz lediglich am Beispiel der Geschichtsauffassung des demokratischen Sozialismus erklären. Wir standen, soweit wir uns von der marxistischen Basis aus diesen geschichtlichen Entwicklungsproblemen näherten, immer in der Gefahr — und das drückte sich auch noch in den vielen Diskussionen der Bewegung in den letzten Jahren aus —, daß die geschichtliche Entwicklung als eine Art Automatismus aufgefaßt wurde, an dessen Ende die klassenlose Gesellschaft gleichsam gesetzmäßig entsteht, ob der Mensch nun etwas dazutut oder nichts dazutut. Die Logik der geschichtlichen Entwicklung, so meinte man, würde mit Naturnotwendigkeit dem Ziele der klassenlosen Gesellschaft zustreben. Ich glaube, wir haben heute eine andere Ansicht über diese geschichtliche Entwicklung. Diese geschichtliche Entwicklung ist eine Frage des Selbstbewußtseins der Völker; sie ist eine Frage der Verantwortungsbereitschaft der Führungsgruppen und eine Frage der Erziehbarkeit der Massen. In diesem Sinne, Genossinnen und Genossen, glaube ich, daß in einem sozialdemokratischen Grundsatzprogramm auch die gesellschaftskritische Grundauffassung des Marxismus mit Recht zur Geltung zu kommen hat.

Ich möchte zum Schluß etwas zu dem sagen, was Genosse Heinrich Deist gestern in seinem Schlußwort berührte: zur Frage der Einheit von Theorie und Praxis. Deist meinte, in den zwanziger Jahren habe die sozialdemokratische Bewegung ständig in der Gefahr gestanden, daß ihre Theorie unter Ideologieverdacht stand, weil sie für die Praxis nichts auszusagen verstand. Ich stimme mit ihm darin überein, daß die Einheit von Theorie und Praxis in der Konfrontation mit jeder sich neu entwickelnden konkreten Situation immer erneut hergestellt werden muß, daß wir also die theoretischen Formulierungen, zu denen wir in einem Grundsatzprogramm gelangen, immer auf die Wirklichkeit richten müssen. Das heißt aber: Die Selbstbesinnung der Bewegung auf die Grundvoraussetzungen ihrer Existenz hört eigentlich niemals auf. In diesem Sinne betrachte ich die Diskussion über das Parteiprogramm heute nur als eröffnet. Die Bewältigung der uns damit gestellten Probleme ist uns für die nächsten Jahre aufgegeben.

Vorsitzender Max Brauer: Das Wort hat Carlo Schmid.

Prof. Carlo Schmid, Frankfurt: Genossinnen und Genossen! Ich schließe an das letzte Wort meines Vorredners an: „Die Programmdiskussion hat erst begonnen!" Ich möchte dazu hier sagen: Der Beginn dieser Diskussion hat erst begonnen. Denn ein Programm zu beschließen, das den Namen Grundsatzprogramm verdient, verlangt sehr viel Arbeit, sehr viel Bemühung, sehr viel Willen, in die Tiefe zu gehen, und den Mut, Dinge anzufassen, die oft stachlig sind, und auch den Mut, mit manchen liebgewordenen Vokabeln Schluß zu machen. Ich weiß, wie schwer das für jeden ist. Aber unsere Partei ist es sich schuldig, diesen Mut zu haben. Manche meinen, es wäre besser, wenn wir uns jetzt darauf beschränkten, auf einzelne konkrete Fragen, die die Geschichte uns stellt, konkrete

Antworten zu geben. Ich glaube in der Tat, daß wir heute — heute — nicht viel mehr tun können als dies, und daß wir diese Aufgabe in allem Ernst in Angriff nehmen sollten. Aber das dispensiert uns nicht von der Verpflichtung, ein Grundsatzprogramm zu s u c h e n. Dabei wird sich, wie immer bei diesen Dingen in der sozialistischen Bewegung, die Frage der Radikalität stellen. Doch sehen Sie: Nicht jeder, der statt Bla-Bla Wau-Wau sagt, ist radikal... (Heiterkeit und lebhafter Beifall.)

Radikal sein heißt — wenn man das Fremdwort verdeutscht: den Mut haben, an die Wurzel zu gehen. Radix heißt auf deutsch ja Wurzel. Das sollten wir tun, und auch hier schließe ich mich dem von meinem Vorredner Gesagten bedingungslos an.

Wir müssen Erkenntnisse ermitteln, Erfahrungen feststellen, Modellvorstellungen ausdenken der Art: Welches sind die Voraussetzungen einer jeglichen möglichen Befreiung des Menschen zur echten Menschlichkeit? Das ist es, was wir denkerisch zu bewältigen haben!

All das beginnt wohl mit dem Leiden des einzelnen daran, daß man so schlechthin der bloßen Geschichte unterworfen ist, ein Leiden, das man nicht dadurch wegschafft, daß man aus der Geschichte flieht, sondern dadurch, daß man durch sie hindurchgeht und sie erfüllt. Denn der Mensch ist ein Wesen, das sich in der Geschichte nicht nur darstellt, sondern das sich in der Geschichte zu sich selber formt, zu sich selber bildet — aber nicht durch das schlichte Spiel einer geheimnisvollen dialektischen Kraft, sondern dadurch, daß er einem Leitbild folgt, das ihm eine Sehnsucht eingibt, nämlich die Sehnsucht, sich endlich selber zu finden. Dieses, eine Sehnsucht haben zu können, ist es, was den Menschen von den anderen Wesen, die atmen, unterscheidet.

Diese Sehnsucht lautet: Wie kann man die Welt einrichten, wie muß man sie einrichten, damit der Mensch nicht nur als Objekt seelenloser Mechanismen v e g e t i e r e n kann, sondern daß er seine gesamte Existenz als sittlich handelndes Wesen frei zu verantworten vermag und imstande ist, alles, was in ihm an schöpferischen Kräften angelegt ist — was ihm eingeboren ist —, aus dem Bewußtsein seiner Bestimmung heraus, zu entfalten? (Beifall.)

Sicher ist der Mensch freien Willens und insoweit Herr seines Geschicks. Sie kennen das alte Wort, daß auch der an der Ruderbank angeschmiedete Sklave, der sich der Kräfte bewußt ist, die ihm der Geist verleiht, frei ist, moralisch frei. Aber das ist nicht die Freiheit, die den Adel des Menschengeschlechtes ausmacht. Dies ist eine Flucht in das Surrogat, und diese Flucht wollen wir uns versagen. Diese Flucht sich versagt zu haben, ist seit Lassalle und Marx das Verdienst der sozialistischen Arbeiterbewegung! (Beifall.)

Sie hat erkannt, daß der Mensch zwar frei ist, daß er aber nicht allein existiert, daß er immerdar Kräften ausgesetzt ist, die in der Gesellschaft wirken, und daß auch sein Bewußtsein mitbestimmt ist — nicht ausschließlich, aber doch mitbestimmt — von den Rückwirkungen der Faktoren der gesellschaftlichen Dynamik, auf seine Möglichkeiten zu wollen und zu wirken.

Was finden wir, wenn wir die Gegenwart betrachten — hüben und drüben des Eisernen Vorhangs? Wir finden den Menschen mehr oder weniger intensiv zum Objekt seelenloser Mechanismen — von Technokratien — reduziert! Es gibt Leute, die glauben, man könne sich daraus flüchten, indem man diese Dinge durch Wegdenken wegzaubert. Das kann man nicht. Nur der Utopist kann das; er kann solche Realitäten wegzaubern, indem er ins Land Nirgendwo flieht mit seinem Denken und sich dort eine Welt aufbaut aus allerlei Nebelstoffen. Das ändert vielleicht etwas in ihm selber, es ändert aber nichts an den Bedingungen, unter denen die Menschen, seine Mitmenschen, leben. Wenn man hier etwas ändern will — und man muß es tun! — , dann muß man auf dieser Erde etwas ändern. Dann aber muß man sich so tief bücken, wie tief unter der Stirn die Erde nun einmal liegt, auf der das Dorngestrüpp wächst und auf der die Trümmer herumliegen, die man wegräumen muß, wenn man guten Baugrund schaffen will.

Was ist hierbei eine unserer Aufgaben? Man hat gestern und heute viel und gut von Kulturpolitik gesprochen. Ich möchte das, was damit gemeint ist, von einer anderen Seite anleuchten: Vieles von dem, was wir Kulturpolitik genannt haben, will doch in Wirklichkeit besagen, daß wir, die Sozialdemokraten, entschlossen sind, unserem Volke, allen in unserem Volke, die Möglichkeit zu geben, am Kulturleben tätig Anteil zu nehmen (Beifall), und daß wir entschlossen sind — so wie einst — mit an der Spitze der geistigen Bewegungen zu stehen, die auch unsere Zeit erfüllen, und daß wir uns nicht damit begnügen wollen, vom geistigen Erbe unserer Vorfahren zu leben, sondern daß wir ein Erbe, ein geistiges Erbe, für unsere Nachfahren mitbegründen wollen! (Beifall.)

Man hat uns vorgeworfen, das möge ganz edel sein, aber unsere Methoden seien schlecht. Und einer der größten Vorwürfe, die man uns ins Gesicht glaubt schleudern zu können, ist, wir seien eine Klassenkampfpartei. Man will uns damit für schuldig erklären, den Haß zur Triebfeder unseres Handelns zu machen.

Wie mein Freund Herbert Wehner gehöre ich zu denen, die nicht glauben, daß es genügt, die Augen zuzumachen, um die Klassen zum Verschwinden zu bringen. Diese sind auch heute eine Realität. Man kann sie nicht wegmogeln. (Beifall.)

Wenn ich schon vom Klassenkampf spreche, dann möchte ich daran erinnern: Wer hat denn den Klassenkampf begonnen? (Beifall.) Ist er nicht laut — noch wirksamer: leise — von oben geführt worden, und war, was man den Klassenkampf der Arbeiterschaft nennt, nicht einfach das Sichzurwehrsetzen der Arbeiter gegen diesen Klassenkampf von oben? (Beifall.)

Dieses Sichzurwehrsetzen kam nicht aus einem Haßgefühl, sondern aus dem Wissen, daß die Brüderlichkeit neben der Freiheit und der Gleichheit ein Postulat ist, das sich an alle richtet und für alle da ist, und daß deswegen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden müssen, daß das Wort von der Brüderlichkeit nicht eine bloße Deklamation bleibt. (Beifall.)

Es war kein Sozialist, sondern ein konservativer Engländer: Disraeli, später Lord Beaconsfield, der das Wort geprägt hat, daß die heutige Gesellschafts- und Wirtschaftsverfassung die e i n e Nation „in the two nations", in die zwei Nationen der Habenden und Habenichtse auseinanderreiße. Was man den Klassenkampf der Arbeiterbewegung nennt — was ist er denn eigentlich genau besehen? Er ist ganz eigentlich die Bemühung, Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß aus diesen zwei Nationen endlich die e i n e Nation werden könne! (Beifall.)

Dazu gehört nun einmal die Aufhebung eines sozialen Gefälles, das das Aufeinanderzugehen und das Sichdurchdringen der Menschen so oft verhindert. Und dazu gehört auch, daß man die Möglichkeit schafft, daß eine Identität der Vorstellungen von den Werten, die uns allen gemeinsam sind, entstehen kann; dies bedeutet, daß die Möglichkeit gleichen Zugangs zu den Quellen der geistigen Werte hergestellt werden muß. Wenn man das nicht tut, ist jedes Wort über „Nation" bloßes Blendgerede. Wir müssen eben versuchen, miteinander zu ringen, zu ringen und uns auseinanderzusetzen, indem wir um den Menschen in uns ringen. Dadurch, daß wir uns — wir Sozialdemokraten uns selber — als das erkennen, was wir wirklich sind, werden wir den Menschen helfen, zu sich selber zu finden — und das heißt politisch: zu uns zu finden! (Beifall.)

Wenn man von den zwei Nationen spricht, muß man einen noch tragischeren Riß sehen, den Riß, der von Nord nach Süd führt, der uns Brüder trennt wie ein eiserner Vorhang. Da sollten wir Sozialdemokraten eines immer laut sagen: Die Einheit der deutschen Nation kann nicht durch Eingemeindung der einen Hälfte durch die andere geschaffen werden. (Beifall.) So entsteht keine Nation. Eine Nation entsteht durch einen gemeinsamen Willensakt aller! Da ist es aber nun Zeit, uns darüber klar zu werden, daß sich in Mitteldeutschland einiges verändert hat. Nicht nur an den Herrschaftsformen, an den Wirtschaftsformen, sondern in der Bewußtseinslage der Menschen drüben — gerade derer, die den SEDismus scharf ablehnen — hat sich etwas geändert. Wir können nicht mehr annehmen, daß die Menschen dort die Welt so ansehen, wie wir sie ansehen. Sie sind durch andere Leiden hindurchgegangen als wir und sind dadurch zu etwas anderem geworden, als wir geworden sind. Ich sage das ohne jedes Werturteil, nur feststellend, daß im deutschen Volke zwei Entwicklungswege eingeschlagen worden sind. Wir werden miteinander ringen müssen, um zusammen auf einen gemeinsamen Weg zu kommen.

Hierbei aber werden wir in erster Linie die Verpflichtung haben, zu verhindern, daß bei uns institutionell gesellschaftliche Wirklichkeiten geschaffen werden, die die Integration des ganzen deutschen Volkes von den Grundlagen her unmöglich machen könnten. (Beifall.)

Man nennt uns Materialisten und meint das Wort moralisch, meint es als Diffamierung. Die Leute meinen, weil wir sagen, daß auch in der Welt der Materie etwas geändert werden muß, wenn dem Leben des Geistes der Raum geschaffen werden soll, dessen er bedarf, um „öffentlich" wirksam werden zu können, verschrieben wir uns der Stoffwelt.

Ich will schließen: Wir sind keine Materialisten in dem Sinn, daß wir glaubten, es sei die Stoffwelt, die den Menschen bewegt. Die Sozialdemo-

kraten sind seit je Menschen, die glauben, daß es notwendig sei, an die Stelle der Kapitulation des Menschen vor einem praktischen Materialismus, der sich idealistisch tarnt, einen lebendigen Idealismus zu setzen, der dem Menschen Raum schafft, mit dieser Welt, in der es auch die Materie gibt, fertig zu werden, damit er imstande sei, seiner Bestimmung zu leben! (Starker, langanhaltender Beifall.)

Vorsitzender Max Brauer: Das Wort nimmt Genosse Schellenberg, Berlin. Ihm folgt Fritz Erler, Pforzheim.

Prof. Ernst Schellenberg, Berlin: Genossinnen und Genossen! Wenn wir in diesen Tagen über außenpolitische, wehrpolitische, kultur- und wirtschaftspolitische Fragen diskutieren, dann müssen wir im Zusammenhang mit dem Grundsatzprogramm auch einige Fragen der Sozialpolitik besprechen. Im Grundsatzprogramm heißt es: „Die sozialistische Sozialpolitik sprengt die Grenzen der überkommenen Sozialpolitik." Dem werden wir alle zustimmen, aber nach meiner Auffassung entspricht die Sprengkraft dessen, was hier im Programmentwurf in sozialpolitischer Hinsicht zur Auswirkung kommt, nicht dem Beginn eines Atomzeitalters. Das beginnt schon mit der Überschrift. Sie lautet: „Arbeitswelt und Wohlfahrt". Der Begriff „Wohlfahrt" ist zu abgegriffen und antiquiert. Ich bin nicht der Auffassung, Genossinnen und Genossen, daß es ratsam ist, einen solchen Begriff zur Kennzeichnung unseres sozialistischen Wollens in bezug auf die Sozialpolitik zu verwenden, denn er übt keine Anziehungskraft aus, sondern er ist eher geeignet, die Menschen vor den Kopf zu stoßen.
Weiter: Im Entwurf heißt es: „Die Sozialpolitik geht vom Arbeitsleben aus, gleichgültig, ob es sich um Arbeitende, um künftig Arbeitende oder nicht mehr Arbeitende handelt." Selbstverständlich besteht ein sehr enger Zusammenhang zwischen der Arbeitswelt und der Sozialpolitik. Wir werden immer diesen Zusammenhang betonen müssen und für unsere praktische Sozialpolitik daraus die entsprechenden Konsequenzen ziehen müssen. Wir geraten aber meines Erachtens auf einen falschen Weg, wenn wir die Arbeitswelt zum einzigen Ausgangspunkt des sozialpolitischen Handelns machen. Dadurch erschweren wir uns nämlich unser Handeln, beispielsweise für andere sozialpolitische Bereiche, wie Familienpolitik. Natürlich wollen die Verfasser des Grundentwurfs eine solche Begrenzung nicht. Sie sagen — und da muß ich wieder zitieren —: „Jeder Mensch in Not oder in Schwierigkeiten hat unabhängig von seiner Stellung im Arbeitsleben Anspruch auf Hilfe." Wenn aber an der Auffassung, das Arbeitsleben sei der Ausgangspunkt alles sozialpolitischen Handelns, festgehalten wird, kommt man zu einer bedenklichen Konstruktion. So heißt es im Entwurf: „Soweit dafür" — für diese Hilfe — „gesellschaftliche Maßnahmen notwendig sind, leistet diesen Beistand eine zur sozialistischen Sozialhilfe ausgestaltete Fürsorge." Kein Wort, daß die Fürsorge überflüssig gemacht werden soll. Im Gegenteil, die zur Sozialhilfe ausgeweitete Fürsorge wird zu einer zweiten Säule neben der Sozialpolitik erweitert. Das führt meines Erachtens zu einem bedauerlichen Dualismus und beeinträchtigt die Wirksamkeit unseres sozialpolitischen Handelns. (Beifall.)

Deshalb sage ich: Die Grundlage einer sozialistischen Sozialpolitik darf nicht ein Teilbereich des menschlichen Lebens sein — und sei er noch so wichtig, wie das Arbeitsleben —, sondern Grundlage der sozialistischen Sozialpolitik muß das Menschsein schlechthin sein. (Beifall.)

Die Sozialpolitik hat die wirtschaftliche und die gesundheitliche Existenz des Menschen zu sichern und das Lebensrecht jedes Menschen zu verwirklichen. Das muß in unserem Grundsatzprogramm klarer und deutlicher gesagt werden.

Und noch ein weiteres: Auch dort, wo der Entwurf die historische Entwicklung anspricht, ist er in seiner Begründung meines Erachtens viel zu schwach. In keiner Weise wird der Entwurf der Bedeutung gerecht, die die sozialistische Bewegung seit den Anfängen einer Sozialpolitik für die Gestaltung sozialpolitischer Maßnahmen gehabt hat. Bei einem historischen Überblick muß ein klares Wort darüber gesagt werden, daß bis jetzt fast jede sozialpolitische Maßnahme auf Initiative oder auf Druck der Sozialisten zurückgeht. (Beifall.)

In bezug auf die zukünftigen Aufgaben der Sozialpolitik beschränkt sich der Entwurf meines Erachtens auf zu allgemein gehaltene Bemerkungen, die sich auch in üblichen sozialkaritativen Abhandlungen finden könnten. Das, was über die w i r t s c h a f t l i c h e Sicherung gesagt wird, ist unzureichend und hat meines Erachtens keine politische Überzeugungskraft. Es muß klar gesagt werden, daß nach unserer Auffassung jeder Mensch, ob er am Beginn oder Ende seines Lebens steht, ein Recht auf einen Lebensbedarf hat, der dem Stand unserer Wirtschaft und Kultur entspricht. Das müssen wir den Menschen deutlich nahebringen (Beifall), denn erst wenn eine solche soziale Sicherung gewährleistet ist, ist Freiheit, Würde und Lebensrecht des Menschen gesichert.

Etwas konkreter ist der Abschnitt bezüglich der G e s u n d h e i t s p o l i t i k. Er macht die Vorsorge zu einem wesentlichen Faktor. Der Ausbau der gesundheitlichen Vorsorge reicht aber, Genossinnen und Genossen, für eine sozialistische Konzeption der Gesundheitspolitik nicht aus. Die Gesundheitspolitik in Deutschland befindet sich seit Jahren in einer schweren Krise. Es ist unwahr, wenn die Bundesregierung behauptet, das hinge mit bestimmten Gesetzen — Krankengeldzuschußgesetz oder dergleichen — zusammen. Die Spannungen zwischen Ärzten, Krankenkassen und Krankenhäusern sind seit Jahren unerträglich und machen eine sinnvolle Gesundheitspolitik unmöglich. Sie beeinträchtigen deshalb die Gesundheit unseres Volkes. (Beifall.)

In dieser Situation — Willi Richter hat es bei der Eröffnung des Parteitages gesagt — fällt der Bundesregierung nichts anderes ein, als eine Kostenbeteiligung zu fordern um damit wesentliche Ausgaben auf Arbeiter, Angestellte, Rentner und auch Ärzte abwälzen zu wollen. Darüber findet sich im Grundsatzprogramm kein Wort. Man mag vielleicht auch sagen, das sei eine Frage der Tagespolitik. Mag sein, aber es finden sich im Entwurf Formulierungen, die so ins Detail gehen und die dabei selbstverständlich sind. Meines Erachtens hat ein Grundsatzprogramm nur dann eine Gestaltungskraft für die gesundheitspolitische Arbeit von heute und morgen, wenn klar gesagt wird: Für jeden Menschen muß das Lebens-

recht in gesundheitlicher Hinsicht ohne jede Kostenbeteiligung und unabhängig von seiner wirtschaftlichen Lage unbedingt gewährleistet werden. (Beifall.)

Wir haben die Aufgabe — und das vermisse ich —, in einem Grundsatzprogramm nicht etwa nur Gedanken für eine Reform der Krankenversicherung zu entwickeln, sondern unsere Vorstellung von einem deutschen Gesundheitsdienst klarzulegen, der keineswegs etwa das Beispiel des englischen Gesundheitsdienstes übernehmen soll, der aber die internationalen Erfahrungen der letzten Jahre und Jahrzehnte berücksichtigen muß. Solch ein deutscher Gesundheitsdienst sollte erörtert werden, damit ein gesundheitliches Optimum für jeden Menschen auch in Deutschland gewährleistet ist und ein gleiches Lebensrecht für jeden Menschen Wirklichkeit wird.

Nun, Genossinnen und Genossen, zum Schluß: Ich bin deshalb der Auffassung, daß der sozialpolitische Teil noch einer gründlichen Durcharbeitung und Diskussion bedarf. Wir müssen eine sozialpolitische Konzeption herausstellen, die nicht nur den Erfordernissen unserer Zeit entspricht, sondern die gleichzeitig unser sozialpolitisches Wollen den Menschen verständlich macht, denn nur auf diese Weise haben wir die Möglichkeit, das Vertrauen der Menschen zu gewinnen, und damit wird der Weg frei, unsere Vorstellungen über das Lebensrecht jedes Menschen zu verwirklichen. Unser Programm muß auch in sozialpolitischer Hinsicht ein Fanal für den Kampf um das Lebensrecht jedes Menschen werden. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Max Brauer: Das Wort nimmt nunmehr Fritz Erler, Pforzheim. Ihm folgt Genosse Lorenz Knorr, Frankfurt. — Das soll der letzte Redner vor der Mittagspause sein. — Ich bitte nun den Genossen Fritz Erler, das Wort zu nehmen.

Fritz Erler, Pforzheim: Liebe Genossinnen und Genossen! Wir behandeln heute den Entwurf eines Grundsatzprogramms gewissermaßen nur in der ersten Lesung. Wir werden in der Partei also lange Zeit haben, um uns mit allen Fragen, die ein solches Programm aufwirft, auseinanderzusetzen. Ich würde es außerordentlich begrüßen, wenn der Parteitag dem Antrag entspräche, daß die Entscheidung über dieses vorliegende Werk nach dem Ergebnis einer reifen Diskussion in der Partei nicht etwa gefällt wird gleichzeitig mit einer völlig anderen Aufgabe, nämlich mit der Verabschiedung einer kurzen und klaren Wahlplattform im Jahre 1960. (Lebhafter Beifall.) Das sind zwei Sachen, und die gehören auf zwei Parteitage. (Lebhafter Beifall.)

Ich wünsche das deshalb, damit wir bei der Diskussion um die Wahlplattform nicht immer wieder in die Versuchung geraten, alle Fragen, die eigentlich ihren Standort an anderer Stelle finden müßten, da hineinzubringen und umgekehrt. (Zustimmung.)

Nun möchte ich nur zu einigen wenigen Punkten Bemerkungen machen, die anknüpfen an das, was im wesentlichen von Waldemar von Knoeringen und Carlo Schmid vorgetragen worden ist: Der Mensch hat es fertig-

gebracht, die Naturkräfte in einem ziemlich erheblichen Ausmaß zu bändigen. Die Aufgabe, die er noch nicht gelöst hat, ist, mit den von ihm selbst entfesselten technischen und gesellschaftlichen Kräften fertig zu werden. Das ist die Aufgabe. Krisen und Kriege sind keine Naturereignisse, die mit Naturgesetzlichkeit hingenommen werden müßten (Beifall), sondern sie sind das Ergebnis des Versagens menschlichen Tuns. (Lebhafter Beifall.)

Deshalb sind es gerade die Sozialisten, die hier eingreifen müssen, weil es sich dabei nicht nur um das Versagen einiger weniger Individuen handelt, sondern weil es sich handelt um das Versagen der gesellschaftlichen Institutionen, in denen die Menschen leben.

Wir haben es hier zu einem Teil zu tun gehabt mit den Fesseln, die dem Menschen heute noch angelegt sind, die ihn hindern, sich in voller Freiheit entfalten zu können. Ich möchte hier nicht sprechen zu den Fesseln, die aus wirtschaftlicher und politischer Macht entstanden sind. Darüber haben wir lange geredet. Mich hat vielmehr besonders ein Problem interessiert: die Fesseln, die den menschlichen Gehirnen noch angelegt sind.

Wir wissen alle, daß selbstverständlich das Denken des Menschen und vor allen Dingen der vielen Menschen, die miteinander leben, nicht gelöst werden kann von dem Erbe, das sie mitbekommen haben durch die Jahrhunderte und Jahrtausende und von dem, was andere neben ihnen tun und denken. Eine jede Gesellschaft prägt das Denken ihrer Zeit. Niemand kann sich dem entziehen. Es wird immer einige geben, die mit einem größeren Ausmaß an Unabhängigkeit den gesellschaftlichen Kräften gegenüberstehen, die das Denken auch des einzelnen beeinflussen. Das ist uns bekannt. Handelte es sich aber früher nur um gewissermaßen unbewußt von der Umwelt, von der Gesellschaft auf das einzelne Hirn einwirkende Kräfte, so haben wir es heute mit viel mehr zu tun, nämlich mit der bewußten Steuerung der Gehirne zu politischen Zwecken.

Gewiß, Propaganda ist immer getrieben worden, in jeder Gesellschaft und zu jeder Zeit. Sie ist an sich nichts Ehrenrühriges. Aber darum muß sie als solche auch erkennbar sein, damit man sich mit ihr auseinandersetzen kann. Das Schlimmste ist es, wenn das menschliche Gehirn mit bestimmten Methoden so gegängelt wird, daß eine Gegenwirkung nahezu ausgeschlossen ist. Ich bin im vergangenen Jahr an der amerikanischen Universität Princeton gewesen und habe mir dort ein ganz unscheinbares Institut angesehen, das Perception Center. Da werden Versuche angestellt, wie man mit verhältnismäßig einfachen physikalischen Apparaturen dem einzelnen Menschen Gegenstände vorführt, die er zu sehen glaubt, die es in Wahrheit aber gar nicht gibt, oder die mindestens nicht das sind, wofür er sie hält. Ich ging nachdenklich aus diesem Institut heraus und legte mir die Frage vor: Wenn man mit dieser Technik einmal anfängt, draußen andere Tatbestände als physikalische darzustellen, dann ist es doch damit auch möglich, im Bereich des gesellschaftlichen und politischen Lebens die Menschen Dinge sehen zu lassen, die es nicht gibt oder die Menschen Dinge da ganz anders sehen zu lassen, als sie in Wahrheit sind. Da habe ich mir die Frage ganz ehrlich vorgelegt: Wieweit stimmt überhaupt das Bild, das wir von bestimmten Ländern, von bestimmten

Gesellschaften, von bestimmten politischen Kräften haben, mit der Wirklichkeit überein? Wie weit ist es nicht vorfabriziert durch Denkschablonen, denen wir erlegen sind? (Lebhafter Beifall.)

Da hat Waldemar von Knoeringen eingehakt und gesagt, das einzige Allheilmittel, das es gegen eine solche Verfälschung der Auffassungen vom wirklichen Sein der Dinge gibt, sei die Erziehung, die Bildung, und zwar nicht die Fachbildung und die Spezialisierung, sondern das Wissen um die politischen Zusammenhänge, und ich gebe ihm recht: Gesicherte Demokratie wird es nur geben können, wenn alle zu staatsbürgerlichem Mittun aufgerufenen Menschen über das notwendige geistige Rüstzeug verfügen, um die Wirklichkeit in richtiger und nicht in verfälschter Weise erkennen zu können.

Aber auch, um diese Erziehung durchsetzen zu können, bedarf es des notwendigen Einflusses, den es erst zu erringen gilt. Wenn diese Erziehung voll wirksam sein soll, muß sie eine Breitenerziehung sein. An dieser Stelle möchte ich mich auseinandersetzen mit einem anderen Phänomen, das immer wieder zu gewissen Krisenzeiten in der Gesellschaft auftaucht. Man sagt dann: „Die Menschen sind gar nicht soweit erziehbar, wie ihr glaubt. Deswegen sollte man sich lieber darauf beschränken, diejenigen zu erziehen, die das nachher schon besser können, die die anderen führen werden. Man müßte also mehr Aufmerksamkeit konzentrieren auf die Bildung von Eliten." Dazu möchte ich mit allem Nachdruck sagen: Hinter diesem Schlagwort verbirgt sich nichts anderes als der Versuch, einen Teil, und zwar die Mehrheit des Volkes, zu Unmündigen zu stempeln und für andere wiederum Vorrechte auch für die Zukunft in Anspruch zu nehmen und zu sichern. (Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Wir müssen daran festhalten: Es geht um die gleichen Startchancen für jedermann, und die Staatsbürger müssen gleiche und unverkürzte Rechte haben, aber da gibt es ein „Aber": Auch die Demokratie bedarf der Führung, das leugnen wir nicht. Der Unterschied zur Ideologie der Elite und der Notwendigkeit der Führung, wie wir sie sehen, besteht darin, daß nach unserer Auffassung an der Bestimmung der Führung alle teilzunehmen haben, daß die Führung sich nicht gewissermaßen selbst beruft, weil sie sich für die Elite hält. (Lebhafter Beifall.)

Das ist der Unterschied.

Zum zweiten wissen wir, daß die Führung denen Rechenschaft schuldig ist, von denen sie gerufen worden ist.

Zum dritten wissen wir, daß natürlich Führung nicht mehr Rechte, nicht Vorrechte einräumt, sondern vor allem wohl mehr Pflichten. Mancher, der in einem überschaubaren Bereich führt, hat das auch schon gelegentlich zu seinem eigenen Leidwesen erfahren, aber das gehört nun einmal untrennbar mit dem Führen in einem bestimmten Bereich des gesellschaftlichen Lebens zusammen. Die Führung soll Wege weisen, sie soll mitreißen, sie soll überzeugen; aber es ist nicht die Aufgabe der Führung — wie manche draußen glauben —, die öffentliche Meinung mit Hilfe von technischen Mitteln, von denen ich eben gesprochen habe, zu manipulieren, an die Stelle des Arguments zu setzen das Überreden, den

modernen technischen Nürnberger Trichter. Nein, wir leben bereits weitgehend in einem Zustand, in dem hier in unserem Staat die Führung nicht mehr zu überzeugen sucht, sondern die Gehirne umnebelt. Dann kommen wir dahin, daß die Menschen schließlich nur noch die Illusion der Freiheit haben, aber nicht mehr die Freiheit selbst, daß man zwar sagt: Du kannst zwar denken, was du willst, aber du kannst gar nicht mehr denken wollen, was sich außerhalb der vorfabrizierten Denkschablone vorfindet. Das ist ein Verhängnis, dem wir mit allen unseren Kräften entgegenwirken müssen. Dazu bietet die moderne Gesellschaft mit allen ihren fürchterlichen Gefahren andererseits auch große Möglichkeiten. Die Steigerung der Produktivität der menschlichen Arbeit wird zu weiterer Verkürzung der Arbeitszeit führen. Nutzen wir die Möglichkeit, jene Zeit zu verlängern, die den jungen Menschen zur Verfügung steht, bis sie ins Berufsleben hinausgehen! (Lebhafter Beifall.)

Das neunte Schuljahr ist nicht nur eine Frage der Gesundheit der Jungen oder der Sozialpolitik, das ist auch eine Frage größerer staatsbürgerlicher Reife im Interesse der Demokratie im ganzen. (Lebhafter Beifall.)

Dann wollen wir noch einen Schritt weitergehen: Wenn Arbeitszeit verkürzt wird — nicht nur durch späteren Eintritt in das Berufsleben, sondern auch je Tag, je Woche und Jahr —, dann entstehen Pausen am Wochenende, Pausen im Jahr. Sie sollten genutzt werden, nicht, indem man die gewonnene Zeit „vertreibt", sondern indem das, was einmal das Vorrecht einer kleinen Minderheit war, nunmehr Allgemeingut wird: die schöpferische Muße. „Schöpferisch", sage ich. Uns kommt es darauf an, daß alle Menschen in den Stand gesetzt werden, teilzunehmen am Leben der Gemeinschaft, in die sie eingebettet sind, und zwar mit hellwachem Bewußtsein. Aber auch darauf, daß sie gleichzeitig selbst wachsen und reifen, rundherum zu vollen Menschen werden, die das kulturelle Erbe von Jahrtausenden in sich aufnehmen, es hegen und auch mehren. Sozialismus — um ein altes Wort des 48er Johannes Scherr aufzugreifen, das wurde wohl diesen Parteitag noch deutlicher als in den vergangenen — ist für uns nie nur eine Frage des Lebensstandards oder der materiellen Errungenschaften; Sozialismus ist eben mehr als rationell betriebene Schafzucht. (Lebhafter, langanhaltender Beifall.)

Vorsitzender Max Brauer: Genossinnen und Genossen! Nach der Auffassung des Büros fehlt auch der schönsten Rede die letzte Vollendung, wenn man die Redezeit zu sehr überschreitet. (Beifall.)

Der letzte Redner vor der Mittagspause ist der Genosse Lorenz Knorr, Frankfurt, er spricht für die „Falken".

Lorenz Knorr, Frankfurt: Genossinnen und Genossen! Es sei mir gestattet, hier Gedanken vorzutragen, die die leitenden Kräfte in der sozialistischen Jugend- und Erziehungsarbeit immer wieder bewegen. Ich beziehe mich dabei auf die Resolution 205, die dem Parteitag vorliegt. Dort ist an einer Stelle gesagt, daß der Mensch im Kommunismus bewußt zum Objekt gemacht werde, während im Kapitalismus die Gefahr besteht, daß er unbewußt in diese Objektsituation gleite. Ich möchte nicht

den Wahrheitsgehalt dieses Satzes bezweifeln. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß er insofern ergänzungsbedürftig ist als der Mensch auch im Kapitalismus bewußt, planmäßig und gezielt in diese Objektsituation hineingedrängt und hineingepreßt wird. (Beifall.)

Ganz gewiß ist es so, daß durch die Vergötzung des praktischen Materialismus in der Bundesrepublik eine passive Konsumentenhaltung entstanden ist, die den Menschen mehr und mehr abdrängt von der Beschäftigung mit den politischen Dingen, ohne daß man zunächst sagen könnte, daß eine besondere Absicht dahinter stünde. Hier entsteht eine Haltung, die für uns insofern eine große Gefahr bedeutet, als die Menschen den Staat und die Organisationen als eine Melkkuh betrachten, aus der es möglichst viel herauszuholen gelte, aber nicht mehr als eine Aufgabe, der man sich dienend zu geben hätte. Aber auch in unseren Kreisen — seien wir ehrlich — ist da und dort eine ähnliche Haltung vorhanden, weil man glaubt, man brauche sich nur in den Fahrstuhl der Entwicklung zu setzen, und die Endstation würde dann schon der Sozialismus sein. Hier wird doch auch vergessen, daß wir jeden Tag neu dazu aufgefordert sind, etwas zu tun, um unsere Ziele zu erreichen.

Eine andere gefährliche Auswirkung dieser Situation bedrückt uns im Parteileben und im Jugendleben jeden Tag. Wir bemerken, daß durch die Überwertung des Materiellen jeder, in dem die Bereitschaft zur ehrenamtlichen Tätigkeit noch lebendig ist, als ein dummer Trottel hingestellt wird.

Neben diesen unbewußten Maßnahmen sehe ich die Gefahr der gezielten Entpolitisierung. Als Sozialisten wissen wir, daß jede herrschende Macht, auch im Spätkapitalismus stets zwei Instrumente gebraucht, um ihre Macht zu sichern. Das erste Instrument ist das der bewaffneten Macht, und das zweite ist eine Ideologie der Verschleierung, der Versuch, die Menschen so zu entpolitisieren, daß die Herrschenden in ihrem Handwerk möglichst wenig durch Kontrolle, durch waches Mitarbeiten gestört sind.

Es ist notwendig, etwas zur Presse zu sagen. Ich sage das vor allem deshalb, weil ich diese Auswirkungen auf die jungen Menschen jeden Tag spüre. Die Parole, die ein Verlag für x Zeitungen in Deutschland ausgegeben hat, „Seid nett zueinander, beschäftigt euch möglichst wenig mit politischen Fragen", führt hinein in diese Entpolitisierung, über die wir dauernd klagen. Es nützt der Demokratie nichts, zu sagen: „Seid nett zueinander"; die staatspolitischen Aufgaben gehen ein bißchen weiter. Wenn ich mir einige Illustrierte ansehe, die von den jungen Menschen sehr stark verkonsumiert werden, dann meint man, die Intimitäten und die Perversitäten der Fürsten oder der ehemaligen Herrscher wären das zentrale Lebensproblem Deutschlands. Für die entscheidenden Probleme, vor denen wir stehen, ist in diesen Zeitschriften einfach kein Platz. (Beifall.)

Ich möchte weiter die Frage aufwerfen: Welches Menschenbild muß bei jungen Menschen entstehen, die in einer ganz gewissen Presse jeden Tag „Liebe" und „Mord" auf der ersten Seite finden. Wenn im Bundesparlament entscheidende Dinge zur Diskussion stehen, dann erscheint das in drei oder vier Zeilen. Muß denn bei diesen jungen Menschen nicht eine völlige Verkehrung der Wertordnung eintreten, wenn sie tagtäglich mit

diesen Sensationsüberschriften bombardiert werden? Hier genügt es nicht mit einer Lex Soraya, die man vor kurzer Zeit diskutiert hat, mit einem Verbotsgesetz, etwas zu erreichen. Hier kann man nur an die Verantwortung der Journalisten appellieren, daß sie den Menschen nicht nur Tatsachen vorzusetzen haben, sondern sie sollten die pädagogische Aufgabe sehen, die auch ihnen gestellt ist.

Manchmal hat man den Eindruck, daß der Großteil unserer Journalisten von einem liberalistischen Menschenbild ausgeht, das längst überholt ist, nämlich daß man voraussetzt, der Mensch würde die Kraft und die Fähigkeit haben, das Richtige aus diesem Schwall, der ihm hier angeboten wird, herauszusuchen. Dem ist leider nicht so! Wenn dem Menschen nicht z u e r s t die Urteilsfähigkeit gegeben wird, wie soll er sich dann in diesem ungeheueren Angebot zurechtfinden?

Ein anderes Beispiel für diese gezielten Maßnahmen: Es müßte sich unter politisch denkenden Leuten herumgesprochen haben, daß Franco eine Demokratie zerstört hat. Unserer Wochenschau blieb es vorbehalten, dem deutschen Volk Franco als den Befreier des spanischen Volkes von der roten Gewaltherrschaft vorzustellen. Wer die Wochenschau zum 1. Mai betrachtete, mußte den Eindruck gewinnen, daß der 1. Mai nur aus Militärparaden der Russen oder aus einer Adenauer-Rede bestand. Von den legitimen Erben des 1. Mai hat die Wochenschau fast nichts gebracht. (Beifall.)

Das sind nur zwei kleine Beispiele, die stellvertretend für viele andere stehen könnten. Ich könnte auch die Frage stellen: Wie ist es denn mit einem Wahlkampf, in dem die Voraussetzungen jeder wirklichen Entscheidung planmäßig demontiert werden? Wir sagen, wenn wir von politischer Bildung sprechen, zwei Dinge seien von entscheidender Bedeutung: eine ausreichende Tatsachenkenntnis und die Befähigung, diese Tatsachen zu beurteilen. Wie aber, wenn Tatsachen verdreht werden, wie aber, wenn planmäßig ganz bestimmte Dinge verschwiegen werden? Wie, wenn der Bundeskanzler sich nicht scheut, falsche Tatsachen ins Volk zu bringen, wie, wenn man planmäßig darauf abzielt, die Denk- und Urteilsfähigkeit zu demontieren? Hier geraten wir in die Gefahr, daß das moralische Recht, die freien Wahlen — in Anführungszeichen — im Osten zu verurteilen nicht mehr gegeben ist. Warum? Weil hier die freie Wahlentscheidung doch schon in einem großen Maße aufgehoben wird. Fritz Erler hat einiges dazu gesagt. In dieser Vehemenz negativer Umwelteinflüsse (Glocke) haben wir heute als Gegentendenz politische Bildungsarbeit zu betreiben.

Ich möchte dazu sagen: Für einen Erwachsenen ist es etwas einfacher, sich gegen negative Umweltseinflüsse zu immunisieren. Für die jungen Menschen, die diese Substanz noch nicht haben, ist es relativ schwer, etwas dagegen zu tun.

Noch ein letztes Wort zur politischen Bildung: Die staatsbürgerliche Bildung, die heute an unseren Schulen gegeben wird, zielt meistens darauf ab, das Grundgesetz zu erklären. Das ist gut, das ist wichtig. Nur fehlt immer wieder die Konfrontierung der Aussage des Grundgesetzes zur gesellschaftlichen Wirklichkeit. Das sind zwei ganz verschiedene Dinge.

Erst wenn es in der staatspolitischen Bildung gelingt, diese Diskrepanz herauszuarbeiten, werden wir fähig sein, die Kräfte zu wecken, die notwendig sind, um diese unzureichende Wirklichkeit an die Vorstellung von der Demokratie, die wir heute hier gehört haben, anzupassen.

Die Selbstentfremdung unserer Zeit ist nicht mehr so einfach zu sehen wie vor hundert Jahren. Um so mehr ist es unsere Aufgabe, den Menschen bewußt zu machen, welchen Einflüssen sie ausgesetzt sind. Um so mehr besteht die Aufgabe, eine echte Empörung zu wecken gegen diese Demontage demokratischen Bewußtseins.

Ich danke für die Möglichkeit, hier sprechen zu dürfen. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Max Brauer: Wir wollen jetzt die Beratungen unterbrechen, in die Mittagspause eintreten, um 15 Uhr die Wahlen durchführen und im Anschluß an die Wahlen die Diskussion fortsetzen.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung der Sitzung: 13.12 Uhr.)

NACHMITTAGSSITZUNG

(Beginn: 15.00 Uhr.)

Vorsitzender Dr. Alex Möller: Die Beratung ist wieder eröffnet.

Genossinnen und Genossen! Wir haben nach der Beschlußfassung nunmehr den Punkt 9 — Wahlen — vorzunehmen. Beim Punkt 9 ist dann auch der Antrag 207 zu erledigen, der auf Wunsch des Genossen Mattick zurückgestellt wurde, weil der Genosse Mattick die Befürchtung hatte, daß für die Wahl zum Parteivorstand nicht mehr Genossen vorgeschlagen werden, als es der zulässigen Festlegung entspricht.

Wir haben einen Antrag des Parteivorstandes und des Parteiausschusses, und zwar ist dieser Antrag in der Vorlage enthalten. Ich darf den Antrag verlesen. Er lautet:

> „Der Parteitag möge beschließen:
> Bei der Wahl der unbesoldeten Parteivorstandsmitglieder sind Stimmzettel, die mehr oder weniger als 25 Namen enthalten, ungültig."

Es besteht wohl Übereinstimmung, daß wir die Zahl „25" nunmehr durch „29" ersetzen, und zwar auf Grund der gestrigen Beschlußfassung. Ist der Parteitag der Meinung? (Zurufe.)

Es muß also heißen: Bei der Wahl der übrigen Parteivorstandsmitglieder sind Stimmzettel, die mehr oder weniger als 29 Namen enthalten, ungültig. Denn in dieser Zahl der 29 zu wählenden Parteivorstandsmitglieder sind unbesoldete und besoldete Mitglieder enthalten.

Ich darf aber doch der Sicherheit halber den Parteitag fragen, wer für diesen Antrag ist und bitte, die Stimmkarte zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Das erstere war die Mehrheit. Der Antrag ist also angenommen. (Zurufe.)

Es hat sich niemand zum Wort gemeldet.

Ich wiederhole, daß bei der Wahl der übrigen Parteivorstandsmitglieder Stimmzettel, die mehr oder weniger als 29 Namen enthalten, ungültig sind. Ich bitte also, sorgfältig zu zählen.

Dann ist auf Grund der gestrigen Beschlußfassung so zu verfahren, daß im ersten Wahlgang der Vorsitzende, im zweiten Wahlgang die zwei stellvertretenden Vorsitzenden, im dritten Wahlgang der Kassierer und im vierten Wahlgang die übrigen Mitglieder des Parteivorstandes zu wählen sind. Darüber besteht also auch Klarheit.

Außerdem muß ich darauf aufmerksam machen, daß das Statut nach wie vor vorschreibt, daß dem Parteivorstand vier Frauen angehören müssen. Es müssen also unter den 33 Mitgliedern des Parteivorstandes mindestens 4 Genossinnen sein.

Leider sind die Stimmzettel noch nicht eingegangen. Ich bedauere das, bin aber der Meinung, daß wir nunmehr so verfahren sollten, daß wir die Wahl des Parteivorsitzenden vornehmen. Es kann ja jeder einen Zettel nehmen und den Namen daraufschreiben, damit wir keine unnötige Verzögerung erleiden. (Zuruf: Geht nicht!)

Geht nicht? Warum nicht? Aber Genossinnen und Genossen! Ich persönlich wäre der Meinung, daß es richtig gewesen wäre, jetzt die Wahl des Parteivorsitzenden vorzunehmen, auszuzählen, und dann in einem weiteren Wahlgang die beiden Stellvertreter und den Schatzmeister zu wählen, dann auszuzählen und die übrigen Mitglieder des Parteivorstandes und der Kontrollkommission zu wählen. (Beifall. — Zurufe.)

Selbstverständlich. Es kann ja gar nichts passieren. Wir haben ja die Delegiertenkarte. Für den ersten Wahlgang ist der Kontrollabschnitt 1 mit abzugeben. Das heißt also, wenn die Genossen der Mandatsprüfungskommission die Stimmzettel einsammeln, dann ist die Delegiertenkarte vorzuzeigen, und der Abschnitt 1 wäre bei diesem ersten Wahlgang abzugeben. Ist der Parteitag der Meinung, daß wir so verfahren können, daß wir jetzt also die Wahl des Parteivorsitzenden vornehmen? (Zustimmung und Widerspruch.)

Also warten wir, bis wir die Stimmzettel bekommen.

Genosse Busch hat sich zur Geschäftsordnung zum Wort gemeldet.

Arthur Busch, Hamburg — zur Geschäftsordnung —: Genossinnen und Genossen! Zur Vereinfachung und zur Beschleunigung der Wahl schlage ich vor, daß wir den ersten Wahlgang, d. h. die namentliche Benennung des Parteivorsitzenden, so vornehmen, daß wir den Namen auf die Rückseite der Nummer 1 schreiben. (Zustimmung und Widerspruch.)

Vorsitzender Dr. Alex Möller: Wir haben eben übereinstimmend festgestellt, daß wir die fünf Minuten noch warten wollen. Es ist auch der Vorschlag gemacht worden, mit der Diskussion fortzufahren. Das halte ich aber nicht für gut. Wir sollten ruhig fünf Minuten Pause machen.

(Pause.)

Genossinnen und Genossen! Ich schlage vor, die Diskussion nun doch wieder aufzunehmen. (Widerspruch.)

Ich habe den Eindruck, daß der Parteitag für Warten ist. (Zustimmung. — Zurufe: Pause!)

Ich schlage vor, jetzt eine Pause von zehn Minuten einzulegen und uns nach dieser Zeit endgültig schlüssig zu werden. — Der Parteitag ist damit einverstanden.

(Pause.)

Genossinnen und Genossen! Es wird jetzt der Stimmzettel für die Wahl des Parteivorsitzenden verteilt. Ich bitte die Delegierten, die Plätze einzunehmen; ich bitte die Delegierten weiter, ihre Delegiertenkarte herauszusuchen und den Kontrollabschnitt 1 mit dem Stimmzettel abzugeben.

Wir beginnen also mit der Wahlhandlung für die Wahl des Parteivorsitzenden. Es liegt ein Vorschlag vor, nämlich der, Erich Ollenhauer wiederzuwählen.

Genossinnen und Genossen! Es besteht wohl Klarheit darüber, daß dann, wenn der Stimmzettel so abgegeben wird, wie er ausgehändigt wurde, die Delegierten damit bekunden, daß sie als Parteivorsitzenden Erich Ollenhauer wählen.

Sind alle Stimmzettel abgegeben? (Zurufe: Nein!)

Dann bitte ich, mit dem Einsammeln der Stimmzettel zu beginnen. Die Mandatsprüfungskommission muß selbstverständlich mit den Einsammlern zusammen einsammeln.

Genossinnen und Genossen! Ich frage also, ob jeder seinen Stimmzettel abgegeben hat. (Zurufe: Nein!)

Ich frage also jetzt: Hat jeder seinen Stimmzettel abgegeben? (Zurufe: Nein!)

Ich denke, Genosse Frenzel, das wäre eingeteilt worden? Genosse Frenzel, ich bitte doch! Da hinten muß noch eingesammelt werden! (Frenzel: Bin dabei!)

Sind jetzt alle Stimmzettel abgegeben? — Ich frage noch einmal: Sind jetzt alle Stimmzettel abgegeben? — Das ist also der Fall. Es sind alle Stimmzettel abgegeben. Damit ist die Wahlhandlung für den ersten Wahlgang geschlossen.

Während die Mandatsprüfungskommission das Ergebnis feststellt, schlage ich vor, daß nunmehr der Stimmzettel für den zweiten Wahlgang ausgeteilt wird. Ich bitte also, jetzt den Stimmzettel für den zweiten Wahlgang

auszuhändigen. Es ist dann der Abschnitt 2 der Delegiertenkarte abzugeben. —

Genossinnen und Genossen! Ich stelle fest, daß auch der Stimmzettel für die Wahl des Schatzmeisters eingetroffen ist. (Bravo-Rufe und Beifall.) Das gibt mir den Mut, vorzuschlagen, daß wir in einem Wahlgang die beiden stellvertretenden Vorsitzenden und den Schatzmeister wählen, so daß also auch der weitere Stimmzettel für die Wahl des Schatzmeisters ausgegeben werden könnte. Ich stelle fest, daß der Parteitag mit diesem Vorschlag einverstanden ist, und bitte also, den Stimmzettel für die Wahl des Schatzmeisters auszuhändigen. Wenn wir die beiden Stimmzettel einziehen, genügt selbstverständlich der Abschnitt 2. Der Abschnitt 2 wird mit dem Stimmzettel für die Wahl der beiden stellvertretenden Vorsitzenden und für die Wahl des Schatzmeisters abgegeben. —

Bitte noch nicht einsammeln!

Genossinnen und Genossen! Das Wahlergebnis wird festgestellt, aber einige Genossen der Mandatsprüfungskommission stehen jetzt für die zweite Wahlhandlung zur Verfügung. Ich mache also den Vorschlag, daß wir nun die beiden stellvertretenden Vorsitzenden und den Kassierer wählen. Einverstanden? (Zustimmung.)

Dann bitte ich, die beiden Stimmzettel einzusammeln und den Kontrollabschnitt abzugeben.

Genossinnen und Genossen! Ich frage, ob alle Stimmzettel für die Wahl der beiden stellvertretenden Vorsitzenden und für die Wahl des Schatzmeisters abgegeben sind. (Allgemeine Zustimmung.)

Alle Stimmzettel sind abgegeben. Dann ist diese Wahlhandlung geschlossen. Ich bitte, auszuzählen.

Genossinnen und Genossen! Darf ich nun vorschlagen, daß wir mit der Diskussion wieder beginnen, bis ausgezählt ist? Dann müssen wir, wenn ausgezählt ist, die Stimmzettel verteilen, also die Stimmzettel für die Wahl der übrigen Vorstandsmitglieder und der Kontrollkommission. Ich meine, diese Zeit sollten wir nutzen, denn es sind noch zwölf Redner für die Diskussion des Grundsatzprogramms vorgesehen. (Zustimmung.)

Ich stelle also fest, daß der Parteitag damit einverstanden ist und habe nunmehr von folgendem Kenntnis zu geben:

Als nächste Rednerin steht Helga Einsele auf der Rednerliste. Die Genossin ist aber heiser geworden und hat darum gebeten, daß eine andere Genossin ihre Auffassung, die sie schriftlich fixiert hat, vorträgt. (Zustimmung.)

Ist der Parteitag damit einverstanden? (Zustimmung.)

Das ist der Fall. Dann also, bitte! — Es folgt dann der Genosse Zimmermann, Hannover.

Dr. Helga Einsele, Frankfurt (Gretel Otta, Ansbach, verliest die schriftlich vorliegenden Ausführungen):

Genossen und Genossinnen! Weder im Entwurf zum Grundsatzprogramm noch in der Rede des Genossen Eichler heute morgen war viel die Rede von der Position der Frauen in der Sozialdemokratischen Partei. Ich meine, es müsse dringend auch zu diesem Fragenkomplex hier etwas gesagt werden. Gleichzeitig verweise ich auf den Antrag 89, der noch einer eingehenderen Begründung bedarf.

Genossen und Genossinnen! Es geht nicht an, daß in der SPD auch weiterhin das Problem der politischen Position der Masse der Frauen in der Gegenwart so weitgehend unbeachtet bleibt, wie das bisher geschehen ist.

Seit 1918 kranken in Deutschland — und nicht nur in Deutschland — nahezu alle Wahlen an diesem Problem. Es ist aber entscheidend für die Entwicklung der Frauen überhaupt und gleichzeitig für die Überwindung des auch hier immer wieder erwähnten Turmes der 30 Prozent. Es muß versucht werden, es erschöpfender und grundsätzlicher als bisher anzufassen. Es ist nicht möglich, daß man sich auf dem nahezu in allen Organisationsstatuten befindlichen Satz ausruht: in allen Vertretungskörperschaften der Partei müssen soundsoviele Frauen sein. Mit einem solchen Satz ist im Grunde nichts gewonnen. Es geht auch nicht um die Verbesserung der wirtschaftlichen oder juristischen Lage der Frauen. So etwas gehört gewiß nicht in ein politisches Grundsatzprogramm hinein. Es geht ausschließlich darum, die Voraussetzungen zu schaffen für eine befriedigende politische Haltung der Masse der Frauen. Der Entwicklung ihres politischen Selbstbewußtseins steht die Tatsache entgegen, daß die wirtschaftliche Abhängigkeit der meisten Frauen in viel höherem Maße, als das bei einem anderen Arbeitnehmer heute noch der Fall ist, eine ganz persönliche ist. Ihre wirtschaftliche Abhängigkeit von dem einzelnen Ehemann ist zwar oft unbewußt, wirkt sich daher aber immer stärker als eine geistige aus und erzeugt auch infolge einer entsprechenden Erziehung geradezu eine Abhängigkeit von einem männlichen Leitbild, manchmal sogar von einer Großvatervorstellung. (Heiterkeit.)

Das aber verhindert oder erschwert die Entwicklung eines auf sich selbst gestellten Selbstbewußtseins, und hier liegen überwiegend die Wurzeln ihrer gegenwärtigen politischen Haltung, und es geht schließlich um die Befreiung der Frauen durch geeignete Hilfsmaßnahmen der Öffentlichkeit aus einem schier nicht endenden doppelten Arbeitstag in Beruf und Familie, der keine Kraft zu politischer Meinungs- und Bewußtseinsbildung, zur politischen Aktivität läßt.

Ursprünglich meinten Männer und Frauen der SPD, mit einer grundsätzlichen Anerkennung der Frau als eines gleichberechtigten Partners auf allen Lebensgebieten, die übrigens auch vielfach theoretisch geblieben ist, wäre das Problem der damals politisch noch ganz ungeschulten und selbständigen Frauen zu lösen. Schön wäre das gewesen. Doch die Entwicklung hat uns eines anderen belehren müssen.

Die Antragsteller des Antrags 89 stehen nicht etwa auf dem Standpunkt, es bestünden grundsätzliche Strukturunterschiede und deshalb Aufgaben bei den beiden Geschlechtern. Die Antragsteller sehen lediglich, daß die soziale Ausgangsbasis für beide auch heute noch so verschieden ist, daß Maßnahmen zu ihrer Überwindung notwendig erscheinen, will man nicht auf die dringend notwendige Mitarbeit der Frauen auch weiterhin verzichten.

Aus der formalen Gleichberechtigung muß deshalb eine von wenigstens grundsätzlich ähnlichen Bedingungen her geformte Partnerschaft im öffentlichen und politischen Leben werden. Das aber muß in grundsätzlichen Formulierungen bewußt gemacht werden. Und deshalb gehört es in das Grundsatzprogramm der Partei und ist dort ebenso wichtig wie ein Familienprogramm und ähnliches.

Im Entwurf zum österreichischen Parteiprogramm fanden sich entsprechende Sätze, denen allerdings meines Erachtens die Grundsätzlichkeit und notwendige Klarheit fehlten. Wie sie heute in das endgültige Programm eingearbeitet sind, konnte ich bisher nicht feststellen.

Es kommt also auf zwei Dinge zu Antrag 89 an: Erstens, die grundsätzliche Haltung der SPD in der Frauenfrage muß entsprechend den gegenwärtigen Verhältnissen neu durchdacht werden, wobei alle bisherige Verwirklichung der Gleichberechtigung zum Ausgangspunkt genommen werden könne. Es müssen Richtlinien aufgestellt werden, wie aus der Masse der bisher lediglich formal gleichberechtigten Frauen durch eine wirkliche Herstellung ihrer Unabhängigkeit, auch in ihrer wirtschaftlichen Stellung als Hausfrau und ähnliches, politisch aufgeschlossene, selbstbewußte, aktive Menschen werden können.

Zweitens müssen diese grundsätzlichen Richtlinien so klar und eindringlich dargestellt werden, daß die Masse der Frauen — auch derer, die uns fernstehen — versteht, was sie für die Lösung ihrer ganz besonderen Probleme von der SPD zu erwarten haben.

Bedenkt, Genossen, daß es unser Ziel sein muß, auch die Frauen in den allgemeinen Prozeß der zunehmenden Befreiung von Abhängigkeit einzubeziehen, sie, die in der Vergangenheit besonders belastet und abhängig waren. Und bedenkt weiterhin, daß wir uns um die Öffnung der verschiedenen Türen um so weniger zu bemühen haben, je mehr es uns gelingt, an die Massen der soziologisch zu uns gehörenden Frauen heranzukommen. Dann werden wir mit ihnen zusammen die parlamentarische Mehrheit erwerben können.

Deshalb fordern wir den Einsatz eines Ausschusses, eventuell im Zusammenhang mit der vom Genossen Nau gestern erwähnten soziologischen Forschungsstelle, der sich um Klärung und Formulierung der entsprechenden Thesen bemüht, sie zur allgemeinen Diskussion stellt und dann dem nächsten Parteitag zur Annahme vorlegt. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. Alex Möller: Das Wort hat der Genosse Zimmermann, Hannover; ihm folgt Blachstein, Hamburg.

Heinrich Zimmermann, Hannover: Genossinnen und Genossen! Ich möchte Ihr Augenmerk nach all den hohen Geistesflügen einmal auf ein ganz anderes Gebiet lenken. Mir war ein Stein vom Herzen gefallen, als am Ende seines Diskussionsbeitrags der Genosse Erler wenigstens ein Wort über das Gebiet, auf das ich das Augenmerk lenken möchte, sagte, wenn es auch nur in einem Bonmot war, daß der Sozialismus mehr als eine rationelle Hammelzucht sei. Aber ich muß feststellen, daß dies tatsächlich das einzige Wort gewesen ist, was über die ganze Landwirtschaftspolitik bisher auf diesem Parteitag gesprochen worden ist. (Beifall.) Es will mir scheinen, daß die ganz greifbaren realen Ergebnisse der Agrarpolitik unter anderem von dieser rationellen Hammelzucht — ein Hammelkotelett mit grünen Bohnen — uns erst physisch in die Lage versetzen, uns mit all den anderen Gebieten, ob Kulturpolitik und wie sie geartet sind, beschäftigen zu können. (Beifall.)

Gleichzeitig habe ich die Aufgabe, den Antrag 218, der Ihnen inzwischen vorgelegt ist, mit meinen Ausführungen zu begründen. Der Antrag beinhaltet, der Parteivorstand wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, daß bei der endgültigen Verabschiedung des Grundsatzprogramms die Grundsätze sozialdemokratischer Agrarpolitik in einem Kapitel Landwirtschaft und Ernährung Erwähnung finden. (Beifall.)

Tatsache ist nämlich, daß — man möge es nachlesen — in dem ganzen Grundsatzprogramm auf der Seite 11 in der ersten Zeile vier Worte über die Landwirtschaft gesagt werden, daß nämlich in den Mittel- und Kleinbetrieben der Landwirtschaft und des Gewerbes Millionen von selbständigen Unternehmern, das heißt Angehörige der Mittelschichten, arbeiten. Und der erste Satz des zweiten Abschnittes über Agrarpolitik im Jahrbuch der Partei von 1956/57 lautet:

> „Unverändert sah der Agrarpolitische Ausschuß seine erste Aufgabe im Ausbau der Grundsätze für eine sozialdemokratische Agrarpolitik."

Ich frage: Wo steht etwas von diesen erarbeiteten agrarpolitischen Grundsätzen in diesem Programm?

Ich hatte auf das Fehlen und auf den Mangel des Fehlens dieser Grundsätze im Programm gestern den Genossen Eichler hingewiesen. Er meinte, es wäre wohl die Tatsache daran schuld, daß das Volumen des Grundsatzprogramms an und für sich schon zu groß sei. Nun, ich will meinen, bei 47 Seiten hätte eine oder anderthalb Seiten die Sache auch nicht wesentlich voluminöser gemacht. Und der eventuelle Hinweis, daß wir ja in unseren agrarpolitischen Richtlinien bzw. in dem Aktionsprogramm die Sache festgelegt hätten, genügt nicht. Es ist notwendig, daß diese Sache im Grundsatzprogramm Erwähnung findet, daß, wenn schon nicht angefügt, diese dort gefundenen Erkenntnisse und Grundsätze heute noch Geltung haben sollen.

Als gestern der Genosse Deist seinen Vortrag über Wirtschaftspolitik anfing, hatte ich die Hoffnung, daß er davon sprechen würde, denn er hatte sich mit einer schönen grünen Krawatte dekoriert (Heiterkeit), und ich hatte mir gesagt, beim Umbinden dieser Krawatte wird ihm wohl morgens der Seifensieder aufgegangen sein, daß er auch etwas über die

grüne Wirtschaft, über die Landwirtschaft, sagen müsse. Selbst wenn unsere sozialdemokratische Ansicht richtig ist, daß die Agrarpolitik nur als ein Teil der gesamten Wirtschaftspolitik anzusehen ist, wäre der eventuelle Einwand, das, was, über Wirtschaftspolitik im Grundsatzprogramm gesagt ist, träfe im großen und ganzen auch für die Agrarpolitik zu, falsch! Für die Landwirtschaft haben wir gänzlich andere Methoden und gänzlich andere Richtsätze anzusetzen und anzuwenden als wie für die Industrie. Zum Beispiel hat die Industrie alle die Schwierigkeiten und die Gefahren, die auf sie zugekommen waren durch die Montanunion u. dgl. fast überwunden bzw. ist sie dabei, sie zu überwinden. Aber die Landwirtschaft steht noch vor den Gefahren, die auf sie zukommen, durch den Einschluß der deutschen Landwirtschaft in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und die daraus resultierende Agrarunion. Man sollte nicht meinen, daß diese Gefahren kleiner wären als bei der Industrie. Denken Sie an die Forderung der Übernahme der überseeischen Gebiete in die Europäische Wirtschaftsunion, an die dortigen miserablen sozialen Verhältnisse und die daraus resultierenden niedrigen Produktionskosten. Wie soll denn dann unsere Landwirtschaft im Wettbewerb bestehen können, wenn wir nicht rechtzeitig Vorsorge dafür treffen? —
Ein kleines Bild nur für die Vielschichtigkeit und Vielseitigkeit der Probleme, die wir noch vor dem Einschluß unserer Landwirtschaft in diese Europäische Wirtschaftsgemeinschaft zu lösen haben, nur einen ganz kleinen Teil eines an und für sich riesigen Katalogs: die noch notwendige Mechanisierung, mit der die Landwirtschaft Jahrzehnte hinter der Industrie hinterherhinkt. Und das, was Genosse Eichler heute morgen sagte: Je größer die Technisierung, die Mechanisierung oder Automation ist, desto größer die Akkumulation des Finanzbedarfs. Also daraus resultierend die Forderung der billigen und verbilligten notwendigen Kredite für die Durchführung dieser Mechanisierung, weiter die Strukturverbesserung, die Verkoppelung, um daraus resultierend eine rentable Wirtschaftsweise zu erreichen.

Warum stellen wir diesen Antrag? Der Antrag wurde gestellt auch von den Bezirken in Niedersachsen, Bezirken mit überwiegender Agrarstruktur. Ihm schlossen sich weitere Bezirke an, die eine ähnliche agrarische Struktur haben. Was wollen die Funktionäre dieser Bezirke, die diesen Antrag unterschrieben haben, draußen in der Arbeit für die schaffenden Leute auf dem Lande sagen, wenn ihnen entgegengehalten wird: Für uns kein Wort auf dem ganzen Parteitag, von uns keine Zeile in dem Grundsatzprogramm. Aus dieser psychologischen Notwendigkeit ist unser Antrag zu verstehen! Welche eminenten Erfolge hat zum Beispiel Hessen mit seiner Agrarpolitik, mit dem Bau der Dorfgemeinschaftshäuser gerade bei den Wahlen in den ländlichen Gebieten mit ausgesprochen kleinbäuerlicher Struktur gehabt? Eine ganz ähnliche Struktur haben wir hier in unserem Gastlande, in Baden-Württemberg, und in Niedersachsen, in Schleswig-Holstein und noch anderswo.

Deswegen unsere Bitte um Ihre Zustimmung zu diesem Antrag. Wir sind der Meinung, daß hier auf dem flachen Lande das Menschenreservoir vorhanden ist, dem wir die Überzeugung geben müssen: Wir treten für

ihre Interessen ein. Nur so können wir erwarten, daß sie uns aus dieser Überzeugung heraus auch ihre Stimme geben. (Beifall.)

Vorsitzender Max Brauer: Das Wort hat Peter Blachstein, Hamburg. Ihm folgt Ludwig Metzger, Darmstadt.

Peter Blachstein, Hamburg: Genossinnen und Genossen! Ich möchte zu dem uns vorgelegten Entwurf zu einem Grundsatzprogramm einige Bemerkungen machen mit dem Wunsch, daß vielleicht bei der weiteren Diskussion und bei der Formulierung dieses Programms das eine oder andere davon Berücksichtigung finden kann.

Mir scheint, daß dieser Entwurf zu allgemein gehalten ist, in seinem analytischen Teil nicht ausreicht, nicht konkret genug ist, nicht wirklich die Gesellschaft, die Wirtschaft und das ganze Leben unserer Zeit, das wir erfassen müssen, um zu den richtigen Schlüssen zu kommen, zusammengetragen und formuliert hat. Ich sage das ohne Vorwurf gegen diejenigen, die diesen Entwurf erarbeitet haben, weil — das hat Genosse Stammer heute morgen bereits gesagt — die Zeit wahrscheinlich viel zu kurz war, um eine wirklich umfassende Antwort auf die Fragen unserer Zeit in einem sozialdemokratischen Grundsatzprogramm zu geben. Deswegen, meine ich, ist es gut, daß wir uns mit diesem Programm Zeit lassen wollen.

Ich glaube, es passiert nichts, wenn wir uns einige Jahre Zeit lassen, d. h. solange, wie es notwendig ist, um die Dinge wirklich so gründlich zu behandeln, daß sie wissenschaftlich haltbar werden, während ein schlechtes Grundsatzprogramm zu einer Fessel für die Partei werden könnte. (Sehr gut! und Beifall.)

Lassen Sie mich hier bitte einige Punkte nennen, von denen ich glaube, daß sie in einem Grundsatzprogramm beantwortet werden müßten:

Wir haben heute eine Weltwirtschaftskonjunktur. Ich glaube, es handelt sich um eine Rüstungs-Hochkonjunktur, die mit geringen Pausen nach dem Kriege fast ununterbrochen angehalten hat. Wir kennen die Krisentheorie von Marx ebenso wie den Krisen-Optimismus von Roepke und den modernen Schulen. Aber kann das für uns ausreichen? Müssen wir nicht heute wirklich fragen: Gibt es einen krisenfreien Kapitalismus? Ich glaube nicht, daß es ihn gibt. Wenn wir zu einer ernsten Analyse der westlichen Wirtschaft kommen, dann werden wir finden, daß die Kriegswirtschaft ein solch integraler Bestandteil geworden ist, daß bei Ausbruch des Friedens, etwa in den Vereinigten Staaten, bei einer wirklichen Abrüstung solche Wirtschaftsprobleme auf dieses Land zukämen und damit auf die ganze westliche Welt, daß ich fürchte, daß auch von da her ein sehr ernster Widerstand gegen eine wirkliche Abrüstung die Politik heute bestimmt. (Beifall.)

Ich glaube, wir müssen diese Frage beantworten. Die Überwindung der Krisen im Kapitalismus war einmal eine der entscheidenden Begründungen für die Notwendigkeit des Sozialismus. Wir müssen wissen, wo wir stehen und wie sich diese Wirtschaft entwickelt und welche Probleme mit

dieser Entwicklung in den nächsten Jahren und Jahrzehnten auf uns zukommen werden.

Lassen sie mich eine zweite Frage nennen: Automation. Ich glaube, in einem Grundsatzprogramm, das — bescheiden gesagt — mindestens doch für ein Jahr oder zwei Jahrzehnte Bestand haben müßte, lesbar sein müßte, verwendbar sein müßte für unsere Politik, müßten wir doch versuchen, nicht nur allgemein etwas zu sagen, sondern zu erklären, was für die deutsche Wirtschaft in den nächsten Jahren und Jahrzehnten aus der Automation, aus der technischen Entwicklung für Konsequenzen sich ergeben, Konsequenzen in der Wirtschaft, in der Bevölkerungsstruktur, im Bewußtsein der Menschen, die in der Produktion stecken, und andere.

Ferner: Wir machen ein Grundsatzprogramm in einer Zeit, in der immer stärker internationale Verflechtungen die Politik jedes Landes bestimmen. Ja, ich möchte fragen, ob es überhaupt richtig ist, ein nationales Grundsatzprogramm zu entwickeln. Die Österreicher haben den Anfang gemacht, in dieser Zeit für nationale Parteien bestimmte Grundsatzprogramme auszuarbeiten. Wir haben doch selbst zugestimmt, daß unsere Wirtschaft im Laufe von anderthalb Jahrzehnten zu einer europäischen entwickelt werden soll. Welche Konsequenzen wollen wir eigentlich aus solchen Beschlüssen für unsere Grundsatzpolitik ziehen? Und müßten wir sie nicht ziehen? Wäre es nicht notwendig, hier weit über den Rahmen eines nationalen Programms hinauszugehen und mindestens ein europäisches Programm — aber ich glaube, auch das reicht nicht —, ein Programm des internationalen Sozialismus zu erarbeiten?

Ich glaube, daß es dazu notwendig wäre, z. B. auch zu der Frage, wie es mit der Krise in der modernen Wirtschaft steht oder mit den Auswirkungen der europäischen Wirtschaftszusammenarbeit auf Deutschland und Europa überhaupt, bei der Erarbeitung eines Grundsatzprogramms für die SPD, wie wir es nun vorgenommen haben, mit den Sozialisten anderer europäischer Länder, mit den Wissenschaftlern in Europa, mit den sozialistischen Wissenschaftlern selbst in Amerika und auch anderen zusammenzuarbeiten, um zu Resultaten zu kommen. Wir sollten hier keine Autarkie treiben. Es gibt in Skandinavien, es gibt in England und es gibt in Amerika so viele hervorragende, z. T. sozialistische, z. T. für uns interessante und wesentliche nichtsozialistische Wirtschaftstheoretiker, Politiker und andere, die wir mit heranziehen sollten bei dem Versuch, ein haltbares Grundsatzprogramm zu schaffen.

Und eine weitere Frage: Wir wissen, die Russen haben Wasserstoffbomben, sie haben modernste Flugzeuge, und sie haben eine z. T. automatisierte Industrie. Glauben wir denn, daß wir auf die Dauer mit Traktaten mit dieser Wirtschaft fertig werden, daß wir mit der Ablehnung — so wie es hier richtig von Waldemar von Knoeringen gesagt wurde —, eines seelenlosen Mechanismus dort das Faktum des Bestehens dieser kommunistischen Wirtschaft in einem riesigen Teil der Welt mit einem ungeheuren Menschenreservoir einfach übergehen können, indem wir es moralisch und ethisch ablehnen? Was wird denn aus dieser Welt, aus unserer Welt, wenn die Russen eines Tages — und ich kann mir denken, eines gar nicht fernen Tages — ihre Ideologie mit dem Strom billiger

Waren in die asiatische Welt verbinden? Sozialisten in Deutschland und in Europa können an diesen Fragen nicht vorbeigehen und müssen selbst dazu Stellung nehmen und sich darüber klar werden, daß hier ohne Krieg eine ungeheure Gefahr und ein ungeheures Problem auf uns zukommt, das wir meistern müssen. Denn den Chinesen, den Asiaten und den Afrikanern wird es weniger auf unsere Ideologie ankommen als vielleicht auf den Strom billiger Waren, die man ihnen eines Tages anbieten wird. (Glockenzeichen.) Ich will das Glockenzeichen nicht überhören. Nur noch eine kurze Bemerkung:

Wir haben die Aufgabe, in diesem Grundsatzprogramm eine sozialistische Perspektive zu entwickeln, nicht irgendeine Alternative zur heutigen reaktionären konservativen, die in unserem Land die herrschende und beherrschende ist. Wir müssen es auch, weil wir einen Beitrag leisten könnten zur Entwicklung in den Oststaaten, bei der Jugend in den Staaten des Ostens, die z. T. auf uns schaut, was wir machen und was wir ihnen zu sagen haben, und die der Roepke sicher nicht in Bewegung setzen wird, die aber vielleicht der demokratische Sozialismus in der Richtung der Freiheit und der Menschenwürde bestärken könnte. Ich glaube, das ist die Aufgabe, die auch mit diesem Programm vor uns steht. Ich würde nicht meinen, daß es eine altmodische Perspektive ist, sich zu einer Erfüllung der Sehnsucht der arbeitenden Menschen zu bekennen. Ich glaube, daß das sehr modern sein kann, heute aus dem Traum unserer Jugend in die Verwirklichung, in die Gegenwart hineinzustoßen. (Beifall.)

Vorsitzender Max Brauer: Das Wort hat Ludwig Metzger, Darmstadt. Ihm folgt Werner Stein, Berlin.

Ludwig Metzger, Darmstadt: Liebe Genossinnen und Genossen! Wenn man einmal den Widerhall auf unserem Parteitag prüft, dann kann man die verschiedensten Auffassungen lesen und hören. Da gibt es welche, die sind der Meinung, daß dieser Parteitag zeige, daß die SPD doch rückwärts gewendet sei. Andere meinen, sie sei aufgeschlossen und habe das auf diesem Parteitag zum Ausdruck gebracht, und auch in diesem Programmentwurf sei etwas davon zu spüren. Nun, ich glaube, man muß einmal einiges zur Klarheit sagen und vor allen Dingen zur Frage des Dogmas, die ja immer wieder behandelt wird.

Ich bin der Meinung, daß wir Veranlassung haben, vom Dogma loszukommen, wenn Dogma bedeutet, daß man von einer vorgefaßten Meinung her glaubt, die Wirklichkeit vergewaltigen zu können. Wir haben Veranlassung, von einer solchen dogmatischen Auffassung, sofern sie vorhanden ist, loszukommen. Ich glaube aber, wir haben auch Veranlassung, unseren Kritikern zu sagen: Wenn wir von einem Dogma loskommen, ist es nicht die Aufgabe, dann einem neuen Dogma anheimzufallen. Denn es gibt eine ganze Reihe von Politikern und Journalisten, die der Meinung sind, die SPD sei dann modern, trage dann den Anforderungen der Neuzeit Rechnung, wenn sie sich, wie man sagt, vom Marxismus — und damit ist vielfach der Sozialismus gemeint — löse,

sich aber dann einen neuen Dogma verschreibt, etwa dem, wie es ja in einer sehr penetranten Weise von unserem Bundeswirtschaftsminister vertreten wird. Denn das, was er als Liberalismus bezeichnet, ist ja, ein viel härteres Dogma, als jemals ein marxistisches Dogma vertreten worden ist; zwar muß auch der Bundeswirtschaftsminister in der Praxis alle möglichen Konzessionen machen und keineswegs trägt er überall seinem Dogma Rechnung —. Es gibt also die Meinung, die Sozialdemokratische Partei solle sich von Vorstellungen der Vergangenheit freimachen sich aber nach einer anderen Seite hin binden. Ich meine, unser Programmentwurf macht es deutlich, auch das, was hier gesagt worden ist, macht es deutlich: Wir wollen eine klare Richtung, aber so, daß wir immer frei sind, uns an der Wirklichkeit zu orientieren.

Nun gibt es auch Leute, die der Meinung sind, sich an der Wirklichkeit zu orientieren, heiße, sich einfach den Wirklichkeiten seiner Umgebung mit allem, was damit zusammenhängt, zu unterwerfen, sie einfach zu akzeptieren. Das kommt ja auch in dem Grundsatz des „laisser aller — laisser faire" zum Ausdruck. Ich glaube, die Sozialisten können die Wirklichkeit nur so sehen, daß sie versuchen, sie mit allem Ernst, mit aller Gewissenhaftigkeit und mit aller Wissenschaftlichkeit zu erkennen, aber sie auch zu gestalten. Es geht nicht darum, daß wir einfach das, was da ist, akzeptieren, das heißt also, damit im Grunde genommen zugleich auch die herrschende Schicht mit ihrer Ordnung zu akzeptieren, sondern es geht darum, die bestehende Ordnung gerecht umzugestalten.

Wenn wir sagen, wir wollen Menschen erziehen, dann geben wir uns ja auch nicht einfach mit der Wirklichkeit des Menschen, der vor uns steht, zufrieden, sondern wir sind durchaus der Meinung, daß hier ein Gestaltungsprozeß vor sich gehen muß. Ich glaube, so ist es auch mit den Verhältnissen, mit den wirtschaftlichen, mit den gesellschaftlichen, mit den politischen Verhältnissen. Eine sozialistische Partei kann sich mit dem, was gegeben ist, was sich als Wirklichkeit auf Grund eines historischen Prozesses ergeben hat, nicht zufriedengeben. Sie hat durchaus die Aufgabe — und die Aufgabe hat sie aus ihrer Geschichte heraus —, diese Wirklichkeit zu gestalten.

Wenn wir also versuchen, offen zu sein — und ich bin in der Tat der Meinung, wir haben die Veranlassung dazu —, dann bedeutet das nicht einfach, sich dem, was im Augenblick vorhanden ist, was herrschende Meinung ist, was herrschendes System ist, zu unterwerfen und damit die moderne Haltung zu bezeugen, die so oft von uns erwartet wird, sondern das bedeutet, daß man die Wirklichkeit sieht, in bezug auf die Menschen, in bezug auf die Verhältnisse, daß man aber auch dafür sorgt, daß diese Wirklichkeit eine Gestaltung erfährt, in der der Mensch leben und existieren kann, wie das hier oft genug dargelegt worden ist.

Von daher gesehen, gibt es für uns viele Möglichkeiten und viele Aufgaben, Gräben zuzuschütten. Davon ist ja in dem Programmentwurf an verschiedenen Stellen die Rede. Ich denke hier etwa an das Kapitel „Sozialismus und Kirche". Der Genosse Merten hat vorhin dazu gesprochen und dazu noch eine Reihe von Wünschen angemeldet. Man kann

wohl sagen, es kann hier vieles noch präziser und klarer gefaßt werden. Aber ich glaube, wir dürfen doch auch darauf hinweisen — wir haben Veranlassung, das immer wieder zu tun —, daß sich gerade hier wesentliche Änderungen vollzogen haben, Änderungen, die nicht erst von heute sind. Es ist erstaunlich — wir haben diese Erfahrung immer wieder gemacht —, wie wenig Menschen z. B. unser Aktionsprogramm kennen, wo ja auch bereits von diesen Dingen die Rede und u. a. gesagt ist, daß die Sozialdemokratische Partei keine Weltanschauungspartei ist. Wir haben aus der Diskussion, die wir vor kurzem bei der Katholischen Akademie in München mit Vertretern der katholischen Konfession hatten, die für mich jedenfalls überraschende Erfahrung gemacht, daß ein katholischer Theologe daran Anstoß genommen hat, daß wir erklären, wir seien keine Weltanschauungspartei. Wir mußten ihm klar machen — und ich glaube, er hat davon nachher etwas verstanden —, daß diese These ja dem Bestreben entspringt, gerade aus dogmatischen Verfestigungen herauszukommen. Das bedeutet, daß wir nicht Weltanschauungspartei in dem Sinne sein wollen, daß wir Menschen — vor allem auch religiös, denn es steht ja unter der Rubrik „Kirche" —, so festlegen wollen, daß ihnen damit die Freiheit ihrer religiösen, ihrer weltanschaulichen, ihrer gewissensmäßigen Entscheidung genommen wird. Das ist keine negative Feststellung, wenn wir sagen, daß wir keine Weltanschauungspartei sein wollen, sondern eine positive Feststellung. Ich glaube, das muß deutlich herausgestellt und auch draußen immer wieder in den Gesprächen, die wir zu führen haben — wir wollen und sollen sie führen — klargemacht werden. Die SPD ist keine Weltanschauungspartei, eine Gesinnungspartei. Wir haben eine große Zahl von gemeinsamen Dingen, die uns auch gemeinsam tragen. Aber das schließt nicht aus, daß Menschen aus einer bestimmten religiösen Überzeugung ihrem Gewissen entsprechend handeln können, daß sie aus dieser Überzeugung heraus und vielleicht gerade wegen dieser Überzeugung in der Sozialdemokratischen Partei stehen und mit daran arbeiten, daß eine neue Gesellschaftsordnung, daß eine neue Wirklichkeit gestaltet wird, weil wir der Meinung sind, daß die Wirklichkeit, die sich uns anbietet, nicht so ist, daß sie in jeder Beziehung dem Menschen dienen kann.

Deswegen ist das, was über die Frage „Sozialismus und Kirche" gesagt wurde, außerordentlich bedeutsam. Und wenn es heißt „deshalb haben längst viele Christen das Gestaltungsziel des demokratischen Sozialismus aus christlicher Verantwortung bejaht und sind aktive Mitkämpfer in den Reihen der sozialistischen Bewegung geworden", so ist das eine Feststellung, die beinahe schon selbstvertändlich ist, die aber längst nicht von allen zur Kenntnis genommen wurde. Ich glaube, wir haben Veranlassung, immer wieder dafür zu sorgen, daß solche Feststellungen, daß solche Tatsachen zur Kenntnis genommen werden. Teils sind sie nicht zur Kenntnis genommen worden, weil man sich nicht genügend mit den Fragen beschäftigt hat — man erlebt das immer wieder in den Gesprächen mit kirchlichen Kreisen —, und teils sind sie auch bewußt nicht zur Kenntnis genommen worden und sind zum Teil sogar aus propagandistischen Gründen bewußt ins Gegenteil verkehrt worden.

Am Schluß ist im Programmentwurf die Rede davon: „Je mehr die Kirchen erkennen, daß diese Werte der Wesenskern des demokratischen Sozialis-

mus sind, um so mehr wird der Graben eingeebnet, der sich zum Schaden den Menschheit zwischen ihnen (Kirche und Sozialdemokratie) aufgetan hat." Es geht in der Tat darum, Gräben einzuebnen, nicht nur an dieser, sondern auch an anderen Stellen. Und darin wird sich unsere Offenheit zeigen. Es geht aber nicht darum, vor Wirklichkeiten zu kapitulieren, die entstanden sind durch Menschenwerk, oft durch menschlichen Egoismus, und die nicht das sind, was wir glauben, als eine gerechte Ordnung bezeichnen zu müssen. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. Alex Möller: Das Wort hat Werner Stein, Berlin.

Dr. Werner Stein, Berlin: Genossinnen und Genossen! Die Grundsatzprogramme unserer Partei sind immer Höhepunkte der Parteigeschichte gewesen, und es wird nicht wenige unter uns geben, die das Gefühl haben, daß wir diesmal einen vielleicht etwas schlechten Start haben, einen neuen solchen Höhepunkt herbeizuführen. Hinsichtlich des Grundsatzprogrammes habe ich den Eindruck, daß dieser Parteitag damit zu früh kommt. Es wäre für einen Entwurf, der die Diskussion für die Folgezeit hätte wirklich leiten können, besser gewesen, wenn noch einige Zeit vergangen und manches uns vollständiger übergeben worden wäre, als es heute möglich ist.

Wir wissen, daß mehrere konkurrierende Gründe dafür vorhanden gewesen sind, diesen Parteitag möglichst früh anzusetzen, aber dadurch ist gerade das Grundsatzprogramm in Schwierigkeiten geraten. Wir alle haben den Eindruck, wenn wir der heutigen Diskussion gefolgt sind, daß von diesem Entwurf eines Grundsatzprogrammes zunächst einmal nicht viel mehr übrigbleiben wird als die Anregung zu einer Diskussion, die in der Folgezeit geführt werden muß. Es geht darum, das Material, das mit dieser Diskussion und anderen Beiträgen sowie Anträgen hier geschaffen wird, nunmehr erneut der Mitgliedschaft und den Parteigremien zu übergeben, um einen Entwurf, nach Möglichkeit einen endgültigen, für das Grundsatzprogramm zu schaffen.

Ich weise damit auf den 1. Absatz des Antrags 220 hin, der das fordert und der den Parteivorstand beauftragt, die Anträge und Anregungen zum neuen Grundsatzprogramm bald zusammenzufassen und zur Diskussion zu stellen, um damit anzudeuten, daß wir uns erst im Anfangsstadium dieser Diskussion befinden.

Genossinnen und Genossen! Ich will nicht auf Einzelheiten, auf die verschiedenen Gebiete eingehen, aber es gibt einige ganz entscheidende formale Mängel, die dieser Entwurf hat. Es ist hier schon an vielen konkreten Stellen ausgeführt worden, daß einiges, was darinsteht, zu breit ausgeführt ist und andere Dinge überhaupt nicht darinstehen und fehlen. Und dann Genossinnen und Genossen, muß doch die Sprache eines Grundsatzprogrammes der Sozialdemokratischen Partei eine andere sein als in diesem Entwurf. Es ist heute schon einmal auf die Seite 24 hingewiesen worden. Um die sprachliche Unmöglichkeit dieses Entwurfs zu zeigen, die an manchen Stellen in Erscheinung tritt, darf ich mit Erlaubnis des Präsidiums nur einen einzigen Satz vorlesen:

„Dieser Staat soll ein Rechtsstaat sein. Seinem rechtlichen Wesen genügt nicht die formale Gesetzmäßigkeit und Berechenbarkeit seines Verhaltens, sondern es erfordert das innere Gerechtsein aller seiner Äußerungen, die dem Menschen in seiner geschichtlich-gesellschaftlichen Wirklichkeit als einem zur sittlichen Selbstbestimmung berufenen, personalen Eigensein angemessen sein müssen."

Genossinnen und Genossen! Ich habe lange über den Satz nachgedacht und glaube ihn jetzt verstanden zu haben. Aber ein Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei muß so beschaffen sein, daß es von jedem Mitglied der Sozialdemokratischen Partei verstanden werden kann, ohne vorher Philosophie studiert zu haben. (Beifall.)

Das ist nur ein Beispiel. In diesem Entwurf wimmelt es davon. Ich habe den Eindruck, daß hier Leute am Werke gewesen sind, die zum Teil — ich weiß gar nicht, wen ich hier speziell attackiere — ihre Klugheit zeigen wollten, während doch die Klugheit darin besteht, im Endresultat die Ergebnisse der Klugheit auf den anderen zu übertragen, ohne daß er merkt, welche Mühe es gemacht hat, zu diesen Erkenntnissen zu kommen. (Beifall.)

Ich glaube, daß hier ein gutes Vorbild, wenn auch kein erschöpfendes, das Grundsatzprogramm ist, das die Sozialistische Internationale 1951 verabschiedet hat. Dieses Grundsatzprogramm — ich darf vielleicht darauf hinweisen, nicht allen wird es gegenwärtig sein — ist abgedruckt in dem Buch „Sozialistische Dokumente", das uns an einem der ersten Tage auf die Tische gelegt worden ist. Es ist natürlich auch sonst verbreitet, und wer sich dafür interessieren will, möge es anhand dieses Materials noch einmal tun. Genossinnen und Genossen! Dieses Programm ist erstens einmal kurz und spricht eine klare, allgemeinverständliche Sprache. Ich glaube, in dieser Form etwa sollte auch unser Grundsatzprogramm aufgebaut sein, und alle weiteren Einzelheiten sollten nach Möglichkeit dem Aktionsprogramm und den Wahlprogrammen überlassen werden.

Aber es kommt noch etwas hinzu: Dieses Grundsatzprogramm der Sozialistischen Internationale erinnert uns daran, daß wir nicht ganz so besitzlos in programmatischer Hinsicht sind, wie wir vielleicht manchmal glauben. Wir besitzen ja als Mitglieder in der Sozialistischen Internationale diese Grundlage, und ich glaube, es wäre ein sehr schöner Anlaß dieses Parteitages, der sich mit der Grundsatzdiskussion jetzt erneut befaßt, dieses Programm zu ratifizieren, d. h., sich ausdrücklich auf den Boden dieses Programmes zu stellen. (Beifall.)

Wir haben dem Genossen Andersen, der der Vorsitzende der Sozialistischen Internationale ist, begeistert zugestimmt, und immer wieder finden wir begeisternde Worte, wenn es darum geht, die Sozialistische Internationale zu neuem Leben zu erwecken. Ich glaube, daß ein derartiges geistiges Aneinanderrücken, wie es eine solche Ratifizierung dieser Grundsätze bedeuten würde, gerade in der heutigen Zeit, wo viele nationale Konflikte immer wieder die Sozialistische Internationale zu sprengen drohen, ein bedeutungsvoller Schritt wäre und uns gleichzeitig zeigen würde, in welchem Rahmen sich auch unser Grundsatzprogramm halten müßte.

Auch das steht als zweiter Teil im Antrag 220, und ich möchte die Delegierten dieses Parteitages bitten, diesem Antrag in dieser doppelten Hinsicht ihre Zustimmung zu geben: einmal als Vorbild für eigene Unternehmungen, zum anderen als Akt der internationalen Solidarität, der gerade auf diesem Parteitag, glaube ich, einen guten Sinn haben würde. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. Alex Möller: Genossinnen und Genossen! Ich schlage vor, nunmehr die Diskussion zu unterbrechen, die Wahlergebnisse zur Kenntnis zu nehmen und dann in den Wahlhandlungen fortzufahren. — Ich stelle das Einverständnis des Parteitages damit fest.

Im ersten Wahlgang haben wir die Wahl des Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vorgenommen. Stimmberechtigt waren 384 Delegierte. Es sind abgegeben worden 380 Stimmen. Erich Ollenhauer erhielt davon 319 Stimmen. (Langanhaltender, lebhafter Beifall.) Carlo Schmid erhielt 14 Stimmen, Herbert Wehner 2 Stimmen. Neinstimmen wurden 45 abgegeben.

Das Wahlergebnis der Wahl der beiden stellvertretenden Vorsitzenden: Stimmberechtigt waren 384 Delegierte. Es wurden 383 Stimmen abgegeben. Waldemar von Knoeringen erhielt 346 Stimmen, Herbert Wehner 298 Stimmen, Carlo Schmid 7 Stimmen, Erler 1 Stimme. Neinstimmen wurden 7 abgegeben.

Die Wahl des Schatzmeisters hatte folgendes Ergebnis: Stimmberechtigte Delegierte: 384, abgegebene Stimmen: 383. Der Genosse Alfred Nau erhielt 271 Stimmen, Herbert Wehner 1 Stimme. (Heiterkeit.) Neinstimmen waren es 111.

Genossinnen und Genossen! Legitimiert durch das Vertrauen des Parteitages übernimmt Erich Ollenhauer erneut das Amt des Vorsitzenden. (Langanhaltender, lebhafter Beifall.)

Wir alle wollen ihm helfen, daß seine Arbeit erfolgreich sein wird. Der Beifall des Parteitages zu dieser Wahl beweist, daß der Parteitag diesen Wunsch eindrucksvoll unterstreichen möchte. Das ist aber auch unzweifelhaft der Wunsch aller Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Erich Ollenhauer zur Seite stehen nunmehr Waldemar von Knoeringen und Herbert Wehner. (Langanhaltender, lebhafter Beifall.)

Wir entbieten ihnen herzliche Glückwünsche und sind zutiefst davon überzeugt, daß beide das Vertrauen rechtfertigen, das diese Wahl dokumentiert hat.

Das Wort hat nunmehr Erich Ollenhauer. (Lebhafter Beifall.)

Erich Ollenhauer: Genossinnen und Genossen! Liebe Freunde! Ich möchte hier nur meinen herzlichsten Dank für diese Wahl zum Ausdruck bringen. Ich sehe in dem Wahlergebnis — vor allem auch nach den Diskussionen und Auseinandersetzungen, die wir natürlicherweise gehabt haben — einen so starken Beweis des Vertrauens, daß ich dem ganzen Parteitag aus tiefem Herzen danke. (Lebhafter Beifall.)

Ich verspreche allen Delegierten und allen Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, daß ich — gestützt auf dieses Vertrauen und in enger Zusammenarbeit mit unseren beiden neuen stellvertretenden Vorsitzenden, Waldemar von Knoeringen und Herbert Wehner, sowie mit Alfred Nau — den Versuch unternehmen werde, das zu tun, was nötig ist, um das, was wir hier in diesen Tagen beraten und beschlossen haben, so in die Tat umzusetzen, daß die Leistungsfähigkeit, die Anziehungskraft und die Erfolgschancen der Sozialdemokratie in den nächsten Jahren steigen — bis zum Sieg der Sozialdemokratie. Herzlichen Dank! (Langanhaltender, lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Dr. Alex Möller: Das Wort hat Waldemar von Knoeringen.

Waldemar von Knoeringen (mit starkem Beifall begrüßt): Genossinnen und Genossen! Ich bedanke mich für das große Vertrauen, das diese Wahl ausdrückt. Ich weiß, was dieser Parteitag von seinen Vorsitzenden und vom neuen Parteivorstand erwartet. Ich kann hier nicht mehr tun, als Ihnen versprechen, daß ich der Partei meine ganze Kraft geben werde und daß ich meine Hauptaufgabe darin sehe, eine enge menschliche Beziehung zu allen herzustellen, die die schwere Verantwortung für die Politik der Partei zu tragen haben, das heißt engste Freundschaft mit den Männern, die Sie heute in die Führung der Partei wählen. Ich danke Ihnen. (Starker, langanhaltender Beifall.)

Vorsitzender Dr. Alex Möller: Das Wort hat jetzt Herbert Wehner. (Stärkster, langanhaltender und von immer erneuten Bravo-Rufen unterbrochener Beifall.)

Herbert Wehner: Liebe Genossinnen und Genossen! Erlaubt mir, bitte, nach dieser schweren Wahl meinen Dank für das Vertrauen auszusprechen und Euch zu sagen, daß ich meine Kräfte nicht schonen werde, um der Partei zu helfen, die zusammenarbeitsfähige Mannschaft an ihrer Spitze zu haben, auf die sie sich verlassen kann. Und laßt mich andererseits Euch als die gewählten Vertreter der Partei bitten, mir bei der Erfüllung dieser Aufgabe zu helfen. Ich danke. (Starker, langanhaltender Beifall.)

Vorsitzender Dr. Alex Möller: Ich spreche auch Alfred Nau den Glückwunsch des Parteitags zu der erfolgten Wahl als Schatzmeister der Partei aus. Es ist ein schwieriges Amt, das Alfred Nau schon seit Jahren zum Nutzen der Partei verwaltet. Ich bin davon überzeugt, daß er es auch in der kommenden Periode tun wird. Alfred Nau, herzlichen Glückwunsch! (Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Nachdem nunmehr auch die übrigen Stimmzettel eingetroffen sind, können wir in der Wahlhandlung fortfahren. Wir haben nunmehr die übrigen Mitglieder des Parteivorstandes zu wählen. Ich bitte, die Stimmzettel auszuteilen, und ich schlage vor, nicht nur die Wahl der übrigen Vorstandsmitglieder vorzunehmen, sondern in diesem Wahlgang auch die Wahl der Mitglieder der Kontrollkommis-

sion vorzunehmen. Ich stelle fest, daß der Parteitag damit einverstanden ist. — Das Wort hat Genosse Frenzel.

Alfred Frenzel: Genossinnen und Genossen! Es werden jetzt zunächst die weißen Stimmzettel und dann die blauen ausgeteilt. Die weißen werden zuerst mit dem Abschnitt 3 und die blauen nachher mit dem Abschnitt 4 eingesammelt. Vorhin sind bereits zwei Abschnitte mit der Nr. 3 abgegeben worden. Die beiden Genossen sollen das, wenn die Listen eingesammelt werden, melden.

Ich bitte aber um folgendes: Auf der Liste der Kontrollkommission ist auch mein Name vermerkt. Ich bitte, mich nicht zu wählen, sondern den Namen durchzustreichen. Es hat keinen Wert, daß, wenn nur neun Mandate zu besetzen sind, aus einem Land zwei Genossen auf der Liste stehen. Ich bitte deshalb, dem Genossen Herder die Stimme zu geben, die Sie ansonsten mir geben wollten.

Vorsitzender Dr. Alex Möller: Genossinnen und Genossen! Es scheint notwendig zu sein, zur Klärung noch folgendes festzustellen: Wir haben beschlossen, daß auf dem Stimmzettel für die Wahl der weiteren Vorstandsmitglieder 29 Namen stehen müssen. Ich würde vorschlagen, daß wir so verfahren, daß die Genossinnen und Genossen die Namen streichen, die nach ihrer Auffassung nicht gewählt werden sollen. Ich glaube, das ist das einfachste Verfahren und erleichtert auch der Mandatsprüfungskommission das schwierige Amt des Auszählens. Ich würde also vorschlagen, daß wir so verfahren, daß die Namen der Genossinnen und Genossen gestrichen werden, die nach Auffassung des Delegierten nicht gewählt werden sollen. Es müßten dann noch 29 Namen auf dem Stimmzettel stehen, wenn der Stimmzettel gültig sein soll. Ist das klar? — Das ist der Fall.

Ebenso bitte ich bei der Wahl der Mitglieder der Kontrollkommission zu verfahren.

Ich bitte, nun das Studium des Stimmzettels vorzunehmen.

Ich mache darauf aufmerksam, daß auf dem Stimmzettel für die Wahl der Kontrollkommission vermerkt ist, daß insgesamt neun Mitglieder zu wählen sind.

Hat jeder Delegierte einen Stimmzettel für die Wahl der übrigen Mitglieder des Parteivorstands und für die Wahl der Mitglieder der Kontrollkommission?

— Das ist der Fall.

Genossinnen und Genossen! Wenn die Stimmzettel abgegeben werden, ist gleichzeitig der Kontrollabschnitt Nr. 3 abzugeben.

Kann mit dem Einsammeln begonnen werden? (Zurufe: Ja!)

Das ist der Fall. Dann bitte ich, mit dem Einsammeln der Stimmzettel zu beginnen.

Darf ich fragen, ob die Stimmzettel eingesammelt und abgegeben sind? (Nein-Rufe.)

Ich darf erneut fragen: Sind nunmehr alle Stimmzettel abgegeben? (Zustimmung.)

— Das ist der Fall. Dann ist die Wahlhandlung geschlossen. —

Es besteht beim Genossen Frenzel der Wunsch, daß noch vier Delegierte die Arbeit der Mandatsprüfungskommission, also des Auszählens, mit übernehmen, damit die Genossen schneller fertig werden. Ich bitte also, noch vier Genossen zu benennen. (Zurufe: Scharhag!)

Also: Scharhag, Bezirk Pfalz, ist einer. (Zurufe.)

Ich bitte um weitere Vorschläge. (Zurufe.)

Ich nehme also an, daß der Parteitag damit einverstanden ist, daß wir noch drei Delegierte bitten, die Arbeit zu unterstützen; insgesamt also vier. — Das ist der Fall. Das werden wir also machen.

Dann können wir jetzt in der Diskussion fortfahren. — Das Wort hat Karl Hauff, Stuttgart. Ihm folgt Jansen, Lippstadt.

Karl Hauff, Stuttgart: Genossinnen und Genossen! Beim Studium des uns vorliegenden Grundsatzprogrammes habe ich mir auch die Mühe gemacht, noch einmal die Grundsatzreferate, die auf dem Parteitag in München von unseren Genossen Carlo Schmid und Willy Brandt zu der zweiten industriellen Revolution gehalten worden sind, zu lesen. Ich habe einiges gegenübergestellt, und ich habe dazu nun doch einige konkrete Fragen, weil ich nämlich das, was uns in München als Grundsatzreferate vorgetragen worden ist und das, was heute in unserem Grundsatzprogramm enthalten ist, nicht „in einen Guß bringen" kann.

Der Genosse Carlo Schmid und der Genosse Brandt haben uns eine Zukunft aufgezeichnet, in der die Automation auch bei uns in der Bundesrepublik einfach eine Notwendigkeit sei, der wir uns nicht verschließen könnten. Sie haben uns aufgezeigt — was jedem einzelnen von uns auch durch die Presse bekannt ist —, daß die Automation in der Sowjetunion von der Staatsregierung besonders gefördert wird, und wir kennen die Automation in den USA und wissen also, daß wir in einem gigantischen Konkurrenzkampf stehen, dem wir uns nicht entziehen können.

Wir wissen auch, daß wir uns, wenn wir unseren Lebensstandard erhöhen wollen, dieser technischen Entwicklung einfach nicht verschließen dürfen. Ich komme aus einem Großbetrieb und kann hier einiges aus der Praxis vortragen. Folgende Frage tritt hier besonders auf: Die Automation, die in der Zukunft in stärkerem Maße Wirklichkeit wird, dürfte doch in erster Linie für Großbetriebe und Betriebe, die diese Investitionen durchführen können, in Frage kommen.

In unseren Diskussionen, in den Referaten über das Wirtschaftsprogramm und in dem Grundsatzprogramm selbst ist immer wieder zum Ausdruck gebracht worden, daß sich die Sozialdemokratische Partei bemühe, die

kleinen und mittleren Betriebe zu schützen. Ich wäre sehr dankbar, wenn man uns darüber etwas mehr sagen würde, wie man auf Grund dieser technischen Entwicklung, auf Grund dieser starken Konzentration einer Wirtschaftsmacht, die wir ja nicht aufhalten können, diese kleinen und mittleren Betriebe überhaupt noch erhalten kann.

Unser Genosse Carlo Schmid hat in ganz besonderem Maße darauf hingewiesen: wenn der Lebensstandard in der Bundesrepublik erhöht werden soll und wenn wir den schweren internationalen Existenzkampf bestehen wollen, dann müssen wir uns auch dessen bewußt sein, daß die Typenvereinfachung in unserer Industrie einfach eine dringende Notwendigkeit ist. Nun frage ich: Wie will denn bei dieser Entwicklung der kleine Betrieb in dem Maß und der Zahl, wie er heute besteht, überhaupt noch existieren können? Ich wäre sehr dankbar, wenn uns hierauf doch einmal eine konkrete Antwort gegeben würde. Zumindest ist es für die Zukunft in der Diskussion um dieses Grundsatzprogramm interessant, zu welchem Ergebnis wir dabei kommen.

Nun aber gestatten Sie mir, daß ich in diesem Zusammenhang noch eine andere Frage anschneide. Es ist die Frage der Sozialpolitik, die man im Grundsatzprogramm mit ganzen zwei Seiten mehr oder weniger „abgetan" hat. Ich halte dieses Problem für eines von sehr entscheidender Bedeutung. Ich habe Sie hier wiederum auf einige Dinge aufmerksam zu machen. Ich glaube, daß sich dieser Parteitag auch mit dieser Frage zu beschäftigen hat, und ich glaube, daß wir uns auch künftig in der Diskussion dieser Dinge anders annehmen müssen, als das in der Vergangenheit der Fall war.

Gerade in dieser modernen industriellen Entwicklung ist der Mensch doch in einer wesentlich größeren Gefahr, bei diesem gigantischen Arbeitstempo seine Gesundheit mehr, als das je einmal vorher der Fall war, zu opfern. Was haben wir heute zu verzeichnen? Es liegen einwandfreie Zahlen darüber vor, daß zwei Drittel der männlichen Arbeitnehmer nicht erst mit dem 65. Lebensjahr, sondern im Schnitt bereits zehn Jahre früher ihren Arbeitsplatz aufgeben müssen, weil sie gesundheitlich nicht mehr in der Lage sind, das Arbeitstempo durchzuhalten. Bei den Frauen sind es sogar vier Fünftel.

Ich glaube, daß wir uns hier für die Zukunft — und wir schaffen ja hier ein Grundsatzprogramm für die Zukunft — etwas klarer aussprechen müssen, was wir zu tun gedenken. Wir stellen doch fest, daß der Verbrauch an Arbeitskraft mit der steigenden Modernisierung, mit der zunehmenden Rationalisierung immer stärker wird. Die Automation beginnt ja nicht auf einmal, und wir haben es auch in zehn Jahren noch nicht mit menschenleeren Fabriksälen zu tun. Wir haben aber bereits heute modernste Maschinen, die den Menschen mehr beanspruchen, und zwar in erster Linie seine Sinne und seine Nerven. Wir Sozialdemokraten ringen doch darum, daß der Mensch an den Kulturgütern seiner Nation teilhaben soll, daß er an der gesteigerten Produktion teilhaben kann. Das alles aber hat doch nur dann einen Sinn, wenn dieser arbeitende Mensch auch seine Gesundheit bis zu seinem 65. Lebensjahr und darüber hinaus erhalten kann. Wenn die Entwicklung, die wir heute mit

Schrecken feststellen müssen, in steigendem Maße weitergeht, dann muß man fragen, wo wir dann in zehn oder zwanzig Jahren stehen. Ist das nicht wirklich eine Frage von sehr entscheidender Bedeutung?

Ich wäre geneigt, gerade hier auf dem Gebiet der Sozialpolitik noch einige weitere Fragen anzusprechen, denn ich habe das Gefühl, daß in unserer Partei nicht ernst genug um eine einheitliche Linie gerungen wird. Wir müssen uns in unseren Diskussionen mehr mit diesen Dingen beschäftigen, denn wir erleben es ja in den Betrieben, daß diese Entwicklung im Interesse des arbeitenden Menschen aufgehalten werden muß.
Ich will mich über diese Frage nicht noch weiter verbreiten, ich habe nur den Wunsch, daß wir uns in der Zukunft in der Partei mit dem Grundsatzprogramm, und zwar in allen Parteikreisen, mehr beschäftigen als mit dem Aktionsprogramm, das für die meisten Delegierten lediglich eine Lektüre darstellte, die man immer wieder von Zeit zu Zeit gelesen hat. (Zustimmung.)
Wenn wir ernsthaft etwas auf die Füße stellen und wenn wir in die Auseinandersetzung auch in den Betrieben treten wollen, dann brauchen wir ein Handwerkszeug, ein etwas besseres als das, was wir hier vorliegen haben. Das ist wohl nett zu lesen; aber mit dem Inhalt können wir nicht viel anfangen in einer echten Diskussion und Auseinandersetzung. Ich glaube, daß wir sehr schnell an die praktische Arbeit gehen müssen auf den Ebenen der Parteikreise und in den Arbeitskreisen, und ich glaube, daß wir uns eingehend und ernsthaft damit beschäftigen müssen, wenn wir nicht wieder in die Nähe eines Wahlkampfes kommen wollen, ohne daß vorher echte Klarheit auf diesem besonderen Gebiet geschaffen ist.

Ich danke. (Beifall.)

Vorsitzender Max Brauer: Der nächste Redner ist der Genosse Jansen, Lippstadt; ihm folgt die Genossin Laufer, Würzburg.

Wolfgang Jansen, Lippstadt: Liebe Genossinnen und Genossen! Wenn man an die Gestaltung eines Parteiprogramms geht, dann sollte man nicht nur daran denken, einen Maßstab für die innere Orientierung der Partei zu schaffen, um etwa das zu verhindern, was wir im vergangenen Wahlkampf erlebt haben „sollen", nämlich, daß draußen der Eindruck entsteht, als ob maßgebende Genossen unserer Partei nicht ganz einer Meinung seien — ich lasse das dahingestellt, ob das stimmt —, sondern dann sollten wir darüber hinaus auch die Wirkung eines solchen Parteiprogramms auf die Öffentlichkeit untersuchen und einkalkulieren.

Ich stimme dem Genossen zu, der hier eben gesagt hat, ein solches Parteiprogramm müsse für jedes Mitglied unserer Partei lesenswert und lesensmöglich sein. Aber ich möchte noch weiter gehen: Denn ich erinnere mich an die Zeit, da ich selbst als junger Mensch ein Suchender war, als ich das Bedürfnis fühlte, mitzuhelfen am Aufbau eines demokratischen Staates, und als ich versuchte, zu ergründen, was denn nun die Parteien wollten. Und ich weiß, wie schwer es für junge Menschen ist, deren Urteil

noch ungetrübt und noch nicht durch Vorurteile blockiert ist; ich weiß, wie viele junge Menschen zu mir gekommen sind und mir gesagt haben: Geben Sie uns doch einmal etwas in die Hand, sagen Sie uns, was Ihre Partei eigentlich will! Und da sollten wir nicht Hürden der Komplizierung aufrichten, sondern die freie Bahn der Klarheit schaffen. Die Frage ist, ob man das kann, ohne dieses Programm und seinen Inhalt zu verwässern. Ich wende mich ausdrücklich gegen eine Verwässerung; aber ich meine, wir sollten das Wort Klopstocks beherzigen, der da sagte, man solle denken, größer als der größte Geist, und sprechen, einfacher als der einfachste Mann. — Das alles kam mir in den Sinn, als ich die verwirrende Vielfalt in der Analyse des Eingangskapitels dieses Programm feststellte. Die Sozialpsychologie — eine Wissenschaft, der wir uns nicht nur als Politiker, sondern insbesondere als Sozialdemokraten in einem besonderen Maße widmen sollten, wenn wir das verwirklichen wollen, was Waldemar von Knoeringen und Dr. Adolf Arndt gestern hier vorgetragen haben. — Die Sozialpsychologie also hat festgestellt, daß der Mensch einigermaßen hilflos vor der verwirrenden Vielfalt der Erscheinungen unserer Tage steht, daß er sich vereinsamt fühlt und daß er in seinem geistigen Ordnungsbedürfnis enttäuscht ist; denn jeder Mensch hat von Natur aus das Bestreben, die Dinge dieser Welt in ein Ordnungsschema zu bringen, und man wird ihn nur dann gewinnen, wenn man ihm diese Ordnungen aufzeigen kann.

Dabei gibt es zwei Möglichkeiten: Die eine Möglichkeit ist die, einfach aus dem Gegenwartsbild alles herauszustreichen, was einem nicht paßt und auf diese Weise die Dinge zu vereinfachen. Das ist etwa die Methode: alles, was mir paßt, das ist christlich-abendländisch und kulturell, und alles, was mir nicht paßt, ist kommunistisch. Aber auf die Weise kommen wir nicht zu einem echten wahren Bild, sondern zu einer Verfälschung des Bildes. Es ist genau jenes verfälschte Bild, das Adenauer seinen Wählern — leider nicht ohne Erfolg — anpreist.

Hier ist etwas, was der Genosse Erler in dieser Diskussion angesprochen hat, bereits verwirklicht: daß nämlich mit dieser Methode, ein einfaches und geordnetes Weltbild zu schaffen, etwas vorgegaukelt wird, was gar nicht ist. Wir sollten uns darauf besinnen, daß wir selbst bessere Möglichkeiten haben, ja, daß es eine Tradition gibt. Sie geht in der Richtung, die Carlo Schmid hier angedeutet hat, als er sagte, daß man auf die Wurzeln zurückgehen müsse.

Genossinnen und Genossen! Über der Leistung eines Karl Marx in wissenschaftlicher Hinsicht übersehen wir allzugern, wie hervorragend es ihm gelungen ist, auch aus der Vielfalt der Erscheinungen seiner Zeit, die wesentlichen Antriebskräfte herauszuholen und darzustellen und damit dem Menschen die Welt zu erklären. (Beifall.)

Wir müssen dem Menschen das Gefühl wiedergeben, daß die Welt überschaubar ist und daß sie geändert werden kann, und zwar nur mit uns und durch uns. Wir müssen ihn aus dieser Vereinsamung, von der ich sprach, herausführen. Auch dazu gibt uns unsere Partei ein Mittel, ein Mittel, das die Stärke unserer Partei ist — das Bewußtsein, daß wir alle,

wenn wir auch manchmal verschiedener Meinung sind und wenn wir auch manchmal lebhafte Diskussionen austragen, doch immer das Gefühl haben müssen, daß uns im letzten etwas tiefinnerlich verbindet. Jenes Wort, das Waldemar von Knoeringen gestern erneut zitierte, daß die Partei ein Stück geistiger Heimat ist, ist nicht nur eine Phrase, sondern für jeden einzelnen von uns lebendige Wirklichkeit. Diesen Geist sollten wir bewahren. Denn wenn wir ihn verlieren, dann ist die Partei tot, und es hilft uns keine noch so gute Organisation mehr weiter! Wir sollten diesen Geist unserer Partei aber kultivieren und hinaustragen; über den Rahmen unserer Partei hinaus. Und da meine ich, hier müßten wir unser Programm auch noch etwas ergänzen.

Ich lese als ersten Satz im Kapitel „Grundwerte des demokratischen Sozialismus":

> „Der Sozialismus will eine Gesellschaft gestalten, in der die Würde des Menschen unantastbar ist und in der es dem Menschen deshalb möglich und erlaubt ist, sein Leben in Freiheit verantwortlich zu führen und in Gemeinschaft mit anderen das politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben zu formen."

Sehen wir uns das genau an: Da wird von dem Menschen als Einzelindividuum ausgegangen, der das politische, kulturelle und wirtschaftliche Leben gestaltet. Ich glaube, das ist etwas, was manch andere Partei auch konzipieren könnte. Das, was uns doch wesentlich ist, ist das Verantwortungsgefühl für unsere Mitmenschen, und das ist hier überhaupt nicht drin. Ich meine, wir müßten eine Gesellschaft gestalten, in der die Freiheit des einzelnen gebunden ist an das Verantwortungsgefühl unserer Gefährten und Genossen, unserem Sozius, unserem Mitmenschen gegenüber. Nur eine solche Gesellschaft verdient den Namen und den Anspruch, eine sozialistische Gesellschaft zu sein. (Beifall.)

Vorsitzender Max Brauer: Das Wort nimmt die Genossin Gerda Laufer; der nächste Redner ist der Genosse Grunner, Berlin.

Gerda Laufer, Würzburg: Genossen und Genossinnen! Ich möchte auch einige kritische Worte zu dem Entwurf des Grundsatzprogramms sagen. In dem Abschnitt „Arbeitswelt und Wohlfahrt" ist ein Satz:

> „Auch Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Gesundheitshilfe."

Ich glaube, daß diese Formulierung völlig falsch und nach meiner Meinung selbst für eine Diskussion unmöglich ist. Es kann nicht heißen „auch Kinder", sondern zuallererst einmal „Kinder", denn da beginnt der Mensch. (Beifall.)

Der Mensch beginnt nicht erst dann, wenn seine Arbeitskraft in einen Wert für die Volkswirtschaft umgemünzt werden kann, sondern dann, wenn er geboren wird, und da muß auch die gesundheitliche Fürsorge und Vorsorge beginnen, und das war für uns Sozialdemokraten — glaube ich — immer eine Selbstverständlichkeit. Darum sollte man solche Sätze nicht ins Grundsatzprogramm hineinbringen.

Dann vermisse ich aber noch etwas:

„Die Gesundheit der Menschen muß im Rahmen des Möglichen bewahrt und notfalls wiederhergestellt werden."

Hier hätte ich den Wunsch, daß man auch an die Selbstverantwortung des Menschen in einem Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei appelliert. Nicht nur die Allgemeinheit, nicht nur das Schicksal ist verantwortlich für unsere Gesundheit, sondern auch wir sind verantwortlich. Man sollte fordern, daß in der Belehrung, in der Aufklärung über das, was der Mensch selber tun soll und kann, um seine Gesundheit zu erhalten, mehr als bisher getan wird. Das wäre eine wichtige Sache und ein wichtiger Satz für ein sozialdemokratisches Grundsatzprogramm, den Menschen zu sagen, daß auch sie eine Verpflichtung haben, ihre Gesundheit zu erhalten und zu bewahren.

Vor kurzem haben die Gesundheitsabteilungen der Innenministerien der Länder — ich glaube sogar in Stuttgart — getagt und sich mit dieser Frage beschäftigt, daß man nämlich nicht nur bei Seuchen die Bevölkerung darüber aufklären müsse, was sie tun müsse, um nicht krank zu werden, sondern immerwährend für alle Fragen unserer Gesundheit überhaupt.

Nun komme ich zur Kulturpolitik „Allen Begabungen die gleiche Chance". Da ist im vorletzten Absatz über unsere Berufsschule ein nach meiner Meinung sehr einfacher und sehr kurzer Begriff:

„Auch die Berufsschulen sollen nicht nur der fachlichen Bildung dienen."

Das ist eine völlig unzulängliche Diskussionsgrundlage für diesen so wichtigen Schulzweig für unsere Jugend. Durch unsere Berufsschulen gehen immerhin 80 bis 90 % unserer jungen Menschen und Kinder, und wir sollten uns ernsthafte Gedanken über die Gestaltung dieser Berufsschule machen. Wir brauchen nicht nur ein neuntes Schuljahr für die Volksschule, wir brauchen auch mehr Stunden und mehr Zeit für unsere Berufsschulen. (Beifall.)

Es sollten nach meiner Meinung auch die Unternehmerverbände begreifen, daß jede Stunde mehr, in der wir den jungen Menschen bilden, jede Stunde, in der wir ihn staatsbürgerlich erziehen und ihm bildungsmäßig ein Niveau geben, auch dem Betrieb zugute kommt. Man sollte sich nicht weigern, die Zeit für diesen so ungeheuer wichtigen Unterricht freizugeben. Es gibt heute in vielen Städten, in denen wir die Bürgermeister und Oberbürgermeister stellen, wunderbare Modelle des zweiten Bildungsweges in unseren Berufsschulen, die sehr empfehlenswert sind. Ich glaube, daß sich die Kommission, die das Programm zu Ende arbeitet, einmal mit den Männern aus der Kommune zusammensetzen sollte, um die Erkenntnisse aus dem Grundsatzprogramm zu verwirklichen.

Dann noch einen Satz:

„Die soziale Lage der wissenschaftlichen Hilfsarbeiter und Assistenten muß der Bedeutung ihres Berufes entsprechen."

Liebe Genossen und Genossinnen! Diesen jungen Menschen geht es nicht nur um ihre soziale Lage. Ihnen geht es in allererster Linie um ihre Arbeitsmöglichkeiten und um ihre Arbeitsbedingungen. Man kann von einer Forschung auf dem medizinischen Sektor heute ja gar nicht mehr sprechen. Jeder junge wissenschaftliche Assistent bringt eine Stundenzahl zusammen, die in einem krassen Gegensatz zu der Forderung steht, die wir für die Arbeitnehmerschaft mit der 45- und 40-Stunden-Woche erheben.

Jede Arbeit, die sie für die Forschung leisten, geht auf Kosten ihrer eigenen Freizeit. Auch hierauf, zu den Arbeitsbedingungen dieser Menschen, von denen wir viel erwarten, sollte in diesem Grundsatzprogramm, vielleicht in einem Satz, hingewiesen werden.

Nun, Genossen und Genossinnen, noch etwas: Wir haben gestern mit einer großen Beglückung die beiden Referate der Genossen Arndt und Waldemar von Knoeringen gehört. Wir haben sie gehört, und wir sollten sie recht, recht oft lesen und nicht, wenn wir sie gedruckt haben, in die hinterste Ecke unseres Bücherschrankes stellen.

Denn wir sollten in unserer Haltung untereinander und unseren Mitmenschen gegenüber sehr oft an das denken, was hier in einer so hervorragenden Sprache gesagt worden ist. (Beifall.)

Wir sollten aber auch fordern und verlangen, daß alle unsere Genossinnen und Genossen, ganz gleich, wo sie stehen, an der Verwirklichung dieser Grundsätze arbeiten. Wir sollten nicht, wie es bisher zu unserem großen Kummer und Schmerz meistens geschehen ist, wenn wir Kompromisse schließen müssen — sei es wegen Regierungsbildung oder sonstigen Fragen — zuerst Abstriche an den Grundsätzen unserer Kulturpolitik machen. (Sehr gut! — Beifall.)

Wir sollten einmal begreifen lernen, daß wir nicht in der Lage sind, regieren zu können, wenn wir nicht die Menschen heranbilden, auch für die Zukunft, die in unserem Geiste denken lernen. Wir sind eine Partei, die sich so schwer durchsetzt, weil sie immer an den Verstand der Menschen appelliert. Deshalb sollte die Erziehungs- und Kulturpolitik unser ernstestes Anliegen sein. (Starker Beifall.)

Vorsitzender Max Brauer: Das Wort nimmt Genosse Grunner, Berlin. Ihm folgt die Genossin Amalie Schneider, Essen.

Dr. Josef Grunner, Berlin: Genossinnen und Genossen! Unser neuer stellvertretender Vorsitzender, Genosse von Knoeringen, hat in seinen Ausführungen einmal gemahnt, man soll manchmal in der Nacht aufwachen und über das Schicksal der Partei nachdenken. Ich habe in einer Nacht das Grundsatzprogramm gelesen und beim Lesen einiger Stellen gefunden, daß man da kaum mehr einschlafen kann. Ein Grundsatzprogramm, Genossinnen und Genossen, soll doch über die Tagespolitik hinaus in die Zukunft weisen. Dieser Entwurf aber bleibt in der Kleinkrämerei der Tagespolitk hängen und verheddert sich in ihr. (Beifall.) Ich will gleich auf das Kapitel „Wirtschaft und Gesellschaft" — dieses

und auch das Kapitel „Rechts- und Staatspolitik" haben mir besonders den Schlaf geraubt — eingehen.

Die Sozialisierung zum Beispiel: Wenn ich Sozialisierung sage, dann meine ich Sozialisierung und nicht Verstaatlichung und nicht Überführung von Betrieben von Privateigentum in Gemeineigentum; das ist noch lange keine Sozialisierung. Das SPÖ-Programm macht hier für die Funktionäre unserer Partei und für unsere Wähler eine wohltuende Unterscheidung, deren Lektüre ich jedem empfehle. Die Sozialisierung von Betrieben gehört vielleicht nicht — und da bin ich einverstanden mit einigen Ausführungen auch des Genossen Deist und des Genossen Erler — in ein Wahlprogramm oder in ein Aktionsprogramm, weil die gesellschaftlichen Voraussetzungen dazu nicht vorhanden sind. Zu den gesellschaftlichen Voraussetzungen der Sozialisierung gehört nämlich mehr als eine parlamentarische Mehrheit und der Beschluß eines Parlaments, daß einige Industrien verstaatlicht werden sollen. Darum aber gehört die Sozialisierung in ein Grundsatzprogramm, das in die Zukunft weist. Und es gehört darin ausgeführt, welches die gesellschaftlichen Voraussetzungen sind, um zu einer Sozialisierung zu kommen, damit auch die Genossen wissen und alle unsere Anhänger, in welcher Richtung man bestrebt sein muß, in der gegenwärtigen Gesellschaft die Voraussetzungen zu schaffen.

Was aber wird hier anstelle einer solchen in die Zukunft weisenden Terminologie geboten? Ich zitiere einiges. Unter dem Kapitel „Aktive Wirtschaftspolitik" steht, daß die kapitalistische Wirtschaft ständig von Gefahr bedroht ist. Ich höre fast das Schluchzen des Autors heraus, daß sie von Gefahren bedroht ist. (Heiterkeit.)

Aber, Genossinnen und Genossen: Wir sind ja nicht gegen diese Wirtschaftsordnung und es geht ja nicht darum, daß wir eine andere Wirtschaft gestalten wollen, eine, „die der Gemeinschaft dient", wie oben ganz richtig steht, weil diese arme, bedauernswerte kapitalistische Wirtschaft von Gefahren bedroht ist, sondern darum, weil wir diese Wirtschaft bekämpfen, weil wir ihre Prinzipien und ihre ungeheuren Auswirkungen hinsichtlich der Beschränkung der Freiheit zutiefst verabscheuen. (Beifall.) Wer diesen tiefen Abscheu gegen die Prinzipien und Grundlagen und die Praxis der kapitalistischen Wirtschaft nur in Krisenzeiten hat, wenn auch ihn persönlich vielleicht bittere Not trifft, und diese tiefe Abscheu in Konjunkturzeiten vergißt, weil vorübergehend der allgemeine Lebensstandard gehoben ist, der ist nach meiner persönlichen Auffassung kein in die Zukunft denkender politischer Mensch, der ist ein Jammerlappen von Opportunist. (Beifall.)

Und so geht es hier weiter. Hier wird auf der Seite 26 dargestellt, welche Kräfte auf den Gang der Wirtschaft Einfluß haben. Da wird gesagt — welch eine großartige Erkenntnis für ein Grundsatzprogramm —, daß die Steuer- und die Sozialpolitik auf die Wirtschaft Einfluß haben, Geld- und Kreditpolitik und die Zoll- und die Handelspolitik, und daß die Tätigkeit der Öffentlichen Hand im Verkehrswesen und beim Wohnungsbau für den Gang der Wirtschaft von entscheidender Bedeutung ist. Und dann kommt ganz verschämt in die Ecke gestellt als letztes noch:

Rüstungsausgaben beeinflussen sie nicht weniger. Das mag vielleicht im Wahlkampf und in der Auseinandersetzung mit Tagesfragen interessant und wichtig sein; es ist ja auch nicht falsch; aber in ein Grundsatzprogramm gehört das nicht hinein.

Und wenn da steht: Wer alle Möglichkeiten für eine freie Entwicklung der Wirtschaft ausschaltet ... dann frage ich: Gegen wen polemisiert die Stelle? Hat jemals jemand von uns alle Möglichkeiten für eine freie Entwicklung der Wirtschaft ausschalten wollen?

Ernst stimmt einen — und da gehe ich mit dem Programm und mit der Formulierung völlig einig —, wenn hier steht: „Der freiheitliche Staat muß der Wirtschaft und den in ihr tätigen Menschen soviel Freiheit geben als möglich." Das können wir alle nur unterstreichen, und das muß auch in der endgültigen Fassung wiederkommen. Denn, Genossinnen und Genossen: Es wird auch in einer sozialistischen Gesellschaft ein Problem sein, mit dem man sich täglich wird auseinandersetzen müssen, wie der gewisse Zwang, der nun einmal mit einer Planwirtschaft verbunden ist, in Übereinstimmung zu bringen ist und gebracht werden muß mit unseren unabdingbaren Forderungen von der Freiheit des Individuums. Dieses Thema, dieses Problem wird immer anstehen, und es wird immer neue Formen geben um die Auseinandersetzung darum.

Ich möchte nicht viel weiter zitieren. In einer kurzen Redezeit kann man nicht das ganze Programm kritisieren. Ich hätte sehr viel dazu zu sagen. Auch hier wird immer die öffentliche Kontrolle verlangt „wegen der Gefahr des Mißbrauchs". Ja, um Gottes willen: Nicht wegen der Gefahr des Mißbrauchs in der kapitalistischen Gesellschaft, sondern wegen des vorhandenen Mißbrauchs. (Beifall.)

Die Gefahr des Mißbrauchs gibt es doch gar nicht mehr. Wir sind doch mitten drin im Mißbrauch durch dirigistische und dirigierte und monopolisierte und den freien Wettbewerb abschaffende Methoden in dieser Wirtschaft, die ja alles andere ist als eine freie Wirtschaft.

Alle diese Formulierungen müssen viel klarer sein, als sie es hier sind. Überhaupt muß ein Grundsatzprogramm kühn formuliert werden, um hinzureißen und mitzureißen. Aber dieser Entwurf ist an entscheidenden Stellen ein jämmerlicher Versuch, mit der Terminologie und Ideologie einer uns feindlichen politisch-bürgerlichen Welt Kompromisse zu schließen, der mißlingen muß. (Beifall.)

Es wird immer — auch in der Diskussion — eine moderne Sprache verlangt. Hier ist ein Beispiel dafür, daß jeder Versuch, die Sprache der Agitation zu modernisieren, scheitern muß, wenn man in der Sache nicht klar ist. Ein Beispiel für die moderne Sprache: Nehmt doch unsere Außenpolitik. Das ist ein ganz modernes Kapitel, das hat es zu Marxens Zeiten gar nicht gegeben, diese Problemstellung der Außenpolitik, auch nicht vor 50 Jahren, auch nicht vor 20 Jahren, auch nicht vor 10 Jahren. Hier habt Ihr ein ganz modernes Kapitel, in dem eine ganz moderne Sprache gebraucht wird. (Glockenzeichen.)

— Eine Minute habe ich noch! — Und wie abstrakt und wie unverständlich sind oft Agitatoren unserer Partei gerade in der Außenpolitik. An der Sprache liegt es nicht allein. Wir müssen uns nämlich daran erinnern, daß es in der Nazizeit begonnen hat und von den Bürgerlichen fortgesetzt wurde, dieses systematische Diffamieren des politischen Wortschatzes der Sozialisten, und auf der anderen Seite jenseits des Brandenburger Tores und der Elbe dieser Mißbrauch mit unserer Terminologie. Wer sich in diesem schwierigen Klima, in dieser schwierigen Atmosphäre nicht ernster mit dem Problem befaßt, sondern nur weich wird und diese Diffamierung unserer Sprache mitmacht, der erweist uns keinen Dienst.

Ich möchte also zum Entwurf sagen: Die Absicht ist löblich, der Wille ist anerkennenswert, doch der erste Versuch scheint mir nicht zu genügen. Nun müssen wir, die wir darüber diskutieren, die wir da etwas auszusetzen haben, positive Änderungsvorschläge bringen. Vielleicht wird doch noch etwas daraus. Man soll die Hoffnung nicht aufgeben.

Zum Schluß eine Bitte an die Spitzenfunktionäre und an die besonders herausgestellten Repräsentanten unserer Bewegung: Neben den wichtigen und notwendigen und in Radio, Fernsehen und weiß Gott wo verbreiteten Reden von Spitzenfunktionären ist notwendig das Gespräch mit dem einzelnen Menschen, das Werben um den einzelnen im Zwiegespräch auf der Straße, auf dem Arbeitsplatz, im Büro, auf dem Markt oder meinetwegen im Gasthaus. Dieses Zwiegespräch mit dem einzelnen, dieses Ringen mit dem einzelnen muß in unserer Partei immer noch der kleine Funktionär auf der unteren Ebene führen. Und darum habe ich eine Bitte an die Spitzenfunktionäre unserer Partei, nämlich die, es diesen kleinen Funktionären bei dieser so wichtigen Aufgabe nicht so schwer zu machen, indem sie sich durch interessante und verwirrende Formulierungen vor der Öffentlichkeit interessant machen und verwirren. Es kommt immer darauf an, den politischen Gegner weich zu machen und nicht darauf, die eigene Partei aufzuweichen, indem man die Treue von braven Funktionären zu bewährten Grundsätzen als sture Dogmatik oder gar oft als Tölpelei diffamiert. Ich danke schön. (Beifall.)

Vorsitzender Max Brauer: Das Wort nimmt die Genossin Schneider, Essen. Nach ihr spricht Hermann Barche, Hannover.

Amalie Schneider, Essen: Liebe Genossen und Genossinnen! Waldemar von Knoeringen hat in seiner gestrigen Rede die wirklich zu beherzigenden Worte gesprochen: „In der jetzigen Phase unserer Entwicklung kommt es darauf an, die Frage der Menschenbildung in den Mittelpunkt unseres politischen Bemühens zu rücken." Er meinte damit die Bildung des menschlichen Wesens, um aus geistiger Sicht die vielfältigen Erscheinungen des Lebens tiefer durchdringen und erkennen zu können. Aber ich glaube, er meinte wohl auch, um mit intensiver Erlebnisfähigkeit und Aufgeschlossenheit sich künstlerischen Lebensäußerungen hingeben zu können. Im gleichen Sinne heißt es auf Seite 36 des Entwurfs zu einem Grundsatzprogramm:

> „Nur durch eine behutsam geleitete Erziehung und durch vielseitige musische Bildung in der Schulzeit und in der Erwachsenenbildung,

im privaten Leben und in der Gemeinschaft läßt sich Vertrautheit mit der Kunst, künstlerisches Stilempfinden und die Bildung des künstlerischen Urteils erreichen."

Ich persönlich begrüße diese Grundsatzformulierung ganz besonders, wünsche aber von Herzen, daß es nicht nur bei dieser Formulierung bleibt. Von hier aus möchte ich dringend den Appell an alle Genossinnen und Genossen an den zuständigen Stellen richten, sich doch für die baldige praktische Verwirklichung dieser Formulierung einzusetzen. Ich halte deshalb die musische Erziehung für so außerordentlich wichtig, weil sie einmal das Seelisch-Menschliche stärker anspricht, zweitens, weil sie dazu führt, auch für künstlerische Leistungen ein echtes kritisches Empfinden und Urteil zu finden und deshalb auch die Programme von Film, Funk und Fernsehen nicht einfach kritiklos hinzunehmen.

Schließlich bringt die vermehrte Freizeit durch die Fünftagewoche auch vermehrte Gelegenheit zu musischer Betätigung. Weil die musische Erziehung nach meiner Erfahrung eine oft so nebensächliche Beachtung erhält und für viele junge Menschen mit dem Abgang von der Schule aufhört, halte ich es für so dringend notwendig, daß unsere Genossen und Genossinnen in den entscheidenden Stellen diesem Punkt ganz besondere Aufmerksamkeit schenken. Nicht nur in den Lehrplänen der Höheren Schule sollte diese Frage eine wichtige sein, sondern in verstärktem Maße in den Volksschulen, ja ich meine auch in den Berufsschulen. Ich halte die musische Erziehung für genauso wichtig wie die religiöse Erziehung, die ja auch in der Berufsschule erfolgt. (Beifall.)

Man sollte, wenn es irgendwie möglich ist, versuchen, schulische Sondereinrichtungen zu schaffen, um Volks- und Berufsschülern die musische Erziehung zu ermöglichen. Vielleicht mag der eine oder der andere diese Forderung als übertrieben ansehen. Da möchte ich nur kurz eine Frage an uns alle stellen: Liebe Freunde! Wenn wir an unsere eigene Lebensform denken, entbehren wir da nicht manchmal in unserem von politischem Denken und Arbeiten erfüllten Leben eine Stunde der seelischen Auffrischung durch das Erlebnis eines guten Theater- oder Konzertabends oder eines anderen künstlerischen Ereignisses? Auch wir selbst sollten uns mehr diesen musischen und künstlerischen Schöpfungen widmen, um dadurch neue Kraft für die politische Arbeit zu gewinnen, aber auch, um mit dieser Lebensform vertraut zu bleiben.

Schließlich enthält das Grundsatzprogramm auf Seite 36 noch den bedeutsamen Satz:

„Den Kulturstand eines Volkes kann man danach bemessen, wie es seine Künstler behandelt und wie es selber am künstlerischen Leben teilnimmt."

Hier sollte stärker die wirtschaftliche Sicherstellung des Künstlers als Grundsatzforderung erscheinen. Dies sollte eine Selbstverständlichkeit sein, da gerade in der Zukunft den Künstlern die besondere Aufgabe obliegt, in der vermehrten Freizeit der Menschen ihnen die Werke und Ausdrucksformen künstlerischen Denkens und Sehens nahezubringen.

Ebenso sollte die Förderung des künstlerischen Nachwuchses von unserer Partei genauso wichtig genommen werden wie die Förderung des technischen Nachwuchses. Wer mit dieser Frage zu tun hat, weiß, daß es oft schwierig ist, für junge talentierte Menschen die nötigen Mittel für eine ausreichende Ausbildungszeit und eine erste Entwicklungszeit aufzubringen: Mir persönlich scheint es nicht genügend zu sein, daß vom Kulturkreis des Verbandes der Deutschen Industrie Stipendien hierfür gegeben werden, so erfreulich das auch ist. Auch wir sollten auf diesem Gebiet die Unabhängigkeit der studierenden Künstler ermöglichen und unsere Aufgabe in der Förderung eines ernsthaften künstlerischen Nachwuchses sehen, denn — ob wir es einsehen wollen oder nicht — die Ausstrahlung des unabhängigen künstlerischen Geistes kann nur befruchtend auf das menschliche Wesen und seine Bildung wirken. Wir wünschen keine doktrinäre Führung des menschlichen Geistes, sondern eine Stärkung zum klaren, eigenen Erkennen, Erleben und Beherrschen der Lebensvorgänge und seine Stärkung zu eigenen Entscheidungen. Diese Entscheidungen von einem so befruchteten und gestärkten Geist werden nicht zuletzt zugunsten der Ziele unserer Partei ausfallen.

Ich darf in diesem Zusammenhang an die Botschaft der 33 Vertreter des Geisteslebens, die wir am ersten Tage unseres Parteitages hörten, erinnern. Auf diese Weise weitere Mitarbeiter für unsere Arbeit und unsere Ziele zu gewinnen, halte ich für eine wichtige und lohnende Aufgabe.

Ich danke Ihnen. (Beifall.)

Vorsitzender Max Brauer: Das Wort hat Genosse Barche, Hannover.

Hermann Barche, Hannover: Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf die Anträge 78 und 80 (II) lenken. Der Antrag 78 des Unterbezirks Peine-Burgdorf und der Antrag 80 (II) sind die Aufhänger für die bürgerliche Presse vor dem Parteitag gewesen, in unsere Partei etwas hineinzukonstruieren, was eigentlich nicht vorhanden ist. Ich möchte noch einmal Ihre Aufmerksamkeit auf das Interview lenken, das der Genosse Heine dem „Spiegel" gegeben hat, wo der Genosse Heine dem „Spiegel" richtig antwortete, daß die gegensätzlichen Meinungen, die in unserer Partei vorhanden sind, nichts mit einem überholten Radikalismus zu tun haben, sondern eben Meinungen sind, die ausdiskutiert werden müssen. Ich meine aber auch, dem Parteitag berichten zu sollen, daß dieser Antrag des Unterbezirks Peine-Burgdorf nicht ein Antrag ist, der von traditionsbelasteten Genossen gekommen ist, der von Genossen gekommen ist, die, wie man so sagt, nicht mehr anders denken können als in marxistischen Vorstellungen, sondern von blutjungen Sozialdemokraten, von Jungsozialisten, die sich nach sehr eingehendem Studium dazu durchgerungen haben, und zwar aus der Sorge um die Partei nach dem 15. September. Die Antragsteller waren der Meinung — und ich darf mich ihrer Meinung anschließen —, daß es nicht so ist, wie man es heute fälschlicherweise hinstellen möchte, daß die gesellschaftlichen Verhältnisse sich seit Marx so geändert haben, daß die Dinge, die Ausgangspunkt dieser Lehre waren, heute nicht mehr vorhanden sind. Wenn gestern in den Referaten von Waldemar von Knoerin-

gen und dem Genossen Arndt angeklungen ist unter Zitierung des jungen Marx, daß nicht nur die Vergesellschaftung der Grundstoffindustrien oder andere Dinge im Vordergrund gestanden haben, sondern auch der Mensch, so meine ich, daß wir heute gerade die Pflicht haben, zu erkennen, daß das Endziel der marxistischen Ideologie die Aufhebung der Klassengesellschaft ist, um damit die Freiheit und Würde des Menschen zu sichern. Diese hohen Gedankengänge von Freiheit und Würde des Menschen sind gestern angeklungen. Wir sollten uns nicht den Tatsachen verschließen, die uns heute auf Schritt und Tritt noch beweisen, daß sich zwar der Lebensstandard des arbeitenden Menschen gebessert und verändert hat, daß aber die Verhaltensweise der kapitalistischen Wirtschaftsordnung nach wie vor die gleiche ist, daß unsere Gesellschaft nach wie vor in Produktionsmittelbesitzer und Arbeitnehmer gespalten und daß es sehr wohl die Aufgabe der Arbeitnehmer ist und die Aufgabe der Organisationen, die, wie die Sozialdemokratische Partei, vorwiegend von der Arbeitnehmerschaft getragen werden, sich von diesen Gedankengängen nicht zu distanzieren. Es würde meiner Meinung nach eine Gefahr darin liegen, wenn wir den Vorstellungen unserer politischen Gegner entgegenkämen, die nur auf den Tag warten, wo die Sozialdemokratische Partei sich von den Grundsätzen trennt, die ihr bis zum heutigen Tag die Möglichkeit gaben, immer wieder die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse zu untersuchen. Ich bin der Meinung, Genossinnen und Genossen, daß die Lehre, die wir entwickelt haben, uns bis zum heutigen Tag die Kraft gibt, die Organisation so zu führen und in ihrem Bestand aufrechtzuerhalten, daß sie das Gesetz erfüllen kann, nach dem sie vor etwa 100 Jahren angetreten ist
Ich darf Ihre Aufmerksamkeit auf den Antrag 80 (II) von Braunschweig lenken. Ich glaube, wenn man diese beiden Anträge, den vom Unterbezirk Peine-Burgdorf und den von Braunschweig, in aller Ruhe vergleicht, dann muß man sich die Frage vorlegen, wieso hier von der bürgerlichen Presse eine Gegensätzlichkeit in der Partei herausgefunden werden konnte. Hier liegt doch sicher viel mehr das Bemühen vor, in unsere Partei etwas hineinzutragen, was nicht vorhanden ist. Ich meine, es sollte eine freudige Feststellung für uns sein, daß es in der Sozialdemokratischen Partei junge Menschen gibt, die sich mit diesem Gedankengut beschäftigen und es sich zur Aufgabe gemacht haben, daß dieses Gedankengut, das diese Partei groß und stark gemacht hat, auch bei der Entwicklung eines zukünftigen Grundsatzprogrammes Beachtung findet, damit die Partei, wie das von vielen Vorrednern schon aufgezeigt worden ist, auch in Zukunft ein sicheres Steuer in der Hand hat, womit sie das Ziel erreicht, das gestern angeklungen ist: Freiheit und Würde für den Menschen sicherzustellen. (Beifall.)

Vorsitzender Max Brauer: Das Wort hat der Genosse Ritzel. Nach ihm folgt als letzter Redner der Genosse Preller, der 26. in der Rednerliste.

Heinrich G. Ritzel, Michelstadt: Liebe Genossinnen und Genossen! Ich kann mir wohl denken, daß der Parteitag, der auf die Verkündung des Wahlergebnisses wartet, der vielen Reden langsam überdrüssig wird. Trotzdem erscheint es mir notwendig — gerichtet an die Adresse der

Verfasser des uns vorliegenden Entwurfs eines Grundsatzprogramms — noch eine Erinnerung zu bringen. Ich habe den Eindruck, als ob unter den Verfassern die gleichen Personen wären, die seinerzeit bei der Schaffung des Bonner Grundgesetzes mitgewirkt haben; und zwar ist dieser Eindruck in negativem Sinne vorhanden. Im Bonner Grundgesetz hat man die dritte Säule des Staates, die Gemeinden, beinahe ebenso zu kurz kommen lassen wie in dem hier vorliegenden Entwurf eines Grundsatzprogrammes. (Beifall.)

Trotz aufmerksamen Suchens fand ich außerhalb der gestern und vorgestern diskutierten Probleme der Gemeinwirtschaft, wobei ganz leise auch die heutige Kommunalwirtschaft anklang, nur einen Satz auf Seite 19:

> „Darum soll er (der Mensch) vor allem durch die Teilnahme an der Selbstverwaltung der Gemeinden, am Arbeitsplatz, in den Genossenschaften und den Sozialorganisationen zum Staatsbürger erzogen werden."

Erlaubt nun einem alten Bürgermeister, daß er die Vorstellung hat, daß man in der Gemeinde nicht nur den Menschen zum Staatsbürger erzieht, sondern daß die Gemeinde etwas mehr ist, gerade aus sozialdemokratischer Schau heraus weit mehr ist, als das Grundsatzprogramm hier merken läßt. Ich kann mir vorstellen, daß es durch Grundsätze kommunalpolitischer, sozialdemokratischer Arbeit ergänzt werden sollte. Erlaubt mir eine Erinnerung: Es sind jetzt nahezu siebzig Jahre her, da trat in meiner Vaterstadt Offenbach (Main) erstmals die Sozialdemokratie in Erscheinung. Da war es der nachmalige hessische Staatspräsident, der „rote Ulrich", wie er in Offenbach genannt wurde, der als erster sozialdemokratischer Stadtverordneter in die Stadtverordnetenversammlung von Offenbach einzog. Als er dorthin kam zu der ersten Sitzung, da war für den Sozialdemokraten Karl Ulrich kein Stuhl vorhanden. Er mußte erst bei einem liberalen Stadtverordneten einen Stuhl requirieren, damit er dort Sitz bekam, wo er Stimme hatte. Welch weiter Weg von damals bis heute! Und welch weiter Weg auf dem Gebiet der Aufgabenstellung!

Aus dem riesigen Blütenstrauß kommunalpolitischer Aufgaben und Aufgabenstellung will ich nur an wenige Dinge erinnern: an die kommunalpolitische Arbeit, die vor allem durch die Sozialdemokratie in Schul- und Bildungsfragen geleistet worden ist, an die sozialen Probleme, die im Rahmen der Gemeinden zu lösen sind, an das große Problem des Wohnungsbaues, an die Verkehrsprobleme, an die Kommunalbetriebe, an die Gesundheitspflege usw. Kann man sich ein sozialdemokratisches Grundsatzprogramm vorstellen, ohne an die praktische und programmatisch zu fördernde Arbeit innerhalb der Kommunen zu denken? Ich habe den Eindruck, daß für viele, die in der Politik heute und seit langer Zeit nützliche und wertvolle Arbeit leisten, die kommunale Tätigkeit die erste Möglichkeit war, sich die Sporen für die praktische politische Arbeit zu verdienen. (Beifall.)

Ich habe den Eindruck, daß nirgends mehr als in der Gemeinde die Sozialdemokratie mit dem Wesen des Staates und mit den Aufgaben, die dem Staatsbürger gestellt sind, sowie mit seinen Rechten und Möglich-

keiten in Berührung kommt. Es wäre ein meiner Meinung nach unverzeihliches Unterlassen, wenn in unserem Grundsatzprogramm diese kommunalpolitische Problemstellung nicht in einer wirklich guten, ansprechenden und werbenden Weise berücksichtigt werden würde.

Das ist meine Bitte an die künftigen Sachbearbeiter des Programms. (Beifall.)

Vorsitzender Max Brauer: Das Wort hat Genosse Preller.

Prof. Ludwig Preller, Eppenhain — als Mitglied der Programmkommission —: Liebe Genossinnen und Genossen! Wenn ich als Mitglied der Programmkommission die freundliche Erlaubnis bekommen habe, hier das Wort zu ergreifen, so habe ich nicht die Absicht, wie vielleicht manche meinen, mich ausführlich mit dem sozialpolitischen Teil des Grundsatzprogrammes zu beschäftigen. Ich stimme in weiten Teilen mit dem überein, was Ernst Schellenberg heute ausgeführt hat, und auch mit der Kritik, die einige Genossen, die danach gesprochen haben, an diesem Teil des Grundsatzprogrammes geübt haben. Das klingt vielleicht merkwürdig, weil ich selbst in der Programmkommission war, aber, Genossinnen und Genossen, ein offenes Wort: In der Programmkommission sind verschiedene Auffassungen, und sie müssen miteinander abgeklärt werden. Es ist nicht alles so in den gedruckten Text gekommen, wie es sich jeder von uns vorgestellt hatte. Dazu aber ist eben nun die Diskussion in den Parteigruppen, auch im Sozialpolitischen Ausschuß des Parteivorstandes, da.

Ich möchte nur auf eines hinweisen: Ich bin den Genossinnen und Genossen besonders dankbar, die auf den Wert und das Gewicht der Gesundheitspolitik hingewiesen haben. Tatsächlich scheint es mir so zu sein, daß wir, wenn wir hier nicht anpacken, nicht zu einer vernünftigen Sozialpolitik kommen können. Und wenn die neue, die noch bevorstehende Krankenversicherungsneuregelung sich in Selbsterhaltung und ähnlichen Dingen erschöpft, dann bekommen wir keine grundlegende Sozialreform, wie wir sie alle brauchen.

Was im übrigen konkret zu sagen ist, ist ja von einer unserer Kommissionen in dem „Sozialplan für Deutschland" gesagt worden.

Weshalb ich mich hier noch gemeldet habe, ist, um vielleicht eine Klärung bezüglich eines Abschnitts des Grundsatzprogramms herbeizuführen, der nicht unmittelbar sozialpolitisch scheint und doch sozialpolitisch außerordentlich wichtig erscheint; ich meine die Frage der Einkommens- und Vermögensverteilung. Es heißt dort auf Seite 30, daß das Vermögen das Ergebnis gesellschaftlicher Arbeit sei, und daß es aus diesem Grund nicht angängig sei, dieses Vermögen nur bestimmten Gruppen zukommen zu lassen; nein, in erster Linie solle dieses gesellschaftliche Vermögen den arbeitenden Menschen selbst zu einer eigenen Vermögensbildung verhelfen.

Genossinnen und Genossen! Damit ist ein außerordentlich wichtiges Stück unserer kommenden Arbeit angesprochen worden. Ich möchte er-

klären, daß gerade diese Frage in der Programmkommission sehr stark und sehr eingehend behandelt worden ist, weil wir spüren, daß in der Diskussion in der Parteigenossenschaft diese Frage wachsend an Bedeutung gewinnt. Ich will nicht sagen, daß alle immer völlig mit dem einverstanden sind, was auf diesem Gebiet von einigen Genossen ausgeführt worden ist, aber man merkt, es ist eine echte Frage der Partei: Wie kann die Arbeitnehmerschaft an das Produktionsvermögen herankommen? Sie hat Anspruch auf einen Teil des Produktionsvermögens genau so wie jene, die die Gewinne haben.

Wenn das der Fall ist, so gibt es verschiedene Wege, auf die ich hier wegen der Kürze der Zeit nicht eingehen kann. Das eine steht fest, Genossinnen und Genossen: Wenn man an diese Frage herangeht, so ist das Primäre, von dem man ausgehen muß, folgendes: Solange der Lohn und das Gehalt in der Bundesrepublik nicht den Löhnen und Gehältern angeglichen sind, die andere Staaten auszahlen, solange wird diese Frage der Eigentumsbildung für die Arbeitnehmerschaft immer problematisch sein. Höhere Löhne und Gehälter sind also die Voraussetzung, um in Arbeitnehmerhand überhaupt Vermögen bilden zu können.

Dann kommt es aber auch darauf an, daß die Verfügungsgewalt über dieses Privatvermögen beim Arbeitnehmer liegt. Was da von Unternehmerseite immer und immer wieder propagiert wird — daß dieses Vermögen in den Betrieben bleiben müsse, damit es dort arbeite —, das mag betriebswirtschaftlich sehr interessant sein, aber es bindet den Arbeitnehmer an diesen Betrieb. Die Vorschläge, die dann gemacht worden sind — Investment-Gesellschaften zu bilden, die also über verschiedene Aktienwerte dem Arbeitnehmer eine gewisse Streuung des Eigentums gewährleisten, oder der Vorschlag, den Bruno Gleitze entwickelt hat, einen Sozialfonds zu bilden —, sind Gegenstand dessen, was in der Parteigenossenschaft und an Hand dieses Programms noch erörtert werden muß.

Wir haben, Genossinnen und Genossen, gestern angenommen und an die Fraktion überwiesen die Anträge 61 und 63, die sich zum Teil mit anderen Fragen beschäftigen, die aber — und deshalb erwähnte ich es — die Möglichkeit geben, daß Fraktion und Parteivorstand sich mit der eben genannten Frage der Vermögensbildung an Produktionsvermögen in Arbeitnehmerhand im einzelnen beschäftigen und von dort aus Vorschläge machen, die dann von der Programmkommission in das Programm eingearbeitet werden können.

Dabei ist eines zu beachten: Wenn wir nur an die Betriebe denken, die private Gewinne auszuschütten in der Lage sind, weil sie Privatbetriebe sind, dann ist für einen großen Teil der Arbeitnehmerschaft in den öffentlichen Betrieben — auch in kleineren und mittleren Betrieben — eine Beteiligung an dieser volkswirtschaftlichen Vermögensbildung nicht gegeben. Das zu ändern, dahin zielt der Plan von Bruno Gleitze. Er muß wahrscheinlich noch im einzelnen durchgearbeitet werden, aber auch diese Frage muß in diesem Teil mitbehandelt werden.

Zum Schluß einige wenige Bemerkungen gegenüber den Erwartungen, die bekanntlich auf der christlich-demokratischen Seite an diese Erörterungen geknüpft werden. Genossinnen und Genossen! Die Sozialdemokratie — das dürfen wir hier wohl ohne weiteres sagen — ist nicht der Ansicht, daß Vermögen nun schon Charakter bilde, wie so schön gesagt wird. Vermögen aber kann natürlich in Arbeitnehmerhand einen gewissen Rückhalt für schwierige Zeiten, für Lebenslagen geben, in denen der Arbeitnehmer sonst der Willkür anderer Kräfte ausgeliefert ist.

Das ist der Sinn, der uns dazu führte, auf diese Fragen ein solches Augenmerk zu richten. Die Vermögensbildung an Produktivvermögen in Arbeitnehmerhand wird damit eine Angelegenheit einer gerechten Einkommens- und Vermögensbildung und -verteilung, und damit wird ein sozialpolitischer Grundsatz zum Ausdruck gebracht, dem auch im Grundsatzprogramm Rechnung getragen ist, nämlich dem einzelnen die Möglichkeit zu geben, frei zu sein und frei zu handeln. Genossinnen und Genossen, es sagt sich so leicht, der Mensch solle frei sein. Ja, er muß gesellschaftlich erst einmal diese Möglichkeit erhalten, um tatsächlich als freier Mensch sich selbst zur Persönlichkeit zu entfalten. Dieser Teil der gestern besprochenen Kulturpolitik, die darauf abzielt, den Menschen sich zur Persönlichkeit heranbilden zu lassen, steht in einem engen Zusammenhang mit der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Wenn wir unter Marx davon ausgegangen sind, die Selbstentfremdung im Menschen zu überwinden, dann muß auch sozialpolitisch dem Menschen die Möglichkeit gegeben werden, dieses Ziel zu erreichen: sich selbst zu entfalten und damit für uns alle, für sich selbst, für die Bewegung und für das Volk eine Persönlichkeit zu werden. (Beifall.)

Vorsitzender Max Brauer: Genossinnen und Genossen! Die Referenten zum Thema „Kultur und Politik" verzichten auf das Schlußwort. (Bravo-Rufe.)

Zum Entwurf des Grundsatzprogramms hat der Referent, Genosse Eichler, das Schlußwort.

Willi Eichler: Liebe Genossinnen und Genossen! Um niemand zu enttäuschen, möchte ich sagen, daß ich nur ein paar Worte sagen möchte, damit es nicht als Unfreundlichkeit aufgefaßt wird, wenn gar keine Antwort erfolgt. Wenn nämlich 26 Diskussionsredner hier zu unserem Entwurf Stellung genommen haben, dann zeigt das ja ganz gewiß nicht nur, daß ihnen der Entwurf mindestens als Diskussionsgrundlage interessant gewesen ist, sondern dann zeigt das, daß sie wirklich auch die Tatsache wichtig nehmen, daß die Partei dabei ist, dieses Programm fertig zu machen. Selbstverständlich wurde im wesentlichen Kritik angemeldet. Die Kommission hat nichts anderes erwartet.

Das war ganz klar. Uns scheint das Wesentliche zu sein, daß überhaupt die Diskussion über die im Entwurf des Programms behandelten Fragen planmäßig dadurch in Gang kommt, daß sie irgendeinen Gegenstand hat, an dem sie sich entzünden kann. Mir scheint, wir sollten sehen, daß der Entwurf möglichst von allen Mitgliedern diskutiert wird. Ich war vorige Woche auf dem Parteitag der österreichischen Sozialisten in Wien.

Die haben auf einem Sonderparteitag diesmal ihr Programm schon angenommen — sie sind uns da immer um eine Pferdelänge voraus —, und dort hat sich gezeigt, daß mehr als die Hälfte der Mitglieder der österreichischen Sozialdemokraten an der Diskussion des Programms teilgenommen hat. Die Abänderungsanträge — und selbstverständlich waren es alles Verbesserungsanträge — erreichten die stattliche Zahl von 1079. Wir brauchen nicht wild darauf zu sein, das auch zu erreichen — es geht vielleicht auch mit etwas weniger —, aber es ist jedenfalls damit zu rechnen, daß die Diskussion draußen sowohl innerhalb unserer Partei als auch mit anderen stattfinden wird, was ich besonders begrüßen würde, damit wir die Diskussion vorher und nicht nachher haben, wenn wir mit Formulieren fertig sind, und damit sich zeigt, was für ein Interesse in der Partei an diesem Gegenstand besteht. Ich habe aus der Diskussion herausgehört, daß wir uns im wesentlichen darüber einig sind, daß wir so ein Programm brauchen. Stimmen, die meinen, wir brauchten es überhaupt nicht, habe ich nicht gehört, dagegen allerdings die Warnung: Kinder, macht es euch nicht zu eilig! Wir haben Zeit, und es ist alles so kompliziert, daß man nicht voreilig etwas behaupten soll, was man dann vielleicht in einem Jahr wieder korrigieren müßte! — Das ist richtig. Wir sollen uns gewiß Zeit lassen, aber andererseits müssen wir sicher sein, daß wir zu keiner Zeit in der Lage sind, ein ganzes, abgeschlossenes Bild zu liefern, denn ehe wir das gedruckt haben, haben sich die Verhältnisse wieder verändert. Ich habe heute morgen ja bereits darauf hingewiesen: Wir müssen an irgendeiner Stelle einfach sagen, jetzt müssen wir zu einem Schluß kommen, ohne nun zu meinen, da sei jetzt ein für die Ewigkeit fertig abgeliefertes Programm, das wir in absehbarer Zeit nicht mehr ändern könnten.

Ein anderes ist die Tatsache, daß wir aus dem Programm kein wissenschaftliches Lehrbuch machen können. Es kann selbstverständlich nicht wissenschaftlichen Erkenntnissen widersprechen — das soll es auch nicht —, aber es ist nicht dazu da, der Wissenschaft die Arbeit abzunehmen und mit ihr in Konkurrenz zu treten.

Unsere Vorstellung war, daß dieses Programm im wesentlichen eine Grundlage für die Bildung einer Überzeugung unserer Genossen und eine Grundlage und Material für den politischen Kampf geben soll. Damit diese beiden Bedingungen erfüllt werden können, muß jeder Sozialdemokrat es kennen, dazu muß er es lesen, und wir hoffen zu erreichen, daß wir ihn bewegen, es zu diskutieren, damit möglichst viel in seiner Erinnerung bleibt. (Beifall.)

Wir sollten uns also ruhig Zeit lassen, aber andererseits ist eine gewisse Zeitbegrenzung nötig, damit das als Aufgabe vor uns steht. Weiter habe ich heute hier nichts zu sagen, als mich bei allen Diskussionsrednern zu bedanken. Alles, was hier gesagt worden ist, wird dem Parteivorstand und der Programmkommission zur anständigen und gediegenen Kenntnisnahme, Bearbeitung und Verwertung überwiesen werden. Wenn wir dann den Entwurf zu einem Programm gemacht haben, dann haben wir ein Programm, und dann können wir die Kommission und ihren Entwurf vergessen. Danke schön. (Beifall.)

Vorsitzender Max Brauer: Wir kommen nunmehr zur Abstimmung zunächst über die Anträge, die zum Thema „Kultur und Politik" vorliegen. Wir haben da die Entschließung 205. Wenn die angenommen ist, sind die Arträge 66 und 67 erledigt. Wir müssen besonders abstimmen über die Anträge 68 bis 89, für die eine andere Behandlung empfohlen wird.

Ich bringe zunächst den Antrag 205 zur Abstimmung. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich, die Stimmkarte zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Es ist so beschlossen. Damit sind, wie eben gesagt, die Anträge 66 und 67 erledigt.

Für die Anträge 68 bis 89 wird Überweisung an den Parteivorstand empfohlen.

Erhebt sich Widerspruch dagegen, die Anträge 68 bis 89 nach der Empfehlung des Parteivorstandes und des Parteiausschusses an den Parteivorstand zu überweisen? Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann darf ich es so feststellen.

Wir kommen nunmehr zu den Anträgen, die zum Grundsatzprogramm vorliegen. Da ist die Entschließung 206, und es ist dazu ein Ergänzungsantrag eingegangen, der da wünscht, daß Ernährung und Landwirtschaft im Parteiprogramm besonders aufgenommen und behandelt werden. Es ist der Antrag 218, der da lautet:

> „Der Parteivorstand wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, daß bei der endgültigen Verabschiedung des Grundsatzprogrammes die Grundsätze sozialdemokratischer Agrarpolitik in einem Kapitel ‚Landwirtschaft und Ernährung' Erwähnung finden."

Darf ich feststellen, daß der Parteitag mit dieser Ergänzung einverstanden ist? (Zustimmung.)

Ich danke; wir kommen nun zur Abstimmung über die Gesamtentschließung in dieser veränderten Form. — Wer für 206 stimmen will, den bitte ich, die Stimmkarte zu zeigen. Ich bitte um die Gegenprobe. Es ist so beschlossen. Damit erledigen sich die Anträge 90, 91. 92, 93 und 94.

Sie sind alle durch diese Entschließung erledigt.

Es bleibt dann noch der Antrag 95 der Landesorganisation Hamburg, dessen erster Teil ebenfalls bereits durch die Resolution erledigt ist. Für den zweiten Teil, Absatz 2 des Antrages 95, wird Überweisung an den Parteivorstand beantragt. Wer zustimmen will, den bitte ich, die Stimmkarte zu erheben. Ich bitte um die Gegenprobe. — Es ist so beschlossen. Antrag 96 — Ortsverein Kronshagen: Hier wird empfohlen, den Antrag abzulehnen. Wer so stimmen will, den bitte ich, die Stimmkarte zu erheben. Ich bitte um die Gegenprobe. Der Antrag ist abgelehnt und damit sind die Anträge zu den beiden Referaten erledigt.

Ich darf vielleicht, da sich der Antrag 219 sicher noch nicht in den Händen aller Delegierten befindet, den Text vorlesen:

„Der Parteitag möge beschließen:

Der Parteivorstand wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, daß im Grundsatzprogramm auch die Grundsätze sozialdemokratischer Steuerpolitik zur Darstellung gebracht werden."

Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich, die Stimmkarte zu zeigen. Ich bitte um die Gegenprobe. — Es ist so beschlossen.
Nun ist im letzten Augenblick noch ein weiterer Antrag 220 heraufgereicht worden. Er lautet:

„Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, die Anträge und Anregungen zum neuen Grundsatzprogramm bald zusammenzufassen und zur Diskussion zu stellen. Der Parteitag stellt sich ausdrücklich auf den Boden der Frankfurter Grundsatzerklärung der Sozialistischen Internationale."

Darf ich fragen, wer diesem Antrag 220 zustimmen will? Darf ich bitten, die Stimmkarte zu erheben? — Damit ist auch dieser Antrag erledigt. Nach meiner Vorlage sind damit alle Anträge erledigt.

Genossinnen und Genossen! Wir wollen morgen früh pünktlich 9 Uhr wieder mit unseren Beratungen beginnen. Von unserer Tagesordnung sind noch unerledigt die Punkte: 6, 7, 8 und 10.

Trotzdem hoffen wir, daß wir die Beratungen so fördern können, daß wir morgen zwischen 12 und 13 Uhr (Zuruf: Punkte 13 und 14!) — Punkte 13 und 14, ja das ist richtig — mit unseren Beratungen zu Ende kommen.

Leider müssen wir die Delegierten enttäuschen: Die Mandatsprüfungskommission hat uns noch nicht die Resultate der Abstimmung über die Wahl zum Parteivorstand bringen können. (Unruhe.)

Wir können sie also erst morgen vormittag endgültig bekanntgeben. (Unruhe.)

Genossinnen und Genossen! Dann darf ich noch darauf verweisen, daß heute abend die Trauerfeier für unseren Freund und Genossen Wilhelm Mellies im Mozartsaal, hier in der „Liederhalle", um 20 Uhr stattfindet. Es ist wohl nicht notwendig, zu sagen, daß wir uns an dieser Trauerfeier geschlossen beteiligen. — Damit schließe ich die Beratung.

(Schluß der Sitzung 18.36 Uhr.)

*

Im Mozartsaal nahmen die Teilnehmer des Parteitages von ihrem verstorbenen stellvertretenden Vorsitzenden, Wilhelm Mellies, Abschied. Erich Ollenhauer würdigte noch einmal das Leben und die Verdienste des Verstorbenen und sprach tiefbewegt herzliche Worte des Gedenkens. Als Vizepräsident des Deutschen Bundestages überbrachte Professor Carlo Schmid in seiner Trauerrede die letzten Grüße des Parlaments, dem Wilhelm Mellies viele Jahre angehört hatte. Mitglieder der Stuttgarter Philharmonie unter Leitung des Dirigenten Dr. Hans Hörner gaben mit feierlicher Musik von Bach und Mozart der Stunde eine würdige Umrahmung.

FÜNFTER VERHANDLUNGSTAG

FREITAG, DEN 23. Mai 1958

(Beginn: 9.00 Uhr)

Vorsitzender Dr. Alex Möller: Ich eröffne die Verhandlungen.

Bevor ich den Punkt 6 der Tagesordnung aufrufe, möchte ich zu dem Punkt 9 — Wahlen — das Ergebnis der Wahl zum Parteivorstand, soweit es noch nicht bekannt ist, bekanntgeben und auch das Ergebnis der Wahl der Kontrollkommission. (Zurufe.) — Ich bitte um Verständnis, wenn ich pünktlich anfange. Wir haben noch viel zu erledigen.

Im übrigen darf ich darauf aufmerksam machen, daß ich die Wahlergebnisse, die ich jetzt verlese, sofort abziehen lasse, um sie dann an Sie zu verteilen.

Wahl der Mitglieder zum Parteivorstand:

Stimmberechtigte Delegierte	384
Abgegebene Stimmen	383
Ungültige Stimmen	8
Gültige Stimmen	375

Von den gültigen Stimmen entfielen auf*)

Adolf Arndt	368 Stimmen
Georg August Zinn	363 Stimmen
Max Brauer	359 Stimmen
Walter Menzel	359 Stimmen
Fritz Steinhoff	351 Stimmen
Alex Möller	344 Stimmen
Carlo Schmid	344 Stimmen
Fritz Erler	342 Stimmen
Erwin Schoettle	326 Stimmen
Heinrich Deist	324 Stimmen
Luise Albertz	320 Stimmen
Kurt Conrad	319 Stimmen
Willi Eichler	295 Stimmen
Heinrich Albertz	295 Stimmen
Hermann Veit	293 Stimmen
Gustav Heinemann	288 Stimmen
Ludwig Metzger	287 Stimmen
Erwin Welke	272 Stimmen
Willy Brandt	268 Stimmen

*) Hier sind die Ergebnisse mitgeteilt, die von der Mandatsprüfungskommission nach erneuter Durchzählung am 3. Juni 1958 bekanntgegeben wurden.

Martha Schanzenbach	265 Stimmen
Emil Groß	256 Stimmen
Kurt Pohle	248 Stimmen
Luise Herklotz	246 Stimmen
Ella Kay	246 Stimmen
Käte Strobel	243 Stimmen
Max Kukil	239 Stimmen
Irma Keilhack	238 Stimmen
Egon Franke	235 Stimmen
Helmut Schmidt	232 Stimmen

Das war der letzte der gewählten Genossen. Es ist also, wie die Mandatsprüfungskommission feststellt, die notwendige Mehrheit von 193 Stimmen in jedem Falle überschritten worden. Ebenso sind mehr als vier weibliche Genossen Mitglieder des Parteivorstandes. Auch diese Satzungsbestimmung ist erfüllt. Nachwahlen sind nicht erforderlich.

Ich glaube aber im Namen des Parteitags sagen zu dürfen, daß wir allen ausgeschiedenen Genossen für die geleistete Arbeit unseren herzlichen Dank in der Gewißheit aussprechen (Starker Beifall), daß sich auch diese Genossinnen und Genossen in der kommenden Zeit weiter der Arbeit der Partei zur Verfügung stellen. Für die nicht gewählten Genossen darf wohl insoweit dasselbe gelten mit der Bemerkung, daß sie noch eine Verschnaufpause haben, und jeder, der sich für die Wahl zum Parteivorstand zur Verfügung gestellt hat, ist auch in anderen verantwortlichen Funktionen und wird sich nicht über Mangel an Arbeit und Verantwortung beklagen können.

Das Wort zu einer persönlichen Bemerkung hat Fritz Heine.

Fritz Heine: Liebe Genossinnen und Genossen! Sie haben die Ergebnisse der Wahlen zu den leitenden Körperschaften gehört, die Sie getroffen haben. Eine dieser Entscheidungen betrifft mich. Daß sie in einer für mich schmerzlichen Weise erfolgte, ist etwas, was ich mit mir allein abzumachen habe.

34 Jahre Tätigkeit im Parteivorstand sind damit zu Ende. Diese Jahre aber haben mir das Glück gegeben, das leider viel zu wenig Menschen beschieden ist, Tag für Tag, viele tausend Tage, mit Freuden arbeiten zu können und in der Überzeugung, einer Aufgabe zu dienen, die es wert ist, sich ihr voll zu ergeben. Dafür habe ich all denen zu danken, die mir in diesen Jahren ihr Vertrauen schenkten und denen, die mit mir zusammenwirkten.

Heute, da ich nicht mehr in dem Verdacht stehen kann, für mich zu sprechen, kann ich es sagen: Die Aufgaben, die sich im Parteivorstand ergeben, erfordern nach meiner vieljährigen Erfahrung die Autorität von gewählten Mitgliedern des Parteivorstandes.

Möge der neue Parteivorstand das berücksichtigen und aus seiner Mitte die beste Wahl treffen.

Noch ein letztes: Ich fühle mich den Delegierten dieses Parteitages, die mir ihre Stimme gaben, zu besonderem Dank verpflichtet. Ich appelliere besonders an sie, meinem Nachfolger, wer es auch sei, zu helfen, daß es ihm gelingen möge, was wir alle heißen Herzens wünschen: die Zusammenraffung aller Kräfte als Voraussetzung für künftige Erfolge der Sozialdemokratie. (Starker anhaltender Beifall.)

Vorsitzender Dr. Alex Möller: Ich gebe jetzt das Ergebnis der Wahl der Mitglieder der Kontrollkommission bekannt. Soweit die anderen Stimmergebnisse in Frage kommen, werden Sie nachher aus dem Umlauf das Nähere ersehen können.

Stimmberechtigte Delegierte	384 Stimmen
Abgegebene Stimmen	378 Stimmen
Ungültige Stimmen	6 Stimmen
Gültige Stimmen	372 Stimmen

Von den gültigen Stimmen entfielen auf

Paul Löbe	341 Stimmen
Fritz Ulrich	340 Stimmen
Adolph Schönfelder	331 Stimmen
Walter Damm	317 Stimmen
Georg Peters	316 Stimmen
Grete Rudoll	309 Stimmen
Ernst Herder	298 Stimmen
Heinrich Höcker	289 Stimmen
Otto Schmidt	262 Stimmen

Im übrigen werden wir den Bericht der Mandatsprüfungskommission vervielfältigen lassen und allen Delegierten gleich zustellen.

Ich habe den Mitgliedern der Mandatsprüfungskommission, insbesondere dem Genossen Frenzel, für ihre Tätigkeit herzlichst zu danken. (Beifall.) Genossinnen und Genossen! Bevor ich den nächsten Punkt aufrufe, bitte ich um Ihr Einverständnis, daß der Genosse Steinhoff, der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, das Wort zu einer Erklärung erhält. Es erscheint notwendig, daß sich Fritz Steinhoff heute vormittag hier vor dem Parteitag zu den besonders unqualifizierten Äußerungen des Herrn Bundeskanzlers erklärt.

Fritz Steinhoff hat das Wort. (Beifall.)

Fritz Steinhoff: Genossinnen und Genossen! Ich bin Euch sehr dankbar, daß Ihr mir Gelegenheit gebt, wenn auch nur in kurzem Auszug, einiges richtigzustellen von dem, was von der gegnerischen Seite als Auftakt zu unserem Landtagswahlkampf wieder der Bevölkerung zugemutet wird. Nachdem am Sonntag der Bundeskanzler in der Dortmunder Westfalenhalle den Landtagswahlkampf eröffnet hat, hat er gestern abend in Jülich zum Sozialdemokratischen Parteitag Stellung genommen. Seine Würdigung dieser in der Geschichte des deutschen politischen Lebens bedeutsamen Tagung bewegte sich auf dem Niveau eines niedrig-

sten Bekämpfens der Sozialdemokratie, wie wir sie nur in der Zeit des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, des sogenannten Reichslügenverbandes, und der nationalsozialistischen Hetze gegen die Arbeiterbewegung in der Vergangenheit erfahren haben. (Beifall.)

Diese Haltung eines verantwortlichen Staatsmannes, der an der Spitze der Deutschen Bundesrepublik steht, gereicht uns zur Unehre, ja sie ist für uns alle eine Schande (Sehr wahr! — Starker Beifall), für alle Teilnehmer, nicht zuletzt auch die Besucher dieses Sozialdemokratischen Parteitags, die Stellung nahmen zu den Lebensfragen des deutschen Volkes, die da sind die Sicherung und Festigung des demokratischen Staates, die Wiedervereinigung in Freiheit, die Sicherung gegen die Atomgefahren und dazu die Entscheidungen für die im Umbruch befindliche Gesellschaft mit der sich anbahnenden strukturellen Änderung der Wirtschaft und als Krönung das Bekenntnis, das sich im Kulturwillen der sozialdemokratischen Bewegung ausdrückt, ein für die deutsche Geschichte — so glauben wir jedenfalls — erhebendes Erlebnis.

Genossinnen und Genossen! Ich habe vorhin schon gesagt, das war der Auftakt zum Wahlkampf im Land Nordrhein-Westfalen. Der Beginn dieses Wahlkampfes ist durch die Reden Adenauers und auch Arnolds wieder auf das Niveau der schiefen Darstellungen und Verdrehungen gebracht worden. In einer Kundgebung in der Dortmunder Westfalenhalle am vorigen Sonntag stimmte der Bundeskanzler wieder das alte Lied der Gefährdung der westlichen Welt mit seinen bekannten Übertreibungen an.

Aber auch Herr Arnold, ehemals Ministerpräsident dieses Landes Nordrhein-Westfalen, hat es bis heute noch nicht verschmerzen können, daß er nicht mehr — selbstverständlich als getreuer Diener seines Herrn — Ministerpräsident dieses Landes ist. Wenn Herr Arnold in Dortmund die Behauptung aufstellte, daß wir vor zwei Jahren durch finstere Hintertüren die Regierung umgewandelt haben, dann steht das in direktem Widerspruch zu den bekannten Tatsachen. Von den frei tagenden Fraktionen Zentrum, FDP und SPD ist auf Grund der bestehenden Bestimmungen der Landesverfassung ein konstruktiver Mißtrauensantrag eingebracht worden; durch ihn und durch eine eindeutige Abstimmung des Landtags ist dieser Regierungswechsel vorgenommen worden; und keinerlei Hintertüren brauchten wir uns dabei zu bedienen. Diese Behauptung, die er dort aufstellte, ist eine glatte Verdrehung und Verleumdung und zeugt davon, daß der Lehrling Arnold seinem Herrn und Gebieter die schlechten Beispiele nachzuahmen versucht. (Beifall.)

Es steht fest, daß die damals längst fällige Umbildung der Regierung nach den verfassungsmäßigen Bestimmungen durch Annahme eines konstruktiven Mißtrauensvotums erfolgt ist. Arnold sagt — und stellt das als besondere Kritik heraus — das Ziel der Opposition — der damaligen Opposition — sei es gewesen, durch die Regierungsumbildung Einfluß auf den Bundesrat zu nehmen. Ja, Genossinnen und Genossen, wir machen gar kein Hehl daraus, daß auch das natürlich unser Ziel bei der Regierungsumbildung war. (Beifall)

Ich möchte in Erinnerung bringen, daß die Ablösung der Regierung Arnold ein Protest, ein längst fälliger Protest der drei Fraktionen des

Landtags, SPD, FDP und Zentrum, gegen die Wahlgesetzmanipulationen der Bundestagsmehrheit gewesen ist, gegen das sogenannte Grabensystem, das ja die Aufgabe haben sollte, eine vorhandene Mehrheit durch ein manipuliertes Wahlgesetz auf die Dauer sich zu erhalten.

Bis zum heutigen Tage haben weder Arnold noch seine politischen Freunde diese Niederlage verwunden, vor allem wohl auch deswegen, weil die immer wieder ausgestoßenen Unkenrufe, die SPD könne mit der FDP keine positive Arbeit leisten, mittlerweile durch die Tatsachen widerlegt sind. Ich kann hier dem Parteitag mitteilen, daß trotz verschiedener Meinungen in einzelnen Fragen bis zum heutigen Tag durch eine kameradschaftliche Fairneß und offene Zusammenarbeit diese Regierung nicht nur funktionierte, sondern vieles ermöglichte, was sonst nicht möglich gewesen wäre. (Beifall)

Nur einige Beispiele für das Ergebnis dieser kameradschaftlichen Zusammenarbeit: Die Mittel für den Wohnungsbau, die 1955 800 Millionen DM betrugen, konnten durch diese Zusammenarbeit 1956 und 1957 auf 2,4 Milliarden DM erhöht werden. (Beifall.)

Trotz erhöhter Baukosten war es uns möglich, im Vergleich zu 1955, wo 173 000 Wohnungen gebaut wurden, 1957 181 000 Wohnungen zu errichten. Die Zuweisung von Mitteln an die Gemeinden erfolgte in der Erkenntnis, daß die Demokratie in Deutschland auf die Dauer nur funktionsfähig bleibt, wenn das größte Maß der Selbstverwaltung am Ort gesichert werden kann. (Beifall.)

Aus dieser Erkenntnis heraus hat diese Regierung die Zuweisung an die Gemeinden, die 1955 898 Millionen DM betrug, von Jahr zu Jahr gesteigert, so daß sie 1958, also im jetzt laufenden Etatjahr, 1,3 Milliarden DM beträgt. Die zusätzliche Förderung von Wissenschaft und Forschung, von der in allen Kreisen als Notwendigkeit gesprochen wird, im Bund aber sehr wenig gehalten wird, hat uns veranlaßt, die Summe von 157 Millionen DM, die 1955 zur Verfügung gestellt wurde, auf 224 Millionen DM zu erhöhen. Dazu haben wir den Bau einer Kernforschungsanlage mit 14 wissenschaftlichen Instituten in Angriff genommen mit einem Kostenbetrag von über 100 Millionen DM. Zur Förderung der Jugend wurden 1956 im Landesjugendplan 23,1 Millionen DM, 1958 24,4 Millionen DM zur Verfügung gestellt. Insgesamt sind im Laufe dieser Jahre 3200 Freizeitheime, 700 Wohnheime und 200 Wohnheime für jugendliche Arbeiter und Menschen fertiggestellt worden. Für die Förderung von Krankenhausbauten, die sehr im argen lag, haben wir insgesamt 201 Millionen DM ausgegeben und zusätzlich zum ersten Male, weil früher für die kommunalen Krankenhäuser nichts bereitgestellt wurde, für die kommunalen Krankenhäuser 48,4 Millionen DM zur Verfügung gestellt.

Genossinnen und Genossen! Wir haben es als unsere selbstverständliche Pflicht aufgefaßt, das Verhältnis zwischen Staat und Kirche nicht nur zu normalisieren, sondern im Rahmen unserer Möglichkeiten zu verbessern. (Beifall.)

Unsere Regierung hat unter der Ministerpräsidentschaft eines Sozialdemokraten in der kurzen Zeit ihrer Tätigkeit drei große Kirchenverträge

abgeschlossen. Einen mit der Katholischen Kirche zur Gründung des Bistums Ruhrgebiet mit dem Sitz in Essen, und zwei Verträge mit den Evangelischen Kirchen, wodurch die Arbeitsmöglichkeiten der Kirchen verbessert und die Aufwendungen wesentlich erhöht werden konnten.

Es ist selbstverständlich, daß sich Landtag und Landesregierung auch mit der Schicksalsfrage, die durch die atomare Aufrüstung besteht, befaßt haben. Wir haben dem Landtag und der Öffentlichkeit nachgewiesen, daß die atomare Bewaffnung und ihre möglichen Folgen gerade für das dichtbesiedelte Ruhrgebiet die Gefahr der Vernichtung von Millionen Menschen heraufbeschwören würde. Von den 15 Millionen Einwohnern des Landes — darunter 20 Prozent neuangesiedelte Heimatvertriebene und Flüchtlinge — wohnt über die Hälfte im dichtest besiedelten Ruhrgebiet, und im Falle eines kriegerischen Konflikts würden weder Evakuierungsmöglichkeiten geschaffen, noch entsprechende Schutzräume gebaut werden können. Zu diesen wenigen Beispielen soll auch der Hinweis gehören, daß nicht zuletzt durch die Aktivität der Landesregierung der Wirtschaftsfrieden erhalten wurde und die berechtigten Forderungen der Tarifpartner, nicht zuletzt der Arbeitenden, gesichert werden konnten.

Genossinnen und Genossen! Katastrophen und gefährliche Experimente wurden in Deutschland immer dann heraufbeschworen — nicht nur im Tausendjährigen Reich, sondern auch früher —, wenn die SPD nicht in der Verantwortung war. (Beifall.)

Adenauers Lamento über den Ausgang unserer gestrigen Wahl und den Ablauf dieses Parteitages ist ja nur verständlich, weil er über die Perspektive von Rhöndorf nicht hinaus zu denken vermag. (Beifall.) Seine Meinung, es könne keine Politik ohne die CDU gemacht werden, ist, glauben wir, nunmehr auch im Lande Nordrhein-Westfalen widerlegt. (Beifall.)

Selbst die vorhandene Unruhe in den Kreisen von Industrie und Handel hat sich durch die Art unserer Arbeit und durch die Tatsachen widerlegen und beseitigen lassen. Wenn die Gefahr des Kommunismus aktuell sein sollte oder werden sollte, dann — wir sollten das stark und immer stärker herausstellen — nicht durch die Politik der Sozialdemokraten, sondern höchstens durch die Verwirrung und die demagogischen Unterstellungen und Verdächtigungen Adenauers und seiner Trabanten. (Beifall.)

Herr Arnold, von dem man ja früher behauptete, daß er mit seinem Herrn und Gebieter in gespanntem Verhältnis stehe und eine eigene, vom Wege seines Herrn abweichende Politik treiben wolle, hat sich nunmehr, wie klar und eindeutig durch die Äußerungen in der Westfalenhalle bewiesen wurde, vor den Wagen seines ihm jetzt wohlwollenden Gebieters — jetzt wohlwollenden Gebieters, wie lange, weiß man nicht — spannen lassen. Das ist ja seine Sache. Aber längst widerlegte Verdächtigungen politisch Andersdenkender geben ihm noch kein Alibi, warum er diesen Schritt getan hat. Denn die Behauptung, daß maßgebliche Koalitionspartner des Kabinetts in Nordrhein-Westfalen den Vorschlag gemacht hätten, mit Pankow direkt über die Wiedervereinigung zu sprechen, ist im Landtag widerlegt worden. Die Behauptung ist trotzdem jetzt in der Westfalenhalle wieder von Herrn Arnold aufgestellt worden.

Genossinnen und Genossen, wir wissen sehr wohl, daß soziale Redensarten, auch wenn sie Herr Arnold ausspricht, mit verbrämten Rudimenten der längst zu den Akten gelegten Forderungen des Ahlener Programms heute keinen Hund mehr hinter dem Ofen hervorlocken können. Sicherheit und Freiheit, Wohlstand und Ordnung kann nur der geben, der auf reaktionäre und militärische Experimente verzichtet. Redensarten, die unter anderem benutzt wurden — unser Volk muß bestimmen, ob wir weich werden wollen vor der Macht der Diktatur, — ziehen nicht mehr. Wer wurde denn in der Vergangenheit weich vor den Diktatoren, auch vor den braunen Diktatoren? Waren es die Sozialdemokraten oder waren es nicht vielmehr die Hintermänner der Adenauerschen Politik? (Beifall.) Nicht ein Sozialdemokrat, sondern Herr Adenauer umarmte Herrn Bulganin im Bolschoi-Theater in Moskau.

Wir werden in Nordrhein-Westfalen unseren Wahlkampf intensiv und offensiv führen, mit allen geeigneten Mitteln, und wenn es sein muß, auf einen Schelm anderthalbe setzen. (Beifall.) Wir sind uns bewußt, Genossinnen und Genossen, daß wir in Nordrhein-Westfalen in diesem Jahr die erste Schlacht zu schlagen haben. Wir möchten, daß es uns gelingt, daß durch unser erfolgreiches Vorbild beim Abschluß dieser Wahlen den anderen Ländern ihre Arbeit erleichtert werden könnte. (Beifall.)

Im Vertrauen auf uns und auf unsere gute Sache werden wir alle Kräfte dabei anspannen.

Die Parole, die jetzt von der CDU herausgegeben wird „Bund und Land, Hand in Hand" ist praktisch ins Deutsche übertragen nichts anders als das Bestreben, daß der Bund auch das Land in seine Hand bekommen möchte. Wir setzen dieser Parole von uns aus entgegen: „Zwischen Rhein und Weserland bleibt das Ruder in unserer Hand!" (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Dr. Alex Möller: Bevor ich nun Punkt 6 der Tagesordnung aufrufe, habe ich den Genossen Hans Striefler, Hannover, und Wolfgang Schade, Bezirk Niederrhein, die herzlichsten Glückwünsche des Parteitages zum heutigen Geburtstag auszusprechen. (Beifall.)

Ich darf die Genossen bitten, nach hier zu kommen und Blumen in Empfang zu nehmen.

Ich rufe auf Punkt 6 der Tagesordnung:

Bericht der Bundestagsfraktion

Der Bericht ist im Jahrbuch auf den Seiten 9 bis 104 enthalten. Zu diesem Tagesordnungspunkt gehören die Anträge 132 bis 145.

Auf eine mündliche Berichterstattung wird, wie angekündigt, verzichtet. Ich frage, ob jemand das Wort wünscht. — Das ist nicht der Fall.

Ich rufe die Anträge auf und bitte die Vorlage Nr. 4 zur Hand zu nehmen. Bei Antrag 132 empfehlen Parteivorstand und Parteiausschuß Annahme. Wer für die Annahme des Antrags ist, bitte ich um ein Zeichen. — Der Antrag ist angenommen.

Bei Antrag 133 wird Überweisung an den Parteivorstand empfohlen. Erhebt sich Widerspruch? — Das ist nicht der Fall. Es ist so beschlossen. Der Antrag 134 ist durch den soeben gefaßten Beschluß zu Antrag 133 erledigt.

Bei Antrag 135 wird empfohlen, ihn der Bundestagsfraktion zu überweisen. — Widerspruch erhebt sich nicht. Es ist so beschlossen.

Antrag 136 soll ebenfalls an die Bundestagsfraktion überwiesen werden. — Widerspruch erhebt sich nicht. Es ist beschlossen.

Bei Antrag 137 wird die Annahme empfohlen. — Der Parteitag hat dem Vorschlag zugestimmt.

Das gleiche gilt für Antrag 138; auch hier wird Annahme empfohlen. — Der Parteitag stimmt zu.

Bei Antrag 139 wird empfohlen, ihn abzulehnen, da die Bezirke bereits laufend solches Material von den zuständigen Büros des Parteivorstands erhalten und es dann bei den Bezirken liegt, die Verteilung nach Zweckmäßigkeitsgesichtspunkten vorzunehmen. Ich glaube, dieses Verfahren ist aus vielen Gründen richtig. — Ich stelle fest, daß der Parteitag mit dem Vorschlag einverstanden ist. Der Antrag 140 soll der Bundestagsfraktion überwiesen werden. — Das ist beschlossen.

Dasselbe gilt für Antrag 141. Auch er soll der Bundestagsfraktion überwiesen werden. — Das ist beschlossen.

Der Antrag 142 soll abgelehnt werden. — Widerspruch erhebt sich nicht. Das ist beschlossen.

Der Antrag 143 soll angenommen werden, jedoch müssen im zweiten Absatz wohl einige Neuformulierungen vorgenommen werden. Es heißt dort:

> „Der Parteitag wird gebeten, die Bundestagsfraktion anzuweisen, daß das Gesetz für Heimkehrerentschädigung derart geändert wird, daß solche Menschen nicht mehr in den Genuß dieser Entschädigung kommen."

Sicherlich ist dieser Absatz so nicht annehmbar. Ich würde empfehlen, den ersten Absatz anzunehmen und den zweiten Absatz stilistisch so zu ändern, daß der Zweck, der ganz klar erkennbar ist, erreicht wird. Besteht Einverständnis? — Das ist der Fall. Es ist entsprechend beschlossen. Der Antrag 144 soll angenommen werden. — Der Parteitag stimmt zu. Der Antrag 145 ist durch Antrag 144 erledigt. — Der Parteitag stimmt zu. Damit ist Punkt 6 der Tagesordnung erledigt.

Wir kommen zu Punkt 7 der Tagesordnung:

Arbeitsberichte des Parteivorstandes

Auch hier erfolgt eine mündliche Berichterstattung nicht.
Bei diesem Tagesordnungspunkt sind neben dem Antrag 209 auch die Anträge 146 bis 170 mit zu behandeln.

Der Bericht ist im Jahrbuch, beginnend auf Seite 225, enthalten. Ich rufe zunächst auf den Abschnitt „Organisation". Wird hierzu das Wort gewünscht?

Das Wort hat Genosse Busch, Hamburg.

Arthur Busch, Hamburg: Verehrte Parteigenossinnen und -genossen! Gestatten Sie mir hier einige kurze Bemerkungen zu dem Bericht des Genossen Kukil im Zusammenhang mit dem vorliegenden Antrag 146.

Die Diskussion über den Parteiaufbau in der Spitze sowie über den bestmöglichen Einsatz der Partei hat auch in allen Parteigliederungen einen breiten Raum eingenommen. Das ist verständlich. Denn Diskussionen über das Grundsatzprogramm, über alle Fragen des gesellschaftlichen, kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens, um eine klare und eindeutig verständliche Konzeption herauszustellen, bekommen nur dann ein reales Gewicht, wenn eine Organisation da ist, die die erarbeitete politische Konzeption der breiten Bevölkerung zugänglich und verständlich machen kann.

Es ist bereits vom Genossen Kukil und auch von anderen Rednern zum Ausdruck gebracht worden, daß unsere Partei die Waffe ist, das Sprachrohr, das sich die Arbeiterschaft geschaffen hat, um ihre politischen Ziele zu erreichen. Daß diese Waffe von Zeit zu Zeit den Gegebenheiten der Zeit angepaßt werden muß, versteht sich von selbst. Es ist in bezug auf die Einsatzfähigkeit, auf die bestmöglichste Einsatzfähigkeit unserer Partei notwendig, die organisatorischen Möglichkeiten genauso wie die ideologischen Grundlagen anzusprechen, damit wir unsere Vorstellungen auch den breiten Schichten der Bevölkerung richtig zugänglich machen können. Wie kann dies nach den gemachten Erfahrungen und vornehmlich in jenen Ländern, die mit Erfolg eine gute Politik durchgeführt haben, möglich gemacht werden? Wir haben eine gezielte Propaganda herauszustellen, eine gezielte Propaganda, die sich an alle Schichten der arbeitenden Bevölkerung richtet.

Genossinnen und Genossen! Ich sprach von der Zielarbeit. Nun, eine Zielarbeit hat nur dann einen Sinn, wenn auch ins Schwarze getroffen wird. Und ins Schwarze trifft man nur dann, wenn das Visier auch richtig eingestellt ist. Diese Einstellung des Visiers wird am besten ermöglicht durch die Arbeitsgemeinschaften, die wir innerhalb unserer Partei bereits haben. Aber es ist nach den Erfahrungen eine weit stärkere Aktivität der Arbeitsgemeinschaften innerhalb unserer Partei herbeizuführen. Genossinnen und Genossen! Ebenso wie die Betriebsarbeitsgemeinschaft den Arbeiter im Betrieb erfassen und überzeugen soll, ebenso wie die Arbeitsgemeinschaft der Frauen sowie alle anderen ihre besonderen speziellen Aufgaben von der Partei gestellt bekommen haben, so hat auch die Arbeitsgemeinschaft selbständig Schaffender eine politisch dringend erforderliche Aufgabe zu erfüllen.

Gestatten Sie mir, als Bundesvorsitzender dieser Arbeitsgemeinschaft darauf hinzuweisen. Denn es ist eine Tatsache, daß die Schicht der Handwerker, Einzelhändler, Gewerbetreibenden und Freiberufler mehrere

Millionen Menschen umfaßt und daß diese ihre wirtschaftliche Existenz heute von der Großwirtschaft aufs stärkste bedroht sehen.

Genossinnen und Genossen! Ich brauche hier nicht auf die gesellschaftspolitische oder volkswirtschaftliche Bedeutung dieser Mittelschichten oder — wie man landläufig sagt — dieses Mittelstandes aufmerksam zu machen. Das ist bereits in den verschiedenen Referaten zum Ausdruck gebracht worden. Was für uns als Partei wichtig ist, ist die politische Eroberung der Mittelschichten der selbständig Schaffenden. Wir müssen dahin kommen, daß sie unsere sozialistischen Ideen in sich aufnehmen. Und wir können nur dann aus dem Turm der 33 Prozent herauskommen, wenn es uns gelingt, in diese Schicht einzudringen.

Genossinnen und Genossen! Diese an sich nicht leichte, aber politisch notwendige Aufgabe ist der Arbeitsgemeinschaft von der Partei gestellt. Die Mittelschichten müssen überzeugt werden, daß sie ihre wirtschaftliche und soziale Besserstellung nur Schulter an Schulter mit der breiten Schicht der Arbeiterschaft erreichen können. (Beifall.)

Gewiß, Genossinnen und Genossen, es gibt in Mittelschichten noch große Vorurteile gegen die SPD; sie sind traditionsgebunden, ja, sie werden auch noch künstlich genährt von den politischen Gegnern. Die Mittelschichten bilden ja das Rückgrat, bilden die Korsettstangen unserer politischen Gegner, und deshalb sind sie sehr stark darauf bedacht, daß diese Mittelschichten nicht zur Sozialdemokratischen Partei stoßen. Aber wenn wir einen Erfolg verzeichnen wollen, Genossinnen und Genossen, dann muß dieser Kampf in seiner Wichtigkeit von der gesamten Partei erkannt werden. Ich darf darauf hinweisen, daß über 100 000 selbständig Schaffende bereits innerhalb unserer Partei organisiert sind, und die meisten von ihnen, Genossinnen und Genossen, sind alte bewährte Sozialdemokraten, die stets für ihre Überzeugung eingestanden sind und auch Opfer gebracht haben.

Genossinnen und Genossen! Diese Vielzahl von selbständig Schaffenden, diese überzeugten Sozialisten müssen sich in der Arbeitsgemeinschaft zusammenfinden, um zielbewußt und konzentriert die gestellten Aufgaben der Partei erfüllen zu können.

Genossinnen und Genossen! Seien Sie sich dessen bewußt: Die Arbeitsgemeinschaften selbständig Schaffender können und werden dazu beitragen, daß unsere Partei noch größer und stärker wird.
Danke schön! (Beifall.)

Vorsitzender Dr. Alex Möller: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zum Abschnitt „Presse und Propaganda". — Wird dazu das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall.

Nunmehr kommen wir zu den Anträgen.

Der Antrag 146 ist zurückgezogen worden.

Bei Antrag 147 wird Überweisung an den Parteivorstand empfohlen. — Der Parteitag stimmt zu.

Bei Antrag 148 wird Annahme empfohlen. — Der Parteitag stimmt zu. Bei Antrag 149 wird gleichfalls Annahme empfohlen. — Der Parteitag stimmt zu.

Bei Antrag 150 wird empfohlen, abzulehnen. — Der Parteitag stimmt zu. Ablehnung wird auch bei dem Antrag 151 empfohlen. — Der Parteitag stimmt zu.

Der Antrag 152 soll dem Parteivorstand überwiesen werden. Mit einer Ausnahme: der Abs. b) auf Seite 79 wäre abzulehnen. — Ich stelle fest, daß der Parteitag diesen Vorschlag gebilligt hat.

Bei Antrag 153 wird Überweisung an den Parteivorstand empfohlen. — Es ist so beschlossen.

Bei Antrag 154 wird ebenfalls Überweisung an den Parteivorstand empfohlen. — Es ist so beschlossen.

Bei Antrag 155 wird Annahme empfohlen. — Der Parteitag stimmt zu.

Bei Antrag 156 wird empfohlen, die Ziff. 1, 2 und 4 anzunehmen und die Ziff. 3 und 5 an den Parteivorstand zu überweisen. — Es erhebt sich kein Widerspruch. Der Parteitag hat dem Vorschlag zugestimmt.

Der Antrag 157 ist durch die Erledigung des Antrags 156 ebenfalls erledigt.

Bei Antrag 158 wird Überweisung an den Parteivorstand empfohlen. — Der Parteitag stimmt zu.

Bei Antrag 159 wird ebenfalls Überweisung an den Parteivorstand empfohlen. — Der Parteitag stimmt zu.

Bei Antrag 160 wird eine Ergänzung empfohlen, so daß die Bestimmung in § 8 wie folgt lauten soll:

> „Der Parteivorstand führt innerhalb der Gesamtpartei im Einvernehmen mit den Bezirken einen Finanzausgleich durch, um die Parteiarbeit in den leistungsschwachen Bezirken zu fördern."

Es wird Annahme in dieser Fassung empfohlen. — Widerspruch erhebt sich nicht. Der Parteitag hat so beschlossen. (Widerspruch — Zurufe: Abstimmen! — Weitere Zurufe: Zweidrittelmehrheit!)
— Wir müssen also abstimmen.

Ich verlese noch einmal die geänderte Bestimmung des § 8:

> „Der Parteivorstand führt innerhalb der Gesamtpartei im Einvernehmen mit den Bezirken einen Finanzausgleich durch, um die Parteiarbeit in den leistungsschwachen Bezirken zu fördern."

Wer für diesen Antrag ist, bitte ich um ein Zeichen. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Ich glaube, es besteht Klarheit, daß für diese Bestimmung die Zweidrittelmehrheit erreicht wurde. (Beifall)

Antrag 161 ist erledigt durch den Antrag 112.

Bei Antrag 162 wird empfohlen, a) abzulehnen und b) anzunehmen. Ich frage den Parteitag, ob er mit diesem Vorschlag einverstanden ist. (Nein-Rufe und vereinzelte Ja-Rufe)

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für die Annahme des Vorschlags ist, a) abzulehnen und b) anzunehmen, den bitte ich um Erheben der Stimmkarte. (Widerspruch)

Wer also für Ablehnung von a) ist, den bitte ich um ein Zeichen. Ich wiederhole: Wer bei Antrag 162 für Ablehnung von a) ist, den bitte ich um ein Zeichen. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Dann müssen wir also positiv abstimmen lassen; es ist ja eine Satzungsänderung.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung, ob bei a) in der Beitragsstaffel — das wäre also eine Änderung des Organisationsstatuts § 8 — eine Zwischenstufe zwischen den Beiträgen zu 3,60 und 6,— DM eingeführt werden soll. Darüber müssen wir jetzt abstimmen. Dazu wäre Zweidrittelmehrheit erforderlich, damit diese Änderung dann im § 8 des Organisationsstatuts vorgenommen werden kann. Wer also für diese Zwischenstufe ist, den bitte ich um ein Zeichen. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Ich glaube, es besteht Einigkeit, daß die Zweidrittelmehrheit erreicht ist, denn wir gehen ja aus von den Delegierten, die abstimmen. Damit wäre also a) des Antrags 162 angenommen.

Buchstabe b) des Antrags 162 will eine Zwischenstufe zwischen den Beiträgen zu 12 und 24 DM schaffen. Wer für diese Ergänzung des § 8 im Organisationsstatut ist, den bitte ich, die Stimmkarte zu erheben. — Ich danke und bitte um die Gegenprobe. — Auch hier ist die Zweidrittelmehrheit erreicht. Die Ergänzungen in der Beitragsstaffel, die sich aus a) und b) ergeben, sind also beschlossen worden.

Bei Antrag 163 wird Ablehnung empfohlen. — Widerspruch erhebt sich nicht. Es ist so beschlossen.

Bei Antrag 164 wird Ablehnung empfohlen. — Widerspruch erhebt sich nicht. Es ist so beschlossen.

Der Antrag 165 soll an den Parteivorstand überwiesen werden. — Der Parteitag ist damit einverstanden.

Antrag 166 soll dem Parteivorstand überwiesen werden. — Der Parteitag ist einverstanden.

Antrag 167 soll gleichfalls dem Parteivorstand überwiesen werden. — Der Parteitag ist einverstanden.

Der Antrag 168 soll durch den Antrag 209 ersetzt werden. Ich bitte die Vorlage zur Hand zu nehmen, oder am einfachsten ist es, ich lese den Antrag 209 vor:

> „Der Stuttgarter Parteitag der Sozialdemokratischen Partei empfiehlt allen Mitgliedern und Wählern der SPD, den „Vorwärts" zu abonnieren. Neben den Ortsvereinen sollten auch die Distrikte den „Vorwärts" mindestens in einem Exemplar abonnieren."

Es wird also empfohlen, den Antrag 168 durch diesen Antrag 209 zu ersetzen. Wer diesem Vorschlag zustimmen will, den bitte ich um ein Zeichen. — Danke. Es ist so beschlossen.

Antrag 169 soll an den Parteivorstand überwiesen werden. — Widerspruch erhebt sich nicht. Es ist so beschlossen.

Antrag 170 soll gleichfalls an den Parteivorstand überwiesen werden. Ich stelle fest, daß auch das beschlossen worden ist. Damit haben wir Punkt 7 der Tagesordnung erledigt.

Wir kommen zu Punkt 8:

Bericht der Kontrollkommission

Das Wort hat Adolph Schönfelder. (Beifall.)

Adolph Schönfelder: Genossinnen und Genossen! Mein mündlicher Bericht kann noch kürzer sein als der schriftliche, auf den ich mich hiermit beziehe. Beschwerden über den Parteivorstand sind bei der Kontrollkommission nicht eingegangen. Der Parteivorstand hat uns über alle geschäftlichen und sonstigen Ereignisse in der Partei immer eingehend informiert. Bücher, Belege und die Rechnungen sind alle in Ordnung gewesen. Durch unsere Unterschrift haben wir das bestätigt. Mein Antrag geht auf Entlastung des geschäftsführenden Parteivorstands. (Beifall.)

Vorsitzender Dr. Alex Möller: Wird das Wort gewünscht? — Es ist nicht der Fall. Es ist Entlastung des geschäftsführenden Parteivorstands beantragt. Wer für diese Entlastung ist, den bitte ich, die Stimmkarte zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. Wer ist gegen Entlastung? — Stimmenthaltungen? — Ich stelle also fest, daß die Entlastung einstimmig erteilt worden ist. Damit haben wir Punkt 8 erledigt.

Der Punkt 9 war erledigt.

Wir kommen zu Punkt 10:

Sonstige Anträge und Abschluß des Parteitages

Ich bitte, die Vorlage Seite 85 zur Hand zu nehmen.

Bei Antrag 171 wird Überweisung an den Parteivorstand empfohlen. — Der Parteitag stimmt zu.

Auch bei Antrag 172 wird Überweisung an den Parteivorstand empfohlen. — Der Parteitag stimmt zu.

Bei Antrag 173 wird Überweisung an den Parteivorstand empfohlen. — Der Parteitag stimmt zu.

Bei Antrag 174 wird Annahme empfohlen. — Der Parteitag stimmt zu.

Bei Antrag 175 wird Annahme empfohlen. — Der Parteitag stimmt zu.

Bei Antrag 176 wird Ablehnung empfohlen. — Der Parteitag stimmt zu.

Bei Antrag 177 wird empfohlen, in der der zweiten und dritten Zeile zu streichen „Verwaltung, Rechtsprechung und auf", so daß es heißen würde:

„Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands lenkt die Aufmerksamkeit auf die in allen Gebieten des öffentlichen Lebens breitwerdenden Tendenzen der Restauration." Ist der Parteitag einverstanden, daß wir den Antrag in dieser Form annehmen? — Das ist der Fall. Wir haben so beschlossen.

Bei Antrag 178 wird Überweisung an den Parteivorstand empfohlen. — Der Parteitag stimmt zu.

Bei Antrag 179 wird Überweisung an den Parteivorstand empfohlen. — Der Parteitag stimmt zu.

Auch bei Antrag 180 wird empfohlen, ihn dem Parteivorstand zu überweisen. — Der Parteitag stimmt zu.

Bei Antrag 181 lautet die Empfehlung auf Annahme. — Der Parteitag stimmt zu.

Antrag 182 ist durch den Beschluß zu Antrag 181 erledigt.
Antrag 183 ist zurückgezogen worden.

Bei Antrag 184 wird Überweisung an den Parteivorstand empfohlen. — Der Parteitag stimmt zu.

Die Anträge 185, 186, 187, 188 und 189 sind durch die Annahme des Antrags 201 erledigt. Bei Antrag 190 wird Überweisung an den Parteivorstand empfohlen.

Zu diesem Antrag wird das Wort vom Genossen Wischnewski gewünscht.

Hans Jürgen Wischnewski, Köln: Liebe Genossinnen und Genossen! Einige ganz wenige Worte zum Antrag 190, bei dem Überweisung an den Parteivorstand empfohlen wird: Ich darf den Parteitag darum bitten, diesen Antrag nicht zu überweisen, sondern hier anzunehmen.

Das Statistische Bundesamt hat vor einigen Wochen eine Erklärung zu den Bundestagswahlen abgegeben. Darin heißt es:

> „Die Gliederung nach dem Alter zeigt, daß bei den jüngsten Wählern — und zwar sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen — die SPD einen besonders starken Erfolg gehabt hat. Ihr Stimmenanteil nimmt mit zunehmendem Alter ab."

Und am 31. Januar 1958 hat das Statistische Bundesamt erklärt:

> „Die Partei mit den relativ meisten jugendlichen Wählern ist die SPD. Hier sind bei den Männern 198 und bei den Frauen 167 von je 1000 Wählern noch keine 30 Jahre alt gewesen."

Ich glaube, wir haben alle Anlaß, uns über dieses Ergebnis besonders zu freuen. Daraus geht eindeutig und klar hervor, daß die Sozialdemokratische Partei bei den jungen Wählern besonderes Vertrauen besitzt. (Beifall.)

Daraus, meine Genossinnen und Genossen, ergeben sich selbstverständlich auch für die politische Arbeit eine Reihe von Konsequenzen.

Aus diesem Grund schlagen wir vor, daß noch in diesem Jahre eine jugendpolitische Konferenz der Jungsozialisten stattfindet, die auch notwendig ist, um eine Reihe von Problemen des jugendpolitischen Programms unserer Partei neu zu überdenken. Wir schlagen eine Tagesordnung vor. Hierüber läßt sich reden. Hier gibt es selbstverständlich Möglichkeiten, die Dinge noch zu ändern.

Es ist aber, Genossinnen und Genossen, bei dieser Gelegenheit notwendig, auch etwas anderes anzusprechen, und ich möchte das jetzt in aller Behutsamkeit tun. Die letzte zentrale Konferenz der Jungsozialisten hat im Jahre 1952 stattgefunden. Im Jahre 1952 ist der zur Zeit noch amtierende Zentrale Arbeitsausschuß der Jungsozialisten gewählt worden. Ich möchte nicht gegen die Genossen sprechen, die damals gewählt worden sind, und ich möchte auch in keiner Weise gegen das Zentralsekretariat sprechen. Ich glaube, daß alle Genossinnen und Genossen, die damals bestellt worden sind, sich in einem hervorragenden Maße um ihre Aufgabe bemüht haben, aber Genossinnen und Genossen, es geht hier um einen Grundsatz. In der Sozialdemokratischen Partei finden alle zwei Jahre in allen Gremien Neuwahlen statt, und das muß auch für den Zentralausschuß der Jungsozialisten gelten. Aus diesem Grund bitte ich den Parteitag herzlich darum, diesen Antrag anzunehmen. (Starker Beifall und Bravo-Rufe.)

Vorsitzender Dr. Alex Möller: Genossinnen und Genossen! Wenn in einem solchen Falle Überweisung an den Parteivorstand vorgeschlagen wird, gehe ich davon aus, daß man eine positive Erledigung wünscht. Ich meine, daß man nach diesen Ausführungen den ersten und den letzten Absatz annehmen sollte. Was eben vorgetragen worden ist, ging ja auch dahin, daß man über die Tagesordnung noch reden könne.

Ich würde also meinen, daß man nun so verfahren sollte, den ersten und den letzten Absatz anzunehmen und den übrigen Teil des Antrags an den Parteivorstand zu überweisen, damit dort eine Überlegung wegen der Tagesordnung erfolgen kann. (Zustimmung. — Zurufe: Einverstanden!) Besteht darüber Einverständnis? (Zustimmung.)

Darf ich fragen, ob der Parteitag mit diesem Vorschlag einverstanden ist? Ich bitte dann um ein Zeichen. — Danke. — Das ist so beschlossen worden. (Lebhafter Beifall.)

Antrag 191:

Hier wird Annahme empfohlen. — Der Parteitag stimmt zu.

Bei Antrag 192 wird Überweisung an den Parteivorstand empfohlen. — Der Parteitag stimmt zu.

Antrag 193:

Auch hier wird Überweisung an den Parteivorstand empfohlen. — Der Parteitag stimmt zu.

Antrag 194:

Empfehlung: Überweisung an den Parteivorstand. — Es ist so beschlossen.

Antrag 195:

Es wird empfohlen, diesen Antrag an den Parteivorstand zu überweisen. — Der Parteitag beschließt so.

Antrag 196:

Dieser Antrag soll abgelehnt werden. — Es ist so beschlossen.

Antrag 197:

Hier wird Überweisung an den Parteivorstand empfohlen. (Zuruf: Ich bitte ums Wort!)

Zu Antrag 197? Bitte schön; wer war das? (Zuruf: Genosse Nevermann!) Also, Genosse Nevermann, Hamburg. — Es ist der Antrag 197.

Dr. Paul Nevermann, Hamburg: Genossinnen und Genossen! Ich möchte doch bitten, diesen Antrag anzunehmen. Ich bin für die Formulierung dieses Textes nicht verantwortlich, aber die Sache selbst ist außerordentlich wichtig. In diesem Hamburger Antrag steckt nämlich die Absicht, daß wir uns für den zukünftigen Bundestagswahlkampf so vorbereiten, wie wir es mit großem Erfolg in Hamburg, in Bremen und bei vielen Kommunalwahlen getan haben.

Es gibt eine Summe von Faktoren, die zu diesen Wahlsiegen geführt haben. Ein Faktor aber, der zu verallgemeinern ist, war, daß wir mit zwei oder drei Dutzend ganz bestimmter Regierungsforderungen in den Wahlkampf gezogen sind, mit — wie wir es in Hamburg genannt haben — konkreten Regierungsleitsätzen.

Wir sind der Auffassung, daß wir so etwas an konkretisiertem Regierungsprogramm auch für den zukünftigen Bundestagswahlkampf brauchen. (Lebhafter Beifall)

Wenn wir das aber wollen, sollten wir diesen Antrag annehmen, damit wir nicht wieder nur einen Wahlkongreß haben, bei dem alles fertig ist und bei dem wir nur noch für die Gesamtpartei zustimmen können.

Ich will einen solchen Wahlkongreß mit großer propagandistischer Wirkung gar nicht ablehnen, Genossinnen und Genossen, aber vorher müssen wir zusammenkommen und Gelegenheit haben, die konkreten Regierungsleitsätze einer zukünftigen Bundesregierung zu diskutieren. Wenn wir das aber wollen, dann sollten wir als Parteitag durch die Annahme dieses Antrages eindeutig kundtun, daß das nicht dem Parteivorstand überlassen werden soll. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Dr. Alex Möller: Genossinnen und Genossen! Wir stimmen nun nach diesen Ausführungen des Genossen Nevermann am besten ab. — Wer für Annahme des Antrags 197 (Zuruf)

— Verzeihung, ich bin persönlich der Meinung, daß es richtiger ist, nicht über den Vorschlag der Überweisung an den Parteivorstand abzustimmen, sondern abzustimmen, ob wir diesen Antrag annehmen sollen. (Zustimmung)

Das ist eine klare Entscheidung. Die Überweisung an den Parteivorstand ist nicht klar, weil man damit nicht bekundet, ob man der Auffassung dieses Antrags zustimmt oder nicht. Es ist dann ausschließlich in die Entscheidung des Parteivorstandes gestellt, nun mit dem Antrag zu verfahren, wie er will.

Ist der Parteitag — (Zuruf)

Verzeihung, ich bin der Meinung, daß es eine wirklich wichtige Entscheidung ist, eine wichtige — nicht nur organisatorische, sondern auch politische — Entscheidung. (Lebhafter Beifall)

Ich bitte den Parteitag, damit einverstanden zu sein, daß ich über den Antrag 197 so abstimmen lasse, wie ich es vorgeschlagen habe.

Wer für Annahme des Antrags ist, den bitte ich um ein Zeichen. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen?

Ich stelle also fest, daß dieser Antrag einstimmig angenommen worden ist. (Lebhafter Beifall)

Warum erst einen Umweg?

Wir kommen zum Antrag 221. Der Antrag 221 ist enthalten auf der Vorlage: 5. Nachtrag zur Vorlage Nr. 4.

Ich erlaube mir hier den Vorschlag, den ersten Absatz, bis auf den letzten Satz, und auch den zweiten Absatz anzunehmen.

Beim letzten Satz des ersten Absatzes, der lautet:

> „Insbesondere dort, wo noch keine sozialistischen Kinder- und Jugendgruppen bestehen, sollten durch die Wahl von Vertrauensleuten für Erziehungsfragen die Voraussetzungen für eine baldige Gruppengründung geschaffen werden."

empfehle ich Überweisung an den Parteivorstand — also nur dieses Teils des Antrags —, weil überlegt werden muß, ob es nicht auch noch andere Voraussetzungen gibt. Wir sollten doch nicht von vornherein eine solche Festlegung vornehmen. Das müßte doch wohl im Parteivorstand sorgfältig überlegt und geprüft werden. Aber die übrigen Teile des Antrags kann man meines Erachtens nicht einfach dem Parteivorstand überweisen.

Auch hier handelt es sich um eine politische Willensäußerung. Deswegen empfehle ich, alle anderen Teile des Antrags anzunehmen.

Wird zu diesem Vorschlag das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall. Dann stimmen wir ab.

Wenn der Parteitag mit dem gemachten Vorschlag einverstanden ist, bitte ich um ein Zeichen durch Erheben der Stimmkarte. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Stimmenthaltungen?

Bei einigen Stimmenthaltungen ist der Vorschlag vom Parteitag angenommen worden.

Die Kontrollkommission teilt mit, daß sie sich gemäß § 29 des Statuts neu konstituiert hat.

Zum Vorsitzenden wurde gewählt Adolph Schönfelder, Hamburg, Kleiststraße 7. Zum Schriftführer Walter Damm. — Ich gebe dem Parteitag hiervon Kenntnis.

Genossinnen und Genossen! Damit kein Mißverständnis aufkommt: Ich habe heute früh bei Bekanntgabe des Wahlergebnisses mitgeteilt, daß wir das vollständige Protokoll, das die Mandatsprüfungskommission hierzu erstellt hat, abziehen lassen und verteilen. Leider ist nicht unserem Wunsche entsprechend verfahren worden. Als dann die Unterlagen ausgehändigt wurden, die Sie inzwischen bekommen haben, haben wir sofort veranlaßt, daß das gesamte Protokoll abgezogen wird (Beifall), damit Sie auch die anderen Ergebnisse kennenlernen, die Sie doch auch wissen müssen. Das ist doch sonst nur ein halbes Ergebnis, das da ausgehändigt worden ist. (Beifall.) Es ist aber nicht ganz einfach, sich mit Wünschen gegenüber dem Büro durchzusetzen. (Heiterkeit. — Lebhafter Beifall.) Ich hoffe, Genossinnen und Genossen, nachdem sich unsere Genossinnen hier vom Präsidium sehr bemüht haben, das Abziehen und Verteilen zu veranlassen, daß das in den nächsten Minuten geschieht. Das wollte ich noch mitteilen.

Genossinnen und Genossen! Bevor ich dem ersten Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Erich Ollenhauer, das Wort zu seiner Schlußansprache gebe, darf ich fragen, ob sonst zum Punkt 10 der Tagesordnung noch das Wort gewünscht wird. Es scheint mir besser zu sein, das jetzt zu tun als zu einem späteren Zeitpunkt.

Eine Wortmeldung? — Ich bitte um den Namen. (Zuruf.)

Bitte, wenn hier jemand sprechen will, kann er sprechen. Bitte, Genossen, wie ist der Name? (Zurufe: Löwinger!)

Genossin Löwinger hat das Wort.

Elfriede Löwinger, Abensberg/NDB. Liebe Genossen und Genossinnen! Ich möchte diesen Parteitag nicht beendet sehen, ohne daß im Namen aller Genossinnen draußen in den Bezirken unserer Herta Gotthelf gedankt wird (lebhafter Beifall), gedankt wird für eine 39jährige Tätigkeit im Parteivorstand, für eine Arbeit, die wahrhaftes Dienen für die Idee der Sozialdemokratischen Partei war.

Wir kleinen Funktionärinnen draußen in den Bezirken empfinden es schmerzlich, daß unsere Herta nicht mehr gewählt wurde, denn Herta war die Seele, ja, die Mutter der gesamten Frauenarbeit. (Lebhafter, langanhaltender Beifall.)

Nicht nur politisch, sondern mehr noch menschlich war der Kontakt zu Herta Gotthelf. Sie war für alle da, sie hatte für jeden persönlichen Schmerz Verständnis. Der direkte Kontakt der kleinsten Funktionärin draußen zu Herta Gotthelf war doch das, was die Frauenarbeit so fruchtbar machte. (Langanhaltender, lebhafter Beifall.)

Ich habe nun eine persönliche Bitte an Herta Gotthelf im Namen gerade dieser kleinen Funktionärinnen draußen: Bitte, Herta, führe Deine Arbeit weiter! Sei für uns da; wir haben Dich so bitter nötig! — Danke schön! (Lebhafter, langanhaltender Beifall.)

Vorsitzender Dr. Alex Möller: Genossinnen und Genossen! Bei Beginn des Parteitages habe ich bereits darauf hingewiesen, daß die Protokolle, die ausgehändigt werden, unkorrigierte Protokolle sind und deswegen keinen Anspruch auf Gültigkeit haben. Sie haben erst dann Anspruch auf Gültigkeit, wenn sie korrigiert wurden und dann in der endgültigen Fassung vorliegen. Ich sage das insbesondere deswegen, weil auf Seite 440 auch Stimmergebnisse nicht richtig wiedergegeben sind. Man muß das ja heute sagen, weil man nicht weiß, was sonst Herr Adenauer und seine Leute aus solchen Sachen machen.

Genossinnen und Genossen! Wird sonst noch das Wort zu Punkt 10 der Tagesordnung gewünscht? — Das ist nicht der Fall.

Dann bitte ich Erich Ollenhauer, zu uns zu sprechen. (Starker, anhaltender Beifall.)

Erich Ollenhauer: Genossinnen und Genossen! Wir stehen am Schluß unseres Stuttgarter Parteitages. Wir haben eine sehr harte Arbeitswoche hinter uns; wir haben sehr intensive Beratungen geführt; wir haben ein sehr umfangreiches Arbeitsprogramm abgewickelt, und wir haben bei verschiedenen Punkten in den politischen und organisatorischen Fragen, sehr umfangreiche, zum Teil kritische Diskussionen gehabt. Wir haben während dieses Parteitages auch unter außergewöhnlichen Belastungen gestanden, die wir vor allem gestern abend empfunden haben, als wir in diesem Hause eine Trauerfeier für Wilhelm Mellies durchgeführt haben.

Es war für uns alle nicht leicht, alles das aufzunehmen und zu erledigen. Es ist aber geschehen. Ich glaube, wir können darauf stolz sein. Ich möchte zunächst den Parteitag bitten, daß wir am Schluß unserer Tagung unserem Genossen Erwin Schoettle, der durch seine Krankheit verhindert war, an diesem Parteitag teilzunehmen, unsere herzlichsten Grüße und unsere besten Wünsche für seine baldige Wiederherstellung übermitteln. (Starker Beifall.)

Ich möchte allen Teilnehmern des Parteitages, in erster Linie den Delegierten, herzlichst danken für die Arbeitsleistung, die sie vollbracht haben. Die Durchführung unseres Programms war nur möglich durch die Bereitschaft aller, diese umfangreiche Arbeit zu erledigen, um zu Resultaten zu kommen, die uns für unsere weitere Arbeit wichtige Grundlagen geben.

Ich möchte an dieser Stelle all denen danken, die an der Vorbereitung und an der Durchführung des Parteitages mitgewirkt haben: der Stadt Stuttgart, dem Land Baden-Württemberg. Wir haben hier in der Liederhalle eine Arbeitsstätte gefunden, die uns die Arbeit wesentlich erleichtert hat. Ich möchte unseren ausländischen Gästen für das danken, was sie uns in ihren Begrüßungsansprachen an Anregung gegeben haben, aber auch für das große Interesse, mit dem sie unseren Verhandlungen gefolgt sind. Das ist ein großer Gewinn. Denn wir brauchen in der internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung mehr Kenntnis voneinander (Beifall.) und mehr Verständnis für die Auffassung und Motive, die die Politik der einzelnen Parteien bestimmen. Es mag sein, daß wir

in einzelnen wichtigen Fragen nicht immer einer Meinung sind und daß wir darüber zu diskutieren haben. Aber es ist wichtig, daß wir diese Diskussionen führen und die daraus notwendig werdenden Entscheidungen in Kenntnis der Argumente und Überlegungen aller Beteiligten treffen. (Beifall.)

Ich möchte danken den Vertretern von Presse, Rundfunk und Fernsehen für die publizistische Unterstützung unserer Arbeit, die sie uns in diesen Tagen geboten haben. (Beifall.)

Wir haben auch diesen Gästen eine erhebliche Arbeitslast zugemutet, und wir haben ihnen wenig Gelegenheiten zu Entspannungen geben können. Es war nicht anders zu machen. Unser Dank ist deshalb um so aufrichtiger, wobei ich allerdings hinzufüge, daß dieser Dank nicht heißt, daß ich mich mit allen Kommentaren einverstanden erklären möchte, (Beifall.) die über den Sinn und die Bedeutung unserer Beratungen und Beschlüsse veröffentlicht worden sind. Auch wünschte ich manchmal, daß man nicht die Verhandlungen des Parteitages benutzt, um vorher festgelegte Meinungen zu publizieren, sondern daß man aus den Beratungen und Beschlüssen Einsichten über das, was das Wesen und der Sinn der Politik der Sozialdemokratischen Partei ist, gewinnt. (Beifall.) Ich möchte unserer Parteiorganisation in Stuttgart für die Kundgebung am letzten Sonntag und für die vielfältige Arbeit, die wir ihr bei der Durchführung und der Vorbereitung unseres Parteitages zugemutet haben, danken, (Beifall.) und ich möchte ein Wort des speziellen Dankes an die Genossinnen und Genossen sagen, die so unermüdlich und zuverlässig den Ordnungsdienst in diesem Hause durchgeführt haben. (Beifall.)

Ich möchte den Genossinnen und Genossen danken, die hinter der Bühne in der großen Maschinerie, die ein solcher Parteitag erfordert, tätig gewesen sind. (Beifall.) Sicher hat es hier und da Pannen gegeben; aber ich glaube, auch die Feststellung dieser Mängel soll uns nicht hindern, anzuerkennen, daß diese Leistung nur möglich war, weil unsere Genossinnen und Genossen in diesem Teil des Parteitages mit ihrer ganzen Kraft und Hingabe versucht haben, eine große Aufgabe befriedigend zu lösen. (Beifall.)

Ein Wort des Dankes an die Mandatsprüfungskommission. Auch sie hat es nicht immer leicht gehabt. Aber immerhin: Ich glaube, wir haben anzuerkennen, daß sie uns die Durchführung des Parteitages, vor allen Dingen der Wahlen, durch ihre Arbeit ermöglicht hat.

Schließlich, Genossen, wenn wir uns jetzt fragen: Was bedeutet dieser Parteitag für unsere Partei, wie sollen wir ihn in unsere aktuelle Arbeit eingliedern und welche Rolle wird er bei einer späteren rückschauenden Betrachtung spielen? — Ich glaube, man muß objektiverweise feststellen, daß dieser Parteitag eine große sachliche Leistung zur Klärung der Auffassungen der Sozialdemokratie zustande gebracht hat. Wir haben hier die wichtigsten und im Augenblick im Vordergrund stehenden Probleme der Politik diskutiert — Außenpolitik, Wehrpolitik, die Politik der Wiedervereinigung, Kulturpolitik. Es ist eine Tatsache, die nicht aus der Welt geschafft werden kann, daß in diesen Fragen der Parteitag entweder einstimmig oder fast einstimmig nach Debatten und Auseinandersetzungen

Richtlinien festgelegt hat, die die Partei auf dem Wege der Klärung und Konkretisierung ihrer Aufgaben ein großes Stück vorangebracht haben. Wir haben uns hier — sozusagen in der Ersten Lesung — unterhalten über das Grundsatzprogramm. Es ist nun in der Partei in der Diskussion. Ich möchte wiederholen, was ich am Anfang des Parteitags in meiner Eröffnungsrede gesagt habe: Helfen wir mit, daß diese Diskussion zu einer Vertiefung des geistigen Lebens in der Partei führt, damit wir, wenn wir im nächsten oder übernächsten Jahr, je nachdem, wie die leitenden Körperschaften der Partei entscheiden, dann auf Grund einer solchen Auseinandersetzung in der Partei zu einem Beschluß über das Grundsatzprogramm kommen, der uns allen die Überzeugung gibt, daß damit die Partei eine neue feste Grundlage für ihre politische Arbeit erhalten hat. Wir haben die notwendigen Beschlüsse auf organisatorischem Gebiet gefaßt; auch hier nicht ohne Auseinandersetzung. Aber alles in allem: Der Parteitag hat mit großer Einmütigkeit und mit großer Mehrheit die Neugestaltung der führenden Gremien der Partei, des Parteivorstandes und des Parteiausschusses angenommen. Wir haben auch auf diesem Gebiet aus der vorangegangenen Parteidiskussion Konsequenzen gezogen. Es ist ein Versuch, den wir beschlossen haben.

Es kommt darauf an, daß wir alles tun sowohl als Mitglieder dieser Körperschaften wie auch als Funktionäre dieser Partei, damit das von uns gesteckte Ziel, die Partei in ihrer Spitze repräsentativer, effektiver und arbeitsfähiger zu machen, auch tatsächlich erreicht wird. Es genügt nicht der Beschluß. Es erfordert den guten Willen von allen Seiten, in dieser Richtung wirksam zu sein.

Ich halte diesen Parteitag für einen großen Gewinn und für einen wesentlichen Fortschritt in der politischen Entwicklung unserer Partei.

Ich möchte hinzufügen: Ich wünsche sehr, daß die Partei — hier repräsentiert durch ihre Delegierten — die gefaßten politischen und organisatorischen Beschlüsse nun auch zur Grundlage ihrer politischen und organisatorischen Arbeit macht und sich dagegen zur Wehr setzt, daß diese Beschlüsse wieder abgewertet werden. (Beifall.)

Wir werden, wenn wir mit diesen Beschlüssen in den Kampf des Alltags gehen, in die rauhe Luft der Wahlkämpfe für die Landtagswahlen in den nächsten Monaten, ein konzentriertes Trommelfeuer unserer politischen Gegner erleben. (Zuruf: Wir trommeln auch!) Den Auftakt haben wir bereits in diesen Tagen und gestern durch die Reden von Herrn Adenauer erleben können. Herr Adenauer ist über den Verlauf dieses Parteitags und seine Resultate erschüttert. (Zurufe.)

Ich hoffe, daß diese Beschlüsse des Parteitags nicht nur Herrn Adenauer erschüttern, sondern die Position der CDU als dem heute vorherrschenden Faktor in der Bundesrepublik. (Starker Beifall.) Das ist unsere aktive und offensive Aufgabe.

Wir haben uns — ich möchte sagen — in wichtigen Fragen erst zusammenraufen müssen, soweit es politische und organisatorische Lebensfragen der Partei waren. Jetzt ist die Entscheidung gefallen!

Jetzt gilt es, diese Politik und ihre Konsequenzen dem Gegner gegenüber nicht nur zu verteidigen, sondern offensiv ins Volk hinauszutragen. (Starker Beifall)

Ich fürchte die sachliche Auseinandersetzung nicht, denn ich glaube, unsere Beschlüsse entsprechen den Notwendigkeiten und sind vernünftig, weil sie mit den Lebensinteressen der großen Mehrheit unseres Volkes übereinstimmen. Aber wir werden es ja auch wieder mit den Adenauerschen Reden und mit dem Versuch der Diffamierung nicht nur von politischen Beschlüssen, sondern auch von Personen zu tun haben. Gestern ist der Kanzler wieder auf seine beliebte Methode zurückgekommen, die führenden Persönlichkeiten der Sozialdemokratie mit Zensuren zu bedenken. Er findet, daß der eine oder andere von uns an der Spitze ganz erträglich, während ein anderer eine große Gefahr sei. Ich will eines sagen: Die Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei und die führenden Vertreter der Sozialdemokratischen Partei bestimmt nicht Herr Adenauer, sondern allein die Sozialdemokratische Partei. (Bravo!-Rufe und starker Beifall.)

Ich möchte den Bundeskanzler und seine Propagandagehilfen in ihrem Interesse davor warnen, auf dem Wege der Diffamierung einzelner unserer führenden Funktionäre weiterzugehen. Ich denke daran, in welcher Weise man jetzt in der Öffentlichkeit wieder das Spiel beginnt, zum Beispiel Herbert Wehner als früheren Kommunisten, als den Bürgerschreck hinzustellen. Herbert Wehner steht in der deutschen Öffentlichkeit zur Diskussion mit den politischen Ansichten und Auffassungen, die er hier vertreten hat und die wir gebilligt haben. (Bravo! und starker langanhaltender Beifall)

Wenn Herr Adenauer es will, dann werden wir nicht mehr mit dem Bundeskanzler, sondern mit dem Separatisten Adenauer aus dem Jahre 1923 reden. (Langanhaltender stürmischer Beifall)

Wir weichen dem Kampf nicht aus. Wir werden unseren Weg gehen, so wie wir ihn uns überlegt und beschlossen haben. Ich bin überzeugt, daß von diesem Parteitag eine offensive Haltung ausgehen wird, die die ganze Partei erfüllen wird. Wir müssen aber dafür sorgen, daß wir innerhalb der Partei den Geist der Kameradschaft, den Geist der Solidarität, den Geist des Willens zum Gemeinsamen zur Grundlage unserer Überlegungen machen, (Beifall) weil darin unsere Stärke liegt und immer liegen wird.

Laßt mich, liebe Genossinnen und Genossen, noch ein Wort sagen zu den Mitgliedern unseres früheren Parteivorstandes und der Kontrollkommission, die wir nicht mehr in diesen Körperschaften sehen, weil die Wahl gegen sie entschieden hat. Ich möchte ein Wort des Dankes sagen für die vergangene Arbeit an Willi Birkelbach, der auf seine Kandidatur für den Parteivorstand verzichtet hat, an Marianne Gründer, an Franz Neumann, an Franz Bögler (Beifall) und an den Genossen Christian Wittrock, der bisher der Kontrollkommission angehörte. Alle diese Genossinnen und Genossen haben in den vergangenen Jahren mit uns nach ihren besten Kräften zusammengearbeitet. Sie haben ihre Erfahrungen, ihre Fähigkeiten, ihre Energie in den Dienst dieser Aufgabe gestellt, und wir danken ihnen dafür. (Beifall.)

Sie sind lange genug in der Partei. Jeder einzelne von ihnen ist ein Stück Parteigeschichte, wenn ich an Franz Neumann und Franz Bögler z. B. denke. (Beifall) und sie wissen, daß es nun einmal in einer Partei wie unserer, die demokratisch ist, so ist wie es ist, daß man kein Mandat für unabsehbare Zeit hat und daß dann, wenn man in einer bestimmten Situation nicht mehr eine bestimmte Funktion ausüben kann, der Partei an anderen Plätzen in derselben Weise dienen kann. (Beifall.)

Laßt mich — Ihr werdet es verstehen — ein paar Worte sagen zu Fritz Heine und Herta Gotthelf. Ihr habt Fritz Heine schon durch Eueren Beifall zu seiner Erklärung gedankt, und eben ist für Herta Gotthelf ein warmes Wort gesagt worden. Ich möchte das unterstreichen. Aber ich möchte noch beiden ein persönliches Wort sagen, weil wir so lange Jahre täglich im Parteivorstand und vorher unter sehr schwierigen Umständen in der Zeit des Naziregimes persönlich und freundschaftlich zusammen waren. Es ist für mich ein persönliches Bedürfnis, beiden, und ich hoffe im Namen aller, herzlich zu danken für das, was sie in ihrer außerordentlichen Leistung für unsere gemeinsame Sache, für die deutsche Sozialdemokratie getan haben. (Starker Beifall)

Für beide ist das nach meiner Überzeugung kein Abschiedswort, denn die Partei kann auf Menschen wie Herta Gotthelf und Fritz Heine in ihrem eigenen Interesse auch in Zukunft nicht verzichten. (Starker Beifall.) Wir werden uns gemeinsam mit ihnen, sicher nach dem Willen des Parteitages zu überlegen haben, in welcher Weise und in welcher Form wir uns ihre Mitarbeit auch in Zukunft für unsere Partei wirksam erhalten können.

Ich möchte zum Schluß kommen. Alles in allem war dieser Parteitag ein Gewinn in bezug auf die organisatorische und auf die politische Situation, in die unsere Partei gestellt ist. Vielleicht ist das nur eine Hoffnung. Aber wir werden uns ja zu bewähren haben in den nächsten Monaten, jeder an seinem Platz in den Kämpfen, bei denen das Resultat klar und deutlich abgelesen werden kann an den Wahlziffern. Ich hoffe, daß diese Wahlresultate das bestätigen, was wir erhoffen: Eine Stärkung, einen weiteren Vormarsch der Sozialdemokratie in den wichtigsten Gebieten unserer Bundesrepublik.

Und ein letztes Wort: Ich möchte unserem Präsidium danken (Beifall), danken unseren vier Genossinnen, die unseren beiden Präsidenten so tapfer und fleißig zur Seite gestanden haben. Ich glaube, im Namen aller männlichen Teilnehmer zu sprechen, daß wir uns unter dieser weiblichen Mehrheit des Präsidiums sehr wohlgefühlt haben. (Beifall.)

Dann möchte ich aber danken vor allem, unseren beiden Präsidenten Max Brauer und Alex Möller. (Beifall.)

Ich bin nicht ganz sicher, ob sie beide gewußt haben, was wir ihnen aufbürdeten, als wir sie baten, den Vorschlag für die Präsidentschaft dieses Parteitags anzunehmen. In jedem Fall: Wir haben ihnen zu danken, daß sie auf diesem arbeitsreichen Kongreß in so vorbildlicher Weise die Geschäfte geführt haben. (Beifall.)

Wir gehen jetzt auseinander, aber wir bleiben miteinander verbunden in der täglichen Arbeit und in den politischen Aufgaben. Vor allem werden wir uns zu treffen haben in den großen Kämpfen der nächsten Monate; angefangen in Nordrhein-Westfalen über die anderen Länderwahlen, bis wir Ende dieses Jahres in Berlin von neuem die sozialdemokratische Mehrheit zu bestätigen haben. (Starker Beifall.)

Unsere Parole heißt: Vorwärts zum Angriff! Vorwärts zum Sieg! (Langanhaltender, starker Beifall — Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)

Vorsitzender Dr. Alex Möller: Genossinnen und Genossen! Wir sind am Ende des 8. Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands der Nachkriegszeit. Nur wer von der Tatsache ausgeht, daß diese demokratische Partei eine Mitglieder- und Funktionärspartei ist, wird begreifen können, daß sich dieser Parteitag nicht aus Nickemännern zusammensetzt, sondern aus Frauen und Männern, die in verantwortlicher Entscheidung ihre Auffassung zu den wichtigsten politischen Fragen der Jetztzeit dokumentierten.

Genossinnen und Genossen! „Freiheit in der Diskussion, Einheit in der Aktion" ist von Fritz Erler vor einigen Tagen hier als Parole verkündet worden. Wir haben diese Freiheit in der Diskussion in Anspruch genommen. Und wenn wir jetzt hinausgehen ins Land zu unseren Ortsvereinen, zu unseren Mitgliedern und zu unseren Funktionären, dann werden wir auch die Einheit in der Aktion herstellen müssen. Und das Nahziel dieser Aktion lautet: Beseitigung des Adenauer-Systems! Freiheit und Frieden! Wiedervereinigung Deutschlands!

Genossinnen und Genossen! Wir wollen hinausgehen und wollen für dieses Ziel kämpfen.

Es lebe die Deutsche Sozialdemokratie! Es lebe die Sozialistische Internationale!

Der Parteitag ist geschlossen!

(Lebhafter, langanhaltender Beifall. Die Delegierten erheben sich von den Plätzen und singen das alte Kampflied „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit!")

(Schluß des Parteitages: 10.51 Uhr.)

ANHANG

KUNDGEBUNGEN UND BESCHLÜSSE

Für eine Welt der Freiheit und des Friedens

Der Parteitag sieht in dem atomaren Wettrüsten in der Welt und den damit verbundenen zunehmenden Spannungen zwischen West und Ost eine tödliche Gefahr für die Menschheit.

Der Parteitag fordert daher unverzügliche Verhandlungen zwischen West und Ost über eine schrittweise, kontrollierte Abrüstung der atomaren und konventionellen Waffen. Gleichzeitig sollte der Versuch unternommen werden, durch Verhandlungen die Möglichkeiten für eine Entspannung durch die Schaffung militärisch verdünnter Zonen, vor allem in Europa, zu untersuchen.

Jeder Fortschritt in der Frage der Abrüstung und in der Frage der Entspannung wird die Lösung anderer politischer Probleme, vor allem auch die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands, erleichtern.

Der Parteitag verurteilt den Beschluß der Bundestagsmehrheit vom 25. März 1958 über die atomare Ausrüstung der Bundeswehr. Die Einbeziehung der Bundesrepublik in das atomare Wettrüsten gefährdet die Sicherheit des deutschen Volkes und zerstört die Aussichten für eine friedliche Wiedervereinigung Deutschlands.

Der Parteitag billigt die Politik des Parteivorstandes und der Bundestagsfraktion und fordert die leitenden Körperschaften der Sozialdemokratie auf, den Kampf gegen die Verwirklichung des Bundestagsbeschlusses vom 25. März mit allen gegebenen verfassungsmäßigen Mitteln innerhalb und außerhalb des Parlaments fortzusetzen.

Der Parteitag betont seine Verbundenheit mit den in der Bewegung „Kampf dem Atomtod" tätigen Männern und Frauen, die gegen die tödlichen Gefahren der Atomrüstungspolitik der gegenwärtigen Bundesregierung unerschrocken eintreten. Die Sozialdemokratische Partei wird auch weiterhin die Bewegung gegen den Atomtod mit allen Kräften unterstützen.

*

Der Parteitag dankt den Sozialdemokraten in den Ländern und Gemeinden, die die Initiative ergriffen haben, um Volksbefragungen über die atomare Aufrüstung einzuleiten. Der Parteitag sieht in dieser Initiative die Entschlossenheit aller Sozialdemokraten, den Kampf gegen die atomare Aufrüstung auf der breitesten Basis weiterzuführen.

Der Parteitag verurteilt das Vorgehen der Bundesregierung gegen die Volksbefragung in den Ländern. Der Betrug an den Wählern am 15. September 1957 soll jetzt durch verfassungsrechtliche Kontroversen verschleiert werden. Das Vorgehen der Bundesregierung ist eine ernsthafte Gefährdung demokratischer Grundrechte der Bürger in der Bundesrepublik.

*

Die Zuspitzung der innenpolitischen Situation ist das Resultat der Ausweglosigkeit der Außenpolitik der Regierung Adenauer. Das Festhalten an einer Militärpolitik, die angesichts der Entwicklung der internationalen Lage und der Entwicklung der modernen Massenvernichtungswaffen zum Scheitern verurteilt ist, muß auch die wirtschaftliche Stabilität und die soziale Sicherheit in der Bundesrepublik gefährden. Die Sozialdemokratie wird sich mit aller Entschiedenheit gegen jeden Versuch der Untergrabung der freiheitlich demokratischen Ordnung zur Wehr setzen.

*

Die sozialdemokratische Alternative zur Rüstungs- und Blockpolitik ist eine Politik des ernsthaften Verhandelns über Abrüstung und Entspannung, eine Politik der Normalisierung der Beziehungen zu anderen Regierungen und Völkern und eine weltweite Politik der Förderung des friedlichen Aufbaues in den Entwicklungsländern in Asien und Afrika, damit im Geist der Selbstbestimmung und der Partnerschaft auf der Grundlage der gegenseitigen Achtung eine Welt der Freiheit und des Friedens sich entwickeln kann.

Allein eine solche Politik kann nach den verhängnisvollen Resultaten der Politik der heutigen Bundesregierung die Atmosphäre und die Voraussetzungen für neue erfolgreiche Versuche schaffen, die Wiedervereinigung Deutschlands in gesicherter Freiheit zu erlangen.

Die Sozialdemokratie ist bereit, mit allen politischen Kräften in der Bundesrepublik zusammenzuarbeiten, die gewillt sind, auf dieser Grundlage einen konstruktiven Beitrag zur Abrüstung und Entspannung und zur Vorbereitung der Wiedervereinigung Deutschlands zu leisten.

Wiedervereinigung Deutschlands bleibt lebensnotwendig für Deutschland und Europa

1. Deutschlands Spaltung droht zur endgültigen Teilung Deutschlands zu werden. Die vier Mächte haben ihre eigenen militärstrategischen Planungen im Ost-West-Konflikt ihren Verpflichtungen zur Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands übergeordnet. Das geteilte Deutschland ist Faustpfand und militärisches Vorfeld der Mächte geworden. Die

Regierung der Bundesrepublik hat dieser Entwicklung Vorschub geleistet. Sie gab der militärischen Einschmelzung der Bundesrepublik in die NATO den Vorrang vor tatkräftigen Bemühungen um Verhandlungen zur Wiedervereinigung Deutschlands in gesicherter Freiheit. Mit dieser Haltung hat die Bundesregierung es der Sowjetzonenregierung erleichtert, den von ihr beherrschten Teil Deutschlands zu einem separaten Staat zu deklarieren. Durch die fortschreitende Eingliederung der Bundesrepublik in die NATO und die Beteiligung der Bundesrepublik am atomaren Wettrüsten wird der kommunistisch beherrschte Teil Deutschlands mehr und mehr vom übrigen Deutschland isoliert. Seine Machthaber sind die Nutznießer der Vertiefung der Spaltung Deutschlands.

2. Für das Zusammenleben des deutschen Volkes und für eine europäische Friedensordnung bleibt die Wiedervereinigung Deutschlands in gesicherter Freiheit unentbehrlich. Deutschland ist im Zustand der Spaltung ein Konfliktsherd. Das deutsche Volk wird ohne die Überwindung der Teilung Deutschlands nicht in freier Selbstbestimmung eine gesellschaftliche Ordnung bauen können, die allen Mitbürgern das Recht auf die Unantastbarkeit ihrer Menschenwürde, die volle Entfaltung ihrer Persönlichkeit, gleiche Startbedingungen, gleiche Bildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten gewährleistet. Für die arbeitenden Menschen und für die Jugend unseres Volkes ist aber eine solche Ordnung lebenswichtig. Nur mit einer solchen für das ganze Volk gültigen gesellschaftlichen Ordnung ist ein Deutschland zu schaffen, das nach innen und außen die Wiederholung der Schrecken der Vergangenheit ausschließt.

3. Deutschland darf nicht das Atom-Aufmarschgelände der Großmächte werden. Deutschland darf nicht zur treibenden Kraft des Wettrüstens werden. Die Sozialdemokratische Partei appelliert an alle Menschen in der Welt, die den Frieden und die Verständigung der Völker wünschen, dem deutschen Volk bei der Überwindung der Spaltung zu helfen und damit einen entscheidenden Beitrag zur Bewahrung des Friedens zu leisten. Die Sozialdemokratische Partei richtet an alle sozialistischen Parteien und an die Organisationen der Arbeitnehmer die brüderliche Bitte, einer Fehlentwicklung entgegenzuwirken, die das geteilte Deutschland unweigerlich zu einem Herd schwerster Gefährdung des Friedens in Europa und zu einem Hindernis gegen den sozialen Fortschritt machen würde.

4. Wenn es gelingt,

a) die heute noch getrennten Teile Deutschlands in eine atomwaffenfreie Zone einzugliedern,

b) die heute noch in Deutschland und in den östlichen Nachbarstaaten stationierten ausländischen Truppen Zug um Zug gleichwertig zu vermindern,

c) die ganze atomwaffenfreie Zone Mitteleuropas schließlich von fremden Truppen zu räumen und für die eigenen Truppen der an der atomwaffenfreien Zone beteiligten Staaten Höchststärken festzusetzen und zu kontrollieren,

würden Voraussetzungen für eine gesamteuropäische Sicherheitsordnung geschaffen. Diese Schritte zur Entspannung würden der Bewahrung des

Friedens in Europa dienen. Das Zusammenleben der Völker und Staaten Europas im Rahmen der Satzungen der Vereinten Nationen würde gefördert. Es wäre damit ein Rahmen geschaffen, in dem die Teile Deutschlands sich einander annähern könnten. Die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands in gesicherter Freiheit würde möglich. Kein Nachbarstaat und keine der Großmächte hätten eine Einbuße an ihrer eigenen Sicherheit zu befürchten.

5. Die Sozialdemokratische Partei erblickt in Bemühungen um eine militärische Entspannung und um die Einstellung des Wettrüstens die Voraussetzungen für die Entwicklung neuer Ansatzpunkte zur Wiedervereinigung Deutschlands. Sie wird jeden geeigneten Schritt in dieser Richtung unterstützen und sich selbst beharrlich für eine Politik der Entspannung, der internationalen Verständigung und der friedlichen Wiedervereinigung einsetzen. Die SPD begrüßt dankbar die Bemühungen der britischen Labour Party und des Zentralrates der Gewerkschaften Großbritanniens, den Weg für eine internationale Entspannung in Mitteleuropa zu bahnen. Die SPD gedenkt mit Dankbarkeit der wiederholten Bekundungen der sozialdemokratisch geführten Regierungen der Länder Skandinaviens, solche Schritte zur Entspannung in Mitteleuropa fördern zu wollen. Die Wiedervereinigung Deutschlands in gesicherter Freiheit liegt im gemeinsamen Interesse des deutschen Volkes und der Nationen Europas. Ihre Verwirklichung wird ein entscheidender Schritt zur friedlichen Zusammenarbeit aller Völker Europas sein. Die Forderung nach der Wiedervereinigung darf nicht zum Vorwand für die Fortsetzung des Wettrüstens genommen werden. Sie darf nicht mißbraucht werden, um militärisch-machtpolitische, ideologische oder wirtschaftliche Interessen zu vernebeln.

6. Es bedarf unüberhörbarer Willenskundgebungen des deutschen Volkes, um die vier Mächte dazu zu bewegen, den Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands in gesicherter Freiheit freizugeben. Die Bevölkerung der Bundesrepublik muß dabei vorangehen. Sie muß im Bund und in den Ländern endlich eine der Wiedervereinigung dienende Politik erzwingen. Sie muß selbst alle Möglichkeiten ausnützen, um den Zusammenhalt der Deutschen auch über die trennende Zonengrenze hinweg aufrechtzuerhalten und immer wieder zu erneuern. Es muß gelingen,

a) Maßnahmen zur Verklammerung der Teile Deutschlands durchzusetzen, die wirtschaftlich, sozialpolitisch und kulturell die inneren Bindungen stärken und die der Auseinanderentwicklung der Teile entgegenwirken,

b) den Kalten Krieg und die ideologische Verhetzung innerhalb Deutschlands zu überwinden,

c) die Kombination von Schritten der vier Mächte und der beiden Teile Deutschlands zustande zu bringen, die — gegebenenfalls in Etappen — zur Wiedervereinigung führt.

Wenn es für diese Zwecke unvermeidlich sein sollte, auch mit den in der sowjetisch besetzten Zone amtierenden Behörden ins Benehmen zu treten, so muß die Bundesregierung, die diese Lage mit herbeigeführt hat, das

tun, was der inneren Entspannung und der Erleichterung der Lage der Bevölkerung jenseits der Zonengrenze dienen kann. Es ist besser, in nüchterner Einschätzung der durch die bisherigen Versäumnisse geschaffenen Tatbestände nun endlich Schritte zur Verminderung der Auswirkungen der Spaltung Deutschlands zu tun, als in die Ausweglosigkeit der sonst unvermeidlich werdenden völkerrechtlichen Anerkennung der endgültigen Teilung Deutschlands zu geraten.

Die SPD erneuert im übrigen ihre auf dem Münchener Parteitag erhobenen Forderungen zur Herstellung und Pflege normaler diplomatischer Beziehungen zu den Staaten Osteuropas und zur Volksrepublik China. Die fortgesetzte Verweigerung solcher Beziehungen ist nicht geeignet, zur Entspannung beizutragen und Vertrauen zur Bundesrepublik zu gewinnen.

7. Mit Empörung wendet sich die Sozialdemokratische Partei gegen die mißbräuchlich im Namen des Sozialismus im sowjetisch besetzten Gebiet betriebene Knebelung der Freizügigkeit und der persönlichen und staatsbürgerlichen Freiheit. Gerade weil die SPD entschieden gegen die Politik des Wettrüstens und des Kalten Krieges kämpft, verurteilt sie es schärfstens, daß im sowjetisch besetzten Gebiet unter dem Vorwand des Kampfes gegen die Kriegstreiber erneut willkürlich die Bewegungsfreiheit der Bevölkerung eingeengt und tatsächlich die Spaltung Deutschlands vertieft wird. Die Führung der kommunistischen SED leistet durch ihr Verhalten gerade den reaktionären Kräften Vorschub, deren Politik sie zu bekämpfen vorgibt. Sie entwertet damit selbst ihre fortgesetzten Anerbieten zur sogenannten Aktionseinheit. Ihre eigenen Aktionen leiten Wasser auf die Mühlen der Scharfmacher diesseits der Zonengrenze. Die Sozialdemokratische Partei wird nicht müde werden, für die Bevölkerung ganz Deutschlands das Recht der demokratischen Selbstbestimmung zu fordern und überall für seine Verwirklichung einzutreten. Sie fordert auch von der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, der Bevölkerung Deutschlands jenseits der Zonengrenze dieses Recht nicht länger zu verweigern, wie es jetzt tatsächlich geschieht, indem die von der KPdSU gestützte Führung der SED dieses Recht mit Füßen tritt.

Entschließung zur Wehrpolitik

A. Die Lage

Durch die jüngsten Entscheidungen der Adenauer-Regierung und der sie tragenden politischen Kräfte ist das geteilte Deutschland in das atomare Wettrüsten hineingezogen worden. Damit wird die tödliche Gefahr, welche die Menschheit angesichts der beiden hochgerüstet einander gegenüberstehenden Machtblöcke bedroht, vergrößert. Die atomare Bewaffnung der Bundesrepublik gibt das Signal für eine Ausdehnung dieser Art des Wettrüstens auf weitere Staaten und Völker. Mit dieser Entscheidung

darf sich das deutsche Volk nicht abfinden. Das Ergebnis der Bundestagswahl vom 15. September 1957 hat der Bundesregierung kein Mandat zur Mitwirkung am atomaren Wettrüsten gegeben. Angesichts der Bedrohung unserer Existenz ruft die deutsche Sozialdemokratie unser Volk dazu auf, sich dem Atomwettrüsten mit allen Kräften zu widersetzen.

B. Das Ziel

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft für die Bewahrung des Friedens und für die Sicherung der Freiheit nach innen und außen. Sie ist sich bewußt, daß es ohne eine allgemeine und kontrollierte Abrüstung, ohne die Ausschaltung der Massenvernichtungsmittel und ohne die Wiedervereinigung Deutschlands in gesicherter Freiheit keine Sicherheit für unser Volk und keine dauerhafte Entspannung in der Welt geben kann.

Die Sozialdemokratische Partei ringt darum, daß auch in den Beziehungen der Völker zueinander das Faustrecht abgelöst wird durch die Herrschaft des Rechts, durch Gesetz und Vertrag und ihre Durchsetzung durch Gericht und Polizei. Deshalb müssen die Bemühungen der internationalen Politik auf die Herstellung einer Friedensordnung gerichtet sein, in welcher die Vereinten Nationen über ausreichende Machtmittel verfügen, um den Frieden zu bewahren.

C. Das wiedervereinigte Deutschland

Ein wiedervereinigtes Deutschland wird nicht militärisches Aufmarschgebiet der einen Seite gegen die andere sein können. Deshalb kann es keinem Militärblock angehören. Das wiedervereinigte Deutschland wird im Rahmen eines europäischen Sicherheitssystems zur eigenen und zur europäischen Sicherheit mit finanziellen und militärischen Leistungen beitragen. Deutschland und seine Nachbarn werden einer vertraglich vereinbarten Begrenzung und Kontrolle ihrer Streitkräfte zustimmen müssen, wenn überhaupt eine dauerhafte Friedensordnung in Europa geschaffen werden soll.

Die Vereinbarungen der europäischen Teilnehmerstaaten über Zahl und Bewaffnung ihrer Streitkräfte müssen in die zwischen den Weltmächten zu treffenden Vereinbarungen über deren Rüstungsstand eingepaßt werden. Darüber hinaus würden die Weltmächte eine Garantie für die zu schaffende europäische Friedensordnung geben, weil die Sicherung des Friedens in Europa auch in ihrem Interesse liegt.

D. Der Weg zur europäischen Friedensordnung

Eine solche europäische Friedenssicherung ist nur zu erlangen, wenn das atomare Wettrüsten beendet wird. Deshalb muß die deutsche Politik alle Bemühungen auf Abrüstung unterstützen und alles unterlassen, was das atomare Wettrüsten fördert. Die Bundesrepublik Deutschland muß ihren Einfluß geltend machen, damit sich die Weltmächte über die notwendigen Schritte zur Beendigung des Wettrüstens und zur Herabsetzung des Rüstungsstandes verständigen. Dazu gehören:

die Einstellung der Versuchsexplosionen,

der Verzicht auf die Hereinziehung weiterer Staaten in das Atomwettrüsten,

Abreden über die kontrollierte Begrenzung bestimmter Waffen und der Heeresstärken

sowie auch Abreden über die kontrollierte Begrenzung der Rüstungen in bestimmten Gebieten,

vor allem die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa, der Abzug fremder Truppen aus diesem Gebiet und Vereinbarungen über den eigenen Rüstungsstand der Länder darin.

E. Wehrpolitik im gespaltenen Deutschland

Die Spaltung Deutschlands bildet eine ständige politische und militärische Gefahr im Herzen Europas. Auch solange Deutschland gespalten ist, muß die Politik der Bundesregierung der Sicherheit des ganzen deutschen Volkes dienen, also einschließlich der Deutschen jenseits der Demarkationslinie. Sie dürfen nicht der vermeintlichen Sicherheit der Bewohner der Bundesrepublik aufgeopfert werden.

Die Außen- und Wehrpolitik der Regierung Adenauer hat die internationalen Spannungen verschärft und die Spaltung unseres Landes vertieft. Gerade in einem gespaltenen Land muß aber die Politik alles tun, um die Wiedervereinigung des Landes in gesicherter Freiheit zu ermöglichen, und alles unterlassen, was dieses Ziel gefährden könnte. Deshalb widersetzt sich die Sozialdemokratische Partei einer Politik, welche die Hälfte unseres Landes systematisch in einen Militärblock einschmilzt. Die Sozialdemokratische Partei widersetzt sich auch jeder Politik, die darauf ausgeht, der Bundesrepublik durch den Griff nach den Atomwaffen zu einer militärischen Großmachtstellung zu verhelfen. Je größer durch ein Übermaß an Rüstungen die militärische und strategische Bedeutung der Teile Deutschlands in den einander gegenüberstehenden Militärblöcken wird, desto größer ist die Gefährdung der Menschen in diesem Raum und desto größer ist das Interesse der beiden Blöcke an der Aufrechterhaltung der Spaltung.

Nur wenn die jetzige Außen- und Wehrpolitik durch eine andere, auf Entspannung und Wiedervereinigung in gesicherter Freiheit gerichtete Politik abgelöst wird, läßt sich überhaupt eine sinnvolle Landesverteidigung der Bundesrepublik Deutschland gestalten. Mit Atomwaffen kann man Deutschland nicht verteidigen, sondern nur vernichten. Jede Verteidigungsmaßnahme verliert ihren Sinn, wenn sie zu nichts anderem führt, als das zu schützende Volk auszulöschen.

Dieser Zusammenhang zwingt gerade die Soldaten zum Nachdenken. Die Sozialdemokratische Partei bekämpft zwar die der Wiedervereinigung unseres Landes und der Beendigung des Wettrüstens abträgliche Politik der Bundesregierung. Sie weiß aber, daß nur die Regierung und die sie tragenden politischen Parteien für diese Politik verantwortlich sind und nicht etwa die Soldaten der Bundeswehr, die ihre Aufgabe auf Grund geltender Gesetze zu erfüllen haben.

Die Sozialdemokratische Partei widersetzt sich dem Mißbrauch der Bundeswehr für parteipolitische Zwecke. Die bewaffneten Kräfte müssen ein Bestandteil unserer demokratischen Ordnung sein. Deshalb muß ein

Vertrauensverhältnis zwischen den Soldaten und allen demokratischen Kräften des Volkes bestehen. Die sozialdemokratische Politik schützt die Soldaten vor jedem Mißbrauch für innen- oder außenpolitische Abenteuer, deren Folgen sie und ihre Angehörigen mit dem gesamten Volk zu tragen hätten.

Eine vom Vertrauen der Sozialdemokratischen Partei getragene Regierung muß bei den westlichen Vertragspartnern Verständnis für diejenigen Änderungen der geltenden Verträge und der zu ihrer Durchführung getroffenen Maßnahmen erreichen, welche im Interesse der Wiedervereinigung Deutschlands und seiner Sicherheit unbedingt erforderlich sind.

Solange Deutschland trotz aller Bemühungen noch nicht wiedervereinigt ist, wird die Landesverteidigung der Bundesrepublik den dadurch bedingten politischen Notwendigkeiten und den wirtschaftlichen Möglichkeiten angepaßt werden müssen. Das weltpolitische Kräfteverhältnis wird entscheidend durch die Macht der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion bestimmt. Ausmaß und Art der Verteidigungsanstrengungen der Bundesrepublik können sich nicht nach dem Rüstungsstand der Weltmächte richten.

Auch ohne den Ausbruch eines atomaren Vernichtungskrieges kann die Bundesrepublik Deutschland Gegenstand örtlicher Übergriffe und Angriffe auf ihr Gebiet werden. Deshalb muß die Bundesrepublik ein angemessenes Verhältnis ihrer eigenen Verteidigungsanstrengungen zu denen ihrer unmittelbaren Nachbarn, insbesondere zu den deutschen militärischen Kräften auf der anderen Seite der Demarkationslinie, einhalten. Für diese Aufgabe eignet sich eine zahlenmäßig begrenzte, dafür aber bewegliche und gut ausgebildete Truppe aus Freiwilligen viel besser als ein Massenheer auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht. Die Wehrpflicht muß zudem wegen ihrer politischen Auswirkungen im gespaltenen Deutschland weiterhin abgelehnt werden. Für ihre Schutzaufgabe darf die Truppe nicht mit jenen Mitteln ausgestattet werden, welche nicht schützen, sondern nur zerstören können: Atomwaffen und Atomraketen. Eine Truppe, die in Umfang und Ausstattung den in dieser Entschließung des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands dargelegten deutschen Notwendigkeiten angemessen ist, bedarf im Falle eines militärischen Notstandes zur Erfüllung ihrer Aufgaben der Entlastung. Hierfür wären ortsgebundene Einheiten aus vorher kurzzeitig auszubildenden Freiwilligen erforderlich. Ihnen obliegt die Sicherung von Wohnplätzen, Verkehrswegen, Industrieanlagen und allen der Versorgung der Bevölkerung dienenden Einrichtungen.

Die Sozialdemokratische Partei ist davon überzeugt, daß eine einer Politik der Entspannung und der friedlichen Wiedervereinigung entsprechende Landesverteidigung, die in der geschilderten Weise reinen Schutzcharakter hat und nicht zu Angriffshandlungen mißbraucht werden kann, auf die freiwillige Mitwirkung der Bürger unseres Landes und auf die Unterstützung aller demokratischen Kräfte rechnen kann.

Freiheitliche Ordnung der Wirtschaft

Im Mittelpunkt sozialistischer Wirtschaftspolitik stehen

stetige Steigerung des Sozialprodukts,

Sicherung der Vollbeschäftigung,

Erhöhung des Lebensstandards.

Das Ergebnis der Wirtschaft darf nicht — wie bisher — überwiegend kleinen bevorrechtigten Schichten zufließen. Darum fordert die Sozialdemokratie eine gerechtere Einkommens- und Vermögensverteilung.

Diese Ziele können nur auf der Grundlage einer freiheitlich geordneten Wirtschaft erreicht werden.

I.

Die Struktur der modernen Wirtschaft wird immer stärker durch jene Industriezweige bestimmt, in denen eine kleine Zahl von Großunternehmen eine beherrschende Stellung einnimmt. Ohne diese Großunternehmungen mit ihrer gewaltigen Produktionskraft sind ein starker Wirtschaftsaufschwung und eine schnelle Steigerung des Lebensstandards nicht möglich. Zugleich aber sind diese Großunternehmungen Kommandostellen der Wirtschaft. Wer über sie verfügt, hat — insbesondere auch über die großen Interessenverbände — wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Macht.

Durch diese Machtzusammenballungen wird die Bewegungsfreiheit aller der Unternehmer, die nicht über gleiche Macht verfügen, beschränkt, die freie Konsumwahl der Verbraucher gefährdet und die demokratische Ordnung bedroht, die nicht auf Macht, sondern auf Freiheit gegründet sein muß.

Neben den Großunternehmungen gibt es Millionen kleinerer und mittlerer und eine große Zahl gemeinwirtschaftlicher und öffentlicher Unternehmungen. Sie können der einseitigen privaten Ausnutzung wirtschaftlicher Macht entgegenwirken und mehr Raum für wirtschaftliche Bewegungsfreiheit erzwingen.

Zu den wichtigsten Aufgaben einer freiheitlichen Wirtschaftspolitik gehören hiernach

Stärkung der kleineren und mittleren Unternehmungen,

Schaffung und Förderung gemeinwirtschaftlicher und öffentlicher Unternehmungen,

öffentliche Kontrolle wirtschaftlicher Großmacht.

Eine freiheitliche Ordnung der Wirtschaft ist heute nur möglich, wenn möglichst viele und vielfältige Wirtschafts- und Unternehmensformen erhalten bleiben und der Einfluß des Staates und seiner Bürokratie in Grenzen gehalten werden. Der Staat als oberste ordnende Gewalt hat die Pflicht, die Gemeinschaft gegenüber den Machtansprüchen eigennütziger Interessengruppen zu schützen. Er soll aber nur eingreifen, soweit das öffentliche Interesse dies erfordert. Darum sind Ausmaß und Formen der öffentlichen Kontrolle von der Macht und der Bedeutung der zu kontrollierenden Unternehmungen und Unternehmensvereinigungen abhängig.

Soweit fachliche Aufsicht — zum Beispiel Gewerbeaufsicht und Versicherungsaufsicht — genügt, sind nur Fachaufsichtsorgane zulässig. Wo der Wettbewerb unangemessen eingeschränkt oder gar aufgehoben ist, muß eine wirksame Kartell- und Monopolkontrolle einsetzen. Soweit die Investitionen, der Absatz oder die Preisbildung im gesamtwirtschaftlichen Interesse einer überbetrieblichen Ordnung bedürfen, sind entsprechende öffentliche Kontrollorgane zu schaffen. Wo alle diese Kontrollmittel nicht ausreichen, um eine stetige wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung, eine gesunde soziale Ordnung und die Entscheidungsfreiheit der allein zu politischen Entscheidungen legitimierten Organe zu sichern, muß Überführung in Gemeineigentum erfolgen.

Die Entscheidung über die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der Überführung in Gemeineigentum ist vom Stande der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung abhängig. Konkrete und verbindliche Vorschläge werden deshalb im Wahl- und Regierungsprogramm für eine neue Wahlperiode der Öffentlichkeit vorgelegt.

In diesen begrenzten Bereichen der Wirtschaft ist Gemeineigentum ein legitimes, unverzichtbares Ordnungsmittel demokratischer Gemeinwesen. Gemeineigentum steht nicht im Widerspruch zur Anerkennung des Privateigentums. Gemeineigentum tritt an die Stelle des Privateigentums, wo dieses seine gesellschaftliche Funktion nicht erfüllt. Das private Eigentum jener Millionen kleiner und mittlerer Unternehmungen, bei denen das Eigentum nicht die Grundlage wirtschaftlicher Macht, sondern die Voraussetzung für ihre Selbstbehauptung ist, wird nicht angetastet; es muß vielmehr gestärkt und gefördert werden. Darüber hinaus befürwortet die Sozialdemokratie die Bildung persönlichen Eigentums. So sind

Privateigentum,

gebundenes Eigentum der freien Gemeinwirtschaft,

gebundenes Eigentum der öffentlichen Hand und Gemeineigentum

wesentliche, sich ergänzende Bestandteile einer freiheitlichen sozialistischen Wirtschaftsordnung.

II.

Im Laufe der letzten hundert Jahre hat sich eine Wirtschaftsstruktur herausgebildet, die drei wichtige Bereiche enthält:

die freie private Wirtschaft,

die freie Gemeinwirtschaft und

die öffentliche Wirtschaft.

Die freie Gemeinwirtschaft und die öffentliche Wirtschaft sind neben den mittleren und kleinen Unternehmungen der privaten Wirtschaft entscheidende Positionen zur Sicherung wirtschaftlicher Freiheit gegenüber dem Machtanspruch privater Großunternehmungen.

Die freie Gemeinwirtschaft entspricht dem Bedürfnis breiter Verbraucherschichten, privaten Unternehmungen, die auf dem Prinzip größtmöglicher Gewinnerzielung arbeiten, konkurrierende Unternehmungen entgegenzustellen, die dem gemeinwirtschaftlichen Prinzip einer sinnvollen

Bedarfsdeckung dienen. Diese Unternehmungen der freien Gemeinwirtschaft — Genossenschaften, gemeinnützige Bauunternehmungen, Volksversicherungen, Gemeinwirtschaftsbanken usw. — sind aus der deutschen Wirtschaft nicht mehr wegzudenken. Der Parteitag fordert alle Anhänger einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung auf, die Unternehmungen der freien Gemeinwirtschaft noch stärker als bisher zu unterstützen.

Die öffentliche Unternehmung ist die gegebene Unternehmensform für natürliche Monopole. Hierzu gehören in erster Linie die Versorgungswirtschaft und die Großunternehmungen des Verkehrs. Hier lautet die Wahl nur: Private Monopole oder öffentliche Wirtschaft. Darüber hinaus erfüllen öffentliche Unternehmungen überall dort eine wichtige volkswirtschaftliche Aufgabe, wo marktbeherrschende Unternehmungen einen solchen Einfluß haben, daß Kartell- und Monopolaufsicht zur Sicherung einer geordneten Versorgung nicht mehr ausreichen.

Der Parteitag erhebt Einspruch gegen die Versuche der Bundesregierung, aus dogmatischen Gründen wichtige und unverzichtbare Teile des Bundesvermögens zu privatisieren. Die Bundesregierung ist offenbar bereit, die im Bundesbesitz befindlichen gutgeführten und gewinnbringenden Unternehmungen um jeden Preis in private Hände zu geben, während gleichzeitig notleidende private Unternehmungen aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden. Durch die Privatisierung von Unternehmungen, wie Volkswagenwerk, Howaldts-Werke und Preussag werden wichtige Elemente des Wettbewerbs ausgeschaltet und bedeutende Wirtschaftsbereiche der Beherrschung durch mächtige private Großunternehmungen ausgeliefert. Damit werden entscheidende Interessen der Allgemeinheit verletzt.

III.

Die Probleme der Energiewirtschaft können nach dem heutigen Stande der technischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung in privatwirtschaftlicher Form nicht mehr gelöst werden.

Die Energieversorgung Deutschlands wird sich in Zukunft auf vier wichtige primäre Energieformen stützen: Kohle, Wasserkraft, Erdöl und Kernenergie.
Im Kohlenbergbau reißen die Schwierigkeiten nicht ab. Bei guter Konjunktur werden wichtige Kohlenverbraucher wie die Versorgungsunternehmungen und der Hausbrand nicht ausreichend versorgt. Bei einem leichten Rückgang der Konjunktur werden sinnlose, aber sozial gefährliche Feierschichten eingelegt. Es wird immer schwerer, ein angemessenes Lohnniveau für den Bergarbeiter zu sichern. Die Preispolitik für Kohle führt immer wieder zur Erschütterung des Preisniveaus.

Während einige Gesellschaften große Gewinne machen und hohe Dividenden zahlen, können andere nicht einmal die notwendigen Investitionen vornehmen. Dem Konkurrenzkampf mit Einfuhrkohle und mit Heizöl sind die schwachen Gesellschaften hilflos ausgeliefert, während große Unternehmungen sich über eigene Handelsgesellschaften am Einfuhrgeschäft und über andere Tochtergesellschaften am Heizölgeschäft beteiligen.

Diese Schwierigkeiten werden nicht aufhören, solange sich die Kohle in privater Hand befindet; denn die Kohlenwirtschaft ist inzwischen zu einer öffentlichen Angelegenheit geworden.

Kohle ist einer jener wertvollen Rohstoffe, die nur in begrenztem Umfange vorhanden sind; an der pfleglichen Ausbeute der Kohlenvorkommen und an einer planmäßigen Entwicklung der Förderung besteht daher ein gesamtwirtschaftliches Interesse.

In der überkommenen privatwirtschaftlichen Form kann der Kohlenbergbau weder die für die Entwicklung des Kohlenbergbaues erforderlichen Investitionsmittel aufbringen noch einen ausreichenden sozialen Stand des Bergarbeiters und damit den notwendigen Zustrom von Arbeitskräften sichern; er bedarf daher seit je öffentlicher Hilfe und Unterstützung.

Die Kohlengewinnung ist an die Lagerstätte gebunden und unterliegt den besonderen Bedingungen der Urproduktion. Deshalb gibt es seit Jahrzehnten keinen echten freien Wettbewerb auf dem Kohlenmarkt, sondern immer nur eine Steuerung des Marktes durch mächtige Kartell- und Monopolorganisationen; eine solche Wirtschaftslenkung durch private Verbandsmacht berührt öffentliche Interessen.

Die Entscheidungen über den Umfang der Kohlengewinnung, über die Kohlenaufbereitung und -veredlung sowie über die Preisgestaltung sind im Hinblick auf die Bedeutung der Kohlewirtschaft keine private Angelegenheit mehr; sie haben wirtschaftspolitische Auswirkungen.

Als eine der entscheidenden Rohstoff- und Energiegrundlagen der Wirtschaft hat der Kohlenbergbau eine solche wirtschaftliche und politische Machtstellung, daß er in der Lage ist, sich bei wichtigen Entscheidungen über gesamtwirtschaftliche Interessen hinwegzusetzen.

Darum muß der Kohlenbergbau, einschließlich der zugehörigen Kohlenchemie, im öffentlichen Interesse auch in Deutschland — wie in allen anderen großen Kohlenländern Europas — in Gemeineigentum überführt werden.

Die Entwicklung der Atomenergie verlangt große öffentliche Mittel für Ausbildung, Forschung und Entwicklung. Die Errichtung von Atomkraftwerken führt zu stärkster Kapitalkonzentration. Die Atomwirtschaft wird zwangsläufig von einigen wenigen Großunternehmungen beherrscht. Die Erzeugung von Atomenergie ist mit ungeheuren Strahlungsgefahren verbunden. Atomkraftwerke gehören daher ebenso wie Kernbrennstoffe in öffentliche Hand.

Die Mineralölwirtschaft steht unter dem beherrschenden Einfluß einiger weniger, aber mächtiger internationaler Ölkonzerne, die in der Lage sind, durch ihre Produktions-, Absatz- und Preispolitik die Wettbewerbslage der anderen Energieträger entscheidend zu verändern. Nur der Staat verfügt über ausreichende wirtschaftspolitische Mittel — insbesondere auf den Gebieten der Handelspolitik, der Zoll- und Steuerpolitik sowie der Kapitalmarkt- und Investitionspolitik —, um sicherzustellen, daß sich die Mineralölwirtschaft der planmäßigen Entwicklung der gesamten Energiewirtschaft anpaßt.

Eine aufeinander abgestimmte Entwicklung aller Zweige der Energiewirtschaft, zu der außer Kohle, Atomenergie und Mineralöl auch zahlreiche andere öffentliche, gemischtwirtschaftliche und private Energieerzeugungs- und Verteilungsunternehmungen gehören, ist unter diesen Umständen nur zu erreichen, wenn ein langfristiger Energiewirtschaftsplan aufgestellt und seine Durchführung durch eine zentrale öffentliche Stelle überwacht wird.

Die Entwicklung einer Energiewirtschaft, die ihre gesamtwirtschaftliche Aufgabe erfüllt, erfordert daher

Überführung des Kohlenbergbaus in Gemeineigentum,

Entwicklung der Atomenergie in öffentlichen Unternehmungen,

Errichtung einer zentralen Stelle, die für die planmäßige Entwicklung der gesamten Energiewirtschaft verantwortlich ist.

IV.

Die Überführung des Kohlenbergbaus in Gemeineigentum hat zum Ziel, eine dem Gemeinwohl dienende Entwicklung der Kohlenwirtschaft zu gewährleisten. Zu diesem Zweck müssen die Interessen der Gesamtwirtschaft mit dem Interesse an einer wirtschaftlichen Führung des Kohlenbergbaus und dem Interesse an einer ständigen Besserung der sozialen Lage der Belegschaften so abgestimmt werden, daß die bestmögliche Gesamtleistung erzielt wird. Deshalb gelten für die gemeinwirtschaftliche Ordnung des Kohlenbergbaus folgende Richtlinien:

1. Gemeineigentum ist Eigentum des ganzen Volkes, nicht Staatseigentum. Die Verstaatlichung — sei es in der Form des Regiebetriebes, sei es in der Form der kapitalmäßigen Beherrschung — wird abgelehnt. Für den Kohlenbergbau wird durch Gesetz eine Körperschaft der wirtschaftlichen Selbstverwaltung geschaffen.

2. Unternehmungen in Gemeineigentum sollen nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten geführt werden. Deshalb entsprechen ihre Verwaltungsorgane nach Form und Funktionen den Aufsichts- und Leitungsorganen moderner Großunternehmungen. An Stelle der Hauptversammlung tritt ein Vertretungsorgan, das sich aus Repräsentanten der Wirtschaft, der organisierten Arbeitnehmerschaft und des öffentlichen Interesses, insbesondere auch des allgemeinen Verbraucherinteresses zusammensetzt. Die Mitglieder aller Organe sind auf ihre gemeinwirtschaftliche Aufgabe zu verpflichten. Sie werden durch die Bundesregierung bestellt.

3. Um wirtschaftlichen Zentralismus und bürokratische Erstarrung zu vermeiden und den Wettbewerb anzuregen, wird die Kohlenwirtschaft unter dem Dach der Selbstverwaltungskörperschaft in mehrere möglichst gleichgewichtige Unternehmungen mit selbständiger Entscheidungsbefugnis gegliedert. Die Entscheidungsbefugnis der Dachorganisation wird gesetzlich auf ganz bestimmte Fragen von übergeordneter Bedeutung beschränkt.

4. Um die Einheitlichkeit der Energiepolitik und die Übereinstimmung mit der allgemeinen Wirtschaftspolitik zu sichern, erhält das zuständige Ministerium im Rahmen des Nationalbudgets eng begrenzte, gesetzlich festgelegte Einwirkungsmöglichkeiten, um die notwendige Entscheidungsfreiheit der Leitung der Selbstverwaltungskörperschaft zu wahren.
5. Die notwendige parlamentarische Kontrolle wird dadurch sichergestellt, daß der zuständige Minister dem Parlament alljährlich unter Beifügung der Bilanz und des Geschäftsberichts des Kohlenbergbaus einen Rechenschaftsbericht über die von ihm verfolgte Kohlenwirtschaftspolitik vorlegt. Das Parlament beschließt über die Entlastung des Ministers.
6. Aus der Tatsache, daß Privateigentum und Gemeineigentum — jedes an seinem Platz — anerkannt werden, ergeben sich Konsequenzen für die praktische Politik:

   Privateigentum, das in Gemeineigentum überführt wird, ist angemessen zu entschädigen;

   Unternehmungen in Gemeineigentum haben der Öffentlichkeit Rechenschaft über ihre Wirtschaftsführung abzulegen; sie müssen darin Vorbild sein;

   In Gemeineigentum übergeführte Unternehmungen unterliegen grundsätzlich der gleichen Steuerpflicht wie private Unternehmungen.

V.

Der Parteivorstand wird beauftragt, alsbald nach Maßgabe der unter III und IV behandelten Grundsätze einen Vorschlag für die gemeinwirtschaftliche Ordnung der Energiewirtschaft auszuarbeiten, der nach eingehender Erörterung in der Partei und in der Öffentlichkeit dem vor den nächsten Bundestagswahlen stattfindenden Parteitag zur Beschlußfassung vorzulegen ist.

Kultur und Politik

Die gewaltigen Fortschritte der Naturwissenschaften und der Technik haben die Produktivität der menschlichen Arbeit sprunghaft gesteigert und damit die Welt verändert. Eine Quelle wachsenden Reichtums ist den Menschen erschlossen. Die Überwindung materieller Not ist für alle möglich geworden.

In dieser Zeit bedrohen zwei Gefahren die Grundlagen menschlichen Daseins: die physische Selbstzerstörung durch die kriegerisch entfesselten Mächte des Atoms und die moralische Entwertung des Menschen durch die Vergötzung des Materiellen.

Es gibt nur einen Weg, diese Gefahren zu bannen: die Überwindung der immer größer werdenden Kluft, die sich zwischen dem technischen Fort-

schritt und dem Zurückbleiben des Menschen in seinem gesellschaftlichen und mitverantwortlichen Bewußtsein aufgetan hat.

Den Menschen vom Objekt zum Subjekt zu erheben, ihn vom willenlosen Glied im Produktions- und Verbrauchsmechanismus zum verantwortlichen Beherrscher der materiellen Welt zu machen, das ist die überwältigende Aufgabe, die schicksalhaft vor uns steht. Es geht um das ursprüngliche Ziel des Sozialismus: die Selbstentfremdung des Menschen zu überwinden.

Das Schicksal der Demokratie wie auch der menschlichen Freiheit hängt davon ab, daß eine wachsende Zahl von Menschen ihr gesellschaftliches Bewußtsein entwickelt und zur Mitverantwortung bereit wird. Dieses Bewußtsein entsteht nicht zwangsläufig aus wachsendem Reichtum und technischer Perfektion. Es muß gewollt, es muß geweckt, es muß mit größter Anstrengung gefördert werden.

Ein entscheidendes Mittel dazu ist Menschenbildung und Erziehung, Menschenbildung in umfassendem und tiefstem Sinn, insbesondere politische Bildung durch das Wissen um Wesen und Grenzen von Macht und Freiheit. Diese Aufgaben verlangen auch die Förderung der Wissenschaften vom Menschen und von der Gesellschaft. Die Anstrengungen dafür dürfen nicht hinter dem zurückbleiben, was für die Entwicklung von Naturwissenschaft und Technik geleistet wird. Diese Aufgabe kann in ihrer Größe nur durch eine überragende Leistung aller geistigen, sittlichen und wirtschaftlichen Kräfte der demokratischen Welt gemeistert werden.

Weder Kommunismus noch Kapitalismus sind fähig, diese Aufgabe zu erfüllen. Der Kommunismus erschöpft sich in einer Vergottung des technischen Fortschritts und der politischen Macht. Der Kapitalismus zieht seine Antriebskräfte aus dem Streben nach eigensüchtigem Vorteil. Im Kommunismus wird der Mensch bewußt zum bloßen Objekt gemacht; im Kapitalismus ist der Mensch auf dem Wege, unbewußt zum bloßen Objekt zu werden. Beide mißachten den Menschen und seine Würde, beide hindern seine freiheitliche kulturelle Entwicklung.

In dieser entscheidenden Stunde versagen die deutsche Regierung und die sie tragenden Mächte. Sie vermögen nicht, dem Kommunismus dort zu begegnen, wo er schwach und verwundbar ist.

Trotz des formalen Rechtsstaates trotz der humanistisch und christlich verbrämten Ideologien, in die sie sich einhüllen, wird ihr Handeln von einem dem Materiellen zugewandten Ungeist in Fesseln geschlagen. Dieser Ungeist ist keine Antwort auf den Kommunismus, der seine Offensive im ökonomisch-technischen und im ideologisch-politischen Raum seit langem eröffnet hat.

Der demokratische Sozialismus sieht zwar in der Überwindung auch der materiellen Not und in der Sicherung der Wohlfahrt eine entscheidende Voraussetzung für die kulturelle Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit, nicht aber sein Ziel. Das Herzstück seiner Ideen sind die Liebe zum Menschen, das Bekenntnis zur Gerechtigkeit und der Wille zu einer sittlichen Ordnung der Welt in Freiheit.

Die Sozialdemokratie weiß, welche kulturelle Verantwortung ihr in dieser Entwicklung zufällt. Sie steht allen neuen Problemen undogmatisch und aufgeschlossen gegenüber. Sie weiß, daß sie auf den großen Traditionen des demokratischen Sozialismus fußt und daß an seinem Ursprung die Zielsetzung steht, eine freiheitliche und gerechte Gesellschaftsordnung zu schaffen, die dem Menschen dient und die ihm die Herrschaft über die Naturkräfte ermöglicht.

Für die kommenden Jahrzehnte wird die kulturelle Gestaltung das Feld ihrer besonderen politischen Bewährung sein. Auf diesem Feld fallen die Entscheidungen, welche Richtung der Lauf der Geschichte nehmen wird.

Der Parteitag der Sozialdemokratie wendet sich an alle freiheitlichen Kräfte unseres Volkes, er wendet sich an das geistige Deutschland mit dem Ruf:

Laßt uns gemeinsam handeln! Laßt uns die Zukunft meistern!

Anhang: Aufgaben sozialdemokratischer Kulturpolitik

Bereits auf ihrem Parteitag im Juli 1956 in München hat die SPD zur gesellschaftlichen Entwicklung Stellung genommen, die durch die zweite industrielle Revolution ausgelöst wurde. Ihre dort aufgestellten Thesen wurden seither noch mehr erhärtet. Sie erneuert daher die Forderungen, die in den sieben Punkten ihrer Entschließung Nr. 100 niedergelegt sind. Diese sind im wesentlichen:

1. Die ständige Beobachtung der gesellschaftlichen Entwicklung, Einsetzung eines unabhängigen Forschungsrates in der Bundesrepublik. Er soll die gesellschaftlichen, sozialen, wirtschaftlichen und technischen Erscheinungen der industriellen Revolution ständig beobachten und Folgerungen daraus ziehen;
2. Durchführung eines umfassenden Programms zur Förderung von Wissenschaft und Forschung;
3. Begabtenauslese und Begabtenförderung, beginnend bei der Volksschule;
4. verstärkte Förderung des technischen Nachwuchses nach besonderen finanziellen Vereinbarungen von Bund und Ländern (Ausbau des Wissenschaftsrates);
5. Anpassung unserer Sozial- und Wirtschaftsordnung an die Bedingungen der zweiten industriellen Revolution;
6. politische Bildung des ganzen Volkes;
7. Aufbau einer europäischen Forschungsgemeinschaft; europäische Zusammenarbeit zur Förderung des technischen Nachwuchses; ausreichende Studienplätze für Studenten.

Darüber hinaus wird die SPD vor allem folgende Aufgaben in den Vordergrund stellen:

Kultur- und Erziehungspolitik im weitesten Sinne. Dazu ist erforderlich: Die noch bessere Koordination der Politik der sozialdemokratischen Landtagsfraktionen und Regierungsmitglieder in den Ländern, die sorgfältige Pflege der Beziehungen der Partei zu Persönlichkeiten, Vereinigungen

und Einrichtungen, die in fortschrittlichem Sinne in gleicher Richtung tätig sind, die Förderung des Verständnisses über die Bedeutung der Kulturpolitik unter den Mitgliedern der eigenen Partei.

Die großzügige Förderung aller Wissenschaften vom Menschen und von der Gesellschaft, vor allem durch Bereitstellung der notwendigen materiellen Mittel, Förderung der entsprechenden Forschungsinstitute und des Nachwuchses, Verarbeitung der gewonnenen Einsichten für die praktische Politik.

Die Auseinandersetzung mit geistigen und weltanschaulichen Kräften, die das kulturelle Bild unserer Gesellschaft wesentlich mitbestimmen, das heißt Gespräche mit Kirchen, Weltanschauungsgemeinschaften, ideologischen Gruppen mit dem Ziel, den eigenen geistigen Standort der Sozialdemokratie zu bestimmen und Gemeinsamkeiten zu erkennen.

Die Sozialdemokratie wird der einseitigen militärischen Machtpolitik der Bundesregierung die Alternative der Mobilisierung aller sittlichen, geistigen und ökonomischen Kräfte des Volkes gegenüberstellen. Sie wird damit die Voraussetzungen für die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus und den besten Beitrag zur Sicherung unserer Freiheit leisten.

Entschließung zur Lage in der Sowjetzone

Der Stuttgarter Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands weiß sich mit den Sozialdemokraten und der gesamten Bevölkerung der Sowjetzone im gemeinsamen Kampf um die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands in gesicherter Freiheit verbunden. Auch im 14. Jahr der sowjetischen Besetzung werden der Bevölkerung Mitteldeutschlands noch immer alle demokratischen Rechte verweigert. Die Machthaber versuchen erneut, den harten Kurs zu führen, der im Jahre 1953 zu einer Katastrophe des Regimes geworden ist. Die Formen sind verschieden, doch der Terror ist sich gleichgeblieben.

Der Parteitag lenkt die Aufmerksamkeit des deutschen Volkes und der Weltöffentlichkeit auf die Vorgänge in der Zone. Was dort geschieht, richtet sich eindeutig gegen die Politik der Entspannung und vertieft die Spaltung Deutschlands.

Die Ausbeutungsmethoden in den Betrieben werden verschärft. Die Kollektivierung des Handwerks und der Bauernwirtschaften wird weitergetrieben. Dies alles wird begleitet von verleumderischen Angriffen auf freiheitliche Regungen, auf die Sozialdemokratie und die Kirchen. Um den Widerstand zu brechen, „säubert" man die Universitäten, die Betriebe, die Organisationen und die öffentlichen Institutionen. Aufs neue füllen sich die Gefängnisse.

Aufs neue werden Beschränkungen des Reiseverkehrs eingeführt. Dies, zusammen mit dem neuen Paßgesetz und anderen Abschnürungsmaßnah-

men, vertieft den Graben, den die stalinistische Deutschlandpolitik mitten durch unser Land gezogen hat.

Der Parteitag fordert die Einstellung dieser Maßnahmen, die Freilassung der politischen Gefangenen, die Aufhebung der Reisebeschränkungen und die Gewährung der demokratischen Grundrechte für alle Bewohner der Zone.

Der Parteitag grüßt unsere Landsleute in Mitteldeutschland, die Sozialdemokraten, und vor allem die vielen jungen Menschen, die unter der Diktatur herangewachsen sind und doch den Weg zu uns gefunden haben. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wird weiter den Kampf der Frauen und Männer Mitteldeutschlands für die demokratischen Grundrechte und menschenwürdige Lebensverhältnisse unterstützen. Die Wiedervereinigung Deutschlands wird auch künftig das Hauptziel ihrer politischen Tätigkeit sein. Sie kennt die Schwierigkeit der Aufgabe. Sie wird an ihrer Lösung arbeiten, bis die Zonen- und Sektorengrenzen gefallen sind und Deutschland in gesicherter Freiheit wieder zu einer staatlichen und politischen Einheit geworden ist.

Entschließung zur Algerienfrage

Mit tiefer Sorge betrachtet die Sozialdemokratische Partei Deutschlands die kriegerischen Auseinandersetzungen in Algerien, die einen beklagenswerten Höhepunkt in dem französischen Militärputsch erfahren haben.

Der Krieg in Algerien bedeutet eine Gefahr für den internationalen Frieden und für die Beziehungen zwischen den Völkern Afrikas und Asiens und den Völkern des Westens. Die Fortsetzung des Krieges dient nur denen, die von chaotischen Zuständen die Erfüllung ihrer Ziele erhoffen.

Die deutsche Sozialdemokratie wendet sich in aller Schärfe gegen die von beiden Seiten begangenen Terrorhandlungen. Die am Algerienkrieg verübten Gewalttaten französischer militärischer Stellen und die Unterdrückung von Bürgerrechten haben bei den afrikanischen und asiatischen Völkern die Bereitschaft erschüttert, mit den westlichen Demokratien zusammenzuarbeiten.

Die Sozialdemokratie bedauert, daß die von Leon Blum und anderen französischen Sozialisten ursprünglich inspirierten Vorstellungen über die Beziehungen zu den Völkern Nordafrikas nicht zur Richtschnur der Politik Frankreichs und der SFIO geworden sind.

Die deutsche Sozialdemokratie erwartet von den kriegführenden Parteien positive Anstrengungen für die Beendigung der Feindseligkeiten durch friedliche Verhandlungen auf der Basis einer Garantie der demokratischen Freiheiten.

Die SPD geht von der Überzeugung aus, daß die Freiheit eines Volkes eine wesentliche Vorbedingung zur Errichtung eines friedlichen und demokratischen Gemeinwesens ist. Sie ist erfüllt vom Geist der Frankfurter Prinzipienerklärung der Sozialistischen Internationale von 1951, in der verbindlich für alle Sozialisten das Selbstbestimmungsrecht aller Völker, der Kampf gegen Unterjochung und Ausbeutung eines fremden Volkes erklärt und gefordert wird, daß alle Einwohner gleiche Stimme und gleiche Rechte in den Entscheidungen über die Zukunft ihres Landes haben und die Minderheitenrechte gesichert sind.

Das Ziel der Bestrebungen aller Sozialisten muß die dauerhafte und wirksame Partnerschaft zwischen der europäischen und nichteuropäischen Bevölkerungsgruppe in Algerien in Frieden, Freiheit und Unabhängigkeit sein.

Änderungen des Organisationsstatuts

Gliederung

§ 4

Die Ortsvereine und Bezirke können die Parteigeschäfte nach eigenen Statuten führen, die mit diesem Organisationsstatut nicht in Widerspruch stehen dürfen.

In Ländern mit mehreren Bezirken werden zur Erledigung landespolitischer Aufgaben nach Richtlinien, die der Parteivorstand aufstellt, Landesausschüsse bzw. Landesvorstände gebildet.

Beiträge

§ 8

In der Beitragsstaffelung ist

a) eine Zwischenstufe zwischen den Beiträgen zu DM 3,60 und DM 6,— und

b) eine Zwischenstufe zwischen den Beiträgen zu DM 12,— und DM 24,— zu schaffen.

Abs. 2

Die Sätze:

„Dieser Beitrag kann auf Antrag auf DM —,30 ermäßigt werden, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse des betreffenden Mitgliedes das erfordern. Über den Antrag entscheidet die örtliche Organisation; die Ermäßigung ist zeitlich zu begrenzen." werden ersatzlos gestrichen.

Der Parteivorstand führt innerhalb der Gesamtpartei im Einvernehmen mit den Bezirken einen Finanzausgleich durch, um die Parteiarbeit in den leistungsschwachen Bezirken zu fördern.

Parteitag

§ 10

Der Parteitag ist das oberste Organ der Partei. Er setzt sich zusammen:

1. aus 300 in den Bezirken gewählten Delegierten;

   die Verteilung der Mandate erfolgt nach der Mitgliederzahl, für die im voraufgegangenen Geschäftsjahr Pflichtbeiträge an den Parteivorstand abgeführt worden sind;

2. aus den Mitgliedern des Parteivorstandes und der Kontrollkommission.

Mit beratender Stimme nehmen am Parteitag teil:

1. die Mitglieder des Parteirats,
2. ein Zehntel der Bundestagsfraktion,
3. die vom Parteivorstand bestellten Parteitagsreferenten und die Vertreter von Parteiinstitutionen.

Parteivorstand

§ 17

Die Leitung der Partei obliegt dem Parteivorstand. Er besteht aus dem Vorsitzenden, zwei stellvertretenden Vorsitzenden, dem Kassierer (Schatzmeister) und einer vom Parteitag festzusetzenden Zahl weiterer Mitglieder. Ihm müssen mindestens vier Frauen angehören.

Zur Durchführung der Parteivorstandsbeschlüsse und zur laufenden politischen und organisatorischen Geschäftsführung der Partei wählt der Parteivorstand aus seiner Mitte den geschäftsführenden Vorstand (Parteipräsidium).

Die Zahl der Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes (Parteipräsidium) bestimmt der Parteitag.

Die Wahl des Parteivorstandes erfolgt durch den Parteitag mittels Stimmzettel in vier Wahlgängen. Hintereinander werden gewählt:

im 1. Wahlgang der Vorsitzende,

im 2. Wahlgang die zwei stellvertretenden Vorsitzenden,

im 3. Wahlgang der Kassierer (Schatzmeister),

im 4. Wahlgang die übrigen Mitglieder des Parteivorstandes.

Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der Stimmen der stimmberechtigten Delegierten erhalten hat.

Haben die Kandidaten diese Mehrheit nicht erhalten, so findet Ergänzungswahl statt. Entfallen bei dieser Wahl gleich viele Stimmen auf mehrere Kandidaten, ohne daß sie mehr als die Hälfte der Stimmen der stimmberechtigten Delegierten erhalten haben, dann erfolgt Stichwahl. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

Der amtierende Vorstand unterbreitet spätestens zwei Tage vor der Wahl einen Vorschlag zur Wahl des Parteivorstandes.

Der Parteitag kann bis spätestens einen Tag vor der Wahl zusätzliche Vorschläge unterbreiten. Die Vorschläge müssen von mindestens 30 Delegierten aus mindestens vier Bezirken unterstützt werden.

Der ergänzte Wahlvorschlag muß die Kandidaten in alphabetischer Folge aufführen und am Morgen des Wahltages den Delegierten vorliegen.

§ 19

Als Satz 3 wird neu eingefügt:

„Der Parteivorstand ist ermächtigt, die sonst nicht übertragbaren Persönlichkeitsrechte der Partei als einer Körperschaft, insbesondere das Namensrecht, in eigenem Namen geltend zu machen."

Die folgenden — bisherigen — Sätze 3 und 4 werden dann die Sätze 4 und 5.

Parteirat (Parteiausschuß)

§ 22

Der Parteirat setzt sich zusammen aus:

1. den Vorsitzenden der Bezirke und weiteren von den Bezirksvorständen zu wählenden Vertretern. Bezirke bis 20 000 Mitglieder wählen zusätzlich 1 Vertreter, bis 50 000 Mitglieder 2 Vertreter und über 50 000 Mitglieder 3 Vertreter.

   Bezirke unter 20 000 Mitglieder **sollen** 1 Frau, Bezirke über 20 000 Mitglieder **müssen** 1 Frau in den Parteirat entsenden;

2. den Vorsitzenden der Landesausschüsse bzw. Landesvorstände, wenn innerhalb eines Landes mehrere Bezirke vorhanden sind;

3. den Vorsitzenden der Landtagsfraktionen;

4. den Ministerpräsidenten (bzw. stellvertretenden Ministerpräsidenten) der Länder.

Bei der Wahl von Vorsitzenden der Gremien 1 und 2 in den Parteivorstand oder in die Kontrollkommission gilt diese Bestimmung für die stellvertretenden Vorsitzenden.

Für die Leitung der Sitzungen wählt der Parteirat einen Vorsitzenden und dessen Stellvertreter.

§ 23

Der Parteirat wird durch den Parteivorstand unter Angabe der Tagesordnung einberufen. Er tritt in der Regel vierteljährlich zusammen.

Auf Antrag eines Drittels seiner Mitglieder, der zu begründen ist, muß eine außerordentliche Sitzung einberufen werden.

Die Einladungen sollen den Mitgliedern des Parteirates in der Regel spätestens fünf Tage vor der Sitzung zugehen.

§ 24

Der Parteirat ist anzuhören v o r Beschlüssen des Parteivorstandes über grundlegende außen- und innenpolitische Entscheidungen,

grundsätzliche organisatorische Fragen,

Einrichtung von zentralen Parteiinstitutionen, die die Partei finanziell dauernd erheblich belasten,

die Vorbereitung der Bundestagswahlen.

Der Parteirat hat außerdem die Aufgabe, die Politik in Bund und Ländern aufeinander abzustimmen.

Kontrollkommission

§ 25

Zu Abs. 2:

Hauptamtlich in der Partei tätige Mitglieder können der Kontrollkommission nicht angehören.

Allgemeine Verfahrensbestimmungen

§ 28

Als Ziffer 13 wird neu eingefügt:

„Ist die Berufung offensichtlich unbegründet, so kann sie das Schiedsgericht beim Parteivorstand ohne mündliche Verhandlung nach Lage der Akten zurückweisen. In geeigneten Fällen kann das Schiedsgericht beim Parteivorstand auch beschließen, über die Berufung nach Anhörung der Beteiligten im schriftlichen Verfahren zu entscheiden."

Abänderung des Statuts

§ 32

Abs. 2 wird ersatzlos gestrichen.

Forderung einer umfassenden Finanzreform

Der Parteivorstand möge dafür Sorge tragen, daß die Fraktion im Bundestag umgehend einen Initiativantrag bzw. eine Vorlage einbringt, worin eine umfassende Finanzreform gefordert wird. Ziel dieser Finanzreform muß eine bessere Verteilung der im Bund aufkommenden Mittel zwischen Bund, Ländern und Gemeinden sein.

Neuregelung der Gemeindefinanzen

Die vom Deutschen Bundestag vorgenommene Änderung des Artikels 106 GG verpflichtet die Länder, den Gemeinden gegenüber nunmehr eine Neuregelung hinsichtlich der Gemeindefinanzen vorzunehmen.

Der Parteitag fordert den Parteivorstand und die Bundestagsfraktion auf, sich mit den SPD-Landtagsfraktionen ins Benehmen zu setzen, damit diese in ihren Ländern im Interesse der Gemeinden initiativ werden.

Förderung der Rückkehr von Evakuierten

Bei der Beratung einschlägiger Gesetze und Bestimmungen werden die Fraktionen der Länder und des Bundes aufgefordert, bei der Festlegung von Sonderprogrammen und Finanzierungsgrundsätzen mehr als bisher dafür zu sorgen, daß die Rückkehr der Evakuierten in ihre Heimatorte durch entsprechenden Wohnungsbau ermöglicht wird. Die Berufsnot der schulentlassenen Kinder der Evakuierten drängt nach einer Lösung. Großzügige Maßnahmen der Ausbildungshilfe sind durchzusetzen.

Keine Heimkehrerentschädigung für Schörner

Die Unterbezirkskonferenz Peine-Burgdorf nimmt mit Empörung davon Kenntnis, daß dem mindestens wegen Totschlags verurteilten Hitler-General Schörner die Heimkehrerentschädigung zugebilligt wurde.

Der Parteitag wird gebeten, die Bundestagsfraktion aufzufordern, daß das Gesetz für Heimkehrerentschädigung derart geändert wird, daß solche Menschenschinder nicht mehr in den Genuß dieser Entschädigung kommen.

Vorlage eines Parteiengesetzes

Die Bundestagsfraktion wird beauftragt, parlamentarische Maßnahmen für die Schaffung des Parteiengesetzes nach Artikel 21 des Grundgesetzes zu treffen.

Die politische Führung der Partei liegt beim Parteivorstand

In den Diskussionen über die Reorganisation der Partei werden hier und da Bestrebungen deutlich, gewisse Entscheidungsbefugnisse vom Parteiauf den Fraktionsvorstand zu übertragen. Eine derartige Verlagerung der

Gewichte ist abzulehnen. Entsprechend dem Organisationsstatut und den Herner Beschlüssen sind alle parlamentarischen Mandatsträger Funktionäre der Partei. Der von der Mitgliedschaft gewählte und mit der politischen Führung beauftragte Parteivorstand trägt in der Öffentlichkeit auch für die parlamentarische Tätigkeit die Verantwortung. Seine Vorrangstellung bei allen politischen Entscheidungen muß deshalb eindeutig anerkannt bleiben.

Zusammensetzung des Parteivorstandes

Der Parteivorstand besteht aus:

dem Vorsitzenden,
zwei stellvertretenden Vorsitzenden,
dem Kassierer und
29 Mitgliedern.

Das Parteipräsidium

Der geschäftsführende Vorstand (Parteipräsidium) besteht aus neun Mitgliedern.

Termin des nächsten Parteitages

Der nächste Parteitag ist so zu legen, daß wir in der Lage sind, das Regierungsprogramm (Wahlprogramm) auf diesem Parteitag rechtzeitig zu beraten und zu verabschieden.

Bessere Verbreitung des „Vorwärts"

Der Stuttgarter Parteitag der Sozialdemokratischen Partei empfiehlt allen Mitgliedern und Wählern der SPD, den „Vorwärts" zu abonnieren.

Neben den Ortsvereinen sollten auch die Distrikte den „Vorwärts" mindestens in einem Exemplar abonnieren.

Gegen Ämterhäufung

Der Parteivorstand wird beauftragt, dauernd auf alle Parteiinstanzen einzuwirken, daß sich bei den einzelnen Genossen nicht zu viele Funktionen häufen und so die politische und organisatorische Schlagkraft der Partei behindert wird. Es ist insbesondere darauf zu achten, daß ständig jüngere Kräfte nachrücken.

Förderung der Betriebsgruppenarbeit

Der Parteitag fordert den Parteivorstand auf, die Tätigkeit der Betriebsgruppen noch mehr als bisher zu fördern.

Betriebsarbeit ist Parteiarbeit

1. Die Betriebsarbeit ist wesentlicher Bestandteil unserer Parteiarbeit. Sie kann und darf von der Gesamtpartei nicht mehr übersehen werden. Nach wie vor hat die SPD ein großes Reservoir in der Arbeitnehmerschaft. Alle Parteigliederungen haben deshalb die Verpflichtung, diese Arbeit zu unterstützen, dort, wo sie bereits vorhanden ist, weiter auszubauen oder, wo sie noch nicht besteht, mit allem Nachdruck zu beginnen.

2. Die Zusammenfassung sozialdemokratischer Gewerkschafter in Sozialen Arbeitsgemeinschaften muß in Zukunft stärker gefördert werden. Die SAGs müssen als das wichtigste Verbindungsglied zwischen Partei und Gewerkschaften wirksam werden.

   Die Bildung dieser Arbeitsgemeinschaften hat auf allen Organisationsebenen der Partei zu erfolgen.

   Für die bessere Zusammenarbeit mit dem Parteivorstand ist es zweckmäßig, regelmäßige Zusammenkünfte zwischen Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionären durchzuführen, um einen echten Meinungs- und Erfahrungsaustausch zu haben.

3. Eine intensive Betriebsarbeit ist nur möglich, wenn regelmäßige Schulungen der Betriebsfunktionäre durchgeführt werden. Hierzu ist ebenfalls die volle Unterstützung vom Parteivorstand zwingend erforderlich und notwendig.

Gegen die Erhöhung der Bundesbahn-Sozialtarife

Der Parteitag verurteilt die 50prozentige Erhöhung der Bundesbahn-Sozialtarife auf das entschiedenste. Die Berufszüge sind ständig sehr gut besetzt, ja oftmals überbesetzt, so daß viele Berufstätige täglich auf den ihnen zustehenden Sitzplatz verzichten müssen. Schließlich muß auch berücksichtigt werden, daß diesen Dauerkunden ein viel schlechteres Wagenmaterial geboten wird, als es bei den übrigen Zügen der Fall ist. Also eine wesentliche Leistungsverschiedenheit der Bundesbahn dem Fahrgast gegenüber. Zuletzt darf nicht übersehen werden, daß diese Fahrpreiserhöhung fast ausschließlich die arbeitende Schicht auf dem Lande trifft, deren Lebenshaltungskosten infolge der höheren Preise gegenüber den Stadtgeschäften an sich schon höher liegen.

Zur Überwindung der Wohnungsnot

Der Parteitag fordert den Parteivorstand und die Bundestagsfraktion auf, mit allem Nachdruck dafür einzutreten, daß die noch immer bestehende Wohnungsnot endlich überwunden wird und daß die notwendigen Aufwendungen für kulturelle und soziale Aufgaben nicht durch die immer mehr anwachsenden Verteidigungslasten unmöglich gemacht werden.

Kampf der Restauration

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands lenkt die Aufmerksamkeit auf die auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens breitwerdenden Tendenzen der Restauration.

Der Parteitag fordert alle in verantwortlicher Arbeit stehenden Mitglieder der Partei und alle fortschrittlich gesinnten Demokraten auf, diesen Tendenzen in klarer, eindeutiger und öffentlich wirksamer Weise entgegenzutreten.

Über private Meinungsäußerungen

Alle Genossen sind verpflichtet, Erklärungen, die im Gegensatz zu offiziellen Erklärungen der Partei stehen, vorher klar als eigene, private Meinung zu kennzeichnen.

Einberufung einer Bundeskonferenz der Jungsozialisten

Noch in diesem Jahr wird eine Bundeskonferenz der Jungsozialisten Deutschlands einberufen.

Der Zentralausschuß der Jungsozialisten Deutschlands soll die Vorbereitung und Durchführung dieser Bundeskonferenz, die seit 1952 zum ersten Mal wieder zusammentreten würde, mit einer wirksamen Öffentlichkeitsarbeit verbinden.

Koordinierung der parlamentarischen Tätigkeit in Bund und Ländern

Für die Koordinierung der parlamentarischen Tätigkeit der Sozialdemokratie in Bund und Ländern wird der Parteivorstand beauftragt, Länderkonferenzen durchzuführen, zu denen die jeweiligen Sachkenner der zur Beratung anstehenden Fragenkomplexe einzuladen sind.

Zur Diskussion eines Grundsatzprogramms

Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, die Anträge und Anregungen zum neuen Grundsatzprogramm bald zusammenzufassen und zur Diskussion zu stellen.

Der Parteitag stellt sich ausdrücklich auf den Boden der Frankfurter Grundsatzerklärung der Sozialistischen Internationale.

Der Parteivorstand wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, daß im Grundsatzprogramm auch die Grundsätze sozialdemokratischer Steuerpolitik zur Darstellung gebracht werden.

Der Parteivorstand wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, daß bei der endgültigen Verabschiedung des Grundsatzprogramms die Grundsätze sozialdemokratischer Agrarpolitik in einem Kapitel „Landwirtschaft und Ernährung" Erwähnung finden.

Der Entwurf des Grundsatzprogramms wird spätestens im Jahre 1960 verabschiedet. Parteivorstand und Parteirat werden beauftragt, Anfang 1959 zu entscheiden, ob ein außerordentlicher Parteitag im Jahre 1959 zur Verabschiedung des Grundsatzprogramms einzuberufen ist.

Förderung der sozialistischen Jugend- und Erziehungsarbeit

Der Parteitag anerkennt die Förderung der sozialistischen Jugend- und Erziehungsarbeit als eine dringende Aufgabe der SPD. In einer Zeit wachsender negativer Umwelteinflüsse sind umfassende Maßnahmen erforderlich, um die nachwachsende Generation an die demokratische Lebensordnung und die sozialistischen Prinzipien unserer Politik heranzuführen. Aus diesem Grunde begrüßt der Parteitag die großangelegte Werbeaktion der Sozialistischen Jugend Deutschlands — Die Falken. Er bittet alle Ortsverbände und Bezirke der SPD, diese Werbeaktion zu unterstützen und die Zusammenarbeit mit der SJD — Die Falken zu verstärken.

Zugleich bittet der Parteitag den Parteivorstand, stärker als bisher eine Koordinierung der Arbeit aller in der Jugend- und Erziehungsarbeit stehenden Sozialdemokraten anzustreben.

Zur Geschäftsordnung

Anträge mit voneinander abweichenden Auffassungen können nicht durch Generalanträge zusammenfassender Art ersetzt werden. Für eine derartige Zusammenfassung kommen nur ähnlich lautende Anträge mit im Grunde gleicher Auffassung — bei Zustimmung der Delegierten der antragstellenden Distrikte, Unterbezirke oder Bezirke — in Frage.

ÜBERWIESENE ANTRÄGE

Mehr Aufmerksamkeit für die Innenpolitik

Den Fragen der Innenpolitik, insbesondere auf der Bundesebene, ist mehr als bisher Aufmerksamkeit zu widmen. Es ist bedenklich, wenn in der Öffentlichkeit die dringenden innenpolitischen Angelegenheiten durch dauernde Auseinandersetzungen in anderen Fragen (z. B. Außenpolitik) in den Hintergrund gedrängt werden. Die Partei sollte sich von der nicht zuletzt aus taktischen Gründen durchgeführten Methode der Bundesregierung nicht das Thema der politischen Debatte vorschreiben lassen.

(Überwiesen an den Parteivorstand)

Über die Beziehungen zu den osteuropäischen Völkern

Der Parteitag der SPD begrüßt alle Bemühungen, freundliche Beziehungen auch zwischen dem deutschen Volke und den osteuropäischen Völkern herzustellen, er erwartet aber von allen Angehörigen der SPD, die sich darum bemühen, daß sie dabei die im Dortmunder Aktionsprogramm der SPD festgelegten Forderungen bezüglich des Heimatrechtes der Heimatvertriebenen und der Ostgrenzen Deutschlands respektieren.

(Überwiesen an den Parteivorstand)

SPD für freiheitlichen Sozialismus

Die SPD ist sich der von restaurativen Kreisen gern gesehenen Gefahr bewußt, in die sie durch das Verbot der KPD geraten ist. Veröffentlichungen einiger Mitglieder und ein nicht zu verkennender Druck von außen können in der Bevölkerung den Eindruck einer Radikalisierung erzeugen, die nicht dem Willen der Mehrheit der Partei entspricht. Der Vorstand und alle Gremien der Partei müssen deshalb darüber wachen, daß kein Zweifel am Eintreten der SPD für den Sozialismus auf parlamentarisch-demokratischer Grundlage entsteht.

(Überwiesen an den Parteivorstand)

SPD-Zeitschrift für die Bundeswehr

Der Parteitag fordert die Gründung einer Zeitschrift für die Bundeswehr, in welcher die Bundeswehrsoldaten über den militärpolitischen Standpunkt der SPD und ihr weiteres politisches Wollen belehrt werden.

(Überwiesen an den Parteivorstand)

Bildung einer Sonderkommission

Es wird eine Kommission aus sozialdemokratischen Wirtschaftswissenschaftlern und -politikern, aus Mitgliedern eines zu bildenden wissenschaftlichen Instituts der Partei, aus Mitgliedern des Parteivorstandes und des Parteiausschusses gebildet.

Diese Kommission soll folgende Fragen prüfen:

Kann die notwendige Demokratisierung der Wirtschaft und die Beseitigung übermäßiger wirtschaftlicher Machtkonzentration auf dem Wege der Überführung der Grundstoffindustrie in Gemeineigentum oder auf dem Wege anderweitiger öffentlicher Kontrolle der Wirtschaft verbunden mit einer Streuung des Besitzes an Wirtschaftsbeteiligungen ohne Enteignungen erreicht werden?

Was ist in der Gegenwart nach sozialdemokratischer Auffassung unter den Begriffen „Sozialisierung", „Überführung in Gemeineigentum" und „öffentliche Kontrolle" zu verstehen?

Ist die Überführung der Grundstoffindustrie aus Gründen der allgemeinen Wirtschaftspolitik und Konjunkturpolitik erforderlich? Wie weit wünscht die SPD in der Wirtschaft Planung und Gemeineigentum und wie weit garantiert sie freien Wettbewerb und Privateigentum?

Die Kommission soll das Ergebnis ihrer Arbeit dem Parteivorstand zur Weiterleitung an die unteren Parteigremien und an die Öffentlichkeit mitteilen, damit die in der Mitgliedschaft und in weiten Kreisen der Öffentlichkeit bestehenden Unklarheiten über die sozialdemokratischen Vorstellungen und Zielsetzungen beseitigt werden können.

(Überwiesen an den Parteivorstand)

Abnahme von Broschüren durch die Ortsvereine

3. Alle Ortsvereine sind verpflichtet, eine angemessene Anzahl der Broschüren abzunehmen (zumindest muß jeder Funktionär ein Exemplar bekommen und den Inhalt zum Gegenstand eingehender Diskussion machen).

(Die Punkte 1 und 2 sind durch die Entschließung „Freiheitliche Ordnung der Wirtschaft" erledigt; nur Punkt 3 wurde an den Parteivorstand überwiesen. d. R.)

Zu Fragen der Wirtschaftspolitik

An die Stelle der Absätze „Privateigentum" und „Gemeineigentum" und „Demokratie in der Wirtschaft" im Aktionsprogramm tritt unter der Benennung „Demokratische Wirtschaftsverfassung" der folgende Abschnitt: In der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung üben die Eigentümer der Produktionsmittel oder ihre Beauftragten eine kaum kontrollierte Alleinherrschaft über die Produktion und die in ihr tätigen Arbeitnehmer aus.

Die Folgen sind:

1. Die volkswirtschaftliche Produktion und Verteilung vollzieht sich im Interesse nicht des gesamten Volkes, sondern einer zahlenmäßig verschwindend kleinen Schicht von Eigentümern. Unter diesen Umständen sind gleichmäßig fortschreitende wirtschaftliche Entwicklung, Vollbeschäftigung, gerechte Verteilung des Sozialproduktes und soziale Sicherheit stets bedroht oder nicht möglich.

2. Es bilden sich unkontrollierbare Machtpositionen, von denen aus eine kleine Minderheit des Volkes bestimmenden Einfluß auf Parlament und Staatsverwaltung, auf Parteien und öffentliche Meinung ausübt. Die freie demokratische Willensbildung wird gefährdet und damit die politische Demokratie ausgehöhlt.

3. Die Arbeitnehmer (Arbeiter, Angestellte und Beamte) machen die große Mehrheit des Volkes aus. Der Herrschaft einer kleinen Gruppe von Eigentümern unterworfen, sind sie daran gehindert, ihr wirtschaftliches Schicksal in Freiheit selbst zu bestimmen und an der Gestaltung der Wirtschaft nach ihren Kräften verantwortlich mitzuwirken.

Infolgedessen sind die meisten Menschen unseres Volkes der wirtschaftlichen, politischen und propagandistischen Übermacht einer kleinen Gesellschaftsschicht ausgeliefert. Sie sind von wahrheitsgetreuer Information und zutreffender Belehrung über die wirklichen Verhältnisse durch eine technisch perfekt gesteuerte Meinungsbildung abgeschnitten und von den Möglichkeiten sozialen Aufstiegs, beruflicher Befriedigung und wirtschaftlicher Mitverantwortung ausgeschlossen. Unfähig, sich unter den gegenwärtigen Verhältnissen aus eigener Kraft dagegen zur Wehr zu setzen, werden immer mehr Menschen politisch gleichgültig und urteilslos. Diese Entwicklung bedroht die Grundlagen unserer freiheitlich-demokratischen Ordnung.

Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, soziale Gerechtigkeit und politische Freiheit zu sichern, fordern wir:

1. Diejenigen Wirtschaftsunternehmungen, die entscheidende Machtpositionen darstellen, sind in das Eigentum des gesamten Volkes zu überführen, zu vergesellschaften. Es sind dies:

   a) der Bergbau,

   b) die Eisen- und Stahlerzeugung,

   c) die Energieerzeugung, insbesondere die Erzeugung von Kernenergie,

   d) die Großchemie,

   e) die Großbanken.

   Um die Bildung einer allmählichen Schicht von Staats- und Wirtschaftsfunktionären zu verhindern und um eine unbürokratische Wirtschaftsführung zu sichern, werden die vergesellschafteten Unternehmungen nicht in staatliche Verwaltung übernommen. Ihre Leitung wird vielmehr wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörpern übertragen, in deren Organen demokratisch gewählte Vertreter der Arbeitnehmer, der Verbraucher und der öffentlichen Hand zusammenwirken.

Das Eigentum an Unternehmungen, die nach diesem Programm nicht vergesellschaftet werden sollen, wird gewährleistet.

2. Das gegenwärtig geltende Betriebsverfassungsrecht ist derart auszubauen, daß allen Arbeitnehmern die gleichberechtigte Mitbestimmung in allen personellen, sozialen und wirtschaftlichen Fragen gesichert wird. Ferner sind alle Beschränkungen der gewerkschaftlichen und politischen Betätigung im Betrieb aufzuheben. Diese Mitbestimmung findet uneingeschränkt auch auf die Arbeitnehmer der vergesellschafteten Unternehmungen Anwendung.

3. Die Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern und Landwirtschaftskammern sind in Wirtschaftskammern, die von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu gleichen Teilen beschickt werden, umzuwandeln.

(Überwiesen an die Programmkommission)

Bildung einer Expertenkommission

Der Parteivorstand wird ersucht, umgehend eine Kommission von Experten unter Hinzuziehung von ebenfalls versierten Betriebsvertrauensleuten und Gewerkschaftern zu berufen, zu dem Zwecke der Untersuchung und Überprüfung, ob es neben der Überführung der Grundstoffindustrien in Gemeineigentum (s. Aktionsprogramm) nicht noch andere Formen gibt, die geeignet sind, eine Umstruktuierung der bestehenden Eigentumsverhältnisse, vor allem aber des seit 1945 neu gebildeten Wertzuwachses der Wirtschaft, zu erreichen. Eine solche Untersuchung ist um so dringender geboten, da heute weder von den sozialistischen Parteien noch von den Gewerkschaften eine totale Vergesellschaftung mehr gefordert wird und somit eine ganze Reihe von Industrien mit einem ungeheuren Wert- und Sachvermögen außerhalb jeder Vergesellschaftung bleiben und damit wieder in die Lage versetzt sind, ihre wirtschaftliche Macht zu politischen Zwecken zu mißbrauchen und auszunutzen.

(Überwiesen an den Parteivorstand)

Sicherung der sozialen Ansprüche der Arbeitnehmer

Die Bundestagsfraktion wird beauftragt, unverzüglich einen „Gesetzentwurf zur Sicherung der sozialen Ansprüche der Arbeitnehmer" einzubringen, mit dem sichergestellt werden kann, daß die bisherigen und künftigen Rücklagen für betriebliche Sozialleistungen, insbesondere die „Rückstellungen für Pensionen", den Zwecken erhalten bleiben, für die sie ge-

tätigt wurden und noch werden. Der Parteitag erwartet von der SPD-Fraktion des Bundestages, daß sie sich jedem Versuch widersetzt, diese den Arbeitnehmern als freiwillige Sozialleistungen und Lohnkosten und den Verbrauchern als Preisbestandteile angerechneten Beträge in „Eigenkapital" der Unternehmen zu verwandeln. Der Gesetzentwurf sollte eine Regelung vorsehen, die den Unternehmungen die auf diesem Wege der „Rückstellungen" gewonnenen Investitionsmittel zwar nicht plötzlich entzieht, sie aber vom Tage der Rückstellung an zu Krediten eines öffentlichen Trägers erklärt, dem die Unternehmen zur Amortisation und Verzinsung verpflichtet sind und gleichzeitig die Ansprüche aller Arbeitnehmer an diese Beträge gewährleistet. In gleicher Weise wäre mit jenen Beträgen zu verfahren, die für Zwecke des Lastenausgleichs „zurückgestellt" wurden und die zu Krediten des Lastenausgleichsfonds umzuwandeln wären.

(Überwiesen an die Bundestagsfraktion)

Sicherung öffentlicher Kredite und ihrer gemeinnützigen Verwendung

Die Bundestagsfraktion wird beauftragt, einen „Gesetzentwurf zur Sicherung öffentlicher Kredite und ihrer gemeinnützigen Verwendung" zu erarbeiten und dem Bundestag einzureichen. Ein solches Gesetz soll die den Unternehmungen gegebenen und auch künftige Steuergeschenke in Kredite eines öffentlichen Trägers umwandeln, der die Ablösungs- und Zinserträge — soweit sie nicht bereits sozial zweckgebunden sind, wie Rückstellungen für Pensionen usw. — gemeinnützigen Zwecken (Sozialfonds, Wohnungsbau, Investfonds oder ähnliches) zuzuführen hat. Dieser öffentliche Träger sollte kein staatliches Organ, sondern möglichst ein öffentlich-rechtliches Selbstverwaltungsorgan sein.

(Überwiesen an die Bundestagsfraktion)

Einsetzung eines Unterausschusses des Wirtschaftspolitischen Ausschusses

Der Parteivorstand wird beauftragt, einen Unterausschuß des Wirtschaftspolitischen Ausschusses mit einer Untersuchung darüber zu betrauen, in welcher Weise die Bundesbank durch ihre Organisation und ihre Währungspolitik dazu beitragen kann, das sozialdemokratische Ziel einer vollbeschäftigten Wirtschaft mit stabilem Preisniveau zu erreichen.

(Überwiesen an den Parteivorstand)

Anträge zum Grundsatzprogramm

Die Erarbeitung eines Parteiprogramms ist eine der vordringlichen Konsequenzen, die aus dem Ergebnis der Bundestagswahl gezogen werden sollte.

Der Entwurf des zu erwartenden Grundsatzprogramms ist so rechtzeitig allen Ortsvereinen zuzuleiten, daß die Möglichkeit einer Diskussion zum kommenden Grundsatzprogramm gegeben ist.

Die Kernpunkte des Parteiprogramms sind kurz gedrängt und allgemeinverständlich zusammenzufassen, und zwar so, daß der Außenstehende nicht viel zu lesen hat, aber doch über alle Ziele der Partei informiert ist.

Wahltaktische Verlautbarungen führten häufig in die Nähe neuliberaler Gedankengänge. In dem zu erstellenden Grundsatzprogramm ist deshalb der freiheitliche Sozialismus klar vom Neuliberalismus abzugrenzen. Späteren Wahlprogrammen muß dies als Richtschnur dienen.

Die Sozialisierung der Grundstoffindustrien, und zwar Kohle, Eisen und Energie, einschließlich der Atomenergie, wird auch in das Grundsatzprogramm der SPD aufgenommen.

Der vorbereitende Ausschuß für die Ausarbeitung des Grundsatzprogramms wird beauftragt, die Überführung der gesamten Grundstoff- und Energiewirtschaft in Gemeineigentum als sozialdemokratische Forderung in das Grundsatzprogramm aufzunehmen und die Durchsetzung dieser Forderung mit allen Mitteln zu forcieren.

Das Grundsatzprogramm der SPD soll hinsichtlich des Typus unserer Partei von folgenden Überlegungen ausgehen:

Unsere Partei kann nur dann die Mehrheit des deutschen Volkes gewinnen, wenn sie die Repräsentantin der deutschen Arbeitnehmer bleibt. Wenn sie aufhört, die Interessen der Arbeitnehmerschaft mit Vorrang wahrzunehmen oder versäumt, innerhalb dieser Schicht in verstärktem Maße wirksam zu sein, besteht die Gefahr, daß sie ihre natürliche Basis und damit auch ihre Existenzberechtigung verliert. Die Interessen der Arbeitnehmer können aber nur durch eine Partei wahrgenommen werden, deren Grundsätze und Ziele eine einheitliche und eindeutige Alternative

zur wirtschaftlichen, sozialen und politischen Struktur der bestehenden Gesellschaftsordnung darstellen. Die Partei wird aber mit diesen Bestrebungen nur in dem Maße Erfolg haben, wie sie durch bewußtes und kraftvolles Auftreten, auch in der außerparlamentarischen Aktion, die überwiegende Mehrheit der Arbeitnehmerschaft, vor allem der Industriearbeiterschaft, gewinnt und politisch aktiviert.

Die Mittelschichten müssen erkennen, daß ihre legitimen Interessen mit den Interessen der Arbeiter, Angestellten und Beamten untrennbar verbunden sind. Dabei ist es für die Partei mindestens ebenso wichtig, die wachsende Zahl der Angestellten und Beamten, deren soziale Lage durch den technischen Fortschritt in den nächsten Jahren entscheidend verändert wird, zu gewinnen.

Die Verwirklichung dieser Forderungen macht unsere Partei zu einer wahren Partei des Volkes und schafft die Grundlagen für die Übernahme der politischen Macht.

Dem Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist eine Formulierung einzufügen, die besagt:

Eigentum an dem Produktivvermögen ist in unserer hochentwickelten Wirtschaft in jedem Falle eine gesellschaftliche Verpflichtung. Es kann und soll der freien individuellen Verfügung und Verantwortung überlassen bleiben, solange es diesen gesellschaftlichen Verpflichtungen voll Rechnung trägt. Die demokratisch legitimierten Organe sind zur Kontrolle verpflichtet, ob solch privates Eigentum seine gesellschaftlichen Verpflichtungen erfüllt und zur Einschränkung der Verfügungsgewalt genötigt, sofern diese Verpflichtungen nicht erfüllt werden oder aus der Anhäufung solcher Produktivvermögen, ihrer marktbeherrschenden Position und ihren gesellschaftspolitischen Einfluß, Schädigungen anderer Teile der Gesellschaft zu erwarten sind. Wo diese Tatbestände jedoch heute schon eine Gefahr für die Gesellschaft, Wirtschaft oder die demokratische Entwicklung unseres Staates geworden sind, ist die Überführung dieser Produktivvermögen in Gemeineigentum unabdingbar. Solche Voraussetzungen für die Überführung in Gemeineigentum sind im Kohlenbergbau, in der Eisen- und Stahlindustrie und in der Energiewirtschaft — insbesondere der Atomenergie — bereits gegeben. Jede künftige sozialdemokratische Regierung ist verpflichtet, durch effektive — jedoch demokratisch legitimierte — Kontrolle die gesellschaftlichen Funktionen des Produktivvermögens zu überwachen und die Überführung gefährlicher privater Machtballungen in Gemeineigentum durchzusetzen.

Die gefährlichen Machtpositionen der Kohlenwirtschaft, der Eisen- und Stahlindustrie, die selbst die Regierung in den Fragen der Preis- und Investitionspolitik, der Handels- und Steuerpolitik, der Produktions-, Absatz- und Versorgungspolitik zu ihrer Auffassung zu zwingen vermochten, ist in jüngster Zeit so deutlich geworden, daß es einer besonderen Begründung nicht mehr bedarf. Atomwirtschaft in privater Hand würde zu noch gefährlicheren Konsequenzen führen. Die Glaubwürdigkeit unserer Politik könnte im übrigen nur gewinnen, wenn wir unsere alte

unabdingbare Forderung nach Überführung in Gemeinwirtschaft in Zeiten der Wahl nicht willkürlichen Auslegungen aussetzen ließen, die die Wahrhaftigkeit unserer politischen Ziele insgesamt in Frage stellen.

Zur Beratung des Entwurfes eines Grundsatzprogramms der SPD schlägt der Unterbezirk München vor, die Zielsetzung der Partei wie folgt zu umreißen:

„1. Die SPD tritt für eine Änderung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnung ein, die eine gerechte Verteilung des Sozialproduktes gewährleistet. Alle Schichten der Bevölkerung müssen durch die sozialistische Neuordnung an allen wirtschaftlichen und kulturellen Errungenschaften in gleicher Weise teilnehmen können.

2. Dieses Ziel, den Mißbrauch wirtschaftlicher Vormachtstellung zu unterbinden, bedingt die Überführung der Schlüsselindustrien und Energiewirtschaft in Gemeineigentum.

3. Förderung aller geistigen und schöpferischen Kräfte in Wissenschaft, Kunst und Technik im Dienste der Allgemeinheit."

Nach den letzten Bundestagswahlen hat sich klar erwiesen, daß unsere Partei mit dem unklaren Programm nicht zum Zuge kam. Unsere Partei muß gegenüber den bürgerlichen Parteien eine echte Alternative entwickeln, die eine konsequente Politik im sozialistischen Sinne zum Ausdruck bringt. Diese Konzeption muß vor allen Dingen in der Außen-, Wirtschafts- sowie Kulturpolitik ihren Niederschlag finden.

Der Unterbezirk Peine-Burgdorf erwartet, daß sich die SPD in ihrem kommenden Grundsatzprogramm weiterhin zu den heute noch gültigen Lehren von Karl Marx, insbesondere zu seiner Methodik, die gesellschaftlichen Verhältnisse zu untersuchen, als Grundlage für ihre Arbeit und Ziele bekennt.

Der Ausschuß, der mit der Ausarbeitung eines Grundsatzprogramms beauftragt wurde, ist anzuweisen, die Sozialisierung der gesamten Grundstoffindustrie und der Energiewirtschaft als sozialdemokratische Forderung in das Grundsatzprogramm aufzunehmen.

Diese Forderung ist von der Partei mit allem Nachdruck durchzusetzen.

I. Am Beginn des planetarischen Zeitalters sieht sich der Mensch in einem Zustand der existentiellen und sozialen Unsicherheit. Er ist im Begriff,

mit Hilfe neu erschlossener Energiequellen und ungeahnter technischer Fortschritte den Schritt ins Weltall zu tun; aber er hat es nicht verstanden, die Bedrohung seiner selbst durch dieselben technischen Wunder abzuwenden, geschweige denn das menschliche Zusammenleben auf der Erde befriedigend zu regeln. Immer noch herrscht Feindseligkeit zwischen Völkern, Rassen und Gesellschaftsschichten. Freiheitliche und totalitäre Regime bestehen gleichzeitig, aber nicht friedlich nebeneinander. Kolonialvölker drängen zu Freiheit und Gleichberechtigung, stoßen dabei aber auf das Unverständnis ihrer bisherigen Beherrscher. Soziologische Umschichtungen großen Ausmaßes finden statt. Der äußere Lebensstandard hat sich in einem Teil der Welt erheblich, aber unterschiedlich gehoben; dabei fehlt es an einer gleichwertigen Hebung des kulturellen Einzel- und Gesamtniveaus.

Die Menschen sehnen sich nach Sicherheit, Glück und Zufriedenheit. Sie erkennen, daß äußerer Fortschritt und Wohlstand allein nicht genügen, um zu diesem Ziel zu gelangen, ja, daß er es gefährdet, wenn er nicht von geistiger Höherentwicklung begleitet und geleitet wird.

So suchen die Menschen nach einer Leitidee, die sie einigt und sie friedlich zu einer beglückenderen Lebensart führt. Diese Idee kann nicht auf den einzelnen Menschen beschränkt sein, sie muß die Menschheit im ganzen erfassen. Die Gesellschaftsordnung kann deshalb nur sozialistisch sein.

II. Das bisherige Gedankengut des deutschen Sozialismus ist überwiegend auf die Hebung des wirtschaftlichen Wohlergehens bisher unterdrückter Schichten gerichtet. Es ist außerdem durch fast hundertjährigen doktrinären Gebrauch abgenutzt und hat die Schwungkraft als Leitidee eines neuen Zeitalters verloren. So scharfsinnig und wegweisend die Denkmethode von Marx und seine soziologischen Erkenntnisse waren, so haben sie sich doch als unzureichend für eine Auslotung des vollen Begriffes Sozialismus und seiner Wegbereitung erwiesen. Sozialismus ist mehr als Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Sozialismus ist die Vermenschlichung des gesellschaftlichen Lebens und die Kultivierung aller Menschen. Die Gesamtheit der Menschen an der ständigen Höherentwicklung der wirtschaftlichen und kulturellen Lebensverhältnisse in Freiheit teilhaben zu lassen, das ist freiheitlicher Sozialismus. Diese hohe, ursprüngliche und umfassende Idee des Sozialismus gilt es neu zu durchglühen, Überständiges abzustoßen, neue Erkenntnisse mit neuen Tatsachen zu vereinen zu einer geistigen Bewegung, die zugleich Ausdruck der Sehnsucht wie auch Führerin der menschlichen Gesellschaft ist.

III. Breite Bevölkerungsschichten Deutschlands auch außerhalb der Arbeiterschaft sind heute bereit, einer sozialistischen Leitidee zu folgen, die sich nicht mit marxistischen Gedankengängen begnügt und sich nicht nur als Vertreterin überwiegender Arbeiterinteressen, sondern von Volksinteressen, aufführt. Deshalb muß die Partei mit Klarheit, Schwung und Überzeugungskraft sich von überwiegend materiell-wirtschaftlichen Vorstellungen lösen und zur ethisch-kulturellen Zielsetzung vorstoßen. Sie muß radikal und schnell eine gründliche programmatische Erneuerung des Gedankengutes des Sozialismus vornehmen. Danach erst rückt es in den

Bereich der Möglichkeit, so breite Mitglieder- und Wählermassen für sozialistische Ziele zu erfassen, daß die Bildung sozialistischer Mehrheiten und Regierungen erfolgen kann.

IV. Die Sehnsucht der Menschen drückt sich in den Begriffen Frieden, Freiheit, Wohlstand, Sicherheit, Kultur aus. Sie alle zusammen ermöglichen auch die Verinnerlichung, nach der auch der moderne Mensch sich mehr und mehr sehnt. Was die sozialistische Idee von allen anderen unterscheidet, was sie allein zur Leitidee der jetzigen Menschheitssituation qualifiziert, ist, daß sie diese Wunschziele nicht nur für einzelne Individuen, sondern auch für die menschliche Gesellschaft als Ganzes erstrebt. Sie will die Teilung der Menschheit überwinden. Die gemeinsame Basis aller dieser Ziele aber ist das Streben nach Gerechtigkeit für alle und auf allen Gebieten. Soziale Gerechtigkeit ist der Kompaß für das sozialistische Ziel. Deshalb ist Gerechtigkeit für alle eine der tragenden Leitideen des Sozialismus. Ohne Gerechtigkeit kein Frieden, keine Freiheit, kein allgemeiner Wohlstand, keine Sicherheit und letzten Endes auch keine allgemeine Kultur.

V. Was ist G e r e c h t i g k e i t ? Wir haben am eigenen Leib erfahren, daß sie nicht identisch ist mit Legalität, mit dem von Machthabern gesetzten Recht. Solches Recht kann Willkür oder höchstes Unrecht sein. Gerechtigkeit ist die denkbar beste sittliche Ordnung des Zusammenlebens der Menschen. Sie umfaßt als Wesentliches das Freisein von Ungerechtigkeit. Kampf gegen Unrecht in jeder Form, an jeder Stelle, in jeder Beziehung ist daher ihre aktive Seite.

VI. F r i e d e n ist nur denkbar durch Gerechtigkeit und Toleranz unter den Völkern, ohne Unterschied der Rasse und des politischen Systems. Das Zeitalter der Vorherrschaft der weißen Rasse ist vorbei. Koloniale Bevormundung widerspricht dem erwachten Gleichberechtigungsgefühl der bisher ausgenutzten Völker. Auch das sowjetische Regierungssystem ist im Begriff, seine politische, wirtschaftliche und kulturelle Gleichberechtigung nachzuweisen. Der Wahnsinn der gegenseitigen Rüstungssteigerung muß schnellstens aufhören. Die UNO muß mit einem durchgebildeten Völkerschiedsgericht und einer ausreichenden Polizeitruppe ausgestattet und zur kraftvollen obersten Völkerinstanz ausgebaut werden.

VII. F r e i h e i t der Person ist die erste Voraussetzung für menschenwürdiges Leben. Jeder persönliche Zwang, auch zugunsten eines dirigierten Wirtschaftssystems, ist abzulehnen. Das unterscheidet den freiheitlichen Sozialismus von totalitären Regierungs- und Wirtschaftssystemen. Persönliche Freiheit hat ihre Grenze nur an der Freiheit der anderen. Freiheit ist deshalb durch Rechtsgarantien stärkster Art gegen jegliche Verletzung, käme sie von anderen Personen, von Behörden oder anderen Staatsorganen, zu schützen. Diese persönliche Rechtssicherheit muß durch unabhängige Gerichte aller Art einschließlich Verwaltungs- und Verfassungsgerichte geschützt werden. Unkontrollierte Instanzen, wie Geheimpolizei einschließlich der sogenannten Verfassungsschutzämter, sind unzulässig, solange nicht wirksame Wege gefunden worden sind, Willkür und Ungerechtigkeit zu vermeiden.

VIII. Wohlstand ist gerechter Anteil eines jeden an den Erträgen des Wirtschaftslebens. Wohlstand ist daher keine absolute Größe, er kann sich verändern, nach oben und unten; wichtig ist nur, daß die Anteile gerecht bleiben. Die soziale Gerechtigkeit im engeren, wirtschaftlichen Sinne gebietet, jedem, der gesellschaftlich nützliche Arbeit leistet — wozu übrigens auch die Pflege der Künste und Wissenschaften und das Erziehungswesen gehören — eine angemessene wirtschaftliche Existenzmöglichkeit zu geben. Die Sozialisierung der Produktionsmittel reicht hierzu nicht aus. Sie kann auch nicht als Allheilmittel und Endziel des Sozialismus angesehen werden. Vielmehr ist sie einer der Wege, um öffentliche Einrichtungen zu betreiben, die der Möglichkeit des Monopolmißbrauches nicht unterliegen dürfen, wie Verkehrsmittel und Versorgungsbetriebe, Grundstoffindustrien. Auch diese Betriebe sollten zur Vermeidung der Steuerüberlastung und der Verwaltungsaufblähung kaufmännisch und zuschußfrei geführt werden.

Im übrigen kann die Frage sozialistischer Wirtschaftspolitik mit den besonderen Einzelfragen des Miteigentums, der Mitbestimmung, der Vollbeschäftigung, der Umwandlung des Arbeitsvertrages in einen Gesellschaftsvertrag, der technischen und kaufmännischen Führung öffentlicher Betriebe, der Steuer- und Finanzpolitik, der Bedeutung der Mittelschichten, hier nur als besonders schwieriges und komplexes Problem angedeutet werden. Es bedarf einer besonderen Behandlung, die unter dem Leitwort „wirtschaftliche Gerechtigkeit" stehen muß.

IX. Wohlfahrt ist die Durchführung der sozialen Gerechtigkeit für alle diejenigen, die am Erwerbsleben noch nicht oder nicht mehr teilnehmen können. Wohlfahrt darf nicht Gnadenerweis, sondern muß Rechtsanspruch sein. Deshalb ist die Form der obligatorischen Versicherung gegen Krankheit, Invalidität, Arbeitslosigkeit, Alter die würdigste. Ihre Leistungen müssen als Funktion menschlicher Solidarität in solch ausreichender Höhe gewährt werden, daß damit das Bedürfnis nach sozialer Sicherheit befriedigt ist.

X. Kultur ist nicht das letzte Gut, sondern das höchste, die Krönung der vorangegangenen Einzelziele. Die wahre Erfüllung des menschlichen Daseins besteht nicht nur in Freiheit, Wohlstand, Sicherheit: diese bilden nur die Voraussetzungen für wirklich menschenwürdiges Leben, für aktives Mitwirken an der Höherentwicklung der Menschheit, an Kunst und Wissenschaft, an Erkenntnissen und Erlebnissen, an dem Bewußtsein der Teilhaberschaft an allem, was die Welt an Gutem und Schönem enthält. Für dieses Bewußtsein kann die Pflichterfüllung an nützlicher Arbeit ebenso viel hergeben wie die Möglichkeit, je nach Anlage und Wunsch mitgenießen zu können, was Natur und Geisteswelt darbieten. Der wohlabgewogene Wechsel zwischen freudiger Arbeit an schönen Arbeitsplätzen und selbstgewählter Freizeitgestaltung ist der Weg hierzu. Diese Vorbedingungen für jedermann zu schaffen, ist Aufgabe der kulturellen Gerechtigkeit im sozialistischen Gemeinwesen. Von hier aus ergibt sich die Notwendigkeit, das Erziehungswesen wahrhaft sozialistisch so zu gestalten, daß jede Anlage, jede Fähigkeit, jedes Talent die passende Pflege und Ausbildung erhält, zum eigenen Nutzen, aber auch zum Nutzen der Allgemeinheit. Darauf hat sich die Pflege der Wissenschaften und der

schönen Künste in großzügiger Weise aufzubauen, die nach dem gleichen Grundsatz: „Kein Talent darf verlorengehen" in die Lage versetzt werden müssen, aus dem Vollen schöpfen zu können.

XI. Die Zusammenfassung dieser gerechten Einzelordnungen ergibt das Gesamtbild der sozialistischen Gesellschaftsordnung: Jedem Menschen, jedem Volk, jeder Rasse den gerechten Anteil an Betätigung und an deren Erfolg an Rechten, Pflichten und Gütern und somit an der Möglichkeit zu geben, ein erfülltes menschenwürdiges Leben zu leben.

Ergänzt wird dieses Streben durch den Kampf gegen jegliches Unrecht, wo und wann immer es sich zeigt. Sozialist sein, heißt empfindlich sein gegen das Unrecht, das anderen geschieht.

Die Grundsatzerklärung hat folgende Forderungen zu erfüllen:

1. Sie hat die Grenzen der politischen Ideologien aufzuzeigen, insbesondere das Verständnis und das gegenseitige Verhältnis der Geschichtsbereiche Kultur, Religion und Staat.
2. Sie hat klar Stellung zu nehmen zu der Privat- und zu der Gemeinwirtschaft und hat den Inhalt gemeinwirtschaftlicher Maßnahmen der Form, dem Inhalt und der Begrenzung nach eindeutig zu bestimmen.
3. Sie ist ihrem weltanschaulichen Inhalt nach so zu gestalten, daß die Verschiedenheit des Glaubens und der Weltanschauung die Annahme der Erklärung nicht beeinträchtigt.
4. Der endgültige Entwurf der Grundsatzerklärung ist den Ortsvereinen zur Abstimmung vorzulegen.

Nach Ansicht des Unterbezirks Ottweiler wird die Frage, ob Arbeiter- oder Volkspartei, zu negativ diskutiert. Die SPD war, ist und bleibt eine sozialdemokratische Partei. Bei der Begründung und während ihres langen Bestehens waren an der Gestaltung ihres Programms nicht nur Arbeiter, sondern auch Intellektuelle beteiligt. Die heutige Mitgliedschaft setzt sich aus allen Gesellschaftsschichten zusammen, so daß jederzeit von einer sozialdemokratischen Volkspartei gesprochen werden kann.

Es erscheint notwendig, daß die politischen Ziele der Partei in einem für jedermann verständlichen klaren Grundsatzprogramm zum Ausdruck kommen. Insbesondere muß dieses Programm auch eine klare Stellungnahme zu den außen- und wirtschaftspolitischen Fragen enthalten. Dieses Grundsatzprogramm soll sowohl innerhalb der Partei als auch nach außen die Richtschnur des gemeinsamen Handelns sein.

Das Grundsatzprogramm sollte möglichst bald verabschiedet werden.

Die SPD hat die Aufgabe, alle Arbeitnehmerschichten, den selbständigen Mittelstand, Bauernstand und die freien und geistesschaffenden Berufe für ihre Ziele zu gewinnen.

Ein kurzes, weltoffenes, freiheitliches und fortschrittliches Programm wird für erforderlich gehalten.

Bereits jetzt sollten zur Wirtschaftspolitik — insbesondere zur Frage der Sozialisierung — eindeutige, unmißverständliche Grundsätze aufgestellt werden.

Wir halten es auch vor allen Dingen für wichtig, daß im kommenden Grundsatzprogramm zu dieser Frage klare Formulierungen gefunden werden, die es in Zukunft unmöglich machen, über die wirtschaftspolitischen Ziele der SPD irgendwelche Zweifel aufkommen zu lassen.

Auf Grund der Erfahrungen in der Vergangenheit halten wir es für erforderlich, daß gerade in dieser Frage völlige Klarheit geschaffen werden muß, um es unseren politischen Gegnern unmöglich zu machen, der SPD zu unterstellen, daß sie in wirtschaftspolitischen Fragen keine eindeutige, klare Konzeption hat.

Wir halten es darüber hinaus für dringend geboten, daß die einmal gefaßten Beschlüsse für alle Mitglieder als verbindlich zu gelten haben.

Die im wirtschaftspolitischen Teil unseres Aktionsprogramms aufgestellte Forderung nach der „Überführung der Grundstoffwirtschaft in Gemeineigentum" muß auch in das zu schaffende Grundsatzprogramm der Partei übernommen werden mit einer klaren Definition, was die Partei unter Grundstoffwirtschaft versteht.

Nach Meinung des Bezirksparteitages Hessen-Nord kann die SPD durch folgende Maßnahmen die Mehrheit des Volkes gewinnen:

1. a) Die Partei muß ihre Anziehungskraft vor den Wählern dadurch erhöhen, daß sie in einem eindeutigen Grundsatzprogramm die Umwandlung der bestehenden Gesellschaft in eine Gesellschaft des demokratischen Sozialismus als klar umrissenen Richtpunkt jeder sozialdemokratischen Tagespolitik erkennen läßt.

   b) Unser jeweiliges Aktionsprogramm muß ein Schritt auf dem Wege zu diesem Ziel sein.

   c) Das Grundsatzprogramm soll die neuesten Erkenntnisse der Gesellschaftswissenschaften in die Tradition sozialdemokratischer Programmentwicklung einordnen. Es darf jedoch nicht vor den Modemeinungen der bürgerlichen Soziologie und Volkswirtschaftslehre zurückweichen. Es darf unter keinen Umständen die gemeinwirtschaftlichen und sozialistischen Vorstellungen der Landesverfassungen Hessens, Bremens und Nordrhein-Westfalens preisgeben.

Die endgültige Formulierung des Grundsatzprogramms ist auf dem nächsten Parteitag noch nicht möglich, weil sie eine eingehende innerparteiliche Diskussion unter Beteiligung der Mitgliedschaft voraussetzt.

Der Programmausschuß soll vom Parteitag als Repräsentation der Mitgliedschaft und ihrer Strömungen gewählt werden. Das Grundsatzprogramm soll spätestens auf dem ordentlichen Parteitag 1960 beschlossen werden.

2. In jedem Bundestagswahlkampf soll die Partei ein konkret formuliertes Aktionsprogramm mit denjenigen Forderungen vorlegen, die nach ihrer Ansicht im Laufe der kommenden Legislaturperiode von einer sozialdemokratischen Regierung verwirklicht werden können. Im Wahlkampf muß in aller Deutlichkeit betont werden, daß die sozialdemokratische Bundestagsfraktion, falls die SPD die Mehrheit erlangt, diese Teilforderungen verwirklichen will. Auf diese Weise kann ein klar formuliertes Aktionsprogramm die Wahl in eine echte Entscheidung des Volkes über das Regierungsprogramm verwandeln, wenn die Partei ihr Aktionsprogramm offensiv vertritt.

   Dadurch wird die SPD zur überzeugenden Vertretung aller sozial benachteiligten Schichten des deutschen Volkes.

3. a) Das jeweilige Aktionsprogramm muß im Mittelpunkt der ständigen öffentlichen Propaganda der Partei stehen. Die Parlamentsfraktion muß das Aktionsprogramm immer wieder der Regierungspolitik entgegenstellen.

   b) Gegen die Beherrschung der Mittel öffentlicher Meinungsbildung durch unsere Gegner in Presse, Rundfunk, Fernsehen, Kino und auch den meisten Bildungseinrichtungen, kann die Partei nur durch fortwährende außerparlamentarische Aktivität in enger Zusammenarbeit mit der Bundestagsfraktion und den Gewerkschaften erfolgreich ankämpfen.

   c) Sie darf sich in ihrer Zielsetzung nicht nur nach den Ergebnissen von Meinungsumfragen richten, weil diese in der gegenwärtigen Situation häufig den Einfluß der Gegner des Sozialismus auf die Bevölkerung widerspiegeln. Für die Partei sollten vielmehr die Ergebnisse der Meinungsbefragung Ansatzpunkte für ihre zielbewußte Meinungsgestaltung bieten.

4. Voraussetzung für den Erfolg einer derartigen Politik ist, daß die Parteimitglieder durch bewußte Belebung der innerparteilichen Demokratie und Diskussion wieder die verantwortlichen Träger der sozialdemokratischen Politik werden.

   Aus diesen Überlegungen sind die notwendigen organisatorischen Konsequenzen zu ziehen. Jedes Mitglied wird dann wieder ein Agitator für die Partei werden.

Die Partei gibt sich ein wirtschaftspolitisches Programm, das nach modernen Erkenntnissen erarbeitet ist. In diesem Programm, das so allgemein verständlich und klar gehalten sein muß, daß es von den breitesten Bevölkerungsschichten verstanden werden kann, bekennt sich die Partei zur Forderung nach Überführung der Grundstoffindustrien in Gemeineigentum, einschließlich der Wirtschaftszweige, die sich mit der Verwendung der Atomenergie befassen oder die durch ihre Monopolstellung in wichtigen Wirtschaftszweigen sich dem Wettbewerb entzogen haben. Sie macht sich dabei die entsprechenden programmatischen Erklärungen des DGB zu eigen und verpflichtet sich, eine positive Realisierung des Artikels 15 des Grundgesetzes anzustreben, der die verfassungsmäßige Grundlage für die Vergesellschaftung bietet. Form und Umfang des Gemeineigentums sind im Programm festzulegen.

Die Partei bekennt sich fernerhin zu ihrem wirtschaftspolitischen Programm zur Investitionsplanung mit Hilfe eines Nationalbudgets, das auf der Basis einer objektiven Konjunkturforschung aufgebaut ist. Dabei ist zu berücksichtigen, daß für die SPD die Vergesellschaftung kein Selbstzweck ist. Sie soll nicht nur den Machtmißbrauch verhindern, sondern wird auch als eine der Voraussetzungen für eine Gesellschaftsordnung betrachtet, in der durch stabile und krisenfreie Wirtschaft der Wohlstand für alle garantiert ist.

Der Arbeitnehmer muß gleichberechtigter Wirtschaftsbürger sein. Die Voraussetzung dazu ist die Entwicklung der Wirtschaftsdemokratie und die Einführung des vollen Mitbestimmungsrechtes der Arbeitnehmer.

In das Grundsatzprogramm der Partei ist ein sozialistisches Frauenprogramm einzuarbeiten.

(Überwiesen an den Parteivorstand)

Frühzeitige Entwicklung eines Wahlprogramms

Der Parteivorstand hat rechtzeitig aus dem Aktionsprogramm die Punkte auszuwählen, die die sozialdemokratische Bundesregierung in der nächsten Legislaturperiode verwirklichen will. Das daraus zu entwickelnde Wahlprogramm soll gleichzeitig als Regierungsprogramm gelten.

(Überwiesen an den Parteivorstand)

Stimmrecht bei Konferenzen und Parteitagen

Vom Kreisverband angefangen, über Bezirks- und Landesorganisationen bis zur Organisation der Gesamtpartei haben außer den gewählten Delegierten nur die Vorstände bei ordentlichen Konferenzen und Parteitagen Stimmrecht.

(Überwiesen an den Parteivorstand)

Zur Finanzierung der Gemeinden

Der Parteivorstand wird beauftragt, zu prüfen, auf welche Weise den Gemeinden finanziell dadurch geholfen werden kann, daß sie den durch ihre Aufschließungsarbeiten entstandenen Wertzuwachs an Grundstücken heranziehen können.

(Überwiesen an den Parteivorstand)

Gegen die künstliche Verteuerung von Lebensmitteln

Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert, weiterhin darauf hinzuwirken, daß die künstliche Verteuerung importierter Lebensmittel, insbesondere Getreide, Fleisch und Fette, die durch die Abschöpfung der Differenz zwischen niedrigen Weltmarkt- und höheren Binnenmarktpreisen entsteht, beseitigt wird. Die Fraktion soll weiterhin aufgefordert werden, darauf hinzuwirken, daß die Rationalisierung der inländischen Landwirtschaft noch energischer als bisher betrieben wird, um möglichst bald die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Erzeuger zu erreichen. Zu diesem Zweck ist das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen auszubauen. Die letzten von der Bundesregierung teils geduldeten, teils veranlaßten Preiserhöhungen dienen angeblich der Herstellung der Preiswahrheit. Die Bevölkerung ist darüber aufzuklären, daß diese Behauptung der Bundesregierung besonders hinsichtlich des Brotpreises eine bewußte Irreführung ist, die der Verschleierung der Rüstungsfinanzierung dienen soll. In Wirklichkeit wäre eine erhebliche Verbilligung des Brotes und anderer wichtiger Lebensmittel Ausdruck der Preiswahrheit.

(Überwiesen an die Bundestagsfraktion)

Wahl von Sprechern der Fraktion

Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion wählt im Einvernehmen mit dem Parteivorstand eine Gruppe von Parlamentariern, welche für die etwa in Anlehnung an die bestehenden Bundesministerien sich ergebenden Fachfragen als erste Sprecher der Fraktion gelten.

(Überwiesen an die Bundestagsfraktion)

Für eine Entlastung der Klein- und Mittelbetriebe

Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion wird beauftragt, in der Steuerpolitik für eine weitere Entlastung der Klein- und Mittelbetriebe in der gewerblichen Wirtschaft einzutreten.

(Überwiesen an die Bundestagsfraktion)

Maßnahmen gegen uneingeschränkte wirtschaftliche Macht

Die Bundestagsfraktion wird beauftragt, geeignete Gesetze vorzuschlagen, die verhindern sollen, daß sich trotz Entflechtung der Industrie in Deutschland noch nicht dagewesene, international verfilzte Wirtschaftsgebilde entwickeln, die eine uneingeschränkte wirtschaftliche Macht ausüben und heute schon versuchen, politische Macht zu erringen. (Der neue Krupp-Konzern.)

(Überwiesen an die Bundestagsfraktion)

Innerparteiliche Verbreitung des Grundsatzprogramms

Der Parteivorstand wird beauftragt, dafür zu sorgen, daß jedem neu aufgenommenen Mitglied der Partei außer dem Willkommensgruß des Parteivorsitzenden auch das neue Grundsatzprogramm zugestellt wird.

Der Parteitag fordert die Ortsvereine auf, dafür zu sorgen, daß jedes Mitglied der Partei das neue Grundsatzprogramm erwerben kann.

(Überwiesen an den Parteivorstand)

Betreuung der Wahlkreise

Soweit für einen Wahlkreis kein Abgeordneter der Partei gewählt ist, hat das berufene Parteiorgan einen Kandidaten aufzustellen und öffentlich bekanntzugeben; der Kandidat kann der Vorsitzende der Parteiorganisation sein. Er hat sich jährlich der Wahl zu stellen. Der gewählte Abgeordnete ist mindestens ein Jahr vor der nächsten Wahl als Kandidat zu bestätigen.

(Überwiesen an den Parteivorstand)

Schaffung von Kreisvereinen der Partei

Zwischen Ortsverein, Unterbezirk und Bezirk ist die Bildung der Kreisvereine als weitere Gliederung unserer Organisationsform vorzubereiten und durchzuführen. Das Gebiet eines Kreisvereins soll die Ortsvereine der politischen Landkreise umfassen. Der Vorstand eines Kreisvereins setzt sich aus drei gewählten Mitgliedern zusammen: dem 1. Vorsitzenden, dem Stellvertreter, dem Schriftführer und Kassenverwalter (Personalunion). Der Kreisvereinsvorstand übt seine Tätigkeit ehrenamtlich aus. Zur Abdeckung der entstehenden Unkosten wird dem Kreisvorstand von

den Ortsvereinen eines Kreises ein von diesen zu beschließender Betrag zur Verfügung gestellt.

(Überwiesen an den Parteivorstand)

Anträge zum Organisationsstatut

Im § 4 des Organisationsstatuts der SPD wird nach dem ersten Absatz der folgende Absatz eingefügt:

Die Verteilung der Delegiertenmandate zu Parteitagen, Parteikonferenzen und anderen Delegiertenversammlungen, die beschließenden Charakter haben, soll unter Berücksichtigung örtlicher Besonderheiten so erfolgen, daß die Gliederungen der Parteiorganisationen entsprechend ihrer Mitgliederstärke vertreten sind.

Der § 17 Satz 3 des Organisationsstatuts wird wie folgt ergänzt:

Der Vorstand bestimmt eines seiner Mitglieder zur Bearbeitung der sozialdemokratischen Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit.

(Überwiesen an den Parteivorstand)

Bildung von „Sozialen Arbeitsgemeinschaften"

Zur Verstärkung der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit wird die Bildung von „Sozialen Arbeitsgemeinschaften" nach folgenden Richtlinien beschlossen:

a) Zur „Sozialen Arbeitsgemeinschaft" gehören:

Vertreter der jeweiligen Kreis-, Bezirks- oder Landesvorstände der SPD,

alle sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionäre (hauptamtlich und ehrenamtlich),

alle sozialdemokratischen Betriebsratsmitglieder, die Vorsitzenden der sozialdemokratischen Betriebsgruppen.

b) Die Organisationsformen der „Sozialen Arbeitsgemeinschaften" sollten den jeweiligen Gewerkschaften bzw. dem Landesbezirk oder den Kreis- und Ortsausschüssen der Gewerkschaften entsprechen und nach Möglichkeit mit der jeweiligen Organisation der Partei übereinstimmen.

(Überwiesen an den Parteivorstand)

Herausgabe von Informationsmaterial für Arbeitnehmer

Für eine dauernde politische Beeinflussung der gesamten Arbeitnehmerschaft ist es erforderlich, ständig Informationsmaterial herauszubringen. Die Zeitung „Wir in den Betrieben" (erschienen zu der Bundestagswahl 1957) muß auf jeden Fall für die gesamte Arbeitnehmerschaft in größeren Zeitabständen erscheinen.

(Überwiesen an den Parteivorstand)

Die Betriebsgruppen als Sprecher der Arbeitnehmerschaft

Die Betriebsgruppen sind als die hauptsächlichsten Sprecher der Arbeitnehmerschaft innerhalb der Partei anzusehen und müssen deshalb von allen Parteiinstanzen organisatorisch und politisch gewertet werden.

(Überwiesen an den Parteivorstand)

Weiterentwicklung der politischen Betriebsarbeit

Für die Weiterentwicklung der politischen Betriebsarbeit beschließt der Parteitag als Maßnahme, daß die Presse- und Propagandaabteilung beim Parteivorstand in Verbindung mit dem gewerkschafts- und betriebspolitischen Referat ihre Arbeit sinngemäß auch auf die vorhandenen Organisationskörper der politischen Betriebsarbeit, auf die Sozialen Arbeitsgemeinschaften und die Betriebsgruppen ausdehnt.

In den Grundsätzen eines sozialdemokratischen Programms sollte die politische Betriebsarbeit eindeutig verankert sein.

In Ergänzung zur Wohnbezirksarbeit ist die politische Betriebsarbeit von Bedeutung. Sozialdemokratische Gewerkschafts- und Betriebsfunktionäre sollten mehr als bisher die Gewißheit erhalten, daß sie in der allgemeinen Parteiarbeit immer gebraucht werden und nicht nur bei Wahlkämpfen.

(Überwiesen an den Parteivorstand)

Finanzausgleich zwischen den Bezirken

Zur besseren organisatorischen Bearbeitung in der Provinz ist es notwendig, einen Finanzausgleich zwischen den finanzarmen und finanzstarken SPD-Bezirken durchzuführen. Dieser Finanzausgleich wird vom Parteitag

beschlossen und vom Parteivorstand durchgeführt. Vor allem ist es dringend erforderlich, durch Bildung von aktiven Unterbezirken die Grundlage für eine systematische Organisationsarbeit zu schaffen. Auch die Fragen der Jugend-, Frauen- und Betriebsgruppenarbeit sollen dabei Berücksichtigung finden.

(Überwiesen an den Parteivorstand)

Werbemethoden der Partei

Die Werbemethoden unserer Partei sind neuzeitlich und ansprechend zu gestalten.

Der Druck von Flugblättern soll zugunsten werbewirksamer Plakate zurücktreten.

Der Einsatz von Tonfilmen ist zu steigern und soll durch Vermehrung der Filmkopien bis in das letzte Dorf hinaus erfolgen. Bei Großveranstaltungen sind Lautsprecherwagen einzusetzen.

(Überwiesen an den Parteivorstand)

Gezielte Plakat- und Presseaktionen

Über die sich bemerkbar machende wirtschaftliche Unsicherheit ist die Öffentlichkeit durch eine gezielte Plakat- und Presseaktion aufmerksam zu machen. Die Partei sollte die politische Situation, die sich aus den Krisenerscheinungen ergibt, vorbereiten und ausnutzen, bevor radikale Elemente die Gelegenheit erkennen und nutzen.

Die Rolle der Abzahlungsgeschäfte und die damit zusammenhängenden Lohnpfändungen neben der zunehmenden Arbeitslosigkeit in der Welt und dem Abstoppen der Konjunktur in der Bundesrepublik, mögen Beispiel genug sein.

(Überwiesen an den Parteivorstand)

Forderung nach einem monatlichen Mitteilungsblatt

Zur besseren und systematischen Unterrichtung aller Vertrauensleute wird ein monatlich erscheinendes parteiamtliches Mitteilungsblatt herausgegeben. Das dazu benutzte Papier muß haltbar sein, damit es in dazugelieferten Einbandmappen aufgehoben werden kann. Der SOPADE-

Dienst ist in das Mitteilungsblatt miteinzubeziehen und in seiner heutigen Form einzustellen. Besonderer Wert ist auf die Wiedergabe von kurz und klar gefaßten Tatsacheninformationen zu legen.

(Überwiesen an den Parteivorstand)

Herausstellung unserer Ziele

Die Ziele unserer Partei sollen klarer als bisher herausgestellt werden. Die Rundfunk- und Fernsehansprachen prominenter Persönlichkeiten der Partei sollen durch praktische und volkstümliche Beispiele für jedermann verständlich gemacht werden.

Die Auswirkung von Gesetzen oder von abgelehnten Anträgen der SPD ist durch konkrete Beispiele zu veranschaulichen.

(Überwiesen an den Parteivorstand)

Schaffung einer illustrierten Frauenzeitschrift

Für die Werbung von Wählerinnen und weiblichen Parteimitgliedern ist eine gute, bebilderte Frauenzeitschrift zu schaffen, durch die eine größere Zahl von Frauen über Fragen des öffentlichen Lebens und der Politik unterrichtet werden kann.

Daneben soll die „Gleichheit" als Zeitschrift für unsere Vertrauensfrauen bestehen bleiben.

(Überwiesen an den Parteivorstand)

Errichtung eines wissenschaftlichen Instituts

Der Parteivorstand wird beauftragt, umgehend die notwendigen Maßnahmen zur Errichtung eines politisch-wissenschaftlichen Instituts einzuleiten. Eine ständige Analyse unserer Gesellschaft, in der wir leben, und eine exakte Grundlagenforschung auf dem Gebiete der Wirtschaft, dem sozialen Geschehen und Veränderungen sowie im Bereich des kulturellen Lebens, gehört heute in der modernen Industriegesellschaft zum unentbehrlichen Handwerkszeug des demokratischen Sozialismus. Die Praxis und Erfahrung der letzten Jahre haben gezeigt, daß nur ein solches Instrument oder ähnliche Einrichtungen (Partei der Arbeit in Holland), die sich nicht mit tagespolitischen Aufgaben beschäftigen müssen, in der Lage sind, auf diesem Gebiet sinnvolle Arbeit zu leisten.

(Überwiesen an den Parteivorstand)

Schaffung einer „Wissenschaftlichen Zentralstelle"

I. Es wird eine „Wissenschaftliche Zentralstelle" der Partei errichtet.

II. Die Arbeit der Wissenschaftlichen Zentralstelle erstreckt sich auf folgende Gebiete:

1. Beobachtung der sozialen, wirtschaftlichen, politischen und ideologischen Gesamtsituation;
2. theoretische Behandlung aller Gesellschaft und Staat betreffenden Tatsachen;
3. Auseinandersetzung mit allen aktuellen geistig-politisch-sozialen Strömungen.

III. Die Arbeit findet ihren Niederchlag in wissenschaftlichen und allgemeinverständlichen Veröffentlichungen, die der Klärung des sozialistischen Standpunktes, der Polemik sowie der Unterrichtung aller Parteiorganisationen und -mitglieder dienen. Veröffentlichungsorgan ist eine wissenschaftliche Zeitschrift, die Abhandlungen aufnimmt und der wissenschaftlichen Diskussion breiten Raum gibt.

IV. Die Wissenschaftliche Zentralstelle gliedert sich in Abteilungen für

1. soziologische einschließlich staatswissenschaftliche Fragen,
2. Wirtschaftsfragen,
3. philosophisch-weltanschauliche Grundsatzfragen und allgemeine Kulturfragen.

V. Außer einem Leiter der Wissenschaftlichen Zentralstelle sind für jede Abteilung wenigstens zwei hauptamtliche Mitarbeiter zu bestellen. Es ist Aufgabe der hauptamtlichen Mitarbeiter, einen Stamm geeigneter freier Mitarbeiter heranzuziehen.

VI. Die Wissenschaftliche Zentralstelle arbeitet auf Anordnung des Parteivorstandes Gutachten aus. Der Leiter der Wissenschaftlichen Zentralstelle muß auf seinen Antrag vom Parteitag gehört werden. Die Wissenschaftliche Zentralstelle nimmt maßgeblichen Einfluß auf die gesamte Schulungs- und Bildungsarbeit der Partei.

VII. Das Statut der Wissenschaftlichen Zentralstelle wird vom Parteivorstand beschlossen, der auch ihren Sitz bestimmt.

(Überwiesen an den Parteivorstand)

Gründung eines wissenschaftlichen Instituts

Die Partei gründet ein parteieigenes wissenschaftliches Institut. Dieses Institut soll dem Parteivorstand, dem Parteiausschuß, der Bundestagsfraktion und allen anderen Parteigremien auf Bundes-, Landes- oder kommunaler Ebene auf Anforderung wissenschaftliche Gutachten zu aktuellen politischen Fragen aus sozialdemokratischer Sicht erstatten. In

diesem Institut sollen insbesondere Abteilungen für folgende Aufgabenbereiche gebildet werden: Wirtschaft, Arbeit und Soziales, Kultur, Wehrfragen, Auswärtige Angelegenheiten, Innenpolitik, Meinungsbildung und -forschung. Über die Zulassung der Anfragen und Aufträge an das Institut entscheidet der Parteivorstand.

(Überwiesen an den Parteivorstand)

Gegen ein Juristenmonopol

Die in den letzten Jahren zu beobachtende Überspitzung des Juristenmonopols veranlaßt den Parteitag, alle Gremien der Partei sowie die Fraktionen auf allen Ebenen aufzufordern, die ihnen gegebenen Möglichkeiten auszunutzen, um das Juristenmonopol abzubauen.

(Überwiesen an den Parteivorstand)

Neuherausgabe der Hauptwerke von Karl Marx

Die Parteidiskussion nach dem 15. September 1957 hat gezeigt, daß selbst in den Reihen unserer Parteimitgliedschaft große Meinungsverschiedenheiten über Wert oder Unwert der Lehren von Karl Marx bestehen.

Der Parteivorstand wird daher beauftragt, eine Neuauflage der Hauptwerke von Karl Marx herauszubringen. Diese Neuauflage muß mit einer kritischen Überarbeitung verbunden sein, aus der klar zu erkennen ist, welche Theorien des Marxismus noch ihre Gültigkeit für die heutige Zeit besitzen.

(Überwiesen an den Parteivorstand)

Übertragung von Reden im Rundfunk

Die westdeutschen Rundfunkanstalten sollen aufgefordert werden, künftig Reden, die im ursächlichen Zusammenhang mit einer Parlamentsdebatte stehen, auf Grund des Rundfunkgesetzes nicht mehr zuzulassen. (§ 6 des Staatsvertrages vom 7. April 1955, Schleswig-Holstein, und ähnliche Verträge der anderen Länder.)

(Überwiesen an den Parteivorstand)

Über die Fremdenlegion

In Broschüren und Publikationen wendet sich die Partei gegen den Terror innerhalb der Fremdenlegion und den Terror durch die Fremdenlegion. Auf die Warnkampagne der Jungsozialisten gegen die Fremdenlegion wird besonders verwiesen.

Tatsache ist aber, daß an jeder französischen Regierung Sozialisten beteiligt sind, die hinsichtlich der Beseitigung dieser Zustände nichts unternehmen. Dieses Verhalten widerspricht aber den Grundsätzen der Menschlichkeit und des Sozialismus.

Der Bezirksparteitag *(Niederbayern-Oberpfalz d. R.)* appelliert daher dahingehend an den Parteitag in Stuttgart, daß unsere maßgebenden Genossen in den internationalen Gremien angewiesen werden, unsere französischen Freunde auf diesen Widerspruch nachdrücklich aufmerksam zu machen.

(Überwiesen an den Parteivorstand)

Vorschlag einer Tagesordnung für eine Bundeskonferenz der Jungsozialisten

Die Tagesordnung der Bundeskonferenz *(vom Parteitag beschlossen; siehe Kundgebungen und Beschlüsse, S. 507,* d. R.) soll neben der Wahl einer neuen Bundesvertretung der Jungsozialisten Deutschlands und der Erörterung wichtiger organisatorischer Fragen die Behandlung folgender Themen vorsehen:

1. Die Gesellschaft von heute und das Generationenproblem,
2. Fragen der Jugendgesetzgebung,
3. Jugend und Wehrdienst,
4. Jungsozialisten in der Partei.

(Überwiesen an den Parteivorstand)

Für ein einheitliches Wahlsystem

Parteivorstand, Bundestagsfraktion und Landtagsfraktionen werden beauftragt, dahin zu wirken, daß für die Parlamentswahlen im Bund und in den Ländern ein in den Grundsätzen einheitliches Wahlsystem verwendet wird. Damit in Zukunft nicht mehr vor jeder Neuwahl das Wahlsystem im Interesse der gerade regierenden Parteikoalition geändert

wird, sollten diese Grundsätze im Grundgesetz und in den Länderverfassungen verankert werden.

(Überwiesen an den Parteivorstand)

Vorschläge für eine Änderung des Aktionsprogramms

Zum Abschnitt „Die Ehrenschuld des deutschen Volkes" im Aktionsprogramm beschließt der Parteitag, den letzten Satz wie folgt zu fassen:

„Die bestehenden Gesetze müssen beschleunigt und im Sinne einer tatsächlichen Wiedergutmachung durchgeführt werden."

Eine Durchsicht des Aktionsprogramms ergibt, daß es nach dem heutigen Stande der Entwicklung notwendig ist, erledigte oder überholte Ausführungen zu berichtigen.

Der Parteitag beschließt:

Der Parteivorstand setzt eine Redaktionskommission ein, deren Aufgabe es ist, den Text des Aktionsprogramms zu überprüfen und Berichtigungen vorzuschlagen, ohne jedoch Forderungen des Aktionsprogrammes abzuändern.

Zum Abschnitt „Öffentlicher Dienst am Volk" des Aktionsprogramms wird folgendes beantragt:

Der Abschnitt 3 „Der Beamte ist Diener des Volkes ..." wird neu gefaßt: „Nur wer sich zur demokratischen Grundordnung und zu der im Grundgesetz verankerten parlamentarischen Demokratie und ihrer Verwirklichung bekennt, kann im öffentlichen Dienst beschäftigt werden."

Der Abschnitt 4 wird wie folgt geändert: In dem Satz „Die Angehörigen des öffentlichen Dienstes dürfen sich politisch betätigen ... usw." wird das Wort „dürfen" durch das Wort „sollen" ersetzt. Der letzte Satz dieses Abschnittes wird neu gefaßt, und zwar: „Sie erhalten ein dem Wesen des öffentlichen Dienstes entsprechendes Mitbestimmungsrecht."

Abschnitt 5 ist eine Wiederholung und wird gestrichen.

(Überwiesen an den Parteivorstand)

Zur Jugendarbeit

Insbesondere dort, wo noch keine sozialistischen Kinder- und Jugendgruppen bestehen, sollen durch die Wahl von „Vertrauensleuten für Erziehungsfragen" die Voraussetzungen für eine baldige Gruppengründung geschaffen werden.

(Überwiesen an den Parteivorstand)

LISTE DER DELEGIERTEN UND GÄSTE

PARTEIVORSTAND

Erich Ollenhauer
Willi Eichler
Herta Gotthelf
Fritz Heine
Max Kukil
Alfred Nau
Heinrich Albertz
Luise Albertz
Dr. Adolf Arndt
Willi Birkelbach
Franz Bögler
Max Brauer
Kurt Conrad
Fritz Erler
Emil Gross
Marianne Gründer
Waldemar von Knoering
Ella Kay
Dr. Walter Menzel
Franz Neumann
Prof. Dr. Carlo Schmid
Fritz Steinhoff
Dr. Hermann Veit
Herbert Wehner
Erwin Welke
Dr. Georg-August Zinn

PARTEIAUSSCHUSS

Dr. Elly Linden
Albert Schulz
Paula Karpinski
Karl Vittinghoff
Georg Peters
Egon Franke
Dr. Elinor Hubert
Hans Striefler
Albert Höft
Emil Feldmann
Rudolf-Ernst Heiland
Käthe Schaub
Ernst Knäpper
Erwin Lange
Trude Wolff
Heinz Kühn
Rudolf Freidhof
Ursula Gärtner
Georg Buch
Martha Giesemann
Dr. Alex Möller
Franz Höhne
Max Seidel
Käte Strobel
Alfred Frenzel
Maria Günzl
Otto Schmidt
Eugen Hertel
Jockel Fuchs
Dora Hennig
Josef Braun
Ida Wolff
Friedrich Regitz

KONTROLLKOMMISSION

Adolf Schönfelder
Walder Damm
Ernst Herder
Heinrich Höcker
Paul Löbe
Grete Rudoll
Fritz Ulrich
Christian Wittrock

BUNDESTAGSFRAKTION

Kurt Pohle
Karl Regling
Dr. Julius Brecht
Dr. Dr. G. Heinemann
Dr. Paul Bleiß
Willi Könen
Holger Börner
Heinrich Ritzel
Hans Merten
Dr. Karl Mommer
Friedrich Maier
Martha Schanzenbach
Ernst Paul
Fritz Hörauf
Richard Reitzner
Walter Seuffert
Wilhelm Dröscher
Willi Odenthal

DELEGIERTE

Schleswig-Holstein

Wilhelm Käber
Amandus Thordsen
Hans Pollok
Klaus Konrad
Max Johannsen
Heinrich Fischer
Hans Tretter
Heinrich Sellmann
Adolf Jungblut
Roland Seeger
Erich Wendicke
Max Geißler
August Heine
Werner Kock
Hans Schröder
Hermann Köster
Magda Jung
Prof. Dr. Fritz Baade
Heinrich Warstatis

Hamburg-Nordwest

Willi Berkhan
Peter Blachstein
Richard Boljahn
Gerhard Brandes
Arthur Busch
Martha Damkowski
Hans Dewitz
Bruno Fritz
Nicolaus Jürgensen
Hermann Hansing
Hans Hermsdorf
Hellmut Kalbitzer
Irma Keilhack
Dr. Lieselotte von Kruglewsky-Anders
Paul Künder
Helene Meibohm
Albert Müller
Georg Müller
Dr. Paul Nevermann
Oswald Paulig
Karl Riecken
Walter Schmedemann
Helmut Schmidt
Karl Strutz
Philipp Schumacher
Herbert Schwiedel
Josef Wagner
Dr. Elsbeth Weichmann
Ernst Weiß

Weser-Ems

Bernh. Dominikowski
Gustav Hubbe
August Röper
Ernst Bulthaup
Weert Cordes
Cornelius Schmidt

Hannover

Fritz Arend
Carl Bruns
Hermann Barche
Fritz Blume
Ida Bock
John Busch
Hans Cain
Hans Garvens
Helmut Greulich
Elli Hahn
Louis Hanne
Heinrich Henke
Robert Hoffmeister
Helmut Kasimier
Walter Kloos
Helmut Möhring
Dr. Peter von Oertzen
Kurt Partzsch
Willi Stania
Fritz Sohns
Helmut Schlüter
Konrad Steinhausen
Alfred Thomas
Fritz Wulfert
Friedrich Werner
Heinrich Zimmermann

Braunschweig

Otto Bennemann
Willi Schlüter
Dr. Heinz Morgenstern
Willi Schmidt
Günter Brinker
Karl Klages
Alfred Schliestedt

Östliches Westfalen

Ulrich Lohmar
Heinrich Froböse
Heinz Schmitt
Karl Prüssner
Gilbert Hain
Herbert Becker
Willi Stoll
Hermann Gräbe
Heinrich Hüffmeier
Otto Libuda
Harald von Metzsch

Westliches Westfalen

Siegfried Drupp
Willi Beuster
Hilde Schinschok
Karola Zorwald
Walter Behrendt
Günter Lippitz
Willi Hermannstorfer
Günter Lindner
Lisbeth Krämer
Franz Richter
Ewald Sprave
Willi Grudzenski
Karl Liedtke
Heinz Kegel
Erich Ridder
Ewald Beilmann
Hans Rosen
Werner Beck
Walter Krumrey
Else Walter
Jürgen Girgensohn
Wolfgang Jansen
Hans Baldauf
Harry Bosse
Peter Heckmann
Werner Gareiss
Anny Tappe
Willy Steinhörster
Karl Bielig
Herta Lübbert
Hans Rübenstrunk
Kurt Fedde
Paul Knäpper
Hermann Scheffler
Emil Groll
Kurt Stöß
Fritz Heinrich
Heinrich Malkus
Josef Hufnagel
Josef Kappius
Erich Meyer
Gustav Triebel

Niederrhein

Erich Bührig
Dr. Dr. Josef Neuberger
Maria Nitzschke
Heinz-Josef Thome
Brünen-Niederhellmann
Otto Striebeck
Wilhelm Meinicke
Fritz Kinnigkeit
Amalie Schneider
Ernst Bessel
Wolfgang Schade
Karl Labonte
Kurt Gehrmann
Kurt Matthes
Jean Schaffner
Eduard Bovensiepen
Rolf Soltau
Wilhelm Helf

Mittelrhein

Josef Scheuren
Karl Wienand
Helmut Fröh
Hans Iven
H. J. Wischnewski
Susie Miller
John van Nes Ziegler

Hessen-Nord

Hans Neusel
Hans Mangold
Dr. Karl Branner
Eitel O. Höhne
Eugen Weigel
Ludwig Platte
Wilhelm Preckel
Dr. Wolfgang Haseloff
Bernhard Ahrens

Hessen-Süd

Willi Massot
Ludwig Metzger
Gustav Krämer
Rudi Schmitt
Willi Wiedemann
Walter Hesselbach
Dr. Helga Einsele
Walter Möller
Willi Zinnkann

Georg Muth
Erwin Bugert
Herbert Tulatz
Otto Georg
Dr. Werner Best
Heinrich Fischer
Jakob Altmaier
Karl Wittrock
Alfred Flick
Otto Bepler
Olaf Radke
Hans Muntzke
Ludwig Wedel

Südwest

Karl Hauff
Heinz Kluncker
Harry Streufert
Hugo Rimmelspacher
Dr. Ludwig Ratzel
Korbinian Heckl
Karl Buhl
Erwin Reisacher
Nikolaus Lorenz
Dr. Walter Müller
Dr. Hans-Otto Schwarz
Karl Riegel
Karl Schön
Wilhelm Bäurle
Heinrich von Hacht
August Bässler
Fritz Ohlig
Lena Maurer

Niederbayern/Oberpfalz

Franz Sichler
Horst Schwelmers
Heinrich Haderer
Hans Weber
Elfriede Löwinger
Paul Groß
Josef Folda
Horst Schwelnus

Franken

Max Beyerlein
Arno Behrisch
Dr. Fritz Cremer
Anton Degen
Xaver Fischer
Franz Haas
Martin Hirsch
Franz Kaiser
Franz Kick
Gerda Laufer
Fritz Liepold
Helmut Luscher
Rudolf Mader
Gretl Otta
Herbert Sammetinger
Hans Schorner
Georg Schwab
Heinrich Stöhr
Heinrich Stranka
Dr. Andreas Urschlechter
Karl Weger
Hans Zeug

Südbayern

Franz Marx
Hans Demeter
Rolf Reventlow
Günther Müller
Franz Mühlbauer
Willy Irlinger
Michael Wolf
Anton Weilmair
Ernst Thissen
Hans Breuer
Rudolf Machnig
H. J. Ottenweller
Peter Schöllhorn
Hans Bals

Rheinland-Hessen-Nassau

Otto Sassenroth
Karl Haehser
Gerhard Steen
Lorenz Sohn
Ludwig Tillmann

Pfalz

Ernst Battel
Luise Herklotz
Theo Leyendecker
Philipp Mayer
Herbert Müller
Werner Scharhag
Eugen Weidmann
Otto Walzel
Gertrud Wetzel
Otto Winter

Rheinhessen

Willi Quetsch — Willi Rösler

Berlin

Siegfried Aufhäuser	Willy Kressmann	Prof. Dr. E. Schellenberg
Gretel Berger-Heise	Helmut Mattis	Prof. Dr. Otto Stammer
Willy Brandt	Kurt Mattick	Dr. Werner Stein
Kurt Exner	Kurt Neubauer	Herbert Theis
Dr. Josef Grunner	Maria Reuber	Theo Thiele
Eberhard Hesse	Edith Krappe	Alexander Voelker
Willy Henneberg	Ernst Scharnowski	

Saar

Prof. Heinz Langerhans	Karl Etienne	Willi Schmidt
Alwin Kulawig	Emma Schallmo	

REFERENTEN

Dr. Adolf Arndt; Dr. Heinrich Deist; Willi Eichler; Fritz Erler; Waldemar von Knoeringen; Max Kukil; Alfred Nau; Erich Ollenhauer; Adolph Schönfelder; Dr. Hermann Veit; Herbert Wehner.

EHRENGÄSTE

Anna Nemitz, Berlin, früheres Mitglied des Parteivorstandes und des Reichstages

Dr. h. c. Rudolf Wissell, Berlin, Reichsarbeitsminister a. D.

Hermann Lüdemann, Preetz/Holstein, Ministerpräsident von Schleswig-Holstein von 1947—1949

Karl Zörgiebel, Mainz, vor 1933 Polizeipräsident von Berlin und Dortmund

Wilhelm Keil, Ludwigsburg, nach 1945 Alterspräsident des baden-württembergischen Landtages

Prof. Gerhard Weisser, Köln

David Stetter, Stuttgart

AUSLÄNDISCHE GÄSTE

Sozialistische Internationale:

Alsing Andersen, Vorsitzender der Sozialistischen Internationale, stellvertretender Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Dänemarks, Mitglied der dänischen UN-Delegation

Albert Carthy, Sekretär der Sozialistischen Internationale

Amerika:

Leon Dennen, Mitglied des Vorstandes der Sozialistischen Partei — SDF — USA

Canada:

Henry Weisbach, Direktor für Bildungs- und Erziehungsarbeit des kanadischen Gewerkschaftsbundes der Provinz Ontario, Vorsitzender der CCF (Sozialdemokratische Partei) in Ontario

Dänemark:

Alsing Andersen, stellvertretender Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Dänemarks

Ib Kolbjørn, Mitglied des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei

Großbritannien:

Hugh Gaitskell, Führer der Opposition, ehemaliger Minister

Tom Driberg, Parlamentsabgeordneter, Vorsitzender der Labour-Party

Israel:

Herzl Berger, Parlamentsmitglied, Chefredakteur der Zeitung „Davar", Mitglied des Vorstandes der MAPAI

Niederlande:

H. Vos, stellvertretender Vorsitzender der Partei der Arbeit

Alfred Mozer, internationaler Sekretär

Norwegen:

Hakoon Lie, Sekretär der Norwegischen Arbeiterpartei

Österreich:

Dr. Bruno Pittermann, Vizekanzler, Vorsitzender der Sozialistischen Partei Österreichs

Alois Piperger, Zentralsekretär der SPÖ

Dr. Benedikt Kautsky

Schweden:

Valter Aman, Parlamentsmitglied, Mitglied des Parteivorstandes

Sven Beckius, internationaler Sekretär

Schweiz:

Nationalrat Walter Bringolf, Parlamentsmitglied, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz

Sozialistische Union Mittel- und Osteuropas:

Zygmunt Zaremba, Vorstandsmitglied der Sozialdemokratischen Partei Polens im Exil

Frankreich:

Muller, SFIO, Oberbürgermeister von Mülhausen im Elsaß

Indien:

Jayaprakash Narayan, Begründer der Sozialistischen Partei Indiens, Abgeordneter des indischen Parlaments

Begrüßungstelegramme

Sozialdemokratische Partei Finnlands

Polnische Sozialistische Partei, Hauptkomitee in der Bundesrepublik Deutschland

Internationaler Bund jüdischer Arbeiter

Sozialdemokratische Partei Japans

Sozialistische Partei Luxemburgs

Sozialistische Demokratische Partei Italiens

Heinrich Gutermuth, Vorsitzender der Industriegewerkschaft Bergbau, Bochum

Gruppenleitung Werften der IG Metall, Hamburg

Horst Weber, Genf

Sozialistische Liga Griechenlands

Arbeiter-Rad- und Kraftfahrerbund „Solidarität", Paul Volk, Frankfurt am Main

Kreiskonferenz der Jungsozialisten des Kreises Büdingen

Zentralbüro der Sozialdemokratischen Partei Georgiens im Exil

Betriebsgruppe Bauwesen, Bremen

Betriebsgruppe Borgward Werke, Bremen

SPD-Ortsverein Recklinghausen

SPD-Betriebsgruppe Deutsche Werft, Finkenwerder

Kreisverband der Arbeiterwohlfahrt, Köln-Land

Vertrauensleute-Vollversammlung der IG Metall, Bremerhaven

Gruppe deutschsprachiger Sozialisten in Mexiko

INHALTSÜBERSICHT

Eröffnung und Begrüßungen

Begrüßungsreden

Erich Ollenhauer, Vorsitzender der SPD 7
Dr. Alex Möller, stellv. Vorsitzender der SPD Südwest . . . 12
Dr. Hermann Veit, stellv. Ministerpräsident 14
Dr. Arnulf Klett, Oberbürgermeister der Stadt Stuttgart . . 17
Willi Richter, Vorsitzender des DGB 17
Fritz Rettig, Vorsitzender der DAG 19
Carl Schumacher, Vorsitzender des Zentralverbandes deutscher Konsumgenossenschaften 20
Albert Carthy, Sekretär der Sozialistischen Internationale . 22
Tom Driberg, England 24
Herzl Berger, Israel 26
Dr. Bruno Pittermann, Österreich 28

„Göttinger Kantate" 29

1. Verhandlungstag

Konstituierung des Parteitages

Wahl eines Präsidiums 30
Annahme einer Tagesordnung 31
Annahme einer Geschäftsordnung 31
Annahme eines Arbeitsplanes 34
Wahl einer Mandatsprüfungskommission 34

Verlesung von Grußtelegrammen 35

„Frieden und Freiheit durch sozialistische Politik"

Referent: Erich Ollenhauer 36

Diskussion:

Rolf Reventlow, München 52
Prof. Carlo Schmid, Frankfurt 53
Prof. Heinz Langerhans, Saarbrücken 58
Franz Bögler, Speyer 60
Dr. Werner Stein, Berlin 61
Peter Blachstein, Hamburg 64
Olaf Radke, Offenbach 66
Hans-Jürgen Wischnewski, Köln 69
Franz Marx, München 70
Otto Schmidt, Hachenburg 72
Richard Boljahn, Bremen 73
Dr. Josef Grunner, Berlin 76

Ella Kay, Berlin 77
Harry Bosse, Hamm 78
Eduard Bovensiepen, Velbert 79

Schlußwort:
Erich Ollenhauer 80

Erledigung der Anträge zum Tagesordnungspunkt 2 86

Grußworte
Hendrik Vos, Amsterdam 88

„Außen- und Wehrpolitik im geteilten Deutschland"
Referent: Fritz Erler 92

2. Verhandlungstag

Traueransprache von Max Brauer zum Tode von Wilh. Mellies 107
Fortsetzung: **„Außen- und Wehrpolitik im geteilten Deutschland"**
Referent: Herbert Wehner 108

Diskussion:
Heinrich G. Ritzel, Michelstadt 127
Ludwig Metzger, Darmstadt 130
Wilhelm Bäurle, Biberach 132
Hans Merten, Gießen 134
Dr. Paul Nevermann, Hamburg 137
Helmut Mattis, Berlin 139
Walter Möller, Frankfurt 141
Dr. Wolfgang Haseloff, Arolsen 144
Heinrich Zimmermann, Hannover 145
Arno Behrisch, Hof 148
Ulrich Lohmar, Bielefeld 149
Max Seidel, Fürth 152
Karl Wittrock, Wiesbaden 153
Wilhelm Dröscher, Kirn 154

Bericht der Mandatsprüfungskommission 156

Diskussion (Fortsetzung):
Willi Hermannstorfer, Dortmund 158
Erwin Beck, Berlin 159
Karl Wienand, Schladern 161
Rolf Reventlow, München 163
Wilhelm Bäurle, Biberach — zu einer Erklärung — 165

Schlußworte:
Fritz Erler 166
Herbert Wehner 170

Erledigung der Anträge zum Tagesordnungspunkt 3 a 176
„Wirtschaftspolitik“
Referenten: Dr. Heinrich Deist 178
Dr. Hermann Veit 196
Diskussion:
Olaf Radke, Offenbach 208
Walter Hesselbach, Frankfurt 211
Heinrich G. Ritzel, Michelstadt 214
Ludwig Wedel, Groß-Umstadt 216
Helmut Schmidt, Hamburg 217

3. Verhandlungstag
Diskussion (*Fortsetzung*):
Willi Birkelbach, Frankfurt 221
Dr. Werner Best, Wetzlar 224
Erwin Lange, Essen 227
Dr. Peter von Oertzen, Göttingen 231
Richard Boljahn, Bremen 233
Walter Seuffert, München 235
Heinz Kluncker, Stuttgart 238
Paul Groß, Regen 239
Franz Sichler, Regensburg 240
Schlußwort:
Dr. Heinrich Deist 241
Erledigung der Anträge zum Tagesordnungspunkt 3 b 253
„Kultur und Politik“
Referenten: Waldemar von Knoeringen 256
Dr. Adolf Arndt 271
Botschaft der 33 Kulturschaffenden 284
„Aufbau der Parteiorganisation“
Referenten: Alfred Nau 285
Max Kukil 297
Diskussion:
Heinz Kühn, Köln 307
Hellmut Kalbitzer, Hamburg 310
Willi Birkelbach, Frankfurt 311
Dr. Werner Best, Wetzlar 313
Erich Ollenhauer, Bonn 314
Hans Demeter, München 318
Alfred Frenzel, Klosterlechfeld 320
Willy Brandt, Berlin 323
Ludwig Metzger, Darmstadt 326
Helmut Schmidt, Hamburg 328
Hans Mangold, Kassel 331

Erwin Lange, Essen 333
Dr. Karl Mommer, Ludwigsburg 335
Heinz Kluncker, Stuttgart 338
Karl Vittinghoff, Hamburg 339
Herbert Wehner, Hamburg 341
Heinz Kühn, Köln — zu einer Erklärung — 343

Schlußwort:

Alfred Nau 343

Erledigung der Anträge zu den Tagesordnungspunkten 5, 7 und 9 a 348
Willi Wiedemann, Frankfurt — zur Abstimmung — 349
Hans Hermsdorf, Cuxhaven — zur Abstimmung — 349
Walter Seuffert, München — zur Abstimmung — 351
Rudolf-Ernst Heiland, Marl — zur Abstimmung — 353

4. Verhandlungstag

Erste Beratung des Entwurfs eines Grundsatzprogramms der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Referent: Willi Eichler 359
Prof. Carlo Schmid — zu einer Erklärung — 384
Alfred Frenzel — Ergänzung des Berichts der Mandatsprüfungskommission 384

Diskussion:

Siegfried Aufhäuser, Berlin 384
Prof. Gerhard Weisser, Köln 388
Richard Reitzner, München 391
Rolf Reventlow, München 393
Dr. Dr. Josef Neuberger, Düsseldorf 395
Günther Müller, München 397
Hans Merten, Gießen 400
Olaf Radke, Offenbach 402
Prof. Otto Stammer, Berlin 404
Prof. Carlo Schmid, Frankfurt 407
Prof. Ernst Schellenberg, Berlin 411
Fritz Erler, Pforzheim 413
Lorenz Knorr, Frankfurt 416

Wahlen 419
Arthur Busch — zur Geschäftsordnung — 420

Diskussion (Fortsetzung):

Dr. Helga Einsele, Frankfurt 423
Heinrich Zimmermann, Hannover 425
Peter Blachstein, Hamburg 427
Ludwig Metzger, Darmstadt 429
Dr. Werner Stein, Berlin 432

Bekanntgabe von Wahlergebnissen 434
Erich Ollenhauer 434
Waldemar von Knoeringen 435
Herbert Wehner 435
Wahlen (Fortsetzung) 435
Alfred Frenzel — zur Wahlhandlung — 436
Diskussion (Fortsetzung):
Karl Hauff, Stuttgart 437
Wolfgang Jansen, Lippstadt 439
Gerda Laufer, Würzburg 441
Dr. Josef Grunner, Berlin 443
Amalie Schneider, Essen 446
Hermann Barche, Hannover 448
Heinrich G. Ritzel, Michelstadt 449
Prof. Ludwig Preller, Eppenhain 451
Schlußwort:
Willi Eichler 453
Erledigung der Anträge zu den Tagesordnungspunkten 3 c und 4 455

5. Verhandlungstag

Bekanntgabe weiterer Wahlergebnisse 457
Fritz Heine — zu einer Erklärung — 458
Fritz Steinhoff — Erklärung zum Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen 459
Bericht der Bundestagsfraktion 463
Arbeitsberichte des Parteivorstandes 464
Diskussion:
Arthur Busch, Hamburg 465
Erledigung der Anträge zu den Tagesordnungspunkten 6 und 7 466
Bericht der Kontrollkommission 469
Erledigung der Anträge zum Tagesordnungspunkt 10 469
Hans-Jürgen Wischnewski, Köln — zur Antragsbegründung 470
Dr. Paul Nevermann, Hamburg — zur Antragsbegründung 472
Elfriede Löwinger, Abensberg 474
Schlußansprache:
Erich Ollenhauer 475

Anhang

Kundgebungen und Beschlüsse 481
Überwiesene Anträge 509
Liste der Delegierten und Gäste 534
Begrüßungstelegramme 540